Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: **Donnerstag, 01.07.2021, 15:00 Uhr**

Raum, Ort: **Fürst Lounge (Volkswagen Halle), Europaplatz 1, 38100 Braunschweig, Videokonferenz, Webex-Meeting**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung	
11.	Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)	
12.	Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021	
13.	Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.04.2021	
14.	Mitteilungen (Personal)	
14.1.	21-16169 Personalkostenhochrechnung Mai 2021	
15.	Anträge (Personal)	
15.1.	Neubewertung Beamtendienstposten	**21-16449**
16.	Intensivierung der Parkraumüberwachung	**21-16472**
17.	Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2022	**21-16246**
18.	Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen	**21-16342**
19.	Anfragen (Personal)	
19.1.	Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr	**21-16451**
19.2.	Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung	**21-16155**
19.3.	Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?	**21-16181**
19.4.	E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source	**21-16462**
19.5.	Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben	**21-16452**
19.6.	Europathemen in der Stadtverwaltung	**21-16393**
19.6.1.	Europathemen in der Stadtverwaltung	**21-16393-01**
19.7.	Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig	**21-16463**
19.8.	Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung	**21-16454**
19.9.	Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen	**21-16464**
19.10.	Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes	**21-16461**
19.11.	Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen	**21-16465**
20.	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
21.	Mitteilungen (Finanzen)	
22.	Anträge (Finanzen)	
22.1.	Einrichtung eines TOP "Geplante Schließung des ambulanten Reha-Zentrums des städtischen Klinikums in der Nîmes-Straße"	**21-16326**
22.2.	Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig	**21-16418**
22.3.	Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum	**21-16466**

22.3.1.	Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum	**21-16466-01**
23.	Beschluss über den Jahresabschluss 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**21-16288**
24.	Beschluss über den Jahresabschluss 2019 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**21-16162**
25.	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**21-16287**
26.	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Billigung des Konzernabschlusses 2020	**21-16318**
27.	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2020 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	**21-16319**
28.	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und des Konzernabschlusses 2020	**21-16018**
29.	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	**21-16024**
30.	21-15709 Änderung von Gesellschaftsverträgen	
31.	21-16280 Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH Finanzielle und organisatorische Neuaufstellung der Gesellschaft	
32.	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Umgang mit bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten	**21-16257**
33.	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe	**21-16091**
34.	Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Anpassung der Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten	**21-15992**
35.	Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit Stufenplan zur Etablierung der Kommunalen Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen in kommunaler Trägerschaft	**21-15292**
36.	Photovoltaikanlagen auf (städtischen) Dächern Weiteres Vorgehen	**21-16398**
37.	21-16260 Zustimmung zur Anmietung von Flächen im Gebäude Langer Hof 6, 1. OG, für den Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation, Abteilung Verwaltung	
38.	Verlängerung des Mietverhältnisses Langer Hof 8, 1. OG, für das Referat 0610 (Stadtbild und Denkmalpflege)	**21-16458**
39.	Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbebauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und Verkauf an die Nibelungen Wohnbau-GmbH	**21-15322**
40.	Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	**21-16278**
41.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	**21-16159**
42.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	**21-16160**
43.	Anfragen (Finanzen)	
43.1.	Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße	**21-16460**

Braunschweig, den 24. Juni 2021

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16449
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Neubewertung Beamtendienstposten

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	18.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird gebeten, die Umsetzung der Neubewertung der Beamtendienstposten basierend auf der 7. Auflage des KGSt-Bewertungsgutachtens zum Stellenplan 2022 sicherzustellen.

Sachverhalt:
Die Neubewertung der Beamtendienstposten basierend auf der 7. Auflage des KGSt-Gutachtens sollte ursprünglich bereits im Kalenderjahr 2020 zum Stellenplan des Jahres 2021 erfolgen. Dieses von der Verwaltung selbst gesteckte (und im Rahmen des Prozesses zur Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung mehrfach öffentlich geäußerte) Umsetzungsziel wurde zeitlich nicht erreicht und momentan lässt Vieles darauf schließen, dass eine zeitnahe Umsetzung nicht erfolgt.

Eine zeit- und sachgerechte Bezahlung der städtischen Beamtinnen und Beamten ist nicht nur fair, sondern auch in erheblichem Eigeninteresse der Stadt. Hierdurch lässt sich Mitarbeiterbindung und Mitarbeitermotivation für die hochqualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung gewährleisten. Die Beamtendienstpostenbewertung ist hierfür ein sehr wichtiges Instrument.

Eine weitere Verzögerung der Neubewertung ist daher zwingend zu vermeiden - deshalb dieser Antrag. Mit einem deutlichen Zeichen des Finanz- und Personalausschusses, der alljährlich die fachlich inhaltliche Diskussion über den Stellenplan führt, soll eine klare Positionierung zur Beauftragung der Verwaltung für die Umsetzung der Beamtendienstpostenbewertung zum Stellenplan 2022 stattfinden.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16449-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Neubewertung Beamtendienstposten

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	30.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	06.07.2021	N

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte in letzter Zeit bereits darauf hingewiesen, dass die Ausgestaltung der internen Verwaltungsarbeit der Organisationshoheit unterliegt, für die der Oberbürgermeister gemäß § 85 Abs. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zuständig ist. Dies umfasst auch die Frage der Bewertung von Beamtendienstposten.

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion (21-16449) vom 18. Juni 2021 nehme ich dennoch wie folgt Stellung:

Im Jahr 2019 hatte die Verwaltung beschlossen, im Zuge der Verwaltungsmodernisierung zum Stellenplan 2021 auf die 7. Auflage des KGSt-Bewertungsgutachtens umzustellen. Hierdurch soll ein moderneres Bewertungssystem mit dem Ziel eingesetzt werden, Dienstposten für Beamtinnen und Beamte entsprechend den veränderten Anforderungen sachgerecht zu bewerten und die Akzeptanz bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Führungskräften sowie Personalräten zu erhöhen.

Die ursprüngliche Zeitplanung sah vor, dass, nach entsprechender Schulung aller Führungskräfte durch die KGSt, für über 1.400 Dienstposten im Laufe der Jahre 2019 und 2020 Dienstpostenbeschreibungen durch die Fachbereiche/Referate erstellt werden, um anschließend im Fachbereich 10 die Bewertungen zu erstellen.
Im Juli 2020 zeichnete sich jedoch ab, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. Bedingt durch die Corona-Pandemie konnten einerseits nicht alle erforderlichen Dienstpostenbeschreibungen durch die Fachbereiche/Referate erstellt werden, andererseits mussten auch die unbedingt erforderlichen Schulungen für den Bereich der Feuerwehr aus infektionsschutzrechtlicher Sicht wieder und wieder verschoben werden. Vorherige Schulungen im Bereich der Feuerwehr waren auch gar nicht möglich, da das hierfür einschlägige Gutachten der KGSt erst im Jahr 2019 veröffentlicht wurde.

Die Umstellung auf das neue Bewertungsgutachten unterlag der Mitbestimmung der Personalvertretung. Die Zustimmung der Personalvertretung galt hierbei mit der Maßgabe, dass aus Gründen der Gleichbehandlung aller Beamtinnen und Beamten die Stellenwertänderungen zu einem gemeinsamen Zeitpunkt umgesetzt werden.
Aktuell prüft der FB 10 alle eingehenden Dienstpostenbeschreibungen und nimmt Neubewertungen mit dem Ziel vor, sämtliche Veränderungen in die Stellenplanvorlage 2022 aufzunehmen.

Eine gesonderte Beschlussfassung ist daher aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16472
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Intensivierung der Parkraumüberwachung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	23.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Bauausschuss (Vorberatung)	29.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

1. Dem vorgelegten Konzept zur Intensivierung der Überwachung des ruhenden Verkehrs wird zugestimmt.

2. Zur Umsetzung des Konzeptes werden die Personalkapazitäten zum Stellenplan 2022 um 9,5 Stellen (6 Parkraumüberwachende, 3,5 Verwaltungsstellen) aufgestockt.

3. Die erforderlichen Sachkosten werden im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens 2022 berücksichtigt.

Sachverhalt:

Am 14.07.2020 hat der Rat der Verwaltung den Auftrag erteilt, die Überwachung im Straßenverkehr zu intensivieren und widerrechtliches Verhalten, wie das Parken in Haltverbotsbereichen zum Beispiel an Einmündungen und das Falschparken an oder auf Rad- und Gehwegen, zukünftig verstärkt zu ahnden. Dazu soll die Verwaltung prüfen, mit welchen Maßnahmen eine verstärkte Überwachung des Verkehrs in Braunschweig auch außerhalb der Okerumflut zum Beispiel durch den Zentralen Ordnungsdienst möglich ist. In einem zweiten Schritt soll sie diese Maßnahmen den städtischen Gremien vor der Umsetzung vorstellen.

Aktuelle Situation

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist organisatorisch in der Bußgeldabteilung angesiedelt. In der Stelle 32.21 arbeiten derzeit 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 34 Parkraumüberwachende. Pro Jahr werden zwischen 125.000 und 145.000 Verfahren wegen Verstößen im ruhenden Verkehr bearbeitet.

Während die Parkraumüberwachenden bei ihren Kontrollen Verkehrsverstöße beweissicher dokumentieren und so Ordnungswidrigkeitenverfahren in Gang setzen (sogenannte „Knöllchen“ verteilen), ist für Abschleppmaßnahmen der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) der Abteilung Ordnungsamt zuständig. Massive Behinderungen durch falsch geparkte Fahrzeuge werden nach der Verständigung durch die Parkraumüberwachenden, die Polizei oder betroffener Bürger also nicht von den Parkraumüberwachenden, sondern vom ZOD durch Abschleppmaßnahmen beseitigt.

Das Auseinanderfallen der Zuständigkeiten für die Parkraumüberwachung und das Abschleppen auf zwei Abteilungen ist zum einen in den erhöhten Anforderungen an die Qualifikation begründet, die für das Abschleppen von Fahrzeugen erforderlich ist. Zum anderen bindet jeder Abschleppvorgang erhebliche Arbeitszeit, in der die Parkraumüberwachenden von weiteren Kontrollen abgehalten würden. Festzuhalten ist, dass in Braunschweig Fahrzeuge relativ zurückhaltend abgeschleppt werden.

Aufgrund einer Festlegung des damaligen Oberstadtdirektors aus dem Jahr 1994 liegt der Schwerpunkt der Parkraumüberwachung auch heute noch innerhalb der Okerumflut. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass der Parkraum in diesem Gebiet bewirtschaftet wird und durch einen relativ hohen Überwachungsdruck das Ziel der Bewirtschaftung, nämlich die Bereitstellung von Parkraum in erster Linie für Innenstadtkundinnen und -kunden, erreicht werden soll. Nicht zuletzt lässt sich das Gebiet mit relativ geringen Personalkosten überwachen, da die Parkraumüberwachenden in dem relativ kleinen Gebiet zu Fuß höchst effektiv arbeiten können.

Außerhalb der Okerumflut findet die Überwachung zurzeit tagsüber mit einem Fahrzeug und zwei Parkraumüberwachenden statt, ab 17:00 Uhr bis ca. 23:00 Uhr mit zwei Fahrzeugen und vier Parkraumüberwachenden. Die Schwerpunkte dieser Überwachung werden nicht zuletzt unter Berücksichtigung von Bürgerbeschwerden gesetzt.

Neue Anforderungen an die Überwachung des ruhenden Verkehrs

Der steigende Flächenverbrauch von Auto- und Lieferverkehr, das Falschparken auf Rad- und Fußverkehrsanlagen sowie das Blockieren von Ladepunkten beeinträchtigen die Weiterentwicklung der Mobilität. Mehr und mehr liegt der Fokus der Verkehrsvorschriften auch auf dem Schutz von Fahrradfahrenden und Fußgehenden. Während immer mehr und größere Kraftfahrzeuge in den öffentlichen Parkraum drängen und den ohnehin schon bestehenden Parkdruck noch weiter steigern, nehmen Parkverstöße nicht nur quantitativ zu, sondern es ist auch zu beobachten, dass oftmals bewusst oder rücksichtslos falsch geparkt wird. Nicht zuletzt schlägt sich dieses Verhalten in einer erheblichen Anzahl von Beschwerden von Anwohnenden über Falschparkende nieder.

Intensivierung der Überwachung in quantitativer Hinsicht

Eine Überwachung durch den Einsatz neuer Technologien, z. B. durch so genannte ScanCars, wie sie in Kopenhagen oder Amsterdam genutzt werden, wird in Zukunft intensiv zu prüfen sein. Allerdings ist nicht nur die technische, sondern auch die rechtliche Entwicklung abzuwarten. Zurzeit ist ein Einsatz derartiger Technologien vor dem Hintergrund der Datenschutzvorschriften in Deutschland nicht möglich, so dass es deutschlandweit auch noch keine Anwendungsbeispiele gibt. Erst wenn es eine gesicherte Rechtslage gibt, soll über eine Einführung in der Stadt Braunschweig beraten werden.

Eine konsequente Überwachung im Sinne des Ratsauftrages ist daher nur möglich, wenn zusätzliches Personal für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt wird. Die Parkraumüberwachung außerhalb der Innenstadt ist deutlich aufwändiger, da die Überwachenden einen Teil ihrer Arbeitszeit mit dem Zurücklegen der Wegstrecken in die Außenbereiche verbringen müssen.

Eine Intensivierung der Überwachung außerhalb der Okerumflut in reinen Wohngebieten wird dazu führen, dass Orte in den Fokus geraten, an denen seit Jahren zum Teil unbehelligt falsch geparkt wurde. Es kann jedoch keine Lösung sein, Rechtsverstöße dort weiterhin de facto zu dulden. Vielmehr müssen in solchen Fällen die Beschilderungen und Markierungen überprüft werden. Gegebenenfalls können bisher genutzte Parkflächen „legalisiert“ werden.

Intensivierung der Überwachung in qualitativer Hinsicht

Die Erfahrung zeigt, dass die Erteilung von Verwarnungen, insbesondere in Gebieten mit hohem Parkdruck, die Situation kaum zu verbessern vermag. Gerade das für Fahrradfahrende gefährliche Parken unter Nichtbeachtung des Mindestabstandes in Einmündungsbereichen wird zurzeit lediglich mit einem Verwarnungsgeld von 10 € geahndet. Ein höheres Verwarnungsgeld könnte verhängt werden, allerdings müsste dafür die Anzeige eines konkret von dem falsch geparkten Fahrzeug behinderten Verkehrsteilnehmenden vorliegen, was in der Praxis so gut wie nie vorkommt.

Eine verhaltensändernde Wirkung ist mithin nur zu erzielen, wenn falsch geparkte Fahrzeuge zukünftig unter konsequenterer Ausschöpfung der rechtlichen Möglichketen vermehrt abgeschleppt werden, sofern vor Ort eine mögliche Behinderung oder Gefährdung von Fußgehenden, Schulbesuchenden oder Fahrradfahrenden festgestellt werden kann. Gleiches hat zu gelten, wenn Behindertenparkplätze, Feuerwehrzufahrten oder Ladepunkte blockiert werden.

Organisatorische Voraussetzungen

Geplant sind folgende Maßnahmen zur Intensivierung der Überwachung:

- Schaffung von sechs Planstellen (derzeit Entgeltgruppe 4 TVöD, Prüfung einer Hebung erfolgt im Rahmen einer Neubewertung) zur Überwachung des ruhenden Verkehrs außerhalb der Okerumflut inklusive der Berechtigung, massiv behindernd geparkte Fahrzeuge (auch innerhalb der Okerumflut) abzuschleppen.

- Einrichtung eines Schichtdienstes für die sechs Dienstposten, der die Wahrnehmung der morgendlichen Aufgaben sowie eine Überwachung auch in den Abendstunden und am Wochenende ermöglicht.

- Schaffung einer Stelle (derzeit Besoldungsgruppe A 7, Prüfung einer Hebung erfolgt im Rahmen einer Neubewertung) für die Fertigung der Kostenbescheide, die Geltendmachung der Abschleppkosten sowie die verwaltungsmäßige Abwicklung der zusätzlich anfallenden Verwarngelder.

- Personelle Verstärkung der Stadtkasse (Vollstreckung) um 2,5 Stellen (Besoldungsgruppe A 8). Da derzeit noch nicht verlässlich prognostiziert werden kann, wie hoch der Anteil insbesondere im Bereich der Abschleppmaßnahmen ist, der tatsächlich in die Vollstreckung geht, werden 1,5 Stellen zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

- Verlagerung der Aufgabe „Abschleppen“ von 32.1 (ZOD) zu 32.2; dadurch Entlastung des ZOD insbesondere vom allmorgendlichen Abschleppen von Fahrzeugen, die z. B. Baustellenbereiche versperren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZOD können dann auch wieder in größerem Maße ihren originären Aufgaben nachkommen, wie bspw. verstärkten Kontrollen in Parks oder auf Spielplätzen.

- Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, um die Bevölkerung für die konsequentere Vorgehensweise bei falsch parkenden Kfz zu sensibilisieren und gleichzeitig für die Tätigkeit der Parkraumüberwachenden mehr Verständnis zu schaffen, wobei die Stadt ein klares Bekenntnis zu ihren Mitarbeitenden abgibt.

Finanzielle Auswirkungen

Folgende zusätzliche jährliche Kosten werden prognostiziert:

Personalkosten bei 32.2 (kalkulatorisch)	354.080,63 €
Personalkosten Stadtkasse (kalkulatorisch)	155.150,37 €
Leasing 1 E-Kfz	ca. 2.000,00 €
Gesamt	ca. 511.231,00 €

Demgegenüber werden folgende zusätzliche Einnahmen prognostiziert:

Die Tätigkeit der neuen Parkraumüberwachenden ähnelt der Tätigkeit der jetzt schon eingesetzten „Abendschicht“. Jedoch lassen sich die Fallzahlen nicht direkt übertragen, da die neuen Schichten auch abschleppen sollen, was erheblich mehr Zeit bindet als das Ausstellen einer Verwarnung. Zurzeit werden ca. 600 Abschleppvorgänge pro Jahr eingeleitet. Es ist davon auszugehen, dass sich die Fallzahl auf ca. 900 Fälle im Jahr erhöhen wird. Somit werden durchschnittlich drei Stunden pro Schicht mit Abschlepptätigkeiten und den damit verbundenen Verwarnungen und die übrigen fünf Stunden mit dem Schreiben ausschließlich von Verwarnungen ausgefüllt. Daher kann prognostiziert werden, dass die neuen Stellen in einer achtstündigen Schicht so viele Verwarnungen erteilen werden wie die Abendschicht in fünf Stunden. Das bedeutet, dass von durchschnittlich 28 Verwarnungen pro Parkraumüberwachendem und Tag ausgegangen werden kann.

Pro Abschleppvorgang werden zusätzlich zu den Verwarnungsgeldern Kosten für das Tätigwerden der städtischen Bediensteten in Höhe von durchschnittlich 54 € pro Vorgang festgesetzt.

Konkrete finanzielle Auswirkungen:

- 28 Verwarnungen x 6 Parkraumüberwachende x 203 Arbeitstage x durchschnittlich 15 € pro Verwarnung = 511.560 €

  300 Kostenbescheide mit durchschnittlich 54 € = 16.200 €

  Prognostizierte Einnahmen gesamt: 527.760 €

Daraus folgt, dass die Aufgabe voraussichtlich kostendeckend wahrgenommen werden kann.

Die Prognose für die zu erwartenden Einnahmen beruht auf dem derzeit geltenden Bußgeldkatalog. Es ist unterdessen angekündigt worden, dass der Bußgeldkatalog noch vor der Bundestagswahl novelliert werden soll. Die beabsichtigte teils deutliche Erhöhung der Verwarnungs- und Bußgelder führt erfahrungsgemäß nur zu einem kurzfristigen Anstieg der Einnahmen, dann aber zu einem Rückgang. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Erhöhung der Sanktionen eine mögliche Verhaltensänderung der Kraftfahrzeugführenden ausgleicht und die Einnahmen zukünftig in etwa das gleiche Niveau haben werden wie zurzeit.

Die Verwaltung wird das vorgelegte Konzept hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Intensivierung nach zwei Jahren evaluieren.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16246
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2022

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	22.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

1. Die Bereitstellung von bis zu 35 Ausbildungsplätzen zum 1. August 2022 für die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste - davon bis zu 5 Plätze für die Zulassung von Beamtinnen und Beamten zum Aufstieg in diese Laufbahngruppe bzw. zum Angestelltenlehrgang II - wird genehmigt. Um sicherstellen zu können, dass möglichst alle Stellen besetzt werden, wird die Verwaltung ermächtigt, darüber hinaus bis zu 15 weitere Einstellungsangebote für eine Einstellung als Nachwuchskraft für diese Laufbahn zu erteilen.

2. Die Bereitstellung von bis zu 20 Ausbildungsplätzen für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. August 2022 wird genehmigt.

3. Die zum 1. August 2022 einzustellenden Beamtennachwuchskräfte der Fachrichtung Allgemeine Dienste erhalten die Zusage, dass sie bei Bestehen der Laufbahnprüfung und Erfüllen der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen (charakterliche/ gesundheitliche Eignung) nach Abschluss der Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt werden.

4. Die Einstellung von bis zu 10 Auszubildenden für den Beruf der Kauffrau/des Kaufmannes für Büromanagement wird zum 1. September 2022 genehmigt. Den einzustellenden Auszubildenden wird eine unbefristete Übernahme zugesichert, sofern sie die Ausbildung erfolgreich abschließen und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.

5. Die Bereitstellung von 4 Ausbildungsplätzen für ein duales Studium in den dualen Studiengängen Informatik, Elektro- und Informationstechnik sowie Energie- und Gebäudetechnik an der Ostfalia Wolfenbüttel wird zum 1. August 2022 genehmigt. Außerdem wird zum 1. August 2022 ein Stipendium für den Studiengang Verwaltungsinformatik an der Hochschule Hannover angeboten. Die unbefristete Übernahme wird zugesichert, sofern das Studium erfolgreich abgeschlossen wird und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.

6. Die Einstellung von bis zu 6 Nachwuchskräften für eine Ausbildung in Kombination mit einer anschließenden Feuerwehrausbildung wird zum 1. September 2022 genehmigt. Nach der Erstausbildung werden diese Nachwuchskräfte bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Feuerwehr im Beschäftigtenverhältnis in Vollzeit übernommen, sofern sie die Abschlussprüfung bestehen und

die charakterliche, gesundheitliche und sportliche Eignung für den Feuerwehrdienst gegeben ist.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig bildet seit Jahren sowohl Auszubildende in den Verwaltungsberufen als auch nach dem Berufsbildungsgesetz aus. Darüber hinaus werden verschiedene duale Studiengänge angeboten.

Der Schwerpunkt der Ausbildungsarbeit liegt weiterhin bei einer bedarfsgerechten Ausbildung, um auch in Zukunft den Personalbedarf möglichst aus dem eigenen Nachwuchs decken zu können.

1. Einstellung von Nachwuchskräften der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste

Es wird vorgeschlagen, im Jahr 2022 bis zu 35 Ausbildungsplätze für Nachwuchskräfte dieser Laufbahn bereitzustellen. Die aktuelle personalwirtschaftliche Situation lässt auch für die kommenden Jahre im erhöhten Maße unvorhersehbare Personalwechsel zu anderen Behörden erwarten, da viele öffentliche Verwaltungen in der Braunschweiger Region massiv Personal suchen. Hinzu kommen die zu erwartenden Altersabgänge.

Die Altersstruktur sowie die aktuelle personalwirtschaftliche Situation lässt auch für die kommenden Jahre steigende Altersabgänge erwarten. Die Zahl der altersbedingten Abgänge ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen (2015 = 14, 2020 = 27). Der Altersdurchschnitt liegt inzwischen bei 47,5 Jahren, dabei sind aktuell 78 Dienstkräfte älter als 59 Jahre. Es ist festzustellen, dass die älteren Dienstkräfte dieser Laufbahn häufig von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand zu treten. Dies erschwert eine konkrete Prognose der jährlichen Altersabgänge.

Bis zu fünf Plätze sollen für die Zulassung von Beamtinnen und Beamten zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 bzw. für den Angestelltenlehrgang II vorgesehen werden. So soll den Dienstkräften dieser Laufbahngruppe eine weitergehende berufliche Qualifikation ermöglicht werden.

Dabei sollten für den Einstellungstermin im Sommer 2022 bis zu 15 Einstellungsangebote mehr erteilt werden, als grundsätzlich Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen. Diese Verfahrensweise hat sich in den Vorjahren bewährt. Im Jahr 2020 haben 29 Nachwuchskräfte ihren Vorbereitungsdienst bzw. mit dem Aufstieg begonnen, von denen sich derzeit noch 26 in der Ausbildung befinden. Für die Einstellung zum 1. August 2021 stehen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage noch 35 Bewerberinnen und Bewerber für eine Einstellung bzw. den Aufstieg heran. Auch hier kann es noch zu kurzfristigen Absagen kommen, zudem sind Studienabbrüche insbesondere im ersten Trimester einzukalkulieren. Aufgrund der allgemeinen Entwicklung ist auch im Jahr 2022 mit einer vergleichbaren Absagequote wie in den Vorjahren zu rechnen. Sollten wider Erwarten mehr Nachwuchskräfte eingestellt werden als vorgesehen, würde dies bei der Anzahl der für das Jahr 2023 bereitzustellenden Ausbildungsplätze entsprechend berücksichtigt werden.

2. Einstellung von Nachwuchskräften der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste

Für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste wird vorgeschlagen, wie im Vorjahr bis zu 20 Nachwuchskräfte als Dienstanfängerin oder Dienstanfänger einzustellen.

Auch in dieser Laufbahngruppe werden in den nächsten Jahren vermehrt Beamtinnen und Beamte die Regelaltersgrenze erreichen, sodass von einem entsprechenden Per-

sonalbedarf ausgegangen wird. Der Altersdurchschnitt beträgt 48,2 Jahre und 102 Dienstkräfte sind älter als 59 Jahre. Auch in dieser Laufbahn ist die Zahl der Altersabgänge angestiegen (2015 = 11, 2020 = 23). Allerdings treten in der Laufbahngruppe 1 nur selten Dienstkräfte vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand.

3. Übernahme der Nachwuchskräfte in den Beamtenlaufbahnen

Wie bisher sollte auch den jetzt einzustellenden Nachwuchskräften der Laufbahngruppen 1 und 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste zu einem frühen Zeitpunkt eine berufliche Perspektive geboten werden.

Dadurch soll gewährleistet werden, dass das Ausbildungsniveau nicht absinkt und nach Abschluss der Ausbildung möglichst qualifizierte Dienstkräfte übernommen werden können. Zudem besteht darin eine Möglichkeit, gegenüber anderen Ausbildungsstätten bei der Personalgewinnung im Vorteil zu sein und diese Nachwuchskräfte schon zu Beginn der Ausbildung stärker an die Stadt Braunschweig zu binden, um so möglichen Abwanderungstendenzen entgegen zu wirken.

Es sollte daher wie in den Vorjahren bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Entscheidung getroffen werden, die zum 1. August 2022 einzustellenden Beamtennachwuchskräfte dieser Fachrichtung bei Bestehen der Laufbahnprüfung nach Abschluss der Ausbildung im Beamtenverhältnis zu übernehmen, sofern die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.

4. Einstellung von Auszubildenden für den Beruf der Kauffrau/des Kaufmannes für Büromanagement

Für die Ausbildung der Kaufleute für Büromanagement sind 10 Ausbildungsplätze vorgesehen. Auch in diesem Berufsbild ist weiterhin von einer starken Fluktuation auszugehen und auch mit altersbedingten Abgängen zu rechnen. In dieser Berufsgruppe beträgt der Altersdurchschnitt 48,1 Jahre und es sind 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alter als 59 Jahre.

Außerdem nehmen aus diesem Beschäftigtenkreis viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung durch den Besuch des Angestelltenlehrgangs I in Anspruch.

Es wird daher vorgeschlagen, auch für diesen Beruf vor Ausbildungsbeginn die Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zuzusichern, sofern die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wird sowie die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.

5. Bereitstellung von Studienplätzen für das duale Studium in den Studiengängen Informatik, Elektro- und Informationstechnik sowie Energie- und Gebäudetechnik bzw. für das Studium der Verwaltungsinformatik

Um dem Nachwuchskräftemangel in den akademisch-technischen Berufen entgegenzuwirken, bietet die Stadt Braunschweig auch im Einstellungsjahr 2022 in Kooperation mit der Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften - 2 Ausbildungsplätze für ein duales Studium im Studiengang Informatik sowie jeweils einen Ausbildungsplatz für ein duales Studium der Elektro- und Informationstechnik sowie der Energie- und Gebäudetechnik an. Daneben wird die Vergabe eines Stipendiums für ein Studium der Verwaltungsinformatik vorgeschlagen, das die Hochschule Hannover in Kooperation mit dem Land Niedersachsen anbietet.

Wie wiederholt - auch in den politischen Gremien - vorgetragen, ist die Personalgewinnung insbesondere in diesen Berufen problematisch, der Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern indes hoch. Diesem Umstand soll durch die Ausbildung von Nachwuchskräften entgegengewirkt werden. Um die Attraktivität dieser Ausbildungsplätze zu erhöhen, wird vorgeschlagen, den Nachwuchskräften bereits vor Studienbeginn die Übernahme in

ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zuzusichern, sofern das Studium abgeschlossen wird sowie die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.

6. Ausbildung in Kombination mit einem Vorbereitungsdienst bei der Feuerwehr

Um Auszubildenden in den Bereichen Handwerk und Technik eine zusätzliche berufliche Perspektive zu eröffnen und dem Nachwuchsmangel bei der Berufsfeuerwehr zu begegnen, sind seit dem Einstellungsjahr 2012 in verschiedenen technischen Berufen die Ausbildungsplätze in Kombination mit einer Beamtenausbildung für den feuerwehrtechnischen Dienst besetzt worden.

Es ist geplant, im Einstellungsjahr 2022 Ausbildungsplätze in den folgenden Berufen zu besetzen:

Lfd. Nr.	Ausbildungsberuf	Beginn	Ausb.-Dauer in Jahren	Anzahl der möglichen Ausbildungsplätze
1	Anlagenmechaniker/in	1. September 2022	3 ½	1
2	Energieelektroniker/in	1. September 2022	3 ½	1
3	IT-Systemelektroniker/in	1. September 2022	3	1
5	Mechatroniker/in	1. September 2022	3 ½	1
6	Tischler/in	1. September 2022	3	2
Gesamt				**6**

Für diese bis zu 6 einzustellenden Nachwuchskräfte erfolgt für den Zeitraum zwischen dem Ende der Erstausbildung und dem Beginn des Vorbereitungsdienstes die Übernahme in das Beschäftigtenverhältnis unter Eingruppierung in Entgeltgruppe 5 TVöD unter der Voraussetzung, dass die Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt wird und die charakterliche, gesundheitliche und sportliche Eignung für den Feuerwehrdienst gegeben ist.

7. Finanzielle Auswirkungen

<u>Stadtinspektor-Anwärterinnen und Stadtinspektor-Anwärter</u>

Der durchschnittliche Aufwand für die Ausbildung in der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste beläuft sich auf ca. 90.000,00 € (Bezüge, Lehrgangskosten, Umlage, Trennungsgeld, Reisebeihilfe, Beihilfe etc.). Ausgehend von 30 Kräften ergibt dies einen Gesamtbetrag von ca. 2.700.000 €, der sich auf 4 Haushaltsjahre verteilt.

<u>Aufsteigerinnen/Aufsteiger</u>

Bezüge, Beihilfen etc. sind ohnehin für die Aufstiegsbeamtinnen/-beamten zu zahlen. Neben den ihrer Rechtsstellung entsprechenden Bezügen fallen aus Anlass des Aufstiegs und des hierbei zu absolvierenden Lehrgangsbesuches pro Aufsteigerin/Aufsteiger Entgelte i. H. v. voraussichtlich 4.000 € an. Bei max. 5 Kräften bedeutet dies einen Aufwand von ca. 20.000 €, der sich auf 3 Haushaltsjahre verteilt.

<u>Dienstanfängerinnen/-anfänger bzw. Stadtsekretär-Anwärterinnen/-Anwärter</u>

Der durchschnittliche Aufwand für die Ausbildung in der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste beträgt ca. 61.000 € (Unterhaltsbeihilfe/Bezüge, Lehrgangsentgelte, Beihilfe etc.). Ausgehend von max. 20 Kräften ergibt dies einen Gesamtbetrag von ca. 1.220.000 €, der sich auf 4 Haushaltsjahre verteilt.

Duale Studiengänge

Für die dualen Studiengänge Informatik, Elektrotechnik und Versorgungstechnik bzw. für das Stipendium im Studiengang Verwaltungsinformatik beträgt der Aufwand bei 5 Studierenden rund 409.000 €, der sich auf 5 Haushaltsjahre verteilt.

Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)

Pro Auszubildende/n für die Berufe nach dem BBiG entsteht während der Dauer der Ausbildung ein Aufwand von ca. 62.000 € bei einer 3jährigen und von ca. 72.000 € bei einer 3 ½ jährigen Ausbildung (Ausbildungsvergütung, Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers, Versicherungsbeiträge für die VBL, Ausbildungskosten für Lehrgänge etc.). Bei 16 Auszubildenden bedeutet dies einen Aufwand von ca. 1.022.000 €, der sich auf 4 Haushaltsjahre verteilt.

Finanzieller Gesamtaufwand

Dementsprechend ergibt sich für die Bereitstellung der o. a. Ausbildungsplätze ein Gesamtaufwand i. H. v. ca. 5.371.000 €, der sich wie folgt auf die einzelnen Haushaltsjahre verteilen würde:

- 2022: ca. 694.000 € - 2023: ca. 1.751.000 € - 2024: ca. 1.748.000 €
- 2025: ca. 1.107.000 € - 2026: ca. 71.000 €

Für die befristete Übernahme der 6 Auszubildenden, die in Kombination mit einer anschließenden Ausbildung für den Feuerwehrdienst eingestellt werden, fallen nach der Erstausbildung bis zum Beginn des Vorbereitungsdiensts bei der Feuerwehr Personalkosten in Höhe von rund 122.000 € an.

Die jeweils notwendigen Haushaltsmittel werden im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung berücksichtigt.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16342
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	21.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

Dem Abschluss einer Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 6. September 2016 (Vorlage Nr. 16-02866) besteht bei der Stadtverwaltung der Stadt Braunschweig bis zum 31. Dezember 2021 eine Vereinbarung mit der Personalvertretung, nach der betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind.

Die Personalvertretung ist nunmehr mit dem Wunsch auf die Verwaltung zugekommen, diese Vereinbarung über das Jahresende hinaus zu verlängern. Seitens der Verwaltung bestehen keine Bedenken und der Abschluss einer Vereinbarung zu den gleichen Rahmenbedingungen wie bisher wird vorgeschlagen.

Die bisherige Vereinbarung galt für die Dauer von 5 Jahren. Seitens der Verwaltung wird nunmehr die Befristung bis zum 31. Dezember 2026 vorgeschlagen.

Der Entwurf der Vereinbarung ist mit dem Gesamtpersonalrat abgestimmt.

Nach Unterzeichnung der Vereinbarung für die Stadtverwaltung ist vorgesehen, den Konzerngesellschaften zu empfehlen, den Abschluss bzw. die Verlängerung von Betriebsvereinbarungen über den Abschluss betriebsbedingter Kündigungen zu prüfen.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Entwurf der Vereinbarung über den Abschluss betriebsbedingter Kündigungen

Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

Zwischen

der Stadt Braunschweig - vertreten durch den Oberbürgermeister -

und

dem Gesamtpersonalrat - vertreten durch die Vorsitzende -

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

1. Geltungsbereich

Diese Vereinbarung gilt für die Stadtverwaltung der Stadt Braunschweig.

2. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

Für die vom Geltungsbereich dieser Vereinbarung erfassten Beschäftigten sind betriebsbedingte Kündigungen des Arbeitsverhältnisses bis zum 31. Dezember 2026 grundsätzlich ausgeschlossen.

3. Ausnahmen

Nicht ausgeschlossen werden Änderungskündigungen, die zu keiner finanziellen Verschlechterung führen.

Die Vereinbarung findet keine Anwendung mehr für Beschäftigte, die im Rahmen einer Privatisierung dem Übergang ihres bestehenden Arbeitsverhältnisses widersprechen.

4. Künftige Vereinbarungen im Rahmen von Privatisierungen

Bei Personalübergängen im Rahmen von Privatisierungen soll für übergehende Beschäftigte im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrages ein grundsätzlicher Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für mindestens fünf Jahre vereinbart werden (Ausnahme: Änderungskündigungen, die zu keiner finanziellen Verschlechterung führen).

5. Schlussbestimmungen

Die Vereinbarung bleibt über den 31. Dezember 2021 hinaus in Kraft und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Braunschweig, den

Markurth
Oberbürgermeister

Erichsen
Gesamtpersonalrat

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16451
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	18.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Für die Leistungsfähigkeit unserer Berufsfeuerwehr ist eine ausreichende Personalausstattung unabdingbar, daher müssen die vom Rat der Stadt Braunschweig in den Haushaltsberatungen beschlossenen Stellen im Anschluss daran auch zügig besetzt werden. Als Grundlage für die Stellenbemessung dient der Feuerwehrbedarfsplan, dieser gilt aktuell in der Fortschreibung, welcher der Rat in seiner Sitzung am 28. März 2017 beschlossen hat.

Aus diesem sowie der zugrundeliegenden Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr ergibt sich unter Berücksichtigung des Umsetzungsstandes des Feuerwehrbedarfsplanes ein benötigter Stellenzuwachs von insgesamt 53,5 Dienstposten im Vergleich zum Stellenplan 2017.

Eine zügige Besetzung der beschlossenen zusätzlichen Stellen im Fachbereich Feuerwehr ist allerdings nicht immer erkennbar. Nach zahlreichen Berichten liegt oftmals sehr viel Zeit zwischen dem Beschluss des Stellenplans im Rahmen der abschließenden Haushaltsberatungen und der jeweiligen konkreten Stellenausschreibung, aber auch noch einmal zwischen Ausschreibung, Bewerbungsverfahren und letztendlicher Stellenbesetzung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie lang ist die durchschnittliche Dauer der Stellenbesetzung, gerechnet vom Tag des Ratsbeschlusses über den Stellenplan bis zum Einstellungstermin der ausgewählten Bewerberin oder des ausgewählten Bewerbers? (Der Bezug für die Berechnung des Durchschnitts sind dabei alle bis heute abgeschlossenen Besetzungsverfahren in Bezug auf Stellenschaffungen aus den Stellenplänen der Haushaltsjahre 2017 ff.)

2. Hält die Personalverwaltung den Umfang der unter Frage 1 erfragten durchschnittlichen Dauer der Stellenbesetzung für angemessen bzw. welcher zeitliche Verzug sollte künftig nicht überschritten werden?

3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die künftige Dauer bis zur Stellenbesetzung zu beschleunigen, etwa durch veränderte Personalausstattung in den beteiligten Fachbereichen?

Anlagen:keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16451-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung und des Feuerwehrbedarfsplans wurden in den folgenden Stellenplänen berücksichtigt und umgesetzt. Nach den rechtlichen Vorgaben muss für jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter eine entsprechende Stelle im Stellenplan zur Verfügung stehen. Insbesondere neugeschaffene Stellen oder in der Wertigkeit angehobene Beamtenstellen können erst besetzt werden, wenn der Stellenplan, welcher Teil des Haushaltsplanes und somit der Haushaltssatzung ist, wirksam ist. Die Wirksamkeit tritt gem. § 112 Abs. 3 in Verbindung mit § 114 Abs. 2 NKomVG nach siebentägiger Auslegung der verkündeten und zuvor von der Aufsichtsbehörde genehmigten Haushaltssatzung ein. Der für das Kalenderjahr 2017 vom Rat am 21. Februar 2017 beschlossene Stellenplan wurde z. B. erst am 20. Mai 2017 wirksam.

Vor diesem Hintergrund kann bei der Frage der Dauer eines Stellenbesetzungsverfahrens nicht der Tag des Ratsbeschlusses über die Haushaltsatzung als Beginn eines Stellenbesetzungsverfahrens angesehen werden. Da seitens der Stadt zudem kein Einfluss auf die Dauer des Genehmigungsverfahrens bei der Aufsichtsbehörde besteht, ist der Beginn eines Stellenbesetzungsverfahrens an dem Tag der Veröffentlichung der internen oder externen Ausschreibung festzumachen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung bereits seit einigen Jahren in der Praxis dazu übergegangen ist, nach dem Ratsbeschluss neu geschaffene Stellen mit einem Vorbehalt auszuschreiben und das Personalauswahlverfahren bereits durchzuführen. Die tatsächliche Stellenbesetzung kann dann aber erst nach dem Inkrafttreten des Stellenplans erfolgen. Durch dieses Vorgehen wird der Zeitraum vom Ratsbeschluss bis zur Wirksamkeit des Haushalts effektiv genutzt und zu einer möglichst zeitnahen Stellenbesetzung beigetragen.

Anzumerken ist weiterhin, dass aufgrund der Klage eines Feuerwehrbeamten im September 2017 für die Dauer von fast drei Jahren keine Stellenbesetzungsverfahren in den BesGr. A 8 und A 9 abgeschlossen werden konnten. Des Weiteren ist zu beachten, dass speziell bei der Feuerwehr bei den Ausschreibungen zahlreiche Bewerbungen eingehen und deshalb in der Folge auch eine Vielzahl von Anlassbeurteilungen durch die Vorgesetzten mit Beurteilungsbeiträgen aus den jeweiligen Einsatzbereichen zu erstellen sind, die plausibilisiert und auf Rechtssicherheit geprüft werden müssen. Insofern entsteht bei Personalauswahlverfahren im feuerwehrtechnischen Dienst im Vergleich zu Verfahren in der Allgemeinen Verwaltung generell ein höherer Aufwand mit entsprechenden zeitlichen Auswirkungen.

Dies vorangestellt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen wird als Beginn eines Stellenbesetzungsverfahrens der Tag der Veröffentlichung der Ausschreibung zugrunde gelegt. Danach ergeben sich für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 folgende durchschnittliche Zeiträume für die Stellenbesetzungen mit Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes:

2017: 3,8 Monate
2018: 4,6 Monate
2019: 5,5 Monate
2020: 7,4 Monate

Bei der Zeitdauer von Besetzungsverfahren im Jahr 2020 sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu berücksichtigen. Einerseits war die Feuerwehr aufgabenbezogen stark involviert, andererseits hatten die Kontaktbeschränkungen Auswirkungen auf die Vorstellungsgespräche.

Zu Frage 2:

Die Verwaltung ist grundsätzlich bemüht, sowohl neu geschaffene als auch vakant werdende Stellen möglichst zeitnah zu besetzen. Dies gilt nicht nur für die Feuerwehr, sondern für alle Bereiche der Stadtverwaltung. Allerdings spielen für den zeitlichen Ablauf zahlreiche Faktoren eine Rolle, wie beispielsweise der Zeitpunkt, zu dem seitens der Organisationseinheiten eine Besetzung beantragt wird, die Ausschreibungsfrist selbst, die Dauer der Erstellung von Beurteilungen, ggf. die Nachforderungen von Unterlagen, die Vorauswahl mit der Prüfung der Anforderungen gem. Ausschreibung, die Terminierung von Auswahlgesprächen, die Beantragung des Führungszeugnisses sowie die Terminierung einer Gesundheitsuntersuchung. Bei externen Einstellungen ergeben sich in der Regel weitere „Wartezeiten“ durch Kündigungsfristen des bisherigen Arbeitgebers, bevor eine Stelle tatsächlich besetzt ist und die ausgewählte Bewerberin oder der ausgewählte Bewerber seinen Dienst aufnimmt. In einigen Fachdisziplinen, wie z.B. bei Ärztinnen und Ärzten im Gesundheitsamt, Elektroingenieuren und –innen sowie IT-Fachkräften, kommt aufgrund des Bewerbermangels hinzu, dass mehrfach ausgeschrieben werden muss oder Personalberatungsunternehmen (Headhunter) beauftragt werden.

Aufgrund dieser Darstellung wird deutlich, dass es nicht möglich ist, eine belastbare pauschale Festlegung zur angestrebten zeitlichen Dauer von Stellenbesetzungs- und Personalauswahlverfahren zu treffen, da zahlreiche Prozessschritte nicht von der Personalstelle und der Stadtverwaltung insgesamt selbst beeinflussbar sind.

Zu Frage 3:

Die Verwaltung optimiert den Prozess der Stellenbesetzung, wenn Schwachstellen erkannt und durch eigenes Handeln beeinflussbar sind, wie beispielsweise das eingangs beschriebene Verfahren bei der Ausschreibung neu geschaffener Stellen. Wenn die Verwaltung der Auffassung wäre, dass sich durch veränderte Personalausstattungen in den beteiligten Fachbereichen Beschleunigungen erreichen ließen, hätte die Verwaltung im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanaufstellung reagiert.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

21-16155
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	01.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mussten Kommunen quasi über Nacht die notwendige Infrastruktur aufbauen, um allen nur erdenklichen und hochgradig dynamischen Anforderungen gerecht werden zu können.
Rückblickend lässt sich bereits jetzt sagen, dass wir in Braunschweig im Verhältnis gut durch die Pandemie gekommen sind. Im Wirrwar der Landesverordnungen stets die richtigen Entscheidungen zu treffen, war mit Sicherheit nicht einfach. Hinzu kam die Kurzfristigkeit, mit der reagiert werden musste. Auch hier haben die Mitarbeiter*innen auf allen Ebenen ein starkes Rückgrat gezeigt.
Alle Menschen, die durch das Braunschweiger Gesundheitsamt, bspw. im Rahmen der Kontaktnachverfolgung kontaktiert worden sind, haben kompetente, empathische und stets freundliche sowie hilfsbereite Mitarbeiter*innen erlebt. Im Bürgertelefon waren zusätzliche Mitarbeiter*innen eingesetzt, um Fragen zur jeweils geltenden Verordnung zu beantworten und individuelle Hilfe zu geben. Andere Mitarbeiter*innen sind im Impfzentrum aktiv und Sorgen für einen professionellen Ablauf dort. Darüber hinaus gibt es viele zusätzliche verwaltungsinterne Arbeitsgruppen, die sich fachspezifisch mit der Pandemie befassen mussten: die Kommunikation, die Fachbereiche Jugend und Schule, der Fachbereich Personal, um nur einige zu nennen. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank!
Zugleich muss uns allen bewusst sein, dass diese engagierte Leistung bis heute und auch weiterhin nur möglich ist, weil alle Fachbereiche verwaltungsintern Personal entsendet haben. Dieses Personal fehlt jedoch bei laufenden Aufgaben der Verwaltung sowie bei der Umsetzung von Ausschuss- und Ratsbeschlüssen. Innerhalb der Fachbereiche und Referate müssen die Aufgaben priorisiert und intern umverteilt werden, um diese zu erledigen, bzw. innerhalb der geltenden Fristen weiterzuverfolgen.
Diese Art zusätzlicher Belastung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der jeweiligen Fachbereiche und Referate möchten wir einmal aufgezeigt wissen, um eine gewisse Transparenz darüber zu erhalten, welche möglichen Abstriche gemacht werden müssen, um Pandemiegeschehen und Aufgaben der jeweiligen Fachbereiche und Referate bewältigen zu können. Zu berücksichtigen ist bspw. auch, dass Personal, das im Rahmen der Pandemiebekämpfung eingesetzt ist, Überstunden generiert, die ggf. erst nach Rückkehr in die Fachbereiche ausgeglichen werden können.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Umfang sind Personen aus welchen Fachbereichen im Rahmen der Pandemiebekämpfung tätig?

2. Welche Auswirkungen haben die Entsendungen für die jeweiligen Fachbereiche und Referate?

3. Auf welcher Kostenstelle laufen die Personalkosten und wie werden sie gegenfinanziert?

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16155-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

In der seit Anfang 2020 andauernden Corona-Pandemie stehen insbesondere die Kommunen vor besonderen Herausforderungen. Sie sind als Träger des Öffentlichen Gesundheitsdienstes vor Ort für die Bewältigung der Pandemie zuständig. Als untere Katastrophenschutzbehörde sind sie zudem seit Ende des Jahres 2020 für den Aufbau und Betrieb der regionalen Impfzentren verantwortlich. Die Vielzahl der Verbots- und Gebotsnormen, die die Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen enthielt, forderte die kommunalen Ordnungsämter darüber hinaus in besonderem Maße. Daneben galt es und gilt es nach wie vor, die Funktionsfähigkeit der Verwaltung aufrechtzuerhalten, um so den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin in einem zufriedenstellenden Maße nachkommen zu können. Unabhängig davon hatte und hat die Corona-Pandemie nahezu auf sämtliche Bereiche der Stadtverwaltung ihre Auswirkungen.

Die mit der Pandemie zusätzlich anfallenden Aufgaben konnten in den jeweiligen Organisationseinheiten nicht mit dem vorhandenen Personal bearbeitet werden. So wurden und werden nach wie vor sowohl der Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit als auch der Fachbereich 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen bei der Bewältigung der anfallenden Tätigkeiten unterstützt. Beispielhaft sind hierbei das Containment oder aber auch die Abarbeitung der Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Corona-Verstößen zu benennen. Im Containment sind zudem 35 Bedienstete außerhalb des Stellenplans nach den allgemeinen Bestimmungen eingesetzt. Über Amtshilfeersuchen wurde dieser Bereich zudem durch Angehörige der Bundeswehr (bis zu 6 Kräfte) sowie verschiedener Landesbehörden (bis zu 10 Mitarbeiter/innen) unterstützt.

Einen umfangreichen Personalbedarf zog zudem der Aufbau und Betrieb des Impfzentrums nach sich. Hier musste die Stadt Braunschweig nach Vorgabe des Bundes und des Landes sehr kurzfristig eine Infrastruktur vorhalten, die Impfungen in größerem Maße ermöglichten. Wie berichtet, hatte die Stadt Braunschweig zum Betrieb des Impfzentrums mit der Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH einen Dienstleistungsvertrag geschlossen, der neben der Gestellung und Ausstattung der Räumlichkeiten auch die Zurverfügungstellung von Sicherheitskräften und Sanitäterinnen und Sanitätern umfasst. Die Ärztinnen und Ärzte, die in den Impfzentren die Aufklärungsgespräche führen, werden durch die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN), die impfbefähigten Personen nach entsprechender Vergabe durch die hiesigen Hilfsorganisationen gestellt. Zudem wurden für das Impfzentrum 14 Bedienstete befristet außerhalb des Stellenplans nach den allgemeinen Bestimmungen eingesetzt, auch die Bundeswehr unterstützt über Amtshilfe im Impfzentrum mit bis zu 4 Dienstkräften.

Allerdings musste die Stadt Braunschweig neben der organisatorischen Leitung des Impfzentrums auch weitere Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter abstellen, die einerseits den sog. „Overhead“ im Impfzentrum bilden, andererseits an verschiedenen Stationen im Impfzentrum für einen reibungslosen Ablauf sorgen.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen wie folgt:

1.
In den Fachbereichen 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und 50 Soziales und Gesundheit sowie im Impfzentrum Braunschweig sind derzeit aktuell noch 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Bewältigung der Corona-Pandemie eingesetzt, die aus anderen Fachbereichen abgestellt wurden. Hinzu kommt eine große Anzahl an Anwärterinnen und Anwärtern, die sowohl im Bereich des Containments als auch im Impfzentrum unterstützend tätig sind.

Die 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Dezernate:

Dezernat	**Anzahl MA**	**abgebende Fachbereiche/Referate**
Dez. I	4	FB 01, Ref. 0120
Dez. II	4	FB 10, 32 und Ref. 0140
Dez. III	3	FB 60, FB 61
Dez. IV	1	FB 41
Dez. V	7	FB 50, FB 51
Dez. VI	0	
Dez. VII	4	FB 20, 37
Dez. VIII	2	Ref. 0670, FB 68

15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hierbei über einen längeren Zeitraum im Impfzentrum tätig, derzeit aktuell bis zum 30. September 2021.

Darüber hinaus sind innerhalb der Stadtverwaltung mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben ihren originären Tätigkeiten seit über einem Jahr in der Gefahrenabwehrleitung oder den verschiedenen Task-Forces tätig.

2.
Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Impfzentrum eingesetzt sind, haben sich nach einem verwaltungsweiten Aufruf unter den rd. 4.000 Beschäftigten der Stadtverwaltung für einen freiwilligen Einsatz im Impfzentrum gemeldet. Alle Dezernate hatten diese freiwilligen Einsätze ihrer Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter positiv begleitet und sahen den Betrieb des Impfzentrums als „Gesamtaufgabe“ der Verwaltung an.

Selbstverständlich hat die Entsendung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Fachbereichen und Referaten, die auch durch Anpassung der Ablauforganisation nicht gänzlich aufgefangen werden konnten. Da die Durchimpfung der Bevölkerung derzeit den einzigen Weg aus der andauernden Pandemie darstellt wurde in Abstimmung mit allen Beteiligten entschieden, dass im Einzelfall eine Prioritätensetzung zugunsten des Betriebes des Impfzentrums erfolgte und es hierdurch ggf. zu Verzögerungen bei der originären Aufgabenwahrnehmung kommen kann.

3.
Der Rat hatte in seiner Sitzung am 16. Dezember 2020 der außerplanmäßigen Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 10 Mio. € zugestimmt, um für die vom Land geforderte Einrichtung und den Betrieb eines Impfzentrums kurzfristig handlungsfähig zu sein. Das Land Niedersachsen hatte eine Kostenübernahme zugesagt. Die Stadt begleicht hierbei zunächst die entstehenden Kosten und stellt sie anschließend dem Land in Rechnung.

Die Buchung der Personalkosten erfolgt auf der Kostenstelle 200-8531. Monatsweise wird

eine Erstattung der Personalkosten beim Land beantragt. Die Erstattung der Kosten vom Land erfolgt auf das Ertragskonto 5019 sonstige außergewöhnliche Erträge.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

21-16181
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	03.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:
Mit Pressemitteilung vom 17.02.2020 informierte die Verwaltung über den damaligen Sachstand zu „Haushaltsoptimierung“ und „Verwaltungsmodernisierung“. Dabei wurde ausgeführt, dass bis Ende März 2020 ein Vorschlagspaket zum Teilprojekt „Verwaltungsmodernisierung“ vorgelegt werde. Hier sollten auch „mittel- und langfristige, finanzwirksame Optimierungspotenziale“ aufgezeigt werden. Das angekündigte Vorschlagspaket wurde dann aber nicht erstellt. Beim Workshop zu „Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung“ am 10.07.2020 wurde erklärt, dass zuerst im Rahmen der Haushaltsberatung 2021 die rund 400 Kürzungsvorschläge der „Haushaltsoptimierung“ und anschließend das Thema „Verwaltungsmodernisierung“ beraten würden. Die Haushaltsberatung – und damit die Beratung über die Vorschläge zur „Haushaltsoptimierung“ - ist seit dem 23.03.2021 abgeschlossen. Trotzdem sind keine Verwaltungsvorschläge erkennbar, obwohl diese bereits vor über einem Jahr von der Verwaltung angekündigt wurden.

Da natürlich trotzdem einzelne Vorschläge - vermutlich Versatzstücke- in einigen Bereichen der Verwaltung diskutiert werden, entsteht auf der Basis von Gerüchten und Vermutungen eine zunehmende Verunsicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Dies ist äußerst schädlich und sollte beendet werden, indem die entsprechenden Vorschläge vorgelegt und diskutiert werden. Ein besonders brisantes Thema ist in diesem Zusammenhang die Zukunft der städtischen Kindergärten. Im Rahmen der „Verwaltungsmodernisierung“ soll ein Organisationsgutachten – ähnlich dem Gutachten zur Hochbauverwaltung – erstellt worden sein. Dieses Gutachten soll zum Ergebnis gekommen sein, dass alle städtischen Kitas aus der Verwaltung herausgelöst und in einen Eigenbetrieb übertragen werden sollen. Möglicherweise handelt es sich dabei um eine Vorstufe einer Privatisierung, die im Bereich der Schulsanierung aktuell auch massiv ausgeweitet wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Welche Vorschläge zur „Verwaltungsmodernisierung“ wurden von der Verwaltung erarbeitet?

2. Wenn für den Bereich der städtischen Kitas eine Übertragung in einen Eigenbetrieb geplant ist, welche Optimierungsgründe sprechen dann in der Sicht der Verwaltung dafür?
3. Gibt es andere Verwaltungseinheiten, die in eine andere Rechtsform übertragen werden sollen?

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16181-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Sachstand Verwaltungsmodernisierung
Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zu Frage 1:

Über den Sachstand zur Verwaltungsmodernisierung wurde zuletzt mit Mitteilung außerhalb von Sitzungen „Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung Teilprojekt Haushaltsoptimierung (HHO) sowie aktueller Projektstand der Verwaltungsmodernisierung“ (DS 20-13834) berichtet.

Die KGSt hat ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt. Neben den fachbereichs- bzw. dezernatsspezifischen Themen, die in den jeweiligen Facheinheiten verantwortet und weiterverfolgt werden, sind darin Empfehlungen zu den zentralen Handlungsfeldern Personalmanagement, Verwaltungsdigitalisierung und Investitionssteuerungsverfahren, Interdisziplinäre Projektarbeit und Dezentrale Ressourcenverantwortung dargestellt. An Schwerpunktthemen aus einzelnen Handlungsfeldern wird im Rahmen der personellen Möglichkeiten bereits gearbeitet (z. B. Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes, Neukonzeption der Leistungsorientierten Bezahlung, Neufassung der Dienstvereinbarung zur alternierenden Telearbeit, Einführung der elektronischen Aktenführung, Konzipierung von im gesamtstädtischen Interesse liegenden Workflows der allgemeinen Schriftgutverwaltung, Entwicklung und Umsetzung von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur interdisziplinären Projektarbeit).

Zur Konzipierung, Koordinierung und Umsetzung der gesamtstädtischen Modernisierungsvorhaben wurde entsprechend den Empfehlungen der KGSt eine Stelle „Sachbearbeitung Verwaltungsmodernisierung“ eingerichtet. Die Ausschreibung ist inzwischen erfolgt, das Auswahlverfahren steht kurz vor dem Abschluss. Nach Besetzung der Stelle wird das konkrete weitere Vorgehen festgelegt.

Zu Frage 2:

Da die Überschrift der Anfrage den Begriff der „Privatisierung“ verwendet, ist vorab ist erst einmal festzustellen, dass die Stadt Braunschweig aktuell und in der jüngsten Vergangenheit überhaupt keine Überlegungen anstellt, die in Richtung einer Privatisierung oder eines „Verkaufs“ der städtischen Kitas zielen. Die Abgabe der kommunalen Trägerschaft für die Kitas ist also nicht Gegenstand der Überlegungen.

Unabhängig von den zu Frage 1 genannten Ausführungen findet derzeit in der Abt. 51.3 Kindertagesstätten des FB 51 Kinder, Jugend und Familie eine Organisationsuntersuchung statt, deren Bestandteil auch die Optimierung interner Prozesse und Rahmenbedingungen ist. In diesem Zusammenhang ist der Gutachter der Frage nachgegangen, ob die Überfüh-

rung der Abteilung 51.3 in eine andere Rechtsform, wie z.B. einen Eigenbetrieb, dazu beitragen könnte, u.a. in den Bereichen Fachkräfteakquise und Verkürzung von Stellenbesetzungsverfahren Optimierungspotentiale zu erschließen und insgesamt eine größere Flexibilität in den Abläufen und Strukturen zu erreichen.

Der derzeitige Informationsstand lässt jedoch noch keine umfassende und vollständige Beurteilung von Vor- und Nachteilen einer Rechtsformänderung sowie möglichen Auswirkungen zu, so dass eine abschließende Verwaltungsmeinung auf einer belastbaren Grundlage bisher nicht gebildet werden konnte. Ein sämtliche Aspekte berücksichtigender Abschlussbericht des Gutachters liegt noch nicht vor, der Gutachter soll zunächst gebeten werden, seinen Vorschlag hinsichtlich der Vorteile eines Eigenbetriebes substantiierter darzustellen.

Zu Frage 3:

Nein.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
Die Fraktion P² im Rat der Stadt

21-16462
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Bis Ende 2022 muss die Stadt Braunschweig ihre Verwaltungsleistungen online zur Verfügung stellen. Hintergrund ist das Onlinezugangsgesetz (OZG), welches Bund, Länder und Kommunen verpflichtet Online-Verfahren - zum Beispiel zur An- oder Ummeldung, Beantragung von Geburtsurkunden, Führerscheinen etc. - bereitzustellen. [1]

Zur Nutzung der Online-Leistungen benötigt man ein Servicekonto im Niedersächsischen Verwaltungsportal. Sofern gesetzlich festgelegt wurde, dass bestimmte Beantragungen per Schriftform getätigt werden müssen, wird durch das Servicekonto ein schriftformersetzendes Kommunikationsverfahren (eID-Funktion, De-Mail) bereitgestellt werden. [2]

Um die 600 zu digitalisierende Verwaltungsleistungen (OZG-Leistungen) wurden für Bund, Länder und Kommunen identifiziert. Viele dieser Verwaltungsleistungen sind vom Bund oder dem Land Niedersachsen umzusetzen. Einige gesetzlich vorgeschriebene OZG-Leistungen fallen jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Braunschweig und damit in ihre Umsetzungspflicht. [1]

Dazu haben wir folgende Fragen:

1.) Wie viele kommunale Antragsverfahren fallen nach Leistungskatalog (LeiKa) des OZG in die Braunschweiger Regelungskompetenz und den Vollzug und für wie viele dieser Verfahren fehlt derzeit noch die Software?

2.) Wird die Verwaltung die unter 1. fehlenden Anwendungen als Open Source Software (OSS) beschaffen / programmieren und anschließend – im Sinne von „public money - public code“ auch anderen Nutzern zur freien unentgeltlichen Nutzung, Verbreitung, Veränderung zur Verfügung stellen, wie im OZG, 13. Prinzip des Servicestandards gefordert? [3]

3.) Vor dem Hintergrund, dass der E-Mail-Dienst De-Mail aus unterschiedlichen Gründen seit 10 Jahren keine Akzeptanz findet und bei der Telekom nun „eingestellt“ wird, [4] möchten wir gern wissen, welche Verschlüsselung die Stadtverwaltung für das schriftformersetzende Kommunikationsverfahren stattdessen nutzen wird.

Quellen:
[1] https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/grundlagen/info-ozg/info-leistungen/info-leistungen-node.html
[2]https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/themen/it_bevollmachtigter_der_landesregierung/digitale_verwaltung/projekt_4_einfuhrung_des_servicekontos/projekt-4-einfuehrung-des-servicekontos-173089.html
[3] https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/umsetzung/servicestandard/prinzip-13/prinzip-13-node.html
[4] https://www.golem.de/news/telekom-chef-de-mail-ist-ein-toter-gaul-2103-154574.html

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16462-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

zu 1.)

Der Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung (LeiKa) wird kontinuierlich fortgeschrieben und vom BMI auf der OZG-Informationsplattform [informationsplattform.ozg-umsetzung.de] veröffentlicht. Mit Stand vom 17.06.2021 enthält der LeiKa 7.441 LeiKa-Leistungen bzw. 587 OZG-Leistungen, von denen 56 bzw. 23 in kommunale Regelungskompetenz und Vollzug fallen.

Für die Umsetzung von OZG-Leistungen ist grundsätzlich keine Antragsverfahren-spezifische Software erforderlich: Die Bundesverwaltung und die Landesverwaltungen bauen einen Portalverbund auf, der den Antragstellern und den Verwaltungen eine generische In-frastruktur zur Verfügung stellt. Niedersächsische Kommunen können eigene oder vom Land Niedersachsen bereitgestellte Basiskomponenten wie Nutzerkonto, Postfach, Zuständigkeitsfinder, Online-Payment und Formularserver einsetzen, um ihre Leistungen online anzubieten. Um Medienbrüche zu verringern, wird auf kommunaler Seite eine Integrationsplattform aufgebaut um die Basiskomponenten mit dem Dokumentenmanagementsystem (DMS) und vorhandenen Fachverfahren zu verbinden. Antragsverfahren ohne Fachverfahren werden mit dem Formularserver oder mit Fachakten oder mit der allgemeinen Schriftgutverwaltung im DMS bearbeitet werden.

Für Fachaufgaben, für die bislang keine Fachverfahren im Einsatz sind, ist daher auch zukünftig grundsätzlich keine Antragsverfahren-spezifische Software für die Umsetzung des OZG erforderlich. Im Einzelfall könnte für Aufgaben mit mittleren Fallzahlen in Folge digitaler, strukturierter Daten im Antragseingang zukünftig der Einsatz von Software wirtschaftlich werden.

zu 2.)

Das genannte "Prinzip 13: Open Source" bezieht sich in der genannten Quelle ausdrücklich auf Eigenentwicklung. Die Stadt Braunschweig entwickelt weder Software selbst noch beauftragt sie die Herstellung von Individualsoftware. Kommunale Fachaufgaben ähneln sich derart, dass die ca. 10.000 deutschen Kommunen zu ca. 99,9% Software-Lösungen nicht selber entwickeln, sondern ihren Bedarf im öffentlichen Wettbewerb bei öffentlichen und privatwirtschaftlichen Softwareherstellern decken. Bei der Beschaffung der Software wird Open Source Software (OSS) nicht benachteiligt oder ausgeschlossen. Bieter können unternehmerisch frei entscheiden, in welchem Umfang die angebotene Lösung auf OSS basieren soll.

In der Mitteilung 20-14268 wurde im September 2020 über den Ausbau des E-Government im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes berichtet: Neben vorhandenen E-

Government- Komponenten von Land und Stadt wird zukünftig zusätzlich eine Integrationsplattform eingesetzt, um die städtischen Fachverfahren in diese zu integrieren. Zum Einsatz kommt dabei eine auf OSS basierende von kommunalen IT-Dienstleistern entwickelte Integrationsplattform.

zu 3.)

Für schriftformersetzende Kommunikationsverfahren gelten gesetzliche Regelungen.

So sind z. B. alle niedersächsischen Behörden gemäß § 4 Abs. 3 NDIG (Niedersächsisches Gesetz über die digitale Verwaltung und Informationssicherheit) verpflichtet, einen elektronischen Zugang zur Verwaltung auch durch eine De-Mail-Adresse im Sinne des De-Mail-Gesetzes anzubieten.

Daneben verpflichtet § 4 Abs. 2 NDIG die niedersächsischen Behörden, einen elektronischen Zugang zur Verwaltung auch über Nutzerkonten anzubieten. Diese Nutzerkonten sind auch bei der Kommunikation in Verwaltungsverfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern zu nutzen.

Die Stadtverwaltung wird die gesetzlich vorgesehenen schriftformersetzenden Kommunikationsverfahren nutzen.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16452
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	18.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

In der Ratssitzung am16. Februar dieses Jahres wurde mit dem interfraktionellen Antrag 21-15224 die Aktualisierung des noch aus dem Jahr 2004 stammenden Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben von 2004 beschlossen.

Die endgültigen Ergebnisse der Aktualisierung sind zwar erst für das Ende des 2. Quartals eingefordert, doch bereits im Juni 2021 sollten die ersten neuen Taubenschläge aufgestellt werden. Über die geplanten Standorte wurden die Ratsgremien jedoch nicht informiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Standorte für neue Taubenschläge wurden im Juni umgesetzt und welche weiteren können in Zukunft noch folgen?

2. In welchem Umfang fand bisher eine Öffentlichkeitsarbeit statt und welche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Experten wurden bisher geführt?

3. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Aktualisierung des Konzeptes und wird der im zugrundeliegenden Ratsantrag festgelegte Termin (Ende des 2. Quartals) eingehalten?

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16452-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT VIII -Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	30.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss ( )	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

1. Welche Standorte für neue Taubenschläge wurden im Juni umgesetzt und welche weiteren können in Zukunft noch folgen?

Wie in der Stellungnahme 20-14528-01 mitgeteilt, werden/wurden 3 Standorte (Wallstraße, Altstadtmarkt, Rathaus) geprüft. An einem weiteren Standort (Mühlenpfordtstraße/Rebenring) ist eine anschließende Prüfung vorgesehen.

Darüber hinaus wurde kurzfristig eine weitere Unterbringungsmöglichkeit im Innenstadtbereich in die Diskussion gebracht. Dazu findet in Kürze ein Sondierungsgespräch statt.

Zudem wurde die Nutzung von vorhandenen Dachstühlen mit Einbau einer OSB-Plattenkonstruktion als eine kostengünstigere Variante für Taubenschläge gegenüber einer Containerlösung an den o.g. Standorten einer ersten groben Prüfung unterzogen.
(Hinweis: Bei **OSB**-Platten handelt es sich um Mehrschichtplatten, die aus langen Spänen von spezifischer Form und Dicke hergestellt werden. Die Abkürzung **OSB steht** für „oriented strand board“ und kommt aus den USA, wo **OSB**-Platten zu 90 % für den Hausbau verwendet werden.)

Ein konkreter Standort konnte bisher leider noch nicht umgesetzt werden, da die vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel erst mit Freigabe des Haushaltes zur Verfügung stehen. Die Freigabe des Haushaltes ist bisher noch nicht erfolgt.

Die Verwaltung hat mit vorhandenen Ressourcen schon jetzt die Planungen für die Standorte Rathaus (Dach Altbau) und Martinikirche (ein positiver Beschluss des Kirchenvorstandes liegt vor) begonnen. Erste Planungsskizzen für beide Bereiche liegen vor. Hierbei ist der Dachausbau mit den oben benannten, sog. OSB-Platten geplant.

Die Standorte für ggf. weitere Taubenschläge werden in der Folge eng mit dem Verein Stadttiere e.V. besprochen und abgestimmt. Hierzu sollen möglichst städtische Gebäude genutzt werden. Sollten diese Standorte aber auf privatem Grund besser verortet sein, wird die Verwaltung die entsprechenden Eigentümer hierzu ansprechen.

2. In welchem Umfang fand bisher eine Öffentlichkeitsarbeit statt und welche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Experten wurden bisher geführt?

„Im Bürgerinfo der Stadt wurde ein Artikel zum Thema „Verletzte wildlebende Tiere eingestellt“ (https://www.braunschweig.de/vv/produkte/II/32/32_5/tierschutz/verletzt-wildlebende-tiere.php).

Im Übrigen ist keine Öffentlichkeitsarbeit erfolgt.

3. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Aktualisierung des Konzeptes und wird der im zugrundeliegenden Ratsantrag festgelegte Termin (Ende des 2. Quartals) eingehalten?

Wie in der Drucksache 20-13833 erläutert, ist bei der Erarbeitung eines neuen Taubenmanagementkonzepts die Kooperation mit Ehrenamtlichen zielführend. Daher wurden mit dem Stadttiere Braunschweig e. V. mehrere Gespräche geführt. Im Ergebnis wird zwischen der Verwaltung und dem Verein ein Vorschlag für ein Konzept erarbeitet, das aktuell noch in der Abstimmung ist.
Dabei stützt man sich auf die Empfehlungen zur tierschutzgerechten Bestandskontrolle der Stadttaubenpopulation des Tierschutzbeirates des Landes Niedersachsen und anderer fachlicher Grundlagen wie z.B. des Fachbeitrages „Stadttauben im Griff“ von Viktor Wiese und der Masterarbeit von Alexandra Weyrather „Untersuchung zur Stadttaubenpopulation von Frankfurt am Main und zum Konzept ihrer tierschutzgerechten Regulation.“

Der Grobentwurf wird nach Vorlage innerhalb der Verwaltung, insbesondere bezüglich Fragestellungen aus dem Tierschutzrecht, gespiegelt und diskutiert werden.

Mit einer Beschlussvorlage wird im 3. Quartal 2021 gerechnet.

Herlitschke

Anlage/n:

keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

21-16393
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Europathemen in der Stadtverwaltung

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	16.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Auch auf kommunaler Ebene wird es zunehmend wichtig, sich mit Entwicklungen und Themen zu beschäftigen, die auf europäischer Ebene verhandelt werden. Um der gestiegenen Relevanz solcher europäischer Fragen für die Kommunen gerecht zu werden, gibt es in einigen Gebietskörperschaften mittlerweile sogar Europabeauftragte, so z.B. im Landkreis Heilbronn und in einigen Berliner Bezirken.

Auf der Internetseite des Landkreises Heilbronn werden die Aufgaben eines/einer Europabeauftragten wie folgt beschrieben:
- Vermitteln von Grundkenntnissen über die Europäische Union, ihre Organe und ihre Funktionsweise
- Verfolgen aktueller Entwicklungen mit kommunalrelevanter Bedeutung
- Information der hiervon betroffenen Ämter des Landratsamtes
- Hinweise auf Fördermöglichkeiten und aktuelle Förderprogramme
- Aufbau von Netzwerken, Kontaktvermittlung
- Kontakte zu Europaabgeordneten, Europabeauftragten und weiteren Akteuren auf kommunaler Ebene knüpfen und pflegen
- Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Ausstellungen, Bereitstellung von Informationsmaterial.

Ein weiteres interessantes Projekt findet in Berlin unter dem Titel "LoGo! Europe" statt. Hierbei geht es um die Vernetzung kommunaler Verwaltungen innerhalb Europas u.a. durch das Angebot an die Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen, Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zu sammeln. Hierzu heißt es in einer Broschüre: "Im Mittelpunkt derartiger Projekte stehen der Erwerb und die Vertiefung von interkultureller Kompetenz, Sprachkompetenz sowie von Kenntnissen zur Arbeitsweise europäischer Verwaltungen. Darüber hinaus geht es auch um die vergleichende Analyse bei Fachfragen und die Herangehensweisen in den Partnerverwaltungen. Die Projekte leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Europakompetenz der Beschäftigten der Berliner Verwaltung."

Zu diesem Themenkomplex bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden europäische Themen mit kommunaler Relevanz (insbesondere die Beobachtung und Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten) aktuell in der Verwaltung der Stadt Braunschweig abgebildet?

2. Wie beurteilt die Verwaltung die Chancen, die sich aus einer verstärkten Beschäftigung mit europäischen Themen auch für Braunschweig ergeben könnten?

3. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass durch das Angebot an die Mitarbeiter*innen, Erfahrungen in Verwaltungen innerhalb Europas zu sammeln, die Attraktivität der Stadt Braunschweig als Arbeitgeberin gesteigert werden könnte?

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16393-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Europathemen in der Stadtverwaltung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	21.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1.

Im Referat 0120 Stadtentwicklung und Statistik ist eine Stelle eines wissenschaftlichen Sachbearbeiters für den Themenbereich Fördermittelakquisition und Europaangelegenheiten ausgewiesen, der sich insbesondere um das Angebot der Förderprogramme kümmert, Informationen sammelt und auswertet und die Fachbereiche und Referate sowie die städtischen Gesellschaften informiert und berät. Die Stelle unterstützt bei entsprechendem Bedarf auch Organisationseinheiten bei der Suche nach Fördermöglichkeiten, bietet Hilfestellung bei der Antragstellung und begleitet auf Wunsch den administrativen Prozess bei der Durchführung und Abwicklung der Maßnahme. Innerhalb der Verwaltung ist diese Funktion als Servicefunktion zu verstehen, so dass die einzelnen Organisationseinheiten auch ohne Beteilung des Referates 0120 Fördermaßnahmen erschließen und Fördermittel akquirieren können.

Neben dieser zentralen Stelle mit dem beschriebenen speziellen Aufgabenportfolio bestehen Kontakte auf europäischer Ebene im Rahmen der Städtepartnerschaften und der internationalen Zusammenarbeit.

Der Vollständigkeit halber zu erwähnen ist, dass natürlich das Europarecht und die europäische Rechtsprechung in den jeweils betroffenen Organisationseinheiten in dezentraler Verantwortung umzusetzen ist.

Zu 2.

Gut

Zu 3.

Ja

Dr. Kornblum

Anlage/n:
Keine

Absender:
Die Fraktion P² im Rat der Stadt

21-16463
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig hat die Charta der Vielfalt vor vielen Jahren unterzeichnet und sich damit zu einer vielfältigen Arbeitswelt bekannt. [1]

Auf der Webseite der Charta der Vielfalt heißt es u.a.

„Den Verwaltungen kommt bei der Gestaltung der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt eine entscheidende Rolle zu. Als größte Arbeitgeberin Deutschlands erfüllen sie eine Vorbildfunktion und öffnen sich stärker denn je ihren Bürger_innen. Dieser Dialog gelingt dort am besten, wo sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Verwaltung widerspiegelt.

Die Wertschätzung von Vielfalt ist nicht nur zeitgemäß, sie bringt dem öffentlichen Sektor auch klare Vorteile: Vielfältig zusammengesetzte Belegschaften können effektiver auf die Bedürfnisse und Anliegen unterschiedlicher Bürgerinnen und Bürger eingehen. So gelingt es ihnen besser, soziale Verantwortung zu übernehmen und wichtige demokratische Werte wie Chancengleichheit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Alltag zu leben und zu stärken.“ [2]

Im Bericht 2015 über die Charta der Vielfalt und die Fortschritte heißt es in der Drucksache 15-00071-01: [3]

„Personalbetreuung, -entwicklung und -weiterbildung erfolgen im Sinne der Charta der Vielfalt [...]“

Daher fragen wir an:

1. Spiegelt sich die Vielfalt der Braunschweiger Gesellschaft in der städtischen Verwaltung wider und wie stellt sich die Vielfältigkeit insbesondere bei den Fachbereichs- und Abteilungsleitungen dar?

2. Welche Diversity-Maßnahmen sind vorhanden und welche Fortschritte/Veränderungen hat es bei der Personalzusammensetzung innerhalb der Städtischen Verwaltung seit Unterzeichnung der Charta der Vielfalt gegeben? Wir bitten um einen Bericht.

3. Hat die Stadt Braunschweig ein Diversity Management für das Personalwesen?

Quellen:

[1] https://www.charta-der-vielfalt.de/ueber-uns/die-unterzeichner-innen/liste/zeige/stadt-braunschweig/

[2] https://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-verstehen-leben/diversity-management/oeffentlicher-sektor/
[3] https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1000299

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16463-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion P² im Rat der Stadt Braunschweig vom 19. Juni 2021 (21-16463) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Hierzu kann keine valide Aussage getroffen werden, da der Begriff „Vielfalt“ ein breites Spektrum umfasst (z. B. Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung). Insbesondere zu den beiden letztgenannten Punkten gibt es keine vergleichbare Statistik, da Bedienstete der Stadt Braunschweig hierzu keine Angaben machen müssen.

Die Frauenquote der Bediensteten der Stadt Braunschweig liegt aktuell bei 58,4%, bei den Führungskräften bei 43,0%.

Die Frauenquote bei den Fachbereichsleitungen liegt bei 6,7 % und bei den Abteilungsleitungen bei 42,6%.

Der Altersdurchschnitt der Bediensteten beträgt rd. 48,2 Jahren, dies spiegelt sich auch im Altersdurchschnitt bei den Führungskräften wider. Die Quote der Bediensteten mit Behinderung liegt seit Jahren über 5,0%.

Zu Frage 2:

Bestehende Diversity Maßnahmen wie z. B. entsprechende Fortbildungsangebote wurden weiter vorgehalten und bei Bedarf ausgeweitet („Ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen“, „Älter werden im Beruf“, „Interkulturelle Kommunikation“, „Vielfalt im Team – Die Führungskraft als Diversity-Manager*in“).

Im Rahmen der Personalzusammensetzung hat die Stadt Braunschweig nur bedingt Einflussmöglichkeiten, da mögliche Veränderungen abhängig von der Bewerberlage sind und eine Besetzung von freiwerdenden Stellen nach dem Grundsatz der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung erfolgt.

In Stellenausschreibungen wird darauf hingewiesen, dass Schwerbehinderte bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt werden. Auch Menschen mit Migrationshintergrund werden speziell aufgefordert, sich zu bewerben. Das gleiche gilt für ein unterrepräsentiertes Geschlecht. Ebenso gibt es Werbemaßnahmen für den Bereich der Ausbildung, hier sind als Beispiel Plakate der Feuerwehr zu nennen, die speziell Frauen ansprechen, sich zu bewerben.

Die Stadt Braunschweig zeigt ihre Offenheit für Vielfalt u. a. durch das Hissen der Regenbogenfahne bei verschiedenen Veranstaltungen, die Teilnahme von Bediensteten am CSD unter dem Motto „Gay for one Day“ sowie die Teilnahme am regelmäßig tagenden Runden Tisch LSBTI*.
Ganz aktuell bekennt sich die Stadt Braunschweig mit der Regenbogen-Illumination des Stadions an der Hamburger Straße zu Vielfalt, Toleranz und Gleichstellung.

Zu Frage 3:

Ein Diversity Management für das Personalwesen im eigentlichen Sinne ist nicht vorhanden. Es wurde aber mittlerweile eine „Arbeitsgruppe Diversity Management“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Bereichen zu diesem Thema gebildet. Darüber hinaus wurde im Jahr 2019 eine LSBTI*-Beauftragte bei der Stadtverwaltung Braunschweig installiert.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16454
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	18.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist ein zentrales Anliegen der meisten Personalmanagements. Mit dem Fokus auf Mitarbeiterbindung werden zum einen Werte nach innen, wie Zufriedenheit, Identifikation mit der jeweiligen Organisation und ihren Zielen gestärkt. Zum anderen führen die Bemühungen um Mitarbeiterbindung gleichzeitig nach außen zu einer höheren Attraktivität bei Bewerberinnen und Bewerbern. Beides sind wichtige Zielstellungen, die für eine erfolgreiche Organisation und ein angenehmes Miteinander notwendig sind.

Gerade im Bereich des Öffentlichen Dienstes, dem eben die Möglichkeiten für eine freie(re) Tarifgestaltung fehlen und somit keine Anreize über die Bezahlung gesetzt werden können, ist die Fokussierung auf das Arbeitsumfeld und dessen Organisation als ein Mittel der Mitarbeiterbindung von zentraler Bedeutung. Viele Kommunen haben bereits vor Jahren erkannt, dass in einer Zeit, in der in vielen Teilen Deutschlands Vollbeschäftigung herrscht, der Öffentliche Dienst andere Instrumente probieren und etablieren muss, um im Wettbewerb um Mitarbeiter bestehen zu können. Auch in Braunschweig gibt es zahlreiche Ansätze, die oftmals auch im Finanz- und Personalausschuss vorgestellt und diskutiert wurden. Allerdings gibt es auch einige Bereiche, in denen noch deutlich Luft nach oben ist. Das zeigt sich nicht zuletzt in der parallel vorgelegten Anfrage zur Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr und dem für diese Sitzung vorliegenden Antrag zur Neubewertung der Beamtendienstposten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welcher Form finden systematische oder ungesteuerte Befragungen zu den Bedürfnissen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt?

2. Welche Maßnahmenpläne mit welchem Inhalt existieren für die Bereiche Arbeitsumfeld und Arbeitsorganisation, Entwicklungsmöglichkeiten, Gesundheit, Verwaltungskultur (abgeleitet aus Unternehmenskultur), Employer Branding und materielle Anreize?

3. Existiert eine dauerhafte Zuordnung der Verantwortlichkeit bzw. Zuständigkeit dieser Thematik innerhalb der Verwaltung?

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16454-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.06.2021 (21-16454) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Mitarbeiterbefragungen sind bei der Stadt Braunschweig ein wichtiges Instrument des Erkenntnisgewinns und der verwaltungsinternen Zusammenarbeit. Sie erfolgen jedoch nicht systematisch-allumfassend in festgelegten Zeitabständen, sondern werden stets bedarfsorientiert und themenbezogen durchgeführt. Teilnahmen sind freiwillig und anonym. Derzeit läuft beispielsweise gerade die zweite Homeoffice-Umfrage. Auch zum Thema Mobilität ist eine Mitarbeiterumfrage geplant.

Insbesondere in den Prozess der Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung haben sich die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlreich und engagiert im Zuge durchgeführter Befragungen eingebracht.

Zu Frage 2:

Bei der Stadt Braunschweig existiert ein umfangreiches zentrales Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten, das u.a. Themenbereiche wie Gesundheit, Kommunikation und Arbeitsmethodik, Führung und diversity bedient.

Darüber hinaus gibt es Qualifizierungsrichtlinien für die Laufbahnen des allgemeinen Verwaltungsdienstes und des feuerwehrtechnischen Dienstes sowie des technischen Dienstes, die qualifizierten Mitarbeitetenden in ihrer jeweiligen Laufbahn die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 bzw. die Anerkennung als sonstige Beschäftigte oder sonstiger Beschäftigter für eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 13-15 TVöD ermöglichen.

Im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes wurde eine Richtlinie geschaffen, die geeigneten Sozialassistentinnen oder Sozialassistenten sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher ermöglicht.

Weiterhin haben Tarifbeschäftigte die Möglichkeit, je nach vorliegender Qualifikation die Zulassung zum Angestelltenlehrgang I bzw. II zu erwerben, während Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 vollziehen können. Darüber hinaus wurde als weiteres Instrument der Personalentwicklung der prüfungsfreie Praxisaufstieg etabliert.

Zudem bestehen Führungsnachwuchsförderungen im Bereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes, des technischen Dienstes sowie des Sozial- und Erziehungsdienstes.

Im Ergebnis hat die Personalverwaltung damit die Hürden für den Wechsel in eine Laufbahn mit höher bewerteten Stellen abgesenkt und die Entwicklungsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter via Fortbildungen und Qualifizierungen auch im Sinne der Mitarbeiterbindung deutlich erhöht.

Als weiteres Instrument der Mitarbeiterbindung bietet die Stadt Braunschweig ihren Mitarbeitenden eine ermäßigte Teilnahme am Hansefit-Programm und den Erwerb eines Jobtickets für den ÖPNV an. Auch das System der Leistungsorientierten Bezahlung, das auch auf Beamtinnen und Beamte anwendbar ist, kann die Mitarbeiterbindung fördern.

Zu Frage 3:

Die zentrale Zuständigkeit für alle oben aufgeführten Richtlinien und Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung liegt beim Fachbereich Zentrale Dienste. Maßnahmen, die gezielt an Beschäftigungsgruppen einzelner Organisationseinheiten gerichtet sind, wurden und werden in Abstimmung mit diesen entwickelt.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
Die Fraktion P² im Rat der Stadt

21-16464
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Anforderungen an Führungspersonal verändern sich stetig – immer abhängig von Mitarbeitenden und Projekten, die sich ebenfalls in einem ständigen Wandel befinden können. Zeitgemäße Führungsstile und Erkenntnisse über Veränderungen, Neuerungen können über Personalentwicklung, Personalbindung sowie über Erfolg entscheiden – auch über den eigenen.

In Zeiten fehlenden Fachpersonals halten wir daher Fortbildungen, berufliche Weiterbildung speziell zur Personalführung für unerlässlich.

Daher fragen wir an:

1.) Sind die Führungskräfte im öffentlichen Dienst der Stadt Braunschweig verpflichtet, Fort-/Weiterbildungen zu Personalführung zu besuchen und wenn ja: welche Anzahl in welchem Zeitfenster ist vorgeschrieben?

2.) Wie viele Führungskräfte gibt es in der Städtischen Verwaltung und wie viele von diesen haben in 2017, 2018, 2019 an Weiterbildungen zum Thema Führung von Mitarbeitenden teilgenommen?

3.) Gibt es innerhalb der Stadtverwaltung Führungskräfte- / Vorgesetztenbeurteilungen durch Mitarbeitende, wie ist das Prozedere, in welchen Zeitintervallen finden diese statt und wie groß ist der Rücklauf an Beurteilungen? [1]

Quellen:
[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Vorgesetztenbeurteilung

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16464-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion P² im Rat der Stadt Braunschweig vom 19. Juni 2021 (21-16464) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Ja, es gibt Pflichtveranstaltungen zur Fortbildung von Führungskräften im Dienst der Stadt Braunschweig. Beispielhaft seien hier genannt: „Das Rückkehrgespräch“, Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz/Mobbing“ oder Schulungen zum jährlichen Mitarbeitergespräch und zum Beurteilungswesen.

Neben diesen Pflichtveranstaltungen werden weitere Fortbildungen zum Thema „Führung“ angeboten. Zu nennen sind hier beispielsweise „Frauen in Führung“, Führung auf Distanz“, „Die Führungskraft als Motivator*in“ oder auch „Erstmals Führungskraft – so gelingt der Rollenwechsel“.

Außerdem bietet die Stadt Qualifizierungsangebote im Rahmen der Führungsnachwuchsförderung für den Allgemeinen Verwaltungsdienst, den Technischen Dienst und den Sozial- und Erziehungsdienst.

Die Fortbildungen zum Thema Führung erfolgen, sobald eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter Führungsaufgaben erhält; darüber hinaus geschehen sie anlassbezogen (zum Beispiel durch neue Regelungen).

Zu Frage 2:

Im Jahr 2017 gab es bei der Stadt Braunschweig 432 Führungskräfte (Stand: 31. Dezember 2017). Hiervon nahmen insgesamt 285 Führungskräfte an zentralen Fortbildungsveranstaltungen teil.

Im Jahr 2018 gab es bei der Stadt Braunschweig 439 Führungskräfte (Stand: 31. Dezember 2018. Hiervon nahmen insgesamt 175 Führungskräfte an zentralen Fortbildungsveranstaltungen teil.

Im Jahr 2019 gab es bei der Stadt Braunschweig 438 Führungskräfte (Stand: 31. Dezember 2019). Hiervon nahmen insgesamt 157 Führungskräfte an zentralen Fortbildungsveranstaltungen teil.

Zu Frage 3:

Bei der Stadt Braunschweig gibt es das Instrument der Vorgesetztenbeurteilung durch Mitarbeitende nicht.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16461
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität in den Kommunen, so auch hier in Braunschweig. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2008 der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) durch Zusammenlegen aus dem ehemaligen Vollzugs- und Ermittlungsdienst und dem Mobilen Umweltdienst ins Leben gerufen, um den öffentlichen Raum sicherer und lebenswerter für alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger zu machen. Die CDU-Fraktion hat die Einrichtung des ZOD stets konstruktiv begleitet und bereits vor einigen Jahren eine personelle Aufstockung gefordert. 2018 zog die Verwaltung dann nach und legte im Zuge der steigenden Aufgabenbereiche und den deutlich zunehmenden Einsatzanforderungen eine Neukonzeptionierung und Aufstockung des Zentralen Ordnungsdienstes zur Beschlussfassung vor (DS.-Nr. 18-09196). Bestandteil dieser Neukonzeption waren u.a. fünf zusätzliche Stellen, die über den Stellenplan 2019 realisiert wurden.

Die Ausweitung der Aufgabenbereiche hat sich auch in den folgenden Jahren fortgesetzt. Beispielsweise fällt seit Anfang letzten Jahres auch die Kontrolle der Einhaltung der Niedersächsischen Coronaschutzverordnung in den Aufgabenbereich des ZOD.

Die Kommunen haben großen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl ihrer Einwohner, dies bestätigt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Anfang des Jahres plädierte Dietmar Schilff, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen, dafür, dass die Innere Sicherheit stärker in den Fokus genommen wird, denn Sicherheit im lokalen Nahraum sei einer der wichtigsten Faktoren, damit die Heimat lebenswert bleibe. Dies darf nicht allein Aufgabe der Polizei sein. Neben den polizeilichen Herausforderungen des Landes Niedersachsen, oder gar den Aufgaben zur Landesverteidigung durch den Bund gibt es auch im Bereich der Kommune entscheidende Einflussfaktoren für die Sicherheit vor Ort. Um die öffentliche Sicherheit zu optimieren ist daher die Zusammenarbeit zwischen der örtlichen Polizei und des Zentralen Ordnungsdienstes ein essenzieller Aspekt, der mit einer soliden Ausstattung des ZOD kombiniert werden muss.

Denn das gemeinsame Ziel muss es sein, dass alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger weiterhin gerne und sicher in unserer Löwenstadt leben können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie hat sich die Mitarbeiterzahl des Zentralen Ordnungsdienstes in den Jahren seit der Gründung bis heute entwickelt?2. Welche Tätigkeitsbereiche bilden aktuell den Schwerpunkt des Zentralen Ordnungsdienstes?
3. Wie könnte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Zentralen Ordnungsdienst ausgestaltet sein, um das Sicherheitsgefühl der Braunschweigerinnen und Braunschweiger weiter zu stärken?

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16461-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 19. Juni 2021 (21-16461) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1. und 2.

Der ZOD wurde im Mai 2008 als Zusammenschluss aus dem ehemaligen Vollzugs- und Ermittlungsdienst und dem Mobilen Umweltdienst (MUD) mit zunächst 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegründet. Weitere Stellenschaffungen in den Folgejahren führten zur Aufstockung auf 18 Stellen inkl. einer Einsatzleitung. Im Zuge der Neukonzeption im Jahr 2018 wurden fünf weitere Stellen eingerichtet, gleichzeitig wurde innerhalb des Ordnungsamts umstrukturiert. Derzeit umfasst der ZOD insgesamt 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter eine Stellenleitung, zwei Sachgebietsleitungen, die zugleich die Einsatzleitung wahrnehmen, und drei Mitarbeiterinnen im Innendienst.

Die Aufgaben entsprechen weiter denen im Tätigkeitskatalog, der der Mitteilung 18-09196 als Anlage beigefügt war. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie liegt ein Einsatzschwerpunkt zudem in der Überwachung der Einhaltung der jeweils geltenden Corona-Regelungen. Hierbei wurde der ZOD in den vergangenen Monaten durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Bereichen des Fachbereichs 32 intensiv unterstützt. Temporär wurden auch drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen zur Unterstützung des ZOD freigestellt.

Der Zentrale Ordnungsdienst (ZOD) stellt mit der Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben auch einen wesentlichen Faktor für die sogenannte subjektive Sicherheit in Braunschweig dar, da diese oft eng mit Ordnungsstörungen, Regelverstößen und Verwahrlosungserscheinungen zusammenhängt. Um die subjektive Sicherheitslage in Braunschweig besser zu bewerten, sie in Relation zur tatsächlichen Lage zu setzen und daraus gezielte Maßnahmen ableiten zu können, plant die Verwaltung eine Sicherheits-befragung nach dem Vorbild zum Beispiel der Stadt Mannheim durchzuführen.

Aus der polizeilichen Kriminalitätsstatistik ergibt sich erfreulicherweise, dass die Kriminalitätsbelastung in Braunschweig seit fünf Jahre kontinuierlich zurückgeht und dass wir uns im 20-Jahresvergleich auf einem historischen Tiefststand befinden.

Zu 3.

Eine Zusammenarbeit mit der Polizei in allen ordnungsrechtlichen Fragen gibt es seit Gründung des ZOD. Sie ist im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) angelegt und wurde über die Jahre hinweg immer wieder intensiviert und optimiert. Es erfolgen der Austausch über geplante Einsatzschwerpunkte und Beschwerdelagen sowie gemeinsame Kontrollen und bei Großereignissen regelmäßige Abstimmungsgespräche. Während der Pandemie fanden zeitweilig gemeinsame Corona-Streifen von Polizei und Ordnungsamt sowie mehrere gemeinsame Kontrollaktionen statt. Es gibt einen regelmäßigen Austausch in Arbeitskreisen wie dem AK Streetwork oder dem ÖASS und die gemeinsame Arbeit in Projekten wie z. B. „transit“.

Nach Klärung mietvertraglicher Fragen und anschließender Umbauarbeiten ist die Einrichtung einer „Stadtwache“ auf dem Bohlweg geplant. Durch die räumliche Nähe zum Polizeikommissariat Mitte ist dann eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit möglich. In diesem Zusammenhang erfolgen auch Überlegungen zur Einrichtung einer Einsatzleitstelle und zur Ausstattung des ZOD mit Digitalfunkgeräten

Dr. Kornblum

Anlage/n:
Keine

Absender:
Die Fraktion P² im Rat der Stadt

21-16465
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Mitarbeitenden der Stadt Braunschweig und ihrer Gesellschaften tragen bei zur Daseinsvorsorge, indem sie die unterschiedlichsten Aufgaben innerhalb der Stadt wahrnehmen. Ob im Gesundheitsamt oder im Städtischen Klinikum, bei der Verkehrs GmbH oder im Baudezernat, bei der Stadtbad GmbH, im Sozialreferat oder Fachbereich Schule; dort überall arbeiten verantwortungsvolle Menschen, die die Funktionen und eine Form von Normalität in der Stadt aufrecht erhalten.

Vor dem Hintergrund der Relevanz dieser Aufgaben und der Wirksamkeit innerhalb der Stadt ist es wichtig, sehr regelmäßig darauf zu schauen, ob die Tätigkeiten Veränderungen, Überbelastungen o.ä. bei den Mitarbeitenden hervorrufen, und sich Auswirkungen auf ihre Gesundheit, Motivation und Leistungsfähigkeit ablesen lassen.

Bisher haben wir diese Fragen an einzelne Gesellschaften oder Fachbereiche gestellt, wie z.B. an die Berufsfeuerwehr, an die Braunschweiger Verkehrs GmbH oder das Städtische Klinikum. Hier geht es dieses Mal um alle städtischen Gesellschaften und die Stadt mit ihren Dezernaten/Fachbereichen. Besonders vor dem Hintergrund der vergangenen Corona-Monate und einem für viele sicherlich eher untypischen Jahres- sowie Arbeitsablaufes erachten wir die Kenntnis der Zahlen als notwendig.

Daher stellen wir folgende Fragen,:

1.) Wie hoch ist die Anzahl der derzeit unbesetzten Stellen bei der Stadt Braunschweig und ihren städtischen Gesellschaften und in welchen Bereichen fehlt dieses Personal (Auflistung nach Gesellschaft/ Dezernat, Fachbereich)?

2.) Wie viele Urlaubstage aus 2019 wurden auch in 2020 nicht genommen und wie viele Überlastungsanzeigen wurden im Jahr 2020 von den Mitarbeitenden der Stadt Braunschweig und ihrer städtischen Gesellschaften angezeigt (Auflistung nach Gesellschaft, Dezernat/ Fachbereich)?

3.) Wie viele Überstunden wurden im Jahr 2020 von den Mitarbeitenden der Stadt Braunschweig und ihrer städtischen Gesellschaften geleistet und wie viele davon wurden als Freizeitausgleich genommen (Auflistung nach Gesellschaft, Dezernat/Fachbereich)?

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16465-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zu Frage 1.

Bei der Stadt Braunschweig sind aktuell von 3581,57 Planstellen 222,29 (Vollzeitäquivalente) unbesetzt. Diese verteilen sich wie folgt auf die Verwaltung:

OE	Anzahl Stellen	Unbesetzte Stellen	Quote
01	23,90	0,15	0,63%
0120	21,00	0,81	3,84%
0130	3,50	0,26	7,33%
0140	17,50	1,11	6,32%
0150	4,39	0,11	2,39%
0300	12,39	0,63	5,04%
0400	6,54	0,61	9,40%
0412	56,32	4,30	7,64%
0413	24,64	0,47	1,93%
0414	11,89	0,50	4,20%
0500	6,77	0,27	3,97%
0600	11,06	1,94	17,58%
0610	5,00	0,00	0,00%
0617	14,10	2,05	14,55%
0650	44,77	4,60	10,28%
0670	43,89	0,39	0,89%
0800	4,75	1,00	21,05%
10	169,69	9,09	5,36%
20	131,03	0,46	0,35%
32	274,95	17,00	6,18%
37	415,90	27,47	6,60%
40	132,49	0,00	0,00%
41	64,81	3,26	5,03%
50	314,03	22,66	7,21%
51	873,09	67,01	7,67%
60	68,00	2,82	4,15%
61	93,43	4,00	4,28%
65	285,83	27,08	9,47%
66	155,41	13,58	8,74%

67	245,74	4,04	1,64%
68	44,75	4,64	10,37%
	3581,57	*222,29*	*6,21%*

Dieser Stand bildet eine Momentaufnahme ab. Zu berücksichtigen ist, dass für einen Großteil der aufgeführten Stellen bereits Besetzungsverfahren in unterschiedlichen Stadien laufen.

Darüber hinaus werden derzeit im Impfzentrum 14 Kräfte und im Gesundheitsamt zur Kontaktnachverfolgung 35 Kräfte befristet außerhalb des Stellenplans beschäftigt.

Die Veränderungen des Stellenplans 2021 sind nicht berücksichtigt, da der Stellenplan noch nicht in Kraft ist.

Zu Frage 2.

Die automatisierte Zeiterfassung hat (noch) keine flächendeckende Urlaubserfassung/-berechnung, so dass eine Auskunft zu nicht genommenen Urlaubstagen aus dem Urlaubsjahr 2019, die auch 2020 nicht genommen wurden, nicht möglich ist.
Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es bei der Stadt nach dem Beamtenrecht und dem Tarifrecht sowohl für Beamte als auch für Beschäftigte möglich ist, Resturlaube bis zum 30. September des Folgejahres anzutreten. Weiterhin hat der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 6. November 2018 (Az C-619/16) entschieden, dass für den Arbeitgeber eine grundsätzliche Verpflichtung dahingehend bestehen kann, auf die Folgen einer nicht rechtzeitigen Beantragung und Inanspruchnahme von Erholungsurlaub hinzuweisen. Seitdem werden die Beschäftigten und Beamten zu Beginn eines jeden Jahres über ihren individuellen Resturlaub aus dem Vorjahr und die möglichen Folgen einer nicht rechtzeitigen Beantragung und Inanspruchnahme von Resturlaub unterrichtet.

Überlastungsanzeigen werden in der Regel dezentral in den jeweiligen Organisationseinheiten bearbeitet und nur in Einzelfällen an den Fachbereich 10 Zentrale Dienste weitergeleitet, so dass auch zu einer Anzahl insgesamt keine zentrale Auskunft erfolgen kann. Der künftige Umgang mit Überlastungsanzeigen bei der Stadt im Rahmen eines strukturierten Verfahrens befindet sich derzeit in der Bearbeitung.

Zu Frage 3.

Dem Finanz- und Personalausschuss (FPA) wird zu Beginn eines jeden Jahres jeweils der aktuelle Stand der Stunden auf den Freizeitkonten getrennt nach Organisationseinheiten mitgeteilt, zuletzt zum FPA am 29. Januar 2021 (DS 21-15075). Zu beachten ist, dass sich auf den Freizeitkonten neben Überstunden/Mehrarbeitsstunden auch z. B. Stunden im Rahmen von speziellen Arbeitsflexibilisierungsregelungen sowie aus geleisteter Samstagsarbeit befinden. Weiterhin sind hier nur die über das Gleitzeitguthaben hinausgehenden Zeitguthaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfasst, die in der automatisierten Zeiterfassung buchen. Der Ausgleich der Zeitguthaben auf den Freizeitkonten liegt ebenso in der Verantwortung der dezentralen Organisationseinheiten wie die Anordnung von Überstunden/Mehrarbeit und kann zentral nicht beantwortet werden.

Die Informationen zu den Städtischen Gesellschaften erfolgen in einer gesonderten Stellungnahme.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16465-02
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	30.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der Fraktion P² vom 19. Juni 2021 (DS 21-16465) wurde den städtischen Gesellschaften mit der Bitte um Beantwortung übersandt.

Als Anlage ist eine tabellarische Zusammenstellung der derzeitigen personellen Situation in den städtischen Eigen- und Mehrheitsgesellschaften dargestellt.

Geiger

Anlage/n:

Auflistung der personellen Situation der Gesellschaften

Gesellschaft	Anzahl der derzeit unbesetzten Stellen	In welchen Bereichen sind die Stellen unbesetzt?	Anzahl der auch in 2020 nicht genommenen Urlaubstage aus 2019	Anzahl der Überlastungsanzeigen in 2020	Anzahl der Überstunden in 2020	Davon: Anzahl der Umwandlung in Freizeitausgleich
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	0	entfällt	0	0	Die Überstunden aus arbeitsreichen Phasen werden überwiegend in arbeitsschwachen Phasen abgebaut	29 Tage
Volkshochschule Braunschweig GmbH	0	entfällt	0	0	Ca. 650 h	Ca. 650 h
Brg. Verkehrs-GmbH	0	entfällt	0	0	14.482 h	11.590 h
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1	Technik	0	3	2674 h	2180 h
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	60	Ärztl. Dienst: 6,5 Pflegedienst: 53,5	332*	420	113.383 h**	111.747 h
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	1	Verkehrsleitung	0	0	3.563 h	Eine Anzahl der Umwandlung in Freizeitausgleich kann hier nicht angegeben werden, da ein Zeitausgleich fließend erfolgt ist und hierüber keine Statistik geführt wird.
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesell-schaft mbH	1	IT-Bereich	0	0	Alle bis März 2020 aufgelaufenen Überstunden wurden zunächst vor Beginn der Kurzarbeit abgebaut	entfällt
Braunschweig Zukunft GmbH	0	entfällt	0	0	790 h	780,5 h

Gesellschaft	Anzahl der derzeit unbesetzten Stellen	In welchen Bereichen sind die Stellen unbesetzt?	Anzahl der auch in 2020 nicht genommenen Urlaubstage aus 2019	Anzahl der Überlastungsanzeigen in 2020	Anzahl der Überstunden in 2020	Davon: Anzahl der Umwandlung in Freizeitausgleich
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	1	Veranstaltungs-bereich	0	0	2.081 h	1.644,5 h
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	8	Wasseraufsicht Reinigung Kasse Marketing	6*	0	2.324,64 h	3.269,56 h***
Grundstücks-gesellschaft Braunschweig mbH	0	0	0	0	48 h	48 h
Kraftverkehr Mundstock GmbH	0	0	46	0	1.861 h	638 h
Hafenbetriebs-gesellschaft Braunschweig mbH	0	entfällt	0	0	1.340,5	1.340,5
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	0	0	0	0	0	0

* Es handelt sich um nicht genommenen Resturlaub aufgrund längerer Krankheiten oder Elternzeit
** Gesamtzahl der Überstunden. Es kann nicht festgestellt werden, ob diese aus 2020 oder Vorjahren sind
*** Auch Überstunden aus den Jahren vor 2020 wurden in Freizeitausgleich umgewandelt

21-16326
Antrag (öffentlich)

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

Betreff:
Einrichtung eines TOP "Geplante Schließung des ambulanten Reha-Zentrums des städtischen Klinikums in der Nîmes-Straße"

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 01. Juli 2021 einen Tagesordnungspunkt zum Thema "Geplante Schließung des ambulanten Reha-Zentrums des städtischen Klinikums in der Nîmes-Straße" einzurichten.

Sachverhalt: Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen: keine

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

21-16418
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	17.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschlussvorschlag:

Aus gegebenem Anlass bereits beschlossener und weiterer befürchteter Schließungen (siehe DS 21-15996-01 auf eine Dringlichkeitsanfrage der Grünen) von Abteilungen des Klinikums, des drohenden Verkaufs von Grundstücken bis hin zur Gesamt-Privatisierung stellt der Rat klar:

1. Oben genannte Szenarien sind zu vermeiden. Soweit bereits in den zuständigen Gremien beschlossen, möge die Verwaltung Wege aufzeigen, beschlossene Schließungen oder Veräußerungen rückgängig zu machen.

2. Um dies zu gewährleisten, beschließt der Rat ein Moratorium unter Beteiligung des Klinikums, der Beschäftigten, der Gewerkschaft Verdi und ggf. der BS-Landtagsvertreter*Innen.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16418-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	13.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zu dem Antrag der Fraktion BIBS vom 17. Juni 2021 (DS 21-16418) wird wie folgt Stellung genommen.

Im Hinblick auf die im Antrag erwähnte Stellungnahme zur Dringlichkeitsanfrage zum Ambulanten Reha-Zentrum (21-15996-01) wird darauf hingewiesen, dass die geplante Schließung des Zentrums derzeit noch einmal diskutiert wird und somit noch nicht umgesetzt ist.

Ferner ist seitens der Verwaltung keine Privatisierung des Städtischen Klinikums geplant. Ganz im Gegenteil werden gemeinsam mit dem Klinikum alle Möglichkeiten auf verschiedenen Ebenen genutzt, für eine auskömmliche Finanzierung der Investitionen und des laufenden Betriebes zu sorgen. Aktuell wird dazu auf die die Ratsmitteilung (DS 21-16480) sowie die Pressemeldungen der letzten Woche verwiesen, wonach unter Beteiligung der Stadt Braunschweig sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene auf die Situation kommunaler Großkrankenhäuser aufmerksam gemacht wurde.

Konkret wird auf die erheblichen städtischen Zuschusszahlungen an das Klinikum, 35,9 Mio. € in 2020 (20-14490-01) und 11,9 Mio. € in 2021 geplant (21-15506), hingewiesen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

21-16466
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. über den Sachstand der "Rekommunalisierung" bei der Nibelungen-Wohnbau zu berichten und

2. einen konkreten Zeitplan für die vollständige Rücknahme der Privatisierungsschritte noch in der laufenden Ratsperiode vorzulegen.

Sachverhalt:

Der ehemalige Oberbürgermeister Hoffmann hatte gegen Ende seiner Amtszeit vor dem Rat der Stadt eine Kehrtwende zur kommunalen Wohnraumversorgung angekündigt:

„...also nachdem ich verantwortlich bin, das weiß ich, dass die NiWo-Bau vor einigen Jahren privatisiert worden ist. Ich habe meine Meinung geändert. Das ist bekannt. Ich werde deshalb noch während meiner Amtszeit eine Vorlage einbringen, in der die NiWo-Bau wieder rekommunalisiert wird.“ (Original-Ton der Rede Hoffmanns im Rat am 27.8.2013)

Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Wohnungsverkäufe zu Lasten der NiWo getätigt. Gleichzeitig war es zu einem Verlust an Finanzmitteln durch Dividendenabführungen gekommen, wie auch durch den Erwerb eigener Anteile der NiWo und durch Abgeltungssteuern wegen der dadurch entstandenen Gewinnabführungssteuern.

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16466-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	23.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	13.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der BIBS-Fraktion vom 19. Juni 2021 (DS 21-16466) wird wie folgt Stellung genommen:

An der Nibelungen-Wohnbau-GmbH sind mit folgenden Gesellschaftsanteilen beteiligt:

- Stadt Braunschweig: 45,9 %
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH: 44,1 %
- „Eigene Anteile“ der Nibelungen-Wohnbau-GmbH: 10,0 %.

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wiederum ist eine 100%ige Gesellschaft der Stadt Braunschweig.

Es lässt sich somit feststellen, dass die Nibelungen-Wohnbau-GmbH in der Gesamtheit ihrer direkten und indirekten Anteilsträgerinnen mithin eine 100%ige Gesellschaft der Stadt Braunschweig ist.

Fragestellungen hinsichtlich einer „Rekommunalisierung“ sind mithin gegenstandslos.

Im Gesamtzusammenhang der Thematik Wohnungsbau in Braunschweig und bezahlbarer Wohnraum wird ergänzend in Abstimmung mit der Nibelungen-Wohnbau-GmbH mitgeteilt:

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH ist in den vergangenen Jahren in der Weststadt und in der Nordstadt ihrer Verantwortung zur Realisierung von Neubauwohnungen aktiv nachgekommen. So entstanden auf dem ehemaligen Gelände der IGS Wilhelm-Bracke am Alsterplatz insgesamt 179 Mietwohnungen, davon 62 Mietwohnungen öffentlich gefördert, sowie neun Gewerbeflächen, unter anderem für eine 2-Gruppen Kindertagesstätte, eine Ergotherapie- und Zahnarztpraxis. Im ersten Bauabschnitt im Nördlichen Ringgebiet realisierte die Nibelungen insgesamt 175 Mietwohnungen, wovon 40 Mietwohnungen öffentlich gefördert werden. In diesem Neubaugebiet entstanden weiterhin sieben Gewerbeflächen, unter anderem für eine 5-Gruppen Kindertagesstätte und ein Restaurant.

Alle Neubauwohnungen in beiden Quartieren sind barrierearm beziehungsweise barrierefrei nutzbar und bereits dem Braunschweiger Wohnungsmarkt erfolgreich zugeführt.

Das Neubauengagement wird auch in den Folgejahren weiter fortgeführt. So entwickelt die Nibelungen-Wohnbau-GmbH im zweiten Bauabschnitt im Nördlichen Ringgebiet in zwei Gebäuden rund 69 Mietwohnungen sowie eine Wohnpflegegemeinschaft und zwei betreute Wohngruppen. Geplant ist bei diesem Neubauprojekt eine 100%ige öffentliche Förderung umzusetzen.

Die gleiche Förderquote ist beim Neubau von weiteren 73 Mietwohnungen im Neubaugebiet Stöckheim-Süd geplant. Hier plant die Gesellschaft den Neubau von 6 bis 8 Reihenhäusern zur Miete.

Geiger

Anlage/n:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16288
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über den Jahresabschluss 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	17.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Bauausschuss (Vorberatung)	29.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2019 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2019 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2019 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch Herrn Stadtrat Herlitschke und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2019 wird der Jahresabschluss 2019 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2019 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1. Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 18.196.238,69 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 112.441.697,14 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 17.238.868,73 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2019 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 123.158.994,98 €.

2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement beträgt für das Haushaltsjahr 2019 vor Zuschuss durch die Stadt Braunschweig 2.952.303,10 €. Die Stadt Braunschweig hat einen Zuschuss in Höhe von 5.227.400,00 € gezahlt. Somit ergibt sich insgesamt ein Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 €. Unter Berücksichtigung des Zuschusses ergibt sich ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis aus der

Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1.810.676,09 € und wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.810.676,09 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 464.420,81 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 464.420,81 €.

2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 387.889,25 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 11.716.905,42 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 456.937,67 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen, da keine Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen oder des außerordentlichen Ergebnisses vorhanden sind.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 28.633,32 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 21.251.227,63 €.

2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 614.756,43 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € wird aus dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 5.604.787,95 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 584.134,97 € wird zu einem Anteil von 201.846,93 € gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch den Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis gedeckt. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 382.288,04 € wird soweit wie möglich nach § 24 Abs. 1 KomHKVO aus der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses (269.590,49 €) ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 112.697,55 € wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Damit verbleibt in der Sonstigen Rücklage ein Betrag in Höhe von 8.364.309,88 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 201.846,93 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Sachverhalt:

1. Allgemeines

1.1 Die Stadt hat gemäß § 128 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) für das Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung und einer Bilanz sowie einem Anhang. Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG geprüft und seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammengefasst. Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Bericht ist in der **Anlage 1** beigefügt.

Ebenso sind der Jahresabschluss der Kernverwaltung, die Jahresabschlüsse der Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dieser Vorlage als Anlagen beigefügt.

1.2 Der Schlussbericht 2019 des Rechnungsprüfungsamtes vom 7. Mai 2021 enthält auf Seite 165 folgenden Prüfungsvermerk zum Jahresabschluss 2019:

„Der seitens der Stadt im Sinne des § 128 Abs. 1 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufgestellte Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang sowie die dem Anhang gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG beigefügten Bestandteile, entspricht nach den bei der zuvor dargelegten pflichtgemäßen Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den geltenden kommunalrechtlichen haushalts- und rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und KomHKVO) und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Es bestehen keine Bedenken, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss beschließt und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt."

1.3 Das Rechnungsprüfungsamt hat daher erklärt, dass keine Bedenken bestehen, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG über den Jahresabschluss 2019 beschließt.

2. Ergebnisse des Jahresabschlusses 2019

2.1 Ergebnisrechnung

Nach dem Ansatz wies der Haushalt 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von rund 34,1 Mio. € aus. Inklusive des geplanten Haushaltsresteabbaus in Höhe von rund 3,8 Mio. € ergaben sich Haushaltsermächtigungen in Höhe von rund 37,9 Mio. €.

Der Ergebnishaushalt 2019 wies bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rund 857,1 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rund 891,1 Mio. € im ordentliches Ergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von rund 34,0 Mio. € aus. Das außerordentliche Ergebnis war mit einem Überschuss in Höhe von rund 75 T€ geplant. Insgesamt ergab sich damit ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 34.094.131,37 €. Für das Haushaltsjahr 2019 wurde zusätzlich ein Abbau von Haushaltsresten in Höhe von rund 3,8 Mio. € vorgesehen. Der Haushalt ist gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Dies war für das Haushaltsjahr 2019 nicht der Fall. Allerdings gilt diese Verpflichtung gemäß § 110 Abs. 5 Ziffer 1 NKomVG als erfüllt, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann. Damit wird der Haushaltsausgleich durch einen Rückgriff auf die in vergangenen Jahresabschlüssen gebildeten Überschussrücklagen erreicht.

Der zusammenfassenden Tabelle am Ende dieses Abschnittes 2.1 können die genauen Beträge entnommen werden.

Nach dem Ergebnis der Ergebnisrechnung ergibt sich durch Mindererträge in Höhe von 3.575.358,30 € (ordentliche Mindererträge rund 21,7 Mio. € und außerordentliche Mehrerträge rund 18,2 Mio. €) und Minderaufwendungen in Höhe von 40.562.119,71 € (ordentliche Minderaufwendungen rund 41,4 Mio. € und außerordentliche Mehraufwendungen rund 0,9 Mio. €) eine Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von 36.986.761,41 €. Damit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 957.369,96 €.

Beim **ordentlichen Ergebnis** ergibt sich durch Mindererträge bei den ordentlichen Erträgen in Höhe von 21.745.391,46 € und Minderaufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 37.568.784,14 € für das ordentliche Ergebnis eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe von **15.823.392,68 €.**

Wesentlich hierbei sind Minderaufwendungen von rund 15,8 Mio. € aus nicht mehr oder nur teilweise in 2019 umgesetzten Instandhaltungen sowie geringerer Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 4,8 Mio. €.

Des Weiteren war eine um rund 1,9 Mio. € geringere Belastung im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ zu verzeichnen. Die geringere Belastung setzt sich aus Mehraufwendungen in Höhe von rund 3,4 Mio. € und Mehrerträgen in Höhe von rund 5,4 Mio. € zusammen.

Auch im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ ist eine geringere Belastung für Transferleistungen in Höhe von rund 4,1 Mio. € entstanden. Die geringere Belastung setzt sich aus Minderaufwendungen in Höhe von rund 18,2 Mio. € und Mindererträgen in Höhe von rund 14,1 Mio. € zusammen.

Im Bereich der Aufwendungen für das aktive Personal sowie für die Versorgung haben sich Mehraufwendungen von rund 9,6 Mio. € (z. B. durch eine erhöhte Zuführung zu den Personalrückstellungen) ergeben.

Des Weiteren haben sich bei den planmäßigen Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen Minderaufwendungen in Höhe von rund 4,3 Mio. € ergeben.

Ergebnisverbessernd waren Mehrerträge im Bereich der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer in Höhe von rund 1,0 Mio. € und der Umsatzsteuer in Höhe von rund 4,1 Mio. € sowie bei der Vergnügungssteuer in Höhe von rund 1,2 Mio. € zu verzeichnen.

Dem gegenüber stehen Mindererträge bei der Gewerbesteuer in Höhe von rund 24,1 Mio. € (bereinigte Gewerbesteuer 16,0 Mio. €).

Ergebnisverbessernd konnten Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen (z. B. für die Energieeinsparverordnung rund 7,0 Mio. €) erzielt werden (keine Auswirkung auf die Finanzrechnung). Darüber hinaus sind im September 2020 noch zwei Sachverhalte in Höhe von rund 1,3 Mio. € bekannt geworden, die zu einer ertragswirksamen Herabsetzung der Rückstellungen führen. Daraus hätte sich für den Jahresabschluss 2019 rein rechnerisch ein leicht positives Ergebnis von rund 0,4 Mio. € ergeben. Da diese Informationen erst nach dem Wertaufhellungszeitraum (bis 31.03) bekannt wurden, können aus rechtlichen Gründen die Herabsetzungen erst im Haushaltsjahr 2020 erfolgen.

Durch Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 18.170.033,16 € und durch Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 856.664,43 €, ergibt sich für das **außerordentliche Ergebnis** gegenüber der Haushaltsplanung eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe von **17.313.368,73 €**.

Die Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen sind vor allem durch die Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen in Höhe von rund 10.609 T€ (z. B. Rückerstattung von Gewerbesteuer sowie der Abrechnung der Rückforderung für das Bio-Tec-Gründungszentrum) entstanden.

Des Weiteren haben sich Mehrerträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden (z. B. aus der Regulierung von Schadensersatzleistungen der Versicherung für die Brandschäden der Schulsporthalle Lehndorf St.-Ingbert-Str. 89 bzw. Kita Leiferde) in Höhe von rund 6.095 T€ ergebnisverbessernd ausgewirkt.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Ergebnisrechnung		**Abweichung**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €- [1)]	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Ordentliche Erträge	857.104.068,00	835.358.676,54	-21.745.391,46	-2,5
Ordentliche Aufwendungen	894.973.699,37	853.554.915,23	-41.418.784,14	-4,6
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**-37.869.631,37**	**-18.196.238,69**	**19.673.392,68**	**52,0**
Außerordentliche Erträge	492.500,00	18.662.533,16	18.170.033,16	über 100
Außerordentliche Aufwendungen	567.000,00	1.423.664,43	856.664,43	über 100
Außerordentliches Ergebnis	**-74.500,00**	**17.238.868,73**	**17.313.368,73**	**über 100**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-37.944.131,37**	**-957.369,96**	**36.986.761,41**	**97,5**

[1)] inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von 3.850.000,00 €.

2.2 Finanzrechnung

Im **Finanzhaushalt** 2019 war eine Finanzmittelveränderung, in diesem Fall eine Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln, in Höhe von **17,1 Mio. €** geplant. Inklusive des geplanten Haushaltsresteabbaus in Höhe von rund 13,2 Mio. € (davon Aufwand = 3,9 Mio. € und Investitionen = 9,3 Mio. €) hätte sich eine Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln in Höhe von rund -30,3 Mio. € ergeben.

Tatsächlich ergibt sich für 2019 in der **Finanzrechnung** eine Erhöhung des Bestandes an Zahlungsmitteln in Höhe von **36.546.887,54 €** auf 104.742.351,85 €. Die Abweichung bei der Finanzmittelveränderung zwischen dem Finanzhaushalt und der Finanzrechnung werden durch Veränderungen beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, beim Saldo aus Investitionstätigkeit und beim Saldo aus Finanzierungstätigkeit hervorgerufen.

In der Finanzrechnung ergibt sich bei der **laufenden Verwaltungstätigkeit** durch Mindereinzahlungen in Höhe von 27.281.726,62 € und Minderauszahlungen in Höhe von 58.287.407,79 € gegenüber den oben genannten Haushaltsermächtigungen eine Ergebnisverbesserung in Höhe von **31.005.681,17 €**. Die Ergebnisbesserung ist vor allem durch die Abweichungen in der Ergebnisrechnung entstanden.

Der darüberhinausgehende Betrag ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die in der Ergebnisrechnung gebildeten Rückstellungen erst zu einem späteren Zeitpunkt zahlungswirksam werden. Generell gilt, dass die im laufenden Haushaltsjahr gebildeten Rückstellungen erst in Folgejahren zur Auszahlung kommen und im laufenden Haushaltsjahr Auszahlungen für in Vorjahren gebildete Rückstellungen erfolgen.

Für die **Investitionstätigkeit** ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 104.238,32 € und Minderauszahlungen in Höhe von 23.112.399,03 € eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe **von 23.216.637,35 €.**

Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf die Minderauszahlungen im Bereich der Baumaßnahmen (insbesondere der Hochbaumaßnahmen) in Höhe von rund 24,8 Mio. € (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau rund 34,1 Mio. €) zurückzuführen. Es handelt sich um eine Vielzahl von einzelnen Baumaßnahmen, bei denen die Haushaltsmittel aus verschiedensten Gründen nicht abgerufen werden konnten. Zum Beispiel haben sich Minderauszahlungen bei den Baumaßnahmen zur Verbesserung des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Comeniusstraße, beim Ausbau und der Schließung des Ringgleises als auch beim Neubau der Stadtstraße „Hamburger Straße / Bienroder Weg“ sowie der Umsetzung des Sportzentrums Melverode / Stöckheim ergeben.

Für den Erwerb von Grundstücken wurden durch Verzögerung rund 2,2 Mio. € weniger verausgabt als geplant war.

Bei dem Erwerb von Finanzvermögensanlagen sind Mehrauszahlungen in Höhe von 2,8 Mio. € darauf zurückzuführen, dass die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig die bereitgestellte Zuführung zur Kapitalrücklage erst im 2. Halbjahr 2019 benötigt hat. Die Einplanung hierfür war bereits im Haushaltsplan 2018 erfolgt.

Bei den Ausleihungen im Rahmen der Experimentierklausel (siehe auch Einzahlungen Finanzierungstätigkeit – Kreditaufnahmen) sind Mehrauszahlungen in Höhe von rund 11,5 Mio. € entstanden.

Für die **Finanzierungstätigkeit** ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 11.338.100,00 € und Minderauszahlungen in Höhe von 1.310.045,86 € eine **Ergebnisverbesserung** in Höhe von **12.648.145,86 €**.

Die Abweichungen vom Ansatz bei den Einzahlungen 2019 ergeben sich aus dem Umstand, dass geplante Kreditaufnahmen aus dem Jahr 2018 im Rahmen der Experimentierklausel (siehe auch Auszahlungen Investitionstätigkeit – Ausleihungen) erst in Höhe von rund 11.530 T€ im Jahr 2019 in Anspruch genommen wurden.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Finanzrechnung		**Abweichungen**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €- [1)]	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.168.223,16	38.173.904,33	31.005.681,17	über 100
Saldo aus Investitionstätigkeit	-82.166.300,00	-58.949.662,65	23.216.637,35	-28,3
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	**-74.998.076,84**	-20.775.758,32	54.222.318,52	**72,3**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	**44.674.500,00**	**57.322.645,86**	12.648.145,86	-28,3
Finanzmittelveränderung	**-30.323.576,84**	**36.546.887,54**	**66.870.464,38**	**über 100**
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	3.244.430,99	3.244.430,99	--
Finanzmittelveränderung (inkl. haushaltsunwirksame Vorgänge**)**	**-30.323.576,84**	**39.791.318,53**	**70.114.895,37**	**über 100**

[1)] inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von 3.850.000,00 € und 9.310.000,00 € (Investitionen).

3. Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2019 der Sonderrechnungen

3.1 Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig.

Der Plan 2019 wies im Ergebnishaushalt ein ausgeglichenes Ergebnis aus. In diesem Ergebnis ist der Verlustausgleich durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400,00 € berücksichtigt.

Die Ergebnisrechnung für das Jahr 2019 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 € ab. Dieser setzt sich zusammen aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.810.676,09 € (Planansatz: ausgeglichenes Ergebnis 0,00 €) und dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 464.420,81 € (Planansatz: 0,00 €). In dem ausgewiesenen Überschuss für das ordentliche Ergebnis ist bereits der Verlustausgleich durch die Kernverwaltung in Höhe von 5.227.400,00 € enthalten. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses beruht im Wesentlichen auf der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen für Instandhaltungsarbeiten gemäß § 45 Abs. 4 KomHKVO.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um 3.406.452,21 € höher ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen auf einer höheren Abrechnung der Betriebskosten und der Herabsetzung von Rückstellungen. Die Herabsetzung von Rückstellungen wurde bis 2018 in dem außerordentlichen Ergebnis abgebildet. Der Anstieg bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.595.776,12 € beruht im

Wesentlichen auf einem höheren Aufwand für Betriebskosten sowie geringere Personalaufwendungen, da nicht alle vakanten Stellen wie geplant besetzt werden konnten.

Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Nach Abschluss der Maßnahmen sind bei geringeren tatsächlichen Kosten die verbleibenden Beträge im Abschluss gemäß § 45 Abs. 4 KomHKVO herabzusetzen und werden im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, bei denen eine Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung in 2019 mit rund 662 T€ erfolgte. Rückstellungen in Höhe von rund 405 T€ wurden in 2019 aufgelöst, herabgesetzt wurden rund 712 T€ und es wurden neue Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 1.934 T€ gebildet. Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung sind von rund 2.556 T€ (2018) auf rund 2.711 T€ in 2019 gestiegen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Ergebnisrechnung		**Abweichung**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €-	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Ordentliche Erträge	81.104.000,00	84.510.452,21	3.406.452,21	4,2
Ordentliche Aufwendungen	81.104.000,00	82.699.776,12	1.595.776,12	2,0
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**0,00**	**1.810.676,09**	**1.810.676,09**	**--**
Außerordentliche Erträge	0,00	483.759,09	483.759,09	--
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	19.338,28	19.338,28	--
Außerordentliches Ergebnis	**0,00**	**464.420,81**	**464.420,81**	**--**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**0,00**	**2.275.096,90**	**2.275.096,90**	**-**

nachrichtlich

(1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	5.227.400,00	5.227.400,00	0,00	--
(2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergeb-nis) vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-5.227.400,00	-2.952.303,10	2.275.096,90	**56,0**

Die Sonderrechnung des FB 65 besitzt kein eigenes Bankkonto, sondern wird über den Cashpool der Stadtkasse abgebildet. Die Sonderrechnung besitzt eine Zahlstelle, deren Finanzmittelbestand sich in 2019 von 139,36 € (2018) auf 68,36 € verringert hat.

Die Abweichungen in der Finanzrechnung gegenüber der Planung beruhen hauptsächlich auf Zahlungseingangsverschiebungen zum Jahreswechsel und geringeren Investitionen gegenüber der Planung. Zu den haushaltsunwirksamen Vorgängen gehören die Zahlungen der Sonderrechnung im Rahmen der Umsetzung der Investitionsmaßnahmen der Kernverwaltung. Aufgrund der täglichen Kassenkonsolidierung entspricht der Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen immer dem Finanzmittelbestand.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle:

	Finanzrechnung		**Abweichungen**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €-	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.244.100,00	3.101.043,46	1.856.943,46	über 100
Saldo aus Investitionstätigkeit	-334.000,00	-146.873,10	187.026,90	56,0
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	**910.100,00**	**2.954.170,36**	**2.043.970,36**	**über 100**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
Finanzmittelveränderung	**910.100,00**	**2.954.170,36**	**2.043.970,36**	**über 100**
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	-910.100,00	-2.954.241,36	2.044.141,36	über 100
Finanzmittelveränderung (inkl. haushaltsunwirksame Vorgänge**)**	**0,00**	**-71,00**	**-71,00**	**--**

3.2 Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung Stadtentwässerung

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Stadtentwässerung ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig. Die KomEinrVO sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist.

Der Plan 2019 wies im Ergebnishaushalt eine Unterdeckung in Höhe von 621.000,00 € aus. Im Jahresverlauf ist es zu geringeren Erträgen und geringeren Aufwendungen gekommen. Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2019 resultiert ein Überschuss in Höhe von 359.255,93 €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 387.889,25 € und einem Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 28.633,32 €.

Aufgrund der Vorgaben des Landes hinsichtlich der Behandlung des Sonderpostens Gebührenausgleich sind das Planergebnis und das tatsächliche Ergebnis nur bedingt vergleichbar. Bei der Planung erfolgt eine Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich. Es erfolgen jedoch keine entsprechenden Buchungen im Jahresabschluss. Sowohl die Auflösung als auch die Zuführung zu dem Sonderposten wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 387.889,25 € setzt sich daher zusammen aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 456.937,67 €.

Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € wird dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Diese Zuführung setzt sich zusammen aus einer planmäßigen Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 4.089.393,75 € und einer sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 4.934.220,67 €.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um rund 2,9 Mio. € geringer ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich (rund 4,1 Mio. €) nicht im Ergebnis dargestellt wird. Demgegenüber haben sich insbesondere im Bereich Schmutzwasser um rund 1,2 Mio. € höhere Gebühreneinnahmen ergeben. Die ordentlichen Aufwendungen lagen um rund 3,9 Mio. € unter dem Plan. Dies beruht insbesondere auf geringeren Aufwendungen für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag sowie für die an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) zu zahlenden Kapitalkostenentgelte und für Abschreibungen.

Die nicht eingeplanten außerordentlichen Erträge in Höhe von rund 3.300,00 € beruhen auf der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten. Die außerordentlichen Aufwendungen waren um rund 31.900 € höher als geplant. Dies beruht insbesondere auf Anlagenabgängen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Ergebnisrechnung		**Abweichung**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €-	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Ordentliche Erträge	68.118.200,00	65.246.465,07	-2.871.734,93	-4,2
Ordentliche Aufwendungen	68.739.200,00	64.858.575,82	-3.880.624,18	-5,6
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**-621.000,00**	**387.889,25**	**1.008.889,25**	**über 100**
Außerordentliche Erträge	0,00	3.290,16	3.290,16	--
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	31.923,48	31.923,48	--
Außerordentliches Ergebnis	**0,00**	**-28.633,32**	**-28.633,32**	**--**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-621.000,00**	**359.255,93**	**980.255,93**	**über 100**

In der Sonderrechnung Stadtentwässerung wurde mit der Umstellung auf das NKR-Rechnungswesen unter der Position „Sonstige Rücklagen“ eine Rücklage zum Ausgleich von nicht gebührenfähigen Bestandsveränderungen am Kanalnetz ausgewiesen. Diese Rücklage wurde 2017 auf Basis einer Anpassungsmöglichkeit nach einer Änderung der haushaltsrechtlichen Regelungen mit Einführung der KomHKVO um die weiteren noch vorhandenen Mittel aus der Privatisierung zu Lasten des Basisreinvermögens aufgestockt. Damit stehen diese Mittel, mit denen etwaige im Rahmen der Privatisierung erkannte Risiken abgedeckt werden sollten, insgesamt zur Abdeckung der Verluste in der Sonderrechnung zur Verfügung. Die Rücklage hatte zum Jahresabschluss 2019 einen Bestand von 21.736.798,62 €. Aus der Rücklage werden die Verluste abgedeckt, die sich nicht nach § 24 KomHKVO aus Überschussrücklagen oder dem ordentlichen bzw. außerordentlichen Ergebnis abdecken lassen. Es wird daher ein Betrag in Höhe von 485.570,99 € aus der Sonstigen Rücklage abgedeckt, so dass sich ein neuer Bestand in Höhe von 21.251.227,63 € ergibt.

In der Finanzrechnung hat sich im Jahr 2019 eine Verringerung des Finanzmittelbestandes um 657.482,61 € auf 17.572.098,57 € ergeben. Die Abweichung zur Planung (Verringerung um rund 7,9 Mio. €) beruht insbesondere darauf, dass es aufgrund der verringerten Aufwendungen für den AVB und die SE|BS zu geringeren Auszahlungen gekommen ist. Zudem ist es zu geringeren Auszahlungen für Investitionen und Ausleihungen gekommen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	nach dem Ansatz	nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.098.300,00	-2.228.836,20	3.869.463,80	63,5
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.787.800,00	1.571.353,59	3.359.127,19	über 100
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	**-7.886.100,00**	**-657.482,61**	**7.228.617,39**	**91,7**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
Finanzmittelveränderung	**-7.886.100,00**	**-657.482,61**	**7.228.617,39**	**91,7**
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	0,00	0,00	--
Finanzmittelveränderung (inkl. haushaltsunwirksame Vorgänge**)**	**-7.886.100,00**	**-657.482,61**	**7.228.617,39**	**91,7**

3.3 Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung Abfallwirtschaft ist nach § 4 der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) besonderer Bestandteil des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig. Die KomEinrVO sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist.

Der Plan 2019 wies im Ergebnishaushalt eine Unterdeckung in Höhe von 311.300,00 € aus. Im Jahresverlauf ist es zu geringeren Erträgen und geringeren Aufwendungen gekommen. Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2019 resultiert ein Fehlbetrag in Höhe von 412.909,50 €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 614.756,43 € und einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 201.846,93 €.

Aufgrund der Vorgaben des Landes hinsichtlich der Behandlung des Sonderpostens Gebührenausgleich sind das Planergebnis und das tatsächliche Ergebnis nur bedingt vergleichbar. Bei der Planung erfolgt eine Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich. Es erfolgen jedoch keine entsprechenden Buchungen im Jahresabschluss. Sowohl die Auflösung als auch die Zuführung zu dem Sonderposten wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 614.756,43 € setzt sich daher zusammen aus einem Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 584.134,97 €.

Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € wird aus dem Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Diese Entnahme resultiert aus einer planmäßigen Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 1.493.896,22 € und einer sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 1.463.274,76 €.

3.4 Die ordentlichen Erträge sind gegenüber der Planung um rund 1,4 Mio. € geringer ausgefallen. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich (rund 1,49 Mio. €; Plan rund 1,24 Mio. €) nicht im Ergebnis dargestellt wird. Bei den Gebühreneinnahmen kam es zu geringeren Erträgen als erwartet (rund,1 Mio. €). Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die bei der Haushaltsplanung erwarteten höheren Mengen bei der Einlagerung auf Schüttfeld III schon 2018 angeliefert wurden. In den anderen Gebührenbereichen haben sich demgegenüber Mehreinnahmen bei den Direktanlieferern und bei den Rest- und Bioabfallbehältern ergeben. Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber der Planung um rund 1,1 Mio. € geringer ausgefallen. Dabei haben sich insbesondere geringere Aufwendungen für die Zuführung zu der Rückstellung Deponierekultivierung und für die Unterhaltung von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen aufgrund der geringeren Einlagerungsmenge auf Schüttfeld III ergeben. Zudem gab es Einsparungen bei den an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelten und bei den Erstattungen an die Stadt Braunschweig. Demgegenüber stehen höhere Aufwendungen für die thermische Restabfallbehandlung aufgrund höherer Mengen.

Eine zusammengefasste Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Ergebnisrechnung		**Abweichung**	
	nach dem Ansatz	**nach dem Ergebnis**	**absolut**	**relativ**
	-in €-	**-in €-**	**-in €-**	**in v.H.**
Ordentliche Erträge	41.891.100,00	40.446.299,16	-1.444.800,84	-3,4
Ordentliche Aufwendungen	42.202.400,00	41.061.055,59	-1.141.344,41	-2,7
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**-311.300,00**	**-614.756,43**	**-303.456,43**	**-97,4**
Außerordentliche Erträge	0,00	201.847,93	201.847,93	--
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1,00	1,00	--
Außerordentliches Ergebnis	**0,00**	**201.846,93**	**201.846,93**	**--**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-311.300,00**	**-412.909,50**	**-101.609,50**	**-32,6**

In der Finanzrechnung hat sich im Jahr 2019 eine Verringerung des Finanzmittelbestandes um 3.568.971,76 € auf 15.618.816,00 € ergeben. Die Abweichung zur Planung (Verringerung um rund 6,0 Mio. €) resultiert in erster Linie daraus, dass weniger Ausleihungen erfolgt sind als geplant (rund 3,2 Mio. €). Demgegenüber sind für die geplanten Maßnahmen zur Deponierekultivierung mehr Mittel abgeflossen als geplant (rund 2,2 Mio. €). Hierfür wurde 2018 ein Haushaltsrest gebildet. Hinzu kommt, dass es aufgrund der geringeren Aufwendungen in der Ergebnisrechnung auch zu geringeren Auszahlungen gekommen ist. Zudem sind nur in geringerem Umfang Auszahlungen für Investitionen angefallen.

Eine zusammenfassende Darstellung enthält die nachfolgende Tabelle.

	Finanzrechnung		Abweichungen	
	nach dem Ansatz	nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in €-	-in €-	-in €-	in v.H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.979.600,00	-5.182.724,37	-1.203.124,37	-30,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.978.000,00	1.665.120,61	3.643.120,61	über 100
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	**-5.957.600,00**	**-3.517.603,76**	**2.439.996,24**	**41,0**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-51.400,00	-51.368,00	32,00	0,1
Finanzmittelveränderung	**-6.009.000,00**	**-3.568.971,76**	**2.440.028,24**	**40,6**
Saldo aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	0,00	0,00	0,00	--
Finanzmittelveränderung (inkl. haushaltsunwirksame Vorgänge**)**	**-6.009.000,00**	**-3.568.971,76**	**2.440.028,24**	**40,6**

4. Schlussbemerkungen

4.1 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 der Stadt Braunschweig wurde vom Oberbürgermeister am 22. Dezember 2020 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG festgestellt.

4.2 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement wurde vom Stadtrat Herlitschke am 25. September 2020 festgestellt.

4.3 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Stadtentwässerung wurde vom Ersten Stadtrat Geiger am 16. Juli 2020 festgestellt.

4.4 Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wurde vom Ersten Stadtrat Geiger am 16. Juli 2020 festgestellt.

Geiger

Anlage/n:

1. JA2019 Stellungnahmen
2. JA2019 Stadt Braunschweig (Kernverwaltung)
3. JA2019 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
4. JA2019 Sonderrechnung Stadtentwässerung
5. JA2019 Sonderrechnung Abfallwirtschaft
6. JA2019 Schlussbericht

Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbemerkungen (Bezeichnung B/St bzw. WB/St) im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2019

Tz. 9.2.2	Von den FB 61, 65, 66 und 67 zu entwickelnde und mit dem RPA abgestimmte Prüfkonzepte

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Von den FB 61, 65, 66 und 67 sind gemäß SDA II 20/01 Ziffer 8.5.3 hinsichtlich von stichprobenhaften Prüfungen der von Dritten getroffenen Feststellungsvermerke zur sachlichen und rechnerischen Richtigkeit entsprechende Prüfkonzepte zu entwickeln und mit dem RPA abzustimmen. Dieser wesentliche Mangel wurde auch schon im Schlussbericht 2018 beanstandet. Darüber hinaus erfolgte eine Prüfung von Belegen im Rahmen der rechnungslegungsbezogenen Prüfung des Jahresabschlusses. Über Bemerkungen, die sich in diesem Rahmen aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach Rücksprache der Stadtkasse mit den oben genannten Fachbereichen liegen größtenteils bereits interne Prüfkonzepte vor. Teilweise finden sogar nicht nur stichprobenartige, sondern vollumfängliche Prüfungen statt.
Als nächsten Schritt wird die Stadtkasse ein Zusammentreffen mit FB 61, 65, 66, 67 und dem Rechnungsprüfungsamt koordinieren. Dabei soll abschließend geklärt werden, ob die bereits implementierten Prüfprozesse den Vorgaben aus der Dienstanweisung entsprechen oder ob weiterer Anpassungsbedarf besteht.

Tz. 9.4.2	Fehlende Belege einer Vorabauslage für die Schulsozialarbeit

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Bei einer vom FB 51 am 8. Juni 2020 in einer Grundschule durchgeführten Kassenprüfung wurden für den Zeitraum vom 23. Oktober 2018 bis 28. Oktober 2019 die Belege einer Vorabauslage für die Schulsozialarbeit geprüft. Dabei wurden die entsprechenden Originalbelege mit den Eintragungen in der Anschreibeliste verglichen. Beanstandet wird, dass hierbei vom FB 51 der Kassenistbestand nicht mit dem Kassensollbestand auf Übereinstimmung verglichen wurde. Außerdem war es dem Ref. 0140 nicht möglich, diesen Sachverhalt weitergehend zu prüfen, weil die für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 28. Oktober 2019 angeforderten Belege vom FB 51 nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Im Wiederholungfall ist der FB 20 gehalten die entsprechende Vorabauslage aufzulösen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine interne Prüfung der Vorabauslage ist erfolgt. Die Originalbelege sind nach Versand nicht mehr auffindbar. Der Versand von Originalbelegen wird in Zukunft vermieden. Zudem erfolgt zukünftig der Soll-/Ist-Abgleich des Kassenbestandes.

Tz. 9.4.2	Prüfung der Führung sog. Schulgirokonten

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Im Rahmen der Prüfung der Führung sog. Schulgirokonten wurde folgendes festgestellt:

Die städtischen Schulen erhalten gemäß § 111 Abs. 1 und § 113 Abs. 1 Nds. Schulgesetz aus dem Haushalt der Stadt jährlich Mittel zur eigenen Bewirtschaftung auf sog. Schulgirokonten. Diese Schulgirokonten sind vom FB 40 gemäß § 42 Abs. 7 KomHKVO mindestens einmal jährlich unvermutet, u. a. auf ordnungsmäßige Mittelverwendung, zu prüfen. Im Rahmen der für das Haushaltsjahr 2019 durchgeführten Prüfung stellte der FB 40 - wie auch schon für das Haushaltjahr 2018 - u. a. fest, dass hinsichtlich der Mittelverwendung

- Geschenke bzw. Gutscheine, entsprechend der Beurteilung durch den FB 40, unzulässiger Weise aus städtischen Mitteln bezahlt wurden,
- unzulässiger Weise Bewirtungsaufwendungen bei internen Fortbildungen, Netzwerktreffen, Dienstbesprechungen und im Rahmen einer Siegerehrung übernommen wurden.“

Stellungnahme der Verwaltung siehe unter Tz. 9.4.2 Rückforderung unzulässig verwendeter städtischer Mittel.

Tz. 9.4.2	Rückforderung unzulässig verwendeter städtischer Mittel

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Beanstandet wird, wie in Vorjahren, dass vom FB 40 nicht - wie konsequenterweise geboten - entsprechend unzulässig verwendete städtische Mittel von den Schulleitungen zurückgefordert werden. Mit den an die Schulen am 30. Mai 2018 versandten neuen „Richtlinien Schulgirokonten“ wurde vom FB 40 auf die Gesamtverantwortung der Schulleitung für die Einhaltung der Regelungen hingewiesen. Dem FB 40 wurde im April 2019 mitgeteilt, dass der Rückzahlungsanspruch für die Zeit ab dem 1. Januar 2019 einzufordern ist, da bei einem Verstoß gegen die Richtlinien der Stadt als Schulträger ein entsprechender Vermögensschaden entsteht und es eine Bagatellgrenze für Haushaltswidrigkeit nicht gibt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kontenprüfung der Schulgirokonten wurde ab dem Sommer 2019 umgestellt und an das Schuljahr angelehnt. Die Girokonten der Schulen wurden deshalb planmäßig zuletzt nach Abschluss des Schuljahres 2019/2020 ab Sommer 2020 geprüft. Alle Schulen, bei denen Ausgaben unter Berücksichtigung der Vorjahre wiederholt als unzulässig erachtet wurden, wurden ermahnt und um zukünftige Beachtung der Schulgirorichtlinien gebeten.

Bei der vom RPA geforderten Geltendmachung vermeintlicher Schadensersatzansprüche gegenüber den Schulleitungen handelt es sich um spezielle Fragen der Amtshaftung nach § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 GG, da die Schulleitungen Beschäftigte des Landes Niedersachsen sind. Hier müssten Schadensersatzansprüche, entgegen der irrtümlichen Meinung des Rechnungsprüfungsamtes, nicht gegen den einzelnen Schulleiter, sondern gegen das Land Niedersachsen geltend gemacht werden. Die rechtliche Würdigung und Prüfung derartiger Ansprüche gegen das Land befindet sich gegenwärtig noch im Verfahren

Tz. 10.2.2.2	Fehlende Überprüfung der Festwerte

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Das RPA vertritt die Auffassung, dass eine Bewertungsvereinfachung für Festwerte nur in Anspruch genommen werden kann, wenn auch sichergestellt ist, dass eine regelmäßige körperliche Bestandsaufnahme dieser innerhalb der in § 48 Abs. 1 Satz 3 KomHKVO gesetzlich geregelten Frist erfolgt. Sofern dies nicht gewährleistet wird, ist im Umkehrschluss eine Einzelbewertung vorzunehmen. Die Verwaltung ist daher weiterhin gehalten, die Bestandsaufnahmen zu forcieren oder ggf. alternative Vorgehensweisen vorzulegen. Hierzu ist die Verwaltung im Austausch mit dem RPA. Ein gemeinsamer Termin hat im März 2020 stattgefunden. Infolge der Pandemie wurden bislang keine weiterführenden Gespräche terminiert."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Regelungen zu den Festwerten beinhalten, dass innerhalb von fünf Jahren eine Inventur durchzuführen ist. Dies berücksichtigend soll entsprechend der vorhandenen Ressourcen eine Überprüfung der Festwerte stattfinden. Derzeitig werden die Überprüfungen der Festwerte für Parkautomaten / Großbeschilderung und Verkehrsrechner sowie für Einzelbäume vorbereitet. Die Überprüfung der Festwerte orientiert sich daran, dass primär die Festwerte überprüft werden, bei denen bereits Bestandsverzeichnisse in manueller oder digitaler Form vorliegen.

Es hat sich gezeigt, dass die Überprüfung der Festwerte im laufenden Betrieb aufgrund fehlender Ressourcen zu Schwierigkeiten führt. Die Verwaltung prüft daher je Festwert, ob alternative Vorgehensweisen möglich sind, um zukünftig die Festwerte im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen überprüfen zu können bzw. ggf. in Einzelfällen die Festwerte auf ihre Existenzberechtigung und ihren Nutzen zu überprüfen. Zurzeit finden diesbezüglich Datenerhebungen beim FB 51 für die gebildeten Festwerte für die Ausstattung der Kindertagesstätten statt.

Tz. 10.2.2.8	Fehlende Instandhaltungspläne zur willkürfreien Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den zurückliegenden Jahren - hierbei insbesondere die vom Jahresergebnis abhängige Ausprägung zur Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen - ist das RPA unverändert der Auffassung, dass eine Standardisierung der Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen notwendig ist. Entgegen den Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung zur Beanstandung im Schlussbericht 2018 ist aus Sicht des RPA die Erstellung des Investitionsprogramms (IP) hierfür nicht ausreichend. Das RPA ist der Auffassung, dass der Umfang des IP keine geeignete Basis für die Beurteilung des Erhalts der Werthaltigkeit des Anlagevermögens darstellt. Die Mittel, die im IP abgebildet werden, orientieren sich an den jeweilig vorhandenen Haushaltsansätzen. Des Weiteren wird das IP maßgeblich genutzt, um die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Haushaltsmittel zu gewährleisten. So werden innerhalb des IP auch Budgetverschiebungen vorgenommen. Die Inanspruchnahme eines im IP abgebildeten Budgets beinhaltet folglich nicht zwangsläufig die Mittelinanspruchnahme für die ursprünglich geplante Instandsetzung des jeweiligen Vermögensgegen-standes. Im Berichtsjahr konnten nicht alle geplanten Projekte des IP umgesetzt werden. So wurden im Berichtsjahr für veranschlagte Mittel im Aufwandsbereich des IP Haushaltsreste i. H. v. 36.726 TEUR zur Übertragung beantragt. Im Vergleich hierzu wurde den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung hingegen lediglich ein Betrag i. H. v. 1.877 TEUR zugeführt. Anhand dieser Diskrepanz wird aus Prüfungssicht deutlich, dass das IP für sich nicht hinreichend die Grundlage für eine sachgerechte Ermittlung von Instandhaltungsrückstellungen darstellen kann. Das IP beinhaltet die Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen. Der Umfang dieser Maßnahmen ist aus Sicht des RPA jedoch nicht zwangsläufig mit dem

Umfang an Maßnahmen gleichzusetzen, der erforderlich ist, um die Werthaltigkeit der zugrundeliegenden Vermögensgegenstände sicherzustellen. Insofern ergibt sich aus Prüfungs-sicht die Notwendigkeit eines Instandhaltungsplans, der einen Überblick über die Maßnahmen gibt, die vor dem Hintergrund des Werterhalts der entsprechenden Vermögensgegenstände - bezogen auf den Bilanzansatz - erforderlich sind. Nur auf dieser Basis ist abschließend zu beurteilen, ob die gebildeten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen den erforderlichen Umfang im Hinblick auf den Werterhalt umfassen. Derzeit ist ein ausreichender Nachweis des Erhalts der Werthaltigkeit der Vermögensgegenstände durch die Verwaltung aus Prüfungssicht nicht gewährleistet. Die periodengerechte Ermittlung der notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen durch die Bildung von entsprechenden Instandhaltungsrückstellungen bzw. bei nicht durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen notwendigen außerplanmäßigen Abschreibungen setzt nachprüfbare Maßnahmen- und Instandhaltungspläne voraus (vgl. hierzu auch die Schlussberichte 2016 ff.).“

Stellungnahme der Verwaltung:

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen sind zu bilden, wenn geplante Instandhaltungen im laufenden Haushaltsjahr nicht durchgeführt werden konnten und nachgeholt werden müssen.

Als Darstellungsinstrument für die geplanten Investitionen und Instandhaltungen der Stadt Braunschweig bedient sich die Verwaltung des sogenannten „Investitionsprogramms (IP)“. Dieses beinhaltet alle notwendigen Investitionen und Instandhaltungen aber auch der Umbauten des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraums.

Die für den Erhalt der Betriebsbereitschaft bzw. der Verkehrssicherheit / Betriebssicherheit erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen werden seitens der Fachbereiche / Referate geplant und fließen in die Aufstellung des IP‘s und in die Haushaltsplanaufstellung der Sonderrechnung FB Hochbau- und Gebäudemanagement ein. Grundlage hierfür sind sowohl Abfragen bei den Nutzern als auch eigene Einschätzungen der Fachverwaltungen. Damit stehen seitens der Fachbereiche / Referate nicht nur Investitionspläne, sondern auch Instandhaltungs- und Umbaupläne zur Verfügung, die als Richtlinie für die abzuarbeitenden Maßnahmen der Fachbereiche / Referate dienen.

Durch die vorgenommenen Mitteleinplanungen als auch durch die Zahlung von laufenden Entgelten der Nutzer (z. B. marktübliche Miete) stehen die Haushaltsmittel für die Erhaltung des Vermögens zur Verfügung.

Im Bereich der Investitionen und Instandhaltungen (Investitionsmanagement) wird im Gegensatz zu den Ansätzen des Ergebnishaushaltes mit Einzelbudgets gearbeitet. Es sind nicht alle Projekte deckungsfähig, so dass gewährleistet bleibt, dass die Bestimmungszwecke der Budgets eingehalten werden. Gerade die aus Prüfungssicht dargestellte Gefahr, dass notwendige Maßnahmen nicht durchgeführt werden, soll dadurch vermieden werden. Lediglich bei einer veränderten Priorisierung von Maßnahmen einer gleichen Kategorie und damit der Einschätzung der Erforderlichkeit der Maßnahmen stehen Veränderungsmöglichkeiten der Budgets zur Verfügung.

Die Haushaltsreste sind insgesamt in den letzten Jahren aufgrund einer nicht realisierten Planung der Organisationseinheiten angestiegen. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass die im Aufwandsbereich entstandenen Haushaltsreste sich lediglich auf notwendige Instandhaltungen für Grund und Boden als auch für Aufbauten beziehen. Aus Vereinfachungsgründen werden in der Planung nicht diverse Aufwandskonten verwendet, sondern es wird lediglich ein Konto bei der Planung herangezogen. Dieses Konto bildet dann alle Aufwandssachverhalte – wie z. B. auch die Beschaffungen im Rahmen von Bewertungsvereinfachungsverfahren (Festwerte) als auch Umbauten – ab. Eine Trennung wäre nur mit erheblichem Arbeitsaufwand möglich, so dass die aus Prüfungssicht vorgenommene Gegenüberstellung von Haushaltsresten und Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen so nicht passend ist.

Es wird darüber hinaus darauf verwiesen, dass auf Seiten der Fachbereiche / Referate bekannt ist (siehe Jahresabschlussverfügung), wann Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Betracht kommen und wie diese zu bilden sind.

Aus den genannten Gründen wird seitens FB 20 nach derzeitigem Kenntnisstand kein weiterer Informationsbedarf gesehen, der den Aufwand rechtfertigt, die Aufstellung weiterer Pläne und Bewertungsaktivitäten zu starten.

Tz. 15.2.3	Vergabe von Ingenieurleistungen für Tragwerksplanung Grundschule Lehndorf

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Im April 2018 erteilte der FB 65 auf das Angebot eines Tragwerkplaners für die Einrichtung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehndorf einen mündlichen Auftrag. Mit der Erteilung eines Kleinauftrags über 4.000,00 EUR wurde die Vorlage beim RPA umgangen, weitere 10.000,00 EUR wurden im August 2018 ohne Beteiligung des RPA beauftragt. Über die beauftragten 14.000,00 EUR hinaus wurden rd. 17.000 EUR gezahlt, ohne dass ein schriftlicher Ingenieurvertrag geschlossen worden ist. Ein geändertes Honorarangebot des Auftragnehmers vom August 2019 legte der FB 65 erst im Juni 2020, als die Leistungen im Wesentlichen erbracht sind, als „Nachtrag Minderkosten“ dem RPA zur Vergabeprüfung vor. Das RPA beanstandet, dass:

- kein schriftlicher Ingenieurvertrag gemäß SDA II 10/06 Ziff. 3.2.5 geschlossen wurde,
- für die Angebotserstellung widersprüchliche und nichtzutreffende Vorgaben gestellt wurden,
- durch die Splittung in Teilbeauftragungen die Vorlage beim RPA umgangen wurde,
- ein Auftrag oberhalb der Wertgrenze von 5.000,00 EUR nicht beim RPA zur Prüfung vorgelegt wurde,
- das RPA erst kurz vor Beendigung der Baumaßnahme beteiligt wurde,
- Rechnungen des Auftragnehmers nicht zeitnah geprüft und erst mit einer Verspätung von einem halben bis zu einem ganzen Jahr gezahlt wurden und
- „Minderkosten“ als Nachtrag zu einem Ingenieurvertrag, der nie schriftlich erteilt wurde, zur Prüfung vorgelegt wurden.

Da bei einer De facto-Vergabe nach Erbringung der Leistungen kein Raum mehr für eine Vergabeprüfung durch das RPA besteht, wurde die Vergabeprüfung abgelehnt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Um die Errichtung des Ganztagsbetriebes bei der Grundschule Lehndorf auszuführen, wurde die Bauzeit in zwei Bauphasen aufgeteilt. Analog zu den zwei Bauphasen, sind auch zwei Teilprojekte zwecks Abrechnung angelegt worden. Die Errichtung des Ganztagsbetriebs erfolgte durch Umnutzungen im Bestandsgebäude, ohne einen Erweiterungsbau.

Damit der Ganztagsbetrieb schnellst möglich beginnen konnte, wurde in der ersten Phase eine Interimsmensa im Turm errichtet, in der zweiten Phase wurden alle notwenigen Räumlichkeiten, sowie die neue Mensa im Hauptgebäude hergerichtet. Hierfür wurde am 06.04.2018 ein Angebot mit festgelegten Parametern (Honorarzone III- Mindestsatz, feste Stundensätze, Nebenkosten pauschal), einschl. aller notwendigen Unterlagen beim Ing.- Büro W+S Westphal angefragt. Dieses vor dem EuGH- Urteil vom Juli 2019, als die bisher verbindlichen Mindest- und Höchstsätze in der Honorarordnung für europarechtswidrig erklärt wurden. Nach den geltenden Vorschriften wurde ein wirtschaftliches Angebot gemäß HOAI 2013 eingereicht.

Da zu diesem Zeitpunkt für die Errichtung der Interimsmensa keine aufwendigen statischen Erfordernisse zu erwarten waren, für die Umbauarbeiten jedoch eine erste Einschätzung bzw. Beurteilung des Bestandsgebäudes für die weitere Planung notwendig war, wurde das Ing.-Büro W+S Westphal beauftragt, um zügig mit den Arbeiten beginnen zu können. Das Bauen im Bestand kann mit Unwägbarkeiten verbunden sein. Bei der Grundschule Lehndorf ergab sich abweichend von den Bestandsunterlagen und den Stichproben ein höherer statischer Aufwand, als zu Beginn erwartet werden konnte. So stellte sich Beispielsweise eine geringe Tragfähigkeit der Hohlsteindecken heraus. Um eine Bauzeitverlängerung zu verhindern, wurde seitens aller Beteiligten zügig weitergearbeitet. Dabei wurde versehentlich die Beauftragung des Statikers übersehen.

Nach Klärung aller relevanten Punkte zur Statik stellte das Büro W+S Westphal eine Abschlagsrechnung über bereits erbrachte Leistungen. In diesem Zuge wies das Büro W+S Westphal darauf hin, dass trotz der aufgetretenen Probleme ein geringerer Aufwand als geplant entstanden war und das korrekte Angebot gemäß HOAI daher zu hoch ausfallen würde, wenn dieses gemäß anrechenbarer Kosten ermittelt würde. Auf Grund der Erfahrung des Büros W+S Westphal konnte eine Aufwandsreduzierung von ca. 40 % der Leistung gem. HOAI vertraglich vereinbart werden.

Im April 2020 erfolgte ein Mitarbeiterwechsel in der damaligen Stelle 65.22 (jetzt Ref. 0650.20). Da die Abschlagsrechnung für bereits geleistete Arbeiten beglichen werden musste, wurden die vorliegenden Vergabeunterlagen zusammengestellt und beim Rechnungsprüfungsamt zwecks Richtigstellung eingereicht

Aufgrund der sich im Bauprojekt ergebenden Probleme mit umfangreichen Vergaben wurden die Unterlagen versehentlich nicht unverzüglich beim Rechnungsprüfungsamt eingereicht. Eine Transparenz und Nachvollziehbarkeit wurde im Nachgang hergestellt.

Tz. 15.2.3	Vergabe von Ingenieurleistungen für Tragwerksplanung für die mobilen Raumanlagen des Gymnasiums Neue Oberschule

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Im November 2018 reichte der FB 65 die Vergabe einer Tragwerksplanung für die mobilen Raumanlagen der Neuen Oberschule beim RPA zur Prüfung ein. Gemäß der Stellungnahme des RPA war die Vergabevorlage zu überarbeiten und erneut zur Prüfung einzureichen. Trotz mehrfacher schriftlicher Nachfragen mit Fristsetzung, zuletzt im Oktober 2019, konnte die Vergabeprüfung mangels Rückantwort des FB 65 nicht abgeschlossen werden. Im März 2021 wurde ein Nachtrag i. H. v. 18.628,80 EUR zur Prüfung vorlegt. Bei der Nachtragsprüfung stellte das RPA anhand der Buchführung fest, dass der Auftrag für die Tragwerksplanung i. H. v. 18.955,95 EUR bereits am 19. Juli 2019 gebucht wurde. Darüber hinaus wurde am gleichen Tag ein weiterer Auftrag, der dem RPA nicht zur Vergabeprüfung vorgelegt worden war, für den Brand-schutznachweis und die Örtliche Bauüberwachung mit Erstellung der Konformitätsbescheinigung i. H. v. 6.069,00 EUR an dasselbe Ingenieurbüro erteilt. Dies verstößt gegen die SDA II 10/06. Bei Berücksichtigung der Hinweise des RPA wären Einsparungen i. H. v. ca. 4.800,00 EUR möglich gewesen. Der Vorlage für den Nachtrag liegt der vom Ingenieurbüro am (noch vor der Stellungnahme des RPA vom 27. November 2018!) unterschriebene Vertrag bei, der von Auftraggeberseite nicht unterschrieben wurde, da die Vergabeprüfung nie beendet wurde. Somit liegt, nachdem das Ingenieurbüro seine Leistungen erbracht und die entsprechende Schlussrechnung erstellt hat, immer noch kein gültiger schriftlicher Ingenieurvertrag vor.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Zur Umsetzung der Interimsgebäude am Lessinggymnasium und der Neuen Oberschule wurden, an Stelle der gängigen Containerlösung, modulare temporäre Schulen in Holztafelbauweise errichtet. Dabei wurde das vom Architekturbüro werk.um entwickelte und bereits mehrfach bewährte mobispace-System umgesetzt. Die mobilen und passgenauen Module zeichnen sich im Vergleich zu konventionellen Bauten durch eine relativ kurze Planungs- und Aufbauzeit, einer hohen Qualität und nachhaltigen Materialien aus.

Um eine möglichst kurze Planungszeit mit einer schnellen Umsetzung des Projektes zu gewährleisten, sollte auf das bewährte Projektteam aus Architekten und Fachplanern zurückgegriffen werden, die bereits mehrere Bauvorhaben dieser Art gemeinsam umgesetzt haben.

Hierfür wurde ein Angebot mit festgelegten Parametern (Honorarzone II – Mindestsatz, feste Stundensätze, Nebenkosten) einschließlich aller notwendigen Unterlagen beim Ingenieurbüro Heil abgefragt. Dieses vor dem EuGH- Urteil vom Juli 2019, als die bisher verbindlichen Mindest- und Höchstsätze in der Honorarordnung für europarechtswidrig erklärt worden.

Neben den oben genannten festgelegten Parametern wurde zudem die Bewertung der LP 5 mit 10 % statt 40 %, analog der durch das Rechnungsprüfungsamt zuvor geprüften Vergabe für das Lessinggymnasium zu Grunde gelegt. Das Lessinggymnasium und die Neue Oberschule sind annähernd identische Gebäude in derselben Bauweise, Konstruktion sowie demselben äußeren und inneren Erscheinungsbild.

Im Zuge der Prüfung der Schlussrechnung wurde unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes eine Erhöhung der Auftragssumme aufgrund der anrechenbaren Kosten erforderlich. Die erforderlichen Vergabeunterlagen wurden zusammengestellt und beim Rechnungsprüfungsamt eingereicht. Dabei wurde festgestellt, dass die seinerzeit eingereichten Unterlagen durch das Rechnungsprüfungsamt zwar geprüft wurden, die Prüfanmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes jedoch aufgrund eines Mitarbeiterwechsels in der damaligen Stelle 65.22 (jetzt Referat 0650.20) nicht beantwortet wurden. Dadurch konnte der ursprüngliche Vergabevorgang nicht zum Abschluss gebracht werden. Durch den bestehenden Vertrag beim Lessinggymnasium gab es für das Ingenieurbüro Heil keinen Anlass den Leistungsumfang bei der Neue Oberschule zu reduzieren. Neben den Berechnungen für die Gründung und Baugrube, waren Berechnungen für statistisch relevante Durchbrüche im Zuge der LP 5 erforderlich.

Aufgrund der durch das Rechnungsprüfungsamt geprüften Vergabe mit den gleichen festgelegten Parametern wie beim Lessinggymnasium ist eine Transparenz und Nachvollziehbarkeit hergestellt worden. Es liegt ein gültiger, auftragnehmer- und auftraggeberseits unterschriebener Vertrag vor.

Eine Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes für den Auftrag Brandschutznachweis war nicht erforderlich, da die Auftragssumme mit 2.618,00 EUR unterhalb des Schwellenwertes von 5.000 EUR zur Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes für Planer Leistungen lag. Beauftragt und ausgeführt wurde nur die Erstellung des Brandschutznachweises. Die örtliche Bauüberwachung mit Erstellung der Konformitätsbescheinigung erfolgte über den ausführenden Generalunternehmer. Die vom Rechnungsprüfungsamt genannte Auftragssumme in Höhe von 6.069,00 EUR ist im SAP-Baubuch falsch gebucht und wird im Rahmen der Schlussabrechnung korrigiert.

Tz. 15.2.3	Nachtragsleistungen des Klinikums für das Bauprojektmanagement

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Zwischen dem SKBS und dem Auftragnehmer für das Bauprojektmanagement, der Turner & Townsend GmbH, wurde die 3. Nachtragsvereinbarung i. H. v. 449.187,66 EUR am 4. März 2019/11. März 2019 schriftlich geschlossen, bevor die Vergabe zur Prüfung beim RPA einging. Die mündliche Beauftragung der Objekt- und Fachplanungsleistungen zur baulichen Sicherung und Fertigstellung der Hülle des Rohbaus am Klinikum Salzdahlumer Straße erfolgte bereits im August 2017. Das RPA stellt fest, dass es sich bei den zu erbringenden Leistungen nicht um Bauprojektmanagementleistungen handelt, sondern um Grundleistungen der Objekt- und Fachplanung nach HOAI, deren Auftragswert den Schwellenwert nach §106 GWB überschreitet. Daher hätte ein VgV-Verfahren durchgeführt werden müssen. Die Beauftragung erfolgte als Direktauftrag ohne Vergleichsangebote zu Konditionen, die erheblich über den ortsüblichen Konditionen liegen. Bei einer Vergabe unter Wettbewerbsbedingungen wäre nach prüfseitiger Einschätzung eine Einsparung i. H. v. mindestens 100.000,00 EUR erzielbar gewesen. Aus diesem Grund erhob das RPA erhebliche Bedenken wegen der Wirtschaftlichkeit.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stellungnahme hierzu wurde von der Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH angefordert und verfasst.

Die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH hat Anfang 2017 ein neues Großbauprojekt begonnen. Beendet wird dieses Großbauprojekt voraussichtlich 2027. Mit diesem Großbauprojekt wird am Standort Salzdahlumer Straße ein Bestandsgebäude umgebaut, der bereits vorhandene Rohbau weitergebaut und ein Neubau errichtet. Die Bezeichnung dieses Großbauprojektes lautet: Salzdahlumer Straße – Umbau, Weiterbau, Neubau (abgekürzt S2-UWN).

Da in der Städtischen Klinikum Braunschweig gGbmH weder Kompetenzen noch Ressourcen zur Durchführung komplexer Großbauprojekte vorhanden sind, wurde ein Unternehmen beauftragt, das die Leistung „Bauprojektmanagement“ erbringt. Wesentlich ist daher: Für dieses spezielle Großbauprojekt wird die Leistung „Bauprojektmanagement“ nicht mit Eigenpersonal und somit nicht intern, sondern durch ein externes Unternehmen erbracht.

Um diese Beauftragung durchführen zu können, wurde im Vorfeld ein EU-weites Vergabeverfahren durchgeführt. Dies war erforderlich, da die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH öffentlicher Auftraggeber ist. Zur Durchführung dieses Vergabeverfahrens wurde die auf Baurecht spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB beauftragt. Den Zuschlag erhielt das weltweit tätige Bauprojektmanagementunternehmen Turner & Townsend GmbH, vertreten durch die Regionalniederlassung München. Dieses Vergabeverfahren wurde vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Braunschweig geprüft und nicht bemängelt.

Nahezu parallel wurde ein EU-weites Vergabeverfahren zur Beschaffung der Leistung „Generalplaner“ durchgeführt. Den Zuschlag erhielt die ARGE Henn/Möller. Eine Teilleistung der ARGE Henn/Möller ist – wie üblich – das „Baustellenmanagement“ (im Vertrag als „Objektüberwachung“ bezeichnet). Das für die Beauftragung des Generalplaners erforderliche EU-weite Vergabeverfahren wurde auch von der Rechtsanwaltskanzlei Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB durchgeführt, vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Braunschweig geprüft und ebenso nicht bemängelt.

Während des Durchführungszeitraumes dieser beiden Vergabeverfahren zeigte sich jedoch, dass die bereits zum Teil vorhandene Gebäudehülle des Rohbaus so schnell wie möglich vollständig hergestellt werden muss, um schwere Schäden zu vermeiden. Zur Vervollständigung der Gebäudehülle war die Leistung „Baustellenmanagement“ zwingend erforderlich.

Exkurs: Bei den Leistungen „Bauprojektmanagement“ und „Baustellenmanagement“ handelt es sich um getrennte Leistungen, die auch von getrennten Teams durchgeführt werden. Das „Baustellenmanagement“ wird im Regelfall vom Planer übernommen und wird in der nicht mehr verbindlichen Honorarordnung als „Objektüberwachung“ bezeichnet.

Die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH stand 2017 vor der Aufgabe, so schnell wie möglich die Leistung „Baustellenmanagement“ zur Vervollständigung der Gebäudehülle des Rohbaus zu beschaffen. Wesentlich ist, dass diese Leistung weder im Vertrag von Turner & Townsend GmbH noch im Vertrag der ARGE Henn/Möller enthalten war, da diese Leistung am Beginn dieser beiden Vergabeverfahren als solche nicht bekannt war.

Die ARGE Henn/Möller weigerte sich, diese Leistung zu übernehmen, da sie kein passendes Team zur Verfügung hatte. Im Vertrag dieser ARGE ist als Leistungsbeginn für das „Baustellenmanagement“ auch erst ab 2020 vorgesehen. Turner & Townsend GmbH erklärten sich jedoch bereit, diese Leistung sofort zu übernehmen, da auch ein passendes Team zur Verfügung stand. Die Städtische Klinikum Braunschweig gGmbH beauftragte daher Turner & Townsend GmbH im Rahmen eines Zusatzauftrages mit der Leistung „Baustellenmanagement“ für diese spezielle und dringliche Leistung. Der hierfür erforderliche Zusatzauftrag wurde wiederum von Kapell-mann und Partner Rechtsanwälte mbH erstellt, entsprach vollumfänglich dem Vergaberecht und wurde vom Rechnungsprüfungsamt geprüft.

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Braunschweig stellte auch nicht das vergaberechtskonforme Zustandekommen dieses Zusatzauftrages infrage, sondern merkte hierzu Folgendes an:

1.) Bei der gegenständlichen Managementleistung handelt es sich um eine Planungsleistung, und zwar um die Teilleistung „Objektüberwachung“. Es sollte daher diese Leistung an Planer vergeben werden.

2.) Die Beauftragung des Zusatzauftrages an Turner & Townsend GmbH wurde ohne Einholung von Vergleichsangeboten durchgeführt.

Die Vorgehensweise der Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH entsprach nicht nur vollumfänglich dem Vergaberecht, sondern war auch zweckmäßig und wirtschaftlich. Ein zusätzliches Vergabeverfahren für ein drittes Unternehmen hätte mehrere Monate in Anspruch genommen, wodurch erheblicher Schaden am Rohbau entstanden wäre. Darüber hinaus wären die Erfolgsaussichten, ein geeignetes Unternehmen zu finden, sehr gering. Denn es zeigt sich laufend, dass für die Leistungen in der Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH nur sehr schwer bzw. gar keine Auftragnehmer gewonnen werden können. Dies trifft insbesondere Umbauten im Bestand, wie beim gegenständlichen Zusatzauftrag.

Tz. 17.4.1	Feststellung der sachlichen Richtigkeit einer Rechnung der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Des Weiteren wurde die Rechnung der VHS vom 10. Dezember 2019, die sich auf das Schuljahr 2019/2020 bezog, am 18. Dezember 2019 sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet und dementsprechend bezahlt. Die Rechnung und die entsprechende Zahlung umfasst damit anteilig bereits erbrachte Leistungen (Zeitraum August 2019 bis Dezember 2019) und anteilig noch nicht erbrachte Leistungen (Zeitraum Januar 2020 bis Juli 2020).

Mit Feststellung der entsprechenden sachlichen Richtigkeit für den Zeitraum vom 9. Dezember 2019 bis Juli 2020 liegt ein Verstoß gegen § 27 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO vor, wonach Haushaltsansätze erst dann in Anspruch genommen werden dürfen, wenn die Erfüllung der Aufga-

ben es erfordern. Außerdem liegt ein Verstoß gegen die SDA II 20/01 Ziffer 8.3.1.3 Nr. 4 vor, wonach der Feststeller der sachlichen Richtigkeit mit der Unterzeichnung die Verantwortung dafür übernimmt, dass eine Lieferung oder Leistung entsprechend der zugrundeliegenden Vereinbarung oder Bestellung sachgemäß und vollständig ausgeführt worden ist."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Leistungen wurden ordnungsgemäß zum vereinbarten Zeitpunkt im Jahr 2020 erbracht. Künftig wird darauf geachtet, dass Zahlungen möglichst erst dann geleistet werden, wenn ihnen entsprechende Gegenleistungen gegenüberstehen.

Tz. 17.4.1	Fehlende schriftliche Ausgestaltung von Kooperationsvereinbarungen

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Bei der Prüfung des Vorgangs wurde außerdem festgestellt, dass vom FB 40 bisher für die beiden Kooperationsvereinbarungen keine schriftliche Ausgestaltung der zu übernehmenden Kosten vorgenommen wurde. Die Vereinbarungen geben gemäß Ziffer 8 vor, dass Nebenabreden oder Änderungen der Schriftform bedürfen. Eine schriftliche Entgeltvereinbarung wurde nicht getroffen. Für die Kostenabsprache wurde von der StSt. 0400 auf eine mündliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Vertragsparteien verwiesen. Über Besprechungen, Ferngespräche, Feststellungen und sonstige aus den Akten nicht unmittelbar ersichtliche Vorgänge, die für die Bearbeitung bedeutsam sein können, sind Vermerke anzufertigen (siehe ADA 4.3.6 Abs. 2). Über die mündlich vereinbarten „Leistungs- und Zahlungsgrundlagen" wurde kein Vermerk erstellt.

Gemäß weiterer Beschlüsse des Rates hierzu (19-11632 und 19-11719 vom 17. September 2019) sollte zu Art und Umfang der gesamten Aufgabenerledigung ein gesonderter Ratsbeschluss im Jahr 2020 erfolgen. Die Gremien bzw. der Rat wurde mit der Mitteilung 20-13446 vom 9. Juni 2020 über den Stand und die Ergebnisse der Schulbildungsberatung in Kenntnis gesetzt. Ein weiterer Ratsbeschluss wurde bislang indes nicht gefasst."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Abstimmungen haben damals unter Beteiligten stattgefunden, die mittlerweile nicht mehr bei der Stadt Braunschweig beschäftigt sind. Daher können die beanstandeten Absprachen nicht genau nachverfolgt und der Sachverhalt zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erhellt werden. Künftige Absprachen, Nebenabreden oder Änderungen werden schriftlich erfolgen.

Es wird eine weitere Kooperationsvereinbarung mit der Volkshochschule ab Sommer 2021 geben, die dem Rechnungsprüfungsamt unaufgefordert zugesandt wird. Die Ausgestaltung der zu übernehmenden Kosten wird hierin schriftlich festgehalten.

Am 17. November 2020 wurde vom Rat die Verstetigung der Aufgabe Schulbildungsberatung beschlossen (20-14625). Hierin werden zunächst 1,5 E 11-Stellen unbefristet fortgeschrieben. Die Fortführung der Vorbereitungsklassen und einer zusätzlichen Stelle zur Kompetenzfeststellung wurde auf politischen Antrag hin im Rahmen der Haushaltsvorlage 2021 vom Rat am 23. März 2021 beschlossen (21-15506). Die Vorbereitungsklassen der Volkshochschule sollen ab 2022 mit einem dauerhaften Zuschuss der Stadt von rund 140.000 EUR verstetigt werden. Im Jahr 2021 soll ein Zuschuss ab dem Schuljahr 2021/2022 (August 2021) in Höhe von 58.000 EUR gezahlt werden.

Tz. 17.4.2	Mittagessenversorgung an Schulen

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Wie schon in den Schlussberichten 2017 und 2018 ausgeführt, bestehen hinsichtlich der Mittagessenversorgung an Schulen seitens der Stadt als Schulträger weiterhin Forderungen gegenüber Eltern für nicht bezahltes Mittagessen (Stand: 11. März 2021 rd. 114.000 EUR). Das Ref. 0300 wies den FB 40 in dieser Sache bereits im August 2016 darauf hin, dass bei dem bisherigen Verfahren der Mittagessenversorgung an Schulen gegen geltendes Recht verstoßen wird. Daher hat das Ref.0300 bereits im August 2016 mit dem FB 40 vereinbart, dass das Abrechnungssystem bei der Essenausgabe an Schüler auf ein Guthabenverfahren umgestellt werden soll. Hierbei ist zwingend zu berücksichtigen, dass die Abrechnung der Essengelder durch den beauftragten Caterer vorzunehmen ist und dass dieser auch das wirtschaftliche Risiko zu tragen hat. Bei den bisher bestehenden abgeschlossenen Dienstleistungskonzessionsverträgen trägt das wirtschaftliche Risiko und die entsprechenden Kosten nach Auffassung des Ref. 0300 unzulässiger Weise die Stadt. Ein rechtlich einwandfreies Vergabeverfahren für die Mittagessenversorgung an Schulen wurde vom FB 40 wie geboten seit August 2016 trotzdem nicht durchgeführt. Mit dem Ratsbeschluss 17-04825 vom 20. Juni 2017 wurde die Verwaltung gebeten, bis spätestens Anfang 2018 die vom FB 40 angekündigte Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Ganztagsschulen zur Beratung dem Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Finanz- und Personal-ausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat vorzulegen. Bei dieser Neukonzeption soll das Vergabeverfahren für Cateringleistungen zentral mit dem Ziel durchgeführt werden, eine gleichermaßen qualitativ gute und ausgewogene Mittagessenversorgung für alle beteiligten Braunschweiger Schulen zu gewährleisten. Darüber hinaus sind in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht entsprechend des sog. „Handlungskonzepts Kinderarmut (Ratsbeschluss 15622/12 vom 18. Dezember 2012)“ die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder stets mit Mittagessen zu versorgen sind, auch wenn Eltern nicht zahlungsfähig oder zahlungswillig sind. Bis zur Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Ganztagsschulen sollte lt. dem obigen Ratsbeschluss ebenso versucht werden, kein Kind vom Schulessen auszuschließen. Die anvisierte Umstellung des Verfahrens (Neukonzeption und Ausschreibung) verzögerte sich jedoch und wurde lt. der Stellungnahme der Verwaltung 18-07278-01 vom 23. Februar 2018 im Schulausschuss nunmehr zum 1. August 2019 angestrebt. Dies ist bisher jedoch ebenfalls nicht geschehen (Stand April 2021). Im Ergebnis hat es der FB 40 seit August 2016 versäumt, eine entsprechende Neukonzeption zu erstellen.

Der Verweis des FB 40 (Stellungnahme der Verwaltung 17-04554-01 vom 23. Mai 2017 an den Rat) auf den im o. g. „Handlungskonzept Kinderarmut“ genannten „Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche“, bei dem Schulen einen Defizitausgleich beim Mittagessen beantragen können, heilt zum einen nicht die Gesamtproblematik der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Schulen. Zum anderen auch nicht die Problematik des Defizitausgleich beim Mittagessen über den Fonds, weil dieser die aufgelaufenen Defizite bei beauftragten Caterern, die das städtische Abrechnungssystem nutzen, nicht ausgleicht. Dieser Ausgleich fällt wieder der Stadt zu.

Trotz des Hinweises im Schlussbericht 2018, dass seitens der Verwaltung eine Beurteilung vorgenommen werden sollte, ob der Stadt durch das Unterlassen der obigen Umsetzung ein regressfähiger Schaden entstanden ist, liegt dem RPA dazu bisher keine Stellungnahme vor.“

Stellungnahme der Verwaltung:

In Braunschweig gilt die Regelung, dass kein Kind vom Essen ausgeschlossen werden soll. Seit dem Haushaltsjahr 2020 werden die Aufwendungen (Zahlungen an die Caterer) und Erträge (Zahlungen von den Eltern an die Stadt) im Haushalt veranschlagt und zwar in gleicher Höhe. Bei ausbleibenden Zahlungen von den Eltern entstehen Mindereinzahlungen. Sofern die

dadurch entstehenden offenen Forderungen abgeschrieben werden, verringern sich auch die Erträge gegenüber den Aufwendungen.

Im Sommer 2018 wurde die Mittagessenversorgung für das Schulzentrum Heidberg und an der Grundschule Lehndorf ausgeschrieben. Hierbei wurden die Hinweise des Rechtsreferates berücksichtigt, so dass rechtmäßige Verträge geschlossen werden konnten. Im Jahr 2020 wurden die Vergabeverfahren für die neu in den Ganztagsbetrieb übergegangenen Grundschulen Lamme und Waggum sowie die Grundschule Lehndorf (Vertrag lief aus) ebenfalls unter Berücksichtigung der Hinweise des Rechtsreferates abgeschlossen. Aktuell läuft das Vergabeverfahren für die IGS Heidberg und das Gymnasium Raabeschule am Standort Stettinstraße.

Eine Neukonzeption der Mittagessenversorgung an den Braunschweiger Schulen scheiterte bislang an den fehlenden personellen Ressourcen. Diese sind weiterhin nicht gegeben. Im Zuge der Neukonzeption müssen vielfältige Aspekte untersucht werden (z. B. Rechtssicherheit im Vergabebereich, Wirtschaftlichkeit von Zentralküchen vs. einzelner Schulküchen, Mindeststandards an die Essensqualität, Sicherstellung akzeptabler Essenspreise, Regelung zur Verteilung des wirtschaftlichen Risikos der Essensversorgung, Qualitätsmanagement, etc.). Die endgültigen Regelungen bleiben dem in den Ratsgremien zu beschließenden Konzept für die Essensversorgung in den Schulen vorbehalten.

Es ist beabsichtigt, zum 1. Februar 2022 eine erste Schule im Rahmen eines Pilotversuchs unter Berücksichtigung des politischen Willens, dass kein Kind vom Mittagessen ausgeschlossen werden soll, auf ein Guthabensystem umzustellen. Der Start des Pilotversuchs musste wegen baulichen Verzögerungen verschoben werden.

Nach Beurteilung der vorliegenden Situation und der gegebenen Randbedingungen liegt kein regressfähiger Schaden vor.

Tz. 17.6.1	Beschaffung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Nach der Vergabe des Auftrags „Tiefkühlkost für die städtischen Kindertagesstätten (Beschluss des VA 19-09895 vom 5. Februar 2019)“ ist lt. dem Schreiben des FB 51 vom 30. Oktober 2019 die Abt. 51.3 seit Juli 2019 damit befasst, in Abstimmung mit der Zentralen Vergabestelle den Beschaffungsumfang für die entsprechende Ausschreibung von „Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten“ abzustimmen.

Lt. Auskunft der Zentralen Vergabestelle wurde das entsprechende Vergabeverfahren vom FB 51 bisher (Stand Dezember 2020) nicht eingeleitet. Nach einem vom FB 51 im Juli 2019 angestrebten Verzicht auf eine Ausschreibung hat die Zentrale Vergabestelle mit Schreiben vom 12. September 2019 klargestellt, dass ein pauschaler Verzicht auf eine entsprechende Ausschreibung nicht begründet werden kann. Zum finanziellen Rahmen und zum Umfang bzw. zur Häufigkeit der betreffenden Beschaffungen wurden vom FB 51 gegenüber der Zentralen Vergabestelle keine Aussagen getroffen.

Nach Aussage der Zentralen Vergabestelle (Stand 24. Februar 2021) soll vom FB 51 ein entsprechender Bedarf ermittelt werden. Eine Ausschreibung oder anderweitige Rückmeldung liegt der Zentralen Vergabestelle bisher nicht vor.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Seit dem 16. März 2020 wirkt sich das weltweite Pandemiegeschehen auf die Verwaltung der Stadt Braunschweig aus. Auf den Bereich der Kindertagesstätten kommen in diesem Zusammenhang besondere Herausforderungen zu. Zum einen haben die Kindertagesstätten unverändert Betreuungsangebote für Kinder von Beschäftigten in den sog. systemrelevanten Berufen aufrechtzuerhalten, zum anderen sind den Kindertagesstätten durch Bundes- und Landesvorgaben erweiterte Hygienevorgaben einzuhalten. In diesem Kontext fällt auf dem Dienstposten der Ökotrophologin ein erhebliches Maß an Mehrarbeit an. Entsprechende Personalressourcen für die Bearbeitung der Ausschreibung zur Beschaffung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten stehen derzeit daher nicht zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wird auf die durch die Firma beratungsraum GmbH durchgeführte Organisationsuntersuchung hingewiesen. Nach deren Ergebnissen wird eine Aufstockung der Personalressourcen im Bereich der Ernährungsberatung für dringend erforderlich gehalten, um den Anforderungen zur Aufgabenerledigung eines Kita-Trägers mit 33 Einrichten (zuzüglich 5 Außengruppen), knapp über 500 Beschäftigten sowie rund 2.600 betreuten Kinder gerecht werden zu können. Die erforderliche Stellenaufstockung ist zum Stellenplan 2022 seitens FB 51 beantragt.

Darüber hinaus können aktuell bedingt durch das Gebot der Kontaktvermeidung in den Kitas die entsprechenden Recherchen für die Vorbereitung einer Ausschreibung nicht durchgeführt werden.

Eine Fortsetzung der vorbereitenden Arbeiten für die Ausschreibung können erst erfolgen, wenn das Pandemiegeschehen im Wesentlichen beendet sein wird und die dafür erforderlichen zeitlichen und personellen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Tz. 17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Fehlende Gremienbeschlüsse

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Entsprechend des Beschlusses des VA 15-01202 vom 21. Dezember 2015 hat der FB 51 für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Braunschweig eine Liegenschaft mit einer Raumfläche von rd. 1367 qm zunächst für einen Zeitraum von 12 Jahren, vom 1. August 2016 bis zum 31. Juli 2028 angemietet. Bis zum 31. Dezember 2018 wurde diese Liegenschaft von der Abt. 51.2 für Wohngruppen für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) genutzt. Für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2019 bzw. ab dem 1. Februar 2019 hat der FB 51 mit einem freien Träger eine einjährige Vereinbarung über die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschlossen, die die Inobhutnahmegruppe umF und die Clearinggruppe umF umfasst. Gemäß dieser Vereinbarung mit Datum 13. Dezember 2018 hat die Stadt dem freien Träger für 14 Betreuungs-plätze monatlich ein Betreuungsentgelt von rd. 6.800 EUR pro Betreuungsplatz zu zahlen, unabhängig davon, ob eine entsprechende Betreuung seitens des freien Trägers tatsächlich erfolgt oder nicht. Sofern ein Betreuungsplatz in einem gesamten Kalendermonat unbelegt bleibt, reduziert sich das monatliche Entgelt pro Betreuungsplatz auf rd. 6.500 EUR. Dies ergibt für den angegebenen Zeitraum unabhängig von der tatsächlichen Belegung einen Auftrags- bzw. Vertragswert von rd. 1.090.000 EUR. Mit einer Sondervereinbarung zwischen dem FB 51 und dem freien Träger vom 13. Februar 2019 wurde das vorgehaltene Angebot ab dem 1. Februar 2019 auf eine Gruppe mit sieben Plätzen reduziert. Dies ergibt bei einer 100% Belegungsgarantie und einem Betreuungsentgelt von rd. 7.000 EUR mtl. pro Platz einen Vertragswert von rd. 540.000 EUR. Die monatlichen Mietkosten und Mietnebenkosten für die Liegenschaft i. H v. rd. 23.500 EUR werden von der Stadt zusätzlich übernommen. Folgende Sachverhalte werden beanstandet: Gremienbeschlüsse

Bei einem zugesagten Auftrags- bzw. Vertragswert von rd. 1.090.000 EUR bzw. mit der Sondervereinbarung von rd. 540.000 EUR handelt es sich in diesen konkreten Einzelfällen gemäß SDA II 10/01 nicht um Geschäft der laufenden Verwaltung."

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Fachbereich 51 vertritt hierzu, wie bereits mehrfach dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilt, eine andere Rechtsauffassung, die im Wesentlichen auf der besonderen Systematik des Vergabewesens im Bereich des SGB VIII und den besonderen Rahmenbedingungen der Stadt Braunschweig als LAB – Standort beruhen.

Tz. 17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Nicht genutzte freie Flächen

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Die vom FB 51 angemietete Liegenschaft hat - wie bereits angegeben - eine Raumfläche von rd. 1367 qm. Nach Auskunft des FB 51 wurden hiervon nur rd. 227 qm von der sog. Verselbständigungsgruppe und rd. 158 qm von der Inobhutnahmegruppe benutzt. Demnach war für die Zeit der Nutzung der Liegenschaft durch den freien Träger bei einer Gesamtmiete von jährlich rd. 238.000 EUR (siehe VA-Beschluss 15-01202 vom 21. Dezember 2015) eine Fläche von rd. 982 qm ungenutzt. Die Nutzung der angemieteten Liegenschaft durch den freien Träger endete nach Auskunft des FB 65 am 23. April 2020.

Weil eine Nachnutzung der Liegenschaft (siehe VA-Beschluss 15-01213 vom 21. Dezember 2015) nach Auffassung des FB 51 nur eingeschränkt möglich war, wurde die Liegenschaft vom FB 51 an den FB 50 übergeben. In diesem Rahmen vermietet der FB 50 seit April 2020 nun rd. 122 qm Liegenschaft an einen anderen freien Träger. Nach Auskunft des FB 50 vom 2. November 2020 wird bei weiter laufenden Mietzahlungen seit April 2020 für die verbleibende Fläche von rd. 1.250 qm dezernatsübergreifend nach Lösungen für eine mögliche Nachnutzung gesucht."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die eingeschränkte Nutzungs- bzw. Vermarktungsfähigkeit begründet sich in den Besonderheiten der Liegenschaft (schlechte Anbindung ÖPNV, Verortung in einem Gewerbegebiet, keine Barrierefreiheit etc.).

Tz. 17.6.3	Prüfung einer Zuwendung des FB 51 an einen freien Träger für ein Fanprojekt

Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Im Rahmen der Prüfung einer Zuwendung des FB 51 an einen freien Träger für ein Fanprojekt wurde festgestellt, dass der FB 51 für die von dem freien Träger angesetzten Personalkosten keine Vergleichsberechnung mit entsprechenden Personalkosten städtischer Bediensteter - wie von der städtischen Zuwendungsrichtlinie gefordert - durchgeführt hat. Ebenso hat der FB 51 bez. der Personalkostenansätze auch Urlaubsrückstellungen als zuwendungsfähig anerkannt, die der freie Träger für einen Bediensteten gebildet hat, obwohl es sich hier lt. Zuwendungsbescheid um eine Projektförderung handelt. Die Anerkennung von Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Rahmen von Zuwendungen ist nach § 9 Abs. 1 der städtischen Zuwendungsrichtlinie nur bei institutionellen Förderungen möglich.

Lt. Zuwendungsbescheid war bei dieser Zuwendung vom Zuwendungsempfänger nur ein einfacher Verwendungsnachweis vorzulegen. Belege zum Nachweis der entsprechenden Angaben mussten dem FB 51 danach nicht, vorgelegt werden. Prüfungsseitig wird aber darauf hingewiesen, dass es bei regelmäßig wiederkehrenden Zuwendungen, bei denen nur ein einfacher Verwendungsnachweis vorzulegen ist, aus Kontrollgründen geboten ist, periodisch entsprechende Belegprüfungen durchzuführen. Dies ist lt. Auskunft des FB 51 bisher nicht erfolgt."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes werden zum Anlass genommen, die Zuwendung für das Fanprojekt zukünftig unter Einhaltung der für Zuwendungen maßgeblichen Rechtsvorschriften zu gestalten. Bereits für das Jahr 2019 wurde nachträglich eine Vergleichsberechnung der Personalkosten durchgeführt und festgestellt, dass die geförderten Personalkosten unter denen der städtischer Mitarbeitenden liegen. Die Hinweise zur Berücksichtigung von Urlaubsrückstellungen und Belegprüfungen werden zukünftig beachtet.

Tz. 20.3.2.2	Vom FB 51 an Dritte geleistete Zuwendungen

Wiederholte Prüfungsbemerkung Rechnungsprüfungsamt:

„Zu den vom FB 51 im Haushaltsjahr 2018 und 2019 an Dritte geleisteten Zuwendungen wurde u. a. festgestellt, dass

- bei Zuwendungen an Einrichtungen der Jugendarbeit (freier Träger), die als Betriebskostenzuschüsse gewährt wurden, bei 18 eingegangenen Verwendungsnachweisen bis Ende 2020 keine einzige Belegprüfung stattgefunden hat, die bei regelmäßig jährlich bewilligten Zuwendungen periodisch geboten ist,

- weiterhin - trotz Beanstandung im Schlussbericht 2018 (Tz. 20.3.2.2) - bei bestimmten Zuwendungen an einen Sportverein für ein Projekt und für entsprechende Betriebsausgaben trotz mehrfacher Aufforderung des RPA vom FB 51 keine entsprechend geprüften Verwendungsnachweise für die Zuwendungen des Jahres 2018 vorgelegt wurden. Gleiches gilt für eine weitere Zuwendung an den Sportverein für das Jahr 2019 sowie eine Zuwendung an einen freien Träger. Es bestehen hier für das RPA Prüfungs-hemmnisse,

- der FB 51 bei im Haushaltsjahr 2018 geleisteten Zuwendungen an eine Organisation (siehe Schlussbericht 2018 Tz. 20.3.2.2) weiterhin keine abschließende Belegprüfung durchgeführt hat bzw. durchführen konnte, da nach Angaben des FB 51 (Stand: 3. Februar 2021) die Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft liegen.

Aufgrund auch anderweitiger jährlich wiederkehrender Beanstandungen des RPA bei der Gewährung von Zuwendungen an Dritte besteht bei den betroffenen FB und Ref. aus Prüfungssicht ein dringender Handlungs- und Kontrollbedarf zur Sicherstellung der Einhaltung der für Zuwendungen maßgeblichen Rechtsvorschriften."

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Verfahren zu jährlichen Belegprüfung wurde in die Zuwendungsbearbeitung aufgenommen. Im Jahr 2019 wurde erstmalig eine Belegprüfung eines Trägers durchgeführt. 2020 war eine weitere Prüfung geplant. Diese konnte coronabedingt nicht stattfinden.

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen dauern nach Kenntnis des FB 51 weiterhin an. Eine Belegprüfung wird durchgeführt, sobald der Träger wieder über die Unterlagen verfügt.

Stadt Braunschweig

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2019

Größe des Stadtgebietes der Stadt Braunschweig	19 217 ha

Die amtliche Einwohnerzahl der Stadt betrug:

nach der Volkszählung am	17.05.1939	196 068
nach der Volkszählung am	06.06.1961	246 085
nach der Volkszählung am	27.05.1970	223 700
nach der Gebietsreform am	01.03.1974	267 303
nach der Volkszählung am	25.05.1987	252 351
nach dem Zensus	31.12.2012	245 798
nach dem Zensus	31.12.2018	248 292

Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2019 durch den Oberbürgermeister gemäß § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 – ausschließlich der Jahresabschlüsse 2019 der Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung, Abfallwirtschaft und des Pensionsfonds – wird gemäß § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 22.12.2020

M. Markurth

Markurth
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis Jahresabschluss

		Farbe	Seite
I	**Allgemeines**	**weiß**	**9**
	1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)		11
	2. Glossar zu Begriffen des doppischen Haushalts im NKR		17
	3. Verwaltungsgliederungsplan		29
	4. Übersicht über die Produktgruppen		33
	5. Übersicht über die Konten		39
II	**Bilanz (§ 55 KomHKVO)**	**gelb**	**67**
	1. Komprimierte Darstellung		69
	2. Bilanz		73
	3. Vermerke unter der Bilanz		77
III	**Gesamt-Ergebnisrechnung (§ 52 KomHKVO)**	**blau**	**81**
IV	**Gesamt-Finanzrechnung (§ 53 KomHKVO)**	**blau**	**85**
V	**Teilhaushalte**	**weiß**	**91**
	Teilergebnisrechnung	**weiß**	
	Produktübersicht	**weiß**	
	Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten	**weiß**	
	Teilfinanzrechnung	**weiß**	
VI	**Anhang (§ 56 KomHKVO)**	**rot**	**557**
	1. Allgemeine Erläuterungen		561
	2. Gliederungsgrundsätze		561
	3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze		561
	4. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden		562
	5. Weitere Erläuterungen		579
	6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung		580
	7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung		592
VII	**Anlagen zum Anhang (§ 56 KomHKVO)**	**gelb**	**599**
	1. **Anlagenübersicht (§ 57 Abs. 2 KomHKVO)**	**gelb**	601
	2. **Schuldenübersicht (§ 57 Abs. 3 KomHKVO)**	**gelb**	605
	3. **Rückstellungsübersicht (§ 57 Abs. 4 KomHKVO)**	**gelb**	609
	4. **Forderungsübersicht (§ 57 Abs. 5 KomHKVO)**	**gelb**	613

TOP 23

VIII	**Rechenschaftsbericht (§ 57 KomHKVO)**		**blau**	**617**
	1.	Vorbemerkung		621
	2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Stadt		621
	3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft		636
	4.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung		776
	5.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung		776
IX	**Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (§ 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG)**		**grün**	**783**

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

I. Allgemeines

1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

2. Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

3. Verwaltungsgliederungsplan

4. Übersicht über die Produktgruppen

5. Übersicht über die Konten

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

1. Rechtsvorschriften

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften vom 15. November 2005 (Nds. GVBl. S. 342 - im Folgenden „Neuordnungsgesetz“ genannt) ist in Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 2006 ein neues kaufmännisch orientiertes kommunales Haushalts- und Rechnungswesen eingeführt worden. Näheres regelt die gleichfalls am 1. Januar 2006 in Kraft getretene neue Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung – GemHK-VO – vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 457).

Zum 1. Januar 2008 wurde die Erste Eröffnungsbilanz aufgestellt, die der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 9. Dezember 2008 fristgerecht beschlossen hat. Für das Haushaltsjahr 2008 wurde erstmalig zum 31. Dezember 2008 ein doppischer Jahresabschluss aufgestellt.

Auf Landesebene wurde vereinbart, durch eine Zusammenfassung der bestehenden Kommunalverfassungsgesetze zu einem einheitlichen Kommunalverfassungsgesetz Vorschriften reduzieren, Doppelungen vermeiden und die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten verbessern zu wollen. Das Ergebnis dieser Vereinbarung ist das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576). In ihm sind die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO), das Gesetz über die Region Hannover, das Gesetz über die Neugliederung des Landkreises und der Stadt Göttingen und die Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Rechtsvorschriften kommunaler Körperschaften (BekVo-Kom) aufgegangen, dadurch gegenstandslos geworden und deshalb aufgehoben worden. Der Aufbau des Gesetzes folgt im Wesentlichen dem der bisherigen Kommunalverfassungsgesetze.

Mit Bekanntgabe im Nds. GVBL Nr. 7/2017 vom 27. April 2017 wurde die Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und –kassenverordnung – KomHKVO –) vom 18. April 2017 bekannt gegeben.

2. Grundzüge des Neuen Kommunalen Rechnungswesens

2.1 Ausgehend von den Überlegungen zu einem „Neuen Steuerungsmodell“ finden im Neuen Kommunalen Rechnungswesen mit der Darstellung von Produkten mit Zielen und Kennzahlen in den Teilhaushalten Elemente zur sog. „Output-Steuerung“ Einzug in den kommunalen Haushalt.

Ziel des Neuen Kommunalen Rechnungswesens ist es, ein Haushaltsrecht zu entwickeln, welches vor allem folgende Vorteile gegenüber der Kameralistik bieten soll:

- Darstellung des Gesamtressourcenaufkommens und –verbrauchs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden der Stadt
- Verdeutlichung der Ziele und Ergebnisse des Verwaltungshandelns und somit auch eine Outputorientierung
- Unterstützung einer flexiblen Mittelbewirtschaftung

Grundlage für das Neue Kommunale Rechnungswesen ist ein Rechnungsstil, dem die kaufmännische doppelte Buchführung zugrunde liegt. Die doppelte Buchführung erlaubt die Buchung sowohl von Zahlungsgrößen (Aus- und Einzahlungen) als auch von Erfolgsgrößen, also von Aufwendungen und Erträgen, sodass der vollständige Ressourcenverbrauch abgebildet wird. Die Doppik bringt Abschreibungen, eine jährliche Bilanz sowie die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden (einschließlich Rückstellungen) mit sich.

Für ein spezifisches kommunales Rechnungswesen auf Basis der doppelten Buchführung spricht, dass die Ziele der privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht mit denen der öffentlichen Haushalte identisch sind. Statt der Gewinnerzielung stehen bei den kommunalen Haushalten die kommunale Aufgabenerfüllung zur Förderung des Gemeinwohls und die Daseinsvorsorge im Vordergrund.

2.2 Zur Erreichung dieser Zielsetzungen stützt sich das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen auf das folgende Drei-Komponenten-Rechnungssystem:

- <u>Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung (zeitraumbezogen):</u>

  Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung entsprechen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Hier werden alle in einer Periode entstandenen Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Als Planungsinstrument ist der Ergebnishaushalt wichtigster Bestandteil des neuen Haushaltes. Gegenüber dem kameralen Rechnungssystem werden die Ressourcenverbräuche vollständig und periodengerecht erfasst. Diese beinhalten sowohl Abschreibungen wie auch Belastungen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt zahlungswirksam werden (z. B. Pensionsrückstellungen). Periodengerecht bedeutet hierbei, dass der Zeitpunkt, in dem der Ressourcenverbrauch durch die Verwaltungstätigkeit wirtschaftlich verursacht wird, über die Zuordnung zum Haushaltsjahr entscheidet und nicht wie bisher der Zeitpunkt der Zahlung.

- <u>Finanzhaushalt und Finanzrechnung (zeitraumbezogen):</u>

  Während der Ergebnishaushalt und die Ergebnisrechnung alle Aufwendungen und Erträge erfassen, werden im Finanzhaushalt und in der Finanzrechnung die Ein- und Auszahlungen der Stadt vollständig abgebildet. Es werden also auch Zahlungen erfasst, die keinen Aufwand bzw. Ertrag darstellen. Dies ist u. a. bei Zahlungen im Zusammenhang mit der städtischen Investitionstätigkeit von Bedeutung, denn im Ergebnishaushalt werden nur die jährlichen Aufwendungen für Abschreibungen für die Investitionsobjekte abgebildet, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionssummen.

- <u>Bilanz (stichtagsbezogen):</u>

  Während die Ergebnis- und die Finanzrechnung zeitraumbezogene Betrachtungen beinhalten, stellt die Bilanz eine stichtagsbezogene Betrachtung dar. In ihr werden die Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen und Nettopositionen ausgewiesen.

  Die Aktivseite enthält das gesamte bewertete Vermögen der Stadt getrennt nach dem immateriellen Vermögen (z. B. Lizenzen, Konzessionen), dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln. Der Saldo der Finanzrechnung entspricht der Änderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (liquide Mittel).

Auf der Passivseite weist die Bilanz die Schulden sowie die Rückstellungen und die Nettoposition aus. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis entsprechen dem Eigenkapital nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Die Bezeichnung Nettoposition ist eine spezifische niedersächsische Begriffsbestimmung. Die Nettoposition ändert sich jährlich in Höhe des in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Jahresergebnisses. Der Saldo der Ergebnisrechnung wird als Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag (Jahresergebnis) bezeichnet. Als Sonderposten werden u. a. Zuschüsse für Investitionen, die die Stadt erhalten hat, ausgewiesen.

3. Bestandteile und Gliederung des doppischen Jahresabschlusses nach der NKomVG:

3.1 Nach § 128 NKomVG besteht der Jahresabschluss aus

- einer Ergebnisrechnung,
- einer Finanzrechnung,
- einer Bilanz sowie
- einem Anhang.

Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht, eine Rückstellungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

3.2 Nach § 4 Abs. 1 KomHKVO wird der Haushalt in **Teilhaushalte** gegliedert. Die Gliederung entspricht der örtlichen Verwaltungsgliederung. In den Teilhaushalten werden die ihnen zugeordneten Produkte abgebildet. Für die Teilhaushalte werden Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen erstellt.

Entsprechend der Verwaltungsgliederung wurden für jeden Fachbereich und jedes Referat Teilhaushalte gebildet. Weitere Teilhaushalte sind darüber hinaus für die Bereiche „Politische Gremien“, „Verwaltungsführung“ und „Personalvertretung“ gebildet worden. Ein weiterer Teilhaushalt wurde für die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ eingerichtet. Die Bildung dieser gesonderten Teilhaushalte ist auf die über einzelne Fachbereiche hinausgehende Bedeutung zurückzuführen.

Wesentlicher Bestandteil des Haushaltsplanes ist die Abbildung von Zielen und Kennzahlen in Verbindung mit den Finanzdaten. Diese Abbildung vollzieht sich in den Teilhaushalten.

Nach § 4 Abs. 7 KomHKVO werden in den Teilhaushalten der Fachbereiche und Referate die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen beschrieben sowie die Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt. Die bisherige separat dargestellte strategische Planung der Stadt wurde somit in den Haushaltsplan auf Ebene der Teilhaushalte einbezogen.

Im Jahresabschluss sind darauf bezogen in den Teilhaushalten der Fachbereiche und Referate folgende Komponenten enthalten:

- Teilergebnisrechnung

- Übersicht über alle Produkte des Teilhaushaltes mit Erträgen und Aufwendungen
- Teilfinanzrechnung

In den großen Teilhaushalten werden zusätzlich die Kennzahlen zu den wesentlichen Produkten abgebildet.

4. Vermögens- und Schuldenlage in der kommunalen Bilanz

Mit der Aufstellung einer Bilanz als eine weitere der drei Komponenten des NKR wird der vollständige Nachweis der Vermögens- und Schuldensituation als zentrales Ziel der Bilanz zur gesetzlichen Verpflichtung.

Die Bilanz hat zu diesem Zweck das gesamte Vermögen und die gesamten Schulden und Rückstellungen zu einem Stichtag zu erfassen. Die Bilanz ist damit eine stichtagsbezogene Betrachtung.

Die Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital (Schulden und Rückstellungen) wird als sogenannte Nettoposition bezeichnet. Das Fremdkapital dokumentiert die Belastungen der Stadt. Dazu gehören nicht nur die in der Vergangenheit als Schulden dargestellten Verbindlichkeiten aus Investitionen, sondern auch weitere Positionen, wie z.B. Liquiditätskredite, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie vor allem die Rückstellungen.

5. Bestandteile und Gliederung der Bilanz

5.1 Für die Aufstellung der Bilanz gelten die Vorschriften der NKomVG und die aufgrund der NKomVG erlassenen Verordnungsregeln zur Bilanz entsprechend.

5.2 Nach § 55 Abs. 1 KomHKVO wird die Bilanz in Kontoform aufgestellt. Dabei werden die in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Posten in der angegebenen Reihenfolge gesondert ausgewiesen. Für die Aufstellung und Veröffentlichung der Bilanz werden die von dem für Inneres zuständigen Ministerium vorgegebenen Muster verwendet.

Nach § 55 Abs. 4 KomHKVO sind Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind, unter der Bilanz zu vermerken. Zu den Vorbelastungen gehören insbesondere Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge.

5.3 Die Bilanz wird in einem Anhang erläutert. Die Erläuterungen beziehen sich auf Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Außerdem werden wesentliche Bilanzpositionen und die darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert. Dem Anhang sind gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht, die Rückstellungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beigefügt.

Die Anlagen-, Schulden-, Forderungs- und Rückstellungsübersicht werden nach den gemäß § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Mustern erstellt.

6. Besonderheiten des niedersächsischen Rechts

Das Neue Kommunale Rechnungswesen wurde länderspezifisch ausgeprägt. Das bedeutet, dass es in verschiedenen Bundesländern teilweise unterschiedliche Regelungen zur Bilanzierung gibt. Auf drei wesentliche Unterschiede soll im Folgenden hingewiesen werden.

- Nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) wird die Aktivseite der Bilanz in Anlage- und Umlaufvermögen unterteilt. Diese Unterteilung wurde z.B. auch in Nordrhein-Westfalen (NRW) so übernommen. In Niedersachsen dagegen gliedert sich das Vermögen in immaterielles Vermögen, Sachvermögen, Finanzvermögen, liquide Mittel und aktive Rechnungsabgrenzung.

- Das HGB verwendet den Begriff Eigenkapital. In einer Bilanz nach niedersächsischem Recht findet man keine Position Eigenkapital, sondern es wird der Begriff Nettoposition verwendet. Die Nettoposition setzt sich dabei zusammen aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen, dem Jahresergebnis und den Sonderposten. Damit ist die niedersächsische Nettoposition ähnlich dem Eigenkapital nach HGB. Einen Unterschied stellen jedoch die Sonderposten dar, die in der Bilanzgliederung nach § 266 HGB nicht enthalten sind.

- In einer Bilanz aus NRW findet man wie nach HGB eine Position Eigenkapital. In einer hessischen Bilanz findet man sowohl den Begriff Eigenkapital als auch den Begriff Nettoposition, wobei die Nettoposition eine Unterposition zum Eigenkapital darstellt.

In Niedersachsen sind die Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz mit dem Anschaffungs- oder Herstellungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen anzusetzen. In NRW ist die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorzunehmen. Hierdurch kommt es bei gleichen Vermögensgegenständen zu Unterschieden in der Höhe des Wertes.

Diese Beispiele zeigen, dass bei länderübergreifenden Vergleichen zwingend Klarheit über die Begrifflichkeiten und die jeweils bestehenden Regelungen zu Ansatz, Bewertung und Ausweis von Bilanzpositionen hergestellt werden muss.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

2. Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

Glossar zu Begriffen des doppischen Haushalts im NKR

Abschreibung (auch Absetzung für Abnutzung – AfA)
Unter der Abschreibung versteht man den Betrag bzw. die Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des abnutzbaren Anlagevermögens die im Laufe der Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und der dementsprechend periodengerecht in der Ergebnisrechnung als Aufwand angesetzt wird.

Aktiva
Als Aktiva ist die Summe der Vermögensgegenstände (auf der linken Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelverwendung abbilden. Dazu zählen das immaterielle Vermögen, das Sachvermögen, das Finanzvermögen, die liquiden Mittel und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Aktiva wird als Aktivierung bezeichnet. Auf der rechten Seite der Bilanz sind die Passiva aufgeführt, die die Mittelherkunft zeigen.

Aktivierung
Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung und Ausweisung eines Postens auf der Aktivseite der Bilanz wird als Aktivierung bezeichnet.

Anlagevermögen
Das Anlagevermögen umfasst alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von der Kommune dauerhaft genutzt zu werden. Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Gebäude) sowie Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).

Aufwand
In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Werteverzehr durch Verbrauch oder Abnutzung von Gütern und Dienstleistungen einer Organisationseinheit in einem Zeitabschnitt, der in der Ergebnisrechnung den Erträgen gegenübergestellt wird; Ausgaben für empfangene Güter und Dienstleistungen im Jahr ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit.

Ausgabe
Zugang von Gütern oder Dienstleistungen. Soweit der Zugang nicht gleichzeitig mit einem Zahlungsmittelabfluss verbunden ist, entstehen Verbindlichkeiten, sodass sie mit einem Schuldrechtsverhältnis verknüpft sind.

Auszahlung
Abfluss von flüssigen Mitteln (Verminderung des Bargeldbestandes und Belastungen der Girokonten).

Beteiligung
In dem niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) und der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) ist der Begriff der Beteiligung nicht definiert,

deshalb erfolgt ein Rückgriff auf § 271 Handelsgesetzbuch (HGB). Danach sind Beteiligungen Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, den eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist die Beteiligungsabsicht, nicht die Beteiligungshöhe entscheidend. Beteiligungsabsicht liegt dabei in denjenigen Fällen vor, in denen die Kommune mit der Beteiligung mehr verfolgt als die Absicht einer (dauernden) Kapitalanlage gegen angemessene Verzinsung. Indizien hierfür können z.B. personelle Verflechtungen, interdependente Produktionsprogramme, gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, gegenseitige Lieferungs- und Abnahmeverträge ebenso wie Branchenverwandtschaft sein. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, die insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten. Die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Genossenschaft gilt nicht als Beteiligung in diesem Sinne.

Bilanz
Eine Bilanz ist eine auf einen bestimmten Stichtag bezogene Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital einer Organisationseinheit. Traditionell wird die Bilanz in einer zweispaltigen Tabelle (Kontenform) dargestellt. In der linken Spalte („Aktiva“) der Tabelle werden die Vermögensgegenstände, in der rechten Spalte („Passiva“) das Eigen- und Fremdkapital der Kommune aufgeführt. Die Bilanz ist immer ausgeglichen.

Budget
Ein Budget ist ein in wertmäßigen Größen formulierter Plan, der einer Entscheidungseinheit für eine bestimmte Zeitperiode mit einem bestimmten Verbindlichkeitsgrad vorgegeben wird. Budgets unterstützen die Ergebniszielorientierung der Steuerung. Durch eine Verbindung von Budgets (Finanzvorgaben) mit Leistungszielen wird die Output Orientierung der Steuerung unterstützt.

Budgetierung
Die Budgetierung ist ein System der dezentralen Verantwortung einer Organisationseinheit für ihren Finanzrahmen bei festgelegtem Leistungsumfang mit bedarfsgerechtem, in zeitlicher und sachlicher Hinsicht selbstbestimmtem Mitteleinsatz bei grundsätzlichem Ausschluss der Überschreitung des Finanzrahmens (Budgetierung im materiellen Sinne). Bereitstellung von Finanzmitteln in Form von vorab verhandelten Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung „vor Ort“.

Dezentrale Ressourcenverantwortung
Weiterführung der Budgetierung; während diese nur Verantwortung für die Ressource Finanzen dezentralisiert, erfolgt dies bei der dezentralen Ressourcenverantwortung hinsichtlich sämtlicher Ressourcen (Personal, Finanz- und Sachmittel etc.). Den dezentralen Einheiten wird die Verantwortung für die Leistungserstellung in jeglicher Hinsicht übertragen.

Doppelte Buchführung (Doppik)
Doppik ist die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit mit dem Ziel, jederzeit einen Überblick über die Vermögenslage und den Stand der Schulden zu ermöglichen.

Die Doppelte Buchführung ist das heute fast ausschließlich verwendete System der Buchführung von kaufmännischen Unternehmungen mit den Grundsätzen:

a) Jede durch einen Geschäftsvorfall ausgelöste und aufgrund eines Beleges vorgenommene Buchung berührt mindestens zwei Konten, die im Buchungssatz benannt werden.

b) Die Ermittlung des Periodenerfolges geschieht zweimal: (1) durch die Bilanz und (2) durch die Ergebnisrechnung.

Eigenkapital
Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten). Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Nach der NKomVG gliedert sich die Passivseite der Bilanz in Schulden sowie Rückstellungen und Nettoposition. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis können als Eigenkapital im engeren Sinne bezeichnet werden. Fasst man die vorgenannten Positionen mit der Position Sonderposten zusammen, erhält man die Nettoposition und damit ein Eigenkapital im weiteren Sinn. Unter den Sonderposten werden empfangene Zuweisungen und Zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände ausgewiesen. Durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnausschüttungen von innen ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung gestellte Mittel werden als Eigenkapital bezeichnet. Sofern die Zweckbindung erfüllt wird, handelt es sich bei Zuweisungen und Zuschüssen um von außen ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung gestellte Mittel. Insofern können die Sonderposten zum Eigenkapital im weiteren Sinn gerechnet werden.

Einnahme
Abgang von Gütern und Dienstleistungen; soweit dieser nicht gleichzeitig mit einem Zahlungsmittelzufluss verbunden ist, entsteht stattdessen eine Forderung.

Einzahlung
Zugang von flüssigen Mitteln (Erhöhung des Bargeldbestandes und Gutschrift auf Girokonten).

Ergebnisrechnung
Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; in der zeitraumbezogenen Ergebnisrechnung werden Erträge und Aufwendungen einer Kommunalverwaltung für eine Rechnungsperiode gegenübergestellt. Der Saldo ergibt den Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag. Ein Jahresüberschuss erhöht und ein Jahresfehlbetrag senkt das „Eigenkapital“. Die Ergebnisrechnung umfasst die ordentlichen sowie die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen. Die Aufwendungen und Erträge ordnen den Ressourcenverbrau und das Ressourcenaufkommen periodengerecht zu. So umfasst der Aufwand z.B. auch die über die Nutzungsdauer des Anlagevermögens verteilten Abschreibungen sowie die Zuführung zu Pensionsrückstellungen.

Eröffnungsbilanz
Die erstmalige Aufstellung einer Bilanz wird Eröffnungsbilanz oder auch Gründungsbilanz genannt. Für Kommunen bildet die Eröffnungsbilanz den Ausgangspunkt für ein kaufmännisches Haushalts- und Rechnungssystem. Danach bildet die Schlussbilanz der jeweiligen Rechnungsperioden gleichzeitig die Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz des Folgejahres.

Ertrag
In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Wertezuwachs in einem Zeitabschnitt.

Festwert
Für Vermögensgegenstände des Sachvermögens, die regelmäßig ersetzt werden und deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist, können Festwerte gebildet werden, sofern der Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Schwankungen unterliegt. Bei der Bildung von Festwerten handelt es sich um eine Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung. Dabei wird ein fester Buchwert in der Bilanz angesetzt. Der Festwert unterliegt keiner Abschreibung, sondern wird über mehrere Jahre fortgeführt. Voraussetzung ist ein regelmäßiger Ersatz der zu einem Festwert zusammengefassten Vermögensgegenstände, so dass Zugänge und Abgänge einschließlich planmäßiger Abschreibungen im Wesentlichen ausgeglichen wären und damit Menge und Wert des Festwertes annähernd gleichbleiben.

Finanzrechnung
Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; neben der Ergebnisrechnung das zweite zeitraumbezogene Rechenwerk des Jahresabschlusses. Die Finanzrechnung dient dem Nachweis der empfangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen sowie der Bestandsveränderung an liquiden Mitteln eines Jahres bzw. einer Rechnungsperiode. Es werden auch Zahlungen erfasst, die keinen Ertrag bzw. Aufwand darstellen. Hierbei handelt es sich u.a. um die Ein- und Auszahlungen für Investitionen. Die Finanzrechnung gliedert sich in die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, für Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Fremdkapital
Das Fremdkapital steht auf der Passivseite der Bilanz und bezeichnet die ausgewiesenen Schulden der Verwaltung. Dies sind Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitencharakter gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
Im kaufmännischen Rechnungswesen wird die der Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bezeichnet.

Handelsgesetzbuch (HGB)
Das HGB vom 10. Mai 1897 mit späteren Änderungen regelt einen wesentlichen Teil des vom allgemeinen bürgerlichen Recht abweichenden Sonderrechts des Handels.

Höchstwertprinzip
Bewertungsgrundsatz für Verbindlichkeiten; das Höchstwertprinzip besagt, dass der Wertansatz für Verbindlichkeiten nach oben korrigiert werden muss, wenn sich der Rückzahlungsbetrag entsprechend ändert (z.B. Aufwertung einer Auslandswährung). Korrespondierend zum Höchstwertprinzip gilt für die Bewertung von Vermögensgegenständen das Niederstwertprinzip.

Interne Leistungsverrechnung
Verrechnung von Leistungen, die in der eigenen Organisationseinheit zwischen Kostenstellen oder Kostenträgern erbracht und genutzt werden, untereinander mit Hilfe von Stundensätzen oder Verrechnungspreisen.

Inventar
Bestandsverzeichnis aller Vermögensgegenstände und Schulden. Das Inventar wird mit Hilfe der Inventur ermittelt. Das Inventar ist Grundlage für die Erstellung der (Eröffnungs-) Bilanz.

Inventur
Die Inventur ist die Bestandsaufnahme sämtlicher Vermögensgegenstände und der Schulden, die der Verwaltung dienen. Die Erfassung erfolgt – soweit möglich – im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme durch Zählen, Messen, Wiegen und Schätzen. Ziel der Inventur ist das Anfertigen eines Inventars.

Jahresabschluss
Der Jahresabschluss ist die jährliche Zusammenfassung des externen Rechnungswesens und dokumentiert das Ergebnis der Verwaltungstätigkeit bzw. die Ausführung des Haushaltsplans. Hauptbestandteile des Jahresabschlusses sind die drei Komponenten Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung. Der Jahresabschluss hat im Wesentlichen folgende Funktionen: Kontrolle, Information und Rechenschaftslegung, Dokumentation und Erfolgsermittlung.

Jahresfehlbetrag
Falls in der Ergebnisrechnung die Aufwendungen höher sind als die Erträge, ergibt sich ein Verlust, der als Jahresfehlbetrag bezeichnet wird; ein Jahresfehlbetrag mindert das „Eigenkapital“.

Jahresüberschuss
Wenn in der Ergebnisrechnung die Erträge höher als die Aufwendungen sind, ergibt sich ein Gewinn, der einen Jahresüberschuss darstellt; Jahresüberschüsse erhöhen das „Eigenkapital“.

Konsolidierter Gesamtabschluss
Der konsolidierte Gesamtabschluss stellt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune so dar, als ob es sich bei ihr und den zu konsolidierenden wirtschaftlich verselbständigten Aufgabenträgern (z. B. Gesellschaften) um eine wirtschaftliche Einheit handeln würde.

Kontenrahmen
Organisationspläne für die Buchführung der Betriebe/Organisationseinheiten einer bestimmten Branche. Sie sollen Ordnung und Übersicht in die Vielzahl der Konten bringen. Sie sind Modelle für den jeweiligen Wirtschaftszweig. Ihr Zweck besteht in der einheitlichen Ausrichtung der Buchführungsorganisation. Durch sie wird die gleichmäßige Buchung der Geschäftsvorfälle in den verschiedenen Betrieben/Organisationseinheiten gewährleistet. Gemäß § 4 Abs. 2 KomHKVO ist der Kontenrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden.

Kosten
In Geld bewerteter Verbrauch an Gütern/Dienstleistungen zur betrieblichen Leistungserstellung innerhalb einer Periode.

Kostenarten
Beschreibung des bei der betrieblichen Leistungserstellung entstehenden Werteverzehrs in bestimmten Kategorien; gegliedert nach der Art der verbrauchten Produktionsfaktoren in Personalkosten, Sachkosten (Material, Fremdleistungen) etc.

Kostenartenrechnung
Erste Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Welche Kosten sind angefallen?“).

Gibt Auskunft über die betragsmäßige Entwicklung einzelner Kostenarten in der Abrechnungsperiode, über die Kostenstruktur der Organisationseinheit und damit über den Wert der in einem bestimmten Zeitraum verbrauchten unterschiedlichen Arten von Produktionsfaktoren.

Kostenstelle
Ort, an dem Kosten entstehen mit zugehörigen (Führungs-) Verantwortlichkeiten.

Um wirksame Wirtschaftlichkeitskontrollen durchführen zu können, sollte eine Identität von Kostenstelle und Verantwortungsbereich angestrebt werden. Kostenstellen sind nach funktionalen, organisatorischen oder räumlichen Aspekten abgegrenzte Leistungs- bzw. Verantwortungsbereiche, denen die von ihnen verursachten Kosten(arten) zugerechnet/zugewiesen werden (z. B. Fachbereiche, Abteilungen).

Kostenstellenrechnung
Zweite Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Wo sind die Kosten angefallen?“).

Hat die Aufgabe, die anfallenden Kostenarten verursachungsgerecht auf die Kostenstellen zuzuordnen, um so deren Kostenverbrauch zu überwachen.

Kostenträger
In der Regel an der Struktur der Produkte orientierte Kostenzurechnungsobjekte, die zuordnen und verdeutlichen, wofür Kosten entstanden sind.

Kostenträgerrechnung
Dritte Stufe der Kosten- und Leistungsrechnung („Wofür sind die Kosten angefallen?“).

Hat die Aufgabe, die anfallenden Kostenarten verursachungsgerecht auf die Kostenträger zuzuordnen, um so deren Kostendeckung zu überwachen, u. a. mit dem Ziel der Ermittlung von Stückkosten und Verrechnungspreisen.

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
Teilgebiet des kaufmännischen Rechnungswesens („internes“ Rechnungswesen), in dem Kosten und Leistungen erfasst, gespeichert, den verschiedensten Bezugsgrößen zugeordnet und für spezielle Zwecke ausgewertet werden.

Die KLR gliedert sich in die Kostenarten- (Welche?), die Kostenstellen- (Wo?) und die Kostenträger- (Wofür?) –rechnung.

Leistung
Leistungen (i. S. d. KLR) sind in Geld bewertete, im Produktionsprozess entstandene Güter und Dienstleistungen.

Liquidität
Liquidität ist die Fähigkeit und Bereitschaft einer Organisationseinheit, ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht und betragsgenau nachzukommen.

Liquiditätskredite
Kredite zur Überbrückung des verzögerten Eingangs von Deckungsmitteln durch in der Regel kurzfristige Bankverbindlichkeiten, insbesondere Kontokorrentkredite, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

Nettoposition
Siehe Eigenkapital.

Niederstwertprinzip
Bewertungsgrundsatz für Vermögensgegenstände; das Niederstwertprinzip besagt allgemein, dass Vermögensgegenstände, sofern mehrere Bilanzwerte möglich sind, mit dem niedrigeren Wert in der Bilanz angesetzt werden müssen. Korrespondierend zum Niederstwertprinzip gilt für die Bewertung von Verbindlichkeiten das Höchstwertprinzip.

Nutzungsdauer
Unter der Nutzungsdauer wird im Allgemeinen die betriebsübliche Nutzungsdauer eines Anlagegutes verstanden; zu unterscheiden sind die betriebsgewöhliche Nutzungsdauer (von einer Lieferfirma angegebene, erfahrungsgemäß mindestens erreichbare Dauer der Einsatzfähigkeit), die wirtschaftliche Nutzungsdauer und die technische Nutzungsdauer.

Vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ist eine Abschreibungstabelle mit Nutzungsdauern herausgegeben worden.

Output
Der Output ist das außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit erkennbare und nachgefragte Ergebnis der Produktherstellung dieser Organisationseinheit (externe und interne Produkte der Kommunalverwaltung).

Output orientiert
Ausrichtung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen an Leistungsausbringungsmenge und –wert bei Erstellung eines Produkts oder einer Leistung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln, Ressourcen.

Passiva
Als Passiva ist die Summe der Positionen (auf der rechten Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelherkunft abbilden. Dazu zählen die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Passiva wird als Passivierung bezeichnet. Auf der linken Seite der Bilanz sind die Aktiva aufgeführt, die die Mittelverwendung zeigen.

Periodengerecht
Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zum Zeitraum ihrer Entstehung bzw. wirtschaftlichen Zugehörigkeit in der tatsächlichen oder erwarteten Höhe unabhängig vom Zeitpunkt des tatsächlichen Geldflusses; entscheidender Unterschied von kameralem, zahlungsorientiertem und betriebswirtschaftlichem, ergebnisorientiertem Rechnungswesen-Ansatz; antizipiert z. B. in Form von Rückstellungen die zukünftigen aufwandsmäßigen Auswirkungen heutiger Entscheidungen, evtl. abgezinst auf den Barwert (z. B. Pensionsrückstellungen), wenn größere Zeiträume betroffen sind.

Produkt
Ein kommunales Produkt ist eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die von Stellen außerhalb der Produkterbringung (innerhalb und außerhalb der Verwaltung) nachgefragt wird und für die normalerweise ein Preis zu zahlen wäre. Es gibt externe und interne Produkte. Insgesamt spiegeln die Produkte einer Kommune deren Leistungs- oder Sachziele wider.

Produktbereich
Produktgruppen werden thematisch zu Produktbereichen zusammengefasst.

Produktgruppe
Produkte werden thematisch zu Produktgruppen zusammengefasst.

Produktrahmen
Organisationsplan, der Ordnung und Übersicht in die Produkte bringen soll. Gemäß § 4 Abs. 2 KomHKVO ist der Produktrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden und enthält Produktbereiche und Produktgruppen.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)
Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zutreffenden Ermittlung des Periodengewinns, indem Aufwendungen und Erträge dem Wirtschaftsjahr zugeordnet werden, durch das sie – wirtschaftlich betrachtet – verursacht sind. RAP auf der Aktivseite der Bilanz weisen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag aus, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. RAP auf der Passivseite sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Typische Geschäftsvorfälle, die zur Bildung von RAP führen, sind Vorauszahlungen für Miete, Pacht und Versicherungen.

Ressourcen
Zur Verfügung gestellte Geld-, Sach- oder Personalmittel für die Erfüllung einer Aufgabe/ Erstellung eines Produktes, einer Leistung.

Rücklagen
Rücklagen sind Teil des „Eigenkapitals“. Sie sind die Differenz zwischen Aktiva und allen übrigen Passivposten. Änderungen der Rücklage ergeben sich durch die mögliche Zuführung von Jahresüberschüssen und durch die Entnahme zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen.

Rückstellungen
Rückstellungen sind Verpflichtungen, die dem Grund nach zu erwarten, aber deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Auszahlungen den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden. Typische Beispiele für Rückstellungen sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Provisionen, Prozessrisiken, Garantieverpflichtungen. Rückstellungen sind Teil des Fremdkapitals (Passiva).

Schlussbilanz
Die Schlussbilanz ist die Bilanz zum Abschlussstichtag bzw. am Ende der Rechnungsperiode. Sie wird aus den Bestandskonten entwickelt. Die Schlussbilanz einer Rechnungsperiode ist gleichzeitig Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz der darauffolgenden Rechnungsperiode.

Schulden
Nach § 55 Abs. 3 Ziffer 2 KomHKVO sind auf der Passivseite der kommunalen Bilanz u.a. die Schulden auszuweisen. Sie werden unter Berücksichtigung des Höchstwertprinzips mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Bilanzposition Schulden ist nach dieser Vorschrift wie folgt zu unterteilen:

2.1 Geldschulden
2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften
2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
2.4 Transferverbindlichkeiten
2.5 sonstige Verbindlichkeiten

Zu den Geldschulden (Ziffer 2.1) gehören Anleihen, Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sowie Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten und sonstige Geldschulden. Die Geldschulden sind die Vergleichsgröße für die Schulden, die in der Vergangenheit im kameralistischen System gezeigt wurden. Es handelt sich dabei um Schulden aus der Aufnahme von Investitionskrediten oder von Kassenkrediten. Um auch zukünftig die Entwicklung dieser wichtigen finanzwirtschaftlichen Kenngröße aufzeigen zu können, müsste der Vergleich der kameralen Schulden mit den doppischen Geldschulden erfolgen.

Verbundene Unternehmen
In NKomVG und GemHKVO ist der Begriff des verbundenen Unternehmens nicht definiert, deshalb erfolgt ein Rückgriff auf § 271 HGB. Danach sind verbundene Unternehmen solche Unternehmen, die als Mutter- oder Tochterunternehmen (§ 290 HGB) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung einzubeziehen sind, das als oberstes Mutterunternehmen den am weitest gehenden Konzernabschluss nach dem zweiten Unterabschnitt aufzustellen hat, auch wenn die Aufstellung unterbleibt, oder das einen befreienden Konzernabschluss nach § 291 HGB oder nach einer nach § 292 HGB erlassenen Rechtsverordnung aufstellt oder aufstellen könnte; Tochterunternehmen, die nach § 296 HGB nicht einbezogen werden, sind ebenfalls verbundene Unternehmen. Somit bilden Anteile an verbundenen Unternehmen einen Sonderfall der Beteiligung. Ein Mutter-Tochter-Verhältnis nach § 290 HGB liegt vor, wenn das Mutterunternehmen auf das Tochterunternehmen unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Maßgeblich für die Beurteilung eines beherrschenden Einflusses sind die in § 290 Abs. 2 HGB genannten Kriterien.

Vermögen
Im Rechnungswesen Teil der Aktivseite der Bilanz.

Vorsichtsprinzip
Das Vorsichtsprinzip ist ein allgemeiner Bilanzierungsgrundsatz des HGB. Demnach muss vorsichtig bewertet werden, d.h. alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, sind zu berücksichtigen; dies gilt auch, wenn die Risiken und Verluste erst zwischen Abschlussstichtag und Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind. Das Vorsichtsprinzip soll auch den Gläubigerschutz gewährleisten, indem der Bilanzierende sich nicht „reicher“ rechnet, sondern eher „ärmer“.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

3. Verwaltungsgliederungsplan

Stand: Oktober 2018

Verwaltungsgliederungsplan

1	**Allgemeine Verwaltung**
01	Fachbereich Zentrale Steuerung
0100	Referat Steuerungsdienst
0120	Referat Stadtentwicklung und Statistik
0130	Referat Kommunikation
0140	Referat Rechnungsprüfungsamt
0150	Gleichstellungsreferat
0300	Rechtsreferat
10	Fachbereich Zentrale Dienste
2	**Finanzverwaltung**
20	Fachbereich Finanzen
0200	Referat Haushalt, Controlling und Beteiligungen
3	**Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung**
32	Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit
37	Fachbereich Feuerwehr
4	**Schul- und Kulturverwaltung**
40	Fachbereich Schule
0400	Stabsstelle Bildungsbüro
41	Fachbereich Kultur und Wissenschaft
0412	Referat Stadtbibliothek
0413	Referat Städtisches Museum
0414	Referat Stadtarchiv
5	**Sozial- und Gesundheits-verwaltung**
0500	Sozialreferat
50	Fachbereich Soziales und Gesundheit
51	Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
6	**Bauverwaltung**
0600	Baureferat
0610	Stadtbild und Denkmalpflege
60	Fachbereich Bauordnung und Brandschutz
0620	Referat Brandschutz und Wieder-kehrende Prüfungen
0630	Referat Bauordnung
61	Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz
65	Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement
66	Fachbereich Tiefbau und Verkehr
67	Fachbereich Stadtgrün und Sport
0670	Sportreferat
8	**Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr**
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdezernat

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

4. Übersicht über die Produktgruppen

Übersicht über die Produktgruppen

gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 11 KomHKVO

Datengrundlage: Verbindlicher Produktrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSN vom 25.04.2017

Die Niedersächsische Landesstatistikbehörde hat gemäß § 4 Abs. 2 der KomHKVO den verbindlichen Produktrahmen festgelegt. In dem Produktrahmen werden Produktbereiche (zweistellig) und Produktgruppen (dreistellig) verbindlich vorgegeben - lediglich im Produktbereich 11 sind die Produktgruppen frei definierbar. Die Produktbereiche dienen dazu, mehrere Produktgruppen zusammen zu fassen.

Bei der Stadt Braunschweig wird die Produktgruppe vierstellig geführt, um eine weitere Unterteilung zu ermöglichen. Die Produktgruppen sind wie folgt aufgebaut:

1 . X X . X X X X

Produktbereich Produktgruppe

Zusätzlich gibt es bei der Stadt Braunschweig Produktgruppen für Vorleistungen (1.99.XXXX) für einige Teilhaushalte, die aber im Regelfall keine Planwerte enthalten.

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.11	Innere Verwaltung	
1.11.1110	Politische Gremien	Politische Gremien
1.11.1111	Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.11.1115	Verwaltungsführung	Verwaltungsführung
1.11.1116	Steuerungsdienst	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1117	Verwaltungsführung Dez. III	Ref. 0600 Baureferat
1.11.1120	Rechnungsprüfung	Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt
1.11.1125	Rechtsangelegenheiten	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1130	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	FB 01 Zentrale Steuerung
1.11.1135	Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit	Ref. 0150 Gleichstellungsreferat
1.11.1140	Personalvertretung	Personalvertretung
1.11.1145	Zentrale Dienste	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1150	Personalverwaltung	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1151	Zentrale Aufgaben Personal	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1152	Kosten der Ausbildung dezentral	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1153	Personalwirtschaft/-entw., Organisation	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1155	Informations- u. Kommunikationstechn.	FB 10 Zentrale Dienste
1.11.1160	Finanzmanagement und Rechnungswesen	FB 20 Finanzen
1.11.1165	Immobilienmanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1166	Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1167	Gebäudemanagement	FB 20 Finanzen
1.11.1170	Graphik-Service-Center	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.12	Sicherheit und Ordnung	
1.12.1210	Statistik und Wahlen	Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik
1.12.1221	Ordnungsangelegenheiten FB 32	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.12.1222	Ordnungsangelegenheiten FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.12.1223	Verkehrsbehörde	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.12.1260	Brandschutz	FB 37 Feuerwehr
1.12.1270	Rettungsdienst	FB 37 Feuerwehr
1.12.1280	Abwehr Großschadenslagen/Katastrophen	FB 37 Feuerwehr

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.21	Schulträgeraufgaben	
1.21.2110	Grundschulen	FB 40 Schule
1.21.2120	Hauptschulen	FB 40 Schule
1.21.2130	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	FB 40 Schule
1.21.2150	Realschulen	FB 40 Schule
1.21.2170	Gymnasien, Kollegs	FB 40 Schule
1.21.2180	Gesamtschulen	FB 40 Schule
1.21.2210	Förderschulen	FB 40 Schule
1.21.2310	Berufliche Schulen	FB 40 Schule
1.21.2410	Schülerbeförderung	FB 40 Schule
1.21.2430	Sonstige schulische Aufgaben	FB 40 Schule
1.21.2431	Sonstige schulische Aufgaben FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.25	Kultur	
1.25.2500	Verwaltung kultureller Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft
1.25.2511	Wissenschaft und Forschung	Kultur und Wissenschaft
1.25.2512	Literatur/Raabe-Haus (Kulturinstitut)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2514	Wissenschaft und Forschung (Stadtarchiv)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2515	Wohnraum für Studierende	FB 20 Finanzen
1.25.2521	Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2522	Bildende Kunst	Kultur und Wissenschaft
1.25.2523	Bildende Kunst (Vermietung)	FB 20 Finanzen
1.25.2610	Theater	Kultur und Wissenschaft
1.25.2620	Musikpflege	Kultur und Wissenschaft
1.25.2630	Musikschulen	Kultur und Wissenschaft
1.25.2710	Volkshochschulen	FB 20 Finanzen
1.25.2720	Büchereien	Kultur und Wissenschaft
1.25.2732	Förderung der Erwachsenenbildung	FB 40 Schule
1.25.2733	Sonstige Volksbildung	Kultur und Wissenschaft
1.25.2734	Sonstige Volksbildung (KPW)	Kultur und Wissenschaft
1.25.2811	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Kultur und Wissenschaft
1.25.2812	Heimatpfleger	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.25.2813	Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20	FB 20 Finanzen
1.25.2910	Förderung v. Kirchengemeinden etc.	FB 20 Finanzen
1.31	Soziale Hilfen	
1.31.3111	Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3112	Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3113	Eingliederungshilfe für behind. Menschen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3114	Hilfen zur Gesundheit	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3115	H.z.Überwind. bes. soz. Schw./in and.L.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3116	Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3117	Zahlungen Quotales System	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3118	Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3119	Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)	FB 50 Soziales und Gesundheit/
1.31.3121	Leistungen für Unterkunft und Heizung	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3122	Eingliederungsleistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3123	Einmalige Leistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3126	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3129	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3130	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	FB 50 Soziales und Gesundheit

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.31.3151	Soz. Einr. f. Ältere (ohne Pfl.einr.)	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3152	Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3153	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3154	Soz. Einricht. f. Wohnungslose	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3155	Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3156	Andere soziale Einrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3157	Frauenhäuser	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3159	sonstige soziale Einrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3210	Leist. n. d. Bundesversorgungsgesetz	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3410	Unterhaltsvorschussleistungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.31.3430	Betreuungsleistungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3440	Hilfe f. Heimkehrer u. polit. Häftlinge	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3450	Landesblindengeld	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3460	Wohngeld	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3470	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3511	Krankenversorgung nach dem LAG örtl.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3517	Sonst. Soz. Angelegenh. örtlich	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3518	Versicherungsangelegenheiten	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.31.3519	Verwalt. d. sonst. soz. Hilfen u. Leist.	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
1.36.3610	Förd. v. Kindern in Tageseinrichtungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3620	Jugendarbeit	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3630	Sonst.Leist.z.Förd.jung.Mensch./Familien	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3650	Tageseinrichtungen für Kinder	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3651	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.36.3660	Einrichtungen der Jugendarbeit	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.36.3670	Sonstige Einrichtungen	FB 51 Kinder, Jugend und Familie
1.41	Gesundheitsdienste	
1.41.4110	Krankenhäuser	FB 20 Finanzen
1.41.4120	Gesundheitseinrichtungen	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.41.4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.42	Sportförderung	
1.42.4210	Förderung des Sports	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.42.4241	Betrieb v. Sportstätten	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.42.4242	Sportstätten Stadion u. Stadtbad	FB 20 Finanzen
1.42.4244	Sportstätten (Verpachtung)	FB 20 Finanzen
1.51	Räumliche Planung und Entwicklung	
1.51.5111	Stadtplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5112	Geoinformation	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5113	Zentraler Bürgerservice	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5114	Stadtentw., -forschung, Europaangel.	Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik
1.51.5115	Verkehrsplanung FB 66	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.51.5116	Sanierungsplanung und -durchführung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5117	Vorbereitende Bauleit-, Standortplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.51.5118	Stadtbildgestaltung	Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege
1.51.5119	Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.52	Bauen und Wohnen	
1.52.5210	Baurecht	FB 60 Bauordnung und Brandschutz
1.52.5211	Brandschutz / Wiederkehrende Prüfungen	FB 60 Bauordnung und Brandschutz

Produktbereich/Produktgruppe		Teilhaushalt
1.52.5221	Wohnbauförderung	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.52.5222	Wohnungsbaugesellschaften	FB 20 Finanzen
1.52.5223	Wohnungsbaudarlehen	FB 20 Finanzen
1.52.5224	Wohnungsbauförderung FB 61	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.52.5225	Wohnungsbauwirtschaft Ref. 0600	Ref. 0600 Baureferat
1.52.5231	Denkmalschutz/-pflege	Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege
1.52.5232	Denkmalschutz und Pflege	Ref. 0600 Baureferat
1.53	Ver- und Entsorgung	
1.53.5350	Kombinierte Versorgung	FB 20 Finanzen
1.53.5371	Tierkörperbeseitigung	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.53.5372	Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.53.5380	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	FB 20 Finanzen
1.53.5382	Ordnungsaufgaben nach Wasserrecht	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
1.54.5400	Verkehrsflächen	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.54.5460	Parkeinrichtungen	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.54.5461	Parkhäuser (Verpachtung) BgA	FB 20 Finanzen
1.54.5470	ÖPNV	FB 20 Finanzen
1.54.5480	Sonstiger Personen und Güterverkehr	FB 20 Finanzen
1.55	Natur-und Landschaftspflege	
1.55.5510	Öffentliches Grün / Landschaftspflege	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5520	Öffentliche Gewässer / Wasserbau	FB 20 Finanzen
1.55.5521	Öffentliche Gewässer / Wasserläufe	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.55.5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5540	Natur- und Landschaftspflege	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.55.5550	Land- und Forstwirtschaft	FB 67 Stadtgrün und Sport
1.56	Umweltschutz	
1.56.5610	Umweltschutz	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.56.5611	Umweltschutzmaßnahmen FB 66	FB 66 Tiefbau und Verkehr
1.57	Wirtschaftsförderung und Tourismus	
1.57.5711	Wirtschaftsförderung	Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat
1.57.5712	Wirtschaftsförderung - Gesellschaften	FB 20 Finanzen
1.57.5731	Allgemeine Einrichtungen/Unternehmen	FB 20 Finanzen
1.57.5732	Allgemeine Einrichtungen FB 10	FB 10 Zentrale Dienste
1.57.5733	Allgemeine Einrichtungen FB 32	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit
1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft	
1.61.6110	Allgemeine Finanzwirtschaft	Allgemeine Finanzwirtschaft
1.61.6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Allgemeine Finanzwirtschaft
1.99	Vorleistungen	
1.99.0600	Vorleistungen Ref. 0600	Ref. 0600 Baureferat
1.99.1000	Vorleistungen FB 10	FB 10 Zentrale Dienste
1.99.2000	Vorleistungen FB 20	FB 20 Finanzen
1.99.5000	Vorleistungen FB 50	FB 50 Soziales und Gesundheit
1.99.6100	Vorleistungen FB 61	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz
1.99.6700	Vorleistungen FB 67	FB 67 Stadtgrün und Sport

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

5. Übersicht über die Konten

- **Kontenübersicht Bilanz**
- **Kontenübersicht Ergebnis- und Finanzhaushalt**

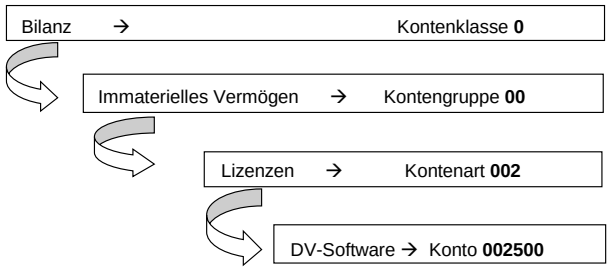
Kontenübersicht - Bilanz

Stand: September 2020

Gesetzliche Gliederung gemäß KomHKVO für die Bilanz
Kontenrahmen → Kontenklasse (1. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontengruppe (1.+2. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontenart (1. - 3. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Konto (1. - 6. Stelle)

Datengrundlage: Verbindlicher Kontenrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSN vom 25.04.2017

Lesebeispiel: Zuordnung anhand des Kontos DV-Software



Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
0	**Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachvermögen (Bilanzkonten Aktivseite)**	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1	**Immaterielles Vermögen**	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.1	**Konzessionen**	
001	**Konzessionen**	
001100	Konzessionen	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.2	**Lizenzen**	
002	**Lizenzen**	
002100	Lizenzen	
002300	Geschäfts- oder Firmenwerte	
002500	DV-Software	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.3	**Ähnliche Rechte**	
003	**Ähnliche Rechte**	
003100	Ähnliche Rechte	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.4	**Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse**	
004	**Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen**	
004100	Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.5	**Aktivierter Umstellungsaufwand**	
005	**Aktivierter Umstellungsaufwand**	
005100	Aktivierter Umstellungsaufwand	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 1.6	**Sonstiges immaterielles Vermögen**	
008	**Sonstiges immaterielles Vermögen**	
008100	Sonstiges immaterielles Vermögen	
009	**Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände**	
009100	geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände	
009110	Vorsteuerverrechnung auf Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	
009200	Aktivierte Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	
009210	Verrechnung aktivierte Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2	**Sachvermögen**	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.1	**Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken**	
011	**Grünflächen**	
011100	Grünflächen - Grund und Boden	
011200	Grünflächen - Außenanlagen	
011250	Grünflächen - Außenanlagen - Festwert	
012	**Ackerland**	
012100	Ackerland - Grund und Boden	
012200	Ackerland - Außenanlagen	
012250	Festwert Außenanlagen Bäume - Ackerland	
013	**Wald, Forsten**	
013100	Wald, Forsten - Grund und Boden	
013200	Wald, Forsten - Außenanlagen	
013250	Festwert Wald, Forst - Stadtwald	
019	**Sonstige unbebaute Grundstücke**	
019100	Sonstige unbebaute Grundstücke - Grund und Boden	
019200	Sonstige unbebaute Grundstücke - Außenanlagen	
019250	Festwert Außenanlagen Bäume - unbebaute Grundstück	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.2	**Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken**	
021	**Grundstücke mit Wohnbauten**	
021100	Wohnbauten - Grund und Boden	
021200	Wohnbauten - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
021250	Festwert Außenanlagen Bäume - Wohnbauten	
022	**Grundstücke mit sozialen Einrichtungen**	
022100	Soziale Einrichtungen- Grund und Boden	
022200	Soziale Einrichtungen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
022250	Festwert Außenanlagen Bäume - soziale Einrichtungen	
023	**Grundstücke mit Schulen**	
023100	Schulen - Grund und Boden	
023200	Schulen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
023250	Festwert Außenanlagen Bäume - Schulen	
024	**Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen**	
024100	Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen - Grund und Boden	
024200	Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
024250	Festwert Außenanlagen Bäume - Kultur, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	
029	**Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden**	
029100	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude - Grund und Boden	
029200	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude - Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	
029250	Festwert Außenanlagen Bäume - sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.3	**Infrastrukturvermögen**	
031	**Grund und Boden des Infrastrukturvermögens**	
031100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	
032	**Brücken und Tunnel**	
032100	Brücken und Tunnel	
033	**Gleisanlage mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen**	
033100	Gleisanlage mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	
034	**Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen**	
034110	Entwäss.-/Abwasserbeseitigungsanlagen Grund+Boden	
034200	Entwäss.-/Abwasserbeseitigungsanl.Gebäude+Aufbau	
035	**Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen**	
035100	Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	
035150	Festwert Außenanlagen Bäume - Straßen, Wege und Plätze	
035160	Festwert Beleuchtungsanlagen/Parkscheinautomaten	
036	**Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen**	
036100	Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	
037	**Wasserbauliche Anlagen**	
037100	Wasserbauliche Anlagen	
038	**Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen**	
038100	Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	
039	**Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens**	
039100	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.4	**Bauten auf fremden Grundstücken**	
041	**Bauten auf fremden Grundstücken**	
041100	Bauten auf fremden Grund und Boden	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.5	**Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler**	
051	**Kunstgegenstände**	
051100	Kunstgegenstände	
055	**Baudenkmäler**	
055100	Baudenkmäler	
056	**Bodendenkmäler**	
056100	Bodendenkmäler	
055	**Sonstige Kulturdenkmäler**	
059100	Sonstige Kulturdenkmäler	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.6	**Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge**	
061	**Fahrzeuge**	
061100	Fahrzeuge	
062	**Maschinen**	
062	Maschinen	
063	**Technische Anlagen**	
063100	Technische Anlagen	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.7	**Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere**	
071	**Betriebsvorrichtungen**	
071100	Betriebsvorrichtungen	
072	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**	
072100	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
072110	Festwert Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulausstattung	
072120	Festwert Betriebs- und Geschäftsausstattung - Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen	
072130	Festwert sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung - Feuerwehr	
072140	Festwert sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung - Bibliotheken	
073	**Nutzpflanzungen und Nutztiere**	
073100	Nutzpflanzungen und Nutztiere	
075	**Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150,- bis 1.000,- Euro**	**Übergangsregelung bis 2021**
075100	Geringwertige Vermögensgegenstände (GVG) über 150 bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer	Übergangsregelung bis 2021
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.8	**Vorräte**	
081	**Rohstoffe/Fertigungsmaterial**	
081100	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	
082	**Hilfsstoffe**	
082100	Hilfsstoffe	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
083	**Betriebsstoffe**	
083100	Betriebsstoffe	
084	**Waren**	
084100	Waren	
085	**Unfertige/fertige Erzeugnisse**	
085110	Unfertige Erzeugnisse	
085120	Fertige Erzeugnisse	
085210	Unfertige Maßnahme	
085220	Fertige Maßnahme	
086	**Unfertige Leistungen**	
086100	Unfertige Leistungen	
087	**Geleistete Anzahlungen auf Vorräte**	
087100	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	
089	**Sonstige Vorräte**	
089100	Sonstige Vorräte	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 2.9	**Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau**	
091	**Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen**	
091100	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	
091110	Vorsteuerverrechnung auf Anzahlungen für Sachanlagen	
091200	Aktivierte Anzahlungen auf Sachanlagen	
091210	Verrechnung aktivierte Anzahlungen auf Sachanlagen	
096	**Anlagen im Bau**	
096100	Anlagen im Bau (AiB)	
1	**Finanzvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung (Bilanzkonten Aktivseite)**	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3	**Finanzvermögen**	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.1	**Anteile an verbundenen Unternehmen**	
101	**Anteilsrechte an verbundenen Unternehmen**	
101100	Anteil verbundenen Unternehmen - Börsennotierte Aktien	
101200	Anteil verbundenen Unternehmen - Nichtbörsennotierte Aktien	
101300	Anteil verbundenen Unternehmen - Sonstige Anteilsrechte	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.2	**Beteiligungen**	
111	**Beteiligungen**	
111100	Beteiligungen - Börsennotierte Aktien	
111200	Beteiligungen - Nichtbörsennotierte Aktien	
111300	Beteiligungen - Sonstige Anteilsrechte	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.3	**Sondervermögen mit Sonderrechnung**	
121	**Sondervermögen**	
121100	Sondervermögen	
122	**Treuhandvermögen**	
122100	Treuhandvermögen (Mündel)	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.4	**Ausleihungen**	
131	**Ausleihungen**	
131510	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen bis 1 Jahr	
131520	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 1 bis 5 Jahre	
131530	Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen über 5 Jahre	
131810	Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich bis 1 Jahr	
131820	Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich 1 bis 5 Jahre	
131830	Ausleihungen an sonstigen Inländischen Bereich über 5 Jahre	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.5	**Wertpapiere**	
141	**Investmentzertifikate**	
141110	Investmentzertifikate	
142	**Kapitalmarktpapiere**	
142010	Kapitalmarktpapiere Bund 1 Jahr	
142020	Kapitalmarktpapiere Bund 1 - 5 Jahre	
142030	Kapitalmarktpapiere Bund über 5 Jahre	
143	**Geldmarktpapiere**	
143810	Geldmarktpapiere beim sonst. inländischen Bereich	
144	**Finanzderivate**	
144100	Finanzderivate	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.6	**Öffentlich-rechtliche Forderungen**	
151	**Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen**	
151100	Gebühren-Forderungen aus Dienstleistungen	
151110	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an verbundene Unternehmen	
151120	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an Beteiligungen	
151130	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen an Sonderrechnungen	
151190	Korrektur Kreditoren/Debitoren für öffentlich-rechtliche Forderungen Dienstleistungen	
152	**Öffentlich-rechtliche Forderungen**	
152100	Steuerforderungen	
152110	Steuerforderungen an verbundene Unternehmen	
152120	Steuerforderungen an Beteiligungen	
152130	Steuerforderungen an Sonderrechnungen	
152190	Korrektur Kreditoren/Debitoren für öffentlich-rechtliche Forderungen	
152910	Einzelwertberichtigung öffentlich-rechtliche Forderungen	
152920	Pauschalwertberichtigung öffentlich-rechtliche Forderungen	
154	**Sonstige Forderungen**	
159	**Übrige öffentlich-rechtlichen Forderungen**	
159100	sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	
159190	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstige öffentlich rechtliche Forderungen	
159910	Einzelwertberichtigungen sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	
159920	Pauschalwertberichtigungen sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	11/2019: neues SAKO
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.7	**Forderungen aus Transferleistungen**	
153	**Forderungen aus Transferleistungen**	
153100	Forderungen Transferleistungen	
153110	Forderungen Transferleistungen an verbundene Unternehmen	
153120	Forderungen Transferleistungen an Beteiligungen	
153130	Forderungen Transferleistungen an Sonderrechnungen	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
153190	Korrektur Kreditoren/Debitoren Forderungen Transferleistung	
153910	Einzelwertberichtigung Forderungen Transferleistungen	
153920	Pauschalwertberichtigung Forderungen Transferleistungen	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.8	**Privatrechtliche Forderungen**	
161	**Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen**	
161100	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung	
161110	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an verbundene Unternehmen	
161120	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an Beteiligung	
161130	Privatrechtliche Forderung Dienstleistung an Sonderrechnungen	
161140	Erstattungsanspruch §107b BeamtVG Pensionsrückstellungen	
161160	Erstattungsanspruch Klinikum Pensionsrückstellungen	
161180	Privatrechtliche Forderungen Studieninstitut	10/2019: neues SAKO
161190	Korrektur Kreditoren/Debitoren privatrechtliche Forderung Dienstleistungen	
162	**Sonstige privatrechtliche Forderungen**	
162100	Sonstige privatrechtlichen Forderungen gegen den privaten Bereich	
162200	Sonstige privatrechtliche Forderungen gegen den Bund	
162290	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstige privatrechtliche Forderungen	
162300	Sonstige Forderungen an Mitarbeiter	
162310	Sonstige Forderungen an verbundene Unternehmen	
162320	Sonstige Forderungen an Beteiligungen	
162330	Sonstige Forderungen an Sonderrechnungen	
162390	Korrektur Kreditoren/Debitoren sonstigen privatrechtlichen Forderungen	
162910	Zweifelhafte sonstige privatrechtliche Forderungen	
162920	Pauschalwertberichtigung sonstige privatrechtliche Forderungen	
165	**Durchlaufende Posten**	
165440	Forderungen Cashpool - Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165441	Forderungen Cashpool - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165442	Forderungen Cashpool - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165443	Forderungen Cashpool - Nibelungen Wohnbau GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165444	Forderungen Cashpool - Braunschweig Stadtmarketing GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165445	Forderungen Cashpool - Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165446	Forderungen Cashpool - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165447	Forderungen Cashpool - Volkshochschule Braunschweig GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165448	Forderungen Cashpool - Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165449	Forderungen Cashpool - Unterstützungskasse Stadtbad e.V.	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165450	Forderungen Cashpool - Stadtbad	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165451	Forderungen Cashpool - Flughafen	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165452	Forderungen Cashpool - SR Abfallwirtschaft	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165453	Forderungen Cashpool - SR Stadtentwässerung	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169
165454	Forderungen Cashpool - Pensionsfonds	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN vorgegeben - bisheriges SAKO siehe unter 169

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
169	**Übrige privatrechtliche Forderungen**	
169100	Andere sonstige Forderungen	
169150	Sonstige Forderungen FI-AA	
169200	Forderungen Gesellschaftervertrag	
169300	Forderungen Sonderrechnung Gebäudemanagement	
~~169400~~	~~Forderungen Cashpool~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 165
~~169420~~	~~Forderungen Cashpool - SBBG~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 165
~~169426~~	~~Forderungen Cashpool - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 165
~~169429~~	~~Forderungen Cashpool - Stadthalle~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 165
~~169432~~	~~Forderungen Cashpool - Stadtbad~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 165
169500	Wertgutscheine FB 50	
169906	Sonstige Forderungen FB 65 Einzelbeauftragung	
169907	Sonstige Forderungen FB 65 Betriebskosten	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 3.9	**Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände**	
166	**Sonstige Vermögensgegenstände**	
166000	Debitorische Kreditoren	
166100	Andere sonstige Vermögensgegenstände	
166200	Stundungsverrechnung	
166700	Verrechnungskonto Vorschüsse	
166730	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65-Zahlungen HR	
166731	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65-Einnahmen HR	
166733	Verrechnungskonto Schnittstelle FB 65 - ohne HR	
166740	Verrechnungskonto Forderungen an MA	
166745	Sonstige Forderungen Mitarbeiter Darlehen Gehaltsvorsch	
166750	Nettoabzug (interne Verrechnung) Beamte	
166751	Nettoabzug (interne Verrechnung) tariflich Beschäftigte	
166752	Nettoabzug (interne Verrechnung) ABM-Kräfte	
166755	Verrechnungskonto HR - Umsetzungen	
166775	Verrechnungskonto SS FB 65 - Nebenkostenverteilung	
166800	Sonstige geleistete Anzahlungen	
166900	Skontoverrechnung (Nettoverfahren)	
168	**Vorsteuer**	
168100	Vorsteuer	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 4	**Liquide Mittel**	
171	**Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten**	
171100	Kreditinstitut 1, Bestand	
171110	Kreditinstitut 1 (Ausgabe), Bestand	
171140	Kreditinstitut 3, Bestand	
171160	Kreditinstitut 9, Bestand	
171180	Kreditinstitut 5, Bestand	
171190	Kreditinstitut 6, Bestand	
171200	Tagesgeld - Kreditinstitut 7	
171201	Tagesgeld - Kreditinstitut 1	
171205	Tagesgeld - Kreditinstitut 8	
171900	Kreditinstitut 1, 1 Euro-Jobber	
172911	Kreditinstitut 1, Städtisches Museum	
171920	Kreditinstitut 1, Kinderarmut	
171931	Kreditinstitut 2, Reiterstandbilder	
171940	Kreditinstitut 8, Schloss-Arkaden	
171950	Schulkonten FB 40	
171951	Bankkonten FB 51	
171960	Tagesgeld - PPP	
172	**Sonstige Einlagen**	
172100	Festgeld - Kreditinstitut 7	
172110	Festgeld - Kreditinstitut 9	
172120	Festgeld - Kreditinstitut 10	
172130	Festgeld - Kreditinstitut 6	
172140	Festgeld - Kreditinstitut 11	
172150	Festgeld - Kreditinstitut 12	
172160	Festgeld - Kreditinstitut 13	
172170	Festgeld - Kreditinstitut 14	
172180	Festgeld - Kreditinstitut 15	
172190	Festgeld - Kreditinstitut 16	
172200	Festgeld - Kreditinstitut 17	
172210	Festgeld - Kreditinstitut 18	
172220	Festgeld - Kreditinstitut 19	
172230	Festgeld - Kreditinstitut 20	
172240	Festgeld - Kreditinstitut 21	
172250	Festgeld - Kreditinstitut 22	
172260	Festgeld - Kreditinstitut 5	
172270	Festgeld - Kreditinstitut 23	
172280	Festgeld - Kreditinstitut 1	
172290	Festgeld - Kreditinstitut 8	
172300	Festgeld - Kreditinstitut 2	
172310	Festgeld - Kreditinstitut 24	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
173	**Bargeld**	
173110	Barkasse 1	
173180	Wechselgeldkassen	
173184	Kassenautomat FB 32	
173185	Zahlstellen (früher auch Wertgutscheine)	
173190	Schecks	
KomHKVO § 55 Abs. 2 Nr. 5	**Aktive Rechnungsabgrenzung (RAP)**	
180	**Aktive Rechnungsabgrenzung (RAP)**	
180100	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
180110	RAP - Forderungen aus Dienstleistungen	
180210	RAP - Übrige Forderungen	
180310	RAP - geleistete Zuwendungen	
189100	RAP - Sonstige aktive RAP	
2	**Nettoposition, Sonderposten, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und passive Rechnungsabgrenzung (Bilanzkonten Passivseite)**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1	**Nettoposition**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.1	**Basisreinvermögen**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.1.1	**Reinvermögen**	
2001	**Reinvermögen**	
200110	Reinvermögen	
200120	Reinvermögen Sonderposten-Anteil	
200130	Reinvermögen nicht abnutzbarer Sonderposten-Anteil	neu 06/2020
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.1.2	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss als Minusbetrag**	
2002	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss Verwaltungshaushalt**	
	kein Sachkonto eingerichtet, da der kamerale Abschluss keinen Sollfehlbetrag hat	
2003	**Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss Vermögenshaushalt**	
	kein Sachkonto eingerichtet, da der kamerale Abschluss keinen Sollfehlbetrag hat	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2	**Rücklagen**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2.1	**Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses**	
201	**Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses**	
201100	Rücklage - Überschuss des ordentliches Ergebnisses	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2.2	**Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses**	
202	**Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses**	
202100	Rücklage - Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2.3	**Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände**	
203	**Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände**	
203901	Rücklagen Investzuwendungen nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	neu 06/2020
203910	Verrechnung Rücklagen - nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	neu 06/2020
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2.4	**Zweckgebundene Rücklagen**	
204	**Zweckgebundene Rücklagen**	
204100	Zweckgebundene Rücklagen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.2.5	**Sonstige Rücklagen**	
205	**Sonstige Rücklagen**	
205100	Sonstige Rücklagen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.3	**Jahresergebnis**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.3.1	**Fehlbeträge aus Vorjahren**	
206	**Ergebnis und Ergebnisverwendung**	
206010	Ergebnis des laufenden Jahres	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.3.2	**Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4	**Sonderposten**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.1	**Investitionszuweisungen und -zuschüsse**	
211	**Sonderposten aus Zuwendungen und Umlagen für Vermögensgegenstände**	
211100	Sonderposten - Zuwendungen	
211110	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom Bund (zweckgebunden)	
211111	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom Land (zweckgebunden)	
211112	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	
211113	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von Zweckverbänden	
211114	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	
211115	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	
211116	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	
211117	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen von privaten Unternehmen	
211118	Verrechnung Sonderposten - Zuwendungen vom übrigen Bereichen	
211120	Verrechnung SoPo - Zuwendungen (pauschal)	
211130	Sonderposten Zuwendungen Korrekturkonto	
211140	Sonderposten - pauschale Zuwendungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.2	**Beiträge und ähnliche Entgelte**	
212	**Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**	
212100	Sonderposten - Beiträge und ähnliche Entgelte	
212110	Verrechnung Sonderposten - Erschließungsbeiträge	
212130	Sonderposten Beiträge Korrekturkonto	
212140	Verrechnung Sonderposten - Ausbaubeiträge	
212150	Verrechnung Sonderposten - sonstige Beiträge	
212160	Sonderposten - pauschale - Beiträge	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.3	**Gebührenausgleich**	
213	**Sonderposten für den Gebührenausgleich**	
213100	Sonderposten - Gebührenausgleich	
213110	Verrechnung Sonderposten - Gebührenausgleich	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.4	**Bewertungsausgleich**	
214	**Sonderposten für den Bewertungsausgleich**	
214100	Sonderposten - Bewertungsausgleich	
214110	Verrechnung Sonderposten - Bewertungsausgleich	
214130	Sonderposten Bewertungsausgleich Korrekturkonto	
214140	Sonderposten - pauschale - Bewertungsausgleich	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.5	**Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten**	
215	**Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten**	
215100	Sonderposten - erhaltene Anzahlungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 1.4.6	**Sonstige Sonderposten**	
219	**Sonstige Sonderposten**	
219100	Sonstige Sonderposten	
219110	Verrechnung Sonderposten - Sonstige Sonderposten (zweckgebunden)	
219120	Verrechnung Sonderposten - Sonstige Sonderposten (pauschal)	
219130	Sonstige Sonderposten Korrekturkonto	
219140	Sonderposten - pauschale - sonstige	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2	**Schulden**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.1	**Geldschulden**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.1.1	**Anleihen**	
221	**Anleihen**	
	kein Sachkonto eingerichtet, da keine Anleihen vorhanden sind	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.1.2	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**	
231	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**	
231010	Investitionskredite vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, in Euro	
231011	Investitionskredite vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231020	Investitionskredite vom Bund Laufzeit 1 bis 5 Jahre- fester Zins, in Euro	
231021	Investitionskredite vom Bund Laufzeit 1 bis 5 Jahre- variabler Zins, in Euro	
231030	Investitionskredite vom Bund Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231031	Investitionskredite vom Bund Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231110	Investitionskredite vom Land Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, in Euro	
231111	Investitionskredite vom Land Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231120	Investitionskredite vom Land Laufzeit 1 bis 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231121	Investitionskredite vom Land Laufzeit 1 bis 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231130	Investitionskredite vom Land Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, in Euro	
231131	Investitionskredite vom Land Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231410	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, Euro	
231411	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, Euro	
231420	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231421	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231430	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit über 5Jahre - fester Zins, Euro	
231431	Investitionskredite vom sonstigen öffentlichen Bereich Laufzeit über 5Jahre - variabler Zins, in Euro	
231510	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit bis 1 Jahre - fester Zins, Euro	
231511	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit bis 1 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231520	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231521	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231530	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231531	Investitionskredite von verbundenen Unternehmen Laufzeit ü. 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231610	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit bis1 Jahre - fester Zins, Euro	
231611	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231620	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit 1 - 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231621	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit 1 - 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231630	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231631	Investitionskredite beim Sonderrechnungen Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231710	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit bis 1 Jahr - fester Zins, Euro	
231711	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit bis 1 Jahr - variabler Zins, in Euro	
231720	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit 1 bis 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231721	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit 1 bis 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231730	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	
231731	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit über 5 Jahre - variabler Zins, in Euro	
231735	Investitionskredite Kreditinstitute Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro / Experimentierklausel	**neu 02/2018**
231830	Investitionskredite sonstiger Bereich Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro	**neu 04/2019**
231835	Investitionskredite sonstiger Bereich Laufzeit über 5 Jahre - fester Zins, Euro / Experimentierklausel	**neu 12/2018**
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.1.3	**Liquiditätskredite**	
239	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	
239010	Kredite zur Liquiditätssicherung vom Bund Laufzeit bis 1 Jahr	
239110	Kredite zur Liquiditätssicherung vom Land Laufzeit bis 1 Jahr	
239210	Kredite zur Liquiditätssicherung von Gemeinden und Gemeindeverbänden Laufzeit bis 1 Jahr	
239310	Kredite zur Liquiditätssicherung von Zweckverbände Laufzeit bis 1 Jahr	
239410	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen öffentlichen. Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
239510	Kredite zur Liquiditätssicherung von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahr	
239610	Kredite zur Liquiditätssicherung von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen Laufzeit bis 1 Jahr	
239710	Kredite zur Liquiditätssicherung von Kreditinstituten Laufzeit bis 1 Jahr	
239810	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen inländischen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
239910	Kredite zur Liquiditätssicherung vom sonstigen ausländischen Bereich Laufzeit bis 1 Jahr	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.1.4	**Sonstige Geldschulden**	
	dieser Bilanzpostition wurde seitens des NLS keine Sachkonten zugeordnet	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.2	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	
241	**Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden**	
241100	Hypothekenschulden	
241200	Grundschulden	
241310	Leibrentenverträge	
242	**Restkaufgelder bei Grundstücksgeschäften**	
242110	Restkaufgelder bei Grundstücksgeschäften	
243	**Leasinggeschäfte**	
243110	Finanzierungsleasing	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
243190	Verrechnung Leasing - Capital Lease	
243510	Sonstige Leasinggeschäfte	
244	**ÖPP / PPP-Projekte**	
244100	PPP-Schulen-Kitas	
249	**Sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge**	
249100	Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.3	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	
251	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	
251110	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	
251120	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen Beteiligungen	
251130	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen Sonderrechnungen	
251140	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen den öffentlichen Bereich	
251150	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen den privaten Bereich	
251900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Lieferungen + Leistungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4	**Transferverbindlichkeiten**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.1	**Finanzausgleichverbindlichkeiten**	
262	**Finanzausgleichverbindlichkeiten**	
262110	Finanzausgleichsverbindlichkeiten	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.2	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke**	
263	**Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke**	
263110	Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.3	**Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen**	
264	**Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen**	
264110	Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.4	**Soziale Leistungsverbindlichkeiten**	
265	**Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen**	
265110	Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.5	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen**	
266	**Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen**	
266110	Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.6	**Steuerverbindlichkeiten**	
266	**Steuerverbindlichkeiten**	
267120	Körperschaftsteuer	
267130	Kapitalertragsteuer	
267140	Bauabzugssteuer	
267190	Sonstige Steuerverbindlichkeiten	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.4.7	**Andere Transferverbindlichkeiten**	
261	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**	
261110	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen verbundene Unternehmen	
261120	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen Beteiligungen	
261130	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen Sonderrechnungen	
261140	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen öffentlicher Bereich	
261150	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen privater Bereich	
261900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Transferleistungen	
269110	Andere Transferverbindlichkeiten	
269900	Korrekturkonto Debitoren/Kreditoren Transferleistungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5	**Sonstige Verbindlichkeiten**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.1	**Durchlaufende Posten**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.1.1	**Verrechnete Mehrwertsteuer**	
2721	**Umsatzsteuer**	
272100	Umsatzsteuer	
272110	Umsatzsteuerzahllast	
272120	Verrechnung Umsatzsteuer	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.1.2	**Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer**	
2722	**Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer**	
272210	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Beschäftigten	
272211	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer Versorgungsempfänger	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.1.3	**Sonstige durchlaufende Posten**	
2723	**Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern**	
272310	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	
272315	Verb. Sozialversicherungsträger - geringfügig Beschäftigte	
2724	**Sonstige Verrechnungen**	
272410	Verrechnungskonto Straßenreinigungsgebühr Jahressollstellung	
272420	Verrechnungskonto Abfall Bio Jahressollstellung	
272430	Verrechnungskonto Abfall Rest Jahressollstellung	
272440	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272441	Verbindlichkeiten Cashpool - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272442	Verbindlichkeiten Cashpool - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272443	Verbindlichkeiten Cashpool - Nibelungen Wohnbau GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272444	Verbindlichkeiten Cashpool - Braunschweig Stadtmarketing GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
272445	Verbindlichkeiten Cashpool - Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272446	Verbindlichkeiten Cashpool - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272447	Verbindlichkeiten Cashpool - Volkshochschule Braunschweig GmbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272448	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272449	Verbindlichkeiten Cashpool - Unterstützungskasse Stadtbad e.V.	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272450	Verbindlichkeiten Cashpool - Stadtbad	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272451	Verbindlichkeiten Cashpool - Flughafen	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272452	Verbindlichkeiten Cashpool - SR Abfallwirtschaft	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272453	Verbindlichkeiten Cashpool - SR Stadtentwässerung	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272454	Verbindlichkeiten Cashpool - Pensionsfonds	07/2019: neues SAKO - Kontoart wurde vom LSN geändert - bisheriges SAKO siehe unter 279
272455	Verbindlichkeiten Cashpool - Klinikum Fördermittel	neu 03/2020
272510	Fundgelder	
272511	Versteigerung / Zollauktion / Durchlaufende Gelder Abt. 32.1	03/2009: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272510
272512	Versteigerungserlöse Fundbüro Abt. 32.4	02/2010: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272511
272513	Durchlaufende Gelder / sichergestelltes Bargeld Abt. 32.1	08/2012: neues SAKO - Trennung Sachverhalte von SAKO 272511
272520	Schadensregulierung Sonderrechnung FB 65	
272521	Schadensregulierung Sonderrechnung FB 65	06/2016: neues SAKO, da SAKO 272520 nicht op-verwaltet
272530	Schadensregulierung an Dritte (andere FB)	
272531	Schadensregulierung an Dritte (andere FB)	06/2016: neues SAKO, da SAKO 272530 nicht op-verwaltet
272920	Abzuführende Besoldung, Gehalt der Beschäftigten	
272930	Abzuführende Vermögenswirksame Leistungen	
272940	Abzuführende Zusatzversorgung VBL	
272950	Verbindlichkeiten HR - schwierige Fälle	
272951	Abzuführende Centbeträge	
272952	Abzuführende Zahlungen an Dritte	
272953	Abzuführende Firmenkarte	
272960	Verrechnungskonto Mündelgelder	
272961	Verrechnungskonto Mensa Max Essen	
272962	Verrechnungskonto Mündelvermögen	
272970	Verrechnungskonto Kautionen	
272971	Verrechnungskonto Sicherheitsleistungen VOB	
272991	Sonstige durchlaufende Posten andere OrgE	
272992	Sonstige durchlaufende Posten Abt. 20.2	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.2	**Abzuführende Gewerbesteuer**	
273	**Abzuführende Gewerbesteuer**	
273110	Abzuführende Gewerbesteuer	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.3	**Empfangene Anzahlungen**	
274	**Empfangene Anzahlungen**	
274100	Empfangene Anzahlungen FI-AA	
274110	Empfangene Anzahlungen	
274120	Verbindlichkeiten aus aKonto-Zahlungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 2.5.4	**Andere sonstige Verbindlichkeiten**	
271	**Sonstige Wertpapierschulden**	
271110	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit bis 1 Jahr	
271120	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit 1 - 5 Jahre	
271130	Sonstige Wertpapierschulden Laufzeit bis 1 Jahr	
279	**Sonstige Verbindlichkeiten**	
279130	Verbindlichkeit Sonderrechnung Abfall	
279140	Verbindlichkeit Sonderrechnung Stadtentwässerung	
279150	Verbindlichkeit Sonderrechnung Gebäudemanagement	
279160	Verbindlichkeit Essensgeldkonten	
279190	Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichen	
279200	Verrechnungskonto Leasingzinsen	
279300	Verrechnungskonto Leasingeinstellung	
279400	PSCD-Klärungsbestandskonto (auch Rückläufer)	
279410	PSCD-Klärungsbestandskonto Ausgabe	
279420	PSCD-Rückzahlungsanforderung	
279430	PSCD-Klärungsbestandskonto Reste	
279901	Zinsabgrenzung Investitionskredite	
279902	Zinsabgrenzung Geldanlagen Cashpool	
279903	Zinsabgrenzung kreditähnliche Rechtsgeschäfte	
279905	Andere sonstige Verbindlichkeiten	
279906	Sonstige Verbindlichkeiten FB 65 Einzelbeauftragung OP-Liste	
279907	Sonstige Verbindlichkeiten FB 65 Einzelbeauftragung Investitionen	
279908	Sonstige Verbindlichkeiten FB 65 Betriebskosten	

Bilanz (Sachkonten)	Bezeichnung	Änderungen
~~279920~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279921~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Nibelungen Wohnbau GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279922~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279923~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279924~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Volkshochschule Braunschweig GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279925~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Braunschweig Zukunft GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279926~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279927~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279928~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - KOSYNUS GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279929~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279930~~	~~Verbindlichkeiten CP-Unterstützungskasse Stadtbad eV~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279931~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Braunschweig Stadtmarketing GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279932~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Stadtbad BS~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279940~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279941~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Projekt Region Braunschweig GmbH~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279950~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Gebäudemanagement~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279951~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Abfallwirtschaft~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
~~279952~~	~~Verbindlichkeiten Cashpool - Sonderrechnung Stadtentwässerung~~	08/2019: SAKO gesperrt - Kontoart wurde vom LSN geändert - neues SAKO siehe unter 272
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3	**Rückstellungen**	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.1	**Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen**	
281	**Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen**	
281110	Pensionsrückstellungen	
281210	Beihilferückstellungen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.2	**Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen**	
282	**Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen**	
282100	Rückstellung nicht in Anspruch genommener Urlaub	
282200	Rückstellung geleistete Überstunden	
282300	Rückstellung Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.3	**Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung**	
283	**Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung**	
283110	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.4	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien**	
284	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien**	
284110	Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.5	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	
285	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	
285110	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.6	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	
286	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	
286110	Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs	
286210	Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.7	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	
287	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	
287110	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 3.8	**Andere Rückstellungen**	
289	**Andere Rückstellungen**	
289110	Rückstellungen ausstehende Rechnungen	
289119	Rückstellungen ausstehende Rechnungen - KGA	

Bilanz (Sachkonten)	**Bezeichnung**	**Änderungen**
289120	Sonstige Andere Rückstellungen	
289129	Sonstige Andere Rückstellungen - KGA	
KomHKVO § 55 Abs. 3 Nr. 4	**Passive Rechnungsabgrenzung**	
290	**Passive Rechnungsabgrenzung**	
290100	Passive Rechnungsabgrenzung	
290110	pRAP - zweckgebundene Einzahlungen OrgE	
299	**Übrige Verbindlichkeiten**	
299100	Sonstige passive RAP - Zahlungsabgrenzung 20.4	

SAKO = Sachkonto
SAP-Systemnotwendige Sachkonten sind aus Vereinfachungsgründen nicht mit aufgelistet.

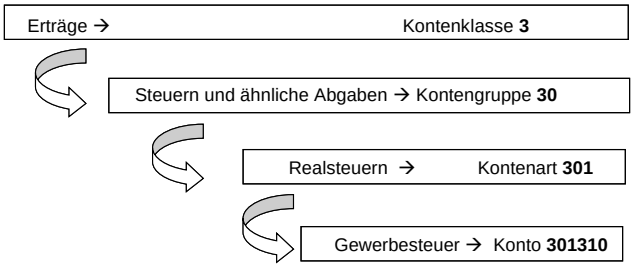
Kontenübersicht - Ergebnis- und Finanzhaushalt

Stand: September 2020

Gesetzliche Gliederung gemäß KomHKVO für den Ergebnis- und Finanzhaushalt
Kontenrahmen → Kontenklasse (1. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontengruppe (1.+2. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Kontenart (1. - 3. Stelle des Kontos)
Kontenrahmen → Konto (1. - 6. Stelle)

Datengrundlage: Verbindlicher Kontenrahmen II/2 für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSN vom 06.06.2019

Lesebeispiel: Zuordnung anhand des Kontos Gewerbesteuer



Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
3	**Erträge / Einzahlungen**	**6**	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 1	**Steuern und ähnliche Abgaben**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 a**	
30	**Steuern und ähnliche Abgaben**		
301	**Realsteuern**		
301110	Grundsteuer A	601110	
301210	Grundsteuer B	601210	
301310	Gewerbesteuer	601310	
301320	Gewerbesteuer manuelle Buchungen	nicht zahlungswirksam	
301390	Ertrag niedergeschlag. Forderung Gewerbesteuer - Vorjahre	601390	
302	**Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern**		
302110	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	602110	
302210	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	602210	
303	**Sonstige Gemeindesteuern**		
303110	Vergnügungssteuer für die Vorführung von Bildstreifen	603110	
303120	Sonstige Vergnügungssteuer	603120	
303130	Vergnügungssteuer Automaten	603130	
303210	Hundesteuer	603210	
303910	Sonstige örtliche Steuern	603910	
305	**Ausgleichsleistungen**		
305210	Ausgleichsleistungen des Landes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	605210	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen, außer für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 b**	
31	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**		
311	**Schlüsselzuweisungen**		
311110	Schlüsselzuweisungen vom Land	611110	
312	**Bedarfszuweisungen**		
312110	Bedarfszuweisungen vom Land	612110	
313	**Sonstige allgemeine Zuweisungen**		
313010	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	613010	
313110	Allgemeine Zuweisungen vom Land	613110	
313120	Zuweisungen übertrag. Wirkungskreis, außerhalb FAG	613120	
313210	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	613210	
314	**Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**		**Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen bei 681**
314010	Zuweisungen vom Bund	614010	
314013	IM Zuweisungen vom Bund	614013	neu 01/2020
314110	Zuweisungen vom Land	614110	
314113	IM Zuweisungen vom Land	614113	
314120	Zuweisungen Festwert vom Land	614120	
314210	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	614210	
314310	Zuweisungen von Zweckverbänden	614310	
314410	Zuweisungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	614410	
314510	Zuschüsse von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	614510	
314610	Zuschüsse von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	614610	
314710	Zuschüsse von privaten Unternehmen	614710	
314713	IM Zuschüsse von privaten Unternehmen	614713	
314720	Zuschüsse Festwert von privaten Unternehmen	614720	
314810	Zuschüsse von übrigen Bereichen	614810	
314813	IM Zuschüsse von übrigen Bereichen	614813	
314820	Zuschüsse Festwert von übrigen Bereichen	614820	
316	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen**		
316110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316120	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316200	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen für Sammelposten	nicht zahlungswirksam	
316210	Manuelle Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316220	Manuelle Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
316999	manuelle Auflösung SoPo unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	
318	**Allgemeine Umlagen**		
318210	Allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	618210	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
319	**Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen des Bundes**		
319110	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende	619110	
319120	Leistungsbeteiligung beim Arbeitslosengeld II	619120	
319130	Leistungsbeteiligung bei der Eingliederung von Arbeitsuchenden	619130	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 4	**Sonstige Transfererträge / -einzahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 c**	
32	**Sonstige Transfererträge**		
321	**Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen**		
	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz		
321110	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE örtliche Träger	621110	
321120	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE überörtliche Träger	621120	
321130	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE Kommunale Altenpflege	621130	
321140	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz avE, Kostenersatz avE Aufnahme Gesetz	621140	
321150	Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen	621150	
321190	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz ohne Zuordnung	621190	
	Übergegangene bzw. Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete		
321210	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE örtliche Träger	621210	
321220	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE überörtliche Träger	621220	
321230	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE Kommunale Altenpflege	621230	
321240	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete avE Aufnahme Gesetz	621240	
	Leistungen von Sozialleistungsträgern		
321310	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) avE örtliche Träger	621310	
321320	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) avE überörtliche Träger	621320	
321330	Leistungen der Pflegeversicherungsträger avE örtlicher Träger	621330	
321340	Leistungen der Pflegeversicherungsträger avE überörtlicher Träger	621340	
	Sonstige Ersatzleistungen		
321410	Sonstige Ersatzleistungen avE örtlicher Träger	621410	
321420	Sonstige Ersatzleistungen avE überörtlicher Träger	621420	
321430	Sonstige Ersatzleistungen avE Kommunale Altenpflege	621430	
321440	Sonstige Ersatzleistungen avE Aufnahme Gesetz	621440	
	Rückzahlung gewährter Hilfen		
321510	Rückzahlung gewährter Hilfe avE örtliche Träger	621510	
321520	Rückzahlung gewährter Hilfe avE überörtliche Träger	621520	
321530	Rückzahlung gewährter Hilfe avE Kommunale Altenpflege	621530	
321540	Rückzahlung gewährter Hilfe avE Aufnahme Gesetz	621540	
322	**Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen**		
	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz		
322110	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE örtliche Träger	622110	
322120	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE überörtliche Träger	622120	
322130	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz iE Kommunale Altenpflege	622130	
322140	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz Aufnahme Gesetz	622140	
322150	Kostenbeiträge, Aufwend.- u. Kostenersatz in Einrichtungen	622150	
	Übergegangene bzw. Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete		
322210	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE örtliche Träger	622210	
322220	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE überörtliche Träger	622220	
322230	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE Kommunale Altenpflege	622230	
322240	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete iE Aufnahme Gesetz	622240	
	Leistungen von Sozialleistungsträgern		
322310	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) i.E., Kommunale Altenpflege	622310	
322320	Leistungen von Sozialleistungsträgern (ohne Pflegeversicherung) i.E., überörtliche Träger	622320	
322330	Leistungen der Pflegeversicherungsträger iE, Kommunale Altenpflege	622330	
322340	Leistungen der Pflegeversicherungsträger iE, überörtliche Träger	622340	
	Sonstige Ersatzleistungen		
322410	Sonstige Ersatzleistungen iE örtlicher Träger	622410	
322420	Sonstige Ersatzleistungen iE überörtlicher Träger	622420	
322430	Sonstige Ersatzleistungen iE Kommunale Altenpflege	622430	
322440	Sonstige Ersatzleistungen iE Aufnahme Gesetz	622440	
	Rückzahlung gewährter Hilfen		
322510	Rückzahlung gewährter Hilfe iE örtliche Träger	622510	
322520	Rückzahlung gewährter Hilfe iE überörtliche Träger	622520	
322530	Rückzahlung gewährter Hilfe iE Kommunale Altenpflege	622530	
322540	Rückzahlung gewährter Hilfe iE Aufnahme Gesetz	622540	
323	**Schuldendiensthilfen**		
323010	Schuldendiensthilfen vom Bund	623010	
323110	Schuldendiensthilfen vom Land	623110	
323210	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	623210	
323310	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden	623310	
323410	Schuldendiensthilfen vom sonstigen öffentlichen Bereich	623410	
323510	Schuldendiensthilfen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	623510	
323610	Schuldendiensthilfen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	623610	
323710	Schuldendiensthilfen von privaten Unternehmen	623710	
323810	Schuldendiensthilfen von übrigen Bereichen	623810	
329	**Andere sonstige Transfererträge**		
329110	Andere sonstige Transfererträge	629110	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte, außer Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 d**	
33	**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**		
331	**Verwaltungsgebühren**		
331110	Verwaltungsgebühren	631110	
332	**Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte**		
332110	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	632110	
332120	Benutzungsgebühren Parkautomaten	632120	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 3	**Auflösungserträge aus Sonderposten**	**nicht zahlungswirksam**	
33	**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**		
337	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge**		
337110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337120	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnl. Entgelten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
337220	Manuelle Auflösung von Sonderposten Beiträge (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
338	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Gebührenausgleich**		
338110	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Gebührenausgleich	nicht zahlungswirksam	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 6	**Privatrechtliche Entgelte, außer für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 e**	
34	**Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen**		
341	**Mieten und Pachten**		
341110	Mieten und Pachten	641110	
342	**Erträge aus Verkauf**		
342110	Erträge aus Verkauf	642110	
346	**Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte**		**Empfangene Schadensersatzleistungen werden unter 501210 geplant und gebucht.**
346110	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	646110	
346120	Erträge private Telefongebühren	646120	
346130	Erträge Abzug Verpflegung	646130	
346140	Erträge Pfändungsgebühren	646140	
346150	Erträge private Dienstwagenkilometer	646150	
346160	Erträge Kostenersatz aus Haftpflichtansprüchen	646160	
346170	Erträge Gesundheitskonzept	646170	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 7	**Kostenerstattungen und Kostenumlagen, außer für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 f**	
348	**Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen**		
348010	Erstattungen vom Bund	648010	
348110	Erstattungen vom Land	648110	
348113	IM Erstattungen vom Land	648113	
348210	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	648210	
348213	IM-Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	648213	
348310	Erstattungen von Zweckverbänden	648310	
348410	Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	648410	
348510	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	648510	
348513	IM Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	648513	
348520	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Serviceleistungen	648520	
348523	IM Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Serviceleistungen	648523	
348530	Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Steuerungsleistungen	648530	
348610	Erstattungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	648610	
348710	Erstattungen von privaten Unternehmen	648710	
348810	Erstattungen von übrigen Bereichen	648810	
348813	IM Erstattungen von übrigen Bereichen	648813	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 11	**Sonstige ordentliche Erträge / haushaltswirksame Einzahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 i**	
35	**Sonstige ordentliche Erträge**		
351	**Konzessionsabgaben**		
351110	Konzessionsabgaben	651110	
352	**Erstattung von Steuern**		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus erhaltener Umsatzsteuer	652210	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen Umsatzsteuer Sonderrechnung	652220	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Erstattung von Vorsteuern	652310	
356	**Besondere Erträge**		
356110	Bußgelder	656110	
356120	Zwangsgelder	656120	
356130	Verwarnungsgelder	656130	
356190	Sonstige ordentliche Erträge	656190	
356210	Säumniszuschläge	656210	
356220	Mahngebühren	656220	
356230	Stundungszinsen	656230	
356240	Rücklastschriftgebühren	656240	
356290	Sonstige Nebenforderungen	656290	
356310	Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften	656310	
357	**Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten**	nicht zahlungswirksam	
357110	Erträge aus der Auflösung von Sonstige Sonderposten (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357120	Erträge aus der Auflösung von Sonstige Sonderposten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357125	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357210	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (nicht zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357220	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
357225	Laufende Projekte - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Bewertungsausgleich (zweckgebunden)	nicht zahlungswirksam	
358	**Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**	nicht zahlungswirksam	
358110	Erträge aus Zuschreibungen	nicht zahlungswirksam	
358120	Erträge aus Zuschreibungen Festwerte	nicht zahlungswirksam	
358210	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	Textanpassung - Auflösung von Rückstellungen siehe 502210
358220	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen Gewerbesteuer	nicht zahlungswirksam	neu 01/2020
358310	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
358320	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
358330	Ertrag Auflösung oder Herabsetzung EWB Ford. GewSt	nicht zahlungswirksam	
358390	Sonstige weitere nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
359	**Andere sonstige ordentliche Erträge**		
359110	Andere sonstige ordentliche Erträge	659110	
359120	Erträge aus Ausgleichsabgaben	659120	
359130	Versorgungslastenteilung	659130	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 8	**Zinsen und ähnliche Finanzerträge / Einzahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 1 g**	
36	**Finanzerträge**		
361	**Zinserträge**		
361010	Zinserträge vom Bund	661010	
361110	Zinserträge vom Land	661110	
361210	Zinserträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden	661210	
361310	Zinserträge von Zweckverbänden	661310	
361410	Zinserträge vom sonstigen öffentlichen Bereich	661410	
361510	Zinserträge von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	661510	
361515	Zinserträge von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen / Experimentierklausel	661515	
361520	Zinserträge von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen / Cashpool	661520	
361610	Zinserträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	661610	
361620	Zinserträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen/Cashpool	661620	
361710	Zinserträge von Kreditinstituten	661710	
361720	Zinserträge von Kreditinstituten/Cashpool	661720	
361810	Zinserträge von übrigen inländischen Bereichen	661810	
361910	Zinserträge von ausländischen Bereichen	661910	
365	**Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**		
365110	Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen	665110	
365120	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	665120	
365130	Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	665130	
369	**Sonstige Finanzerträge**		
369110	Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233 a AO	669110	
369130	Verzinsung der Vorsteuersteuer nach § 233 a AO	669130	
369910	Erträge Versorgungsrücklage	669910	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 9	**Aktivierungsfähige Eigenleistungen**	**nicht zahlungswirksam**	
37	**Aktivierungsfähige Eigenleistungen und Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
371	**Aktivierungsfähige Eigenleistungen**	**nicht zahlungswirksam**	
371110	Aktivierungsfähige Eigenleistungen Personal / ILV	nicht zahlungswirksam	
371120	Aktivierungsfähige Sachkosten	nicht zahlungswirksam	
371130	Plan Erlöse Aktivierungsfähige Eigenleistungen	nicht zahlungswirksam	
371140	Erlöse Aktivierungsfähige Eigenleistungen (KA1)	nicht zahlungswirksam	
371150	Erlöse Aktivierungsfähige Eigenleistungen (manuell)	nicht zahlungswirksam	
371999	Aktivierungsfähige Eigenleistungen unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	
KomHKVO § 2 Abs. 2 Nr. 10	**Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
37	**Aktivierungsfähige Eigenleistungen und Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
372	**Bestandsveränderungen**	**nicht zahlungswirksam**	
372110	Bestandsveränderungen an unfertigen Erzeugnissen	nicht zahlungswirksam	
372120	Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	nicht zahlungswirksam	
4	**Aufwendungen / Auszahlungen**	**7**	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 1	**Personalaufwendungen / -auszahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 a**	
40	**Personalaufwendungen**		
401	**Dienstaufwendungen**		
	Beamte		
401110	Beamtenbezüge	701110	
401140	Bezüge Beamtenanwärter und Dienstanfänger	701140	
	Tariflich Beschäftigte		
401210	Tariflich Beschäftigte Entgelt	701210	
401240	Tariflich Beschäftigte Entgelt Auszubildende	701240	
	AGH-Kräfte		
401810	AGH-Kräfte	701810	
	Sonstige Beschäftigte		
401910	Beschäftigungsentgelte	701910	
401920	Pauschalierte Lohnsteuer	701920	
401990	Abgrenzung Zahlungen Personal für Finanzrechnung	701990	
402	**Beiträge zu Versorgungskassen**		
	Beamte		
402110	Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte / Pensionsfonds	702110	
402120	Versorgungslastenteilung	702120	
	Arbeitnehmer		
402210	Beiträge für Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	702210	
402220	AG-Anteil Zusatzversicherung tariflich Beschäftigte	702220	
402240	AG-Anteil Zusatzversicherung tariflich Beschäftigte Auszubildende	702240	
	Sonstige Beschäftigte		
402910	Beiträge zu Versorgungskassen für sonstige Beschäftigte	702910	
403	**Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**		
	Beamte		
403110	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	703110	
	Tariflich Beschäftigte		
403210	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	703210	
403240	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte Auszubildende	703240	
	Sonstige Beschäftigte		
403910	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	703910	
404	**Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte**		
404110	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	704110	
405	**Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte**		
405110	Rückstellung für Pensionen Beamte	nicht zahlungswirksam	
406	**Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte**		
406110	Rückstellung f. Beihilfen	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
407	**Rückstellung für Altersteilzeit**		
407110	Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit	nicht zahlungswirksam	
407120	Aufwendungen für Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub - Beamte	nicht zahlungswirksam	
407130	Aufwendungen für Rückstellungen für Überstunden - Beamte	nicht zahlungswirksam	
407140	Sonstige Personalrückstellungen	nicht zahlungswirksam	
407220	Aufwendungen für Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub - tariflich Beschäftigte	nicht zahlungswirksam	
407230	Aufwendungen für Rückstellungen für Überstunden - tariflich Beschäftigte	nicht zahlungswirksam	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 2	**Versorgungsaufwendungen / -auszahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 b**	
41	**Versorgungsaufwendungen**		
411	**Versorgungsaufwendungen**		
	Beamte		
411110	Versorgungsaufwendungen für Beamte	711110	
	Tariflich Beschäftigte		
411210	Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte	711210	
413	**Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**		
	Beamte		
413110	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	713110	
	Tariflich Beschäftigte		
413210	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	713210	
	Sonstige Beschäftigte		
413910	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	713910	
414	**Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger**		
414110	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Versorgungsempfänger	714110	
415	**Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger**		
415110	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempänger	nicht zahlungswirksam	
416	**Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger**		
416110	Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempänger	nicht zahlungswirksam	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 3	**Aufwendungen / Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 c**	
42	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**		
421	**Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens**		
	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		
421110	Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen	721110	
421150	Grundstücke und bauliche Anlagen - Tiefbauleistungen	721150	
421160	Grundstücke und bauliche Anlagen - sonstige Bauunterhaltung	721160	
421180	Aufwendungen für Tauschgrundstücke	721180	
421190	Instandhaltungen fremde bauliche Anlagen	721190	
	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens		
421210	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	721210	
421270	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung Grünanlagen	721270	
421273	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung der Friedhofsflächen	721273	
421278	Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens Unterhaltung Grünanlagen - histor. Friedhöfe	721278	
422	**Unterhaltung des beweglichen Vermögens**		
422110	Aufwendungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	722110	
422120	Aufwendungen für Unterhaltung der Maschinen und technischen Anlagen	722120	
422130	Aufwendungen für Unterhaltung der Fahrzeuge (Rep.+Ersatzteile)	722130	
422140	Aufwendungen für Wartung Software	722140	
422190	Aufwendungen Instandhaltung fremde Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen und technische Anlagen	722190	
422210	Geringwertige Vermögensgegenstände bis 150 Euro	722210	
422900	Erwerb Vermögensgegenstände Festwert	722900	
423	**Mieten und Pachten**		
423110	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	723110	
423120	Inventarmieten	723120	
423130	Leibrenten	723130	**Konto kommt zum Tragen, wenn die Zahlung der Rente den Kaufpreis übersteigt.**
423210	Leasing	723210	
423213	IM-Leasing	723213	
424	**Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen**		
424100	Reinigung	724100	**inkl. sonstige Reinigung**
424110	Grundstücksabgaben	724110	
424120	Gebäudeversicherungen	724120	**Grundstücks- u. Inventarversicherung**
424130	Winterdienst	724130	
424140	Gehwegreinigung	724140	
424150	Straßenausbaubeiträge	724150	
424160	Erschließungsbeiträge	724160	
424190	Sonstige Bewirtschaftungskosten	724190	
425	**Haltung von Fahrzeugen**		
425110	Betriebskosten Kfz und GEZ	725110	
425120	Kfz-Versicherungsbeiträge und -Steuer	725120	
426	**Besondere Aufwendungen für Beschäftigte**		
426110	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	726110	
426120	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung	726120	
426125	Zentrale IT-Schulungen	726125	
426130	Aufwendungen für medizinische Untersuchungen	726130	
427	**Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**		
427110	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	727110	
427114	IM Planungskosten	727114	
427115	Planungskosten	727115	
427120	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	727120	
427125	Lebensmittel	727125	
427130	Repräsentationsaufwendungen	727130	
427135	medizinischer Sachbedarf	727135	
427140	Veranstaltungen	727140	
427145	EDV-Kosten	727145	
427150	Schulsport	727150	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
427155	Sonstige Verbrauchsmittel	727155	
427160	Lehrmittelbedarf	727160	
427170	Statische Prüfungen	727170	
427180	Veröffentlichungen	727180	
427190	Sonstige Sachaufwendungen	727190	
427193	IM Sonstige Sachaufwendungen	727193	
427195	Sonstige Sachaufwendungen Beschäftigungsbetrieb	727195	
429	**Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen**		
429110	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	729110	
429113	IM Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	729113	
429200	pauschaler Vorsteuer-Abzug Geoinformationen	729200	**neu 02/2019**
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 6	**Transferaufwendungen / -auszahlungen, außer für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 e**	
43	**Transferaufwendungen**		
431	**Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**		
431010	Zuweisungen an den Bund	731010	
431110	Zuweisungen an das Land	731110	**Krankenhausumlage**
431113	IM Zuweisungen an das Land	731113	
431210	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	731210	
431310	Zuweisungen an Zweckverbände	731310	**Zweckverbandsumlage Großraum Braunschweig**
431410	Zuweisungen an den sonstigen öffentlichen Bereich	731410	
431510	Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
431513	IM Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731513	
431520	Zuschuss an FB 65 für bebauten Bereich	731520	**neu 01/2020**
431610	Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	731610	
431710	Zuschüsse an private Unternehmen	721710	
431713	IM Zuschüsse an private Unternehmen	731713	
431810	Zuschüsse an übrige Bereiche	731810	
431813	IM Zuschüsse an übrige Bereiche	731813	
432	**Schuldendiensthilfen**		
432010	Schuldendiensthilfen an den Bund	732010	
432110	Schuldendiensthilfen an das Land	732110	
432210	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	732210	
432310	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	732310	
432410	Schuldendiensthilfen an den sonstigen öffentlichen Bereich	732410	
432510	Schuldendiensthilfe an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	732510	
432610	Schuldendiensthilfen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	732610	
432710	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	732710	
432810	Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche	732810	
433	**Sozialtransferaufwendungen**		
	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen		
433110	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger	733110	
433120	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger	733120	
433130	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen Kommunale Altenpflege	733130	
433140	Sozialleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen Aufnahme Gesetz	733140	
433150	Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	733150	
433160	Betreuungspauschale JHL umF	733160	
433170	Taschengeld umF	733170	
	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen		
433210	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen örtlicher Träger	733210	
433220	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen überörtlicher Träger	733220	
433230	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen Kommunale Altenpflege	733230	
433240	Sozialleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen Aufnahme Gesetz	733240	
433250	Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen in Einrichtungen	733250	
	Sonstige soziale Leistungen		
433910	Sonstige soziale Leistungen örtlicher Träger	733910	
433920	Sonstige soziale Leistungen überörtlicher Träger	733920	
433930	Sonstige soziale Leistungen Kommunale Altenpflege	733930	
433940	Sonstige soziale Leistungen Aufnahme Gesetz	733940	
433950	Sonstige soziale Leistungen BVG	733950	
433960	Sonstige soziale Leistungen SVG	733960	
433970	Sonstige soziale Leistungen Sonderfürsorge	733970	
433980	Sonstige soziale Leistungen UVG	733980	
433990	1 Euro-Job-allgemeine Zahlungen	733990	
433991	1 Euro-Job-Fahrkarten	733991	
433992	1 Euro-Job-Arbeitskleidung	733992	
433993	1 Euro-Job-Zahlung	733993	
433994	1 Euro-Job-Qualifizierung	733994	
434	**Steuerbeteiligungen**		
	Gewerbesteuerumlage		
434110	Gewerbesteuerumlage	734110	
437	**Allgemeine Umlagen**		
437120	Entschuldungsumlage	437120	
437210	Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände	737210	
437310	Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	737310	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 7	**Sonstige ordentliche Aufwendungen / haushaltswirksame Auszahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 f**	
44	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		
441	**Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen**		
	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen		
441110	Sonstige Personalaufwendungen	741110	**Beinhaltet auch: Aufwendungen für Beschäftigtenbetreuung und Dienstjubiläen, Aufwendungen für Umzugskostenvergütung, Arbeitssicherheit/Betriebsarzt**
442	**Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten**		
	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit		
442110	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	742110	
442120	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für ehrenamtl. Tätige	742120	
	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		
442910	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten; vermischte Ausgaben	742910	
442920	Verfügungsmittel	742920	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
442930	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	742930	
442940	Schülerbeförderungskosten	742940	
443	**Geschäftsaufwendungen**		
	Geschäftsaufwendungen		
443110	IT-Aufwendungen	743110	
443120	Fernsprech-, Internetaufwendungen	743120	
443125	Mobilfunkaufwand	743125	
443135	Bankgebühren, Porto	743135	
443136	Bankgebühren Zahlungsverkehr	743136	
443140	Prüfungs- und Beratungskosten	743140	
443142	Gerichts- und Anwaltskosten	743142	
443150	Büromaterial und sonstige Bürobedarfskosten	743150	
443155	Kopierkosten	743155	
443160	Zeitschriften	743160	
443175	sonstige Geschäftsaufwendungen	743175	
443180	Dienstreisen, Fahrkostenersatz	743180	
443197	Aufwendungen für selbsterstelle Software	743197	
444	**Steuern, Versicherungen, Schadensfälle**		
444110	Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertengesetz	744110	
444120	Haftpflichtversicherungen	744120	
444130	Unfallversicherung	744130	
444140	Aufwendungen für Schadensfälle	744140	
444145	Solidaritätszuschlag	744145	
444150	Körperschaftssteuer	744150	
444160	Gewerbesteuer	744160	
444170	sonstige Versicherungen	744170	
444180	Sonstige Steuern	744180	
nicht ergebniswirksam	Abzugsfähige Vorsteuer	744210	
nicht ergebniswirksam	Umsatzsteuer-Zahllast	744310	
445	**Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit**		
445010	Erstattungen an den Bund	745010	
445110	Erstattungen an das Land	745110	
445210	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	745210	
445223	IM Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	745223	
445310	Erstattungen an Zweckverbände	745310	
445410	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich	745410	
445420	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - örtlicher Träger	745420	
445430	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - überörtlicher Träger	745430	
445440	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - kommunale Altenpflege	745440	
445450	Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich - Aufnahmegesetz	745450	
	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen		
445510	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	745510	
445512	Erstattungen an Gebäudemanagement - Miete	745512	**Beinhaltet auch: Miete Wildkrautprojekt**
445514	IM Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Serviceleistungen (Personal-u.Sachkosten)	745514	
445517	Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm	745517	
445518	Erstattungen an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt	745518	
445519	Erstattungen an Gebäudemanagement - Schönheitsreparaturen (Personal-u.Sachkosten)	745519	
445520	Erstattungen an Gebäudemanagement - funktionale Umbauten (Personal-u.Sachkosten)	745520	
445521	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Serviceleistungen (Personal-u.Sachkosten)	745521	**bitte beachten, dass hier nur über das Modul CO geplant wird (kein 4er Projekt des IM); siehe hierzu Sachkonto 445514**
445522	Erstattungen an Gebäudemanagement - Instandhaltung Betriebs-/Geschäftsausstattung	745522	
445524	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Reinigung	745524	
445526	Erstattungen an Gebäudemanagement - Servicekosten	745526	**Anteil Serviceleistungen bei Instandhaltung von Gebäuden**
445527	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonst. Servicekosten	745527	**Dieses Sachkonto ist nur für den Gebäudeeigentümer 20.2. - für besondere Gebäudeleistungen; Servicekosten der Mieter sind bei den Konten: 445519 - Schönheitsreparaturen**(IM) **445520 - funktionale Umbauten (IM) 445521 - sonst. Serviceleistungen - gebäudeunabhängig (CO) zu planen und zu buchen.**
445528	Erstattungen an Gebäudemanagement - Verwalterpauschale	745528	
445531	Erstattungen an Gebäudemanagement - außerschulische Leistuntungen	745531	
445532	Erstattungen an Gebäudemanagement - sonstige Sachkosten	745532	
445533	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - öffentl. Anteil Straßenreinigung	745533	
445542	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Betriebsärztliche Versorgung	745542	
	Erstattungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen		
445610	Erstattungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	745610	
	Erstattungen an private Unternehmen		
445710	Erstattungen an private Unternehmen	745710	
445711	Erstattungen an private Unternehmen - Reinigung verschiedener Einrichtungen	745711	**Beinhaltet auch: Reinigung der Rathauskollonaden**
445713	Erstattungen an private Unternehmen - Deponien und offene Mulden	745713	
445714	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Abscheiderentsorgung	745714	
445715	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - Reinigung Sinkkästen und Straßendurchlässe	745715	
445716	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - öffentl. Anteil Straßenentwässerung	745716	
445717	Erstattungen an private Unternehmen - SEBS Nds. Wassergesetz	745717	**Beinhaltet auch: Indirekteinleiterverordnung**
	Erstattungen an übrige Bereiche		
445810	Erstattungen an übrige Bereiche	745810	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
446	**Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen von den Gemeinden**		
	Leistungsbeteiligung von den Gemeinden für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende		
446110	Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende	746110	
446111	Rückzahlung BA für Unterkunft+Heizung Arbeitsuch.	746111	**neu 10/2019**
446120	Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden, Betreuungsleistungen und Beratung	746120	
446130	Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitsuchende	746130	
447	**Wertveränderungen bei Vermögensgegenständen**		
447210	Einstellungen und Zuschreiben in die Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
447220	Aufwendungen zu sonstigen Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
447230	Wertkorrekturen zu Forderungen	nicht zahlungswirksam	
448	**Besondere Aufwendungen**		
448110	Bußgelder	748110	
448210	Säumniszuschläge	748210	
449	**Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**		
	Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		
449110	Aufwand für nicht rückzahlb.Zuweisungen für Invest.	749110	
449120	Andere sonstige ordentlichen Aufwendungen	749120	
449123	IM Andere sonstige ordentlichen Aufwendungen	749123	
449130	Aufwendungen Bürgerhaushalt	749130	
449140	Aufwendungen Stadtbezirksräte	749140	
46	**Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich; Deckungsreserve**		
461	**Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich**	**nicht zahlungswirksam**	
461100	Abführung Gebührenüberschuss an Sonderposten Gebührenausgleich	nicht zahlungswirksam	
462	**Deckungsreserve**		
462110	Deckungsreserve für Personalaufwendungen	762110	
462120	Deckungsreserve (nicht zahlungswirksam)	nicht zahlungswirksam	
49	**Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses**	**nicht zahlungswirksam**	
491	**Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses**		
491100	Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses	nicht zahlungswirksam	
491110	Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses - zweckgebunden	nicht zahlungswirksam	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 5	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen / Auszahlungen**	**KomHKVO § 3 Nr. 2 d**	
45	**Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen**		
451	**Zinsaufwendungen**		
451010	Zinsaufwand an den Bund	751010	
451110	Zinsaufwand an das Land	751110	
451210	Zinsaufwand an Gemeinden und Gemeindeverbände	751210	
451310	Zinsaufwand an Zweckverbände	751310	
451410	Zinsaufwand an den sonstigen öffentlichen Bereich	751410	
451510	Zinsaufwand an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	751510	
451520	Zinsaufwand an verbundene Unternehmen/Cashpool	751520	
451610	Zinsaufwand an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	751610	
451710	Zinsaufwand an Kreditinstitute	751710	
451711	Zinsaufwand an Kreditinstitute (negativ Zins)	751711	
451715	Zinsaufwand an Kreditinstitute (Experimentierklausel)	751715	
451720	Zinsaufwand an Kreditinstitute / Cashpool	751720	
451810	Zinsaufwand an sonstige inländische Bereiche	751810	
451815	Zinsaufwand an sonstige inländische Bereiche (Experimentierklausel)	751815	
451910	Zinsaufwand an sonstige ausländische Bereiche	751910	
452	**Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite**		
452110	Zinsaufwand für Liquiditätskredite	752110	
452120	Zinsaufwand für Liquiditätskredite Cashpool	752120	
453	**Besondere Aufwendungen**		
	Bußgelder		
453110	Bußgelder	753110	
	Säumniszuschläge		
453210	Säumniszuschläge	753210	
459	**Sonstige Finanzaufwendungen**		
	Kreditbeschaffungskosten		
459110	Kreditbeschaffungskosten	759110	**neu 04/2019**
	Verzinsung von Steuernachzahlungen		
459210	Verzinsung von Steuernachzahlungen	759210	
	Aufwand für die Ablösung von Dauerlasten		
459300	Aufwand für die Ablösung von Dauerlasten	759300	
	Sonstige Finanzaufwendungen		
459910	Sonst.Aufwand für besondere Finanzaufwendungen	759910	
459920	Sonstige Finanzaufwendungen	759920	
KomHKVO § 2 Abs. 3 Nr. 4	**Abschreibungen**	**nicht zahlungswirksam**	
47	**Bilanzielle Abschreibungen**	**nicht zahlungswirksam**	
471	**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen**		
471101	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen	nicht zahlungswirksam	
471201	Manuelle Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Investitionszuwendungen	nicht zahlungswirksam	
471102	Abschreibungen auf übrige immaterielle Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471202	Manuelle Abschreibungen auf übrige immaterielle Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471110	Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471210	Manuelle Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471120	Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471220	Manuelle Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
471130	Abschreibungen auf Gebäude	nicht zahlungswirksam	
471230	Manuelle Abschreibungen auf Gebäude	nicht zahlungswirksam	
471140	Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
471240	Manuelle Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
471141	Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471241	Manuelle Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
471142	Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471242	Manuelle Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471143	Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471243	Manuelle Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
471144	Abschreibungen auf Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
471244	Manuelle Abschreibungen auf Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
471150	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
471250	Manuelle Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
471160	Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	
471260	Manuelle Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	
471170	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
471270	Manuelle Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
471180	Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471280	Manuelle Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
471190	Abschreibungen auf sonstiges Sachanlagevermögen	nicht zahlungswirksam	
471290	Manuelle Abschreibungen auf sonstiges Sachanlagevermögen	nicht zahlungswirksam	
471999	manuelle AfA unterjährige Abschlüsse	nicht zahlungswirksam	
472	**Abschreibungen auf Finanzvermögen**		
472111	Abschreibungen auf Forderungen	nicht zahlungswirksam	
472150	Einzelwertberichtigung	nicht zahlungswirksam	
472155	Einzelwertberichtigung Gewerbesteuer	nicht zahlungswirksam	
472160	Pauschalwertberichtigung	nicht zahlungswirksam	
479	**Sonstige Abschreibungen**		
479120	Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs	nicht zahlungswirksam	
479210	Aufwand Festwert	nicht zahlungswirksam	
479220	Abschreibung auf Festwert	nicht zahlungswirksam	
479230	Zuschreibung auf Festwert	nicht zahlungswirksam	
5	**Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**	**6/7**	
KomHKVO § 2 Abs. 4 Nr. 1	**außerordentlicher Ertrag**		
50	**Realisierte außerordentliche Erträge**		
501	**Außergewöhnliche Erträge**		
	Spenden		
501110	Spenden für laufende Zwecke von privaten Unternehmen	614710	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501120	Spenden für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	614810	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501150	Spenden für laufende Zwecke von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen, Beteiligungen	614510	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
501160	Spenden für laufende Zwecke von öffentlichen Sonderrechnungen	614610	**Spenden, die nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden sind**
	Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.		
501210	Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.	646160	**Für erhaltene Schadensersätze sind ausschließlich diese Konten zu**
501213	IM Empfangene Schadensersatzleistungen u.ä.	646160	
	Sonstige außergewöhnliche Erträge		
501910	Sonstige außergewöhnliche Erträge	659110	
501920	Außerordentliche Erträge K.A.	659110	**nur für FB 20**
502	**Periodenfremde Erträge**		
502210	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	Textanpassung - Herabsetzung von Rückstellungen siehe 358210
502220	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen Gewerbesteuer	nicht zahlungswirksam	neu 01/2020
502310	Erträge aus Nachaktivierungen	nicht zahlungswirksam	
502410	Erträge aus Zuschreibungen (außerplanm. AfA)	nicht zahlungswirksam	
502420	Erträge aus Zuschreibung (außerpl. AfA-Forderung)	nicht zahlungswirksam	
502810	Außerplanmäßige Auflösung von Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
502815	Laufende Projekte - Außerplanmäßige Auflösung von Sonderposten	nicht zahlungswirksam	
502920	Sonstige Eigenleistungen	nicht zahlungswirksam	Textanpassung
	~~**Sonstige periodenfremde Erträge**~~		
~~502910~~	~~Sonstige periodenfremde Erträge~~	~~659110~~	Konto gestrichen - Vorgabe LSN
~~502930~~	~~Nicht aktivierungsfähiger Aufwand~~	~~nicht zahlungswirksam~~	
~~502940~~	~~Ertrag Erinnerungswert Teilung Vermögensgegenstand~~	~~nicht zahlungswirksam~~	
~~502950~~	~~Erträge aus der Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten~~	~~nicht zahlungswirksam~~	
~~502960~~	~~Erträge aus der Auflösung von sonst. Verbindlichkeiten~~	~~nicht zahlungswirksam~~	
KomHKVO § 2 Abs. 4 Nr. 2	**Außerordentlicher Aufwand**		
51	**Realisierte außerordentliche Aufwendungen**		
511	**Außergewöhnliche Aufwendungen**		
	Aufwendungen im Zusammenhang mit Katastrophen u. ä. Ereignissen		
511110	Aufwendungen im Zusammenhang mit Katastrophen u. ä. Ereignissen	7*	**Im Falle der Anwendung, bitte Rücksprache mit FB 20.**
	Spenden		
511210	Spenden an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
511220	Spenden an öffentliche Sonderrechnungen	731610	
	Geleisteter Schadensersatz u.a.		
511310	Geleisteter Schadensersatz u.a.	744140	
	Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen		
511410	Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	7533*	
	Aufwendungen aus Verlustübernahme		
511510	Aufwendungen aus Verlustübernahme an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	731510	
511520	Aufwendungen aus Verlustübernahme an öffentliche Sonderrechnungen	731610	
	Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen		
511920	außerordentliche Aufwendungen K.A.	749120	**nur für FB 20**
511990	Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	749120	
511993	IM Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	749120	
512	**Periodenfremde Aufwendungen**		
512110	Aufwendungen aus Abgang von Vermögen	nicht zahlungswirksam	
512120	Nicht zu aktivierende Aufwandsanteile (Irrtümlich auf AiB abgerechnet)	nicht zahlungswirksam	
	Nachholung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	
512210	Nachholung von Rückstellungen	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	**Bezeichnung**	**Finanzhaushalt** (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	**zusätzliche Hinweise des FB 20**
512810	Aufwand aus der Korrektur außerplanmäßiger Sonderposten-Auflösung	nicht zahlungswirksam	
512815	Laufende Projekte - Aufwand aus der Korrektur außerplanmäßiger Sonderposten-Auflösung	nicht zahlungswirksam	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
	~~**Sonstige periodenfremde Aufwendungen**~~		
~~512910~~	~~Sonstige periodenfremde Aufwendungen~~	~~749120~~	Konto gestrichen - Vorgabe LSN
~~512913~~	~~IM Sonstige periodenfremde Aufwendungen~~	~~749120~~	Konto gestrichen - Vorgabe LSN
~~512920~~	~~Aufwand aus der Nachpassivierung von Sonderposten~~	~~nicht zahlungswirksam~~	Konto gestrichen - Vorgabe LSN
~~512930~~	~~Periodenfremde Eigenleistungen (Korrektur)~~	~~nicht zahlungswirksam~~	Konto gestrichen - Vorgabe LSN
513	**Außerplanmäßige Abschreibungen**		
	Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		
513110	Außerplanmäßige Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs	nicht zahlungswirksam	
513120	Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	nicht zahlungswirksam	
513130	Außerplanmäßige Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
513140	Außerplanmäßige Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	nicht zahlungswirksam	
513150	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	nicht zahlungswirksam	
513160	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513170	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513180	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	nicht zahlungswirksam	
513190	Außerplanmäßige Abschreibungen auf sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	nicht zahlungswirksam	
513200	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	nicht zahlungswirksam	
513210	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Fahrzeuge	nicht zahlungswirksam	
513220	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	nicht zahlungswirksam	
513230	Außerplanmäßige Abschreibungen auf geringwertige Vermögensgegenstände	nicht zahlungswirksam	
513260	Sonstige außerplanmäßige Abschreibungen	nicht zahlungswirksam	
	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen		
513240	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
53	**Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
531	**Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
	Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden und anderen unbeweglichen Vermögensgegenständen		
531110	Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
531190	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen bis zur Wertgrenze i.H.v. 150 Euro bei Anschaffung und Herstellung		
531310	Erträge aus dem Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
531390	Verrechnungskonto Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von Finanzvermögen		
531410	Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
531490	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		
531510	Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
531590	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen		
531910	Erträge aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
531990	Verrechnungskonto Erträge aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
532	**Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen**		
	Aufwendungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden		
532110	Aufwendungen aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen		
532310	Aufwendungen aus dem Abgang von beweglichen Sachen	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen		
532410	Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	nicht zahlungswirksam	
	Aufwendungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		
532510	Aufwendungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen	nicht zahlungswirksam	
532910	Aufwendungen aus dem Abgang von sonstigem Vermögen	nicht zahlungswirksam	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen**	**6**	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 4 a**	
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**68**	
	Investitionszuwendungen	**681**	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen vom Bund	681010	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen vom Land	681110	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	681210	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von Zweckverbänden	681310	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuweisungen von sonstigen öffentlichen Bereichen	681410	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	681510	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	681610	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von privaten Unternehmen	681710	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse von übrigen Bereichen	681810	
nicht ergebniswirksam	Sonstige Einzahlungen für Investitionen	681900	
nicht ergebniswirksam	Einzahlung aus der Rückzahlung von Zuwendungen	681910	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen**	**KomHKVO § 3 Nr. 4 c**	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	**682**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	682110	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	**683**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	683110	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen	**684**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Börsennotierte Aktien	684110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Nichtbörsennotierte Aktien	684210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen - Sonstige Anteilsrechte	684310	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Beteiligungen	**685**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Börsennotierte Aktien	685110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Nichtbörsennotierte Aktien	685210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilsrechten an Beteiligungen - Sonstige Anteilsrechte	685310	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Wertpapieren	**686**	
	Kapitalmarktpapiere		
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Kapitalmarktpapiere beim Bund		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	686201	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	686202	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	686203	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Geldmarktpapieren		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Veräußerung von Geldmarktpapiere beim sonstigen inländischen Bereich	686380	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzderivaten		
nicht ergebniswirksam	Finanzderivate	686410	
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Wertpapieren (Entnahmen aus der Versorgungsrücklage)		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Veräußerung v. Wertpapieren (Entnahmen aus Versorgungsrücklage)	686510	
	Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	**687**	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	687110	
	Rückflüsse von Ausleihungen	**688**	
	Rückflüsse von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	688510	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	688520	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	688530	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr / Experimentierklausel	688535	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr / Umschuldung Experimentierklausel	688536	
	Rückflüsse von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	688810	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	688820	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	688830	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 4 b**	
	Beiträge und ähnliche Entgelte	**689**	
	Beiträge und ähnliche Entgelte		
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen	689110	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen	689120	
nicht ergebniswirksam	Einzahlungen aus sonstigen Entgelten	689130	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Zuwendungen	689900	
nicht ergebniswirksam	**Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten**	**KomHKVO § 3 Nr. 8 a**	
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**69**	
	Kreditaufnahmen für Investitionen	**692**	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim Bund		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692010	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692011	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692020	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692021	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692030	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692031	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim Land		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692110	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692111	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692120	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692121	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692130	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692131	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim sonstiger öffentlicher Bereich		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692410	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692411	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692414	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692420	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692421	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692424	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692430	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692431	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692434	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692510	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692511	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692514	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692520	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692521	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692524	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692530	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692531	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692534	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692610	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692611	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692614	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692620	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692621	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692624	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692630	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692631	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692634	
	Kreditaufnahmen für Investitionen bei Kreditinstituten		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692710	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692711	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692714	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692720	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692721	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692724	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	692730	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	692731	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	692734	
	Kreditaufnahmen für Investitionen beim sonstigen Bereich		
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins) / Experimentierklausel	692835	**neu 01/2019**
	Sonstige Wertpapierverschuldung	**694**	
	Sonstige Wertpapiere		
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694110	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694111	
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694120	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694121	
	Sonstige Wertpapiere Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (fester Zins)	694130	
nicht ergebniswirksam	Euro-Währung (variabler Zins)	694131	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen**	**7**	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für aktivierbare Zuwendungen (Investitionstätigkeit)**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 e**	
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**78**	
	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	**781**	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Bund	781010	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Land	781110	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	781210	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Zweckverbände	781310	
nicht ergebniswirksam	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an sonstigen öffentlichen Bereich	781410	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	781510	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	781610	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an private Unternehmen	781710	
nicht ergebniswirksam	Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	781810	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Investitionstätigkeit),**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 a**	
	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	**782**	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	782110	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für Erschließungs-, Straßenausbaubeiträge, etc.	782120	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Investitionstätigkeit)**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 c**	
	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen	**783**	**Erwerb von immateriellen und materiellen Vermögensgegenständen**
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen oberhalb der Wertgrenze v. 1.000 Euro - Projekte	783110	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über 150 Euro und bis 1.000 Euro (Sammelposten)	783125	
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für die Ablösung von Dauerlasten	783310	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögensanlagen (Investitionstätigkeit)**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 d**	
	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen	**784**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Börsennotierte Aktien	784110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Nichtbörsennotierte Aktien	784210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen Sonstige Anteilsrechte	784310	
	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen	**785**	
	Börsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Börsennotierte Aktien	785110	
	Nichtbörsennotierte Aktien		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Nichtbörsennotierte Aktien	785210	
	Sonstige Anteilsrechte		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen Sonstige Anteilsrechte	785310	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
	Auszahlungen für den Erwerb von Wertpapieren	**786**	
	Kapitalmarktpapiere		
	Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalmarktpapiere beim Bund		
nicht ergebniswirksam	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	786201	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	786202	
nicht ergebniswirksam	Laufzeit 5 Jahre und mehr	786203	
	Geldmarktpapiere		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Geldmarktpapiere beim sonstigen inländischen Bereich	786380	
	Finanzderivate		
nicht ergebniswirksam	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzderivaten	786410	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für Baumaßnahmen (Investitionstätigkeit)**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 b**	
	Baumaßnahmen	**787**	
	Hochbaumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	Hochbaumaßnahmen - Projekte	787110	
	Tiefbaumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	Tiefbaumaßnahmen - Projekte	787210	
nicht ergebniswirksam	Grünbaumaßnahmen - Projekte	787230	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit**	**KomHKVO § 3 Nr. 5 f**	
	Sonstige Baumaßnahmen		
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen	787310	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - IT	787320	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - Kommunikationstechnik	787330	
nicht ergebniswirksam	sonstige Baumaßnahmen - sonst. techn. Anlagen	787340	
	Gewährung von Ausleihungen	**788**	
	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	788510	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	788520	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, Laufzeit 5 Jahre und mehr	788530	
	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	788810	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre	788820	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit 5 Jahre und mehr	788830	
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit 5 Jahre und mehr / Experimentierklausel	788535	
nicht ergebniswirksam	Gewährung von Ausleihungen an übrige inländische Bereiche Laufzeit 5 Jahre und mehr / Umschuldung Experimentierklausel	788536	
	Besondere Konten der Anlagenbuchhaltung		
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Fremdleistungen	789910	
nicht ergebniswirksam	Rückzahlungen für Zuwendungen	789920	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Sachanlagen	789940	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Finanzanlagen	789950	
nicht ergebniswirksam	Abrechnung von Investitionszuwendungen an Dritte	789960	
nicht ergebniswirksam	**Auszahlungen für die Tilgung von Krediten**	**KomHKVO § 3 Nr. 9 a**	
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**79**	
nicht ergebniswirksam	**Tilgung von Krediten für Investitionen**		
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792010	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792011	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792020	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792021	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (fester Zins)	792030	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Bund Euro-Währung (variabler Zins)	792031	
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792110	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792111	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792120	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792121	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (fester Zins)	792130	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim Land Euro-Währung (variabler Zins)	792131	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	Bezeichnung	Finanzhaushalt (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	zusätzliche Hinweise des FB 20
	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792410	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792411	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792414	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792420	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792421	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792424	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792430	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen öffentlichen Bereich Euro-Währung (variabler Zins)	792431	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792434	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792510	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792511	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792514	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792520	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792521	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792524	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (fester Zins)	792530	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Euro-Währung (variabler Zins)	792531	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792534	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	792560	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792610	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792611	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792614	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792620	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792621	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792624	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (fester Zins)	792630	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen Euro-Währung (variabler Zins)	792631	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792634	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei öffentlichen Sonderrechnungen	792660	
	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten		
	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792710	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792711	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792714	
	Laufzeit über 1 bis unter 5 Jahre		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792720	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792721	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792724	
	Laufzeit 5 Jahre und mehr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (fester Zins)	792730	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten Euro-Währung (variabler Zins)	792731	
nicht ergebniswirksam	Umschuldungen	792734	
nicht ergebniswirksam	Außerordentliche Tilgung von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten	792760	
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen Bereich Euro-Währung (fester Zins)	792830	**neu 09/2019**
nicht ergebniswirksam	Tilgung von Krediten für Investitionen beim sonstigen Bereich Euro-Währung (fester Zins) / Experimentierklausel	792835	**neu 01/2019**
	Tilgung von sonstigen Wertpapierschulden	**794**	
	Tilgung sonstiger Wertpapiere Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		
nicht ergebniswirksam	Tilgung sonstiger Wertpapiere bis einschl. 1 Jahr Euro-Währung (fester Zins)	794110	
nicht ergebniswirksam	Tilgung sonstiger Wertpapiere bis einschl. 1 Jahr Euro-Währung (variabler Zins)	794111	

Ergebnishaushalt (Ertrags- und Aufwandskonten)	**Bezeichnung**	**Finanzhaushalt** (Einzahlungs- und Auszahlungskonten)	**zusätzliche Hinweise des FB 20**
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Vorgänge**		
	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	**67**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Einzahlungen**	**679**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	679000	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	679065	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Fundgeld	679100	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Versteigerungen 32.1	679101	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Versteigerungen 32.4	679102	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Centbeträge	679110	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - an Dritte	679115	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Firmenkarte	679120	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Essensgeld von Eltern	679125	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Mündel	679130	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Sicherheitsleistungen	679140	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - HR - Verrechnungen	679150	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - Lohn- und Kirchensteuer	679200	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Einzahlungen - unklare Einzahlungen Finanzrechnung	679999	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Technische Finanzposition - Klärungsliste PSCD	TKLAER	02/2013: in Übersicht ergänzt Technische Finanzposition für Zahlungseingänge, die aufgrund fehlender Angaben auf dem Datenträger (Überweisungsbeleg) noch keiner offenen Forderung zugeordnet werden konnten.
	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	**77**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	**Haushaltsunwirksame Auszahlungen**	**779**	**02/2013: in Übersicht ergänzt**
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	779000	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	779065	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - HR - Lohn- und Kirchensteuer	779100	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - Schadensersatzleistungen	779110	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - durchlaufende Posten	779120	02/2013: in Übersicht ergänzt
nicht ergebniswirksam	Haushaltsunwirksame Auszahlungen - unklare Auszahlungen Finanzrechnung	779999	02/2013: in Übersicht ergänzt

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

II. Bilanz (§ 55 KomHKVO)

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	55.953.234,09	59.878.059,57	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	494.471.446,02	494.471.446,02
2. Sachvermögen	1.440.453.256,43	1.459.296.111,66	1.2 Rücklagen	240.541.445,94	239.642.326,10
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	-3.983.383,86	-957.369,96
3. Finanzvermögen	284.376.354,95	342.034.085,78	1.4 Sonderposten	319.106.187,02	309.379.017,29
				1.050.135.695,12	1.042.535.419,45
4. Liquide Mittel	158.930.326,10	140.883.484,08			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	22.967.868,33	23.569.572,13	2.1 Geldschulden		
			davon		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	83.687.828,11	141.010.473,97
				83.687.828,11	141.010.473,97
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	80.267.622,04	76.838.572,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.456.364,61	9.165.405,51
			2.4 Transferverbindlichkeiten	1.569,85	3.251,70
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	131.805.381,55	132.095.967,73
				305.218.766,16	359.113.671,67
			3. Rückstellungen	601.042.073,86	619.307.530,67
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	6.284.504,76	4.704.691,43
Bilanzsumme	**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**	**Bilanzsumme**	**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**

*) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 35.267.555,77 €; 2019 = 43.331.050,08 €.

Braunschweig, 27.10.2020

Oberbürgermeister

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

2. Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	693,00	1,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	1.014.160,88	1.505.522,79	1.1.1 Reinvermögen	494.471.446,02	494.471.446,02
1.3 Ähnliche Rechte	121.112,87	182.788,87	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	54.704.700,34	58.078.281,91		494.471.446,02	494.471.446,02
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	112.567,00	111.465,00	1.2 Rücklagen		
	55.953.234,09	59.878.059,57	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	141.137.139,58	130.637.935,83
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	99.404.306,36	105.920.126,25
2. Sachvermögen			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0,00	3.084.264,02
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	230.149.682,55	231.738.104,99			
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	636.410.380,80	639.205.018,53	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	422.222.860,98	421.853.313,80	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	18.820.300,00	20.429.806,00		240.541.445,94	239.642.326,10
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.233.929,11	1.212.712,11			
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	13.610.335,80	13.067.997,30	1.3 Jahresergebnis		
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	34.287.645,51	34.559.210,51	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.8 Vorräte	0,00	0,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen*)	-3.983.383,86	-957.369,96
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	83.718.121,68	97.229.948,42			
	1.440.453.256,43	1.459.296.111,66		-3.983.383,86	-957.369,96
3. Finanzvermögen			1.4 Sonderposten		
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	136.367.141,31	140.208.132,51	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	214.142.272,15	205.167.777,10
3.2 Beteiligungen	206.500,00	207.610,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	94.934.659,26	94.217.256,84
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	57.575.749,95	61.712.258,58	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	39.392.403,90	48.652.508,16	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	29.199,81	29.199,81	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	13.401.806,37	13.198.375,63	1.4.6 Sonstige Sonderposten	10.029.255,61	9.993.983,35
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	19.243.939,92	12.779.589,08		319.106.187,02	309.379.017,29
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	17.878.659,82	65.082.688,12			
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	280.953,87	163.723,89		1.050.135.695,12	1.042.535.419,45
	284.376.354,95	342.034.085,78			

*) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 35.267.555,77 €; 2019 = 43.331.050,08 €.

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
4. Liquide Mittel	158.930.326,10	140.883.484,08	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	22.967.868,33	23.569.572,13	2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	83.687.828,11	141.010.473,97
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				83.687.828,11	141.010.473,97
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	80.267.622,04	76.838.572,76
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.456.364,61	9.165.405,51
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	1.569,85	3.251,70
				1.569,85	3.251,70
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	125.068,61
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	2.220.700,88	2.346.074,35
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	8.452.261,81	67.611.804,22
				10.672.962,69	70.082.947,18
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	10.293.537,90	5.030.619,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	110.838.880,96	56.982.401,55
				131.805.381,55	132.095.967,73
				305.218.766,16	359.113.671,67

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	501.344.866,00	528.734.400,09
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	444.662.891,00	468.385.052,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	56.681.975,00	60.349.348,09
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	7.608.934,67	8.608.637,70
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.335.319,00	2.312.705,84
			3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	1.737.957,42	1.633.741,18
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	42.764.481,55	39.744.814,95
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	181.928,05	226.810,58
			3.8 Andere Rückstellungen	45.068.587,17	38.046.420,33
				601.042.073,86	619.307.530,67
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	6.284.504,76	4.704.691,43
Bilanzsumme	**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**	**Bilanzsumme**	**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**

Braunschweig, 27.10.2020

M. Markurth

Oberbürgermeister

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unter der Bilanz

Gemäß § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind.

Bei der Stadt Braunschweig bestehen die folgenden Vorbelastungen:

Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre	in EUR
Haushaltsreste aus dem Vorjahr	73.488.143,55
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	15.032.606,29
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	203.862.402,71
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus [1)]	4.195.997,32
Summe der Vorbelastungen	**296.579.149,87**

[1)] Der Betrag setzt sich aus einer Vielzahl von Einzelbeträgen zusammen. Der Bereich Gewerbesteuer ist mit rund 3,7 Mio. EUR enthalten.

Sonstige langjährige Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Verkehrsanlagen und Verkehrsmanagement an die Firma Bellis aufgrund der Dienstleistungsverträge LSA/Verkehr und öffentliche Beleuchtung (2019: 9.056 TEUR / Ansatz 2020: 9.306 TEUR). Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung. Die Gesamtzahlungsverpflichtung (01.01.2021-31.12.2025) beläuft sich auf 46.528 TEUR.

- Vertrag mit der Firma Comparex über die Microsoft-Lizenzierung für jeweils 3 Jahre, damit der aktuelle Stand der Software erhalten bleibt. Aufgrund des aktuellen Vertrages (Laufzeit 1. Dezember 2017 bis 30. November 2020) ergibt sich eine jährliche Zahlung von rund 626,9 TEUR und somit eine Gesamtverpflichtung in Höhe von rund 1.880,8 TEUR.

- Die Stadt Braunschweig leistet eine Festbetragseinlage je Geschäftsjahr (2019: 1.532,9 TEUR / Ansatz 2020: 1.616,6 TEUR) sowie eine variable Einlage von maximal 174,4 TEUR jährlich (2019: 174,4 TEUR) an die Braunschweig Stadtmarketing GmbH. In der Festbetragseinlage ist ein Betrag in Höhe von jährlich 165,5 TEUR für die „Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH“, an der die Stadtmarketing GmbH beteiligt ist, enthalten.

- Das Staatstheater Braunschweig erhält aufgrund des Staatstheatervertrages vom 19. März 1956 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1/3 der durch laufende Betriebseinnahmen nicht gedeckten laufenden Betriebsausgaben. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt bei Bedarf auch mit 1/3 an erforderlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen (Ist 2019: 10.773 TEUR / Ansatz 2020: 10.630 TEUR).

  Im Februar 2011 wurde zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt eine Klarstellungsvereinbarung geschlossen. Diese dient dem Zweck, die Begriffe der laufenden Betriebsausgaben und der Ausgaben für Baumaßnahmen aus der Ursprungsvereinbarung näher zu erläutern und damit die Voraussetzungen für die Leistungserbringung,

insbesondere die finanzielle Beteiligung der Stadt an den nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben des Staatstheaters, zu konkretisieren.

- Erstattungen an die HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH für die Planung, Durchführung und Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die funktionserhaltende Instandhaltung sowie ausgewählte Betriebsleistungen für neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen ab Februar 2012 gemäß PPP-Projektvertrag:

  1. Vergütung für Betriebsleistungen (2019: 3.082 TEUR / 2020: 3.082 TEUR / 2021 bis Vertragsende: 49.052 TEUR).
     Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.

  2. Instandhaltungspauschale (2019: 2.281 TEUR / 2020: 2.281 TEUR / 2021 bis Vertragsende: 36.304 TEUR).
     Es erfolgt eine jährliche Indexanpassung.

  3. Vergütung für Gesamtinvestitionsleistungen durch Investitionsabtrag (2019: 2.965 TEUR / 2020: 3.079 TEUR / 2021 bis Vertragsende: 71.177 TEUR) und Verzinsung (2019: 2.885 TEUR / 2020: 2.767 TEUR / 2021 bis Vertragsende: 23.755 TEUR).
     Es erfolgt keine Indizierung.

- Für den Neubau der Wilhelm-Bracke-Schule, den die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig bis 31. Dezember 2014 fertiggestellt hat und den die Stadt für 25 Jahre angemietet hat, sowie für die Sanierung der Sporthalle ergeben sich z. Zt. folgende Zahlungsverpflichtungen:

Schule	Miete	1.792 TEUR
	Instandhaltung	138 TEUR
	Betriebskosten	290 TEUR
	Inventarrate	113 TEUR
	Mieterdarlehen	307 TEUR
Sporthalle	Miete	134 TEUR
	Instandhaltung	26 TEUR
	Betriebskosten	83 TEUR
	Mieterdarlehen	17 TEUR

Die jährliche Zahlungsverpflichtung beläuft sich somit auf rund 2.639 TEUR für die Schule und rund 261 TEUR für die Sporthalle, also insgesamt 2.900 TEUR. Die laufende Indexierung für die Instandhaltung der Sporthalle wurde gestrichen. Die Abrechnung der Betriebskosten erfolgt weiter nach Verbrauch. Die nächste Anpassung der Instandhaltungsrate für die Schule erfolgt im Jahr 2020 und für die Sporthalle im Jahr 2028.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

III. Gesamt-Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** [3] - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	378.918.491,94	391.060.940,30	408.154.200,00	-17.093.259,70	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	160.535.091,01	188.945.479,59	192.918.380,00	-3.972.900,41	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	15.189.878,39	15.192.422,06	14.710.752,58	+481.669,48	-
4	Sonstige Transfererträge	15.195.313,97	15.188.540,43	11.040.300,00	+4.148.240,43	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.171.800,42	34.748.279,19	39.976.000,00	-5.227.720,81	-
6	Privatrechtliche Entgelte	10.404.037,62	10.416.187,35	10.050.200,00	+365.987,35	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	142.010.230,14	147.436.781,28	153.662.500,00	-6.225.718,72	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.847.195,67	2.619.449,93	4.317.600,00	-1.698.150,07	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	1.399.794,65	2.060.365,83	1.914.035,42	+146.330,41	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	21.830.996,14	27.690.230,58	20.360.100,00	+7.330.130,58	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**787.502.829,95**	**835.358.676,54**	**857.104.068,00**	**-21.745.391,46**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	188.813.668,03	206.181.570,95	194.475.321,00	+11.706.249,95	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	22.466.525,98	23.671.122,25	22.905.500,00	+765.622,25	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	50.477.572,47	54.617.712,19	80.911.810,00	-26.294.097,81	0,00
16	Abschreibungen	43.423.819,90	39.490.691,92	41.611.871,53	-2.121.179,61	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.656.043,35	10.086.037,46	10.151.300,00	-65.262,54	0,00
18	Transferaufwendungen	304.375.869,07	326.542.405,26	345.517.893,00	-18.975.487,74	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	178.788.534,90	192.965.375,20	195.550.003,84	-2.584.628,64	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**798.002.033,70**	**853.554.915,23**	**891.123.699,37**	**-37.568.784,14**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-10.499.203,75**	**-18.196.238,69**	**-34.019.631,37**	**+15.823.392,68**	**-**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	8.508.357,67	18.662.533,16	492.500,00	+18.170.033,16	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.992.537,78	1.423.664,43	567.000,00	+856.664,43	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**6.515.819,89**	**17.238.868,73**	**-74.500,00**	**+17.313.368,73**	**-**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**		**-3.983.383,86**	**-957.369,96**	**-34.094.131,37**	**+33.136.761,41**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] Zusätzlich zum Ansatz wurde in 2019 ein Haushaltsresteabbau von 3.850.000 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 37.944.131,37 EUR.

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** [4] - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächtigungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamtermächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	378.918.491,94	408.154.200,00	0,00	3.834.681,36	0,00	411.988.881,36	391.060.940,30	-20.927.941,06
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	160.535.091,01	192.918.380,00	0,00	763.686,11	0,00	193.682.066,11	188.945.479,59	-4.736.586,52
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	15.189.878,39	14.710.752,58	0,00	0,00	0,00	14.710.752,58	15.192.422,06	+481.669,48
4	Sonstige Transfererträge	15.195.313,97	11.040.300,00	0,00	0,00	0,00	11.040.300,00	15.188.540,43	+4.148.240,43
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.171.800,42	39.976.000,00	0,00	283.514,05	0,00	40.259.514,05	34.748.279,19	-5.511.234,86
6	Privatrechtliche Entgelte	10.404.037,62	10.050.200,00	0,00	52.182,77	0,00	10.102.382,77	10.416.187,35	+313.804,58
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	142.010.230,14	153.662.500,00	0,00	4.271.901,80	0,00	157.934.401,80	147.436.781,28	-10.497.620,52
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.847.195,67	4.317.600,00	0,00	0,00	0,00	4.317.600,00	2.619.449,93	-1.698.150,07
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	1.399.794,65	1.914.035,42	0,00	0,00	0,00	1.914.035,42	2.060.365,83	+146.330,41
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	21.830.996,14	20.360.100,00	0,00	439.242,68	0,00	20.799.342,68	27.690.230,58	+6.890.887,90
12	**Summe ordentliche Erträge**	**787.502.829,95**	**857.104.068,00**	**0,00**	**9.645.208,77**	**0,00**	**866.749.276,77**	**835.358.676,54**	**-31.390.600,23**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	188.813.668,03	194.475.321,00	0,00	5.366.743,31	31,25	199.842.095,56	206.181.570,95	+6.339.475,39
14	Versorgungsaufwendungen	22.466.525,98	22.905.500,00	0,00	947.950,48	0,00	23.853.450,48	23.671.122,25	-182.328,23
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	50.477.572,47	80.911.810,00	0,00	-5.545.475,45	29.420.805,28	104.787.139,83	54.617.712,19	-50.169.427,64
16	Abschreibungen	43.423.819,90	41.611.871,53	0,00	0,00	0,00	41.611.871,53	39.490.691,92	-2.121.179,61
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.656.043,35	10.151.300,00	0,00	-6.789,47	0,00	10.144.510,53	10.086.037,46	-58.473,07
18	Transferaufwendungen	304.375.869,07	345.517.893,00	0,00	3.605.111,14	3.177.289,73	352.300.293,87	326.542.405,26	-25.757.888,61
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	178.788.534,90	195.550.003,84	0,00	-782.685,95	2.617.673,68	197.384.991,57	192.965.375,20	-4.419.616,37
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**798.002.033,70**	**891.123.699,37**	**0,00**	**3.584.854,06**	**35.215.799,94**	**929.924.353,37**	**853.554.915,23**	**-76.369.438,14**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-10.499.203,75**	**-34.019.631,37**	**0,00**	**6.060.354,71**	**-35.215.799,94**	**-63.175.076,60**	**-18.196.238,69**	**+44.978.837,91**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 [4] - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22 Außerordentliche Erträge	8.508.357,67	492.500,00	0,00	372.940,91	0,00	865.440,91	18.662.533,16	+17.797.092,25
23 Außerordentliche Aufwendungen	1.992.537,78	567.000,00	0,00	546.355,95	51.755,83	1.165.111,78	1.423.664,43	+258.552,65
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**6.515.819,89**	**-74.500,00**	**0,00**	**-173.415,04**	**-51.755,83**	**-299.670,87**	**17.238.868,73**	**+17.538.539,60**
Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-3.983.383,86**	**-34.094.131,37**	**0,00**	**5.886.939,67**	**-35.267.555,77**	**-63.474.747,47**	**-957.369,96**	**+62.517.377,51**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

[4] Zusätzlich zum Ansatz wurde in 2019 ein Haushaltsresteabbau von 3.850.000 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 37.944.131,37 EUR.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

IV. Gesamt-Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** [4] - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	386.608.609,18	393.618.414,39	408.154.200,00	-14.535.785,61	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	158.210.352,75	189.533.040,52	192.918.380,00	-3.385.339,48	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	12.572.676,65	13.369.810,17	11.040.300,00	+2.329.510,17	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.021.430,23	34.400.942,37	39.976.000,00	-5.575.057,63	-
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	10.697.061,39	10.880.718,91	10.187.200,00	+693.518,91	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.353.747,68	154.219.337,15	153.662.500,00	+556.837,15	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.789.282,00	2.551.956,84	4.317.600,00	-1.765.643,16	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	27.257.220,16	15.591.133,03	21.190.900,00	-5.599.766,97	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**778.510.380,04**	**814.165.353,38**	**841.447.080,00**	**-27.281.726,62**	**-**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen	169.083.843,36	179.101.868,13	173.150.050,00	+5.951.818,13	-
12	Versorgungsauszahlungen	22.756.780,98	23.768.471,56	22.905.500,00	+862.971,56	-
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	54.236.568,87	56.778.230,24	82.111.810,00	-25.333.579,76	-
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.494.760,70	7.130.928,57	10.151.300,00	-3.020.371,43	-
15	Transferauszahlungen [3]	304.621.333,18	319.204.500,84	345.517.893,00	-26.313.392,16	-
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	184.532.439,81	190.007.449,71	196.592.303,84	-6.584.854,13	-
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**742.725.726,90**	**775.991.449,05**	**830.428.856,84**	**-54.437.407,79**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**35.784.653,14**	**38.173.904,33**	**11.018.223,16**	**+27.155.681,17**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.297.046,21	6.708.849,11	10.457.700,00	-3.748.850,89	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.689.395,63	1.890.617,04	5.601.600,00	-3.710.982,96	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	5.446.979,74	7.407.713,34	1.741.000,00	+5.666.713,34	-
22	Finanzvermögensanlagen	1.515.351,71	2.107.609,84	1.200.000,00	+907.609,84	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	302.156,09	2.592.348,99	1.602.600,00	+989.748,99	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**14.250.929,38**	**20.707.138,32**	**20.602.900,00**	**+104.238,32**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** [4] - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	714.829,53	1.448.616,42	3.664.400,00	-2.215.783,58	0,00
26	Baumaßnahmen	48.231.882,06	43.421.558,05	68.179.900,00	-24.758.341,95	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.501.438,77	7.929.345,07	8.850.900,00	-921.554,93	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	9.133.158,86	9.686.552,68	6.928.000,00	+2.758.552,68	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	4.537.088,80	5.316.768,59	5.512.000,00	-195.231,41	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	32.443.960,16	11.853.960,16	324.000,00	+11.529.960,16	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**101.562.358,18**	**79.656.800,97**	**93.459.200,00**	**-13.802.399,03**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-87.311.428,80**	**-58.949.662,65**	**-72.856.300,00**	**+13.906.637,35**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-51.526.775,66**	**-20.775.758,32**	**-61.838.076,84**	**+41.062.318,52**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstät.	32.120.000,00	61.930.000,00	50.591.900,00	+11.338.100,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	4.501.263,57	4.607.354,14	5.917.400,00	-1.310.045,86	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**27.618.736,43**	**57.322.645,86**	**44.674.500,00**	**+12.648.145,86**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-23.908.039,23**	**36.546.887,54**	**-17.163.576,84**	**+53.710.464,38**	**-**
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	1.462.787,13	3.274.547,36	0,00	+3.274.547,36	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	6.907.149,48	30.116,37	0,00	+30.116,37	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**-5.444.362,35**	**3.244.430,99**	**0,00**		
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**94.303.434,90**	**64.951.033,32**	**64.951.033,32**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**64.951.033,32**	**104.742.351,85**	**47.787.456,48**		

[4] Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2019 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 13.160.000,00 EUR geplant: damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2019 in Höhe von 34.627.456,48 EUR.

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** [5] - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächtigungen** [4] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** [6] - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	386.608.609,18	408.154.200,00	0,00	3.834.681,36	0,00	411.988.881,36	393.618.414,39	-18.370.466,97
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	158.210.352,75	192.918.380,00	0,00	763.686,11	-2.360.920,22	191.321.145,89	189.533.040,52	-1.788.105,37
3	Sonstige Transfereinzahlungen	12.572.676,65	11.040.300,00	0,00	0,00	-792,28	11.039.507,72	13.369.810,17	+2.330.302,45
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.021.430,23	39.976.000,00	0,00	283.514,05	-61.312,00	40.198.202,05	34.400.942,37	-5.797.259,68
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	10.697.061,39	10.187.200,00	0,00	239.680,18	1.334,23	10.428.214,41	10.880.718,91	+452.504,50
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.353.747,68	153.662.500,00	0,00	4.271.901,80	-4.052.635,36	153.881.766,44	154.219.337,15	+337.570,71
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.789.282,00	4.317.600,00	0,00	0,00	0,00	4.317.600,00	2.551.956,84	-1.765.643,16
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	27.257.220,16	21.190.900,00	0,00	624.686,18	-185.075,30	21.630.510,88	15.591.133,03	-6.039.377,85
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**778.510.380,04**	**841.447.080,00**	**0,00**	**10.018.149,68**	**-6.659.400,93**	**844.805.828,75**	**814.165.353,38**	**-30.640.475,37**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	169.083.843,36	173.150.050,00	0,00	4.537.093,20	15.531,25	177.702.674,45	179.101.868,13	+1.399.193,68
12	Versorgungsauszahlungen	22.756.780,98	22.905.500,00	0,00	947.950,48	0,00	23.853.450,48	23.768.471,56	-84.978,92
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	54.236.568,87	82.111.810,00	0,00	-5.545.475,45	32.292.527,10	108.858.861,65	56.778.230,24	-52.080.631,41
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.494.760,70	10.151.300,00	0,00	-6.789,47	0,00	10.144.510,53	7.130.928,57	-3.013.581,96
15	Transferauszahlungen [3]	304.621.333,18	345.517.893,00	0,00	4.434.761,25	5.547.564,48	355.500.218,73	319.204.500,84	-36.295.717,89
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	184.532.439,81	196.592.303,84	0,00	-331.676,85	4.757.587,11	201.018.214,10	190.007.449,71	-11.010.764,39
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**742.725.726,90**	**830.428.856,84**	**0,00**	**4.035.863,16**	**42.613.209,94**	**877.077.929,94**	**775.991.449,05**	**-101.086.480,89**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**35.784.653,14**	**11.018.223,16**	**0,00**	**5.982.286,52**	**-49.272.610,87**	**-32.272.101,19**	**38.173.904,33**	**+70.446.005,52**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.297.046,21	10.457.700,00	0,00	69.278,20	0,00	10.526.978,20	6.708.849,11	-3.818.129,09
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.689.395,63	5.601.600,00	0,00	0,00	0,00	5.601.600,00	1.890.617,04	-3.710.982,96
21	Veräußerung von Sachvermögen	5.446.979,74	1.741.000,00	0,00	0,00	0,00	1.741.000,00	7.407.713,34	+5.666.713,34
22	Finanzvermögensanlagen	1.515.351,71	1.200.000,00	0,00	0,00	887.309,84	2.087.309,84	2.107.609,84	+20.300,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	302.156,09	1.602.600,00	0,00	0,00	0,00	1.602.600,00	2.592.348,99	+989.748,99
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**14.250.929,38**	**20.602.900,00**	**0,00**	**69.278,20**	**887.309,84**	**21.559.488,04**	**20.707.138,32**	**-852.349,72**

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** [5] - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächtigungen** [4] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** [6] - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	714.829,53	3.664.400,00	0,00	-12.740,27	2.986.539,67	6.638.199,40	1.448.616,42	-5.189.582,98
26	Baumaßnahmen	48.231.882,06	68.179.900,00	0,00	3.169.633,57	51.183.375,53	122.532.909,10	43.421.558,05	-79.111.351,05
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.501.438,77	8.850.900,00	0,00	2.066.352,97	6.467.950,70	17.385.203,67	7.929.345,07	-9.455.858,60
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	9.133.158,86	6.928.000,00	0,00	1.110,00	3.117.377,99	10.046.487,99	9.686.552,68	-359.935,31
29	Aktivierbare Zuwendungen	4.537.088,80	5.512.000,00	0,00	827.208,45	1.770.582,83	8.109.791,28	5.316.768,59	-2.793.022,69
30	Sonstige Investitionstätigkeit	32.443.960,16	324.000,00	0,00	0,00	11.530.000,00	11.854.000,00	11.853.960,16	-39,84
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**101.562.358,18**	**93.459.200,00**	**0,00**	**6.051.564,72**	**77.055.826,72**	**176.566.591,44**	**79.656.800,97**	**-96.909.790,47**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-87.311.428,80**	**-72.856.300,00**	**0,00**	**-5.982.286,52**	**-76.168.516,88**	**-155.007.103,40**	**-58.949.662,65**	**+96.057.440,75**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-51.526.775,66**	**-61.838.076,84**	**0,00**	**0,00**	**-125.441.127,75**	**-187.279.204,59**	**-20.775.758,32**	**+166.503.446,27**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstät.	32.120.000,00	50.591.900,00	0,00	0,00	26.935.700,00	77.527.600,00	61.930.000,00	-15.597.600,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	4.501.263,57	5.917.400,00	0,00	0,00	0,00	5.917.400,00	4.607.354,14	-1.310.045,86
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**27.618.736,43**	**44.674.500,00**	**0,00**	**0,00**	**26.935.700,00**	**71.610.200,00**	**57.322.645,86**	**-14.287.554,14**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-23.908.039,23**	**-17.163.576,84**	**0,00**	**0,00**	**-98.505.427,75**	**-115.669.004,59**	**36.546.887,54**	**+152.215.892,13**
Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	1.462.787,13	0,00					3.274.547,36	+3.274.547,36
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	6.907.149,48	0,00					30.116,37	+30.116,37
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**-5.444.362,35**	**0,00**					**3.244.430,99**	
Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**94.303.434,90**	**64.951.033,32**					**64.951.033,32**	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**64.951.033,32**	**47.787.456,48**					**104.742.351,85**	

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

[5] Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2019 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 13.160.000,00 EUR geplant: damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2019 in Höhe von 34.627.456,48 EUR.

[6] In den Resten des Vorjahres ist der geplante Haushaltsresteabbau in Höhe von 13.160.000 EUR enthalten.

V. Teilhaushalte

Teilergebnisrechnungen

Produktübersicht

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Teilfinanzrechnungen

V. Teilhaushalte

1. **TH Politische Gremien**
2. **TH Verwaltungsführung**
3. **TH FB 01 Zentrale Steuerung (einschl. Stabsstelle 0110)**
4. **TH Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**
5. **TH Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**
6. **TH Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**
7. **TH Personalvertretung**
8. **TH FB 10 Zentrale Dienste**
9. **TH FB 20 Finanzen (einschl. Ref. 0200)**
10. **TH FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit**
11. **TH FB 37 Feuerwehr**
12. **TH FB 40 Schule (einschl. Stabsstelle 0400)**
13. **TH Kultur und Wissenschaft**
14. **TH Ref. 0500 Sozialreferat**
15. **TH FB 50 Soziales und Gesundheit**
16. **TH FB 51 Kinder, Jugend und Familie**
17. **TH Ref. 0600 Baureferat**
18. **TH Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**
19. **TH FB 60 Bauordnung und Brandschutz**
20. **TH FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**
21. **TH FB 66 Tiefbau und Verkehr**
22. **TH FB 67 Stadtgrün und Sport**
23 **TH Stabsstelle 0800 Wirtschaftsdezernat**
24. **TH Allgemeine Finanzwirtschaft**

Teilhaushalt

Politische Gremien

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	220,00	0,00	+220,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**0,00**	**220,00**	**0,00**	**+220,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	0,00	3.500,28	0,00	+3.500,28	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.216,19	14.999,30	4.600,00	+10.399,30	0,00
16	Abschreibungen	729,41	1.526,56	1.617,00	-90,44	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	66.577,82	74.730,49	0,00	+74.730,49	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.810.615,23	1.844.289,59	2.341.000,00	-496.710,41	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.893.138,65**	**1.939.046,22**	**2.347.217,00**	**-408.170,78**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.893.138,65**	**-1.938.826,22**	**-2.347.217,00**	**+408.390,78**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Politische Gremien

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.893.138,65**	**-1.938.826,22**	**-2.347.217,00**	**+408.390,78**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.151,06	61.586,11	64.011,00	-2.424,89	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-62.151,06**	**-61.586,11**	**-64.011,00**	**+2.424,89**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.955.289,71**	**-2.000.412,33**	**-2.411.228,00**	**+410.815,67**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	220,00	+220,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**220,00**	**+220,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	3.500,28	0,00	3.500,28	3.500,28	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.216,19	4.600,00	0,00	12.187,94	1.000,00	17.787,94	14.999,30	-2.788,64
16	Abschreibungen	729,41	1.617,00	0,00	0,00	0,00	1.617,00	1.526,56	-90,44
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	66.577,82	0,00	0,00	74.730,49	0,00	74.730,49	74.730,49	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.810.615,23	2.341.000,00	0,00	-430.995,12	332.361,41	2.242.366,29	1.844.289,59	-398.076,70
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.893.138,65**	**2.347.217,00**	**0,00**	**-340.576,41**	**333.361,41**	**2.340.002,00**	**1.939.046,22**	**-400.955,78**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.893.138,65**	**-2.347.217,00**	**0,00**	**340.576,41**	**-333.361,41**	**-2.340.002,00**	**-1.938.826,22**	**+401.175,78**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.893.138,65**	**-2.347.217,00**	**0,00**	**340.576,41**	**-333.361,41**	**-2.340.002,00**	**-1.938.826,22**	**+401.175,78**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.151,06	64.011,00	0,00	0,00	0,00	64.011,00	61.586,11	-2.424,89
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-62.151,06**	**-64.011,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-64.011,00**	**-61.586,11**	**+2.424,89**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.955.289,71**	**-2.411.228,00**	**0,00**	**340.576,41**	**-333.361,41**	**-2.404.013,00**	**-2.000.412,33**	**+403.600,67**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Politische Gremien

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1110	**Politische Gremien**						
1.11.1110.01	Politische Gremien	-1.955.289,71	220,00	2.000.632,33	-2.000.412,33	-2.411.228,00	410.815,67
Summe Produktgruppe		**-1.955.289,71**	**220,00**	**2.000.632,33**	**-2.000.412,33**	**-2.411.228,00**	**410.815,67**
Summe Teilhaushalt		**-1.955.289,71**	**220,00**	**2.000.632,33**	**-2.000.412,33**	**-2.411.228,00**	**410.815,67**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Politische Gremien**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**0,00**	**220,00**	**0,00**	**+220,00**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.878.862,75**	**1.944.226,16**	**2.345.600,00**	**-401.373,84**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.878.862,75**	**-1.944.006,16**	**-2.345.600,00**	**+401.593,84**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	997,32	2.000,49	1.800,00	+200,49	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**997,32**	**2.000,49**	**1.800,00**	**+200,49**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-997,32**	**-2.000,49**	**-1.800,00**	**-200,49**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.879.860,07**	**-1.946.006,65**	**-2.347.400,00**	**+401.393,35**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.879.860,07**	**-1.946.006,65**	**-2.347.400,00**	**+401.393,35**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Politische Gremien**

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächti-gungen [1] - Euro -	Ermächtigun-gen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamter-mächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**220,00**	**+220,00**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.878.862,75**	**2.345.600,00**	**0,00**	**-340.576,41**	**333.361,41**	**2.338.385,00**	**1.944.226,16**	**-394.158,84**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.878.862,75**	**-2.345.600,00**	**0,00**	**340.576,41**	**-333.361,41**	**-2.338.385,00**	**-1.944.006,16**	**+394.378,84**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	997,32	1.800,00	0,00	1.400,00	1.600,00	4.800,00	2.000,49	-2.799,51
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**997,32**	**1.800,00**	**0,00**	**1.400,00**	**1.600,00**	**4.800,00**	**2.000,49**	**-2.799,51**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-997,32**	**-1.800,00**	**0,00**	**-1.400,00**	**-1.600,00**	**-4.800,00**	**-2.000,49**	**+2.799,51**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.879.860,07**	**-2.347.400,00**	**0,00**	**339.176,41**	**-334.961,41**	**-2.343.185,00**	**-1.946.006,65**	**+397.178,35**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.879.860,07**	**-2.347.400,00**	**0,00**	**339.176,41**	**-334.961,41**	**-2.343.185,00**	**-1.946.006,65**	**+397.178,35**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Verwaltungsführung

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Verwaltungsführung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	143,52	191,36	0,00	+191,36	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**143,52**	**191,36**	**0,00**	**+191,36**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	1.266.474,28	1.490.724,82	1.412.330,00	+78.394,82	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	288.355,12	323.038,89	312.500,00	+10.538,89	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.354,79	72.254,46	78.600,00	-6.345,54	0,00
16	Abschreibungen	4.699,38	5.503,24	6.198,00	-694,76	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.244,28	81.983,26	81.000,00	+983,26	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.684.127,85**	**1.973.504,67**	**1.890.628,00**	**+82.876,67**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.683.984,33**	**-1.973.313,31**	**-1.890.628,00**	**-82.685,31**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Verwaltungsführung

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.683.984,33**	**-1.973.313,31**	**-1.890.628,00**	**-82.685,31**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.489,40	68.468,02	89.900,00	-21.431,98	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-70.489,40**	**-68.468,02**	**-89.900,00**	**+21.431,98**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.754.473,73**	**-2.041.781,33**	**-1.980.528,00**	**-61.253,33**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	143,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	191,36	+191,36
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**143,52**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**191,36**	**+191,36**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	1.266.474,28	1.412.330,00	0,00	-5.891,51	0,00	1.406.438,49	1.490.724,82	+84.286,33
14	Versorgungsaufwendungen	288.355,12	312.500,00	0,00	10.538,89	0,00	323.038,89	323.038,89	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.354,79	78.600,00	0,00	-5.200,00	3.800,00	77.200,00	72.254,46	-4.945,54
16	Abschreibungen	4.699,38	6.198,00	0,00	0,00	0,00	6.198,00	5.503,24	-694,76
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.244,28	81.000,00	0,00	5.392,21	2.530,75	88.922,96	81.983,26	-6.939,70
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.684.127,85**	**1.890.628,00**	**0,00**	**4.839,59**	**6.330,75**	**1.901.798,34**	**1.973.504,67**	**+71.706,33**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.683.984,33**	**-1.890.628,00**	**0,00**	**-4.839,59**	**-6.330,75**	**-1.901.798,34**	**-1.973.313,31**	**-71.514,97**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.683.984,33**	**-1.890.628,00**	**0,00**	**-4.839,59**	**-6.330,75**	**-1.901.798,34**	**-1.973.313,31**	**-71.514,97**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.489,40	89.900,00	0,00	0,00	0,00	89.900,00	68.468,02	-21.431,98
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-70.489,40**	**-89.900,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-89.900,00**	**-68.468,02**	**+21.431,98**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.754.473,73**	**-1.980.528,00**	**0,00**	**-4.839,59**	**-6.330,75**	**-1.991.698,34**	**-2.041.781,33**	**-50.082,99**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Verwaltungsführung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1115	**Verwaltungsführung**						
1.11.1115.01	Verwaltungsführung	-1.754.473,73	191,36	2.041.972,69	-2.041.781,33	-1.980.528,00	-61.253,33
Summe Produktgruppe		**-1.754.473,73**	**191,36**	**2.041.972,69**	**-2.041.781,33**	**-1.980.528,00**	**-61.253,33**
Summe Teilhaushalt		**-1.754.473,73**	**191,36**	**2.041.972,69**	**-2.041.781,33**	**-1.980.528,00**	**-61.253,33**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Verwaltungsführung**

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**143,52**	**191,36**	**0,00**	**+191,36**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.467.848,47**	**1.601.286,63**	**1.605.200,00**	**-3.913,37**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.467.704,95**	**-1.601.095,27**	**-1.605.200,00**	**+4.104,73**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.633,32	622,45	5.400,00	-4.777,55	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.633,32**	**622,45**	**5.400,00**	**-4.777,55**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-5.633,32**	**-622,45**	**-5.400,00**	**+4.777,55**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.473.338,27**	**-1.601.717,72**	**-1.610.600,00**	**+8.882,28**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.473.338,27**	**-1.601.717,72**	**-1.610.600,00**	**+8.882,28**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Verwaltungsführung**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**143,52**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**191,36**	**+191,36**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.467.848,47**	**1.605.200,00**	**0,00**	**1.801,07**	**6.330,75**	**1.613.331,82**	**1.601.286,63**	**-12.045,19**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.467.704,95**	**-1.605.200,00**	**0,00**	**-1.801,07**	**-6.330,75**	**-1.613.331,82**	**-1.601.095,27**	**+12.236,55**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.633,32	5.400,00	0,00	0,00	1.500,00	6.900,00	622,45	-6.277,55
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**5.633,32**	**5.400,00**	**0,00**	**0,00**	**1.500,00**	**6.900,00**	**622,45**	**-6.277,55**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-5.633,32**	**-5.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.500,00**	**-6.900,00**	**-622,45**	**+6.277,55**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.473.338,27**	**-1.610.600,00**	**0,00**	**-1.801,07**	**-7.830,75**	**-1.620.231,82**	**-1.601.717,72**	**+18.514,10**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.473.338,27**	**-1.610.600,00**	**0,00**	**-1.801,07**	**-7.830,75**	**-1.620.231,82**	**-1.601.717,72**	**+18.514,10**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 01

Zentrale Steuerung (einschl. Stabsstelle 0110)

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 01 Zentrale Steuerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	19.300,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	158,00	158,00	158,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	16.397,08	16.082,49	16.400,00	-317,51	-
6	Privatrechtliche Entgelte	20.191,50	12.971,30	15.800,00	-2.828,70	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	57.415,94	30.499,42	34.000,00	-3.500,58	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	100,00	-100,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**113.462,52**	**59.711,21**	**66.458,00**	**-6.746,79**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	2.732.637,29	3.014.372,60	2.835.615,00	+178.757,60	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	480.828,43	510.741,88	504.100,00	+6.641,88	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	143.459,30	100.136,87	157.600,00	-57.463,13	0,00
16	Abschreibungen	44.014,11	54.297,53	53.516,00	+781,53	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	300,00	3.450,00	5.100,00	-1.650,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	844.507,96	826.880,28	858.500,00	-31.619,72	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.245.747,09**	**4.509.879,16**	**4.414.431,00**	**+95.448,16**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-4.132.284,57**	**-4.450.167,95**	**-4.347.973,00**	**-102.194,95**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 01 Zentrale Steuerung

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1,00	0,00	+1,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**-1,00**	**0,00**	**-1,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-4.132.284,57**	**-4.450.168,95**	**-4.347.973,00**	**-102.195,95**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	852.042,96	879.757,60	778.800,00	+100.957,60	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	345.947,64	324.214,32	330.764,00	-6.549,68	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**506.095,32**	**555.543,28**	**448.036,00**	**+107.507,28**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-3.626.189,25**	**-3.894.625,67**	**-3.899.937,00**	**+5.311,33**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	19.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	158,00	158,00	0,00	0,00	0,00	158,00	158,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	16.397,08	16.400,00	0,00	0,00	0,00	16.400,00	16.082,49	-317,51
6	Privatrechtliche Entgelte	20.191,50	15.800,00	0,00	0,00	0,00	15.800,00	12.971,30	-2.828,70
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	57.415,94	34.000,00	0,00	0,00	0,00	34.000,00	30.499,42	-3.500,58
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	-100,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**113.462,52**	**66.458,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**66.458,00**	**59.711,21**	**-6.746,79**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	2.732.637,29	2.835.615,00	0,00	55.610,50	0,00	2.891.225,50	3.014.372,60	+123.147,10
14	Versorgungsaufwendungen	480.828,43	504.100,00	0,00	6.641,88	0,00	510.741,88	510.741,88	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	143.459,30	157.600,00	0,00	-5.447,56	500,86	152.653,30	100.136,87	-52.516,43
16	Abschreibungen	44.014,11	53.516,00	0,00	0,00	0,00	53.516,00	54.297,53	+781,53
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	300,00	5.100,00	0,00	0,00	0,00	5.100,00	3.450,00	-1.650,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	844.507,96	858.500,00	0,00	50.991,44	4.709,14	914.200,58	826.880,28	-87.320,30
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.245.747,09**	**4.414.431,00**	**0,00**	**107.796,26**	**5.210,00**	**4.527.437,26**	**4.509.879,16**	**-17.558,10**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-4.132.284,57**	**-4.347.973,00**	**0,00**	**-107.796,26**	**-5.210,00**	**-4.460.979,26**	**-4.450.167,95**	**+10.811,31**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	+1,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-4.132.284,57**	**-4.347.973,00**	**0,00**	**-107.796,26**	**-5.210,00**	**-4.460.979,26**	**-4.450.168,95**	**+10.810,31**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	852.042,96	778.800,00	0,00	0,00	0,00	778.800,00	879.757,60	+100.957,60
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	345.947,64	330.764,00	0,00	0,00	0,00	330.764,00	324.214,32	-6.549,68
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**506.095,32**	**448.036,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**448.036,00**	**555.543,28**	**+107.507,28**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-3.626.189,25**	**-3.899.937,00**	**0,00**	**-107.796,26**	**-5.210,00**	**-4.012.943,26**	**-3.894.625,67**	**+118.317,59**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 01 Zentrale Steuerung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1116	**Steuerungsdienst**						
1.11.1116.01	Unterstützung des OB	-203.871,19	8,97	214.266,62	-214.257,65	-207.233,64	-7.024,01
1.11.1116.02	Allgemeine Steuerungsunterstützung	-469.966,55	16,72	478.159,65	-478.142,93	-484.926,86	6.783,93
1.11.1116.04	Repräsentationen	-762.469,53	30.972,32	891.090,05	-860.117,73	-779.055,76	-81.061,97
1.11.1116.06	Ratsinformationssystem	-88.840,85	0,12	63.654,38	-63.654,26	-80.899,42	17.245,16
1.11.1116.07	Kontakte zu kom. Spitzenverbänden	-219.656,31	0,11	218.528,99	-218.528,88	-221.505,98	2.977,10
1.11.1116.08	Betreuung politischer Gremien	-184.674,46	6,33	188.772,40	-188.766,07	-190.384,02	1.617,95
1.11.1116.09	Reden / Grußworte	-354.200,17	23,23	372.694,18	-372.670,95	-357.406,87	-15.264,08
1.11.1116.10	Städtepartnerschaften/Intern.Beziehungen	-220.195,34	29,45	275.475,81	-275.446,36	-240.312,81	-35.133,55
Summe Produktgruppe		**-2.503.874,40**	**31.057,25**	**2.702.642,08**	**-2.671.584,83**	**-2.561.725,36**	**-109.859,47**
1.11.1125	**Rechtsangelegenheiten**						
1.11.1125.01	Führen von Rechtsstreitigkeiten	-136.495,84	374.637,77	509.554,83	-134.917,06	-233.170,82	98.253,76
1.11.1125.02	Rechtsberatung u. andere jur. Leistungen	-498.825,94	281.719,95	877.101,36	-595.381,41	-628.644,31	33.262,90
1.11.1125.04	Sonstige Leistungen	-17.169,71	249.903,84	279.372,95	-29.469,11	582,26	-30.051,37
Summe Produktgruppe		**-652.491,49**	**906.261,56**	**1.666.029,14**	**-759.767,58**	**-861.232,87**	**101.465,29**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 01 Zentrale Steuerung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11.1130	**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**						
1.11.1130.01	Medienarbeit	-221.597,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.11.1130.02	Öffentlichkeitsarbeit	-248.225,50	0,00	165,00	-165,00	0,00	-165,00
1.11.1130.03	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	0,00	2.150,00	465.258,26	-463.108,26	-476.978,77	13.870,51
Summe Produktgruppe		**-469.823,36**	**2.150,00**	**465.423,26**	**-463.273,26**	**-476.978,77**	**13.705,51**
Summe Teilhaushalt		**-3.626.189,25**	**939.468,81**	**4.834.094,48**	**-3.894.625,67**	**-3.899.937,00**	**5.311,33**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 01 Zentrale Steuerung**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**112.317,72**	**48.648,74**	**66.300,00**	**-17.651,26**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**3.811.272,36**	**3.859.603,97**	**3.909.000,00**	**-49.396,03**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-3.698.954,64**	**-3.810.955,23**	**-3.842.700,00**	**+31.744,77**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	54.819,65	59.956,73	77.700,00	-17.743,27	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**54.819,65**	**59.956,73**	**77.700,00**	**-17.743,27**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-54.819,65**	**-59.956,73**	**-77.700,00**	**+17.743,27**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-3.753.774,29**	**-3.870.911,96**	**-3.920.400,00**	**+49.488,04**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-3.753.774,29**	**-3.870.911,96**	**-3.920.400,00**	**+49.488,04**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 01 Zentrale Steuerung**

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**112.317,72**	**66.300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**66.300,00**	**48.648,74**	**-17.651,26**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.811.272,36**	**3.909.000,00**	**0,00**	**110.160,62**	**18.967,93**	**4.038.128,55**	**3.859.603,97**	**-178.524,58**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-3.698.954,64**	**-3.842.700,00**	**0,00**	**-110.160,62**	**-18.967,93**	**-3.971.828,55**	**-3.810.955,23**	**+160.873,32**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	54.819,65	77.700,00	0,00	0,00	4.630,00	82.330,00	59.956,73	-22.373,27
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**54.819,65**	**77.700,00**	**0,00**	**0,00**	**4.630,00**	**82.330,00**	**59.956,73**	**-22.373,27**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-54.819,65**	**-77.700,00**	**0,00**	**0,00**	**-4.630,00**	**-82.330,00**	**-59.956,73**	**+22.373,27**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-3.753.774,29**	**-3.920.400,00**	**0,00**	**-110.160,62**	**-23.597,93**	**-4.054.158,55**	**-3.870.911,96**	**+183.246,59**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-3.753.774,29**	**-3.920.400,00**	**0,00**	**-110.160,62**	**-23.597,93**	**-4.054.158,55**	**-3.870.911,96**	**+183.246,59**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Referat 0120

Stadtentwicklung und Statistik

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	150.000,00	-150.000,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	116.666,00	-116.666,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	536,00	482,00	1.500,00	-1.018,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	169.415,03	259.172,33	175.200,00	+83.972,33	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**169.951,03**	**259.654,33**	**443.366,00**	**-183.711,67**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	1.085.458,53	1.203.381,18	1.256.757,00	-53.375,82	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	163.281,71	165.473,91	176.600,00	-11.126,09	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.783,34	143.130,35	555.900,00	-412.769,65	0,00
16	Abschreibungen	3.255,89	2.916,04	6.228,00	-3.311,96	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	4.960,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	185.306,99	302.790,34	309.100,00	-6.309,66	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.497.046,46**	**1.817.691,82**	**2.304.585,00**	**-486.893,18**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.327.095,43**	**-1.558.037,49**	**-1.861.219,00**	**+303.181,51**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1,00	0,00	+1,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**-1,00**	**0,00**	**-1,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.327.095,43**	**-1.558.038,49**	**-1.861.219,00**	**+303.180,51**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	163.155,24	261.484,70	671.558,00	-410.073,30	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-163.155,24**	**-261.484,70**	**-671.558,00**	**+410.073,30**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.490.250,67**	**-1.819.523,19**	**-2.532.777,00**	**+713.253,81**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächti-gungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamter-mächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	Ergebnis 2019 **- Euro -**	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	150.000,00	0,00	-150.000,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	116.666,00	0,00	0,00	0,00	116.666,00	0,00	-116.666,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	536,00	1.500,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00	482,00	-1.018,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	169.415,03	175.200,00	0,00	0,00	0,00	175.200,00	259.172,33	+83.972,33
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**169.951,03**	**443.366,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**443.366,00**	**259.654,33**	**-183.711,67**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	1.085.458,53	1.256.757,00	0,00	-81.954,48	0,00	1.174.802,52	1.203.381,18	+28.578,66
14	Versorgungsaufwendungen	163.281,71	176.600,00	0,00	-11.126,09	0,00	165.473,91	165.473,91	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.783,34	555.900,00	0,00	-76.870,51	85.694,89	564.724,38	143.130,35	-421.594,03
16	Abschreibungen	3.255,89	6.228,00	0,00	0,00	0,00	6.228,00	2.916,04	-3.311,96
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	4.960,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	185.306,99	309.100,00	0,00	6.772,81	0,00	315.872,81	302.790,34	-13.082,47
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.497.046,46**	**2.304.585,00**	**0,00**	**-163.178,27**	**85.694,89**	**2.227.101,62**	**1.817.691,82**	**-409.409,80**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.327.095,43**	**-1.861.219,00**	**0,00**	**163.178,27**	**-85.694,89**	**-1.783.735,62**	**-1.558.037,49**	**+225.698,13**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	+1,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.327.095,43**	**-1.861.219,00**	**0,00**	**163.178,27**	**-85.694,89**	**-1.783.735,62**	**-1.558.038,49**	**+225.697,13**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	163.155,24	671.558,00	0,00	0,00	0,00	671.558,00	261.484,70	-410.073,30
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-163.155,24**	**-671.558,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-671.558,00**	**-261.484,70**	**+410.073,30**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.490.250,67**	**-2.532.777,00**	**0,00**	**163.178,27**	**-85.694,89**	**-2.455.293,62**	**-1.819.523,19**	**+635.770,43**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1210	**Statistik und Wahlen**						
1.12.1210.01	Statistik	-227.263,48	482,00	288.298,00	-287.816,00	-352.577,27	64.761,27
1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	-529.770,92	259.172,33	996.369,82	-737.197,49	-909.480,44	172.282,95
Summe Produktgruppe		**-757.034,40**	**259.654,33**	**1.284.667,82**	**-1.025.013,49**	**-1.262.057,71**	**237.044,22**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5114	**Stadtentw., -forschung, Europaangel.**						
1.51.5114.01	Stadtentwicklung	-243.053,58	0,00	277.310,09	-277.310,09	-353.162,24	75.852,15
1.51.5114.02	Stadtforschung	-319.120,19	0,00	264.701,62	-264.701,62	-430.171,00	165.469,38
1.51.5114.03	Europaangelegenheiten u. Fördermittelak.	-171.042,50	0,00	252.497,99	-252.497,99	-487.386,05	234.888,06
Summe Produktgruppe		**-733.216,27**	**0,00**	**794.509,70**	**-794.509,70**	**-1.270.719,29**	**476.209,59**
Summe Teilhaushalt		**-1.490.250,67**	**259.654,33**	**2.079.177,52**	**-1.819.523,19**	**-2.532.777,00**	**713.253,81**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**169.951,03**	**259.654,33**	**326.700,00**	**-67.045,67**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.374.482,70**	**1.644.950,43**	**2.139.500,00**	**-494.549,57**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.204.531,67**	**-1.385.296,10**	**-1.812.800,00**	**+427.503,90**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	3.800.000,00	-3.800.000,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**3.800.000,00**	**-3.800.000,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.759,89	383,04	13.100,00	-12.716,96	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.759,89**	**383,04**	**13.100,00**	**-12.716,96**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.759,89**	**-383,04**	**3.786.900,00**	**-3.787.283,04**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.206.291,56**	**-1.385.679,14**	**1.974.100,00**	**-3.359.779,14**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.206.291,56**	**-1.385.679,14**	**1.974.100,00**	**-3.359.779,14**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**169.951,03**	**326.700,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**326.700,00**	**259.654,33**	**-67.045,67**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.374.482,70**	**2.139.500,00**	**0,00**	**-169.834,70**	**96.505,00**	**2.066.170,30**	**1.644.950,43**	**-421.219,87**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.204.531,67**	**-1.812.800,00**	**0,00**	**169.834,70**	**-96.505,00**	**-1.739.470,30**	**-1.385.296,10**	**+354.174,20**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	3.800.000,00	0,00	0,00	0,00	3.800.000,00	0,00	-3.800.000,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**3.800.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**3.800.000,00**	**0,00**	**-3.800.000,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.759,89	13.100,00	0,00	0,00	1.000,00	14.100,00	383,04	-13.716,96
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.759,89**	**13.100,00**	**0,00**	**0,00**	**1.000,00**	**14.100,00**	**383,04**	**-13.716,96**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.759,89**	**3.786.900,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.000,00**	**3.785.900,00**	**-383,04**	**-3.786.283,04**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.206.291,56**	**1.974.100,00**	**0,00**	**169.834,70**	**-97.505,00**	**2.046.429,70**	**-1.385.679,14**	**-3.432.108,84**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.206.291,56**	**1.974.100,00**	**0,00**	**169.834,70**	**-97.505,00**	**2.046.429,70**	**-1.385.679,14**	**-3.432.108,84**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Referat 0140

Rechnungsprüfungsamt

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	226.075,08	221.382,57	243.400,00	-22.017,43	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**226.075,08**	**221.382,57**	**243.400,00**	**-22.017,43**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	1.319.950,65	1.594.059,33	1.435.676,00	+158.383,33	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	191.502,57	402.457,95	200.700,00	+201.757,95	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.283,82	15.674,65	16.800,00	-1.125,35	0,00
16	Abschreibungen	1.524,57	1.277,87	1.642,00	-364,13	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	94.734,62	102.143,62	96.300,00	+5.843,62	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.622.996,23**	**2.115.613,42**	**1.751.118,00**	**+364.495,42**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.396.921,15**	**-1.894.230,85**	**-1.507.718,00**	**-386.512,85**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.396.921,15**	**-1.894.230,85**	**-1.507.718,00**	**-386.512,85**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	6.717,16	2.672,85	9.100,00	-6.427,15	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	144.573,42	140.393,98	144.118,09	-3.724,11	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-137.856,26**	**-137.721,13**	**-135.018,09**	**-2.703,04**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.534.777,41**	**-2.031.951,98**	**-1.642.736,09**	**-389.215,89**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	226.075,08	243.400,00	0,00	0,00	0,00	243.400,00	221.382,57	-22.017,43
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**226.075,08**	**243.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**243.400,00**	**221.382,57**	**-22.017,43**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	1.319.950,65	1.435.676,00	0,00	97.796,07	0,00	1.533.472,07	1.594.059,33	+60.587,26
14 Versorgungsaufwendungen	191.502,57	200.700,00	0,00	201.757,95	0,00	402.457,95	402.457,95	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.283,82	16.800,00	0,00	0,00	1.204,00	18.004,00	15.674,65	-2.329,35
16 Abschreibungen	1.524,57	1.642,00	0,00	0,00	0,00	1.642,00	1.277,87	-364,13
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	94.734,62	96.300,00	0,00	11.180,30	3.559,00	111.039,30	102.143,62	-8.895,68
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**1.622.996,23**	**1.751.118,00**	**0,00**	**310.734,32**	**4.763,00**	**2.066.615,32**	**2.115.613,42**	**+48.998,10**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.396.921,15**	**-1.507.718,00**	**0,00**	**-310.734,32**	**-4.763,00**	**-1.823.215,32**	**-1.894.230,85**	**-71.015,53**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.396.921,15**	**-1.507.718,00**	**0,00**	**-310.734,32**	**-4.763,00**	**-1.823.215,32**	**-1.894.230,85**	**-71.015,53**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	6.717,16	9.100,00	0,00	0,00	0,00	9.100,00	2.672,85	-6.427,15
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	144.573,42	144.118,09	0,00	0,00	0,00	144.118,09	140.393,98	-3.724,11
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-137.856,26**	**-135.018,09**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-135.018,09**	**-137.721,13**	**-2.703,04**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.534.777,41**	**-1.642.736,09**	**0,00**	**-310.734,32**	**-4.763,00**	**-1.958.233,41**	**-2.031.951,98**	**-73.718,57**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1120	**Rechnungsprüfung**						
1.11.1120.01	Prüfung allgemeiner Verwaltungsabläufe	-295.147,34	7.395,00	365.151,66	-357.756,66	-305.378,42	-52.378,24
1.11.1120.02	Jahresabschl.prüf.&Prüf.d.kon.Ges.abschl	-521.803,69	0,00	635.218,52	-635.218,52	-544.279,90	-90.938,62
1.11.1120.03	Kassenprüfung	-82.057,97	3.411,92	118.820,33	-115.408,41	-83.760,39	-31.648,02
1.11.1120.04	Prüfung von Vergaben	-348.015,52	189.961,70	774.512,80	-584.551,10	-317.941,76	-266.609,34
1.11.1120.05	Bautechnische Prüfung	-9.199,05	611,55	1.019,53	-407,98	-74.917,61	74.509,63
1.11.1120.06	IT-Prüfung	-64.236,36	0,00	80.615,11	-80.615,11	-85.403,52	4.788,41
1.11.1120.07	Betriebswirtschaftliche Prüfung	-95.012,54	8.601,83	137.459,82	-128.857,99	-107.744,06	-21.113,93
1.11.1120.08	Sonstige Prüfungen	-119.304,94	14.073,42	143.209,63	-129.136,21	-123.310,43	-5.825,78
Summe Produktgruppe		**-1.534.777,41**	**224.055,42**	**2.256.007,40**	**-2.031.951,98**	**-1.642.736,09**	**-389.215,89**
Summe Teilhaushalt		**-1.534.777,41**	**224.055,42**	**2.256.007,40**	**-2.031.951,98**	**-1.642.736,09**	**-389.215,89**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**228.678,90**	**222.793,81**	**243.400,00**	**-20.606,19**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.499.599,05**	**1.622.204,70**	**1.568.800,00**	**+53.404,70**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.270.920,15**	**-1.399.410,89**	**-1.325.400,00**	**-74.010,89**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.652,57	727,87	1.400,00	-672,13	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.652,57**	**727,87**	**1.400,00**	**-672,13**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.652,57**	**-727,87**	**-1.400,00**	**+672,13**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.272.572,72**	**-1.400.138,76**	**-1.326.800,00**	**-73.338,76**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.272.572,72**	**-1.400.138,76**	**-1.326.800,00**	**-73.338,76**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**228.678,90**	**243.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**243.400,00**	**222.793,81**	**-20.606,19**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.499.599,05**	**1.568.800,00**	**0,00**	**242.355,58**	**5.769,34**	**1.816.924,92**	**1.622.204,70**	**-194.720,22**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.270.920,15**	**-1.325.400,00**	**0,00**	**-242.355,58**	**-5.769,34**	**-1.573.524,92**	**-1.399.410,89**	**+174.114,03**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.652,57	1.400,00	0,00	0,00	207,00	1.607,00	727,87	-879,13
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.652,57**	**1.400,00**	**0,00**	**0,00**	**207,00**	**1.607,00**	**727,87**	**-879,13**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.652,57**	**-1.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-207,00**	**-1.607,00**	**-727,87**	**+879,13**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.272.572,72**	**-1.326.800,00**	**0,00**	**-242.355,58**	**-5.976,34**	**-1.575.131,92**	**-1.400.138,76**	**+174.993,16**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.272.572,72**	**-1.326.800,00**	**0,00**	**-242.355,58**	**-5.976,34**	**-1.575.131,92**	**-1.400.138,76**	**+174.993,16**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Referat 0150

Gleichstellungsreferat

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Ref. 0150 Gleichstellungsreferat

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	1.879,73	0,00	+1.879,73	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.710,25	875,00	0,00	+875,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.710,25**	**2.754,73**	**0,00**	**+2.754,73**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	177.420,40	210.155,30	240.533,00	-30.377,70	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	-182.328,23	0,00	-182.328,23	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.438,00	9.281,65	7.200,00	+2.081,65	0,00
16	Abschreibungen	328,76	515,24	413,00	+102,24	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.136,96	22.150,92	21.000,00	+1.150,92	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**210.324,12**	**59.774,88**	**269.146,00**	**-209.371,12**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-205.613,87**	**-57.020,15**	**-269.146,00**	**+212.125,85**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-205.613,87**	**-57.020,15**	**-269.146,00**	**+212.125,85**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.021,69	31.037,89	29.888,00	+1.149,89	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-28.021,69**	**-31.037,89**	**-29.888,00**	**-1.149,89**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-233.635,56**	**-88.058,04**	**-299.034,00**	**+210.975,96**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	1.879,73	0,00	1.879,73	1.879,73	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.710,25	0,00	0,00	875,00	0,00	875,00	875,00	0,00
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**4.710,25**	**0,00**	**0,00**	**2.754,73**	**0,00**	**2.754,73**	**2.754,73**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	177.420,40	240.533,00	0,00	-38.172,31	0,00	202.360,69	210.155,30	+7.794,61
14 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-182.328,23	-182.328,23
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.438,00	7.200,00	0,00	2.211,04	500,00	9.911,04	9.281,65	-629,39
16 Abschreibungen	328,76	413,00	0,00	0,00	0,00	413,00	515,24	+102,24
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.136,96	21.000,00	0,00	950,66	400,00	22.350,66	22.150,92	-199,74
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**210.324,12**	**269.146,00**	**0,00**	**-35.010,61**	**900,00**	**235.035,39**	**59.774,88**	**-175.260,51**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-205.613,87**	**-269.146,00**	**0,00**	**37.765,34**	**-900,00**	**-232.280,66**	**-57.020,15**	**+175.260,51**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-205.613,87**	**-269.146,00**	**0,00**	**37.765,34**	**-900,00**	**-232.280,66**	**-57.020,15**	**+175.260,51**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -								
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.021,69	29.888,00	0,00	0,00	0,00	29.888,00	31.037,89	+1.149,89
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-28.021,69**	**-29.888,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-29.888,00**	**-31.037,89**	**-1.149,89**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-233.635,56**	**-299.034,00**	**0,00**	**37.765,34**	**-900,00**	**-262.168,66**	**-88.058,04**	**+174.110,62**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1135	**Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit**						
1.11.1135.01	Herstellung d. Geschlechtergerechtigkeit	-233.635,56	2.754,73	90.812,77	-88.058,04	-299.034,00	210.975,96
Summe Produktgruppe		**-233.635,56**	**2.754,73**	**90.812,77**	**-88.058,04**	**-299.034,00**	**210.975,96**
Summe Teilhaushalt		**-233.635,56**	**2.754,73**	**90.812,77**	**-88.058,04**	**-299.034,00**	**210.975,96**

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.035,25**	**3.429,73**	**0,00**	**+3.429,73**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**211.864,49**	**259.756,47**	**268.300,00**	**-8.543,53**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-207.829,24**	**-256.326,74**	**-268.300,00**	**+11.973,26**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	477,76	934,24	300,00	+634,24	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**477,76**	**934,24**	**300,00**	**+634,24**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-477,76**	**-934,24**	**-300,00**	**-634,24**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-208.307,00**	**-257.260,98**	**-268.600,00**	**+11.339,02**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	**-**
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-208.307,00**	**-257.260,98**	**-268.600,00**	**+11.339,02**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0150 Gleichstellungsreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.035,25**	**0,00**	**0,00**	**2.754,73**	**0,00**	**2.754,73**	**3.429,73**	**+675,00**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**211.864,49**	**268.300,00**	**0,00**	**-6.960,39**	**900,00**	**262.239,61**	**259.756,47**	**-2.483,14**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-207.829,24**	**-268.300,00**	**0,00**	**9.715,12**	**-900,00**	**-259.484,88**	**-256.326,74**	**+3.158,14**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	477,76	300,00	0,00	700,00	100,00	1.100,00	934,24	-165,76
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**477,76**	**300,00**	**0,00**	**700,00**	**100,00**	**1.100,00**	**934,24**	**-165,76**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-477,76**	**-300,00**	**0,00**	**-700,00**	**-100,00**	**-1.100,00**	**-934,24**	**+165,76**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-208.307,00**	**-268.600,00**	**0,00**	**9.015,12**	**-1.000,00**	**-260.584,88**	**-257.260,98**	**+3.323,90**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-208.307,00**	**-268.600,00**	**0,00**	**9.015,12**	**-1.000,00**	**-260.584,88**	**-257.260,98**	**+3.323,90**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Personalvertretung

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	8.910,00	0,00	+8.910,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**0,00**	**8.910,00**	**0,00**	**+8.910,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	1.147.962,27	1.207.463,98	1.140.880,00	+66.583,98	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	92.574,99	91.703,66	92.800,00	-1.096,34	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.004,71	26.875,92	21.300,00	+5.575,92	0,00
16	Abschreibungen	403,66	630,90	656,00	-25,10	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.451,17	78.552,40	68.000,00	+10.552,40	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.332.396,80**	**1.405.226,86**	**1.323.636,00**	**+81.590,86**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.332.396,80**	**-1.396.316,86**	**-1.323.636,00**	**-72.680,86**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Personalvertretung

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.332.396,80**	**-1.396.316,86**	**-1.323.636,00**	**-72.680,86**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	96.925,12	94.761,71	100.443,12	-5.681,41	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-96.925,12**	**-94.761,71**	**-100.443,12**	**+5.681,41**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.429.321,92**	**-1.491.078,57**	**-1.424.079,12**	**-66.999,45**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6 Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	8.553,16	0,00	8.553,16	8.910,00	+356,84
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.553,16**	**0,00**	**8.553,16**	**8.910,00**	**+356,84**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	1.147.962,27	1.140.880,00	0,00	46.271,11	0,00	1.187.151,11	1.207.463,98	+20.312,87
14 Versorgungsaufwendungen	92.574,99	92.800,00	0,00	-1.096,34	0,00	91.703,66	91.703,66	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.004,71	21.300,00	0,00	9.215,36	5.000,00	35.515,36	26.875,92	-8.639,44
16 Abschreibungen	403,66	656,00	0,00	0,00	0,00	656,00	630,90	-25,10
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.451,17	68.000,00	0,00	11.504,90	0,00	79.504,90	78.552,40	-952,50
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**1.332.396,80**	**1.323.636,00**	**0,00**	**65.895,03**	**5.000,00**	**1.394.531,03**	**1.405.226,86**	**+10.695,83**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.332.396,80**	**-1.323.636,00**	**0,00**	**-57.341,87**	**-5.000,00**	**-1.385.977,87**	**-1.396.316,86**	**-10.338,99**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen 3) - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.332.396,80**	**-1.323.636,00**	**0,00**	**-57.341,87**	**-5.000,00**	**-1.385.977,87**	**-1.396.316,86**	**-10.338,99**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	96.925,12	100.443,12	0,00	0,00	0,00	100.443,12	94.761,71	-5.681,41
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-96.925,12**	**-100.443,12**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-100.443,12**	**-94.761,71**	**+5.681,41**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.429.321,92**	**-1.424.079,12**	**0,00**	**-57.341,87**	**-5.000,00**	**-1.486.420,99**	**-1.491.078,57**	**-4.657,58**

3) zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Personalvertretung

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1140	**Personalvertretung**						
1.11.1140.01	Personalvertretung	-1.429.321,92	8.910,00	1.499.988,57	-1.491.078,57	-1.424.079,12	-66.999,45
Summe Produktgruppe		**-1.429.321,92**	**8.910,00**	**1.499.988,57**	**-1.491.078,57**	**-1.424.079,12**	**-66.999,45**
Summe Teilhaushalt		**-1.429.321,92**	**8.910,00**	**1.499.988,57**	**-1.491.078,57**	**-1.424.079,12**	**-66.999,45**

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig — **Personalvertretung**

Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**0,00**	**8.910,00**	**0,00**	**+8.910,00**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.250.487,92**	**1.301.790,90**	**1.238.300,00**	**+63.490,90**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.250.487,92**	**-1.292.880,90**	**-1.238.300,00**	**-54.580,90**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	651,66	1.323,90	700,00	+623,90	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**651,66**	**1.323,90**	**700,00**	**+623,90**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-651,66**	**-1.323,90**	**-700,00**	**-623,90**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.251.139,58**	**-1.294.204,80**	**-1.239.000,00**	**-55.204,80**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.251.139,58**	**-1.294.204,80**	**-1.239.000,00**	**-55.204,80**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Personalvertretung**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.553,16**	**0,00**	**8.553,16**	**8.910,00**	**+356,84**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.250.487,92**	**1.238.300,00**	**0,00**	**67.664,80**	**5.472,93**	**1.311.437,73**	**1.301.790,90**	**-9.646,83**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.250.487,92**	**-1.238.300,00**	**0,00**	**-59.111,64**	**-5.472,93**	**-1.302.884,57**	**-1.292.880,90**	**+10.003,67**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	651,66	700,00	0,00	623,90	0,00	1.323,90	1.323,90	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**651,66**	**700,00**	**0,00**	**623,90**	**0,00**	**1.323,90**	**1.323,90**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-651,66**	**-700,00**	**0,00**	**-623,90**	**0,00**	**-1.323,90**	**-1.323,90**	**0,00**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.251.139,58**	**-1.239.000,00**	**0,00**	**-59.735,54**	**-5.472,93**	**-1.304.208,47**	**-1.294.204,80**	**+10.003,67**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.251.139,58**	**-1.239.000,00**	**0,00**	**-59.735,54**	**-5.472,93**	**-1.304.208,47**	**-1.294.204,80**	**+10.003,67**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 10

Zentrale Dienste

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 10 Zentrale Dienste

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	41.835,81	46.223,43	47.500,00	-1.276,57	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.533,00	1.722,00	1.312,00	+410,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	42.828,97	38.804,79	43.500,00	-4.695,21	-
6	Privatrechtliche Entgelte	208.495,23	237.204,35	175.200,00	+62.004,35	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.186.519,98	3.059.349,61	3.004.100,00	+55.249,61	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	917.677,99	369.328,00	501.000,00	-131.672,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.398.890,98**	**3.752.632,18**	**3.772.612,00**	**-19.979,82**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	17.618.347,99	17.893.632,31	16.542.785,00	+1.350.847,31	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	2.650.672,45	2.771.258,58	2.747.000,00	+24.258,58	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.190.934,04	4.873.722,25	5.887.400,00	-1.013.677,75	0,00
16	Abschreibungen	1.376.446,21	1.737.256,12	2.192.628,83	-455.372,71	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	244.364,07	323.056,82	251.900,00	+71.156,82	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.713.072,64	4.601.612,34	4.282.600,00	+319.012,34	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**29.793.837,40**	**32.200.538,42**	**31.904.313,83**	**+296.224,59**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-25.394.946,42**	**-28.447.906,24**	**-28.131.701,83**	**-316.204,41**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 10 Zentrale Dienste

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	81.704,14	92.696,54	0,00	+92.696,54	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.810,77	2.886,37	0,00	+2.886,37	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**76.893,37**	**89.810,17**	**0,00**	**+89.810,17**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-25.318.053,05**	**-28.358.096,07**	**-28.131.701,83**	**-226.394,24**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	15.114.226,11	15.265.132,42	15.576.600,00	-311.467,58	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	783.166,71	782.608,02	734.907,31	+47.700,71	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**14.331.059,40**	**14.482.524,40**	**14.841.692,69**	**-359.168,29**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-10.986.993,65**	**-13.875.571,67**	**-13.290.009,14**	**-585.562,53**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	41.835,81	47.500,00	0,00	91.827,74	0,00	139.327,74	46.223,43	-93.104,31
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.533,00	1.312,00	0,00	0,00	0,00	1.312,00	1.722,00	+410,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	42.828,97	43.500,00	0,00	0,00	0,00	43.500,00	38.804,79	-4.695,21
6	Privatrechtliche Entgelte	208.495,23	175.200,00	0,00	0,00	0,00	175.200,00	237.204,35	+62.004,35
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.186.519,98	3.004.100,00	0,00	0,00	0,00	3.004.100,00	3.059.349,61	+55.249,61
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	917.677,99	501.000,00	0,00	0,00	0,00	501.000,00	369.328,00	-131.672,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.398.890,98**	**3.772.612,00**	**0,00**	**91.827,74**	**0,00**	**3.864.439,74**	**3.752.632,18**	**-111.807,56**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	17.618.347,99	16.542.785,00	0,00	601.667,21	0,00	17.144.452,21	17.893.632,31	+749.180,10
14	Versorgungsaufwendungen	2.650.672,45	2.747.000,00	0,00	24.258,58	0,00	2.771.258,58	2.771.258,58	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.190.934,04	5.887.400,00	0,00	-263.619,28	41.697,02	5.665.477,74	4.873.722,25	-791.755,49
16	Abschreibungen	1.376.446,21	2.192.628,83	0,00	0,00	0,00	2.192.628,83	1.737.256,12	-455.372,71
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	244.364,07	251.900,00	0,00	44.070,69	73.000,00	368.970,69	323.056,82	-45.913,87
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.713.072,64	4.282.600,00	0,00	298.996,86	65.800,00	4.647.396,86	4.601.612,34	-45.784,52
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**29.793.837,40**	**31.904.313,83**	**0,00**	**705.374,06**	**180.497,02**	**32.790.184,91**	**32.200.538,42**	**-589.646,49**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-25.394.946,42**	**-28.131.701,83**	**0,00**	**-613.546,32**	**-180.497,02**	**-28.925.745,17**	**-28.447.906,24**	**+477.838,93**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	81.704,14	0,00	0,00	2.319,37	0,00	2.319,37	92.696,54	+90.377,17
23	Außerordentliche Aufwendungen	4.810,77	0,00	0,00	2.319,37	0,00	2.319,37	2.886,37	+567,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**76.893,37**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**89.810,17**	**+89.810,17**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-25.318.053,05**	**-28.131.701,83**	**0,00**	**-613.546,32**	**-180.497,02**	**-28.925.745,17**	**-28.358.096,07**	**+567.649,10**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	15.114.226,11	15.576.600,00	0,00	0,00	0,00	15.576.600,00	15.265.132,42	-311.467,58
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	783.166,71	734.907,31	0,00	0,00	0,00	734.907,31	782.608,02	+47.700,71
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**14.331.059,40**	**14.841.692,69**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**14.841.692,69**	**14.482.524,40**	**-359.168,29**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-10.986.993,65**	**-13.290.009,14**	**0,00**	**-613.546,32**	**-180.497,02**	**-14.084.052,48**	**-13.875.571,67**	**+208.480,81**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1145	**Zentrale Dienste**						
1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	-2.108.151,30	2.490.593,82	4.865.125,64	-2.374.531,82	-1.714.684,17	-659.847,65
1.11.1145.03	Stadtbezirksräte	-816.662,33	131,38	874.661,91	-874.530,53	-833.342,52	-41.188,01
1.11.1145.04	Bürgerangelegenheiten	-229.614,77	228.894,76	514.557,52	-285.662,76	-255.036,05	-30.626,71
Summe Produktgruppe		**-3.154.428,40**	**2.719.619,96**	**6.254.345,07**	**-3.534.725,11**	**-2.803.062,74**	**-731.662,37**
1.11.1150	**Personalverwaltung**						
1.11.1150.03	Pers.betreuung, Geldleistg. & Ausbildung	-3.610.639,48	3.955.235,33	8.605.059,77	-4.649.824,44	-4.615.520,57	-34.303,87
1.11.1150.07	BGA Personalbetreuung	-74.938,80	88.249,35	170.668,40	-82.419,05	-78.980,00	-3.439,05
1.11.1150.08	BGA Personalzuweisungen	-1.646,01	195.753,64	198.103,28	-2.349,64	-1.490,00	-859,64
Summe Produktgruppe		**-3.687.224,29**	**4.239.238,32**	**8.973.831,45**	**-4.734.593,13**	**-4.695.990,57**	**-38.602,56**
1.11.1151	**Zentrale Aufgaben Personal**						
1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	-1.442.317,54	2.133.349,64	2.484.531,51	-351.181,87	271.093,22	-622.275,09
Summe Produktgruppe		**-1.442.317,54**	**2.133.349,64**	**2.484.531,51**	**-351.181,87**	**271.093,22**	**-622.275,09**
1.11.1152	**Kosten der Ausbildung dezentral**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11.1152.01	Kosten der Ausbildung dezentral	-49.031,20	0,00	46.420,25	-46.420,25	-50.406,31	3.986,06
Summe Produktgruppe		**-49.031,20**	**0,00**	**46.420,25**	**-46.420,25**	**-50.406,31**	**3.986,06**
1.11.1153	**Personalwirtschaft/-entw., Organisation**						
1.11.1153.01	Personalwirtschaft/-entw., Organisation	-1.582.553,74	1.019.056,46	3.400.683,75	-2.381.627,29	-2.155.606,43	-226.020,86
Summe Produktgruppe		**-1.582.553,74**	**1.019.056,46**	**3.400.683,75**	**-2.381.627,29**	**-2.155.606,43**	**-226.020,86**
1.11.1155	**Informations- u. Kommunikationstechn.**						
1.11.1155.02	IuK-Leistungen	616.690,75	8.788.108,72	9.745.578,59	-957.469,87	-2.153.474,96	1.196.005,09
1.11.1155.03	Städt. Veröffentlichungen	-496.539,43	750,05	521.625,68	-520.875,63	-489.813,24	-31.062,39
1.11.1155.06	Steuerungsunterstützung der IT	-831.835,85	77,93	880.104,23	-880.026,30	-691.110,76	-188.915,54
1.11.1155.08	BGA IT-Betreuung	9.770,01	119.107,89	121.963,80	-2.855,91	-3.947,22	1.091,31
Summe Produktgruppe		**-701.914,52**	**8.908.044,59**	**11.269.272,30**	**-2.361.227,71**	**-3.338.346,18**	**977.118,47**
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5732	**Allgemeine Einrichtungen FB 01/10**						
1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser FB 10	-379.495,86	38.129,25	502.366,60	-464.237,35	-453.188,27	-11.049,08
Summe Produktgruppe		**-379.495,86**	**38.129,25**	**502.366,60**	**-464.237,35**	**-453.188,27**	**-11.049,08**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 10 Zentrale Dienste

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.1000	**Vorleistungen FB 10**						
1.99.1000.01	Vorleistungen FB 10	9.971,90	53.022,92	54.581,88	-1.558,96	-64.501,86	62.942,90
Summe Produktgruppe		**9.971,90**	**53.022,92**	**54.581,88**	**-1.558,96**	**-64.501,86**	**62.942,90**
Summe Teilhaushalt		**-10.986.993,65**	**19.110.461,14**	**32.986.032,81**	**-13.875.571,67**	**-13.290.009,14**	**-585.562,53**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 10 Zentrale Dienste

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.11.1145.01 - Allg. Service- / Steuerungsunterstützung						
Beim Bürgertelefon eingegangene Anrufe	Anzahl	Summe	156.826,0	167.854,0	158.000,0	9.854,0
Bürgerkontakte beim Ideen- u. Beschwerdem.	Anzahl	Summe	6.771,0	7.137,0	6.500,0	637,0
Umsetzungsquote Verbesserungsvorschläge	Prozent	Endstand	21,0	20,0	23,0	-3,0
Abhilfequote Beschwerden	Prozent	Endstand	38,0	37,0	30,0	7,0
Erledigungsquote Schadens-/Mängelmelder	Prozent	Endstand	0,0	79,0	80,0	-1,0
1.11.1150.03 - Pers.betreuung, Geldleistg. & Ausbildung						
Personalkosten (inkl. Zuf. Rückstell.)	T€	Summe	211.280,0	229.353,0	220.208,0	9.145,0
Beamte/Beschäftigte	Anzahl	Endstand	3.657,0	3.698,0	3.750,0	-52,0
Nachwuchskräfte	Anzahl	Endstand	269,0	298,0	293,0	5,0
1.11.1153.01 - Personalwirtschaft/-entw., Organisation						
Planstellen	Anzahl	Durchschnitt	3.568,0	3.694,0	3.691,0	3,0
Fortbildungsmaßnahmen	Anzahl	Summe	55,0	40,0	40,0	0,0
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	Summe	195,0	176,0	200,0	-24,0
Frauen in Führungspositionen	Prozent	Endstand	41,0	42,5	43,0	-0,5

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 10 Zentrale Dienste**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.900.634,26**	**3.917.634,67**	**3.844.600,00**	**+73.034,67**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**25.467.313,41**	**27.513.466,37**	**26.999.800,00**	**+513.666,37**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-20.566.679,15**	**-23.595.831,70**	**-23.155.200,00**	**-440.631,70**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	995,00	944,00	0,00	+944,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	1.658,18	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	1.515.351,71	2.107.609,84	1.200.000,00	+907.609,84	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.518.004,89**	**2.108.553,84**	**1.200.000,00**	**+908.553,84**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	1.634.400,00	-1.634.400,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.104.658,29	3.147.911,73	1.843.200,00	+1.304.711,73	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	7.705.711,98	5.844.451,48	5.587.000,00	+257.451,48	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**9.810.370,27**	**8.992.363,21**	**9.064.600,00**	**-72.236,79**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.292.365,38**	**-6.883.809,37**	**-7.864.600,00**	**+980.790,63**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-28.859.044,53**	**-30.479.641,07**	**-31.019.800,00**	**+540.158,93**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-28.859.044,53**	**-30.479.641,07**	**-31.019.800,00**	**+540.158,93**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 10 Zentrale Dienste**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.900.634,26**	**3.844.600,00**	**0,00**	**94.147,11**	**-45.913,87**	**3.892.833,24**	**3.917.634,67**	**+24.801,43**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**25.467.313,41**	**26.999.800,00**	**0,00**	**610.554,51**	**195.855,16**	**27.806.209,67**	**27.513.466,37**	**-292.743,30**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-20.566.679,15**	**-23.155.200,00**	**0,00**	**-516.407,40**	**-241.769,03**	**-23.913.376,43**	**-23.595.831,70**	**+317.544,73**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	995,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	944,00	+944,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	1.658,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	1.515.351,71	1.200.000,00	0,00	0,00	887.309,84	2.087.309,84	2.107.609,84	+20.300,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.518.004,89**	**1.200.000,00**	**0,00**	**0,00**	**887.309,84**	**2.087.309,84**	**2.108.553,84**	**+21.244,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	1.634.400,00	0,00	-1.164.057,65	0,00	470.342,35	0,00	-470.342,35
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.104.658,29	1.843.200,00	0,00	1.163.433,75	1.216.802,11	4.223.435,86	3.147.911,73	-1.075.524,13
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	7.705.711,98	5.587.000,00	0,00	0,00	617.377,99	6.204.377,99	5.844.451,48	-359.926,51
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**9.810.370,27**	**9.064.600,00**	**0,00**	**-623,90**	**1.834.180,10**	**10.898.156,20**	**8.992.363,21**	**-1.905.792,99**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.292.365,38**	**-7.864.600,00**	**0,00**	**623,90**	**-946.870,26**	**-8.810.846,36**	**-6.883.809,37**	**+1.927.036,99**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-28.859.044,53**	**-31.019.800,00**	**0,00**	**-515.783,50**	**-1.188.639,29**	**-32.724.222,79**	**-30.479.641,07**	**+2.244.581,72**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-28.859.044,53**	**-31.019.800,00**	**0,00**	**-515.783,50**	**-1.188.639,29**	**-32.724.222,79**	**-30.479.641,07**	**+2.244.581,72**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 20

Finanzen (einschl. Ref. 0200)

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	362.336,80	371.492,83	275.500,00	+95.992,83	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	2.104.054,64	2.098.667,50	1.140.203,29	+958.464,21	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	35.340,32	40.430,36	29.000,00	+11.430,36	-
6	Privatrechtliche Entgelte	7.634.802,74	7.489.439,66	7.381.300,00	+108.139,66	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.379.851,45	21.457.017,67	21.427.500,00	+29.517,67	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	116.717,54	691.504,95	1.317.600,00	-626.095,05	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	15.108,85	435.646,92	0,00	+435.646,92	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	13.496.003,44	13.751.389,17	13.534.200,00	+217.189,17	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**45.144.215,78**	**46.335.589,06**	**45.105.303,29**	**+1.230.285,77**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	7.576.200,77	8.605.759,08	7.734.323,00	+871.436,08	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	1.636.130,85	1.748.596,20	1.610.600,00	+137.996,20	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.447.827,34	18.318.676,23	33.553.500,00	-15.234.823,77	0,00
16	Abschreibungen	14.158.371,21	14.599.605,35	13.844.961,34	+754.644,01	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.967.771,39	2.936.852,73	2.938.500,00	-1.647,27	0,00
18	Transferaufwendungen	38.762.654,74	49.744.958,80	46.155.500,00	+3.589.458,80	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.272.759,64	9.903.913,87	8.566.800,00	+1.337.113,87	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**92.821.715,94**	**105.858.362,26**	**114.404.184,34**	**-8.545.822,08**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-47.677.500,16**	**-59.522.773,20**	**-69.298.881,05**	**+9.776.107,85**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 20 Finanzen

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	3.273.928,23	7.098.358,39	328.300,00	+6.770.058,39	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.010.696,47	627.825,82	362.000,00	+265.825,82	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**2.263.231,76**	**6.470.532,57**	**-33.700,00**	**+6.504.232,57**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-45.414.268,40**	**-53.052.240,63**	**-69.332.581,05**	**+16.280.340,42**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.502.651,39	2.521.809,48	2.547.580,00	-25.770,52	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.347.129,07	1.379.715,66	1.336.734,93	+42.980,73	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**1.155.522,32**	**1.142.093,82**	**1.210.845,07**	**-68.751,25**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-44.258.746,08**	**-51.910.146,81**	**-68.121.735,98**	**+16.211.589,17**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	362.336,80	275.500,00	0,00	0,00	0,00	275.500,00	371.492,83	+95.992,83
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	2.104.054,64	1.140.203,29	0,00	0,00	0,00	1.140.203,29	2.098.667,50	+958.464,21
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	35.340,32	29.000,00	0,00	0,00	0,00	29.000,00	40.430,36	+11.430,36
6	Privatrechtliche Entgelte	7.634.802,74	7.381.300,00	0,00	0,00	0,00	7.381.300,00	7.489.439,66	+108.139,66
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.379.851,45	21.427.500,00	0,00	0,00	0,00	21.427.500,00	21.457.017,67	+29.517,67
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	116.717,54	1.317.600,00	0,00	0,00	0,00	1.317.600,00	691.504,95	-626.095,05
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	15.108,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	435.646,92	+435.646,92
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	13.496.003,44	13.534.200,00	0,00	0,00	0,00	13.534.200,00	13.751.389,17	+217.189,17
12	**Summe ordentliche Erträge**	**45.144.215,78**	**45.105.303,29**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**45.105.303,29**	**46.335.589,06**	**+1.230.285,77**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	7.576.200,77	7.734.323,00	0,00	341.449,91	0,00	8.075.772,91	8.605.759,08	+529.986,17
14	Versorgungsaufwendungen	1.636.130,85	1.610.600,00	0,00	137.996,20	0,00	1.748.596,20	1.748.596,20	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.447.827,34	33.553.500,00	0,00	-5.346.678,09	17.172.051,03	45.378.872,94	18.318.676,23	-27.060.196,71
16	Abschreibungen	14.158.371,21	13.844.961,34	0,00	0,00	0,00	13.844.961,34	14.599.605,35	+754.644,01
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.967.771,39	2.938.500,00	0,00	0,00	0,00	2.938.500,00	2.936.852,73	-1.647,27
18	Transferaufwendungen	38.762.654,74	46.155.500,00	0,00	3.834.681,36	40.000,00	50.030.181,36	49.744.958,80	-285.222,56
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.272.759,64	8.566.800,00	0,00	1.160.940,37	1.032.835,09	10.760.575,46	9.903.913,87	-856.661,59
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**92.821.715,94**	**114.404.184,34**	**0,00**	**128.389,75**	**18.244.886,12**	**132.777.460,21**	**105.858.362,26**	**-26.919.097,95**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-47.677.500,16**	**-69.298.881,05**	**0,00**	**-128.389,75**	**-18.244.886,12**	**-87.672.156,92**	**-59.522.773,20**	**+28.149.383,72**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	3.273.928,23	328.300,00	0,00	15.902,40	0,00	344.202,40	7.098.358,39	+6.754.155,99
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.010.696,47	362.000,00	0,00	53.150,50	30.000,00	445.150,50	627.825,82	+182.675,32
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**2.263.231,76**	**-33.700,00**	**0,00**	**-37.248,10**	**-30.000,00**	**-100.948,10**	**6.470.532,57**	**+6.571.480,67**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-45.414.268,40**	**-69.332.581,05**	**0,00**	**-165.637,85**	**-18.274.886,12**	**-87.773.105,02**	**-53.052.240,63**	**+34.720.864,39**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.502.651,39	2.547.580,00	0,00	0,00	0,00	2.547.580,00	2.521.809,48	-25.770,52
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.347.129,07	1.336.734,93	0,00	0,00	0,00	1.336.734,93	1.379.715,66	+42.980,73
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**1.155.522,32**	**1.210.845,07**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.210.845,07**	**1.142.093,82**	**-68.751,25**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-44.258.746,08**	**-68.121.735,98**	**0,00**	**-165.637,85**	**-18.274.886,12**	**-86.562.259,95**	**-51.910.146,81**	**+34.652.113,14**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1160	**Finanzmanagement und Rechnungswesen**						
1.11.1160.11	Haushaltsplanung/Controlling/Systembetr.	-2.056.975,64	1.010.927,76	3.618.208,35	-2.607.280,59	-2.356.481,53	-250.799,06
1.11.1160.12	Beteiligungsmanagement	-701.335,05	1.656,77	873.131,75	-871.474,98	-1.163.182,64	291.707,66
1.11.1160.31	Kommunale Steuern	-1.349.041,33	15.306,82	1.362.020,45	-1.346.713,63	-1.355.607,15	8.893,52
1.11.1160.32	Gebührenerhebung	-50.961,34	330.187,74	443.708,49	-113.520,75	-43.593,90	-69.926,85
1.11.1160.41	Debitorenbuchhaltung	-353.254,57	1.168.594,28	1.617.465,72	-448.871,44	-340.837,76	-108.033,68
1.11.1160.42	Kreditoren-/Bankbuchhaltung	-350.100,53	231.674,02	620.944,51	-389.270,49	-381.254,53	-8.015,96
1.11.1160.43	Vollstreckung	-763.850,19	1.008.015,21	1.931.867,42	-923.852,21	-761.148,75	-162.703,46
1.11.1160.60	Besondere Finanzangelegenheiten	-450.733,75	61.498,43	769.590,44	-708.092,01	-521.735,78	-186.356,23
1.11.1160.61	Sonderrechnungen	-29.552,46	86.439,10	98.358,90	-11.919,80	17.413,19	-29.332,99
Summe Produktgruppe		**-6.105.804,86**	**3.914.300,13**	**11.335.296,03**	**-7.420.995,90**	**-6.906.428,85**	**-514.567,05**
1.11.1165	**Immobilienmanagement**						
1.11.1165.20	Grundstücksverkehr	803.077,39	201.077,61	1.124.692,83	-923.615,22	-1.010.344,73	86.729,51
1.11.1165.21	Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	-8.626.168,48	33.758.265,29	38.996.182,26	-5.237.916,97	-24.658.026,92	19.420.109,95
1.11.1165.22	Allgem. Bewirtschaftungsangelegenheiten	-1.019.440,35	128.541,57	860.920,55	-732.378,98	-1.376.103,88	643.724,90

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-8.842.531,44**	**34.087.884,47**	**40.981.795,64**	**-6.893.911,17**	**-27.044.475,53**	**20.150.564,36**
1.11.1166	**Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement**						
1.11.1166.01	Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	16.272,22	261.957,53	0,00	261.957,53	463.200,00	-201.242,47
Summe Produktgruppe		**16.272,22**	**261.957,53**	**0,00**	**261.957,53**	**463.200,00**	**-201.242,47**
1.11.1167	**Gebäudemanagement**						
1.11.1167.01	Gebäudemanagement	-2.080.066,83	0,00	5.227.400,00	-5.227.400,00	-5.227.400,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-2.080.066,83**	**0,00**	**5.227.400,00**	**-5.227.400,00**	**-5.227.400,00**	**0,00**
1.25	***Kultur***						
1.25.2515	**Wohnraum für Studierende**						
1.25.2515.01	Wohnraum für Studierende	140.189,73	142.675,23	36.965,64	105.709,59	106.209,54	-499,95
Summe Produktgruppe		**140.189,73**	**142.675,23**	**36.965,64**	**105.709,59**	**106.209,54**	**-499,95**
1.25.2523	**Bildende Kunst (Vermietung)**						
1.25.2523.01	Bildende Kunst (Vermietung)	-14.966,23	1.560,00	17.132,19	-15.572,19	-24.500,00	8.927,81
Summe Produktgruppe		**-14.966,23**	**1.560,00**	**17.132,19**	**-15.572,19**	**-24.500,00**	**8.927,81**
1.25.2710	**Volkshochschulen**						

Jahresabschluss 2019 | **Teilhaushalt**
Stadt Braunschweig | **FB 20 Finanzen**

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25.2710.01	Volkshochschulen	-3.038.997,43	398.697,87	3.799.298,44	-3.400.600,57	-3.412.200,00	11.599,43
Summe Produktgruppe		**-3.038.997,43**	**398.697,87**	**3.799.298,44**	**-3.400.600,57**	**-3.412.200,00**	**11.599,43**
1.25.2813	**Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20**						
1.25.2813.01	Heimat- und sonstige Kulturpflege FB 20	-9.664,02	2.100,00	10.375,76	-8.275,76	-62.000,00	53.724,24
Summe Produktgruppe		**-9.664,02**	**2.100,00**	**10.375,76**	**-8.275,76**	**-62.000,00**	**53.724,24**
1.25.2910	**Förderung v. Kirchengemeinden etc.**						
1.25.2910.01	Unterhaltung von Kirchenbauwerken	-447,44	0,00	0,00	0,00	-3.000,00	3.000,00
Summe Produktgruppe		**-447,44**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-3.000,00**	**3.000,00**
1.41	***Gesundheitsdienste***						
1.41.4110	**Krankenhäuser**						
1.41.4110.01	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	-1.359.610,25	239.316,31	1.478.462,00	-1.239.145,69	-1.088.082,00	-151.063,69
Summe Produktgruppe		**-1.359.610,25**	**239.316,31**	**1.478.462,00**	**-1.239.145,69**	**-1.088.082,00**	**-151.063,69**
1.42	***Sportförderung***						
1.42.4242	**Sportstätten Stadion u. Stadtbad**						
1.42.4242.01	Eintracht-Stadion BgA	-1.480.066,71	81.151,42	1.552.088,87	-1.470.937,45	-1.364.674,40	-106.263,05

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.42.4242.02	Stadtbad Braunschweig GmbH	-399.111,71	0,00	390.204,94	-390.204,94	-430.700,00	40.495,06
Summe Produktgruppe		**-1.879.178,42**	**81.151,42**	**1.942.293,81**	**-1.861.142,39**	**-1.795.374,40**	**-65.767,99**
1.42.4244	**Sportstätten (Verpachtung)**						
1.42.4244.01	Sportstätten (Verpachtung)	2.450,67	2.900,44	0,00	2.900,44	2.500,00	400,44
Summe Produktgruppe		**2.450,67**	**2.900,44**	**0,00**	**2.900,44**	**2.500,00**	**400,44**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5223	**Wohnungsbaudarlehen**						
1.52.5223.01	Wohnungsbaudarlehen	57.453,97	46.655,32	0,00	46.655,32	48.800,00	-2.144,68
Summe Produktgruppe		**57.453,97**	**46.655,32**	**0,00**	**46.655,32**	**48.800,00**	**-2.144,68**
1.53	***Ver- und Entsorgung***						
1.53.5350	**Kombinierte Versorgung**						
1.53.5350.01	Kombinierte Versorgung	12.545.160,54	12.758.058,73	0,00	12.758.058,73	12.700.000,00	58.058,73
Summe Produktgruppe		**12.545.160,54**	**12.758.058,73**	**0,00**	**12.758.058,73**	**12.700.000,00**	**58.058,73**
1.53.5380	**Entwässerung und Abwasserbeseitigung**						
1.53.5380.01	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	-156.744,99	11.017,02	266.880,09	-255.863,07	-111.100,00	-144.763,07

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-156.744,99**	**11.017,02**	**266.880,09**	**-255.863,07**	**-111.100,00**	**-144.763,07**
1.54	***Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV***						
1.54.5461	**Parkhäuser (Verpachtung) BgA**						
1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA	788.260,05	2.311.770,77	546.640,99	1.765.129,78	2.286.305,20	-521.175,42
Summe Produktgruppe		**788.260,05**	**2.311.770,77**	**546.640,99**	**1.765.129,78**	**2.286.305,20**	**-521.175,42**
1.54.5470	**ÖPNV**						
1.54.5470.01	ÖPNV	-247.581,02	306.263,34	180.000,00	126.263,34	397.600,00	-271.336,66
Summe Produktgruppe		**-247.581,02**	**306.263,34**	**180.000,00**	**126.263,34**	**397.600,00**	**-271.336,66**
1.54.5480	**Sonstiger Personen und Güterverkehr**						
1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	-2.050.676,43	0,00	3.139.159,60	-3.139.159,60	-2.821.199,00	-317.960,60
Summe Produktgruppe		**-2.050.676,43**	**0,00**	**3.139.159,60**	**-3.139.159,60**	**-2.821.199,00**	**-317.960,60**
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5712	**Wirtschaftsförderung - Gesellschaften**						
1.57.5712.01	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	-5.814.232,78	320.784,20	3.855.607,70	-3.534.823,50	-3.723.034,64	188.211,14
Summe Produktgruppe		**-5.814.232,78**	**320.784,20**	**3.855.607,70**	**-3.534.823,50**	**-3.723.034,64**	**188.211,14**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 20 Finanzen

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.57.5731	**Allgemeine Einrichtungen/Unternehmen**						
1.57.5731.02	Obst- und Gemüsegroßmarkt -BgA	86.896,39	152.361,59	62.156,18	90.205,41	85.707,46	4.497,95
1.57.5731.03	Werbeflächen	55.348,82	56.895,32	0,00	56.895,32	58.000,00	-1.104,68
1.57.5731.05	Stadthalle	-352.513,70	35.000,24	501.042,23	-466.041,99	-557.457,94	91.415,95
1.57.5731.06	Gaststätten -BgA-	11.873,82	69.412,19	42.110,78	27.301,41	-8.493,32	35.794,73
1.57.5731.07	Städtisches Messegelände	3.383,13	99.421,43	52.475,13	46.946,30	363,35	46.582,95
1.57.5731.08	Sonst. wirtschaftl. Unternehmen	-25.745.814,82	219.925,00	34.014.099,33	-33.794.174,33	-30.307.100,00	-3.487.074,33
Summe Produktgruppe		**-25.940.826,36**	**633.015,77**	**34.671.883,65**	**-34.038.867,88**	**-30.728.980,45**	**-3.309.887,43**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.2000	**Vorleistungen FB 20**						
1.99.2000.01	Vorleistungen FB 20	-30.826,50	1,46	28.474,81	-28.473,35	-28.575,85	102,50
Summe Produktgruppe		**-30.826,50**	**1,46**	**28.474,81**	**-28.473,35**	**-28.575,85**	**102,50**
Summe Teilhaushalt		**-44.022.367,82**	**55.520.110,01**	**107.517.666,35**	**-51.997.556,34**	**-66.971.735,98**	**14.974.179,64**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 20 Finanzen

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.11.1160.12 - Beteiligungsmanagement						
Betreuung Gesellsch.einschl.Töchter	Anzahl	Endstand	28,0	28,0	28,0	0,0
1.11.1165.20 - Grundstücksverkehr						
Kauf und Tausch von Grundstücken	Fälle	Summe	21,0	27,0	20,0	7,0
Verkauf von Gewerbeflächen	m²	Summe	49.098,0	29.729,0	15.000,0	14.729,0
Verkauf von Wohnbauland- u. sonst. Flächen	Fälle	Summe	14,0	10,0	15,0	-5,0
1.11.1165.21 - Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung						
An Dritte vermietete bebaute u.Gewerbegrundstücke	Anzahl	Durchschnitt	128,0	126,0	126,0	0,0
Angemietete Objekte	Anzahl	Durchschnitt	185,0	173,0	173,0	0,0
davon angemietete Objekte f. Flüchtlingsunt.	Anzahl	Durchschnitt	46,0	34,0	36,0	-2,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 20 Finanzen**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**43.552.305,37**	**44.673.524,93**	**44.557.300,00**	**+116.224,93**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**75.476.280,16**	**83.912.044,83**	**99.746.100,00**	**-15.834.055,17**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-31.923.974,79**	**-39.238.519,90**	**-55.188.800,00**	**+15.950.280,10**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	208.689,98	1.978.905,08	0,00	+1.978.905,08	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-92.500,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	5.348.807,77	7.348.146,55	1.600.000,00	+5.748.146,55	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	302.156,09	2.592.348,99	1.602.600,00	+989.748,99	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.767.153,84**	**11.919.400,62**	**3.202.600,00**	**+8.716.800,62**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	714.176,14	1.352.346,69	3.264.400,00	-1.912.053,31	0,00
26	Baumaßnahmen	25.830.961,45	29.060.597,01	36.060.700,00	-7.000.102,99	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	350.823,01	351.729,98	179.900,00	+171.829,98	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	1.427.446,88	3.842.101,20	1.341.000,00	+2.501.101,20	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	3.611.200,00	3.598.968,00	4.443.000,00	-844.032,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	32.443.960,16	11.853.960,16	324.000,00	+11.529.960,16	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**64.378.567,64**	**50.059.703,04**	**45.613.000,00**	**+4.446.703,04**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-58.611.413,80**	**-38.140.302,42**	**-42.410.400,00**	**+4.270.097,58**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-90.535.388,59**	**-77.378.822,32**	**-97.599.200,00**	**+20.220.377,68**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-90.535.388,59**	**-77.378.822,32**	**-97.599.200,00**	**+20.220.377,68**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**43.552.305,37**	**44.557.300,00**	**0,00**	**15.902,40**	**0,00**	**44.573.202,40**	**44.673.524,93**	**+100.322,53**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**75.476.280,16**	**99.746.100,00**	**0,00**	**151.203,88**	**20.778.395,34**	**120.675.699,22**	**83.912.044,83**	**-36.763.654,39**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-31.923.974,79**	**-55.188.800,00**	**0,00**	**-135.301,48**	**-20.778.395,34**	**-76.102.496,82**	**-39.238.519,90**	**+36.863.976,92**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	208.689,98	0,00	0,00	1.087,00	0,00	1.087,00	1.978.905,08	+1.977.818,08
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-92.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	5.348.807,77	1.600.000,00	0,00	0,00	0,00	1.600.000,00	7.348.146,55	+5.748.146,55
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	302.156,09	1.602.600,00	0,00	0,00	0,00	1.602.600,00	2.592.348,99	+989.748,99
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**5.767.153,84**	**3.202.600,00**	**0,00**	**1.087,00**	**0,00**	**3.203.687,00**	**11.919.400,62**	**+8.715.713,62**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	714.176,14	3.264.400,00	0,00	0,00	2.927.639,67	6.192.039,67	1.352.346,69	-4.839.692,98
26 Baumaßnahmen	25.830.961,45	36.060.700,00	0,00	4.540.284,97	27.894.623,89	68.495.608,86	29.060.597,01	-39.435.011,85
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	350.823,01	179.900,00	0,00	210.757,45	103.810,32	494.467,77	351.729,98	-142.737,79
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	1.427.446,88	1.341.000,00	0,00	1.110,00	2.500.000,00	3.842.110,00	3.842.101,20	-8,80
29 Aktivierbare Zuwendungen	3.611.200,00	4.443.000,00	0,00	-204.171,55	27.000,00	4.265.828,45	3.598.968,00	-666.860,45
30 Sonstige Investitionstätigkeit	32.443.960,16	324.000,00	0,00	0,00	11.530.000,00	11.854.000,00	11.853.960,16	-39,84
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**64.378.567,64**	**45.613.000,00**	**0,00**	**4.547.980,87**	**44.983.073,88**	**95.144.054,75**	**50.059.703,04**	**-45.084.351,71**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-58.611.413,80**	**-42.410.400,00**	**0,00**	**-4.546.893,87**	**-44.983.073,88**	**-91.940.367,75**	**-38.140.302,42**	**+53.800.065,33**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-90.535.388,59**	**-97.599.200,00**	**0,00**	**-4.682.195,35**	**-65.761.469,22**	**-168.042.864,57**	**-77.378.822,32**	**+90.664.042,25**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-90.535.388,59**	**-97.599.200,00**	**0,00**	**-4.682.195,35**	**-65.761.469,22**	**-168.042.864,57**	**-77.378.822,32**	**+90.664.042,25**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 32

Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	352,00	122,00	122,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	6.667.710,33	6.974.202,19	6.476.200,00	+498.002,19	-
6	Privatrechtliche Entgelte	139.724,99	109.246,39	118.400,00	-9.153,61	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	311.965,98	309.111,82	357.300,00	-48.188,18	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	4.165.842,50	4.343.572,89	4.985.600,00	-642.027,11	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**11.285.595,80**	**11.736.255,29**	**11.937.622,00**	**-201.366,71**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	13.160.960,17	14.991.280,37	13.293.868,00	+1.697.412,37	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	2.728.717,92	2.852.508,45	2.697.800,00	+154.708,45	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.055.791,63	1.117.328,71	1.169.600,00	-52.271,29	0,00
16	Abschreibungen	176.960,35	277.702,65	86.020,00	+191.682,65	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	624.961,10	210.045,00	255.000,00	-44.955,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.511.156,00	3.606.352,34	3.399.800,00	+206.552,34	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**21.258.547,17**	**23.055.217,52**	**20.902.088,00**	**+2.153.129,52**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-9.972.951,37**	**-11.318.962,23**	**-8.964.466,00**	**-2.354.496,23**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	38.202,06	31.862,10	28.200,00	+3.662,10	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.275,62	9.491,73	1.000,00	+8.491,73	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**30.926,44**	**22.370,37**	**27.200,00**	**-4.829,63**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-9.942.024,93**	**-11.296.591,86**	**-8.937.266,00**	**-2.359.325,86**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.917.039,97	2.966.917,09	2.844.034,64	+122.882,45	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.917.039,97**	**-2.966.917,09**	**-2.844.034,64**	**-122.882,45**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-12.859.064,90**	**-14.263.508,95**	**-11.781.300,64**	**-2.482.208,31**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	352,00	122,00	0,00	0,00	0,00	122,00	122,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	6.667.710,33	6.476.200,00	0,00	0,00	0,00	6.476.200,00	6.974.202,19	+498.002,19
6 Privatrechtliche Entgelte	139.724,99	118.400,00	0,00	0,00	0,00	118.400,00	109.246,39	-9.153,61
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	311.965,98	357.300,00	0,00	0,00	0,00	357.300,00	309.111,82	-48.188,18
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	4.165.842,50	4.985.600,00	0,00	0,00	0,00	4.985.600,00	4.343.572,89	-642.027,11
12 Summe ordentliche Erträge	**11.285.595,80**	**11.937.622,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**11.937.622,00**	**11.736.255,29**	**-201.366,71**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	13.160.960,17	13.293.868,00	0,00	894.869,90	0,00	14.188.737,90	14.991.280,37	+802.542,47
14 Versorgungsaufwendungen	2.728.717,92	2.697.800,00	0,00	154.708,45	0,00	2.852.508,45	2.852.508,45	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.055.791,63	1.169.600,00	0,00	-98.822,52	46.672,85	1.117.450,33	1.117.328,71	-121,62
16 Abschreibungen	176.960,35	86.020,00	0,00	0,00	0,00	86.020,00	277.702,65	+191.682,65
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	624.961,10	255.000,00	0,00	-51.955,00	7.000,00	210.045,00	210.045,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.511.156,00	3.399.800,00	0,00	206.608,08	0,00	3.606.408,08	3.606.352,34	-55,74
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**21.258.547,17**	**20.902.088,00**	**0,00**	**1.105.408,91**	**53.672,85**	**22.061.169,76**	**23.055.217,52**	**+994.047,76**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-9.972.951,37**	**-8.964.466,00**	**0,00**	**-1.105.408,91**	**-53.672,85**	**-10.123.547,76**	**-11.318.962,23**	**-1.195.414,47**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	38.202,06	28.200,00	0,00	10.201,81	0,00	38.401,81	31.862,10	-6.539,71
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.275,62	1.000,00	0,00	10.201,81	0,00	11.201,81	9.491,73	-1.710,08
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**30.926,44**	**27.200,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**27.200,00**	**22.370,37**	**-4.829,63**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-9.942.024,93**	**-8.937.266,00**	**0,00**	**-1.105.408,91**	**-53.672,85**	**-10.096.347,76**	**-11.296.591,86**	**-1.200.244,10**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.917.039,97	2.844.034,64	0,00	0,00	0,00	2.844.034,64	2.966.917,09	+122.882,45
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.917.039,97**	**-2.844.034,64**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-2.844.034,64**	**-2.966.917,09**	**-122.882,45**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-12.859.064,90**	**-11.781.300,64**	**0,00**	**-1.105.408,91**	**-53.672,85**	**-12.940.382,40**	**-14.263.508,95**	**-1.323.126,55**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1221	**Ordnungsangelegenheiten FB 32**						
1.12.1221.11	Gefahrenabwehr	-1.263.529,85	230.127,57	1.607.412,15	-1.377.284,58	-1.159.786,42	-217.498,16
1.12.1221.12	Gewerbe	-677.865,17	403.652,37	1.093.530,94	-689.878,57	-753.584,63	63.706,06
1.12.1221.13	Bekämpfung der Schwarzarbeit	-262.223,70	49.614,86	426.668,55	-377.053,69	-312.315,59	-64.738,10
1.12.1221.14	Zentraler Ordnungsdienst	-839.832,45	142.833,54	1.062.076,21	-919.242,67	-897.032,31	-22.210,36
1.12.1221.15	Märkte (nicht kostenrechnend)	-149.838,64	6.572,56	182.814,15	-176.241,59	-117.141,84	-59.099,75
1.12.1221.17	Waffen und Sprengstoff	-397.802,46	43.670,53	562.473,40	-518.802,87	-426.202,54	-92.600,33
1.12.1221.21	Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr	167.469,27	2.113.874,70	1.874.931,96	238.942,74	259.755,05	-20.812,31
1.12.1221.22	Ordnungswidrigkeiten fließender Verkehr	114.278,64	1.968.800,70	2.243.520,79	-274.720,09	702.551,30	-977.271,39
1.12.1221.23	Sonstige Ordnungswidrigkeiten	-749.224,66	211.792,19	970.013,60	-758.221,41	-845.124,35	86.902,94
1.12.1221.31	Beförderung von Personen und Gütern	226,12	20.892,50	99.406,29	-78.513,79	-84.414,49	5.900,70
1.12.1221.32	Register- und Sonderaufgaben	-176.468,46	2.396,75	202.363,67	-199.966,92	-178.887,62	-21.079,30
1.12.1221.33	Fahrerlaubniserteilung und Führerscheine	-101.185,78	341.958,74	427.648,94	-85.690,20	-95.392,90	9.702,70
1.12.1221.34	Fahrerlaubnisinhaber und Neuerteilung	-356.027,37	100.638,67	425.298,54	-324.659,87	-355.193,43	30.533,56
1.12.1221.35	Fahrlehrer, Fahrschulen, andere Stellen	-72.332,98	6.035,30	75.097,98	-69.062,68	-80.760,46	11.697,78

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12.1221.36	Zulassungen	448.068,30	2.342.968,78	2.109.377,81	233.590,97	363.616,40	-130.025,43
1.12.1221.37	Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-523.091,89	200.512,78	753.081,21	-552.568,43	-517.365,00	-35.203,43
1.12.1221.41	Meldewesen	-1.651.183,15	363.626,91	1.749.138,09	-1.385.511,18	-1.404.651,70	19.140,52
1.12.1221.42	Personalausweis- und Passangelegenheiten	-1.025.992,11	1.342.661,81	2.685.223,87	-1.342.562,06	-761.423,52	-581.138,54
1.12.1221.43	Service- (Pflicht-) Leistungen	-15.683,43	310.292,70	450.337,27	-140.044,57	27.157,22	-167.201,79
1.12.1221.45	Aufenthalt	-1.495.171,01	585.975,65	2.242.537,22	-1.656.561,57	-1.664.926,70	8.365,13
1.12.1221.47	Staatsangehörigkeit, Einbürgerungen	-321.195,87	84.235,50	413.548,16	-329.312,66	-269.312,58	-60.000,08
1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	-663.996,66	122.592,81	804.030,07	-681.437,26	-677.108,57	-4.328,69
1.12.1221.52	Verbraucherschutz	-1.051.572,37	77.899,80	1.304.275,20	-1.226.375,40	-1.102.154,75	-124.220,65
1.12.1221.61	Beurkundung von Geburten u. Sterbefällen	-353.822,96	70.145,10	472.103,15	-401.958,05	-305.289,39	-96.668,66
1.12.1221.62	Eheschließungen	-543.726,29	139.431,66	735.772,08	-596.340,42	-575.920,96	-20.419,46
1.12.1221.63	Namensangelegenheiten	-14.164,94	3.318,75	20.645,85	-17.327,10	-17.935,47	608,37
1.12.1221.64	Besondere Beurkundungen	-124.797,34	55.033,90	184.107,74	-129.073,84	-122.345,17	-6.728,67
1.12.1221.65	Sonstige Serviceleistungen	-299.394,66	177.901,71	543.974,52	-366.072,81	-327.924,10	-38.148,71
Summe Produktgruppe		**-12.400.081,87**	**11.519.458,84**	**25.721.409,41**	**-14.201.950,57**	**-11.699.114,52**	**-2.502.836,05**
1.53	***Ver- und Entsorgung***						
1.53.5371	**Tierkörperbeseitigung**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.53.5371.02	Tierkörperbeseitigung	-477.438,81	2.701,50	93.391,61	-90.690,11	-96.429,10	5.738,99
Summe Produktgruppe		**-477.438,81**	**2.701,50**	**93.391,61**	**-90.690,11**	**-96.429,10**	**5.738,99**
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5733	**Allgemeine Einrichtungen FB 32**						
1.57.5733.02	Märkte (kostenrechnend)	18.455,78	245.957,05	216.825,32	29.131,73	14.242,98	14.888,75
Summe Produktgruppe		**18.455,78**	**245.957,05**	**216.825,32**	**29.131,73**	**14.242,98**	**14.888,75**
Summe Teilhaushalt		**-12.859.064,90**	**11.768.117,39**	**26.031.626,34**	**-14.263.508,95**	**-11.781.300,64**	**-2.482.208,31**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1221.12 - Gewerbe						
Gewerbemeldungen	Anzahl	Summe	4.503,0	4.161,0	4.200,0	-39,0
Gewerberegisterauskünfte	Anzahl	Summe	2.966,0	3.038,0	3.600,0	-562,0
1.12.1221.13 - Bekämpfung der Schwarzarbeit						
Ermittlungsverfahren	Anzahl	Summe	170,0	276,0	300,0	-24,0
1.12.1221.21 - Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr						
Owi-Verfahren	Anzahl	Summe	127.790,0	130.949,0	150.000,0	-19.051,0
1.12.1221.36 - Zulassungen						
Gesamtbestand zugelassener Fahrzeuge	Anzahl	Summe	159.567,0	164.785,0	150.000,0	14.785,0
Neuzulassungen	Anzahl	Summe	25.222,0	25.782,0	20.000,0	5.782,0
1.12.1221.42 - Personalausweis- und Passangelegenheiten						
Personalausweis	Anzahl	Summe	26.260,0	26.311,0	24.000,0	2.311,0
1.12.1221.45 - Aufenthalt						
Aufenthaltstitel	Anzahl	Summe	5.985,0	6.502,0	6.500,0	2,0
1.12.1221.52 - Verbraucherschutz						
Betriebskontrollen	Anzahl	Summe	706,0	975,0	1.000,0	-25,0
Planproben	Anzahl	Summe	485,0	535,0	300,0	235,0
1.12.1221.62 - Eheschließungen						
Anmeld. Eheschließungen/Lebenspartnersch.	Anzahl	Summe	1.672,0	1.406,0	1.550,0	-144,0
Beurk. Eheschließungen/Lebenspartnersch.	Anzahl	Summe	1.316,0	1.248,0	1.250,0	-2,0

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**11.260.332,26**	**11.537.090,36**	**11.979.200,00**	**-442.109,64**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**18.572.023,98**	**19.505.653,47**	**18.412.100,00**	**+1.093.553,47**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-7.311.691,72**	**-7.968.563,11**	**-6.432.900,00**	**-1.535.663,11**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	72.272,80	65.205,20	57.200,00	+8.005,20	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**72.272,80**	**65.205,20**	**57.200,00**	**+8.005,20**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-72.272,80**	**-65.205,20**	**-57.200,00**	**-8.005,20**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-7.383.964,52**	**-8.033.768,31**	**-6.490.100,00**	**-1.543.668,31**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-7.383.964,52**	**-8.033.768,31**	**-6.490.100,00**	**-1.543.668,31**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 32 Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit**

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächti-gungen [1] - Euro -	Ermächtigun-gen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamter-mächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**11.260.332,26**	**11.979.200,00**	**0,00**	**10.201,81**	**-58.701,00**	**11.930.700,81**	**11.537.090,36**	**-393.610,45**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**18.572.023,98**	**18.412.100,00**	**0,00**	**1.020.023,43**	**90.645,97**	**19.522.769,40**	**19.505.653,47**	**-17.115,93**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-7.311.691,72**	**-6.432.900,00**	**0,00**	**-1.009.821,62**	**-149.346,97**	**-7.592.068,59**	**-7.968.563,11**	**-376.494,52**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	72.272,80	57.200,00	0,00	11.700,00	14.470,62	83.370,62	65.205,20	-18.165,42
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**72.272,80**	**57.200,00**	**0,00**	**11.700,00**	**14.470,62**	**83.370,62**	**65.205,20**	**-18.165,42**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-72.272,80**	**-57.200,00**	**0,00**	**-11.700,00**	**-14.470,62**	**-83.370,62**	**-65.205,20**	**+18.165,42**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-7.383.964,52**	**-6.490.100,00**	**0,00**	**-1.021.521,62**	**-163.817,59**	**-7.675.439,21**	**-8.033.768,31**	**-358.329,10**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-7.383.964,52**	**-6.490.100,00**	**0,00**	**-1.021.521,62**	**-163.817,59**	**-7.675.439,21**	**-8.033.768,31**	**-358.329,10**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 37

Feuerwehr

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	147.484,53	159.655,28	344.000,00	-184.344,72	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	283.421,85	314.372,61	285.457,00	+28.915,61	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	15.239.133,26	13.961.088,50	16.053.500,00	-2.092.411,50	-
6	Privatrechtliche Entgelte	54.966,97	120.628,88	58.800,00	+61.828,88	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.520.302,77	1.594.439,52	1.557.300,00	+37.139,52	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**17.245.309,38**	**16.150.184,79**	**18.299.057,00**	**-2.148.872,21**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	23.315.687,06	27.118.802,39	24.593.231,00	+2.525.571,39	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	6.169.486,75	6.643.452,49	6.313.100,00	+330.352,49	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.932.707,69	2.339.914,80	2.020.100,00	+319.814,80	0,00
16	Abschreibungen	1.681.439,00	1.585.886,28	2.006.374,38	-420.488,10	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.620,13	2.998,11	12.000,00	-9.001,89	0,00
18	Transferaufwendungen	40.516,00	42.896,00	39.400,00	+3.496,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.573.857,64	14.476.062,16	14.494.300,00	-18.237,84	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**46.721.314,27**	**52.210.012,23**	**49.478.505,38**	**+2.731.506,85**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-29.476.004,89**	**-36.059.827,44**	**-31.179.448,38**	**-4.880.379,06**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	204.761,19	132.404,25	0,00	+132.404,25	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	108.468,60	152.431,80	0,00	+152.431,80	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**96.292,59**	**-20.027,55**	**0,00**	**-20.027,55**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-29.379.712,30**	**-36.079.854,99**	**-31.179.448,38**	**-4.900.406,61**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.535.777,82	1.544.525,19	1.499.666,00	+44.859,19	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.535.777,82**	**-1.544.525,19**	**-1.499.666,00**	**-44.859,19**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-30.915.490,12**	**-37.624.380,18**	**-32.679.114,38**	**-4.945.265,80**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	147.484,53	344.000,00	0,00	600,00	0,00	344.600,00	159.655,28	-184.944,72
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	283.421,85	285.457,00	0,00	0,00	0,00	285.457,00	314.372,61	+28.915,61
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	15.239.133,26	16.053.500,00	0,00	0,00	0,00	16.053.500,00	13.961.088,50	-2.092.411,50
6	Privatrechtliche Entgelte	54.966,97	58.800,00	0,00	0,00	0,00	58.800,00	120.628,88	+61.828,88
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.520.302,77	1.557.300,00	0,00	0,00	0,00	1.557.300,00	1.594.439,52	+37.139,52
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**17.245.309,38**	**18.299.057,00**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**18.299.657,00**	**16.150.184,79**	**-2.149.472,21**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	23.315.687,06	24.593.231,00	0,00	613.751,87	0,00	25.206.982,87	27.118.802,39	+1.911.819,52
14	Versorgungsaufwendungen	6.169.486,75	6.313.100,00	0,00	330.352,49	0,00	6.643.452,49	6.643.452,49	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.932.707,69	2.020.100,00	0,00	156.545,82	163.268,98	2.339.914,80	2.339.914,80	0,00
16	Abschreibungen	1.681.439,00	2.006.374,38	0,00	0,00	0,00	2.006.374,38	1.585.886,28	-420.488,10
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.620,13	12.000,00	0,00	-9.001,89	0,00	2.998,11	2.998,11	0,00
18	Transferaufwendungen	40.516,00	39.400,00	0,00	3.496,00	0,00	42.896,00	42.896,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.573.857,64	14.494.300,00	0,00	-25.196,44	36.885,24	14.505.988,80	14.476.062,16	-29.926,64
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**46.721.314,27**	**49.478.505,38**	**0,00**	**1.069.947,85**	**200.154,22**	**50.748.607,45**	**52.210.012,23**	**+1.461.404,78**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-29.476.004,89**	**-31.179.448,38**	**0,00**	**-1.069.347,85**	**-200.154,22**	**-32.448.950,45**	**-36.059.827,44**	**-3.610.876,99**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22 Außerordentliche Erträge	204.761,19	0,00	0,00	104.346,34	0,00	104.346,34	132.404,25	+28.057,91
23 Außerordentliche Aufwendungen	108.468,60	0,00	0,00	135.333,30	17.132,32	152.465,62	152.431,80	-33,82
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**96.292,59**	**0,00**	**0,00**	**-30.986,96**	**-17.132,32**	**-48.119,28**	**-20.027,55**	**+28.091,73**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-29.379.712,30**	**-31.179.448,38**	**0,00**	**-1.100.334,81**	**-217.286,54**	**-32.497.069,73**	**-36.079.854,99**	**-3.582.785,26**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -								
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.535.777,82	1.499.666,00	0,00	0,00	0,00	1.499.666,00	1.544.525,19	+44.859,19
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-1.535.777,82**	**-1.499.666,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.499.666,00**	**-1.544.525,19**	**-44.859,19**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-30.915.490,12**	**-32.679.114,38**	**0,00**	**-1.100.334,81**	**-217.286,54**	**-33.996.735,73**	**-37.624.380,18**	**-3.627.644,45**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 37 Feuerwehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1260	**Brandschutz**						
1.12.1260.02	Technische Hilfeleistung	0,00	0,00	241,00	-241,00	0,00	-241,00
1.12.1260.11	Gefahrenabwehr Berufsfeuerwehr	-18.027.595,35	380.352,05	20.981.751,97	-20.601.399,92	-20.163.174,88	-438.225,04
1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung Berufsfeuerwehr	-1.227.963,27	1.585.330,73	3.184.151,59	-1.598.820,86	-801.914,71	-796.906,15
1.12.1260.13	Leitstelle	-5.193.873,91	862.809,73	6.964.096,65	-6.101.286,92	-5.589.648,46	-511.638,46
1.12.1260.14	Service	-1.566.261,17	154.104,32	1.636.341,08	-1.482.236,76	-1.309.002,41	-173.234,35
1.12.1260.21	Freiwillige Feuerwehr	-3.614.753,09	115.555,67	4.178.398,56	-4.062.842,89	-3.014.128,57	-1.048.714,32
Summe Produktgruppe		**-29.630.446,79**	**3.098.152,50**	**36.944.980,85**	**-33.846.828,35**	**-30.877.869,03**	**-2.968.959,32**
1.12.1270	**Rettungsdienst**						
1.12.1270.11	Notfallrettung	384.336,78	7.116.189,18	7.929.566,98	-813.377,80	2.785.243,38	-3.598.621,18
1.12.1270.12	Notarzteinsatz	1.206.512,39	2.538.376,04	2.048.296,58	490.079,46	-831.789,06	1.321.868,52
1.12.1270.13	Krankentransport	-2.451.739,50	3.510.171,60	6.568.554,61	-3.058.383,01	-3.386.584,60	328.201,59
Summe Produktgruppe		**-860.890,33**	**13.164.736,82**	**16.546.418,17**	**-3.381.681,35**	**-1.433.130,28**	**-1.948.551,07**
1.12.1280	**Abwehr Großschadenslagen/Katastrophen**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 37 Feuerwehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.12.1280.11	Großschadensereignisse	-424.153,00	19.699,72	415.570,20	-395.870,48	-368.115,07	-27.755,41
Summe Produktgruppe		**-424.153,00**	**19.699,72**	**415.570,20**	**-395.870,48**	**-368.115,07**	**-27.755,41**
Summe Teilhaushalt		**-30.915.490,12**	**16.282.589,04**	**53.906.969,22**	**-37.624.380,18**	**-32.679.114,38**	**-4.945.265,80**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 37 Feuerwehr

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1260.13 - Leitstelle						
Dokumentierte Leitstellenvorgänge			259.773,0	245.393,0	260.000,0	-14.607,0
1.12.1260.X1 - Gefahrenabwehr						
Einsätze Brandbekämpfung		Summe	1.034,0	1.378,0	1.270,0	108,0
Einsätze Technische Hilfeleistung		Summe	3.371,0	2.399,0	2.610,0	-211,0
Schutzzielerreichungsgrad Stufe 1	%	Durchschnitt	71,5	74,0	100,0	-26,0
Tote durch Brand		Summe	1,0	1,0	0,0	1,0
Zeit bis zum Ausrücken Löschzug	Min.	Durchschnitt	2,61	2,65	2,5	0,2
Zeit bis zum Ausrücken Rettungsw.	Min.	Durchschnitt	3,16	3,65	3,0	0,7
1.12.1270.11 - Notfallrettung						
Notfallrettung			31.800,0	32.162,0	30.600,0	1.562,0
1.12.1280.11 - Großschadensereignisse						
Aufwendungen je 1.000 Einwohner			1.750,0	1.660,0	1.520,0	140,0

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 37 Feuerwehr**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**17.438.794,64**	**15.781.611,51**	**18.015.900,00**	**-2.234.288,49**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**39.522.616,85**	**42.933.666,85**	**41.533.200,00**	**+1.400.466,85**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-22.083.822,21**	**-27.152.055,34**	**-23.517.300,00**	**-3.634.755,34**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	567.052,85	548.392,61	400.000,00	+148.392,61	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	67.200,34	31.942,00	21.000,00	+10.942,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**634.253,19**	**580.334,61**	**421.000,00**	**+159.334,61**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	90.724,83	95.346,85	0,00	+95.346,85	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	854.667,27	1.360.476,55	3.083.200,00	-1.722.723,45	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**945.392,10**	**1.455.823,40**	**3.083.200,00**	**-1.627.376,60**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-311.138,91**	**-875.488,79**	**-2.662.200,00**	**+1.786.711,21**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-22.394.961,12**	**-28.027.544,13**	**-26.179.500,00**	**-1.848.044,13**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-22.394.961,12**	**-28.027.544,13**	**-26.179.500,00**	**-1.848.044,13**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 37 Feuerwehr**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**17.438.794,64**	**18.015.900,00**	**0,00**	**104.946,34**	**0,00**	**18.120.846,34**	**15.781.611,51**	**-2.339.234,83**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**39.522.616,85**	**41.533.200,00**	**0,00**	**882.226,01**	**904.450,92**	**43.319.876,93**	**42.933.666,85**	**-386.210,08**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-22.083.822,21**	**-23.517.300,00**	**0,00**	**-777.279,67**	**-904.450,92**	**-25.199.030,59**	**-27.152.055,34**	**-1.953.024,75**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	567.052,85	400.000,00	0,00	0,00	0,00	400.000,00	548.392,61	+148.392,61
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	67.200,34	21.000,00	0,00	0,00	0,00	21.000,00	31.942,00	+10.942,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**634.253,19**	**421.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**421.000,00**	**580.334,61**	**+159.334,61**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	90.724,83	0,00	0,00	95.346,85	0,00	95.346,85	95.346,85	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	854.667,27	3.083.200,00	0,00	302.037,90	2.260.626,87	5.645.864,77	1.360.476,55	-4.285.388,22
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**945.392,10**	**3.083.200,00**	**0,00**	**397.384,75**	**2.260.626,87**	**5.741.211,62**	**1.455.823,40**	**-4.285.388,22**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-311.138,91**	**-2.662.200,00**	**0,00**	**-397.384,75**	**-2.260.626,87**	**-5.320.211,62**	**-875.488,79**	**+4.444.722,83**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-22.394.961,12**	**-26.179.500,00**	**0,00**	**-1.174.664,42**	**-3.165.077,79**	**-30.519.242,21**	**-28.027.544,13**	**+2.491.698,08**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-22.394.961,12**	**-26.179.500,00**	**0,00**	**-1.174.664,42**	**-3.165.077,79**	**-30.519.242,21**	**-28.027.544,13**	**+2.491.698,08**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 40

Schule *(einschl. Stabsstelle 0400)*

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	1.290.108,32	1.400.861,29	1.243.000,00	+157.861,29	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	98.410,00	97.601,00	98.440,00	-839,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	118.672,88	123.357,86	116.000,00	+7.357,86	-
6	Privatrechtliche Entgelte	10.469,57	8.502,53	7.900,00	+602,53	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.167.909,09	6.800.641,54	4.032.000,00	+2.768.641,54	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.685.569,86**	**8.430.964,22**	**5.497.340,00**	**+2.933.624,22**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	6.464.456,13	7.480.720,02	6.617.279,00	+863.441,02	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	517.420,06	573.643,74	521.600,00	+52.043,74	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.573.604,61	3.189.113,10	4.370.900,00	-1.181.786,90	0,00
16	Abschreibungen	1.787.428,64	1.782.880,79	2.194.541,62	-411.660,83	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	208.619,74	1.144.223,37	429.250,00	+714.973,37	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.656.855,03	50.854.663,44	51.072.300,00	-217.636,56	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**62.208.384,21**	**65.025.244,46**	**65.205.870,62**	**-180.626,16**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-58.522.814,35**	**-56.594.280,24**	**-59.708.530,62**	**+3.114.250,38**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	32.949,49	201.722,94	5.000,00	+196.722,94	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	51.490,08	31.470,39	20.000,00	+11.470,39	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-18.540,59**	**170.252,55**	**-15.000,00**	**+185.252,55**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-58.541.354,94**	**-56.424.027,69**	**-59.723.530,62**	**+3.299.502,93**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.014.381,50	1.012.556,60	960.700,00	+51.856,60	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.975.265,04	2.845.736,86	2.945.663,00	-99.926,14	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.960.883,54**	**-1.833.180,26**	**-1.984.963,00**	**+151.782,74**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-60.502.238,48**	**-58.257.207,95**	**-61.708.493,62**	**+3.451.285,67**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	1.290.108,32	1.243.000,00	0,00	0,00	0,00	1.243.000,00	1.400.861,29	+157.861,29
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	98.410,00	98.440,00	0,00	0,00	0,00	98.440,00	97.601,00	-839,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	118.672,88	116.000,00	0,00	0,00	0,00	116.000,00	123.357,86	+7.357,86
6 Privatrechtliche Entgelte	10.469,57	7.900,00	0,00	0,00	0,00	7.900,00	8.502,53	+602,53
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.167.909,09	4.032.000,00	0,00	803.333,63	0,00	4.835.333,63	6.800.641,54	+1.965.307,91
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**3.685.569,86**	**5.497.340,00**	**0,00**	**803.333,63**	**0,00**	**6.300.673,63**	**8.430.964,22**	**+2.130.290,59**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	6.464.456,13	6.617.279,00	0,00	684.209,36	0,00	7.301.488,36	7.480.720,02	+179.231,66
14 Versorgungsaufwendungen	517.420,06	521.600,00	0,00	52.043,74	0,00	573.643,74	573.643,74	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.573.604,61	4.370.900,00	0,00	-516.012,71	3.483.444,24	7.338.331,53	3.189.113,10	-4.149.218,43
16 Abschreibungen	1.787.428,64	2.194.541,62	0,00	0,00	0,00	2.194.541,62	1.782.880,79	-411.660,83
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	208.619,74	429.250,00	0,00	706.500,00	100.000,00	1.235.750,00	1.144.223,37	-91.526,63
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.656.855,03	51.072.300,00	0,00	108.537,50	149.785,52	51.330.623,02	50.854.663,44	-475.959,58
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**62.208.384,21**	**65.205.870,62**	**0,00**	**1.035.277,89**	**3.733.229,76**	**69.974.378,27**	**65.025.244,46**	**-4.949.133,81**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-58.522.814,35**	**-59.708.530,62**	**0,00**	**-231.944,26**	**-3.733.229,76**	**-63.673.704,64**	**-56.594.280,24**	**+7.079.424,40**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	32.949,49	5.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	201.722,94	+196.722,94
23	Außerordentliche Aufwendungen	51.490,08	20.000,00	0,00	520,44	0,00	20.520,44	31.470,39	+10.949,95
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-18.540,59**	**-15.000,00**	**0,00**	**-520,44**	**0,00**	**-15.520,44**	**170.252,55**	**+185.772,99**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-58.541.354,94**	**-59.723.530,62**	**0,00**	**-232.464,70**	**-3.733.229,76**	**-63.689.225,08**	**-56.424.027,69**	**+7.265.197,39**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.014.381,50	960.700,00	0,00	0,00	0,00	960.700,00	1.012.556,60	+51.856,60
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.975.265,04	2.945.663,00	0,00	0,00	0,00	2.945.663,00	2.845.736,86	-99.926,14
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.960.883,54**	**-1.984.963,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.984.963,00**	**-1.833.180,26**	**+151.782,74**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-60.502.238,48**	**-61.708.493,62**	**0,00**	**-232.464,70**	**-3.733.229,76**	**-65.674.188,08**	**-58.257.207,95**	**+7.416.980,13**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.21	***Schulträgeraufgaben***						
1.21.2110	**Grundschulen**						
1.21.2110.10	Schule	-15.268.646,44	128.195,83	15.059.507,51	-14.931.311,68	-15.834.191,30	902.879,62
1.21.2110.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	7.359,67	-7.359,67	0,00	-7.359,67
Summe Produktgruppe		**-15.268.646,44**	**128.195,83**	**15.066.867,18**	**-14.938.671,35**	**-15.834.191,30**	**895.519,95**
1.21.2120	**Hauptschulen**						
1.21.2120.10	Schule	-703.831,73	11.675,20	695.537,20	-683.862,00	-700.721,15	16.859,15
Summe Produktgruppe		**-703.831,73**	**11.675,20**	**695.537,20**	**-683.862,00**	**-700.721,15**	**16.859,15**
1.21.2130	**Kombinierte Grund- und Hauptschulen**						
1.21.2130.10	Schule	-1.293.969,92	16.275,49	1.353.039,06	-1.336.763,57	-1.233.577,20	-103.186,37
1.21.2130.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	747,31	-747,31	0,00	-747,31
Summe Produktgruppe		**-1.293.969,92**	**16.275,49**	**1.353.786,37**	**-1.337.510,88**	**-1.233.577,20**	**-103.933,68**
1.21.2150	**Realschulen**						
1.21.2150.10	Schule	-3.472.075,60	48.463,87	3.293.598,92	-3.245.135,05	-3.651.502,85	406.367,80
1.21.2150.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	1.319,83	-1.319,83	0,00	-1.319,83

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-3.472.075,60**	**48.463,87**	**3.294.918,75**	**-3.246.454,88**	**-3.651.502,85**	**405.047,97**
1.21.2170	**Gymnasien, Kollegs**						
1.21.2170.10	Schule	-10.027.067,10	2.539.958,36	11.261.358,45	-8.721.400,09	-9.809.822,68	1.088.422,59
1.21.2170.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	6.201,20	-6.201,20	0,00	-6.201,20
Summe Produktgruppe		**-10.027.067,10**	**2.539.958,36**	**11.267.559,65**	**-8.727.601,29**	**-9.809.822,68**	**1.082.221,39**
1.21.2180	**Gesamtschulen**						
1.21.2180.10	Schule	-8.208.757,63	300.322,57	9.402.770,63	-9.102.448,06	-8.221.546,15	-880.901,91
1.21.2180.12	Sächl. Ausstattung	0,00	164,82	1.524,15	-1.359,33	0,00	-1.359,33
Summe Produktgruppe		**-8.208.757,63**	**300.487,39**	**9.404.294,78**	**-9.103.807,39**	**-8.221.546,15**	**-882.261,24**
1.21.2210	**Förderschulen**						
1.21.2210.10	Schule	-2.607.003,18	701.327,93	2.725.530,49	-2.024.202,56	-2.219.782,75	195.580,19
1.21.2210.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	384,37	-384,37	0,00	-384,37
Summe Produktgruppe		**-2.607.003,18**	**701.327,93**	**2.725.914,86**	**-2.024.586,93**	**-2.219.782,75**	**195.195,82**
1.21.2310	**Berufliche Schulen**						
1.21.2310.10	Schule	-8.259.171,07	3.417.934,07	8.529.284,01	-5.111.349,94	-7.415.682,13	2.304.332,19

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.21.2310.12	Sächl. Ausstattung	0,00	0,00	3.380,99	-3.380,99	0,00	-3.380,99
1.21.2310.21	IT	-4.989,10	0,00	8.805,32	-8.805,32	0,00	-8.805,32
Summe Produktgruppe		**-8.264.160,17**	**3.417.934,07**	**8.541.470,32**	**-5.123.536,25**	**-7.415.682,13**	**2.292.145,88**
1.21.2410	**Schülerbeförderung**						
1.21.2410.13	Schülerbeförderung	-8.386.895,17	2.435,75	9.507.638,96	-9.505.203,21	-9.666.831,05	161.627,84
Summe Produktgruppe		**-8.386.895,17**	**2.435,75**	**9.507.638,96**	**-9.505.203,21**	**-9.666.831,05**	**161.627,84**
1.21.2430	**Sonstige schulische Aufgaben**						
1.21.2430.01	Personelle Ausstattung	-248.518,67	0,00	390.562,26	-390.562,26	-290.505,66	-100.056,60
1.21.2430.02	Finanzielle Ausstattung	-447.867,46	0,00	580.642,65	-580.642,65	-465.589,01	-115.053,64
1.21.2430.10	Schule	384.532,81	917.761,02	383.883,00	533.878,02	188.786,77	345.091,25
1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	-1.385.560,76	34.489,78	2.184.070,04	-2.149.580,26	-1.686.065,15	-463.515,11
1.21.2430.12	Sächl. Ausstattung	-217.675,20	2.664,14	234.246,60	-231.582,46	-203.878,47	-27.703,99
1.21.2430.14	Schulraumvergabe	796.739,51	1.037.354,03	287.748,73	749.605,30	788.626,99	-39.021,69
1.21.2430.18	Schulleiterbesetzungen	-2.070,06	0,24	16.914,63	-16.914,39	-1.446,21	-15.468,18
1.21.2430.19	Geschäftstelle Stadteltern-, -schülerrat	-4.886,35	0,00	10.578,79	-10.578,79	-6.806,37	-3.772,42
1.21.2430.21	IT	-512.408,46	387.604,00	1.196.832,76	-809.228,76	-503.514,92	-305.713,84

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 40 Schule

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.21.2430.22	Medienzentrum	-491.316,90	98.616,66	569.123,65	-470.506,99	-545.194,33	74.687,34
Summe Produktgruppe		**-2.129.031,54**	**2.478.489,87**	**5.854.603,11**	**-3.376.113,24**	**-2.725.586,36**	**-650.526,88**
1.25	***Kultur***						
1.25.2732	**Förderung der Erwachsenenbildung**						
1.25.2732.02	Zuwendungen im Bildungsbereich	-140.800,00	0,00	189.860,53	-189.860,53	-229.250,00	39.389,47
Summe Produktgruppe		**-140.800,00**	**0,00**	**189.860,53**	**-189.860,53**	**-229.250,00**	**39.389,47**
Summe Teilhaushalt		**-60.502.238,48**	**9.645.243,76**	**67.902.451,71**	**-58.257.207,95**	**-61.708.493,62**	**3.451.285,67**

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 40 Schule

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.21.2410.13 - Schülerbeförderung						
Zu befördernde Kinder			10.962,0	10.606,0	11.050,0	-444,0
1.21.2430.11 - Schulentwicklung und -organisation						
Schulen		Summe	70,0	70,0	71,0	-1,0
1.21.2XXX.10 - Schule						
Schüler			34.941,0	34.478,5	35.000,0	-521,5

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 40 Schule**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**3.998.904,78**	**8.247.212,88**	**5.403.900,00**	**+2.843.312,88**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**59.981.317,33**	**60.932.616,49**	**62.555.250,00**	**-1.622.633,51**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-55.982.412,55**	**-52.685.403,61**	**-57.151.350,00**	**+4.465.946,39**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.558.334,06	1.434.885,83	1.582.600,00	-147.714,17	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.558.334,06**	**1.434.885,83**	**1.582.600,00**	**-147.714,17**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.558.334,06**	**-1.434.885,83**	**-1.582.600,00**	**+147.714,17**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-57.540.746,61**	**-54.120.289,44**	**-58.733.950,00**	**+4.613.660,56**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-57.540.746,61**	**-54.120.289,44**	**-58.733.950,00**	**+4.613.660,56**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 40 Schule**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**3.998.904,78**	**5.403.900,00**	**0,00**	**803.333,63**	**1.334,23**	**6.208.567,86**	**8.247.212,88**	**+2.038.645,02**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**59.981.317,33**	**62.555.250,00**	**0,00**	**1.016.788,29**	**4.187.526,00**	**67.759.564,29**	**60.932.616,49**	**-6.826.947,80**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-55.982.412,55**	**-57.151.350,00**	**0,00**	**-213.454,66**	**-4.186.191,77**	**-61.550.996,43**	**-52.685.403,61**	**+8.865.592,82**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.558.334,06	1.582.600,00	0,00	1.328,17	1.250.608,31	2.834.536,48	1.434.885,83	-1.399.650,65
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.558.334,06**	**1.582.600,00**	**0,00**	**1.328,17**	**1.250.608,31**	**2.834.536,48**	**1.434.885,83**	**-1.399.650,65**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.558.334,06**	**-1.582.600,00**	**0,00**	**-1.328,17**	**-1.250.608,31**	**-2.834.536,48**	**-1.434.885,83**	**+1.399.650,65**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-57.540.746,61**	**-58.733.950,00**	**0,00**	**-214.782,83**	**-5.436.800,08**	**-64.385.532,91**	**-54.120.289,44**	**+10.265.243,47**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-57.540.746,61**	**-58.733.950,00**	**0,00**	**-214.782,83**	**-5.436.800,08**	**-64.385.532,91**	**-54.120.289,44**	**+10.265.243,47**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Kultur und Wissenschaft

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Kultur und Wissenschaft

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	329.075,11	302.205,51	244.000,00	+58.205,51	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	13.573,18	13.429,00	13.045,00	+384,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	1.210.690,80	1.216.793,51	1.222.000,00	-5.206,49	-
6	Privatrechtliche Entgelte	178.517,52	233.048,53	150.500,00	+82.548,53	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.156,94	49.611,39	20.000,00	+29.611,39	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	2,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.785.015,55**	**1.815.087,94**	**1.649.545,00**	**+165.542,94**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	9.495.129,35	9.808.416,61	9.793.739,00	+14.677,61	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	498.373,46	505.943,53	499.400,00	+6.543,53	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.296.973,30	2.438.478,78	2.920.900,00	-482.421,22	0,00
16	Abschreibungen	1.193.714,77	953.208,46	546.750,40	+406.458,06	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	12.770.325,09	13.289.800,87	12.971.973,00	+317.827,87	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.434.697,63	4.594.391,07	4.806.327,00	-211.935,93	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**30.689.213,60**	**31.590.239,32**	**31.539.089,40**	**+51.149,92**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-28.904.198,05**	**-29.775.151,38**	**-29.889.544,40**	**+114.393,02**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Kultur und Wissenschaft

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22 Außerordentliche Erträge	5.653,16	0,00	0,00	0,00	-
23 Außerordentliche Aufwendungen	5.101,37	18.079,13	0,00	+18.079,13	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**551,79**	**-18.079,13**	**0,00**	**-18.079,13**	**-**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-28.903.646,26**	**-29.793.230,51**	**-29.889.544,40**	**+96.313,89**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -					
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.153.964,04	1.131.696,50	1.098.451,71	+33.244,79	-
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-1.153.964,04**	**-1.131.696,50**	**-1.098.451,71**	**-33.244,79**	**-**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-30.057.610,30**	**-30.924.927,01**	**-30.987.996,11**	**+63.069,10**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Kultur und Wissenschaft**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen 3) - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen 1)	329.075,11	244.000,00	0,00	76.400,00	0,00	320.400,00	302.205,51	-18.194,49
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	13.573,18	13.045,00	0,00	0,00	0,00	13.045,00	13.429,00	+384,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte 2)	1.210.690,80	1.222.000,00	0,00	14.100,00	0,00	1.236.100,00	1.216.793,51	-19.306,49
6	Privatrechtliche Entgelte	178.517,52	150.500,00	0,00	6.940,00	0,00	157.440,00	233.048,53	+75.608,53
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.156,94	20.000,00	0,00	0,00	0,00	20.000,00	49.611,39	+29.611,39
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.785.015,55**	**1.649.545,00**	**0,00**	**97.440,00**	**0,00**	**1.746.985,00**	**1.815.087,94**	**+68.102,94**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	9.495.129,35	9.793.739,00	0,00	-108.547,88	0,00	9.685.191,12	9.808.416,61	+123.225,49
14	Versorgungsaufwendungen	498.373,46	499.400,00	0,00	6.543,53	0,00	505.943,53	505.943,53	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.296.973,30	2.920.900,00	0,00	107.408,59	383.866,41	3.412.175,00	2.438.478,78	-973.696,22
16	Abschreibungen	1.193.714,77	546.750,40	0,00	0,00	0,00	546.750,40	953.208,46	+406.458,06
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	12.770.325,09	12.971.973,00	0,00	0,00	429.600,00	13.401.573,00	13.289.800,87	-111.772,13
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.434.697,63	4.806.327,00	0,00	-66.635,03	21.576,04	4.761.268,01	4.594.391,07	-166.876,94
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**30.689.213,60**	**31.539.089,40**	**0,00**	**-61.230,79**	**835.042,45**	**32.312.901,06**	**31.590.239,32**	**-722.661,74**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-28.904.198,05**	**-29.889.544,40**	**0,00**	**158.670,79**	**-835.042,45**	**-30.565.916,06**	**-29.775.151,38**	**+790.764,68**

1) nicht für Investitionstätigkeit

2) ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

3) zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Kultur und Wissenschaft**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	5.653,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	5.101,37	0,00	0,00	3.427,13	0,00	3.427,13	18.079,13	+14.652,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**551,79**	**0,00**	**0,00**	**-3.427,13**	**0,00**	**-3.427,13**	**-18.079,13**	**-14.652,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-28.903.646,26**	**-29.889.544,40**	**0,00**	**155.243,66**	**-835.042,45**	**-30.569.343,19**	**-29.793.230,51**	**+776.112,68**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.153.964,04	1.098.451,71	0,00	0,00	0,00	1.098.451,71	1.131.696,50	+33.244,79
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.153.964,04**	**-1.098.451,71**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.098.451,71**	**-1.131.696,50**	**-33.244,79**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-30.057.610,30**	**-30.987.996,11**	**0,00**	**155.243,66**	**-835.042,45**	**-31.667.794,90**	**-30.924.927,01**	**+742.867,89**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Kultur und Wissenschaft**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25	***Kultur***						
1.25.2500	**Verwaltung kultureller Angelegenheiten**						
1.25.2500.01	Sonstige Dienstleistungen	-265.448,77	0,00	286.794,20	-286.794,20	-247.384,81	-39.409,39
Summe Produktgruppe		**-265.448,77**	**0,00**	**286.794,20**	**-286.794,20**	**-247.384,81**	**-39.409,39**
1.25.2511	**Wissenschaft und Forschung**						
1.25.2511.01	Wissenschaftliche Angelegenheiten	-192,46	0,00	45.492,46	-45.492,46	-495.082,57	449.590,11
1.25.2511.04	Kulturelle Projekte Erinnerungskultur	-107.589,49	1.207,80	48.325,28	-47.117,48	-73.416,57	26.299,09
1.25.2511.07	Erinnerungskultur/Gedenkstättenkonzept	-71.200,44	0,00	63.994,86	-63.994,86	-49.579,17	-14.415,69
1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	-127.896,43	0,00	216.239,70	-216.239,70	-213.560,17	-2.679,53
1.25.2511.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Wissenschaft	-5.899,69	0,00	6.271,95	-6.271,95	-7.700,53	1.428,58
Summe Produktgruppe		**-312.778,51**	**1.207,80**	**380.324,25**	**-379.116,45**	**-839.339,01**	**460.222,56**
1.25.2512	**Literatur/Raabe-Haus (Kulturinstitut)**						
1.25.2512.01	Sonstige Dienstleistungen Literatur	-9.943,83	0,00	11.884,19	-11.884,19	-27.934,98	16.050,79
1.25.2512.04	Kulturelle Veranstaltungen Literatur	-217.628,68	48.584,92	281.103,56	-232.518,64	-201.748,37	-30.770,27
1.25.2512.09	Kontinuitätsförderung Literatur	-15.875,14	0,00	32.365,91	-32.365,91	-32.308,88	-57,03

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25.2512.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Literatur	-34.728,04	0,00	20.732,04	-20.732,04	-20.500,65	-231,39
1.25.2512.12	Preisvergaben Literatur	-209.734,35	15.002,68	228.387,45	-213.384,77	-195.404,17	-17.980,60
Summe Produktgruppe		**-487.910,04**	**63.587,60**	**574.473,15**	**-510.885,55**	**-477.897,05**	**-32.988,50**
1.25.2514	**Wissenschaft und Forschung (Stadtarchiv)**						
1.25.2514.01	Sonstige Dienstleistungen Stadtarchiv	-405.711,65	18.683,97	487.720,04	-469.036,07	-445.298,14	-23.737,93
1.25.2514.02	Bereitstellung von Archivalien	-940.034,37	15.174,11	920.143,90	-904.969,79	-980.204,01	75.234,22
1.25.2514.06	Öffentlichkeitsarbeit Archiv	-175.746,14	534,39	210.491,86	-209.957,47	-190.737,39	-19.220,08
1.25.2514.10	Projekt- und Konz.-Förderung Stadtarchiv	-5.800,00	0,00	1.300,00	-1.300,00	0,00	-1.300,00
1.25.2514.11	Forschung und Dokumentation Stadtarchiv	-387.203,49	8,26	38.972,10	-38.963,84	-33.346,97	-5.616,87
1.25.2514.14	Einmalige Großprojekte Stadtarchiv	-621,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-1.915.116,96**	**34.400,73**	**1.658.627,90**	**-1.624.227,17**	**-1.649.586,51**	**25.359,34**
1.25.2521	**Museen, Sammlungen, Ausstell. (Museum)**						
1.25.2521.01	Sonstige Dienstleistungen Museum	-508.903,34	4.859,45	486.927,03	-482.067,58	-546.669,20	64.601,62
1.25.2521.02	Bewahren	-1.017.633,09	22.213,27	1.092.466,31	-1.070.253,04	-1.138.237,30	67.984,26
1.25.2521.03	Forschen	-136.104,60	20.878,55	188.958,95	-168.080,40	-200.297,78	32.217,38
1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	-1.698.709,70	37.677,20	1.678.720,31	-1.641.043,11	-1.745.757,04	104.713,93

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2521.05	Sammeln	-34.554,25	0,00	24.057,40	-24.057,40	-41.213,98	17.156,58
1.25.2521.09	Kontinuitätsförderung Museum	-148.882,52	10.644,00	168.723,21	-158.079,21	-153.958,00	-4.121,21
Summe Produktgruppe		**-3.544.787,50**	**96.272,47**	**3.639.853,21**	**-3.543.580,74**	**-3.826.133,30**	**282.552,56**
1.25.2522	**Bildende Kunst**						
1.25.2522.01	Sonstige Dienstleistungen Bildende Kunst	-153.615,47	525,00	118.057,65	-117.532,65	-92.378,38	-25.154,27
1.25.2522.04	Kulturelle Veranstaltungen Bildende Kuns	-167.992,64	1.170,50	225.709,79	-224.539,29	-164.333,36	-60.205,93
1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	-699.391,22	0,00	759.503,48	-759.503,48	-717.971,53	-41.531,95
1.25.2522.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Bild. Kunst	-72.178,94	0,00	69.989,67	-69.989,67	-75.201,53	5.211,86
Summe Produktgruppe		**-1.093.178,27**	**1.695,50**	**1.173.260,59**	**-1.171.565,09**	**-1.049.884,80**	**-121.680,29**
1.25.2610	**Theater**						
1.25.2610.04	Eigene kulturelle Veranstalt. Theater	-58.447,49	0,00	56.978,00	-56.978,00	-61.262,90	4.284,90
1.25.2610.08	Staatstheater	-10.713.276,70	0,00	11.048.616,24	-11.048.616,24	-10.714.485,19	-334.131,05
1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	-304.786,43	0,00	309.350,70	-309.350,70	-347.542,17	38.191,47
1.25.2610.10	Projekt- u. Konzept.-Förderung Theater	-117.390,20	0,00	123.740,41	-123.740,41	-112.702,92	-11.037,49
Summe Produktgruppe		**-11.193.900,82**	**0,00**	**11.538.685,35**	**-11.538.685,35**	**-11.235.993,18**	**-302.692,17**
1.25.2620	**Musikpflege**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.25.2620.01	Sonstige Dienstleistungen Musik	-13.724,43	2,68	15.161,86	-15.159,18	-13.448,09	-1.711,09
1.25.2620.04	Eigene kulturelle Veranstaltungen Musik	-308.674,48	80.413,70	412.004,63	-331.590,93	-274.549,76	-57.041,17
1.25.2620.10	Projekt- u. Konzept.-Förderung Musik	-102.145,09	0,00	116.239,62	-116.239,62	-116.502,99	263,37
1.25.2620.12	Preisvergaben Musik (Spohr-Preis)	0,00	0,00	14.650,12	-14.650,12	-30.000,00	15.349,88
Summe Produktgruppe		**-424.544,00**	**80.416,38**	**558.056,23**	**-477.639,85**	**-434.500,84**	**-43.139,01**
1.25.2630	**Musikschulen**						
1.25.2630.10	Musikalische Ausbildung	-1.886.615,54	973.111,31	3.011.199,94	-2.038.088,63	-2.068.141,62	30.052,99
Summe Produktgruppe		**-1.886.615,54**	**973.111,31**	**3.011.199,94**	**-2.038.088,63**	**-2.068.141,62**	**30.052,99**
1.25.2720	**Büchereien**						
1.25.2720.01	Sonstige Dienstleistungen Stadtbiblioth.	49.444,35	43.585,49	172,00	43.413,49	15.000,00	28.413,49
1.25.2720.03	Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek	-6.318.565,60	347.327,87	6.461.359,93	-6.114.032,06	-5.429.315,62	-684.716,44
1.25.2720.06	Öffentlichkeitsarbeit Stadtbibliothek	-75.699,16	880,94	95.964,48	-95.083,54	-85.970,63	-9.112,91
Summe Produktgruppe		**-6.344.820,41**	**391.794,30**	**6.557.496,41**	**-6.165.702,11**	**-5.500.286,25**	**-665.415,86**
1.25.2733	**Sonstige Volksbildung**						
1.25.2733.01	Sonstige Dienstleistungen Roter Saal	-17.524,68	15.858,58	36.813,17	-20.954,59	-23.673,85	2.719,26
1.25.2733.04	Kulturelle Veranstaltungen Roter Saal	-210.720,22	22.672,33	219.800,33	-197.128,00	-213.891,72	16.763,72

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.25.2733.06	Öffentlichkeitsarbeit Roter Saal	-32.616,37	0,00	30.408,50	-30.408,50	-31.925,70	1.517,20
1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung Brunsviga/KufA	-518.273,25	0,00	690.634,73	-690.634,73	-889.785,88	199.151,15
Summe Produktgruppe		**-779.134,52**	**38.530,91**	**977.656,73**	**-939.125,82**	**-1.159.277,15**	**220.151,33**
1.25.2734	**Sonstige Volksbildung (KPW)**						
1.25.2734.01	Sonst. Dienstleistungen Kulturpunkt West	-207.571,08	28.239,80	242.305,90	-214.066,10	-237.418,12	23.352,02
1.25.2734.04	Kulturelle Veranstaltungen KPW	-161.405,02	16.753,50	169.785,61	-153.032,11	-186.014,39	32.982,28
1.25.2734.06	Öffentlichkeitsarbeit KPW	-59.711,74	0,00	33.505,71	-33.505,71	-57.433,46	23.927,75
Summe Produktgruppe		**-428.687,84**	**44.993,30**	**445.597,22**	**-400.603,92**	**-480.865,97**	**80.262,05**
1.25.2811	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**						
1.25.2811.01	Sonstige Dienstleistungen sonst. Kulturp	-18.050,33	3,48	19.661,53	-19.658,05	-17.437,58	-2.220,47
1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	-695.887,17	81.784,95	901.486,53	-819.701,58	-1.017.473,89	197.772,31
1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	-32.700,14	0,00	118.830,91	-118.830,91	-39.120,88	-79.710,03
1.25.2811.10	Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	-421.765,14	0,00	296.295,64	-296.295,64	-327.302,01	31.006,37
1.25.2811.13	Stadtteilkulturarbeit	-173.617,60	7.289,21	155.386,98	-148.097,77	-280.000,15	131.902,38
1.25.2811.14	Großprojekte sonst. Kulturpfl.	-34.565,86	0,00	452.412,04	-452.412,04	-337.371,11	-115.040,93
Summe Produktgruppe		**-1.376.586,24**	**89.077,64**	**1.944.073,63**	**-1.854.995,99**	**-2.018.705,62**	**163.709,63**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Kultur und Wissenschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.4100	**Vorleistungen FB 41**						
1.99.4100.01	Vorleistungen FB 41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Summe Teilhaushalt		**-30.053.509,42**	**1.815.087,94**	**32.746.098,81**	**-30.931.010,87**	**-30.987.996,11**	**56.985,24**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	Kultur und Wissenschaft

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.25.2514.02 - Bereitstellung von Archivalien						
Auskünfte		Summe	8.742,0	8.623,0	9.000,0	-377,0
Besucher		Summe	3.952,0	3.932,0	3.600,0	332,0
Erschlossene Archivalien		Summe	76.892,0	119.389,0	25.000,0	94.389,0
1.25.2521.XX - Bewahren/Präsentieren/Ausstellen						
Ausstellungseröffnungen		Summe	6,0	4,0	4,0	0,0
Inventarisierter Gesamtbestand		Summe	137.703,0	138.337,0	137.900,0	437,0
1.25.2610.08 - Staatstheater						
Zuschussgewährung Staatstheatervertrag		Summe	10.333.829,76	11.002.970,91	10.651.000,0	351.970,9
Zuschussgewährung Theaterformen		Summe	320.000,0			
1.25.2630.10 - Musikalische Ausbildung						
Schüler		Summe	1.695,0	1.614,0	1.650,0	-36,0
Veranstaltungen		Summe	78,0	86,0	110,0	-24,0
1.25.2720.03 - Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek						
Besucher		Summe	476.079,0	477.804,0	500.000,0	-22.196,0
Entleihungen		Summe	2.028.338,0	2.041.819,0	2.000.000,0	41.819,0
Medienerwerb		Summe	25.711,0	25.840,0	26.000,0	-160,0
1.25.2XXX.04 - Kulturelle Veranstaltungen						
Raumvermietungen		Summe	504,0	636,0	480,0	156,0
Veranstaltungen/Projekte		Summe	392,0	497,0	341,0	156,0

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	Kultur und Wissenschaft

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt						
Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.25.2XXX.12 - Preisvergaben						
Preisvergaben		Summe	2,0	2,0	2,0	0,0
1.25.2XXX.YY - Zuwendungen						
Zuschussgewährungen		Summe	2.110.495,0	2.286.509,7	2.318.473,0	-31.963,3

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Kultur und Wissenschaft**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.749.901,23**	**1.810.979,93**	**1.674.500,00**	**+136.479,93**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**29.111.592,71**	**29.817.521,00**	**30.566.700,00**	**-749.179,00**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-27.361.691,48**	**-28.006.541,07**	**-28.892.200,00**	**+885.658,93**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.045,79	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.045,79**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	128.038,25	354.108,29	365.400,00	-11.291,71	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	1.450.000,00	0,00	+1.450.000,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**128.038,25**	**1.804.108,29**	**365.400,00**	**+1.438.708,29**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-125.992,46**	**-1.804.108,29**	**-365.400,00**	**-1.438.708,29**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-27.487.683,94**	**-29.810.649,36**	**-29.257.600,00**	**-553.049,36**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-27.487.683,94**	**-29.810.649,36**	**-29.257.600,00**	**-553.049,36**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Kultur und Wissenschaft**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.749.901,23**	**1.674.500,00**	**0,00**	**97.440,00**	**-12.337,85**	**1.759.602,15**	**1.810.979,93**	**+51.377,78**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**29.111.592,71**	**30.566.700,00**	**0,00**	**-78.738,48**	**875.462,67**	**31.363.424,19**	**29.817.521,00**	**-1.545.903,19**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-27.361.691,48**	**-28.892.200,00**	**0,00**	**176.178,48**	**-887.800,52**	**-29.603.822,04**	**-28.006.541,07**	**+1.597.280,97**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.045,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**2.045,79**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	128.038,25	365.400,00	0,00	22.800,00	752.230,90	1.140.430,90	354.108,29	-786.322,61
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.450.000,00	-50.000,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**128.038,25**	**365.400,00**	**0,00**	**22.800,00**	**2.252.230,90**	**2.640.430,90**	**1.804.108,29**	**-836.322,61**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-125.992,46**	**-365.400,00**	**0,00**	**-22.800,00**	**-2.252.230,90**	**-2.640.430,90**	**-1.804.108,29**	**+836.322,61**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-27.487.683,94**	**-29.257.600,00**	**0,00**	**153.378,48**	**-3.140.031,42**	**-32.244.252,94**	**-29.810.649,36**	**+2.433.603,58**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-27.487.683,94**	**-29.257.600,00**	**0,00**	**153.378,48**	**-3.140.031,42**	**-32.244.252,94**	**-29.810.649,36**	**+2.433.603,58**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Referat 0500

Sozialreferat

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Ref. 0500 Sozialreferat

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	5.897,91	5.222,15	0,00	+5.222,15	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**5.897,91**	**5.222,15**	**0,00**	**+5.222,15**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	407.821,79	437.601,15	423.665,00	+13.936,15	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	11.098,06	11.658,74	11.100,00	+558,74	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.677,08	22.468,01	96.300,00	-73.831,99	0,00
16	Abschreibungen	1.162,71	1.686,53	711,64	+974,89	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	-47.755,11	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.871,27	34.080,53	35.600,00	-1.519,47	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**414.875,80**	**507.494,96**	**567.376,64**	**-59.881,68**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-408.977,89**	**-502.272,81**	**-567.376,64**	**+65.103,83**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Ref. 0500 Sozialreferat

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	351.244,55	185.075,30	0,00	+185.075,30	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	241.619,73	185.075,30	0,00	+185.075,30	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**109.624,82**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-299.353,07**	**-502.272,81**	**-567.376,64**	**+65.103,83**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.586,16	45.782,17	63.920,00	-18.137,83	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-49.586,16**	**-45.782,17**	**-63.920,00**	**+18.137,83**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-348.939,23**	**-548.054,98**	**-631.296,64**	**+83.241,66**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	5.897,91	0,00	0,00	5.222,15	0,00	5.222,15	5.222,15	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**5.897,91**	**0,00**	**0,00**	**5.222,15**	**0,00**	**5.222,15**	**5.222,15**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	407.821,79	423.665,00	0,00	10.784,53	0,00	434.449,53	437.601,15	+3.151,62
14	Versorgungsaufwendungen	11.098,06	11.100,00	0,00	558,74	0,00	11.658,74	11.658,74	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.677,08	96.300,00	0,00	40.027,38	295,52	136.622,90	22.468,01	-114.154,89
16	Abschreibungen	1.162,71	711,64	0,00	0,00	0,00	711,64	1.686,53	+974,89
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	-47.755,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.871,27	35.600,00	0,00	-6.084,43	8.430,27	37.945,84	34.080,53	-3.865,31
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**414.875,80**	**567.376,64**	**0,00**	**45.286,22**	**8.725,79**	**621.388,65**	**507.494,96**	**-113.893,69**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-408.977,89**	**-567.376,64**	**0,00**	**-40.064,07**	**-8.725,79**	**-616.166,50**	**-502.272,81**	**+113.893,69**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	351.244,55	0,00	0,00	185.075,30	0,00	185.075,30	185.075,30	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	241.619,73	0,00	0,00	185.075,30	0,00	185.075,30	185.075,30	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**109.624,82**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-299.353,07**	**-567.376,64**	**0,00**	**-40.064,07**	**-8.725,79**	**-616.166,50**	**-502.272,81**	**+113.893,69**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.586,16	63.920,00	0,00	0,00	0,00	63.920,00	45.782,17	-18.137,83
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-49.586,16**	**-63.920,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-63.920,00**	**-45.782,17**	**+18.137,83**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-348.939,23**	**-631.296,64**	**0,00**	**-40.064,07**	**-8.725,79**	**-680.086,50**	**-548.054,98**	**+132.031,52**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0500 Sozialreferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3119	**Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)**						
1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	-458.537,70	5.222,15	553.277,13	-548.054,98	-631.296,64	83.241,66
1.31.3119.80	Spenden Kinderarmut	109.598,47	185.075,30	185.075,30	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-348.939,23**	**190.297,45**	**738.352,43**	**-548.054,98**	**-631.296,64**	**83.241,66**
Summe Teilhaushalt		**-348.939,23**	**190.297,45**	**738.352,43**	**-548.054,98**	**-631.296,64**	**83.241,66**

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0500 Sozialreferat**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**60.693,27**	**61.593,18**	**0,00**	**+61.593,18**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**646.583,09**	**669.893,37**	**555.800,00**	**+114.093,37**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-585.889,82**	**-608.300,19**	**-555.800,00**	**-52.500,19**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.383,71	5.063,78	500,00	+4.563,78	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.383,71**	**5.063,78**	**500,00**	**+4.563,78**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.383,71**	**-5.063,78**	**-500,00**	**-4.563,78**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-587.273,53**	**-613.363,97**	**-556.300,00**	**-57.063,97**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-587.273,53**	**-613.363,97**	**-556.300,00**	**-57.063,97**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0500 Sozialreferat**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächti-gungen [1] - Euro -	Ermächtigun-gen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamter-mächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**60.693,27**	**0,00**	**0,00**	**190.297,45**	**-185.075,30**	**5.222,15**	**61.593,18**	**+56.371,03**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**646.583,09**	**555.800,00**	**0,00**	**226.943,70**	**8.725,79**	**791.469,49**	**669.893,37**	**-121.576,12**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-585.889,82**	**-555.800,00**	**0,00**	**-36.646,25**	**-193.801,09**	**-786.247,34**	**-608.300,19**	**+177.947,15**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.383,71	500,00	0,00	5.200,00	0,00	5.700,00	5.063,78	-636,22
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**1.383,71**	**500,00**	**0,00**	**5.200,00**	**0,00**	**5.700,00**	**5.063,78**	**-636,22**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-1.383,71**	**-500,00**	**0,00**	**-5.200,00**	**0,00**	**-5.700,00**	**-5.063,78**	**+636,22**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-587.273,53**	**-556.300,00**	**0,00**	**-41.846,25**	**-193.801,09**	**-791.947,34**	**-613.363,97**	**+178.583,37**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-587.273,53**	**-556.300,00**	**0,00**	**-41.846,25**	**-193.801,09**	**-791.947,34**	**-613.363,97**	**+178.583,37**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 50

Soziales und Gesundheit

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 50 Soziales und Gesundheit

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	5.468.647,34	5.224.651,35	5.224.200,00	+451,35	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	21.471.294,69	20.473.812,10	21.643.300,00	-1.169.487,90	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	2.139,16	1.543,14	1.039,00	+504,14	-
4	Sonstige Transfererträge	8.579.818,67	8.574.472,31	8.204.300,00	+370.172,31	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	1.192.229,86	1.160.227,72	1.206.200,00	-45.972,28	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,65	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	93.167.545,46	99.951.405,80	94.346.000,00	+5.605.405,80	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.494,90	1.484,72	0,00	+1.484,72	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	1.112.076,42	1.525.409,09	900.000,00	+625.409,09	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**130.995.247,15**	**136.913.006,23**	**131.525.039,00**	**+5.387.967,23**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	22.933.203,10	25.372.958,10	23.646.974,00	+1.725.984,10	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	3.710.551,54	3.794.157,04	3.722.300,00	+71.857,04	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.114.400,10	2.558.176,84	3.288.900,00	-730.723,16	0,00
16	Abschreibungen	5.172.310,79	489.460,67	211.363,00	+278.097,67	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	336,12	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	117.117.703,73	123.853.006,55	119.151.920,00	+4.701.086,55	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.917.906,75	65.068.722,42	67.675.800,00	-2.607.077,58	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**209.966.412,13**	**221.136.481,62**	**217.697.257,00**	**+3.439.224,62**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-78.971.164,98**	**-84.223.475,39**	**-86.172.218,00**	**+1.948.742,61**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 50 Soziales und Gesundheit

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	13.328,94	4.022,16	0,00	+4.022,16	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	15.635,33	13.928,55	0,00	+13.928,55	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-2.306,39**	**-9.906,39**	**0,00**	**-9.906,39**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-78.973.471,37**	**-84.233.381,78**	**-86.172.218,00**	**+1.938.836,22**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	57.099,01	60.823,67	46.800,00	+14.023,67	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.264.542,84	2.340.688,74	2.101.655,00	+239.033,74	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.207.443,83**	**-2.279.865,07**	**-2.054.855,00**	**-225.010,07**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-81.180.915,20**	**-86.513.246,85**	**-88.227.073,00**	**+1.713.826,15**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	5.468.647,34	5.224.200,00	0,00	0,00	0,00	5.224.200,00	5.224.651,35	+451,35
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	21.471.294,69	21.643.300,00	0,00	130.545,45	0,00	21.773.845,45	20.473.812,10	-1.300.033,35
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	2.139,16	1.039,00	0,00	0,00	0,00	1.039,00	1.543,14	+504,14
4 Sonstige Transfererträge	8.579.818,67	8.204.300,00	0,00	0,00	0,00	8.204.300,00	8.574.472,31	+370.172,31
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	1.192.229,86	1.206.200,00	0,00	0,00	0,00	1.206.200,00	1.160.227,72	-45.972,28
6 Privatrechtliche Entgelte	0,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	93.167.545,46	94.346.000,00	0,00	2.872.896,76	0,00	97.218.896,76	99.951.405,80	+2.732.509,04
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.494,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.484,72	+1.484,72
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	1.112.076,42	900.000,00	0,00	431.421,97	0,00	1.331.421,97	1.525.409,09	+193.987,12
12 Summe ordentliche Erträge	**130.995.247,15**	**131.525.039,00**	**0,00**	**3.434.864,18**	**0,00**	**134.959.903,18**	**136.913.006,23**	**+1.953.103,05**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	22.933.203,10	23.646.974,00	0,00	782.003,72	31,25	24.429.008,97	25.372.958,10	+943.949,13
14 Versorgungsaufwendungen	3.710.551,54	3.722.300,00	0,00	71.857,04	0,00	3.794.157,04	3.794.157,04	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.114.400,10	3.288.900,00	0,00	-192.243,72	53.656,48	3.150.312,76	2.558.176,84	-592.135,92
16 Abschreibungen	5.172.310,79	211.363,00	0,00	0,00	0,00	211.363,00	489.460,67	+278.097,67
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	336,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	117.117.703,73	119.151.920,00	0,00	5.771.853,84	150.000,00	125.073.773,84	123.853.006,55	-1.220.767,29
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.917.906,75	67.675.800,00	0,00	-2.196.759,17	32.803,11	65.511.843,94	65.068.722,42	-443.121,52
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**209.966.412,13**	**217.697.257,00**	**0,00**	**4.236.711,71**	**236.490,84**	**222.170.459,55**	**221.136.481,62**	**-1.033.977,93**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-78.971.164,98**	**-86.172.218,00**	**0,00**	**-801.847,53**	**-236.490,84**	**-87.210.556,37**	**-84.223.475,39**	**+2.987.080,98**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	13.328,94	0,00	0,00	2.048,71	0,00	2.048,71	4.022,16	+1.973,45
23	Außerordentliche Aufwendungen	15.635,33	0,00	0,00	12.884,40	1.959,63	14.844,03	13.928,55	-915,48
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-2.306,39**	**0,00**	**0,00**	**-10.835,69**	**-1.959,63**	**-12.795,32**	**-9.906,39**	**+2.888,93**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-78.973.471,37**	**-86.172.218,00**	**0,00**	**-812.683,22**	**-238.450,47**	**-87.223.351,69**	**-84.233.381,78**	**+2.989.969,91**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	57.099,01	46.800,00	0,00	0,00	0,00	46.800,00	60.823,67	+14.023,67
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.264.542,84	2.101.655,00	0,00	0,00	0,00	2.101.655,00	2.340.688,74	+239.033,74
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.207.443,83**	**-2.054.855,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-2.054.855,00**	**-2.279.865,07**	**-225.010,07**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-81.180.915,20**	**-88.227.073,00**	**0,00**	**-812.683,22**	**-238.450,47**	**-89.278.206,69**	**-86.513.246,85**	**+2.764.959,84**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1111	**Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)**						
1.11.1111.01	Politische Gremien FB 50 (Sozialvers.)	-141,10	0,00	152,73	-152,73	-200,00	47,27
Summe Produktgruppe		**-141,10**	**0,00**	**152,73**	**-152,73**	**-200,00**	**47,27**
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1222	**Ordnungsangelegenheiten FB 50**						
1.12.1222.70	Obdachlosenangelegenheiten	-64.759,99	1,38	98.938,03	-98.936,65	-80.077,35	-18.859,30
Summe Produktgruppe		**-64.759,99**	**1,38**	**98.938,03**	**-98.936,65**	**-80.077,35**	**-18.859,30**
1.21	***Schulträgeraufgaben***						
1.21.2431	**Sonstige schulische Aufgaben FB 50**						
1.21.2431.01	Sonstige schulische Aufgaben FB 50	-1.698.701,26	0,00	1.702.165,05	-1.702.165,05	-1.777.500,00	75.334,95
Summe Produktgruppe		**-1.698.701,26**	**0,00**	**1.702.165,05**	**-1.702.165,05**	**-1.777.500,00**	**75.334,95**
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3111	**Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)**						
1.31.3111.10	Laufende Leistungen	-6.196.991,84	875.280,69	7.106.131,68	-6.230.850,99	-6.219.585,28	-11.265,71

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3111.20	Einm. Leist. an Empf. lfd. Leist.	-436.245,64	61.331,97	626.301,20	-564.969,23	-531.174,22	-33.795,01
1.31.3111.30	Einm. Leist. an sonst. Leistungsber.	-328.987,37	98.959,67	381.859,94	-282.900,27	-341.310,10	58.409,83
Summe Produktgruppe		**-6.962.224,85**	**1.035.572,33**	**8.114.292,82**	**-7.078.720,49**	**-7.092.069,60**	**13.349,11**
1.31.3112	**Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)**						
1.31.3112.32	Pflegegeld bei erheblicher Beeinträcht.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.31.3112.40	Maßn. zur Verbesserung des Wohnumfelds	1.359,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.31.3112.44	Häusliche Pflegehilfe (§ 64 b SGB XII)	667,20	0,00	3.402,00	-3.402,00	0,00	-3.402,00
1.31.3112.45	Pflegehilfsmittel (§ 64 d SGB XII)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.31.3112.46	Entlastungsbetrag (§64i u. §66 SGB XII)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.31.3112.62	Pflegekosten stationär Pflegestufe 1	-226,68	9.142,01	247,35	8.894,66	0,00	8.894,66
1.31.3112.63	Pflegekosten stationär Pflegestufe 2	430,00	0,00	-17,94	17,94	0,00	17,94
1.31.3112.64	Pflegekosten stationär Pflegestufe 3	0,00	0,00	2.316,72	-2.316,72	0,00	-2.316,72
1.31.3112.65	Pflegekosten stationär Pflegegrad 1	-21,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.31.3112.66	Pflegekosten stationär Pflegegrad 2	1.694,68	1.668,00	0,00	1.668,00	0,00	1.668,00
1.31.3112.67	Pflegekosten stationär Pflegegrad 3	-1.705,03	-996,64	4.523,42	-5.520,06	0,00	-5.520,06
1.31.3112.68	Pflegekosten stationär Pflegegrad 4	1.379,55	-222,00	0,00	-222,00	0,00	-222,00
1.31.3112.69	Pflegekosten stationär Pflegegrad 5	155,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3112.70	Kurzzeitpflege	948,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**4.681,72**	**9.591,37**	**10.471,55**	**-880,18**	**0,00**	**-880,18**
1.31.3113	**Eingliederungshilfe für behind. Menschen**						
1.31.3113.10	Leist. zur medizinischen Rehabilitation	-2.454,91	199.632,00	23.859,07	175.772,93	-22.906,55	198.679,48
1.31.3113.21	Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	-3.838.800,42	203.335,03	4.459.474,52	-4.256.139,49	-4.394.900,82	138.761,33
1.31.3113.22	Hilfe z. schul. Ausb. f. e. angem. Beruf	-12.292,18	0,41	17.225,52	-17.225,11	-16.452,84	-772,27
1.31.3113.41	Leist. in anerk. Werkst. f. beh. M.	-12.248.687,79	167.086,03	12.703.725,69	-12.536.639,66	-12.359.611,30	-177.028,36
1.31.3113.44	Leist. b. priv. u. öfftl. Arbeitgebern	0,00	24.089,85	135.328,81	-111.238,96	0,00	-111.238,96
1.31.3113.61	Hilfsmittel	-39.529,19	1,22	65.744,28	-65.743,06	-55.109,82	-10.633,24
1.31.3113.62	Heilpädagogische Leistungen für Kinder	-5.594.550,16	202.088,31	6.236.822,21	-6.034.733,90	-5.593.838,50	-440.895,40
1.31.3113.63	Hilfe z. Erw. prakt. Kenntn. u. Fähigk.	-6.368.688,28	29.824,11	6.662.149,72	-6.632.325,61	-6.596.226,32	-36.099,29
1.31.3113.65	Hilfe b. Beschaff.,Ausst.,Erh. Wohnung	-8.189,48	0,41	22.095,57	-22.095,16	-21.870,28	-224,88
1.31.3113.66	H. z. selbstbest. L. i. betr. Wohnmögl.	-23.694.569,92	2.206.153,60	27.953.760,68	-25.747.607,08	-23.807.751,60	-1.939.855,48
1.31.3113.67	Hilfe z. Teilh. a. gem. u. kult. Leben	-851.695,22	1.755,11	1.785.476,49	-1.783.721,38	-825.502,97	-958.218,41
1.31.3113.71	Hilfen in einer Pflegefamilie	-76.456,84	0,82	110.299,06	-110.298,24	-63.768,27	-46.529,97
Summe Produktgruppe		**-52.735.914,39**	**3.033.966,90**	**60.175.961,62**	**-57.141.994,72**	**-53.757.939,27**	**-3.384.055,45**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3114	**Hilfen zur Gesundheit**						
1.31.3114.20	Hilfe bei Krankheit	-156.091,21	3,21	169.539,58	-169.536,37	-144.711,34	-24.825,03
1.31.3114.30	Hilfe zur Familienplanung	-63.113,46	0,91	66.484,84	-66.483,93	-69.606,86	3.122,93
1.31.3114.40	Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft	-1.927,76	0,08	2.190,18	-2.190,10	-1.999,69	-190,41
1.31.3114.60	Übern. Krankenbeh. § 264 Abs.7 SGB V	-1.629.168,62	2,30	1.951.961,76	-1.951.959,46	-2.230.328,43	278.368,97
Summe Produktgruppe		**-1.850.301,05**	**6,50**	**2.190.176,36**	**-2.190.169,86**	**-2.446.646,32**	**256.476,46**
1.31.3115	**H.z.Überwind. bes. soz. Schw./in and.L.**						
1.31.3115.10	Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwier.	-613.524,53	1.551.816,85	1.793.966,95	-242.150,10	-486.307,15	244.157,05
1.31.3115.20	Blindenhilfe	-67.266,68	128.266,28	198.373,57	-70.107,29	-68.299,73	-1.807,56
1.31.3115.40	Altenhilfe	-79.935,19	28.656,29	119.333,36	-90.677,07	-78.135,45	-12.541,62
1.31.3115.50	Bestattungskosten	-443.029,95	332,91	521.400,32	-521.067,41	-471.016,52	-50.050,89
1.31.3115.60	Hilfe in sonstigen Lebenslagen	-106.977,33	531,42	120.341,51	-119.810,09	-109.793,93	-10.016,16
Summe Produktgruppe		**-1.310.733,68**	**1.709.603,75**	**2.753.415,71**	**-1.043.811,96**	**-1.213.552,78**	**169.740,82**
1.31.3116	**Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.**						
1.31.3116.10	GruSi außerhalb von Einrichtungen	2.611.936,71	27.393.269,77	25.024.898,46	2.368.371,31	2.935.690,46	-567.319,15
1.31.3116.30	GruSi stationär	-5.587.719,26	2.704.648,84	8.307.932,08	-5.603.283,24	-5.913.883,75	310.600,51

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-2.975.782,55**	**30.097.918,61**	**33.332.830,54**	**-3.234.911,93**	**-2.978.193,29**	**-256.718,64**
1.31.3117	**Zahlungen Quotales System**						
1.31.3117.10	Zahlungen quotales System	42.108.143,48	48.966.619,46	29.189,76	48.937.429,70	42.843.222,08	6.094.207,62
1.31.3117.20	Verteil. Bundeserstatt. § 136 SGB XII	240.063,06	233.397,28	0,00	233.397,28	191.900,00	41.497,28
Summe Produktgruppe		**42.348.206,54**	**49.200.016,74**	**29.189,76**	**49.170.826,98**	**43.035.122,08**	**6.135.704,90**
1.31.3118	**Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)**						
1.31.3118.01	Pflegegeld (§ 64a SGB XII)	-269.835,29	-309,65	319.055,38	-319.365,03	-280.194,52	-39.170,51
1.31.3118.05	angemessene Beihilfen	-1.283,64	0,00	29,95	-29,95	-5.389,38	5.359,43
1.31.3118.10	Häusliche Pflegehilfe (§ 64b SGB XII)	-812.134,76	40.265,54	827.831,66	-787.566,12	-854.832,23	67.266,11
1.31.3118.20	Verhinderungspflege (§ 64c SGB XII)	-3.007,53	0,00	2.955,72	-2.955,72	-2.956,84	1,12
1.31.3118.30	Pflegehilfsmittel (§ 64d SGB XII)	-59.247,44	1,50	64.155,48	-64.153,98	-52.646,01	-11.507,97
1.31.3118.40	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfel	-16.996,55	0,23	12.368,72	-12.368,49	-28.874,86	16.506,37
1.31.3118.50	Andere Leistungen	-27.844,32	0,12	28.375,19	-28.375,07	-27.895,54	-479,53
1.31.3118.60	Entlastungsbetrag (§§ 66 u. 64i SGB XII)	-28.358,05	258,70	36.343,84	-36.085,14	-25.674,86	-10.410,28
1.31.3118.70	Teilstationäre Pflege (Tages- oder Nacht	-432,59	0,03	2.803,76	-2.803,73	-500,00	-2.303,73
1.31.3118.80	Kurzzeitpflege (§ 64h SGB XII)	-219.183,47	139,47	197.435,65	-197.296,18	-230.292,80	32.996,62

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3118.90	Stationäre Pflege (§ 65 SGB XII)	-3.586.438,51	535.491,00	4.842.438,32	-4.306.947,32	-3.512.095,45	-794.851,87
1.31.3118.91	Investitionsfolgekosten /Einn.& Ausgaben	394.032,77	4.443.759,81	4.251.967,52	191.792,29	486.300,00	-294.507,71
Summe Produktgruppe		**-4.630.729,38**	**5.019.606,75**	**10.585.761,19**	**-5.566.154,44**	**-4.535.052,49**	**-1.031.101,95**
1.31.3119	**Verwalt. d. Soz.hilfe (ohne Verw. Einr.)**						
1.31.3119.10	Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	-303.428,68	572,88	227.930,22	-227.357,34	-334.419,84	107.062,50
1.31.3119.20	Unterhaltssicherung	-2.699,22	0,00	2.917,08	-2.917,08	-2.916,80	-0,28
1.31.3119.30	Verwaltung d. Sozialhilfe-Pers.RK Wohnen	-107.697,33	0,00	161.267,01	-161.267,01	0,00	-161.267,01
Summe Produktgruppe		**-413.825,23**	**572,88**	**392.114,31**	**-391.541,43**	**-337.336,64**	**-54.204,79**
1.31.3121	**Leistungen für Unterkunft und Heizung**						
1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	-21.354.905,77	22.757.050,93	50.311.059,17	-27.554.008,24	-27.722.953,79	168.945,55
Summe Produktgruppe		**-21.354.905,77**	**22.757.050,93**	**50.311.059,17**	**-27.554.008,24**	**-27.722.953,79**	**168.945,55**
1.31.3122	**Eingliederungsleistungen**						
1.31.3122.10	Eingliederungsleistungen	-434.051,39	0,00	385.980,74	-385.980,74	-516.911,40	130.930,66
Summe Produktgruppe		**-434.051,39**	**0,00**	**385.980,74**	**-385.980,74**	**-516.911,40**	**130.930,66**
1.31.3123	**Einmalige Leistungen**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3123.10	Einmalige Leistungen	-769.652,01	22.000,00	714.957,92	-692.957,92	-754.130,72	61.172,80
Summe Produktgruppe		**-769.652,01**	**22.000,00**	**714.957,92**	**-692.957,92**	**-754.130,72**	**61.172,80**
1.31.3126	**Bildungs- und Teilhabepaket SGB II**						
1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	-1.917,60	1.822.027,47	1.801.842,56	20.184,91	-1.892,28	22.077,19
Summe Produktgruppe		**-1.917,60**	**1.822.027,47**	**1.801.842,56**	**20.184,91**	**-1.892,28**	**22.077,19**
1.31.3129	**Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende**						
1.31.3129.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb.suchende	-8.204.945,47	5.962.030,11	10.045.103,56	-4.083.073,45	-4.081.700,78	-1.372,67
Summe Produktgruppe		**-8.204.945,47**	**5.962.030,11**	**10.045.103,56**	**-4.083.073,45**	**-4.081.700,78**	**-1.372,67**
1.31.3130	**Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz**						
1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz	448.960,23	3.826.983,96	5.185.766,80	-1.358.782,84	164.214,37	-1.522.997,21
Summe Produktgruppe		**448.960,23**	**3.826.983,96**	**5.185.766,80**	**-1.358.782,84**	**164.214,37**	**-1.522.997,21**
1.31.3151	**Soz. Einr. f. Ältere (ohne Pfl.einr.)**						
1.31.3151.10	Altentagesstätten	-387.425,19	2.584,01	367.623,32	-365.039,31	-385.832,91	20.793,60
1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	-1.175.133,39	33,12	1.264.175,95	-1.264.142,83	-1.292.609,15	28.466,32
1.31.3151.30	Altenpflege	-303.471,74	6,48	347.691,22	-347.684,74	-335.858,38	-11.826,36

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	-131.131,66	358,48	158.817,31	-158.458,83	-138.315,57	-20.143,26
Summe Produktgruppe		**-1.997.161,98**	**2.982,09**	**2.138.307,80**	**-2.135.325,71**	**-2.152.616,01**	**17.290,30**
1.31.3152	**Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen**						
1.31.3152.10	Soz. Einr. f. pfl.bed. ält. Menschen	15.391,64	207.963,78	207.963,78	0,00	0,00	0,00
1.31.3152.20	Pflegestützpunkt	-43.407,56	50.001,89	99.916,77	-49.914,88	-42.963,27	-6.951,61
1.31.3152.30	Sozialstationen	-106.967,53	987.491,52	1.125.077,81	-137.586,29	-137.000,00	-586,29
Summe Produktgruppe		**-134.983,45**	**1.245.457,19**	**1.432.958,36**	**-187.501,17**	**-179.963,27**	**-7.537,90**
1.31.3153	**Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.**						
1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	-92.232,44	7.000,00	105.834,89	-98.834,89	-105.300,00	6.465,11
Summe Produktgruppe		**-92.232,44**	**7.000,00**	**105.834,89**	**-98.834,89**	**-105.300,00**	**6.465,11**
1.31.3154	**Soz. Einricht. f. Wohnungslose**						
1.31.3154.10	Unterbringung	-1.111.342,99	618.493,08	1.707.335,17	-1.088.842,09	-1.170.550,68	81.708,59
1.31.3154.20	Beratung und Betreuung	-269.049,33	4,14	253.884,14	-253.880,00	-276.619,50	22.739,50
Summe Produktgruppe		**-1.380.392,32**	**618.497,22**	**1.961.219,31**	**-1.342.722,09**	**-1.447.170,18**	**104.448,09**
1.31.3155	**Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3155.10	Soz. Einr. f. Aussiedler und Ausländer	-39.046,57	10.243,67	57.466,56	-47.222,89	-55.406,13	8.183,24
1.31.3155.20	Soz. Einr. f. Flüchtlinge und Asylbew.	-1.787.562,47	1.387.503,60	3.887.431,69	-2.499.928,09	-3.065.744,14	565.816,05
Summe Produktgruppe		**-1.826.609,04**	**1.397.747,27**	**3.944.898,25**	**-2.547.150,98**	**-3.121.150,27**	**573.999,29**
1.31.3156	**Andere soziale Einrichtungen**						
1.31.3156.10	Beschäftigungsförderung	-52.237,18	0,00	52.743,00	-52.743,00	-52.400,00	-343,00
Summe Produktgruppe		**-52.237,18**	**0,00**	**52.743,00**	**-52.743,00**	**-52.400,00**	**-343,00**
1.31.3157	**Frauenhäuser**						
1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	-586.231,84	53.735,25	666.302,91	-612.567,66	-679.986,76	67.419,10
Summe Produktgruppe		**-586.231,84**	**53.735,25**	**666.302,91**	**-612.567,66**	**-679.986,76**	**67.419,10**
1.31.3159	**sonstige soziale Einrichtungen**						
1.31.3159.10	Anlauf-/Beratungsstelle f. ehem. Heimki.	-58.469,92	0,00	9.728,96	-9.728,96	-58.375,26	48.646,30
Summe Produktgruppe		**-58.469,92**	**0,00**	**9.728,96**	**-9.728,96**	**-58.375,26**	**48.646,30**
1.31.3210	**Leist. n. d. Bundesversorgungsgesetz**						
1.31.3210.10	Kriegsopferfürsorge - BVG örtlich	-31.020,14	23.003,35	58.439,53	-35.436,18	-32.349,86	-3.086,32
1.31.3210.20	Kriegsopferfürsorge - BVG ohne SF üö	-88.686,49	846.455,06	938.830,66	-92.375,60	-85.352,06	-7.023,54

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31.3210.30	Kriegsopferfürsorge - Sonderfürsorge BVG	-14.851,00	1.260,58	17.469,28	-16.208,70	-15.769,72	-438,98
1.31.3210.70	OEG	-12.968,65	106.541,35	121.666,34	-15.124,99	-11.705,71	-3.419,28
Summe Produktgruppe		**-147.526,28**	**977.260,34**	**1.136.405,81**	**-159.145,47**	**-145.177,35**	**-13.968,12**
1.31.3430	**Betreuungsleistungen**						
1.31.3430.10	Betreuungsleistungen	-760.710,74	6.139,87	851.134,37	-844.994,50	-833.023,73	-11.970,77
Summe Produktgruppe		**-760.710,74**	**6.139,87**	**851.134,37**	**-844.994,50**	**-833.023,73**	**-11.970,77**
1.31.3440	**Hilfe f. Heimkehrer u. polit. Häftlinge**						
1.31.3440.10	Leistungen nach dem StrRehaG/BerRehaG	-48.437,16	172.401,00	182.627,90	-10.226,90	-50.363,83	40.136,93
Summe Produktgruppe		**-48.437,16**	**172.401,00**	**182.627,90**	**-10.226,90**	**-50.363,83**	**40.136,93**
1.31.3450	**Landesblindengeld**						
1.31.3450.10	Landesblindengeld	-30.484,49	858.836,40	889.811,71	-30.975,31	-31.918,00	942,69
Summe Produktgruppe		**-30.484,49**	**858.836,40**	**889.811,71**	**-30.975,31**	**-31.918,00**	**942,69**
1.31.3460	**Wohngeld**						
1.31.3460.10	Wohngeld	-1.372.889,14	4.931.464,93	6.501.272,34	-1.569.807,41	-1.527.912,16	-41.895,25
Summe Produktgruppe		**-1.372.889,14**	**4.931.464,93**	**6.501.272,34**	**-1.569.807,41**	**-1.527.912,16**	**-41.895,25**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.31.3470	**Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG**						
1.31.3470.10	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG	-564.348,66	699.118,91	1.208.841,49	-509.722,58	-457.814,14	-51.908,44
Summe Produktgruppe		**-564.348,66**	**699.118,91**	**1.208.841,49**	**-509.722,58**	**-457.814,14**	**-51.908,44**
1.31.3511	**Krankenversorgung nach dem LAG örtl.**						
1.31.3511.10	Krankenversorgung nach dem LAG örtl.	-9.223,91	0,05	18.454,80	-18.454,75	-8.611,33	-9.843,42
Summe Produktgruppe		**-9.223,91**	**0,05**	**18.454,80**	**-18.454,75**	**-8.611,33**	**-9.843,42**
1.31.3517	**Sonst. Soz. Angelegenh. örtlich**						
1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	-1.127.463,68	0,00	1.242.500,93	-1.242.500,93	-1.285.674,98	43.174,05
1.31.3517.20	Integration von Migranten	-1.101.367,16	196.740,98	1.421.284,97	-1.224.543,99	-1.167.550,11	-56.993,88
1.31.3517.30	Integration von Geflüchteten	-1.645.340,19	13.202,90	2.025.706,27	-2.012.503,37	-1.740.620,43	-271.882,94
Summe Produktgruppe		**-3.874.171,03**	**209.943,88**	**4.689.492,17**	**-4.479.548,29**	**-4.193.845,52**	**-285.702,77**
1.31.3518	**Versicherungsangelegenheiten**						
1.31.3518.10	Sozialversicherungsangelegenheiten	-461.793,52	255,52	513.373,57	-513.118,05	-498.745,10	-14.372,95
Summe Produktgruppe		**-461.793,52**	**255,52**	**513.373,57**	**-513.118,05**	**-498.745,10**	**-14.372,95**
1.36	***Kinder-, Jugend- und Familienhilfe***						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.36.3651	**Tageseinrichtungen für Kinder FB 50**						
1.36.3651.01	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50	-108.427,74	0,00	128.119,95	-128.119,95	-133.800,00	5.680,05
Summe Produktgruppe		**-108.427,74**	**0,00**	**128.119,95**	**-128.119,95**	**-133.800,00**	**5.680,05**
1.41	***Gesundheitsdienste***						
1.41.4120	**Gesundheitseinrichtungen**						
1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	-1.964.003,24	7.114,52	2.147.964,73	-2.140.850,21	-2.021.097,29	-119.752,92
Summe Produktgruppe		**-1.964.003,24**	**7.114,52**	**2.147.964,73**	**-2.140.850,21**	**-2.021.097,29**	**-119.752,92**
1.41.4140	**Maßnahmen der Gesundheitspflege**						
1.41.4140.10	Amtsärztlicher Dienst	-1.156.090,40	328.689,33	876.000,99	-547.311,66	-1.482.696,15	935.384,49
1.41.4140.13	Teilhabeplanung im Gesundheitsamt	0,00	119,91	675.431,13	-675.311,22	0,00	-675.311,22
1.41.4140.14	Beratung zur sex. Gesundheit	0,00	31.689,69	355.536,37	-323.846,68	0,00	-323.846,68
1.41.4140.20	Ordnungsbehördliche Aufgaben	-313.063,66	249.818,39	633.983,06	-384.164,67	-397.992,51	13.827,84
1.41.4140.30	Kindergesundheit	-1.433.256,84	299.981,24	1.860.365,25	-1.560.384,01	-1.480.013,18	-80.370,83
1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	-639.676,37	177.881,75	757.925,95	-580.044,20	-836.053,76	256.009,56
1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	-608.390,97	17.897,98	647.497,24	-629.599,26	-691.448,52	61.849,26
1.41.4140.60	Heimaufsicht	-195.154,16	8.345,64	416.375,77	-408.030,13	-233.077,04	-174.953,09

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 50 Soziales und Gesundheit

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-4.345.632,40**	**1.114.423,93**	**6.223.115,76**	**-5.108.691,83**	**-5.121.281,16**	**12.589,33**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5221	**Wohnbauförderung**						
1.52.5221.01	Wohnungswirtschaft	-758.211,49	178.524,01	858.310,41	-679.786,40	-1.309.701,38	629.914,98
Summe Produktgruppe		**-758.211,49**	**178.524,01**	**858.310,41**	**-679.786,40**	**-1.309.701,38**	**629.914,98**
Summe Teilhaushalt		**-81.180.915,20**	**136.977.852,06**	**223.491.098,91**	**-86.513.246,85**	**-88.227.073,00**	**1.713.826,15**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 50 Soziales und Gesundheit

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.31.3111 - Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)						
Personen HLU a.v.E		Durchschnitt	394,0	356,0	430,0	-74,0
1.31.3113 - Eingliederungshilfe für behind. Menschen						
Eingliederungshilfe	Fälle	Durchschnitt	3.409,0	3.495,0	3.600,0	-105,0
1.31.3114 - Hilfen zur Gesundheit						
GMG-Fallzahlen		Durchschnitt	341,0	350,0	350,0	0,0
1.31.3116 - Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.						
Personen Grundsicherung a.v.E.		Durchschnitt	3.654,0	3.684,0	3.850,0	-166,0
1.31.3118 - Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)						
Ambulante Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	178,0	165,0	170,0	-5,0
Stationäge Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	969,0	939,0	970,0	-31,0
1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung						
Bedarfsgemeinschaften SGB II		Durchschnitt	10.430,0	10.059,0	10.700,0	-641,0
davon im Fluchtkontext *					465,0	
1.31.31XX.X0 - Aufnahme u. Betreuung v. Flüchtl.						
Abgänge aus dem Leistungsbezug		Summe	191,0	383,0	400,0	-17,0
Erstattungsfähige Personen		Durchschnitt	325,0	338,0	350,0	-12,0
Zugänge in den Leistungsbezug		Summe	296,0	446,0	400,0	46,0
Zugewiesene Flüchtlinge im Leistungsbezug		Durchschnitt	322,0	494,0	450,0	44,0

*) Für die Jahre 2018 und 2019 können Ist-Werte nicht ermittelt werden.

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 50 Soziales und Gesundheit**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**131.463.961,06**	**134.800.921,84**	**131.524.000,00**	**+3.276.921,84**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**206.690.148,78**	**215.478.925,03**	**214.142.820,00**	**+1.336.105,03**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-75.226.187,72**	**-80.678.003,19**	**-82.618.820,00**	**+1.940.816,81**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.421,16	9.600,00	0,00	+9.600,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	2.937,83	1.910,00	0,00	+1.910,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.358,99**	**11.510,00**	**0,00**	**+11.510,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	48.124,89	111.742,03	103.900,00	+7.842,03	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**48.124,89**	**111.742,03**	**103.900,00**	**+7.842,03**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-43.765,90**	**-100.232,03**	**-103.900,00**	**+3.667,97**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-75.269.953,62**	**-80.778.235,22**	**-82.722.720,00**	**+1.944.484,78**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-75.269.953,62**	**-80.778.235,22**	**-82.722.720,00**	**+1.944.484,78**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **FB 50 Soziales und Gesundheit**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**131.463.961,06**	**131.524.000,00**	**0,00**	**3.436.912,89**	**-6.124.303,78**	**128.836.609,11**	**134.800.921,84**	**+5.964.312,73**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**206.690.148,78**	**214.142.820,00**	**0,00**	**4.088.652,57**	**263.023,26**	**218.494.495,83**	**215.478.925,03**	**-3.015.570,80**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-75.226.187,72**	**-82.618.820,00**	**0,00**	**-651.739,68**	**-6.387.327,04**	**-89.657.886,72**	**-80.678.003,19**	**+8.979.883,53**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.421,16	0,00	0,00	9.600,00	0,00	9.600,00	9.600,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	2.937,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.910,00	+1.910,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**4.358,99**	**0,00**	**0,00**	**9.600,00**	**0,00**	**9.600,00**	**11.510,00**	**+1.910,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	48.124,89	103.900,00	0,00	9.600,00	68.442,76	181.942,76	111.742,03	-70.200,73
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**48.124,89**	**103.900,00**	**0,00**	**9.600,00**	**68.442,76**	**181.942,76**	**111.742,03**	**-70.200,73**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-43.765,90**	**-103.900,00**	**0,00**	**0,00**	**-68.442,76**	**-172.342,76**	**-100.232,03**	**+72.110,73**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-75.269.953,62**	**-82.722.720,00**	**0,00**	**-651.739,68**	**-6.455.769,80**	**-89.830.229,48**	**-80.778.235,22**	**+9.051.994,26**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-75.269.953,62**	**-82.722.720,00**	**0,00**	**-651.739,68**	**-6.455.769,80**	**-89.830.229,48**	**-80.778.235,22**	**+9.051.994,26**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 51

Kinder, Jugend und Familie

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	14.362.245,49	15.550.012,38	14.307.500,00	+1.242.512,38	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	182.825,41	180.684,71	180.187,00	+497,71	-
4	Sonstige Transfererträge	6.615.495,30	6.614.068,12	2.836.000,00	+3.778.068,12	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	5.939.075,40	3.050.034,30	6.822.500,00	-3.772.465,70	-
6	Privatrechtliche Entgelte	1.414.384,34	1.454.037,03	1.445.100,00	+8.937,03	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.672.042,79	9.274.780,21	24.622.800,00	-15.348.019,79	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	704,91	2.073,32	0,00	+2.073,32	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**44.186.773,64**	**36.125.690,07**	**50.214.087,00**	**-14.088.396,93**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	44.457.609,94	46.864.757,83	45.703.297,00	+1.161.460,83	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	1.250.387,69	1.258.862,93	1.264.700,00	-5.837,07	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.828.734,91	2.736.283,88	3.377.110,00	-640.826,12	0,00
16	Abschreibungen	968.207,01	979.249,32	737.825,12	+241.424,20	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,92	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	104.412.967,84	109.757.785,69	130.617.050,00	-20.859.264,31	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.838.067,03	11.893.724,90	10.014.700,00	+1.879.024,90	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**163.755.977,34**	**173.490.664,55**	**191.714.682,12**	**-18.224.017,57**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-119.569.203,70**	**-137.364.974,48**	**-141.500.595,12**	**+4.135.620,64**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	20.436,80	12.782,97	0,00	+12.782,97	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	28.732,00	16.478,86	0,00	+16.478,86	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-8.295,20**	**-3.695,89**	**0,00**	**-3.695,89**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-119.577.498,90**	**-137.368.670,37**	**-141.500.595,12**	**+4.131.924,75**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.938.766,91	4.090.346,58	4.333.643,00	-243.296,42	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.938.766,91**	**-4.090.346,58**	**-4.333.643,00**	**+243.296,42**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-123.516.265,81**	**-141.459.016,95**	**-145.834.238,12**	**+4.375.221,17**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	14.362.245,49	14.307.500,00	0,00	452.811,04	0,00	14.760.311,04	15.550.012,38	+789.701,34
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	182.825,41	180.187,00	0,00	0,00	0,00	180.187,00	180.684,71	+497,71
4	Sonstige Transfererträge	6.615.495,30	2.836.000,00	0,00	0,00	0,00	2.836.000,00	6.614.068,12	+3.778.068,12
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	5.939.075,40	6.822.500,00	0,00	58.916,00	0,00	6.881.416,00	3.050.034,30	-3.831.381,70
6	Privatrechtliche Entgelte	1.414.384,34	1.445.100,00	0,00	0,00	0,00	1.445.100,00	1.454.037,03	+8.937,03
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.672.042,79	24.622.800,00	0,00	4.320,00	0,00	24.627.120,00	9.274.780,21	-15.352.339,79
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	704,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.073,32	+2.073,32
12	**Summe ordentliche Erträge**	**44.186.773,64**	**50.214.087,00**	**0,00**	**516.047,04**	**0,00**	**50.730.134,04**	**36.125.690,07**	**-14.604.443,97**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	44.457.609,94	45.703.297,00	0,00	874.573,76	0,00	46.577.870,76	46.864.757,83	+286.887,07
14	Versorgungsaufwendungen	1.250.387,69	1.264.700,00	0,00	-5.837,07	0,00	1.258.862,93	1.258.862,93	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.828.734,91	3.377.110,00	0,00	544.802,97	296.004,28	4.217.917,25	2.736.283,88	-1.481.633,37
16	Abschreibungen	968.207,01	737.825,12	0,00	0,00	0,00	737.825,12	979.249,32	+241.424,20
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	104.412.967,84	130.617.050,00	0,00	-2.375.046,46	1.906.090,00	130.148.093,54	109.757.785,69	-20.390.307,85
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.838.067,03	10.014.700,00	0,00	1.965.002,84	141.736,62	12.121.439,46	11.893.724,90	-227.714,56
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**163.755.977,34**	**191.714.682,12**	**0,00**	**1.003.496,04**	**2.343.830,90**	**195.062.009,06**	**173.490.664,55**	**-21.571.344,51**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-119.569.203,70**	**-141.500.595,12**	**0,00**	**-487.449,00**	**-2.343.830,90**	**-144.331.875,02**	**-137.364.974,48**	**+6.966.900,54**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	20.436,80	0,00	0,00	12.449,95	0,00	12.449,95	12.782,97	+333,02
23	Außerordentliche Aufwendungen	28.732,00	0,00	0,00	13.814,98	2.663,88	16.478,86	16.478,86	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-8.295,20**	**0,00**	**0,00**	**-1.365,03**	**-2.663,88**	**-4.028,91**	**-3.695,89**	**+333,02**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-119.577.498,90**	**-141.500.595,12**	**0,00**	**-488.814,03**	**-2.346.494,78**	**-144.335.903,93**	**-137.368.670,37**	**+6.967.233,56**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.938.766,91	4.333.643,00	0,00	0,00	0,00	4.333.643,00	4.090.346,58	-243.296,42
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.938.766,91**	**-4.333.643,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-4.333.643,00**	**-4.090.346,58**	**+243.296,42**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-123.516.265,81**	**-145.834.238,12**	**0,00**	**-488.814,03**	**-2.346.494,78**	**-148.669.546,93**	**-141.459.016,95**	**+7.210.529,98**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.31	***Soziale Hilfen***						
1.31.3410	**Unterhaltsvorschussleistungen**						
1.31.3410.01	Unterhaltsvorschussleistungen	334.895,25	8.133.042,60	7.884.589,93	248.452,67	-1.831.470,91	2.079.923,58
Summe Produktgruppe		**334.895,25**	**8.133.042,60**	**7.884.589,93**	**248.452,67**	**-1.831.470,91**	**2.079.923,58**
1.36	***Kinder-, Jugend- und Familienhilfe***						
1.36.3610	**Förd. v. Kindern in Tageseinrichtungen**						
1.36.3610.01	Tagesgruppe/-pflege als Hilfe z. Erzieh.	-32.550,66	735,00	15.552,67	-14.817,67	-79.770,74	64.953,07
Summe Produktgruppe		**-32.550,66**	**735,00**	**15.552,67**	**-14.817,67**	**-79.770,74**	**64.953,07**
1.36.3620	**Jugendarbeit**						
1.36.3620.01	Kinder- und Jugendarbeit außer. v. Einr.	-1.008.876,40	271.080,67	1.267.578,06	-996.497,39	-1.127.825,68	131.328,29
1.36.3620.02	Kinder- und Jugendverbandsarbeit	-995.463,14	2.462,88	991.912,19	-989.449,31	-1.097.371,67	107.922,36
Summe Produktgruppe		**-2.004.339,54**	**273.543,55**	**2.259.490,25**	**-1.985.946,70**	**-2.225.197,35**	**239.250,65**
1.36.3630	**Sonst.Leist.z.Förd.jung.Mensch./Familien**						
1.36.3630.02	Serviceleistungen	3.422,66	900,00	0,00	900,00	0,00	900,00
1.36.3630.03	Jugendhilfeplanung	-277.276,27	72.500,41	335.827,65	-263.327,24	-233.837,54	-29.489,70

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.36.3630.04	Jugendsozialarbeit	-1.915.356,71	452.650,47	2.935.499,93	-2.482.849,46	-2.400.974,09	-81.875,37
1.36.3630.05	Kinder- und Jugendschutz	-243.790,94	40.735,95	329.752,56	-289.016,61	-331.027,29	42.010,68
1.36.3630.06	Beratung	-3.876.988,10	1.781,08	4.126.004,32	-4.124.223,24	-4.213.927,32	89.704,08
1.36.3630.07	Betreuung/ambulante Erziehungshilfe	-7.663.465,21	388.961,11	8.438.759,60	-8.049.798,49	-10.654.449,03	2.604.650,54
1.36.3630.08	Adoption/Pflegekinder	-3.497.089,55	1.035.060,07	5.179.043,27	-4.143.983,20	-3.664.336,40	-479.646,80
1.36.3630.09	Stationäre Betreuung/Heimerziehung	-19.283.093,96	1.784.978,73	23.752.517,19	-21.967.538,46	-27.155.552,64	5.188.014,18
1.36.3630.10	Unterbringung/Betreuung and. Wohnformen	-1.389.007,59	205.304,00	1.979.607,11	-1.774.303,11	-1.089.549,92	-684.753,19
1.36.3630.11	Inobhutnahme/Notaufnahme	6.750.127,51	3.739.492,67	3.556.389,02	183.103,65	11.988.458,12	-11.805.354,47
1.36.3630.12	Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren	-679.852,02	548,48	715.647,54	-715.099,06	-722.129,08	7.030,02
1.36.3630.13	Jugendgerichtshilfe	-534.782,22	53.241,31	612.186,56	-558.945,25	-535.573,45	-23.371,80
1.36.3630.14	Vormundschaft, Pflegschaft	-1.521.299,02	-256,54	1.644.031,49	-1.644.288,03	-1.549.908,86	-94.379,17
1.36.3630.15	Sonstige Hilfen	-325.961,24	361.259,91	1.093.072,99	-731.813,08	-323.943,59	-407.869,49
1.36.3630.16	Frühe Hilfen	-1.193.898,71	112.719,65	1.287.263,35	-1.174.543,70	-1.345.674,72	171.131,02
Summe Produktgruppe		**-35.648.311,37**	**8.249.877,30**	**55.985.602,58**	**-47.735.725,28**	**-42.232.425,81**	**-5.503.299,47**
1.36.3650	**Tageseinrichtungen für Kinder**						
1.36.3650.01	Betreuung von Kindern unter 3 Jahren	-19.121.695,86	5.013.552,08	29.327.869,86	-24.314.317,78	-23.899.583,36	-414.734,42
1.36.3650.02	Kindergartenbetreuung	-41.643.667,61	11.443.984,47	52.852.276,62	-41.408.292,15	-48.877.630,94	7.469.338,79

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.36.3650.03	Betreuung von Schulkindern	-16.003.278,11	581.171,21	18.176.432,61	-17.595.261,40	-19.228.769,73	1.633.508,33
1.36.3650.04	Essensversorgung	-560.656,17	1.379.719,21	1.956.533,77	-576.814,56	-565.208,45	-11.606,11
1.36.3650.05	Service für Kindertagesstätten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-77.329.297,75**	**18.418.426,97**	**102.313.112,86**	**-83.894.685,89**	**-92.571.192,48**	**8.676.506,59**
1.36.3660	**Einrichtungen der Jugendarbeit**						
1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	-6.339.653,86	105.910,30	6.663.345,07	-6.557.434,77	-6.672.704,43	115.269,66
1.36.3660.03	Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	-230.103,69	361.626,53	688.375,62	-326.749,09	-164.629,81	-162.119,28
Summe Produktgruppe		**-6.569.757,55**	**467.536,83**	**7.351.720,69**	**-6.884.183,86**	**-6.837.334,24**	**-46.849,62**
1.36.3670	**Sonstige Einrichtungen**						
1.36.3670.01	Einrichtungen z. Inobhutnahme Ki./Ju.	-781.794,73	541.478,41	1.520.158,73	-978.680,32	-776.556,87	-202.123,45
1.36.3670.02	Städt. Einrichtungen Integrationshilfe	-221.935,87	47.188,27	257.548,80	-210.360,53	-208.979,24	-1.381,29
1.36.3670.03	Städt. Einrichtungen Stat. Betreuungen	-1.263.173,59	6.644,11	9.713,48	-3.069,37	928.689,52	-931.758,89
Summe Produktgruppe		**-2.266.904,19**	**595.310,79**	**1.787.421,01**	**-1.192.110,22**	**-56.846,59**	**-1.135.263,63**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.5100	**Vorleistungen FB 51**						
1.99.5100.01	Vorleistungen FB 51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Summe Teilhaushalt		**-123.516.265,81**	**36.138.473,04**	**177.597.489,99**	**-141.459.016,95**	**-145.834.238,12**	**4.375.221,17**

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.36.3630.06 - Beratung						
Beratungsfälle		Endstand	1.216,0	1.364,0	1.350,0	14,0
Beratungskontakte		Endstand	4.378,0	4.718,0	4.800,0	-82,0
1.36.3630.07 - Betreuung/ambulante Erziehungshilfe						
lfd. Fälle		Durchschnitt	426,0	428,0	427,0	1,0
1.36.3630.11 - Inobhutnahme/Notaufnahme						
Fälle Inobhutnahme ohne umF		Endstand	285,0	293,0	300,0	-7,0
Unterbringungstage ohne umF		Endstand	16.219,0	18.853,0	22.120,0	-3.267,0
1.36.3630.XX - Stationäre Hilfen						
Fälle ohne umF		Durchschnitt	251,0	284,0	238,0	46,0
1.36.3630.YY - Unbegleitete minderj. Flüchtl.						
Unterbringungstage Inobhutnahme		Summe	1.693,0	1.633,0	4.000,0	-2.367,0
Unterbringungstage vorläufige Inobhutnahme		Summe	811,0	463,0	1.500,0	-1.037,0
Fälle Inobhutnahme		Summe	41,0	40,0	50,0	-10,0
Fälle vorläufige Inobhutnahme		Summe	103,0	54,0	150,0	-96,0
Fälle ambulant		Durchschnitt	24,0	22,0	50,0	-28,0
Fälle stationär		Durchschnitt	139,0	91,0	200,0	-109,0
1.36.3650.01 - Betreuung von Kindern unter 3 Jahren						
Kindertagespflege		Endstand	1.041,0	1.048,0	1.100,0	-52,0
Krippenbetreuung		Endstand	1.779,0	2.014,0	1.968,0	46,0

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 51 Kinder, Jugend und Familie

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.36.3650.02 - Kindergartenbetreuung						
Kindergartenbetreuung		Endstand	6.549,0	6.608,0	6.673,0	-65,0
1.36.3650.03 - Betreuung von Schulkindern						
Schulkindbetreuung in Kitas		Endstand	98,0	42,0	98,0	-56,0
Schullkindbetreuung in Schulen, OGS, KTK		Endstand	4.230,0	4.558,0	4.494,0	64,0

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**41.727.105,82**	**41.496.971,10**	**50.033.900,00**	**-8.536.928,90**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**162.112.515,48**	**169.358.556,69**	**189.750.010,00**	**-20.391.453,31**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-120.385.409,66**	**-127.861.585,59**	**-139.716.110,00**	**+11.854.524,41**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	180.164,09	136.694,48	238.300,00	-101.605,52	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	19.584,80	0,00	8.000,00	-8.000,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**199.748,89**	**136.694,48**	**246.300,00**	**-109.605,52**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-199.748,89**	**-136.694,48**	**-246.300,00**	**+109.605,52**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-120.585.158,55**	**-127.998.280,07**	**-139.962.410,00**	**+11.964.129,93**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-120.585.158,55**	**-127.998.280,07**	**-139.962.410,00**	**+11.964.129,93**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **FB 51 Kinder, Jugend und Familie**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**41.727.105,82**	**50.033.900,00**	**0,00**	**528.496,99**	**-230.394,51**	**50.332.002,48**	**41.496.971,10**	**-8.835.031,38**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**162.112.515,48**	**189.750.010,00**	**0,00**	**1.033.096,47**	**3.736.904,80**	**194.520.011,27**	**169.358.556,69**	**-25.161.454,58**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-120.385.409,66**	**-139.716.110,00**	**0,00**	**-504.599,48**	**-3.967.299,31**	**-144.188.008,79**	**-127.861.585,59**	**+16.326.423,20**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	180.164,09	238.300,00	0,00	254.200,00	98.351,03	590.851,03	136.694,48	-454.156,55
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	19.584,80	8.000,00	0,00	0,00	17.790,00	25.790,00	0,00	-25.790,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**199.748,89**	**246.300,00**	**0,00**	**254.200,00**	**116.141,03**	**616.641,03**	**136.694,48**	**-479.946,55**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-199.748,89**	**-246.300,00**	**0,00**	**-254.200,00**	**-116.141,03**	**-616.641,03**	**-136.694,48**	**+479.946,55**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-120.585.158,55**	**-139.962.410,00**	**0,00**	**-758.799,48**	**-4.083.440,34**	**-144.804.649,82**	**-127.998.280,07**	**+16.806.369,75**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-120.585.158,55**	**-139.962.410,00**	**0,00**	**-758.799,48**	**-4.083.440,34**	**-144.804.649,82**	**-127.998.280,07**	**+16.806.369,75**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Referat 0600

Baureferat

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	125,00	125,00	0,00	+125,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	600,00	600,00	600,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	60.666,50	64.960,80	60.000,00	+4.960,80	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.485,02	108.822,56	62.600,00	+46.222,56	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**76.876,52**	**174.508,36**	**123.200,00**	**+51.308,36**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	759.589,50	803.222,74	865.291,00	-62.068,26	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	131.845,06	128.906,49	150.200,00	-21.293,51	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	105.845,18	52.846,34	876.100,00	-823.253,66	0,00
16	Abschreibungen	14.455,23	14.337,34	12.811,00	+1.526,34	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	255.848,39	213.202,28	183.200,00	+30.002,28	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.267.583,36**	**1.212.515,19**	**2.087.602,00**	**-875.086,81**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.190.706,84**	**-1.038.006,83**	**-1.964.402,00**	**+926.395,17**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Ref. 0600 Baureferat

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	579,38	1,00	0,00	+1,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-579,38**	**-1,00**	**0,00**	**-1,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.191.286,22**	**-1.038.007,83**	**-1.964.402,00**	**+926.394,17**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	116.799,09	92.777,73	87.223,00	+5.554,73	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-116.799,09**	**-92.777,73**	**-87.223,00**	**-5.554,73**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.308.085,31**	**-1.130.785,56**	**-2.051.625,00**	**+920.839,44**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	125,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125,00	+125,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	600,00	600,00	0,00	0,00	0,00	600,00	600,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	60.666,50	60.000,00	0,00	0,00	0,00	60.000,00	64.960,80	+4.960,80
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.485,02	62.600,00	0,00	0,00	0,00	62.600,00	108.822,56	+46.222,56
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**76.876,52**	**123.200,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**123.200,00**	**174.508,36**	**+51.308,36**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	759.589,50	865.291,00	0,00	-73.004,87	0,00	792.286,13	803.222,74	+10.936,61
14	Versorgungsaufwendungen	131.845,06	150.200,00	0,00	-21.293,51	0,00	128.906,49	128.906,49	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	105.845,18	876.100,00	0,00	-691.443,79	863.700,00	1.048.356,21	52.846,34	-995.509,87
16	Abschreibungen	14.455,23	12.811,00	0,00	0,00	0,00	12.811,00	14.337,34	+1.526,34
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	255.848,39	183.200,00	0,00	33.435,45	21.200,00	237.835,45	213.202,28	-24.633,17
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.267.583,36**	**2.087.602,00**	**0,00**	**-752.306,72**	**884.900,00**	**2.220.195,28**	**1.212.515,19**	**-1.007.680,09**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.190.706,84**	**-1.964.402,00**	**0,00**	**752.306,72**	**-884.900,00**	**-2.096.995,28**	**-1.038.006,83**	**+1.058.988,45**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	579,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	+1,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-579,38**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.191.286,22**	**-1.964.402,00**	**0,00**	**752.306,72**	**-884.900,00**	**-2.096.995,28**	**-1.038.007,83**	**+1.058.987,45**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	116.799,09	87.223,00	0,00	0,00	0,00	87.223,00	92.777,73	+5.554,73
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-116.799,09**	**-87.223,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-87.223,00**	**-92.777,73**	**-5.554,73**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.308.085,31**	**-2.051.625,00**	**0,00**	**752.306,72**	**-884.900,00**	**-2.184.218,28**	**-1.130.785,56**	**+1.053.432,72**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0600 Baureferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1117	**Verwaltungsführung Dez. III**						
1.11.1117.01	Steuerungsunterstützung Baudezernat	-306.286,72	90,80	308.128,78	-308.037,98	-328.285,45	20.247,47
1.11.1117.02	Baukoordinierung	-257.450,42	108.822,56	225.342,84	-116.520,28	-246.660,40	130.140,12
1.11.1117.03	Projektsteuerung und Stadtbildgestaltung	-120.453,46	0,00	115.347,13	-115.347,13	-112.900,05	-2.447,08
Summe Produktgruppe		**-684.190,60**	**108.913,36**	**648.818,75**	**-539.905,39**	**-687.845,90**	**147.940,51**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5225	**Wohnungsbauwirtschaft Ref. 0600**						
1.52.5225.01	Wohnungsbauwirtschaft	-211.221,62	0,00	186.725,94	-186.725,94	-962.741,02	776.015,08
1.52.5225.02	Grundstückgenehmigungsverfahren	-63.611,72	64.870,00	129.587,33	-64.717,33	-66.991,76	2.274,43
Summe Produktgruppe		**-274.833,34**	**64.870,00**	**316.313,27**	**-251.443,27**	**-1.029.732,78**	**778.289,51**
1.52.5232	**Denkmalschutz und Pflege**						
1.52.5232.01	Bereitstellung von Brunnen und Denkm.	-243.745,02	725,00	204.995,69	-204.270,69	-229.337,03	25.066,34
Summe Produktgruppe		**-243.745,02**	**725,00**	**204.995,69**	**-204.270,69**	**-229.337,03**	**25.066,34**
1.99	***Vorleistungen***						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0600 Baureferat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.99.0600	**Vorleistungen Ref. 0600**						
1.99.0600.01	Vorleistungen Ref. 0600	-105.316,35	0,00	135.166,21	-135.166,21	-104.709,29	-30.456,92
Summe Produktgruppe		**-105.316,35**	**0,00**	**135.166,21**	**-135.166,21**	**-104.709,29**	**-30.456,92**
Summe Teilhaushalt		**-1.308.085,31**	**174.508,36**	**1.305.293,92**	**-1.130.785,56**	**-2.051.625,00**	**920.839,44**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Ref. 0600 Baureferat**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**72.959,57**	**175.265,26**	**122.600,00**	**+52.665,26**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.082.002,40**	**1.093.448,93**	**1.940.100,00**	**-846.651,07**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.009.042,83**	**-918.183,67**	**-1.817.500,00**	**+899.316,33**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	10.000,00	-10.000,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.070,22	1.235,10	500,00	+735,10	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.070,22**	**1.235,10**	**10.500,00**	**-9.264,90**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.070,22**	**-1.235,10**	**-10.500,00**	**+9.264,90**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.017.113,05**	**-919.418,77**	**-1.828.000,00**	**+908.581,23**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.017.113,05**	**-919.418,77**	**-1.828.000,00**	**+908.581,23**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0600 Baureferat**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**72.959,57**	**122.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**122.600,00**	**175.265,26**	**+52.665,26**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.082.002,40**	**1.940.100,00**	**0,00**	**-757.848,05**	**885.150,00**	**2.067.401,95**	**1.093.448,93**	**-973.953,02**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.009.042,83**	**-1.817.500,00**	**0,00**	**757.848,05**	**-885.150,00**	**-1.944.801,95**	**-918.183,67**	**+1.026.618,28**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	10.000,00	0,00	-438,79	19.849,50	29.410,71	0,00	-29.410,71
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.070,22	500,00	0,00	735,10	0,00	1.235,10	1.235,10	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	681.380,00	0,00	681.380,00	0,00	-681.380,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**8.070,22**	**10.500,00**	**0,00**	**681.676,31**	**19.849,50**	**712.025,81**	**1.235,10**	**-710.790,71**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.070,22**	**-10.500,00**	**0,00**	**-681.676,31**	**-19.849,50**	**-712.025,81**	**-1.235,10**	**+710.790,71**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.017.113,05**	**-1.828.000,00**	**0,00**	**76.171,74**	**-904.999,50**	**-2.656.827,76**	**-919.418,77**	**+1.737.408,99**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.017.113,05**	**-1.828.000,00**	**0,00**	**76.171,74**	**-904.999,50**	**-2.656.827,76**	**-919.418,77**	**+1.737.408,99**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig

Teilhaushalt

Referat 0610

Stadtbild und Denkmalpflege

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	33.712,93	29.026,61	33.300,00	-4.273,39	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	296,00	294,00	294,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	5.069,61	4.643,47	6.500,00	-1.856,53	-
6	Privatrechtliche Entgelte	76,86	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.551,00	23.087,60	36.700,00	-13.612,40	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**54.706,40**	**57.051,68**	**76.794,00**	**-19.742,32**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	439.379,62	449.017,55	439.514,00	+9.503,55	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	13.756,16	15.891,87	13.100,00	+2.791,87	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.892,93	40.400,72	106.400,00	-65.999,28	0,00
16	Abschreibungen	4.737,34	3.416,77	3.493,00	-76,23	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	106.557,67	84.054,30	103.300,00	-19.245,70	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.405,92	81.276,73	51.400,00	+29.876,73	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**640.729,64**	**674.057,94**	**717.207,00**	**-43.149,06**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-586.023,24**	**-617.006,26**	**-640.413,00**	**+23.406,74**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	2.205,89	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	998,41	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**1.207,48**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-584.815,76**	**-617.006,26**	**-640.413,00**	**+23.406,74**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.577,59	38.211,39	37.294,00	+917,39	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-33.577,59**	**-38.211,39**	**-37.294,00**	**-917,39**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-618.393,35**	**-655.217,65**	**-677.707,00**	**+22.489,35**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	33.712,93	33.300,00	0,00	0,00	0,00	33.300,00	29.026,61	-4.273,39
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	296,00	294,00	0,00	0,00	0,00	294,00	294,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	5.069,61	6.500,00	0,00	0,00	0,00	6.500,00	4.643,47	-1.856,53
6 Privatrechtliche Entgelte	76,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.551,00	36.700,00	0,00	0,00	0,00	36.700,00	23.087,60	-13.612,40
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**54.706,40**	**76.794,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**76.794,00**	**57.051,68**	**-19.742,32**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	439.379,62	439.514,00	0,00	3.296,43	0,00	442.810,43	449.017,55	+6.207,12
14 Versorgungsaufwendungen	13.756,16	13.100,00	0,00	2.791,87	0,00	15.891,87	15.891,87	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.892,93	106.400,00	0,00	-5.986,26	37.465,66	137.879,40	40.400,72	-97.478,68
16 Abschreibungen	4.737,34	3.493,00	0,00	0,00	0,00	3.493,00	3.416,77	-76,23
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	106.557,67	103.300,00	0,00	0,00	2.000,00	105.300,00	84.054,30	-21.245,70
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.405,92	51.400,00	0,00	28.791,43	2.284,80	82.476,23	81.276,73	-1.199,50
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**640.729,64**	**717.207,00**	**0,00**	**28.893,47**	**41.750,46**	**787.850,93**	**674.057,94**	**-113.792,99**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-586.023,24**	**-640.413,00**	**0,00**	**-28.893,47**	**-41.750,46**	**-711.056,93**	**-617.006,26**	**+94.050,67**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22 Außerordentliche Erträge	2.205,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Außerordentliche Aufwendungen	998,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**1.207,48**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-584.815,76**	**-640.413,00**	**0,00**	**-28.893,47**	**-41.750,46**	**-711.056,93**	**-617.006,26**	**+94.050,67**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -								
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.577,59	37.294,00	0,00	0,00	0,00	37.294,00	38.211,39	+917,39
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-33.577,59**	**-37.294,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-37.294,00**	**-38.211,39**	**-917,39**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-618.393,35**	**-677.707,00**	**0,00**	**-28.893,47**	**-41.750,46**	**-748.350,93**	**-655.217,65**	**+93.133,28**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5118	**Stadtbildgestaltung**						
1.51.5118.01	Stadtbildgestaltung	-114.413,10	16.089,21	149.054,78	-132.965,57	-130.493,71	-2.471,86
Summe Produktgruppe		**-114.413,10**	**16.089,21**	**149.054,78**	**-132.965,57**	**-130.493,71**	**-2.471,86**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5231	**Denkmalschutz/-pflege**						
1.52.5231.01	Denkmalschutz	-305.019,01	20.160,47	357.537,97	-337.377,50	-309.074,51	-28.302,99
1.52.5231.02	Denkmalpflege	-183.343,39	20.802,00	186.443,37	-165.641,37	-168.698,61	3.057,24
1.52.5231.07	Sonderaufgaben	-15.617,85	0,00	19.233,21	-19.233,21	-69.440,17	50.206,96
Summe Produktgruppe		**-503.980,25**	**40.962,47**	**563.214,55**	**-522.252,08**	**-547.213,29**	**24.961,21**
Summe Teilhaushalt		**-618.393,35**	**57.051,68**	**712.269,33**	**-655.217,65**	**-677.707,00**	**22.489,35**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich

Stadt Braunschweig — **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**56.043,37**	**56.793,32**	**76.500,00**	**-19.706,68**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**626.860,36**	**563.664,61**	**701.100,00**	**-137.435,39**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-570.816,99**	**-506.871,29**	**-624.600,00**	**+117.728,71**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	617,61	3.148,39	2.400,00	+748,39	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**617,61**	**3.148,39**	**2.400,00**	**+748,39**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-617,61**	**-3.148,39**	**-2.400,00**	**-748,39**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-571.434,60**	**-510.019,68**	**-627.000,00**	**+116.980,32**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-571.434,60**	**-510.019,68**	**-627.000,00**	**+116.980,32**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**56.043,37**	**76.500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**76.500,00**	**56.793,32**	**-19.706,68**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**626.860,36**	**701.100,00**	**0,00**	**25.812,07**	**50.950,46**	**777.862,53**	**563.664,61**	**-214.197,92**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-570.816,99**	**-624.600,00**	**0,00**	**-25.812,07**	**-50.950,46**	**-701.362,53**	**-506.871,29**	**+194.491,24**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	617,61	2.400,00	0,00	0,00	1.641,56	4.041,56	3.148,39	-893,17
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**617,61**	**2.400,00**	**0,00**	**0,00**	**1.641,56**	**4.041,56**	**3.148,39**	**-893,17**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-617,61**	**-2.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.641,56**	**-4.041,56**	**-3.148,39**	**+893,17**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-571.434,60**	**-627.000,00**	**0,00**	**-25.812,07**	**-52.592,02**	**-705.404,09**	**-510.019,68**	**+195.384,41**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-571.434,60**	**-627.000,00**	**0,00**	**-25.812,07**	**-52.592,02**	**-705.404,09**	**-510.019,68**	**+195.384,41**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 60

Bauordnung und Brandschutz

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	122,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	2.865.511,35	2.375.770,36	2.008.300,00	+367.470,36	-
6	Privatrechtliche Entgelte	261,27	650,97	800,00	-149,03	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.887.769,89	1.999.149,28	1.705.600,00	+293.549,28	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	23.846,97	10.837,09	38.000,00	-27.162,91	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.777.511,48**	**4.386.407,70**	**3.752.700,00**	**+633.707,70**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	3.380.924,89	3.734.756,91	3.471.528,00	+263.228,91	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	381.031,64	409.974,28	377.000,00	+32.974,28	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.827.468,05	2.104.589,53	1.735.300,00	+369.289,53	0,00
16	Abschreibungen	76.413,97	44.022,11	8.453,30	+35.568,81	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	510.786,66	485.854,07	585.200,00	-99.345,93	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**6.176.625,21**	**6.779.196,90**	**6.177.481,30**	**+601.715,60**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.399.113,73**	**-2.392.789,20**	**-2.424.781,30**	**+31.992,10**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 60 Bauordnung und Brandschutz

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	2.579,88	0,00	0,00	0,00	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**2.578,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.396.534,85**	**-2.392.789,20**	**-2.424.781,30**	**+31.992,10**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.770,39	2.781,75	2.300,00	+481,75	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	349.827,73	353.356,54	319.440,88	+33.915,66	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-348.057,34**	**-350.574,79**	**-317.140,88**	**-33.433,91**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.744.592,19**	**-2.743.363,99**	**-2.741.922,18**	**-1.441,81**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	122,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	2.865.511,35	2.008.300,00	0,00	139.079,00	0,00	2.147.379,00	2.375.770,36	+228.391,36
6 Privatrechtliche Entgelte	261,27	800,00	0,00	0,00	0,00	800,00	650,97	-149,03
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.887.769,89	1.705.600,00	0,00	275.575,00	0,00	1.981.175,00	1.999.149,28	+17.974,28
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	23.846,97	38.000,00	0,00	0,00	0,00	38.000,00	10.837,09	-27.162,91
12 Summe ordentliche Erträge	**4.777.511,48**	**3.752.700,00**	**0,00**	**414.654,00**	**0,00**	**4.167.354,00**	**4.386.407,70**	**+219.053,70**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	3.380.924,89	3.471.528,00	0,00	138.931,23	0,00	3.610.459,23	3.734.756,91	+124.297,68
14 Versorgungsaufwendungen	381.031,64	377.000,00	0,00	32.974,28	0,00	409.974,28	409.974,28	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.827.468,05	1.735.300,00	0,00	409.578,91	72.408,84	2.217.287,75	2.104.589,53	-112.698,22
16 Abschreibungen	76.413,97	8.453,30	0,00	0,00	0,00	8.453,30	44.022,11	+35.568,81
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	510.786,66	585.200,00	0,00	-22.441,50	16.600,53	579.359,03	485.854,07	-93.504,96
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**6.176.625,21**	**6.177.481,30**	**0,00**	**559.042,92**	**89.009,37**	**6.825.533,59**	**6.779.196,90**	**-46.336,69**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-1.399.113,73**	**-2.424.781,30**	**0,00**	**-144.388,92**	**-89.009,37**	**-2.658.179,59**	**-2.392.789,20**	**+265.390,39**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	2.579,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**2.578,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-1.396.534,85**	**-2.424.781,30**	**0,00**	**-144.388,92**	**-89.009,37**	**-2.658.179,59**	**-2.392.789,20**	**+265.390,39**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.770,39	2.300,00	0,00	0,00	0,00	2.300,00	2.781,75	+481,75
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	349.827,73	319.440,88	0,00	0,00	0,00	319.440,88	353.356,54	+33.915,66
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-348.057,34**	**-317.140,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-317.140,88**	**-350.574,79**	**-33.433,91**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-1.744.592,19**	**-2.741.922,18**	**0,00**	**-144.388,92**	**-89.009,37**	**-2.975.320,47**	**-2.743.363,99**	**+231.956,48**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 60 Bauordnung und Brandschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5210	**Baurecht**						
1.52.5210.01	Auskunft und Beratung	-300.053,73	68.912,27	393.401,84	-324.489,57	-510.754,00	186.264,43
1.52.5210.02	Bauaktenarchiv	-199.646,18	25.336,51	219.316,10	-193.979,59	-91.565,04	-102.414,55
1.52.5210.03	Bauvoranfrageverfahren	-113.179,00	17.920,00	230.784,06	-212.864,06	-67.081,75	-145.782,31
1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	603.998,58	1.954.221,75	2.013.826,83	-59.605,08	-238.464,60	178.859,52
1.52.5210.05	Bautechnische Nachweise	-192.043,74	2.028.802,75	2.367.860,15	-339.057,40	-277.602,46	-61.454,94
1.52.5210.06	Baulasten	-224.326,34	175.021,00	347.790,12	-172.769,12	-123.016,34	-49.752,78
1.52.5210.07	Abgeschlossenheitsbescheinigungen	-26.391,58	75.232,00	86.609,16	-11.377,16	29.630,32	-41.007,48
1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungsverfahren	-21.371,78	0,00	29.949,04	-29.949,04	-49.366,54	19.417,50
1.52.5210.09	Überwachung / Durchsetzung öff. Baurecht	-268.191,21	27.838,61	260.412,45	-232.573,84	-331.411,61	98.837,77
1.52.5210.11	Produkte außerh. bauaufsichtl. Verfahren	-84.266,25	140,00	87.945,91	-87.805,91	-131.282,51	43.476,60
Summe Produktgruppe		**-825.471,23**	**4.373.424,89**	**6.037.895,66**	**-1.664.470,77**	**-1.790.914,53**	**126.443,76**
1.52.5211	**Brandschutz / Wiederkehrende Prüfungen**						
1.52.5211.01	Brandschutz / Wiederkehrende Prüfungen	-745.280,10	9.388,85	950.532,09	-941.143,24	-816.019,25	-125.123,99
1.52.5211.02	Rechtsbehelfsverfahren	-173.840,86	6.375,71	144.125,69	-137.749,98	-134.988,40	-2.761,58

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 60 Bauordnung und Brandschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Produktgruppe		**-919.120,96**	**15.764,56**	**1.094.657,78**	**-1.078.893,22**	**-951.007,65**	**-127.885,57**
Summe Teilhaushalt		**-1.744.592,19**	**4.389.189,45**	**7.132.553,44**	**-2.743.363,99**	**-2.741.922,18**	**-1.441,81**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 60 Bauordnung und Brandschutz

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.52.5210.01 - Auskunft und Beratung						
Erteilte Auskünfte/Beratungen per eMail		Summe	926,0	1.014,0	900,0	114,0
Erteilte persönliche Auskünfte/Beratungen		Summe	1.447,0	1.520,0	1.500,0	20,0
Erteilte telefonische Auskünfte/Beratungen		Summe	3.284,0	3.451,0	3.400,0	51,0
1.52.5210.04 - Baugenehmigungsverfahren						
Erteilte Baugenehmigungen		Summe	1.280,0	1.085,0	1.250,0	-165,0

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**4.795.007,79**	**4.194.992,01**	**3.754.400,00**	**+440.592,01**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**5.864.697,72**	**6.349.704,56**	**5.829.400,00**	**+520.304,56**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.069.689,93**	**-2.154.712,55**	**-2.075.000,00**	**-79.712,55**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.043,03	4.307,72	5.900,00	-1.592,28	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**20.043,03**	**4.307,72**	**5.900,00**	**-1.592,28**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-20.043,03**	**-4.307,72**	**-5.900,00**	**+1.592,28**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-1.089.732,96**	**-2.159.020,27**	**-2.080.900,00**	**-78.120,27**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.089.732,96**	**-2.159.020,27**	**-2.080.900,00**	**-78.120,27**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **FB 60 Bauordnung und Brandschutz**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.795.007,79**	**3.754.400,00**	**0,00**	**414.654,00**	**0,00**	**4.169.054,00**	**4.194.992,01**	**+25.938,01**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**5.864.697,72**	**5.829.400,00**	**0,00**	**552.099,93**	**171.755,17**	**6.553.255,10**	**6.349.704,56**	**-203.550,54**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-1.069.689,93**	**-2.075.000,00**	**0,00**	**-137.445,93**	**-171.755,17**	**-2.384.201,10**	**-2.154.712,55**	**+229.488,55**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.043,03	5.900,00	0,00	0,00	5.144,23	11.044,23	4.307,72	-6.736,51
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**20.043,03**	**5.900,00**	**0,00**	**0,00**	**5.144,23**	**11.044,23**	**4.307,72**	**-6.736,51**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-20.043,03**	**-5.900,00**	**0,00**	**0,00**	**-5.144,23**	**-11.044,23**	**-4.307,72**	**+6.736,51**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-1.089.732,96**	**-2.080.900,00**	**0,00**	**-137.445,93**	**-176.899,40**	**-2.395.245,33**	**-2.159.020,27**	**+236.225,06**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-1.089.732,96**	**-2.080.900,00**	**0,00**	**-137.445,93**	**-176.899,40**	**-2.395.245,33**	**-2.159.020,27**	**+236.225,06**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 61

Stadtplanung und Umweltschutz

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge					
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	725.972,25	815.730,89	2.677.700,00	-1.861.969,11	-
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	178.207,78	203.773,60	420.681,43	-216.907,83	-
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	94.401,27	174.435,74	75.300,00	+99.135,74	-
6 Privatrechtliche Entgelte	11.107,42	12.027,48	18.000,00	-5.972,52	-
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	866.084,00	893.602,32	786.200,00	+107.402,32	-
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,56	0,00	0,00	0,00	-
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	237.612,44	187.338,63	0,00	+187.338,63	-
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11 Sonstige ordentliche Erträge	127.111,45	72.532,17	301.000,00	-228.467,83	-
12 Summe ordentliche Erträge	**2.240.497,17**	**2.359.440,83**	**4.278.881,43**	**-1.919.440,60**	**-**
Ordentliche Aufwendungen					
13 Personalaufwendungen	10.019.350,24	10.809.968,59	10.557.417,00	+252.551,59	0,00
14 Versorgungsaufwendungen	767.401,71	809.163,60	840.500,00	-31.336,40	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.520.376,03	2.785.146,60	5.357.000,00	-2.571.853,40	0,00
16 Abschreibungen	470.187,74	471.846,74	1.654.472,77	-1.182.626,03	-
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	217,25	703,58	0,00	+703,58	0,00
18 Transferaufwendungen	2.606.265,78	2.738.807,88	4.456.000,00	-1.717.192,12	0,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.680.312,83	1.740.816,67	2.090.400,00	-349.583,33	0,00
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**18.064.111,58**	**19.356.453,66**	**24.955.789,77**	**-5.599.336,11**	**0,00**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-15.823.614,41**	**-16.997.012,83**	**-20.676.908,34**	**+3.679.895,51**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22 Außerordentliche Erträge	28.631,32	78.840,38	0,00	+78.840,38	-
23 Außerordentliche Aufwendungen	48.656,73	32.918,55	0,00	+32.918,55	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**-20.025,41**	**45.921,83**	**0,00**	**+45.921,83**	**-**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-15.843.639,82**	**-16.951.091,00**	**-20.676.908,34**	**+3.725.817,34**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -					
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.591.254,62	1.774.185,80	1.470.300,00	+303.885,80	-
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.376.244,18	1.341.166,31	1.291.742,30	+49.424,01	-
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**215.010,44**	**433.019,49**	**178.557,70**	**+254.461,79**	**-**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-15.628.629,38**	**-16.518.071,51**	**-20.498.350,64**	**+3.980.279,13**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	725.972,25	2.677.700,00	0,00	0,00	0,00	2.677.700,00	815.730,89	-1.861.969,11
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	178.207,78	420.681,43	0,00	0,00	0,00	420.681,43	203.773,60	-216.907,83
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	94.401,27	75.300,00	0,00	50.620,00	0,00	125.920,00	174.435,74	+48.515,74
6 Privatrechtliche Entgelte	11.107,42	18.000,00	0,00	0,00	0,00	18.000,00	12.027,48	-5.972,52
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	866.084,00	786.200,00	0,00	39.071,24	0,00	825.271,24	893.602,32	+68.331,08
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	237.612,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	187.338,63	+187.338,63
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	127.111,45	301.000,00	0,00	7.820,71	0,00	308.820,71	72.532,17	-236.288,54
12 Summe ordentliche Erträge	**2.240.497,17**	**4.278.881,43**	**0,00**	**97.511,95**	**0,00**	**4.376.393,38**	**2.359.440,83**	**-2.016.952,55**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	10.019.350,24	10.557.417,00	0,00	90.619,62	0,00	10.648.036,62	10.809.968,59	+161.931,97
14 Versorgungsaufwendungen	767.401,71	840.500,00	0,00	-31.336,40	0,00	809.163,60	809.163,60	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.520.376,03	5.357.000,00	0,00	31.567,79	2.764.746,09	8.153.313,88	2.785.146,60	-5.368.167,28
16 Abschreibungen	470.187,74	1.654.472,77	0,00	0,00	0,00	1.654.472,77	471.846,74	-1.182.626,03
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	217,25	0,00	0,00	703,58	0,00	703,58	703,58	0,00
18 Transferaufwendungen	2.606.265,78	4.456.000,00	0,00	-123.146,20	216.348,82	4.549.202,62	2.738.807,88	-1.810.394,74
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.680.312,83	2.090.400,00	0,00	181.065,78	325.806,16	2.597.271,94	1.740.816,67	-856.455,27
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**18.064.111,58**	**24.955.789,77**	**0,00**	**149.474,17**	**3.306.901,07**	**28.412.165,01**	**19.356.453,66**	**-9.055.711,35**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-15.823.614,41**	**-20.676.908,34**	**0,00**	**-51.962,22**	**-3.306.901,07**	**-24.035.771,63**	**-16.997.012,83**	**+7.038.758,80**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	28.631,32	0,00	0,00	746,28	0,00	746,28	78.840,38	+78.094,10
23	Außerordentliche Aufwendungen	48.656,73	0,00	0,00	9.446,28	0,00	9.446,28	32.918,55	+23.472,27
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-20.025,41**	**0,00**	**0,00**	**-8.700,00**	**0,00**	**-8.700,00**	**45.921,83**	**+54.621,83**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-15.843.639,82**	**-20.676.908,34**	**0,00**	**-60.662,22**	**-3.306.901,07**	**-24.044.471,63**	**-16.951.091,00**	**+7.093.380,63**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.591.254,62	1.470.300,00	0,00	0,00	0,00	1.470.300,00	1.774.185,80	+303.885,80
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.376.244,18	1.291.742,30	0,00	0,00	0,00	1.291.742,30	1.341.166,31	+49.424,01
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**215.010,44**	**178.557,70**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**178.557,70**	**433.019,49**	**+254.461,79**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-15.628.629,38**	**-20.498.350,64**	**0,00**	**-60.662,22**	**-3.306.901,07**	**-23.865.913,93**	**-16.518.071,51**	**+7.347.842,42**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.11	***Innere Verwaltung***						
1.11.1170	**Graphik-Service-Center**						
1.11.1170.01	Graphik-Service-Center	-30.653,66	464.615,18	471.957,43	-7.342,25	-56.604,34	49.262,09
Summe Produktgruppe		**-30.653,66**	**464.615,18**	**471.957,43**	**-7.342,25**	**-56.604,34**	**49.262,09**
1.25	***Kultur***						
1.25.2812	**Heimatpfleger**						
1.25.2812.01	Betreuung der Heimatpfleger	-22.628,93	0,00	35.891,13	-35.891,13	-22.800,00	-13.091,13
Summe Produktgruppe		**-22.628,93**	**0,00**	**35.891,13**	**-35.891,13**	**-22.800,00**	**-13.091,13**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5111	**Stadtplanung**						
1.51.5111.01	Grundl. Stadtentw./Inf. Planung/Projekt.	-252.981,69	74.893,52	502.982,71	-428.089,19	-209.112,52	-218.976,67
1.51.5111.03	Bebauungsplanung	-1.037.255,14	97.493,78	1.282.359,71	-1.184.865,93	-1.083.089,19	-101.776,74
1.51.5111.05	Grundstückswertermittlung	-136.388,92	132.630,87	248.046,29	-115.415,42	-186.188,62	70.773,20
1.51.5111.06	Bodenordnung und städtebauliche Verträge	-501.757,74	2.280,14	509.091,30	-506.811,16	-488.091,81	-18.719,35
1.51.5111.07	Mitwirkungspflichten	-421.938,37	3.509,76	373.735,23	-370.225,47	-458.981,19	88.755,72
Summe Produktgruppe		**-2.350.321,86**	**310.808,07**	**2.916.215,24**	**-2.605.407,17**	**-2.425.463,33**	**-179.943,84**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.51.5112	**Geoinformation**						
1.51.5112.01	Ingenieurvermessungen	-399.745,58	683.696,51	730.000,90	-46.304,39	-194.321,34	148.016,95
1.51.5112.02	Liegenschaftsvermessungen	6.323,72	135.847,88	179.930,31	-44.082,43	-119.865,81	75.783,38
1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	-177.856,48	0,00	156.408,20	-156.408,20	-187.542,97	31.134,77
1.51.5112.04	Geodatenservice	-489.293,05	430.103,23	1.002.740,88	-572.637,65	-775.182,32	202.544,67
1.51.5112.06	GDI / GDM	-708.397,73	183.712,02	836.374,92	-652.662,90	-973.606,69	320.943,79
1.51.5112.07	Fachspezifische Ausbildung 61.2	-32.421,16	0,00	73.847,36	-73.847,36	-46.382,08	-27.465,28
1.51.5112.08	Sonderaufgaben 61.2	-27.330,34	4.811,09	31.731,63	-26.920,54	-27.354,76	434,22
Summe Produktgruppe		**-1.828.720,62**	**1.438.170,73**	**3.011.034,20**	**-1.572.863,47**	**-2.324.255,97**	**751.392,50**
1.51.5113	**Zentraler Bürgerservice**						
1.51.5113.01	Leistungen mit Außenwirkung	-44.139,35	16.131,27	306.151,33	-290.020,06	-44.336,00	-245.684,06
Summe Produktgruppe		**-44.139,35**	**16.131,27**	**306.151,33**	**-290.020,06**	**-44.336,00**	**-245.684,06**
1.51.5116	**Sanierungsplanung und -durchführung**						
1.51.5116.01	Sanierungsplanung und -durchführung	-1.347.936,64	1.042.638,21	2.740.129,31	-1.697.491,10	-3.398.195,02	1.700.703,92
Summe Produktgruppe		**-1.347.936,64**	**1.042.638,21**	**2.740.129,31**	**-1.697.491,10**	**-3.398.195,02**	**1.700.703,92**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.51.5117	**Vorbereitende Bauleit-, Standortplanung**						
1.51.5117.01	Grundl. Stadtentw./Inf. Planung/Projekt.	-709.281,49	0,00	497.267,74	-497.267,74	-529.595,00	32.327,26
1.51.5117.02	Flächennutzungsplanung	-331.952,51	5.000,00	192.410,82	-187.410,82	-430.569,98	243.159,16
1.51.5117.03	Mitwirkungspflichten	-113.696,88	0,00	52.157,44	-52.157,44	-102.070,66	49.913,22
1.51.5117.04	Mitgliedschaften Vereine und Verbände	-2.084.179,37	0,00	2.157.477,56	-2.157.477,56	-2.166.745,05	9.267,49
Summe Produktgruppe		**-3.239.110,25**	**5.000,00**	**2.899.313,56**	**-2.894.313,56**	**-3.228.980,69**	**334.667,13**
1.51.5119	**Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung**						
1.51.5119.01	Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung	-754.554,66	16.766,31	606.397,82	-589.631,51	-1.742.343,31	1.152.711,80
1.51.5119.03	Objektplanung und Baudurchführung	-525.678,38	0,00	567.875,95	-567.875,95	-705.932,13	138.056,18
Summe Produktgruppe		**-1.280.233,04**	**16.766,31**	**1.174.273,77**	**-1.157.507,46**	**-2.448.275,44**	**1.290.767,98**
1.52	***Bauen und Wohnen***						
1.52.5224	**Wohnungsbauförderung FB 61**						
1.52.5224.01	Wohnungsbauwirtschaft	26.532,80	33.975,00	0,00	33.975,00	-9.857,52	43.832,52
Summe Produktgruppe		**26.532,80**	**33.975,00**	**0,00**	**33.975,00**	**-9.857,52**	**43.832,52**
1.53	***Ver- und Entsorgung***						
1.53.5372	**Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.53.5372.02	Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht	-301.968,99	26.765,75	249.825,93	-223.060,18	-401.927,07	178.866,89
Summe Produktgruppe		**-301.968,99**	**26.765,75**	**249.825,93**	**-223.060,18**	**-401.927,07**	**178.866,89**
1.53.5382	**Ordnungsaufgaben nach Wasserrecht**						
1.53.5382.01	Wasserrecht	-1.097.901,13	364.316,32	1.340.815,61	-976.499,29	-951.967,66	-24.531,63
Summe Produktgruppe		**-1.097.901,13**	**364.316,32**	**1.340.815,61**	**-976.499,29**	**-951.967,66**	**-24.531,63**
1.56	***Umweltschutz***						
1.56.5610	**Umweltschutz**						
1.56.5610.01	Abfallrecht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.56.5610.02	Immissionsschutz	-330.723,75	39.832,98	536.840,90	-497.007,92	-326.049,87	-170.958,05
1.56.5610.03	Gefahrstoffe	-50.388,17	4.426,80	59.227,64	-54.800,84	-59.024,80	4.223,96
1.56.5610.04	Landschaftsrahmenplanung	-388.814,12	10.950,51	471.068,45	-460.117,94	-570.661,95	110.544,01
1.56.5610.05	Landschaftsschutz, -pflege, -entwicklung	-601.143,91	44.101,19	581.900,68	-537.799,49	-820.864,59	283.065,10
1.56.5610.06	Artenschutz	-215.245,93	22.165,27	302.887,40	-280.722,13	-271.645,56	-9.076,57
1.56.5610.07	Bodenabbau	-38.558,31	1.007,37	47.328,21	-46.320,84	-44.214,95	-2.105,89
1.56.5610.08	Wasserrecht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.56.5610.09	Bodenschutz, Altlasten und Kampfmittel	-1.170.044,04	145.348,90	1.647.846,43	-1.502.497,53	-1.661.295,15	158.797,62

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.56.5610.10	Umweltplanung	-192.148,07	29,27	189.159,80	-189.130,53	-341.825,38	152.694,85
1.56.5610.11	Umweltinformationssystem	-201.823,24	0,00	289.596,67	-289.596,67	-190.615,69	-98.980,98
1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	-86.939,37	0,00	79.140,20	-79.140,20	-103.132,58	23.992,38
1.56.5610.14	Öffentlichkeitsarbeit/sonst.Aufg.	-134.799,67	19.402,85	123.014,36	-103.611,51	-50.200,00	-53.411,51
1.56.5610.15	Klimaschutz	-488.529,94	378,00	500.704,96	-500.326,96	-426.583,10	-73.743,86
Summe Produktgruppe		**-3.899.158,52**	**287.643,14**	**4.828.715,70**	**-4.541.072,56**	**-4.866.113,62**	**325.041,06**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.6100	**Vorleistungen FB 61**						
1.99.6100.01	Vorleistungen FB 61	-249.868,47	0,00	203.302,94	-203.302,94	-219.573,98	16.271,04
Summe Produktgruppe		**-249.868,47**	**0,00**	**203.302,94**	**-203.302,94**	**-219.573,98**	**16.271,04**
Summe Teilhaushalt		**-15.666.108,66**	**4.006.829,98**	**20.177.626,15**	**-16.170.796,17**	**-20.398.350,64**	**4.227.554,47**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.51.5111.03 - Bebauungsplanung						
Bebauungsplanverfahren	Anzahl	Endstand	89,0	90,0	90,0	0,0
Satzungsbeschlüsse	Anzahl	Endstand	6,0	13,0	8,0	5,0
1.51.5112.04 - Geodatenservice						
Abgeschlossene Aufträge		Summe	291,0	259,0	240,0	19,0
1.51.5116.01 - Sanierungsplanung und -durchführung						
Sanierungsgenehm. f. Baumaßnahmen			66,0	51,0	70,0	-19,0
Sanierungsgenehm. f. Grundstücksverkäufe			231,0	191,0	220,0	-29,0
1.51.5119.01 - Landsch.-, Freiraum-,Grünordnungsplanung						
Laufende Planungsverfahren	Fallzahl	Durchschnitt	25,0	34,0	36,0	-2,0
1.56.5610.09 - Bodenschutz, Altlasten und Kampfmittel						
Zu bearbeitende Altlastenfälle	Bestandszahl	Durchschnitt	121,0	123,0	130,0	-7,0
1.56.5610.15 - Klimaschutz						
Umsetzung Klimaschutzkonzept	Prozent	Endstand	69,0	80,0	80,0	0,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.836.040,99**	**2.318.500,00**	**3.896.300,00**	**-1.577.800,00**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**17.384.138,92**	**17.825.720,16**	**22.566.100,00**	**-4.740.379,84**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-15.548.097,93**	**-15.507.220,16**	**-18.669.800,00**	**+3.162.579,84**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	644.639,03	3.335.218,02	3.093.400,00	+241.818,02	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.070,20	0,00	0,00	0,00	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	2.678,50	0,00	0,00	0,00	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**650.387,73**	**3.335.218,02**	**3.093.400,00**	**+241.818,02**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	96.269,73	0,00	+96.269,73	0,00
26 Baumaßnahmen	8.817.754,12	3.418.316,39	7.894.000,00	-4.475.683,61	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	100.191,79	81.959,37	66.700,00	+15.259,37	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	67.368,68	21.740,39	600.000,00	-578.259,61	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**8.985.314,59**	**3.618.285,88**	**8.560.700,00**	**-4.942.414,12**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.334.926,86**	**-283.067,86**	**-5.467.300,00**	**+5.184.232,14**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-23.883.024,79**	**-15.790.288,02**	**-24.137.100,00**	**+8.346.811,98**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-23.883.024,79**	**-15.790.288,02**	**-24.137.100,00**	**+8.346.811,98**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.836.040,99**	**3.896.300,00**	**0,00**	**98.258,23**	**-1.397,85**	**3.993.160,38**	**2.318.500,00**	**-1.674.660,38**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**17.384.138,92**	**22.566.100,00**	**0,00**	**107.419,96**	**3.423.236,47**	**26.096.756,43**	**17.825.720,16**	**-8.271.036,27**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-15.548.097,93**	**-18.669.800,00**	**0,00**	**-9.161,73**	**-3.424.634,32**	**-22.103.596,05**	**-15.507.220,16**	**+6.596.375,89**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	644.639,03	3.093.400,00	0,00	40.000,00	0,00	3.133.400,00	3.335.218,02	+201.818,02
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.070,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	2.678,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**650.387,73**	**3.093.400,00**	**0,00**	**40.000,00**	**0,00**	**3.133.400,00**	**3.335.218,02**	**+201.818,02**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	67.259,73	58.900,00	126.159,73	96.269,73	-29.890,00
26 Baumaßnahmen	8.817.754,12	7.894.000,00	0,00	-318.773,01	3.705.085,96	11.280.312,95	3.418.316,39	-7.861.996,56
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	100.191,79	66.700,00	0,00	75.593,64	70.534,44	212.828,08	81.959,37	-130.868,71
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	67.368,68	600.000,00	0,00	0,00	10.000,00	610.000,00	21.740,39	-588.259,61
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**8.985.314,59**	**8.560.700,00**	**0,00**	**-175.919,64**	**3.844.520,40**	**12.229.300,76**	**3.618.285,88**	**-8.611.014,88**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-8.334.926,86**	**-5.467.300,00**	**0,00**	**215.919,64**	**-3.844.520,40**	**-9.095.900,76**	**-283.067,86**	**+8.812.832,90**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-23.883.024,79**	**-24.137.100,00**	**0,00**	**206.757,91**	**-7.269.154,72**	**-31.199.496,81**	**-15.790.288,02**	**+15.409.208,79**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-23.883.024,79**	**-24.137.100,00**	**0,00**	**206.757,91**	**-7.269.154,72**	**-31.199.496,81**	**-15.790.288,02**	**+15.409.208,79**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 66

Tiefbau und Verkehr

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	3.128,37	112,39	330.000,00	-329.887,61	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	6.627.931,43	6.709.368,59	6.860.248,11	-150.879,52	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	4.008.120,79	3.913.725,39	3.911.500,00	+2.225,39	-
6	Privatrechtliche Entgelte	455,40	555,40	0,00	+555,40	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	331.761,17	495.523,78	280.900,00	+214.623,78	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	983.587,27	1.099.420,42	1.205.529,36	-106.108,94	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	1.898.131,98	53.316,61	50.000,00	+3.316,61	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**13.853.116,41**	**12.272.022,58**	**12.638.177,47**	**-366.154,89**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	7.638.478,61	8.791.821,08	8.483.004,00	+308.817,08	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	529.240,18	565.292,41	595.700,00	-30.407,59	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.531.459,98	6.269.028,48	7.602.200,00	-1.333.171,52	0,00
16	Abschreibungen	10.095.632,56	10.239.380,95	11.770.750,29	-1.531.369,34	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	114.966,82	93.962,50	89.500,00	+4.462,50	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.042.148,70	18.300.776,30	18.546.900,00	-246.123,70	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**41.951.926,85**	**44.260.261,72**	**47.088.054,29**	**-2.827.792,57**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-28.098.810,44**	**-31.988.239,14**	**-34.449.876,82**	**+2.461.637,68**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22 Außerordentliche Erträge	261.653,27	76.718,87	45.000,00	+31.718,87	-
23 Außerordentliche Aufwendungen	397.652,22	197.523,10	98.000,00	+99.523,10	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**-135.998,95**	**-120.804,23**	**-53.000,00**	**-67.804,23**	**-**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-28.234.809,39**	**-32.109.043,37**	**-34.502.876,82**	**+2.393.833,45**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -					
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.150.873,81	1.360.676,69	1.093.167,00	+267.509,69	-
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-1.150.873,81**	**-1.360.676,69**	**-1.093.167,00**	**-267.509,69**	**-**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-29.385.683,20**	**-33.469.720,06**	**-35.596.043,82**	**+2.126.323,76**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	3.128,37	330.000,00	0,00	0,00	0,00	330.000,00	112,39	-329.887,61
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	6.627.931,43	6.860.248,11	0,00	0,00	0,00	6.860.248,11	6.709.368,59	-150.879,52
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	4.008.120,79	3.911.500,00	0,00	0,00	0,00	3.911.500,00	3.913.725,39	+2.225,39
6 Privatrechtliche Entgelte	455,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	555,40	+555,40
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	331.761,17	280.900,00	0,00	0,00	0,00	280.900,00	495.523,78	+214.623,78
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	983.587,27	1.205.529,36	0,00	0,00	0,00	1.205.529,36	1.099.420,42	-106.108,94
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	1.898.131,98	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	53.316,61	+3.316,61
12 Summe ordentliche Erträge	**13.853.116,41**	**12.638.177,47**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12.638.177,47**	**12.272.022,58**	**-366.154,89**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	7.638.478,61	8.483.004,00	0,00	204.407,31	0,00	8.687.411,31	8.791.821,08	+104.409,77
14 Versorgungsaufwendungen	529.240,18	595.700,00	0,00	-30.407,59	0,00	565.292,41	565.292,41	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.531.459,98	7.602.200,00	0,00	124.042,12	1.688.591,84	9.414.833,96	6.269.028,48	-3.145.805,48
16 Abschreibungen	10.095.632,56	11.770.750,29	0,00	0,00	0,00	11.770.750,29	10.239.380,95	-1.531.369,34
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	114.966,82	89.500,00	0,00	4.537,50	0,00	94.037,50	93.962,50	-75,00
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.042.148,70	18.546.900,00	0,00	36.238,27	6.008,49	18.589.146,76	18.300.776,30	-288.370,46
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**41.951.926,85**	**47.088.054,29**	**0,00**	**338.817,61**	**1.694.600,33**	**49.121.472,23**	**44.260.261,72**	**-4.861.210,51**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-28.098.810,44**	**-34.449.876,82**	**0,00**	**-338.817,61**	**-1.694.600,33**	**-36.483.294,76**	**-31.988.239,14**	**+4.495.055,62**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	261.653,27	45.000,00	0,00	23.868,24	0,00	68.868,24	76.718,87	+7.850,63
23	Außerordentliche Aufwendungen	397.652,22	98.000,00	0,00	63.452,63	0,00	161.452,63	197.523,10	+36.070,47
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**-135.998,95**	**-53.000,00**	**0,00**	**-39.584,39**	**0,00**	**-92.584,39**	**-120.804,23**	**-28.219,84**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-28.234.809,39**	**-34.502.876,82**	**0,00**	**-378.402,00**	**-1.694.600,33**	**-36.575.879,15**	**-32.109.043,37**	**+4.466.835,78**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.150.873,81	1.093.167,00	0,00	0,00	0,00	1.093.167,00	1.360.676,69	+267.509,69
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.150.873,81**	**-1.093.167,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.093.167,00**	**-1.360.676,69**	**-267.509,69**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-29.385.683,20**	**-35.596.043,82**	**0,00**	**-378.402,00**	**-1.694.600,33**	**-37.669.046,15**	**-33.469.720,06**	**+4.199.326,09**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.12	***Sicherheit und Ordnung***						
1.12.1223	**Verkehrsbehörde**						
1.12.1223.01	Verkehrsregelung und -lenkung	-323.207,35	66,87	377.374,81	-377.307,94	-269.455,89	-107.852,05
1.12.1223.02	Überwachung des fließenden Verkehrs	-480.788,80	98,00	600.491,42	-600.393,42	-775.490,56	175.097,14
1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	123.071,96	911.723,57	910.870,59	852,98	40.941,67	-40.088,69
1.12.1223.04	Verkehrsaufklärung	0,00	0,00	0,00	0,00	-8.000,00	8.000,00
Summe Produktgruppe		**-680.924,19**	**911.888,44**	**1.888.736,82**	**-976.848,38**	**-1.012.004,78**	**35.156,40**
1.51	***Räumliche Planung und Entwicklung***						
1.51.5115	**Verkehrsplanung FB 66**						
1.51.5115.01	Verkehrsplanung	-753.931,88	7.984,37	831.065,15	-823.080,78	-1.121.979,99	298.899,21
1.51.5115.02	Umsetzung von Bebauungsplanung	-31.564,67	409,20	33.954,00	-33.544,80	-26.936,71	-6.608,09
1.51.5115.03	Mitwirkungspflichten	-178.257,96	21.667,95	277.757,26	-256.089,31	-313.593,39	57.504,08
Summe Produktgruppe		**-963.754,51**	**30.061,52**	**1.142.776,41**	**-1.112.714,89**	**-1.462.510,09**	**349.795,20**
1.54	***Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV***						
1.54.5400	**Verkehrsflächen**						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.54.5400.01	Bearbeitung von Straßenbauprojekten	-3.018.388,67	32.341,79	2.970.584,69	-2.938.242,90	-2.962.675,08	24.432,18
1.54.5400.02	Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	-18.670.256,99	6.634.676,57	27.674.558,05	-21.039.881,48	-22.914.299,55	1.874.418,07
1.54.5400.03	Abwicklung von Unfallschäden	-66.981,90	67.647,58	194.266,40	-126.618,82	-84.746,66	-41.872,16
1.54.5400.04	Informationsdienst	-514.145,52	7.843,84	650.352,45	-642.508,61	-646.274,24	3.765,63
1.54.5400.05	Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.	-5.942.917,69	378.853,26	6.655.256,14	-6.276.402,88	-6.346.401,30	69.998,42
1.54.5400.06	Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken	-203.117,24	0,00	221.429,89	-221.429,89	-317.705,44	96.275,55
1.54.5400.07	Bearbeitung von Anträgen/Verträgen	30.744,06	59.313,34	69.930,56	-10.617,22	-63.131,28	52.514,06
1.54.5400.08	Ausübung der Kontrollfunktion	-165.444,06	2.702,29	96.083,61	-93.381,32	-153.790,60	60.409,28
1.54.5400.09	sonstige Ausbildungstätigkeiten	-3.404,15	0,28	8.695,74	-8.695,46	0,00	-8.695,46
1.54.5400.10	Aufgaben für Sonderrechnungen	8.270,12	146.976,92	253.300,53	-106.323,61	-80.967,80	-25.355,81
1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	-135.000,00	0,00	140.000,00	-140.000,00	-140.000,00	0,00
Summe Produktgruppe		**-28.680.642,04**	**7.330.355,87**	**38.934.458,06**	**-31.604.102,19**	**-33.709.991,95**	**2.105.889,76**
1.54.5460	**Parkeinrichtungen**						
1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	2.466.711,33	2.969.999,90	590.300,04	2.379.699,86	2.428.363,00	-48.663,14
Summe Produktgruppe		**2.466.711,33**	**2.969.999,90**	**590.300,04**	**2.379.699,86**	**2.428.363,00**	**-48.663,14**
1.55	***Natur-und Landschaftspflege***						

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 66 Tiefbau und Verkehr

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.55.5521	**Öffentliche Gewässer / Wasserläufe**						
1.55.5521.01	Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	-1.439.427,82	646,00	1.587.069,50	-1.586.423,50	-1.489.900,00	-96.523,50
Summe Produktgruppe		**-1.439.427,82**	**646,00**	**1.587.069,50**	**-1.586.423,50**	**-1.489.900,00**	**-96.523,50**
1.56	***Umweltschutz***						
1.56.5611	**Umweltschutzmaßnahmen FB 66**						
1.56.5611.01	Umweltschutzmaßnahmen FB 66	-52.024,00	0,00	51.000,00	-51.000,00	-80.000,00	29.000,00
Summe Produktgruppe		**-52.024,00**	**0,00**	**51.000,00**	**-51.000,00**	**-80.000,00**	**29.000,00**
Summe Teilhaushalt		**-29.350.061,23**	**11.242.951,73**	**44.194.340,83**	**-32.951.389,10**	**-35.326.043,82**	**2.374.654,72**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 66 Tiefbau und Verkehr

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.12.1223.03 - Verkehrsrechtliche Genehmigungen						
Genehmigungen			5.427,0	5.259,0	5.500,0	-241,0
1.51.5115.01 - Verkehrsplanung						
Aufgewendete Zeit			9.003,0	10.482,0	10.600,0	-118,0
1.54.5400.01 - Bearbeitung von Straßenbauprojekten						
Projekte			44,0	43,0	45,0	-2,0
1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.						
Erhaltungskosten je km Str.			6.979,0	7.371,0	7.600,0	-229,0
Kosten Straßenunterh. Eig. Kolonnen/Std.			70,0	71,0	64,0	7,0
1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken						
Erhaltungskosten je Bauwerk			1.105,0	1.217,0	1.750,0	-533,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.375.286,66**	**4.484.097,36**	**4.617.400,00**	**-133.302,64**	**-**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**31.469.610,69**	**33.541.472,01**	**34.869.500,00**	**-1.328.027,99**	**0,00**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-27.094.324,03**	**-29.057.374,65**	**-30.252.100,00**	**+1.194.725,35**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.812.382,58	744.089,53	2.900.000,00	-2.155.910,47	-
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.778.825,43	1.890.617,04	5.601.600,00	-3.710.982,96	-
21 Veräußerung von Sachvermögen	3.040,00	348,34	0,00	+348,34	-
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**5.594.248,01**	**2.635.054,91**	**8.501.600,00**	**-5.866.545,09**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	653,39	0,00	400.000,00	-400.000,00	0,00
26 Baumaßnahmen	10.230.935,47	7.531.695,54	14.763.000,00	-7.231.304,46	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	39.877,39	232.001,92	375.900,00	-143.898,08	0,00
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	328.847,53	0,00	391.000,00	-391.000,00	0,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**10.600.313,78**	**7.763.697,46**	**15.929.900,00**	**-8.166.202,54**	**0,00**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-5.006.065,77**	**-5.128.642,55**	**-7.428.300,00**	**+2.299.657,45**	**-**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-32.100.389,80**	**-34.186.017,20**	**-37.680.400,00**	**+3.494.382,80**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-32.100.389,80**	**-34.186.017,20**	**-37.680.400,00**	**+3.494.382,80**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 66 Tiefbau und Verkehr**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.375.286,66**	**4.617.400,00**	**0,00**	**23.868,24**	**0,00**	**4.641.268,24**	**4.484.097,36**	**-157.170,88**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**31.469.610,69**	**34.869.500,00**	**0,00**	**388.588,69**	**2.154.097,37**	**37.412.186,06**	**33.541.472,01**	**-3.870.714,05**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-27.094.324,03**	**-30.252.100,00**	**0,00**	**-364.720,45**	**-2.154.097,37**	**-32.770.917,82**	**-29.057.374,65**	**+3.713.543,17**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.812.382,58	2.900.000,00	0,00	0,00	0,00	2.900.000,00	744.089,53	-2.155.910,47
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.778.825,43	5.601.600,00	0,00	0,00	0,00	5.601.600,00	1.890.617,04	-3.710.982,96
21 Veräußerung von Sachvermögen	3.040,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	348,34	+348,34
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**5.594.248,01**	**8.501.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.501.600,00**	**2.635.054,91**	**-5.866.545,09**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	653,39	400.000,00	0,00	-80.000,00	0,00	320.000,00	0,00	-320.000,00
26 Baumaßnahmen	10.230.935,47	14.763.000,00	0,00	80.000,00	13.711.247,56	28.554.247,56	7.531.695,54	-21.022.552,02
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	39.877,39	375.900,00	0,00	0,00	530.035,86	905.935,86	232.001,92	-673.933,94
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	328.847,53	391.000,00	0,00	0,00	50.000,00	441.000,00	0,00	-441.000,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**10.600.313,78**	**15.929.900,00**	**0,00**	**0,00**	**14.291.283,42**	**30.221.183,42**	**7.763.697,46**	**-22.457.485,96**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-5.006.065,77**	**-7.428.300,00**	**0,00**	**0,00**	**-14.291.283,42**	**-21.719.583,42**	**-5.128.642,55**	**+16.590.940,87**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-32.100.389,80**	**-37.680.400,00**	**0,00**	**-364.720,45**	**-16.445.380,79**	**-54.490.501,24**	**-34.186.017,20**	**+20.304.484,04**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-32.100.389,80**	**-37.680.400,00**	**0,00**	**-364.720,45**	**-16.445.380,79**	**-54.490.501,24**	**-34.186.017,20**	**+20.304.484,04**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Fachbereich 67

Stadtgrün und Sport

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
FB 67 Stadtgrün und Sport

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	367.621,80	407.320,00	790.580,00	-383.260,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	321.382,94	325.162,91	347.376,75	-22.213,84	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	1.675.952,00	1.633.721,71	1.929.100,00	-295.378,29	-
6	Privatrechtliche Entgelte	729.903,64	737.201,47	676.900,00	+60.301,47	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	930.468,30	846.183,57	924.700,00	-78.516,43	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	163.486,09	337.959,86	708.506,06	-370.546,20	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**4.188.814,77**	**4.287.549,52**	**5.377.162,81**	**-1.089.613,29**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	13.182.396,82	13.980.961,02	13.719.384,00	+261.577,02	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	193.264,52	194.204,56	193.500,00	+704,56	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.963.846,75	8.694.885,66	8.872.200,00	-177.314,34	0,00
16	Abschreibungen	4.534.621,77	4.901.108,52	6.268.853,84	-1.367.745,32	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	1.940.162,83	1.853.160,46	2.084.800,00	-231.639,54	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.181.917,20	3.880.829,53	3.105.700,00	+775.129,53	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**28.996.209,89**	**33.505.149,75**	**34.244.437,84**	**-739.288,09**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-24.807.395,12**	**-29.217.600,23**	**-28.867.275,03**	**-350.325,20**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

FB 67 Stadtgrün und Sport

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	94.499,71	100.212,35	86.000,00	+14.212,35	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	70.615,82	119.014,21	86.000,00	+33.014,21	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**23.883,89**	**-18.801,86**	**0,00**	**-18.801,86**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-24.783.511,23**	**-29.236.402,09**	**-28.867.275,03**	**-369.127,06**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.814.365,12	1.838.629,75	1.867.900,00	-29.270,25	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.009.604,91	2.018.453,01	2.001.962,02	+16.490,99	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-195.239,79**	**-179.823,26**	**-134.062,02**	**-45.761,24**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-24.978.751,02**	**-29.416.225,35**	**-29.001.337,05**	**-414.888,30**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge								
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	367.621,80	790.580,00	0,00	4.400,00	0,00	794.980,00	407.320,00	-387.660,00
3 Auflösungserträge aus Sonderposten	321.382,94	347.376,75	0,00	0,00	0,00	347.376,75	325.162,91	-22.213,84
4 Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	1.675.952,00	1.929.100,00	0,00	20.799,05	0,00	1.949.899,05	1.633.721,71	-316.177,34
6 Privatrechtliche Entgelte	729.903,64	676.900,00	0,00	45.242,77	0,00	722.142,77	737.201,47	+15.058,70
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	930.468,30	924.700,00	0,00	267.277,01	0,00	1.191.977,01	846.183,57	-345.793,44
8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9 Aktivierungsfähige Eigenleistungen	163.486,09	708.506,06	0,00	0,00	0,00	708.506,06	337.959,86	-370.546,20
10 Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe ordentliche Erträge	**4.188.814,77**	**5.377.162,81**	**0,00**	**337.718,83**	**0,00**	**5.714.881,64**	**4.287.549,52**	**-1.427.332,12**
Ordentliche Aufwendungen								
13 Personalaufwendungen	13.182.396,82	13.719.384,00	0,00	215.915,24	0,00	13.935.299,24	13.980.961,02	+45.661,78
14 Versorgungsaufwendungen	193.264,52	193.500,00	0,00	704,56	0,00	194.204,56	194.204,56	0,00
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.963.846,75	8.872.200,00	0,00	221.200,02	2.247.291,29	11.340.691,31	8.694.885,66	-2.645.805,65
16 Abschreibungen	4.534.621,77	6.268.853,84	0,00	0,00	0,00	6.268.853,84	4.901.108,52	-1.367.745,32
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18 Transferaufwendungen	1.940.162,83	2.084.800,00	0,00	-303.494,39	177.250,91	1.958.556,52	1.853.160,46	-105.396,06
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.181.917,20	3.105.700,00	0,00	679.521,36	412.361,51	4.197.582,87	3.880.829,53	-316.753,34
20 Summe ordentliche Aufwendungen	**28.996.209,89**	**34.244.437,84**	**0,00**	**813.846,79**	**2.836.903,71**	**37.895.188,34**	**33.505.149,75**	**-4.390.038,59**
21 Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-24.807.395,12**	**-28.867.275,03**	**0,00**	**-476.127,96**	**-2.836.903,71**	**-32.180.306,70**	**-29.217.600,23**	**+2.962.706,47**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Erträge und Aufwendungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	94.499,71	86.000,00	0,00	15.982,51	0,00	101.982,51	100.212,35	-1.770,16
23	Außerordentliche Aufwendungen	70.615,82	86.000,00	0,00	40.192,19	0,00	126.192,19	119.014,21	-7.177,98
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**23.883,89**	**0,00**	**0,00**	**-24.209,68**	**0,00**	**-24.209,68**	**-18.801,86**	**+5.407,82**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-24.783.511,23**	**-28.867.275,03**	**0,00**	**-500.337,64**	**-2.836.903,71**	**-32.204.516,38**	**-29.236.402,09**	**+2.968.114,29**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.814.365,12	1.867.900,00	0,00	0,00	0,00	1.867.900,00	1.838.629,75	-29.270,25
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.009.604,91	2.001.962,02	0,00	0,00	0,00	2.001.962,02	2.018.453,01	+16.490,99
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-195.239,79**	**-134.062,02**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-134.062,02**	**-179.823,26**	**-45.761,24**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-24.978.751,02**	**-29.001.337,05**	**0,00**	**-500.337,64**	**-2.836.903,71**	**-32.338.578,40**	**-29.416.225,35**	**+2.922.353,05**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.42	***Sportförderung***						
1.42.4210	**Förderung des Sports**						
1.42.4210.01	Sportförderung	-2.224.663,70	60,26	2.194.763,99	-2.194.703,73	-2.686.164,99	491.461,26
1.42.4210.02	Repräsentation	-23.144,69	22,09	51.388,20	-51.366,11	-41.144,80	-10.221,31
1.42.4210.03	Örtliche Großveranstaltungen	-10.280,00	0,00	10.000,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00
1.42.4210.04	Beratung Sport	-41.196,09	24,18	25.387,65	-25.363,47	-112.103,32	86.739,85
Summe Produktgruppe		**-2.299.284,48**	**106,53**	**2.281.539,84**	**-2.281.433,31**	**-2.849.413,11**	**567.979,80**
1.42.4241	**Betrieb v. Sportstätten**						
1.42.4241.01	Sportentwicklungsplanung	-116.040,84	81,02	129.168,54	-129.087,52	-168.756,88	39.669,36
1.42.4241.02	Sportstättenverwaltung	-4.605.121,01	697.895,61	5.236.346,71	-4.538.451,10	-5.001.092,80	462.641,70
1.42.4241.03	Sportstättenvergabe	-1.869.071,37	464.373,36	2.553.612,37	-2.089.239,01	-2.013.138,29	-76.100,72
Summe Produktgruppe		**-6.590.233,22**	**1.162.349,99**	**7.919.127,62**	**-6.756.777,63**	**-7.182.987,97**	**426.210,34**
1.55	***Natur-und Landschaftspflege***						
1.55.5510	**Öffentliches Grün / Landschaftspflege**						
1.55.5510.01	Spiel- und Jugendplätze	-1.745.422,13	8.518,14	2.051.458,48	-2.042.940,34	-1.866.702,37	-176.237,97

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.55.5510.02	Außenanlagen an städt. Objekten	-746.101,75	1.623.067,15	2.446.525,51	-823.458,36	-585.899,67	-237.558,69
1.55.5510.04	Begleitendes Grün	-3.794.344,24	698.159,87	6.447.746,01	-5.749.586,14	-5.208.021,55	-541.564,59
1.55.5510.05	Bereitst. v. Außanl. an Kleingartenanl.	-117.210,56	1.546,98	105.622,76	-104.075,78	-125.583,74	21.507,96
1.55.5510.06	Parkanlagen und Grünanlagen	-4.678.257,37	81.242,68	6.133.080,38	-6.051.837,70	-5.582.052,02	-469.785,68
1.55.5510.07	Bereitst. v. Vorbehaltsflächen	-27.592,48	131,30	87.376,01	-87.244,71	-31.253,29	-55.991,42
1.55.5510.08	Landschaftspflegeflächen	-13.032,28	489,49	41.239,20	-40.749,71	-46.315,79	5.566,08
1.55.5510.09	Revierreinigung	-821.568,12	12.778,71	888.412,61	-875.633,90	-769.540,43	-106.093,47
1.55.5510.10	Leistungen für Dritte	-1.384,81	14.686,68	15.068,01	-381,33	-37.860,47	37.479,14
1.55.5510.11	Fuhrparkmanagement/Beschaffung	-298.293,90	88.896,55	347.210,61	-258.314,06	-269.209,72	10.895,66
1.55.5510.12	Kleingärten	30.432,72	555.143,11	478.011,51	77.131,60	22.934,70	54.196,90
1.55.5510.13	Landsch.-, Freiraum-, Grünordnungplanung	-28.175,04	6,47	11.743,11	-11.736,64	-48.063,20	36.326,56
1.55.5510.14	Öffentlichkeitsarbeit	-345.488,94	1.204,18	378.658,16	-377.453,98	-457.442,30	79.988,32
1.55.5510.15	Grünflächeninformationssystem	-276.620,89	245,27	301.202,49	-300.957,22	-185.617,16	-115.340,06
1.55.5510.16	Winterdienst	-98.034,17	133.515,22	137.758,91	-4.243,69	-245.881,53	241.637,84
1.55.5510.17	Bereitstellungskosten für Grünflächen	-2.091.462,45	229.416,91	2.437.502,43	-2.208.085,52	-2.438.058,89	229.973,37
1.55.5510.18	Förderprojekte	-6.307,65	22,48	98.388,63	-98.366,15	-77.922,72	-20.443,43
Summe Produktgruppe		**-15.058.864,06**	**3.449.071,19**	**22.407.004,82**	**-18.957.933,63**	**-17.952.490,15**	**-1.005.443,48**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.55.5530	**Friedhofs- und Bestattungswesen**						
1.55.5530.01	Planungs- und Bauprojekte	-33.234,55	0,00	31.452,67	-31.452,67	-92.594,16	61.141,49
1.55.5530.02	Krematorium	185,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.55.5530.03	Zuweisung von Urnengrabstellen	406.663,87	492.520,21	107.864,54	384.655,67	509.163,56	-124.507,89
1.55.5530.04	Zuweisung von Erdgrabstellen	224.916,11	266.396,99	23.211,40	243.185,59	317.097,44	-73.911,85
1.55.5530.05	Bereitstellung von Feierhallen Friedhöfe	-101.355,90	99.446,00	189.446,25	-90.000,25	-37.430,57	-52.569,68
1.55.5530.06	Beisetzungen/Bestattungen/Ausgrabungen	-62.362,59	130.383,00	191.279,55	-60.896,55	-29.035,69	-31.860,86
1.55.5530.07	Genehmigungen ausstellen	-13.666,17	37.886,95	55.147,27	-17.260,32	-18.085,22	824,90
1.55.5530.08	Pflege/Unterhaltung der Infrastruktur	-877.997,93	6.558,29	1.292.874,97	-1.286.316,68	-1.028.812,15	-257.504,53
1.55.5530.09	Pflege von Gräbern	-117.187,16	89.279,83	182.406,58	-93.126,75	-120.240,75	27.114,00
1.55.5530.10	Abräumungen	10.614,75	144.527,00	134.617,98	9.909,02	31.905,54	-21.996,52
1.55.5530.11	Öffentlichkeitsarbeit	-13.081,79	0,00	25.099,97	-25.099,97	-26.577,96	1.477,99
1.55.5530.12	Bereitstellung einer Dienstwohnung	-1.973,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.55.5530.13	Bereitstellung rituelles Waschhaus	-5.368,32	2.870,00	8.511,72	-5.641,72	-5.662,24	20,52
Summe Produktgruppe		**-583.847,37**	**1.269.868,27**	**2.241.912,90**	**-972.044,63**	**-500.272,20**	**-471.772,43**
1.55.5540	**Natur- und Landschaftspflege**						
1.55.5540.01	Natur- u. Landschaftspflege in NSG	-182.402,09	1.543,95	157.716,76	-156.172,81	-120.076,64	-36.096,17

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018 Saldo - Euro -	Ergebnis 2019 Ertrag - Euro -	Ergebnis 2019 Aufwand - Euro -	Ergebnis 2019 Saldo - Euro -	Ansatz 2019 Saldo - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -
1.55.5540.02	Natur- u. Landschaftspflege in LSG	-58.038,63	983,33	64.049,75	-63.066,42	-89.760,45	26.694,03
1.55.5540.03	Naturdenkmale	-12.441,33	275,33	21.266,69	-20.991,36	-34.583,14	13.591,78
1.55.5540.04	geschütze Landschaftsbestandteile	-29.589,64	323,70	12.781,47	-12.457,77	-73.845,70	61.387,93
1.55.5540.05	Landschafts./Biotopflä.ohne Schutzstatus	-8.919,35	117,73	24.195,85	-24.078,12	-24.653,25	575,13
1.55.5540.06	Bereitstellung Arboretum	-29.940,89	460,54	64.282,13	-63.821,59	-59.210,57	-4.611,02
1.55.5540.07	Bereitstellung Wildgehege	-81.441,25	418,17	37.904,53	-37.486,36	-61.260,28	23.773,92
Summe Produktgruppe		**-402.773,18**	**4.122,75**	**382.197,18**	**-378.074,43**	**-463.390,03**	**85.315,60**
1.55.5550	**Land- und Forstwirtschaft**						
1.55.5550.01	Stadtwald	-10.892,39	2.913,03	34.542,64	-31.629,61	-29.636,31	-1.993,30
Summe Produktgruppe		**-10.892,39**	**2.913,03**	**34.542,64**	**-31.629,61**	**-29.636,31**	**-1.993,30**
1.99	***Vorleistungen***						
1.99.6700	**Vorleistungen FB 67**						
1.99.6700.01	Vorleistungen FB 67	-32.856,32	0,00	38.332,11	-38.332,11	-23.147,28	-15.184,83
Summe Produktgruppe		**-32.856,32**	**0,00**	**38.332,11**	**-38.332,11**	**-23.147,28**	**-15.184,83**

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
FB 67 Stadtgrün und Sport

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
Summe Teilhaushalt		**-24.978.751,02**	**5.888.431,76**	**35.304.657,11**	**-29.416.225,35**	**-29.001.337,05**	**-414.888,30**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	FB 67 Stadtgrün und Sport

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.42.4210.01 - Sportförderung						
Zuschüsse besonderer Erhaltungsaufwand			232.142,0	271.111,15	283.200,0	-12.088,9
Zuschüsse Sportbetrieb			454.525,0	429.320,69	379.500,0	49.820,7
Zuschüsse Unterhaltung			1.015.645,0	964.838,68	1.342.400,0	-377.561,3
1.42.4241.02 - Sportstättenverwaltung						
Sportflächen			1.672.393,0	1.682.672,91	1.679.522,0	3.150,9
Sportflächen pro Einwohner			6,68	6,69	6,71	0,0
1.55.5510.01 - Spiel- und Jugendplätze						
Kinderspiel- und Bolzplätze pro Kind			21,12	21,22	20,9	0,3
1.55.5510.04 - Begleitendes Grün						
Anzahl Straßenbäume			33.947,0	33.664,0	33.497,0	167,0
Anzahl Straßenbäume pro lfd.km-Straße			42,3	41,97	41,8	0,2
1.55.5510.06 - Parkanlagen und Grünanlagen						
Grün- und Parkanlagen pro Einwohner			30,53	30,44	30,46	0,0
1.55.5510.11 - Fuhrparkmanagement/Beschaffung						
Beschaffung von Elektrofahrzeugen			0,0	0,0	7,0	-7,0
1.55.5530.XX - Bestattungswesen						
Erdbestattungen Stadt-/Ortsteilfriedhöfe			133,0	144,0	170,0	-26,0
Urnenbeisetzungen Stadt-/Ortsteilfriedhöfe			834,0	724,0	900,0	-176,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **FB 67 Stadtgrün und Sport**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.801.459,08**	**5.587.026,40**	**4.451.780,00**	**+1.135.246,40**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**23.482.861,54**	**27.383.487,81**	**27.903.500,00**	**-520.012,19**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-19.681.402,46**	**-21.796.461,41**	**-23.451.720,00**	**+1.655.258,59**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	59.819,82	91.699,87	264.300,00	-172.600,13	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	20.657,12	25.366,45	120.000,00	-94.633,55	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**80.476,94**	**117.066,32**	**384.300,00**	**-267.233,68**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	3.261.506,19	3.315.602,26	7.817.800,00	-4.502.197,74	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	967.188,85	569.109,20	843.200,00	-274.090,80	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	510.087,79	246.060,20	60.000,00	+186.060,20	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.738.782,83**	**4.130.771,66**	**8.721.000,00**	**-4.590.228,34**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-4.658.305,89**	**-4.013.705,34**	**-8.336.700,00**	**+4.322.994,66**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-24.339.708,35**	**-25.810.166,75**	**-31.788.420,00**	**+5.978.253,25**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-24.339.708,35**	**-25.810.166,75**	**-31.788.420,00**	**+5.978.253,25**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **FB 67 Stadtgrün und Sport**

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [1] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamtermächtigungen 2019 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**3.801.459,08**	**4.451.780,00**	**0,00**	**353.701,34**	**-2.611,00**	**4.802.870,34**	**5.587.026,40**	**+784.156,06**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**23.482.861,54**	**27.903.500,00**	**0,00**	**792.934,78**	**4.158.639,70**	**32.855.074,48**	**27.383.487,81**	**-5.471.586,67**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-19.681.402,46**	**-23.451.720,00**	**0,00**	**-439.233,44**	**-4.161.250,70**	**-28.052.204,14**	**-21.796.461,41**	**+6.255.742,73**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	59.819,82	264.300,00	0,00	18.591,20	0,00	282.891,20	91.699,87	-191.191,33
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	20.657,12	120.000,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00	25.366,45	-94.633,55
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**80.476,94**	**384.300,00**	**0,00**	**18.591,20**	**0,00**	**402.891,20**	**117.066,32**	**-285.824,88**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	3.261.506,19	7.817.800,00	0,00	-62.728,80	5.852.568,62	13.607.639,82	3.315.602,26	-10.292.037,56
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	967.188,85	843.200,00	0,00	6.243,06	82.861,20	932.304,26	569.109,20	-363.195,06
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	510.087,79	60.000,00	0,00	350.000,00	165.792,83	575.792,83	246.060,20	-329.732,63
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**4.738.782,83**	**8.721.000,00**	**0,00**	**293.514,26**	**6.101.222,65**	**15.115.736,91**	**4.130.771,66**	**-10.984.965,25**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-4.658.305,89**	**-8.336.700,00**	**0,00**	**-274.923,06**	**-6.101.222,65**	**-14.712.845,71**	**-4.013.705,34**	**+10.699.140,37**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-24.339.708,35**	**-31.788.420,00**	**0,00**	**-714.156,50**	**-10.262.473,35**	**-42.765.049,85**	**-25.810.166,75**	**+16.954.883,10**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-24.339.708,35**	**-31.788.420,00**	**0,00**	**-714.156,50**	**-10.262.473,35**	**-42.765.049,85**	**-25.810.166,75**	**+16.954.883,10**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Stabsstelle 0800

Wirtschaftsdezernat

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	345.000,00	-345.000,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3.017,67	0,00	0,00	0,00	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.017,67**	**0,00**	**345.000,00**	**-345.000,00**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	234.228,63	314.237,71	268.231,00	+46.006,71	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	60.605,11	76.519,28	61.200,00	+15.319,28	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.914,60	10.315,84	25.500,00	-15.184,16	0,00
16	Abschreibungen	1.714,83	1.960,28	1.591,00	+369,28	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	1.508,84	0,00	+1.508,84	0,00
18	Transferaufwendungen	426.121,95	182.536,53	907.200,00	-724.663,47	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.762,35	40.873,07	36.500,00	+4.373,07	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**780.347,47**	**627.951,55**	**1.300.222,00**	**-672.270,45**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**-777.329,80**	**-627.951,55**	**-955.222,00**	**+327.270,45**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1	2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
25 Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-777.329,80**	**-627.951,55**	**-955.222,00**	**+327.270,45**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -					
26 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.078,82	43.744,71	39.893,00	+3.851,71	-
28 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	**-41.078,82**	**-43.744,71**	**-39.893,00**	**-3.851,71**	**-**
29 Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)	**-818.408,62**	**-671.696,26**	**-995.115,00**	**+323.418,74**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	345.000,00	0,00	0,00	0,00	345.000,00	0,00	-345.000,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3.017,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**3.017,67**	**345.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**345.000,00**	**0,00**	**-345.000,00**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	234.228,63	268.231,00	0,00	14.656,31	0,00	282.887,31	314.237,71	+31.350,40
14	Versorgungsaufwendungen	60.605,11	61.200,00	0,00	15.319,28	0,00	76.519,28	76.519,28	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.914,60	25.500,00	0,00	-1.938,95	7.945,00	31.506,05	10.315,84	-21.190,21
16	Abschreibungen	1.714,83	1.591,00	0,00	0,00	0,00	1.591,00	1.960,28	+369,28
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	1.508,84	0,00	1.508,84	1.508,84	0,00
18	Transferaufwendungen	426.121,95	907.200,00	0,00	0,00	76.000,00	983.200,00	182.536,53	-800.663,47
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.762,35	36.500,00	0,00	7.072,32	0,00	43.572,32	40.873,07	-2.699,25
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**780.347,47**	**1.300.222,00**	**0,00**	**36.617,80**	**83.945,00**	**1.420.784,80**	**627.951,55**	**-792.833,25**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-777.329,80**	**-955.222,00**	**0,00**	**-36.617,80**	**-83.945,00**	**-1.075.784,80**	**-627.951,55**	**+447.833,25**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-777.329,80**	**-955.222,00**	**0,00**	**-36.617,80**	**-83.945,00**	**-1.075.784,80**	**-627.951,55**	**+447.833,25**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.078,82	39.893,00	0,00	0,00	0,00	39.893,00	43.744,71	+3.851,71
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-41.078,82**	**-39.893,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-39.893,00**	**-43.744,71**	**-3.851,71**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**-818.408,62**	**-995.115,00**	**0,00**	**-36.617,80**	**-83.945,00**	**-1.115.677,80**	**-671.696,26**	**+443.981,54**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig **Stabsstelle 0800 Wirtschaftsdezernat**

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.57	***Wirtschaftsförderung und Tourismus***						
1.57.5711	**Wirtschaftsförderung**						
1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	-818.408,62	0,00	671.696,26	-671.696,26	-995.115,00	323.418,74
Summe Produktgruppe		**-818.408,62**	**0,00**	**671.696,26**	**-671.696,26**	**-995.115,00**	**323.418,74**
Summe Teilhaushalt		**-818.408,62**	**0,00**	**671.696,26**	**-671.696,26**	**-995.115,00**	**323.418,74**

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

Einzahlungen und Auszahlungen		**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**3.017,67**	**0,00**	**345.000,00**	**-345.000,00**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**542.321,64**	**694.654,26**	**1.243.900,00**	**-549.245,74**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**-539.303,97**	**-694.654,26**	**-898.900,00**	**+204.245,74**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	991,34	3.816,78	1.700,00	+2.116,78	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	10.000,00	-10.000,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**991,34**	**3.816,78**	**11.700,00**	**-7.883,22**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-991,34**	**-3.816,78**	**-11.700,00**	**+7.883,22**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-540.295,31**	**-698.471,04**	**-910.600,00**	**+212.128,96**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-540.295,31**	**-698.471,04**	**-910.600,00**	**+212.128,96**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat**

Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [1] - Euro -	**Ermächtigun-gen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10 Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**3.017,67**	**345.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**345.000,00**	**0,00**	**-345.000,00**
17 Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**542.321,64**	**1.243.900,00**	**0,00**	**34.000,63**	**261.083,50**	**1.538.984,13**	**694.654,26**	**-844.329,87**
18 Saldo aus lfd. Verwaltungstät. (Zeile 10 - Zeile 17)	**-539.303,97**	**-898.900,00**	**0,00**	**-34.000,63**	**-261.083,50**	**-1.193.984,13**	**-694.654,26**	**+499.329,87**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen	991,34	1.700,00	0,00	0,00	3.353,49	5.053,49	3.816,78	-1.236,71
28 Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29 Aktivierbare Zuwendungen	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	0,00	-10.000,00
30 Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**991,34**	**11.700,00**	**0,00**	**0,00**	**3.353,49**	**15.053,49**	**3.816,78**	**-11.236,71**
32 Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 24 - Zeile 31)	**-991,34**	**-11.700,00**	**0,00**	**0,00**	**-3.353,49**	**-15.053,49**	**-3.816,78**	**+11.236,71**
33 Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeile 18 + 32)	**-540.295,31**	**-910.600,00**	**0,00**	**-34.000,63**	**-264.436,99**	**-1.209.037,62**	**-698.471,04**	**+510.566,58**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35 Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo Zeilen 34 und 35)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
37 Finanzmittelveränderung (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-540.295,31**	**-910.600,00**	**0,00**	**-34.000,63**	**-264.436,99**	**-1.209.037,62**	**-698.471,04**	**+510.566,58**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Teilhaushalt

Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Allgemeine Finanzwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	373.449.844,60	385.836.288,95	402.930.000,00	-17.093.711,05	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	121.374.952,00	149.381.800,00	150.487.000,00	-1.105.200,00	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	5.374.871,00	5.244.923,00	5.244.923,00	0,00	-
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	-
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	46.200,00	52.995,29	46.200,00	+6.795,29	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.725.965,00	1.926.460,26	3.000.000,00	-1.073.539,74	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	89.598,48	7.561.772,24	50.200,00	+7.511.572,24	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**503.061.431,08**	**550.004.239,74**	**561.758.323,00**	**-11.754.083,26**	**-**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.262.421,90	-3.316.016,78	-1.189.600,00	-2.126.416,78	0,00
16	Abschreibungen	1.655.059,99	1.341.015,66	0,00	+1.341.015,66	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.680.095,54	7.143.974,20	7.200.800,00	-56.825,80	0,00
18	Transferaufwendungen	24.975.599,00	23.145.930,00	28.000.000,00	-4.854.070,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-39.887,99	-70.566,93	2.827.576,84	-2.898.143,77	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**30.008.444,64**	**28.244.336,15**	**36.838.776,84**	**-8.594.440,69**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)**	**473.052.986,44**	**521.759.903,59**	**524.919.546,16**	**-3.159.642,57**	**-**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teil-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich
Allgemeine Finanzwirtschaft

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 **- Euro -**	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	4.096.579,04	10.647.836,91	0,00	+10.647.836,91	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	204,25	16.537,62	0,00	+16.537,62	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.096.374,79**	**10.631.299,29**	**0,00**	**+10.631.299,29**	**-**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**477.149.361,23**	**532.391.202,88**	**524.919.546,16**	**+7.471.656,72**	**-**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -						
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**477.149.361,23**	**532.391.202,88**	**524.919.546,16**	**+7.471.656,72**	**-**

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	373.449.844,60	402.930.000,00	0,00	3.834.681,36	0,00	406.764.681,36	385.836.288,95	-20.928.392,41
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	121.374.952,00	150.487.000,00	0,00	0,00	0,00	150.487.000,00	149.381.800,00	-1.105.200,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	5.374.871,00	5.244.923,00	0,00	0,00	0,00	5.244.923,00	5.244.923,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	46.200,00	46.200,00	0,00	0,00	0,00	46.200,00	52.995,29	+6.795,29
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.725.965,00	3.000.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000.000,00	1.926.460,26	-1.073.539,74
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	89.598,48	50.200,00	0,00	0,00	0,00	50.200,00	7.561.772,24	+7.511.572,24
12	**Summe ordentliche Erträge**	**503.061.431,08**	**561.758.323,00**	**0,00**	**3.834.681,36**	**0,00**	**565.593.004,36**	**550.004.239,74**	**-15.588.764,62**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.262.421,90	-1.189.600,00	0,00	0,00	0,00	-1.189.600,00	-3.316.016,78	-2.126.416,78
16	Abschreibungen	1.655.059,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.341.015,66	+1.341.015,66
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.680.095,54	7.200.800,00	0,00	0,00	0,00	7.200.800,00	7.143.974,20	-56.825,80
18	Transferaufwendungen	24.975.599,00	28.000.000,00	0,00	-3.981.116,69	0,00	24.018.883,31	23.145.930,00	-872.953,31
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-39.887,99	2.827.576,84	0,00	-2.827.576,84	0,00	0,00	-70.566,93	-70.566,93
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**30.008.444,64**	**36.838.776,84**	**0,00**	**-6.808.693,53**	**0,00**	**30.030.083,31**	**28.244.336,15**	**-1.785.747,16**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**473.052.986,44**	**524.919.546,16**	**0,00**	**10.643.374,89**	**0,00**	**535.562.921,05**	**521.759.903,59**	**-13.803.017,46**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019 **Teil-Ergebnisrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Stadt Braunschweig **Allgemeine Finanzwirtschaft**

	Erträge und Aufwendungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [3] - Euro -	**Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	4.096.579,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.647.836,91	+10.647.836,91
23	Außerordentliche Aufwendungen	204,25	0,00	0,00	16.537,62	0,00	16.537,62	16.537,62	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**4.096.374,79**	**0,00**	**0,00**	**-16.537,62**	**0,00**	**-16.537,62**	**10.631.299,29**	**+10.647.836,91**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**477.149.361,23**	**524.919.546,16**	**0,00**	**10.626.837,27**	**0,00**	**535.546.383,43**	**532.391.202,88**	**-3.155.180,55**
Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - ILV -									
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen** (Zeilen 25 + 28)	**477.149.361,23**	**524.919.546,16**	**0,00**	**10.626.837,27**	**0,00**	**535.546.383,43**	**532.391.202,88**	**-3.155.180,55**

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Produktübersicht

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Teilhaushalt
Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Teilhaushalt erbringt folgende **Produkte:**

Produktbereich / Produktgruppe / Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019			Ansatz 2019	mehr (+) weniger (-)
		Saldo	Ertrag	Aufwand	Saldo	Saldo	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1.61	***Allgemeine Finanzwirtschaft***						
1.61.6110	**Allgemeine Finanzwirtschaft**						
1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	474.018.730,57	550.479.136,69	28.118.723,80	522.360.412,89	530.672.123,00	-8.311.710,11
Summe Produktgruppe		**474.018.730,57**	**550.479.136,69**	**28.118.723,80**	**522.360.412,89**	**530.672.123,00**	**-8.311.710,11**
1.61.6120	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**						
1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	3.130.630,66	10.172.939,96	142.149,97	10.030.789,99	-5.752.576,84	15.783.366,83
Summe Produktgruppe		**3.130.630,66**	**10.172.939,96**	**142.149,97**	**10.030.789,99**	**-5.752.576,84**	**15.783.366,83**
Summe Teilhaushalt		**477.149.361,23**	**560.652.076,65**	**28.260.873,77**	**532.391.202,88**	**524.919.546,16**	**7.471.656,72**

Kennzahlenübersicht zu den wesentlichen Produkten

Jahresabschluss 2019	Teilhaushalt
Stadt Braunschweig	Allgemeine Finanzwirtschaft

Wesentliche Produkte - Kennzahlen

Produkt

Produktkennzahl(en):	Dimension	Berechnung	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2019	mehr (+) / weniger (-)
1.61.61X0.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft						
Finanzausgleich (Schlüsselzuweisung)	TEUR		108.393,0	136.097,0	137.200,0	-1.103,0
Forderungen (ohne Cashpool)	TEUR		49.624,0	34.048,0	33.000,0	1.048,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	TEUR		133.079,0	139.934,0	138.400,0	1.534,0
Gewerbesteueraufkommen	TEUR		148.608,0	151.922,0	176.000,0	-24.078,0
Saldo aus Finanz.tätigkeit (o.Liquiditätskredite)	TEUR		27.619,0	57.323,0	44.675,0	12.648,0

Teilfinanzrechnung

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich
Stadt Braunschweig — **Allgemeine Finanzwirtschaft**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**506.902.805,80**	**534.477.290,66**	**556.513.400,00**	**-22.036.109,34**	**-**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**33.198.424,10**	**26.183.133,35**	**38.038.776,84**	**-11.855.643,49**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**473.704.381,70**	**508.294.157,31**	**518.474.623,16**	**-10.180.465,85**	**-**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**473.704.381,70**	**508.294.157,31**	**518.474.623,16**	**-10.180.465,85**	**-**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	32.120.000,00	61.930.000,00	50.591.900,00	+11.338.100,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	4.501.263,57	4.607.354,14	5.917.400,00	-1.310.045,86	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**27.618.736,43**	**57.322.645,86**	**44.674.500,00**	**+12.648.145,86**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**501.323.118,13**	**565.616.803,17**	**563.149.123,16**	**+2.467.680,01**	**-**

Jahresabschluss 2019 — **Teil-Finanzrechnung -** Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen

Stadt Braunschweig — **Allgemeine Finanzwirtschaft**

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	**Veränderung durch Nachtrag** - Euro -	**Sonstige Ermächti-gungen** [1] - Euro -	**Ermächtigun-gen aus HH-Vorjahren (Reste)** - Euro -	**Gesamter-mächtigungen 2019** (Sp. 3 bis 6) **- Euro -**	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**506.902.805,80**	**556.513.400,00**	**0,00**	**3.834.681,36**	**0,00**	**560.348.081,36**	**534.477.290,66**	**-25.870.790,70**
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**33.198.424,10**	**38.038.776,84**	**0,00**	**-5.962.505,80**	**0,00**	**32.076.271,04**	**26.183.133,35**	**-5.893.137,69**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**473.704.381,70**	**518.474.623,16**	**0,00**	**9.797.187,16**	**0,00**	**528.271.810,32**	**508.294.157,31**	**-19.977.653,01**
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**473.704.381,70**	**518.474.623,16**	**0,00**	**9.797.187,16**	**0,00**	**528.271.810,32**	**508.294.157,31**	**-19.977.653,01**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	32.120.000,00	50.591.900,00	0,00	0,00	26.935.700,00	77.527.600,00	61.930.000,00	-15.597.600,00
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten u. Rückz. von inneren Darl. für Investitionstät.	4.501.263,57	5.917.400,00	0,00	0,00	0,00	5.917.400,00	4.607.354,14	-1.310.045,86
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**27.618.736,43**	**44.674.500,00**	**0,00**	**0,00**	**26.935.700,00**	**71.610.200,00**	**57.322.645,86**	**-14.287.554,14**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**501.323.118,13**	**563.149.123,16**	**0,00**	**9.797.187,16**	**26.935.700,00**	**599.882.010,32**	**565.616.803,17**	**-34.265.207,15**

[1] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

VI. Anhang

Inhaltsverzeichnis Seite

1. Allgemeine Erläuterungen 561
2. Gliederungsgrundsätze 561
3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze 561
4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 562
4.1. Immaterielles Vermögen 562
4.2. Sachvermögen 563
4.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken 564
4.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken 565
4.2.3. Infrastrukturvermögen 567
4.2.4. Kunstgegenstände 568
4.2.5. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Anlagen im Bau 568
4.3. Finanzvermögen 569
4.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen 569
4.3.2. Beteiligungen, Wertpapiere 570
4.3.3. Sondervermögen mit Sonderrechnungen 570
4.3.4. Ausleihungen 570
4.3.5. Forderungen, Sonstige Vermögensgegenstände 571
4.4. Liquide Mittel 572
4.5. Aktive Rechnungsabgrenzung 572
4.6. Nettoposition 572
4.6.1. Reinvermögen 573
4.6.2. Rücklagen 573
4.6.3. Jahresergebnis 573
4.6.4. Sonderposten 573
4.7. Schulden 574
4.8. Rückstellungen 577
4.9. Passive Rechnungsabgrenzung 579
5. Weitere Erläuterungen zur Bilanz 579

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	580
6.1. Jahresergebnis	580
6.2. Ordentliches Ergebnis	580
6.2.1. Ordentliche Erträge	580
6.2.2. Ordentliche Aufwendungen	584
6.3. Außerordentliches Ergebnis	590
6.3.1. Außerordentliche Erträge	590
6.3.2. Außerordentliche Aufwendungen	591
7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung	592
7.1. Finanzmittelbestand	592
7.2. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	592
7.2.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	592
7.2.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	593
7.3. Saldo aus Investitionstätigkeit	595
7.3.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	595
7.3.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	596
7.4. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	597
7.5. Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen	598

ERLÄUTERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES 2019 DER STADT BRAUNSCHWEIG ZUM 31. DEZEMBER 2019

1. Allgemeine Erläuterungen

Die Stadt Braunschweig hat gemäß § 128 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) für das Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung und einer Bilanz sowie einem Anhang. Nach § 128 Abs. 3 NKomVG sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Ergänzend zu den Regelungen der NKomVG wurde für die Erste Eröffnungsbilanz von der Stadt Braunschweig eine Bilanzerstellungs- und Bewertungsrichtlinie erarbeitet und von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beurteilt. BDO hat bescheinigt, dass die städtische Richtlinie eine geeignete Grundlage für eine wirtschaftliche Vorgehensweise bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz bildet. Die nicht speziell auf die Erste Eröffnungsbilanz ausgerichteten Teile der städtischen Richtlinie gelten für die Jahresabschlüsse fort.

Mit dem Inkrafttreten der KomHKVO (Ablösung GemHKVO) wurden neben gesetzlichen Änderungen vom Land auch Änderungen der Jahresabschlussmuster (NKomVG) als auch Kontenänderungen rückwirkend zum 01.01.2017 eingeführt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt unter Berücksichtigung der Übergangsvorschrift in § 63 KomHKVO.

Aktuelle Muster

Die gemäß § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Muster für die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung und die Bilanz sowie die Anlagen-, Schulden-, Rückstellungs- und Forderungsübersicht wurden von der Stadt dem aktuellen Stand entsprechend verwendet. Die Rückstellungsübersicht ist seit dem Jahresabschluss 2018 neu hinzugekommen.

2. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Ergebnis- und der Finanzrechnung sowie der Bilanz erfolgte gemäß §§ 52, 53 und 55 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) in Verbindung mit den §§ 2 und 3 der KomHKVO. Dabei wurden für die Ergebnisrechnung (§ 2 Abs. 2 KomHKVO), die Finanzrechnung (§ 3 KomHKVO) und die Bilanz (§ 55 Abs. 2 und 3 KomHKVO) auch die verbindlich vorgegebenen Muster nach § 178 Abs. 3 NKomVG verwendet.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG in Verbindung mit §§ 44 ff. KomHKVO. Die Regelungen des § 61 KomHKVO zur ersten Eröffnungsbilanz wurden berücksichtigt. Außerdem bildete die Bilanzerstellungs- und Bewertungsrichtlinie eine weitere Grundlage.

Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, wurden nicht als Herstellungswerte angesetzt.

Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt. Auf der Grundlage der Hinweise des Landes Niedersachsen zu Fragen der Inventur, zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen (Stand: 1. Mai 2008) ist es zulässig, bereits nach geltenden Vorschriften (§§ 39, 40 KomHKVO, EigenbetriebsVO) in Anlagennachweisen erfasste und fortgeschriebene Vermögen zu übernehmen. Außerdem wurden bei den kostenrechnenden Einrichtungen und den Betrieben gewerblicher Art die Nutzungsdauern beibehalten.

Für Straßen wird grundsätzlich eine Nutzungsdauer von 50 Jahren zugrunde gelegt. Diese längeren Nutzungsdauern sind deshalb möglich, weil die Straßenerneuerungen in der Regel gleichzeitig mit der Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen durchgeführt werden, wodurch nachträgliche Straßenaufbrüche durch die Leitungsverwaltungen, die „Schwachstellen“ darstellen und maßgebend für eine vorzeitige Abgängigkeit verantwortlich sind, weitestgehend vermieden werden.

4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 3,0 Prozent (Vorjahr 2,9 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Konzessionen	1	0,0	0	0,0	-1	-99,9
Lizenzen	1.014	1,8	1.505	2,5	491	48,4
Ähnliche Rechte	121	0,2	183	0,3	62	51,1
Geleistete Investitionszuweisungen	54.705	97,8	58.078	97,0	3.373	6,2
Sonstiges immaterielles Vermögen	112	0,2	111	0,2	-1	-0,5
Immaterielles Vermögen	**55.953**	**100,0**	**59.878**	**100,0**	**3.925**	**7,0**

Die Bewertung von Lizenzen erfolgt zum Anschaffungswert.

Das Wahlrecht zur Aktivierung des Aufwandes zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) gemäß Art. 6 Abs. 11 NGO-Neuordnungsgesetz wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	6.602 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- oder Herstellungswerten)	+/-	0 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	1.811 TEUR
Abschreibungen	-	4.488 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	+/-	0 TEUR
Veränderung	+	3.925 TEUR

Der Bestand an geleisteten Investitionszuweisungen erhöht sich seit der ersten Eröffnungsbilanz kontinuierlich. Auf eine Aktivierung der bis zum 31. Dezember 2007 geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse wurde gemäß § 61 Abs. 5 KomHKVO in der ersten Eröffnungsbilanz verzichtet. Danach wurden von der Stadt Braunschweig geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse gemäß § 44 Abs. 4 KomHKVO als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Die Zugänge bei den geleisteten Investitionszuweisungen 2019 (rund 5.515 TEUR) beinhalten vor allem die Zuweisungen der Krankenhausumlage in Höhe von rund 3.599 TEUR, einen Baukostenzuschuss für das Soziokulturelle Zentrum in Höhe von 1.500 TEUR sowie einige geringfügigere Zuschüsse an verschiedene Sportvereine etc.

Bei den Zugängen durch Umbuchungen handelt es sich um Umbuchungen, die sich aufgrund fertiggestellter Anlagen im Bau (Ausbuchung AIB) ergeben haben. Im Wesentlichen beinhalten die Umbuchungen die Investitionszuschüsse an den Brg. MTV für die Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes (1.275 TEUR) sowie Zuschüsse für bauliche Maßnahmen im Bereich der Jahnstraße im Rahmen des Programms „Soziale Stadt - westliches Ringgebiet“ (rund 441 TEUR).

Den Zugängen stehen Abgänge insbesondere durch Abschreibungen gegenüber. Diese sind im Jahr 2019 jedoch geringer als die Zugänge ausgefallen.

4.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst rund 1.459.296 TEUR und damit rund 72 Prozent (Vorjahr 73 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Es stellt den größten Teil der Vermögenswerte dar. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Posten:

	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	230.150	16,0	231.738	15,9	1.588	0,7
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	636.410	44,2	639.205	43,8	2.795	0,4
Infrastrukturvermögen	422.223	29,3	421.853	28,9	-370	-0,1
Bauten auf fremden Grundstücken	18.820	1,3	20.430	1,4	1.610	8,6
Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	1.234	0,1	1.213	0,1	-21	-1,7
Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	13.610	0,9	13.068	0,9	-542	-4,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	34.288	2,4	34.559	2,4	271	0,8
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	83.718	5,8	97.230	6,7	13.512	16,1
Sachvermögen	**1.440.453**	**100,0**	**1.459.296**	**100,0**	**18.843**	**1,3**

Wesentliche Vermögenswerte der Stadt Braunschweig liegen im Grund und Boden. In den Bilanzposten Unbebaute Grundstücke, Bebaute Grundstücke sowie Infrastrukturvermögen sind jeweils Unterposten für Grund und Boden in einer Gesamthöhe von rund 569.930 TEUR (Vorjahr rund 561.676 TEUR) enthalten. Das entspricht rund 28 Prozent (Vorjahr rund 29 Prozent) der Bilanzsumme.

Die Bewertung der Grundstücke erfolgt grundsätzlich zum Anschaffungs- oder Herstellungswert. Für Grundstücke, die vor dem 1. Januar 2000 angeschafft wurden, erfolgt aus Vereinfachungsgründen die Bewertung zu vorsichtig ermittelten Zeitwerten, die aus den für das Jahr 2000 geltenden Bodenrichtwerten abgeleitet wurden. Für Grundstücke ohne Bodenrichtwert wurde das Gebiet der Stadt Braunschweig in vier Zonen untergliedert; für jede Zone wurde ein gebietstypischer Wert ermittelt, der der nachfolgenden Tabelle entnommen werden kann. Die

Wertermittlung orientiert sich in diesen Fällen an der Verknüpfung der tatsächlichen Nutzung der Flächen mit dem zonalen Wert.

Zone	EURO/m²
Zone 1: Stadtkern innerhalb der Okerumflutung	500,00
Zone 2: "Wilhelminischer Ring"	200,00
Zone 3: Gebiete zwischen wilhelminischen Ring und definierten Randbereichen sowie Bereiche der Ortsteile innerhalb der Bodenrichtwertzonen für bebaute Grundstücke Liegen die Grundstücke außerhalb der Bodenrichtwertzonen, aber erkennbar innerhalb des Bebauungszusammenhangs, so wird auch hier die Zone 3 angenommen.	150,00
Zone 4: Flächen außerhalb der Zonen 1 bis 3	*)
*) Fester Wert in Abhängigkeit von der Nutzung	

Die wesentlichen Posten des Sachvermögens werden nachstehend erläutert.

4.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken

Darin sind folgende Posten enthalten:

	31.12.2018		**31.12.2019**		**Veränderung**	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Grünflächen - Grund und Boden	164.763	71,6	166.740	72,0	1.977	1,2
Grünflächen - Außenanlagen	14.317	6,2	13.765	5,9	-552	-3,9
Grünflächen - Bäume	16.187	7,0	16.187	7,0	0	0,0
Ackerland	22.921	10,0	22.910	9,9	-11	0,0
Wald, Forsten	4.300	1,9	4.402	1,9	102	2,4
Sonstige unbebaute Grundstücke	7.662	3,3	7.734	3,3	72	0,9
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	**230.150**	**100,0**	**231.738**	**100,0**	**1.588**	**0,7**

Die Bewertung von Grund und Boden der Grünflächen vor dem 1. Januar 2008 erfolgte mit 30 Prozent des gebietstypischen Wertes, mindestens mit 8 EUR/m², ab dem 1. Januar 2008 werden Anschaffungs- oder Herstellungswerte zugrunde gelegt.

Ackerland wurde vor dem 1. Januar 2008 mit dem Bodenrichtwert aus dem Jahr 2000 bewertet, ab dem 1. Januar 2008 wird der Anschaffungs- oder Herstellungswert zugrunde gelegt.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	643 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- oder Herstellungswerten)	-	135 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	2.307 TEUR
Abschreibungen	-	1.095 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	132 TEUR
Veränderung	+	1.588 TEUR

In 2019 haben sich durch Umbuchungen Zugänge beim Grund und Boden „Grünflächen“ (rund 2.057 TEUR) ergeben. Diese resultieren mit rund 1.481 TEUR aus der Zuteilung von Grundstücken im Rahmen des Umlegungsverfahrens Waller See 2. Bauabschnitt (BA) Nord und mit rund 265 TEUR aus dem Ankauf von Grundstücken für den Nordpark. Weitere Umbuchungen beruhen auf der Fortführung von Flurstücken nach erfolgter Vermessung.

Bei den Aufbauten von Grünanlagen sind Zugänge (rund 407 TEUR) und Umbuchungen in Höhe von rund 78 TEUR auf die Fertigstellung von Baumaßnahmen zurückzuführen (z. B. Grünanlagen Bürgerpark, Löwenwall mit Denkmalplatz und Schul- und Bürgergarten Dowesee).

Abgänge haben sich im Wesentlichen beim Grund und Boden „Ackerflächen“ in Höhe von rund 79 TEUR ergeben. Dabei handelt es sich um die Einbringung von Grundstücken in das Flurbereinigungsverfahren Flughafen. Weiterhin musste aufgrund der Ausgabe eines Erbbaurechtes für die Schillstraße 25 die in der Bilanz noch dafür vorhandene Grünanlage in den Abgang gebracht werden (rund 50 TEUR).

Die aufgrund der Bestellung eines Erbbaurechtes an dem städtischen Grundstück Schillstraße 25 vorzunehmende außerplanmäßige Abschreibung wird unter Punkt 6.3.2 näher erläutert.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Aufwendungen für die Abnutzung höher waren als die Zugänge für die abnutzbaren Vermögensgegenstände.

4.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken

Bei diesem Posten, der nahezu 32 Prozent (wie Vorjahr) der Bilanzsumme umfasst, handelt es sich um den größten Einzelposten der Aktivseite der Bilanz. Folgende Vermögenswerte sind darin enthalten:

	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Wohnbauten						
Grund und Boden	13.285	2,1	13.659	2,1	374	2,8
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	6.753	1,1	6.695	1,0	-58	-0,9
Soziale Einrichtungen						
Grund und Boden	13.759	2,2	13.732	2,1	-28	-0,2
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	68.252	10,7	66.705	10,4	-1.547	-2,3
Schulen						
Grund und Boden	62.789	9,9	62.477	9,8	-312	-0,5
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	223.867	35,2	224.024	35,0	157	0,1
Kultur-, Sport- und Gartenanlagen						
Grund und Boden	72.722	11,4	79.286	12,4	6.564	9,0
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	67.476	10,6	66.986	10,5	-490	-0,7
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude						
Grund und Boden	73.016	11,5	71.142	11,1	-1.875	-2,6
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	34.491	5,4	34.500	5,4	9	0,0
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	**636.410**	**100,0**	**639.205**	**100,0**	**2.795**	**0,4**

Gebäude werden grundsätzlich zum fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert bewertet. Für Zugänge vor dem Jahr 2000 werden aus Vereinfachungsgründen vielfach vorsichtig ermittelte Zeitwerte auf Basis der Normalherstellungskosten 2000 durch das Sachwertverfahren ermittelt; die Anschaffungs- oder Herstellungswerte werden in diesen Fällen auf das Herstellungsjahr zurückindiziert. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Aufbauten vor dem 1. Januar 2008 werden aus Vereinfachungsgründen mit einem Pauschalbetrag, definiert als Prozentsatz des Gebäudewertes, bewertet. Bei Kindertagesstätten gilt ein Prozentsatz von 15 Prozent, ansonsten 7 Prozent des Gebäudewertes. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert. Die Bewertung der Betriebsvorrichtungen erfolgt mittels Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	3.831 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- oder Herstellungswerten)	-	3.352 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	14.802 TEUR
Abschreibungen	-	12.486 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	+/-	0 TEUR
Veränderung	+	2.795 TEUR

Die Anlagenzugänge des Jahres 2019 bei den Gebäuden „Soziale Einrichtungen“ (rund 386 TEUR) resultieren vor allem aus Restarbeiten bei der Fertigstellung der Kita Lammer Busch einschl. Außen- und Spielanlagen sowie der Flüchtlingsunterkünfte Bruchstieg 3 und Ackerweg 26. Weitere Zugänge beruhen auf der Ausstattung diverser Kitas mit Spielgeräten / -anlagen.

Im Bereich der Schulgebäude, wo Zugänge in Höhe von rund 2.074 TEUR zu verzeichnen gewesen sind, haben insbesondere Baumaßnahmen zur Erweiterung der BBS V Kastanienallee 71 (rund 1.613 TEUR) sowie bauliche Restarbeiten z. B. an der Grundschule (GS) / Hauptschule (HS) Rüningen und der GS Lindenberg zu den Vermögenssteigerungen geführt. Weitere Zugänge sind durch die Anschaffung von zahlreichen digitalen Whiteboards im Rahmen des Medienentwicklungsplanes (MEP) entstanden.

Bei den Gebäuden usw. im Bereich der Kultur- Sport- und Gartenanlagen lagen Zugänge in Höhe von insgesamt 930 TEUR, z. B. in Baumaßnahmen an den Bezirkssportanlagen Bockbartsfeld, Rüningen und Franzsches Feld / Konrad- Koch- Stadion sowie der Herrichtung des Bolzplatzes Feuerbergweg und der Flutlichtanlage im Städtischen Stadion vor. Daneben sind einige Fitnessgeräte im Bürgerpark neu aufgestellt worden und haben ebenfalls zu den Vermögenszugängen geführt.

Erhebliche Zugänge resultieren auch aus Umbuchungen (rund 14.802 TEUR). Es handelt sich hierbei um Umbuchungen, die sich aufgrund fertiggestellter Anlagen im Bau (AiB) insbesondere im Bereich der Gebäude „Schulen“ sowie „“Kultur-, Sport- und Gartenanlagen“ und „Sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden “ergeben haben. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Erweiterung der Berufsbildenden Schule (BBS) V (Kastanienallee 71) mit rund 3.384 EUR, Sanierungsarbeiten an der Sporthalle einschl. Außenanlagen des Gymnasiums Hoffmann-von-Fallersleben (Sackring 15) mit rund 1.257 TEUR, die Fertigstellung des Feuerwehrgebäudes Harxbüttel mit rund 588 TEUR sowie bauliche Maßnahmen an diversen Sportplätzen und die Fertigstellung der Sanierung des Naturerlebniszentrums „Haus Entenfang“.

Beim Grund und Boden basieren die Umbuchungen vor allem auf Fortführungen nach Vermessungen. In 2019 hat es neben der Teilung des Grundstücks der ehemaligen Sportanlage Feldstraße auch eine Fertigstellung der dort erforderlichen Altlastensanierung und deren Aktivierung gegeben (rund 6.000 TEUR).

Die Anlagenabgänge beim Grund und Boden der „Bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte“ resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf städtischen Grundvermögens wie beispielsweise der Veräußerung eines Grundstücks an der Kaiserstraße und eines Erbbaugrundstücks an der Berliner Straße bzw. der Vermarktung von Wohnbauflächen an der Dibbesdorfer Straße und in Lamme sowie von Gewerbeflächen in den Gebieten Ernst-Böhme Straße / Am Hafen.

Im Bereich der „Sozialen Einrichtungen“ und der „Schulen“ mussten Vermögenspositionen in Höhe von insgesamt rund 2.247 TEUR in den Abgang gebracht werden, nachdem nach Brandereignissen in Vorjahren (Schulsporthalle Lehndorf und Kita Leiferde) im Jahr 2019 die abschließende Verwendung der Restbestände der Gebäude geklärt war und die letzten Zahlungen der Versicherungen erfolgt sind.

4.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen umfasst nahezu 21 Prozent (Vorjahr nahezu 22 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	127.973	30,3	129.412	30,7	1.439	1,1
Brücken und Tunnel	39.499	9,4	40.538	9,6	1.039	2,6
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	8	0,0	8	0,0	0	1,3
Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	247.612	58,6	244.969	58,1	-2.643	-1,1
Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	499	0,1	430	0,1	-69	-13,9
Wasserbauliche Anlagen	2.909	0,7	2.818	0,7	-91	-3,1
Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	3.721	0,9	3.613	0,9	-108	-2,9
Sonstige Bauten	1	0,0	65	0,0	64	6440,0
Infrastrukturvermögen	**422.222**	**100,0**	**421.853**	**100,0**	**-369**	**-0,1**

Die Bewertung der Straßengrundstücke, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft wurden, erfolgt in den Zonen 1 bis 3 mit 10 Prozent des gebietstypischen Wertes; in Zone 4 erfolgt die Bewertung mit 1 EUR je Quadratmeter Straße, ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Vor dem 1. Januar 2008 vorhandene Brücken und Tunnel werden grundsätzlich unter Zugrundelegung von Typen aus unterschiedlichen Herstellungszeiträumen zum Anschaffungs- oder Herstellungswert bewertet, ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Zwecks Bewertung der Altbestände der Straßen, die vor dem 1. Januar 2008 aktiviert wurden, wurde das Straßennetz in Klassen nach Maßgabe unterschiedlicher Herstellungszeiträume und Bauweisen unterteilt. Es wurde eine Nutzungsdauer von 50 Jahren zugrunde gelegt; die zuvor typisiert ermittelten Anschaffungs- oder Herstellungswerte werden in gleichen Jahresraten abgeschrieben. Ältere Straßen erhalten einen Erinnerungswert in Höhe von 1 EUR. Die ermittelten Werte für eine bestimmte Bauweise in einem bestimmten Zeitraum berücksichtigen grundsätzlich auch die Kosten für Beschilderung, Markierung, Durchlässe, Straßenbegleitgrün oder ähnliches. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Im Posten Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen ist ein Festwert in Höhe von rund 20.491 TEUR (Vorjahr rund 20.491 TEUR) für Straßenbeleuchtung, Parkscheinautomaten usw. enthalten. Darüber hinaus umfasst der Posten auch Festwerte von Einzelbäumen im Umfang von rund 8.706 TEUR (Vorjahr: 8.707 TEUR).

Die Bewertung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen erfolgt durch Übernahme der Daten der kostenrechnenden Einrichtung Bestattungswesen. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge	+	6.083 TEUR
Abgänge (zu Anschaffungs- oder Herstellungswerten)	-	1.933 TEUR
Zugänge durch Umbuchungen	+	2.524 TEUR
Abschreibungen	-	7.043 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	+/-	0 TEUR
Veränderung	-	369 TEUR

Die Zugänge sowohl aus Zahlungen des Jahres 2019 als auch durch Umbuchungen im Bereich des Infrastrukturvermögens (Fertigstellungen von Anlagen im Bau) ergeben sich von rund 8.607 TEUR im Wesentlichen aus der Fertigstellung bzw. dem Abschluss von Restarbeiten von Straßenbaumaßnahmen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Hondelager Straße (rund 121 TEUR), der Rebenring (rund 658 TEUR), die Helmstedter Straße (rund 796 TEUR) sowie die Zimmerstraße (rund 599 TEUR).

Der bei den „Brücken und Tunneln“ zu verzeichnende Anstieg an Vermögenswerten beruht insbesondere auf der Errichtung / Fertigstellung verschiedener Brückenbauwerke, wie z. B. der „Hoheworthbrücke“ (rund 1.451 TEUR), der „Okerbrücke Grund“ (rund 105 TEUR), der Brücke „Mühlentrift“ (rund 84 TEUR) und der Brücken über den Burgmühlen sowie den Reitlingsgraben.

Die Zugänge beim Grund und Boden des Infrastrukturvermögens resultieren aus der im Rahmen des Umlegungsverfahrens „Waller See, 2. BA“ vereinbarten Zuteilung zukünftiger Verkehrsflächen an die Stadt (rund 409 TEUR). Weitere Umbuchungszugänge basieren zum einen auf der Aktivierung von Kosten der Altlastensanierung auf Flächen der ehemaligen Sportanlage Feldstraße (rund 485 TEUR) und zum anderen auf diversen Vermessungen und Fortführungen städtischer Grundstücke.

Abgänge im Bereich des Infrastrukturvermögens von rund 1.933 TEUR sind damit zu begründen, dass unter anderem aufgrund von Neubauten alte Anlagen in den Abgang zu bringen waren, wie z. B. bei der Hondelager Straße (rund 994 TEUR), beim Rebenring (rund 401 TEUR) und bei verschiedenen Lichtsignalanlagen (rund 414 TEUR).

Im Vergleich zu 2018 hat sich das Infrastrukturvermögen leicht verringert, da in 2019 mehr Vermögen abgenutzt bzw. in Abgang gebracht worden ist als investiert wurde.

4.2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Diese umfassen im Wesentlichen Museumsgegenstände mit rund 647 TEUR (Vorjahr rund 641 TEUR).

Für die Erste Eröffnungsbilanz wurden für einige Kunstgegenstände vorhandene Versicherungswerte zu Grunde gelegt. Ansonsten wurden ca. 270.000 Gegenstände nach dem Vorsichtsprinzip hilfsweise mit 1 EUR bewertet. Ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Bewertung der Zugänge zum Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Die Zugänge im Jahr 2019 in Höhe von rund 6 TEUR beziehen sich auf Anschaffungen von Ausstellungsgegenständen für das Städtische Museum, wie z. B. ein Konvolut von Objekten aus Nordamerika (Ethnologica).

4.2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Anlagen im Bau

Der Ansatz erfolgte zum fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert. Das Festwertverfahren nach § 48 Abs. 1 KomHKVO wurde für das Schulmobiliar, die Ausstattung von Kindertagesstätten, die Musikinstrumente, die Sportgeräte, die Einzelbäume und für bestimmte Grünanlagen (Naturschutzgebiet Riddagshausen) sowie für ausgesuchte Ausstattungsgegenstände der Feuerwehr, wie beispielsweise Feuerwehrschläuche und Atemschutzmasken, als auch für besondere Straßenbestandteile (z. B. Beleuchtung) zur Anwendung gebracht.

Der Bestand an Anlagen im Bau hat sich von 2018 auf 2019 um rund 13.512 TEUR erhöht (von 2017 auf 2018 – Erhöhung um rund 11.815 TEUR).

In 2019 konnten größere Vorhaben, die in den Vorjahren begonnen wurden, fertiggestellt beziehungsweise mindestens teilfertiggestellt werden. Hierzu gehörten im Hochbaubereich unter anderem die Erweiterung der BBS V als auch die Sanierung der Sporthalle des GY Hoffmann von Fallersleben. Auch der Anbau am Feuerwehrgebäude Harxbüttel als auch die Sanierung des Naturerlebniszentrums „Haus Entenfang“ wurden in 2019 abgeschlossen. Bei den Tiefbaumaßnahmen ist beispielsweise die Hoheworthbrücke in Betrieb genommen worden. In 2019 sind auch die letzten Tätigkeiten zur Altlastensanierung der ehemaligen Sportanlage Kälberwiese (Feldstraße) erfolgt, so dass eine Erhöhung der Vermögenswerte der Grundstücke stattfinden konnte. Zusätzlich wurde der dem Zuschuss an den MTV zugrundeliegende Neubau eines Sportfunktionsgebäudes in Betrieb genommen. Damit ist auch die Aktivierung des Investitionszuschusses möglich gewesen.

Trotz dieser Fertigstellungen haben sich die Anlagen im Bau im Verhältnis zum Vorjahr erhöht, da diverse Großprojekte erst begonnen bzw. fortgeführt wurden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Sanierung der Integrierten Gesamtschule (IGS) Franzsches Feld und die Sanierung des Schulgebäudes Gymnasiums Hoffmann-von-Fallersleben als auch die Erweiterung der GS Edith-Stein und die GS Isoldestraße. Mit der Einrichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen ist in 2019 vermehrt begonnen worden (z. B. GS Waggum). Die Inbetriebnahmen liegen jedoch noch nicht vor. Ähnlich verhält es sich mit den in Holztafelbauweise zu schaffenden Räumlichkeiten für das Lessinggymnasium und die allgemein verwendbare Interimslösung für Schulen.

Darüber hinaus steht noch die Fertigstellung des Ausbaus und Schließung des Ringgleises als auch für den Neubau des Führungs- und Lagezentrums der Feuerwehr aus. Auch die kostenintensiven Maßnahmen zur Sanierung der Stadthalle wurden zwar gestartet, werden aber erst in den kommenden Jahren abgeschlossen werden können.

Im Tiefbaubereich stehen beispielsweise weiterhin die Fertigstellungen des Umbaus des Petriwehres als auch des geplanten Neubaus der Stadtstraße Hamburger Straße / Bienroder Weg sowie der Baumaßnahmen an der Autobahnanschlussstelle Rüningen-Süd aus.

4.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst rund 17 Prozent (Vorjahr 14 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig und gliedert sich wie folgt:

	31.12.2018		**31.12.2019**		**Veränderung**	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anteile an verbundenen Unternehmen	136.367	48,0	140.208	41,0	3.841	2,8
Beteiligungen	207	0,1	208	0,1	1	0,3
Sondervermögen mit Sonderrechnung	57.576	20,3	61.712	18,0	4.136	7,2
Ausleihungen	39.392	13,9	48.653	14,2	9.261	23,5
Wertpapiere	29	0,0	29	0,0	0	0,0
Forderungen	50.524	17,8	91.061	26,6	40.537	80,2
Sonstige Vermögensgegenstände	281	0,1	164	0,1	-117	-41,7
Finanzvermögen	**284.376**	**100,0**	**342.034**	**100,0**	57.658	20,3

4.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Anschaffungswert, im Falle von Wertminderungen zum Anschaffungswert verringert um außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Bei Sacheinlagen werden grundsätzlich die Buchwerte der eingelegten Vermögenswerte dem Beteiligungswert zugrunde gelegt.

Rund 90 Prozent des Wertes der verbundenen Unternehmen machen die beiden Gesellschaften Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) aus.

4.3.2 Beteiligungen, Wertpapiere

Zu den Beteiligungen sind Anteile an Gesellschaften zu rechnen, die nicht zu den verbundenen Unternehmen gehören. Unter den Wertpapieren werden Anteile erfasst, die nicht Beteiligungen oder Anteile an verbundenen Unternehmen darstellen. Es handelt sich dabei um Aktien der Nordzucker AG und der Nordzucker Holding AG.

Bewertet werden Beteiligungen und Wertpapiere zum Anschaffungswert, im Falle von Wertminderungen zum Anschaffungswert verringert um außerplanmäßige Abschreibungen.

4.3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung

Sondervermögen werden zum Anschaffungswert bewertet; im Falle von Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Neben dem Pensionsfonds (rund 54.398 TEUR; Vorjahr rund 49.541 TEUR) und der gesetzlichen Versorgungsrücklage zählen auch die Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung sowie das Treuhandvermögen der Mündel zu den Sondervermögen.

Dem Pensionsfonds wurden im Jahr 2019 rund 5.456 TEUR (Vorjahr rund 6.004 TEUR) aus dem städtischen Haushalt zugeführt (einschl. Zuführungen in Höhe von rund 369 TEUR aufgrund des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages für elf zur Stadt Braunschweig gewechselte Beamtinnen und Beamte). Für neun Beamtinnen und Beamte, die aufgrund von Dienstherrenwechseln aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, wurden dem Pensionsfonds rund 600 TEUR für Abfindungszahlungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag entnommen.

Aus der Versorgungsrücklage bei der Niedersächsischen Versorgungskasse wurden im Haushaltsjahr 2019 rund 720 TEUR entnommen. Grundlage hierfür ist, dass mit Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes (Nds. GVBL. Nr. 24/2009) die kommunalen Körperschaften von der Verpflichtung zum weiteren Aufbau einer Versorgungsrücklage befreit worden sind. Nach den Regelungen war eine Zuführung bis zum Haushaltsjahr 2017 sowie die anschließende Entnahme über einen Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen (FPA-Vorlage 10724/10).

4.3.4 Ausleihungen

Ausleihungen sind in der Regel unverbriefte langfristige Kapitalforderungen. Bei der Stadt Braunschweig werden unter dieser Position die gegebenen Darlehen ausgewiesen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Ausleihungen im Rahmen der Experimentierklausel, Wohnungsbaudarlehen und die jährliche Vergabe eines Mieterdarlehens an die Nibelungen Wohnbau-GmbH. Der Ansatz in der Bilanz (rund 48.653 TEUR; Vorjahr rund 39.392 TEUR) erfolgt zum Anschaffungswert.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr haben sich durch folgende Sachverhalte ergeben:

Bei den Ausleihungen handelt es sich um Darlehen in Höhe von 43.116 TEUR (Vorjahr 32.120 TEUR) die im Rahmen der Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG aufgenommen und an städtische Gesellschaften (Braunschweiger Verkehrs-GmbH, Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH und Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH) weitergegeben wurden.

Des Weiteren erfolgte ein Zugang bei den Ausleihungen durch die jährliche Vergabe eines Mieterdarlehens in Höhe von jährlich rund 324 TEUR (Vorjahr rund 324 TEUR) an die Nibelungen-Wohnbau GmbH.

Demgegenüber stehen erhaltene Rückzahlungen von gewährten Baudarlehen, die die Ausleihungen um rund 2.060 TEUR im Jahr 2019 reduziert haben. Davon entfallen auf vorzeitige Ablösung rund 1.779 TEUR und auf ordentliche Tilgungen rund 281 TEUR. Die hohen Ablösungen liegen daran, dass in vielen Fällen häufig die 25jährige Zweckbindung (Wohnbenennungs- und Wohnbesetzungsrechte) abgelaufen war (bis zu dieser Zeit laufen / liefen die Darlehen quasi zinsfrei). Zum Ende der Zweckbindung können dann aber Zinsen erhoben werden (wenn auch im Moment nur niedrige). Viele Darlehensnehmer (Wohnungsbauunternehmen) nutzten das derzeitig extreme Zinstief, um die Darlehen vollständig abzulösen (was nach Darlehensvertrag grundsätzlich ohne Vorfälligkeitsentschädigungen o. ä. möglich ist).

4.3.5 Forderungen, Sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen werden mit ihrem Nennwert (Anschaffungswert) ausgewiesen. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 wurden gemäß § 49 Abs. 5 KomHKVO außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund von Einzelwertberichtigungen und von Niederschlagungen von Forderungen (beispielsweise aufgrund von Insolvenzverfahren) für die zweifelhaften Forderungen vorgenommen. Die offenen Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

Öffentlich-rechtliche Forderungen	13.198 TEUR	(Vorjahr	13.402 TEUR)
Forderungen aus Transferleistungen *)	12.780 TEUR	(Vorjahr	19.244 TEUR)
Privatrechtliche Forderungen	65.083 TEUR	(Vorjahr	17.879 TEUR)
Forderungen gesamt	90.061 TEUR	(Vorjahr	50.525 TEUR)

*) Zu den Transferleistungen gehören beispielsweise Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und Schuldendiensthilfen

Bei den Forderungen aus Transferleistungen ist die Veränderung im Wesentlichen durch den nachfolgenden Sachverhalt begründet:

Bei den „Forderungen aus Transferleistungen“ wurden in 2019 für die Abrechnung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) 6.170 TEUR vom Land eingezahlt, so dass die Forderungen aus dem Vorjahr in entsprechender Höhe abgenommen haben.

Die Veränderung bei den privatrechtlichen Forderungen ist im Wesentlichen auf die nachfolgenden Sachverhalte zurückzuführen:

Der Bestand an Forderungen des Cashpool gegenüber städtische Gesellschaften ist in Vergleich zum Vorjahr um 56.113 TEUR (davon 53.015 TEUR Städtisches Klinikum) gestiegen.

Im Jahresabschluss 2018 wurde gegenüber der SBBG eine Forderung aufgrund einer „Überzahlung“ von Zuschüssen (Jahresverlust war geringer als die monatlichen Abschläge) in Höhe von 3.096 TEUR ausgewiesen. Dieser Betrag wurde von der SBBG in 2019 zurückgezahlt.

In den „Privatrechtlichen Forderungen“ ist eine Forderung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement in Höhe von rund 468 TEUR hinzugekommen (Vorjahr rund

3.603 TEUR). Es handelt sich dabei um das Verrechnungskonto der Sonderrechnung für laufende Zwecke (Cash Konto).

4.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen rund 7 Prozent (Vorjahr 8 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig.

Ansatz und Bewertung erfolgen zum Nominalwert (Buch- beziehungsweise Zählbestand).

Die bestehende Liquidität der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen sowie der Stadt selbst wird im Cashpool gesammelt. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 bestand eine Gesamtliquidität in Höhe von rund 140.883 TEUR (Vorjahr rund 158.930 TEUR). Diese wird durch die Stadt zentral für alle Beteiligten angelegt bzw. für den Konzern verwaltet. Davon entfielen auf die Stadt selbst rund 104.742 TEUR (Vorjahr rund 64.951 TEUR). In dem Bestand an liquiden Mitteln der Kernverwaltung sind rund 1.031 TEUR (Vorjahr 581 TEUR) auf dem separaten Tagesgeldkonto liquide Mittel für Instandhaltungen im Rahmen des PPP-Projekts enthalten. Auf dieses Konto werden die monatlich zu zahlenden Instandhaltungspauschalen eingezahlt, die nach Durchführung der Instandsetzung an HOCHTIEF ausgezahlt werden.

In Höhe von rund 93.055 TEUR (Vorjahr rund 94.793 TEUR) enthalten die liquiden Mittel Beträge der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen. Da diese Beträge wieder an die beziehungsweise von den Gesellschaften und Sonderrechnungen zurück zu zahlen sind, bestehen bei der Stadt Braunschweig Verbindlichkeiten in Höhe von rund 93.055 TEUR (Vorjahr rund 94.793 TEUR) und Forderungen in Höhe von rund 57.013 TEUR (Vorjahr rund 900 TEUR). Diese werden auf der Passivseite unter den sonstigen Verbindlichkeiten beziehungsweise auf der Aktivseite unter den privatrechtlichen Forderungen ausgewiesen. Entsprechendes gilt für bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat. Hierfür wird ein Betrag von rund 99 TEUR (Vorjahr rund 86 TEUR) ausgewiesen.

Aus Sicht des Konzerns Stadt handelt es sich beim Cashpool nicht um Verbindlichkeiten gegenüber Dritten.

4.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. Hierzu zählen die Beträge für Januar 2020, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wurden, beispielsweise Beamtenbesoldung und Versorgung in Höhe von rund 5.700 TEUR und Sozialhilfe in Höhe von rund 10.400 TEUR, sowie die Zahlläufe für diverse Kreditorenrechnungen in Höhe von rund 6.600 TEUR (debitorische Kreditoren).

4.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst mit rund 1.042.535 TEUR (Vorjahr rund 1.050.136 TEUR) 51 Prozent (Vorjahr 54 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Posten:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Reinvermögen	494.471	47,1	494.471	47,4	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	141.137	13,4	130.638	12,5	-10.499	-7,4
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	99.405	9,5	105.920	10,2	6.515	6,6
Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0	0,0	3.084	0,3	3.084	
Jahresergebnis	-3.983	-0,4	-958	-0,1	3.025	-76,0
Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	214.142	20,4	205.168	19,7	-8.974	-4,2
Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	94.935	9,0	94.217	9,0	-718	-0,8
Sonstige Sonderposten	10.029	1,0	9.994	1,0	-35	-0,3
Nettoposition	**1.050.136**	**100,0**	**1.042.535**	**100,0**	**-7.602**	**-0,7**

4.6.1 Reinvermögen

In 2019 hat es keine Veränderung des Reinvermögens gegeben.

4.6.2 Rücklagen

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von rund 10.499 TEUR ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2019 vorgetragen und dann gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Überschussrücklage gedeckt worden. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rund 130.638 TEUR. Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von rund 6.516 TEUR ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2019 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt worden. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von rund 105.920 TEUR. Diese Veränderungen der Rücklagen sind durch den Rat in seiner Sitzung am 14. Juli 2020 im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2018 beschlossen worden.

Entsprechend der Regelungen des Landes sind Zuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände seit 2017 in einer Rücklage und nicht mehr bei den Sonderposten auszuweisen. In 2019 ist die Altlastensanierung der ehemaligen Sportanlage Kälberwiese (Feldstraße) abgeschlossen worden. Die Altlastensanierung „Feldstraße‘“ wurde als werterhöhendes Projekt und damit als Werterhöhung für die sanierten Flurstücke angesehen, so dass auch die Fördergelder entsprechend als Investitionseinzahlung gewertet wurden. Die dafür erhaltenen Zuwendungen von der NBank in Höhe von 3.084.264,02 EUR sind entsprechend in die Rücklage für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände eingestellt worden.

4.6.3 Jahresergebnis

Das Haushaltsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von rund 957 TEUR ab.

4.6.4 Sonderposten

Innerhalb der Nettoposition umfassen die Sonderposten rund 309.379 TEUR (Vorjahr rund 319.106 TEUR) und damit rund 15 Prozent (Vorjahr rund 16 Prozent) der Bilanzsumme.

Der Ansatz wird zum Nennwert der empfangenen Investitionszuwendungen gemäß § 44 Abs. 5 KomHKVO vorgenommen. Die Fortschreibung erfolgt durch ertragswirksame Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes.

Die Ermittlung erfolgte für Zeiträume seit 1974. Die Festlegung auf dieses Jahr erfolgte aufgrund der Hinweise des Landes zu Fragen der Inventur und zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen (Stand: 1. Mai 2008).

Die Veränderungen sind entstanden durch:

Zugänge (+) / Abgänge (-) Bestandskonten	+	4.027 TEUR
Zugänge (+) / Abgänge (-) Verrechnungskonten (AiB)	+	1.306 TEUR
Auflösung von Sonderposten	-	15.060 TEUR
Veränderung	-	9.727 TEUR

Die Sonderposten haben sich in 2019 um rund 9.727 TEUR verringert.

Rund 4.027 TEUR der Einzahlungen des laufenden Jahres beziehungsweise des Bestandes auf den Verrechnungskonten konnten passiviert und damit anteilig entsprechend der Nutzungsdauer aufgelöst werden, da die bezuschussten Anlagen entsprechend fertiggestellt sind und die Zuordnungen zum Vermögen möglich waren (z. B. Umgestaltung Helmstedter Straße, Straßenerneuerung Zimmerstraße). Investitionseinzahlungen in Höhe von rund 1.306 TEUR mussten jedoch auf den Verrechnungskonten verbleiben, da noch keine Zuordnung zu fertigen Anlagen möglich war.

Insgesamt konnten jedoch im Verhältnis zu den Vorjahren keine Investitionseinzahlungen in vergleichbarer Höhe eingeholt werden, so dass der Bestand an Sonderposten entsprechend gesunken ist.

4.7 Schulden

Die Schulden umfassen mit rund 359.113 TEUR (Vorjahr rund 305.219 TEUR) 18 Prozent (Vorjahr 16 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Darin enthalten sind unter der Position sonstige Verbindlichkeiten auch die Anteile der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen am Cashpool in Höhe von rund 93.055 TEUR (Vorjahr rund 94.793 TEUR), da diese Beträge wieder an die Gesellschaften und Sonderrechnungen zurückzuzahlen sind. Aus Sicht des Konzerns Stadt Braunschweig handelt es sich hierbei nicht um Verbindlichkeiten gegenüber Dritten. Bereinigt um diesen Betrag sowie die Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat (rund 99 TEUR; Vorjahr rund 86 TEUR) ergibt sich ein Betrag von rund 265.959 TEUR (Vorjahr rund 210.340 TEUR). Davon entfallen auf Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen rund 141.010 TEUR (Vorjahr rund 83.688 TEUR) sowie auf Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften rund 76.839 TEUR (Vorjahr rund 80.268 TEUR).

Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Posten:

	31.12.2018		**31.12.2019**		**Veränderung**	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Geldschulden						
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	83.688	27,4	141.010	39,3	57.322	68,5
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	80.268	26,3	76.839	21,4	-3.429	-4,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.456	3,1	9.165	2,6	-291	-3,1
Transferverbindlichkeiten	2	0,0	3	0,0	1	60,0
Sonstige Verbindlichkeiten	131.805	43,2	132.096	36,8	291	0,2
Schulden	**305.219**	**100,0**	**359.114**	**100,0**	53.895	17,7

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen betragen zum 31. Dezember 2019 rund 141.000 TEUR (mit Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG) bzw. rund 97.900 TEUR (ohne Experimentierklausel). Durch Kreditaufnahmen (mit Experimentierklausel) in Höhe von rund 61.900 TEUR und Tilgungsleistungen (mit Experimentierklausel) in Höhe von rund 4.600 TEUR ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der Verbindlichkeiten in Höhe von rund 57.300 TEUR. Ohne die Experimentierklausel sind die Verbindlichkeiten im Jahr 2019 um rund 46.300 TEUR gestiegen.

Zur Absicherung von Zinsrisiken von 11 bestehenden Investitionskrediten mit einem Restschuldvolumen zum 31. Dezember 2019 in Höhe von rund 37.100 TEUR wurden 11 Zinssicherungsinstrumente in Form von Doppel-Swaps abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 bestanden keine Swaps ohne Grundgeschäft. Für jedes Darlehen und das dazugehörende Swap-Geschäft wurden Bewertungseinheiten in Anlehnung an § 254 HGB gebildet. Zwischen den Kredit- und den Swap-Geschäften besteht jeweils sowohl eine Laufzeit- als auch eine Volumenkonnexität, d. h. die entsprechenden Zahlungsströme gleichen sich über die gesamte Laufzeit aus. Die Laufzeiten der Geschäfte enden in den Jahren 2029 bis 2035. Als Folge hieraus bestehen keine offenen Positionen. Die Bildung von Drohverlustrückstellungen ist daher nicht erforderlich. Der beizulegende Zeitwert aller Swap-Geschäfte zum 31. Dezember 2019 beträgt rund -14.900 TEUR und entspricht den Marktwerten zum genannten Stichtag. Die Marktwerte wurden von den Kreditinstituten nach marktüblichen Verfahren ermittelt. Die Abbildung des wirksamen Teils der Bewertungseinheit erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entfallen in Höhe von rund 74.375 TEUR (Vorjahr: rund 77.454 TEUR) auf die Forfaitierung von abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts, in Höhe von rund 778 TEUR (Vorjahr: 973 TEUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz sowie in Höhe von rund 1.686 TEUR (Vorjahr: 1.746 TEUR) auf die Vorfinanzierung der Ersatzbeschaffungen zur Ausstattung der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule durch die Nibelungen Wohnbau GmbH. Die Verbindlichkeit aus dem Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums bestand letztmalig im Jahresabschluss 2018 (rund 95 TEUR).

In 2019 haben ausschließlich Tilgungen von kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Höhe von rund 3.400 TEUR stattgefunden.

Eine weitere Aufgliederung der sonstigen Verbindlichkeiten enthält die folgende Tabelle:

Bilanzwerte	**31.12.2018**		**31.12.2019**		**Veränderung**	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Cashpool	94.793	71,9	93.055	70,4	-1.738	-1,8
Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	10.380	7,9	12.524	9,5	2.144	20,7
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzung Cashpool	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzung Investitionskredite	375	0,3	540	0,4	165	44,0
Noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleistungen	3.335	2,5	5.536	4,2	2.201	66,0
Verbindlichkeiten aus Unterhalt für Kinder (Mündelgelder)	7.905	6,0	7.139	5,4	-766	-9,7
Empfangene Anzahlungen für Investitionen	3.577	2,7	3.719	2,8	142	4,0
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	2.221	1,7	2.346	1,8	125	5,6
Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich Gesellschaften	251	0,2	4.115	3,1	3.864	1539,4
Übrige Sonstige Verbindlichkeiten	8.968	6,8	3.123	2,4	-5.845	-65,2
Sonstige Verbindlichkeiten	**131.805**	**100,0**	**132.096**	**100,0**	291	0,2

Die Veränderungen bei den sonstigen Verbindlichkeiten ergeben sich überwiegend durch die Bilanzwerte „Verbindlichkeiten aus Cashpool“, „Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement“, „Noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleistungen“, „Verbindlichkeiten aus Unterhalt für Kinder (Mündelgelder)“, „Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichen Gesellschaften“ und „Übrige Sonstige Verbindlichkeiten“.

Bei den „Verbindlichkeiten aus Cashpool“ ist die Veränderung durch geringere Geldanlagen der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen im Cashpool bedingt.

Die Veränderungen bei den „Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement“ (+2.144 TEUR) setzt sich im Wesentlichen aus zwei Positionen zusammen.

- Verbindlichkeiten aus Einzelbeauftragungen für Investitionen
- Verbindlichkeiten aus der Betriebskostenabrechnung

Die Verbindlichkeiten aus Einzelbeauftragungen für Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 3.142 TEUR gestiegen. Somit belaufen sich die Verbindlichkeiten aus Investitionsleistungen Ende 2019 gegenüber der Sonderrechnung für Hochbau- und Gebäudemanagement auf.8.910 TEUR (Vorjahr: 5.768 TEUR). Die Meldungen der Fachbereiche / Referate zur Bildung der Verbindlichkeiten gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement ist weitaus höher als im Vorjahr ausgefallen. Allein für den Neubau des Führungs- und Lagezentrums der Feuerwehr wurde eine neue Verbindlichkeit in Höhe von rund 2.000 TEUR gemeldet.

Des Weiteren besteht eine Verbindlichkeit aus der Betriebskostenabrechnung 2017/2018 in Höhe von rund 3.273 TEUR (Vorjahr rund 2.242 TEUR).

Die zum Jahresabschluss 2018 bestehende Verbindlichkeit aus Verlustausgleich gegenüber der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement in Höhe von rund 2.080 TEUR wurde in 2019 beglichen.

Der Saldo aus Verbindlichkeiten für noch ausstehende Rechnungen für empfangene Investitionsleistungen hat sich von 2018 auf 2019 um rund 2.201 TEUR erhöht. Es sind im Verhältnis zum Vorjahr weitaus höhere Verbindlichkeiten der Fachbereiche / Referate zur Bildung gemeldet worden (z. B. im Rahmen der kommunalen Wohnraumförderung).

Im Bereich der „Verbindlichkeiten aus Unterhalt für Kinder (Mündelgelder)“ wurden viele Beistandsschaften wegen Volljährigkeit beendet. Bei diesen Konten gab es hohe Rückstände.
Seit der Rechtsreform werden keine Titel mehr so leicht ab Geburt des Kindes erwirkt, so dass solche hohen Forderungen, die nicht werthaltig sind, nicht mehr aufgebaut werden.

Bei den empfangenen Anzahlungen für Investitionen, welche insbesondere die eingenommenen aber noch nicht zugeordneten Verkaufserlöse für Grundstücke enthalten, hat sich in 2019 eine geringfügige Erhöhung in Höhe von rund 142 TEUR ergeben. Dies ist dadurch begründet, dass diverse Grundstückskaufverträge z. B. aufgrund noch nicht erfolgter Vermessung bzw. Eigentumsumschreibung im Grundstückskataster bilanziell noch nicht abgewickelt werden konnten. Hierbei handelt es sich unter anderem um Wohnbauflächen in Stöckheim, das Grundstück Helmstedter Straße 37 sowie um Flächen in den Gewerbegebieten Veltenhof und In den Waashainen.

Bei der Position „Übrige Sonstige Verbindlichkeiten“ ist die Veränderung zum Vorjahr im Wesentlichen durch geringeren Bilanzwerte für die Verbindlichkeiten aus aKonto-Zahlungen (rund 5.404 TEUR) begründet. Die Veränderung bei den Verbindlichkeiten aus aKonto-Zahlungen ist durch den gegenüber dem Vorjahr geringeren Bestand an Einzahlungen vor ihrer Fälligkeit entstanden.

Die Schulden sind gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG in Verbindung mit § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

4.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen mit rund 619.308 TEUR (Vorjahr rund 601.042 TEUR) 31 Prozent (Vorjahr 31 Prozent) der Bilanzsumme der Stadt Braunschweig. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Posten:

	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
Bilanzwerte	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen						
Pensionen	444.663	74,0	468.385	75,6	23.722	5,3
Beihilfen	56.682	9,4	60.349	9,7	3.667	6,5
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	7.609	1,3	8.609	1,4	1.000	13,1
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.335	0,4	2.313	0,4	-22	-1,0
Rückstellung für Sanierung von Altlasten	1.738	0,3	1.634	0,3	-104	-6,0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	42.764	7,1	39.745	6,4	-3.019	-7,1
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	182	0,0	227	0,0	45	24,6
Andere Rückstellungen	45.069	7,5	38.046	6,1	-7.023	-15,6
Rückstellungen	**601.042**	**100,0**	**619.308**	**100,0**	**18.266**	**3,0**

Der Ansatz von Rückstellungen erfolgt in Höhe des Betrages, der nach sachgerechter Beurteilung notwendig ist. Für die Sachverhalte nach § 123 Abs. 2 NKomVG in Verbindung mit § 45 KomHKVO wurden bei Bedarf Rückstellungen gebildet.

Der Anstieg der Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 23.722 TEUR (Vorjahr rund 15.644 TEUR) und der Beihilferückstellung in Höhe von rund 3.667 TEUR (Vorjahr rund 2.440 TEUR) beinhalten unter anderem die Besoldungsanpassung für das Haushaltsjahr 2019.

Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen haben sich die Bestände an Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen um rund 396 TEUR (Vorjahr rund 74 TEUR), an Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub um rund 242 TEUR (Vorjahr rund 311 TEUR) und an Rückstellungen für geleistete Überstunden um rund 362 TEUR (Vorjahr rund 18 TEUR) erhöht.

Bei den „Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung“ ist im Vergleich zum Jahresabschluss 2018 eine Reduzierung in Höhe von 22 TEUR eingetreten. Zwar sind im Jahre 2019 höhere Rückstellungen als im Vorjahr gebildet worden, aber es hat auch eine höhere Auflösung / Herabsetzung von Rückstellungen 2019 als in 2018 gegeben.

Die Veränderung bei den Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen ergibt sich im Wesentlichen dadurch, dass für die Rückzahlung von Gewerbesteuern Rückstellungen von rund 14.538 TEUR gebildet wurden. Aus Vorjahren wurden in diesem Bereich Rückstellungen in Höhe von rund 10.899 TEUR verbraucht, in Höhe von rund 21 TEUR herabgesetzt und in Höhe von 7.700 TEUR aufgelöst. Des Weiteren wurde eine Rückstellung für die Rückzahlung von zu viel erhaltenen Abschlägen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von rund 1.889 TEUR gebildet. Aus Vorjahren wurden in diesem Bereich Rückstellungen in Höhe von rund 1.048 TEUR verbraucht.

In der Position „Andere Rückstellungen“ wurden unter anderem die folgenden Sachverhalte berücksichtigt:

- Rückstellungen für Jubiläumsgelder
- Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung
- Rückstellungen für erbrachte Lieferungen beziehungsweise Leistungen für Aufwendungen, für die noch keine Rechnungen vorliegen
- In der Kameralistik gebildete zweckgebundene Rücklagen für Instandhaltungen
- Rückzahlungsverpflichtung von Zuschüssen.

Die Veränderung beim Bestand der „Anderen Rückstellungen“ ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass sich der Bestand an Rückstellungen für ausstehende Rechnungen gegenüber dem Vorjahr um rund 1.701 TEUR und der Bestand an Rückstellungen für Erstattungen um rund 2.106 TEUR erhöht haben. In beiden Fällen ist die Summe der für das Haushaltsjahr 2019 neu gebildeten Rückstellungen höher gewesen als der Wert für den Verbrauch, die Herabsetzung bzw. Auflösung der Rückstellungen aus Vorjahren.

Des Weiteren hat sich der Bestand an Rückstellungen für Betriebskosten um 1.050 TEUR erhöht. Der für den Abrechnungszeitraum 2018/2019 neu gebildeten Rückstellung für die Betriebskosten in Höhe von 4.050 TEUR stehen Verbräuche der Rückstellungen für den Abrechnungszeitraum 2017/2018 in Höhe von rund 3.000 TEUR gegenüber, die somit die Veränderung gegenüber dem Vorjahresbestand in Höhe von rund 1.050 TEUR verursachen.

Bei den „Anderen Rückstellungen“ der Allgemeinen Finanzwirtschaft haben sich dagegen durch Rückstellungsverbräuche und Herabsetzungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen Minderungen bei den Beständen von rund 11.880 TEUR ergeben. Hervorzuheben ist hierbei die Herabsetzung der Rückstellung für die Maßnahmen zur Einhaltung der Energieeinsparverordnung 2009.

Für die Zusatzversorgung der Beschäftigten durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder besteht keine Bilanzierungspflicht, da hier nur eine mittelbare Pensionsverpflichtung (subsidiäre Haftung) der Stadt Braunschweig als Arbeitgeber besteht. Die mittelbare Pensionsverpflichtung beläuft sich auf rund 312.680 TEUR (Vorjahr rund 309.667 TEUR).

Die an dieser Stelle in den vergangenen Jahresabschlüssen abgebildete Rückstellungsübersicht wird aufgrund der gesetzlichen Änderungen und der neu herausgegebenen verbindlichen Muster des Landes jetzt unter dem Punkt 3. Rückstellungsübersicht im Kapitel VII. Anlagen zum Anhang abgebildet.

Die folgende Tabelle zeigt ergänzend zu dem verbindlichen Muster des Landes die Aufteilung der Rückstellungen nach Restlaufzeiten auf:

	Bestand 31.12.2019	davon mit Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre
Bilanzwerte	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen				
Pensionen	468.385	0	0	468.385
Beihilfen	60.349	0	0	60.349
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	8.609	7.269	0	1.339
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.313	81	2.231	0
Rückstellungen für Sanierung von Altlasten	1.634	0	1.634	0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	39.745	39.745	0	0
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	227	227	0	0
Andere Rückstellungen	38.046	21.754	15.027	1.265
Rückstellungen	**619.308**	**69.077**	**18.892**	**531.339**

4.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (pRAP) umfassen rund 4.705 TEUR (Vorjahr rund 6.285 TEUR). Nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO fallen hierunter Einzahlungen vor dem Abschlusstag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen sowie erhaltene zweckgebundene Einzahlungen, die noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ entstanden. Der im Vorjahr für die Erstattungszahlung des Quotalen Systems für den sogenannten 13. Monat gebildete pRAP in Höhe von rund 3.776 TEUR wurde in 2019 verbraucht, da es sich hierbei um Erträge für den Januar 2019 handelt.

Des Weiteren wurden im Teilhaushalt „Stadtgrün und Sport“ aufgrund eines Vertrages vom September 2019 zwischen der Stadt Braunschweig und dem Erschließungsträger Kanada Bau GmbH zur vorzeitigen Begleichung der kapitalisierten Pflegekosten, die tatsächlich eingegangenen Finanzmittel in Höhe von rund 1.735 TEUR abgegrenzt.

5. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne sind Verpflichtungen aufgrund von Rechtsverhältnissen, aus denen die Stadt Braunschweig nur unter bestimmten Umständen - mit deren Eintritt nicht gerechnet wird - in Anspruch genommen werden kann. Bei der Stadt Braunschweig bestehende Haftungsverhältnisse sind in der Übersicht mit den Vermerken unter der Bilanz gemäß § 55 Abs. 4 KomHKVO enthalten.

Ebenfalls enthält diese Übersicht diejenigen Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gemäß § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung gilt der § 2 KomHKVO entsprechend.

In der Ergebnisrechnung werden unter anderem die Istwerte (Ergebnisrechnung) den Haushaltsansätzen (Ergebnishaushalt) gegenübergestellt.

6.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 6.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 6.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 957 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag rund 3.983 TEUR).

6.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 18.196 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag rund 10.499 TEUR).

6.2.1 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge 2019 betragen rund 835.359 TEUR und liegen rund 21.745 TEUR (entspricht 2,5 Prozent) unter den Haushaltsansätzen. Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Erträge in folgende Positionen:

	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	408.154	47,6	391.061	46,8	-17.093	-4,2
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	192.918	22,5	188.945	22,6	-3.973	-2,1
Auflösungerträge aus Sonderposten	14.711	1,7	15.192	1,8	481	3,3
Sonstige Transfererträge	11.040	1,3	15.189	1,8	4.149	37,6
Öffentlich-rechtliche Entgelte	39.976	4,7	34.748	4,2	-5.228	-13,1
Privatrechtliche Entgelte	10.050	1,2	10.416	1,3	366	3,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	153.663	17,9	147.437	17,7	-6.226	-4,1
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.318	0,5	2.619	0,3	-1.699	-39,3
Aktivierungsfähige Eigenleistungen	1.914	0,2	2.060	0,3	146	7,6
Bestandsveränderungen	0	0,0	0	0,0	0	-
Sonstige ordentliche Erträge	20.360	2,4	27.690	3,3	7.330	36,0
Ordentliche Erträge	**857.104**	**100,0**	**835.359**	**100,0**	**-21.745**	**-2,5**

Der aufgeführte Minderertrag in der **Zeile „Steuern und ähnliche Erträge“** hat sich im Wesentlichen bei der Gewerbesteuer ergeben. Dem gegenüber stehen Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei der Vergnügungssteuer für Automaten. Bei den übrigen Steuerarten ergaben sich nur geringe Abweichungen.

Bei der Gewerbesteuer ergaben sich Mindererträge in Höhe von rund 24.078 TEUR (bereinigte Gewerbesteuer 16.000 TEUR). Ursache hierfür waren hauptsächlich zurückbleibende Vorauszahlungen bei den großen Gewerbesteuerzahlern sowie auch etwas geringere Nachzahlungen als eingeplant von der Gesamtheit der Gewerbesteuerzahler.

Dem gegenüber konnten Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rund 4.185 TEUR verzeichnet werden. Dies ergab sich aus Ende Dezember 2018 beschlossenen gesetzlichen Regelungen für die fortgesetzte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SBG II für Personen im Fluchtkontext, die zu einer nochmaligen Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils für 2019 führten. Diese konnten in der Haushaltsplanung nicht mehr berücksichtigt werden. Aufgrund der weiterhin positiven Wirtschafts- und Beschäftigungslage fielen die Erträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um rund 994 TEUR höher aus. Des Weiteren sind Mehrerträge bei der Vergnügungssteuer für Automaten in Höhe von 1.274 TEUR erzielt worden. Diese Mehrerträge waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht absehbar.

Die Abweichung in der **Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“** ist auf Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von rund 1.102 TEUR, bei den Zuweisungen des Landes für das Investitionsmanagement in Höhe von 2.830 TEUR sowie die Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (KdU) in Höhe von rund 1.377 TEUR entstanden. Dem gegenüber stehen Mehrerträge bei den Zuweisungen des Landes in Höhe von rund 882 TEUR.

Der Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ verzeichnet Mindererträge bei den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, die ganz wesentlich auf die für den Finanzausgleich 2019 zu berücksichtigenden Soziallasten (Durchschnitt 2016/2017) zurückzuführen sind. Während diese niedersachsenweit anstiegen, war für die Stadt Braunschweig ein Rückgang zu verzeichnen. Diese Daten standen erst im März 2019 fest und führten zu geringeren Schlüsselzuweisungen.

Die Mindererträge bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen im Investitionsmanagement sind insbesondere im Teilhaushalt „Stadtplanung und Umweltschutz“ entstanden. Entgegen der Planung konnten rund 1.900 TEUR weniger Zuwendungen realisiert werden, Im Wesentlichen sind diese Mindererträge auf die Sanierungsgebiete „Westliches Ringgebiet“, „Donauviertel“ und „Bahnstadt“ zurückzuführen. Die Planung der Erträge ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligungen im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

Im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ haben sich die Mindererträge bei der mit dem Land abzurechnenden Bundesbeteiligung an den KdU zum größten Teil aus den geringer als prognostizierten KdU-Aufwendungen ergeben. Ursächlich hierfür war der im Vergleich zur Planung noch stärker ausgefallene Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II. Dem gegenüber stehen Mehrerträge in Höhe von rund 1.317 TEUR bei den Zuweisungen des Landes, die sich im Wesentlichen auf die nicht erwartete Fortsetzung der Landeszuweisungen für schulische Inklusion (rund 129 TEUR) und auf höhere Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen für Migranten (rund 86 TEUR) verteilen.

Des Weiteren sind im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ aufgrund höherer Landeszuweisungen Mehrerträge im Bereich der Kindertagespflege (rund 485 TEUR) entstanden.

Die Mehrerträge in der **Zeile „Sonstige Transfererträge“** ergeben sich vor allem im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 3.778 TEUR. Diese sind überwiegend im Bereich Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in Höhe von rund 2.241 TEUR entstanden. Wie auch in den Vorjahren ist hier anzumerken, dass die Haushaltsplanung auf tatsächlichen Einzahlungen basiert, da erfahrungsgemäß nicht alle Forderungen eingebracht werden können. Mit den Buchungen in der Ergebnisrechnung werden die aufgrund der Bescheiderteilung bestehenden Forderungen abgebildet, unabhängig davon, ob sie erbracht werden können. Weiterhin sind im Bereich der allgemeinen Heimerziehung, der Vollzeitpflege, der gemeinsamen sowie sonstigen Wohnformen sowie bei der Inobhutnahme / Notaufnahme und Inobhutnahme

unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge Mehrerträge in Höhe von rund 1.440 TEUR erzielt. Es handelt sich hierbei um den Bereich der Wirtschaftlichen Erziehungshilfe, welche in der Veranschlagung ähnlich schwer planbar ist wie der Bereich Kostenerstattungen.

Die Abweichung in der **Zeile „Öffentlich-rechtliche Entgelte“** resultiert im Wesentlichen aus Minderträgen der Teilhaushalte „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 3.772 TEUR und „Feuerwehr“ in Höhe von rund 2.092 TEUR

Die Mindererträge im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ ergeben sich im Wesentlichen Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die Planwerte weichen stark von den Istwerten ab, da die prognostizierten Fallzahlen bei weitem nicht erreicht wurden. Hier sind Erträge im Bereich der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge von 750 TEUR und bei den stationären Betreuungen in Höhe von rund 3.000 TEUR weggefallen.

Die Mindererträge im Teilhaushalt „Feuerwehr“ sind im Wesentlichen bei den Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes entstanden. Die Höhe der Entgelte ergibt sich aus einer Vereinbarung mit den Kostenträgern und einer darauf basierenden Entgelttarifordnung. Die Verhandlungen mit den Kostenträgern über die wirtschaftlichen Gesamtkosten des Rettungsdienstes verzögerten sich für das Jahr 2019 bis in das Jahr 2020 hinein. Grund hierfür sind erheblich gestiegene Kosten bei den Beauftragten, die von den Kostenträgern einer umfangreichen und langwierigen Prüfung unterzogen wurden und noch werden. Diese Gesamtkosten werden als Grundlage zur Berechnung der Entgelte für einzelne Leistungen des Rettungsdienstes zugrunde gelegt und dann in eine Vereinbarung sowie die Entgelttarifordnung überführt. Diese Vereinbarung steht für 2019 noch aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur für die betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten, sondern auch für die Berechnung der einzelnen Entgelte mit den Kostenträgern ein Konsens herbeigeführt werden muss. Des Weiteren ist anzuführen, dass zur Ermittlung der sich aus der Entgelttarifordnung ergebenen Entgelte auf statistische Auswertungen vergangener Jahre zurückgegriffen wird und somit die tatsächlich entstandenen Kosten erst in den Folgejahren eingenommen werden können. Die zum Haushaltsjahr 2019 angesetzten erhöhten Entgelte wurden nicht erreicht und werden für 2020 erwartet. Daher minderten sich die Erträge größtenteils in diesem Bereich mit einer Höhe von rund 2.137 TEUR. Dem gegenüber stehen Mehrerträge im Rahmen der Leistungen der Feuerwehr Braunschweig in Höhe von rund 45 TEUR. Diese resultieren aus dem Inkrafttreten der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig.

Die Abweichung in der **Zeile „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“** resultiert im Wesentlichen aus Mindererträgen für den Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ (rund 15.348 TEUR). Demgegenüber stehen Mehrerträge in den Teilhaushalten „Soziales und Gesundheit“ (rund 5.605 TEUR) und „Schule“ (rund 2.769 TEUR).

Die Mindererträge im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ sind in den Bereichen Erstattungen des Landes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie bei den Erstattungen Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) entstanden. Die Kostenerstattungen sind grundsätzlich bezüglich ihrer Plan- und Steuerbarkeit als problematisch einzustufen. Die Erstattungen des Landes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind weit unter den Planwerten (rund 13.600 TEUR) geblieben, da die prognostizierte Fallzahl bei weitem nicht erreicht wurde. Die Erstattungen fließen nicht periodengerecht. Aufgrund einer starken Abweichung der Ist- zu den Planwerten durch eine Reduzierung der Fallzahlen im Bereich des UVG ist es zu niedrigeren Erstattungen des Landes in Höhe von rund 2.200 TEUR gekommen.

Im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ entfallen von den Mehrerträgen rund 3.776 TEUR auf die Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens (pRAP) im Bereich Quotales System der Sozialhilfe. Das Geld wurde 2018 vom Land zur Abgeltung des sogenannten 13. Monats im Quotalen System überwiesen; mit der Maßnahme, es 2018 zu vereinnahmen, einen PRAP zu bilden und diesen in 2019 aufzulösen. Weitere 2.354 TEUR korrespondieren mit höheren Transferaufwendungen im diesem Bereich. Darüber hinaus ergaben sich

306 TEUR Mehrerträge nach dem Niedersächsischen Aufnahmegesetz. Die Landeserstattung 2019 wurde mit 10 TEUR für 349,6 erstattungsfähige Personen nach Vorjahresdurchschnitt geplant. Der tatsächliche Personenzahldurchschnitt 2018 lag bei lediglich 338. Die Erstattung 2019 wurde per MI-Erlass jedoch auf 11.700 TEUR festgesetzt, so dass sich nach einer des Weiteren zu begleichenden Rückforderung für Vorjahre diese Mehrerträge ergaben. Dem gegenüber ergaben sich Mindererträge in Höhe von rund 957 TEUR bei der Grundsicherung im Alter und im Bereich Erwerbsminderung. Diese korrespondieren mit geringeren als geplanten Netto-Transferaufwendungen in diesem Bereich.

Im Teilhaushalt „Schule“ sind Mehrerträge in Höhe von rund 2.769 TEUR zu verzeichnen. Die Abweichungen ergeben sich dadurch, dass ein Teil der Gastschulbeiträge (Beschulung auswärtiger Kinder in Braunschweig) aus Vorjahren arbeitsbedingt erst in 2019 abgerechnet und vereinnahmt werden konnte. Die Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden haben deshalb im Berichtsjahr deutlich über den Planerwartungen gelegen (rund 2.600 TEUR).

Der aufgeführte Minderertrag in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“** ist im Wesentlichen in den Teilhaushalten „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 1.074 TEUR und „Finanzen“ in Höhe von rund 626 TEUR entstanden.

Im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ resultieren die Mindererträge hauptsächlich aus der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen nach § 233a Abgabenordnung. Die Einschätzung der Höhe der Zinserträge, die sich aus Steuernachforderungen auf länger zurückliegende Jahre ergeben, ist schwierig, da die sich ergebenden Zahlfälle zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung zum größten Teil noch nicht bekannt sind. Die Veranschlagung basierte auf Erfahrungen der Vorjahre; tatsächlich konnten aber nur wesentlich geringere Erträge erzielt werden.

Des Weiteren waren Minderaufwendungen im Teilhaushalt „Finanzen“ zu verzeichnen. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Zinserträgen von Darlehensvergaben an städtische Gesellschaften gemäß Experimentierklausel. Im Haushaltsplan 2018 waren entsprechende Kreditaufnahmen zur Weitergabe in Höhe von rund 43.700 TEUR veranschlagt. Tatsächlich wurde jedoch lediglich ein Volumen in Höhe von rund 32.100 TEUR aufgenommen.

Die Abweichung in der **Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“** resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen in den Teilhaushalten „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 7.512 TEUR und „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rund 625 TEUR, denen Mindererträge im Teilhaushalt „Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit“ in Höhe von 642 TEUR gegenüberstehen.

Die Mehrerträge in Höhe von rund 7.512 TEUR im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ haben sich im Wesentlichen durch Herabsetzung von nicht im vollen Umfang benötigen Rückstellungen aus Vorjahren ergeben. Davon entfallen rund 4.098 TEUR auf die Rückstellung nach der Energieeinsparverordnung (EnEV2009). Die Bildung der Rückstellung war durch die öffentlich-rechtliche Verpflichtung aus der EnEV – für die im Falle eines Verstoßes ein Bußgeld verhängt werden kann - begründet. Bislang wurden keine Bußgelder verhängt und sind auch zukünftig nicht zu erwarten. Somit wurde die noch verbliebene Rückstellung zum Stichtag 31. Dezember 2019 vollständig herabgesetzt. Des Weiteren wurden folgende Rückstellungen herabgesetzt: für Brandschutz rund 568 TEUR, für Schimmelpilzbeseitigung rund 448 TEUR sowie eine Vielzahl von Beträgen, die sich jeweils auf eine Höhe unter 200 TEUR belaufen. Daneben ergaben sich Mehrerträge durch die Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus der Gewerbesteuer (rund 367 TEUR).

Von den Mehrerträgen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ entfallen rund 486 TEUR auf Unterkunftspauschalen für die Flüchtlingsunterbringung. Ursache hierfür war die gegen-

über der Planung höhere Personenzahl. Des Weiteren sind Mehrerträge aus der Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von rund 135 TEUR entstanden.

Dem gegenüber stehen Mindererträge im Teilhaushalt „Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit“ in Höhe von rund 642 TEUR. Im Wesentlichen sind diese Mindererträge bei dem Produkt „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ (rund 331 TEUR) und bei dem Produkt „Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr“ (rund 337 TEUR) entstanden.

6.2.2 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen 2019 betragen rund 853.555 TEUR und liegen rund 37.569 TEUR (entspricht 4,2 Prozent) unter den Haushaltsansätzen.

Im Einzelnen gliedern sich die ordentlichen Aufwendungen in folgende Positionen:

	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
Ergebnisrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Personalaufwendungen	194.475	21,8	206.182	24,2	11.706	6,0
Versorgungsaufwendungen	22.906	2,6	23.671	2,8	766	3,3
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	80.912	9,1	54.618	6,4	-26.294	-32,5
Abschreibungen	41.612	4,7	39.491	4,6	-2.121	-5,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.151	1,1	10.086	1,2	-65	-0,6
Transferaufwendungen	345.518	38,8	326.542	38,3	-18.975	-5,5
Sonstige ordentliche Aufwendungen	195.550	21,9	192.965	22,6	-2.585	-1,3
Ordentliche Aufwendungen	**891.124**	**100,0**	**853.555**	**100,0**	**-37.569**	**-4,2**

Die Mehraufwendungen in der **Zeile „Personalaufwendungen“** setzen sich aus den folgenden Bereichen zusammen:

Der mit rund 5.481 TEUR wesentlichste Mehrbedarf ergibt sich bei der Rückstellungszuführung für Beamtenpensionen. Hauptsächlicher Grund hierfür ist die im Jahr 2019 durchgeführte Besoldungserhöhung um 3,16 %, mindestens jedoch 100 EUR. Bei der Ermittlung der Veranschlagung war eine Besoldungsdynamik von 2,0 % berücksichtigt worden. Da die Zuführungen für die Beihilferückstellungen aus einem prozentualen Anteil an den Pensionsrückstellungen hergeleitet werden, ergibt sich hier ein Mehrbedarf von rund 860 TEUR. Ebenfalls ist bei den sonstigen Rückstellungen (insbesondere für nicht genommenen Urlaub und Überstunden) ein Mehrbedarf von rund 830 TEUR entstanden.

Aufgrund der hohen Fluktuation bei den Beamten waren wesentlich höhere Abfindungsleistungen auf die spätere Versorgung an die neuen Arbeitgeber zu leisten. Dadurch entstanden um rund 543 TEUR höhere Versorgungslasten.

Bei den Beihilfeleistungen ergab sich ein um rund 372 TEUR höherer Aufwand als geplant.

Bei den tariflich Beschäftigten (einschl. Sozialversicherung) war ein Mehraufwand von rund 2.775 TEUR zu verzeichnen. Im Beamtenbereich ergab sich ein Mehraufwand in Höhe von rund 736 TEUR. Ausgleichend ist hierbei jedoch die für die leistungsorientierte Bezahlung vorgesehene Deckungsreserve zu berücksichtigen, für die rund 2.828 TEUR veranschlagt waren. Die Deckungsreserve wird gemäß den Vorgaben des Niedersächsischen Kontenrahmens der Zeile 19 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zugeordnet.

Des Weiteren sind Mehraufwendungen in der **Zeile „Versorgungsaufwendungen“** in Höhe von rund 424 TEUR bei den Versorgungsaufwendungen für Beamte entstanden. Wesentlicher

Grund hierfür war die höher als erwartet eingetretene Steigerung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge. Des Weiteren ergab sich bei den Versorgungsempfängern ein um rund 340 TEUR höherer Beihilfeaufwand.

In der **Zeile „Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen“** setzt sich der wesentlichste Teil der Abweichungen aus Minderaufwendungen in den Teilhaushalten „Finanzen“ (rund 15.235 TEUR), „Stadtplanung und Umweltschutz“ (rund 2.572 TEUR), „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (rund 2.126 TEUR), „Tiefbau und Verkehr“ (rund 1.333 TEUR), „Schule“ (rund 1.182 TEUR), „Zentrale Dienste“ (rund 1.014 TEUR)., „Baureferat“ (rund 823 TEUR), „Soziales und Gesundheit“ (rund 731 TEUR) und „Kinder, Jugend und Familie“ (rund 641 TEUR) zusammen.

Im Teilhaushalt „Finanzen“ wurden die Haushaltsmittel für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 15.235 TEUR nicht ausgeschöpft. Allein für die Instandhaltung für Grundstücke und bauliche Anlagen standen Ende 2019 noch rund 15.500 TEUR zur Verfügung.

In 2019 sind eine Vielzahl von Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Gebäuden begonnen bzw. fortgeführt worden. Die Abweichung ist nicht bei wenigen nennenswerten Baumaßnahmen entstanden, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl von einzelnen Baumaßnahmen.

So konnten beispielsweise Einzelmaßnahmen an Schulen (z. B. Sanierung der IGS Franzsches Feld, Sanierung der Oswald-Berkhan-Schule, Fassadensanierung GS Altmühlstraße) sowie diverse kleinere Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Schulen und Kitas nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Auch die nicht wie geplant verausgabten Haushaltmittel für die Fassadensanierung der Petzvalstraße 50 B haben zu der geringeren Ausschöpfung des Instandhaltungsansatzes geführt.

Dagegen haben sich aber auch Mehraufwendungen zum Beispiel bei den sonstigen Sachaufwendungen in Höhe von rund 1.300 TEUR ergeben. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Ausweichquartiere, Abbrucharbeiten als auch Umgestaltungen / Umbauten von Ausstattungsgegenständen.

Im Teilhaushalt „Stadtplanung und Umweltschutz“ sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 2.572 TEUR entstanden. Im Wesentlichen handelt es sich um nicht verausgabte Haushaltsmittel für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens in Höhe von rund 1.563 TEUR (z. B. Altlastensanierung Voigtländer Areal, Sanierungsgebiet Bahnstadt) sowie auf nicht ausgeschöpfte Mittel für Sachaufwendungen und Sachleistungen im Investitionsmanagement von rund 813 TEUR (z. B. Sanierungsgebiet Donauviertel, Beschaffung von Straßenpanoramabildern).

Weitere Minderaufwendungen sind im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 2.126 TEUR entstanden. Es wurden mehr zentral gebildete Rückstellungen für Brandschutz (rund 1.759 TEUR), für Unterdecken (rund 1.405 TEUR) und für Feuerwehrhäuser (rund 159 TEUR) verbraucht als geplant (gesamt 1.200 TEUR).

Auch im Teilhaushalt „Tiefbau und Verkehr“ haben sich Minderaufwendungen ergeben, die sich insbesondere auf die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (rund 500 TEUR) und auf die sonstigen Sachaufwendungen des Investitionsmanagements (rund 594 TEUR) beziehen. Zum Beispiel konnten die Haushaltsmittel für die Neuschaffung einer Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof sowie für Deckenerneuerungen an Straßen nicht wie geplant ausgeschöpft werden.

Minderaufwendungen sind auch im Teilhaushalt „Schule“ zu verzeichnen gewesen (rund 1.182 TEUR). Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um nicht in Anspruch genommene

Haushaltsmittel für funktionale Umbauten unter anderem auch in Zusammenhang mit Inklusionsmaßnahmen (rund 302 TEUR) und für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für Schulen (rund 489 TEUR).

Im Teilhaushalt „Zentrale Dienste“ sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 1.014 TEUR entstanden. Unter anderem konnten schon beauftragte IT- und TK-Instandhaltungen (Softwarewartung) in Höhe von rund 705 TEUR nicht mehr in 2019 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus wurden im Bereich der zentralen Ausbildung Haushaltsreste in Höhe von rund 77 TEUR für im Jahr 2019 beauftragte Fortbildungsveranstaltungen gebildet, bei denen sich die Veranstaltungsreihen terminlich bis in das Jahr 2020 erstreckt haben. Weitere nicht in Anspruch genommene Veranschlagungen (rund 176 TEUR) wurden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zum Ausgleich der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ verwendet.

In 2019 konnten die für das Projekt „kommunale Wohnraumförderung“ eingeplanten Haushaltsmittel nicht verwandt werden und haben im Wesentlichen zu den geringeren Aufwendungen im Teilhaushalt „Baureferat“ geführt.

Weitere Minderaufwendungen sind im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rund 731 TEUR entstanden. Diese verteilen sich im Wesentlichen auf den Sicherheitsdienst in den Wohnstandorten für geflüchtete Menschen (rund 277 TEUR) und das Gesundheitsamt (rund 273 TEUR). Von den Minderaufwendungen im Bereich des Gesundheitsamtes entfielen rund 112 TEUR auf besondere Verwaltungs-und Betriebsaufwendungen für ordnungsbehördliche Bestattungen. Weitere Minderaufwendungen sind bei den sonstigen Aufwendungen für Sachleistungen (rund 161 TEUR) zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Bereiche: auszubildende und einzusetzende Gesundheitslotsen, Sprachmittler bei der Beratung nach Prostituiertenschutzgesetz, Honorarkräfte beim psychosozialen Krisendienst sowie medizinischen Sachbedarf.

Im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ waren Minderaufwendungen in Höhe von rund 641 TEUR zu verzeichnen. Im Bereich der stationären Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sind die Minderaufwendungen (rund 192 TEUR) auf die Übergabe der Unterkunft Pippelweg an den Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ zurückzuführen. Des Weiteren sind im Bereich der städtischen Kindergartenbetreuung geringere Aufwendungen (rund 140 TEUR) für Sachaufwendungen und Verbrauchsmaterialien unter anderem durch einen Minderbedarf an Materialien zur Kinderbetreuung entstanden. Ein weiterer Minderaufwand (rund 110 TEUR) ist auf berufsbegleitende Hilfen / Schulsozialarbeit und die 2. Chance für Schulverweigerer zurückzuführen. Im Bereich der Schulkindbetreuung Schulen / kooperative Ganztagsgrundschulen, Freie Träger, wurden rund 71 TEUR weniger aufgewendet, da gemäß den Bedarfen der Träger zur Erstausstattung in 2019 verhältnismäßig wenig Gegenstände mit einem Einzelwert von unter 150 EUR angeschafft wurden. Des Weiteren wurden für Aus- und Fortbildungen / Umschulungen im Bereich des Kinderschutzes nach § 8a und für Sozialraumaktivitäten rund 64 TEUR weniger aufgewendet als geplant, da die Maßnahmen nicht im vorgesehenen / geplanten Umfang erfolgt sind.

In der **Zeile „Abschreibungen“** haben sich Minderaufwendungen in Höhe von 2.121 TEUR ergeben. Diese entstanden im Wesentlichen durch geringere Abschreibungen auf Vermögensgegenstände in Höhe von 4.317 TEUR wie z. B. bei Gebäuden, Grünanlagen, Straßen und Brücken sowie beim beweglichen Vermögen. Bei den Gebäuden wurde z. B. mit einer höheren Fertigstellungsrate gerechnet.

Den geringeren Abschreibungen auf Vermögensgegenstände stehen Mehraufwendungen für Abschreibungen aus der Bewertung der Forderungen in Höhe von rund 2.196 TEUR zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 gegenüber. Diese erfolgten aufgrund von Einzelwertberichtigungen sowie von befristeten und unbefristeten Niederschlagungen von Forderungen (siehe auch Punkt 4.3).

In der **Zeile „Transferaufwendungen“** setzt sich die Abweichung im Wesentlichen aus Minderaufwendungen in den Teilhaushalten „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 20.859 TEUR, „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 4.854 TEUR, „Stadtplanung und Umweltschutz“ in Höhe von rund 1.717 TEUR und „Wirtschaftsdezernat“ in Höhe von rund 725 TEUR zusammen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen in den Teilhaushalten „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rund 4.701 TEUR, „Finanzen“ in Höhe von rund 3.589 TEUR und „Schule“ in Höhe von rund 715 TEUR.

Die Minderaufwendungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 20.859 TEUR setzen sich wie folgt zusammen:

Im Wesentlichen werden die Minderaufwendungen durch den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge verursacht. Allein für die Inobhutnahmen sowie stationären und ambulanten Betreuungen betrugen diese rund 11.000 TEUR.

Des Weiteren sind deutliche Minderaufwendungen in Höhe von rund 6.800 TEUR im Bereich der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten zu verzeichnen. Der genannte Betrag verteilt sich auf die Nichtumsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Katalogs zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig, der Richtlinie zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten des Landes Niedersachsen, der Nichtumsetzung von Ausbauplanungen bei freien Trägern der Jugendhilfe sowie der Sprachförderung.

Weitere Minderaufwendungen in Höhe von rund 2.600 TEUR sind durch die starke Abweichung der geplanten zu den tatsächlichen Fallzahlen im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen zustande gekommen.

Im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ sind die Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 4.753 TEUR und bei der Entschuldungsumlage in Höhe von rund 101 TEUR entstanden. Die Gewerbesteuerumlage ist abhängig vom Gewerbesteuer-Istaufkommen im betreffenden Jahr und von der Höhe des jährlich neu festgesetzten Vervielfältigers, der im Jahr 2019 für Braunschweig 35 von 450 Punkten betrug. Da das Gewerbesteuer-Istaufkommen im Jahr 2019 niedriger war als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung angenommen, ergab sich auch eine entsprechend geringere Gewerbesteuerumlage für die Stadt.

Im Teilhaushalt „Stadtplanung und Umweltschutz“ sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 1.717 TEUR zu verzeichnen. Dabei handelt es sich im Schwerpunkt um nicht ausgeschöpfte Haushaltsmittel für die Sanierungsgebiete Ilmweg, Donauviertel und Soziale Stadt „Westliches Ringgebiet“. Allein aus diesen Projekten resultieren Minderaufwendungen in Höhe von rund 1.500 TEUR.

Die Planung von Aufwendungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligungen im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

Des Weiteren sind im Teilhaushalt „Wirtschaftsdezernat“ Minderaufwendungen in Höhe von rund 725 TEUR entstanden. Ursächlich hierfür sind insbesondere die noch nicht benötigten Haushaltsmittel für die Förderung des Breitbandausbaus in Höhe von rund 460 TEUR.

Für den Ansatz für Baustellenfonds in Höhe von 100 TEUR sind noch keine Aufwendungen angefallen. Aus dem Ansatz Smart City / WLAN wurden alle Ausgaben 2019 aus Haushaltsresten beglichen. Der Ansatz 2019 in Höhe von 45 TEUR wurde als Rest ins Jahr 2020 übertragen, um handlungsfähig für sich aus dem SC-Strategiekonzept ergebenden Handlungs-

empfehlungen sowie der anvisierten Open-Data-Plattform zu sein. Der Ansatz für Tourismusförderung wurde aufgrund des seinerzeit noch nicht fertiggestellten Tourismuskonzeptes, an dessen Inhalt sich jedoch künftige Ausgaben orientieren, nur geringfügig frequentiert. In diesem Bereich wurden Haushaltsreste in Höhe von rund 44 TEUR in das Jahr 2020 übertragen. Aus dem Ansatz Existenzgründerfonds wurde 2019 lediglich ein Unternehmen gefördert. In diesem Bereich ergaben sich daher Minderaufwendungen in Höhe von rund 37 TEUR.

Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rund 4.701 TEUR. Im Bereich der Sozialhilfe SGB XII sind sowohl Mehr- als auch Minderaufwendungen zu verzeichnen. Sie resultieren summiert in Höhe von rund 4.074 TEUR aus dem unerwartet starken Anstieg bei den Aufwendungen für Eingliederungshilfe sowie den Wiederanstieg der Aufwendungen für Hilfe zur Pflege, denen Minderaufwendungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von rund von 914 TEUR gegenüberstehen.

Weitere Mehrwendungen in Höhe von rund 1.690 TEUR sind im Bereich Asylbewerberleistungsgesetz entstanden. Im Durchschnitt waren 500 Personen statt geplanter 450 Personen zu finanzieren. Zudem sind in einem Einzelfall sehr hohe Krankenhilfeaufwendungen entstanden.

Bei den Mehraufwendungen im Teilhaushalt „Finanzen“ in Höhe von rund 3.589 TEUR handelt es sich im Wesentlichen um Betriebsmittelzuschüsse für die Städtischen Gesellschaften.

Der Wirtschaftsplan 2019 der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) sah einen Zuschussbedarf in Höhe von rund 30.580 TEUR vor. Dementsprechend wurden im Laufe des Jahres monatliche Abschläge an die SBBG ausgezahlt. Da der Jahresabschluss 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von rund 34.013 TEUR auswies, wurde ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von rund 3.433 TEUR erforderlich.

Daneben war bei der Flughafen GmbH ein Sonderzuschuss in Höhe von 400 TEUR zu leisten. In beiden Fällen wird auf die Beschlussvorlage für den Rat der Stadt (DS 20-13019) verwiesen, in der die erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen begründet werden. Der Rat stimmte der Bereitstellung dieser überplanmäßigen Aufwendungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 in seiner Sitzung am 24. März 2020 zu. Die entsprechenden Zahlungen an die Gesellschaften erfolgten im Jahr 2020.

Demgegenüber waren bei einigen Gesellschaften geringere Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von insgesamt rund 244 TEUR zu verzeichnen.

Des Weiteren sind Mehraufwendungen im Teilhaushalt „Schule“ in Höhe von rund 715 TEUR entstanden. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Aufwendungen für das kostengünstige Schülerticket (706 TEUR). Der Rat hat am 25. Juni 2019 die Einführung eines kostengünstigen Schülertickets beschlossen (DS 19-11238). Entsprechende Mittel zur Finanzierung waren bereits bei der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt worden, allerdings im Ansatz für die Schülerbeförderungskosten (Zeile „Sonst. ordentliche Aufwendungen“). Aufgrund der späteren vertraglichen Ausgestaltung waren die Zahlungen an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH jedoch als Zuschuss zu behandeln und entsprechend zu buchen. Die Deckung erfolgte durch entsprechende Minderaufwendungen bei den Schülerbeförderungskosten.

Die Abweichungen in der **Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“** sind im Wesentlichen auf Minderaufwendungen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ in Höhe von rund 2.607 TEUR und im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 2.898 TEUR zurückzuführen, denen Mehraufwendungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 1.879 TEUR, im Teilhaushalt „Finanzen“ in Höhe von rund 1.337 TEUR und im Teilhaushalt „Stadtgrün und Sport“ in Höhe von rund 775 TEUR gegenüberstehen.

Die Minderaufwendungen im Teilhaushalt „Soziales und Gesundheit“ sind gegenüber der Veranschlagung insbesondere bei den Kosten der Unterkunft und Heizung SGB II aufgrund der geringeren als geplanten Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bzw. deren noch stärker als erwarteten Rückgang entstanden (rund 1.208 TEUR). Die einmaligen Beihilfen (rund 352 TEUR) und die Aufwendungen des Bildungs- und Teilhabepakets (rund 100 TEUR) für die SGB II - Bezieher fielen ebenfalls geringer als geplant aus.

Des Weiteren waren Minderaufwendungen bei dem kommunalen Finanzierungsanteil an den Verwaltungskosten des Jobcenters Braunschweig (rund 439 TEUR) und der Krankenhilfe (rund 435 TEUR) zu verzeichnen.

Im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 2.828 TEUR entstanden. In dem Haushaltsansatz dieser Zeile ist nach den Vorgaben des verbindlichen Kontenplans des LSN die Deckungsreserve für die Personalaufwendungen in Höhe von 2.677 TEUR enthalten. Diese wurde eingerichtet für die nach den tarifvertraglichen Regelungen vorgesehene leistungsorientierte Bezahlung der tariflich Beschäftigten sowie für die leistungsorientierte Bezahlung der Beamten. Die Mittel wurden für den vorgesehenen Zweck verwendet. Die Aufwandsbuchungen erfolgen bei den Personalaufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten. Die Deckungsreserve wird gemäß § 6 der Haushaltssatzung zur Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten aufgelöst.

Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 1.879 TEUR. Die Mehraufwendungen in den Bereichen der Vollzeitpflege, der allgemeinen Heimerziehung sowie der Eingliederungshilfe bilden mit insgesamt rund 1.400 TEUR den Schwerpunkt der Planüberschreitung. Ursächlich hierfür ist eine aus einer Stellenvakanz resultierende fehlerhafte Veranschlagung des Aufwands. Durch die Nachbesetzung der Stelle wurde eine Vielzahl von Altfällen aufgearbeitet. Zudem haben sich die Fallzahlen in den letzten Jahren erhöht, was ebenfalls zu Mehraufwendungen geführt hat.

Des Weiteren sind Mehraufwendungen in Höhe von rund 617 TEUR bei den Erstattungen an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement entstanden. Der Bereich der Erstattungen für die Betriebskosten warm und kalt wird aktuell in Zusammenarbeit mit dem Leistungserbringer neu kalkuliert.

Im Teilhaushalt „Finanzen“ sind Mehraufwendungen in Höhe von rund 1.337 TEUR zu verzeichnen.

Allein für Erstattungen an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für Serviceleistungen sind Mehraufwendungen in Höhe von 1.665 TEUR in 2019 angefallen. Da zum Zeitpunkt der Planung der Haushaltsmittel für Hochbausanierungen noch nicht bekannt ist, ob die HOAI-Leistungen an Dritte vergeben werden oder mit dem eigenen Personal der Sonderrechnung erbracht werden können, sind aus Vereinfachungsgründen die Haushaltsmittel vollständig in der Zeile „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ geplant und es ergeben sich bei Inanspruchnahme des Personals der Sonderrechnung entsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Dem gegenüber stehen Minderaufwendungen in Höhe von rund 87 TEUR für die Erstattungen an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für Miete, Betriebskosten warm und kalt, sowie für Verwalterpauschalen. Trotz der Begleichung der laufenden Aufwendungen für Miete und Betriebskosten sowie der Nachforderungen aus den Betriebskostenabrechnungen 2016/2017 wurden weniger Mittel benötigt als bei der Haushaltsplanung erwartet wurde. Die eingesparten Mittel mussten insgesamt zur Deckung von Mehraufwendungen auf denselben Konten in anderen Teilhaushalten herangezogen werden.

Des Weiteren sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 115 TEUR bei den Prüfungs- und Beratungskosten aufgekommen. Die Minderaufwendungen betreffen insbesondere die Beratungsleistungen zur Haushaltsoptimierung. Hierfür wurden entsprechende Haushaltsreste übertragen.

Im Bereich der Erstattungen an private Unternehmen sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 68 TEUR aufgrund geringer angefallener Betriebskosten des PPP-Projektes (Bonus-Malus-Regelung) entstanden.

Im Teilhaushalt „Stadtgrün und Sport“ sind die Mehraufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zum größten Teil durch die höheren Aufwendungen bei den Erstattungen an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für Mieten und Nebenkosten in Höhe von 494 TEUR begründet. Hier handelt es sich in erster Linie um Betriebskostenabrechnungen für die Jahre 2016 und 2017.

6.3 Außerordentliches Ergebnis

Den außerordentlichen Erträgen in Höhe von rund 18.663 TEUR (Vorjahr rund 8.508 TEUR) stehen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von rund 1.424 TEUR (Vorjahr rund 1.993 TEUR) gegenüber. Daraus ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von rund 17.239 TEUR (Vorjahr rund 6.516 TEUR).

6.3.1 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge 2019 betragen rund 18.663 TEUR (Ansatz: rund 493 TEUR – Abweichung rund 18.170 TEUR). Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (rund 10.609 TEUR), aus Mehrerträgen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rund 6.151 TEUR) und aus Mehrerträgen aus sonstigen außergewöhnlichen Erträgen (rund 571 TEUR).

Bei den Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für die Rückerstattung von Gewerbesteuer (rund 7.700 TEUR). In diesen Fällen ist es anstelle einer Rückerstattung zu einer Nachzahlung gekommen. Des Weiteren wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 eine Rückstellung für die Rückzahlung von Fördermitteln für das Bio-Tec-Gründungszentrum in Höhe von 2.554 TEUR gebildet. Nach Abschluss der Endbelegungsnachweisprüfung durch die NBank ist eine Rückzahlung nicht erforderlich.

Die Abweichung bei den Erträgen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (rund 6.151 TEUR) ist insbesondere auf die Mehrerträge von insgesamt rund 6.095 TEUR aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden zurückzuführen.

Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden wurden für das Jahr 2019 lediglich mit einem Betrag in Höhe von 300 TEUR angenommen. Die darüber hinaus erzielten Erträge stehen unter anderem im Zusammenhang mit der Vermarktung von Wohnbauflächen in Lamme sowie von Gewerbegrundstücken in den Gebieten Veltenhof und Rautheim-Nord. Auch der Verkauf des Schullandheimes in Braunlage als auch des Grundstückes Moorhüttenweg haben zu Mehrerträgen geführt.

Als weitere Erträge, die nicht in diesem Umfang eingeplant waren, sind Versicherungserstattungen im Zusammenhang mit in Vorjahren eingetretenen Brandschäden „Schulsporthalle Lehndorf“ und „Kita Leiferde“ in Höhe von rund 4.272 TEUR zu nennen, die beim Abgang der betroffenen Gebäude entstanden sind.

Für den Verkauf von beweglichem sowie immateriellem Vermögen waren keine Erträge geplant. Mehrerträge in Höhe von rund 56 TEUR sind hier insbesondere im Rahmen des Verkaufs von Fahrzeugen angefallen.

Die Mehrerträge im Bereich der sonstigen außergewöhnlichen Erträge sind im Wesentlichen im Teilhaushalt „Finanzen“ entstanden. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) wurden Ausbuchungen der Risikopositionen aus dem Förderprojekt Avionik-Cluster (Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Braunschweig) vorgenommen. Hieraus haben sich nicht geplante sonstige außergewöhnliche Erträge in Höhe von rund 321 TEUR für die Kernverwaltung ergeben, die nicht zu Zahlungen geführt haben, sondern den Beteiligungsbuchwert erhöht haben. Diesen außergewöhnlichen Erträgen stehen in gleicher Höhe entsprechende bilanzielle Anpassungen des Beteiligungsbuchwertes (außerplanmäßige Abschreibungen) gegenüber, so dass sich die Bereinigung des Jahresabschlusses 2019 der SFB für die Kernverwaltung letztendlich ergebnisneutral darstellt. Des Weiteren haben sich durch in der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement vereinnahmte Versicherungserstattungen für Schadensfälle an städtischen Gebäuden ergeben, die an die Kernverwaltung zu erstatten sind. Hierfür wurden Forderungen in Höhe von rund 180 TEUR im Jahresabschluss 2019 bilanziert.

6.3.2 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen 2019 betragen rund 1.424 TEUR (Ansatz 2019 rund 567 TEUR - Abweichung rund 857 TEUR). Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus einer außerplanmäßigen Abschreibung auf Finanzanlagen (rund 321 TEUR), außergewöhnlichen Aufwendungen (rund 276 TEUR) und den außerordentlichen Aufwendungen „Kinderarmut“ (rund 185 TEUR).

Außerplanmäßige Abschreibungen sind in 2019 in Höhe von rund 132 TEUR für unbebaute Grundstücke und in Höhe von rund 321 TEUR für Finanzanlagen angefallen.

Die außerplanmäßige Abschreibung im Bereich des Grund und Bodens Schillstraße 25 in Höhe von rund 132 TEUR basiert auf einer dauerhaften Wertminderung des städtischen Grundstücks, die durch die Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten des Vereins „Arbeitskreis Andere Geschichte e. V.“ eingetreten ist. Grund für die Wertminderung ist, dass es sich um ein Erbbaurecht mit einer Dauer von 99 Jahre handelt und für die gesamte Laufzeit auf die Erhebung eines Erbbauzinses und damit eine entsprechende Verzinsung des Bodenwertes verzichtet wird.

Zudem musste - wie bereits unter Ziffer 6.3.1 dargestellt – der Beteiligungsbuchwert der SFB außerplanmäßig mit einem Wert von rund 321 TEUR abgeschrieben werden. Diese Korrektur war erforderlich, da der Beteiligungsbuchwert im Verhältnis zum Wert der Finanzanlage zu hoch war.

Im Bereich der sonstigen außergewöhnlichen Aufwendungen sind die Mehraufwendungen im Wesentlichen auf die Behebung von Schadensfällen (z. B. Brandschaden Technologiezentrum, KFZ-Unfallschäden) zurückzuführen.

Den Aufwendungen für Kinderarmut stehen Erträge aus Spenden für Kinderarmut aus dem laufenden Haushaltsjahr bzw. aus Vorjahren (passive Rechnungsabgrenzung der noch nicht verwendeten Mittel) gegenüber.

7. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt. Für die Gliederung gilt der § 3 KomHKVO entsprechend.

In der Finanzrechnung werden unter anderem die Istwerte (Finanzrechnung) den Haushaltsansätzen (Finanzhaushalt) gegenübergestellt.

7.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 7.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 7.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 7.4) und den Saldo der haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 7.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2019 hat sich der Finanzmittelbestand um rund 39.791 TEUR erhöht.

7.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 814.165 TEUR stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von rund 775.991 TEUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 38.174 TEUR.

7.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen rund 814.165 TEUR und liegen rund 27.282 TEUR (entspricht 3,2 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres. Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
Finanzrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	408.154	48,5	393.618	48,4	-14.536	-3,6
Zuwendungen u. allg. Umlagen ohne Investitionen	192.918	22,9	189.533	23,3	-3.385	-1,8
Sonstige Transfereinzahlungen	11.040	1,3	13.370	1,6	2.330	21,1
Öffentl.-rechtl. Entgelte ohne Investitionen	39.976	4,8	34.401	4,2	-5.575	-13,9
Privatrechtl. Entgelte ohne Investitionen	10.187	1,2	10.881	1,3	694	6,8
Kostenerstattungen/-umlagen ohne Investitionen	153.663	18,3	154.219	18,9	556	0,4
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	4.318	0,5	2.552	0,3	-1.766	-40,9
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	21.191	2,5	15.591	1,9	-5.600	-26,4
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**841.447**	**100,0**	**814.165**	**100,0**	**-27.282**	**-3,2**

Die Mindereinzahlungen der **Zeile „Steuern und ähnliche Abgaben“** sind im Wesentlichen durch Mindereinzahlungen in Höhe von rund 22.500 TEUR für Gewerbesteuer begründet. Dem gegenüber stehen Mehreinzahlungen für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rund 4.185 TEUR, für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von rund 1.835 TEUR, für die Vergnügungssteuer Automaten in Höhe von rund 1.381 TEUR sowie für die Grundsteuer B in Höhe von rund 576 TEUR. Der Unterschied zwischen der Abweichung bei der Gewerbesteuer in der Ergebnisrechnung und der in der Finanzrechnung ist im Wesentlichen auf die nicht zahlungswirksamen / ergebniswirksamen Bildungen von Rückstellungen sowie die zahlungswirksamen / nicht ergebniswirksamen Verbräuche von Rückstellungen aus Vorjahren zurückzuführen.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen ohne Investitionen“** in Höhe von rund 3.385 TEUR entsprechen im Wesentlichen den Mindererträgen in der Ergebnisrechnung.

In der **Zeile „Sonstige Transfereinzahlungen“** waren die Mehreinzahlungen in Höhe von rund 2.330 TEUR zum größten Teil im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ zu verzeichnen. Den bereits in der Ergebnisrechnung erläuterten Abweichungen für die Mehrerträge in Höhe von rund 3.778 TEUR stehen in der Finanzrechnung Mehreinzahlungen in Höhe von rund 2.089 TEUR gegenüber. Ausschlaggebend für die aufgeführte Differenz zwischen den Ergebnissen aus der Ergebnis- und der Finanzrechnung sind verspätet geflossene Einzahlungen. Wesentlich ursächlich hierfür sind die Unterhaltsvorschussleistungen, da diese nicht periodengerecht erstattet werden. Des Weiteren sind die verspätet geflossenen Einzahlungen auf Forderungen in den Bereichen der Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ebenfalls ursächlich für die genannte Differenz. Hier handelt es sich unter anderem um die Bereiche der allgemeinen Heimerziehung, der gemeinsamen und sonstigen Wohnformen der Eingliederungshilfe sowie Inobhutnahme / Notaufnahme und Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

Die Mindereinzahlungen in Höhe von rund 5.575 TEUR in der **Zeile „Öffentlich-rechtliche Entgelte ohne Investitionen“** entsprechen den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Die Mehreinzahlungen in Höhe von rund 694 TEUR in der **Zeile „Privatrechtliche Entgelte ohne Investitionen“** entsprechen den Mehrerträgen aus der Ergebnisrechnung.

In der Ergebnisrechnung sind in der **Zeile „Kostenerstattungen und Umlagen“** Mindererträge in Höhe von rund 6.226 TEUR entstanden. Die Finanzrechnung zeigt hingegen Mehreinzahlungen in Höhe von rund 557 TEUR. Im Wesentlichen ist diese Abweichung im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ entstanden. Es handelt sich dabei um Zahlungseingänge im Haushaltsjahr, die sich auf offene Forderungen aus Vorjahren beziehen.

Die Mindereinzahlungen in Höhe von rund 1.766 TEUR in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Einzahlungen“** entsprechen den Mindererträgen aus der Ergebnisrechnung.

Die Mindereinzahlungen in der **Zeile „Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen“** in Höhe von rund 5.600 TEUR sind zum größten Teil durch Mindereinzahlungen im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ entstanden. Die Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnisrechnung sind im Wesentlichen aus der Bestandsveränderung für Einzahlungen vor Fälligkeit (Ist vor Soll) in Höhe von rund 5.381 TEUR verursacht worden. Bei den „Einzahlungen vor Fälligkeit“ war der Bestand am 31.12.2019 rund 5.381 TEUR niedriger als der Bestand am Stichtag 31.12.2018. Der Abbau des Bestandes an vorzeitigen Einzahlungen entstand dadurch, dass diese Einzahlungen im laufenden Jahr mit den gebuchten und inzwischen fälligen Rechnungen verbunden wurden. Somit wurden sie den ursprünglichen Finanzpositionen zugeordnet und der Bestand an „Einzahlung vor Fälligkeit" wurde entsprechend gemindert.

7.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen rund 775.991 TEUR und liegen rund 54.438 TEUR (entspricht 6,6 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres. Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Auszahlungen für aktives Personal	173.150	20,9	179.102	23,1	5.952	3,4
Auszahlungen für Versorgung	22.906	2,8	23.768	3,1	862	3,8
Auszahlungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG	82.112	9,9	56.778	7,3	-25.334	-30,9
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	10.151	1,2	7.131	0,9	-3.020	-29,8
Transferauszahlungen	345.518	41,6	319.205	41,1	-26.313	-7,6
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	196.592	23,7	190.007	24,5	-6.585	-3,3
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätitkeit	**830.429**	**100,0**	**775.991**	**100,0**	**-54.438**	**-6,6**

Die Mehrauszahlungen in der **Zeile „Auszahlungen für aktives Personal“** in Höhe von rund 5.952 TEUR korrespondieren im Wesentlichen mit den bereits in der Ergebnisrechnung erläuterten Mehraufwendungen. Diese setzen sich aus Mehraufwendungen für die laufenden Personalkosten und für die Veränderungen bei den Personalrückstellungen (nicht zahlungswirksam) zusammen. Die restliche Abweichung resultiert aus dem zeitlichen Versatz der Zahlungen der Beamtenbesoldung (Aufwand Januar wird bereits Ende Dezember ausgezahlt).

Die Mehrauszahlungen in der **Zeile „Auszahlungen für Versorgung“** in Höhe von rund 862 TEUR korrespondieren im Wesentlichen mit den bereits in der Ergebnisrechnung erläuterten Mehraufwendungen.

Die Abweichung in der **Zeile „Auszahlungen für Sach-/Dienstleistungen, GVG“** ergeben sich im Wesentlichen durch geringere Auszahlungen für Instandhaltungen von Grundstücken und baulichen Anlagen sowie für Instandhaltungen des Infrastrukturvermögens. Die gegenüber der Ergebnisrechnung geringere Abweichung ist schwerpunktmäßig darauf zurückzuführen, dass Auszahlungen erfolgt sind, deren Aufwand in der Ergebnisrechnung beispielsweise durch den Verbrauch von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen neutralisiert werden konnte.

Die Minderauszahlungen in der **Zeile „Zinsen und ähnliche Auszahlungen“** in Höhe von rund 3.012 TEUR haben sich zum größten Teil bei der Verzinsung von Steuernachzahlungen ergeben. Während wesentlich geringere Auszahlungen als veranschlagt zu verzeichnen waren, ergaben sich auf der Aufwandsseite durch zu bildende Rückstellungen ein über der Veranschlagung liegender Aufwand, so dass zu einem späteren Zeitpunkt mit entsprechenden Zahlungsflüssen zu rechnen ist.

Die Minderauszahlungen in der **Zeile „Transferauszahlungen“** ergeben sich aus den Teilhaushalten „Kinder, Jugend und Familie“ in Höhe von rund 20.859 TEUR und „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 4.854 TEUR. Die Minderauszahlungen korrespondieren im Wesentlichen mit den bereits in der Ergebnisrechnung erläuterten Minderaufwendungen

Die Abweichungen in der **Zeile „Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen“** korrespondieren im Wesentlichen mit den Abweichungen in der Ergebnisrechnung. Darüber hinaus sind weitere Minderauszahlungen im Teilhaushalt „Finanzen“ (rund 1.982 TEUR), im Teilhaushalt „Schule“ (rund 947 TEUR) und im Teilhaushalt „Kinder, Jugend und Familie“ (rund 760 TEUR) entstanden.

Im Teilhaushalt „Finanzen“ ist die Abweichung im Wesentlichen bei den Rückstellungen für die Erstattung von Betriebskosten (rund 1.524 TEUR) an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement entstanden. Die damit verbundenen Buchungen sind nicht zahlungswirksam. Die Minderauszahlungen bei den Prüfungs- und Beratungskosten (rund 298 TEUR) sind auf zwei Gründe zurückzuführen. Zum einen konnten durch den zeitlichen Versatz die zum Jahresabschluss vorliegenden Rechnungen noch der Ergebnisrechnung 2019 zugeordnet werden. Die Zahlungen erfolgten erst Anfang 2020. Zum anderen wurden Rückstellungen für bereits erbrachte Leistungen gebildet, für die aber noch keine Rechnungen vorlagen. Die damit verbundenen Buchungen sind nicht zahlungswirksam.

Im Teilhaushalt „Schule“ sind die Minderauszahlungen zum größten Teil durch den zeitlichen Versatz bei den Auszahlungen für die Schülerbeförderungskosten (rund 720 TEUR) entstanden. Die zum Jahresabschluss vorliegenden Rechnungen konnten noch der Ergebnisrechnung 2019 zugeordnet werden. Die Zahlungen erfolgten erst Anfang 2020. Die restliche Abweichung resultiert aus den Rückstellungen für die Erstattung von Betriebskosten an die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement. Die damit verbundenen Buchungen sind nicht zahlungswirksam.

Die über die Abweichung in der Ergebnisrechnung hinausgehende Abweichung in der Finanzrechnung des Teilhaushaltes „Kinder, Jugend und Familie“ ist dadurch begründet, dass die in der Ergebnisrechnung gebildeten Rückstellungen für die Erstattungen für Allgemeine Heimerziehung und Vollzeitpflege an Gemeinden und Gemeindeverbänden im Haushaltsjahr nicht zahlungswirksam sind.

7.3 Saldo aus Investitionstätigkeit

Den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von rund 20.707 TEUR stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von rund 79.657 TEUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von rund -58.950 TEUR.

7.3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen rund 20.707 TEUR und liegen rund 104 TEUR (entspricht rund 0,5 Prozent) über den Ansätzen des Haushaltsjahres. Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
Finanzrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	10.458	50,8	6.709	32,4	-3.749	-35,8
Beiträge u. ähnl. Entgelte für Investitionen	5.602	27,2	1.891	9,1	-3.711	-66,2
Veräußerung von Sachvermögen	1.741	8,4	7.408	35,8	5.667	325,5
Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	1.200	5,8	2.108	10,2	908	75,6
Sonstige Investitionstätigkeit	1.603	7,8	2.592	12,5	989	61,7
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**20.603**	**100,0**	**20.707**	**100,0**	**104**	**0,5**

Bei den eingeplanten „**Zuwendungen aus Investitionstätigkeit“** in Höhe von 10.458 TEUR haben sich in 2019 Mindereinzahlungen in Höhe von 3.749 TEUR ergeben.

Allein rund 3.800 TEUR dieser Mindereinzahlungen entfallen auf die geplanten aber nicht eingegangenen Einzahlungen im Rahmen des Förderprogrammes KIP II (Teilhaushalt Stadtentwicklung und Statistik). Der Abruf der Fördergelder steht in Zusammenhang mit den baulichen Maßnahmen an der GS Comeniusstraße. Da es bei diesen baulichen Maßnahmen zu Verzögerungen kam und Investitionszuwendungen erst nachträglich erfolgen, konnten die Mittel nicht wie geplant 2019 abgefordert werden. Der Abruf der Fördergelder wird in den Folgejahren nachgeholt.

Auch im Teilhaushalt Tiefbau und Verkehr konnten die geplanten Zuwendungen aus Investitionstätigkeit in einem Rahmen von rund 2.200 TEUR nicht eingebracht werden. Hierbei handelt es sich unter anderem um die Zuwendungen für den Neubau der Stadtstraße „Hamburger Straße / Bienroder Weg“.

Demgegenüber haben sich Mehreinzahlungen beispielsweise im Teilhaushalt Finanzen unter anderem für den Ankauf von Grundstücken im Rahmen von städtebaulichen Verträgen ergeben. Die Mindereinzahlungen konnten jedoch nicht kompensiert werden.

Die eingeplanten „**Beiträge und ähnliche Entgelte“** in Höhe von rund 5.602 TEUR sind im Ist um insgesamt 3.711 TEUR nicht erreicht worden. Dies begründet sich insbesondere aus den fehlenden Beitragseinzahlungen im Teilhaushalt Tiefbau und Verkehr für den Neubau der Stadtstraße Hamburger Straße / Bienroder Weg (rund 1.615 TEUR) und die Erschließung des Baugebietes Taubenstraße (rund 889 TEUR).

In einigen Projekten wie z. B. für die Umgestaltung Helmstedter Straße, aber auch aus Beiträgen, haben sich für 2019 Mehreinzahlungen ergeben, die jedoch die genannten Mindereinzahlungen nicht decken konnten.

Im Verhältnis zur Planung sind Mehreinzahlungen bei der **„Veräußerung von Sachvermögen“** in Höhe von rund 5.667 TEUR (z. B. Grundstücksverkäufe Helmstedter Straße und Trakehnenstraße / Breites Bleek) und bei der **„Veräußerung von Finanzvermögensanlagen“** in Höhe von rund 908 TEUR (z. B. Pensionsfonds und Versorgungsrücklage) zu verzeichnen gewesen.

Weiterhin haben sich zusätzliche Einzahlungen aus **„sonstiger Investitionstätigkeit“** in Höhe von rund 989 TEUR ergeben. Dabei handelt es sich um Mehreinzahlungen in Höhe von 1.783 TEUR für die vorzeitige außerordentliche und vollständige Tilgung mehrerer Wohnungsbaudarlehen. Demgegenüber stehen jedoch auch Mindereinzahlungen bei der Rückzahlung von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel. Die im Vorjahr eingeplanten Kredite zur Weitergabe an die städtischen Gesellschaften in Höhe von rund 43.700 TEUR sind nicht im vollem Umfang ausgeschöpft worden und haben somit auch geringere Rückzahlungen erforderlich gemacht.

7.3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen rund 79.657 TEUR und liegen rund 13.802 TEUR (entspricht rund 14,8 Prozent) unter dem Ansatz des Haushaltsjahres.

Im Einzelnen gliedern sich Investitionsauszahlungen in folgende Positionen:

	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
Finanzrechnung	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.664	3,9	1.449	1,8	-2.216	-60,5
Baumaßnahmen	68.180	73,0	43.422	54,5	-24.758	-36,3
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.851	9,5	7.929	10,0	-922	-10,4
Erwerb von Finanzvermögensanlagen	6.928	7,4	9.687	12,2	2.759	39,8
Aktivierbare Zuwendungen	5.512	5,9	5.317	6,7	-195	-3,5
Sonstige Investitionstätigkeit	324	0,3	11.854	14,9	11.530	3558,6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**93.459**	**100,0**	**79.657**	**100,0**	**-13.803**	**-14,8**

Minderauszahlungen haben sich auch beim **„Erwerb von Grundstücken und Gebäuden“** (rund 2.216 TEUR) und bei **„Erwerb von beweglichem Sachvermögen“** (rund 922 TEUR) ergeben.

Im Rahmen des Erwerbs von Grundstücken und Gebäuden sind zwar diverse Verträge auf den Weg gebracht worden, aber es fehlte an der Verpflichtung zur Zahlung. Weiterhin konnten auch aufgrund abnehmender Verkaufsbereitschaft der Eigentümer nicht wie ursprünglich geplant Ankäufe getätigt werden.

Auch die Verzögerung des Neubaus der Stadtstraße Hamburger Straße / Bienroder Weg sowie des Wohnbaugebietes „Wilhelm-Bracke-Gesamtschule“ haben dazu geführt, dass die dafür eingeplanten Haushaltsmittel für die Erschließung nicht abgeflossen sind.

Die Minderauszahlungen bei der Beschaffung von beweglichem Sachvermögen sind insbesondere auf nicht ausgeschöpfte Haushaltsmittel im Teilhaushalt Feuerwehr (rund 1.722 TEUR) zurückzuführen, da die dort geplanten Haushaltsmittel für Fahrzeuge nicht in vollem Umfang umgesetzt werden konnten (z. B. Beschaffung Drehleiterfahrzeug für die Berufsfeuerwehr). Aber auch im Teilhaushalt Schule sind nicht alle Beschaffungsmittel, z. B. im Rahmen des Medienentwicklungsplanes, ausgeschöpft worden.

Den Minderauszahlungen stehen aber auch Mehrauszahlungen für die Beschaffung von beweglichem Sachvermögen im Teilhaushalt Zentrale Dienste in Höhe von rund 1.305 TEUR gegenüber. Im IT-Bereich sind diverse Beschaffungen erforderlich geworden, die einerseits die Haushaltsmittel für 2019 als auch die Haushaltsreste aus dem Vorjahr erforderlich gemacht haben.

Im Bereich der **„Baumaßnahmen“** sind von den rund 68.200 TEUR geplanten Haushaltsmitteln lediglich rund 43.400 TEUR in Anspruch genommen worden. Minderauszahlungen haben sich insbesondere bei den Hochbaumaßnahmen (-13.409 TEUR) aber auch bei den Tiefbaumaßnahmen (-7.591 TEUR) und bei den Grünbaumaßnahmen (-4.996 TEUR) ergeben. Bei den Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen (z. B. für technische Anlagen) sind dagegen zusätzliche Haushaltsmittel benötigt worden (+1.276 TEUR).

Es handelt sich um eine Vielzahl von einzelnen Baumaßnahmen, bei denen die Haushaltsmittel aus verschiedensten Gründen nicht abgerufen werden konnten. Zum Beispiel haben sich Minderauszahlungen bei den Baumaßnahmen zur Verbesserung des Ganztagsbetriebes an der GS Comeniusstraße, beim Ausbau und der Schließung des Ringgleises als auch beim Neubau der Stadtstraße „Hamburger Straße / Bienroder Weg“ sowie der Umsetzung des Sportzentrums Melverode / Stöckheim ergeben. Hinsichtlich weiterer Details wird auf die Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht verwiesen.

In der **Zeile „Erwerb von Finanzanlagen**“ sind im Verhältnis zum Plan höhere Auszahlungen in Höhe von 2.759 TEUR zu verzeichnen gewesen. Dies liegt darin begründet, dass die für die Nibelungen Wohnbaugesellschaft mbH für 2018 geplante Kapitalerhöhung in Höhe von 2.500 TEUR erst in 2019 stattgefunden hat. Zur Finanzierung dieser Mehrauszahlungen sind Haushaltsreste in Anspruch genommen worden.

Im Verhältnis zur Planung liegen auch bei der **sonstigen Investitionstätigkeit** im Ist höhere Auszahlungen vor (rund 11.530 TEUR). Die für 2018 geplanten Ausleihungen an bestimmte städtische Gesellschaften im Rahmen der Experimentierklausel haben mit einem Volumen von rund 11.500 TEUR erst in 2019 stattgefunden. Zur Finanzierung dieser Mehrauszahlungen sind Haushaltsreste herangezogen worden.

7.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 61.930 TEUR stehen Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von rund 4.607 TEUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von rund 57.323 TEUR (geplant 44.675 TEUR).

Im Einzelnen verteilen sich die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit wie folgt auf die Kernverwaltung und die Konzernfinanzierung im Rahmen der Experimentierklausel:

Finanzrechnung	Ansatz 2019	Haushalts-rest Vorjahr	Ermäch-tigung 2019	Ist 2019	Abweichung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kernverwaltung	50.592	15.406	65.998	50.400	-15.598	-23,6
Konzernfinanzierung	0	11.530	11.530	11.530	0	0,0
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**50.592**	**26.936**	**77.528**	**61.930**	**-15.598**	**-20,1**
Kernverwaltung	4.591		4.591	4.073	-518	-11,3
Konzernfinanzierung	1.326		1.326	534	-792	-59,7
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**5.917**		**5.917**	**4.607**	**-1.310**	**-22,1**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	**44.675**			**57.323**	**-14.288**	

Die geringeren Einzahlungen resultieren aus dem Umstand, dass die im Haushaltsplan 2019 veranschlagte Kreditermächtigung (für die Kernverwaltung) nicht vollständig in Anspruch genommen wurde. Für die nicht ausgeschöpfte Ermächtigung in Höhe von rund 15.598 TEUR wurde ein Haushaltsrest gebildet und in das Jahr 2020 übertragen.

7.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 beläuft sich auf 3.244 TEUR.

Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rund 11,6 TEUR (Vorjahr 6,3 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

VII. Anlagen zum Anhang

1. Anlagenübersicht

2. Schuldenübersicht

3. Rückstellungsübersicht

4. Forderungsübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

1. Anlagenübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Anlagenübersicht

gemäß § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez. 2018 - Euro-	Zugänge im Haushaltsjahr + - Euro-	Abgänge im Haushaltsjahr - - Euro-	Umbuchungen im Haushaltsjahr +/- - Euro-	Stand am 31. Dez. 2019 - Euro-	Stand am 31. Dez. 2018 - Euro-	Abschreibungen im Haushaltsjahr + - Euro -	Auflösungen [1] - Euro -	Zuschreibungen im Haushaltsjahr - - Euro -	Stand am 31. Dez. 2019 - Euro-	Stand am 31. Dez. 2019 - Euro-	Stand am 31. Dez. 2018 - Euro-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	84.788.011,65	6.601.892,77	0,00	1.811.018,85	93.200.923,27	28.834.777,56	4.488.086,14	0,00	0,00	33.322.863,70	59.878.059,57	55.953.234,09
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.954.661.430,17	51.449.616,10	6.282.393,77	-1.811.018,85	1.998.017.633,65	519.197.315,74	30.553.808,67	5.339.740,42	0,00	544.411.383,99	1.453.606.249,66	1.435.464.114,43
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	235.070.994,97	21.473.133,80	3.913.635,51	0,00	252.630.493,26	1.500.000,00	320.784,20	0,00	0,00	1.820.784,20	250.809.709,06	233.570.994,97
Insgesamt	2.274.520.436,79	79.524.642,67	10.196.029,28	0,00	2.343.849.050,18	549.532.093,30	35.362.679,01	5.339.740,42	0,00	579.555.031,89	1.764.294.018,29	1.724.988.343,49

[1] Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

2. Schuldenübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Schuldenübersicht

gemäß § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2019 - Euro -	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro -	über 1 bis 5 Jahre - Euro -	mehr als 5 Jahre - Euro -	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2018 - Euro -	Mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	141.010.473,97	5.751.584,41	23.714.038,33	111.544.851,23	83.687.828,11	57.322.645,86
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	141.010.473,97	5.751.584,41	23.714.038,33	111.544.851,23	83.687.828,11	57.322.645,86
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	76.838.572,76	3.454.355,09	14.925.175,10	58.459.042,57	80.267.622,04	-3.429.049,28
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.165.405,51	9.165.405,51	0,00	0,00	9.456.364,61	-290.959,10
4. Transferverbindlichkeiten	3.251,70	3.251,70	0,00	0,00	1.569,85	1.681,85
5. Sonstige Verbindlichkeiten	132.095.967,73	132.095.967,73	0,00	0,00	131.805.381,55	290.586,18
Schulden insgesamt	359.113.671,67	150.470.564,44	38.639.213,43	170.003.893,80	305.218.766,16	53.894.905,51

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

3. Rückstellungsübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Rückstellungsübersicht

gemäß § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellung	Bestand am 31. Dezember 2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruch-nahme und Herabsetzung [1] - Euro -	Auflösung [2] - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Bestand am 31. Dezember 2018 - Euro -	Mehr (+)/ weniger (-) (Sp 2-6) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	528.734.400,09	27.389.534,09	0,00	0,00	0,00	501.344.866,00	27.389.534,09
davon							
1.1 Pensionsrückstellungen	468.385.052,00	23.722.161,00	0,00	0,00	0,00	444.662.891,00	23.722.161,00
1.2 Beihilferückstellungen	60.349.348,09	3.667.373,09	0,00	0,00	0,00	56.681.975,00	3.667.373,09
2. Rückstellungen für Altersteilszeit und ähnlichen Maßnahmen	8.608.637,70	7.665.305,70	6.665.602,67	0,00	0,00	7.608.934,67	999.703,03
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.312.705,84	1.876.577,49	1.859.704,62	39.486,03	0,00	2.335.319,00	-22.613,16
4. Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	1.633.741,18	0,00	104.216,24	0,00	0,00	1.737.957,42	-104.216,24
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	39.744.814,95	16.648.666,04	11.968.332,64	7.700.000,00	0,00	42.764.481,55	-3.019.666,60
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	226.810,58	83.400,00	28.617,47	9.900,00	0,00	181.928,05	44.882,53
8. andere Rückstellungen	38.046.420,33	19.570.447,28	23.867.090,37	2.721.002,21	-4.521,54	45.068.587,17	-7.022.166,84
Summe aller Rückstellungen	**619.307.530,67**	**73.233.930,60**	**44.493.564,01**	**10.470.388,24**	**-4.521,54**	**601.042.073,86**	**18.265.456,81**

[1] Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.

[2] Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

4. Forderungsübersicht

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Forderungsübersicht

gemäß § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	13.198.375,63	13.198.263,13	52,50	60,00	13.401.806,37	-203.430,74
2. Forderungen aus Transferleistungen	12.779.589,08	12.779.229,08	360,00	0,00	19.243.939,92	-6.464.350,84
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	65.082.688,12	63.479.228,53	243.459,59	1.360.000,00	17.878.659,82	47.204.028,30
Summe aller Forderungen	91.060.652,83	89.456.720,74	243.872,09	1.360.060,00	50.524.406,11	40.536.246,72

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

VIII. Rechenschaftsbericht

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorbemerkung	621
2. Finanzwirtschaftliche Lage der Stadt	621
2.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	621
2.2. Transfer auf die Situation der Stadt Braunschweig	622
2.2.1. Angaben zur Bilanz	623
2.2.2. Angaben zur Ergebnisrechnung	630
2.2.3. Angaben zur Finanzrechnung	632
2.3. Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO)	634
3. Verlauf der Haushaltswirtschaft	636
3.1. Gesamt-Ergebnisrechnung	636
3.1.1. Gesamtergebnis	636
3.1.2. Ordentliches Ergebnis	636
3.1.3. Außerordentliches Ergebnis	636
3.1.4. Situation in den Teilhaushalten	637
3.2. Teil-Ergebnisrechnung	644
3.3. Gesamt-Finanzrechnung	676
3.4. Teil-Finanzrechnung	686
3.5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG	728
3.5.1. Mehraufwendungen (ohne Investitionsmanagement)	728
3.5.2. Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen des Investitionsmanagements	729
3.5.2.1. Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG	730
3.5.2.2. Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG	738
3.5.2.3. Zusammenfassung der Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen	738
3.6. Steuererträge	739
3.7. Aufwendungen für aktives Personal	741
3.8. Haushaltsreste	742
3.8.1. Ergebnishaushalt (ohne Investitionsmanagement)	742
3.8.2. Ergebnishaushalt Investitionsmanagement	743
3.8.3. Finanzhaushalt Investitionsmanagement	743
3.8.4. Finanzhaushalt (ohne Investitionsmanagement)	771
3.9. Verpflichtungsermächtigungen	772
4. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung (bis einschließlich September 2020)	776
5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung	776

1. Vorbemerkung

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gemäß § 57 Abs. 1 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Kommune dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (Ziffer 1) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind (Ziffer 2). Des Weiteren sind gemäß § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde das Finanzwesen Verfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. Das Wachstum hat 2019 aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP deutlich stärker gestiegen, 2017 um 2,5 % und 2018 um 1,5 %. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 % ist die deutsche Wirtschaft 2019 schwächer gewachsen.

Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,6 % höher als im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 %. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen damit stärker als in den beiden Jahren zuvor (Private Konsumausgaben 2017 und 2018 jeweils +1,3 % zum Vorjahr; Konsumausgaben des Staates 2017 +2,4 % und 2018 +1,4 % zum Vorjahr).

Auch die Bruttoanlageinvestitionen sind kräftig gestiegen: In Bauten wurde preisbereinigt 3,8 % mehr investiert als ein Jahr zuvor. Besonders stark war der Anstieg im Tiefbau und im Wohnungsbau. Die sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Investitionen in Forschung und Entwicklung gehören, lagen mit +2,7 % ebenfalls weit über dem Vorjahresniveau. Die Ausrüstungsinvestitionen – darunter fallen hauptsächlich Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – entwickelten sich dagegen weniger dynamisch und stiegen nur um 0,4 %. Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen insgesamt, zu denen neben den Bruttoanlageinvestitionen noch die Vorratsveränderungen (einschließlich des Nettozugangs an Wertsachen) zählen, gingen 2019 im Vorjahresvergleich um 1,7 % zurück. Der merkliche Vorratsabbau ist unter anderem die Folge einer schwachen Industrieproduktion und gestiegenen Exporten.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2019 erstmals von mehr als 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren 45,3 Millionen und damit rund 400 000 Personen mehr als 2018 erwerbstätig. Dieser Anstieg von 0,9 % beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren überwogen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte sowie Abwanderungen aus Deutschland.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2019 nach vorläufigen Berechnungen zum achten Mal in Folge mit einem Überschuss, der mit 49,8 Milliarden EUR nicht ganz an das Rekordergebnis von 62,4 Milliarden EUR im Jahr 2018 heranreicht. Der Bund hatte mit 19,2 Milliarden EUR den größten Anteil am Überschuss, gefolgt von den Ländern mit 13,3 Milliarden EUR, Sozialversicherungen mit 10,7 Milliarden EUR und Gemeinden mit 6,6 Milliarden EUR. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2019 eine Überschussquote von 1,5 %.

2.2 Transfer auf die Situation der Stadt Braunschweig

Von der beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2019 konnte Braunschweig als Teil des kommunalen Sektors mit seinen maßgeblichen Einnahmequellen in einem ähnlichen Maße profitieren. Die erwarteten positiven Entwicklungen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer trafen aufgrund der oben dargestellten hohen Zahl der Erwerbstätigen und der gestiegenen Konsumausgaben ein, bzw. wurden sogar übertroffen. Bei der bereinigten Gewerbesteuer war zwar ein Minderertrag von rund 16,0 Mio. EUR (netto unter Berücksichtigung der Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage: rund 11,2 Mio. EUR) gegenüber der Einplanung zu verzeichnen, jedoch konnte eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis erreicht werden. Insgesamt konnte somit ein besseres Ergebnis als eingeplant erreicht werden. Statt des eingeplanten Fehlbetrages in Höhe von 37,9 Mio. EUR war lediglich ein Fehlbetrag von 1,0 Mio. EUR zu verzeichnen.

In den folgenden Ausführungen wird die oben genannte gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf die konkrete Situation der Stadt Braunschweig einschließlich bewertender Angaben gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO übertragen, teils unter ergänzender Analyse über Kennzahlen. Kennzahlen sind Messwerte, die zur sinnvollen und aussagefähigen Verdichtung und Gegenüberstellung vorhandener Informationen benutzt werden. Kennzahlen benötigen Vergleichswerte oder einen Kontext, um aussagefähig zu sein. Als Kennzahlen werden in der Regel Verhältniszahlen verwendet, da diese leichter überschau- und vergleichbar sind als absolute Zahlen.

Für die Form der Darstellung wurde der Zeitvergleich gewählt, d.h. gleiche Kennzahlen werden zu verschiedenen Zeitpunkten gegenübergestellt.

Des Weiteren können die Kennzahlen für Vergleiche der Kommunen in Niedersachsen untereinander herangezogen werden. Um bundesweit Kennzahlen zu vergleichen (vgl. z.B. die Ausführungen unter 2.1), sind jedoch die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer entsprechend zu berücksichtigen.

Zunächst schließt sich eine Übersicht über die gebildeten Kennzahlen an, gefolgt von weiteren Erläuterungen.

	Kennzahlen Bilanz	**31.12.2017**	**31.12.2018**	**31.12.2019**
A.	**Kapitalstruktur**			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	56 %	54 %	51 %
A.2	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote) ohne Cashpool	58 %	56 %	52 %
A.3.1	Verschuldungsgrad aus Geldschulden	3 %	4 %	7 %
A.3.2	Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	4 %	4 %	4 %
A.4.1	Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden	226 €	337 €	568 €
A.4.2	Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	336 €	324 €	309 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
B.	**Jahresüberschuss / - fehlbetrag**	**35 Mio. €**	**-4 Mio. €**	**-1 Mio. €**
C.	**Ordentliche Erträge**	814 Mio. €	788 Mio. €	835 Mio. €
C.1	Steuerquote	48 %	48 %	47 %
C.2	Zuwendungsquote	21 %	20 %	23 %
D.	**Ordentliche Aufwendungen**	787 Mio. €	798 Mio. €	854 Mio. €
D.1	Personalaufwandsquote	26 %	26 %	27 %
D.2	Zinslastquote	1 %	1 %	1 %

	Kennzahlen Finanzrechnung	2017	2018	2019
E.	**Ein- und Auszahlungen**	**Saldo**	**Saldo**	**Saldo**
E.1	aus laufender Verwaltungstätigkeit	82 Mio.€	36 Mio.€	38 Mio.€
E.2	für Investitionstätigkeit	- 57 Mio.€	- 87 Mio.€	- 59 Mio.€
E.3	aus Finanzierungstätigkeit	- 6 Mio.€	28 Mio.€	57 Mio.€
E.4	Ergebnis Finanzrechnung	20 Mio.€	-24 Mio.€	37 Mio.€
E.5	Haushaltsunwirksame Ein-/Auszahlungen	2 Mio.€	-5 Mio.€	3 Mio.€

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen der einzelnen Beträge ergibt sich gegenüber dem Ergebnis eine Abweichung von 1 Mio. EUR.

Im Folgenden finden sich ergänzend die ausführlichen Darstellungen zu den einzelnen Einflusskomponenten der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt.

2.2.1 Angaben zur Bilanz

Bei einer Bilanzsumme von rund 2.026 Mio. EUR im Jahresabschluss 2019 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rund 1.043 Mio. EUR. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von rund 51 %. Im Vergleich zur entsprechenden Quote in der Eröffnungsbilanz (rund 51 %) zeigt sich eine gleichbleibende Entwicklung. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2018 (rund 54 %) ist die Quote leicht gesunken. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Die Nettoposition ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht gesunken. Die Faktoren sind unter der Kennzahl A1 und A2 erläutert.

Kennzahl A.1 - Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P1	Nettoposition	1.063 Mio. €	1.050 Mio.€	1.043 Mio.€
Passiva	Summe Passivseite	1.894 Mio. €	1.963 Mio.€	2.026 Mio.€
	Nettopositionsquote	56 %	54 %	51 %

Hinweis: Je höher die Nettopositionsquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein starker Zinsanstieg würde sich daher z.B. weniger auf die Ertrags-/Aufwandsstruktur auswirken.

Bewertung: Die Stadt Braunschweig erhält sich aufgrund ihrer hohen Nettopositionsquote weiter ihre Unabhängigkeit vom Kreditmarkt. Gegenüber dem Jahresabschluss 2017 ist bei einer leicht gestiegenen Bilanzsumme bei der Nettoposition eine

Senkung von rund 3 % zu verzeichnen. Folgende Gründe haben zu dieser Veränderung geführt:

Die Veränderung der Nettoposition ist im Wesentlichen durch die Verringerung des Bestandes der Sonderposten um rund 9,7 Mio. EUR begründet. Als größte Positionen stehen rund 9,0 Mio. EUR geringere Sonderposten für Investitionszuweisungen und –zuschüsse sowie rund 0,7 Mio. EUR geringere Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte. Die sonstigen Sonderposten sind nur geringfügig gesunken. Neu hinzugekommen ist die Rücklage für Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände in Höhe von rund 3,1 Mio. EUR. Die restliche Veränderung ergibt sich aus dem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR.

Kennzahl A.2 - Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote) ohne Cashpool

Für einen Vergleich mit anderen Städten ist die Nettopositionsquote ohne Cashpool besser geeignet. Im Cashpool werden die liquiden Mittel der Stadt, der verbunden Unternehmen, der Beteiligungen und der Sonderrechnungen zusammengefasst, um Synergiepotenziale bei Geldanlagen und kurzfristigen Kreditbedarfen erzielen zu können. Die nichtstädtischen Cashpool-Anteile führen zu einer Erhöhung der Bilanzsumme bei der Stadt. Das Jahresergebnis und damit auch die Nettoposition verändern sich dadurch nicht.

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme (ohne Cashpool)}}$.

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt, nicht jedoch die Anteile der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen am Cashpool der Stadt Braunschweig.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition		**31.12.2017**	**31.12.2018**	**31.12.2019**
P1	Nettoposition	1.063 Mio. €	1.050 Mio. €	1.043 Mio. €
Passiva	Summe Passivseite (ohne Cashpool)	1.824 Mio. €	1.869 Mio.€	1.990 Mio.€
	Nettopositionsquote (ohne Cashpool)	58 %	56 %	52 %

Hinweis: Je höher die Nettopositionsquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein starker Zinsanstieg würde sich daher z.B. weniger auf die Ertrags-/Aufwandsstruktur auswirken.

Bewertung: Die Position der Stadt Braunschweig ohne Belastungen innerhalb ihrer Konzernstruktur ist besser. Gegenüber dem Jahresabschluss 2018 ist die Nettopositionsquote um 4 % gesunken. Die Veränderungen der Nettoposition und der Bilanzsumme der Passivseite (ohne Cashpool) sind unter der Kennzahl A.1 beschrieben.

Verschuldungs- und Zahlungsmittelsituation

Kernverwaltung

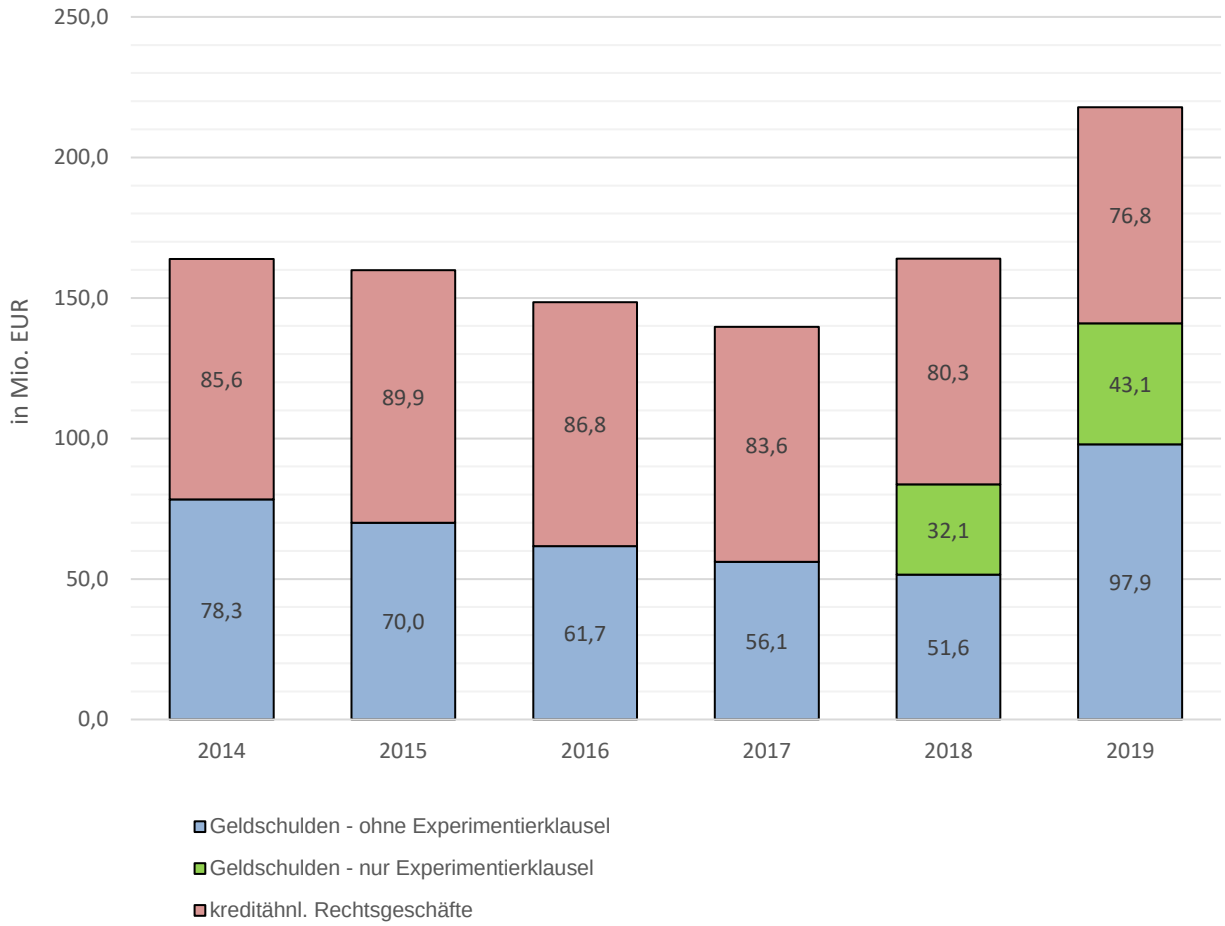
Die Verbindlichkeiten des städtischen Haushalts aus in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belaufen sich zum 1. Januar 2019 auf rund 51,6 Mio. EUR. Im Haushaltsjahr 2019 wurden neue Kredite in Höhe von 50,4 Mio. EUR aufgenommen. Parallel sind ordentliche Tilgungen in Höhe von rund 4,1 Mio. EUR erfolgt, sodass der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zum 31. Dezember 2019 rund 97,9 Mio. EUR beträgt. Außerordentliche Tilgungen sind in 2019 nicht erfolgt.

Experimentierklausel

Die Verbindlichkeiten aus in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten im Rahmen der Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG belaufen sich zum 1. Januar 2019 auf rund 32,1 Mio. EUR. Im Haushaltsjahr 2019 wurden neue Kredite in Höhe von rund 11,5 Mio. EUR aufgenommen. Parallel sind ordentliche Tilgungen in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR erfolgt, sodass der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften zum 31. Dezember 2019 rund 43,1 Mio. EUR betrug. Außerordentliche Tilgungen sind in 2019 nicht erfolgt.

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften beliefen sich zum 31. Dezember 2019 auf rund 76,8 Mio. EUR. Davon entfallen rund 74,4 Mio. EUR (Vorjahr: 77,5 Mio. EUR) auf die abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projektes Schulen und Kitas, rund 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: rund 1,0 Mio. EUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und an der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz sowie rund 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR), auf die Erstausstattung der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule (WBG). Für den Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums wurden im Haushaltsjahr 2019 die letzten Raten gezahlt, sodass die Verbindlichkeiten hierfür 0 EUR betragen (Vorjahr: rund 95 TEUR).

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Geldschulden und Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften seit 2014 (jeweils zum 31.12. des Jahres):



Kernverwaltung

Nach dem Haushaltsplan 2020 sind neue Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 67,0 Mio. EUR geplant. Darüber hinaus sind weitere Kreditaufnahmen aus der bisher nicht vollständig in Anspruch genommenen Kreditermächtigung des Jahres 2019 in Höhe von rund 15,6 Mio. EUR möglich. Ferner ist beabsichtigt, in der Vergangenheit aufgenommene Investitionskredite in Höhe von rund 5,9 Mio. EUR zu tilgen. Der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen würde sich dadurch zum 31. Dezember 2020 auf rund 174,6 Mio. EUR belaufen.

Experimentierklausel

Nach dem Haushaltsplan 2020 sind neue Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften in Höhe von rund 70,9 Mio. EUR geplant. Ferner ist beabsichtigt, in der Vergangenheit aufgenommene Investitionskredite in Höhe von rund 0,6 Mio. EUR zu tilgen. Der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften würde sich dadurch zum 31. Dezember 2020 auf rund 113,4 Mio. EUR belaufen.

Kennzahl A.3.1 – Verschuldungsgrad aus Geldschulden

Berechnung: $\frac{\text{Geldschulden} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (z.Zt. nicht vorhanden) sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P2.1.1	Anleihen	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	56 Mio.€	52 Mio.€	98 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Konzernfinanzierung (Experimentierklausel)	0 Mio.€	32 Mio.€	43 Mio.€
P2.1.3	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.4	Sonstige Geldschulden	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
	Bilanzsumme	1.894 Mio.€	1.963 Mio.€	2.026 Mio.€
	Verschuldungsgrad aus Geldschulden	3 %	4 %	7 %

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet
→ hohes Zinsänderungsrisiko
→ Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

Bewertung: Die Risikosituation und die Abhängigkeit von den Gläubigern haben sich für die Kernverwaltung aufgrund der Neuaufnahme von Investitionskrediten in Höhe von rund 50,4 Mio. EUR erhöht. Von den bisherigen Investitionskrediten wurden im Haushaltsjahr 2019 rund 4,1 Mio. EUR ordentlich getilgt.

Unter Berücksichtigung der weiteren Aufnahme von Krediten im Rahmen der Konzernfinanzierung (Experimentierklausel) ist die Risikosituation und die Abhängigkeit von den Gläubigern weiter angestiegen. Diesen Verbindlichkeiten aus Krediten für die Konzernfinanzierung stehen auf der Aktiv-Seite der Bilanz die Ausleihungen an die städtischen Gesellschaften gegenüber.

Kennzahl A.3.2 – Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Berechnung: Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtgeschäften* 100
Bilanzsumme

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	84 Mio.€	80 Mio.€	77 Mio.€
	Bilanzsumme	1.894 Mio.€	1.963 Mio.€	2.026 Mio.€
	Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	4 %	4 %	4 %

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet
→ hohes Zinsänderungsrisiko
→ Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

Bewertung: Das letzte PPP-Projekt wurde in 2015 fertig gestellt. Aus der mittelfristigen Haushaltsplanung für die Jahre 2020 bis 2023 ergibt sich ein jährlicher Abbau der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Höhe von durch-

schnittlich rund 3,6 Mio. EUR pro Jahr. Bei einer gleichbleibenden Bilanzsumme bzw. einer analog zu den Verbindlichkeiten sinkenden Bilanzsumme bedeutet das eine Verringerung des Verschuldungsgrades aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Kennzahl A.4.1 - Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden

Berechnung: $\frac{\text{Geldschulden}}{\text{Einwohner}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (zurzeit nicht vorhanden) sowie die Anleihen und die sonstigen Geldschulden.

Ziel: Wert möglichst niedrig

P2.1.1	Anleihen	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	56 Mio.€	52 Mio.€	98 Mio.€
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Konzernfinanzierung (Experimentierklausel)	0 Mio.€	32 Mio.€	43 Mio.€
P2.1.3	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
P2.1.4	Sonstige Geldschulden	0 Mio.€	0 Mio.€	0 Mio.€
	Einwohner	248.667 Personen (Stand: 31.12.2016 nach Zensus)	248.023 Personen (Stand: 31.12.2017 nach Zensus)	248.292 Personen (Stand: 31.12.2018 nach Zensus)
	Verschuldung je Einwohner aus Geldschulden	226 €	337 €	568 €

Bewertung: Korrespondierend mit der Kennzahl A.3.1 – Verschuldungsgrad aus Geldschulden ist der (rechnerische) Anteil des einzelnen Einwohners ebenfalls gestiegen.

Kennzahl A.4.2 - Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften}}{\text{Einwohner}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

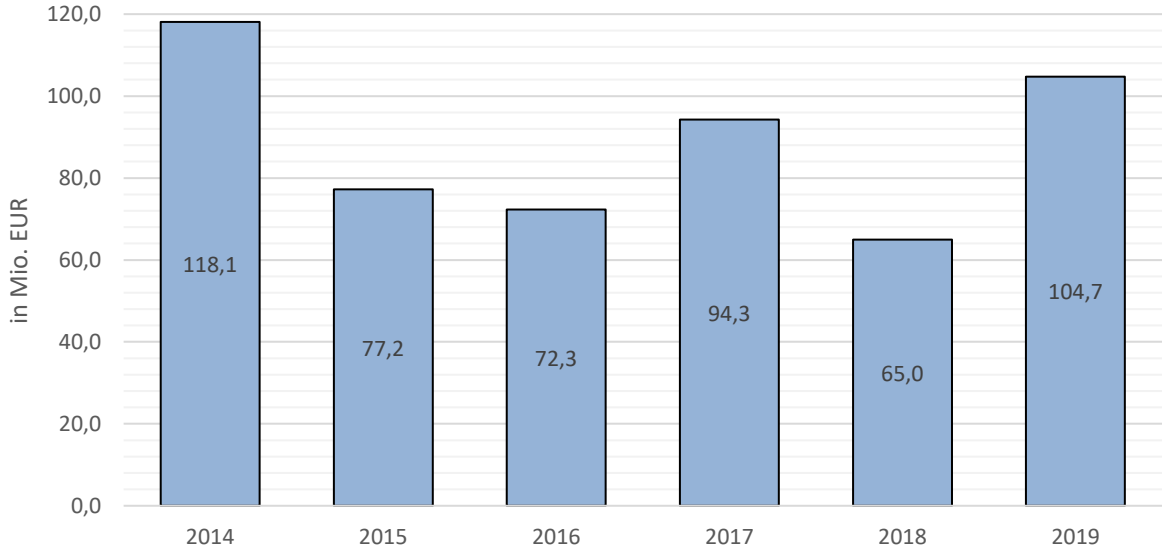
Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition		**31.12.2017**	**31.12.2018**	**31.12.2019**
P2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	84 Mio.€	80 Mio.€	77 Mio.€
	Einwohner	248.667 Personen (Stand: 31.12.2016 nach Zensus)	248.023 Personen (Stand: 31.12.2017 nach Zensus)	248.292 Personen (Stand: 31.12.2018 nach Zensus)
	Verschuldung je Einwohner aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	336 €	324 €	309 €

Bewertung: Korrespondierend mit der Kennzahl A.3.2 – Verschuldungsgrad aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften ist der (rechnerische) Anteil des einzelnen Einwohners ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Ausgehend von einem Anfangsbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von rund 65,0 Mio. EUR und unter Berücksichtigung des Finanzmittelüberschusses aus 2019 (einschl. des Saldos der haushaltsunwirksamen Vorgänge in Höhe von rund 3,2 Mio. EUR) ergibt sich ein Bestand an Zahlungsmitteln zum Ende des Haushaltsjahres 2019 von rund 104,7 Mio. EUR.

Die nachfolgende Grafik zeigt den Bestand an Zahlungsmitteln seit 2014 (jeweils zum 31.12. des Jahres):



2.2.2 Angaben zur Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2019 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rund 835,4 Mio. EUR und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rund 853,6 Mio. EUR einen Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von rund 18,2 Mio. EUR aus. Dieser Fehlbetrag ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zu entnehmen.

Für 2019 werden außerordentliche Erträge von rund 18,6 Mio. EUR und Aufwendungen von rund 1,4 Mio. EUR und damit ein Überschuss beim außerordentlichen Ergebnis in Höhe von rund 17,2 Mio. EUR ausgewiesen. Dieser Überschuss ist der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Die Ergebnisrechnung 2019 weist somit insgesamt einen Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR aus:

Ergebnisrechnung	**2017**	**2018**	**2019**
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	35 Mio. €	-4 Mio. €	-1 Mio. €

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 10,1 % gestiegen, was im Wesentlichen durch höhere Erträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben sowie bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen begründet ist.

Ergebnisrechnung	**2017**	**2018**	**2019**
Ordentliche Erträge	814 Mio. €	788 Mio. €	835 Mio. €

Kennzahl C.1 - Steuerquote

Berechnung: $\frac{\text{Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben} * 100}{\text{Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge}}$

Datenbasis: Steuern und ähnlichen Abgaben gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 1 KomHKVO (Zeile 1 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Erträge gemäß § 50 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 KomHKVO (Zeile 12 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst hoch

Ergebnisrechnung	**2017**	**2018**	**2019**
Steuern und ähnliche Abgaben	390 Mio.€	379 Mio.€	391 Mio.€
Ordentliche Erträge	814 Mio.€	788 Mio.€	835 Mio.€
Steuerquote	48 %	48 %	47 %

Bewertung: Der Veränderung bei der Steuerquote liegen im Wesentlichen folgende Einflussfaktoren zugrunde:

Die Steuern haben sich gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Mindererträge ergaben sich bei der Gewerbesteuer (24,1 Mio. EUR, bereinigt 16,0 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (4,2 Mio. EUR), beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (1,0 Mio. EUR) sowie bei der Vergnügungssteuer Automaten (1,3 Mio. EUR).

Kennzahl C.2 - Zuwendungsquote

Berechnung: Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen * 100
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge

Datenbasis: Zuwendungen und allgemeine Umlagen gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 2 KomHKVO (Zeile 2 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Erträge gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 KomHKVO (Zeile 12 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst hoch

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	172 Mio.€	161 Mio.€	189 Mio.€
Ordentliche Erträge	814 Mio.€	788 Mio.€	835 Mio.€
Zuwendungsquote	21 %	20 %	23 %

Bewertung: Die Zuwendungsquote ist gestiegen, da die Mehrerträge bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen prozentual höher ausgefallen sind als bei den ordentlichen Erträgen insgesamt. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen in Höhe von 28,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser Betrag ist im Wesentlichen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (rund 27,7 Mio. EUR) entstanden. Trotz dieser Steigerung haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz Mindererträge in Höhe von rund 4,0 Mio. EUR ergeben. Diese sind im Wesentlichen bei den Zuweisungen vom Land (rund 1,9 Mio. EUR), bei der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende (rund 1,4 Mio. EUR) sowie bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (rund 1,1 Mio. EUR) entstanden.

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut erhöht.

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Ordentliche Aufwendungen	787 Mio.€	798 Mio.€	854 Mio.€

Kennzahl D.1 - Personalaufwandsquote

Berechnung: Personalaufwendungen * 100
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen

Datenbasis: Personalaufwendungen gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Nr. 1 und 2 KomHKVO (Zeile 13 und 14 sowie Deckungsreserve für Personalaufwand aus Zeile 19 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Aufwendungen gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2. Abs. 3 KomHKVO (Zeile 20 der Ergebnisrechnung)

Ziel: Wert möglichst niedrig

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Personalaufwendungen	205 Mio.€	211 Mio.€	230 Mio.€
Ordentliche Aufwendungen	787 Mio.€	798 Mio.€	854 Mio.€
Personalaufwandsquote	26 %	26 %	27 %

Bewertung: Die Veränderungen in diesem Bereich ergeben sich im Wesentlichen aus Besoldungsanpassungen bzw. Tariferhöhungen und aus Stellenplanveränderungen.

Kennzahl D.2 - Zinslastquote

Berechnung: $\frac{\text{Aufwendungen für Zinsen} * 100}{\text{Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen}}$

Datenbasis: Teile der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Nr. 5 KomHKVO (nur Sachkonten, die die Zinsen für Geldschulden und kreditähnliche Rechtsgeschäfte betreffen – aus Zeile 17 der Ergebnisrechnung)
Ordentliche Aufwendungen gemäß § 52 KomHKVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 KomHKVO

Ziel: Wert möglichst niedrig

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Zinsaufwendungen für Geldschulden und kreditähnliche Rechtsgeschäfte	7 Mio.€	7 Mio.€	6 Mio.€
Ordentliche Aufwendungen	787 Mio.€	798 Mio.€	854 Mio.€
Zinslastquote	1 %	1 %	1 %

Bewertung: Die Zinslastquote in Braunschweig bewegt sich noch auf niedrigem Niveau. In den Folgejahren wird aufgrund der neu aufgenommenen Investitionskredite die Zinslastquote steigen.

2.2.3 Angaben zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung gliedert sich in die nachfolgend aufgeführten Positionen.

	Kennzahlen Finanzrechnung	2017	2018	2019
E.	**Ein- und Auszahlungen**	**Saldo**	**Saldo**	**Saldo**
E.1	aus laufender Verwaltungstätigkeit	82 Mio.€	36 Mio.€	38 Mio.€
E.2	für Investitionstätigkeit	-57 Mio.€	-87 Mio.€	-59 Mio.€
E.3	aus Finanzierungstätigkeit	-6 Mio.€	28 Mio.€	57 Mio.€
E.4	Ergebnis Finanzrechnung	20 Mio.€	-24 Mio.€	37 Mio.€
E.5	Haushaltsunwirksame Ein-/Auszahlungen	2 Mio.€	-5 Mio.€	3 Mio.€

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen der einzelnen Beträge ergibt sich gegenüber dem Ergebnis eine Abweichung von 1 Mio. EUR.

Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung 2019 ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der **laufenden Verwaltungstätigkeit** ein Überschuss (Saldo) in Höhe von **rund 38,2 Mio. EUR**. Die Differenz zum Überschuss des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge des Ergebnishaushaltes (z. B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und aus aktivierten Eigenleistungen) und bestimmte Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (z. B. Abschreibungen und Veränderungen bei den Rückstellungen) **nicht** zahlungswirksam sind.

Die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kennzahl E1) hatten für 2019 einen geplanten Saldo von rund 7,2 Mio. EUR (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rund 3,9 Mio. EUR). Es ergibt sich eine Abweichung von rund 31,0 Mio. EUR.

Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Auszahlungen für **Investitionstätigkeit** wurden in Höhe von **rund 79,6 Mio. EUR** getätigt. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf **rund 20,7 Mio. EUR**, sodass sich aus der Investitionstätigkeit ein Finanzierungsbedarf (Saldo) in Höhe von **rund 58,9 Mio. EUR** ergab.

Die Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Kennzahl E2) hatten für 2019 einen geplanten Saldo von rund -82,2 Mio. EUR (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau in Höhe von rund 9,3 Mio. EUR). Es ergibt sich ein um rund 23,2 Mio. EUR geringerer Finanzierungsbedarf (Saldo).

Es ergibt sich danach folgendes Zwischenergebnis:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		38,2 Mio. EUR
Saldo aus Investitionstätigkeit	-	58,9 Mio. EUR
Finanzmittelfehlbetrag	**-**	**20,8 Mio. EUR**

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen der einzelnen Beträge ergibt sich gegenüber dem Finanzmittelüberschuss eine Abweichung von 0,1 Mio. EUR.

Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Die **Finanzierungstätigkeit** umfasst die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und die Tilgung von in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten für die Investitionstätigkeit.

Kernverwaltung

Neue **Kredite** für Investitionen wurden in 2019 in Höhe von rund 50,4 Mio. EUR aufgenommen. Die Auszahlungen in 2019 für **ordentliche Tilgungen** für die Investitionskredite betragen rund 4,1 Mio. EUR. **Außerordentliche Tilgungen** sind nicht erfolgt.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich somit ein Saldo in Höhe von rund 46,3 Mio. EUR.

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kennzahl E3) hatten für 2018 einen geplanten Saldo von rund 44,7 Mio. EUR.

Experimentierklausel

Neue **Kredite** für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften wurden in 2019 in Höhe von rund 11,5 Mio. EUR aufgenommen. Die Auszahlungen in 2019 für **ordentliche Tilgungen** für die im Rahmen der Experimentierklausel aufgenommenen Investitionskredite betragen rund 0,5 Mio. EUR. **Außerordentliche Tilgungen** sind nicht erfolgt.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich somit ein Saldo in Höhe von rund 11,0 Mio. EUR.

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kennzahl E3) hatten für 2019 einen geplanten Saldo von rund 44,7 Mio. EUR.

Das Ergebnis der **Finanzrechnung 2019** stellt sich danach wie folgt dar:

Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit		- 20,8 Mio. EUR
+	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	+ 57,3 Mio. EUR
+	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	+ 3,2 Mio. EUR
Ergebnis:	**Überschuss**	**39,8 Mio. EUR**

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen der einzelnen Beträge ergibt sich gegenüber dem Finanzmittelüberschuss eine Abweichung von 0,1 Mio. EUR.

Ein- und Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen

In der Finanzrechnung werden neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 beläuft sich auf 3.244.430,99 EUR.

Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rund 11,6 TEUR (Vorjahr 6,3 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

2.3 Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO

Bei einer Bilanzsumme von rund 2.026 Mio. EUR im Jahresabschluss 2019 (Vorjahr rund 1.963 Mio. EUR) beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rund 1.043 Mio. EUR (Vorjahr rund 1.050 Mio. EUR). Dies führt zu einer Nettopositionsquote von rund 51 %. Im Vergleich zur entsprechenden Quote in der Eröffnungsbilanz (rund 51 %) zeigt sich ein gleichbleibender Stand. Gegenüber dem Jahresabschluss 2018 (rund 54 %) ist die Quote leicht gesunken.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR ist Teil der Nettoposition. Gegenüber den Haushaltsermächtigungen in Höhe von rund -37,9 Mio. EUR für 2019 (Ansatz in Höhe von rund -34,1 Mio. EUR und geplanter Haushaltsresteabbau in Höhe von rund 3,9 Mio. EUR) hat

sich eine Verbesserung um rund 37,0 Mio. EUR ergeben. Wesentlich hierbei sind Minderaufwendungen von rund 22,1 Mio. EUR (davon rund 8,1 Mio. EUR Haushaltsresteaufbau) aus nicht mehr oder nur teilweise in 2019 umgesetzten Instandhaltungen von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen. Des Weiteren haben sich Minderaufwendungen beim Zuschussbedarf an übrige Bereiche in Höhe von rund 10,8 Mio. EUR (im Wesentlichen für Krippen- und Kindergarten-Betreuung bei übrigen Kita-Trägern), bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 4,8 Mio. EUR sowie bei den planmäßigen Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen in Höhe von rund 4,3 Mio. EUR ergeben. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen beim Zuschussbedarf an verbundene Unternehmen in Höhe von rund 4,7 Mio. EUR (davon SBBG rund 3,4 Mio. EUR und Flughafen rund 0,4 Mio. EUR). Bei den Erträgen ist die Abweichung im Wesentlichen durch Mehrerträge aus der Herabsetzung bzw. Auflösung von Rückstellungen (z. B. Bio-Tec-Gründungszentrum, Energie-Einsparverordnung) in Höhe von rund 9,9 Mio. EUR, bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rund 4,2 Mio. EUR, bei der Vergnügungssteuer in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR sowie bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR begründet, denen Mindererträge bei der bereinigten Gewerbesteuer in Höhe von rund 16,0 Mio. EUR gegenüberstehen.

Die Geldschulden ohne Experimentierklausel sind von 51,6 Mio. EUR um 46,3 Mio. EUR auf 97,9 Mio. EUR gestiegen. Die Kennziffern zur Verschuldungssituation wächst dadurch für die Stadt an. Unter Berücksichtigung der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Konzernfinanzierung (Experimentierklausel) ist der Verschuldungsgrad für Geldschulden der Stadt mit 7 % (Vorjahr 4 %) per 31. Dezember 2019 gestiegen. Bezogen auf die Verschuldung je Einwohner bedeutet dies einen Anstieg von 337 EUR per 31. Dezember 2018 auf nunmehr 568 EUR. Den Verbindlichkeiten aus Krediten für die Konzernfinanzierung stehen auf der Aktiv-Seite der Bilanz die Ausleihungen an die städtischen Gesellschaften gegenüber.

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften beliefen sich zum 31. Dezember 2018 auf rund 80,3 Mio. EUR und zum 31. Dezember 2019 auf rund 76,8 Mio. EUR. Davon entfallen rund 0 EUR (Vorjahr: rund 95 TEUR) auf den Mietkauf des Feuerwehrservicezentrums, rund 74,4 Mio. EUR (Vorjahr: 77,5 Mio. EUR) auf die Maßnahmen im Rahmen des PPP-Projekts Schulen und Kitas, rund 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR) auf die Abgeltung des vorhandenen Sanierungsstaus an der Klosterkirche Riddagshausen und der Frauenkapelle durch Übertragung der Baulast an die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz sowie rund 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) auf die Erstausstattung der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule.

Eine solide kommunale Haushaltsplanung muss darauf abzielen, dass in längerfristiger Betrachtung dem zu leistenden Aufwand Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen. Defizite aus Jahren, in denen dieser rechnerische Haushaltsausgleich nicht gelingt, müssen kompensiert werden durch Rücklagen aus anderen Jahren, in denen entsprechende Überschüsse erzielt wurden. Die oben genannten Eckdaten zur Vermögens-, Schulden-, Ergebnis- und Finanzsituation vorausgeschickt, ist bezüglich einer zusammenfassenden Bewertung des Jahresabschlusses 2019 festzuhalten, dass die bisherige solide Ausrichtung der städtischen Finanzen auch in diesem Jahr grundsätzlich fortgesetzt wurde. Das bestätigen auch die weiterhin hohe Nettopositionsquote sowie der - wenn auch erhöhte - Schuldenstand in Beziehung zum gestiegenen Zahlungsmittelbestand. Auch wenn sich ein gegenüber der Planung verbessertes Ergebnis ergibt, ist allerdings ein leicht negatives Jahresergebnis ausgewiesen worden.

Auch für die Zukunft bleibt die nachhaltige Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das oberste Ziel der städtischen Haushaltswirtschaft. Im Haushaltsplan 2020 ist eine Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen bzw. Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 67,0 Mio. EUR, für Kreditaufnahmen gemäß Experimentierklausel für städtische Gesellschaften in Höhe von rund 70,9 Mio. EUR sowie eine Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 350,0 Mio. EUR veranschlagt.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

3.1.1 Gesamtergebnis

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	EUR		absolut in EUR		in v. H.
Ordentliches Ergebnis	-34.019.631,37	-18.196.238,69	+ 15.823.392,68	+	46,51
Außerordentliches Ergebnis	-74.500,00	17.238.868,73	+ 17.313.368,73	+	über 100 %
Gesamtergebnis	-34.094.131,37	-957.369,96	+ 33.136.761,41	+	97,19

In der Gesamt-Ergebnisrechnung wurde für das Haushaltsjahr 2019 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von rund 3.850 TEUR geplant.

2019	Saldo		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	EUR		absolut in EUR		in v. H.
Ordentliches Ergebnis	-37.869.631,37	-18.196.238,69	+ 19.673.392,68	+	51,95
Außerordentliches Ergebnis	-74.500,00	17.238.868,73	+ 17.313.368,73	+	über 100 %
Gesamtergebnis	-37.944.131,37	-957.369,96	+ 36.986.761,41	+	97,48

3.1.2 Ordentliches Ergebnis

Nach der Gesamt-Ergebnisrechnung 2019 ergibt sich für das ordentliche Ergebnis durch Mindererträge bei den ordentlichen Erträgen in Höhe von 21.745.391,46 EUR und durch Minderaufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 37.568.784,14 EUR gegenüber der Haushaltsplanung eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 15.823.392,68 EUR.

3.1.3 Außerordentliches Ergebnis

Durch Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 18.170.033,16 EUR und durch Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 856.664,43 EUR ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis gegenüber der Haushaltsplanung eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 17.313.368,73 EUR.

3.1.4 Situation in den Teilhaushalten

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, bei denen der Jahresüberschuss/-fehlbetrag (vor Leistungsverrechnung) eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 1 Mio. TEUR aufweist. Eine positive Abweichung führt zu einer Ergebnisverbesserung und eine negative Abweichung zu einer Ergebnisverschlechterung des Jahresabschlusses.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-69.332.581,05	EUR
Ergebnis 2019:	-53.052.240,63	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+16.280.340,42	EUR

Der im Jahr 2019 im Teilhaushalt Finanzen veranschlagte Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 69.333 TEUR ist im Jahresabschluss 2019 um rund 16.280 TEUR geringer ausgefallen als geplant.

Die Abweichung in der Teil-Ergebnisrechnung des FB 20 ergibt sich durch Mehrerträge in Höhe von rund 8.000 TEUR und Minderaufwendungen in Höhe von rund 8.280 TEUR. Diese setzen sich auf der Ertragsseite aus rund 1.230 TEUR bei den ordentlichen Erträgen und rund 6.770 TEUR bei den außerordentlichen Erträgen zusammen. Auf der Aufwandsseite sind Minderaufwendungen in Höhe von rund 8.546 TEUR bei den ordentlichen Aufwendungen und Mehraufwendungen in Höhe von rund 266 TEUR bei außerordentlichen Aufwendungen zu verzeichnen.

Zur Erläuterung der Abweichung bei den außerordentlichen Erträgen wird auf Textziffer 3.2, Teilhaushalt FB 20, Zeile 22 - verwiesen.

Im Aufwandsbereich ist die Abweichung im Wesentlichen durch Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entstanden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Mittel für Instandhaltungen an Grundstücken und baulichen Anlagen (rund 15.453 TEUR), die nicht so wie eingeplant umgesetzt wurden (Einzelheiten siehe Erläuterungen zur Zeile 15). Teilweise wurden diese Mehraufwendungen durch Minderaufwendungen zum Beispiel bei den Transferaufwendungen überdeckt (Einzelheiten siehe Erläuterungen zur Zeile 18).

FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

FB 32 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-8.937.266,00	EUR
Ergebnis 2019:	-11.296.591,86	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.359.325,86	EUR

Zum Anstieg des Jahresfehlbetrages haben auf der Ertragsseite im Wesentlichen die Mindererträge bei den Buß- und Verwarnungsgeldern und den sonstigen ordnungsrechtlichen Erträgen in Höhe von rund 644 TEUR sowie die geringeren Erstattungen (Minus 159 TEUR) des FB 66 für den Einsatz des Zentralen Ordnungsdienstes (ZOD) als Mobiler Umweltdienst (MUD) beigetragen.

Zu den Erstattungen für den MUD-Einsatz ist anzumerken, dass der Plan-Ansatz von 300 TEUR den maximalen Erstattungsbetrag für den Personaleinsatz im Umfang von 5 Vollzeitstellen und anteiligen Sachmitteleinsatz (Dienst-Kfz, Mobilfunkverbindungen u. a.) darstellt. Die Höhe der Ist-Erstattungen ist abhängig von den tatsächlich geleisteten MUD-Jahres-Einsatzstunden. Bedingt durch zeitweilige Vakanzen und krankheitsbedingte Personalausfälle konnte der MUD-Einsatz nicht im vollem Umfang geleistet werden.

Die Mehrerträge aus Verwaltungsgebühren in Höhe von rund 498 TEUR kompensieren die oben dargestellten Mindererträge nur zum Teil. Die ordentlichen Erträge weisen daher ein Minus von rund 201 TEUR gegenüber der Planung auf.

Auf der Aufwandsseite sind insbesondere die um insgesamt rund 1.852 TEUR höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen Ursache für den Anstieg des Jahresfehlbetrages, ferner höhere Abschreibungen (davon Abschreibungen auf Forderungen von insgesamt 187 TEUR, denen regelmäßig keine Plan-Ansätze gegenüberstehen) und die um rund 207 TEUR höheren sonstige ordentliche Aufwendungen.

In den sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind u. a. die an die Bundesdruckerei in Berlin zu zahlenden Herstellungskosten für Personaldokumente (Personalausweise, Reisepässe, Aufenthaltstitel für Ausländer, Kartenführerscheine) enthalten sowie die Erstattungen an den FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement.

In 2019 wurden deutlich mehr Personalausweise und Reisepässe beantragt als erwartet. Dies führte zu einer Überziehung des Ansatzes beim Sachkonto 443175 „Sonstige Geschäftsaufwendungen“ um rund 166 TEUR.

Die Erstattungen an den FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement überstiegen die Planansätze insgesamt um rund 65 TEUR. Allein die Betriebskosten kalt lagen rund 146 TEUR über dem Planansatz, wurden aber durch um rund 94 TEUR geringere Betriebskosten warm teilweise kompensiert.

Im Ergebnis übersteigen die ordentlichen Aufwendungen die Planung um insgesamt um rund 2.152 TEUR.

Das ordentliche Ergebnis ergibt einen Fehlbetrag in Höhe von rund 11.318 TEUR (ordentliche Erträge in Höhe von rund 11.736 TEUR abzüglich ordentlicher Aufwendungen in Höhe von rund 23.054 TEUR).

Das außerordentliche Ergebnis beträgt rund 22 TEUR (außerordentliche Erträge in Höhe von rund 32 TEUR € abzüglich außerordentliche Aufwendungen in Höhe von rund 9 TEUR). Die außerordentlichen Erträge übersteigen die Planansätze des Haushalts 2019 wegen höherer Schadensersatzleistungen. Die Planansätze für die außerordentlichen Aufwendungen wurden wegen nicht vorhersehbarer Reparaturen an Dienst-Kfz überschritten.

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-31.179.448,38	EUR
Ergebnis 2019:	-36.079.854,99	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.900.406,61	EUR

Die Abweichung in Höhe von rund 4.900 TEUR zwischen dem Ergebnis 2019 und dem Haushaltsansatz 2019 ergibt sich zum Großteil (rund 2.856 TEUR) aus Mehraufwendungen für aktives Personal und Versorgung.

Der restliche Betrag (rund 2.044 TEUR) ergibt sich zum einen aus Mindererträgen der ordentlichen Erträge (rund 2.149 TEUR), welche überwiegend aus einer Abweichung (rund 2.092 TEUR) in der Zeile 5 Öffentlich-rechtliche Entgelte resultieren. Diese Abweichung wird im Folgenden noch erläutert. Des Weiteren setzt sich der restliche Betrag (rund 2.044 TEUR) aus einem Minderaufwand der übrigen ordentlichen Aufwendungen (rund 124 TEUR), neben den Aufwendungen für aktives Personal und Versorgung, zusammen.

FB 40 Schule

FB 40 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-59.723.530,62	EUR
Ergebnis 2019:	-56.424.027,69	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.299.502,93	EUR

Ursächlich für die Ergebnisverbesserung sind Mehrerträge in Höhe von rund 2.934 TEUR. Wesentlich dazu beigetragen haben zusätzlich vereinnahmte Gastschulbeiträge für Beschulungen aus Vorjahren, die arbeitsbedingt erst in 2019 abgerechnet und vereinnahmt werden konnten (rund 2.600 TEUR). Darüber hinaus sind dem Fachbereich höhere Kostenerstattungen und höhere Zuwendungen zugeflossen als veranschlagt (rund 327 TEUR). Beispielhaft genannt seien hier eine höhere Inklusionspauschale vom Land sowie höhere Kostenerstattungen für das Bildungsbüro und aus der Mutterschaftsumlage U2.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-86.172.218,00	EUR
Ergebnis 2019:	-84.233.381,78	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.938.836,22	EUR

Wesentliche Ursache ist die einmalige Ertragsverbesserung aus dem sog. 13. Monat Quotales System in Höhe von rund 3.780 TEUR, der Ende 2018 vom Land gezahlt wurde, als Einzahlung im Jahr 2018 zu buchen und als Ertrag im Jahresabschluss 2018 als passiver Abgrenzungsposten auszuweisen und ergebniswirksam im Haushaltsjahr 2019 zu vereinnahmen war.

So entstand beim Sozialetat statt einer ungedeckten Überschreitung in Höhe von rund 1.500 TEUR eine Verbesserung von rund 2.300 TEUR von der durch saldierte Mehraufwendungen an anderer Stelle 400 TEUR wieder aufgezehrt wurden.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-141.500.595,12	EUR
Ergebnis 2019:	-137.368.670,37	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+4.131.924,75	EUR

Die Haushaltsplanung 2019 war für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, wie in den Vorjahren auch, geprägt von Unwägbarkeiten, die exakte Kalkulationen und Prognosen erschwert haben. Weiterhin war eine starke Fluktuation auf relevanten Dienstposten zu verzeichnen.

Die bereits im Vorjahr stattgefundenen Auswirkungen schwer einschätzbarer Gesetzes- und Verfahrensänderungen führten in der kurzen Laufzeit bisher nicht zu signifikanten Erkenntnisgewinnen, die eine belastbare Planung ermöglichen würden. Hinzukommen wie bereits zuvor Änderungen von Erstattungshöhen, über den einkalkulierten Veränderungen liegende Tarifabschlüsse und weitere faktische Begebenheiten, die sich deutlich im Jahresergebnis abbilden.

Auf Einzelheiten wird in den vorliegenden Rechenschaftsberichten 2019 zu den einzelnen Zeilen der Ergebnisrechnung verwiesen.

In der Gesamtsicht ist den Mindererträgen von rund 14.088 TEUR der Minderaufwand von rund 18.224 TEUR gegenüberzustellen, was dazu führt, dass das Ergebnis vor Leistungsverrechnung lediglich um 2,9 % vom Ansatz abweicht.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-20.676.908,34	EUR
Ergebnis 2019:	-16.951.091,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.725.817,34	EUR

Für die Abweichung beim Jahresergebnis zwischen Haushaltsansatz und Ergebnis des Jahres 2019 sind im Wesentlichen die Mindererträge bzw. - Aufwendungen im Bereich der Stadt- und Altlastensanierung verantwortlich.

Ergänzend dazu wird auf die Stellungnahmen zu der Ergebnisrechnung unter Ziffer 3.2 (Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen sowie Transferaufwendungen), die Bestandteile dieses Berichtes sind, verwiesen.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-34.502.876,82	EUR
Ergebnis 2019:	-32.109.043,37	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+2.393.833,45	EUR

Rund 1.333 TEUR Minderausgaben gegenüber der Planung ergeben sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Zu deren Begründung wird auf die Erläuterungen zu Zeile 15 verwiesen.

Weitere Abweichungen in Höhe von rund 1.531 TEUR ergeben sich bei den Abschreibungen (vgl. Erläuterungen zur Zeile 16).

Dagegen konnten die ordentlichen Erträge nicht wie geplant erzielt werden, so dass sich Mindererträge in Höhe von 366 TEUR ergeben haben (z. B. beim Projekt „Neubau Fahrradabstellanlage HBF - 4E.660018).

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft – Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	524.919.546,16	EUR
Ergebnis 2019:	532.391.202,88	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+7.471.656,72	EUR

Der im Jahr 2019 im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft erwartete Jahresüberschuss in Höhe von rund 524.920 TEUR war im Jahresabschluss 2019 um rund 7.472 TEUR höher als veranschlagt.

Neben Mindererträgen bei den ordentlichen Erträgen von rund 11.754 TEUR waren Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen von rund 10.648 TEUR zu verzeichnen. Die Mindererträge bei den ordentlichen Erträgen waren einerseits durch Mindererträge bei der Gewerbesteuer sowie bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen nach § 233a AO in Höhe von rund 24.078 TEUR bzw. rd. 1.091 TEUR sowie bei den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 1.105 TEUR begründet.

Dem gegenüber standen vor allem Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von rund 994 TEUR, bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von rund 4.185 TEUR, bei der Vergnügungssteuer für Automaten in Höhe von rund 1.274 TEUR sowie bei Erträgen aus Herabsetzung von Rückstellungen in Höhe von rund 7.030 TEUR.

Die Mehrerträge bei den außerordentlichen Erträgen sind in der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von rund 10.609 TEUR begründet.

Den Erträgen gegenüber standen Minderaufwendungen von rund 8.594 TEUR im Bereich der ordentlichen Aufwendungen sowie Mehraufwendungen von rund 17 TEUR im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen. Die Minderaufwendungen sind im Wesentlichen bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 4.753 TEUR, bei den sonstigen Sachaufwendungen in Höhe von rund 2.123 TEUR und bei den Deckungsreserven Personalaufwendungen in Höhe von rund 2.828 TEUR entstanden. Diesen Minderaufwendungen sind Mehraufwendungen bei den Abschreibungen von rund 1.341 TEUR gegenzurechnen.

Zu den näheren Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zu Ziffer 3.2 c und 3.2 d verwiesen.

3.2 Teil-Ergebnisrechnung

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Ergebnisrechnung die Abweichungen der Erträge zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2019 und dem Ergebnis 2019 je Teilhaushalt ermittelt.

Erträge

Teilhaushalte	Gesamtertrag		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Politische Gremien	0,00	220,00	+ 220,00	-
Verwaltungsführung	0,00	191,36	+ 191,36	-
FB 01 Zentrale Steuerung	66.458,00	59.711,21	- 6.746,79	- 10,2
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik	443.366,00	259.654,33	- 183.711,67	- 41,4
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt	243.400,00	221.382,57	- 22.017,43	- 9,0
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat	0,00	2.754,73	+ 2.754,73	-
Personalvertretung	0,00	8.910,00	+ 8.910,00	-
FB 10 Zentrale Dienste	3.772.612,00	3.845.328,72	+ 72.716,72	+ 1,9
FB 20 Finanzen	45.433.603,29	53.433.947,45	+ 8.000.344,16	+ 17,6
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	11.965.822,00	11.768.117,39	- 197.704,61	- 1,7
FB 37 Feuerwehr	18.299.057,00	16.282.589,04	- 2.016.467,96	- 11,0
FB 40 Schule	5.502.340,00	8.632.687,16	+ 3.130.347,16	+ 56,9
Kultur und Wissenschaft (FB 41)	1.649.545,00	1.815.087,94	+ 165.542,94	+ 10,0
Ref. 0500 Sozialreferat	0,00	190.297,45	+ 190.297,45	-
FB 50 Soziales und Gesundheit	131.525.039,00	136.917.028,39	+ 5.391.989,39	+ 4,1
FB 51 Kinder, Jugend und Familie	50.214.087,00	36.138.473,04	- 14.075.613,96	- 28,0
FB 60 Bauordnung und Brandschutz	3.752.700,00	4.386.407,70	+ 633.707,70	+ 16,9
Ref. 0600 Baureferat	123.200,00	174.508,36	+ 51.308,36	+ 41,6
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	76.794,00	57.051,68	- 19.742,32	- 25,7
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz	4.278.881,43	2.438.281,21	- 1.840.600,22	- 43,0
FB 66 Tiefbau und Verkehr	12.683.177,47	12.348.741,45	- 334.436,02	- 2,6
FB 67 Stadtgrün und Sport	5.463.162,81	4.387.761,87	- 1.075.400,94	- 19,7
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat	345.000,00	0,00	- 345.000,00	- 100,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	561.758.323,00	560.652.076,65	- 1.106.246,35	- 0,2
Gesamt	857.596.568,00	854.021.209,70	- 3.575.358,30	- 0,4

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Ergebnisrechnung die Abweichungen der Aufwendungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2019 und dem Ergebnis 2019 je Teilhaushalt ermittelt.

Aufwendungen

Teilhaushalt	Gesamtaufwand		Abweichung			
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger			
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -	
Politische Gremien	2.347.217,00	1.939.046,22	-	408.170,78	-	17,4
Verwaltungsführung	1.890.628,00	1.973.504,67	+	82.876,67	+	4,4
FB 01 Zentrale Steuerung	4.414.431,00	4.509.880,16	+	95.449,16	+	2,2
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik	2.304.585,00	1.817.692,82	-	486.892,18	-	21,1
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt	1.751.118,00	2.115.613,42	+	364.495,42	+	20,8
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat	269.146,00	59.774,88	-	209.371,12	-	77,8
Personalvertretung	1.323.636,00	1.405.226,86	+	81.590,86	+	6,2
FB 10 Zentrale Dienste	31.904.313,83	32.203.424,79	+	299.110,96	+	0,9
FB 20 Finanzen	114.766.184,34	106.486.188,08	-	8.279.996,26	-	7,2
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	20.903.088,00	23.064.709,25	+	2.161.621,25	+	10,3
FB 37 Feuerwehr	49.478.505,38	52.362.444,03	+	2.883.938,65	+	5,8
FB 40 Schule	65.225.870,62	65.056.714,85	-	169.155,77	-	0,3
Kultur und Wissenschaft (FB 41)	31.539.089,40	31.608.318,45	+	69.229,05	+	0,2
Ref. 0500 Sozialreferat	567.376,64	692.570,26	+	125.193,62	+	22,1
FB 50 Soziales und Gesundheit	217.697.257,00	221.150.410,17	+	3.453.153,17	+	1,6
FB 51 Kinder, Jugend und Familie	191.714.682,12	173.507.143,41	-	18.207.538,71	-	9,5
FB 60 Bauordnung und Brandschutz	6.177.481,30	6.779.196,90	+	601.715,60	+	9,7
Ref. 0600 Baureferat	2.087.602,00	1.212.516,19	-	875.085,81	-	41,9
Ref. 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	717.207,00	674.057,94	-	43.149,06	-	6,0
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz	24.955.789,77	19.389.372,21	-	5.566.417,56	-	22,3
FB 66 Tiefbau und Verkehr	47.186.054,29	44.457.784,82	-	2.728.269,47	-	5,8
FB 67 Stadtgrün und Sport	34.330.437,84	33.624.163,96	-	706.273,88	-	2,1
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat	1.300.222,00	627.951,55	-	672.270,45	-	51,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	36.838.776,84	28.260.873,77	-	8.577.903,07	-	23,3
Gesamt	891.690.699,37	854.978.579,66	-	36.712.119,71	-	4,1
geplanter Haushaltsresteabbau	3.850.000,00					
Gesamt (inkl. geplantem Haushaltsresteabbau)	895.540.699,37	854.978.579,66	-	40.562.119,71	-	4,5

Erläuterungen zu Abweichungen der Erträge in den Teil-Ergebnisrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen.

Alle Teilhaushalte

Alle Teilhaushalte – Zeile 3: Auflösungserträge aus Sonderposten		
Haushaltsansatz 2019:	14.710.752,58	EUR
Ergebnis 2019:	15.192.422,06	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+481.669,48	EUR

Im Hinblick auf die Gesamtabweichung wirkten sich insbesondere folgende Teilhaushaltsabweichungen (Abweichungen > 100 TEUR) aus:

FB 20: Abweichung + 959 TEUR
Im Verhältnis zu den eingeplanten Auflösungserträgen aus Sonderposten für das Jahr 2019 haben sich Mehrerträge in Höhe von rund 959 TEUR ergeben. Die Auflösungserträge aus Sonderposten entstehen durch Erhalt von Zuwendungen und Zuweisungen von Dritten, die auf die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes verteilt einen jährlichen Ertrag bilden.

Zwar sind in 2019 nicht eingeplante Zuwendungen und Zuweisungen von Dritten eingegangen, diese waren jedoch nur in geringem Maße für die Mehrerträge aus der Auflösung von Sonderposten verantwortlich. Die angefallenen Mehrerträge resultieren insbesondere aus einer in Plan und Ist abweichenden Gesamteinschätzung der zu erwarteten Erträge über alle Investitionsmaßnahmen. Es wurde beispielsweise im Plan mit einer längeren Nutzungsdauer und damit einem längeren Verteilungszeitraum für die Zuwendungen und Zuweisungen gerechnet.

FB 61: Abweichung - 201 TEUR
Zuwendungen und Zuweisungen werden im TH 61 im Rahmen der Sanierungsgebiete und im Rahmen der Grünbaumaßnahmen der Abt. 61.7 als Sonderposten eingeplant. Die geringeren Erträge aus der Auflösung dieser Sonderposten in Höhe von rund 201 TEUR sind weitestgehend darauf zurückzuführen, dass u.a. im Rahmen der Sanierungsgebiete die Zuwendungen zwar im TH 61 geplant werden, deren Passivierung letztendlich jedoch im fachlich zuständigen TH (wie z.B. bei Straßenbauten im TH 66) erfolgen.

FB 66: Abweichung -151 TEUR
Diverse Straßen- und Brückenbaumaßnahmen konnten nicht wie geplant umgesetzt bzw. fertiggestellt werden. Dies führt auch dazu, dass geplante Zuwendungen und Zuweisungen als auch Beiträge nicht eingebracht werden konnten. Es wird hier auf die Abweichungen zur Finanzrechnung des Teilhaushaltes FB 66 verwiesen.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 8: Zinsen und ähnliche Finanzerträge		
Haushaltsansatz 2019:	1.317.600,00	EUR
Ergebnis 2019:	691.504,95	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-626.095,05	EUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Zinserträgen von Darlehensvergaben an städtische Gesellschaften gemäß Experimentierklausel (Sachkonto 361515). Im Haushaltsplan 2018 waren entsprechende Kreditaufnahmen zur Weitergabe in Höhe von rd. 43,7 Mio. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurde jedoch lediglich ein Volumen in Höhe von rd. 32,1 Mio. EUR aufgenommen.

Zwar wurde die Differenz in Höhe von rd. 11,6 Mio. EUR als Rest in das Jahr 2019 übertragen und dort auch aufgenommen. Allerdings ist die Aufnahme erst im zweiten Halbjahr erfolgt, sodass die entsprechenden Zinsen für dieses Volumen erstmals im Jahr 2020 anfallen. Die Abweichung korrespondiert mit dem im Teilhaushaushalt allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagten Zinsaufwand an Kreditinstitute (Sachkonto 451715), der dadurch ebenfalls entsprechend geringer ausgefallen ist.

FB 20 – Zeile 22: Außerordentliche Erträge		
Haushaltsansatz 2019:	328.300,00	EUR
Ergebnis 2019:	7.098.358,39	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+6.770.058,39	EUR

Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen wie folgt:

Sachkonto 501910 - sonstige außergewöhnliche Erträge (+ 501 TEUR)
Im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) wurden Ausbuchungen der Risikopositionen aus dem Förderprojekt Avionik-Cluster (Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Braunschweig) vorgenommen. Hieraus haben sich nicht geplante sonstige außergewöhnliche Erträge in Höhe von rund 321 TEUR für die Kernverwaltung ergeben, die nicht zu Zahlungen geführt haben, sondern den Beteiligungsbuchwert erhöht haben.

Diesen außergewöhnlichen Erträgen stehen in gleicher Höhe entsprechende bilanzielle Anpassungen des Beteiligungsbuchwertes (außerplanmäßige Abschreibungen) gegenüber, so dass

sich die Bereinigung des Jahresabschlusses 2019 der SFB für die Kernverwaltung letztendlich neutral darstellt.

Weitere außergewöhnliche Erträge haben sich durch in der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement vereinnahmte Versicherungserstattungen für Schadensfälle an städtischen Gebäuden ergeben, die an die Kernverwaltung zu erstatten sind. Hierfür wurden Forderungen in Höhe von rund 180 TEUR im Jahresabschluss 2019 bilanziert.

Sachkonto 531110 - Ertrag Abgang von Grundstücken und Gebäuden (+ 6.095 TEUR)
Im Wesentlichen ist die Abweichung darauf zurückzuführen, dass zur Regulierung der in den Jahren 2014 und 2015 an den städtischen Gebäuden Schulsporthalle Lehndorf St.- Ingbert-Str. 89 bzw. Kita Leiferde eingetretenen Brandschäden entsprechende Schadenersatzzahlungen durch die Brandversicherung geleistet worden sind. Hieraus haben sich nicht geplante Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von rund 4,3 Mio. EUR ergeben.

Die weiteren nicht geplanten Erträge resultieren aus den Verkäufen diverser Grundstücke über Buchwert, z. B. in den Gemarkungen Riddagshausen, Lamme, Braunlage usw.

FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

FB 32 – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2019:	4.985.600,00	EUR
Ergebnis 2019:	4.343.572,89	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-642.027,11	EUR

Die vorstehend dargestellten Mindererträge finden sich im Wesentlichen im Profit-Center 12212 (Abt. 32.2) bei den Produkten 1.12.1221.21 - Überwachung des ruhenden Verkehrs - und 1.12.1221.22 - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr wieder.

Produkt 1.12.1221.21
Erwartet wurden 150.000 Ordnungswidrigkeiten-Verfahren und daraus Erträge aus Buß- und Verwarnungsgelder und sonstigen ordnungsrechtlichen Erträgen (Kostenbescheide an Kfz-Halter) in Höhe von insgesamt 2.438 TEUR. Es kam jedoch lediglich zu 130.949 Verfahren. Während die städtische Überwachung des ruhenden Verkehr - trotz vakanten Politessen-Stellen - gegenüber dem Vorjahr 6.756 Fälle mehr ergab, gingen von der Polizei und Privatpersonen 3.597 Anzeigen weniger ein. Gegenüber den Planansätzen ergab sich ein Minus von insgesamt 331 TEUR.

Produkt 1.12.1221.22
Aus der Überwachung des fließenden Verkehrs im Stadtgebiet durch die Polizei und die kommunale Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung (FB 66 - Tiefbau und Verkehr) wurden Erträge aus Buß- und Verwarnungsgelder von insgesamt 2.320 TEUR € erwartet.

Während die Erträge aus der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung mit einem Minus von 507 TEUR deutlich unter den Planansätzen blieben, erbrachte die Tätigkeit der Polizei (Geschwindigkeitsüberwachung, Ordnungswidrigkeitsanzeigen nach Unfällen, Alkohol- und Drogenfahrten) Mehrerträge von insgesamt 135 TEUR.

Insgesamt belaufen sich die Mindererträge aus der Überwachung des fließenden Verkehrs im Haushaltsjahr 2019 auf 337 TEUR.

Zur kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung ist anzumerken, dass das Konzept zur Ausweitung der kommunalen Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung in der Stadt Braunschweig - Variante B - (Beschlussvorlage 16-03076) noch nicht vollständig umgesetzt ist

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Zeile 5: Öffentlich-rechtliche Entgelte

Haushaltsansatz 2019:	16.053.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	13.961.088,50	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.092.411,50	EUR

Die Erträge auf dieser Position ergeben sich aus den Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes. Die Höhe der Entgelte ergibt sich aus einer Vereinbarung mit den Kostenträgern und einer darauf basierenden Entgelttarifordnung.

Die Verhandlungen mit den Kostenträgern über die wirtschaftlichen Gesamtkosten des Rettungsdienstes verzögerten sich für das Jahr 2019 bis in das Jahr 2020 hinein. Grund hierfür sind erheblich gestiegene Kosten bei den Beauftragten, die von den Kostenträgern einer umfangreichen und langwierigen Prüfung unterzogen wurden und noch werden.

Diese Gesamtkosten werden als Grundlage zur Berechnung der Entgelte für einzelne Leistungen des Rettungsdienstes zugrunde gelegt und dann in eine Vereinbarung sowie die Entgelttarifordnung überführt. Diese Vereinbarung steht für 2019 noch aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur die betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten, sondern auch für die Berechnung der einzelnen Entgelte mit den Kostenträgern ein Konsens herbeigeführt werden muss. Des Weiteren ist anzuführen, dass zur Ermittlung der sich aus der Entgelttarifordnung ergebenen Entgelte auf statistische Auswertungen vergangener Jahre zurückgegriffen wird und somit die tatsächlich entstandenen Kosten erst in den Folgejahren eingenommen werden können.

Die zum Haushaltsjahr 2019 angesetzten erhöhten Entgelte wurden nicht erreicht und werden für 2020 erwartet. Daher minderten sich die Erträge größtenteils in diesem Bereich mit einer Höhe von 2.137 TEUR.

Jedoch ergaben sich gleichfalls Mehrerträge im Rahmen der Leistungen der Feuerwehr Braunschweig in Höhe von 45 TEUR. Diese resultierten aus dem Inkrafttreten der Satzung über Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Braunschweig.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 7: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2019:	4.032.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	6.800.641,54	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+2.768.641,54	EUR

Die Abweichungen ergeben sich dadurch, dass ein Teil der Gastschulbeiträge (Beschulung auswärtiger Kinder in Braunschweig) aus Vorjahren arbeitsbedingt erst in 2019 abgerechnet und vereinnahmt werden konnte. Die Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden haben deshalb im Berichtsjahr deutlich über den Planerwartungen gelegen (+ 2.600 TEUR).

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2019:	21.643.300,00	EUR
Ergebnis 2019:	20.473.812,10	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.169.487,90	EUR

Bei der mit dem Land abzurechnenden Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) SGB II haben sich Mindererträge in Höhe von 1.317 TEUR zum größten Teil wegen geringer als prognostiziert eingetretener KdU-Aufwendungen ergeben. Ursächlich hierfür war der im Vergleich zur Planung noch stärker ausgefallene Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften SGB II. Zudem hatten sich die Erstattungserwartungen aufgrund der Auswirkung der BBFestV 2019 vom Juli 2019, mit der rückwirkend für 2018 die Erstattungsprozente der „regulären“ KdU um 2,1% abgesenkt und die für KdU im Fluchtkontext um 2,7% erhöht wurde, reduziert.

Weitere Mindererträge von saldiert 61 TEUR sind- korrespondierend mit Minderaufwendungen bei der Erstattung für Leistungen/Zweckausgaben nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II von 100 TEUR und Mehraufwendungen im Rechtskreis des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) von 40 TEUR entstanden.
- s. a. Minderaufwendungen Zeile 19 bzw. Mehraufwendungen Zeile 18 -

Bei der vom Land weitergeleiteten Bundesbeteiligung an den BuT-Verwaltungskosten ergaben sich Mindererträge von 23 TEUR.

Mehrerträge von 232 TEUR gegenüber der Veranschlagung verteilen sich auf die nicht erwartete Fortsetzung der Landeszuweisungen für schulische Inklusion mit 129 TEUR sowie höher als erwartete Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen für Migranten von 86 TEUR und Gesundheitspflege von 17 TEUR.

FB 50 – Zeile 7: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Haushaltsansatz 2019:	94.346.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	99.951.405,80	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+5.605.405,80	EUR

Von den Mehrerträgen von 5.605 TEUR entfallen 3.776 TEUR auf die Auflösung eines PRAPs im Bereich Quotales System der Sozialhilfe. Das Geld wurde 2018 vom Land zur Abgeltung des sog. 13. Monats im Quotalen System überwiesen mit der Maßgabe es 2018 zu vereinnahmen, einen PRAP zu bilden und diesen PRAP 2019 aufzulösen.

Weitere 2.354 TEUR Mehrerträge im Bereich Quotales System der Sozialhilfe korrespondieren mit höher als geplanter Transferaufwendungen in diesem Bereich. (siehe auch Mehraufwendungen Zeile 18).

Darüber hinaus ergaben sich 306 TEUR Mehrerträge nach dem Nds. AufnG. Die Landeserstattung 2019 wurde mit 10 TEUR für 349,6 erstattungsfähige Personen nach Vorjahresdurchschnitt geplant. Der tatsächliche Personenzahldurchschnitt 2018 lag bei lediglich 338. Die Erstattung 2019 wurde per MI-Erlass jedoch auf 12 TEUR festgesetzt, so dass sich nach einer des Weiteren zu begleichenden Rückforderung für Vorjahre diese Mehrerträge ergaben.

Weitere kleinere Mehrerträge von summiert 126 TEUR ergaben sich in diversen Bereichen.

Mindererträge von 957 TEUR ergaben bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung korrespondierend mit geringer als geplanten Netto-Transferaufwendungen in diesem Bereich (siehe auch Minderaufwendungen Zeile 18).

FB 50 – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge		
Haushaltsansatz 2019:	900.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	1.525.409,09	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+625.409,09	EUR

Von den Mehrerträgen von 625 TEUR entfallen 486 TEUR auf Unterkunftspauschalen für die Flüchtlingsunterbringung wegen höherer als geplanter Personenzahlen (siehe auch Mehraufwendungen Zeile 18).

Weitere 135 TEUR Mehrerträge entstanden aus der Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen, da sich die Forderungen aus Vorjahren verringert haben.

Darüber hinaus wurden nicht erwartete 1,5 TEUR Zwangsgelder und 2,5 TEUR im Bereich Wohnbauförderung verbucht.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2019:	14.307.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	15.550.012,38	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.242.512,38	EUR

Die oben dargestellten Mehrerträge sind im Wesentlichen auf höhere Landeszuweisungen im Bereich der Kindertagespflege in Höhe von rund 485 TEUR zurückzuführen. Die Kalkulation wurde entsprechend auf Basis der vorläufigen Förderbescheide angepasst.

Die Zuweisungen aus sonstigen öffentlichen Bereichen für integrative Maßnahmen im Bereich der städtischen Kindertagesstätten liegen mit rund 154 TEUR über dem veranschlagten Betrag. Weitere Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Sprachkitas sowie des Kita-Einstiegs in Höhe von rund 150 TEUR waren nicht veranschlagt.

Rund 430 TEUR resultieren aus Zuschüssen des Landes für investive Maßnahmen im Bereich des Ausbaus U3 (Kindertagesstätten und -tagespflege). Die Möglichkeiten zur Umsetzung derartiger Optionen ergeben sich meist erst nach Abschluss der Planungen für den Haushalt des jeweiligen Jahres.

FB 51 – Zeile 4: Sonstige Transfererträge		
Haushaltsansatz 2019:	2.836.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	6.614.068,12	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.778.068,12	EUR

Ein Mehrertrag in Höhe von rund 2,2 Mio. EUR ergibt sich im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) aus dem Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen. Wie in den Vorjahren ist anzumerken, dass der Planansatz auf den tatsächlichen Einzahlungen basiert, da erfahrungsgemäß nicht alle Forderungen eingebracht werden können. Mit den Buchungen im Ergebnishaushalt werden die bestehenden Forderungen aufgrund der Bescheid Erteilung abgebildet, dies erfolgt unabhängig davon, ob sie tatsächlich eingebracht werden können.

Weiterhin wurden höhere Erträge für die Bereiche der Allgemeinen Heimerziehung, der Vollzeitpflege, der gemeinsamen sowie sonstigen Wohnformen sowie Inobhutnahme/Notaufnahme und Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Höhe von rund 1,5 Mio. EUR erzielt. Es handelt sich dabei unter anderem um durch die Wirtschaftliche Erziehungshilfe erzielten Erträge, welche in der Veranschlagung ähnlich schwer planbar wie der Bereich der Kostenerstattung sind.

FB 51 – Zeile 5: Öffentlich-rechtliche Entgelte		
Haushaltsansatz 2019:	6.822.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	3.050.034,30	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-3.772.465,70	EUR

Ein Minderertrag in Höhe von rund 99 TEUR ist auf den Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste zurückzuführen, welcher durch das Nichterreichen des Zieles von ca. 27.000 Übernachtungen verursacht wurde. Insgesamt wurden hier nur 23.000 Übernachtungen erreicht.

Zudem tragen die Mindererträge im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erheblich zu dem obigen Ergebnis bei. Die Planwerte weichen stark von den Istwerten ab, da die prognostizierten Fallzahlen bei weitem nicht erreicht wurden. Hier sind Erträge im Bereich der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge von 750 TEUR und bei den stationären Betreuungen in Höhe von rund 3 Mio. EUR weggefallen.

Gleiches gilt für die Erträge im Bereich des Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper mit einem Minderertrag von 272 TEUR.

FB 51 – Zeile 7: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2019:	24.622.800,00	EUR
Ergebnis 2019:	9.274.780,21	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	- 15.348.019,79	EUR

Kostenerstattungen sind grundsätzlich im Hinblick ihrer Plan- und Steuerbarkeit als problematisch zu bewerten.
Die Erstattungen des Landes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind weit unter den Planwerten (über 13,6 Mio. EUR Minderertrag) geblieben, da die prognostizierten Fallzahlen bei weitem nicht erreicht wurden. Die Erstattungen des Landes fließen zudem nicht periodengerecht.

Aufgrund einer starken Abweichung der Istwerte zu den Planwerten durch eine Reduzierung der Fallzahlen im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes ist es zu niedrigeren Erstattungen des Landes in Höhe von 2,2 Mio. EUR gekommen.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 2 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2019:	2.677.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	815.730,89	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.861.969,11	EUR

Für die Abweichung zwischen Haushaltsansatz und Ergebnis des Jahres 2019 sind im Wesentlichen die Mindererträge im Bereich der Sanierungsgebiete verantwortlich. Die Planungsannahme für die Zuwendungen im Bereich der Sanierung konnte auf Grund nicht durchgeführter bzw. zeitlich verzögerter Maßnahmen insbesondere bei den folgenden Projekten

4S.610009 - Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet
4S.610039 - Soziale Stadt - Donauviertel
4S.610043 - Investitionspakt - Donauviertel
4S.610044 - Stadtumbau - Bahnstadt

nicht realisiert werden.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben		
Haushaltsansatz 2019:	402.930.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	385.836.288,95	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-17.093.711,05	EUR

Der aufgeführte Mindererertrag entstand im Wesentlichen durch Mindererträge bei der Gewerbesteuer. Bei der Grundsteuer B, den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer und bei der Vergnügungssteuer für Automaten haben sich Mehrerträge ergeben. Bei den übrigen Steuerarten ergaben sich nur geringe Abweichungen.

Bei der Gewerbesteuer ergaben sich Minderträge in Höhe von rund 24.078 TEUR. Ursache hierfür waren hauptsächlich zurückbleibende Vorauszahlungen bei den großen Gewerbesteuerzahlern sowie auch etwas geringere Nachzahlungen von der Gesamtheit der Gewerbesteuerzahler als eingeplant wurden.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer fiel aufgrund der weiterhin positiven Wirtschafts- und Beschäftigungslage um rund 994 TEUR höher aus. Mehrerträge von rund 4.185 TEUR waren beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zu verzeichnen. Dies ergab sich aus Ende Dezember 2018 beschlossenen gesetzlichen Regelungen für die fortgesetzte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SBG II für Personen im Fluchtkontext, die zu einer nochmaligen Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils für 2019 führten. Diese konnten in der Haushaltsplanung nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Mehrerträge bei der Grundsteuer B (526 TEUR) sowie bei der Vergnügungssteuer für Automaten in Höhe von rund 1.274 TEUR waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht absehbar.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Haushaltsansatz 2019:	150.487.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	149.381.800,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.105.200,00	EUR

Nach dem Bescheid von Anfang April 2019 fielen die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um 1.105 TEUR geringer als geplant aus.

Diese Mindererträge sind ganz wesentlich auf die für den Finanzausgleich 2019 zu berücksichtigenden Soziallasten (Durchschnitt 2016/2017) zurückzuführen. Während diese niedersachsenweit anstiegen, war für die Stadt Braunschweig ein Rückgang zu verzeichnen. Diese Daten standen erst im März 2019 fest und führten zu geringeren Schlüsselzuweisungen.

Die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises entsprachen bis auf eine geringfügige Abweichung der Veranschlagung.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 8: Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Haushaltsansatz 2019:	3.000.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	1.926.460,26	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.073.539,74	EUR

Der Minderertrag resultiert hauptsächlich bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen nach § 233a Abgabenordnung, hier ergeben sich Mindererträge von rund 1.091 TEUR.

Die Einschätzung der Höhe der Zinserträge, die sich aus Steuernachforderungen auf länger zurückliegende Jahre ergeben, ist schwierig, da die sich ergebenden Zahlfälle zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung zum größten Teil noch nicht bekannt sind. Die Veranschlagung basierte auf Erfahrungen, der Vorjahre, tatsächlich konnten aber nur wesentlich geringere Erträge erzielt werden.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 11: Sonstige ordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2019:	50.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	7.561.772,24	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+7.511.572,24	EUR

Die Mehrerträge in Höhe von rund 7.030 TEUR resultieren im Wesentlichen aus der Herabsetzung von nicht im vollen Umfang benötigten Rückstellungen aus Vorjahren (keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung).

Davon entfallen rund 4.098 TEUR auf die Energieeinsparverordnung (EnEV 2009). Die Bildung der Rückstellung war durch die öffentlich-rechtliche Verpflichtung aus der EnEV – für die im Falle eines Verstoßes ein Bußgeld verhängt werden kann - begründet. Bislang wurden keine Bußgelder verhängt und sind auch zukünftig nicht zu erwarten. Von einem inhaltlich genau bestimmten

Handeln innerhalb eines bestimmten, d. h. voraussehbaren Zeitraums, als weitere Voraussetzung für die Bildung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten, kann nach den vorliegenden Informationen nicht ausgegangen werden. Somit wurde die noch verbliebene Rückstellung zum Stichtag 31.12.2019 vollständig herabgesetzt.

Des Weiteren wurden folgende Rückstellungen herabgesetzt: für Brandschutz rund 568 TEUR, für Schimmelpilzbeseitigung rund 448 TEUR sowie eine Vielzahl von Beträgen, die sich jeweils auf eine Höhe unter 200 TEUR belaufen.

Daneben ergaben sich Mehrerträge durch die Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus der Gewerbesteuer (+ 367 TEUR, keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung).

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 22: Außerordentliche Erträge

Haushaltsansatz 2019:	0,00	EUR
Ergebnis 2019:	10.647.836,91	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+10.647.836,91	EUR

Die Mehrerträge im Bereich der außerordentlichen Erträge sind im Wesentlichen durch die Auflösung von Rückstellungen entstanden, weil diese nicht mehr benötigt wurden.
Im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 ist für einen Steuerpflichtigen davon ausgegangen worden, dass eine Rückerstattung von Gewerbesteuer in Höhe von 7.700 TEUR im Folgejahr erforderlich wird. Im Haushaltsjahr 2019 ist es anstelle einer Rückerstattung zu einer Nachzahlung gekommen. Die Rückstellung wurde daher aufgelöst.

Des Weiteren wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 eine Rückstellung für die Rückzahlung von Fördermitteln für das Bio-Tec-Gründungszentrum in Höhe von 2.554 TEUR gebildet. Nach Abschluss der Endbelegungsnachweisprüfung durch die NBank ist eine Rückzahlung nicht erforderlich. Die Rückstellung wurde daher aufgelöst.

Erläuterungen zu Abweichungen der Aufwendungen in den Teil-Ergebnisrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen.

Alle Teilhaushalte

Alle Teilhaushalte – Zeile 13: Personalaufwendungen	
Haushaltsansatz 2019:	194.475.321,00 EUR
Ergebnis 2019:	206.181.570,95 EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+11.706.249,95 EUR

Die in der Höhe nicht vorgesehene Besoldungserhöhung von 3,2 % im Jahr 2019 hat im Beamtenbereich zu einem Mehraufwand von rund 736 TEUR geführt. In der Finanzplanung war hierfür lediglich eine Anpassung von 2 % vorgesehen. Da im Bereich der Pensions- und Beihilferückstellungen ebenfalls nur eine Besoldungsdynamik von 2 % bei der Planung unterstellt wurde, kam es auch hier zu ungeplanten Mehraufwendungen in Höhe von rund 6.340 TEUR. Zusätzlich sind bei den Beamten nicht planbare Mehraufwendungen für Beihilfe (rund 372 TEUR) sowie aufgrund von Fluktuationen zu leistende Abfindungszahlungen nach dem Versorgungslasten-Staatsvertrag (rund 544 TEUR) entstanden.

Darüber hinaus haben sich ungeplante Mehrbedarfe im Tarifbereich (einschließlich Zusatzversorgung und Sozialversicherung) von rund 2.729 TEUR sowie von rund 830 TEUR bei den sonstigen Personalrückstellungen (insbesondere für Überstunden sowie nicht genommenen Urlaub) ergeben.

Die dargestellten Abweichungen sind im Jahr 2019 in ihrer Gesamtheit auf den zentral durch den Fachbereich 10 bewirtschafteten Sachkonten des Personalaufwandes entstanden und verteilen sich gesamtstädtisch auf alle Teilhaushalte. Ausgleichend ist hierbei jedoch die für die leistungsorientierte Bezahlung vorgesehene Deckungsreserve (Zeile 19 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zugeordnet) zu berücksichtigen, für die rund 2.828 TEUR veranschlagt waren.

Alle Teilhaushalte – Zeile 14: Versorgungsaufwendungen	
Haushaltsansatz 2019:	22.905.500,00 EUR
Ergebnis 2019:	23.671.122,25 EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+765.622,25 EUR

Die in der Höhe nicht vorgesehene Besoldungserhöhung von 3,2 % im Jahr 2019 hat im Bereich der Versorgungsempfänger zu einem Mehraufwand von rund 420 TEUR entstand geführt. In der Finanzplanung war hierfür lediglich eine Anpassung von 2 % vorgesehen.

Für den gleichen Personenkreis haben sich darüber hinaus nicht planbare Mehraufwendungen für Beihilfezahlungen in Höhe von rund 345 TEUR ergeben.

Die dargestellten Abweichungen sind im Jahr 2019 in ihrer Gesamtheit auf den zentral durch den Fachbereich 10 bewirtschafteten Sachkonten des Versorgungsaufwandes entstanden und verteilen sich gesamtstädtisch auf alle Teilhaushalte.

Alle Teilhaushalte – Zeile 16: Abschreibungen

Haushaltsansatz 2019:	41.611.871,53	EUR
Ergebnis 2019:	39.490.691.92	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.121.179,61	EUR

Im Hinblick auf die Gesamtabweichung wirkten sich insbesondere folgende Teilhaushaltsabweichungen (Abweichungen > 100 TEUR) aus:

Allg. Finanzwirtschaft: Abweichung +1.341 TEUR
Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen sowie kaufmännisches Ausbuchen (bei Insolvenzen) von Forderungen zurückzuführen sind (+ 1.099 TEUR). Hierfür existierten keine Planansätze. Weiterhin sind nicht geplante Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen angefallen (+242 TEUR).

FB 10: Abweichung -454 TEUR
Insbesondere die Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände (-313 TEUR) und Betriebs- und Geschäftsausstattung (-235 TEUR) sind nicht in der geplanten Höhe eingetreten. Die Verwaltung ist in der Abschreibungsplanung von einer weitaus höheren jährlichen Auszahlung für Software und Hardware ausgegangen. Dagegen gab es im Bereich der Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen eine höhere Abschreibung als geplant (+ 116 TEUR).

FB 20: Abweichung + 755 TEUR
Es haben sich rund 1,4 Mio. EUR höhere Abschreibungen auf Gebäude und rund 0,7 Mio. EUR geringere Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung ergeben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass entsprechend höhere Investitionsmittel in 2019 für Baumaßnahmen ausgegeben worden sind bzw. Baumaßnahmen entgegen der Planung früher fertiggestellt werden konnten. Die geplanten Ausstattungen (Technik, Mobiliar) z.B. für den Neubau der Berufsfeuerwehr konnten aber nicht wie geplant umgesetzt werden, was zu geminderten Abschreibungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung geführt hat. Forderungsabschreibungen in Höhe von 71 TEUR sind dagegen nicht geplant gewesen.

FB 32: Abweichung + 192 TEUR
Im Teilhaushalt 32 sind mehr Abschreibungen entstanden als geplant gewesen sind. Dies bezieht sich insbesondere auf die Abschreibungen auf Forderungen als auch auf deren Einzelwertberichtigungen (+ 187 TEUR).

FB 37: Abweichung -421 TEUR
Der FB 37 hat in 2019 weniger als geplant Fahrzeuge angeschafft. Hierdurch haben sich verringerte Abschreibungen auf Fahrzeuge ergeben (-324 TEUR). Auch die Abschreibungen auf Einrichtungsgegenstände sind nicht ausgeschöpft worden (Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertige Vermögensgegenstände). Zusätzlich angefallen sind dagegen Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von rund 31 TEUR.

FB 40: Abweichung -412 TEUR
Beim FB 40 ist es entgegen der Planung zu geringeren Abschreibungen bei den Maschinen und technischen Anlagen als auch bei der Hardware-und Softwareausstattung (inkl. geringwertige Vermögensgegenstände) gekommen (-455 TEUR). Unter anderem sind die Beschaffungsmittel für die Erneuerung der Drucktechnik für die BBS I nicht wie geplant abgeflossen. Im Bereich der Abschreibungen auf Gebäude haben sich dagegen erhöhte Abschreibungen in Höhe von rund 46 TEUR ergeben, die durch die Beschaffung von digitalen Whiteboards erzeugt wurden.

FB 41: Abweichung +407 TEUR
Die erhöhten Abschreibungen resultieren in Höhe von rund 530 TEUR aus Abschreibungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Zum 31.12.2017 / 01.01.2018 sind die Festwerte der Städtischen Bibliotheken entfallen. Die bisherigen Vermögenswerte werden ab diesem Zeitpunkt nach einer geschätzten Restnutzungsdauer abgeschrieben. Dies war so in der Planung 2019 nicht berücksichtigt worden. Für alle zukünftigen Beschaffungen von Medien gelten zukünftig nicht mehr die Buchungsregelungen des Bewertungsvereinfachungsverfahrens „Festwert“, sondern die Regelungen des Standardbuchungsgeschäftes.

Dagegen wurden insbesondere die geplanten Abschreibungen für Investitionszuweisungen der Kommune an Dritte nicht in vollem Umfang benötigt (-117 TEUR). In der Planung ist die Verwaltung bei dem Zuschuss für die Einrichtung des Veranstaltungszentrums von einer geringeren Abschreibungsdauer ausgegangen. Aber auch die Abschreibungen für z.B. die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen wurden nicht in der geplanten Höhe gebraucht (-6 T EUR).

FB 50: Abweichung +278 TEUR
Es haben sich nicht geplante Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von rund 275 TEUR ergeben, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen sind.

FB 51: Abweichung +241 TEUR
Die erhöhten Abschreibungen resultieren allein in Höhe von rund 240 TEUR aus Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen sind. Hierfür waren keine Planansätze vorgesehen.

FB 61: Abweichung – 1.183 TEUR
Insbesondere bei den Abschreibungen für Grünanlagen etc. haben sich rund 753 TEUR und bei den Abschreibungen für Gebäude rund 304 TEUR geringere Aufwendungen ergeben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass u.a. im Rahmen der Sanierungsgebiete die Investitionen zwar im TH 61 geplant werden, deren Aktivierungen letztendlich jedoch im fachlich zuständigen TH erfolgen.

FB 66: Abweichung -1.531 TEUR
Hier ergeben sich Abweichungen aufgrund des nur teilweisen Mittelabflusses der eingeplanten

Investitionsmittel für Straßen (-730 TEUR) und Brücken (-213 TEUR). Diverse Haushaltsmittel für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen konnten nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden bzw. die Baumaßnahmen konnten nicht fertiggestellt werden, z. B. Umgestaltung DB Verknüpfungspunkt Gliesmarode, Neubau Stadtstraße Hamburger Straße / Bienroder Weg, Helmstedter Straße, Erschließungsmaßnahmen Taubenstraße, Neubau Okerbrücke Biberweg. Es wird hier auf die Abweichungen zur Finanzrechnung des Teilhaushaltes FB 66 verwiesen.

Weiterhin wurden die geplanten Abschreibungen für Investitionszuweisungen der Kommune an Dritte in Höhe von rund 418 TEUR nicht ausgeschöpft. Hierbei handelt es sich insbesondere um noch nicht aktivierbare Zuwendungen gegenüber der Verkehrs-GmbH für den Stadtbahnausbau. Derzeit finden die Planungen zu diesem Projekt statt.

In Höhe von rund 1 TEUR wurden Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen sowie kaufmännisches Ausbuchen (bei Insolvenzen) von Forderungen vorgenommen. Hierfür existierten keine Planansätze.

FB 67: Abweichung -1.368 TEUR
Die Abweichung resultiert aus geringeren Abschreibungen insbesondere bei den Gebäuden in Höhe von rund 932 TEUR, bei den Grünanlagen etc. in Höhe von rund 298 TEUR und bei den Investitionszuweisungen der Kommune an Dritte in Höhe von rund 61 TEUR. Die Maßnahmen konnten nicht wie in der geplanten Höhe abgewickelt werden. Es wird hier auf die Abweichungen zum Finanzrechnung im Teilhaushalt FB 67 verwiesen.

In Höhe von rund 6 TEUR wurden Abschreibungen auf Forderungen, die auf befristete und unbefristete Niederschlagungen sowie kaufmännisches Ausbuchen (bei Insolvenzen) von Forderungen vorgenommen. Hierfür existierten keine Planansätze.

FB 10 – Zentrale Dienste

Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Haushaltsansatz 2019:	5.887.400,00	EUR
Ergebnis 2019:	4.873.722,25	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.013.677,75	EUR

Die Minderaufwendungen begründen sich insbesondere durch zum Jahreswechsel 2019/2020 noch nicht abgerechnete Beauftragungen im Bereich der IT- und TK-Instandhaltung (Projekte 4S.100005 und 4S.100006). Hierfür wurden Haushaltsreste mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 705 TEUR gebildet.

Darüber hinaus wurden im Bereich der zentralen Ausbildung Haushaltsreste in Höhe von rund 77 TEUR für im Jahr 2019 beauftragte Fortbildungsveranstaltungen gebildet, bei denen sich die Veranstaltungsreihen terminlich bis in das Jahr 2020 erstreckt haben.

FB 20 – Finanzen

FB 20 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	33.553.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	18.318.676,23	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-15.234.823,77	EUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus nicht mehr oder nur teilweise in 2019 umgesetzten Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen (Minderaufwendungen in Höhe von rund 15,5 Mio. EUR).

In 2019 ist eine Vielzahl von Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Gebäuden begonnen bzw. fortgeführt worden. Die Abweichung ist nicht bei wenigen nennenswerten Baumaßnahmen entstanden, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl von einzelnen Baumaßnahmen.

So konnten beispielsweise Einzelmaßnahmen an Schulen (z. B. Sanierung der IGS Franzsches Feld, Sanierung der Oswald-Berkhan-Schule, Fassadensanierung GS Altmühlstraße) sowie diverse kleinere Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen an Schulen und Kitas nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Auch die nicht wie geplant verausgabten Haushaltsmittel für die Fassadensanierung der Petzvalstraße 50 B haben zu der geringeren Ausschöpfung des Instandhaltungsansatzes geführt.

Dagegen haben sich aber auch Mehraufwendungen zum Beispiel bei den sonstigen Sachaufwendungen in Höhe von rund 1,3 Mio. EUR ergeben. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Ausweichquartiere, Abbrucharbeiten als auch Umgestaltungen / Umbauten von Ausstattungsgegenständen. Im Rahmen der Baumaßnahmen erfolgt keine Detailplanung auf den Aufwandskonten. Aus Vereinfachungsgründen wird insbesondere nur das Konto 421110 (Grundstücke und bauliche Anlagen – Instandhaltungen) bei der Planung verwandt. Erst in der Bewirtschaftung erfolgt dann die verursachungsgerechte Zuordnung der Rechnungen zu den einzelnen Aufwandskonten.

FB 20 – Zeile 18: Transferaufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	46.155.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	49.744.958,80	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.589.458,80	EUR

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich im Wesentlichen um Betriebsmittelzuschüsse für die städtischen Gesellschaften.

Der Wirtschaftsplan 2019 der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) sah einen Zuschussbedarf von 30.580 TEUR vor. Dementsprechend wurden im Laufe des Jahres monatliche Abschläge an die SBBG ausgezahlt. Da der Jahresabschluss 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von rund 34.013 TEUR auswies, wurde ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von rund 3.433 TEUR erforderlich.

Daneben war bei der Flughafen GmbH ein Sonderzuschuss von 400 TEUR zu leisten.
In beiden Fällen wird auf die Beschlussvorlage für den Rat der Stadt (DS 20-13019) verwiesen, in der die erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen begründet werden. Der Rat stimmte der Bereitstellung dieser überplanmäßigen Aufwendungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 in seiner Sitzung am 24. März 2020 zu. Die entsprechenden Zahlungen an die Gesellschaften erfolgten im Jahr 2020.

Demgegenüber waren bei einigen Gesellschaften geringere Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von insgesamt rund 244 TEUR zu leisten.

FB 20 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	8.566.800,00	EUR
Ergebnis 2019:	9.903.913,87	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.337.113,87	EUR

Die Abweichungen ergeben sich insbesondere aus:

Sachkonto 443140 Prüfungs- und Beratungskosten (- 115 TEUR):
Von den verfügbaren Mitteln wurden in 2019 nur rund 481 TEUR verbraucht. Insbesondere für die Beratungsleistungen zur Haushaltsoptimierung wurden Haushaltsreste übertragen.

Sachkonten 445512/445517/445518/445528 „Erstattungen an Gebäudemanagement für Miete, Betriebskosten warm und kalt sowie Verwalterpauschale" (- 87 TEUR):

In 2019 wurden neben den laufenden Aufwendungen für Miete und Betriebskosten die Nachforderungen aus den Betriebskostenabrechnungen 2017/2018 des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement beglichen. Dennoch wurden im Teilhaushalt Finanzen für Erstattungen an das Gebäudemanagement insgesamt weniger Mittel benötigt als bei der Haushaltsplanung erwartet wurde.

Sachkonto 445526 Erstattung an das Gebäudemanagement für Serviceleistungen (+ 1.665 TEUR):
Die Überschreitung resultiert aus einem gegenüber der Planung höheren Mittelbedarf für die Servicekosten der Sonderrechnung (z. B. Bauherrenleistungen). Aufgrund des gestiegenen Bauvolumens des Gebäudemanagements haben sich im Verhältnis zum Vorjahr auch höhere Bauherrenleistungen ergeben.

Da bei der Planung der Haushaltsmittel für Hochbausanierungen noch nicht bekannt ist, ob die HOAI-Leistungen an Dritte vergeben werden oder mit dem eigenem Personal des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement erbracht werden können, werden die Haushaltsmittel aus Vereinfachungsgründen vollständig auf den Konten für Drittleistungen in Zeile 15 bei den Sach- und Dienstleistungen geplant. Bei Durchführung mit eigenem Personal ergeben sich entsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Sachkonto 445710 Erstattung an private Unternehmen (- 68 TEUR):
Die geringer angefallenen Betriebskosten des PPP - Projektes (Bonus-Malus-Regelung) wurden im Rahmen von Budgetanpassungen zu der Gebäudeinstandhaltung PPP Schulen umgesetzt, um die hier erforderlichen Haushaltsreste zu übertragen.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	4.370.900,00	EUR
Ergebnis 2019:	3.189.113,10	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.181.786,90	EUR

Das Budget wurde in 2019 nicht ausgeschöpft, da insbesondere funktionale Umbauten mit einem Volumen von rund 302 TEUR u.a. auch in Zusammenhang mit Inklusionsmaßnahmen (Projekt „FB 40: Global - Umbauten an Schulen (4S.400024) und Projekt „FB 40: Inklusionsmaßnahmen Schulen“ (4S.400025)) ebenso wie die Beschaffung von Möbeln und Funktionsgegenständen für die Schulen (z.B. Projekt „FB 40: GVG-FunkG/Lehrm Schulen“ (5S.400008) mit einem Volumen von rund 489 TEUR nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten.

FB 40 – Zeile 18: Transferaufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	429.250,00	EUR
Ergebnis 2019:	1.144.223,37	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+714.973,37	EUR

Ursächlich für die Planüberschreitung sind die Aufwendungen für das kostengünstige Schülerticket (706 TEUR).

Der Rat der Stadt hat am 25.06.2019 die Einführung eines kostengünstigen Schülertickets beschlossen (Ds. 19-11238). Entsprechende Mittel zur Finanzierung waren bereits bei der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt worden, allerdings im Ansatz für die Schülerbeförderungskosten (Zeile 19 - Sonst. ordentliche Aufwendungen). Aufgrund der späteren vertraglichen Ausgestaltung waren die Zahlungen an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH jedoch als Zuschuss zu behandeln und entsprechend zu buchen. Die Deckung erfolgte durch entsprechende Minderaufwendungen bei den Schülerbeförderungskosten in Zeile 19.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	3.288.900,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.558.176,84	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-730.723,16	EUR

Von den hier zu verzeichnenden Minderaufwendungen von 730 TEUR entfallen auf den Bereich der Unterbringung geflüchteter Menschen 277 TEUR (Sicherheitsdienst und andere Sachaufwendungen), sie mussten jedoch zur Teildeckung der Ansatzüberschreitung der Transferaufwendungen für geflüchtete Menschen von 1.700 TEUR herangezogen werden (s.a. Zeile 18).

Minderaufwendungen von 273 TEUR gab es zudem im Bereich Gesundheitsamt. Davon entfielen 112 TEUR auf besondere Verwaltungs-und Betriebsaufwendungen für ordnungsbehördliche Bestattungen. Von 2016 bis zum im 1. Halbjahr 2017 stiegen die Fallzahlen, 2018 sanken sie unerwartet und 2019 stiegen sie leicht jedoch nicht im erwarteten Maße wieder an. Zudem sind seit 2018 die direkten Übernahmen der Bestattungskosten durch Angehörige angestiegen. Exakte Prognosen sind naturgemäß nicht möglich.

Weitere Minderaufwendungen von 91 TEUR sind bei den sonstigen Aufwendungen für Sachleistungen zu verzeichnen, weil u.a. der Bedarf an auszubildenden und einzusetzenden Gesundheitslotsen geringer als geplant ausfiel (Ansatz 2020 wurde erheblich gesenkt), weniger Sprachmittler bei der Beratung nach Prostituiertenschutzgesetz eingesetzt werden mussten (keine ausreichenden Erfahrungswerte und Berechnungsgrundlagen für diese neue Aufgabe ab Oktober 2017) und die Honorarkräfte beim Psychosozialer Krisendienst erst später als geplant eingesetzt werden konnten. Die restlichen - 70 TEUR verteilen zur Hälfte auf Minderaufwendungen beim medizinischen Sachbedarf, zur anderen Hälfte auf diverse Sachkonten mit jeweils einstelligen TEUR - Beträgen.

Darüber hinaus sind saldierte Minderaufwendungen im Bereich der Wohnungsloseneinrichtungen (- 41 TEUR), Wohnbauförderung (- 57 TEUR), Verwaltung der Sozialhilfe (- 33 TEUR) und diversen anderen Bereiche (- 48 TEUR) jeweils bei diversen Sachkonten entstanden.

FB 50 – Zeile 18: Transferaufwendungen

Haushaltsansatz 2019:	119.151.920,00	EUR
Ergebnis 2019:	123.853.006,55	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+4.701.086,55	EUR

Mehraufwendungen von saldiert 3.160 TEUR sind im Bereich Sozialhilfe SGB XII zu verzeichnen. Sie resultieren mit summiert 4.074 TEUR aus den unerwartet starken Anstieg bei den Aufwendungen für Eingliederungshilfe sowie den Wiederanstieg der Aufwendungen für Hilfe zur Pflege sowie Minderaufwendungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 914 TEUR.

Weitere Mehrwendungen von 1.690 TEUR sind im Bereich AsylbewerberLG entstanden, da im Durchschnitt 500 Personen statt geplant 450 Personen zu finanzieren waren und zudem und in einem Einzelfall sehr hohe Krankenhilfeaufwendungen entstanden.

Diverse kleinere Minderaufwendungen von summiert 149 TEUR verteilen sich auf verschiedene Bereiche.

FB 50 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	67.675.800,00	EUR
Ergebnis 2019:	65.068.722,42	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.607.077,58	EUR

Minderaufwendungen sind insbesondere bei den Kosten der Unterkunft und Heizung SGB II aufgrund der geringer als eingeplanten Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bzw. deren noch stärker als erwarteten Rückgangs entstanden (rund -1.208 TEUR). Der erkennbaren Entwicklung wurde mit Ansatzabsenkungen im Haushalt 2020 Rechnung getragen. Die einmaligen Beihilfen (- 352 TEUR) und die Aufwendungen des Bildungs- und Teilhabepakets (- 100 TEUR) für die SGB II - Bezieher fielen ebenfalls geringer als geplant aus.

Des Weiteren waren bei der Krankenhilfe Minderaufwendungen zu verzeichnen (- 375 TEUR).
Für den Kommunalen Finanzierungsanteil an den Verwaltungskosten des Jobcenters Braunschweig wurde ebenfalls weniger aufgewendet als geplant (- rund 439 TEUR).

Die vorgenannten Minderaufwendungen konnten zur Deckung eines Teils der Transfer-Mehraufwendungen Sozialhilfeetat herangezogen werden (s. Zeile 18).

Weitere Minderaufwendungen ergaben sich mit 76 TEUR bei den Erstattungen an den Gemeindeunfallversicherungsverband und saldiert 57 TEUR bei diversen Sachkonten-/Produkt-Kombinationen.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	3.377.110,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.736.283,88	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-640.826,12	EUR

Hauptsächlich wird die Abweichung durch einen Minderaufwand in Höhe von rund 192 TEUR im Bereich der stationären Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge im Pippelweg verursacht. Dies Unterkunft wurde in 2020 an FB 50 übergeben und wird nicht weiter von FB 51 betrieben.

Ein weiterer Minderaufwand in Höhe von rund 110 TEUR ist auf berufsbegleitende Hilfen / Schulsozialarbeit und die 2. Chance für Schulverweigerer zurückzuführen. In 2019 waren insgesamt sieben Stellen unbesetzt und eine Stelle wurde neu besetzt, entsprechend hat sich der Bedarf an jugendhilflichen Mitteln der Sachbearbeiter gemindert, da auch die Anzahl der Klienten nicht erreicht werden konnte.

Im Bereich der Schulkindbetreuung Schulen / KoGS, Freie Träger wurden rund 71 TEUR weniger aufgewendet, da gemäß der Bedarfe der Träger zur Erstausstattung in 2019 verhältnismäßig wenig Gegenstände mit einem Einzelwert von unter 150 EUR angeschafft wurden, sodass die Mittel der hier angefragten Haushaltsstelle nicht in vollem Umfang genutzt wurden.

Im Bereich der städtischen Kindergartenbetreuung sind rund 140 TEUR weniger Aufwendungen für Sachaufwendungen und Verbrauchsmittel entstanden, dieser Minderaufwand wird unter anderem durch einen Minderbedarf an Materialien zur Kinderbetreuung verursacht.

Für Aufwendungen für Aus- und Fortbildungen / Umschulungen im Bereich des Kinderschutzes nach § 8a und für Sozialraumaktivitäten wurden rund 64 TEUR weniger aufgewendet als geplant, da die Maßnahmen nicht im vorgesehenen / geplanten Umfang erfolgt sind. Diese Maßnahmen sind von angezeigten Schulungsnotwendigkeiten für städtische Bedienstete und Mitarbeitende von Trägern der freien Jugendhilfe (gem. getroffener §§ 8a, 72 a SGB VIII-Vereinbarung) sowie anstehenden möglichen Sozialraumaktivitäten unter Berücksichtigung von personellen Ressourcen abhängig.

FB 51 – Zeile 18: Transferaufwendungen

Haushaltsansatz 2019:	130.617.050,00	EUR
Ergebnis 2019:	109.757.785,69	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-20.859.264,31	EUR

Hauptsächlich wird die Abweichung durch einen Minderaufwand im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge verursacht. Alleine für die Inobhutnahmen sowie stationären und ambulanten Betreuungen betrug dieser rund 11 Mio. EUR.

Ein weiterer Minderaufwand in Höhe von rund 2,6 Mio. EUR ist im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen zu verzeichnen, der durch die starke Abweichung der geplanten zu den tatsächlichen Fallzahlen zustande gekommen ist. Die Aufwendungen sind dementsprechend niedriger ausgefallen als geplant.

Ein weiterer deutlicher Minderaufwand in Höhe von rund 6,8 Mio. EUR ist im Bereich der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten zu verzeichnen. Genannter Betrag verteilt sich auf die Nichtumsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Katalogs zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig, der Richtlinie zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten des Landes Niedersachsen, der Nichtumsetzung von Ausbauplanungen bei freien Trägern der Jugendhilfe, der Sprachförderung sowie des Abbaus des Sanierungsstaus.

Der Minderaufwand im Bereich der Kindertagespflege in Höhe von rund 1,6 Mio. EUR ist auf das Nichterreichen der geplanten Ausbauziele zurückzuführen.

FB 51 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	10.014.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	11.893.724,90	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.879.024,90	EUR

Die oben dargestellte Abweichung resultiert im Wesentlichen aus über dem geplanten Ansatz liegenden Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt rund 617 TEUR bei den Erstattungen an FB 65. Der Bereich der Erstattungen für die Betriebskosten warm und kalt wird aktuell in Zusammenarbeit mit dem Leistungserbringer neu kalkuliert.

Mehraufwendungen in den Bereichen der Vollzeitpflege, der Allgemeinen Heimerziehung sowie der Eingliederungshilfe bilden mit insgesamt rund 1,4 Mio. EUR den Schwerpunkt in der Planüberschreitung. Ursächlich hierfür ist eine aus einer Stellenvakanz resultierende fehlerhafte Veranschlagung des Aufwands. Durch die Nachbesetzung der Stelle wurde eine Vielzahl von Altfällen aufgearbeitet. Zudem haben sich die Fallzahlen in den letzten Jahren erhöht, was ebenfalls zu Mehraufwand geführt hat.

Ref. 0600 Baureferat

Ref. 0600 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	876.100,00	EUR
Ergebnis 2019:	52.846,34	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-823.253,66	EUR

Der überwiegende Anteil der Mittel beinhaltet die nicht in Anspruch genommenen Gelder für die kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 780 TEUR. Trotz intensiver Gespräche mit potenziellen Antragstellern konnte im Jahr 2019 keine Leistungsbewilligung erfolgen. Vielmehr werden die geplanten Maßnahmen vor dem Hintergrund langer Vorlaufzeiten aufgrund Bauplanung und Umsetzung erst in absehbarer Zeit realisiert werden können, sodass erst demnächst mit einer Antragstellung gerechnet werden kann.

Des Weiteren sind im Rahmen der Instandhaltung städtischer Brunnen und Denkmäler bei FB 65 Maßnahmen in Auftrag gegeben worden, die noch nicht ausgeführt werden konnten.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Haushaltsansatz 2019:	5.357.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.785.146,60	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.571.853,40	EUR

Die Abweichung in Höhe von rund 2,6 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf folgende Projekte zurückzuführen:

Projekt 4S.610039 – FB 61: Soziale Stadt – Donauviertel
Projekt 4S.610043 – FB 61: Investitionspakt Donauviertel
Projekt 4S.610044 – FB 61: Stadtumbau Bahnstadt
Insbesondere im Projekt „Stadtumbau Bahnstadt“ sind die Aufwandspositionen mit 1,1 Mio. EUR geplant aber aufgrund der noch nicht abgeschlossener Vorplanungen nicht abgerufen worden. Auch im Sanierungsgebiet Donauviertel und im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel fielen die Ergebnisse geringer als geplant aus.

Die Planung von Aufwendungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligungen im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

Projekt 4E.610010 – Voigtländer-Areal/ Sanierung Altlast
Weitere Minderaufwendungen in Höhe von rund 0,4 Mio. EUR waren im Bereich des Umweltschutzes, im Speziellen bei den Altlastensanierung Voigtländer zu verzeichnen. Eine Umsetzung der Maßnahme war unter anderem nicht möglich, da es nicht zu einer Einigung mit den beteiligten Dritten kam bzw. weil sich das Altlastensanierungsvorhaben auf Grund von vorgenommenen Änderungen in der technischen Abwicklung der Sanierungsmaßnahme verzögert hat.

Projekt 4S.610047– FB 61: Straßenpanoramabilder/Besch.
Bei dem Projekt haben sich geringere Ergebnisse in Höhe von rund 0,3 Mio. EUR ergeben, weil zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung die Maßnahme neu projektiert wurde und das Auswahlverfahren des Anbieters noch vorzunehmen war.

FB 61 – Zeile 18: Transferaufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	4.456.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.738.807,88	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.717.192,12	EUR

Die Minderaufwendungen sind insbesondere bei den Projekten der Sanierungsgebiete entstanden. Es handelt sich um folgende Projekte:

4S.610009 - Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet
4S.610020 - Stadtumbau West - Ilmweg
4S.610039 - Soziale Stadt - Donauviertel

Die Planung von Aufwendungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligungen im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Haushaltsansatz 2019:	7.602.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	6.269.028,48	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.333.171,52	EUR

Die Minderaufwendungen sind auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

FB 66: Fahrradabstellanlage HBF /Neubau (Projekt 4E.660018)
Die Umsetzung dieses Projektes konnte in 2019 nicht erfolgen, so dass eine Plan/Ist-Abweichung in entsprechender Höhe entstanden ist. Die Anlage ist mit Unterstützung der Bike-and-Ride-Offensive der Bahn geplant. Hier sind Fördergelder aus der nationalen Klimaschutzinitiative des BMU vorgesehen. Die Abstellanlagen sollen bundeseinheitlich mit gleichartigen Ausstattungsmerkmalen versehen werden. Dazu macht die DB Rahmenverträge mit Herstellern für Fahrradständer, Doppelstockständer sowie Fahrradkäfige und Überdachungen. Die Rahmenvereinbarung für Käfige und Überdachungen ist europaweit ausgeschrieben und noch nicht abgeschlos-

sen. Daher konnte die Abstellanlage noch nicht errichtet werden.
Abweichung: - 0,6 Mio. EUR

FB 66: Brückenerneuerungen 2018ff (Projekt 4S.660018)
Für die Unterhaltung von Brücken wurde in 2019 rund 0,2 Mio. EUR weniger ausgegeben als im Haushaltsplan veranschlagt. Aufgrund von personellen Engpässen und Verzögerungen in den Planverfahren anderer Brückenbauprojekte konnten die Maßnahmen in diesem Projekt nicht wie geplant umgesetzt werden.
Abweichung: - 0,2 Mio. EUR

Instandhaltungen von Straßen (diverse Projekte)
Im Bereich der Straßenunterhaltung (z.B. Deckenerneuerungen von Straßen) handelt es sich in der Regel um Aufträge, die bereits erteilt wurden aber im lfd. Jahr nicht mehr umgesetzt werden konnten. Es sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.
Abweichung: - 0,3 Mio. EUR

Mobilitätsentwicklungsplan
Rund 0,2 Mio. EUR sind bei den Planungskosten nicht verausgabt worden. Die Mittel für den Mobilitätsentwicklungsplan konnten in 2019 nicht mehr verausgabt werden und wurden als Haushaltsreste nach 2020 übertragen.
Abweichung: - 0,2 Mio. EUR

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz 2019:	3.105.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	3.880.829,53	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+775.129,53	EUR

Der Haushaltsansatz der Sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrug im Jahr 2019 3.106 TEUR. Zusätzlich gab es übertragene Haushaltsermächtigungen in Höhe von 412 TEUR. Somit ergab sich ein Gesamtbudget bei den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 3.518 TEUR.

Die Hauptursache für die Planabweichungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen begründet sich in höheren Aufwendungen bei den Erstattungen an FB 65 für Mieten und Nebenkosten in Höhe von 494 TEUR. Hier handelt es sich in erster Linie um Betriebskostenabrechnungen für die Jahre 2016 und 2017.

Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat

Stabsstelle 0800 – Zeile 18: Transferaufwendungen		
Haushaltsansatz 2019:	907.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	182.536,53	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-724.663,47	EUR

Die Minderaufwendungen ergeben sich maßgeblich aus den folgenden Sachverhalten:

1. Aus dem Ansatz Existenzgründerfonds (431710) wurde 2019 lediglich ein Unternehmen gefördert (Minderaufwand: rund 37 TEUR).

2. Der Ansatz für Tourismusförderung (431810) wurde aufgrund des seinerzeit noch nicht fertiggestellten Tourismuskonzeptes, an dessen Inhalt sich jedoch künftige Ausgaben orientieren, nur geringfügig frequentiert; hier wurden Reste in das Jahr 2020 übertragen (Minderaufwand: 44 TEUR).

3. Aus dem Ansatz Baustellenfonds (431810 – 100 TEUR) sind 2019 keine Ausgaben angefallen; der Betrag wurde als Haushaltsrest übertragen und ab dem Haushalt 2020 bereits reduziert.

4. Aus dem Ansatz Smart City/WLAN (431810) wurden alle Ausgaben 2019 aus HH-Resten beglichen, der Ansatz 2019 von 45 TEUR wurde als Rest ins Haushaltsjahr 2020 übertragen, um handlungsfähig für sich aus dem SC-Strategiekonzept ergebenden Handlungsempfehlungen sowie der anvisierten Open-Data-Plattform zu sein.

5. Zuschüsse für Förder- und Innovationsprojekte (431813) wurden in 2019 nicht geleistet, der Ansatz wurde für das Haushaltsjahr 2021 entsprechend reduziert (Minderaufwand: 25 TEUR).

6. Für Kosten der Förderung des Breitbandausbaus (z.B. technische Begleitkosten, Beratung o.ä.) waren 460 TEUR veranschlagt (431813), die noch nicht abgerufen wurden; sie wurden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2020 übertragen.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 15: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	
Haushaltsansatz 2019:	-1.189.600,00 EUR
Ergebnis 2019:	-3.316.016,78 EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-2.126.416,78 EUR

In den Vorjahren wurden für verschiedene Sachverhalte Rückstellungen gebildet. Für den teilweisen Verbrauch dieser Rückstellungen wurde in der Zeile 15 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – ein "negativer" Aufwand in Höhe von rund 1.200 TEUR eingeplant.

Neben dem Verbrauch der Brandschutz-Rückstellung in Höhe von rund 1.759 TEUR erfolgte noch bei den Rückstellungen für Unterdecken ein Verbrauch in Höhe von rund 1.405 TEUR und bei den Rückstellungen für Feuerwehrhäuser ein Verbrauch in Höhe von rund 159 TEUR.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 18: Transferaufwendungen	
Haushaltsansatz 2019:	28.000.000,00 EUR
Ergebnis 2019:	23.145.930,00 EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-4.854.070,00 EUR

Die Minderaufwendungen ergaben sich im Umfang von rund 4.753 TEUR bei der Gewerbesteuerumlage. Diese ist abhängig vom Gewerbesteuer-Istaufkommen im betreffenden Jahr und von der Höhe des jährlich neu festgesetzten Vervielfältigers, der im Jahr 2019 für Braunschweig 35 von 450 Punkten betrug. Da das Gewerbesteuer-Istaufkommen im Jahr 2019 niedriger war als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung angenommen, ergab sich auch eine entsprechend geringere Gewerbesteuerumlage für die Stadt.

Zudem entstand ein kleiner Minderaufwand in Höhe von rund 101 TEUR bei der Entschuldungsumlage.

Allg. Finanzwirtschaft – Zeile 19: Sonstige ordentliche Aufwendungen	
Haushaltsansatz 2019:	2.827.576,84 EUR
Ergebnis 2019:	-70.566,93 EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	- 2.898.143,77 EUR

Deckungsreserve Personalaufwendungen

Der geringere Aufwand ergab sich in Höhe von rund 2.828 TEUR durch die Deckungsreserve für Personalaufwendungen. Diese wurde eingerichtet für die nach den tarifvertraglichen Regelungen vorgesehene leistungsorientierte Bezahlung der tariflich Beschäftigten sowie für die leistungsorientierte Bezahlung der Beamten. Die Mittel wurden für den vorgesehenen Zweck verwendet.

Die Aufwandsbuchungen erfolgen zuordnungsgerecht bei den Personalaufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten. Die Deckungsreserve wird gemäß § 6 der Haushaltssatzung zur Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten aufgelöst.

3.3 Gesamt-Finanzrechnung

3.3.1 Gesamtergebnis

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	EUR		absolut in EUR		in v. H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.018.223,16	38.173.904,33	+ 27.155.681,17	+	über 100 %
Saldo aus Investitionstätigkeit	-72.856.300,00	-58.949.662,65	+ 13.906.637,35	+	19,09
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	44.674.500,00	57.322.645,86	+ 12.648.145,86	+	28,31
Gesamtergebnis	-17.163.576,84	36.546.887,54	+ 53.710.464,38	+	über 100 %

Unter Berücksichtigung des geplanten Haushaltsresteabbaus in Höhe von rund 3.850 TEUR für die laufende Verwaltungstätigkeit und in Höhe von rund 9.310 TEUR für die Investitionstätigkeit würden sich folgende Werte ergeben:

2019	Saldo		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	EUR		absolut in EUR		in v. H.
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.168.223,16	38.173.904,33	+ 31.005.681,17	+	über 100 %
Saldo aus Investitionstätigkeit	-82.166.300,00	-58.949.662,65	+ 23.216.637,35	+	28,26
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	44.674.500,00	57.322.645,86	+ 12.648.145,86	+	28,31
Gesamtergebnis	-30.323.576,84	36.546.887,54	+ 66.870.464,38	+	über 100 %

3.3.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

In der Gesamt-Finanzrechnung 2019 ergibt sich durch Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 27.281.726,62 EUR und Minderauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 54.437.407,79 EUR eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 27.155.681,17 EUR.

3.3.3 Saldo aus Investitionstätigkeit

Für die Investitionstätigkeit ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 104.238,32 EUR und Minderauszahlungen in Höhe von 13.802.399,35 EUR eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 13.906.637,35 EUR.

3.3.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Für die Finanzierungstätigkeit ergibt sich als Saldo aus Mehreinzahlungen in Höhe von 11.338.100,00 EUR und Minderauszahlungen in Höhe von 1.310.045,86 EUR eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 12.648.145,86 EUR.

3.3.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden neben den Ein- und Auszahlungen für die Kernverwaltung der Stadt Braunschweig auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern.

Es handelt sich dabei um folgende Sachverhalte:

- Fremde Mittel - Zahlungsverkehr der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement
- Durchlaufende Gelder, die für Dritte nur eingezahlt oder ausgezahlt werden (Kameralistik = Vorschuss- und Verwahrkonten)

Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 beläuft sich auf 3.244.430,99 EUR.

Hierin enthalten ist eine stichtagsbezogene Abstimmdifferenz in Höhe von rund 11,6 TEUR (Vorjahr 6,3 TEUR) zwischen der Liquidität auf den Bilanzkonten und dem Zahlungsmittelbestand in der Finanzrechnung.

3.3.6 Situation in den Teilhaushalten

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, bei denen die Finanzmittelveränderung eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 1 Mio. EUR aufweist. Eine positive Abweichung führt zu einer Ergebnisverbesserung und eine negative Abweichung zu einer Ergebnisverschlechterung des Jahresabschlusses.

Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik

Ref. 0120 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	1.974.100,00	EUR
Ergebnis 2019:	-1.385.679,14	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-3.359.779,14	EUR

Für das Haushaltsjahr 2019 sind Investitionseinzahlungen vom Land im Rahmen des KIP II in Höhe von 3,8 Mio. EUR für bauliche Maßnahmen insbesondere an der Grundschule Comeniusstraße eingeplant worden (4S.000020). Da es bei den baulichen Maßnahmen zu Verzögerungen kam und Investitionszuwendungen erst nachträglich erfolgen, konnten die Mittel nicht wie geplant

2019 abgefordert werden. Dies wird in den Folgejahren nachgeholt. Da die Fristen zum Abruf der Fördergelder verlängert wurden, wird davon ausgegangen, dass wie geplant alle Fördergelder in Anspruch genommen werden können.

Die Abweichung in der Finanzrechnung des Ref. 0120 von rund 3,4 Mio. EUR ist insbesondere durch den dargestellten Vorgang hervorgerufen worden.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-97.599.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	-77.378.822,32	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+20.220.377,68	EUR

Die in 2019 geplante Finanzmittelveränderung in Höhe von rund -97.599 TEUR setzt sich zusammen aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund -55.189 TEUR und dem Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von rund -42.410 TEUR. Die im Haushaltsjahr 2019 tatsächlich erzielte Finanzmittelveränderung beträgt jedoch nur rund -77.379 TEUR und ist somit insgesamt um rund 20.220 TEUR besser als der Planansatz.

Der erzielte Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt rund -39.239 TEUR und ist somit um rund 15.950 TEUR besser als geplant. Ohne Berücksichtigung der nur ergebniswirksamen Auflösungserträge aus Sonderposten, Abschreibungen und Rückstellungen entspricht er im Wesentlichen dem Fehlbetrag der Ergebnisrechnung (siehe Erläuterungen zur Ergebnisrechnung in Textziffer 3.1.4).

Bei dem Saldo aus Investitionstätigkeit ergab sich eine Finanzmittelveränderung in Höhe von rund -38.140 TEUR. Die Abweichung gegenüber der Planung von rund -4.270 TEUR resultiert aus Mehreinzahlungen aus Investitionen in Höhe von 8.717 TEUR sowie den gegenüberstehenden Mehrauszahlungen im Bereich der Investitionen in Höhe von 4.447 TEUR.

Die Mehreinzahlungen im Investitionsbereich sind insbesondere bei den Positionen Zuwendungen für Investitionstätigkeit (rund 1.979 TEUR) sowie der Veräußerung von Sachvermögen (rund 5.748 TEUR) entstanden.

Daneben ergaben sich Mehrauszahlungen insbesondere bei dem Erwerb von Finanzvermögensanlagen (2.501 TEUR) und bei der sonstigen Investitionstätigkeit für von den städtischen Gesellschaften in Anspruch genommenen Ausleihungen (rund 11.530 TEUR).

FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

FB 32 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-6.490.100,00	EUR
Ergebnis 2019:	-8.033.768,31	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.543.668,31	EUR

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 - wie oben dargestellt - eine Verschlechterung des Endbestandes an Finanzmitteln um -1.544 TEUR aus.

Einerseits wurden die insgesamt erwarteten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht erreicht, andererseits die Planansätze für Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit überschritten.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit schließen mit einem Minus von 394 TEUR ab. Im Wesentlichen sind ursächlich hierfür geringe Kostenerstattungen für den Einsatz des Zentralen Ordnungsdienstes (ZOD) als Mobiler Umweltdienst (MUD) und geringere sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus Buß- und Verwarnungsgeldern und sonstigen ordnungsrechtlichen Einzahlungen aus Kostenbescheiden an Kfz-Halter.

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit überschreiten die Planansätze um insgesamt 988 TEUR.

Die nicht voll eingeplante gesetzliche Anpassung der Beamten-Besoldung, Personalzuwachs bei den Tarifbeschäftigten und die nicht beim FB 32 eingeplanten leistungsorientierten Zahlungen (LoB) führten zu Mehrauszahlungen für aktives Personal und für Versorgung von insgesamt 954 TEUR.

Hinzukommen um 207 TEUR höhere sonstige haushaltswirksame Auszahlungen u. a. an die Bundesdruckerei in Berlin für die Herstellung von Personaldokumenten (Personalausweise, Reisepässe, Aufenthaltstitel für Ausländer, Kartenführerscheine) sowie die Erstattungen an den FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement.

Bei Zugrundelegung des aktualisierten Ansatzes von -6.671 TEUR (Ansatz wie oben zuzüglich - 164 TEUR aus Haushaltsresten und außer- und überplanmäßigen Haushaltsmitteln von - 17 TEUR) erhöhen die vorstehend dargestellten Plan-Ist-Abweichungen den Finanzmittelbedarf um 1.381 TEUR. Da bei den Auszahlungen für Investitionstätigkeit 18 TEUR erspart wurden, beläuft sich der endgültige Finanzmittelfehlbetrag auf 1.363 TEUR.

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-26.179.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	-28.027.544,13	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.848.044,13	EUR

Die Abweichung in Höhe von -1.848 TEUR zwischen dem Ergebnis 2019 und dem Haushaltsansatz 2019 ergibt sich unter anderem aus Mehrauszahlungen in Höhe von 3.635 TEUR im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeiten.

Die Mehrauszahlung in Höhe von 3.635 TEUR ergibt sich zunächst aus Mindereinzahlungen in Höhe von 2.234 TEUR im Rahmen der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit: Diese umfasst zum Großteil Mindereinzahlungen in Höhe von 2.197 TEUR für öffentlich-rechtliche Entgelte ohne Investitionen. Diese Abweichung wird bereits zu Zeile 5 der Ergebnisrechnung erläutert. Zudem ist eine Mindereinzahlung im Rahmen der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ohne Investitionen in Höhe von 172 TEUR zu verzeichnen. Diese resultiert aus dem verspäteten Projektstart der aktiven Phase des Projektes "Novelle" aufgrund von Verzögerungen der Stellenbesetzungsverfahren. Hierdurch konnten die angesetzten Fördermittel in Höhe von 108 TEUR im Jahr 2019 nicht eingenommen werden. Der Großteil der restlichen Mindereinzahlungen von insgesamt 64 TEUR ergibt sich aus dem Projekt "Sirene", da aufgrund einer Verschiebung eines Großauftrages im Rahmen des Projektes auf das Jahr 2020 lediglich 33 TEUR der ursprünglich für das Jahr 2019 veranschlagten 103 TEUR als Fördermittel eingenommen wurden. Die daraus im Jahr 2019 entstandenen Mindereinzahlungen werden jedoch für das Jahr 2020 erwartet. Dennoch konnten die auf dieser Position restlich veranschlagten Mittel in Höhe von 13 TEUR um 6 TEUR überschritten werden und führen damit zu einer Mehreinzahlung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ohne Investitionen. Ebenfalls konnten im Rahmen der privatrechtlichen Entgelte ohne Investitionen Mehreinzahlungen im Jahr 2019 in Höhe von 93 TEUR eingenommen werden.

Auch auf den Positionen Kostenerstattungen/ -umlagen ohne Investitionen (33 TEUR) sowie sonstige haushaltswirksame Einzahlungen (8 TEUR) konnten Mehreinzahlungen in Höhe von insgesamt 42 TEUR verzeichnet werden. Saldiert ergibt sich die oben genannte Mindereinzahlung in Höhe von 2.234 TEUR.

Andererseits ergibt sich die Mehrauszahlung in Höhe von 3.635 TEUR aus einer Überschreitung der Ansätze in Höhe von 1.400 TEUR im Rahmen der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Diese Überschreitung ergibt sich zum Großteil (716 TEUR) aus Mehrauszahlungen für aktives Personal (386 TEUR) sowie für Versorgung (330 TEUR). Diese Abweichung wird bereits zu Zeile 13 der Ergebnisrechnung erläutert. Des Weiteren kam es zu Mehrauszahlungen bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und geringwertige Vermögensgegenstände in Höhe von 297 TEUR, welche sich aus unterschiedlichsten, unvorhersehbaren und notwendigen Beschaffungen zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft des FB 37 über das Jahr 2019 hinweg zusammensetzen. Mehrauszahlungen in Höhe von 3 TEUR ergaben sich auf der Position Transferauszahlungen ohne Investitionen unter anderem durch Zuschüsse zur Kameradschaftskasse.

Ebenfalls sind Mehrauszahlungen in Höhe von insgesamt 392 TEUR bei den sonstigen haushaltswirksamen Auszahlungen zu verzeichnen. Der Großteil (322 TEUR) dieser Mehrauszahlungen ergibt sich zum einen bei den Auszahlungen für Rechte und Dienste, vermischte Ausgaben durch die Abrechnungen für LNA- und NEF-Arztleistungen in Höhe von 247 TEUR sowie bei den Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich durch Zahlung der Abschläge für die Notfallseelsorge in Höhe von 75 TEUR. Zudem ergaben sich bei den Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten, unter anderem aufgrund der seit dem 19. September 2018 geltenden geänderten Entschädigungssatzung, Mehrauszahlungen von insgesamt 25 TEUR. Im Rahmen der Erstattungen an das Gebäudemanagement erfolgten im Jahr 2019 ebenfalls Mehrauszahlungen von insgesamt 37 TEUR. Zudem sind Mehrauszahlungen in Höhe von 124 TEUR bei anderen sonstigen Auszahlungen zu verzeichnen.

Jedoch sind auch Minderauszahlungen im Rahmen der Erstattung an übrige Bereiche in Höhe von 64 TEUR zu verzeichnen. Ebenfalls kommt es durch geringe positive sowie negative Abweichungen zwischen den Ansätzen und den Ergebnissen des Jahres 2019 auf den übrigen Sachkonten unter der Position der sonstigen haushaltswirksamen Auszahlungen zu Minderauszahlungen in Höhe von insgesamt 52 TEUR. Im Bereich der Zinsen und ähnlichen Auszahlungen sind Minderauszahlungen in Höhe von 9 TEUR zu verzeichnen. Saldiert ergibt sich die oben genannte Mehrauszahlung in Höhe von 1.400 TEUR.

Zum anderen ergibt sich die Abweichung in Höhe von -1.848 TEUR aus einer Minderauszahlung im Rahmen der Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeiten in Höhe von 1.787 TEUR. Es wird hier auf die Erläuterungen zu den Auszahlungen für bewegliches Sachvermögen (Zeile 27) unter Ziffer 3.4 verwiesen.

FB 40 Schule

FB 40 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-58.733.950,00	EUR
Ergebnis 2019:	-54.120.289,44	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+4.613.660,56	EUR

Die Entlastung im Finanzhaushalt zum Jahresende ist größtenteils auf Mehreinzahlungen in Höhe von + 2.842 TEUR zurückzuführen. Wesentlich dazu beigetragen haben Einzahlungen für Gastschulbeiträge (Beschulung auswärtiger Kinder in Braunschweig) aus Vorjahren, die arbeitsbedingt erst in 2019 abgerechnet und vereinnahmt werden konnten (+ 2.321 TEUR). Darüber hinaus hat ein geringerer Mittelabfluss bei den Schülerbeförderungskosten im Umfang von - 1.692 TEUR maßgeblich zur Höhe der Liquiditätsverbesserung beigetragen.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-82.722.720,00	EUR
Ergebnis 2019:	-80.778.235,22	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.944.484,78	EUR

Nach der Ergebnisrechnung ist eine Verbesserung von 1.939 TEUR zu verzeichnen, nach der Finanzrechnung 1.944 TEUR.

Trotz der in Summe sehr geringen Differenz von 5 TEUR sind die Ursachen der Abweichungen in den beiden Rechnungen in einigen Punkten gravierend unterschiedlich.

Die Mehreinzahlungen nach der Finanzrechnung (rund 3.300 TEUR) sind kleiner als Mehrerträge nach der Ergebnisrechnung (rund 5.400 TEUR); Differenz rund 2.100 TEUR.

Die Mehrauszahlungen nach der Finanzrechnung (rund 1.300 TEUR) sind kleiner als Mehraufwendungen nach der Ergebnisrechnung (rund 3.400 TEUR) = Differenz rund 2.100 TEUR

Dass nach der Finanzrechnung 2.100 TEUR weniger Mehreinzahlungen zu verzeichnen sind als Mehrerträge nach der Ergebnisrechnung liegt wie zu Zeile 6 erläutert zum einen mit 3.776 TEUR in der Auflösung eines PRAPs im Bereich Quotales System der Sozialhilfe. Das Geld wurde 2018 vom Land zur Abgeltung des sogenannte 13. Monats im Quotalen System überwiesen mit der Maßgabe es 2018 zu vereinnahmen, einen PRAP zu bilden und diesen PRAP 2019 aufzulösen. Im Ist war dieses Geld also schon 2018 und nicht 2019.

Um 1.726 TEUR wiederum sind die Ist-Einnahmen in der Finanzrechnung höher als die Erträge in der Ergebnisrechnung, weil - ebenfalls beim Quotalen System - 2019 mit rund 2.000 TEUR eine höhere Rückstellung als 2018 (280 TEUR) für zu viel erhaltene im Folgejahr zurückzuzahlende Abschläge gebildet wurde. Rückstellungen spiegeln sich nur in der Ergebnisrechnung wider, dort werden auch die Forderungen aus den einzelnen Abrechnungen periodengenau zum Soll gestellt. Die Ist-Einnahmen bzw. -Einzahlungen der Abschläge des laufenden Jahres bzw. die Einbehaltungen für Rückzahlungsverpflichtungen von Vorjahresabschlägen von diesen finden sich in der Finanzrechnung wieder - ebenso die angeforderten Resterstattungen nach Ist-Eingang.

Ein Teil der Mehraufwendungen in der Ergebnisrechnung betrifft mit 1.100 TEUR Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen etc. (Zeile 13). In der Finanzrechnung sind sie nicht enthalten -weil nicht zahlungswirksam- (Zeile 11). Gleiches gilt für 280 TEUR Mehraufwendungen für Abschreibungen, die in der Finanzrechnung nicht enthalten sind.

Des Weiteren sind die Mehrauszahlungen Transfer- Sozialhilfe etc. um 300 TEUR kleiner als die korrespondierenden Mehraufwendungen und die Minderauszahlungen KdU SGB II, Krankenhilfe GMG etc. um 480 TEUR größer als die korrespondierenden Minderaufwendungen, da bedingt durch den Kassenschluss 2019 bis Ende Januar 2020 im Haushaltsjahr 2019 gebucht werden musste, die Zahlungen ab 01.01.2020 naturgemäß erst 2020 kassenwirksam wurden.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-139.962.410,00	EUR
Ergebnis 2019:	-127.998.280,07	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+11.964.129,93	EUR

Die im Rahmen des Rechenschaftsberichtes zur Ergebnisrechnung getroffenen Erläuterungen der Gesamtsituation sind dem Grunde nach für die an dieser Stelle dargestellten Abweichungen ebenso zutreffend und werden durch die weiteren Berichte zur Finanzrechnung ergänzt.

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-24.137.100,00	EUR
Ergebnis 2019:	-15.790.288,02	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+8.346.811,98	EUR

Für die Abweichung beim Jahresergebnis zwischen Haushaltsansatz und Ergebnis des Jahres 2019 sind im Wesentlichen die Mindererträge/-einzahlungen bzw. -Aufwendungen/-auszahlungen im Bereich der Stadt- und Altlastensanierung, sowie im Bereich der Grünbaumaßnahmen verantwortlich.

Das Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit für FB 61 beinhaltet geringere Zahlungsmittelabflüsse in Höhe von 3.163 TEUR und das Saldo aus Investitionstätigkeit für FB 61 stellt einen geringeren Zahlungsmittelabfluss in Höhe von 5.184 TEUR dar.

Ergänzend dazu wird auf die Stellungnahmen zu der Ergebnisrechnung unter Ziffer 3.2 (Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen) und der Finanzrechnung unter Ziffer 3.4 (Ein- und Auszahlungen für Baumaßnahmen und aktivierbare Zuwendungen), die Bestandteile dieses Berichtes sind, verwiesen.

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-37.680.400,00	EUR
Ergebnis 2019:	-34.186.017,20	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.494.382,80	EUR

Es sind geringere Mittelabflüsse in Höhe von rund 3.494 TEUR entstanden, die sich mit 1.195 TEUR aus dem Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit und mit 2.299 TEUR aus dem Saldo aus Investitionstätigkeit zusammensetzen.

Der Ansatz für Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurde um rund 1,3 Mio. EUR unterschritten. Dies lag insbesondere an den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen. Es wird hier auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt (Ziffer 3.2) verwiesen.

Die größere Abweichung ist bei den Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit (rund 2.299 TEUR) zu verzeichnen gewesen. Die Abweichung ergibt sich aus diversen Projekte, die unter Ziffer 3.4 erläutert worden sind.

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	-31.788.420,00	EUR
Ergebnis 2019:	-25.810.166,75	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+5.978.253,25	EUR

Die Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes des FB 67 begründet sich zum einen in einer Einzahlungserhöhung in Höhe von rund 868 TEUR und einer Auszahlungsminderung in Höhe von rund 5.110 TEUR.

Den Einzahlungserhöhungen bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 1.659 TEUR (s. ausführliche Begründung Zeile 6) stehen Einnahmeminderungen bei den Zuwendungen u. allg. Umlagen ohne Investition und Zuwendungen für Investitionstätigkeit in Höhe von 478 TEUR gegenüber. Diese geringeren Einnahmen sind auf die Verzögerungen bei den Förderprojekten „Klimaschutz mit urbanem Grün“ und „Biodiversität“ zurückzuführen.

Zusätzlich zu diesen Einnahmenminderungen konnten im Jahr 2019 die geplanten Einnahmen bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten ohne Investition nicht erzielt werden.

Die Auszahlungsminderung begründet sich im Wesentlichen bei den Baumaßnahmen (siehe ausführliche Begründung Zeile 26) und bei den Auszahlungen für Sach- / Dienstleistungen und GVG (siehe ausführliche Begründung Zeile 13).

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft – Finanzmittelveränderung des Teilhaushaltes		
Haushaltsansatz 2019:	563.149.123,16	EUR
Ergebnis 2019:	565.616.803,17	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+2.467.680,01	EUR

Die in 2019 geplante Finanzmittelveränderung in Höhe von rund 563.149 TEUR setzt sich zusammen aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 518.475 TEUR und dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von rund 44.674 TEUR.

Die erzielte Finanzmittelveränderung beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 508.294 TEUR ist um rund 10.180 TEUR geringer als geplant. Diese Abweichung hängt im Bereich der Einzahlungen im Wesentlichen mit Mindereinzahlungen bei der Gewerbesteuer von rund 22.500 TEUR sowie mit Mehreinzahlungen durch die Bestandsveränderung für Einzahlungen vor Fälligkeit (Ist vor Soll) von rund 5.381 TEUR zusammen. Daneben sind im Bereich der Auszahlungen bei der Gewerbesteuerumlage mit rund 5.915 TEUR sowie bei den Verzinsungen von Steuernachzahlungen mit rund 1.910 TEUR entsprechende Minderauszahlungen zu verzeichnen.

Beim Saldo aus Finanzierungstätigkeit ergab sich eine Finanzmittelveränderung in Höhe von rund 57.323 TEUR. Die Abweichung von rund 12.648 TEUR gegenüber der Planung ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass Kreditermächtigungen einschließlich der Kreditermächtigungen aus der Experimentierklausel nicht im geplanten Umfang in Anspruch genommen wurden und daher zu Mindereinzahlungen bzw. durch entsprechend geringere Tilgungsleistungen zu Minderauszahlungen geführt haben.

Zu den Einzelabweichungen wird auf die näheren Erläuterungen unter Ziffer 3.4 verwiesen.

3.4 Teil-Finanzrechnung

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Finanzrechnung die Abweichungen der Einzahlungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2019 und dem Ergebnis 2019 je Teilhaushalt ermittelt.

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Politische Gremien				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	220,00	+ 220,00	+ 100,00
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**220,00**	**+ 220,00**	**+ 100,00**
Verwaltungsführung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	191,36	+ 191,36	--
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**191,36**	**+ 191,36**	**--**
FB 01 Zentrale Steuerung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	66.300,00	48.648,74	- 17.651,26	- 26,62
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**66.300,00**	**48.648,74**	**- 17.651,26**	**- 26,62**
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	326.700,00	259.654,33	- 67.045,67	- 20,52
> Summe Investitionstätigkeit	3.800.000,00	0,00	- 3.800.000,00	- 100,00
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**4.126.700,00**	**259.654,33**	**- 3.867.045,67**	**- 93,71**
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	243.400,00	222.793,81	- 20.606,19	- 8,47
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**243.400,00**	**222.793,81**	**- 20.606,19**	**- 8,47**
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	3.429,73	+ 3.429,73	+ 100,00
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**3.429,73**	**+ 3.429,73**	**+ 100,00**
Personalvertretung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	8.910,00	+ 8.910,00	100,00
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**8.910,00**	**+ 8.910,00**	**+ 100,00**

In der nachfolgenden Übersicht wurden für die Finanzrechnung die Abweichungen der Auszahlungen zwischen dem Ansatz aus dem Haushaltsplan 2019 und dem Ergebnis 2019 je Teilhaushalt ermittelt.

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Politische Gremien				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	2.345.600,00	1.944.226,16	- 401.373,84	- 17,11
> Summe Investitionstätigkeit	1.800,00	2.000,49	- 200,49	- 11,14
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**2.347.400,00**	**1.946.226,65**	**- 401.173,35**	**- 17,09**
Verwaltungsführung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.605.200,00	1.601.286,63	- 3.913,37	- 0,24
> Summe Investitionstätigkeit	5.400,00	622,45	- 4.777,55	- 88,47
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.610.600,00**	**1.601.909,08**	**- 8.690,92**	**- 0,54**
FB 01 Zentrale Steuerung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.909.000,00	3.859.603,97	- 49.396,03	- 1,26
> Summe Investitionstätigkeit	77.700,00	59.956,73	- 17.743,27	- 22,84
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**3.986.700,00**	**3.919.560,70**	**- 67.139,30**	**- 1,68**
Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	2.139.500,00	1.644.950,43	- 494.549,57	- 23,12
> Summe Investitionstätigkeit	13.100,00	383,04	- 12.716,96	- 97,08
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**2.152.600,00**	**1.645.333,47**	**- 507.266,53**	**- 23,57**
Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.568.800,00	1.622.204,70	+ 53.404,70	+ 3,40
> Summe Investitionstätigkeit	1.400,00	727,87	- 672,13	- 48,01
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.570.200,00**	**1.622.932,57**	**+ 52.732,57**	**+ 3,36**
Ref. 0150 Gleichstellungsreferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	268.300,00	259.756,47	- 8.543,53	- 3,18
> Summe Investitionstätigkeit	300,00	934,24	+ 634,24	+ 211,41
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**268.600,00**	**260.690,71**	**- 7.909,29**	**- 2,94**
Personalvertretung				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.238.300,00	1.301.790,90	+ 63.490,90	+ 5,13
> Summe Investitionstätigkeit	700,00	1.323,90	+ 623,90	+ 89,13
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.239.000,00**	**1.303.114,80**	**+ 64.114,80**	**+ 5,17**

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung		
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger		
	- EUR -		absolut in EUR		- in v. H. -
FB 10 Zentrale Dienste					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.844.600,00	3.917.634,67	+	73.034,67	+ 1,90
> Summe Investitionstätigkeit	1.200.000,00	2.108.553,84	+	908.553,84	+ 75,71
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**5.044.600,00**	**6.026.188,51**	**+**	**981.588,51**	+ **19,46**
FB 20 Finanzen					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	44.557.300,00	44.673.524,93	+	116.224,93	+ 0,26
> Summe Investitionstätigkeit	3.202.600,00	11.919.400,62	+	8.716.800,62	+ 272,18
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**47.759.900,00**	**56.592.925,55**	**+**	**8.833.025,55**	+ **18,49**
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	11.979.200,00	11.537.090,36	-	442.109,64	- 3,69
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**11.979.200,00**	**11.537.090,36**	**-**	**442.109,64**	- **3,69**
FB 37 Feuerwehr					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	18.015.900,00	15.781.611,51	-	2.234.288,49	- 12,40
> Summe Investitionstätigkeit	421.000,00	580.334,61	+	159.334,61	+ 37,85
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**18.436.900,00**	**16.361.946,12**	**-**	**2.074.953,88**	- **11,25**
FB 40 Schule					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	5.403.900,00	8.247.212,88	+	2.843.312,88	+ 52,62
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**5.403.900,00**	**8.247.212,88**	**+**	**2.843.312,88**	+ **52,62**
Kultur und Wissenschaft					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.674.500,00	1.810.979,93	+	136.479,93	+ 8,15
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.674.500,00**	**1.810.979,93**	**+**	**136.479,93**	+ **8,15**
Ref. 0500 Sozialreferat					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	0,00	61.593,18	+	61.593,18	--
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**0,00**	**61.593,18**	**+**	**61.593,18**	+ **100,00**
FB 50 Soziales und Gesundheit					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	131.524.000,00	134.800.921,84	+	3.276.921,84	+ 2,49
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	11.510,00	+	11.510,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**131.524.000,00**	**134.812.431,84**	**+**	**3.288.431,84**	+ **2,50**
FB 51 Kinder, Jugend und Familie					
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	50.033.900,00	41.496.971,10	-	8.536.928,90	- 17,06
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00		0,00	--
> Gesamtsaldo	**50.033.900,00**	**41.496.971,10**	**-**	**8.536.928,90**	- **17,06**

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
FB 10 Zentrale Dienste				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	26.999.800,00	27.513.466,37	+ 513.666,37	+ 1,90
> Summe Investitionstätigkeit	9.064.600,00	8.992.363,21	- 72.236,79	- 0,80
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**36.064.400,00**	**36.505.829,58**	**+ 441.429,58**	+ **1,22**
FB 20 Finanzen				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	99.746.100,00	83.912.044,83	- 15.834.055,17	- 15,87
> Summe Investitionstätigkeit	45.613.000,00	50.059.703,04	+ 4.446.703,04	+ 9,75
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**145.359.100,00**	**133.971.747,87**	**- 11.387.352,13**	- **7,83**
FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	18.412.100,00	19.505.653,47	+ 1.093.553,47	+ 5,94
> Summe Investitionstätigkeit	57.200,00	65.205,20	+ 8.005,20	+ 14,00
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**18.469.300,00**	**19.570.858,67**	**+ 1.101.558,67**	+ **5,96**
FB 37 Feuerwehr				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	41.533.200,00	42.933.666,85	+ 1.400.466,85	+ 3,37
> Summe Investitionstätigkeit	3.083.200,00	1.455.823,40	- 1.627.376,60	- 52,78
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**44.616.400,00**	**44.389.490,25**	**- 226.909,75**	- **0,51**
FB 40 Schule				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	62.555.250,00	60.932.616,49	- 1.622.633,51	- 2,59
> Summe Investitionstätigkeit	1.582.600,00	1.434.885,83	- 147.714,17	- 9,33
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**64.137.850,00**	**62.367.502,32**	**- 1.770.347,68**	- **2,76**
Kultur und Wissenschaft				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	30.566.700,00	29.817.521,00	- 749.179,00	- 2,45
> Summe Investitionstätigkeit	365.400,00	1.804.108,29	+ 1.438.708,29	+ 393,74
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**30.932.100,00**	**31.621.629,29**	**+ 689.529,29**	+ **2,23**
Ref. 0500 Sozialreferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	555.800,00	669.893,37	+ 114.093,37	+ 20,53
> Summe Investitionstätigkeit	500,00	5.063,78	+ 4.563,78	über 100 %
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**556.300,00**	**674.957,15**	**+ 118.657,15**	+ **21,33**
FB 50 Soziales und Gesundheit				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	214.142.820,00	215.478.925,03	+ 1.336.105,03	+ 0,62
> Summe Investitionstätigkeit	103.900,00	111.742,03	+ 7.842,03	+ 7,55
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**214.246.720,00**	**215.590.667,06**	**+ 1.343.947,06**	+ **0,63**
FB 51 Kinder, Jugend und Familie				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	189.750.010,00	169.358.556,69	- 20.391.453,31	- 10,75
> Summe Investitionstätigkeit	246.300,00	136.694,48	- 109.605,52	- 44,50
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**189.996.310,00**	**169.495.251,17**	**- 20.501.058,83**	- **10,79**

Einzahlungen

Teilhaushalt	Gesamteinzahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
FB 60 Bauordnung und Brandschutz				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.754.400,00	4.194.992,01	+ 440.592,01	+ 11,74
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**3.754.400,00**	**4.194.992,01**	**+ 440.592,01**	**+ 11,74**
Ref. 0600 Baureferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	122.600,00	175.265,26	+ 52.665,26	+ 42,96
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**122.600,00**	**175.265,26**	**+ 52.665,26**	**+ 42,96**
Ref. 0610 Referat Stadtbild und Denkmalpflege				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	76.500,00	56.793,32	- 19.706,68	- 25,76
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**76.500,00**	**56.793,32**	**- 19.706,68**	**- 25,76**
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	3.896.300,00	2.318.500,00	- 1.577.800,00	- 40,49
> Summe Investitionstätigkeit	3.093.400,00	3.335.218,02	+ 241.818,02	+ 7,82
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**6.989.700,00**	**5.653.718,02**	**- 1.335.981,98**	**- 19,11**
FB 66 Tiefbau und Verkehr				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	4.617.400,00	4.484.097,36	- 133.302,64	- 2,89
> Summe Investitionstätigkeit	8.501.600,00	2.635.054,91	- 5.866.545,09	- 69,01
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**13.119.000,00**	**7.119.152,27**	**- 5.999.847,73**	**- 45,73**
FB 67 Stadtgrün und Sport				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	4.451.780,00	5.587.026,40	+ 1.135.246,40	+ 25,50
> Summe Investitionstätigkeit	384.300,00	117.066,32	- 267.233,68	- 69,54
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**4.836.080,00**	**5.704.092,72**	**+ 868.012,72**	**+ 17,95**
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	345.000,00	0,00	- 345.000,00	- 100,00
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**345.000,00**	**0,00**	**- 345.000,00**	**- 100,00**
Allgemeine Finanzwirtschaft				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	556.513.400,00	534.477.290,66	- 22.036.109,34	- 3,96
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	50.591.900,00	61.930.000,00	+ 11.338.100,00	+ 22,41
> Gesamtsaldo	**607.105.300,00**	**596.407.290,66**	**- 10.698.009,34**	**- 1,76**
Gesamthaushalt				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	841.447.080,00	814.165.353,38	- 27.281.726,62	- 3,24
> Summe Investitionstätigkeit	20.602.900,00	20.707.138,32	+ 104.238,32	+ 0,51
> Summe Finanzierungstätigkeit	50.591.900,00	61.930.000,00	+ 11.338.100,00	+ 22,41
Finanzmittelveränderung	**912.641.880,00**	**896.802.491,70**	**- 15.839.388,30**	**- 1,74**

Auszahlungen

Teilhaushalt	Gesamtauszahlung		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
FB 60 Bauordnung und Brandschutz				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	5.829.400,00	6.349.704,56	+ 520.304,56	+ 8,93
> Summe Investitionstätigkeit	5.900,00	4.307,72	- 1.592,28	- 26,99
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**5.835.300,00**	**6.354.012,28**	**+ 518.712,28**	+ **8,89**
Ref. 0600 Baureferat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.940.100,00	1.093.448,93	- 846.651,07	- 43,64
> Summe Investitionstätigkeit	10.500,00	1.235,10	- 9.264,90	- 88,24
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.950.600,00**	**1.094.684,03**	**- 855.915,97**	- **43,88**
Ref. 0610 Referat Stadtbild und Denkmalpflege				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	701.100,00	563.664,61	- 137.435,39	- 19,60
> Summe Investitionstätigkeit	2.400,00	3.148,39	+ 748,39	+ 31,18
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**703.500,00**	**566.813,00**	**- 136.687,00**	- **19,43**
FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	22.566.100,00	17.825.720,16	- 4.740.379,84	- 21,01
> Summe Investitionstätigkeit	8.560.700,00	3.618.285,88	- 4.942.414,12	- 57,73
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**31.126.800,00**	**21.444.006,04**	**- 9.682.793,96**	- **31,11**
FB 66 Tiefbau und Verkehr				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	34.869.500,00	33.541.472,01	- 1.328.027,99	- 3,81
> Summe Investitionstätigkeit	15.929.900,00	7.763.697,46	- 8.166.202,54	- 51,26
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**50.799.400,00**	**41.305.169,47**	**- 9.494.230,53**	- **18,69**
FB 67 Stadtgrün und Sport				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	27.903.500,00	27.383.487,81	- 520.012,19	- 1,86
> Summe Investitionstätigkeit	8.721.000,00	4.130.771,66	- 4.590.228,34	- 52,63
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**36.624.500,00**	**31.514.259,47**	**- 5.110.240,53**	- **13,95**
Stabsst. 0800 Wirtschaftsdezernat				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	1.243.900,00	694.654,26	- 549.245,74	- 44,16
> Summe Investitionstätigkeit	11.700,00	3.816,78	- 7.883,22	- 67,38
> Summe Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Gesamtsaldo	**1.255.600,00**	**698.471,04**	**- 557.128,96**	- **44,37**
Allgemeine Finanzwirtschaft				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	38.038.776,84	26.183.133,35	- 11.855.643,49	- 31,17
> Summe Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	--
> Summe Finanzierungstätigkeit	5.917.400,00	4.607.354,14	- 1.310.045,86	- 22,14
> Gesamtsaldo	**43.956.176,84**	**30.790.487,49**	**- 13.165.689,35**	- **29,95**
Gesamthaushalt				
> Summe laufende Verwaltungstätigkeit	830.428.856,84	775.991.449,05	- 54.437.407,79	- 6,56
> Summe Investitionstätigkeit	93.459.200,00	79.656.800,97	- 13.802.399,03	- 14,77
> Summe Finanzierungstätigkeit	5.917.400,00	4.607.354,14	- 1.310.045,86	- 22,14
Finanzmittelveränderung	**929.805.456,84**	**860.255.604,16**	**- 69.549.852,68**	- **7,48**

Erläuterungen zu Abweichungen der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen, soweit diese nicht bereits für die Ergebnisrechnung erläutert wurden. Darüber hinaus werden diejenigen Ansätze erläutert, die eine Abweichung von mehr als 500 TEUR gegenüber der Ergebnisrechnung aufweisen.

FB 50 Soziales und Gesundheit

FB 50 – Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2019:	94.346.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	97.900.836,19	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+3.554.836,19	EUR

In der Ergebnisrechnung sind Mehrerträge von 5.805 TEUR zu verzeichnen, in der Finanzrechnung lediglich 3.555 TEUR:

Die Differenz von 2.050 TEUR weniger in der Finanzrechnung liegt zum einen mit 3.776 TEUR in der Auflösung eines PRAPs im Bereich Quotales System der Sozialhilfe. Das Geld wurde 2018 vom Land zur Abgeltung des sogenannten 13. Monats im Quotalen System überwiesen mit der Maßgabe es 2018 zu vereinnahmen, einen PRAP zu bilden und diesen PRAP 2019 aufzulösen. Im Ist war dieses Geld also schon 2018 und nicht 2019.

Die restlichen 1.726 TEUR, um die die Ist-Einnahmen im Finanzhaushalt dann höher sind als die Erträge im Ergebnishaushalt, hat ihre wesentliche Ursache ebenfalls beim Quotalen System. Hier wurde 2019 mit rund 2.000 TEUR eine höhere Rückstellung als 2018 (280 TEUR) für zu viel erhaltene Abschläge, die im Folgejahr zurückzuzahlen sind bzw. vom Land von den Abschlägen des Nachjahres einbehalten werden gebildet.

Rückstellungen spiegeln sich nur in der Ergebnisrechnung wider, dort werden auch die Forderungen aus den einzelnen Abrechnungen periodengenau zum Soll gestellt.

Die Ist-Einnahmen / -Einzahlungen der Abschläge des laufenden Jahres bzw. die Einbehaltungen für Rückzahlungsverpflichtungen von Vorjahresabschlägen von diesen finden sich in der Finanzrechnung wieder -ebenso die angeforderten Resterstattungen nach Ist-Eingang.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 3: Sonstige Transfereinzahlungen		
Haushaltsansatz 2019:	2.836.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	4.924.822,67	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+2.088.822,67	EUR

Auf die Darlegung zur Ergebnisrechnung Zeile 4 - Sonstige Transfererträge wird verwiesen. Die Differenz zwischen den Ergebnissen aus Ergebnis- und Finanzrechnung beträgt rund 1,69 Mio. EUR.

Ausschlaggebend für die aufgeführte Differenz sind verspätet geflossene Einzahlungen auf Forderungen in dem Bereich des Kostenersatzes außerhalb von Einrichtungen. Wesentlich ursächlich hierfür sind die Unterhaltsvorschussleistungen, da diese nicht periodengerecht erstattet werden.

Die verspätet geflossenen Einzahlungen auf Forderungen in den Bereichen der Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind ebenfalls ursächlich für die genannte Differenz. Hier handelt es sich unter anderem um die Bereiche der allgemeinen Heimerziehung, der gemeinsamen und sonstigen Wohnformen der Eingliederungshilfe sowie Inobhutnahme/Notaufnahme und Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Wie bereits erläutert, werden die Erträge unter anderem durch die Wirtschaftliche Erziehungshilfe erzielt, durch jahresübergreifende Abwicklungen sind diese ähnlich schwer planbar wie der Bereich der Kostenerstattungen.

FB 51 – Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2019:	24.622.800,00	EUR
Ergebnis 2019:	16.535.091,79	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-8.087.708,21	EUR

Auf die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung Zeile 7 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen wird verwiesen. Die Differenz zwischen den Ergebnissen aus Ergebnis- und Finanzrechnung beträgt rund 7,26 Mio. EUR.

Wesentlich ursächlich hierfür sind die verspätet geflossenen Einzahlungen auf Forderungen in den Bereichen der Erstattungen vom Land für die Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen und Leistungen im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes sowie von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Haushaltsansatz 2019:	924.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.584.035,96	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.659.335,96	EUR

Die Ursache für die Abweichung sind Einzahlungen in einer Gesamthöhe von 1.735 TEUR, mit denen ein Erschließungsträger vorzeitig kapitalisierte Pflegekosten für die folgenden Projekte beglichen hat:

- 4s.670028.37.505 - AW 100 Heinrich der Löwe Kaserne 1.270 TEUR
- 4s.670028.38.505 - AW 113 Gewerbe. H.d.L. Kaserne 300 TEUR
- 4S.670028.39.505 - AW 100 H.d.L.Kaserne Wohnen Ausgl. 166 TEUR

Die Einzahlungen erfolgten im September 2019 und wurden zum Jahresabschluss 2019 als Passive Rechnungsabgrenzungsposten in das Jahr 2020 übertragen.

Die Einzahlungen waren nicht für das Berichtsjahr eingeplant, da die korrespondierenden Ausgaben erst in den Folgejahren anfallen werden.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben		
Haushaltsansatz 2019:	402.930.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	388.393.763,04	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-14.536.236,96	EUR

Eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis in Höhe von rund 17.094 TEUR ist bereits durch die Erläuterung zu Zeile 1 der Ergebnisrechnung erklärt. Im Folgenden wird die im Gegensatz dazu in Höhe von rund 2.557 TEUR geringere Abweichung zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung erläutert:

Die Abweichung entsteht hauptsächlich bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Die in der Finanzrechnung um rund 1.578 TEUR höhere Gewerbesteuer ergibt sich zum größten Teil aus Rückstellungen, die die Ergebnisrechnung minderten.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergab sich durch die Spitzabrechnungen 2018 und 2019 in der Finanzrechnung ein um rund 841 TEUR höheres Ergebnis.

Die verbleibende Differenz ergab sich aus kleineren Abweichungen bei den übrigen Steuern

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 9: Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen

Haushaltsansatz 2019:	50.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	-5.261.594,88	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-5.311.794,88	EUR

Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bestandsveränderung für Einzahlungen vor Fälligkeit (Ist vor Soll):

Der Bestand am 31.12.2019 war um rund 5.381 TEUR höher als der Bestand am Stichtag 31.12.2018. Der Aufbau des Bestandes an vorzeitigen Einzahlungen kann nicht geplant werden. Er entsteht dadurch, dass diese Einzahlungen im laufenden Jahr noch nicht mit den gebuchten und inzwischen fälligen Rechnungen verbunden wurden. Somit wurden sie den ursprünglichen Finanzpositionen noch nicht zugeordnet und der Bestand "Einzahlung vor Fälligkeit" wurde entsprechend erhöht. Dies sind z. B. Gewerbesteuereinzahlungen für kommende Betriebsprüfungen, Zahlungen für Folgejahre oder Zahlungen, für die eine Anordnung noch nicht erstellt wurde.

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 34: Einzahlungen, Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit

Haushaltsansatz 2019	50.591.900,00	EUR
Ergebnis 2019:	61.930.000,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+11.338.100	EUR

Über den Planansatz in Höhe von rund 50.592 TEUR hinaus stand noch ein Haushaltsrest aus den Kreditermächtigungen der Jahre 2017 und 2018 in Höhe von rund 15.406 TEUR zur Verfügung. Tatsächlich sind im Jahr 2019 Kreditaufnahmen in Höhe von 50.400 TEUR erfolgt. Dabei wurde der o. g. Haushaltsrest vollständig und der Planansatz in Höhe von rund 34.994 TEUR in Anspruch genommen.

In Höhe der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung von rund 15.598 TEUR wurde ein Haushaltsrest gebildet und in das Jahr 2020 übertragen.

Darüber hinaus stand auch noch ein Haushaltsrest aus der Kreditermächtigung 2018 für Investitionen städtischer Gesellschaften im Rahmen der Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG in Höhe von 11.530 TEUR zur Verfügung. Dieser wurde im Jahr 2019 vollständig in Anspruch genommen.

Im Ergebnis führt dies zu einer Abweichung in Höhe von rund 11.338 TEUR.

Erläuterungen zu Abweichungen der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis über 500 TEUR aufweisen, soweit diese nicht bereits für die Ergebnisrechnung erläutert wurden. Darüber hinaus werden diejenigen Ansätze erläutert, die eine Abweichung von mehr als 500 TEUR gegenüber der Ergebnisrechnung aufweisen.

Alle Teilhaushalte

Alle Teilhaushalte – Zeile 11: Auszahlungen für aktives Personal		
Haushaltsansatz 2019:	173.150.050,00	EUR
Ergebnis 2019:	179.101.868,13	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+5.951.818,13	EUR

Eine Abweichung von rund +11,7 Mio. EUR bei den Personalaufwendungen wurde bereits zu Zeile 13 der Ergebnisrechnung erläutert. Die Abweichung zur Finanzrechnung bei den Auszahlungen für aktives Personal beträgt rund -5.754 TEUR.

Zu begründen ist dies zum einen durch die Bildung von Personalrückstellungen in Höhe von rund 7.170 TEUR zu Lasten der Ergebnisrechnung, die nicht in der Finanzrechnung abgebildet werden.

Des Weiteren wurden in der Finanzrechnung rund 1,4 Mio. EUR mehr im Jahr 2019 kassenwirksam ausgezahlt, die den Personalaufwand in den Jahren 2018 bzw. 2020 belasten. Dies liegt an den Beamtenbesoldungen für den Monat Januar, die kassenwirksam im Dezember, aber ergebniswirksam erst im Januar gebucht werden.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 13: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände		
Haushaltsansatz 2019:	33.553.500,00	EUR
Ergebnis 2019:	17.690.712,55	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-15.862.787,45	EUR

Mit den Erläuterungen zur Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis der Zeile 15 zur Ergebnisrechnung wurde eine Abweichung in Höhe von rund -15.235 TEUR erklärt. Die Abweichung in der dazugehörigen Zeile in der Finanzrechnung (Zeile 13) stellt sich um 628 TEUR höher dar. Diese Abweichung wird wie folgt erläutert:

Die um rund 628 TEUR geringere Auszahlung in der Finanzrechnung ist insbesondere auf eine höhere Bildung von Rückstellungen zurückzuführen. Während in der Finanzrechnung hierfür keine Auszahlungen erfolgten, wurde die Ergebnisrechnung entsprechend hierdurch belastet.

Dieser Sachverhalt führte insbesondere bei der Finanzposition 721110 „Grundstücke und bauliche Anlagen / Instandhaltung“ zu Abweichungen gegenüber den entsprechenden Positionen in der Ergebnisrechnung von über 600 TEUR (Sachkonto 421110, vgl. Erläuterungen zu Abweichungen der Aufwendungen in den Teil-Ergebnisrechnungen, FB 20, Zeile 15).

FB 20 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen

Haushaltsansatz 2019:	9.192.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	8.547.563,61	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-645.136,39	EUR

Der Haushaltsansatz der Zeile 16 des Finanzhaushaltes ist um rund 626 TEUR höher als der Ansatz der vergleichbaren Zeile 19 des Ergebnishaushaltes. Gründe hierfür sind, dass im Finanzhaushalt auch die nicht ergebniswirksamen Auszahlungen für die abzugsfähige Vorsteuer aufzuführen sind (Finanzpositionen 744210 und 744310 mit rund 564 TEUR) und die in der Ergebnisrechnung in der Zeile 23 ausgewiesenen sonst. außergewöhnlichen Aufwendungen hier mit einfließen (Finanzpositionen 749120 und 749123 mit 62 TEUR).

Bei der Finanzrechnung haben sich die Minderauszahlungen in Höhe von rund 645 TEUR insbesondere bei den Sachkonten 745517 und 745518 Betriebskosten warm und kalt ergeben. Die Bildung der Rückstellung für die Nebenkostenabrechnungen für die Jahre 2018 und 2019 (anteilig 2019) erfolgte im Jahr 2019.

Daneben wurde zum JA 2019 von rund 135 TEUR eine Rückstellung für noch ausstehende Rechnungen z. B. für KGSt - Leistungen (HHO und VMO) und Ernst & Young für das Projekt "Finanzierung/Finanzierungsstrategie Stadt Braunschweig (Klinikum)" gebildet. Diese Beträge werden in der Ergebnisrechnung im Jahr 2019 ausgewiesen, aber erst im Jahr 2020 in der Finanzrechnung abgebildet.

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		
Haushaltsansatz 2019:	51.092.300,00	EUR
Ergebnis 2019:	49.927.345,68	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.164.954,32	EUR

Minderauszahlungen bei den Schülerbeförderungskosten in Höhe von -1.692 Mio. EUR, denen Mehrausgaben für Leistungen des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement in Höhe von +599 TEUR gegenüberstanden, waren maßgeblich für den geringeren Mittelabfluss im Berichtsjahr.

FB 41 Kultur und Wissenschaft

FB 41 – Zeile 13: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände		
Haushaltsansatz 2019:	2.920.900,00	EUR
Ergebnis 2019:	2.377.247,18	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-543.652,82	EUR

Relevante Minderauszahlungen im Haushaltsjahr 2019 entstanden vor allem in den folgenden Bereichen:

- Sonstige Bewirtschaftungskosten (115 TEUR), da die hierunter fallenden Kosten beim Städtischen Museum (Ref. 0413) z. B. für. Bewachungen niedriger ausfielen, als geplant.
- Veranstaltungen (150 TEUR), wobei zuvorderst das Budget für die Vorbereitung des LPs 2020 nicht ausgeschöpft werden musste. Dieses wurde per Haushaltsrest nach 2020 übertragen.
- Aufwendungen Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung (69 TEUR), da die Stadtbibliothek (Ref. 0412) weniger Medien beschafft hat, als zunächst geplant.
- Kunst und wiss. Sammlungen (61 TEUR): Die auf diesem Ansatz geplanten Maßnahmen (Neukonzeption der Dauerausstellung im Museum, Restaurierung von Ausstellungsstücken) konnten in 2019 wegen fehlender Personalressourcen nicht beendet werden. Eine Fertigstellung soll in 2020 erfolgen. Die Mittel hierfür wurden per Haushaltsrest nach 2020 übertragen.
- Sonst. Sachaufwendungen (57 TEUR), die im Zusammenhang mit dem LPs 2020 gebraucht wurden und in 2019 nicht verausgabt werden konnten, sind per Haushaltsrest nach 2020 übertragen worden.

- Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (41 TEUR), da für die Neuplanung der Städt. Musikschule in 2019 eingestellten Planungsmittel nicht vollständig verausgabt werden konnten. Die Mittel wurden per Haushaltsrest nach 2020 übertragen.

FB 51 Kinder, Jugend und Familie

FB 51 – Zeile 15: Transferauszahlungen		
Haushaltsansatz 2019:	130.617.050,00	EUR
Ergebnis 2019:	108.864.865,13	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-21.752.184,87	EUR

Auf die umfangreichen Erläuterungen zur Ergebnisrechnung Zeile 18 - Transferaufwendungen wird verwiesen. Die Differenz zwischen den Ergebnissen aus Ergebnis- und Finanzrechnung beträgt rund 893 TEUR.

Im Wesentlichen wird die aufgeführte Differenz durch die Bildung von Rückstellungen in den Bereichen Jugendhilfeleistungen in und außerhalb von Einrichtungen verursacht.

FB 51 – Zeile 16: Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		
Haushaltsansatz 2019:	10.014.700,00	EUR
Ergebnis 2019:	11.134.119,43	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	+1.119.419,43	EUR

Auf die umfangreichen Erläuterungen zur Ergebnisrechnung Zeile 19 - Sonstige ordentliche Aufwendungen wird verwiesen. Die Differenz zwischen den Ergebnissen aus Ergebnis- und Finanzrechnung beträgt rund 760 TEUR.

Wesentlich wird die Differenz durch die Bildung von Rückstellungen in den Bereichen der Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände verursacht.

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 13: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände		
Haushaltsansatz 2019:	8.872.200,00	EUR
Ergebnis 2019:	7.942.901,53	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-929.298,47	EUR

Die Planabweichung bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände ist im Wesentlichen auf die Finanzposition 721270 - Infrastrukturverm. - Unterhaltung Grünanlagen zurückzuführen. Aufgrund von Kapazitätsproblemen, bedingt durch nicht besetzte Planstellen, kam es im Jahr 2019 zu erheblichen Verzögerungen bei der Projektabwicklung der folgenden Maßnahmen:

4E.670023 - FB 67: Biodiversität/Maßn. z. Förderpro.
4S.670059 - FB 67: Instandh. Außenanl. städt. Gebäude
4S.670060 - FB 67: öffentl. Grünflächen/Wiederherst.

Die Bildung von Rückstellungen z.B. für die Instandhaltung von Außenanlagen an städtischen Gebäuden und für die Wiederherstellung von öffentlichen Grünflächen haben zwar die Ergebnisrechnung belastet, führten aber nicht zum Mittelabfluss. In der Ergebnisrechnung haben sich daher nicht so hohe Abweichungen ergeben.

Die nicht verausgabten bzw. nicht durch Rückstellungen gebundenen Haushaltsmittel wurden in das Jahr 2020 übertragen.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 14: Zinsen und ähnliche Auszahlungen		
Haushaltsansatz 2019:	7.200.800,00	EUR
Ergebnis 2019:	4.188.862,39	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-3.011.937,61	EUR

Die oben dargestellten Minderauszahlungen haben sich in Höhe von rund 2.791 TEUR und damit ganz überwiegend bei der Verzinsung von Steuernachzahlungen ergeben.

Für diesen Zweck war ein Aufwand im Ergebnishaushalt und Auszahlungen im Finanzhaushalt in Höhe von 3.000 TEUR veranschlagt. Während wesentlich geringere Auszahlungen als veranschlagt zu verzeichnen waren, ergaben sich auf der Aufwandsseite durch zu bildenden Rückstellungen ein über der Veranschlagung liegender Aufwand, so dass zu einem späteren Zeitpunkt mit entsprechenden Zahlungsflüssen zu rechnen ist.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung war diese Entwicklung nicht absehbar.

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 15: Transferauszahlungen

Haushaltsansatz 2019:	28.000.000,00	EUR
Ergebnis 2019:	21.983.929,00	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-6.016.071,00	EUR

Eine Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis in Höhe von rund 4.854 TEUR ist bereits durch die Erläuterung zur Zeile 18 der Ergebnisrechnung erklärt. Im Folgenden wird die darüberhinausgehende Abweichung in Höhe von rund 1.162 TEUR zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung erläutert:

Die bei der Gewerbesteuerumlage über den geringeren Aufwand hinausgehenden geringeren

Auszahlungen ergaben sich durch die Spitzabrechnungen der Gewerbesteuerumlagen für die Jahre 2018 und 2019, die jeweils zum 01. Februar des Nachjahres durchgeführt werden. Insbesondere führte eine Anfang Februar 2019 vom Land geleistete Rückzahlung, die sich auf das Jahr 2018 bezog, zu geringeren Auszahlungen im Finanzhaushalt und zu einem entsprechend höheren Aufwand im Ergebnishaushalt.

Allgemeine Finanzwirtschaft – Zeile 35: Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit

Haushaltsansatz 2019	5.917.400,00	EUR
Ergebnis 2019:	4.607.354,14	EUR
Abweichung vom Ansatz: (+ mehr/ - weniger)	-1.310.045,86	EUR

Die Abweichung in Höhe von rund 1.310 TEUR erklärt sich im Wesentlichen wie folgt:

- Tilgung von Investitionskrediten (rund -518 TEUR)
Im Rahmen der Mittelanmeldung für den Haushaltsplan 2019 wurde davon ausgegangen, dass sowohl der aus der Kreditermächtigung des Jahres 2017 stammende Haushaltsrest in Höhe von 5.604 TEUR als auch die Kreditermächtigung des Jahres 2018 in Höhe von rund 9.802 TEUR im Jahr 2018 vollständig in Anspruch genommen werden. Dies hätte im Jahr 2019 zu zwei Tilgungsraten geführt. Tatsächlich ist die Kreditaufnahme jedoch erst im ersten Halbjahr 2019 erfolgt, sodass lediglich eine Tilgungsrate angefallen ist.

- Tilgung von Krediten für Investitionen städtischer Gesellschaften im Rahmen der Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG (-791 TEUR)
Im Rahmen der Mittelanmeldung für den Haushaltsplan 2019 wurde davon ausgegangen, dass die im Haushaltsplan 2018 veranschlagte Kreditermächtigung für Investitionen städtischer Gesellschaften im Rahmen der Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG in Höhe von 43.650 TEUR vollständig im Jahr 2018 in Anspruch genommen wird. Dies hätte im Jahr 2019 zu zwei Tilgungsraten geführt. Tatsächlich sind im Jahr 2019 lediglich Kreditaufnahmen in Höhe von 32.120 TEUR erfolgt. Die verbleibende Kreditermächtigung in Höhe von 11.530 TEUR wurde als Haushaltsrest in das Jahr 2019 übertragen.

Da die vollständige Inanspruchnahme jedoch erst im zweiten Halbjahr erfolgt ist, fallen die dafür vorgesehenen Tilgungsraten erstmals im Jahr 2020 an.

Erläuterungen zu Abweichungen der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung über 500 TEUR zwischen dem aktualisierten Ansatz („Haushaltsansatz aktuell“) und dem Ergebnis darstellen.

Ref. 0120 Stadtentwicklung und Statistik

Ref. 0120 – Zeile 19: Zuwendungen für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2019	3.800.000,00	EUR
Planaktualisierung	0,0	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**3.800.000,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	0,00	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**-3.800.000,00**	**EUR**

Für das Haushaltsjahr 2019 sind Investitionseinzahlungen vom Land im Rahmen des KIP II in Höhe von 3,8 Mio. EUR für bauliche Maßnahmen insbesondere an der Grundschule Comeniusstraße eingeplant worden (4S.000020). Da es bei den baulichen Maßnahmen zu Verzögerungen kam und Investitionszuwendungen erst nachträglich erfolgen, konnten die Mittel nicht wie geplant 2019 abgefordert werden. Dies wird in den Folgejahren nachgeholt. Da die Fristen zum Abruf der Fördergelder verlängert wurden, wird davon ausgegangen, dass wie geplant alle Fördergelder in Anspruch genommen werden können.

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 19: Zuwendungen aus Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2019	0,00	EUR
Planaktualisierung	1.087,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**1.087,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	1.978.905,08	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**+1.977.818,08**	**EUR**

Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

Projekt 4E.210157 – GS Isoldestraße / Erweiterung
Die für das Jahr 2020 eingeplanten Zuwendungen für die Erweiterung der GS Isoldestraße im Rahmen eines Städtebaulichen Vertrages sind bereits teilweise in 2019 eingegangen.
Abweichung rund: + 322 TEUR

Projekt 5E.210141 - Kita Lamme- Ost II / Neubau
Für den Kita- Neubau Lamme- Ost II wurden Fördermittel vom Land gezahlt. Aufgrund von Verzögerungen im Bauablauf wurden die ursprünglich in den Vorjahren eingeplanten Mittel erst in 2019 geleistet.
Abweichung rund: + 360 TEUR

Projekt 5S.210008 - FB 20: Global - Ankauf von Grundstücken
Mehreinzahlungen sind insbesondere aufgrund von gezahlten Investitionszuschüssen im Rahmen von städtebaulichen Verträgen, z. B. im Bereich Trakehnenstr./ Breites Bleek entstanden. Daneben sind vom Städtischen Klinikum Investitionszuschüsse für Ausgleichsflächen geleistet worden.
Abweichung rund: + 1.177 TEUR

FB 20 – Zeile 21: Veräußerung von Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	1.600.000,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**1.600.000,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	7.348.146,55	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**+5.748.146,55**	**EUR**

Projekt 5S.210007 - FB 20: Global- Veräußerung von Grundstücken
Die Mehreinzahlungen aus Investitionstätigkeit sind mit im Wesentlichen auf den Verkauf von Grundstücken zurückzuführen (+ 3.295 TEUR), wie z. B. die Veräußerung von Flächen im Bereich Helmstedter Straße und Trakehnenstraße/Breites Bleek.

Daneben wurden Versicherungsleistungen für die Brandschäden der Sporthalle Lehndorf sowie der Kita Leiferde in Höhe von 2.453 TEUR gezahlt. Insbesondere für die Sporthalle Lehndorf war ein Abruf der ursprünglich in den Vorjahren eingeplanten Gelder aufgrund von Verzögerungen im Bauablauf jedoch erst 2019 möglich.

FB 20 – Zeile 23: Sonstige Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2019	1.602.600,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**1.602.600,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	2.592.348,99	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**+989.748,99**	**EUR**

Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf folgende Projekte zurückzuführen:

Projekt 5S.200024 - FB 20: Wohnbaudarlehen Dritte
Die Mehreinzahlungen haben sich im Wesentlichen durch die vorzeitige außerordentliche und vollständige Tilgung mehrerer Wohnungsbaudarlehen ergeben. Gemäß den Darlehensverträgen, die die Stadt Braunschweig in der Vergangenheit standardmäßig mit den Empfängern der städtischen

Wohnungsbaudarlehen geschlossen hat, sind die Darlehensnehmer jederzeit berechtigt, die Wohnungsbaudarlehen vorzeitig zu tilgen.
Abweichung rund: + 1.783 TEUR

Projekt 5E.200011 - Rückzahl. Ausleih. Städt.Gesell. /Experimentierklausel
Für 2019 waren Rückzahlungen aus Ausleihungen gegenüber Städtischen Gesellschaften (Experimentierklausel) mit rund 1.326 TEUR eingeplant. Tatsächlich haben sich jedoch nur Rückzahlungen in Höhe von rund 534 TEUR ergeben, da die im Vorjahr eingeplanten Kredite zur Weitergabe an die Städtischen Gesellschaften in Höhe von rd. 43,7 Mio. EUR nicht im vollem Umfang ausgeschöpft worden sind und somit auch geringere Rückzahlungen erforderlich gemacht haben (siehe hierzu auch Zeile 8 der Ergebnisrechnung - Zinsen und ähnliche Finanzerträge).
Abweichung rund: - 792 TEUR

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 19: Zuwendungen für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2019	2.900.000,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**2.900.000,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	744.089,53	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**- 2.155.910,47**	EUR

Die Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf folgende Projekte zurückzuführen:

Projekt 5E.660074 - Helmstedter Straße/ Umgestaltung
Für die Baumaßnahme Umgestaltung Helmstedter Straße waren 1 Mio. EUR an Zuwendungen eingeplant, welche nicht in der Höhe vereinnahmt werden konnten. Allerdings wurden in den Vorjahren entgegen der Planung bereits Zuwendungen eingezahlt.
Abweichung rund: - 990 TEUR

Projekt 5E.660101 - Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau
1,7 Mio. EUR an Zuwendungen waren als Zuschuss der Nibelungen-Wohnbau-GmbH für die Stadtstraße Hamburger Straße-Bienroder Weg eingeplant. Die Einnahme konnte nicht erzielt werden, da der Planfeststellungbeschluss beklagt wurde und die Maßnahme daher nicht umgesetzt werden konnte.
Abweichung rund: - 1.700 TEUR

Neben den Mindereinzahlungen von Zuwendungen hat es jedoch auch Mehreinzahlungen bei anderen Projekten gegeben, die in dieser Höhe für 2019 nicht geplant waren (z.B.5E.660068 Hamburger Straße/ Straßenerneuerung, 5S.660067 Bushaltestellen / Umgestaltung).

FB 66 – Zeile 20: Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit		
Haushaltsansatz 2019	5.601.600,00	EUR
Planaktualisierung	0,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**5.601.600,00**	**EUR**
Ergebnis 2019	1.890.617,04	EUR
Abweichung vom Ansatz (+ mehr/ - weniger)	**- 3.710.982,96**	**EUR**

Die Erzielung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen hängt direkt mit der Umsetzung der zugrundeliegenden Baumaßnahmen zusammen. Aufgrund von Verschiebungen oder Verzögerungen von Baumaßnahmen z. B. in Folge von Wettereinflüssen, Änderungsbedarf nach politischer Beschlusslage oder anderen Einwirkungen kommt es jedes Jahr wiederkehrend zu Abweichungen der geplanten Ausgaben und damit zusammenhängend auch der Einnahmen.

Es ist sowohl bei den Erschließungsbeiträgen als auch bei Straßenausbaubeiträgen zu Abweichungen gekommen. In 2019 lagen die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen rund 0,7 Mio. EUR die Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen rund 3,0 Mio. EUR unter dem Ansatz.

Dabei kommt es einerseits vor, dass in Projekten Straßenausbau- oder Erschließungsbeiträge geplant sind, diese aber wegen Verzögerungen nicht realisiert werden.

Insbesondere für folgende Projekte gab es aus diesem Grund geringere als geplante Einnahmen:

- 5E.660101 Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	1.615 TEUR
- 5E.660105 Taubenstr./Erschließung	889 TEUR
- 5E.660123 Nördl. Ringgebiet/ Herst. Planstraße S1	677 TEUR
- 5E.660150 Lilienthalplatz /Umgestaltung	556 TEUR

Die Erschließungsbeiträge für das Nördliches Ringgebiet (5E.660123) wurden nicht erzielt, da die Einzahlungs- und Auszahlungsmittel für diesen Abschnitt ebenfalls in dem Projekt „Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau (5E.660101)“ veranschlagt wurden.

Die Begründungen für die anderen Projekte ergeben sich aus den Erläuterungen zu den Abweichungen bei den entsprechenden Projekten in der Zeile 26 Baumaßnahmen.

Andererseits kann es auch sein, dass Beiträge in Projekten vereinnahmt werden, in denen die Ansätze bereits in Vorjahren veranschlagt waren und die Abrechnung von Baumaßnahmen bzw. die Einnahme der Beiträge erst in 2019 erfolgt ist. Dies ist z.B. bei dem Projekt „Helmstedter Straße / Umgestaltung (5E.660074)“ der Fall gewesen und hat zu Mehreinzahlungen geführt.

Erläuterungen zu Abweichungen der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in den Teil-Finanzrechnungen

Im Folgenden werden diejenigen Haushaltsansätze der Teilhaushalte erläutert, die eine Abweichung über 500 TEUR zwischen dem aktualisierten Ansatz und dem Ergebnis darstellen.
In den Planaktualisierungen sind die übertragenen Haushaltsreste aus dem Vorjahr enthalten. Die Gründe für die Bildung von Haushaltsresten bei den einzelnen Projekten über 500 TEUR sind im Jahresabschluss 2018 aufgeführt. Daneben sind auch Mittelumsetzungen im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen sowie Haushaltsvorgriffe enthalten. Diese können den Punkten 3.5.2.1 und 3.5.2.2 des Rechenschaftsberichts entnommen werden. Ebenfalls enthalten sind Mittelumsetzungen im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Diese Mittelumsetzungen werden von den jeweiligen Fachbereichen innerhalb der ihnen zugeteilten Budgets vorgenommen.

FB 10 Zentrale Dienste

FB 10 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	1.843.200,00	EUR
Planaktualisierung	2.380.235,86	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**4.223.435,86**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2019	3.147.911,73	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-1.075.524,13**	**EUR**

Projekt 4S.100005 - Global- Maßnahmen IT FB 10
Im Pr1 Informationstechnologie wurden zum Jahresabschluss 2019 insgesamt Haushaltsreste in Höhe von rund 470 TEUR gebildet. Es handelt sich hierbei um Beauftragungen von IT-Hard- und Software, bei denen die Leistungserbringung erst im Jahr 2020 erfolgt ist.

Die bei diesem Projekt noch verbliebenen Haushaltsmittel wurden in 2019 nicht benötigt. Es handelt sich hierbei um Mittel für aktive Netzwerkkomponenten aus dem DigitalPakt Schule. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen sowie dem anfänglich ungeklärten vergaberechtlichen Vorgehen bei den PPP-Schulen kam es bei der Umsetzung des DigitalPaktes Schule zunächst zu zeitlichen Verzögerungen. Durch die Verschiebung des Leistungszeitpunktes werden die Haushaltsmittel erst in den Folgejahren benötigt und erneut angemeldet.
Abweichung rund: -1.006 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 20 Finanzen

FB 20 – Zeile 25: Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		
Haushaltsansatz 2019	3.264.400,00	EUR
Planaktualisierung	2.927.639,67	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**6.192.039,67**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	700,00	EUR
abzgl. Ergebnis 2019	1.352.346,69	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-4.838.992,98**	**EUR**

Die Minderauszahlungen sind insbesondere auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

Projekt 5E.200002 - Wilhelm-Bracke Gesamtschule / Erschließung
Die Erschließungskosten für drei Wegeverbindungen bei der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule sind erst für den Endausbau - voraussichtlich in 2020 - an den Fachbereich Tiefbau zu zahlen. Entsprechende Haushaltsreste wurden gebildet.
Abweichung rund: -215,7 TEUR

Projekt 5E.200007 - FB 20: Stadtstraße Nord / Erschließung
Aufgrund erfolgreicher Klage ist eine Anpassung des Planfeststellungsverfahrens im Bereich Stadtstr. Nord erforderlich; somit verzögert sich der Baubeginn. Es ist nicht vor 2022 mit einem Ausbaubeginn bzw. Erhebung der Erschließungskosten auszugehen. Es wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.
Abweichung rund: -550 TEUR

Projekt 5S.210008 - FB 20: Global - Ankauf von Grundstücken
Diverse Verträge für Grundstückskäufe sind auf den Weg gebracht worden, aber es fehlte an der Verpflichtung zur Zahlung. Es wurden hierfür entsprechende Haushaltsreste gebildet. Weitere bei diesem Projekt vorgesehene Mittel konnten aufgrund abnehmender Verkaufsbereitschaft der Eigentümer nicht wie ursprünglich geplant realisiert werden.
Abweichung rund: -3.992 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 20 – Zeile 26: Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2019	36.060.700,00	EUR
Planaktualisierung	32.330.708,86	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**68.391.408,86**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	8.715.315,38	EUR
Ergebnis 2019	29.060.597,01	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-30.615.496,47**	**EUR**

Bei den folgenden Projekten ist es im Haushaltsjahr 2019 zu Minderauszahlungen über 500 TEUR gekommen

Projekt 4E.210116 – Berufsbildende Schule (BBS) V / Erweiterung
Die Bauarbeiten an der BBS V umfassen die Teilprojekte Abbruch Remise, Umbauten in den Bestandsgebäuden A - D, Brandschutzmaßnahmen im Gebäude E, die eigentliche Herstellung des Erweiterungsgebäudes sowie die Herstellung dessen Außenanlagen. Verschiedene Einflüsse bewirkten Verzögerungen im Baufortschritt; dazu gehört insbes. die hohe Auslastung der Auftragnehmer. Jedoch waren von den nach 2020 übertragenen Mitteln rund 730 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -1.101 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210130 – Grund- und Hauptschule (GS/HS) Rüningen / Sanierung
Im Anschluss an die Sanierung des Schulgebäudes, der Sporthalle sowie der Ertüchtigung der Sporthalle zu einer Versammlungsstätte sollten das Kellergeschoss und die Grundleitungen erneuert werden. Aufgrund veränderter Prioritätensetzungen im Schulbereich - insbes. durch den verstärkten Ausbau der Ganztagsbetriebe in verschiedenen Grundschulen musste das Vorhaben in der GS/HS Rüningen verschoben werden. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 111 TEUR durch Aufträge gebunden
Abweichung rund: -919 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210140 – Gymnasium (GY) Martino-Katharineum / Sanierung
Die Planung des 2. Bauabschnitts der Sanierung wurde teilweise zurückgestellt, weil andere Hochbaumaßnahmen im schulischen Bereich vordringlich durchzuführen waren. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 319 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -591 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210145 – GY Hoffmann-von Fallersleben-Schule / Sanierung
Die Bauarbeiten an der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule umfassen die Teilprojekte Sanierung Schulgebäude und Sanierung Sporthalle, die gleichzeitig stattfinden sollten. Aufgrund des Brandes der Sporthalle im Oktober 2014 wurde entschieden, diese vorrangig zu sanieren. Weitere Bauverzögerungen am Schulgebäude traten aufgrund von Rechtsstreitigkeiten mit dem Auftragnehmer für

CO-Abw. = Controlling Abweichung

den Trockenbau ein. Diese Umstände hatten bereits zu einem geringeren Mittelabfluss in den Vorjahren geführt. Hierdurch haben sich Leistungsverschiebungen ergeben. Die seinerzeit mit den beauftragten Baufirmen für ihre Bauleistung vereinbarten Vertragszeiten sind daher bereits überschritten. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass die betroffenen Aufragnehmer ihre Leistung erbringen, wenn sie ihrerseits freie Kapazitäten haben. Hierdurch wird der Mittelabfluss stark eingeschränkt. 63 TEUR der Restmittel waren am Jahresende 2019 durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -1.570 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210154 – GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb
Nachdem im Jahr 2017 die ursprüngliche Planung zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs in der GS Lamme wegen gesetzlicher Vorgaben nicht verwirklicht werden konnte, wurden die endgültigen Planungen 2018 abgeschlossen. Der Baubeginn wurde daher auf den Herbst 2018 festgelegt - vgl. BA-Vorlage 18-07225 -. Im Jahr 2019 ergaben sich Bauverzögerungen durch notwendige Wiederholungen von Ausschreibungen in mehreren Gewerken der Bereiche Hochbau und technische Gebäudeausrüstung, weil aufgrund der hohen Auslastung der Baufirmen oft keine Angebote eingingen. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren nach den wiederholten, nunmehr erfolgreichen Ausschreibungen rund 548 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -614 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210157 – GS Isoldestraße / Erweiterung
2019 gab es Verzögerungen durch die eingeschalteten externen Büros. Die Leistungsverzeichnisse für Vergaben im Bereich Hochbau waren unvollständig. Auch in den Bereichen der technischen Gebäudeausrüstung arbeiteten die Ingenieurbüros fehlerhaft. Daher flossen weniger Haushaltsmittel ab als geplant. Da jedoch die Vergabeverfahren, wenn auch verspätet, eingeleitet werden konnten, waren die nach 2020 übertragenen Mittel vollständig durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -942 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210171 – Tiefgarage (TG) Packhof / Sanierung
Die ersten Planungsphasen nach der HOAI wurden 2019 beauftragt. Aufgrund der Komplexität der Aufgabe konnten die Vorplanungsergebnisse durch die Fachplaner erst in 2020 erbracht werden. Anfänglich wurde davon ausgegangen, dass es sich bei der Sanierung lediglich um einen 1:1 Austausch der haustechnischen Komponenten handelt, da hinsichtlich des Raumprogramms keine Änderungen vorgesehen waren.

Im Zuge der Voruntersuchungen hatte sich herausgestellt, dass aufgrund geänderter Vorschriften und Auflagen Anpassungen hinsichtlich des Brandschutzes erforderlich sind. Um dies in den Kosten angemessen berücksichtigen zu können, musste ein anlagentechnisches Brandschutzgutachten erstellt werden. Die Vergabe, Beauftragung und die Erstellung des Gutachtens selbst, haben den weiteren Verlauf entsprechend verzögert.

Demzufolge sind die Honorare für die Planer auch erst in 2020 geflossen und der Mittelabfluss in 2019 konnte nicht wie ursprünglich vorgesehen erfolgen.
Abweichung rund: -722 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210181 – GS Edith Stein / Erweiterung und Brandschutz
Nachdem bereits 2018 die Abstimmungen mit der Berufsfeuerwehr hinsichtlich der Brandschutzmaßnahmen äußerst umfangreich und zeitintensiv waren, konnte der Baubeginn erst im Herbst 2018 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 18-08200 -. 2019 traten weitere Schwierigkeiten auf: unvorhergesehene Abfangungsarbeiten an der Bestandsgiebelwand mit Grundwasserabsenkung, Bauverzögerung durch archäologische Funde und unerwartete Schwierigkeiten durch Hindernisse im Baugrund. Die nach 2020 übertragenen Mittel waren vollständig durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -841 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

Projekt 4E.210214 – GS Comeniusstraße / Verbesserung Ganztagsbetrieb
Aufgrund der umfangreichen Voruntersuchungen und Planungen konnte der Beschluss zur Objekt- u. Kostenfeststellung im Bauausschuss erst am 23.10.2018 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 18-09215 -. Der Baubeginn wurde danach auf April 2019 festgelegt. Die bis dahin eingetretenen Verzögerungen führten in der Folge zu einem geringeren Mittelabfluss als ursprünglich vorgesehen. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 1,6 Mio. EUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -2.430 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210219 – Kita Schölkestraße / Anbau
Der bereits 2018 erstellte Bauantrag musste zurückgezogen werden, weil sich die erforderlichen Abstimmungen mit der Feuerwehr bezüglich des Abstands zu den Nachbargrundstücken langwieriger gestalteten als erwartet. Da hieraus die Kubatur des Erweiterungsbaus umgeplant werden musste, verzögerte sich der Baubeginn um ca. ein Jahr. Die Baugenehmigung lag schließlich am 29.11.2019 vor; der Auftrag für den Rohbau konnte dann im Dezember 2019 erteilt werden. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 480 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -1.063 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210235 – GS Ilmenaustraße / Einrichtung GTB
Aufgrund der umfangreichen Voruntersuchungen und erforderlicher Umplanungen konnte der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung im Bauausschuss erst am 03.09.2019 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 19-10564 -. Der Baubeginn wurde danach auf das Frühjahr 2020 festgelegt.
Abweichung rund: -526 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210238 – GS Lehndorf / Einrichtung GTB und Sanierung
Im Zuge der Bauausführung wurden zusätzliche Schadstoffe in den Abbruchmaterialen gefunden, sodass diese neu zu bewerten waren. Des Weiteren entsprachen die vorhandenen Decken nicht den Planunterlagen, sodass neu bemessen werden musste. Dadurch ergab sich eine mehrmonatige Bauunterbrechung. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 915 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -1.340 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210239 – GS Waggum / Erweiterung und Einrichtung GTB sowie Sanierung
In 2019 konnten zwar Aufträge in dem Umfang wie geplant vergeben werden, aber nicht alle der beauftragten Firmen konnten die Leistungen in 2019 noch erbringen. Sämtliche nach 2020 übertragenen Mittel waren durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -637 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210240 – GS Bültenweg / Erweiterung und Einrichtung GTB sowie Sanierung
Im Schulgebäude der Grundschule war auch eine Abteilung der Neuen Oberschule untergebracht. Erst nach deren Umzug in das neue in Modulbauweise errichtete Gebäude an der Beethovenstraße im September 2019 konnten zunächst lediglich vorgezogene Sanierungsmaßnahmen im Bestandsgebäude vorgenommen werden. Für den Ausbau der GS Bültenweg lag außerdem 2019 noch kein Beschluss zum Raumprogramm vor - vgl. Mitteilung im Bauausschuss 19-11235 -. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 420 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -961 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4E.210241 – GS Stöckheim / Erweiterung und Einrichtung GTB sowie Sanierung
Die verwaltungsinternen Abstimmungen waren zeitaufwändig, da insbes. die Frage der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen im Fokus stand. Daher wurde bereits in der Stellungnahme zu einer Anfrage des Stadtbezirksrats - 19-10862 -2 darauf hingewiesen, dass mit einem Baubeginn erst 2020 zu rechnen sein wird. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 135 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -727 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

Projekt 4E.210252 – Kita Stöckheim-Süd / Neubau
Im August 2019 konnte erst die Planung beauftragt werden. Der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2019 gefasst - vgl. BA-Vorlage 19-11930 -. Der Baubeginn wurde danach auf April 2020 festgelegt. Danach erfolgten die ersten Vergabeverfahren und Auftragsvergaben. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 316 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -1.524 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 4S.210083 – Erwachsene Flüchtlinge/Unterbringung
Nachdem sich Anfang 2017 herausgestellt hatte, dass die Zahl der unterzubringenden Asylbewerber niedriger war als ursprünglich erwartet, wurden für vier der acht Neubauten andere Nutzungskonzepte erstellt - soziales Wohnen und Studierendenunterkunft -. Für die vier betroffenen im Bau befindlichen Gebäude mussten Umplanungen vorgenommen werden, so dass der bis dahin vorgesehene Bauablauf unterbrochen werden musste. Dies wirkte sich bereits negativ auf den Mittelabfluss 2018 aus. Aufgrund eines Erlasses des Nds. MI wurde eine neue Verteilquote für Braunschweig für die Unterbringung von Geflüchteten festgesetzt. Um dem Erlass folgen zu können wurde es erforderlich, die 2018 als Unterkunft für Studierende umgewidmeten Neubauten in Ölper und in der Nordstadt nunmehr als endgültige Flüchtlingsunterkünfte herzurichten. Der Rat der Stadt hatte deshalb in seiner Sitzung am 12.11.2019 überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von rund 593 TEUR bereitgestellt - vgl. Vorlage 19-11844 -. Diese Mittel konnten wegen des nahen Jahreswechsels nicht mehr verausgabt werden. Die übrigen noch verbliebenen Mittel waren durch Aufträge gebunden; insbes. der Generalunternehmer legte Nachtragsangebote vor, die sich Ende 2019 noch in der Prüfung befanden.
Abweichung rund: -977 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 5E.210113 – Berufsfeuerwehr/Neubauten
Der Bauablauf hat sich 2019 verzögert, weil die Ausführungsplanungen für die Gewerke der technischen Gebäudeausrüstung seitens der eingeschalteten Ingenieurbüros später als vorgegeben vorgelegt wurden. Dasselbe gilt für die Pläne für die erforderlichen Kernbohrungen. Sämtliche nach 2020 übertragenen Mittel waren durch Aufträge gebunden, deren Ausführung wegen der Verzögerungen erst 2020 stattfindet.
Abweichung rund: -5.027 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 5E.210123 – GS Rautheim / Sanierung
Im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 hat sich herausgestellt, dass für die Einordnung in eine investive Maßnahme die Anzahl der sanierten Gewerke bei der GS Rautheim nicht ausreichen. Es wurde daher ein neues Instandhaltungsprojekt eingerichtet (4E.210328). Die investiven Gelder konnten nicht zur Deckung herangezogen werden und wurden daher nicht ausgeschöpft.
Abweichung rund: -679 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

Projekt 5E.210144 – Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau
Der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 02.07.2019 gefasst - vgl. BA-Vorlage 19-11162 -. Der Baubeginn wurde danach auf den Herbst 2019 festgelegt. Danach erfolgten die Vergabeverfahren und die Auftragsvergaben. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 677 TEUR durch Aufträge gebunden.
Abweichung rund: -901 TEUR (CO-Abweichung ohne alte Verbindlichkeit)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 20 – Zeile 29: Aktivierbare Zuwendungen		
Haushaltsansatz 2019	4.443.000,00	EUR
Planaktualisierung	-177.171,55	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**4.265.828,45**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
Ergebnis 2019	3.598.968,00	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-666.860,45**	**EUR**

Die Minderauszahlung ist insbesondere auf folgenden Sachverhalt zurückzuführen:

Projekt 5S.200019 - FB 20: Krankenhausumlage
Die gemeindliche Ebene ist nach Einwohnerzahl und Finanzkraft über die Krankenhausumlage an der wirtschaftlichen Sicherung der niedersächsischen Krankenhäuser beteiligt. Die von der Stadt aufzubringenden Mittel werden anhand des vom Land Niedersachsen für diesen Zweck insgesamt eingeplanten Mittel eingeschätzt. Tatsächlich ergab sich für die Stadt Braunschweig aus den vorgenannten Faktoren ein geringerer Anteil als erwartet. Darüber hinaus wird die Krankenhausumlage für die gemeindliche Ebene beeinflusst vom tatsächlichen Mittelabfluss beim Land Niedersachsen für die entsprechenden Zwecke, wodurch sich ebenfalls die Abweichung ergibt.
Abweichung rund: -613 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 37 Feuerwehr

FB 37 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	3.083.200,00	EUR
Planaktualisierung	2.562.664,77	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**5.645.864,77**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
Ergebnis 2019	1.360.476,55	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-4.285.388,22**	**EUR**

Die Abweichung ist insbesondere auf nicht abgeschlossene Neubeschaffungen von Fahrzeugen zurückzuführen (rund 3.145 TEUR).

Beispielhaft handelt es sich um folgende Einzelbeschaffungen von Fahrzeugen mit einem Anschaffungswert von jeweils über 150 TEUR:

Projekt 5E.370014, 5E.370019 und 5E.370020 – Tragkraftspritzenfahrzeuge (FF) /Beschaffungen
Aufgrund langer Lieferzeiten der Hersteller konnte die Lieferung von zwei der geplanten drei Neubeschaffungen von Tragkraftspritzenfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr erst im Jahr 2020 und nicht mehr im Jahr 2019 erfolgen.
Abweichung rund: - 438 TEUR

Projekt 5E.370022 - Drehleiterfahrzeug (BF)/Beschaffung
Auch die Beschaffung des Drehleiterfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr konnte aufgrund langer Lieferzeiten der Hersteller nicht mehr in 2019 abgeschlossen werden. Die Lieferung ist für das Jahr 2020 geplant.
Abweichung rund: - 682 TEUR

Projekt 5E.370026 - Löschfahrzeug OF Broitzem / Beschaffung
Der Zuschlag für die Beschaffung des Löschgruppenfahrzeuges ist bereits erfolgt. Aufgrund der Lieferzeiten von den Herstellern erfolgt die Lieferung des Fahrzeuges jedoch erst im Jahr 2021.
Abweichung rund: - 255 TEUR

Projekt 5E.370027 - Löschfahrzeug OF Lamme / Beschaffung
Auch für das Löschgruppenfahrzeug der Ortsfeuerwehr Lamme ist der Zuschlag für die Beschaffung bereits erfolgt. Die Lieferung wird für das Jahr 2021 erwartet.
Abweichung rund: - 255 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

Projekt 5E.370028 - Tanklöschfahrzeug (TLF) / Beschaffung
Der Zuschlag für das Tanklöschfahrzeug ist ebenfalls bereits erfolgt. Die langen Lieferzeiten der Hersteller bedingen, dass eine Lieferung erst in 2021 erfolgt.
Abweichung rund: - 425 TEUR

Bei den Fahrzeugbeschaffungen von jeweils unter 150 TEUR sind folgende Minderauszahlungen angefallen:

Projekt 5S.370007 - FB 37: Global-Spezialfahrzeuge BF
In 2019 erfolgte bereits die Auftragsvergabe eines Kommandowagens inklusive Sonderausbau sowie eines Mannschaftstransportwagens für die Ausbildungsstelle der Berufsfeuerwehr. Die Lieferung der genannten Fahrzeuge erfolgte jedoch aufgrund der Lieferzeiten von den Herstellern nicht mehr im Jahr 2019. Der Zuschlag zur Beschaffung eines LKWs mit Ladebordwand für die Berufsfeuerwehr ist bereits erfolgt. Aufgrund der Lieferzeiten des Herstellers wird die Lieferung des Fahrzeuges erst in 2021 erwartet.
Abweichung rund: - 362 TEUR

Projekt 5S.370014 - FB 37: Global-Spezialfahrz. Rettungs.
In 2019 erfolgt für die Beschaffung von drei Rettungswagen die Auftragsvergabe. Die genannten Fahrzeuge wurden jedoch aufgrund der Lieferzeiten von den Herstellern erst im Jahr 2020 geliefert. Die Zuschläge für die Beschaffung eines weiteren Rettungswagens als Ersatz für ein verunfalltes Fahrzeug für den Rettungsdienst der Feuerwehr sowie zur Beschaffung von zwei Fahrzeugen für die örtliche Einsatzleitung sind bereits erfolgt. Hierzu wird aufgrund der Lieferzeiten der Hersteller die Lieferung der genannten Fahrzeuge erst in 2021 erwartet.
Abweichung rund: - 700 TEUR

Neben den Minderauszahlungen bei der Beschaffung von Fahrzeugen sind aber geringere Auszahlungen bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen angefallen. Zum Beispiel konnten die Haushaltsmittel für die Beschaffung des Hochwasserschutzschlauchsystems (5E.370036) in Höhe von 300 TEUR nicht plangemäß abfließen. Begründet ist dies darin, dass im Jahr 2019 keine finale Erstellung der Leistungsbeschreibung durch die an diesem Konzept beteiligten erfolgen konnte.

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 40 Schule

FB 40 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	1.582.600,00	EUR
Planaktualisierung	1.251.936,48	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**2.834.536,48**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
Ergebnis 2019	1.434.885,83	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-1.399.650,65**	**EUR**

Die Abweichung in Höhe von rund 1.400 TEUR setzt sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Positionen zusammen:

Projekt 5E.400016 - BBS I / Erneuerung Drucktechnik
Seit 2016 wird die Drucktechnik der Johannes-Selenka-Schule sukzessive mit neuen Großgeräten ausgestattet. Mehrere Beschaffungen wurden bereits umgesetzt, weitere Beschaffungen werden in 2020 nachgeholt. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.
Abweichung rund: - 257 TEUR

Projekt 5S.400009 - FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW
Mehrere Beschaffungen von Werkzeugmaschinen waren bis Ende des Haushaltsjahres noch nicht abgeschlossen. Für diese Maßnahmen wurden Haushaltsreste in Höhe von rund 91 TEUR gebildet.
Abweichung rund: - 92 TEUR

Projekt 5S.400031 - FB 40: Ersatz-GVG-Gegenstände MEP Schulen
Im Bereich des Medienentwicklungsplanes (MEP) wurden Mittel in Höhe von rund 994 TEUR nicht verausgabt. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten seitens des PC-Herstellers kam es zu Auslieferungsverzögerungen. Darüber hinaus zog sich eine Ausschreibung für Dokumentenkameras über den Jahreswechsel hinaus, sodass auch die dafür vorgesehenen Mittel nicht wie geplant verausgabt werden konnten. Es wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.
Abweichung rund: - 994 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 41 Kultur und Wissenschaft

FB 41 – Zeile 27: Erwerb von beweglichem Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	365.400,00	EUR
Planaktualisierung	775.030,90	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**1.140.430,90**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	17.408,40	EUR
Ergebnis 2019	354.108,29	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**-768.914,21**	**EUR**

Die Abweichung vom verfügbaren Budget 2019 ergibt sich größtenteils aus den folgenden Positionen:

Projekt 5E.410006 - Veranstaltungszentrum /Einrichtung
Das Soziokulturelle Zentrum wurde zur Eröffnung mit einer Grundausstattung bezogen und muss noch entsprechend der Gespräche mit dem Behindertenbeirat mit beweglichem Sachvermögen bestückt werden. Dies gelang 2019 aufgrund verzögerter Eröffnung im September 2019 nicht mehr. Es wurde ein entsprechender Haushaltsrest gebildet.
Abweichung rund: -287 TEUR

Projekt 5S.410015 - Ref. 0413: Global-Sachanlagen Museum
Die Neugestaltung der Ethnologischen Ausstellung im Städtischen Museum verzögerte sich, da die inhaltliche und ausstellungsarchitektonische Neukonzeption der Dauerausstellung aufgrund einer entsprechenden Vakanz auf der Stelle der stellv. Museumsleitung nicht vollständig abgeschlossen werden konnte. Weiterhin konnte die Ausstattung der Depoträume in der Petzvalstraße bisher nur in Teilen erfolgen, da diese noch nicht komplett fertiggestellt ist.

Für beide Maßnahmen wurden zur Umsetzung entsprechende Haushaltsreste gebildet.
Abweichung rund: -427 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 61 Stadtplanung und Umweltschutz

FB 61 – Zeile 26 - Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2019	7.894.000,00	EUR
Planaktualisierung	3.386.312,95	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**11.280.312,95**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	82.459,24	EUR
Ergebnis 2019	3.418.316.39	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**- 7.779.537,32**	**EUR**

Bei den nicht ausgeschöpften Haushaltsmitteln handelt es sich im Wesentlichen um folgende Projekte:

Sanierungsgebiete

Projekt 4S.610039 – Sanierungsgebiet Donauviertel
Die Planung von Auszahlungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur schwer abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligungen im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.
Abweichung: - 423 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 4S.610043 - Investitionspakt Donauviertel
Die Planung des Projektes sah ursprünglich eine frühere Maßnahmenumsetzung vor, als es nunmehr im Jahr 2019 realisiert werden konnte. Dies begründet sich im Wesentlichen darin, dass der endgültige Bewilligungsbescheid des Landes erst im Dezember 2019 vorlag und somit eine Verausgabung bzw. vertragliche Bindung der Budgetmittel periodengerecht im Jahr 2019 nicht mehr möglich war.
Abweichung: - 1.232 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 4S.610044 - Stadtumbau Bahnstadt
Entgegen den eigentlichen Planungen für die Abwicklung und Betreuung von Maßnahmen war die Personalausstattung im FB 61 noch nicht gegeben. Die Gelder, die insbesondere für finanzaufwändige Maßnahmen eingeplant waren, konnten daher nicht ausgegeben werden. Auch die Beauftragung eines Sanierungsträgers konnte erst im Oktober 2020 erfolgen.
Abweichung: - 1.110 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

Erschließungsmaßnahmen von Wohn- und Gewerbegebieten

Projekt 4E.610011 - Am Pfarrgarten / Erschließung

Die Grundvoraussetzungen für die vorbereitenden Maßnahmen zur Erschließung des Gebietes lagen nicht wie geplant vor. Damit verzögerte sich die gesamte Abwicklung des Projektes „Am Pfarrgarten“ (Ausschreibung, Angebotssichtung, Vergabe, etc.), sodass eine Realisierung der Maßnahme im Jahr 2019 nicht möglich war.
Abweichung: - 157 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610008 - Lammer Busch-West / Erschließung
Bei der Ausschreibung der Erschließungsmaßnahmen Lammer Busch-West haben sich letztendlich günstigere Ergebnisse ergeben, als bei der Planung angenommen. Die Haushaltsmittel wurden größtenteils nicht mehr benötigt.
Abweichung: - 199 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610014 - Gewerbegebiet Braunstraße Süd/ Erschließung
Auf Grund von noch nicht durchgeführten vorbereitenden Maßnahmen an der Anschlussstelle Rüningen-Süd, konnten keine weiteren Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden.
Abweichung: - 326 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610016 – Roselies-Süd/ Erschließung
Die Restmittel sind die Folge günstigerer Ausschreibungen. Diese werden aber nunmehr für die Herstellung eines im Nachgang ermittelten und erforderlichen Lärmschutzes eingesetzt.
Abweichung: - 334 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610017 – Lammer Busch-Ost (LA 33)/ Erschließung
Auf Grund von zu engen Personalkapazitäten konnte der Planungs- bzw. Umsetzungsgrad der Erschließung Lammer Busch-Ost nicht wie geplant vorgenommen werden.
Abweichung: - 169 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610029 – Taubenstraße / Erschließung
Die Maßnahme hat sich aus diversen Gründen verzögert. U. a. haben Ressourcengründe dazu geführt, dass die Maßnahme nicht wie geplant umgesetzt werden konnte.
Abweichung: - 778 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5S.610035 – Lammer Busch-Ost (LA 32)/ Erschließung
Aus Ressourcengründen konnte die Maßnahme nicht wie geplant umgesetzt werden.
Abweichung: - 282 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Sonstige Grünbaumaßnahmen

Projekt 4S.610041 - Feldstraße / Altlastensanierung
Es konnten erhebliche Minderaufwendungen aufgrund günstiger Baubedingungen realisiert werden. Dadurch waren für diese Altlastensanierung deutlich weniger Aufwendungen erforderlich, als ursprünglich geplant.
Abweichung: - 796 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

CO-Abw. = Controlling Abweichung

Projekt 5E.610026 – Gliesmaroder Straße 70/Allgemein Grün
Das Projekt beinhaltet insbesondere die Herrichtung eines Quartiersplatzes am Gliesmaroder Bahnhof. Die Mittel konnten nicht verausgabt werden, da dieses Projekt von der Umgestaltung des Bahnhofs Gliesmarode abhängig ist. Diese Umgestaltung ist keine städtische Maßnahme, sondern wird von einem Dritten durchgeführt.
Abweichung: - 418 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610028 – Ringgleis/ Ausbau und Schließung
Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Projekt mit einer Vielzahl an Untermaßnahmen, die sich in unterschiedlichsten Planungsstadien befanden. Der Beginn und die Abrechnung einer Baumaßnahme sind von Verhandlungen mit Eigentümern, von Ausschreibungsverfahren, Rechnungsstellungen etc. fremdbestimmt. Von dem Restbudget war ein Großteil per Vertrag mit Dritten gebunden.
Abweichung: - 1.019 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5E.610030 – Spielplatz Ölper / Neuerrichtung
Es stehen noch verwaltungsinterne Abstimmungen (Zufahrtsbereiche über das Grundstück) sowie die Klärung des Grundstückszuschnittes aus.
Abweichung: - 167 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

Projekt 5S.610033 – FB 61.7: Global Grünflächen
Aus Ressourcengründen konnte die Maßnahme nicht wie geplant umgesetzt werden.
Abweichung: - 212 TEUR (CO-Abweichung – ohne alte Verbindlichkeiten von 0 TEUR)

FB 61 – Zeile 29 – Aktivierbare Zuwendungen

Haushaltsansatz 2019	600.000,00	EUR
Planaktualisierung	10.000,00	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**610.000,00**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
Ergebnis 2019	21.740,39	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**- 588.259,61**	**EUR**

Die Abweichung ist weitestgehend auf die Sanierungsprojekte „Soziale Stadt – westliches Ringgebiet (4S.610009)“ und „Stadtumbau West - Ilmweg (4S.610020)“ zurückzuführen.

Die Planung der Auszahlungen ist in der Sanierung von großen Unsicherheiten begleitet, da die tatsächlichen Ergebnisse stark von vorher nur abzuschätzenden Bewilligungen von Zuschüssen durch das Land sowie von der Mitwirkung von anderen, vorwiegend externen Beteiligten im Sanierungsverfahren abhängig sind oder sich auch innerhalb eines Planungszeitraumes die Priorisierung von Projekten oder innerhalb von Projekten ändern kann.

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 66 Tiefbau und Verkehr

FB 66 – Zeile 26: Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2019	14.763.000,00	EUR
Planaktualisierung	13.791.247,56	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**28.554.247,56**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	1.060.000,00	EUR
Ergebnis 2019	7.531.695,54	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**- 19.962.552,02**	**EUR**

Die Abweichung in Höhe von rund 20 Mio. EUR bezieht sich auf diverse Projekte. Aufgrund von Verschiebungen oder Verzögerungen bei Baumaßnahmen z. B. in Folge von Wettereinflüssen, Änderungsbedarf nach politischer Beschlusslage oder anderen Einwirkungen kommt es jedes Jahr wiederkehrend zu Abweichungen der geplanten Ausgaben.

Folgende Projekte weisen Abweichungen von mindestens 200 TEUR auf und werden wie folgt begründet:

1. Die Umsetzung der folgenden Maßnahme hat sich verzögert, da **die Vermarktung der Flächen stockt.** Der Endausbau erfolgt erst nach ausreichender Bebauung. Die Haushaltsreste wurden nach 2020 übertragen.

- 5E.660097 Gewerbegebiet Waller See / Erschließung 617 TEUR

2. Im Programm 8 „Straßenerneuerungen“ kommt es im Zuge der Baukoordination nach Anmeldung zum Haushalt regelmäßig zu Änderungen, Anpassungen und Verschiebungen von Baumaßnahmen. **Hintergrund sind u.a. Änderungen aus Konkretisierungen der Fachplanungen.** Die tatsächliche Abwicklung entspricht dann nicht der ursprünglichen Haushaltsanmeldung. Teilweise wird der Bau von Maßnahmen aufgrund des Umfangs über mehrere Jahre geplant. In diesen Fällen ist es noch schwieriger den Mittelabfluss zum Zeitpunkt der Anmeldung jahresgenau zu planen. Nur kleine Veränderungen des Baubeginns führen dann gleich zu hohen Abweichungen zwischen Plan und Ist. Folgendes Projekt ist hiervon betroffen:

- 5S.660014 Lehndorf / Straßenerneuerung 2. Bauabschnitt (BA) 329 TEUR
- 5S.660018 Nordstadt / Straßenerneuerung 617 TEUR
- 5S.660062 Wilhelmitor / Straßenerneuerung 599 TEUR

3. Bei folgenden Maßnahmen ist es im Rahmen der Umsetzung **zu diversen Verzögerungen** gekommen (Klageverfahren, Bauverzögerungen, ausstehende Abrechnungen, Verzögerungen beim Grunderwerb, beim Bürgerbeteiligungsverfahren, etc.), aufgrund dessen die Mittel nicht ausgezahlt werden konnten und teilweise als Haushaltsrest in das Jahr 2020 übertragen wurden.

CO-Abw. = Controlling Abweichung

- 4S.660021 Nördliches Ringgebiet / Baumaßnahmen	492 TEUR	(CO-Abw.)
- 4S.660025 Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung	1.309 TEUR	(CO-Abw.)
- 5E.660086 Radweg Lamme / Wedtlenstedt	294 TEUR	
- 5E.660093 Im Großen Raffkampe (Lamme-Ost)/Erschl.	327 TEUR	
- 5E.660101 Stadtstr. Hamburger Str. / Bienroder Weg / Neubau	3.334 TEUR	
- 5E.660104 Steinriedendamm / Umbau (im Zusammenhang mit BÜSTRA)	335 TEUR	
- 5E.660105 Taubenstr. / Erschließung	981 TEUR	
- 5E.660142 Hagenmarkt / Umgestaltung	250 TEUR	
- 5E.660147 Brücke Klostergang-Mittelriede / Neubau	549 TEUR	
- 5E.660150 Lilienthalplatz / Umgestaltung	750 TEUR	
- 5S.660050 Globale Neuinvestitionen Bellis	245 TEUR	
- 5S.660067 Bushaltestellen / Umgestaltung 5. BA	267 TEUR	

4. Unter anderem durch erhöhte Ausschreibungsergebnisse mussten **Ausschreibungen aufgehoben** werden. Entsprechend konnten bei den folgenden Projekten die Haushaltsmittel nicht planmäßig abließen:

- 5E.660069 Radweg K80 Tiergarten-Rodedamm / Neubau	209 TEUR
- 5E.660114 Schunterbrücke Butterberg / Ersatzneubau	896 TEUR

5. Folgende Mittel konnten **aus Kapazitäts- und Priorisierungsgründen** (z. B. auch aus Wirtschaftlichkeitsgründen) nicht komplett verausgabt werden und wurden Großteils als Haushaltsrest in das Jahr 2020 übertragen:

- 5E.660119 Okerbrücke Hüttenwerke Schrotweg / Ersatz	270 TEUR
- 5S.660069 Unfallschwerpunkte / LSA-Maßnahmen	1.030 TEUR

6. Durch **Änderungen an den Planungsgrundlagen** haben sich folgende Maßnahmen verzögert:

- 5E.660021 Okerbrücke Leiferde / Neubau	298 TEUR
- 5E.660088 Okerbrücke Biberweg / Neubau	898 TEUR
- 5E.660144 Leonhardstr.-Gerstäcker. / Ausbau	400 TEUR

7. Bei den Projekten 5E.660073 DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode/Umgestaltung (Abweichung: 2.387 TEUR) und 5E.660074 Umbau Helmstedter Straße (Abweichung 830 TEUR) sind große Teile der **Finanzmittel überplanmäßig bereitgestellt worden**, um die Maßnahmen beginnen zu können. Der Mittelabfluss erfolgt jedoch etappenweise mit dem Baufortschritt.

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 66 – Zeile 27: Erwerb von beweglichen Sachvermögen		
Haushaltsansatz 2019	375.900,00	EUR
Planaktualisierung	530.035,86	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**905.935,86**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	0,00	EUR
Ergebnis 2019	232.001,92	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**- 673.933,94**	**EUR**

Die Minderauszahlungen sind insbesondere auf folgende Projekte zurückzuführen:

Projekt 5E.660135 - Geschwindigkeitsüberwachung / Ausweitung
In dem Projekt konnten rund 0,5 Mio. EUR der eingeplanten Mittel für das beschlossene Konzept zur Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung nicht verausgabt werden, da die Beschaffung eines Transportfahrzeugs und von Messstationen in 2019 nicht abgeschlossen werden konnte. Es sind zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Ausweitung des kommunalen Geschwindigkeitskonzeptes eingetreten, die dem BA mit der DS 20-13338 mitgeteilt wurden. Außerdem wurde das Geschwindigkeitskonzept in 2019 in der Variante B modifiziert (vgl. Ratsbeschluss DS 19-11071).
Abweichung: - 477 TEUR

Projekt 5S.660003 - Globale Sachanlagen Gemeindestraßen
In dem Projekt waren 150 TEUR für die Ersatzbeschaffung von Messtechnik für die Geschwindigkeitsüberwachung eingeplant. Durch die Modifizierung des Geschwindigkeitskonzepts innerhalb des Jahres 2019 und dem damit verbundenen Mehraufwand für die Vorbereitung des Vergabeverfahrens, wird eine Ersatzbeschaffung der Messtechnik in erst in 2021 erfolgen können.
Abweichung: - 182 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

FB 67 Stadtgrün und Sport

FB 67 – Zeile 26: Baumaßnahmen		
Haushaltsansatz 2019	7.817.800,00	EUR
Planaktualisierung	5.789.839,82	EUR
Haushaltsansatz aktuell	**13.607.639,82**	**EUR**
abzgl. sonst. Verb. 2019/2020	495.997,76	EUR
Ergebnis 2019	3.315.602,26	EUR
Abweichung vom verfügbaren Budget (+ mehr/ - weniger)	**- 9.796.039,80**	**EUR**

Die Ursachen für die Abweichung zur Planung waren im Jahr 2019 vielfältig wie z. B.:

- Prioritätenverschiebung aufgrund der extremen Trockenheit
- Verzögerungen durch Abstimmungs-, Genehmigungs- und Prüfverfahren
- Die sehr hohe Auslastung der Fremdfirma führte dazu, dass auf diverse Ausschreibungen keine Angebote abgegeben wurden, oder dass die Angebote so hoch waren, dass die Ausschreibungen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben werden mussten.
- Lange Lieferzeiten für Spielgeräte (bis zu 20 Wochen)
- Nicht besetzte Planstellen

Nachfolgend sind die Hochbaumaßnahmen/-projekte aufgeführt, bei denen die Abweichung mehr als 100 TEUR beträgt:

4E.670011 - FB 67: SPA Rote Wiese / Sanierung	387 TEUR	(CO-Abw.)
4S.670049 - FB 67: Sportfunktionsgebäude / Sanierung	153 TEUR	(CO-Abw.)
5E.670043 - Sportanlage Waggum / Neubau Funktions.	550 TEUR	
5E.670076 - FB 67: SPH Schapen / Bau Gymnastikraum	450 TEUR	

Aufgrund dessen, dass pro Objekt eine Vielzahl von Maßnahmen einzelner Gewerke mit hohem Aufwand durch FB 67 selbst ausgeschrieben und vergeben werden mussten, da sie unter Beteiligungsschwelle für die Einschaltung der zentralen Vergabestelle lagen, verzögerte sich die Fertigstellung der o. g. Hochbaumaßnahmen. Die Umsetzung der Maßnahmen wird in 2020 fortgeführt.

Darüber hinaus konnten diverse Baumaßnahmen aufgrund von vorab durchzuführenden Planungen und Vergabeverfahren erst im Spätsommer begonnen und witterungsbedingt nicht mehr im Haushaltsjahr 2019 abgeschlossen werden. Für die ausstehenden Arbeiten wurden Aufträge erteilt und die Haushaltsmittel als Haushaltsreste ins Jahr 2020 übertragen. Nachfolgend sind beispielhaft die Maßnahmen/Projekte aufgeführt bzw. zusammengefasst, bei denen die Abweichung mehr als 100 TEUR beträgt:

5E.670058 - FB 67: Familienfr. Sportzentrum / Einricht.	296 TEUR
5E.670063 - FB 67: Viewegs Garten / Wegesan.	263 TEUR

CO-Abw. = Controlling Abweichung

5E.670064 - FB 67: Prinzenpark / Sanierung	328 TEUR
5E.670065 - FB 67: Grünanl. Löwenwall / San.	400 TEUR
5E.670075 - FB 67: Sportz. Melverode / Stöckheim / Umsetz.	956 TEUR
5S.670012 - Rekonstruktion hist. Park-u. Grünanlagen	198 TEUR
5S.670031 - FB 67: Global-Bau. Kitas in eigener Verw.	200 TEUR
5S.670032 - FB 67: Global-Bau. Kitas-Betriebsträger	146 TEUR
5S.670046 - FB 67: Global-Baum. Freizeitwegenetz	260 TEUR
5S.670048 - FB 67: Global-Baum. Grünflächen-Abt.	243 TEUR
5S.670049 - FB 67: Global-Baum. Kinderspielplätze	313 TEUR
5S.670065 - FB 67: Global-Baumaßnahme Spielg. Schulh.	312 TEUR
5S.670072 - FB 67: Global-Schulaußenanl. / San.	214 TEUR
5S.670073 - FB 67: Prinzenpark/Bürgerpark / San.	382 TEUR
5S.670074 - FB 67: Spielplätze / inklusive Umgest.	317 TEUR
5S.670075 - FB 67: KGV / Trinkwasseranschluss	150 TEUR
5S.670076 - FB 67: Museum- / Theaterpark / San.	250 TEUR
5S.670077 - FB 67: Spielpl. / Qualifizierung-Entwiclung	500 TEUR
5S.670079 - Kalthallen f. Sport / Neubau	1.900 TEUR

(Haushaltsmittel wurden im Nov.2019 außerplanmäßig bereitgestellt)

Des Weiteren bestanden im Jahr 2019 erhebliche Verzögerungen beim Projekt 4E.670022 „Klimaschutz mit urbanem Grün“; die bei diesem Projekt geplanten Dach– und Fassadenbegrünungen mit einem Volumen von 512 TEUR (CO-Abw.) werden voraussichtlich erst im Jahr 2020 in Abstimmung mit dem FB 65 geplant und zum Teil umgesetzt. Diese Haushaltsmittel wurden ebenfalls ins Jahr 2020 übertragen.

CO-Abw. = Controlling Abweichung

3.5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG

3.5.1 Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen (ohne Investitionsmanagement)

Bedarf besteht bei:						Deckung erfolgt durch:					Entscheidung	
lfd. Nr.	Teilhaushalt	Kostenstelle / PSP-Element	Kostenart	Bezeichnung (Produkt; Kostenart)	Betrag (Euro)	Teilhaushalt	Kostenstelle / PSP-Element	Kostenart	Bezeichnung (Produkt; Kostenart)	Betrag (Euro)	vom	durch
1	FB 41	1.25.2811.04	427140	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl; Veranstaltungen	5.000,00	FB 50	1.31.3517.30	431810	Integration von Geflüchteten.; Zuschuss an übrige Bereiche	5.000,00	30.08.2019	FBL 41
2	Ref. 0500	1.31.3119.40	427110	Leistungen des Sozialreferates; Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	50.000,00	FB 40	400-0400	427140	Bildungsbüro; Veranstaltungen	30.000,00	20.12.2019	Dez. V
						FB 51	1.36.3630.06.05	431810	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung; Zuschüsse an übrige Bereiche	20.000,00		
3	FB 20	1.54.5480.01	431510	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	400.000,00	FB 20	1.61.6110.01.01	302210	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	400.000,00	24.03.2020	Rat
4	FB 20	1.57.5731.08	431510	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	3.434.681,36	FB 20	1.61.6110.01.01	302210	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.434.681,36	24.03.2020	Rat
5	FB 32	1.12.1221.42	443175	Personalausweis- und Passangelegenheiten; Sonstige	16.830,75	FB 10	4S.100006.02.505	422120	Instandhaltungen TK; Unterhaltung Maschinen u. techn. Anlagen	16.830,75	19.06.2020	FBL 32
6	Diverse	Diverse	40XXXX	Zeile 13 Personalaufwendungen	1.571.300,00	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	1.571.300,00	17.11.2020	Rat
7	Diverse	Diverse	41XXXX	Zeile 14 Versorgungsaufwendungen	765.622,25	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	765.622,25	17.11.2020	Rat
8	FB 67	Diverse	4455XX	Erstattungen an das Gebäudemanagement	475.761,35	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	475.761,35	17.11.2020	Rat
9	FB 32	Diverse	4455XX	Erstattungen an das Gebäudemanagement	14.932,44	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	14.932,44	17.11.2020	FBL 32
10	Diverse	Diverse	40XXXX	Zeile 13 Personalaufwendungen	829.653,35	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	829.653,35	16.12.2020	Rat
11	Diverse	Diverse	41XXXX	Zeile 14 Versorgungsaufwendungen	182.328,23	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen / Gewerbesteuerumlage	182.328,23	16.12.2020	Rat
					7.746.109,73					**7.746.109,73**		

3.5.2 Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen des Investitionsmanagements

Unter 3.5.2.1 sind die genehmigten Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG mit einem Gesamtbetrag von rund 24,2 Mio. EUR zusammengestellt.

Unter 3.5.2.2 sind für das Haushaltsjahr 2019 keine genehmigten Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG, deren Deckung erst im folgenden Haushaltsjahr gewährleistet ist (Haushaltsvorgriff), erforderlich geworden und dargestellt.

Unter 3.5.2.3 ist die Summe der gesamten Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 NKomVG und ihre Aufteilung auf die einzelnen Teilhaushalte, bei denen sie entstanden sind, dargestellt.

3.5.2.1 Genehmigte Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
1	Pol. Gr.	5S.000001.00.515	783125	Polit. Gremien: GVG-Sammelprojekt	1.400,00	Pol. Gr.	1.11.1110.01	445810	Politische Gremien	1.400,00	19.03.2020	Ref.L 0100
2	Ref. 0150	5S.000010.00.515	783125	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	700,00	Ref. 0150	1.11.1135.01	443180	Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit	700,00	15.07.2019	Ref.L 0150
3	FB 20	4E.210090.00.505.213	421110	Stadion / Ausbau Westtribüne-Aufwand	2.000,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	2.000,00	04.12.2020	FBL 20
4	FB 20	4E.210091.00.500.213	787110	Lessinggym. Wenden/ San.-werterh.	375.000,00	FB 20	4E.210235.00.500.213	787110	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	375.000,00	12.11.2019	Rat
5	FB 20	4E.210097.00.505.213	421110	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	250,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	15.900,00	04.12.2020	FBL 20
		4E.210097.00.505.213	445514	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	580,00							
		4E.210097.00.505.213	427193	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	600,00							
		4E.210097.00.505.217	427193	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-Aufwand	14.470,00							
6	FB 20	4E.210127.02.505.213	421110	Tunica-Sporthalle /San. - Instandh.	500,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	500,00	04.12.2020	FBL 20
7	FB 20	4E.210153.00.505	421110	Tiefgarage Packhof / Sanierung	4.820,00	FB 20	4E.210182.00.505	421110	GS Rühme/Sanierung Heizungsanlage	6.300,00	04.12.2020	FBL 20
	FB 20	4E.210153.00.505	445526	Tiefgarage Packhof / Sanierung	1.480,00							
8	FB 20	4E.210168.00.505	421110	Kita Volkmarode/ Erweiterung	121.500,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	121.500,00	25.06.2019	Rat
9	FB 20	4E.210170.01.505	421110	Stadthalle / Sanierung n. werterh.	500.000,00	FB 20	1.11.1160.12	443140	Beteiligungsmanagement	500.000,00	25.06.2019	Rat
10	FB 20	4E.210171.01.505	445526	Tiefgarage Packhof / Sanierung- Aufwand	84.000,00	FB 20	4E.210142.00.505	421110	Wilhelm-Gymnasium / San. - Aufwand	84.000,00	07.12.2020	Dez. VII
11	FB 20	4E.210173.00.505	427193	Naumburgstraße 25 / Herrichtung OG	1.184,05	FB 20	4E.210182.00.505	421110	GS Rühme/Sanierung Heizungsanlage	7.600,00	04.12.2020	FBL 20.
	FB 20	4E.210173.00.505	421210	Naumburgstraße 25 / Herrichtung OG	1.499,40							
	FB 20	4E.210173.00.505	421110	Naumburgstraße 25 / Herrichtung OG	4.916,55							
12	FB 20	4E.210181.01.505	421110	GS Edith Stein/Erw. und Brandsch.-n.wert	226.000,00	FB 20	4E.210140.00.505	421110	GY MK / Sanierung - Aufwand	226.000,00	25.06.2019	Rat
13	FB 20	4E.210181.02.500.213	787110	GS Edith Stein, Erw. und Brandsch. -Bau	574.000,00	FB 20	4E.210140.00.500.213	787110	GY MK / Sanierung - Bau	404.000,00	25.06.2019	Rat
						FB 20	4E.210252.02.500.213	787110	Kita Stöckheim-Süd / Neubau-wert. - Bau	170.000,00		
14	FB 20	4E.210188.00.511	422900	Geb. Magnitorwall 16 / Sanierung-Festw.	1.200,00	FB 20	4E.210204.00.505	421110	Städt. Stadion/Sicherheitsbeleuchtung	50.500,00	07.12.2020	Dez. VII
	FB 20	4E.210188.00.505	445526	Geb. Magnitorwall 16 / Sanierung	49.300,00							

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
15	FB 20 FB 20 FB 20	4E.210196.01.505 4E.210196.01.505 4E.210196.01.505	421110 427193 445526	GS Comeniusstraße/Brandsch.- n. wert GS Comeniusstraße/Brandsch.- n. wert GS Comeniusstraße/Brandsch.- n. wert	74.080,00 21.800,00 11.920,00	FB 20	4E.210205.00.505	421110	TG Eiermarkt / San. Sicherheitsbeleucht.	107.800,00	17.11.2020	Rat
16	FB 20 FB 20	4E.210199.01.505 4E.210199.01.505	421110 427193	Naumburgstr. 23/Umb. f. BF - Aufwand Naumburgstr. 23/Umb. f. BF - Aufwand	3.600,00 15.000,00	FB 20	4E.210189.00.505	421110	GS Gliesmarode/Einr. GTB- nicht wert.	18.600,00	04.12.2020	FBL 20
17	FB 20	4E.210207.01.505	427193	GY NO / Erweiterung -n. werterhöhend	800,00	FB 20	4E.210182.00.505	421110	GS Rühme/Sanierung Heizungsanlage	800,00	04.12.2020	FBL 20.
18	FB 20	4E.210210.00.505	445526	Kinder- und JZ B 58 /San. -n. werterh	3.300,00	FB 20	4E.210182.00.505	421110	GS Rühme/Sanierung Heizungsanlage	3.300,00	04.12.2020	FBL 20
19	FB 20	4E.210220.00.505	421110	Villa Salve Hospes/San. Zaunanlage	20.000,00	FB 20	4S.210037.00.505	421110	FB 20:Global Instand. Untersuch./Nachko.	20.000,00	10.05.2019	FBL 20
20	FB 20	4E.210221.00.505	421110	Petzvalstraße 50 B / Fassadensanierung	1.235.100,00	FB 20	4E.210130.00.505	421110	GS/HS Rüningen/Sanierung -nicht wert	100.000,00	17.09.2019	Rat
						FB 20	4E.210214.01.505	421110	GS Comeniusstr./Verbesserung GTB-n. wert	400.000,00		
						FB 20	4E.210219.01.505	421110	Kita Schölkestraße /Anbau- n. wert.	104.200,00		
						FB 20	4S.210049.01.505.003	421110	Aufwand Energiesparm. sonst. Projekte	186.100,00		
						FB 20	4S.210065.00.505	421110	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	260.800,00		
						FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	184.000,00		
21	FB 20	4E.210228.01.505	421110	BBS V (Kastan.) / Brandschutz.-n.wert	650.000,00	FB 20	4S.210051.01.505	421110	FB 20: Brandschutzmaßn.-nicht werterh	650.000,00	17.09.2019	Rat
22	FB 20	4E.210232.01.505	445526	IGS Querum / Brandschutzm.-n.wert	8.700,00	FB 20	4E.210189.00.505	421110	GS Gliesmarode/Einr. GTB- nicht wert.	8.700,00	04.12.2020	FBL 20
23	FB 20 FB 20	4E.210233.00.505 4E.210233.00.505	421110 427193	Führungs- und Stabsst./Einricht.-Aufwand Führungs- und Stabsst./Einricht.-Aufwand	1.080,00 10.020,00	FB 20	4E.210142.00.505	421110	Wilhelm-Gymnasium / San. - Aufwand	11.100,00	04.12.2020	FBL 20
24	FB 20	4E.210235.00.500.213	787110	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	266.857,43	FB 20	4E.210155.01.500.213	787110	GS Ilmenaustraße /Einr. Ganztagsb.-Bau	266.857,43	12.11.2019	Rat
25	FB 20	4E.210238.00.505	427193	GS Lehndorf/Einr. GTB u. San.-n.wert.	62.500,00	FB 20	4E.210142.00.505	421110	Wilhelm-Gymnasium / San. - Aufwand	62.500,00	07.12.2020	Dez. VII
26	FB 20	4E.210239.00.505	421110	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. San.-n.we	16.135,68	FB 20	4S.210082.00.505	421110	OGS'en (2) / Einrichtung - n. wert.	16.135,68	12.11.2019	Rat
27	FB 20	4E.210239.00.500.213	787110	GS Waggum/GTB u. Sanierung-wert.-Bau	897.813,82	FB 20	4E.210135.00.500.213	787110	GS Waggum / Sanierung - Bau	404.115,26	12.11.2019	Rat
						FB 20	4S.210089.00.500.213	787110	Ganztagsbetriebe GS/Einr. -San.-Bau	493.698,56		
28	FB 20 FB 20	4E.210240.01.505 4E.210240.01.505	427193 421110	GS Bültenweg/Erw./Einr.GTB/San.-n.wer GS Bültenweg/Erw./Einr.GTB/San.-n.wer	8.220,00 282.180,00	FB 20	4E.210205.00.505	421110	TG Eiermarkt / San. Sicherheitsbeleucht.	290.400,00	17.11.2020	Rat
29	FB 20	4E.210240.00.500.213	787110	GS Bültenweg/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	385.207,32	FB 20	4E.210146.00.500.213	787110	GS Bültenweg / Sanierung - Bau	385.207,32	12.11.2019	Rat

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
30	FB 20	4E.210241.00.500.213	787110	GS Stöckheim/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	362.715,50	FB 20	4E.210150.00.500.213	787110	GS Stöckheim / Sanierung - Bau	362.715,50	12.11.2019	Rat
31	FB 20	4E.210242.00.505	421110	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.1.BA	200.400,00	FB 20	4E.210235.00.505	421110	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-n. werterh.	147.500,00	21.05.2019	Rat
						FB 20	4E.210240.00.505	421110	GS Bültenweg/Erw./Einr.GTB/San.-n.wer	52.900,00		
32	FB 20	4E.210242.00.500.213	787110	Inter.maßn.Schulen/baul.L-wert.-Bau 1.BA	1.016.500,00	FB 20	4E.210130.00.500.213	787110	GS/HS Rüningen/Sanierung - Bau	500.000,00	21.05.2019	Rat
						FB 20	4E.210140.00.500.213	787110	GY MK / Sanierung - Bau	500.000,00		
						FB 20	4E.210235.00.500.213	787110	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	16.500,00		
33	FB 20	4E.210246.00.505	421110	Knochenhauerstr. 5/Einr. Krippengruppen	150.000,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	150.000,00	12.11.2019	Rat
34	FB 20	4E.210251.00.505	421110	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.2.BA	420.000,00	FB 20	4E.210130.00.505	421110	GS/HS Rüningen/Sanierung -nicht wert	92.900,00	21.05.2019	Rat
						FB 20	4E.210240.00.505	421110	GS Bültenweg/Erw./Einr.GTB/San.-n.wer	127.100,00		
						FB 20	4E.210252.01.505	421110	Kita Stöckheim-Süd / Neubau-n. wert.	200.000,00		
35	FB 20	4E.210252.01.505	427193	Kita Stöckheim-Süd / Neubau-n. wert.	10.700,00	FB 20	4E.210189.00.505	421110	GS Gliesmarode/Einr. GTB- nicht wert.	10.700,00	04.12.2020	FBL 20
36	FB 20	4E.210255.01.505	421110	Wilhelmgymn. /Brandschutzmaßn.-n.wert	750.000,00	FB 20	4S.210051.01.505	421110	FB 20: Brandschutzmaßn.-nicht werterh	750.000,00	25.06.2019	Rat
37	FB 20	4E.210255.01.505	421110	Wilhelmgymn. /Brandschutzmaßn.-n.wert	770.000,00	FB 20	4S.210051.01.505	421110	FB 20: Brandschutzmaßn.-nicht werterh	770.000,00	17.09.2019	Rat
38	FB 20	4E.210256.99.505	421110	Kita Gliesmarode/San. Fassade-Fußb.	386.000,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	421110	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	386.000,00	02.04.2019	Rat
39	FB 20	4E.210257.00.505	421110	Kita Siegmundstraße / Sanierung	227.700,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	421110	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	227.700,00	02.04.2019	Rat
40	FB 20	4E.210258.00.505	421110	Kita Chr.-Friedr.-Krull-Str. / Sanierung	188.500,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	421110	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	188.500,00	02.04.2019	Rat
41	FB 20	4E.210261.00.511	422900	GS Hondelage / San. Unterdecken - FW	460,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	183.700,00	17.11.2020	Rat
	FB 20	4E.210261.00.505	421110	GS Hondelage / San. Unterdecken	83.640,00							
	FB 20	4E.210261.00.505	445526	GS Hondelage / San. Unterdecken	99.600,00							
42	FB 20	4E.210262.00.505	421110	GS Bürgerstr / Sanierung Unterdecke	30.000,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	34.200,00	03.12.2020	Dez. VII
	FB 20	4E.210262.00.505	427193	GS Bürgerstr / Sanierung Unterdecke	2.650,00							
	FB 20	4E.210262.00.505	445526	GS Bürgerstr / Sanierung Unterdecke	1.550,00							
43	FB 20	4E.210264.00.505	445526	GS Bültenweg / San. Unterdecken	4.900,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	4.900,00	04.12.2020	FBL 20
44	FB 20	4E.210265.00.505	421110	GS Rautheim / San. Unterdecken	400,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	400,00	04.12.2020	FBL 20
45	FB 20	4E.210266.00.505	421110	SpH Güldenstr. / San. Trinkwassernetz	385.000,00	FB 20	4S.210029.00.505	421110	FB 20:Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)	385.000,00	25.06.2019	Rat
46	FB 20	4E.210267.00.505	421110	SpH GS Diesterwegstr. / San. Unterdecke	435.500,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	435.500,00	25.06.2019	Rat

lfd. Nr.	Bedarf Teilhaushalt	Bedarf PSP-Element	Bedarf Kostenart	Bedarf Bezeichnung	Bedarf Betrag (Euro)	Deckung Teilhaushalt	Deckung PSP-Element	Deckung Kostenart	Deckung Bezeichnung	Deckung Betrag (Euro)	Entscheidung am	Entscheidung durch
47	FB 20	4E.210268.00.505	421110	SpH RS Maschstraße / San. Unterdecke	455.400,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	455.400,00	25.06.2019	Rat
48	FB 20	4E.210270.00.505	421110	GS Heinrichstraße / Ausbau Mensa	176.700,00	FB 40	5S.400049.00.511	422900	FB 40: GVG Süd Schulen	181.800,00	12.11.2019	Rat
	FB 20	4E.210270.00.511	422900	GS Heinrichstraße / Ausbau Mensa	5.100,00							
49	FB 20	4E.210308.00.505	421110	GS Diesterwegstr./baul. Maßn. f. Contain	191.000,00	FB 20	4S.210065.00.505	421110	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	191.000,00	17.09.2019	Rat
50	FB 20	4E.210309.00.505	421110	Madamenweg 94/Vers.säulen/San. Sanitärg.	588.200,00	FB 20	4E.210139.00.505	421110	RS John-F.-Kennedy-Platz / San.-Aufw	100.000,00	17.09.2019	Rat
							4E.210248.00.505	421110	SpH GS Rühme / Sanierung Unterdecke	24.100,00		
							4E.210253.00.505	421110	Wohnw.aufst.platz / San. Wasser u. Strom	284.100,00		
							4S.210071.01.505	421110	FB 20: Inklusion - Aufwand	180.000,00		
51	FB 20	4E.210310.00.505	421110	SpH RS Nibelungenschule / Dachsanierung	610.000,00	FB 20	4S.210065.00.505	421110	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	300.000,00	17.09.2019	Rat
							4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	310.000,00		
52	FB 20	4E.210311.00.500.213	787110	Joh.-Selenka-Schule / Einbau Aufzugsanl.	312.400,00	FB 40	4S.400025.00.505	421110	FB 40: Inklusionsmaßnahmen Schulen	100.000,00	17.12.2019	Rat
						FB 40	5S.400049.00.511	422900	FB 40: GVG Süd Schulen	212.400,00		
53	FB 20	4E.210313.00.505	421110	FÖ Astrid-Lindgren-Sch. / San. Grundl.	25.400,00	FB 20	4E.210182.00.505	421110	GS Rühme/Sanierung Heizungsanlage	25.400,00	04.12.2020	FBL 20
54	FB 20	4E.210319.01.505	421110	FÖ Astrid-Lind. /Brandschutzmaßn.-n.wert	26.040,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	31.500,00	03.12.2020	Dez. VII
	FB 20	4E.210319.01.505	445526	FÖ Astrid-Lind. /Brandschutzmaßn.-n.wert	5.460,00							
55	FB 20	4E.210320.01.505	421110	GS Mascher. H. /Brandschutzmaßn.-n.wert	19.500,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	21.000,00	04.12.2020	FBL 20
	FB 20	4E.210320.01.505	445526	GS Mascher. H. /Brandschutzmaßn.-n.wert	1.500,00							
56	FB 20	4E.210321.01.505	421110	GY Kl. Burg Abt. L./Brandschutzm.-n.wert	14.050,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	17.000,00	04.12.2020	FBL 20
	FB 20	4E.210321.01.505	445526	GY Kl. Burg Abt. L./Brandschutzm.-n.wert	2.950,00							
57	FB 20	4E.210322.01.505	421110	GY Kl. Burg /Brandschutzmaßn.-n.wert	10.200,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	10.200,00	04.12.2020	FBL 20
58	FB 20	4E.210323.01.505	421110	RS Maschstr. /Brandschutzmaßn.-n.wert	15.200,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	20.000,00	04.12.2020	FBL 20
	FB 20	4E.210323.01.505	445526	RS Maschstr. /Brandschutzmaßn.-n.wert	4.800,00							
59	FB 20	4E.210324.00.505	421110	SpH GY Martino-K. / San. Unterdecke	57.300,00	FB 20	4S.210084.00.505	421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	57.300,00	17.09.2020	Rat
		4E.210324.00.505	421110	SpH GY Martino-K. / San. Unterdecke	77.500,00		4E.210266.00.505	421110	SpH Güldenstr. / San. Trinkwassernetz	78.500,00		
		4E.210324.00.505	445526	SpH GY Martino-K. / San. Unterdecke	1.000,00							
		4E.210324.00.505	421110	SpH GY Martino-K. / San. Unterdecke	148.200,00		4E.210247.00.505	421110	Gesundheitsamt / Sanierung Dachgauben	148.200,00		

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
60	FB 20	4E.210326.02.505.213	427193	IGS Sally-Perel/Neub. Sporthalle-n.w.	3.050,00	FB 20	4E.210056.02.505.213	421110	4. IGS/Errichtung - Instandh.	3.050,00	17.11.2020	Rat
		4E.210326.01.500.213	787110	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle-Bau	105.100,00		4E.210056.01.500.213	787110	4. IGS/Errichtung Bauwerk werterh.	105.100,00		
61	FB 20	4E.210327.00.505	421110	GS Lindenbergsiedlung / Sicherheitsbel.	161.200,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	161.200,00	17.11.2020	Rat
62	FB 20	4E.210328.00.505	421110	GS Rautheim / Brandschutzsan.	44.500,00	FB 20	4E.210142.00.505	421110	Wilhelm-Gymnasium / San. - Aufwand	92.400,00	17.11.2020	Rat
		4E.210328.00.505	445526	GS Rautheim / Brandschutzsan.	47.900,00							
		4E.210328.00.505	421110	GS Rautheim / Brandschutzsan.	94.800,00		4E.210205.00.505	421110	TG Eiermarkt / San. Sicherheitsbeleucht.	94.800,00		
		4E.210328.00.505	421110	GS Rautheim / Brandschutzsan.	187.100,00		3E.210011.00.595	427114	BBS I Johannes Selenka/Planung San.	187.100,00		
		4E.210328.00.505	421110	GS Rautheim / Brandschutzsan.	244.100,00		4E.210208.00.505	421110	BBS IV Helene Engelbr./Fassadensanierung	244.100,00		
63	FB 20	4S.210029.00.505	445526	FB 20:Projekt Inst. Trinkw./San.(Städt.)	3.100,00	FB 20	4S.210017.00.505	421110	FB 20:Global-Instand. Freiwill. Feuerw.	3.100,00	04.12.2020	FBL 20
64	FB 20	4S.210083.00.500	787110	Erw. Flüchtlinge / Unterbr.- Investiv	593.000,00	FB 20	4E.210235.00.500.213	787110	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	83.000,00	12.11.2019	Rat
						FB 20	5E.210147.00.500.213	787110	Sporthalle Lehndorf/ Ersatzbau - Bau	510.000,00		
65	FB 20	4S.210083.00.505	421270	Erw. Flüchtlinge / Unterbringung	2.150,00	FB 20	4S.210081.00.505	421110	Städt. Stadion / Brandschutzm.	33.100,00	03.12.2020	Dez. VII
	FB 20	4S.210083.00.505	422210	Erw. Flüchtlinge / Unterbringung	13.050,00							
	FB 20	4S.210083.00.505	427193	Erw. Flüchtlinge / Unterbringung	17.900,00							
66	FB 20	4S.210090.02.500.213	787110	Lessinggymnasium/Containerber.-Bau 1.BA	459.900,00	FB 20	4E.210236.00.500.213	787110	GS Melverode/Einr. GTB/San.wert.-Bau	242.700,00	21.05.2019	Rat
						FB 20	4E.210240.00.500.213	787110	GS Bültenweg/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	217.200,00		
67	FB 20	4S.210094.00.505	421110	Umbauten allg. Grundvermögen -n. werterh	26.300,00	FB 20	4S.210036.00.505.213	421110	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	26.300,00	18.06.2019	Dez. VII
	FB 20	4S.210094.00.500.213	787110	Umbauten allg. Grundvermögen - werterh.	66.300,00		5E.210147.00.500.213	787110	Sporthalle Lehndorf/ Ersatzbau - Bau	66.300,00		
68	FB 20	4S.210094.00.511	422900	FB 20: allg. Grundvermögen/Umbaut.n.w.	3.700,00	FB 20	4S.210088.00.505	421110	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	3.700,00	04.12.2020	FBL 20
69	FB 20	5E.210141.00.500.213	787110	Kita Lamme-Ost II / Neubau - Bauwerk	101.860,00	FB 20	4E.210189.00.500.213	787110	GS Gliesmarode / Einr. GTB- wert.-Bau	138.800,00	17.11.2020	Rat
		5E.210141.00.500.214	787340	Kita Lamme-Ost II / Neubau - techn. Auss	270,00							
		5E.210141.00.500.215	787230	Kita Lamme-Ost II / Neubau - Außenanlage	35.450,00							
		5E.210141.00.500.216	787110	Kita Lamme-Ost II / Neubau - Ausstattung	150,00							
		5E.210141.00.500.217	787110	Kita Lamme-Ost II / Neubau - PK	1.070,00							
70	FB 20	5S.210035.00.500.213	787110	FB 20: Global-Baumaßnahmen Reisemobilpl.	5.900,00	FB 20	5S.200025.00.510	783110	FB 20: Global-Sachanlagen 20.2	5.900,00	20.07.2020	FBL 20

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
71	FB 32	4S.320001.04.505	421190	FB 32: Instandhaltungen (320-4000)	3.200,00	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern/allgem. Zuweisungen/Umlagen	3.800,00	14.12.2020	FBL 32
	FB 32	4S.320001.06.505	445519	FB 32: Instandhaltungen (320-6000)	600,00							
72	FB 32	4S.320005.02.505	421190	FB 32: Global-Instandh. (320-2000)	20.460,00	FB 32	4S.320001.04.505	421190	FB 32: Instandhaltungen (320-4000)	20.460,00	05.10.2020	Dez. II
		4S.320005.02.505	445514	FB 32: Global-Instandh. (320-2000)	350,00		4S.320002.00.505	445526	FB 32: Instandhaltungen Marktwesen	350,00		
		4S.320005.02.505	445514	FB 32: Global-Instandh. (320-2000)	5.150,00		4S.320002.00.505	445526	FB 32: Instandhaltungen Marktwesen	5.150,00		
		4S.320005.04.505	421190	FB 32: Global-Instandh. (320-4000)	20.190,00		4S.320001.04.505	421190	FB 32: Instandhaltungen (320-4000)	20.190,00		
		4S.320005.04.505	445514	FB 32: Global-Instandh. (320-4000)	550,00		4S.320001.04.505	421190	FB 32: Instandhaltungen (320-4000)	550,00		
73	FB 32	5S.320001.04.515	783125	FB 32: GVG-Sammelprojekt (320-4000)	11.700,00	FB 32	4S.320001.04.505	422140	FB 32: Instandhaltungen (320-4000)	11.700,00	22.09.2020	FBL 32
74	FB 37	4S.370001.00.505	422130	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	160.600,00	FB 37	5S.370008.00.511	422900	FB 37: Global-Festwertvermögen BF	40.187,61	17.11.2020	Rat
						FB 37	5S.370011.00.511	422900	FB 37: Global-Festwertvermögen FF	9.330,94		
						FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern/allgem. Zuweisungen/Umlagen	111.081,45		
		4S.370001.00.505	511993	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	10.100,00	FB 20	1.61.6110.01	434110	Steuern/allgem. Zuweisungen/Umlagen	10.100,00		
75	FB 37	4S.370002.00.505	422130	FB 37: Instandhaltungen Freiwillige Feuerwehr	149.900,00	FB 37	5S.370006.02.511	422900	FB 37: GVG-Besch. Dienst-u.Schuztkl. FF	149.900,00	17.11.2020	Rat
76	FB 37	4S.370003.00.505	421210	FB 37: Instandhaltungen Katastrophenschutz	5.500,00	FB 37	5S.370006.01.511	422900	FB 37: GVG-Besch. Dienst-u.Schuztkl. FF	2.073,80	07.10.2020	FBL 37
							5S.370011.00.511	422900	FB 37: Global-Festwertvermögen FF	3.426,20		
77	FB 37	4S.370004.00.505	422130	FB 37: Instandhaltungen Freiwillige Feuerwehr	13.200,00	FB 37	5S.370006.01.511	422900	FB 37: GVG-Besch. Dienst-u.Schuztkl. FF	13.200,00	07.10.2020	FBL 37
78	FB 37	5E.370011.00.510	783110	FB 37: Beschaffung TSF III-W Harxbüttel	23.200,00	FB 37	5E.370014.00.510	783110	FB 37: Beschaffung TSF IV-W FF	23.200,00	10.01.2020	FBL 37
79	FB 37	5E.370036.00.510	783110	Hochwasserschutzschl.system/Beschaffung	300.000,00	FB 61	4S.610041.01.500.613	787230	Feldstraße/Altlastensan.-wert. Bau	300.000,00	25.06.2019	Rat
80	FB 40	4S.400026.00.505	421190	FB 40: funktionale Umbauten	143.500,00	FB 20	4S.400024.01.505	421110	FB 40: Global-Umbauten GS	143.500,00	17.09.2019	Rat
81	FB 41	3E.410001.00.595	427193	FB 41: Einrichtung Kulturzentrum Planung	29.900,00	FB 41	4S.410004.00.505	421190	FB 41: mietvertragsrechtl. Verpflicht. Schloss	29.900,00	04.12.2020	FBL 41
82	FB 41	4E.410004.00.505	431113	FB 41: Staatsth. (Gr. H./Friesen)/Zusch.	73.400,00	FB 41	4S.410008.00.505	431113	FB 41: Global Staatstheater Baukostenzusch.	73.400,00	07.12.2020	Dez. VII
83	FB 41	4S.410011.01.505.001	427193	FB 41: Medien der Stadtbibliothek, n. wert.	1.500,00	FB 41	4S.410004.00.505	421190	FB 41: mietvertragsrechtl. Verpflicht. Schloss	1.500,00	04.12.2020	FBL 41
84	Ref. 0500	5S.000012.00.515	783125	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	4.300,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	443175	Leistungen des Sozialreferates	4.300,00	13.09.2019	RefL. 0500
85	Ref. 0500	5S.000012.00.515	783125	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	700,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	443175	Leistungen des Sozialreferates	700,00	05.11.2019	RefL. 0500
86	Ref. 0500	5S.000012.00.515	783125	Ref. 0500: GVG-Sammelprojekt	200,00	Ref. 0500	1.31.3119.40	427115	Leistungen des Sozialreferates	200,00	18.05.2020	RefL. 0500
87	FB 51	4E.510001.00.500.216	783110	Jugendschutzhaus Ölper	1.600,00	FB 51	5S.510002.00.510	783110	Global-Sachanlagen Verwaltung	1.600,00	19.11.2020	FBL 51

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
88	FB 51	4E.510002.01.505 4E.510002.02.510	427193 783110	Kita Mitgaustr. Mobiliarübern. n. w. Kita Mitgaustr. Mobiliarübern. wert.	48.100,00 254.200,00	FB 51	1.31.3410.01.01 1.31.3410.01.01	433980 433980	Unterhaltsvorschuss Unterhaltsvorschuss	48.100,00 254.200,00	17.11.2020	Rat
89	FB 51	4S.510020.03.511.005	422900	FB 51: - Schuki Freie Träger - Festwert	300,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	300,00	19.11.2020	FBL 51
90	FB 51	5S.510006.00.511	422900	FB 51: GVG Einricht. Kita FW eig. Verwaltung	1.400,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	1.400,00	19.11.2020	FBL 51
91	FB 51	5S.510008.00.511	422900	FB 51: GVG Einricht. Kita FW Betriebsträger	5.400,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	5.400,00	19.11.2020	FBL 51
92	FB 51	5S.510010.00.511	422900	FB 51: GVG Jugendfreizeiteinrichtungen FW	6.000,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	6.000,00	19.11.2020	FBL 51
93	FB 51	5S.510014.00.511	422900	FB 51: GVG sammelproj. KTK`s FW	3.200,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	3.200,00	19.11.2020	FBL 51
94	FB 51	5S.510016.00.511	422900	FB 51: GVG-Sammelproj. Spielst. Hebbels. FW	1.100,00	FB 51	4S.510017.00.505	431813	FB 51: Aufwand GL-Zuschuss Freie Träger	1.100,00	19.11.2020	FBL 51
95	FB 61	4E.610007.02.500.613	787110	Renaturierung der Wabe	86.500,00	FB 61	5E.610017.00.500.613	787230	Lammer Busch-Ost / Erschl. (LA33) - Bau	86.500,00	06.10.2020	Dez. VII
96	FB 61	4E.610017.00.505	421210	AM Lammer Busch Ost LA 31 (Ren. Wabe)	15.700,00	FB 61	4E.610004.02.505	421210	FB 61:Renatur. Schunter/Hondel.-Instandh	15.700,00	06.10.2020	FBL 61
97	FB 61	4S.610009.01.505	511993	FB 61:Soz.Stadt-westl.Ringgeb-	8.700,00	FB 20	1.11.1165.20	511990	Grundstücksverkehr	8.700,00	06.10.2020	FBL 61
98	FB 61	4S.610013.06.505	421210	Renaturierung Beberbach -Bau	30.000,00	FB 61	4S.610024.00.505	431813	FB 61:Zuschüsse für Flurbereinigungsmaß.	30.000,00	06.10.2020	FBL 61
99	FB 61 FB 61	4S.610040.06.505 4S.610040.07.505	421210 422900	AM Baumpfl. - Renat. Wabe AM Gewerbegebiet Rautheim-Baumpfl	1.700,00 1.000,00	FB 61	4S.610030.02.505	421210	Pflegemaßnahmen Baugebiet Stöckheim	2.700,00	06.10.2020	FBL 61
100	FB 61	4S.610045.02.505	427193	FB 61: Biodiversität/Maßn.z.Förder.-n.w.	75.600,00	Ref. 0120	4S.000021.01.505	427193	Ref. 0120: Strukturförd. - Aufwand	75.600,00	00.01.1900	Dez. VII
101	FB 66	4E.660020.01.500.663	787210	FB 66: K 31 / Teilsanierung - Bauwerk	650.000,00	FB 66	5S.660015.00.500.663 5S.660075.00.500.663	787210 787210	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Baumass Volkmarode / Straßenerneuerung	300.000,00 350.000,00	02.04.2019	Rat
102	FB 66	5E.660073.00.500.663	787210	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode-Bauw.	2.150.000,00	FB 66 FB 66 FB 66 FB 66	5E.660002.00.500.663 5E.660101.00.500.663 5E.660106.00.500.663 5E.660141.00.500.663	787210 787210 787210 787210	Völkenrode-Nord/Erschließung - Bauwerk Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung-Bau FB 66: Gewerb. Wenden-West/Erschl.-Bau	200.000,00 1.200.000,00 500.000,00 250.000,00	17.12.2019	Rat
103	FB 66	5E.660087.00.500.663	787210	Hoheworthbrücke/ Neubau-Bauwerk	72.000,00	FB 66 FB 66 FB 66	5E.660100.00.500.663 5E.660111.00.500.663 5S.660071.00.500.663	787210 787210 787210	Okerbrücke Feuerwehrstraße Bauwerk Okerbrücke Grund / Ersatzneuba - Bauwerk Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern. - Bau	19.000,00 46.000,00 7.000,00	09.09.2019	Dez. VII
104	FB 66	5E.660114.00.500.663	787210	Schunterbr. Butterberg /Ersatzneub.-Bau	180.000,00	FB 66	5S.660071.00.500.663	787210	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern. - Bau	180.000,00	17.09.2019	Rat
105	FB 66	5E.660116.00.500.663	787210	Brücke Friedr.-Seele-Str.Ringgleis /San.	5.800,00	FB 66	5S.660071.00.500.663	787210	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern. - Bau	5.800,00	20.08.2019	FBL 66

lfd. Nr.	Bedarf					Deckung					Entscheidung	
	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Teilhaus-halt	PSP-Element	Kosten-art	Bezeichnung	Betrag (Euro)	am	durch
106	FB 66	5E.660148.00.500.663	787210	Fußg.Brücke Burgmühlengrab./San.-Bau	70.000,00	FB 66	5S.660071.00.500.663	787210	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern. - Bau	70.000,00	03.09.2019	Dez. VII
107	FB 67	4E.670022.02.511	422900	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder. - FW	640.900,00	FB 67	5S.670036.00.511	422900	FB 67: GVG-Ankäufe von Bäumen	640.900,00	21.05.2019	Rat
108	FB 67	4E.670023.02.505	421270	FB 67: Biodiversität/Maßnahmen z.Förd.	79.000,00	FB 67	1.42.4241.02.03	341110	Sportstätten (Verpachtung)	45.100,00	20.12.2019	Dez. VII
						FB 67	1.42.4241.02.02	443140	Sportstättenmodernisierung	20.000,00		
						FB 67	1.55.5510.01.01	427190	Verk/Pflege/Entw. v.Kinderspiel-u.Bolzpl	13.900,00		
109	FB 67	4S.670001.00.505	422130	FB 67:Instandh.FB 67 allgem. (ohne 67.3)	32.775,36	FB 67	4S.670054.01.505.673	431813	Dach- und Fassadenbegr./Zusch.-n.wert	32.775,36	20.02.2020	Dez. VII
110	FB 67	4S.670015.00.505	421210	FB 67: Global-Instand. Bestattungswesen	27.800,00	FB 67	1.55.5530.08.11	424130	Winterdienst	27.800,00	24.01.2020	FBL 67
111	FB 67	5E.670053.00.500.673	787230	SpA Lamme /Umw Natur-in Kunstrasenpl.	1.200,00	FB 67	4S.670049.01.500.673	787110	FB 67: Sportfunktionsgeb./San.-- Bau	1.200,00	08.01.2020	FBL 67
112	FB 67	5E.670059.00.500.673	787110	FB 67: Sport. Lamme/Erw. Umkleide -Bau	90.000,00	FB 67	4S.670049.01.500.673	787110	FB 67: Sportfunktionsgeb./San. - Bau	90.000,00	24.06.2019	Dez. VII
113	FB 67	5E.670061.00.525	781810	FB 67: MTV / Zuschuss Erw. Sportzentrum	350.000,00	FB 67	5S.670052.02.511	422900	FB 67: Baumaß. Riddagshausen-Festwert	26.500,00	12.11.2019	Rat
							1.55.5510.16.01	424130	Winterdienst	80.000,00		
							1.42.4210.01.02	431810	Unterhaltung	123.500,00		
							4S.670049.01.500.673	787110	FB 67: Sportfunktionsgeb./San.-- Bau	120.000,00		
114	FB 67	5S.670079.00.500.673	787230	FB 67: Ums. Kalth.konz. Masterpl. Sp-Bau	1.900.000,00	FB 67	5E.670057.00.500.673	787230	Sportareal Fried.-Seele-Str./Kunstrasen	550.000,00	12.11.2019	Rat
						FB 67	5E.670058.00.500.673	787110	Familienfr. Sportzentrum/Einr.-Bau	100.000,00		
						FB 67	5E.670062.00.500.673	787110	FB 67: SPA Friedr.-Seele-Str/ Moder -Bau	1.250.000,00		
					24.199.855,11					**24.199.855,11**		

3.5.2.2 Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG (Haushaltsvorgriff)

Im Haushaltsjahr 2019 wurden keine Genehmigungen für Mehrauszahlungen gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG (Haushaltsvorgriff) erforderlich.

3.5.2.3 Zusammenfassung der Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen

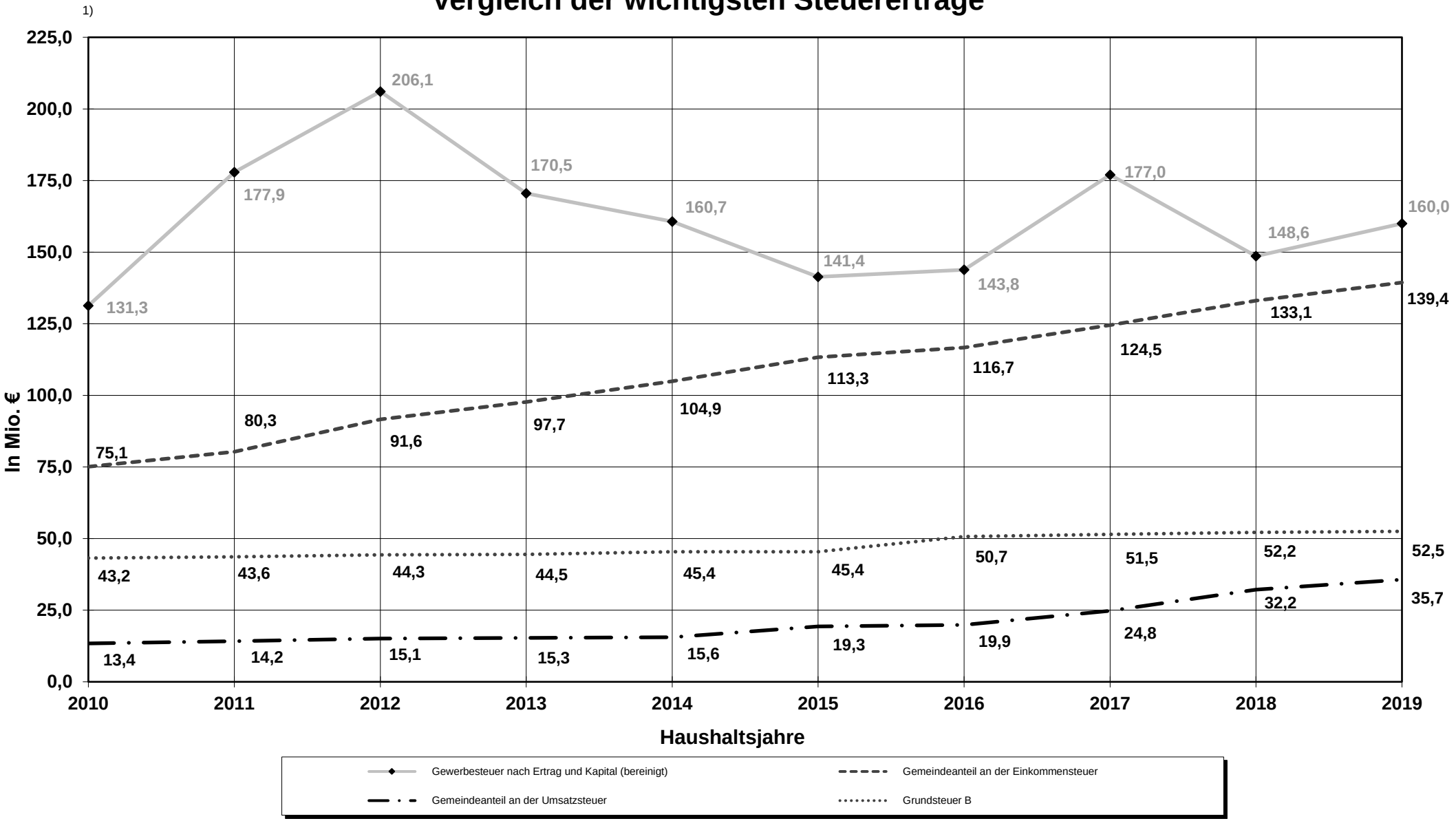
Teilhaushalt	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen - Euro -
Pol. Gremien	1.400,00
Ref. 0150	700,00
FB 20	16.429.579,75
FB 32	62.200,00
FB 37	662.500,00
FB 40	143.500,00
FB 41	104.800,00
Ref. 0500	5.200,00
FB 51	321.300,00
FB 61	219.200,00
FB 66	3.127.800,00
FB 67	3.121.675,36
Summe:	**24.199.855,11**

3.6 Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Vergleich Ansatz 2019, Ergebnis 2019)

Art des Steuerertrags	Gesamtertrag		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- in EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
Grundsteuer A	175.000,00	182.202,83	+ 7.202,83	+ 4,12
Grundsteuer B	52.000.000,00	52.526.147,77	+ 526.147,77	+ 1,01
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	176.000.000,00	160.010.480,46 *	- 15.989.519,54	- 9,08
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	138.400.000,00	139.394.008,00	+ 994.008,00	+ 0,72
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	31.500.000,00	35.685.484,00	+ 4.185.484,00	+ 13,29
Vergnügungssteuer (zusammengefasst)	3.715.000,00	4.945.393,07	+ 1.230.393,07	+ 33,12
Hundesteuer	1.140.000,00	1.180.708,50	+ 40.708,50	+ 3,57
Sonstige Steuern	0,00	0,00	+ 0,00	+ 0,00
Summe Steuern	402.930.000,00	393.924.424,63 *	- 9.005.575,37	- 2,24
Ausgleichsleistungen des Landes	5.224.200,00	5.224.651,35	+ 451,35	+ 0,01
Gesamtsumme	408.154.200,00	399.149.075,98 *	- 9.005.124,02	- 2,21
nachrichtlich:				
Gewerbesteuerumlage	26.600.000,00	21.847.170,00	- 4.752.830,00	- 17,87

* Der Wert enthält das bereinigte Ergebnis der Gewerbesteuer.

Vergleich der wichtigsten Steuererträge



1) Bereinigt um die noch erzielten Erträge aus in 2008 vorgenommenen Einzelwertberichtigungen

3.7 Aufwendungen für aktives Personal

Art des Personalaufwands[1)]	Aufwand		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger	
	- in EUR -		absolut in EUR	- in v. H. -
4011 Beamtenbezüge	57.789.900,00	58.526.378,68	+ 736.478,68	+ 1,3
4012 Entgelt für tariflich Beschäftigte	87.636.094,00	89.566.267,42	+ 1.930.173,42	+ 2,2
4018 ABM-Kräfte	0,00	0,00	+ 0,00	+ 0,0
4019 Beschäftigungsentgelte	318.250,00	481.372,12	+ 163.122,12	+ 51,3
4021 Versorgungslastenteilung	500.000,00	1.043.823,10	+ 543.823,10	+ über 100 %
4022 AG-Anteil Zusatzversicherung für tarifllich Beschäftigte	5.849.272,00	5.788.276,62	- 60.995,38	- 1,0
4029 Beitrag Versorgungskasse sonstige Beschäftigte	0,00	0,00	+ 0,00	+ 0,0
4031 Gesetzliche Sozialversicherung Beamte	50.000,00	52.469,33	+ 2.469,33	+ 4,9
4032 Gesetzliche Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	17.775.534,00	18.620.781,35	+ 845.247,35	+ 4,8
4039 Gesetzliche Sozialversicherung sonstige Beschäftigte	15.200,00	19.085,23	+ 3.885,23	+ 25,6
4041 Beihilfe Unterstützungsleistungen und dergleichen für Beamte	3.215.800,00	3.587.483,58	+ 371.683,58	+ 11,6
4051 Rückstellung für Pensionen Beamte	18.249.909,00	23.730.796,00	+ 5.480.887,00	+ 30,0
4061 Rückstellungen für Beihilfen	2.810.486,00	3.670.311,41	+ 859.825,41	+ 30,6
4071 Sonstige Rückstellungen Beamte	264.876,00	876.364,73	+ 611.488,73	+ über 100 %
4072 Sonstige Rückstellungen Beschäftigte	0,00	218.161,38	+ 218.161,38	+ 0,0
Gesamter Aufwand für aktives Personal	194.475.321,00	206.181.570,95	+ 11.706.249,95	+ 6,0
4621 Deckungsreserven [2)]	2.827.576,84	0,00	- 2.827.576,84	- 100,0
Gesamter Aufwand für aktives Personal inkl. Deckungsreserve	197.302.897,84	206.181.570,95	+ 8.878.673,11	+ 4,5

1) Die vierstelligen Zahlen entsprechen den ersten vier Stellen der Sachkonten der Stadt auf der Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens für Niedersachsen.

2) Seit 2012 wird die Deckungsreserve nicht mehr dem Bereich „Aufwendungen für aktives Personal“ sondern neu der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zugeordnet.
Diese Anpassung unseres örtlichen Kontenplans wurde durch die vom LSN vorgegebenen Änderungen des niedersächsischen Kontenrahmens 2012 erforderlich.

3.8 Haushaltsreste

Die Übertragbarkeit von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen ist in § 20 KomHKVO geregelt. Zu den Ermächtigungen zählen auch über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und die damit verbundenen Auszahlungen sowie zweckgebundene Erträge und Einzahlungen.

3.8.1 Ergebnishaushalt ohne Investitionsmanagement

Im Bereich des Ergebnishaushalts wurden für Aufwendungen Haushaltsreste in Höhe von **6.604.778,64 EUR** gebildet.

In der unten abgebildeten Aufstellung sind die Haushaltsreste je Teilhaushalt zusammengefasst dargestellt.

Teilhaushalt	- in EUR -
Politische Gremien	330.000,55
Verwaltungsführung	1.000,00
Personalvertretung	8.000,00
Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00
Ref. 0120	16.000,00
Ref. 0140	2.800,00
Ref. 0150	629,39
FB 01	2.847,50
FB 10	104.700,00
FB 20	606.737,22
FB 32	0,00
FB 37	0,00
FB 40	427.902,67
Kultur und Wissenschaft	501.791,20
Ref. 0500	109.175,77
FB 50	751.324,25
FB 51	1.230.525,04
Ref. 0600	5.000,00
Ref. 0610	73.475,73
FB 60	25.291,35
FB 61	1.059.841,96
FB 66	572.000,00
FB 67	548.736,01
Stabsstelle 0800	227.000,00
Summe	**6.604.778,64**

Im Folgenden werden die Haushaltsreste über 500 TEUR je Einzelsachverhalt begründet.

Teilhaushalt FB 50 Soziales und Gesundheit 666.705,22 EUR

Besetzungsrechte als Maßnahme zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum:

Bedingt durch Werbemaßnahmen und Marketingmaßnahmen sowie eine Informationsveranstaltung im März 2020 werden potentielle private Eigentümer angesprochen. Geplant wurde sowohl 2019 als auch 2020 der Ankauf von jeweils 15 Besetzungsrechten zu je 10.000 €. Für das Jahr 2020 zeichnet sich bereits eine deutliche Steigerung des Ankaufs von Besetzungsrechten ab. So konnten bereits im Januar die Voraussetzungen für den Ankauf von 5 Besetzungsrechten geschaffen werden. Im Vorgriff auf die Informationsveranstaltung hat bereits ein Gespräch mit einer Wohnungsbaugesellschaft stattgefunden. Diese hat sich bereit erklärt 178 Wohnung im Rahmen des Ankaufs von Besetzungsrechten zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung muss noch abschließen geklärt werden. Das bisherige Kontingent 2020 ist nach nur 1 Monat zu 1/3 ausgeschöpft. die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel ist zwingend erforderlich.

Teilhaushalt FB 51 Kinder, Jugend und Familie 549.500,00 EUR

Verwendung von Restmitteln für Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung (DS 17-05824), bei denen die Umsetzung erst ab 2020 erfolgen kann.

3.8.2 Ergebnishaushalt Investitionsmanagement

Im Bereich des Ergebnishaushalts wurden im Investitionsmanagement für Aufwendungen Haushaltsreste in Höhe von **36.726.271,44 EUR** gebildet.

Die Höhe der gebildeten Haushaltsreste wurde dabei von der Abwicklung der Maßnahmen (z. B. Verzögerungen bei Sanierungen und der Anschaffung von Vermögensgegenständen von Festwerten) beeinflusst.

3.8.3 Finanzhaushalt Investitionsmanagement

Im Bereich des Finanzhaushalts wurden für Auszahlungen aus **Investitionstätigkeit** Haushaltsreste in Höhe von **73.488.143,55 EUR** gebildet.

Die Höhe der gebildeten Haushaltsreste wurde dabei von der Abwicklung der Maßnahmen (z. B. Verzögerungen bei Beschaffungen und Baudurchführungen) beeinflusst.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsreste gebildet werden können bzw. wo ggf. Nachveranschlagungen ab 2021 möglich sind.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wurden zum Jahresabschluss 2019 die in den nachfolgenden Aufstellungen nach Teilhaushalten und Projekten dargestellten Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2020 vorgetragen.

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
polit. Gremien	4S.000001.00.505	Politische Gremien: Instandhaltungen	445519	3.000,00
Summe polit. Gremien			**gesamt**	**3.000,00**
Vw.Führung	4S.000002.00.505	Verwaltungsf.: Instandhaltungen	445519 445520 445522	5.600,00
Vw.Führung	5S.000002.00.515	Verwaltungsf.: GVG-Sammelprojekt	783125	1.397,15
Summe Verw. Führung			**gesamt**	**6.997,15**
FB 01	4S.000003.01.505	Ref. 0100: Instandhaltungen	445519 445520 445522	6.441,25
FB 01	5S.000003.00.515	Ref. 0100: GVG-Sammelprojekt	783125	6.300,00
FB 01	5S.000004.00.510	Ref. 0100: Global-Sachanlagen	783110	4.500,00
FB 01	5S.000011.01.515	Ref. 0300: Verwaltungsbücherei-GVG	783125	1.168,50
Summe FB 01			**gesamt**	**18.409,75**
Ref. 0120	4S.000004.00.505	Ref. 0120: Instandhaltungen	445519 445522	2.894,93
Ref. 0120	5S.000006.00.515	Ref. 0120: GVG-Sammelprojekt	783125	11.974,68
Ref. 0120	5S.000007.00.510	Ref. 0120: Global-Sacha.(Stat. /Wah)	783110	1.700,00
Summe Ref. 0120			**gesamt**	**16.569,61**
Ref. 0140	4S.000006.00.505	Ref. 0140: Betriebs- und G.-Instandh.	445519	3.000,00
Ref. 0140	5S.000009.00.515	Ref. 0140: GVG-Sammelprojekt	783125	825,04
Summe Ref. 0140			**gesamt**	**3.825,04**
Ref. 0150	4S.000007.00.505	Ref. 0150: Instandhaltungen	445519	149,74
Ref. 0150	5S.000010.00.515	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	783125	165,76
Summe Ref. 0150			**gesamt**	**315,50**
Pers.Vertr.	4S.100001.00.505	FB 10: Instandhaltungen Personalvertret.	445522	300,00
Summe Personalvertretung			**gesamt**	**300,00**
FB 10	4S.100003.00.505	FB 10: Instandhaltungen DGH	445520	5.810,00
FB 10	4S.100005.00.505	FB 10: Programm -IT-Instandh./ sonst	422140 427193	705.485,00
FB 10	4S.100005.00.515	FB 10: Programm -IT- Sachanl.-GVG's	783125	201.020,25
FB 10	4S.100005.01.510	FB 10: Programm -IT- Immat./Sachanl.	783110	267.415,80
FB 10	5S.100002.01.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-1000)	783125	329,11
FB 10	5S.100002.04.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-4000)	783125	640,00
FB 10	5S.100004.00.510	FB 10: Global-Sachanl. FB 10 intern	783110	28.450,33
Summe FB 10			**gesamt**	**1.209.150,49**
FB 20	3E.210013.00.595	FB 20:GS Westl. Ringgebiet Neub. /Vorpl.	427114	200.000,00
FB 20	3E.210014.00.595	FB 20 Joh.-Sel.-Sch.Ernährung./Pl. Ausb.	427114	50.000,00
FB 20	3E.210017.00.595	Dorfgemeinschaftshaus Rautheim/Planung	427114	74.405,00
FB 20	3S.200001.00.595	FB 20: Planungskosten allgemein	427114	200.000,00
FB 20	3S.200001.02.595	FB 20: Planungskosten OGS	427114	49.718,21
FB 20	3S.200002.00.595	FB 20: HOAI FB 65	427114	40.669,55
FB 20	3S.200003.00.595	FB 20: Vorplanung FB 65 (ISV)	427114	100.000,00
FB 20	4E.210170.01.505	Stadthalle / Sanierung n. werterh.	427193	530.568,98
FB 20	4E.210170.02.500.213	Stadthalle / Sanierung - werterh.	787110	14.315,71
FB 20	4S.200038.00.505	FB 20: Software-Wartung	422140	27.865,53
FB 20	4S.210001.03.505	FB 20: Instandhaltungen (KST: 200-3000)	445522	356,08
FB 20	4S.210001.04.505	FB 20 : Instandhaltungen (KST: 200-4000)	445514 445522	281,00
FB 20	4S.210002.00.505	FB 20: Instandhaltungen Bildende Kunst	421110	986,82
FB 20	4S.210013.00.505	FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen	421110	50.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 20	4S.210014.00.505	FB 20: Abbrüche Grundvermögen	421160	80.000,00
FB 20	4S.210050.00.505	FB 20: Dichtheitsprüfungen Entwässerung.	421110	54.000,00
FB 20	4S.210053.06.505	Baugebiet Baumschule Ost- Berliner Str.	427193	45.000,00
FB 20	4S.210067.00.505	FB 20: Gebäudeinstandhaltung PPP Schulen	421110 511993	646.500,00
FB 20	4S.210068.00.505	FB 20: Gebäudeinstandhaltung PPP Kitas	421110 511993	54.400,00
FB 20	4S.210093.02.500.213	FB 20: Technologiepark/San.+Umgest.-Bau	787110	300.000,00
FB 20	5E.200002.00.510	Wilhelm-Bracke Gesamtsch. - Erschließung	782120	215.700,00
FB 20	5E.200007.00.510	FB 20: Stadtstraße Nord/Erschließung	782120	550.000,00
FB 20	5S.200019.00.525	FB 20: Krankenhausumlage	781110	203.000,00
FB 20	5S.200025.00.510	FB 20: Global-Sachanlagen 20.2	783110	17.000,00
FB 20	5S.210002.00.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-0100)	783125	836,64
FB 20	5S.210008.01.510	FB 20: Global Ankauf Grundst. bis 2015	782110	9.734,36
FB 20	5S.210008.02.510	FB 20: Global-Erschließ.-/Str.-Ausb.	782120	24.400,00
FB 20	5S.210008.03.510	FB 20: Global Ankauf Grundst. ab 2016	782110	4.150.645,32
Summe FB 20			**gesamt**	**7.690.383,20**
FB 65	4E.210056.01.500.213	4. IGS/Errichtung Bauwerk werterh.	787110	300.163,47
FB 65	4E.210056.02.505.213	4. IGS/Errichtung - Instandh.	421110	21.663,36
FB 65	4E.210091.00.500.213	Lessinggym. Wenden/ San.-werterh.	787110	93.585,56
FB 65	4E.210091.00.505.213	Lessinggym. Wenden/ San.-n. werterh.	421110	84.258,52
FB 65	4E.210097.00.500.213	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-werterh	787110	43.557,74
FB 65	4E.210115.00.500.213	GY Kleine B. - Einr. Ganzt. - werterh	787110	9.064,58
FB 65	4E.210116.00.500.213	BBS V - Erw. a. Hauptst.ort - werterh	787110	1.067.903,35
FB 65	4E.210116.00.505.213	BBS V - Erw. Hauptst.ort - n.werterh	421110	348.769,27
FB 65	4E.210130.00.500.213	GS/HS Rüningen/Sanierung - Bau	787110	919.199,55
FB 65	4E.210130.00.505	GS/HS Rüningen/Sanierung -nicht wert	421110	21.041,11
FB 65	4E.210136.00.500.213	HS Sophienstraße / Sanierung - Bau	787110	155.195,83
FB 65	4E.210139.00.500.213	RS John-F-Kennedy-Platz / San. - Bau	787110	27.942,14
FB 65	4E.210139.00.505	RS John-F.-Kennedy-Platz / San.-Aufw	421110	7.419,97
FB 65	4E.210140.00.500.213	GY MK / Sanierung - Bau	787110	435.040,31
FB 65	4E.210140.00.505	GY MK / Sanierung - Aufwand	421110	176.608,50
FB 65	4E.210144.01.505	IGS Franzsches Feld / San. - Aufwand	421110	2.192.635,39
FB 65	4E.210144.02.500.213	IGS FF Fenstersanierung Wohnungen Ba	787110	177.000,00
FB 65	4E.210144.03.500.213	IGS FF Löschwasserversorgungssystem	787110	57.433,39
FB 65	4E.210145.00.500.213	GY HvF / Sanierung - Bau	787110	1.569.908,03
FB 65	4E.210154.01.500.213	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb-Bau	787110	613.919,63
FB 65	4E.210154.02.505	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb	421110	48.197,30
FB 65	4E.210156.00.500.213	TG Magni / Sanierung - Bauwerk	787110	57.097,11
FB 65	4E.210157.01.500.213	GS Isoldestraße / Erweiterung - Bau	787110	941.656,18
FB 65	4E.210157.02.505	GS Isoldestraße / Sanierung - Aufw	421110	597.954,17
FB 65	4E.210168.00.500.213	Kita Volkmarode/ Erweiterung	787110	75.383,71
FB 65	4E.210168.00.505	Kita Volkmarode/ Erweiterung	421110	100.357,83
FB 65	4E.210169.00.500.213	Kita Waggum /Sanierung	787110	401.121,44
FB 65	4E.210171.02.500.213	Tiefgarage Packhof / Sanierung- Bau	787110	637.938,14
FB 65	4E.210181.02.500.213	GS Edith Stein, Erw. und Brandsch. -Bau	787110	841.371,57
FB 65	4E.210181.01.505	GS Edith Stein/Erw. und Brandsch.-n.wert	421110	1.032.155,51
FB 65	4E.210186.00.505	Kita Thune / Dachsanierung	421110	446.262,43
FB 65	4E.210187.00.505	Kita Wenden/ Dachsanierung	421110	449.497,46
FB 65	4E.210192.00.505	GS Timmerlah /Brandschutzmaßnahmen	421110	22.170,40
FB 65	4E.210196.02.500.213	GS Comeniusstraße/Brandsch.- Bau	787110	51.554,64
FB 65	4E.210197.00.505	GS Hohetieg/Brandschutzm.-n. wert.	421110	593.028,46
FB 65	4E.210197.00.500.213	GS Hohestieg / Brandschutzm.-Bau	787110	84.451,24
FB 65	4E.210198.00.505	GH Brunsviga/Brandschutzmaßn.-n. wert	421110	5.120,59

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210198.00.500.213	GH Brunsviga/Brandschutzmaßn.-Bau	787110	18.922,90
FB 65	4E.210201.02.500.213	GS Bürgerstraße / Brandschutzmaßn. -Bau	787110	120.015,21
FB 65	4E.210201.01.505	GS Bürgerstraße / Brandschutzm.-n. wert	421110	30.497,78
FB 65	4E.210202.00.505	GS Lindenbergsiedl./Brandsch.- n.wert	421110	264.764,44
FB 65	4E.210202.00.500.213	GS Lindenbergsiedl./Brandsch.- Bau	787110	2.211,07
FB 65	4E.210206.00.500.213	GS H. d. M. / Brandschutzm.-Bau	787110	5.400,00
FB 65	4E.210207.02.500.213	GY NO / Erweiterung - Bau	787110	199.268,99
FB 65	4E.210214.02.500.213	GS Comeniusstr./Verbesserung GTB - Bau	787110	2.429.941,77
FB 65	4E.210214.01.505	GS Comeniusstr./Verbesserung GTB-n. wert	421110	316.630,24
FB 65	4E.210215.01.505	Südwache/Brandschutzmaßn.	421110	352.908,63
FB 65	4E.210215.02.500.213	Südwache/Brandschutzmaßn.-Bau	787110	126.500,00
FB 65	4E.210216.01.505	GS Altmühlstraße/Brandschutzmaßn.-n.wert	421110	262.941,46
FB 65	4E.210216.02.500.213	GS Altmühlstraße / Brandschutzmaßn.-Bau	787110	60.265,60
FB 65	4E.210217.01.505	Joh.-Selenka Abt. Hochstr./Brandsch.	421110	188.797,62
FB 65	4E.210217.02.500.213	Joh.-Selenka Abt. Hochstr./Brandsch.-Bau	787110	35.411,42
FB 65	4E.210218.00.505	Halle Hamburger Str. 267 / Dachsanierung	421110	125.876,65
FB 65	4E.210219.02.500.213	Kita Schölkestraße /Anbau - Bau	787110	1.062.860,23
FB 65	4E.210219.01.505	Kita Schölkestraße /Anbau- n. wert.	421110	181.825,39
FB 65	4E.210220.00.505	Villa Salve Hospes/San. Zaunanlage	421110	55.038,24
FB 65	4E.210221.00.505	Petzvalstraße 50 B / Fassadensanierung	421110	1.586.750,86
FB 65	4E.210224.00.505	Rathaus-Altb. / Install. Sicherheitsbel.	421110	165.100,00
FB 65	4E.210225.00.505	GS Wenden / Install. Sicherheitsbel.	421110	132.000,00
FB 65	4E.210226.00.505	Gesundheitsamt/Install. Sicherheitsbel.	421110	24.000,00
FB 65	4E.210228.01.505	BBS V (Kastan.) / Brandschutz.-n.wert	421110	594.719,55
FB 65	4E.210228.02.500.213	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.-Bau	787110	44.741,96
FB 65	4E.210232.02.500.213	IGS Querum / Brandschutzm.-Bau	787110	24.857,83
FB 65	4E.210234.00.505	GY Wilhelmg., Abt. Leonh./Beleucht.san.	421110	244.655,29
FB 65	4E.210235.00.505	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-n. werterh.	421110	39.126,55
FB 65	4E.210235.00.500.213	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	787110	525.709,70
FB 65	4E.210236.00.505	GS Melverode/Einr. GTB u. San.-n.wert	421110	140.000,00
FB 65	4E.210236.00.500.213	GS Melverode/Einr. GTB/San.wert.-Bau	787110	317.300,00
FB 65	4E.210237.01.505	GS Rautheim/Einr. GTB u. San.-n.wert	421110	96.974,35
FB 65	4E.210237.02.500.213	GS Rauth./Einr. GTB u. San.-wert.Bau	787110	353.933,95
FB 65	4E.210238.00.500.213	GS Lehnd./Einr. GTB u. San.-wert.-Bau	787110	1.277.671,96
FB 65	4E.210239.01.505	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. San.-n.we	421110	62.747,89
FB 65	4E.210239.01.500.213	GS Waggum/GTB u. Sanierung-wert.-Bau	787110	637.439,49
FB 65	4E.210240.02.500.213	GS Bültenweg/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	787110	670.061,75
FB 65	4E.210241.00.505	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-San.-n.wer	421110	139.666,42
FB 65	4E.210241.00.500.213	GS Stöckheim/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	787110	726.628,72
FB 65	4E.210242.00.505	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.1.BA	421110	600.400,00
FB 65	4E.210242.00.500.213	Inter.maßn.Schulen/baul.L-wert.-Bau 1.BA	787110	298.020,92
FB 65	4E.210243.00.505	GS Stöckh.Abt. Leiferde/GTB/San.-n.we	421110	70.144,40
FB 65	4E.210243.00.500.213	GS Stöckh.Abt. Leiferde/GTB/San.-Bau	787110	320.000,00
FB 65	4E.210245.00.505	Städt. Stadion / Nachrüstung BMA	421110	187.000,00
FB 65	4E.210246.00.505	Knochenhauerstr. 5/Einr. Krippengruppen	421110	318.340,52
FB 65	4E.210248.00.505	SpH GS Rühme / Sanierung Unterdecke	421110	147.240,67
FB 65	4E.210249.00.505	Oswald-Berkhan-Schule / Sanierung	421110	564.846,38
FB 65	4E.210250.00.505	GS Altmühlstraße / Fassadensanierung	421110	466.474,23
FB 65	4E.210251.00.505	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.2.BA	421110	420.000,00
FB 65	4E.210252.02.500.213	Kita Stöckheim-Süd / Neubau-wert. - Bau	787110	1.513.258,28
FB 65	4E.210255.01.505	Wilhelmgymn. /Brandschutzmaßn.-n.wert	421110	939.411,93
FB 65	4E.210256.00.505	Kita Gliesmarode/San. Fassade-Fußb.	421110	72.050,23
FB 65	4E.210257.00.505	Kita Siegmundstraße / San. Elt./Eing.	421110	197.929,71
FB 65	4E.210258.01.505	Kita Chr.-Friedr.-Krull-Str. / Sanierung	421110	26.077,82

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210266.00.505	SpH Güldenstr. / San. Trinkwassernetz	421110	990,00
FB 65	4E.210267.00.505	SpH GS Diesterwegstr. / San. Unterdecke	421110	167.261,02
FB 65	4E.210268.00.505	SpH RS Maschstraße / San. Unterdecke	421110	23.468,19
FB 65	4E.210270.00.505	GS Heinrichstraße / Ausbau Mensa	421110	176.700,00
FB 65	4E.210270.00.511	GS Heinrichstraße / Ausbua Mensa - FW	422900	5.100,00
FB 65	4E.210308.00.505	GS Diesterwegstr./baul. Maßn. f. Contain	421110	191.000,00
FB 65	4E.210309.00.505	Madamenweg 94/Vers.säulen/San. Sanitärg.	421110	263.875,25
FB 65	4E.210310.00.505	SpH RS Nibelungenschule / Dachsanierung	421110	610.000,00
FB 65	4E.210311.00.500.213	Joh.-Selenka-Schule/Einb.Aufzugsanl.-Bau	787110	312.400,00
FB 65	4S.210017.00.505	FB 20:Global-Instand. Freiwill. Feuerw.	421110	216.920,10
FB 65	4S.210024.00.505	Städtische Baudenkmale/Sanierung	421110	76.500,00
FB 65	4S.210034.00.505	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	421110	305.000,00
FB 65	4S.210036.00.505.213	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	421110	604.614,89
FB 65	4S.210037.00.505	FB 20:Global Instand. Untersuch./Nachko.	421110	25.222,99
FB 65	4S.210051.01.505	FB 20: Brandschutzmaßn.-nicht werterh	421110	1.015.923,77
FB 65	4S.210051.02.500.213	FB 20: Brandschutzmaßn.- wert.-Bau	787110	388.523,68
FB 65	4S.210065.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	421110	546.633,35
FB 65	4S.210069.00.500.213	Kitaneubauten (40 % Quote) - Bau	787110	796,88
FB 65	4S.210071.02.500.213	FB 20: Inklusion Invest-Bauw.	787110	1.168,81
FB 65	4S.210076.00.500.213	Amok-Anlagen / Einbau - Bau	787110	212.408,00
FB 65	4S.210076.00.505	Amok-Prävention - Aufwand	421110	149.170,36
FB 65	4S.210077.00.505	Schulkindbetr. 60% Stufe 2 - Aufwand	421110	367.730,17
FB 65	4S.210079.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Rathaus	421110	15.086,85
FB 65	4S.210083.00.500	Erw. Flüchtlinge / Unterbr.- Investiv	787110	943.435,36
FB 65	4S.210084.00.505	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	421110	1.285.184,22
FB 65	4S.210088.00.505	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	421110	610.900,00
FB 65	4S.210090.01.505	Lessinggymnasium/Containerber. 1.BA	421110	473.652,51
FB 65	4S.210092.01.505	Lessinggymn./Containerber.-n.wert 2. BA	421110	83.200,00
FB 65	4S.210092.02.500.213	Lessinggymn./Containerber.-Bau 2. BA	787110	190.900,00
FB 65	4S.210094.00.500.213	FB 20: allg. Grundvermögen/Umbaut.-Bau	787110	42.231,05
FB 65	5E.210100.01.500.213	Feuerwehr Leiferde / Neubau - Bau	787110	49.054,83
FB 65	5E.210100.02.500.213	Feuerwehr Querum / Neubau - Bau	787110	29.503,13
FB 65	5E.210105.02.500.213	Feuerwehr Völkenrode / Neubau - Bau	787110	19.175,32
FB 65	5E.210113.01.500.213	Berufsfeuerwehr / Neubauten- Bauwerk	787110	5.018.308,39
FB 65	5E.210117.00.500.213	GY HvF / Ersatz Umkleidekabinen - Bau	787110	49.756,85
FB 65	5E.210123.00.500.213	GS Rautheim / Sanierung - Bau	787110	59.829,34
FB 65	5E.210138.00.500.213	Gebäude Fischerweg 1 / Sanierung - Bau	787110	2.572,18
FB 65	5E.210139.00.500.213	Kita St. Petri / Sanierung - Bauwerk	787110	7.271,13
FB 65	5E.210143.00.500.213	Schulhof GS Hinter d. Masch/Sanierung	787110	91.632,69
FB 65	5E.210144.00.500.213	Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau	787110	896.279,22
FB 65	5E.210147.00.500.213	Sporthalle Lehndorf/ Ersatzbau - Bau	787110	359.785,56
FB 65	5E.210156.00.500.211	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau-Grunds	782110	82.000,00
FB 65	5E.210157.00.500.213	Westpark (am Rande)/Neub.Toilettenk.-Bau	787110	163.137,10
FB 65	5E.210158.00.500.213	Inselwallpark/Neubau WC - Anlage - Bau	787110	267.313,17
FB 65	5E.210159.00.500.213	Kultv.-Fried.-Wilh-Pl./Neub. WC Anl.-Bau	787110	297.545,37
FB 65	5S.210004.00.500.019	Global-Baumaßnahmen 2019	787110	12.206,12
FB 65	5S.210023.00.500.213	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	787110	81.021,01
FB 65	5S.210024.00.500.213	Feuerwehr-Anb. Timmerl./Harxb./Stöck-Bau	787110	77.476,02
FB 65	5S.210030.00.500.213	Schulen / Einbau Einbruchmn -Bau	787110	64.734,96
FB 65	5S.210031.00.500.213	Global-Baumaßn. Kinder Jugend - Bauwerk	787110	26.164,79
Summe FB 65			**gesamt**	**51.453.751,51**
FB 37	5E.370006.00.510	Hardware IRLS /Beschaffungen	783110	224.696,70
FB 37	5E.370010.00.510	Wechselladerfahrz./Beschaff.	783110	35.130,59
FB 37	5E.370014.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug IV (FF) /Besch	783110	17.718,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 37	5E.370019.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug V (FF)/Besch.	783110	210.000,00
FB 37	5E.370020.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug VI (FF)/Besch.	783110	210.000,00
FB 37	5E.370022.00.510	Drehleiterfahrzeug (BF)/Beschaffung	783110	681.521,48
FB 37	5E.370026.00.510	Löschfahrzeug OF Broitzem / Beschaffung	783110	255.000,00
FB 37	5E.370027.00.510	Löschfahrzeug OF Lamme / Beschaffung	783110	255.000,00
FB 37	5E.370028.00.510	Tanklöschfahrzeug (TLF) / Beschaffung	783110	425.000,00
FB 37	5E.370036.00.510	Hochwasserschutzschl.system/Beschaffung	783110	300.000,00
FB 37	5S.370004.01.515	FB 37: GVG-Sammelprojekt Berufsf.	783125	11.965,38
FB 37	5S.370007.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. BF	783110	362.131,99
FB 37	5S.370009.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	783110	91.948,61
FB 37	5S.370012.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. FF	783110	9.854,18
FB 37	5S.370013.00.510	FB 37: Global-Sachanl. Katastroph.	783110	10.000,00
FB 37	5S.370014.00.500.006	FB 37: Global-Spezialfahrz. Rettung.	783110	698.722,80
FB 37	5S.370015.00.510	FB 37: Global-sonst.Sachanl.Rettung.	783110	248.591,24
Summe FB 37			**gesamt**	**4.047.280,97**
FB 40	4S.400003.00.505	FB 40:Instandh. Medienzentrum	422110	1.000,00
FB 40	4S.400004.00.505	FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP	422110	53.806,61
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandh. (FB 65) GS	445519	180.156,41
FB 40	4S.400006.00.505	FB 40: Instandh. MEP Schulen	421110	170.000,00
FB 40	4S.400007.01.505	FB 40: Instandh.Einr/tech.G. GS	445522	4.511,36
FB 40	4S.400016.01.505	FB 40: Instandh.Gegenstände GS	422110	28.877,66
FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global-Umbauten GS	421110	600.000,00
FB 40	4S.400025.00.505	FB 40: Inklusion Aufwand	421110	229.215,36
FB 40	4S.400025.00.511	FB 40: Inklusion Festwertbeschaff.	422900	20.784,64
FB 40	4S.400026.00.505	FB 40: funktionale Umbauten	421190	143.500,00
FB 40	5E.400013.00.510	Technikakademie/Automatisierungstechnikl	783110	27.594,98
FB 40	5E.400014.00.511	Technikakademie/Lehrmittel Elektronikl.	422900	81.711,36
FB 40	5E.400016.00.510	BBS I / Erneuerung Drucktechnik	783110	256.919,64
FB 40	5S.400001.00.515	FB 40: GVG-Sammelp. Geb. Bohlweg 52	783125	6.621,98
FB 40	5S.400004.00.510	FB 40: Global-Sachanl.-Medienzentrum	783110	10.000,00
FB 40	5S.400008.01.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr Grundschulen	422900	368.305,00
FB 40	5S.400008.07.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr IGS	422900	13.000,00
FB 40	5S.400009.00.510	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	783110	90.731,61
FB 40	5S.400013.01.511	FB 40: Global-EinriG Grundschulen	422900	136.106,12
FB 40	5S.400028.01.511	FB 40-2008:GVG-Funkt/Einr/Tech GS	422900	102.781,20
FB 40	5S.400031.00.515	FB 40:Ersatz-GVG GegenSt MEP Schulen	783125	753.144,40
FB 40	5S.400036.00.511	FB 40:Mobiliar-FW MEP Schulen	422900	58.120,00
FB 40	5S.400043.01.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 112	422900	2.211,76
FB 40	5S.400043.07.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 211	422900	179,00
FB 40	5S.400043.08.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 212	422900	412,30
FB 40	5S.400043.09.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 213	422900	116,01
FB 40	5S.400043.14.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 310	422900	57,98
FB 40	5S.400043.18.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 331	422900	1.024,53
FB 40	5S.400043.19.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 332	422900	141,00
FB 40	5S.400044.01.511	FB 40: Einr. f. Schulkindb. GS	422900	33.691,50
FB 40	5S.400045.00.511	5. IGS Heidberg, Mobiliar	422900	469.212,13
FB 40	5S.400048.01.511	FB 40: GVG Nord Schulen GS	422900	161.283,29
FB 40	5S.400049.01.511	FB 40: GVG Süd Schulen GS	422900	92.344,82
FB 40	5S.400052.01.511	FB 40: FB 40: GVG ISEK Grundschulen	422900	100.000,00
Summe FB 40			**gesamt**	**4.197.562,65**
FB 41	4S.410001.00.505	FB 41: Instandhaltungen Kulturinstitut	445520	511,70
FB 41	4S.410001.03.505	FB 41:Instandhaltungen KPW	445522 445526	8.402,50

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 41	4S.410001.07.505	FB 41:Instandhaltungen Museum	445520 445522	30.523,13
FB 41	4S.410001.12.505	FB 41: Instandh. Musikschule	445519	800,00
FB 41	4S.410004.00.505	FB 41:mietvertragsrechtl. Verpfl.Schloss	421190	21.370,20
FB 41	4S.410008.00.505	FB 41: Global Staatstheater Baukostenzus	431113	77.600,00
FB 41	4S.410010.01.505	FB 41: Wissenschaftl/Förderm.-n. wer	427193	64.926,21
FB 41	5E.410006.00.510	Veranstaltungszentrum / Sachvermögen	783110	142.518,41
FB 41	5S.410005.00.511	FB 41: GVG- Sammelproj. Musiksch. (FW)	422900	7.810,56
FB 41	5S.410006.00.511	FB 41: Global-Einr.G Musiksch. (FW)	422900	6.327,86
FB 41	5S.410013.00.510	FB 41: Global-Sachanl. Kulturinstitut	783110	20.310,18
FB 41	5S.410013.02.510	FB 41: Global-Sachanl. Roter Saal	783110	20.000,00
FB 41	5S.410015.00.510	Ref. 0413: Global-Sachanl. Museum	783110	320.507,81
Summe FB 41			**gesamt**	**721.608,56**
FB 50	4S.500004.04.505	FB 50:Geb.-Instandh. Hamburger Str. 226	445519 445520	6.991,00
FB 50	4S.500004.13.505	FB 50:Geb.-Instandh.Kleine Burg 14	445519 445522	472,88
FB 50	4S.500004.17.505	FB 50:Geb.-Instandh.Naumburgstraße 25	445520	6.334,81
FB 50	4S.500008.00.505	FB 50: Instandh. Seniorenbegegnungsst.	445520 445522	2.046,27
FB 50	4S.500010.00.505	FB 50: Instandh. Wohnungsloseneinricht.	445519 445522	9.611,03
FB 50	4S.500011.00.505	FB 50:Global-Instandh. Wohnungsloseneinr	421110 421190 422110	18.372,02
FB 50	4S.500023.00.505	FB 50: Instandh. Flüchtlingsunterkünfte	445520 445522 511993	8.418,98
FB 50	5S.500003.00.515	FB 50: GVG-Sammelproj. Abt. 50.0	783125	3.146,54
FB 50	5S.500005.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.1	783125	3.821,68
FB 50	5S.500007.00.515	FB 50: GVG-Seniorenbegegnungsst.	783125	2.585,50
FB 50	5S.500019.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.3	783125	1.807,36
FB 50	5S.500021.01.515	FB 50: GVG- Abt. 50.4 -Gesundheits.	783125	3.205,89
Summe FB 50			**gesamt**	**66.813,96**
FB 51	4S.510001.00.505	FB 51: Instandhaltungen	421190 427193 445522	27.710,55
FB 51	4S.510003.00.505	FB 51:Instandh. Kinder-Jugendschutzhaus	421110 445522	8.678,28
FB 51	4S.510004.00.505	FB 51: Instandhaltungen Kitas eig. Verw.	445514 445519 445520 445522	29.574,39
FB 51	4S.510005.00.505	FB 51: Instandhaltung Betriebstr Kitas	445514 445520 445522	11.032,80
FB 51	4S.510006.00.505	FB 51: Instandhaltungen JFE	445519 445520 445522	6.427,50
FB 51	4S.510009.00.505	FB 51: Instandh. Spielstube Hebbelstr.	445520	2.800,00
FB 51	4S.510017.00.505	FB 51:Aufw. Global- Invest.Zusch.fr.Träg	431813	16.599,00
FB 51	4S.510017.00.525	FB 51:Invest.Global-Invest.Zusch.fr.Träg	781810	2.680,00
FB 51	4S.510021.00.505	FB 51: Gl Instandh. Kinder-Jugendschutz.	421110	99.000,00
FB 51	4S.510023.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in OGS	445522	850,00
FB 51	4S.510024.00.505	FB 51: Instandhaltung in KTK einschl SKB	445520 445522	1.200,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 51	4S.510025.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in Schulen	445519 445520 445522	6.855,00
FB 51	4S.510027.00.505	FB 51: Instandhaltungen umF	421190 445522	54.699,33
FB 51	5S.510001.00.515	FB 51: GVG Sammelprojekt - Verwaltung	783125	39.981,28
FB 51	5S.510002.00.510	FB 51: Global-Sachanlagen - Verwaltung	783110	49.669,00
FB 51	5S.510007.00.511	FB 51: Global Sachanl. Kita eig.Verw. FW	422900	22.712,05
FB 51	5S.510011.00.511	FB 51:Global-Sachanl. städt. JFE	422900	7.800,00
FB 51	5S.510013.00.510	FB 51:Global-Sachanl. J.Zeltlager L.	783110	39.000,00
FB 51	5S.510015.00.511	FB 51:Global-Sachanl. KTK's	422900	14.900,00
FB 51	5S.510021.00.511	FB 51:Global-Sachanl.Spielst.Hebbel	422900	2.000,00
Summe FB 51			**gesamt**	**444.169,18**
Ref. 0600	4S.000010.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen	445519	2.820,00
Ref. 0600	4S.000011.00.505	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	421110 421210 445526	113.538,94
Ref. 0600	4S.000022.01.505	kom. Wohnraumförd. / Umsetz.-n.w.	427114	780.000,00
Ref. 0600	5S.000015.00.500.003	Ref. 0600: Global-Bau. Brun./Denkm.	787110	29.410,71
Summe Ref. 0600			**gesamt**	**925.769,65**
Ref. 0610	4S.000017.00.505.002	Ref. 0610: Instandh.- BLIK Beschilderung	421210	4.648,46
Ref. 0610	4S.000017.00.505.003	Ref. 0610: Instandh.- Stadtbild	421110 422110 422140 445519	8.216,00
Ref. 0610	4S.000017.00.505.004	Ref. 0610: Instandh.- Denkmalpflege	422110 445519 445520	590,00
Ref. 0610	5S.000026.00.510	Ref.0610:Global-Sachanl.Heimatpfl.u.BLIK	783110	1.090,39
Ref. 0610	5S.000027.00.515	Ref. 0610: GVG-Sammelprojekt Allgemein	783125	40,29
Ref. 0610	5S.000027.01.515	Ref. 0610: GVG-Sammelprojekt Stadtbild	783125	400,00
Ref. 0610	5S.000027.02.515	Ref. 0610: GVG-Sammelproj. Denkmalpflege	783125	161,22
Summe Ref. 0610			**gesamt**	**15.146,36**
FB 60	4S.600001.00.505	FB 60: Instandhaltungen	421190 445519 445520	74.319,05
FB 60	5S.600001.00.515	FB 60: GVG-Sammelprojekt	783125	5.932,16
Summe FB 60			**gesamt**	**80.251,21**
FB 61	3E.610037.00.595	Kleine-Dörfer-Weg /Vorplanung	427114	94.717,29
FB 61	4E.610001.02.505	FB 61 -Natura 2000- Instandh	421210	41.676,03
FB 61	4E.610004.02.505	FB 61:Renatur. Schunter/Hondel.-Instandh	421210	5.000,00
FB 61	4E.610008.00.505	Niedermoor Lammer Graben. /Wiedernässung	421210	9.000,00
FB 61	4E.610010.00.505	FB 61: Voigtländer Areal/Sanierung	421210	464.400,00
FB 61	4E.610011.01.500.613	FB 61: Am Pfarrgarten- BV17 - Bau	787230	157.184,60
FB 61	4E.610012.00.505	Schunter (Quer., Bienr.)/Zusch. Renat.	431813	159.796,54
FB 61	4E.610016.01.505	FB 61: Dibbesd. Str. Süd (QU 62) - Aufw.	421210	120.000,00
FB 61	4S.610001.00.505	FB 61:Instandh. 61.0 - Verwaltung	445519 445520	5.800,00
FB 61	4S.610009.01.505	FB 61:Soz.Stadt-westl.Ringgeb-sonst. K.	427193	200.000,00
FB 61	4S.610012.00.505	FB61:Instandh.Schutzgebiete/Schutzobj.	421270	4.910,70
FB 61	4S.610022.00.505	FB 61: Instandh. Software BgA	422140	16.230,00
FB 61	4S.610023.00.505	FB 61: Instandh. Software (ohne BgA)	422140	4.580,00
FB 61	4S.610029.00.505	FB 61:Global-Instandh.Hochwasserschutz	421270	18.988,29
FB 61	4S.610032.00.505	FB 61.Förderprogramm f.regener.Energien	431813	3.798,77
FB 61	4S.610038.00.505	FB 61: Allgemeine Umweltmaßnahmen EFRE	427114	17.515,62

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 61	4S.610039.01.505	Soziale Stadt - Donauviertel - Aufw.	427193	144.742,23
FB 61	4S.610042.00.505	FB 61: Amphibienschutzmaßnahmen	421210	8.845,52
FB 61	4S.610043.01.505.002	Inv.pakt Donauv. KTK Weiße R./Neub. n.w.	427193	74.879,44
FB 61	4S.610043.02.500.613.002	Inv.pakt Donauv. KTK Weiße R./Neub.-Bau	787110	1.231.878,33
FB 61	4S.610045.02.505	FB 61: Biodiversität/Maßn.z.Förder.-n.w.	427193	210.100,00
FB 61	4S.610046.00.505	FB 61: Global-Grüninstandhalt. Abt. 61.7	421210	140.327,97
FB 61	4S.610047.01.505	FB 61: Straßenpanoramabilder/Besch.-n.w.	429113	184.846,36
FB 61	5E.610004.00.500.613	Westpark 2.BA - Bauwerk	787230	29.329,39
FB 61	5E.610005.00.500.613	Heidberg-Park/Naherholungsb. Bauw.	787230	13.434,43
FB 61	5E.610007.00.500.613	Volkmarode/Erschließung Bauwerk	787230	87.215,32
FB 61	5E.610008.00.500.613	Lammer Busch-West -Bau	787230	50.677,02
FB 61	5E.610010.00.500.613	Gew.-geb Rautheim-Nord/Ersch. Bau	787230	85.498,84
FB 61	5E.610011.00.500.613	Südl. Ringgleis/Fuß-u.Radwegeverb.	787230	26.638,37
FB 61	5E.610013.00.500.613	St. Leonhards Garten/Grün. - Bau	787230	12.995,30
FB 61	5E.610014.00.500.613	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd-Bau.	787230	325.644,70
FB 61	5E.610016.00.500.613	Roselies-Süd/Erschließung (RA 27) Bau	787230	333.604,21
FB 61	5E.610020.00.500.613	FB 61: Ausgl.maßn.Flugh. -werterh. Bau	787230	51.948,27
FB 61	5E.610027.00.500.613	Am Meerberg/Erschließung-Bau	787230	66.397,98
FB 61	5E.610028.00.500.613	Ringgleis / Ausbau und Schließung - Bau.	787230	1.019.194,16
FB 61	5E.610029.00.500.613	Baugebiet Taubenstr/Erschließung-Bau	787230	777.544,56
FB 61	5E.610030.00.500.613	FB 61: Spielpl. Ölper/Neuerrichtung-Bau	787230	167.000,00
FB 61	5S.610003.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Verw. 61.0	783125	499,10
FB 61	5S.610004.00.510	FB 61:Global-Sachanl. Verw. 61.0	783110	2.370,90
FB 61	5S.610008.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj.61.2 (ohne H.)	783125	1.961,45
FB 61	5S.610009.00.510	FB 61:Global-Sachanl.61.2	783110	22.975,00
FB 61	5S.610014.00.525	FB 61: Zusch. Wohnbauförd.	781810	10.000,00
FB 61	5S.610023.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. -vorber.Bauleitpl.	783125	7.717,67
FB 61	5S.610030.00.500.613	Wanderwege / Grünzüge - Bau	787230	93.535,94
FB 61	5S.610031.00.500.613	Grüne Stadtplätze-Bauwerk	787230	21.646,33
FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61.7: Global GrünflächenlBauwerk	787230	211.912,27
FB 61	5S.610035.00.500.613	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschl. (LA32)-B	787230	282.310,87
Summe FB 61			**gesamt**	**7.021.269,77**
FB 66	3E.660001.00.595	FB 66:Brucknerstr./Bültenw./Bienr./Vorpl	427114	103.554,94
FB 66	3E.660006.00.595	FB 66: Bevenroder Str./Pl. Umgestaltung	427114	150.000,00
FB 66	3E.660013.00.595	Haltestelle IGS Volkmarode/Planung Umbau	427114	20.000,00
FB 66	4E.660016.00.505.663	Altstadtmarkt / Umbau Haltestellen	421210	11.142,43
FB 66	4E.660018.01.505	FB 66: Fahrradabstell. HBF /Neub.-n.wert	427193	600.000,00
FB 66	4E.660019.02.525	Rasengleis Berliner Straße/Neubau-wer	781510	341.000,00
FB 66	4S.660001.00.505	FB 66: Instandhaltungen 66.0	445519 445520	8.757,44
FB 66	4S.660001.01.505	FB 66: Instandhaltungen 66.1	422140	517,39
FB 66	4S.660001.02.505	FB 66: Instandhaltungen 66.2	445519	684,50
FB 66	4S.660001.03.505	FB 66: Instandhaltungen 66.3	445520	1.374,89
FB 66	4S.660006.00.505	FB 66:Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.Gem.	421210	444.543,83
FB 66	4S.660008.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.-Kreis	421210	8.800,00
FB 66	4S.660011.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Ing.-Bauwerk	421210	43.283,92
FB 66	4S.660012.01.500.663	Radwege/Neubau Bau-werterh.	787210	23.019,23
FB 66	4S.660012.01.500.664	Radwege/Neubau-technische Anlagen	787340	24.148,09
FB 66	4S.660012.02.505.663	Radwege/Neubau Bau-nicht werterh.	421210	70.273,62
FB 66	4S.660015.06.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 131	421210	11.500,00
FB 66	4S.660015.08.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 211	421210	6.778,67
FB 66	4S.660015.16.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 321	421210	16.000,00
FB 66	4S.660018.02.505.663	FB 66: Brückenerneuerung - n. wert.	421210	381.474,49
FB 66	4S.660020.00.505	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	421210	253.026,05

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	4S.660021.01.500.663	FB 66: Nördliches Ringgeb. / Bau	787210	491.854,86
FB 66	4S.660023.00.505	FB 66: Instandh. Deckenschichtern. Fahrb	421210	205.577,40
FB 66	4S.660024.00.505	FB 66: Instandh. Deckenschichtern. Radw	421210	104.480,96
FB 66	4S.660025.02.500.663.001	Stufe 1 Volkmarode-Bau	787210	236.285,92
FB 66	4S.660025.02.525.001	Stufe 1 Volkmarode-Zusch	781510	100.000,00
FB 66	4S.660025.02.500.663.002	Stufe 1 Rautheim - Bau	787210	671.187,15
FB 66	4S.660025.02.500.663.003	Stufe 2 Campusbahn/Salzd. Str. - Bauw.	787210	399.218,76
FB 66	5E.660002.00.500.663	Völkenrode-Nord/Erschließung - Bauwerk	787210	69.000,00
FB 66	5E.660003.00.500.663	Volkmarode_Nord/Erschließung- Bauwerk	787210	1.334,20
FB 66	5E.660016.00.500.663	FB 66: St. Leonhardsgarten/ Erschließung	787210	6.547,42
FB 66	5E.660021.00.500.663	Okerbrücke Leiferde/Neubau - Bauwerk	787210	291.433,30
FB 66	5E.660023.00.500.663	Messeweg/Ern. u. Umgestaltg. Bauwerk	787210	4.818,31
FB 66	5E.660039.00.500.663	Radweg K31 Bevenr.-Bechtsbüttel Bauwerk	787210	13.051,08
FB 66	5E.660042.00.500.663	Radweg Broitzem - Stiddien/Bauwerk	787210	9.816,56
FB 66	5E.660043.00.500.663	Radweg Watenb.-Völkenrode/Bauwerk	787210	1.659,98
FB 66	5E.660051.00.500.663	P+R Donaustraße - Bauwerk	787210	50.000,00
FB 66	5E.660054.00.500.663	Radweg Rüningen/Geitelde - BW	787210	13.769,84
FB 66	5E.660060.00.500.663	FB 66: Gewerbegebiet Braunstr. Süd - Bau	787210	12.007,95
FB 66	5E.660069.00.500.663	Radweg K80 Tiergarten-Rodedamm-Bau	787210	208.503,98
FB 66	5E.660070.00.500.663	Geh-u.Radweg Helmstedter Str./Bauwerk	787210	1.461,16
FB 66	5E.660072.00.500.663	DB-Verknüpfungspunkt Leiferde - Bauwerk	787210	20.000,00
FB 66	5E.660073.00.500.663	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode-Bauw.	787210	2.350.000,00
FB 66	5E.660074.00.500.663	Helmstedter Straße/Umgestaltun - Bauwerk	787210	485.044,85
FB 66	5E.660080.00.500.663	Lammer Busch-Ost,2.BA/Erschließung - Bau	787210	17.536,91
FB 66	5E.660082.00.500.663	Roselies-Süd/Erschließung-Bau	787210	19.335,70
FB 66	5E.660083.00.500.663	Leonhardstraße/Sanierung - Bau	787210	5.461,51
FB 66	5E.660086.00.500.663	Radweg Lamme/Wedtlenstedt-Bau	787210	294.388,76
FB 66	5E.660087.00.500.663	Hoheworthbrücke/ Neubau-Bauwerk	787210	86.171,01
FB 66	5E.660088.00.500.663	Okerbrücke Biberweg/ Neubau-Bauwerk	787210	897.747,78
FB 66	5E.660091.00.500.663	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.-Bau	787210	14.022,87
FB 66	5E.660092.00.500.663	Am Meerberg (Leiferde)/ Erschl. - Bau	787210	3.352,23
FB 66	5E.660093.00.500.663	Im Großen Raffkampe (Lamme)/Erschl.-Bau	787210	327.000,00
FB 66	5E.660097.00.500.663	Gewerbegebiet Waller See/Erschl. - Bau	787210	768.636,62
FB 66	5E.660101.00.500.663	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	787210	66.056,77
FB 66	5E.660103.00.500.663	Brücke Klostergang/ Ersatzbau - Bau	787210	61.122,08
FB 66	5E.660104.00.500.663	Steinriedendamm / Umbau i.Z.m. -Bauwerk	787210	335.000,00
FB 66	5E.660105.00.500.663	Taubenstr./Erschließung- Bau	787210	978.000,00
FB 66	5E.660107.00.500.663	Baugeb.Stöckheim-Süd /Erschli.-Bau	787210	80.000,00
FB 66	5E.660110.00.500.663	Sidonienbrücke / Ersatzneubau - Bauwerk	787210	137.747,82
FB 66	5E.660111.00.500.663	Okerbrücke Grund / Ersatzneuba - Bauwerk	787210	11.741,05
FB 66	5E.660114.00.500.663	Schunterbr. Butterberg /Ersatzneub.-Bau	787210	896.359,53
FB 66	5E.660115.00.500.663	Fischgrabenbrücke NSG Riddagsh./Ersatz	787210	2.628,11
FB 66	5E.660116.00.500.663	Brücke Friedr.-Seele-Str.Ringgleis /San.	787210	394,38
FB 66	5E.660117.00.500.663	Wabebrücke Klostergang/Möller/Ersatz	787210	52.060,94
FB 66	5E.660118.00.500.663	Ferdinandbrücke / Sanierung - Bauw.	787210	60.000,00
FB 66	5E.660119.00.500.663	Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz	787210	270.000,00
FB 66	5E.660122.00.500.663	Sandbachbrücke Querumer Weg /Neubau	787210	90.000,00
FB 66	5E.660135.00.510	FB 66: Geschw.-überw. / Ausweitung	783110	480.597,54
FB 66	5E.660136.00.500.663	Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneub.-Bau	787210	90.000,00
FB 66	5E.660138.00.500.661	FB 66:BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Rad.-Gr.	782110	160.000,00
FB 66	5E.660139.00.500.661	FB 66:BS-Lehre-WOB/Bau e-Rad.-Grund.	782110	160.000,00
FB 66	5E.660142.00.500.663	FB 66: Hagenmarkt /Umgestaltung - Bau	787210	250.000,00
FB 66	5E.660143.00.500.663	FB 66:Schapenstr./Hordorf./Bau Kreis.-Ba	787210	136.707,80
FB 66	5E.660144.00.500.663	FB 66: Leonhardstr./Ausbau - Bauwerk	787210	400.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	5E.660145.00.500.663	Mascher. Weg/Senefelder Str./KVP-Bau	787210	39.892,02
FB 66	5E.660147.00.500.663	Brücke Klostergang-Mittelriede/Neub.-Bau	787210	548.927,70
FB 66	5E.660148.00.500.663	Fußg.Brücke Burgmühlengrab./San.-Bau	787210	106.235,47
FB 66	5E.660150.00.500.663	Lilienthalplatz /Umgestaltung -Bau	787210	750.000,00
FB 66	5S.660003.00.510	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	783110	179.000,00
FB 66	5S.660011.00.500.663	Siegfriedviertel/Straßenern. Bauwerk	787210	3.522,63
FB 66	5S.660014.00.500.663	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	787210	8.717,85
FB 66	5S.660015.00.500.663	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Baumass	787210	87.035,03
FB 66	5S.660016.00.500.663	Petritor/Straßenerneuerung-Bauwerk	787210	25.269,92
FB 66	5S.660018.00.500.663	Nordstadt/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	9.501,21
FB 66	5S.660020.00.500.663	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Baumassn.	787210	48.357,90
FB 66	5S.660024.00.500.663	Innenstadt/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	68.086,79
FB 66	5S.660027.00.500.663	Stöckheim/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	11.462,99
FB 66	5S.660039.00.500.663	FB 66: Global-Baumaßnahmen	787210	68.543,15
FB 66	5S.660050.02.500.664	FB 66: Verkehrsabh.Steuerung v.LSA	787340	131.223,94
FB 66	5S.660050.01.500.664	FB 66:Global-Neue Invest.Verkehrsanl.t.A	787340	116.092,74
FB 66	5S.660062.03.500.663	Straßenerneuerung Büchnerstraße - Bau	787210	595.637,19
FB 66	5S.660067.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung/Bauwerk	787210	254.653,50
FB 66	5S.660069.00.500.664	Unfallschwerpunkte / LSA-Maßnahmen	787340	824.475,00
FB 66	5S.660072.00.500.663	Viewegsgarten/Bebelhof/Straßenern.Bauw.	787210	44.227,94
FB 66	5S.660075.00.500.663	Volkmarode / Straßenerneuerung - Bauw.	787210	71.911,27
Summe FB 66			**gesamt**	**19.411.776,82**
FB 67	4E.670010.00.500.673	BSA Rüningen / Umbau Gaststt.-Bau	787110	14.486,04
FB 67	4E.670011.00.500.673	SPA Rote Wiese/Sanierung-Bau	787110	386.627,38
FB 67	4E.670012.00.500.673	Sportanl. Illerstraße/San.-Bau	787110	88.465,31
FB 67	4E.670013.00.500.673	FB 67: Vereinsh BienroderW. San.- Bau	787110	7.058,04
FB 67	4E.670014.02.505.673	Grünanl. Jasperallee / San. -n. wert	421270	25.557,11
FB 67	4E.670018.00.500.673	FB 67: Kiryat-Tivon-Park/San.- Bau	787230	30.000,00
FB 67	4E.670019.02.500.673	BSA Rünin./Umgest. Außeneinfr. -Bau	787230	18.659,95
FB 67	4E.670020.02.500.673	FB 67: Ringweg Südsse/Sportl. N. -Bau	787230	2.000,00
FB 67	4E.670022.01.500.673	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder.- Bau	787230	512.178,12
FB 67	4E.670022.02.505	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder-.-n.w	421270	74.114,27
FB 67	4E.670022.02.511	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder. - FW	422900	500.504,91
FB 67	4E.670023.01.500.673	FB 67: Biodiversität - Bauwerk	787230	15.000,00
FB 67	4E.670023.02.505	FB 67: Biodiversität/Maßn.z.Förder.-n.w.	421270	522.819,03
FB 67	4S.670001.00.505	FB 67:Instandh.FB 67 allgem. (ohne 67.3)	421110 422110 422120 422130 422140 445519	41.649,35
FB 67	4S.670004.00.505	FB 67:Instandh. Naturschutzgeb. , -parks	421270	5.746,87
FB 67	4S.670007.01.505	FB 67:Unterh. v. Grün-u. Spielanl.-allg	421270	126.681,16
FB 67	4S.670014.01.525	FB 67 :Inv.Zus.an Sportvereine-werterh	781810	15.158,94
FB 67	4S.670014.02.505	FB 67: Inv.Zus.an Sportvereine-Aufwand	431813	25.687,26
FB 67	4S.670028.21.505	Grüninstandh.: Efeuweg GL 49	421270	100,00
FB 67	4S.670028.22.505	Grüninstandh.: Im Großen Raffkampe LA 33	421270	300,00
FB 67	4S.670028.27.505	Grüninstandh. Vor den Hörsten WA 67	421270	4.100,00
FB 67	4S.670028.31.505	Grüninstandh. Alsterplatz HO 51	421270	1.800,00
FB 67	4S.670028.40.505	Grüninstandh. HA 136 Nordanger	421270	900,00
FB 67	4S.670028.44.505	Grüninstandh. WT 54 Otto-Bögeholz-Str.	421270	700,00
FB 67	4S.670040.00.505	FB 67:Global-Kleingartenvereine-Wegesan.	421210	835,56
FB 67	4S.670045.00.505	FB 67:Inst. Außenanlagen Schulen	421210 421270	16.606,44

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	4S.670048.00.505	FB 67: Global-Instandh. Sportstätten	421110 445526	144.817,32
FB 67	4S.670049.01.500.673	FB 67: Sportfunktionsgeb./San.-- Bau	787110	152.647,48
FB 67	4S.670055.01.510	FB 67: E-Mobilitätskonzept/Ums.-werterh	783110	75.000,00
FB 67	5E.670003.00.500.673	Wallanlagen/Sanierung - Bauwerk	787230	60.589,14
FB 67	5E.670005.00.500.673	Hauptschulgarten/Sanierung-Bauwerk	787230	21.190,25
FB 67	5E.670043.00.500.673	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsg.-B	787110	545.121,00
FB 67	5E.670058.00.500.673	Familienfr. Sportzentrum/Einr.-Bau	787230	292.784,32
FB 67	5E.670063.00.500.673	FB 67: Viewegs Garten / Wegesan. - Bau	787230	262.704,28
FB 67	5E.670064.01.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Skateranl- Bau	787230	228.000,00
FB 67	5E.670064.02.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Rondell- Bau	787230	100.000,00
FB 67	5E.670065.00.500.673	FB 67: Grünanl. Löwenwall / San.- Bau	787230	400.000,00
FB 67	5E.670066.00.500.673	SpA Rüning./Umw. Tennensp.-Kunstr.-Bau	787230	4.105,53
FB 67	5E.670067.00.500.673	FB 67: Street Flow Skateanl. /Neubau-Bau	787230	4.899,99
FB 67	5E.670070.00.510	FB 67: LKW f. Baumpflege /Beschaffung	783110	3.232,74
FB 67	5E.670071.00.500.673	FB 67: Westfriedhof / Neubau - Bauwerk	787230	100.000,00
FB 67	5E.670075.00.500.673	FB 67: Sportz. Melv./Stöckh./Umsetz.-Bau	787230	929.501,69
FB 67	5E.670076.00.500.677	FB 67: SPH Schapen/Bau Gymnastikraum-PK	787110	446.073,00
FB 67	5S.670011.00.510	FB 67: Global Erwerb von Sachanlageverm.	783110	217.107,26
FB 67	5S.670012.00.500.673	Rekonstruktion hist.Parkanlagen-Bauwerk	787230	198.137,24
FB 67	5S.670021.00.510	FB 67: Global-Sachanl.Bestattungsw.	783110	60.796,04
FB 67	5S.670031.00.500.673	FB 67:Global-Bau.Kitas i. e. Verw. - Bau	787230	179.795,40
FB 67	5S.670032.00.500.673	FB 67: Global-Kitas-Betriebsträger - Bau	787230	150.625,32
FB 67	5S.670036.00.511	FB 67: GVG-Ankäufe von Bäumen	422900	409.635,91
FB 67	5S.670046.00.500.673	FB 67: Global Freizeitwegenetz/Bauwerk	787210	216.126,55
FB 67	5S.670048.00.500.673	FB 67.2: Global GrünflächenlBauwerk	787230	354.314,73
FB 67	5S.670049.00.500.673	FB 67: Global Kinderspielplätze - Bauw.	787230	352.214,72
FB 67	5S.670052.02.511	FB 67: Baumaß. Riddagshausen-Festwert	422900	27.918,00
FB 67	5S.670057.00.511	FB 67: GVG-Sportstätten	422900	4.200,00
FB 67	5S.670058.00.511	FB 67: Global-EinriG-Sportstätten	422900	25.989,14
FB 67	5S.670059.00.500.673	Sanierung Sportstätten - Bauwerk	787230	87.092,72
FB 67	5S.670065.02.500.673	FB 67:Bau Spielgeräte auf Schulh.-Neubes	787230	203.131,61
FB 67	5S.670068.00.500.673	FB 67: Global-Bau Jugendzentren-Bau	787230	21.586,49
FB 67	5S.670072.00.500.673	FB 67: Global-Schulaußenanl. / San.- Bau	787230	213.664,82
FB 67	5S.670073.01.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Wegesyst.- Bau	787230	300.000,00
FB 67	5S.670073.02.500.673	FB 67: Bürgerpark / San. Wegesyst.- Bau	787230	60.910,18
FB 67	5S.670074.00.500.673	FB 67: Spielplätze/inklusive Umgest- Bau	787230	332.396,15
FB 67	5S.670075.03.500.673	FB 67: KGV/ Trinkw. Lindenberg IV - Bau	787230	150.000,00
FB 67	5S.670076.01.500.673	FB 67: Museumpark/ San.- Bau	787230	97.447,43
FB 67	5S.670076.02.500.673	FB 67: Theaterpark/ San. -Bau	787230	148.554,91
FB 67	5S.670077.00.500.673	FB 67: Spielpl./Qualifizierung-Entw.-Bau	787230	500.000,00
FB 67	5S.670079.00.500.673	Kalthallen f. Sport / Neubau - Bau	787230	1.900.000,00
Summe FB 67			**gesamt**	**12.420.047,10**
StStelle 0800	4S.000024.01.505	Stabsst. 0800: Breitbandausbau - Aufw.	431813	460.000,00
StStelle 0800	5S.000017.00.515	Ref. 0800: GVG-Sammelprojekt	783125	16,51
Summe StStelle 0800			**gesamt**	**460.016,51**
Gesamt			**gesamt**	**110.214.414,99**

davon Aufwand	36.726.271,44
davon Investitionen	73.488.143,55

In der folgenden Aufstellung sind die Projekte aufgelistet, bei denen ein Haushaltsrest nicht gebildet wurde, unter anderem weil die Mittel nicht für eine Übertragung zur Verfügung standen bzw. der Tatbestand zur Bildung eines Haushaltsrestes gemäß § 20 KomHKVO nicht erfüllt war (z. B. weil stattdessen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gebildet wurden).

Org. Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	nicht gebildete Haushaltsreste in €
FB 20	4E.210170	Stadthalle / Sanierung	14.315,71
Summe FB 20			**14.315,71**
FB 32	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern	10.723,16
Summe FB 32			**10.723,16**
FB 37	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	110.513,49
FB 37	4S.370002	FB 37: Instandhaltungen Freiw. Feuerwehr	1.692,33
FB 37	4S.370003	FB 37: Instandhaltungen Katastrophen.	2.118,75
FB 37	5S.370004	FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr	782,90
FB 37	5S.370006	FB 37: GVG-Anschaff. Dienst- u. Schutzkl.	168.057,40
FB 37	5S.370008	FB 37: Global-Festwertvermögen BF	37.013,76
FB 37	5S.370009	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	34.614,56
FB 37	5S.370011	FB 37: Global-Festwertvermögen FF	9.253,44
Summe FB 37			**364.046,63**
FB 40	4S.400005	FB 40: Instandh. Gebäude - Schulen	43.423,99
FB 40	4S.400016	FB 40: Instandh. Gegenstände Schulen	4.217,19
FB 40	5S.400001	FB 40: GVG-Sammelp. Geb. Bohlweg 52/55	919,81
FB 40	5S.400009	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	7.984,00
FB 40	5S.400013	FB 40: Global-Einricht. Schulen	101.123,83
FB 40	5S.400044	FB 40: Einrichtung f. Schulkindbetr.	44.808,50
FB 40	5S.400049	FB 40: GVG Süd Schulen	161.077,38
Summe FB 40			**363.554,70**
FB 50	4S.500004	FB 50: Gebäude-Instandh. Restber. FB 50	17.000,00
FB 50	5S.500021	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.4	599,54
Summe FB 50			**17.599,54**
FB 51	4S.510004	FB 51: Instandhaltungen Kitas eig. Verw.	10.000,00
Summe FB 51			**10.000,00**
FB 61	4S.610001	FB 61: Instandh. 61.0 - Verwaltung	35.289,29
FB 61	4S.610041	Feldstraße / Altlastensanierung	795.480,00
FB 61	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	25.245,56
FB 61	4S.610046	FB 61: Global-Grüninstandhalt. Abt. 61.7	14.426,12

Org. Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	nicht gebildete Haushaltsreste in €
Summe FB 61			**870.440,97**
FB 66	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	438,68
FB 66	5E.660073	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode/Umgest.	36.752,38
FB 66	5E.660135	FB 66: Geschw.-überw. / Ausweitung	0,30
FB 66	5S.660024	Innenstadt / Straßenerneuerung	79.164,08
FB 66	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	47,60
Summe FB 66			**116.403,04**
FB 65	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	3,00
FB 65	4E.210171	Tiefgarage Packhof / Sanierung	13.655,82
FB 65	4E.210196	GS Comeniusstraße / Brandschutzm.	36.737,74
FB 65	4E.210202	GS Lindenbergsiedlung / Brandschutzm.	224,49
FB 65	4E.210220	Villa Salve Hospes / San. Zaunanlage	6.500,00
FB 65	4E.210246	Knochenhauerstr. 5 / Einr. Krippengruppen	8.571,01
FB 65	4E.210250	GS Altmühlstraße / Fassadensanierung	3.548,73
FB 65	4E.210255	Wilhelmgymn. / Brandschutzmaßn.	46.754,60
FB 65	4E.210309	Madamenweg 94/Vers.säulen / San. Sanitärg.	11.599,38
FB 65	4S.210034	FB 20: Global Instand. Allgem. Grundverm.	25.000,00
FB 65	4S.210051	FB 20: Brandschutzmaßnahmen	142.762,02
FB 65	4S.210065	FB 20: Global Instandhaltung Schulen	2.707,14
FB 65	4S.210079	FB 20: Global-Instandhaltungen Rathaus	47,48
FB 65	4S.210083	Erw. Flüchtlinge / Unterbringung	56.139,06
FB 65	4S.210088	Sicherheitsbel. / Installation-Sanierung	30.400,00
FB 65	5E.210141	Kita Lamme-Ost II / Neubau	56.746,93
Summe FB 65			**441.397,40**
Summe Gesamt			**2.208.481,15**

Im Folgenden werden die Haushaltsreste über 500 TEUR je Projekt begründet.

Teilhaushalt FB 10

4S.100005 Global- Maßnahmen IT FB 10 1.173.921,05 EUR

Begründung

Die Haushaltsreste ergaben sich insbesondere durch die Beauftragung von diversen gesamtstädtischen Software-Lizenzen (u. a. MESO und DMS) sowie Software-Upgrades. Des Weiteren wurden diverse IT-Programmierarbeiten und Consultingleistungen sowie IT-Dienstleistungen beauftragt. Daneben ist die Beauftragung von Arbeitsplatz-PC aus dem Rahmenvertrag mit der ITEBO GmbH im o. g. Betrag enthalten. Die Leistungserbringung erfolgt jeweils erst im Jahr 2020.

Teilhaushalt FB 20

4E.210116 BBS V / Erweiterung am Hauptstandort 1.416.672,62 EUR

Begründung

Die Bauarbeiten an der BBS V umfassen die Teilprojekte Abbruch Remise, Umbauten in den Bestandsgebäuden A - D, Brandschutzmaßnahmen im Gebäude E, die eigentliche Herstellung des Erweiterungsgebäudes sowie die Herstellung dessen Außenanlagen. Verschiedene Einflüsse bewirkten Verzögerungen im Baufortschritt; dazu gehört insbes. die hohe Auslastung der Auftragnehmer. Jedoch waren von den nach 2020 übertragenen Mitteln rund 729.700 EUR durch Aufträge gebunden. Die Haushaltsreste werden weiterhin zur Fortführung des Projektes benötigt.

4E.210130 Grundschule/Hauptschule Rüningen / Sanierung 940.240,66 EUR

Begründung

Im Anschluss an die Sanierung des Schulgebäudes, der Sporthalle sowie der Ertüchtigung der Sporthalle zu einer Versammlungsstätte sollten das Kellergeschoss und die Grundleitungen erneuert werden. Aufgrund veränderter Prioritätensetzungen im Schulbereich - insbes. durch den verstärkten Ausbau der Ganztagsbetriebe in verschiedenen Grundschulen musste das Vorhaben in der Grundschule/Hauptschule Rüningen verschoben werden. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 111.000 EUR durch Aufträge gebunden. Für die Abwicklung des Projektes werden die Haushaltsreste auch weiterhin benötigt.

4E.210140 GY Martino-Katharineum / Sanierung 611.648,81 EUR

Begründung

Die Planung des 2. Bauabschnitts der Sanierung wurde teilweise zurückgestellt, weil andere Hochbaumaßnahmen im schulischen Bereich vordringlich durchzuführen waren. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 319.000 EUR durch Aufträge gebunden. Die für 2019 verbliebenen Haushaltsmittel wurden weitestgehend in das Haushaltsjahr 2020 als Haushaltsrest übertragen.

4E.210144 IGS Franzsches Feld / Sanierung 2.427.068,78 EUR

Begründung

Die durch die 2015 aufgetretenen Probleme mit den Unterdecken in den Klassenräumen verursachte Bauunterbrechung hatte zur Folge, dass mehrere Teilmaßnahmen verschoben werden mussten. Hierdurch musste auch die Ausführung der nachgelagerten Bauleistungen verschoben werden – vgl. Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht 2018 -. Da auch die beauftragten Baufirmen an ihre Kapazitätsgrenzen stießen, konnte der Zeitverzug in vielen Fällen nicht aufgeholt werden. Jedoch waren von den nach 2020 übertragenen Mitteln rund 1,9 Mio. EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210145 GY Hoffmann-von-Fallersleben-Schule /Sanierung 1.569.908,03 EUR

Begründung

Die Bauarbeiten an der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule umfassen die Teilprojekte Sanierung Schulgebäude und Sanierung Sporthalle, die gleichzeitig stattfinden sollten. Aufgrund des Brandes der Sporthalle im Oktober 2014 wurde entschieden, diese vorrangig zu sanieren. Weitere Bauverzögerungen am Schulgebäude traten aufgrund von Rechtsstreitigkeiten mit dem Auftragnehmer für den Trockenbau ein. Diese Umstände hatten bereits zu einem geringeren Mittelabfluss in den Vorjahren geführt. Hierdurch haben sich Leistungsverschiebungen ergeben. Die seinerzeit mit den beauftragten Baufirmen für ihre Bauleistung vereinbarten Vertragszeiten sind daher bereits überschritten. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass die betroffenen Aufragnehmer ihre Leistung erbringen, wenn sie ihrerseits freie Kapazitäten haben. Hierdurch wird der Mittelabfluss stark eingeschränkt. 63.000 EUR der Restmittel waren am Jahresende 2019 durch Aufträge gebunden. Zur Gewährleistung der Umsetzung des Projektes ist die Bildung entsprechender Haushaltsreste erforderlich gewesen.

4E.210154 Grundschule Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb 662.116,93 EUR

Begründung

Nachdem im Jahr 2017 die ursprüngliche Planung zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs in der GS Lamme wegen gesetzlicher Vorgaben nicht verwirklicht werden konnte, wurden die endgültigen Planungen 2018 abgeschlossen. Der Baubeginn wurde daher auf den Herbst 2018 festgelegt - vgl. BA-Vorlage 18-07225 -. Im Jahr 2019 ergaben sich Bauverzögerungen durch notwendige Wiederholungen von Ausschreibungen in mehreren Gewerken der Bereiche Hochbau und technische Gebäudeausrüstung, weil aufgrund der hohen Auslastung der Baufirmen oft keine Angebote eingingen. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren nach den wiederholten, nunmehr erfolgreichen Ausschreibungen rund 548.200 EUR durch Aufträge gebunden. Die entstandenen Haushaltsreste werden in 2020 vollständig benötigt.

4E.210157 Grundschule Isoldestraße / Erweiterung 1.539.610,35 EUR

Begründung

2019 gab es Verzögerungen durch die eingeschalteten externen Büros. Die Leistungsverzeichnisse für Vergaben im Bereich Hochbau waren unvollständig. Auch in den Bereichen der technischen Gebäudeausrüstung arbeiteten die Ingenieurbüros fehlerhaft. Daher flossen weniger Haushaltsmittel ab als geplant. Da jedoch die Vergabeverfahren wenn auch verspätet eingeleitet werden konnten, waren die nach 2020 übertragenen Mittel vollständig durch Aufträge gebunden.

4E.210170 Stadthalle / Sanierung 544.884,39 EUR

Begründung

Für das Projekt Sanierung Stadthalle wurden vom Rat am 25.06.2019 für eine Auftragserweiterung zusätzlich 500 TEUR bereitgestellt. Diese als auch noch weitere rund 45 TEUR werden weiterhin für diese Auftragserweiterung sowie für die juristischen Beratungen des Projektes benötigt.

4E.210171 Tiefgarage Packhof / Sanierung 637.938,14 EUR

Begründung

Die ersten Planungsphasen nach der HOAI wurden 2019 beauftragt. Aufgrund der Komplexität der Aufgabe konnten die Vorplanungsergebnisse durch die Fachplaner erst in 2020 erbracht werden. Demzufolge sind die Honorare für die Planer auch erst in 2020 geflossen und der Mittelabfluss in 2019 konnte nicht wie ursprünglich vorgesehen erfolgen. Die Haushaltsreste werden weiterhin vollständig benötigt.

4E.210181 GS Edith Stein / Erweiterung und Brandschutzmaßn. 1.873.527,08 EUR

Begründung

Nachdem bereits 2018 die Abstimmungen mit der Berufsfeuerwehr hinsichtlich der Brandschutzmaßnahmen äußerst umfangreich und zeitintensiv waren, konnte der Baubeginn erst im Herbst 2018 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 18-08200 -. 2019 traten weitere Schwierigkeiten auf: unvorhergesehene Abfangungsarbeiten an der Bestandsgiebelwand mit Grundwasserabsenkung, Bauverzögerung durch archäologische Funde und unerwartete Schwierigkeiten durch Hindernisse im Baugrund. Die nach 2020 übertragenen Mittel waren vollständig durch Aufträge gebunden.

4E.210197 Grundschule Hohestieg / Brandschutzmaßnahmen 677.479,70 EUR

Begründung

Die Baumaßnahmen zur Herstellung des 2. baulichen Rettungsweges und anderer Brandschutzmaßnahmen in den Fluren und Klassenräumen der Grundschule Hohestieg sollten ursprünglich im Herbst 2018 abgeschlossen werden. Dies setzte voraus, dass die Arbeiten auch während der Betriebszeiten der Schule hätten stattfinden können. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass der Schulbetrieb erheblich gestört wurde. Daher konnte ein Großteil der lärm- und staubintensiven Arbeiten nur während der Ferienzeiten durchgeführt werden. Hinzu kam, dass die Auslastung der beauftragten Baufirmen so hoch war, dass vorgesehene Arbeiten gestreckt oder verschoben werden mussten. Dieser bereits für den Rechenschaftsbericht 2018 geschilderte Sachverhalt bewirkte eine notwendige Verschiebung nachgelagerter Bauleistungen von 2019 auf 2020. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren Ende 2019 rund 100.000 EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210214 GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB 2.746.572,01 EUR

Begründung

Aufgrund der umfangreichen Voruntersuchungen und Planungen konnte der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung im Bauausschuss erst am 23.10.2018 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 18-09215 -. Der Baubeginn wurde danach auf April 2019 festgelegt. Die bis dahin eingetretenen Verzögerungen führten in der Folge zu einem geringeren Mittelabfluss als ursprünglich vorgesehen. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 1,6 Mio. EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210219 Kita Schölkestraße / Anbau 1.244.685,62 EUR

Begründung

Der bereits 2018 erstellte Bauantrag musste zurückgezogen werden, weil sich die erforderlichen Abstimmungen mit der Feuerwehr bezüglich des Abstands zu den Nachbargrundstücken langwieriger gestalteten als erwartet. Da hieraus die Kubatur des Erweiterungsbaus umgeplant werden musste, verzögerte sich der Baubeginn um ca. ein Jahr. Die Baugenehmigung lag schließlich am 29.11.2019 vor; der Auftrag für den Rohbau konnte dann im Dezember 2019 erteilt werden. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 480.000 EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210221 Petzvalstraße 50 B / Fassadensanierung 1.586.750,86 EUR

Begründung

Nachdem zunächst vorgesehen war, an dem städt. Gebäude Petzvalstr. 50 B eine reine Fassadensanierung vorzunehmen, hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 03.09.2019 einer Maßnahmenerweiterung zugestimmt und die Kosten für eine zusätzlich durchzuführende Dachsanierung festgestellt - vgl. BA-Vorlage 19-11309 -. Daraufhin hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 17.09.2019 überplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 1.235.100 EUR bereitgestellt - vgl. Vorlage 19-11314-01 -. Diese Mittel konnten wegen des nahen Jahreswechsels nicht mehr verausgabt werden. Rund 650.000 EUR der nicht verausgabten Mittel waren jedoch durch Aufträge an Dritte gebunden.

4E.210228 BBS V (Kastan.) / Brandschutzmaßnahmen 639.461,51 EUR

Begründung

Der Bauausschuss hatte in seiner Sitzung am 29.10.2019 die Gesamtkosten der Brandschutzmaßnahme in der BBS V festgestellt - vgl. Vorlage 19-11875. Erst danach konnte das Vergabeverfahren gestartet werden. Erste größere Aufträge wurden im Frühjahr 2020 vergeben.

4E.210235 GS Ilmenaustraße / Einrichtung GTB 564.836,25 EUR

Begründung

Aufgrund der umfangreichen Voruntersuchungen und erforderlicher Umplanungen konnte der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung im Bauausschuss erst am 03.09.2019 erfolgen - vgl. BA-Vorlage 19-10564 -. Der Baubeginn wurde danach auf das Frühjahr 2020 festgelegt. Um das Projekt beginnen zu können, sind die Haushaltsreste weiterhin erforderlich.

4E.210238 GS Lehndorf / Einrichtung GTB und Sanierung 1.277.671,96 EUR

Begründung

Im Zuge der Bauausführung wurden zusätzliche Schadstoffe in den Abbruchmaterialen gefunden, sodass diese neu zu bewerten waren. Des Weiteren entsprachen die vorhandenen Decken nicht den Planunterlagen, sodass neu bemessen werden musste. Dadurch ergab sich eine mehrmonatige Bauunterbrechung. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 915.000 EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210239 GS Waggum / Erw. - Einr. GTB u. Sanierung 700.187,38 EUR

Begründung

In 2019 sind zwar Aufträge in dem Umfang wie geplant vergeben worden, aber nicht alle der beauftragten Firmen konnten die Leistungen in 2019 noch erbringen. Sämtliche nach 2020 übertragenen Mittel waren durch Aufträge gebunden.

4E.210240 GS Bültenweg / Erw.-Einr. GTB und Sanierung 670.061,75 EUR

Begründung

Im Schulgebäude der Grundschule war auch eine Abteilung der Neuen Oberschule untergebracht. Erst nach deren Umzug in das neue in Modulbauweise errichtete Gebäude an der Beethovenstraße im September 2019 konnten zunächst lediglich vorgezogene Sanierungsmaßnahmen im Bestandsgebäude vorgenommen werden. Für den Ausbau der Grundschule Bültenweg lag außerdem 2019 noch kein Beschluss zum Raumprogramm vor - vgl. Mitteilung im Bauausschuss 19-11235 -. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 420.000 EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210241 GS Stöckheim / Erw. – Einr. GTB und Sanierung 866.295,14 EUR

Begründung

Die verwaltungsinternen Abstimmungen waren zeitaufwändig, da insbes. die Frage der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen im Fokus stand. Daher wurde bereits in der Stellungnahme zu einer Anfrage des Stadtbezirksrats - 19-10862 -2 darauf hingewiesen, dass mit einem Baubeginn erst 2020 zu rechnen sein wird. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 135.000 EUR durch Aufträge (z.B. für Planungsleistungen) gebunden.

4E.210242 Interimsmaßnahmen Schulen / Bauliche Leistung 1. BA 898.420,92 EUR

Begründung

Der Rat der Stadt hatte in seiner Sitzung am 21.05.2019 überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. insgesamt 1.216.900 EUR bereitgestellt, um u. a. die restlichen für die Fertigstellung der Schulräume zwingend notwendigen Aufträge ausschreiben und vergeben zu können - vgl. Vorlage 19-10538 -. Die Ausschreibungen für die Infrastrukturmaßnahmen – Anschlüsse für Energie, Wasser, EDV – mussten mangels Angebote mehrmals wiederholt werden. Dadurch war der tatsächliche Mittelabfluss wesentlich geringer als vorgesehen.

4E.210249 Oswald-Berkhan-Schule / Sanierung 564.846,38 EUR

Begründung

Zunächst war mit den im Haushaltsplan 2019 veranschlagten Mitteln vorgesehen, das Therapie-Becken und die Fenster der Gymnastikhalle zu sanieren. Die Fenstersanierung wurde nicht durchgeführt, weil sich im Zuge der Planung ergeben hat, dass die Gymnastikhalle durch einen Neubau ersetzt werden muss und eine alleinige Erneuerung der Fenster nicht wirtschaftlich gewesen wäre.

4E.210252 Kita Stöckheim-Süd / Neubau 1.513.258,28 EUR

Begründung

Im August 2019 konnte erst die Planung beauftragt werden. Der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2019 gefasst - vgl. BA-Vorlage 19-11930 -. Mit dem Bau sollte auf dieser Basis im April 2020 begonnen werden. Danach erfolgten die ersten Vergabeverfahren und Auftragsvergaben. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 316.000 EUR durch Aufträge gebunden.

4E.210255 Wilhelmgymnasium / Brandschutzmaßnahmen 939.411,93 EUR

Begründung

Das Bauvorhaben wird mit Mitteln des KIP II-Programms gefördert. Um den Förderzeitraum nicht zu überschreiten und damit Fördermittel zu gefährden hatte der Rat am 17.09.2019 zusätzliche Mittel i. H. v. 770.000 EUR bereitgestellt, damit weitere zeitintensive Teilbaumaßnahmen bereits 2019 vergeben werden konnten - vgl. Vorlage 19-11314-01-. Die Mittel konnten wie geplant größtenteils durch Aufträge gebunden werden, konnten jedoch im weiteren Jahresverlauf nicht mehr verausgabt werden.

4E.210310 SpH RS Nibelungenschule / Brandschutzmaßnahmen 610.000,00 EUR

Begründung

Das Bauvorhaben wird mit Mitteln des Sportstättensanierungsprogramms vom Land Niedersachsen gefördert. Der Förderantrag wurde am 19.09.2019 gestellt; der Bewilligungszeitraum begann jedoch erst am 22.07.2020. Daher durften 2019 noch keine Kosten verursacht werden.

4S.210036 FB 20: Programm Instandh. städtische Kitas / San. 604.614,89 EUR

Begründung

Die Kapazitäten reichten 2019 nicht aus, um sämtliche Sanierungsmaßnahmen in den städt. Kindertagesstätten voranzutreiben. Es handelt sich größtenteils um kleinere Maßnahmen unter 100.000 EUR Gesamtkosten, die im Vergleich zu Einzelvorhaben verhältnismäßig hohe Personal- und Zeitkapazitäten binden. Die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen sind inzwischen größtenteils fertiggestellt.

4S.210051 FB 20: Brandschutzmaßnahmen 1.404.447,45 EUR

Begründung

Die Kapazitäten reichten 2019 nicht aus, um sämtliche Brandschutzmaßnahmen voranzutreiben. Bei Ingenieurbüros beauftragte Brandschutzkonzepte lagen z. T. noch nicht vor und konnten daher nicht umgesetzt werden. Die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen sind inzwischen größtenteils fertiggestellt.

4S.210065 FB 20: Global-Instandhaltung Schulen 546.633,35 EUR

Begründung

Die Kapazitäten reichten 2019 nicht aus, um sämtliche Sanierungsmaßnahmen in den städt. Schulen voranzutreiben. Es handelt sich größtenteils um kleinere Maßnahmen unter 100.000 EUR Gesamtkosten, die im Vergleich zu Einzelvorhaben verhältnismäßig hohe Personal- und Zeitkapazitäten binden. Die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen sind inzwischen größtenteils fertiggestellt.

4S.210067 FB 20: Gebäudeinstandhaltung PPP Schulen 646.500,00 EUR

Begründung

In 2019 wurde vom Betreiber das Kontingent an Haushaltsmitteln für die Gebäudeinstandhaltung der Schulen, die im Rahmen eines PPP-Projektes mit der Fa. Hochtief saniert bzw. erstellt worden sind, nicht ausgeschöpft. Da dies durch den Betreiber in Höhe von max. 600 TEUR nachholbar ist, wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet. Die Bildung weiterer Haushaltsreste in Höhe von 46,5 TEUR ist für die noch nicht erbrachten Leistungen für die Beseitigung von Vandalismusschäden erforderlich geworden.

4S.210083 Erwachsene Flüchtlinge / Unterbringung 943.435,36 EUR

Begründung

Nachdem sich Anfang 2017 herausgestellt hatte, dass die Zahl der unterzubringenden Asylbewerber niedriger war als ursprünglich erwartet, wurden für vier der acht Neubauten andere Nutzungskonzepte erstellt - soziales Wohnen und Studierendenunterkunft -. Für die vier betroffenen im Bau befindlichen Gebäude mussten Umplanungen vorgenommen werden, so dass der bis dahin vorgesehene Bauablauf unterbrochen werden musste. Dies wirkte sich bereits negativ auf den Mittelabfluss 2018 aus. Aufgrund eines Erlasses des Nds. MI wurde eine neue Verteilquote für Braunschweig für die Unterbringung von Geflüchteten festgesetzt. Um dem Erlass folgen zu können, wurde es erforderlich, die 2018 als Unterkunft für Studierende umgewidmeten Neubauten in Ölper und in der Nordstadt nunmehr als endgültige Flüchtlingsunterkünfte herzurichten. Der Rat der Stadt hatte deshalb in seiner Sitzung am 12.11.2019 überplanmäßige Auszahlungen i. H. v. 593.000 EUR bereitgestellt - vgl. Vorlage 19-11844 -. Diese Mittel konnten wegen des nahen Jahreswechsels nicht mehr verausgabt werden. Die übrigen noch verbliebenen Mittel waren durch Aufträge gebunden; insbes. der Generalunternehmer legte Nachtragsangebote vor, die sich Ende 2019 noch in der Prüfung befanden. Die verbliebenen Haushaltsreste sind vollständig für die Fortführung der Arbeiten erforderlich.

4S.210084 Unterdecken / Ertüchtigung 1.285.184,22 EUR

Begründung

Die Kapazitäten reichten 2019 nicht aus, um sämtliche Sanierungsmaßnahmen an den Unterdecken in den städt. Sporthallen voranzutreiben. Auch die beauftragten Baufirmen konnten aus ähnlich gelagerten Gründen die zugesagten Ausführungstermine nicht immer einhalten. Die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen sind inzwischen größtenteils fertiggestellt.

4S.210088 Sicherheitsbeleuchtung / Installation-Sanierung 610.900,00 EUR

Begründung

Die Kapazitäten reichten 2019 nicht aus, um sämtliche Sanierungsmaßnahmen an den Sicherheitsbeleuchtungsanlagen voranzutreiben. Es handelt sich größtenteils um kleinere Maßnahmen unter 100.000 EUR Gesamtkosten, die im Vergleich zu Einzelvorhaben verhältnismäßig hohe Personal- und Zeitkapazitäten binden. Die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen sind inzwischen größtenteils fertiggestellt.

5E.200007 FB 20: Stadtstraße Nord / Erschließung 550.000,00 EUR

Begründung

Aufgrund einer erfolgreichen Klage ist eine Anpassung des Planfeststellungsverfahrens im Bereich Stadtstr. Nord erforderlich; somit verzögert sich der Baubeginn. Um die Zahlungen weiterhin gewährleisten zu können, sind entsprechende Haushaltsreste gebildet worden.

5E.210113 Berufsfeuerwehr / Neubauten 5.018.308,39 EUR

Begründung

Der Bauablauf hat sich 2019 verzögert, weil die Ausführungsplanungen für die Gewerke der technischen Gebäudeausrüstung seitens der eingeschalteten Ingenieurbüros später als vorgegeben vorgelegt wurden. Dasselbe gilt für die Pläne für die erforderlichen Kernbohrungen. Sämtliche nach 2020 übertragenen Mittel waren durch Aufträge gebunden, deren Ausführung wegen der Verzögerungen erst 2020 stattfindet.

5E.210144 Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau 896.279,22 EUR

Begründung

Der Beschluss zur Objekt- und Kostenfeststellung wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 02.07.2019 gefasst - vgl. BA-Vorlage 19-11162 -. Der Baubeginn wurde danach auf den Herbst 2019 festgelegt. Danach erfolgten die Vergabeverfahren und die Auftragsvergaben. Von den nach 2020 übertragenen Mitteln waren rund 676.500 EUR durch Aufträge gebunden.

5S.210008 FB 20: Global - Ankauf von Grundst. 4.184.779,68 EUR

Begründung

Diverse Verträge für Grundstückskäufe sind auf den Weg gebracht worden, aber es fehlte an der Verpflichtung zur Zahlung. Es wurden hierfür entsprechende Haushaltsreste gebildet. Weitere bei diesem Projekt vorgesehene Mittel konnten aufgrund abnehmender Verkaufsbereitschaft der Eigentümer nicht wie ursprünglich geplant realisiert werden. Die Ankäufe sind jedoch weiterhin vorgesehen, so dass in entsprechender Höhe Haushaltsreste gebildet wurden.

Teilhaushalt FB 37

5E.370022 Drehleiterfahrzeug (BF)/Beschaffung 681.521,48 EUR

Begründung

Die Beschaffung des Drehleiterfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr konnte aufgrund langer Lieferzeiten der Hersteller nicht mehr in 2019 abgeschlossen werden. Die Lieferung ist für das Jahr 2020 geplant. Zur Abwicklung der Beschaffung werden die Haushaltsreste weiterhin benötigt.

5S.370014 FB 37: Global-Spezialfahrz Rettungs. 698.722,80 EUR

Begründung

In 2019 erfolgte für die Beschaffung von drei Rettungswagen die Auftragsvergabe. Die genannten Fahrzeuge wurden jedoch aufgrund der Lieferzeiten von den Herstellern erst im Jahr 2020 geliefert. In der erforderlichen Höhe sind entsprechend Haushaltsreste gebildet worden.

Teilhaushalt FB 40

4S.400024 FB 40: Global-Umbauten Grundschulen 600.000,00 EUR

Begründung

Das Budget wurde in 2019 nicht ausgeschöpft, da insbesondere funktionale Umbauten nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten. Um die Maßnahmen finanziell abwickeln zu können, sind Haushaltsreste in Höhe von 600 TEUR gebildet worden.

5S.400031 FB 40: Ersatz-GVG-Gegenstände MEP Schulen 753.144,40 EUR

Begründung

Im Bereich des Medienentwicklungsplanes (MEP) wurden nicht alle zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in 2019 verausgabt. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten seitens des PC-Herstellers Fujitsu kam es zu Auslieferungsverzögerungen. Darüber hinaus zog sich eine Ausschreibung für Dokumentenkameras über den Jahreswechsel hinaus, sodass auch die dafür vorgesehenen Mittel nicht wie geplant abgeflossen sind. Es wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

Teilhaushalt Ref. 0600

4S.000022 Kommunale Wohnraumförderung / Umsetzung 780.000,00 EUR

Begründung

Trotz intensiver Gespräche mit potenziellen Antragsstellern konnte im Jahr 2019 keine Leistungsbewilligung erfolgen. Vielmehr können die geplanten Maßnahmen vor dem Hintergrund langer Vorlaufzeiten aufgrund Bauplanung und Umsetzung erst in absehbarer Zeit realisiert werden. Zur Unterstützung sind Haushaltsreste in Höhe von rund 780 TEUR gebildet worden.

Teilhaushalt FB 61

4S.610043 Investitionspakt Donauviertel KTK u. KPW 1.306.757,77 EUR

Begründung

Die Planung des Projektes sah ursprünglich eine frühere Maßnahmenumsetzung vor, als es nunmehr im Jahr 2019 realisiert werden konnte. Dies begründet sich im Wesentlichen darin, dass der endgültige Bewilligungsbescheid des Landes erst im Dezember 2019 vorlag und somit eine Verausgabung bzw. vertragliche Bindung der Budgetmittel periodengerecht im Jahr 2019 nicht mehr möglich war. Die Haushaltsreste werden weiterhin für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen benötigt.

5E.610028 Ringgleis / Ausbau und Schließung 1.019.194,16 EUR

Begründung

Beim Ausbau und der Schließung des Ringgleises handelt es sich um ein Projekt mit einer Vielzahl an Teilmaßnahmen, die sich in unterschiedlichsten Planungsstadien befanden. Der Beginn und die Abrechnung dieser Baumaßnahmen sind von Verhandlungen mit Eigentümern, von Ausschreibungsverfahren etc. fremdbestimmt, sodass sich einige Baumaßnahmen verschoben haben. Von dem Restbudget war ein Großteil per Vertrag mit Dritten gebunden. Um die Teilmaßnahmen fortführen zu können, ist die Bildung der Haushaltsreste erforderlich geworden.

5E.610029 Baugebiet Taubenstr/Erschließung 777.544,56 EUR

Begründung

Die Maßnahme hat sich aus diversen Gründen verzögert. U. a. haben Ressourcengründe dazu geführt, dass die Maßnahme nicht wie geplant umgesetzt werden konnte. Zur Umsetzung der Maßnahme sind die Haushaltsreste erforderlich.

Teilhaushalt FB 66

4E.660018 Fahrradabstellanlage HBF / Neubau 600.000,00 EUR

Begründung

Die Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof ist mit Unterstützung der Bike-and-Ride-Offensive der Bahn geplant. Hier sind Fördergelder aus der nationalen Klimaschutzinitiative des BMU vorgesehen. Die Abstellanlagen sollen bundeseinheitlich mit gleichartigen Ausstattungsmerkmalen versehen werden. Dazu macht die DB Rahmenverträge, die noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Abwicklung des Projektes sind die Haushaltsreste weiterhin erforderlich.

4S.660025 Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung 1.406.691,83 EUR

Begründung

Die Terminplanung in 2019 ist davon ausgegangen, dass die Lph. 2 und 3 (Vor- und Entwurfsplanung) sowohl für den Hauptprojektteil „Volkmarode Strecke“ des Teilprojektes Volkmarode Nord als auch für das gesamte Teilprojekt Rautheim 2019 weitestgehend abgeschlossen und somit abgerechnet werden können. Für die Mittelbedarfsplanung wurde von einem Abruf und Abrechnung von ca. 35% der Gesamtleistungen des Generalplaners ausgegangen.

Da sich der größere Leistungsbestandteil des Generalplaners (>50%) erst aus der Entwurfsplanung ergibt, die aufgrund der Verzögerungen in 2019 nicht mehr angefangen werden konnte, ergeben sich aus dieser Verzögerung von jeweils ca. einem Jahr in beiden Teilprojekten Haushaltsreste.

In der Folge haben sich aufgrund der losweisen Vergabe zusätzliche Einzelleistungen von Gutachtern und weiteren planerisch tätigen Ing-Büros entsprechend ebenso verschoben, da diese zum großen Teil erst in der Entwurfsplanung notwendig sind und somit erst in 2020 gestartet bzw. abgerechnet werden konnten. Dadurch haben sich weitere Haushaltsreste ergeben, die auch weiterhin benötigt werden.

5E.660073 DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode / Umgestaltung 2.350.000,00 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Gliesmarode zur Verfügung. Damit die Finanzierung der Maßnahme für eine Beauftragung gesichert ist, sind mit Ratsbeschluss vom 17.12.2019 rund 2,15 Mio. EUR in 2019 überplanmäßig bereitgestellt worden, die erst im Laufe der Umsetzung der Maßnahmen ausgezahlt werden. Um die Maßnahme ab 2020 umsetzen zu können, sind Haushaltsreste in Höhe von rund 2,35 Mio. EUR gebildet worden.

5E.660088 Okerbrücke Biberweg / Neubau 897.747,78 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für den Neubau der Okerbrücke Biberweg zur Verfügung. Der priorisierte Vorentwurf führte in der weiteren Entwurfsplanung zu einer erheblichen Kostensteigerung, so dass ein weiterer Entwurf erarbeitet werden musste der den Kostenrahmen einhielt und im September 2019 politisch beschlossen wurde. Für die Umsetzung der Maßnahme sind die gebildeten Haushaltsreste notwendig.

5E.660097 Gewerbegebiet „Waller See“ / Erschließung 768.636,62 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für die Erschließung des Gewerbegebiets „Waller See“ zur Verfügung. Durch Probleme beim Umlegungsverfahren hat sich die Maßnahme jedoch verzögert. Die Haushaltsreste werden für einen laufenden Auftrag sowie für die Fertigstellung des Gewerbegebiets benötigt.

5E.660105 Taubenstraße / Erschließung 978.000,00 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für die Erschließung der Taubenstraße zur Verfügung. Es gab Probleme mit dem Grunderwerb von einer dort ansässigen Firma, daher waren die Flächen zum Ausbau des Gotenwegs nicht verfügbar. Um die Erschließung abwickeln zu können, war die Bildung der Haushaltsreste erforderlich.

5E.660114 Schunterbrücke Butterberg / Ersatzneubau 896.359,53 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Butterberg zur Verfügung. Da die erste Ausschreibung aufgehoben wurde, hat sich die Umsetzung des Ersatzneubaus verzögert. Für die Umsetzung der Maßnahme sind die Haushaltsmittel aus 2019 auch weiterhin erforderlich.

5E.660147 Brücke Klostergang-Mittelriede / Neubau 548.927,70 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für den Neubau der Brücke Klostergang-Mittelriede zur Verfügung. Für die Planung des Neubaus haben sich noch verwaltungsinterne aber auch übergreifende Abstimmungsbedarfe ergeben. Da diese nicht in dem ursprünglich geplanten Zeitraum erfolgen konnten, hat sich die Notwendigkeit ergeben, Haushaltsreste zu bilden.

5E.660150 Lilienthalplatz /Umgestaltung 750.000,00 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für Umgestaltung des Lilienthalplatzes zur Verfügung. In 2019 hat keine Abrechnung seitens der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH stattgefunden, sodass die Mittel weiter benötigt werden. Es sind Haushaltsreste in Höhe von rund 750 TEUR gebildet worden.

5S.660062 Wilhelmitor / Straßenerneuerung 595.637,19 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für Straßenerneuerungen am Wilhelmitor zur Verfügung. Die Ausschreibung in 2019 wurde aufgehoben, da kein wirtschaftliches Angebot abgegeben wurde. Dadurch hat sich die Umsetzung verzögert und es mussten entsprechende Haushaltreste gebildet werden.

5S.660069 Unfallschwerpunkte / LSA-Maßnahmen 824.475,00 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für die Umgestaltung von Lichtsignalanlagen (LSA) an Unfallschwerpunkten zur Verfügung. Aus Kapazitäts- und Priorisierungsgründen hat sich die Umsetzung der Maßnahmen verzögert. Die Haushaltsreste werden insbesondere für die Maßnahme „Sachsendamm/A395“ weiterhin benötigt.

Teilhaushalt FB 67

4E.670022 Klimaschutz urbanes Grün / Förderprojekt 1.086.797,30 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für die Umsetzung des Förderprojektes „Braunschweig-integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün“ zur Verfügung. Aufgrund der generellen Projektverzögerung beim Modul „Dach-und Fassadenbegrünung“ und aufgrund von Verzögerungen im Rahmen der statischen Prüfung der in Frage kommenden Gebäude konnte im Jahr 2019 noch keine Ausschreibung für die Umsetzung der Maßnahme erfolgen. Die Haushaltsmittel werden jedoch weiterhin benötigt und sind als Haushaltsreste übertragen worden.

4E.670023 Biodiversität / Maßnahmen zum Förderprogramm 537.819,03 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für das Förderprojekt Biodiversität zur Verfügung. Aufgrund von Kapazitätsproblemen sowie Problemen bei der Auswahl und Beauftragung von geeigneten Fachplanern, sind in der Umsetzung des Förderprojektes zeitliche Verzögerungen entstanden. Für die Abwicklung des Förderprojektes werden die Haushaltsreste weiterhin benötigt.

5E.670043 Sportanlage Waggum / Neubau Funktionsgebäude 545.121,00 EUR

Begründung

Nachdem das Raumprogramm für eine Modernisierung/Neubau des Sportfunktionsgebäudes auf der Sportanlage Waggum im Sportausschuss am 12.09.2019 beschlossen wurde, hat das Architekturbüro umgehend mit der Genehmigungsplanung (LP 4 der HOAI) begonnen. Ein Mittelabfluss konnte jedoch nicht mehr stattfinden. Die Haushaltsreste sind für die Umsetzung der Maßnahmen ab 2020 erforderlich.

5E.670075 Sportzentrum Melverode / Stöckheim / Umsetzung 929.501,69 EUR

Begründung

Die Haushaltsmittel stehen für die Umsetzung des Sportzentrums Melverode / Stöckheim zur Verfügung. Die Baumaßnahme wurde im Jahr 2019 beauftragt. Zur Fertigstellung werden die Haushaltsmittel weiter benötigt.

5S.670077 Spielplätze / Qualifizierung-Entwicklung 500.000,00 EUR

Begründung

Mit der Ausschreibungsphase des Projektes konnte aus Ressourcengründen erst zum Jahresende 2019 begonnen werden. Um nach der Unterzeichnung des Architektenvertrages eine Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen auf den Spielplätzen Herzogin-Elisabeth-Straße, Tilla v. Praun-Straße und dem Spielplatz Am Ölper Turm zu ermöglichen, wurden die Haushaltsmittel nach 2020 zu übertragen.

5S.670079 Kalthallen für Sport / Neubau 1.900.000,00 EUR

Begründung

Der Rat der Stadt hat die Umsetzung des Kalthallenkonzeptes, Teil des Arbeitsprogrammes aus dem „Masterplan Sport 2030“, in seiner Sitzung am 12.11.2019 beschlossen. Das Architekturbüro hat umgehend mit der Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4 der HOAI) für jeden einzelnen Standort begonnen. Der Haushaltsrest wird für die weitere Umsetzung benötigt.

3.8.4 Finanzhaushalt (ohne Investitionsmanagement)

Die Haushaltssatzung 2019 enthält eine Kreditermächtigung zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung. Ferner besteht noch ein aus den Jahren 2017 und 2018 übertragener Haushaltsrest.

Darüber hinaus besteht auch noch ein aus dem Jahr 2018 übertragener Haushaltsrest zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften (Experimentierklausel gemäß § 181 NKomVG - Konzernfinanzierung).

Kreditermächtigung für die Kernverwaltung

Die in der Haushaltssatzung 2019 enthaltenen Kreditermächtigung für die Kernverwaltung beträgt 50.591.900 EUR. Darüber hinaus besteht noch ein Haushaltsrest aus den nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen der Jahre 2017 (5.604.000 EUR) und 2018 (9.801.700 EUR) in Höhe von 15.405.700 EUR. Insgesamt besteht somit eine Kreditermächtigung in Höhe von 65.997.600 EUR

Im Jahr 2019 sind Kreditaufnahmen in Höhe von 50.400.000 EUR erfolgt. Dabei wurde zunächst der o. g. Haushaltsrest vollständig und anschließend die Kreditermächtigung des Jahres 2019 in Höhe von 34.994.300 EUR in Anspruch genommen.

Gemäß § 112 Abs. 3 NKomVG gilt die Kreditermächtigung grundsätzlich bis zum Ende des Haushaltsjahres. Nach § 120 Abs. 3 NKomVG ist darüber hinaus eine erweiterte Geltungsdauer bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres und weiter bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung für das übernächste Haushaltsjahr festgelegt.

Um Kredite noch im Folgejahr bzw. in der Interimsphase des übernächsten Jahres aufnehmen zu können, wurde ein Haushaltsrest in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung 2019 von 15.597.600 EUR gebildet.

Kreditermächtigung für die Konzernfinanzierung

Die Haushaltssatzung 2019 enthält keine Kreditermächtigung für die Konzernfinanzierung. Allerdings besteht noch ein Haushaltsrest der nicht vollständig in Anspruch genommen Kreditermächtigung des Jahres 2018 in Höhe von 11.530.000 EUR.

Im Jahr 2019 sind Kreditaufnahmen in Höhe von 11.530.000 EUR erfolgt. Dabei wurde der o. g. Haushaltsrest vollständig in Anspruch genommen.

3.9 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen gemäß Haushaltsplan einschließlich über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 119 Abs. 5 NKomVG und ihre Inanspruchnahme (§ 55 Abs. 4 KomHKVO)

Org.-Einheit	Projektnr.	Projektname	Plan 2019 (VE zu Lasten 2020-2022) - in EUR -	Veränderung (üpl. / apl. / Budgetums.) - in EUR -	Gesamtsumme der VE - in EUR -	in Anspruch genommen bis Inkraft. HH 2020		
						zu Lasten 2020 - in EUR -	zu Lasten 2021 - in EUR -	zu Lasten 2022 - in EUR -
FB 20	4E.210056	4. IGS Volkmarode / Errichtung	2.900.000		2.900.000	121.604,77		
	4E.210139	RS John-F-Kennedy-Platz / Sanierung	500.000	-425.000	75.000			
	4E.210140	GY MK / Sanierung	3.690.000		3.690.000			
	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb	1.400.000		1.400.000	1.400.000,00		
	4E.210157	GS Isoldestraße / Erweiterung	6.323.000		6.323.000	2.000.000,00	813.246,20	
	4E.210181	GS Edith-Stein / Erweiterung und Brandschutz	215.000		215.000			
	4E.210183	GY Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	5.540.000		5.540.000			
	4E.210189	GS Gliesmarode / Einrichtung GTB	2.360.000		2.360.000			
	4E.210214	GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB	6.800.000		6.800.000			
	4E.210235	GS Ilmenaustraße / Einrichtung GTB	1.700.000	-425.000	1.275.000			
	4E.210236	GS Melverode / Einrichtung GTB und Sanierung	2.000.000		2.000.000			
	4E.210237	GS Rautheim / Einrichtung GTB und Sanierung	2.180.000		2.180.000			
	4E.210238	GS Lehndorf / Einrichtung GTB und Sanierung	1.020.000		1.020.000			
	4E.210239	GS Waggum / Einrichtung GTB und Sanierung	7.300.000	-770.000	6.530.000	2.500.000,00	1.783.679,43	
	4E.210240	GS Bültenweg / Einrichtung GTB und Sanierung	3.110.000		3.110.000			
	4E.210241	GS Stöckheim / Einrichtung GTB und Sanierung	3.440.000	-80.000	3.360.000			
	4E.210243	GS Stöckheim Abt. Leiferde / Einr. GTB und San.	880.000		880.000			
	4E.210252	Kita Stöckheim Süd / Neubau	1.300.000	-95.000	1.205.000			
	5E.210113	Berufsfeuerwehr / Neubauten	6.600.000		6.600.000	2.367.560,71		
	5E.210144	Feuerwehrhaus Timmerlah/ Neubau		95.000	95.000	95.000,00		
	5S.210008	Ankauf Grundstücke	1.150.000		1.150.000			
FB 37	5E.370008	FB 37: HLF 10 OF Timmerlah / Beschaffung	255.000		255.000			
	5E.370012	Rüstwagen (RW 2) / Beschaffung	310.000		310.000			
	5E.370021	Tragkraftspritzenfahrzeug VII (FF) / Beschaffung	210.000		210.000	185.152,10		
	5E.370024	Abrollcontainer Gefahrgut / Beschaffung	370.000		370.000			

Org.-Einheit	Projektnr.	Projektname	Plan 2019 (VE zu Lasten 2020-2022) - in EUR -	Veränderung (üpl. / apl. / Budgetums.) - in EUR -	Gesamtsumme der VE - in EUR -	in Anspruch genommen bis Inkraft. HH 2020		
						zu Lasten 2020 - in EUR -	zu Lasten 2021 - in EUR -	zu Lasten 2022 - in EUR -
FB 37	5E.370025	Abrollcontainer Astra / Beschaffung	140.000		140.000			
	5E.370029	Löschfahrzeug OF Schapen / Beschaffung	255.000		255.000			
	5E.370030	ELW II (FF) / Beschaffung	1.000.000		1.000.000			
	5E.370031	HLF 20 / Beschaffung für Reservefahrzeug	420.000		420.000			
	5E.370032	HLF 20 / Beschaffung für Reservefahrzeug	420.000		420.000			
	5E.370033	Rettungstransportwagen (S-RTW) / Beschaffung	280.000		280.000			
	5E.370034	FB 37: Löschfahrzeug 10 / Beschaffung	295.000		295.000			
FB 40	5S.400031	FB 40: Ersatz-GVG-GegenSt MEP Schulen		1.700.000	1.700.000			
FB 51	5S.510001	FB 51: GVG Sammelprojekt - Verwaltung	7.500		7.500			
	5S.510002	FB 51: Global - Sachanlagen - Verwaltung	30.000		30.000			
	5S.510012	FB 51: GVG Sammelproj. Jugendzeltlager Lenste	8.000		8.000			
	5S.510013	FB 51: Global - Sachanl. Jugendzeltlager Lenste	15.000		15.000			
FB 61	4S.610009	FB 61: Sanierungsgebiet "Soziale Stadt"	2.475.000		2.475.000	238.146,77		
	4S.610020	FB 61: Sanierungsgebiet "Stadtumbau Weststadt"	1.450.000		1.450.000			
	4S.610039	FB 61: Sanierungsgebiet "Donauviertel"	2.307.000		2.307.000	50.035,81		
	4S.610043	FB 61: Investitionspakt Soziale Integration	710.000		710.000	87.119,45		
	4S.610044	FB 61: Stadtumbau Bahnstadt	6.060.000		6.060.000			
	5E.610004	Westpark 2. BA	180.000		180.000			
	5E.610010	Gewerbegeb. Rautheim-Nord / Erschließung	492.000		492.000	9.335,50		
	5E.610017	Lammer-Busch Ost / Erschließung (LA 33)	102.400		102.400			
	5E.610026	Gliesmaroder Str. 70 / Herstellung Allgem. Grün	600.000		600.000			
	5E.610028	Ringgleis / Ausbau und Schließung	1.500.000		1.500.000	479.310,49		
	5E.610029	Baugebiet Taubenstraße / Erschließung	937.000		937.000	110.665,38		
	5S.610009	FB 61: Global-Sachanlagen Abt. 61.2	113.400		113.400	37.800,00		
	5S.610030	Wanderwege - Grünzüge / Grünbaumaßnahmen	90.000		90.000	30.000,00		
	5S.610031	Grüne Stadtplätze / Grünbaumaßnahmen	90.000		90.000	148,75		
	5S.610033	FB 61: Global Grünflächen / Grünbaumaßnahmen	90.000		90.000	30.000,00		
	5S.610034	Okerwanderweg Holwedeklinik / Herstellung	72.000		72.000			

Org.-Einheit	Projektnr.	Projektname	Plan 2019 (VE zu Lasten 2020-2022) - in EUR -	Veränderung (üpl. / apl. / Budgetums.) - in EUR -	Gesamtsumme der VE - in EUR -	in Anspruch genommen bis Inkraft. HH 2020		
						zu Lasten 2020 - in EUR -	zu Lasten 2021 - in EUR -	zu Lasten 2022 - in EUR -
FB 66	4S.660025	Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung	6.300.000		6.300.000			
	5E.660013	Querumer Straße / Straßenerneuerung	100.000		100.000			
	5E.660021	Okerbrücke Leiferde / Neubau	3.900.000		3.900.000	106.592,88		
	5E.660051	P+R Donaustraße / Herstellung	50.000		50.000			
	5E.660073	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode / Umgest.	150.000		150.000			
	5E.660088	Okerbrücke Biberweg / Neubau	730.000		730.000	729.033,37		
	5E.660097	Gewerbegebiet Waller See / Erschließung	2.000.000		2.000.000			
	5E.660101	Stadtstr. Hamburger Str. - Bienroder Weg / Neubau	4.150.000		4.150.000			
	5E.660103	Brücke Klostergang / Ersatzbau	400.000		400.000			
	5E.660105	Taubenstraße / Erschließung	254.000		254.000			
	5E.660106	Baugebiet Feldstraße AP 23 / Erschließung	1.000.000		1.000.000			
	5E.660108	Baugebiet Baumschule - Ost / Erschließung	100.000		100.000			
	5E.660110	Sidonienbrücke / Ersatzneubau	1.700.000		1.700.000			
	5E.660117	Wabebrücke Klostergang/Möller / Ersatzneubau	550.000		550.000			
	5E.660136	Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneubau	430.000		430.000			
	5E.660138	FB 66: BS-WF/SZ Thiede / Bau E-Radschnellweg	200.000		200.000			
	5E.660139	FB 66: BS-Lehre-WOB / Bau E-Radschnellweg	200.000		200.000			
	5E.660142	FB 66: Hagenmarkt / Umgestaltung	1.100.000		1.100.000			
	5E.660145	Mascheroder Weg/Senefelder Str. / Bau KVP	800.000		800.000			
	5S.660011	Siegfriedviertel / Straßenerneuerung	450.000		450.000			
	5S.660012	Querum / Straßenerneuerung	600.000		600.000			
	5S.660015	Östliches Ringgebiet / Straßenerneuerung	1.500.000		1.500.000			
	5S.660017	Stadbahnausbau / Folgemaßnahmen	150.000	-150.000	0			
	5S.660024	Innenstadt / Straßenerneuerung	400.000		400.000	257.500,00		
	5S.660067	Bushaltestellen / Umgestaltung	400.000	150.000	550.000	521.694,51		
	5S.660069	Unfallschwerpunkte / LSA-Maßnahmen	400.000		400.000	225.000,00		
	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	550.000		550.000			
FB 67	4E.670011	SpA Rote Wiese / Sanierung	600.000		600.000			
	4E.670018	FB 67: Kiryat-Tivon-Park / Sanierung	120.000		120.000			
	4E.670020	FB 67: Ringweg Südsee / Sportliche Nutzung	398.000		398.000			

Org.-Einheit	Projektnr.	Projektname	Plan 2019 (VE zu Lasten 2020-2022) - in EUR -	Veränderung (üpl. / apl. / Budgetums.) - in EUR -	Gesamtsumme der VE - in EUR -	in Anspruch genommen bis Inkraft. HH 2020		
						zu Lasten 2020 - in EUR -	zu Lasten 2021 - in EUR -	zu Lasten 2022 - in EUR -
FB 67	4E.670021	FB 67: Grünanlage Kiesteich / Modernisierung	233.700		233.700			
	4E.670022	FB 67: Klimaschutz urb. Grün / Förderprojekt	292.100		292.100			
	4S.670049	FB 67: Sportfunktionsgebäude / Sanierung	600.000		600.000			
	4S.670050	FB 67: Friedhöfe / Modernisierungen	600.000		600.000			
	4S.670051	FB 67: Schulsportfreianlagen / Modernisierung	1.000.000		1.000.000			
	4S.670052	FB 67: Kleingartenanlagen / Mondernisierungen	850.000		850.000			
	4S.670055	FB 67: E-Mobilitätskonzept / Umsetzung	1.150.000		1.150.000	3.526,09		
	5E.670060	FB 67: SpA Lamme / Neubau Geschäftsstelle	125.000		125.000			
	5E.670065	FB 67: Grünanlage Löwenwall / Sanierung	400.000		400.000			
	5E.670067	FB 67: Street Flow Skateanlage / Neubau	1.000.000		1.000.000			
	5E.670068	FB 67: Inselwallpark / Sanierung	250.000		250.000			
	5E.670069	IGS Volkmarode / Schaffung Kunstrasenfeld	500.000		500.000			
	5E.670071	FB 67: Westfriedhof / Neubau	1.400.000		1.400.000			
	5E.670072	FB 67: HSG/Bullenteich / Erricht. Aussichtspunkt	250.000		250.000			
	5E.670073	FB 67: Dirtparcours / Errichtung	300.000		300.000			
	5E.670075	FB 67: Sportzentrum Melverode/Stöckheim / Ums.	2.000.000		2.000.000	167.774,99		
	5S.670011	FB 67: Global - Erwerb von Sachanlagevermögen	540.000		540.000	152.126,89		
	5S.670031	FB 67: Global - Bau Kitas in eigener Verwaltung	179.400		179.400	179.400,00		
	5S.670032	FB 67: Global - Kitas Betriebsträger	125.700		125.700	125.700,00		
	5S.670046	FB 67: Global - Freizeitwegenetz	300.000		300.000			
	5S.670048	FB 67.2: Global - Grünflächen	300.000		300.000			
	5S.670049	FB 67: Global - Kinderspielplätze	540.000		540.000			
	5S.670059	Sanierung Sportstätten	750.000		750.000	225.452,20		
	5S.670072	FB 67: Global - Schulaußenanlagen / Sanierung	300.000		300.000			
	5S.670075	KGV / Trinkwasservers. Nußberg/Ganderhals	50.000		50.000			
	5S.670077	FB 67: Spielplätze / Qualifizierung / Entwicklung	450.000		450.000			
	5S.670078	FB 67: Öffentl. Freiräume / Bewegungsfr. Umgest.	1.000.000		1.000.000			
	Summe:		**126.860.200**	**0**	**126.860.200**	**12.435.680,66**	**2.596.925,63**	**0,00**
					Summe:	**15.032.606,29**		

4. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung (bis einschließlich September 2020)

Seit Anfang 2020 verbreitet sich das Virus SARS-CoV-2 weltweit und auch in Deutschland. Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie haben auch bei der Stadt Braunschweig erhebliche Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft. Im Haushaltsjahr 2020 wird statt des geplanten Jahresverlusts von 27,5 Mio. EUR von einem Betrag von rund 91,5 Mio. EUR ausgegangen. Dies beruht insbesondere auf ausbleibenden Steuererträgen und erhöhten Verlustausgleichen für die städt. Beteiligungen. Außerdem hat der Rat eine außerplanmäßige Bewilligung von 10 Mio. EUR beschlossen, aus der im Wesentlichen Mehrausgaben zur unmittelbaren Pandemiebekämpfung geleistet werden sollen. Außerdem werden hieraus Unterstützungsleistungen für die örtliche Wirtschaft und Kultur getragen.

Erträge aus von Bund und Land initiierten Hilfsprogrammen für die Kommunen sind in dem erhöhten Defizit bereits mindernd berücksichtigt. Der Haushaltsentwurf 2021 sieht unter anderem wegen der Corona-Pandemie für alle Planjahre Verluste vor, beginnend mit 76,4 Mio. EUR für 2021. Ein Aufzehren der Überschussrücklagen tritt nur deshalb nicht ein, weil das Land durch einen neuen § 182 Abs. 4 NKomVG die Kommunen nach der darin enthaltenen Ziffer 1 im Satz 1 dazu verpflichtet, Verluste in Epidemie Jahren und den jeweils unmittelbaren Folgejahren in gesonderten Passivposten der Bilanz auszuweisen.

Im Hinblick auf bereits zuvor mehrjährige Defizite in der Haushaltsplanung ist Anfang 2019 ein Prozess zur Haushaltsoptimierung begonnen worden. Für diesen wurde die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungs-Management (KGSt) mit der Erbringung von Unterstützungsleistungen beauftragt. Ziel des Prozesses soll es gem. Ratsauftrag sein, spätestens zum Haushaltsjahr 2026 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen zu planen. Auf dem Weg dorthin soll ein Großteil der seitens der KGSt vorgeschlagenen und durch die Verwaltung für umsetzbar angesehenen Maßnahmen ab dem Haushaltsjahr 2021 eingeplant werden. Vereinzelt sind Maßnahmen bereits im Haushaltsplan 2020 enthalten, insbesondere soweit sie gleichlautend im Rahmen einer Initiative der Verwaltung zur Haushaltsverbesserung vorgeschlagen wurden.

Im September hat der FB 20 Kenntnis darüber erlangt, dass zwei neu gebildete Rückstellungen für den Jahresabschluss 2019 um jeweils über 500 TEUR zu hoch bewertet wurden. Da die Informationen erst nach dem Wertaufhellungszeitraum (bis 31.03.2020) vorlagen, konnten die Werte der beiden Rückstellungen zum Stichtag 31.12.2019 nicht mehr korrigiert werden. Eine ertragswirksame Herabsetzung der beiden Rückstellungen in 2019 hätte zu einem leicht positiven Ergebnis von rund 379 TEUR geführt. Die ertragswirksame Herabsetzung der beiden Rückstellungen erfolgt im Haushaltsjahr 2020.

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Allgemein

Nach den erheblichen Steuereinbrüchen aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 wird auf dieser niedrigeren Basis nach den aktuellen Steuerschätzungsdaten in den Folgejahren wieder eine positive wirtschaftliche Entwicklung und damit bei den kommunalen Steuererträgen eine stetige Aufwärtsentwicklung im gesamten Finanzplanungszeitraum erwartet. Allerdings wird davon ausgegangen, dass erst im Jahr 2022 ein Steueraufkommen erreicht werden kann, dass dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019 entspricht, bzw. es leicht übertrifft. Die Steuereinnahmeentwicklung beim Land Niedersachsen wird ebenfalls positiv eingeschätzt, jedoch werden sich die Finanzausgleichsleistungen nicht in einem gleichen Maße entwickeln. Die Finanzausgleichsleistungen des Jahres 2020 wurden durch das Land Niedersachsen um 598 Mio. EUR erhöht, hiervon wird in den Folgejahren ein Teilbetrag von 348 Mio. EUR durch

Reduzierung der Finanzausgleichsleistungen aufgerechnet. Da die ursprünglich erwarteten Einnahmesteigerungen nicht eintreten, wird es notwendig sein, Anpassungen auf der Aufwands- und Auszahlungsseite vorzunehmen. Der mittel- bzw. langfristig notwendige Abbau der sich in den Jahren 2020 und 2021 ergebenden Verluste, die gemäß § 182 Abs. 4 NKomVG in der Bilanz auf der Passivseite gesondert auszuweisen sind wird weitere darüberhinausgehende Anstrengungen erfordern.

Zudem ist nicht absehbar, in welcher Weise sich die durch die notwendigen Corona-Hilfen eklatant verschlechterte Schuldensituation von Bund und Ländern auf lange Sicht auf die Kommunalhaushalte auswirken wird. Ebenso ungewiss ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Staaten im Euroraum sowie der sich daraus ergebenden Hilfen der wirtschaftlich stärkeren Staaten. Insgesamt bleibt abzuwarten, inwieweit und in welcher Geschwindigkeit weltweit die Folgen der Pandemie wirtschaftlich überwunden werden kann.

Trotz dieser dargestellten Risiken wird die prognostizierte positive Entwicklung der Steuern ab 2021 seitens des Deutschen Städtetages als realistisch eingeschätzt. Hervorzuheben ist jedoch insbesondere die Veranschlagung der Gewerbesteuer. Auch zum jetzigen Zeitpunkt ist immer noch nicht vollständig absehbar, inwieweit die direkten und indirekten Auswirkungen der VW-Abgasproblematik und die Neuausrichtung der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität die Entwicklung der Erträge in den kommenden Jahren beeinflussen werden.

Parallel zu dem unter Ziffer 4 erwähnten Prozess zur Haushaltsoptimierung ist auch ein Verwaltungsmodernisierungsprozess begonnen worden. Bei den in diesem Rahmen vorgeschlagenen Maßnahmen ist nicht ausgeschlossen, dass sie zunächst in erheblichem Umfang Mehraufwendungen und zusätzliche Investitionen auslösen. Zu der Frage, ob und wann sich die sogenannte "Modernisierungsrendite" dieser Maßnahmen einstellt, liegen im Regelfall keine konkreten Angaben vor.

Corona-Pandemie

Aktuell (Stand Oktober 2020) sind die Fallzahlen der an Covid-19 Erkrankten exponentiell steigend. Die weitere Entwicklung ist in keiner Weise absehbar. Bei den unter Ziffer 4 dargestellten haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie wurde zunächst davon ausgegangen, dass die Pandemie das Jahr 2020 beherrscht und damit 2021 lediglich "Folgejahr" im Sinne von § 182 Abs. 4 Satz 1 Ziffer 1 KomHKVO ist. Es besteht aber ein hohes Risiko, dass auch zumindest 2021 zum Epidemie-Jahr wird. In diesem Fall wäre zu erwarten, dass die im Haushaltsentwurf 2021 berücksichtigte leichte Erholung der Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen ausbleibt und auch weiterhin zusätzliche Aufwendungen erforderlich werden. Zudem sind im Haushaltsentwurf auch keine erhöhten Verlustausgleiche für die städt. Beteiligungen enthalten, wie sie im Haushaltsjahr 2020 voraussichtlich überplanmäßig zu berücksichtigen sein werden. Etwaige Mehrbedarfe für 2021 ff. werden sich erst aus den noch zu erstellenden Wirtschaftsplänen der Gesellschaften ergeben. Sie werden im weiteren Planungsverfahren noch zu berücksichtigen sein.

Unter anderem zur Bewältigung der Corona-Krise ist mit dem Haushaltsentwurf 2021 vorgesehen, den Umfang der Investitionstätigkeit zu erhöhen. Die Investitionen sollen fast ausschließlich fremdfinanziert werden. Kumuliert über den mittelfristigen Planungszeitraum ergibt sich deshalb ein Saldo aus Finanzierungstätigkeit von rund 629 Mio. EUR und Ende 2024 ein Bestand an Geldschulden in Höhe von 901,5 Mio. EUR bzw. 531,8 Mio. EUR ohne Experimentierklausel (Stand Haushaltsentwurf 2021).

Die nach § 182 Abs. 4 Satz 1 Ziffer 1 KomHKVO gesondert auszuweisenden Epidemie bedingten Passivposten sollen nach dem dortigen Satz 2 innerhalb von 30 Jahren gedeckt werden. Im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2024 besteht hierzu keine Einplanung.

Kosten für Sozialleistungen

Weiterhin auf hohem Niveau befinden sich die Sozialhilfeaufwendungen. Der größte Leistungsbereich ist inzwischen die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Nach dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2013 sollten die Kommunen im Rahmen der seinerzeit beabsichtigten Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. EUR jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Ab 2018 wird diese Entlastung umgesetzt, allerdings finanziert durch zusätzliche %-Anteile bei der Beteiligung des Bundes an den KdU bzw. an den Umsatzsteueranteilen der Kommunen und der Länder. Das heißt, die von einem stetigen Wachstum geprägten Aufwendungen für Behinderte sind weiter durch die Kommunen zu finanzieren. Außerdem führen die Regelungen des neuen Bundesteilhabegesetzes zu einem gesteigerten Leistungsumfang.

Fast das gleiche Ausgabe-Niveau hat das Arbeitslosengeld II (ALG II), in dessen Rahmen die Kommunen insbesondere die Unterkunfts- und Heizkosten (KdU) von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern zu tragen haben. Der Bund beteiligt sich an den KdU mit einem regelmäßig aktualisierten %-Anteil. Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie haben der Bund und das Land Niedersachsen im Jahr 2020 umfangreiche Konjunktur- und Krisenbewältigungspakete geschnürt. Der Bund erhöht zur dauerhaften Entlastung die o. g. Beteiligung des Bundes an den KdU um 25 %-Punkte bereits für das laufende Jahr 2020. Die notwendigen Gesetzänderungen sind im Oktober 2020 in Kraft getreten. Dies führt ohne Berücksichtigung der Fallzahlsteigerungen zu einer Haushaltsentlastung um rund 12,5 Mio. EUR jährlich.

Für die Teile der Sozialhilfe bzw. Aufwendungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), die durch das Land zu finanzieren sind (überörtlicher Träger), erfolgte die Erstattung als niedersächsische Besonderheit nach dem sogenannten Quotalen System. Zuletzt betrug die Landesquote 69 %. Ab 2020 wurde dieses System durch ein verändertes Verfahren ersetzt.

Damit einher gingen weitreichende Veränderungen bei Erstattungen der Sozialhilfe-Transferaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und der niedersächsischen Neuordnung der Zuständigkeiten von örtlichem und überörtlichem Träger und bei der Finanzierung. Zudem erfolgt im Rahmen der Umsetzung des BTHG erstmals eine Erstattung gem. § 25 Nds. AG SGB IX/XII zum Ausgleich von Personal- und Sachkosten zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren, der Gesamtplanung sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe. Zusammen ergab sich im Rahmen der Haushaltsplanung eine Nettoentlastung von 4,2 Mio. EUR pro Jahr im Vergleich zur bisherigen Erstattung im Rahmen des Quotalen Systems.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Sozialhilfebelastung (Saldo aus Aufwendungen und Erträgen) entwickelt hat und wie sie sich nach der mittelfristigen Ergebnisplanung zum Haushaltsentwurf 2021 weiterentwickeln könnte.

	2009	2014	2019	2024 *)
Ertrag	79,1 Mio. EUR	101,1 Mio. EUR	119,0 Mio. EUR	145,8 Mio. EUR
Aufwand	137,1 Mio. EUR	147,4 Mio. EUR	165,0 Mio. EUR	182,5 Mio. EUR
Saldo	58,0 Mio. EUR	46,3 Mio. EUR	46,0 Mio. EUR	36,7 Mio. EUR

*) Haushaltsplanentwurf 2021

Das Absinken der Sozialhilfebelastung zwischen 2014 und 2019 erklärt sich insbesondere aus der Übernahme der GruSi-Kosten durch den Bund und bis dahin gesunkenen Fallzahlen im Bereich des SGB II. Das weitere Absinken der Belastung zwischen 2019 und 2024 beruht insbesondere trotz der Erwartung steigender Aufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe und KdU auf den o. g. Entlastungen im Bereich SGB II und SGB XII.

Aufnahme von Geflüchteten

Seit 2016 werden Braunschweig - trotz des hier ansässigen Standortes der Landesaufnahmebehörde für Asylbewerber (LAB) - Geflüchtete zum dauerhaften Verbleib zugewiesen. Anfangs blieben die Zuweisungszahlen hinter den Erwartungen zurück. Von ursprünglich für 2016 vorgesehenen 1.000 Zuweisungen konnte die Haushaltsplanung für 2017 und 2018 auf eine Fallzahl von 500 Personen angepasst werden. Die für 2019 nochmals auf 400 abgesenkte Zahl wurde allerdings überschritten, weil die Zuweisungen durch die LAB inzwischen gesteigert wurden. Im Jahresdurchschnitt waren 492 Personen zu betreuen. Der Haushaltsplanung 2021 liegt nunmehr die Erwartung von 600 zu betreuenden Personen zu Grunde.

Im Falle eines weiteren Anstiegs der Fallzahlen wären erneute weitere Haushaltsbelastungen wahrscheinlich. Außerdem finden anerkannte Asylsuchende nach Abschluss ihrer Verfahren zunehmend keinen Wohnraum, sodass sie die Flüchtlingsunterkünfte nicht im erforderlichen Maße für neu zugewiesene Personen freigeben können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass deshalb kostenträchtig weitere Unterkünfte geschaffen werden müssen.

Kosten der Kinderbetreuung

Die jährlichen Aufwendungen für Kinder, Jugend und Familie haben sich bei der Stadt Braunschweig in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt. Die darin enthaltenen größten Zuwächse entfallen auf den Bereich der Kindertagesbetreuung.

Nach dem bereits seit langem bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (Altersgruppe von 3 Jahren bis zur Einschulung) trat 2013 auch ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren in Kraft. Aufgrund steigender Kinderzahlen kann dieser derzeit nicht immer sofort erfüllt werden. Das Risiko, dass der Rechtsanspruch nicht erfüllt werden kann und die Stadt klagenden Eltern gegenübersteht, steigt. Um ein nachfragegerechtes Angebot vorhalten zu können, befindet sich ein Ausbauprogramm in der Umsetzung, das erhebliche Investitionen und deutliche Steigerungen der laufenden Betreuungsaufwendungen verursachen wird. Erschwert wird dies durch die Auslastung der städtischen Hochbauverwaltung und die als Folge des derzeitigen Bau-Booms rasch steigenden Kosten für Baumaßnahmen und der Mieten im Falle der Anmietung von Immobilien.

Zudem befindet sich die Einführung eines Rechtsanspruchs auch für die Schulkind Betreuung (Altersgruppe 6 bis 10 Jahre) in der politischen Diskussion. Es steht zu befürchten, dass mit der Einführung nicht die benötigte finanzielle Ausstattung der Kommunen einhergeht.

Das Land hat den Kommunen zum 1. August 2018 die Erhebung von Kindergartenentgelten untersagt. Zum Ausgleich der Ertragseinbußen der Kita-Träger hat es die Personalkostenerstattungen angehoben und wird dies bis 2021/2022 in kleinen Schritten fortsetzen. Erst dann werden die Ertragsausfälle aus dem Wegfall der Entgelterhebung möglicherweise weitgehend ausgeglichen. Zuwendungen aus dem "Gute Kita-Gesetz" der Bundesregierung reduzieren die Haushaltsbelastung lediglich in geringem Umfang.

Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Kindergartenentgelte 2016 hat der Rat zudem beschlossen, dass Mehrerträge aus Betreuungsentgelten für ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Betreuungsqualität verwendet werden. Hierfür stehen jährlich 2,5 Mio. EUR zur Verfügung. Diesen Betrag hat die Verwaltung als Mehrertrag ermittelt. Nach der vorgenannten Abschaffung der Kindergartenentgelte stehen diese Mehrerträge direkt nicht mehr zur Verfügung. Ob die erhöhten Landeserstattungen dies kompensieren, ist ungewiss. Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung werden aber fortgeführt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die ordentlichen Aufwendungen des Teilhaushaltes FB 51 seit Einführung des NKR entwickelt haben und wie sie sich nach der mittelfristigen Ergebnisplanung zum Haushaltsentwurf 2021 weiterentwickeln könnten.

2009	2014	2019	2024 *)
86,1 Mio. EUR	124,3 Mio. EUR	173,5 Mio. EUR	197,6 Mio. EUR

*) Haushaltsplanentwurf 2021

Neben einer allgemeinen Kostensteigerung geht diese kontinuierliche Erhöhung auch auf steigende gesetzliche Anforderungen und Ansprüche sowie eine gezielte Ausweitung der Intensität der Aufgabenwahrnehmung zurück.

Haushaltsreste

Im Jahresabschluss 2019 ist die Bildung von Haushaltsresten berücksichtigt.

Im Ergebnishaushalt ergibt sich insgesamt eine Vorbelastung des Jahres 2019 in Höhe von rund 43,3 Mio. EUR (davon rund 6,6 Mio. EUR Ergebnishaushalt und rund 36,7 Mio. EUR Aufwand des Investitionsmanagements).

Die Bildung von Haushaltsresten im Finanzhaushalt ergibt eine Vorbelastung des Bestandes an Zahlungsmitteln in Höhe von rund 73,5 Mio. EUR (investive Zahlungen). Damit ergibt sich insgesamt eine Vorbelastung des Bestandes an Zahlungsmitteln aus der Bildung von Haushaltsresten in Höhe von rund 116,8 Mio. EUR.

Aufwand / Auszahlungen	2017	2018	2019
Ergebnisrechnung ohne IM (Aufwendungen und Auszahlungen)	6,1 Mio. EUR	6,7 Mio. EUR	6,6 Mio. EUR
Ergebnisrechnung IM (Aufwendungen und Auszahlungen)	23,0 Mio. EUR	28,6 Mio. EUR	36,7 Mio. EUR
Finanzrechnung IM (Auszahlungen - Investitionen)	64,6 Mio. EUR	58,7 Mio. EUR	73,5 Mio. EUR
Finanzrechnung IM (Auszahlungen – Ausleihungen im Rahmen der Experimentierklausel)	-	11,5 Mio. EUR	-
Gesamt	93,7 Mio. EUR	105,5 Mio. EUR	116,8 Mio. EUR

Diese Haushaltsreste stellen eine Vorbelastung des Haushaltes 2020 dar. Die Bildung der Haushaltsreste wirkt sich direkt auf die Liquidität aus. Alle nicht verausgabten Haushaltsmittel erhöhen den Bestand an Zahlungsmitteln des Haushaltsjahres 2019. Im Jahr der Inanspruchnahme der gebildeten Haushaltsreste ergibt sich dann die entsprechende Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln.

Des Weiteren wurden Haushaltsreste für nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen gebildet.

Einzahlungen	2017	2018	2019
Finanzrechnung (Kreditermächtigungen Kernverwaltung)	5,6 Mio. EUR	15,4 Mio. EUR	15,6 Mio. EUR
Finanzrechnung (Kreditermächtigungen Konzernfinanzierung im Rahmen der Experimentierklausel)	-	11,5 Mio. EUR	-
Gesamt	5,6 Mio. EUR	26,9 Mio. EUR	15,6 Mio. EUR

Verlustausgleichszahlungen an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Der in den Vorjahren vorhandene Gewinnvortrag der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft (SBBG) wurde im Jahr 2014 vollständig verbraucht. Seitdem sind Verlustausgleichszahlungen der Stadt Braunschweig als Gesellschafterin der SBBG erforderlich, die zu entsprechenden Belastungen des städtischen Haushalts führen.

Das Jahresergebnis der SBBG setzt sich aus dem eigenen Betriebs- und Zinsergebnis sowie aus dem Beteiligungsergebnis, in dem die auf die SBBG entfallenden Ergebnisbestandteile ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften enthalten sind, zusammen. Hierbei wird die Ergebnisentwicklung der SBBG hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt, das wie folgt strukturiert ist: Erträge aus Beteiligungen ergeben sich bei der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH und der Kraftverkehr Mundstock GmbH. Hingegen sind für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH sowie die Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH Aufwendungen für Verlustübernahmen zu leisten.

Seit Mitte März 2020 sind die Ergebnisse der städtischen Gesellschaften wesentlich von der Corona-Pandemie beeinflusst. Hierbei entstehen im Betriebsergebnis der SBBG selbst keine Auswirkungen. Bei den meisten Tochtergesellschaften entstehen allerdings erhebliche Auswirkungen auf ihr jeweiliges Ergebnis. Diese Auswirkungen resultieren überwiegend aus Umsatzrückgängen. Beispielsweise hat die Braunschweiger Verkehrs-GmbH während des Lockdowns deutlich weniger Fahrgäste befördert als üblich. Die Durchführung von Großveranstaltungen ist untersagt. Entsprechend kann die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH ihre Räumlichkeiten derzeit nur für kleinere Veranstaltungen vermieten. Die Einrichtungen der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH mussten zeitweise geschlossen werden und können aktuell nur von einer begrenzten Anzahl von Besuchern genutzt werden. Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG hat Umsatzeinbußen durch Insolvenzen zu verzeichnen. In Teilkonzern Kraftverkehr Mundstock GmbH ist im Wesentlichen der Reisebereich von der Corona-Pandemie betroffen. So durften zeitweise keine Busreisen durchgeführt werden. Die aktuelle Nachfrage ist eher gering. Die Gesellschaften haben Maßnahmen ergriffen, um der negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Beispielsweise ist dies durch Leistungsreduzierungen wie Fahrplananpassungen bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH erfolgt. Weiterhin wurden beeinflussbare Kostenpositionen soweit wie möglich reduziert. Hierzu hat auch die Inanspruchnahme des Instruments der Kurzarbeit beigetragen. Zudem können in einzelnen Bereichen Mittel aus verschiedenen Rettungsschirmen vereinnahmt werden. Lediglich bei der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig und der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH sind keine negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verzeichnen.

Die betroffenen Gesellschaften haben für das Jahr 2020 entsprechende Nachtragswirtschaftspläne aufgestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 noch negative Auswirkungen auf die Ergebnisse der städtischen Gesellschaften haben wird.

Verkauf des Grundstückes Wendenstr. 69/Fallersleber Str.1

Das städtische Teileigentum an dem Grundstück Wendenstr. 69/Fallersleber Str.1 wurde an das Niedersächsische Studieninstitut zum Zwecke der Sanierung in einer Hand übertragen. Der Übergang von Besitz und Nutzung wurde für den 1. Oktober 2018 vereinbart.

In etwa zeitgleich ist für die Zeit nach abgeschlossenem Umbau – voraussichtlich ab dem 1. Januar 2021 – ein Vertrag zur Anmietung einer ca. 2.000 m² großen Fläche durch die Stadt für die Dauer von 20 Jahren geschlossen worden.

Neben dem vereinbarten monatlichen Grundmietzins sind sowohl Kosten für nachzuholende Instandhaltungen als auch für Kaufnebenkosten gemäß Mietvertrag zu tragen. Es wurde vereinbart,

dass diese Kosten verteilt auf 20 Jahre der Miete zugeschlagen werden. Die sich daraus ergebenden Belastungen belaufen sich gemäß Mietvertrag auf über 2 Mio. EUR.

Das Eigentum des Gebäudes Wendenstr. 69, dessen Sanierungskosten im Rahmen der Mietzahlung von der Stadt teilweise zu übernehmen sind, befindet sich durch die Übertragung nicht mehr im städtischen Eigentum, so dass der vorgenannte Betrag nicht aktivierungsfähig ist.

Aus den genannten Verträgen, die 2018 geschlossen worden sind, entstehen finanzielle Belastungen für die Stadt voraussichtlich in den Folgejahren. Rückstellungen stehen für mögliche Inanspruchnahmen nicht zur Verfügung.

Straßensanierung Waller See

Es ist die Forderung an die Stadt Braunschweig herangetragen worden, sich kostenmäßig an der Sanierung einer durch das Gewerbegebiet Waller See führenden Straße zu beteiligen. Die Straße steht nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig.

Vorgetragen wird, dass die Straße im Rahmen der Kooperation zum interkommunalen Gewerbegebiet Waller See von der Stadt Braunschweig geplant, gebaut und anschließend dem heutigen Eigentümer übergeben wurde. Weiterhin hätte die Stadt Braunschweig für eine zweite Möglichkeit der Erschließung des Gewerbegebietes sorgen sollen.

Hieraus ergibt sich vom Eigentümer die Forderung, dass sich die Stadt Braunschweig an den Kosten der Straßensanierung beteiligt. Die finanzielle Belastung, die von der Stadt Braunschweig hieraus möglicherweise zu tragen ist, ist noch nicht bekannt.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

IX. Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (§ 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG)

1. Einleitung

Gemäß § 20 Abs. 5 KomHKVO (bisher § 20 Abs. 5 GemHKVO) dürfen Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragen werden.

Die dem Anhang beizufügende Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen gemäß § 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG ist in zwei Listen aufgeteilt worden.

Unter dem Gliederungspunkt 2. werden die Haushaltsreste dargestellt, die sich auf das Investitionsmanagement beziehen. In dieser Übersicht sind Haushaltsreste für Investitionen und Instandhaltungen von Vermögensgegenständen enthalten.

Unter dem Gliederungspunkt 3. sind die Haushaltsreste aus dem Ergebnishaushalt (ohne die Haushaltsreste für die Instandhaltungen von Vermögensgegenständen) aufgelistet. Die Gründe für die Übertragung sind in der Spalte Bemerkung aufgenommen worden.

2. Haushaltsreste für Investitionen und Instandhaltungen von Vermögensgegenständen

Haushaltsreste für Projekte

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
polit. Gremien	4S.000001.00.505	Politische Gremien: Instandhaltungen	445519	3.000,00
Summe polit. Gremien			**gesamt**	**3.000,00**
Vw.Führung	4S.000002.00.505	Verwaltungsf.: Instandhaltungen	445519 445520 445522	5.600,00
Vw.Führung	5S.000002.00.515	Verwaltungsf.: GVG-Sammelprojekt	783125	1.397,15
Summe Verw. Führung			**gesamt**	**6.997,15**
FB 01	4S.000003.01.505	Ref. 0100: Instandhaltungen	445519 445520 445522	6.441,25
FB 01	5S.000003.00.515	Ref. 0100: GVG-Sammelprojekt	783125	6.300,00
FB 01	5S.000004.00.510	Ref. 0100: Global-Sachanlagen	783110	4.500,00
FB 01	5S.000011.01.515	Ref. 0300: Verwaltungsbücherei-GVG	783125	1.168,50
Summe FB 01			**gesamt**	**18.409,75**
Ref. 0120	4S.000004.00.505	Ref. 0120: Instandhaltungen	445519 445522	2.894,93
Ref. 0120	5S.000006.00.515	Ref. 0120: GVG-Sammelprojekt	783125	11.974,68
Ref. 0120	5S.000007.00.510	Ref. 0120: Global-Sacha.(Stat. /Wah)	783110	1.700,00
Summe Ref. 0120			**gesamt**	**16.569,61**
Ref. 0140	4S.000006.00.505	Ref. 0140: Betriebs- und G.-Instandh.	445519	3.000,00
Ref. 0140	5S.000009.00.515	Ref. 0140: GVG-Sammelprojekt	783125	825,04
Summe Ref. 0140			**gesamt**	**3.825,04**
Ref. 0150	4S.000007.00.505	Ref. 0150: Instandhaltungen	445519	149,74
Ref. 0150	5S.000010.00.515	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	783125	165,76
Summe Ref. 0150			**gesamt**	**315,50**
Pers.Vertr.	4S.100001.00.505	FB 10: Instandhaltungen Personalvertret.	445522	300,00
Summe Personalvertretung			**gesamt**	**300,00**
FB 10	4S.100003.00.505	FB 10: Instandhaltungen DGH	445520	5.810,00
FB 10	4S.100005.00.505	FB 10: Programm -IT-Instandh./ sonst	422140 427193	705.485,00
FB 10	4S.100005.00.515	FB 10: Programm -IT- Sachanl.-GVG's	783125	201.020,25
FB 10	4S.100005.01.510	FB 10: Programm -IT- Immat./Sachanl.	783110	267.415,80
FB 10	5S.100002.01.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-1000)	783125	329,11
FB 10	5S.100002.04.515	FB 10: GVG-Sammelprojekt (100-4000)	783125	640,00
FB 10	5S.100004.00.510	FB 10: Global-Sachanl. FB 10 intern	783110	28.450,33
Summe FB 10			**gesamt**	**1.209.150,49**
FB 20	3E.210013.00.595	FB 20:GS Westl. Ringgebiet Neub. /Vorpl.	427114	200.000,00
FB 20	3E.210014.00.595	FB 20 Joh.-Sel.-Sch.Ernährung./Pl. Ausb.	427114	50.000,00
FB 20	3E.210017.00.595	Dorfgemeinschaftshaus Rautheim/Planung	427114	74.405,00
FB 20	3S.200001.00.595	FB 20: Planungskosten allgemein	427114	200.000,00
FB 20	3S.200001.02.595	FB 20: Planungskosten OGS	427114	49.718,21
FB 20	3S.200002.00.595	FB 20: HOAI FB 65	427114	40.669,55
FB 20	3S.200003.00.595	FB 20: Vorplanung FB 65 (ISV)	427114	100.000,00
FB 20	4E.210170.01.505	Stadthalle / Sanierung n. werterh.	427193	530.568,98
FB 20	4E.210170.02.500.213	Stadthalle / Sanierung - werterh.	787110	14.315,71
FB 20	4S.200038.00.505	FB 20: Software-Wartung	422140	27.865,53
FB 20	4S.210001.03.505	FB 20: Instandhaltungen (KST: 200-3000)	445522	356,08

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 20	4S.210001.04.505	FB 20 : Instandhaltungen (KST: 200-4000)	445514 445522	281,00
FB 20	4S.210002.00.505	FB 20: Instandhaltungen Bildende Kunst	421110	986,82
FB 20	4S.210013.00.505	FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen	421110	50.000,00
FB 20	4S.210014.00.505	FB 20: Abbrüche Grundvermögen	421160	80.000,00
FB 20	4S.210050.00.505	FB 20: Dichtheitsprüfungen Entwässerung.	421110	54.000,00
FB 20	4S.210053.06.505	Baugebiet Baumschule Ost- Berliner Str.	427193	45.000,00
FB 20	4S.210067.00.505	FB 20: Gebäudeinstandhaltung PPP Schulen	421110 511993	646.500,00
FB 20	4S.210068.00.505	FB 20: Gebäudeinstandhaltung PPP Kitas	421110 511993	54.400,00
FB 20	4S.210093.02.500.213	FB 20: Technologiepark/San.+Umgest.-Bau	787110	300.000,00
FB 20	5E.200002.00.510	Wilhelm-Bracke Gesamtsch. - Erschließung	782120	215.700,00
FB 20	5E.200007.00.510	FB 20: Stadtstraße Nord/Erschließung	782120	550.000,00
FB 20	5S.200019.00.525	FB 20: Krankenhausumlage	781110	203.000,00
FB 20	5S.200025.00.510	FB 20: Global-Sachanlagen 20.2	783110	17.000,00
FB 20	5S.210002.00.515	FB 20: GVG-Sammelprojekt (200-0100)	783125	836,64
FB 20	5S.210008.01.510	FB 20: Global Ankauf Grundst. bis 2015	782110	9.734,36
FB 20	5S.210008.02.510	FB 20: Global-Erschließ.-/Str.-Ausb.	782120	24.400,00
FB 20	5S.210008.03.510	FB 20: Global Ankauf Grundst. ab 2016	782110	4.150.645,32
Summe FB 20			**gesamt**	**7.690.383,20**
FB 65	4E.210056.01.500.213	4. IGS/Errichtung Bauwerk werterh.	787110	300.163,47
FB 65	4E.210056.02.505.213	4. IGS/Errichtung - Instandh.	421110	21.663,36
FB 65	4E.210091.00.500.213	Lessinggym. Wenden/ San.-werterh.	787110	93.585,56
FB 65	4E.210091.00.505.213	Lessinggym. Wenden/ San.-n. werterh.	421110	84.258,52
FB 65	4E.210097.00.500.213	San. /Erw. RS Nib./IGS Querum-werterh	787110	43.557,74
FB 65	4E.210115.00.500.213	GY Kleine B. - Einr. Ganzt. - werterh	787110	9.064,58
FB 65	4E.210116.00.500.213	BBS V - Erw. a. Hauptst.ort - werterh	787110	1.067.903,35
FB 65	4E.210116.00.505.213	BBS V - Erw. Hauptst.ort - n.werterh	421110	348.769,27
FB 65	4E.210130.00.500.213	GS/HS Rüningen/Sanierung - Bau	787110	919.199,55
FB 65	4E.210130.00.505	GS/HS Rüningen/Sanierung -nicht wert	421110	21.041,11
FB 65	4E.210136.00.500.213	HS Sophienstraße / Sanierung - Bau	787110	155.195,83
FB 65	4E.210139.00.500.213	RS John-F-Kennedy-Platz / San. - Bau	787110	27.942,14
FB 65	4E.210139.00.505	RS John-F.-Kennedy-Platz / San.-Aufw	421110	7.419,97
FB 65	4E.210140.00.500.213	GY MK / Sanierung - Bau	787110	435.040,31
FB 65	4E.210140.00.505	GY MK / Sanierung - Aufwand	421110	176.608,50
FB 65	4E.210144.01.505	IGS Franzsches Feld / San. - Aufwand	421110	2.192.635,39
FB 65	4E.210144.02.500.213	IGS FF Fenstersanierung Wohnungen Ba	787110	177.000,00
FB 65	4E.210144.03.500.213	IGS FF Löschwasserversorgungssystem	787110	57.433,39
FB 65	4E.210145.00.500.213	GY HvF / Sanierung - Bau	787110	1.569.908,03
FB 65	4E.210154.01.500.213	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb-Bau	787110	613.919,63
FB 65	4E.210154.02.505	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb	421110	48.197,30
FB 65	4E.210156.00.500.213	TG Magni / Sanierung - Bauwerk	787110	57.097,11
FB 65	4E.210157.01.500.213	GS Isoldestraße / Erweiterung - Bau	787110	941.656,18
FB 65	4E.210157.02.505	GS Isoldestraße / Sanierung - Aufw	421110	597.954,17
FB 65	4E.210168.00.500.213	Kita Volkmarode/ Erweiterung	787110	75.383,71
FB 65	4E.210168.00.505	Kita Volkmarode/ Erweiterung	421110	100.357,83
FB 65	4E.210169.00.500.213	Kita Waggum /Sanierung	787110	401.121,44
FB 65	4E.210171.02.500.213	Tiefgarage Packhof / Sanierung- Bau	787110	637.938,14
FB 65	4E.210181.02.500.213	GS Edith Stein, Erw. und Brandsch. -Bau	787110	841.371,57
FB 65	4E.210181.01.505	GS Edith Stein/Erw. und Brandsch.-n.wert	421110	1.032.155,51
FB 65	4E.210186.00.505	Kita Thune / Dachsanierung	421110	446.262,43
FB 65	4E.210187.00.505	Kita Wenden/ Dachsanierung	421110	449.497,46
FB 65	4E.210192.00.505	GS Timmerlah /Brandschutzmaßnahmen	421110	22.170,40

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210196.02.500.213	GS Comeniusstraße/Brandsch.- Bau	787110	51.554,64
FB 65	4E.210197.00.505	GS Hohetieg/Brandschutzm.-n. wert.	421110	593.028,46
FB 65	4E.210197.00.500.213	GS Hohestieg / Brandschutzm.-Bau	787110	84.451,24
FB 65	4E.210198.00.505	GH Brunsviga/Brandschutzmaßn.-n. wert	421110	5.120,59
FB 65	4E.210198.00.500.213	GH Brunsviga/Brandschutzmaßn.-Bau	787110	18.922,90
FB 65	4E.210201.02.500.213	GS Bürgerstraße / Brandschutzmaßn. -Bau	787110	120.015,21
FB 65	4E.210201.01.505	GS Bürgerstraße / Brandschutzm.-n. wert	421110	30.497,78
FB 65	4E.210202.00.505	GS Lindenbergsiedl./Brandsch.- n.wert	421110	264.764,44
FB 65	4E.210202.00.500.213	GS Lindenbergsiedl./Brandsch.- Bau	787110	2.211,07
FB 65	4E.210206.00.500.213	GS H. d. M. / Brandschutzm.-Bau	787110	5.400,00
FB 65	4E.210207.02.500.213	GY NO / Erweiterung - Bau	787110	199.268,99
FB 65	4E.210214.02.500.213	GS Comeniusstr./Verbesserung GTB - Bau	787110	2.429.941,77
FB 65	4E.210214.01.505	GS Comeniusstr./Verbesserung GTB-n. wert	421110	316.630,24
FB 65	4E.210215.01.505	Südwache/Brandschutzmaßn.	421110	352.908,63
FB 65	4E.210215.02.500.213	Südwache/Brandschutzmaßn.-Bau	787110	126.500,00
FB 65	4E.210216.01.505	GS Altmühlstraße/Brandschutzmaßn.-n.wert	421110	262.941,46
FB 65	4E.210216.02.500.213	GS Altmühlstraße / Brandschutzmaßn.-Bau	787110	60.265,60
FB 65	4E.210217.01.505	Joh.-Selenka Abt. Hochstr./Brandsch.	421110	188.797,62
FB 65	4E.210217.02.500.213	Joh.-Selenka Abt. Hochstr./Brandsch.-Bau	787110	35.411,42
FB 65	4E.210218.00.505	Halle Hamburger Str. 267 / Dachsanierung	421110	125.876,65
FB 65	4E.210219.02.500.213	Kita Schölkestraße /Anbau - Bau	787110	1.062.860,23
FB 65	4E.210219.01.505	Kita Schölkestraße /Anbau- n. wert.	421110	181.825,39
FB 65	4E.210220.00.505	Villa Salve Hospes/San. Zaunanlage	421110	55.038,24
FB 65	4E.210221.00.505	Petzvalstraße 50 B / Fassadensanierung	421110	1.586.750,86
FB 65	4E.210224.00.505	Rathaus-Altb. / Install. Sicherheitsbel.	421110	165.100,00
FB 65	4E.210225.00.505	GS Wenden / Install. Sicherheitsbel.	421110	132.000,00
FB 65	4E.210226.00.505	Gesundheitsamt/Install. Sicherheitsbel.	421110	24.000,00
FB 65	4E.210228.01.505	BBS V (Kastan.) / Brandschutz.-n.wert	421110	594.719,55
FB 65	4E.210228.02.500.213	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.-Bau	787110	44.741,96
FB 65	4E.210232.02.500.213	IGS Querum / Brandschutzm.-Bau	787110	24.857,83
FB 65	4E.210234.00.505	GY Wilhelmg., Abt. Leonh./Beleucht.san.	421110	244.655,29
FB 65	4E.210235.00.505	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-n. werterh.	421110	39.126,55
FB 65	4E.210235.00.500.213	GS Ilmenaustr./Einr. GTB-werterh.-Bau	787110	525.709,70
FB 65	4E.210236.00.505	GS Melverode/Einr. GTB u. San.-n.wert	421110	140.000,00
FB 65	4E.210236.00.500.213	GS Melverode/Einr. GTB/San.wert.-Bau	787110	317.300,00
FB 65	4E.210237.01.505	GS Rautheim/Einr. GTB u. San.-n.wert	421110	96.974,35
FB 65	4E.210237.02.500.213	GS Rauth./Einr. GTB u. San.-wert.Bau	787110	353.933,95
FB 65	4E.210238.00.500.213	GS Lehnd./Einr. GTB u. San.-wert.-Bau	787110	1.277.671,96
FB 65	4E.210239.01.505	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. San.-n.we	421110	62.747,89
FB 65	4E.210239.01.500.213	GS Waggum/GTB u. Sanierung-wert.-Bau	787110	637.439,49
FB 65	4E.210240.02.500.213	GS Bültenweg/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	787110	670.061,75
FB 65	4E.210241.00.505	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-San.-n.wer	421110	139.666,42
FB 65	4E.210241.00.500.213	GS Stöckheim/Einr.GTB/San.-wert.-Bau	787110	726.628,72
FB 65	4E.210242.00.505	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.1.BA	421110	600.400,00
FB 65	4E.210242.00.500.213	Inter.maßn.Schulen/baul.L-wert.-Bau 1.BA	787110	298.020,92
FB 65	4E.210243.00.505	GS Stöckh.Abt. Leiferde/GTB/San.-n.we	421110	70.144,40
FB 65	4E.210243.00.500.213	GS Stöckh.Abt. Leiferde/GTB/San.-Bau	787110	320.000,00
FB 65	4E.210245.00.505	Städt. Stadion / Nachrüstung BMA	421110	187.000,00
FB 65	4E.210246.00.505	Knochenhauerstr. 5/Einr. Krippengruppen	421110	318.340,52
FB 65	4E.210248.00.505	SpH GS Rühme / Sanierung Unterdecke	421110	147.240,67
FB 65	4E.210249.00.505	Oswald-Berkhan-Schule / Sanierung	421110	564.846,38
FB 65	4E.210250.00.505	GS Altmühlstraße / Fassadensanierung	421110	466.474,23
FB 65	4E.210251.00.505	Interimsmaßn.Schulen/baul. L-n.wert.2.BA	421110	420.000,00
FB 65	4E.210252.02.500.213	Kita Stöckheim-Süd / Neubau-wert. - Bau	787110	1.513.258,28

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 65	4E.210255.01.505	Wilhelmgymn. /Brandschutzmaßn.-n.wert	421110	939.411,93
FB 65	4E.210256.00.505	Kita Gliesmarode/San. Fassade-Fußb.	421110	72.050,23
FB 65	4E.210257.00.505	Kita Siegmundstraße / San. Elt./Eing.	421110	197.929,71
FB 65	4E.210258.01.505	Kita Chr.-Friedr.-Krull-Str. / Sanierung	421110	26.077,82
FB 65	4E.210266.00.505	SpH Güldenstr. / San. Trinkwassernetz	421110	990,00
FB 65	4E.210267.00.505	SpH GS Diesterwegstr. / San. Unterdecke	421110	167.261,02
FB 65	4E.210268.00.505	SpH RS Maschstraße / San. Unterdecke	421110	23.468,19
FB 65	4E.210270.00.505	GS Heinrichstraße / Ausbau Mensa	421110	176.700,00
FB 65	4E.210270.00.511	GS Heinrichstraße / Ausbua Mensa - FW	422900	5.100,00
FB 65	4E.210308.00.505	GS Diesterwegstr./baul. Maßn. f. Contain	421110	191.000,00
FB 65	4E.210309.00.505	Madamenweg 94/Vers.säulen/San. Sanitärg.	421110	263.875,25
FB 65	4E.210310.00.505	SpH RS Nibelungenschule / Dachsanierung	421110	610.000,00
FB 65	4E.210311.00.500.213	Joh.-Selenka-Schule/Einb.Aufzugsanl.-Bau	787110	312.400,00
FB 65	4S.210017.00.505	FB 20:Global-Instand. Freiwill. Feuerw.	421110	216.920,10
FB 65	4S.210024.00.505	Städtische Baudenkmale/Sanierung	421110	76.500,00
FB 65	4S.210034.00.505	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	421110	305.000,00
FB 65	4S.210036.00.505.213	FB 20:Progr.Instand. Städt.Kitas/Sanier.	421110	604.614,89
FB 65	4S.210037.00.505	FB 20:Global Instand. Untersuch./Nachko.	421110	25.222,99
FB 65	4S.210051.01.505	FB 20: Brandschutzmaßn.-nicht werterh	421110	1.015.923,77
FB 65	4S.210051.02.500.213	FB 20: Brandschutzmaßn.- wert.-Bau	787110	388.523,68
FB 65	4S.210065.00.505	FB 20: Global-Instandhaltung Schulen	421110	546.633,35
FB 65	4S.210069.00.500.213	Kitaneubauten (40 % Quote) - Bau	787110	796,88
FB 65	4S.210071.02.500.213	FB 20: Inklusion Invest-Bauw.	787110	1.168,81
FB 65	4S.210076.00.500.213	Amok-Anlagen / Einbau - Bau	787110	212.408,00
FB 65	4S.210076.00.505	Amok-Prävention - Aufwand	421110	149.170,36
FB 65	4S.210077.00.505	Schulkindbetr. 60% Stufe 2 - Aufwand	421110	367.730,17
FB 65	4S.210079.00.505	FB 20: Global-Instandhaltungen Rathaus	421110	15.086,85
FB 65	4S.210083.00.500	Erw. Flüchtlinge / Unterbr.- Investiv	787110	943.435,36
FB 65	4S.210084.00.505	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	421110	1.285.184,22
FB 65	4S.210088.00.505	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	421110	610.900,00
FB 65	4S.210090.01.505	Lessinggymnasium/Containerber. 1.BA	421110	473.652,51
FB 65	4S.210092.01.505	Lessinggymn./Containerber.-n.wert 2. BA	421110	83.200,00
FB 65	4S.210092.02.500.213	Lessinggymn./Containerber.-Bau 2. BA	787110	190.900,00
FB 65	4S.210094.00.500.213	FB 20: allg. Grundvermögen/Umbaut.-Bau	787110	42.231,05
FB 65	5E.210100.01.500.213	Feuerwehr Leiferde / Neubau - Bau	787110	49.054,83
FB 65	5E.210100.02.500.213	Feuerwehr Querum / Neubau - Bau	787110	29.503,13
FB 65	5E.210105.02.500.213	Feuerwehr Völkenrode / Neubau - Bau	787110	19.175,32
FB 65	5E.210113.01.500.213	Berufsfeuerwehr / Neubauten- Bauwerk	787110	5.018.308,39
FB 65	5E.210117.00.500.213	GY HvF / Ersatz Umkleidekabinen - Bau	787110	49.756,85
FB 65	5E.210123.00.500.213	GS Rautheim / Sanierung - Bau	787110	59.829,34
FB 65	5E.210138.00.500.213	Gebäude Fischerweg 1 / Sanierung - Bau	787110	2.572,18
FB 65	5E.210139.00.500.213	Kita St. Petri / Sanierung - Bauwerk	787110	7.271,13
FB 65	5E.210143.00.500.213	Schulhof GS Hinter d. Masch/Sanierung	787110	91.632,69
FB 65	5E.210144.00.500.213	Feuerwehrhaus Timmerlah / Neubau	787110	896.279,22
FB 65	5E.210147.00.500.213	Sporthalle Lehndorf/ Ersatzbau - Bau	787110	359.785,56
FB 65	5E.210156.00.500.211	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau-Grunds	782110	82.000,00
FB 65	5E.210157.00.500.213	Westpark (am Rande)/Neub.Toilettenk.-Bau	787110	163.137,10
FB 65	5E.210158.00.500.213	Inselwallpark/Neubau WC - Anlage - Bau	787110	267.313,17
FB 65	5E.210159.00.500.213	Kultv.-Fried.-Wilh-Pl./Neub. WC Anl.-Bau	787110	297.545,37
FB 65	5S.210004.00.500.019	Global-Baumaßnahmen 2019	787110	12.206,12
FB 65	5S.210023.00.500.213	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	787110	81.021,01
FB 65	5S.210024.00.500.213	Feuerwehr-Anb. Timmerl./Harxb./Stöck-Bau	787110	77.476,02
FB 65	5S.210030.00.500.213	Schulen / Einbau Einbruchmn -Bau	787110	64.734,96
FB 65	5S.210031.00.500.213	Global-Baumaßn. Kinder Jugend - Bauwerk	787110	26.164,79

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
Summe FB 65			**gesamt**	**51.453.751,51**
FB 37	5E.370006.00.510	Hardware IRLS /Beschaffungen	783110	224.696,70
FB 37	5E.370010.00.510	Wechselladerfahrz./Beschaff.	783110	35.130,59
FB 37	5E.370014.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug IV (FF) /Besch	783110	17.718,00
FB 37	5E.370019.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug V (FF)/Besch.	783110	210.000,00
FB 37	5E.370020.00.510	Tragkraftspritzenfahrzeug VI (FF)/Besch.	783110	210.000,00
FB 37	5E.370022.00.510	Drehleiterfahrzeug (BF)/Beschaffung	783110	681.521,48
FB 37	5E.370026.00.510	Löschfahrzeug OF Broitzem / Beschaffung	783110	255.000,00
FB 37	5E.370027.00.510	Löschfahrzeug OF Lamme / Beschaffung	783110	255.000,00
FB 37	5E.370028.00.510	Tanklöschfahrzeug (TLF) / Beschaffung	783110	425.000,00
FB 37	5E.370036.00.510	Hochwasserschutzschl.system/Beschaffung	783110	300.000,00
FB 37	5S.370004.01.515	FB 37: GVG-Sammelprojekt Berufsf.	783125	11.965,38
FB 37	5S.370007.00.500.006	FB 37: Beschaff. v. Spezialfahrz. BF	783110	362.131,99
FB 37	5S.370009.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	783110	91.948,61
FB 37	5S.370012.00.510	FB 37: Global-sonst. Sachanl. FF	783110	9.854,18
FB 37	5S.370013.00.510	FB 37: Global-Sachanl. Katastroph.	783110	10.000,00
FB 37	5S.370014.00.500.006	FB 37: Global-Spezialfahrz. Rettung.	783110	698.722,80
FB 37	5S.370015.00.510	FB 37: Global-sonst.Sachanl.Rettung.	783110	248.591,24
Summe FB 37			**gesamt**	**4.047.280,97**
FB 40	4S.400003.00.505	FB 40:Instandh. Medienzentrum	422110	1.000,00
FB 40	4S.400004.00.505	FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP	422110	53.806,61
FB 40	4S.400005.01.505	FB 40: Gebäude-Instandh. (FB 65) GS	445519	180.156,41
FB 40	4S.400006.00.505	FB 40: Instandh. MEP Schulen	421110	170.000,00
FB 40	4S.400007.01.505	FB 40: Instandh.Einr/tech.G. GS	445522	4.511,36
FB 40	4S.400016.01.505	FB 40: Instandh.Gegenstände GS	422110	28.877,66
FB 40	4S.400024.01.505	FB 40: Global-Umbauten GS	421110	600.000,00
FB 40	4S.400025.00.505	FB 40: Inklusion Aufwand	421110	229.215,36
FB 40	4S.400025.00.511	FB 40: Inklusion Festwertbeschaff.	422900	20.784,64
FB 40	4S.400026.00.505	FB 40: funktionale Umbauten	421190	143.500,00
FB 40	5E.400013.00.510	Technikakademie/Automatisierungstechnikl	783110	27.594,98
FB 40	5E.400014.00.511	Technikakademie/Lehrmittel Elektronikl.	422900	81.711,36
FB 40	5E.400016.00.510	BBS I / Erneuerung Drucktechnik	783110	256.919,64
FB 40	5S.400001.00.515	FB 40: GVG-Sammelp. Geb. Bohlweg 52	783125	6.621,98
FB 40	5S.400004.00.510	FB 40: Global-Sachanl.-Medienzentrum	783110	10.000,00
FB 40	5S.400008.01.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr Grundschulen	422900	368.305,00
FB 40	5S.400008.07.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr IGS	422900	13.000,00
FB 40	5S.400009.00.510	FB 40: Lehrmittel Schulen - nicht FW	783110	90.731,61
FB 40	5S.400013.01.511	FB 40: Global-EinriG Grundschulen	422900	136.106,12
FB 40	5S.400028.01.511	FB 40-2008:GVG-Funkt/Einr/Tech GS	422900	102.781,20
FB 40	5S.400031.00.515	FB 40:Ersatz-GVG GegenSt MEP Schulen	783125	753.144,40
FB 40	5S.400036.00.511	FB 40:Mobiliar-FW MEP Schulen	422900	58.120,00
FB 40	5S.400043.01.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 112	422900	2.211,76
FB 40	5S.400043.07.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 211	422900	179,00
FB 40	5S.400043.08.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 212	422900	412,30
FB 40	5S.400043.09.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 213	422900	116,01
FB 40	5S.400043.14.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 310	422900	57,98
FB 40	5S.400043.18.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 331	422900	1.024,53
FB 40	5S.400043.19.511	FB 40: Einrichtung. bez.Sch. StBezR 332	422900	141,00
FB 40	5S.400044.01.511	FB 40: Einr. f. Schulkindb. GS	422900	33.691,50
FB 40	5S.400045.00.511	5. IGS Heidberg, Mobiliar	422900	469.212,13
FB 40	5S.400048.01.511	FB 40: GVG Nord Schulen GS	422900	161.283,29
FB 40	5S.400049.01.511	FB 40: GVG Süd Schulen GS	422900	92.344,82
FB 40	5S.400052.01.511	FB 40: FB 40: GVG ISEK Grundschulen	422900	100.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
Summe FB 40			**gesamt**	**4.197.562,65**
FB 41	4S.410001.00.505	FB 41: Instandhaltungen Kulturinstitut	445520	511,70
FB 41	4S.410001.03.505	FB 41:Instandhaltungen KPW	445522 445526	8.402,50
FB 41	4S.410001.07.505	FB 41:Instandhaltungen Museum	445520 445522	30.523,13
FB 41	4S.410001.12.505	FB 41: Instandh. Musikschule	445519	800,00
FB 41	4S.410004.00.505	FB 41:mietvertragsrechtl. Verpfl.Schloss	421190	21.370,20
FB 41	4S.410008.00.505	FB 41: Global Staatstheater Baukostenzus	431113	77.600,00
FB 41	4S.410010.01.505	FB 41: Wissenschaftl/Förderm.-n. wer	427193	64.926,21
FB 41	5E.410006.00.510	Veranstaltungszentrum / Sachvermögen	783110	142.518,41
FB 41	5S.410005.00.511	FB 41: GVG- Sammelproj. Musiksch. (FW)	422900	7.810,56
FB 41	5S.410006.00.511	FB 41: Global-Einr.G Musiksch. (FW)	422900	6.327,86
FB 41	5S.410013.00.510	FB 41: Global-Sachanl. Kulturinstitut	783110	20.310,18
FB 41	5S.410013.02.510	FB 41: Global-Sachanl. Roter Saal	783110	20.000,00
FB 41	5S.410015.00.510	Ref. 0413: Global-Sachanl. Museum	783110	320.507,81
Summe FB 41			**gesamt**	**721.608,56**
FB 50	4S.500004.04.505	FB 50:Geb.-Instandh. Hamburger Str. 226	445519 445520	6.991,00
FB 50	4S.500004.13.505	FB 50:Geb.-Instandh.Kleine Burg 14	445519 445522	472,88
FB 50	4S.500004.17.505	FB 50:Geb.-Instandh.Naumburgstraße 25	445520	6.334,81
FB 50	4S.500008.00.505	FB 50: Instandh. Seniorenbegegnungsst.	445520 445522	2.046,27
FB 50	4S.500010.00.505	FB 50: Instandh. Wohnungsloseneinricht.	445519 445522	9.611,03
FB 50	4S.500011.00.505	FB 50:Global-Instandh. Wohnungsloseneinr	421110 421190 422110	18.372,02
FB 50	4S.500023.00.505	FB 50: Instandh. Flüchtlingsunterkünfte	445520 445522 511993	8.418,98
FB 50	5S.500003.00.515	FB 50: GVG-Sammelproj. Abt. 50.0	783125	3.146,54
FB 50	5S.500005.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.1	783125	3.821,68
FB 50	5S.500007.00.515	FB 50: GVG-Seniorenbegegnungsst.	783125	2.585,50
FB 50	5S.500019.00.515	FB 50: GVG-Sammelpr. Abt. 50.3	783125	1.807,36
FB 50	5S.500021.01.515	FB 50: GVG- Abt. 50.4 -Gesundheits.	783125	3.205,89
Summe FB 50			**gesamt**	**66.813,96**
FB 51	4S.510001.00.505	FB 51: Instandhaltungen	421190 427193 445522	27.710,55
FB 51	4S.510003.00.505	FB51:Instandh. Kinder-Jugendschutzhaus	421110 445522	8.678,28
FB 51	4S.510004.00.505	FB 51: Instandhaltungen Kitas eig. Verw.	445514 445519 445520 445522	29.574,39
FB 51	4S.510005.00.505	FB 51: Instandhaltung Betriebstr Kitas	445514 445520 445522	11.032,80
FB 51	4S.510006.00.505	FB 51: Instandhaltungen JFE	445519 445520 445522	6.427,50
FB 51	4S.510009.00.505	FB 51: Instandh. Spielstube Hebbelstr.	445520	2.800,00
FB 51	4S.510017.00.505	FB 51:Aufw. Global- Invest.Zusch.fr.Träg	431813	16.599,00
FB 51	4S.510017.00.525	FB 51:Invest.Global-Invest.Zusch.fr.Träg	781810	2.680,00
FB 51	4S.510021.00.505	FB 51: Gl Instandh. Kinder-Jugendschutz.	421110	99.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 51	4S.510023.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in OGS	445522	850,00
FB 51	4S.510024.00.505	FB 51: Instandhaltung in KTK einschl SKB	445520 445522	1.200,00
FB 51	4S.510025.00.505	FB 51: Instandhaltung SKB in Schulen	445519 445520 445522	6.855,00
FB 51	4S.510027.00.505	FB 51: Instandhaltungen umF	421190 445522	54.699,33
FB 51	5S.510001.00.515	FB 51: GVG Sammelprojekt - Verwaltung	783125	39.981,28
FB 51	5S.510002.00.510	FB 51: Global-Sachanlagen - Verwaltung	783110	49.669,00
FB 51	5S.510007.00.511	FB 51: Global Sachanl. Kita eig.Verw. FW	422900	22.712,05
FB 51	5S.510011.00.511	FB 51:Global-Sachanl. städt. JFE	422900	7.800,00
FB 51	5S.510013.00.510	FB 51:Global-Sachanl. J.Zeltlager L.	783110	39.000,00
FB 51	5S.510015.00.511	FB 51:Global-Sachanl. KTK's	422900	14.900,00
FB 51	5S.510021.00.511	FB 51:Global-Sachanl.Spielst.Hebbel	422900	2.000,00
Summe FB 51			**gesamt**	**444.169,18**
Ref. 0600	4S.000010.00.505	Ref. 0600: Instandhaltungen	445519	2.820,00
Ref. 0600	4S.000011.00.505	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	421110 421210 445526	113.538,94
Ref. 0600	4S.000022.01.505	kom. Wohnraumförd. / Umsetz.-n.w.	427114	780.000,00
Ref. 0600	5S.000015.00.500.003	Ref. 0600: Global-Bau. Brun./Denkm.	787110	29.410,71
Summe Ref. 0600			**gesamt**	**925.769,65**
Ref. 0610	4S.000017.00.505.002	Ref. 0610: Instandh.- BLIK Beschilderung	421210	4.648,46
Ref. 0610	4S.000017.00.505.003	Ref. 0610: Instandh.- Stadtbild	421110 422110 422140 445519	8.216,00
Ref. 0610	4S.000017.00.505.004	Ref. 0610: Instandh.- Denkmalpflege	422110 445519 445520	590,00
Ref. 0610	5S.000026.00.510	Ref.0610:Global-Sachanl.Heimatpfl.u.BLIK	783110	1.090,39
Ref. 0610	5S.000027.00.515	Ref. 0610: GVG-Sammelprojekt Allgemein	783125	40,29
Ref. 0610	5S.000027.01.515	Ref. 0610: GVG-Sammelprojekt Stadtbild	783125	400,00
Ref. 0610	5S.000027.02.515	Ref. 0610: GVG-Sammelproj. Denkmalpflege	783125	161,22
Summe Ref. 0610			**gesamt**	**15.146,36**
FB 60	4S.600001.00.505	FB 60: Instandhaltungen	421190 445519 445520	74.319,05
FB 60	5S.600001.00.515	FB 60: GVG-Sammelprojekt	783125	5.932,16
Summe FB 60			**gesamt**	**80.251,21**
FB 61	3E.610037.00.595	Kleine-Dörfer-Weg /Vorplanung	427114	94.717,29
FB 61	4E.610001.02.505	FB 61 -Natura 2000- Instandh	421210	41.676,03
FB 61	4E.610004.02.505	FB 61:Renatur. Schunter/Hondel.-Instandh	421210	5.000,00
FB 61	4E.610008.00.505	Niedermoor Lammer Graben. /Wiedernässung	421210	9.000,00
FB 61	4E.610010.00.505	FB 61: Voigtländer Areal/Sanierung	421210	464.400,00
FB 61	4E.610011.01.500.613	FB 61: Am Pfarrgarten- BV17 - Bau	787230	157.184,60
FB 61	4E.610012.00.505	Schunter (Quer., Bienr.)/Zusch. Renat.	431813	159.796,54
FB 61	4E.610016.01.505	FB 61: Dibbesd. Str. Süd (QU 62) - Aufw.	421210	120.000,00
FB 61	4S.610001.00.505	FB 61:Instandh. 61.0 - Verwaltung	445519 445520	5.800,00
FB 61	4S.610009.01.505	FB 61:Soz.Stadt-westl.Ringgeb-sonst. K.	427193	200.000,00
FB 61	4S.610012.00.505	FB61:Instandh.Schutzgebiete/Schutzobj.	421270	4.910,70
FB 61	4S.610022.00.505	FB 61: Instandh. Software BgA	422140	16.230,00
FB 61	4S.610023.00.505	FB 61: Instandh. Software (ohne BgA)	422140	4.580,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 61	4S.610029.00.505	FB 61:Global-Instandh.Hochwasserschutz	421270	18.988,29
FB 61	4S.610032.00.505	FB 61.Förderprogramm f.regener.Energien	431813	3.798,77
FB 61	4S.610038.00.505	FB 61: Allgemeine Umweltmaßnahmen EFRE	427114	17.515,62
FB 61	4S.610039.01.505	Soziale Stadt - Donauviertel - Aufw.	427193	144.742,23
FB 61	4S.610042.00.505	FB 61: Amphibienschutzmaßnahmen	421210	8.845,52
FB 61	4S.610043.01.505.002	Inv.pakt Donauv. KTK Weiße R./Neub. n.w.	427193	74.879,44
FB 61	4S.610043.02.500.613.002	Inv.pakt Donauv. KTK Weiße R./Neub.-Bau	787110	1.231.878,33
FB 61	4S.610045.02.505	FB 61: Biodiversität/Maßn.z.Förder.-n.w.	427193	210.100,00
FB 61	4S.610046.00.505	FB 61: Global-Grüninstandhalt. Abt. 61.7	421210	140.327,97
FB 61	4S.610047.01.505	FB 61: Straßenpanoramabilder/Besch.-n.w.	429113	184.846,36
FB 61	5E.610004.00.500.613	Westpark 2.BA - Bauwerk	787230	29.329,39
FB 61	5E.610005.00.500.613	Heidberg-Park/Naherholungsb. Bauw.	787230	13.434,43
FB 61	5E.610007.00.500.613	Volkmarode/Erschließung Bauwerk	787230	87.215,32
FB 61	5E.610008.00.500.613	Lammer Busch-West -Bau	787230	50.677,02
FB 61	5E.610010.00.500.613	Gew.-geb Rautheim-Nord/Ersch. Bau	787230	85.498,84
FB 61	5E.610011.00.500.613	Südl. Ringgleis/Fuß-u.Radwegeverb.	787230	26.638,37
FB 61	5E.610013.00.500.613	St. Leonhards Garten/Grün. - Bau	787230	12.995,30
FB 61	5E.610014.00.500.613	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd-Bau.	787230	325.644,70
FB 61	5E.610016.00.500.613	Roselies-Süd/Erschließung (RA 27) Bau	787230	333.604,21
FB 61	5E.610020.00.500.613	FB 61: Ausgl.maßn.Flugh. -werterh. Bau	787230	51.948,27
FB 61	5E.610027.00.500.613	Am Meerberg/Erschließung-Bau	787230	66.397,98
FB 61	5E.610028.00.500.613	Ringgleis / Ausbau und Schließung - Bau.	787230	1.019.194,16
FB 61	5E.610029.00.500.613	Baugebiet Taubenstr/Erschließung-Bau	787230	777.544,56
FB 61	5E.610030.00.500.613	FB 61: Spielpl. Ölper/Neuerrichtung-Bau	787230	167.000,00
FB 61	5S.610003.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. Verw. 61.0	783125	499,10
FB 61	5S.610004.00.510	FB 61:Global-Sachanl. Verw. 61.0	783110	2.370,90
FB 61	5S.610008.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj.61.2 (ohne H.)	783125	1.961,45
FB 61	5S.610009.00.510	FB 61:Global-Sachanl.61.2	783110	22.975,00
FB 61	5S.610014.00.525	FB 61: Zusch. Wohnbauförd.	781810	10.000,00
FB 61	5S.610023.00.515	FB 61:GVG-Sammelproj. -vorber.Bauleitpl.	783125	7.717,67
FB 61	5S.610030.00.500.613	Wanderwege / Grünzüge - Bau	787230	93.535,94
FB 61	5S.610031.00.500.613	Grüne Stadtplätze-Bauwerk	787230	21.646,33
FB 61	5S.610033.00.500.613	FB 61.7: Global GrünflächenlBauwerk	787230	211.912,27
FB 61	5S.610035.00.500.613	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschl. (LA32)-B	787230	282.310,87
Summe FB 61			**gesamt**	**7.021.269,77**
FB 66	3E.660001.00.595	FB 66:Brucknerstr./Bültenw./Bienr./Vorpl	427114	103.554,94
FB 66	3E.660006.00.595	FB 66: Bevenroder Str./Pl. Umgestaltung	427114	150.000,00
FB 66	3E.660013.00.595	Haltestelle IGS Volkmarode/Planung Umbau	427114	20.000,00
FB 66	4E.660016.00.505.663	Altstadtmarkt / Umbau Haltestellen	421210	11.142,43
FB 66	4E.660018.01.505	FB 66: Fahrradabstell. HBF /Neub.-n.wert	427193	600.000,00
FB 66	4E.660019.02.525	Rasengleis Berliner Straße/Neubau-wer	781510	341.000,00
FB 66	4S.660001.00.505	FB 66: Instandhaltungen 66.0	445519 445520	8.757,44
FB 66	4S.660001.01.505	FB 66: Instandhaltungen 66.1	422140	517,39
FB 66	4S.660001.02.505	FB 66: Instandhaltungen 66.2	445519	684,50
FB 66	4S.660001.03.505	FB 66: Instandhaltungen 66.3	445520	1.374,89
FB 66	4S.660006.00.505	FB 66:Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.Gem.	421210	444.543,83
FB 66	4S.660008.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Verkehrsfl.-Kreis	421210	8.800,00
FB 66	4S.660011.00.505	FB 66: Betr/Unterh.v.Ing.-Bauwerk	421210	43.283,92
FB 66	4S.660012.01.500.663	Radwege/Neubau Bau-werterh.	787210	23.019,23
FB 66	4S.660012.01.500.664	Radwege/Neubau-technische Anlagen	787340	24.148,09
FB 66	4S.660012.02.505.663	Radwege/Neubau Bau-nicht werterh.	421210	70.273,62
FB 66	4S.660015.06.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 131	421210	11.500,00
FB 66	4S.660015.08.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 211	421210	6.778,67

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	4S.660015.16.505	FB 66: Instandh. Stadtbezirk 321	421210	16.000,00
FB 66	4S.660018.02.505.663	FB 66: Brückenerneuerung - n. wert.	421210	381.474,49
FB 66	4S.660020.00.505	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	421210	253.026,05
FB 66	4S.660021.01.500.663	FB 66: Nördliches Ringgeb. / Bau	787210	491.854,86
FB 66	4S.660023.00.505	FB 66: Instandh. Deckenschichtern. Fahrb	421210	205.577,40
FB 66	4S.660024.00.505	FB 66: Instandh. Deckenschichtern. Radw	421210	104.480,96
FB 66	4S.660025.02.500.663.001	Stufe 1 Volkmarode-Bau	787210	236.285,92
FB 66	4S.660025.02.525.001	Stufe 1 Volkmarode-Zusch	781510	100.000,00
FB 66	4S.660025.02.500.663.002	Stufe 1 Rautheim - Bau	787210	671.187,15
FB 66	4S.660025.02.500.663.003	Stufe 2 Campusbahn/Salzd. Str. - Bauw.	787210	399.218,76
FB 66	5E.660002.00.500.663	Völkenrode-Nord/Erschließung - Bauwerk	787210	69.000,00
FB 66	5E.660003.00.500.663	Volkmarode_Nord/Erschließung- Bauwerk	787210	1.334,20
FB 66	5E.660016.00.500.663	FB 66: St. Leonhardsgarten/ Erschließung	787210	6.547,42
FB 66	5E.660021.00.500.663	Okerbrücke Leiferde/Neubau - Bauwerk	787210	291.433,30
FB 66	5E.660023.00.500.663	Messeweg/Ern. u. Umgestaltg. Bauwerk	787210	4.818,31
FB 66	5E.660039.00.500.663	Radweg K31 Bevenr.-Bechtsbüttel Bauwerk	787210	13.051,08
FB 66	5E.660042.00.500.663	Radweg Broitzem - Stiddien/Bauwerk	787210	9.816,56
FB 66	5E.660043.00.500.663	Radweg Watenb.-Völkenrode/Bauwerk	787210	1.659,98
FB 66	5E.660051.00.500.663	P+R Donaustraße - Bauwerk	787210	50.000,00
FB 66	5E.660054.00.500.663	Radweg Rüningen/Geitelde - BW	787210	13.769,84
FB 66	5E.660060.00.500.663	FB 66: Gewerbegebiet Braunstr. Süd - Bau	787210	12.007,95
FB 66	5E.660069.00.500.663	Radweg K80 Tiergarten-Rodedamm-Bau	787210	208.503,98
FB 66	5E.660070.00.500.663	Geh-u.Radweg Helmstedter Str./Bauwerk	787210	1.461,16
FB 66	5E.660072.00.500.663	DB-Verknüpfungspunkt Leiferde - Bauwerk	787210	20.000,00
FB 66	5E.660073.00.500.663	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode-Bauw.	787210	2.350.000,00
FB 66	5E.660074.00.500.663	Helmstedter Straße/Umgestaltun - Bauwerk	787210	485.044,85
FB 66	5E.660080.00.500.663	Lammer Busch-Ost,2.BA/Erschließung - Bau	787210	17.536,91
FB 66	5E.660082.00.500.663	Roselies-Süd/Erschließung-Bau	787210	19.335,70
FB 66	5E.660083.00.500.663	Leonhardstraße/Sanierung - Bau	787210	5.461,51
FB 66	5E.660086.00.500.663	Radweg Lamme/Wedtlenstedt-Bau	787210	294.388,76
FB 66	5E.660087.00.500.663	Hoheworthbrücke/ Neubau-Bauwerk	787210	86.171,01
FB 66	5E.660088.00.500.663	Okerbrücke Biberweg/ Neubau-Bauwerk	787210	897.747,78
FB 66	5E.660091.00.500.663	Am Pfarrgarten (Bevenrode)/Erschl.-Bau	787210	14.022,87
FB 66	5E.660092.00.500.663	Am Meerberg (Leiferde)/ Erschl. - Bau	787210	3.352,23
FB 66	5E.660093.00.500.663	Im Großen Raffkampe (Lamme)/Erschl.-Bau	787210	327.000,00
FB 66	5E.660097.00.500.663	Gewerbegebiet Waller See/Erschl. - Bau	787210	768.636,62
FB 66	5E.660101.00.500.663	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	787210	66.056,77
FB 66	5E.660103.00.500.663	Brücke Klostergang/ Ersatzbau - Bau	787210	61.122,08
FB 66	5E.660104.00.500.663	Steinriedendamm / Umbau i.Z.m. -Bauwerk	787210	335.000,00
FB 66	5E.660105.00.500.663	Taubenstr./Erschließung- Bau	787210	978.000,00
FB 66	5E.660107.00.500.663	Baugeb.Stöckheim-Süd /Erschli.-Bau	787210	80.000,00
FB 66	5E.660110.00.500.663	Sidonienbrücke / Ersatzneubau - Bauwerk	787210	137.747,82
FB 66	5E.660111.00.500.663	Okerbrücke Grund / Ersatzneuba - Bauwerk	787210	11.741,05
FB 66	5E.660114.00.500.663	Schunterbr. Butterberg /Ersatzneub.-Bau	787210	896.359,53
FB 66	5E.660115.00.500.663	Fischgrabenbrücke NSG Riddagsh./Ersatz	787210	2.628,11
FB 66	5E.660116.00.500.663	Brücke Friedr.-Seele-Str.Ringgleis /San.	787210	394,38
FB 66	5E.660117.00.500.663	Wabebrücke Klostergang/Möller/Ersatz	787210	52.060,94
FB 66	5E.660118.00.500.663	Ferdinandbrücke / Sanierung - Bauw.	787210	60.000,00
FB 66	5E.660119.00.500.663	Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz	787210	270.000,00
FB 66	5E.660122.00.500.663	Sandbachbrücke Querumer Weg /Neubau	787210	90.000,00
FB 66	5E.660135.00.510	FB 66: Geschw.-überw. / Ausweitung	783110	480.597,54
FB 66	5E.660136.00.500.663	Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneub.-Bau	787210	90.000,00
FB 66	5E.660138.00.500.661	FB 66:BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Rad.-Gr.	782110	160.000,00
FB 66	5E.660139.00.500.661	FB 66:BS-Lehre-WOB/Bau e-Rad.-Grund.	782110	160.000,00

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 66	5E.660142.00.500.663	FB 66: Hagenmarkt /Umgestaltung - Bau	787210	250.000,00
FB 66	5E.660143.00.500.663	FB 66:Schapenstr./Hordorf./Bau Kreis.-Ba	787210	136.707,80
FB 66	5E.660144.00.500.663	FB 66: Leonhardstr./Ausbau - Bauwerk	787210	400.000,00
FB 66	5E.660145.00.500.663	Mascher. Weg/Senefelder Str./KVP-Bau	787210	39.892,02
FB 66	5E.660147.00.500.663	Brücke Klostergang-Mittelriede/Neub.-Bau	787210	548.927,70
FB 66	5E.660148.00.500.663	Fußg.Brücke Burgmühlengrab./San.-Bau	787210	106.235,47
FB 66	5E.660150.00.500.663	Lilienthalplatz /Umgestaltung -Bau	787210	750.000,00
FB 66	5S.660003.00.510	FB 66: Global-Sachanl. Gemeindestr.	783110	179.000,00
FB 66	5S.660011.00.500.663	Siegfriedviertel/Straßenern. Bauwerk	787210	3.522,63
FB 66	5S.660014.00.500.663	Lehndorf/Straßenerneuerung 2. BA.	787210	8.717,85
FB 66	5S.660015.00.500.663	Östliches Ringgebiet/Straßenern. Baumass	787210	87.035,03
FB 66	5S.660016.00.500.663	Petritor/Straßenerneuerung-Bauwerk	787210	25.269,92
FB 66	5S.660018.00.500.663	Nordstadt/Straßenerneuerung -Bauwerk	787210	9.501,21
FB 66	5S.660020.00.500.663	Hbf/ Mastbruch/Straßenern. Baumassn.	787210	48.357,90
FB 66	5S.660024.00.500.663	Innenstadt/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	68.086,79
FB 66	5S.660027.00.500.663	Stöckheim/Straßenerneuerung Bauwerk	787210	11.462,99
FB 66	5S.660039.00.500.663	FB 66: Global-Baumaßnahmen	787210	68.543,15
FB 66	5S.660050.02.500.664	FB 66: Verkehrsabh.Steuerung v.LSA	787340	131.223,94
FB 66	5S.660050.01.500.664	FB 66:Global-Neue Invest.Verkehrsanl.t.A	787340	116.092,74
FB 66	5S.660062.03.500.663	Straßenerneuerung Büchnerstraße - Bau	787210	595.637,19
FB 66	5S.660067.00.500.663	Bushaltestellen/Umgestaltung/Bauwerk	787210	254.653,50
FB 66	5S.660069.00.500.664	Unfallschwerpunkte / LSA-Maßnahmen	787340	824.475,00
FB 66	5S.660072.00.500.663	Viewegsgarten/Bebelhof/Straßenern.Bauw.	787210	44.227,94
FB 66	5S.660075.00.500.663	Volkmarode / Straßenerneuerung - Bauw.	787210	71.911,27
Summe FB 66			**gesamt**	**19.411.776,82**
FB 67	4E.670010.00.500.673	BSA Rüningen / Umbau Gaststr.-Bau	787110	14.486,04
FB 67	4E.670011.00.500.673	SPA Rote Wiese/Sanierung-Bau	787110	386.627,38
FB 67	4E.670012.00.500.673	Sportanl. Illerstraße/San.-Bau	787110	88.465,31
FB 67	4E.670013.00.500.673	FB 67: Vereinsh BienroderW. San.- Bau	787110	7.058,04
FB 67	4E.670014.02.505.673	Grünanl. Jasperallee / San. -n. wert	421270	25.557,11
FB 67	4E.670018.00.500.673	FB 67: Kiryat-Tivon-Park/San.- Bau	787230	30.000,00
FB 67	4E.670019.02.500.673	BSA Rünin./Umgest. Außeneinfr. -Bau	787230	18.659,95
FB 67	4E.670020.02.500.673	FB 67: Ringweg Südsse/Sportl. N. -Bau	787230	2.000,00
FB 67	4E.670022.01.500.673	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder.- Bau	787230	512.178,12
FB 67	4E.670022.02.505	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder-.-n.w	421270	74.114,27
FB 67	4E.670022.02.511	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förder. - FW	422900	500.504,91
FB 67	4E.670023.01.500.673	FB 67: Biodiversität - Bauwerk	787230	15.000,00
FB 67	4E.670023.02.505	FB 67: Biodiversität/Maßn.z.Förder.-n.w.	421270	522.819,03
FB 67	4S.670001.00.505	FB 67:Instandh.FB 67 allgem. (ohne 67.3)	421110 422110 422120 422130 422140 445519	41.649,35
FB 67	4S.670004.00.505	FB 67:Instandh. Naturschutzgeb. , -parks	421270	5.746,87
FB 67	4S.670007.01.505	FB 67:Unterh. v. Grün-u. Spielanl.-allg	421270	126.681,16
FB 67	4S.670014.01.525	FB 67:Inv.Zus.an Sportvereine-werterh	781810	15.158,94
FB 67	4S.670014.02.505	FB 67:Inv.Zus.an Sportvereine-Aufwand	431813	25.687,26
FB 67	4S.670028.21.505	Grüninstandh.: Efeuweg GL 49	421270	100,00
FB 67	4S.670028.22.505	Grüninstandh.: Im Großen Raffkampe LA 33	421270	300,00
FB 67	4S.670028.27.505	Grüninstandh. Vor den Hörsten WA 67	421270	4.100,00
FB 67	4S.670028.31.505	Grüninstandh. Alsterplatz HO 51	421270	1.800,00
FB 67	4S.670028.40.505	Grüninstandh. HA 136 Nordanger	421270	900,00
FB 67	4S.670028.44.505	Grüninstandh. WT 54 Otto-Bögeholz-Str.	421270	700,00
FB 67	4S.670040.00.505	FB 67:Global-Kleingartenvereine-Wegesan.	421210	835,56

Org.Einheit	Projekt	Projektbezeichnung	Sachkonto	Haushaltsrest in EUR
FB 67	4S.670045.00.505	FB 67:Inst. Außenanlagen Schulen	421210 421270	16.606,44
FB 67	4S.670048.00.505	FB 67: Global-Instandh. Sportstätten	421110 445526	144.817,32
FB 67	4S.670049.01.500.673	FB 67: Sportfunktionsgeb./San.-- Bau	787110	152.647,48
FB 67	4S.670055.01.510	FB 67: E-Mobilitätskonzept/Ums.-werterh	783110	75.000,00
FB 67	5E.670003.00.500.673	Wallanlagen/Sanierung - Bauwerk	787230	60.589,14
FB 67	5E.670005.00.500.673	Hauptschulgarten/Sanierung-Bauwerk	787230	21.190,25
FB 67	5E.670043.00.500.673	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsg.-B	787110	545.121,00
FB 67	5E.670058.00.500.673	Familienfr. Sportzentrum/Einr.-Bau	787230	292.784,32
FB 67	5E.670063.00.500.673	FB 67: Viewegs Garten / Wegesan. - Bau	787230	262.704,28
FB 67	5E.670064.01.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Skateranl- Bau	787230	228.000,00
FB 67	5E.670064.02.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Rondell- Bau	787230	100.000,00
FB 67	5E.670065.00.500.673	FB 67: Grünanl. Löwenwall / San.- Bau	787230	400.000,00
FB 67	5E.670066.00.500.673	SpA Rüning./Umw. Tennensp.-Kunstr.-Bau	787230	4.105,53
FB 67	5E.670067.00.500.673	FB 67: Street Flow Skateanl. /Neubau-Bau	787230	4.899,99
FB 67	5E.670070.00.510	FB 67: LKW f. Baumpflege /Beschaffung	783110	3.232,74
FB 67	5E.670071.00.500.673	FB 67: Westfriedhof / Neubau - Bauwerk	787230	100.000,00
FB 67	5E.670075.00.500.673	FB 67: Sportz. Melv./Stöckh./Umsetz.-Bau	787230	929.501,69
FB 67	5E.670076.00.500.677	FB 67: SPH Schapen/Bau Gymnastikraum-PK	787110	446.073,00
FB 67	5S.670011.00.510	FB 67: Global Erwerb von Sachanlageverm.	783110	217.107,26
FB 67	5S.670012.00.500.673	Rekonstruktion hist.Parkanlagen-Bauwerk	787230	198.137,24
FB 67	5S.670021.00.510	FB 67: Global-Sachanl.Bestattungsw.	783110	60.796,04
FB 67	5S.670031.00.500.673	FB 67:Global-Bau.Kitas i. e. Verw. - Bau	787230	179.795,40
FB 67	5S.670032.00.500.673	FB 67: Global-Kitas-Betriebsträger - Bau	787230	150.625,32
FB 67	5S.670036.00.511	FB 67: GVG-Ankäufe von Bäumen	422900	409.635,91
FB 67	5S.670046.00.500.673	FB 67: Global Freizeitwegenetz/Bauwerk	787210	216.126,55
FB 67	5S.670048.00.500.673	FB 67.2: Global GrünflächenlBauwerk	787230	354.314,73
FB 67	5S.670049.00.500.673	FB 67: Global Kinderspielplätze - Bauw.	787230	352.214,72
FB 67	5S.670052.02.511	FB 67: Baumaß. Riddagshausen-Festwert	422900	27.918,00
FB 67	5S.670057.00.511	FB 67: GVG-Sportstätten	422900	4.200,00
FB 67	5S.670058.00.511	FB 67: Global-EinriG-Sportstätten	422900	25.989,14
FB 67	5S.670059.00.500.673	Sanierung Sportstätten - Bauwerk	787230	87.092,72
FB 67	5S.670065.02.500.673	FB 67:Bau Spielgeräte auf Schulh.-Neubes	787230	203.131,61
FB 67	5S.670068.00.500.673	FB 67: Global-Bau Jugendzentren-Bau	787230	21.586,49
FB 67	5S.670072.00.500.673	FB 67: Global-Schulaußenanl. / San.- Bau	787230	213.664,82
FB 67	5S.670073.01.500.673	FB 67: Prinzenpark / San. Wegesyst.- Bau	787230	300.000,00
FB 67	5S.670073.02.500.673	FB 67: Bürgerpark / San. Wegesyst.- Bau	787230	60.910,18
FB 67	5S.670074.00.500.673	FB 67: Spielplätze/inklusive Umgest- Bau	787230	332.396,15
FB 67	5S.670075.03.500.673	FB 67: KGV/ Trinkw. Lindenberg IV - Bau	787230	150.000,00
FB 67	5S.670076.01.500.673	FB 67: Museumpark/ San.- Bau	787230	97.447,43
FB 67	5S.670076.02.500.673	FB 67: Theaterpark/ San. -Bau	787230	148.554,91
FB 67	5S.670077.00.500.673	FB 67: Spielpl./Qualifizierung-Entw.-Bau	787230	500.000,00
FB 67	5S.670079.00.500.673	Kalthallen f. Sport / Neubau - Bau	787230	1.900.000,00
Summe FB 67			**gesamt**	**12.420.047,10**
StStelle 0800	4S.000024.01.505	Stabsst. 0800: Breitbandausbau - Aufw.	431813	460.000,00
StStelle 0800	5S.000017.00.515	Ref. 0800: GVG-Sammelprojekt	783125	16,51
Summe StStelle 0800			**gesamt**	**460.016,51**
Gesamt			**gesamt**	**110.214.414,99**

davon Aufwand	36.726.271,44
davon Investitionen	73.488.143,55

3. Haushaltsreste aus dem Ergebnishaushalt (ohne Haushaltsreste für die Instandhaltung von Vermögensgegenständen)

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
Politik	000-2113	449140	6.759,90	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 113, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2114	449140	19.000,00	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 114, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2120	449140	30.692,42	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 120, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2131	449140	18.293,24	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 131, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2132	449140	14.429,35	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 132, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2211	449140	9.322,77	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 211, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2212	449140	15.092,73	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 212, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2213	449140	24.554,39	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 213, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2221	449140	11.685,92	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 221, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2222	449140	5.113,00	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 222, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2223	449140	10.819,40	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 223, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2224	449140	8.254,66	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 224, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2310	449140	26.569,48	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 310, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2321	449140	33.276,69	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 321, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2322	449140	9.526,74	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 322, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2323	449140	12.133,86	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 323, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2331	449140	21.922,28	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 331, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2332	449140	11.700,00	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 332, Beschluss liegt vor.
Politik	000-2112	449140	40.853,72	Nicht verausgabte Budgetmittel des SBR 112, Beschluss liegt vor.
VerwF	1.11.1115.01	427130	1.000,00	Die Haushaltsmittel werden für den Erwerb von Gegenständen für Repräsentations-veranstaltungen benötigt.Der Auftrag wurde bereits 2019 erteilt; die Lieferung erfolgte erst 2020.
FB 01	030-0000	422210	2.647,50	Die Mittel werden für Beschaffungen im Rahmen der Umsetzung von Brandschutz-auflagen benötigt, die Umsetzung hat sich verzögert.
FB 01	010-0010	422210	200,00	Die Mittel werden für den Erwerb von Kleinvermögensgegenständen für die Ratskantine benötigt.Der Auftrag wurde bereits 2019 erteilt; die Lieferung erfolgte erst 2020.
Ref. 0120	012-0010	422210	6.000,00	Mit Schreiben vom 18.03.2018 wurden Mittel für Ersatzbeschaffungen von Mobiliar in der Briefwahlzentrale beantragt und bewilligt. Die Beschaffung verzögerte sich, ist aber weiterhin notwendig.
Ref. 0120	012-0010	422210	10.000,00	Die Finanzmittel werden für die Ausstattung der Arbeitsplätze der zum 1. November 2019 neu eingerichteten Stelle "Strategische Projekte" benötigt.
Ref. 0140	014-0000	422110	600,00	Schränke bis 150 € wurden 2019 bestellt, Lieferung erst 2020 sowie weiterer notwendiger Austausch von altem Mobiliar, der 2020 nachgeholt werden soll.
Ref. 0140	014-0000	443180	2.200,00	Für mit den Seminaren verbundene Dienstreisen sowie für Dienstreisen (z.B. bei kostenfreien Seminaren), die 2019 nicht erfolgen konnten.
Ref. 0150	1.11.1135.01	427140	629,39	Die Mittel werden für das (landesweite) Mentoring-Programm benötigt. Ref. 0150 ist für die Durchführung des Rahmenprogrammes 2019/2020 innerhalb der Region Braunschweig verantwortlich. Die letzten Bausteine dieses Rahmenprogrammes (Fortbildungen, Vernetzungstreffen, Themenstammtische) sollen 2020 durchgeführt werden.
PersV	1.11.1140.01.01	426120	8.000,00	Der Betrag wird im Zusammenhang mit den Personalratswahlen 2020 für Schulungen von neuen Personalratsmitgliedern sowie für die Schulungen der Wahlvorstände benötigt.
FB 10	100-2118	426120	77.300,00	Im Bereich der zentralen Fortbildung wurden im Jahr 2019 eine Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen im Ausschreibungsverfahren vergeben. Die Veranstaltungsreihen erstrecken sich terminlich zumeist bis in das Jahr 2020. Über den Gesamtbetrag existieren Mittelbindungen in SAP.
FB 10	1.11.1153.01	443140	27.400,00	Die im Jahr 2019 begonnene Organisationsuntersuchung der Abteilung 51.3 erstreckt sich bis in das Jahr 2020. Erst dann erfolgt die endgültige Abrechnung durch das beauftragte Beratungsunternehmen. Der Auftrag ist als Mittelbindung in SAP erfasst.
FB 20	1.11.1160.60.01	443140	95.200,00	für ausstehende Beratungsleistungen von PWC für Tax Compliane Management System
FB 20	1.11.1160.11.01	443140	6.878,20	für ausstehende Beratungsleistungen von ITEBO für Anpassungen neue Anforderungen FI-AA (KomHKVO)
FB 20	1.11.1160.60.04	443140	143.406,90	Auftrag vom 19.11.2019 an Ernst & Young für externe Beratung für das Projekt "Finanzierung /Finanzierungsstrategie Stadt Braunschweig (Klinikum)", siehe auch Vordruck 3a Nr. 7
FB 20	1.11.1160.11.01	443140	36.524,86	anteilige Beratungskosten an die KGSt für Teilprojekt Haushaltsoptimierung nach dem derzeit zu erwartenden Stunden-/ Projekttageanteil
FB 20	200-1000	443140	314.727,26	Für externe Beratungsleistungen zu diversen Projekten (wie z. B. Scannen der Steuerakten - mind. 250.000 €; Einführung des Kommunalmasters)
FB 20	1.11.1165.21.01	445527	10.000,00	Verschiebung der ursprünglich für 2019 vorgesehenen Erneuerung von Energieausweisen auf 2020; Achtung: ab 2020 aufgrund Aufgabenverlagerung zu FB 65 neues SK: 431520 - Zuschuss für bebauten Bereich -
FB 40	400-0000	426120	10.000,00	Aufgrund vermehrten Personalwechsels sowie neuer Stellenschaffungen besteht derzeit ein höherer Fortbildungsbedarf für die Mitarbeiter/innen im FB 40. Zur Qualitätssicherung der Aufgabenwahrnehmung sind deshalb zusätzliche Mittel erforderlich, um den Fortbildungswünschen/-erfordernissen ausreichend Rechnung tragen zu können.
FB 40	400-0400	427110	4.014,47	Anschaffung von Erstausstattungen für die Teilnehmer/-innen der Vorbereitungsklassen im Rahmen der Schulbildungsberatung (SchuBS). Die Rechnung ist im Januar 2020 eingegangen.
FB 40	400-0400	427110	10.496,79	Erstellung eines Animationsfilms und eines Roll-Up im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Schulbildungsberatung "SchuBS". Die Rechnungen sind im Januar 2020 eingegangen.
FB 40	400-0400	427140	15.000,00	Bildungs- und Beratungsmappe Im Rahmen des Projekts "Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte (KoBra)" soll diesem Personenkreis eine Mappe zur Verfügung gestellt werden, die ihren bisherigen Bildungswerdegang für zukünftige Beratungssituationen abbildet. Die Umsetzung des Vorhabens konnte im Jahr 2019 aus organisatorischen und Kapazitätsgründen nicht mehr abgeschlossen werden (Recherchearbeiten, Kontaktaufnahme zu relevanten stadtinternen und externen Kooperationspartnern, Layout etc.). Die Mittel sind zum Abschluss des Projekts dringend erforderlich.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 40	400-1099	427160	22.187,87	Von den Umschülerentgelten nach § 55 III NSchG werden 50% an die Schulen ausgezahlt. Da das Land Niedersachsen die Umschülerentgelte für 2019 erst zum Jahresende an die Stadt Braunschweig ausgezahlt hat, müssen die Mittel zur weiteren Abwicklung in das Folgejahr übertragen werden.
FB 40	400-1099	427160	216.088,00	Die Restmittel aus den Prämiensystemen Abfall-Fuchs, Energie-Fuchs und Projekt-Löwe konnten 2019 nicht mehr an die Schulen ausgezahlt werden. Dies muss 2020 nachgeholt werden.
FB 40	400-1099	427160	86.611,00	Die Haushaltsreste der Schulen im Aufwand (Schulgirokonto) sollen wie bisher vereinbart übertragen und im Folgejahr wieder ausgezahlt werden.
FB 40	400-0010	427180	10.000,00	Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass Stellenausschreibungen aufgrund der angespannten Personalmarktlage zukünftig verstärkt auch in den bekannten Online-Plattformen beworben werden müssen, um Besetzungssverfahren erfolgreich abschließen zu können. Zur Finanzierung soll auf ersparte Mittel Jahres 2019 zurückgegriffen werden.
FB 40	400-0000	427190	554,54	Einige Whiteboards für Büroräume des FB 40 wurden bestellt; die Lieferung erfolgt in 2020.
FB 40	1.21.2410.13	431510	38.000,00	Ab dem nächsten Schuljahr wird die Herstellung und Auslieferung der Sammel-Schülerzeitkarten an die Schulen durch die BSVG entgeltpflichtig. Dieser zusätzliche Aufwand war bislang nicht bekannt und konnte deshalb in der Budgetplanung für 2020 nicht berücksichtigt werden.
FB 40	400-0000	443140	14.950,00	Zur Finanzierung der Umsetzungsbegleitung der in 2019 abgeschlossenen Organisations-untersuchung des FB 40 (Workshop, Umsetzung der Ergebnisse etc.) müssen entsprechende Haushaltsmittel nach 2020 übertragen werden. Der Auftrag wurde zum Jahresende 2019 erteilt.
KuW	1.25.2811.04	427140	5.000,00	Am 5. August 2019 wurde der Antrag des Kulturinstituts auf Förderung des Projektes (Kultur)-Stadtführungen für und mit Migranten positiv beschieden. Es wurden überplanmäßige Mittel in Höhe von 5.000 € zur Verfügung gestellt. Die grobe Konzepterstellung mit zwei Stadtführerinnen hat bereits stattgefunden. Aktuell wird das Konzept konkretisiert und die Erstansprache von Museen erfolgt. Die Idee ist es, mehrere Kulturinstitutionen auch während der Führungen einzubinden, um den Rundgang mit Vorort-Besuchen interessanter zu gestalten und bereits im Rahmen der Führungen die ersten Berührungsängste mit diesen Institutionen zu beseitigen. Um das Angebot so besonders ansprechend zu gestalten wird etwas mehr Zeit benötigt. Es wurde daher um eine Verlängerung des Bewillungszeitraums gegeben, welcher mit Mail vom 7. November 2019 zugestimmt wurde. Nach aktueller Planung soll die erste Führung im März 2020 stattfinden.
KuW	1.25.2811.04	427140	10.000,00	Absicht der Kulturverwaltung ist es, die „halle267 - städtische galerie braunschweig“ dauerhaft als städtische Galerie zu betreiben und damit eine nachhaltige Plattform für die Präsentation von Bildender Kunst zu schaffen. Das Konzept der halle267 sieht neben der Vermietung der Räumlichkeiten für Ausstellung auch die Durchführungen von Ausstellungen im Bereich Bildende Kunst durch den Fachbereich Kultur und Wissenschaft vor. Im Ausstellungsjahr 2019 waren daher drei eigene Ausstellungen geplant, wovon eine Ausstellung auf Wunsch des namhaften Künstlers, in das Jahr 2020 verschoben werden musste. Die für die Ausstellung ursprünglich in 2019 bereitgestellten Mittel, sind nun auf das Jahr 2020 zu übertragen, um die Ausstellung in vollem Umfang realisieren zu können.
KuW	1.25.2521.04	427120	16.000,00	Die inhaltliche und ausstellungsarchitektonische Neukonzeption der Dauerausstellung konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Die zeitliche Verschiebung erklärt sich durch die Vakanz der Stelle der Stellvertrentenden Museumsleitung seit 2018. Die Neukonzeption gehört zum Aufgabenbereich der Stellvertretung. Eine Übernahme der Aufgaben durch den Museumsdirektor war nur bedingt möglich.
KuW	1.25.2521.04	427140	20.000,00	Eine Neukonzeption der Dauerausstellung ist in Planung. Zur Vorbereitung der Maßnahme ist eine aufwendige Konzeptionserabeitung erforderlich, die erst im Jahr 2019 aufgrund der intensiven Ausarbeitung fertiggestellt werden kann. Es können daher auch erst Aufträge für die Präsentation und Umsetzung abweichend von den bisherigen Planungen im Jahr 2020 erfolgen.
KuW	1.25.2521.02	427120	24.790,08	Das Rindenkanu soll in der Dauerausstellung präsentiert werden. Um diese Maßnahme umzusetzen, sind umfangreiche Restaurierungsarbeiten erforderlich. Das Restaurierungskonzept wurde 2019 fertiggestellt. Der Auftrag zur Restauration wurde 2019 erteilt. Eine Umsetzung der Maßnahme erfolgt ab Januar 2020.
KuW	1.25.2521.02	427140	19.433,00	Für den Standort Altstadtrathaus ist eine Dauerausstellung zum Thema "Industriegeschichte Braunschweigs und umliegender Regionen" geplant. Für die Konzipierung einzelner Themenbereich wurde ein Werkvertrag mit einem Finanzvolumen von 29.150,00 € vergeben. Die erste Rate wurde vertragsgemäß in Höhe von 9.717,00 € ausgezahlt. Die weitere Umsetzung der Aufgaben aus dem Werkvertrag erfolgt 2020.
KuW	1.25.2521.02	427140	20.000,00	Für die Übernahme der im März 2020 stattfindenden Ausstellung "Im Lichte der Medici. The Haukohl Family Collection" wurde eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Die Vereinbarung beinhaltet eine Abgleichszahlung in Höhe von 40.000,00 €. Die erste Zahlung in Höhe von 20.000,00 € wurde geleistet. Die Zahlung der zweiten Rate erfolgt im März 2020.
KuW	1.25.2811.13.02	427140	3.500,00	Für den Leseparcors als Wanderausstellungs-projekt im Bereich Integrationsarbeit / kulturelle Bildung ist in 2019 die konzeptuionelle Fortschreibung begonnen worden, diese Arbeit konnte jedoch aufgrund der personellen Bedingungen nicht abgeschlossen und umgesetzt werden. Überdies müssen die vorhandenen Rahmen mit Blick auf die neuen Brandschutzverordnungen zwingend ersetzt werden.
KuW	1.25.2734.04	427140	14.000,00	Aufgrund der angespannten Personalsituation und organisatorischer Probleme von Projektpartnern konnten div. Projekte insbesondere im 2. Halbjahr, darunter Kurse und Workshops in den Ferien für Kinder und Jugendlich nicht umgesetzt werden. Für diese Projekte waren zum überwiegenden Teil bereits Konzepte und Absprachen zur Umsetzung getätigt. Die Umsetzung soll bis einschließlich Sommerferien 2020 erfolgen.
KuW	410-1010	422210	4.000,00	Die Stühle im Veranstaltungsraum des Raabe-Hauses sind abgängig, eine entsprechende Ausschreibung für die Nachbeschaffung wurde bereits im 4. Quartal 2019 vorbereitet, bedurfte jedoch noch der Abstimmung hinsichtlich der Brandschutzvorgaben und konnte daher nicht mehr ausreichend zeitig zur Umsetzung zum Jahreswechsel initiiert werden.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
KuW	1.25.2511.07.03	427140	3.000,00	Bei div. Ehrengräbern sind Ersatzbepflanzungen und Sanierungsarbeiten ausstehend. Die Arbeiten konnten aufgrund der angespannten Personalsituation im Jahr 2019 sind mehr umgesetzt werden, müssen aber nach Möglichkeit bis 2. Quartal 2020 abgeschlossen werden.
KuW	1.25.2511.04.01	427140	12.000,00	Mehrere Projekte des Jahres 2019 im Bereich Erinnerungskultur konnten aus organisatorischen und terminlichen Gründen nicht abgeschlossen werden, darunter Auctorteppich, Konzeptfortschreibung Auctor-Tag, Galka Scheyer, NS-Medizingeschichte. Dies resultiert u. a. auch aus der Tatsache, dass die Umsetzung an die Kooperation mit Dritten gebunden ist, was insbes. Terminset-zungen etc. erschwert. Alle Projekte sollen nach Möglichkeit im 1. Hj. 2020 zum Abschluss gelangen.
KuW	1.25.2511	427140	22.000,00	Abschluss der wissenschaftlichen Recherche- und Dokumentationsarbeiten für das Projekt "Neukonzeption und Gestaltung sog. Ausländerfriedhof" inkl. Dokumentation und Erstellung Vermittlungsseite im städtischen Internet.
KuW	1.25.2511.01	427140	15.000,00	Da die Stelle "Sachbearbeitung Grundsatzangelegenheiten Wissenschaft" seit 12/2018 vakant war und erst zu 09/2019 wieder besetzt werden konnte, kam es zu Verzögerungen in Planung, Organisation und Umsetzung von Wissenschafts-Projekten, insbesondere in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus der regionalen Forschungslandschaft, weshalb der Veranstaltungsansatz dieses Bereichs nicht ausgeschöpft werden konnte. Dazu zählen u. a. die konzeptionelle Ausarbeitung und Umsetzung des Projekts "Autonomes Fahren aus der Perspektive der Stadtentwicklung" bestehend aus der zweitägigen Veranstaltung (Tagung mit Empfang und einem "Tag der offenen Tür") in Kooperation mit dem Nds. Forschungszentrum Fahrtechnik, welches für das Jahr 2020 terminiert werden musste.
KuW	1.26.2630.10	427110	43.261,20	Die Suche nach einem geeigneten Standort für die Musikschule ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht nicht abgeschlossen. Konkretere Planungen und Kostenschätzungen sind an die Fortschritte bei der Standortsuche gekoppelt. Da derzeit noch nicht absehbar ist, ob und zu welchem Zeitpunkt Grundstücke auf ihre Geeignetheit für die Unterbringung der Städtischen Musikschule geprüft werden können, ist eine Übertragung der noch bestehenden Planungsmittel erforderlich.
KuW	1.25.2620.12	427140	15.000,00	Die noch verfügbaren Mittel beziehen sich auf Maßnahmen und Honorare, die aus unterschiedlichen Gründen nicht im Rahmen des Begleitprogrammes zum Louis-Spohrpreis umgesetzt werden konnten resp. die erst jetzt in die Umsetzung gelangen können. So musste ein Gesprächs- und Profilkonzert wegen Erkrankung der Preisträgerin auf das Jahr 2020 verschoben werden, so dass die hierfür eingeplanten Aufwendungen im HH-Jahr 2020 notwendig werden. Zusätzlich soll ein in 2019 konzipierter Sonderbeitrag zur Preisträgerin im Spohr-Jahrbuch nach der Preisverleihung 2020 erscheinen.
KuW	1.25.2811.04	427140	120.000,00	Entsprechend des Grundsatzbeschlusses (Drs.18-08505) über die Erstellung eines Kulturentwicklungs-planes (jetzt: Kulturentwicklungsprozess) wurde in Bearbeitung des entsprechenden Auftrages an die Verwaltung ein Dienstleister beauftragt (Drs.-Nr. 19-12089), der den KultEP begleiten soll. Die Mittel für diese Beauftragung entstammen vollständig aus dem HH-Jahr 2019 und müssen somit übertragen werden, um die zum Teil bereits erbrachte und noch zu erbringende Leistung abzugelten.
KuW	1.25.2811.04	427140	100.000,00	Im Rahmen der diesjährigen Lichtkunstausstellung "Lichtparcours Braunschweig 2020" hat die Akquise von Sonspren und Förderern ergeben, dass voraussichtlich 15 der eingereichten Entwürfe im Rahmen der Ausstellung realsiert werden können. Zur anteiligen Finanzierung der technischen Umsetzung der Lichtkunstarbeiten hat der FB 41 für das Haushaltsjahr 2019 eine Mittelreserve im Umfang von 100.000 Euro gebildet. Diese Mittel konnten aufgrund von Verzögerungen im Projektmanagement mit Ablauf des Haushaltsjahres 2019 nicht mehr verausgabt werden. Da die Mittel für die Realisierung des Lichtparcours zwingend erforderlich sind, wird die Übertragung der Mittel in den Haushalt 2020 beantragt.
KuW	1.25.2514.06	427140	600,00	Mittel für die im Aufbau befindliche Ausstellung zum Thema "Sport in Braunschweig" in Zusammenarbeit mit Eintracht Braunschweig.
KuW	1.25.2630.10	427140	8.000,00	Die Mittel werden für die Durchführung verschiedener Veranstaltungen in 2020 benötigt, insbesondere für die Teilnahme des Jugendsinfonieorchesters am Deutschen Orchesterwettbewerb in Bonn und den Deutsch-Polnischen-Jugendaustausch.
KuW	1.25.2630.10	427140	5.000,00	Die Mittel werden für den Erwerb von Kopierlizenzen benötigt. Der Musikschule steht jährlich ein Betrag i. H. v. 5.000,00 € zur Verfügung. Für den Vertrag werden jährlich rund 10.000,00 € benötigt.
KuW	410-5000	427110	8.800,00	Die Mittel werden für die Anschaffung von Otoplastiken als Gehörschutz für Musikschulpädagogen und -innen benötigt. Gesetzlich vorgegebene Arbeitsschutz-maßnahmen im Rahmen der Fürsorgepflicht für die beschäftigten Musikschulllehrkräfte.
KuW	410-5000	422210	1.700,00	Die Mittel werden für die Anschaffung von Mobiliar (bis 150,00 Euro netto) für die Lehrkräfte benötigt. Das Mobiliar in den Unterrichtsräumen der 56 Lehrkräfte ist teilweise stark in die Jahre gekommen und soll sukzessive ausgetauscht werden.
KuW	410-5000	422210	168,50	Die Lieferung des am 6. November 2019 bei der Firma Neustädt Büroeinrichtung GmbH bestellten Mobiliars ist erst am 21. Januar 2020 erfolgt. Eine Rechnung liegt noch nicht vor.
KuW	1.25.2630.10	422900	474,42	Die Lieferung des am 6. November 2019 bei der Firma Neustädt Büroeinrichtungen GmbH bestellten Mobiliars ist erst am 21. Januar 2020 erfolgt. Eine Rechnung liegt noch nicht vor.
KuW	1.25.2630.10	422900	2.064,00	Die Lieferung eines am 12. November 2019 bestellten Kinderhorns durch die Firma Gebr. Alexander, Rhein. Musikinstrumentenfabrik, kann frühestens im April 2020 erfolgen.
KuW	1.25.2630.10	422900	5.500,00	Der Betrag wird für die Anschaffung von hochwertigen Instrumenten (über 1.000,00 € netto) benötigt.
KuW	1.25.2630.10	422900	2.500,00	Der Betrag wird für die Anschaffung von Mobiliar (zwischen 150,00 bis 1.000,00 € netto) für die Lehrkräfte benötigt. Das Mobiliar in den Unterrichtsräumen der 56 Lehrkräfte ist teilweise stark in die Jahre gekommen und soll sukzessive ausgetauscht werden.
Ref. 0500	1.31.3119.40	427110	59.175,77	Die Bedarfsplanung Nachbarschaftszentren, die 2021 abgeschlossen sein muss, wurde begonnen und muss fortgesetzt werden.
Ref. 0500	1.31.3119.40	427110	50.000,00	Die Ausschreibung der Altenhilfe- und Kostenplanung erfolgte erst Ende 2019, sodass in 2019 noch keine Rechnung gestellt werden konnte

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 50	1.31.3152.30	431810	17.302,48	Für die Förderung der Sozialstationen (vorpflegerische Maßnahmen) standen im Haushaltsplan 2019 137.000 € zur Verfügung. Davon wurden 119.697,52 € verausgabt.Gefördert werden ausschließlich Personalaufwendungen. Die Personalaufwendungen wurden im Rahmen der Antragstellung kalkuliert. Die tatsächliche Höhe wird erst mit Vorlage der Verwendungsnachweise für das Jahre 2019 feststehen. Somit kann es zu notwendigen Nachzahlungen von Personalkosten kommen. Der verbleibenden Restbetrag ist daher in voller Höhe als HAR zu übertragen.
FB 50	1.31.3151.10	443175	237,33	Mit Auftrag vom 19. Dezember 2019 wurden 2 Beistelltische für die Begegegnungsstätte Louise - Schröder - Haus bestellt. Es handelt sich hierbei um Ersatz für abgänges Mobiliar.
FB 50	1.31.3151.10	422210	168,50	Mit Auftrag vom 19. Dezember 2019 wurde 1 Schreibtisch für die Begegegnungsstätte Louise - Schröder - Haus bestellt. Es handelt sich hierbei um Ersatz für abgänges Mobiliar.
FB 50	1.31.3151.10	443175	2.327,64	Mit Auftrag vom 19. Dezember 2019 wurden 30 Besucherstühle für die Begegegnungsstätte Louise - Schröder - Haus bestellt. Es handelt sich hierbei um Ersatz für abgänges Mobiliar.
FB 50	1.52.5221.01	431810	666.705,22	Bedingt durch Werbemaßnahmen und Marketingmaßnahmen sowie eine Informationsveranstaltung im März 2020 werden potentielle private Eigentümer angesprochen. Geplant wurde sowohl 2019 als auch 2020 der Ankauf von jeweils 15 Besetzungsrechten zu je 10.000 €. Für das Jahr 2020 zeichnet sich bereits eine deutliche Steigerung des Ankaufs von Besetzungsrechten ab. So konnten bereits im Januar die Voraussetzungen für den Ankauf von 5 Besetzungsrechten geschaffen werden. Im Vorgriff auf die Informationsveranstaltung hat bereits ein Gespräch mit einer Wohnungsbaugesellschaft stattgefunden. Diese hat sich bereit erklärt 178 Wohnung im Rahmen des Ankaufs von Besetzungsrechten zur Verfügung zustellen. Die Umsetzung muss noch abschließen geklärt werden. Das bisherige Kontingent 2020 ist nach nur 1 Monat zu 1/3 ausgeschöpft. die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel ist zwingend erforderlich.
FB 50	500-7010	426120	10.139,63	Die Übertragung der Mittel ist für die Durchführung der in 2020 geplanten IKO-Schulungen für die Mitarbeiter der Stadt Braunschweig zwingend erforderlich. Eine Umsetzung der im Konzept für die Integration von Flüchtlingen in Braunschweig vom 15.03.2016 genannten Ziele ist ohne diese Schulungen nicht möglich.
FB 50	1.41.4120.10.06	427140	2.858,03	Für das Projekt "Entwicklung eines Gemeindepsychiatrisches Zentrum" hat das Land Niedersachsen für den Zeitraum 08.10.2019-31.12.2021 eine Zuwendung i.H.v. 222.491,97 Euro bewilligt. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig für die gesamte Laufzeit beträgt 56.380,86 Euro. Die für 2019 abgeforderten Mittel sowie der Eigenanteil konnten in 2019 nicht vollständig verausgabt werden. Die Übertragung der zweckgebundenen Mittel ist zwingend erforderlich.
FB 50	1.41.4140.20.02	427110	9.500,00	Rechnungen für Ordnungsbehördliche Bestattungen die in 2019 beauftragt aber erst in 2020 durchgeführt wurden.
FB 50	1.41.4140.30.07	443180	360,00	Von FB 10 noch nicht abgerechnete Anträge auf Reisekostenerstattungen aus 2019
FB 50	1.41.4140.20.03	427110	751,00	Noch nicht abgerechnete Gutachterausschusskosten im Rahmen der Beantragung einer Zulassung als Heilpraktiker.
FB 50	500-1502	426120	260,00	Anmeldung am 17.12.19 bei KBW für Fobi am 22.01.20. MB 100019575
FB 50	500-7900	426120	490,00	Anmeldung am 05.11.19 bei vhw für Fobi am 27/28.01.20 MB 100019420. Geb.mit FI 2000122 in 2020
FB 50	500-7900	426120	360,00	Anmeldung am 02.07.19 bei KBW für Fobi am 23/24.03.20. MB 100019109.
FB 50	500-7900	426120	235,00	Anmeldung am 02.07.19 bei KBW für Fobi am 25.03.20. MB 100019110.
FB 50	500-7900	426120	118,00	Anmeldung am 02.07.19 bei KBW für Hotelkosten Fobi vom 23.03.-25.03.20. MB100019111.
FB 50	500-3500	426120	195,00	Anmeldung am 17.12.19 bei vhw für Fobi am 10.11.20. MB 100019569
FB 50	500-3500	426120	249,00	Anmeldung am 23.12.19 bei ifv fü Fobi am 30.04.20. MB nicht möglich, da bisher kein Kreditor in SAP
FB 50	500-3500	426120	249,00	Anmeldung am 23.12.19 bei ifv fü Fobi am 30.04.20. MB nicht möglich, da bisher kein Kreditor in SAP
FB 50	500-9817	443150	153,15	Auftrag am 10.12.19 von FB10 erteilt. Lieferung am 07.01.20. Gebucht FI 2000486 in 2020
FB 50	500-9817	443150	12,83	Auftrag am 10.12.19 von FB10 erteilt. Lieferung am 03.01.20. Gebucht FI 2000531 in 2020
FB 50	500-1201	443175	92,01	Auftrag am 20.12.19 erteilt. MB 100019619.
FB 50	500-7020	443175	345,58	Auftrag am 11.10.19 erteilt. MB 100019367. Lieferung am 29.01.20 erfolgt.
FB 50	500-3300	443175	116,30	Auftrag am 20.12.19 erteilt. MB 100019618.
FB 50	500-4000	422210	316,55	Auftrag am 19.12.19 erteilt. MB 100019609.
FB 50	500-4000	422210	487,64	Auftrag am 19.12.19 erteilt. MB 100019691.
FB 50	500-0000	443180	9,00	Kostenerstattung an Behinderbeirat Platzreservierung Frau Keienburg gemeinsame DR am 11.11.19 nach Berlin
FB 50	500-0010	426120	470,00	Anmeldung am 19.11.19 bei NSI für Fobi am 12/13.02.20. MB 100018906.
FB 50	500-0000	426120	290,00	Anmeldung am 13.12.19 bei wissenstransfer für Fobi am 21.01.20. MB 100019580
FB 50	1.31.3154.10.01	445521	914,11	Möbeltransport 50.11-181
FB 50	1.31.3154.10.02	445521	1.500,00	Möbeltransport 50.11-3
FB 50	1.12.1222.70.01	445521	1.900,00	Räumung Wohnung Juliusstr.
FB 50	1.31.3155.20.09	445521	38,50	Flüchtlingsunterkunft Hondelage: Begleitung Gerätemessung
FB 50	1.31.3155.20.06	445521	500,00	Flüchtlingsunterkunft Gartenstadt: Änderung der Beleuchtungszeit
FB 50	1.31.3155.20.06	445521	672,75	Mobiliartransport 50.23 Gebäude 1 (Ost)
FB 50	500-0000	443175	18.000,00	Auftrag vom 20.12.19 für die Beschaffung von 200 Standventilatoren FB50
FB 50	500-9817	445521	8.000,00	Kostenvoranschlag für Gerätemessung
FB 50	500-9817	445521	5.000,00	Nebenkosten für Beschaffung Kelleregale (Aktentransport, Entsorgung aller Regale). MB 100018542
FB 51	1.36.3630.14.01	427180	300,00	Auftrag Flyer Vaterschaftsanerkennung am 29.11.2019 erteilt (Fa. Amtenbrink). Rechnung noch nicht erstellt (näheres siehe Anlage)
FB 51	510-3200	431810	286.000,00	Gem. der Festlegungen in der DezKo Vorlage vom 7. April 2017 ist vorgesehen, den Sanierungsstau in Kitas über eine Laufzeit von 10 Jahren durch Zahlung einer zusätzlichen Förderpauschale abzubauen (siehe auch Sachverhalt Ziffer 2 in DS 17-05890). Bisher konnte hierzu noch keine abschließende Verfahrensregelung mit den freien Trägern abgestimmt werden. Diese ist für 2020 erhöhter Auszahlung (für 2 Jahre) angedacht.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 51	510-3200	431810	549.500,00	Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung (DS 17-05824) konnten noch nicht vollständig in 2019 umgesetzt werden: Ziffer 2: Entwicklung päd. Leitbild: zeitliche Verschiebung der geplanten Workshops - abschließende Dokumentation/Veröffentlichung statt in 2019 erst in 2020 (15.000 €) Ziffer 12/13: Medienkampagne/Evaluation: Bisher konnte nur der erste Teil der Medienkampagne in Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing abgeschlossen werden. Weitere Mittelverwendung im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel (Fachkräfteoffensive Kita-Bereich) in 2020 vorgesehen (170.000 €) Ziffer 14: Zur Umsetzung des Sonderfonds für Großspielgeräte in städtischen und BT Kindertagesstätten wurde das Budget für Qualitätsentwicklung in den Hh-Jahren 2019/2020 abgesenkt und ein ensprechender Ansatz im IP und zur Deckung des Personalaufwands bei FB 67 geschaffen (für 2020: 364.500 €. (siehe auch Mail von FB 20 - H. Delfs vom 21.09.2018). Um die übrigen lt. RB vom 19.12.2017 (DS 17-05824) vorgesehenen Maßnahmen trotz Absenkung vollständig umsetzen zu können, ist die Übertragung des Haushaltsrestes in gleicher Höhe erforderlich.
FB 51	510-2400	426120	14.500,00	Aufgrund von hohem Personalwechsel und mehreren Schwangerschaften konnten die geplanten Fortbildungsmittel nicht abgerufen werden.
FB 51	1.36.3620.01.04	433150	15.000,00	Unvorhersehbare Preissteigerungen
FB 51	1.36.3620.01.05	427180	10.000,00	Maßnahmen zur Akquise Mitarbeitende in Lenste
FB 51	1.36.3630.05.01	431810	1.500,00	Mehrkosten nicht eingeplante PK Steigerung Medienkoordinaton.
FB 51	1.36.3630.05.01	427140	25.000,00	Wegen Personalvakanz (Beschäftigungsverbot Michaelsen) wurden Präventionsprojekte z. B. CTC in 2020 verschoben
FB 51	1.36.3660.02.01	427140	30.000,00	Neue Veranstaltung Südstadt Open Air 15.000 € soll etabliert werden, Mehrkosten Spielmeile 5.000 €, noch nicht festgesetzter Strafzahlungen an die GEMA 10.000 €. Wegen einer Änderung der Verfahrensweise (bisher pauschale Zahlung) wurden Musikveranstaltungen nicht angemeldet.
FB 51	1.36.3650.03.08	426120	130.000,00	Fortbildung allgemein 5.000 €, KoGS Fachkräfte Qualifizierung 50.000 €, Workshop Inklusion 10.000 € Ratsbeschluss 25. Juni 2019, nicht abgerechnete Schulungsmaßnahmen 15.000 €, die in 2019 durchgeführt wurden. Fortbildungen der Mitarbeitenden zum Thema Inklusion 50.000 €.
FB 51	1.36.3650.03.08	427190	10.000,00	Ersatz Mobiliar Schuki Freie Träger
FB 51	1.36.3620.01.02	422210	10.000,00	Ausstattungsgegenstände, die wegen Personalwechsel in 2019 nicht erworben werden konnten.
FB 51	1.36.3620.02.01	431810	90.000,00	Noch nicht abgerechnete Verwendungsnachweise, da Freizeiten erst im letzten Quartal 2019 durchgeführt wurden.
FB 51	1.36.3630.04.01	422210	50.000,00	Ausstattung der Büros der neuen Schulsozialarbeiter konnte in 2019 noch nicht abgeschlossen werden
FB 51	510-3100	422210	6.601,17	Auftragserteilung über div. Sachmittel erfolgte in 2019, Lieferung steht noch aus.
FB 51	510-0010	443175	880,19	Bestellung Mobiliar in 2019, Lieferung erfolgt erst in 2020
FB 51	510-0010	422210	1.243,68	Bestellung Mobiliar in 2019, Lieferung erfolgt erst in 2020
Ref. 0600	060-0000	427180	5.000,00	Der laufende Ansatz ist aufgrund der Aufgabenvielfalt im Baureferat nicht auskömmlich. Die Mittel werden zur Gewährleistung der Durchführung fachlicher Aufgaben benötigt.
Ref. 0610	1.51.5118.01	427115	20.422,43	Rahmenvertrag Innenstadt mit der Borek Stiftung
Ref. 0610	1.52.5231.02	431810	2.000,00	Zuschuss zu den Energiekosten 2018 Jüdischer Friedhof. Endabrechnung 2018 steht noch aus
Ref. 0610	1.52.5231.07	443140	50.000,00	Verleihung des Peter-Joseph-Krahe-Architekturpreises im Jahr 2020
Ref. 0610	061-0000	422210	502,30	Getätigte Möbelbestellung 3 x Allvia Aktenregal für H. Storbeck / Neustädt
Ref. 0610	061-0000	445521	551,00	FB 65 D-GUV-Gerätemessung, Auftrag 4058242
FB 60	1.52.5210.04.12	443140	18.432,53	Laufende Beauftragung eines Störfallgutachtens, MB 100017890
FB 60	600-0000	422210	5.229,00	Bereits getätigte Bestellung für die Beschaffung von Fachlektüre, wie NBauO-Kommentaren und die DIN-Normen Schornsteinfeger, die als wichtiges Arbeitsmaterial zu bewerten sind. Somit werden die Budgetmittel weiterhin benötigt.
FB 60	600-0000	427190	1.629,82	Bereits beauftragte GVGs (Besucherstühle für die ZVS
FB 61	1.51.5111.03.02	427115	13.619,55	Moderation Öffentlichkeitsarbeit Umfeld Hauptbahnhof. MB: 100019553
FB 61	1.51.5111.03.03	427115	8.794,47	Planungsbüro Hille und Müller - Rechnung liegt vor. Diese bedarf allerdings weiterer Klärungen MB: 100019042
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	10.948,00	Verkehrstechn. Untersuchung Feuerwache Westerberg. MB: 100018411
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	10.418,45	Vertrag ist erteilt - Fälligkeit ist ungewiss, da nicht eindeutig klar ist, wann die restliche Leistung erfolgt Grünordn. Fachbeitrag Holzmoor-Nord, Ostermeyer MB: 100018203
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	7.973,00	Vertrag ist erteilt - Fälligkeit ist ungewiss, da nicht eindeutig klar ist, wann die restliche Leistung erfolgt Verkehrsunters. B-Plan GS Wedderkopsweg / Schubert MB: 100019327
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	6.664,00	Vertrag ist erteilt - Fälligkeit ist ungewiss, da nicht eindeutig klar ist, wann die restliche Leistung erfolgt Schalltechn. Untersuchung B-Plan Gieselweg TH 24 MB: 100017747
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	6.319,80	Vertrag ist erteilt - Fälligkeit ist ungewiss, da nicht eindeutig klar ist, wann die restliche Leistung erfolgt Schalltechn. Gutachten GS Wedderkopsweg / AMT MB: 100019096
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	5.231,24	B-Plan Feuerwache Westerbergstr.,RN 46: Schallgut. MB: 100018320
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	5.000,00	Juristische Beratung Eckert & Ziegler MB: 100016465

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	4.712,40	Lufthygienegutachten GS Wedderkopsweg / Lohmeyer MB: 100019058
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	3.800,00	B-Plan Feuerwache Westerbergstr., Straßenbaupl. MB: 100018308
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	3.475,23	Aktual. Verkehrsgutacht. Holzmooer-Nord + Nachtrag MB: 100018591
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	2.910,00	B-Plan Feuerwache Westerbergstr., Entwässerungspl. MB: 100018307
FB 61	1.51.5111.03.03	443140	2.407,27	Artenschutzguta. Feuerwache Westerbergstr. RN 46 MB: 100017845
FB 61	1.51.5117.01.02	427115	3.570,00	Erstellung der ISEK Broschüre in einfacher Sprache durch das Planungsbüro Urbanista MB: 100018772
FB 61	1.51.5117.01.03	443140	16.658,48	Beratungsleistungen des Planungsbüros planW für das Projekt 'Gemeinsames Wohnen' MB: 100019019
FB 61	1.51.5117.02.01	427115	17.304,12	Beauftragte und bereits teilabgerechnete und - geleistete Amphibienkartierung durch die die Firma LaReG MB: 100018606
FB 61	1.51.5117.02.13	427115	43.127,04	Beauftragtes und bereits teilabgerechnetes und - geleistetes Freiraumentwicklungskonzept durch das Planungsbüro Gruppe Freiraumplanung MB: 100017669
FB 61	1.51.5117.02.15	443140	3.926,99	Eine beauftragte und bereits teilabgerechnete und - geleistete Wohnbedarfsprognose des Planungsbüros InWIS GmbH MB: 100017442
FB 61	1.53.5382.01	427115	19.500,00	Planung und Beratung Schunter Butterberg Aus naturschutzfachlichen und wasserwirtschaftlichen Gründen müssen weitere Untersuchungen - insbesondere im Zusammenhang mit der Fischaufstiegsanlage und der Mindestwassermenge für die Bienroder Mühle - beauftragt werden. Dies konnte bisher nicht erfolgen, da die Ergebnisse der naturschutzfachlichen Kartierungsarbeiten erst im Dezember 2019 vorlagen. In 2020 stehen keine freien Haushaltsmittel zur Verfügung. MB: 100018583
FB 61	1.56.5610.05.01	427110	5.453,59	Fehlig/ Zaunmaterial/ MB 100019664 Um einer Verbrachung effektiv und wirtschaftlich entgegenwirken zu können, sowie die vorhandene Artenvielfalt zu verbessern, soll auf der kompensierten Pflegefläche zwischen Leiferde Thiedebach bis Mühlengraben Rüninger Mühle eine extensive Beweidung durch Schafe durchgeführt werden. Für die Schafbeweidung war die Beschaffung von flexiblen Weidezaun erforderlich. Eine Mahd mit landwirtschaftlichen Geräten des stark bewegten Geländes ist schwer durchführbar und wäre unwirtschaftlich.
FB 61	1.56.5610.10	427115	7.730,23	Es besteht ein Vertrag mit dem beauftragen Fachbüro. ES wurden bereits Teileistungen vorgenommen und Abschlagsrechnungen bezahlt. Da noch Leistungen in 2020 erbacht werden, stehen noch Zahlung an das Fachbüro aus, die erst mit Abschluss des Lärmaktionsplans im Frühjahr 2020 erfolgen werden. MB 100019213
FB 61	1.56.5610.15	443140	10.828,00	Die Mittelbindung wird weiterhin benötigt. Es besteht ein Vertrag mit dem beauftragen Fachbüro. Da noch Leistungen in 2020 erbacht werden, stehen noch Zahlung an das Fachbüro aus, die erst mit Abschluss der im Vertrag stehenden Leistungen im ersten Halbjahr 2020 erfolgen.
FB 61	1.51.5119.01.04	427115	8.142,54	Südliches Ringgleis - Untersuchung Entwicklungspotential Auftrag ist an das Planungsbüro Brederlau und Holik vergeben MB: 3400018776
FB 61	1.51.5119.01.02	427115	20.000,00	Die Budgetmittel für die Studie zur Gestaltung des Stadthallenumfeldes werden auf Grund eines bestehenden Vertrages weiterhin benötigt. Teilleistungen wurden bereits seitens des Planungsbüros erbracht. MB 100019719
FB 61	1.51.5119.03	427115	7.722,62	Ringgleis - Moderation des Arbeitskreises. Auftrag ist vergeben an das Planungsbüro Hoffmann MB: 100019519
FB 61	1.51.5113.01	443175	12.500,00	Budgetmittel werden zur Personalgewinnung benötigt, da die Stellenausschreibungen in Fachzeitschriften seitens FB 10 nicht übernommen werden. Zudem werden die Budgetmittel auch für die Ausschreibung von öffentl. Bekanntmachungnen benötigt.
FB 61	1.51.5111.01	427115	100.000,00	Budgetmittel werden für diverse vorgesehene Planungen im Rahmen der Bebauungsplanung weiterhin zwingend benötigt, wie z.B. Europaplatz und Pocket Parks.
FB 61	1.51.5111.03	443140	61.588,86	Budgetmittel werden im Jahr 2020 zusätzlich für Gutachten von Großprojekten, wie z.B. Bahnhofsumfeld, etc. zwingend benötigt
FB 61	1.51.5117.01	427115	15.007,88	Budgetmittel werden für vorgesehene Gutachten, etc. im Rahmen der integrierten Entwicklungsplanung weiterhin zwingend benötigt
FB 61	1.51.5117.01	443140	10.161,35	Budgetmittel werden für vorgesehene Gutachten, etc. im Rahmen der integrierten Entwicklungsplanung weiterhin zwingend benötigt
FB 61	1.51.5117.02	427115	127.999,16	Für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig sind weitere Naturschutzfachliche Kartierungen u. Biotopverbundkonzepte (z. B. für Amphibien) notwendig, die im Jahre 2019 aus organisatorischen Gründen noch nicht in Auftrag gegeben werden konnten.
FB 61	1.51.5117.02	443140	18.000,00	Für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig sind weitere Naturschutzfachliche Kartierungen u. Biotopverbundkonzepte (z. B. für Amphibien) notwendig, die im Jahre 2019 aus organisatorischen Gründen noch nicht in Auftrag gegeben werden konnten.
FB 61	1.53.5382.01	443140	10.500,00	Budgetmittel, die für das Hochwasserschutzkonzept weiterhin dringend benötigt werden.
FB 61	1.53.5382.01	443140	15.400,00	Budgetmittel, die für das Hochwasserschutzkonzept weiterhin dringend benötigt werden.
FB 61	1.56.5610.09.04	427110	241.325,99	Bodenschutz/ Altlasten Diverse per Vertrag gebundene Gutachten, Mittelbindungen sind vorhanden

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 61	1.56.5610.10	427115	5.400,51	Städtischer Anteil Solarkatastar Die Mittel werden weiterhin benötigt. Die Bereitstellung des notwendigen Geländemodells duch das Land hat sich verzögert, daher kann erst 2020 mit der Aktualiserung des Solarkatasters begonnen werden. Die Beauftragung der Erstellung erfolgte bereits 2019 durch den RGB. Es wurde vereinbart, dass Braunschweig einen Anteil von 5400 € übernimmt. Die Umsetzung soll im Frühling erfolgen, so dass um eine frühzeitige Freigabe gebeten wird.
FB 61	1.56.5610.10	443140	58.000,00	Aufgrund der noch nicht vorhanden, aber für Frühling 2020 vom Land zugesichterten Überfliegungsdaten wurde mit der Ausschreibungen der Starkregenanalyse erst Ende 2019 begonnen. Die Starkregenanalyse ist Teil des ISEK Projekts der Klimawandelanpassungsstrategie. Die Beauftragung des Büros soll zeitnah beginnen, um nicht noch eine weitere Verzögerung zu bekommen, daher wird um eine frühzeitige Freigabe gebeten.
FB 61	1.56.5610.15	431810	5.500,00	Die Wettbewerbsjury des Klimaschutzpreises entschied die Preise für die Kinderprojekte (drei Kitas, Krippe, Schulen) im nächsten Jahr öffentlichkeitswirksam in den Einrichtungen in Form von Sachpreisen oder Veranstaltungen zu vergeben. Diese Mittel können also erst im Haushaltsjahr 2020 verausgabt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Mittel zu übertragen. Die Veranstaltungen und Preise sollen Anfang 2020 erfolgen und damit zeitnah zu der Preisverleihung im Dezember 2019, daher wird im frühzeitige Freigabe gebeten.
FB 61	1.56.5610.15	443140	56.080,00	Nach den aktuellen Beschlüssen der Politik zu der deutlichen Ausweitung der Workshops und der Expertenbeteiligung (inkl. Fridays for Future) (Drs. 19-12227) sowie zur Bürgerbeteiligung bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts (Drs. 19-12322), fallen die Kosten für das Klimaschutzkonzept nun deutlich höher aus als ursprünglich geplant. Der bestehenden Vertrag mit den beauftragten Fachbüros muss daher verlängert werden. Insgesamt werden 53.080 € zusätzlich benötigt für die beschlossene Ausweitung. Entsprechende Angebote wurden 2019 eingeholt und ans RPA geschickt. Um 2021 mit den umfangreichen Beteiligung anzuschließen, ist eine schneller Beginn und eine rasche Beauftragung in 2020 notwendig.
FB 61	1.56.5610.12	431810	12.929,87	Förderung Umweltorganisation (Ökotopf) Die restlichen Budgetmittel werden auf Grund der Bedeutsamkeit dieses Themas in der Politik zur Übertragung in das Jahr 2020 angemeldet.
FB 61	610-2000	426120	27.456,32	Fortbildungsmittel werden für die bereits beauftragten Schulungen für die Themen 3D-Software und AED Synergis weiterhin benötigt.
FB 61	1.11.1170.01	423120	10.500,00	Die Budgetmittel werden für bereits laufende Vertragsneuausschreibungen für Druckmaschinen benötigt. Es wird davon ausgegangen, dass die bisher eingeplanten Budgetmittel nicht auskömmlich sein werden.
FB 61	1.11.1170.01	427155	10.500,00	Auf Grund der enorm gestiegenen Papierpreise wird angenommen, dass das bisher eingeplante Budget nicht auskömmlich sein wird, so dass diese Budgetmittel weiterhin benötigt werden.
FB 61	610-0000	445523	4.755,00	Auftrag FB 65 Elek. Gerätemessungen 4058237, 4058238, 4058240, 4058243, 4058245 Liste Neugebauer-Koschel MB 100019722
FB 66	1.51.5115.01	427115	300.000,00	Die Mittel werden für die Beauftragung eine Mobilitätsentwicklungsplans benötigt.
FB 66	1.51.5115.01	427115	65.000,00	Es handelt sich um allgemeine Planungsmittel, die zur Aufgabenerfüllung der Verkehrsplanung weiter benötigt werden.
FB 66	660-0000	426120	27.000,00	Die Mittel werden für Schulungen weiter benötigt, da aufgrund der allgemeinen Stellenfluktuation weiterhin ein erheblicher Schulungsbedarf besteht.
FB 66	1.51.5115.01	443140	80.000,00	Die Mittel werden zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse zum HH 2019, Überarbeitung der Fahrradwegweisung und Verkehrsgutachten für BS Veltenhof/Rühme, benötigt.
FB 66	1.54.5400.02	445710	100.000,00	Die Mittel werden für Preissteigerungen der Vertragsentgelte an BS|Energy und Bellis GmbH benötigt, die aufgrund der in 2018 und 2019 starkt gestiegenen Röhölpreise und Personalkosten höher liegen könnten als in der Planung für 2020 angenommen.
FB 67	1.55.5510.04.01	423120	6.807,53	MB 100018885 12 Monate Miete Sensorik,Ventilation Mooswände; Ausschreibungszeitraum bis Mitte 2020: Die Mooswände wurden im Rahmen des Förderprojektes Klimaschutz mit urbanem Grün angeschafft und lt. Förderbescheid sind diese Mooswände 10 Jahre zu unterhalten. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5540.02.01	423120	1.832,60	MB 100019280 Absetzen von Weiden LSG Gänsekampwiese; Die zu bearbeitende Fläche ist seit längerem aufgrund besonderer Bodenverhältnisse mit dem Fällkran nicht zu befahren. Unabdingbar für die Ausführung ist Frost oder eine oberflächliche Abtrocknung. Hierzu braucht es eine längere Trockenperiode. Da die in Rede stehenden Bäume allerdings abgestorben sind, ist eine Fällung zwingend erforderlich. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5540.07.01	423120	4.111,45	MB 100019281 Absetzen von abgestorbenen Buchen Riddagsha; Die zu bearbeitende Fläche ist seit längerem aufgrund er besonderen Bodenverhältnisse mit dem Fällkran nicht zu befahren. Unabdingbar für die Ausführung ist Frost oder eine oberflächliche Abtrocknung. Hierzu braucht es eine längere Trockenperiode. Da die in Rede stehenden Bäume allerdings abgestorben sind, ist eine Fällung zwingend erforderlich. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.04.01	423120	669,38	MB 100019570 Anmietung Spezialkran f. Birkenentf. GS Rauth; Die Anmietung des Mobilkranes ist für die Fällung eines Baumes in einem Atrium der Grundschule Rautheim unabdingbar. Der in Rede stehende Baum ist abgestorben und muss zwingend zur Vermeidung von Unfallgefahren gefällt werden. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.06.02	424100	456,94	MB 100019432 12x Gehwegrein. Prinz-Albrecht-Park Rest; Ausschreibungszeitraum und somit Vertragszeitraum bis April 2020; die Gehwegreinigung muss aus Gründen der Verkehrssicherheit ganzjährig erfolgen. Der FB 67 bitte, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5530.08.11	424130	13.613,60	MB 100019403 Bedarfsweiser Winterdienst 17 OFH; Winterdienstauftrag zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit für die Winterdienstsaison 2019/2020. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.16.01	424130	4.284,00	MB 100019476 Alarmierung städt.FB Winterdienstsaison; Auftrag für die Alarmierung der Rufbereitschaften. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	410,96	MB 100018641 Schließdienst Martinifriedhof; Um den historischen Friedhof vor Schäden durch Vandalismus zu schützen, muss die Anlage in den Abend- und Nachtstunden geschlossen werden. Der für diesen Schließdienst erteilte Auftrag läuft von 01.02.2019 bis 31.01.2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.06.02	424190	36.535,12	MB 100018858 Containergestellung-Transport Absetzbehälter; Bei der Containergestellung handelt es sich um regelmäßige Leistungen die fortlaufend abgerechnet werden. Die offenen Mittel werden für die Abwicklung des Vertrages bis zum März 2020 benötigt.
FB 67	1.55.5510.06.02	424190	1.180,93	MB 100018918 Container Gestellung und Transport; Bei der Containergestellung handelt es sich um regelmäßige Leistungen die fortlaufend abgerechnet werden. Die offenen Mittel werden für die Abwicklung des Vertrages bis zum Feb. benötigt.
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	3.925,81	MB 100019082 Schließdienst HSG Doweesee 06.2019-05.2020; Um die Parkanlage Schul- und Bürgergarten vor Schäden durch Vandalismus zu schützen, muss die Anlage in den Abend- und Nachtstunden geschlossen werden. Der für diesen Schließdienst erteilte Auftrag läuft von 01.06.2019 bis 31.05.2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.01.01	424190	3.118,75	MB 100019120 Schließdienst Bolzkäfig Autorstr.; Auf Beschluss des Stadtbezirksrates unterliegt dieser Bolzplatz bestimmten Öffnungszeiten (Lärmschutz). Der für diesen Schließdienst erteilte Auftrag läuft von 01.06.2019 bis 31.05.2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.06.01	424190	1.061,74	MB 100019256 Öffnungs-/Schließdienst UlriciFH; Um den historischen Friedhof vor Schäden durch Vandalismus zu schützen, muss die Anlage in den Abend- und Nachtstunden geschlossen werden. Der für diesen Schließdienst erteilte Auftrag läuft von 01.09.2019 bis 31.08.2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5530.08.13	424190	3.918,56	MB 100019382 SFH Schließdienst ab1.11.19-31.10.20; Um den Stadtfriedhof vor Schäden durch Vandalismus zu schützen, muss die Anlage in den Abend- und Nachtstunden geschlossen werden. Der für diesen Schließdienst erteilte Auftrag läuft von 01.11.2019 bis 31.10.2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	670-2270	426110	2.411,84	MB 100018519 Arbeitsschutzbekleidung Bedienstete FB 67; Ausschreibungszeitraum und somit Vertragszeitraum bis Januar 2020; Zur Ausübung der täglichen Arbeit ist es gemäß Arbeitsschutzgesetz notwendig, Arbeitsschutzbekleidung zu tragen. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2020 zu übertragen.
FB 67	670-2170	426120	26,78	MB 100019590 Dienstreise MA des FB 67, Brabant NL, 9.10.19 Tagessatz Ausland; Die Abrechnung der Dienstreisen ist noch nicht erfolgt. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5530.03.03	427110	5.070,63	MB 100019266 Herst.+Liefer. 75 Bronzeplatten SFH, Die Lieferung der Bronzeplatten für die UGA/EGA erfolgt Ende Januar 2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.02.01	427160	155,18	MB 100019495 2x Besucherstuhl Xpendo Vierbein SpA Illerstr; Aufgrund von Lieferproblemen erfolgt die Lieferung erst in der 7. KW 2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.02.01	427160	178,21	MB 100019496 2x Beistelltisch NG0808 SpA Illerstr.; Aufgrund von Lieferproblemen erfolgt die Lieferung erst in der 8. KW 2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.01.01	427190	24.800,87	MB 100019522 Beschild.städt.Spiel-u. Bewegungsrä.Abschn.II; Die Maßnahme ist bereits begonnen, mit der Produktion der Schilder ist zum Ende 2019 begonnen wurden. Die Montage wird witterungsabhängig bis Ende März 2020 abgeschlossen sein. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5510.15.01	429110	23.595,82	MB 100019627 Digitalisierung von 176 Ordner mit Akten; Die Digitalisierung wird bis Ende März 2020 abgeschlossen sein. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5510.06.01	429110	29.399,94	MB 100019779 Förderproj. Biodiversität Kampfmittelbeseit.Südteich; Im Rahmen des Förderprojektes Biodiversität soll der Südteich im Bürgerpark entschlammt werden. Die Leistungen Kampfmittelsondierung und Kampfmittelbeseitigung sind lt. Förderbescheid nicht förderfähig. Ohne diese beiden Maßnahmen kann und darf die Entschlammung nicht erfolgen. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.04.02	443140	30.272,23	MB 100019763 Integr.Klimaschutz urbanes Grün, Begleitforsch.; Zu den Auflagen des Förderprojektes gehört eine wissenschaftliche Begleitung der einzelnen Teilmaßnahmen (hier Baumpflanzungen und Mooswände). Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.42.4241.02.05	443140	1.594,60	MB 100018986 Inspe. Fitnessgeräte Prinz-Albrecht-Park; Der Zeitvertrag läuft noch bis 05/2020, es werden in 2020 noch Leistungen erbracht und im II. Quartal 2020 schlussgerechnet. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.02.02	443140	3.599,11	MB 100019098 Planung/Leitung Grabeland Leiferde; Mit dem Gefahrenstoffgutachten wurde im Jahr 2019 begonnen. Mit dem Schlussbericht rechnet der FB 67 im März 2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5530.01.01	443140	2.099,16	MB 100019176 Gutachten Modul 2 ev.-luth. FH; Der Bedarf zur Erstellung einer Teilstudie über die ev.-luth. Friedhöfe im Stadtgebiet BS als Erweiterung des in Aufstellung befindlichen Friedhofrahmenplanes wurde erst nachträglich zur Hauptbeauftragung eingeleitet. Die Erhebung der Daten konnte durch personelle Ausfälle im ev.-luth. Kirchenverband nur mit Verzögerungen erhoben werden. Nach Erhalt der noch ausstehenden Daten ist mit einer Fertigstellung bis Mitte 2020 zu rechnen. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.02.02	443140	1.149,84	MB 100019311 Neubau 4 Kalthallen Leistungsblock IIa ; Das 2019 vorangeschaltete Investitionssteuerungsverfahren und die darauffolgenden Leistungen im Zuge der Bauvorbereitung wie umfangreiche Bodenuntersuchungen einschließlich der dafür erforderlichen Analysen und Gutachten führten dazu, dass die Leistungsphase 3, Entwurf, noch nicht in Gänze abgeschlossen werden konnte. Der Leistungsblock IIa wird aus heutiger Sicht voraussichtlich im 1./2. Quartal 2020 fertiggestellt und schlussgerechnet. Aus diesem Grund bittet der FB 67, die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 67	1.42.4241.02.02	443140	2.211,94	MB 100019313 Neubau 4 Kalthallen Leistungsblock IIa; Das 2019 vorangeschaltete Investitionssteuerungsverfahren und die darauffolgenden Leistungen im Zuge der Bauvorbereitung wie umfangreiche Bodenuntersuchungen einschließlich der dafür erforderlichen Analysen und Gutachten führten dazu, dass die Leistungsphase 3, Entwurf, noch nicht in Gänze abgeschlossen werden konnte. Der Leistungsblock IIa wird aus heutiger Sicht voraussichtlich im 1./2. Quartal 2020 fertiggestellt und schlussgerechnet. Aus diesem Grund bittet der FB 67, die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.02.02	443140	8.025,00	MB 100019317 Erst.Gutachtens Multi-Client Kunstrasenplätz; Dieses deutschlandweite Projekt kann erst realisiert werden, wenn eine bestimmte Anzahl an Kommunen teilnimmt, nach telefonischer Auskunft des Fraunhofer-Institutes wird im I. Quartal 2020 die erforderliche Anzahl erreicht sein, so dass die beauftragte Leistung im II. und III. Quartal ausgeführt und abgerechnet werden kann. Aus diesem Grund bittet der FB 67, die HH-Mittel in das HH-Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	12.992,80	MB 100019315 Architektenvert. Gebäude+Innenräume IIa; Das 2019 vorangeschaltete Investitionssteuerungs-verfahren und die darauffolgenden Leistungen im Zuge der Bauvorbereitung wie umfangreiche Bodenuntersuchungen einschließlich der dafür erforderlichen Analysen und Gutachten führten dazu, dass die Leistungsphase 3, Entwurf, noch nicht in Gänze abgeschlossen werden konnte. Der Leistungsblock IIa wird aus heutiger Sicht voraussichtlich im 1./2. Quartal 2020 fertiggestellt und schlussgerechnet. Aus diesem Grund bittet der FB 67, die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.42.4241.01.01	443140	54.492,48	MB 100019472 Beratung Fortschreibung Sportentwicklplan BS; Im November 2019 hat die Verwaltung der Planungsgemeinschaft IKPS, die bereits mit der Sportentwicklungsplanung für Braunschweig und der Erarbeitung des darauf fußenden „Masterplans Sport 2030“ befasst war, damit beauftragt, die Fortschreibung und Aktualisierung des Sportentwicklungsplans für die Stadt Braunschweig federführend zu begleiten. Unter anderem sind in diesem Kontext eine Aktualisierung der Bestandsdaten und der ursprünglichen Bilanzierungsergebnisse sowie Online-Umfragen und Stadtteil-Workshops zu urbanen Bewegungsräumen geplant. Mit den Arbeiten zur Fortschreibung des Sportentwicklungsplans soll im Januar 2020 begonnen werden. Die Bearbeitungszeit wird ca. 6 Monate betragen und insbesondere der Beteiligungsprozess größtenteils im ersten Halbjahr 2020 in Braunschweig stattfinden müssen. Dies vorausgeschickt ist eine Mittelübertragung in das Haushaltsjahr 2020 zwingend erforderlich.
FB 67	1.55.5510.06.01	443140	3.988,41	MB 100019517 Portikusteich Kampfmittelson. Biol. Vielfalt; Die Kampfmittelsondierung war für den Dezember 2019 geplant. Aufgrund der schwierigen Ortsverhältisse musste das Verfahren geändert werden. Mit dem Abschluss der Arbeiten wird in der 3. KW 2020 gerechnet. Sollten keine Bergungsarbeiten anschließen, ist im Februar 2020 mit der SR zu rechnen.
FB 67	1.55.5510.12.01	443140	3.139,22	MB 100019583 Wegesan. KGV Lindenberg 4, geotechn. Untersuch.; Die beauftragte Leistung konnte in 2019 kapazitätsbedingt nicht begonnen werden. Die beauftragte Probeziehung wurde am 08.01.20 ausgeführt. Die Auswertung der Proben sowie eine unverzügliche Rechnungszustellung wurden angemahnt. Aus diesem Grund bittet der FB 67 die Haushaltsmittel in das Jahr 2020 zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.06.01	443140	5.386,12	MB 100019600 Gerätetechn.unters+ Kurzgutachten fünf Bäume; Es handelt sich um eine Maßnahme zu Aufrecherhaltung der Verkehrssicherheit. Ein Baum, der begutachtet wird steht auf dem Burgplatz. Dort konnte die Untersuchung aufgrund des Weihnachtsmarktes nicht durchgeführt werden. Bei den anderen Bäumen ist die erforderliche Frist für die Nachuntersuchung überschritten. Die Nachuntersuchung muss zeitnah erfolgen, da sonst der Gutachter nicht mehr für die Verkehssicherheit des Baumes haftet. Die Maßnahme wird Ende Januar 2020 durchgeführt.
FB 67	1.55.5510.02.06	443140	39.858,00	MB 100019625 Begleitforschung Fassadengrünung/Kammermess.Gründach; Zu den Auflagen des Förderprojektes gehört eine wissenschaftliche Begleitung der einzelnen Teilmaßnahmen (hier Dach- und Fassadenbegrünung). Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5510.06.01	443140	17.350,00	MB 100019778 Kampfmittelsond. Südteich Förderpro. Biodiversität; Im Rahmen des Förderprojektes Biodiversität soll der Südteich im Bürgerpark entschlammt werden. Die Leistungen Kampfmittelsondierung und Kampfmittelbeseitigung sind lt. Förderbescheid nicht förderfähig. Ohne diese beiden Maßnahmen kann und darf die Entschlammung nicht erfolgen. Der FB 67 bittet, die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.
FB 67	1.55.5510.02.02	443140	48.000,00	MB 100019701 Bedarfserfassung.u. Maßnahmenkonzeption Schulhöfe; Es gab im Jahr 2019 gehäuft Beschwerden bezüglich der Zustände auf den städtischen Schulhöfen. Daraufhin erfolgten stichpunktartig Ortstermine an einigen Schulen, um sich ein Bild von der tatsächlichen Situation zu machen. Dabei wurden gravierende Mängel festgestellt, was einen dringenden Handlungsbedarf erfordert. Um die konkreten Maßnahmen zur Instandsetzung aller städtischen Schulhöfe sowie deren Priorisierung und voraussichtlichen Kosten zu eruieren, sollte bereits im Sommer 2019 eine Bestandsanalyse sowie Maßnahmenentwicklung angefertigt werden. Die beiden im Stellenplan vorgesehenen Stellen für die Betreuung von Außenanlagen an städtischen bebauten Grundstücken wie z.B. Schulaußenanlagen konnten bisher nicht besetzt und somit dieses Vorhaben bis zum Ende des Jahres nicht umgesetzt werden. Aufgrund der personellen Engpässe und des dringenden Handlungsbedarfs wurde Ende des Jahres 2019 entschieden, dass ein externes Büro mit der Analyse beauftragt werden soll. Die Mittel für die Beauftragung einer Schulhofanalyse werden voraussichtlich bis zum Sommer 2020 verbraucht.
FB 67	670-0010	443150	21,78	MB 100019065 Diverses Büromaterial; Restlieferung erfolgte erst in der 1. KW 2020. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5510.06.02	445713	30.541,32	MB 100019699 Bodenabfuhr u. Ents. Dessaustraße; Die Abfuhr und Entsorgung des Bodens wurde im Dezember 2019 beauftragt und wird bis zum Februar 2020 abgeschlossen sein. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.
FB 67	1.55.5510.06.01	445713	36.738,56	MB 100018898 Annahme und Verwertung Grünabfall; Ausschreibung und Vergabe bis März. 2020; Laut KrWG § 17 besteht eine Verpflichtung zur Entsorgung. Aus diesem Grund bittet der FB 67 um die Übertragung der Haushaltsmittel.

Teilhaus-halt	PSP-Element oder Kostenstelle	Kostenart für Aufwand	Betrag - in Euro -	Bemerkung
FB 67	1.42.4210.01.01	431810	79.708,80	MB 100019769 Div. Vereine; Übungsleiter-entschädigung 2019 2. HJ; Die Übungsleiter-entschädigungen für das 2. Halbjahr 2019 können erst nach Vorliegen der entsprechenden Unterlagen sowie Vorliegen eines Beschlusses des Sportausschusses ausgezahlt werden (März 2020). Da der Betrag dem Jahr 2019 zuzuordnen ist, ist es notwendig, dass die Mittel übertragen werden.
Stst. 0800	080-0000	426120	2.500,00	Mehrbedarf an Fortbildungen und Seminaren Durch die nunmehr vollständige Besetzung der Stabsstelle 0800 sowie der Stellenschaffung für die Breitbandkoordination in Verbindung mit regelmäßig neuen oder sich wandelnden Themen besteht ein Mehrbedarf an Fortbildungen und Seminaren, der über die Bildung der HH-Reste sichergestellt werden soll.
Stst. 0800	080-0000	431810	100.000,00	Kofinanzierung von Projekten der Wirtschaftsförderung und der Fachkräfteentwicklung Die Mittel werden im Kofinanzierungsprojekt für die Mittelübertragung an die Braunschweig Zukunft GmbH sowie die Förderung des AWO-Projektes 'Arbeit nach Maß' benötigt' (Beschluss vom 22.11.2019).
Stst. 0800	080-0000	431810	45.000,00	WLAN/Smart-City Die Mittel werden für die aus der Erstellung eines Smart-City-Rahmenkonzeptes ermittelten Handlungsempfehlungen, die Erweiterung WLAN-Ausbaus im Stadtgebiet sowie für fortlaufende Innovationsprojekte dieses dynamischen Aufgabengebietes benötigt. Das Rahmenkonzept soll 2020 fertiggestellt werden, sodass die Maßnahmen hieraus auch erst 2020 umgesetzt werden können.
Stst. 0800	080-0000	431810	43.500,00	Touristisches Handlungskonzept Die Mittel werden für die Umsetzung der ermittelten Handlungs-empfehlungen aus dem Touristischen Handlungskon-zept für die Stadt Braunschweig benötigt. Die Fertig-stellung des Konzeptes hat sich verzögert, sodass die Handlungsempfehlungen erst 2020 umgesetzt werden können.
Stst. 0800	080-0000	431810	36.000,00	Regionales Innovationsscouting Mit der TU Braunschweig wurde eine jährliche Unterstützung durch die Stadt Braunschweig i. H. v. 36.000 € vereinbart. Die Zahlung der Beträge für 2019 erfolgte aus Rückstellungen 2018, sodass der für 2019 im Budget vorgesehene Betrag für die Unterstützung 2020 zur Verfügung stehen soll. Derzeit ist die weitere Projektausgestaltung noch in der Diskussion. Die Mittel sollen für ggf. hieraus noch anfallende Beträge sowie dem Ausgleich anderer Kofinanzierungsausgaben dienen.
			6.604.778,64	

Jahresabschluss

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 25. September 2020

Herlitschke
Stadtrat

I. Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	169.496,82	139.572,82	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	1.197.272,77	1.046.702,01	1.2 Rücklagen	0,00	0,00
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	0,00	2.275.096,90
3. Finanzvermögen	11.130.257,69	18.742.549,67	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				0,00	2.275.096,90
4. Liquide Mittel	139,36	68,36			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	87.255,07	168.677,05	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607,41	4.085.469,87
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	142.750,28	146.272,63
				3.828.357,69	4.231.742,50
			3. Rückstellungen	8.756.064,02	13.590.730,51
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	12.584.421,71	20.097.569,91	Bilanzsumme	12.584.421,71	20.097.569,91

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €; 2019 = 374.000,00

Braunschweig, 25.09.2020

Eckermann (Stellv. Fachbereichsleiter Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

2. Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	169.496,82	139.572,82	1.1.1 Reinvermögen		
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		0,00	0,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00		0,00	0,00
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	169.496,82	139.572,82	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
2. Sachvermögen			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen		
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00		0,00	0,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	168.775,22	170.913,87	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	123.713,55	161.605,01	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	0,00	2.275.096,90
2.8 Vorräte	904.784,00	714.183,13		0,00	2.275.096,90
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00	1.4 Sonderposten		
	1.197.272,77	1.046.702,01	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse		
3. Finanzvermögen			1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00		0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00		0,00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	11.114.332,29	18.740.063,38		0,00	2.275.096,90
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	15.925,40	2.486,29	2. Schulden		
	11.130.257,69	18.742.549,67	2.1 Geldschulden		
4. Liquide Mittel	139,36	66,36	2.1.1 Anleihen		
			2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	87.255,07	168.677,05	2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €; 2019 = 374.000,00

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607,41	4.085.469,87
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	-119,89
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	127.157,58	140.944,57
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	11.613,44	-891,53
				138.771,02	139.933,15
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	3.979,26	6.339,48
				3.979,26	6.339,48
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Alterstellzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.555.586,71	2.711.040,56
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	6.200.477,31	10.879.689,95
				8.756.064,02	13.590.730,51
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	12.584.421,71	20.097.569,91		12.584.421,71	20.097.569,91

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €; 2019 = 374.000,00

Braunschweig, 25.09.2020

Eckermann (Stellv.Fachbereichsleiter Hochbaubau und Gebäudemanagement

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement bestehen keine Vorbelastungen.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan/Ist Vergleich Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2018 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	mehr (+) weniger (-) (Sp.3 - Sp.4) -Euro-	bisher nicht bewilligte über-/ außerplan-mäßige Aufwendungen (aus Sp. 5) -Euro-
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	35.204.992,95	35.900.823,08	35.583.400,00	317.423,08	0,00
7	Kostenerstattungen und Umlagen	39.949.553,50	42.749.862,42	40.278.200,00	2.471.662,42	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	454.856,97	-188.978,54	0,00	-188.978,54	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	17.089,87	821.345,25	15.000,00	806.345,25	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**77.706.560,12**	**84.510.452,21**	**81.104.000,00**	**3.406.452,21**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	14.101.143,42	15.303.483,98	16.906.900,00	-1.603.416,02	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	62.643.600,98	65.781.958,35	62.712.300,00	3.069.658,35	0,00
16	Abschreibungen	227.389,43	169.030,82	167.600,00	1.430,82	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.312.741,65	1.445.302,97	1.317.200,00	128.102,97	
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**78.284.875,48**	**82.699.776,12**	**81.104.000,00**	**1.595.776,12**	**0,00**
21	**ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**-578.315,36**	**1.810.676,09**	**0,00**	**1.810.676,09**	**0,00**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	605.521,76	483.759,09	0,00	483.759,09	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	27.206,40	19.338,28	0,00	19.338,28	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)**	**578.315,36**	**464.420,81**	**0,00**	**464.420,81**	**0,00**
25	**Jahresergebnis Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-) [2]**	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**

nachrichtlich:

	1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	0,00	0,00
	2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) vor Verlust-übernahme durch die Stadt Braunschweig	-2.080.066,83	-2.952.303,10	-5.227.400,00	2.276.096,90	0,00

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gesamt - Finanzrechnung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamt-ermächtigungen 2019 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	936.108,61	5.227.400,00	0,00	0,00	0,00	5.227.400,00	7.307.466,83	2.080.066,83
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	34.837.631,40	35.583.400,00	0,00	0,00	0,00	35.583.400,00	35.824.218,45	240.818,45
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	36.640.518,07	40.278.200,00	0,00	0,00	0,00	40.278.200,00	38.639.462,99	-1.638.737,01
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.036,15	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	137.626,33	122.626,33
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	72.415.294,23	81.104.000,00	0,00	0,00	0,00	81.104.000,00	81.908.774,60	804.774,60
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	14.719.073,56	15.830.400,00	0,00	0,00	0,00	15.830.400,00	14.916.887,09	-913.512,91
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.839.604,55	64.029.500,00	0,00	0,00	0,00	64.029.500,00	63.890.844,05	-138.655,95
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	76.558.678,11	79.859.900,00	0,00	0,00	0,00	79.859.900,00	78.807.731,14	-1.052.168,86
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 - 17)**	-4.143.383,88	1.244.100,00	0,00	0,00	0,00	1.244.100,00	3.101.043,46	1.856.943,46
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt werden

Gesamt - Finanzrechnung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamt-ermächtigungen 2019 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-205.712,80	-334.000,00	0,00	0,00	-45.851,20	-379.851,20	-146.873,10	232.978,10
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	34.113.861,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.303.706,47	31.303.706,47
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	29.764.672,01	910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.257.947,83	33.347.847,83
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeile 38 und Zeile 39)	4.349.189,01	-910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.954.241,36	-2.044.141,36
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	47,03	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	139,36	-60,64
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	139,36	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68,36	-131,64

IV. Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

Erläuterungen des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2019

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Der Fachbereich (FB 65) Hochbau und Gebäudemanagement – im folgenden Sonderrechnung - ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i. V. m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunal Verfassungsgesetzes – NKomVG).

Gegenstand der Sonderrechnung ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der Immobilien der Stadt Braunschweig. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27. November 2011 von Hochtief bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehört die Sanierung, der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben der Sonderrechnung.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich „Hochbau und Gebäudemanagement" (FB 65) wahrgenommen. Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau und Gebäudemanagement betreffen.

Im Jahr 2019 waren für die Sonderrechnung im Durchschnitt 34 Beamte und 262 Beschäftigte tätig. Darüber hinaus wurden 6 Auszubildende im Jahresdurchschnitt beschäftigt.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet die Sonderrechnung weitreichend in eigener Zuständigkeit. Hiervon ausgenommen sind folgende Servicedienste:

Fachbereich „Zentrale Dienste":	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit und Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse

Fachbereich "Finanzen":	Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten bei An- und Verkauf, An- und Vermietung mit Externen
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit":	Einstellungsuntersuchungen

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird seit 1. Januar 2012 nach der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung richtet sich nach den Regelungen der §§ 50 ff. der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i. V. m. §§ 45f. KomHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2019 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten und abzüglich von Rabatten oder Skonti angesetzt.

Das immaterielle Vermögen und das Sachvermögen (ohne Vorräte) werden linear abgeschrieben. Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2019 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 5 KomHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert unter 1.000 € netto haben, als Aufwand zu buchen. Aufgrund der Übergangsregelung in § 63 Abs. 1 KomHKVO wird jedoch für die Sonderrechnung noch die alte Regelung des § 47 Abs. 2 der GemHKVO angewandt, wonach Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen sind, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Fremdkapitalzinsen könnten in die Herstellungskosten einbezogen werden, sind aber nicht vorhanden. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten und wurde dementsprechend im Sachvermögen angesetzt. Bei der Bewertung wurden geleistete Anzahlungen auf abgerechnete Teilleistungen bereits abgesetzt bzw. berücksichtigt.

3. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,7 % (Vorjahr 1,3 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Summe Immaterielles Vermögen	169.497	100,0	139.573	100,0	-29.924	-17,65

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um EDV-Lizenzen in Höhe von 139.573 Euro. Die Bewertung erfolgte zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 5,2 % (Vorjahr 9,5 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	168.775	14,1	170.914	16,3	2.139	1,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	123.714	10,3	161.605	15,4	37.891	30,6
Vorräte	904.784	75,6	714.183	68,3	-190.601	-21,1
Summe Sachvermögen	**1.197.273**	**100,0**	**1.046.702**	**100,0**	**-150.571**	**-12,6**

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen und Anlagenzugängen, welche im Anlagenspiegel nachvollzogen werden können.

Die teilfertigen Leistungen sind Leistungen, die von anderen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig bei der Sonderrechnung beauftragt wurden, jedoch noch nicht von der Sonderrechnung an die Fachbereiche weiter berechnet wurden, weil die Leistungen noch nicht abgeschlossen sind. Die teilfertigen Leistungen werden unter der Position „Vorräte" abgebildet.

Sofern Teilrechnungen möglich waren, wurden diese den anderen Organisationseinheiten in Rechnung gestellt und sind hier berücksichtigt. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 93,3 % (Vorjahr 88,4 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Privatrechtliche Forderungen	11.114.332	99,9	18.740.063	99,9	7.625.731	68,6
sonstige Vermögensgegenstände	15.925	0,1	2.486	>0,1	-13.439	-84,4
Summe Finanzvermögen	**11.130.257**	**100,0**	**18.742.549**	**100,0**	**7.612.292**	**68,4**

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt. Bei den privatrechtlichen Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber der Stadt Braunschweig sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt Braunschweig von der Sonderrechnung ausgeführt wurden (siehe dazu auch Pkt. 3.7 Schulden). Debitorische Kreditoren wurden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Insgesamt wurden 32.059,85 Euro (Vorjahr 101.930,98 Euro) gegenüber Dritten aufgrund von Niederschlagungen der berechneten Forderung wertberichtigt. Es handelt sich hier um Forderungen aus Sachbeschädigungen Dritter, deren Ausgleich als zweifelhaft angesehen wird.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 0,0 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Liquide Mittel	139	100,0	68	100,0	71	>100,0

Die liquiden Mittel werden grundsätzlich zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Da die Sonderrechnung rechtsformbedingt über kein eigenes Bankkonto verfügt, werden die Finanzmittel von der Stadt Braunschweig verwaltet. Die Bestände auf diesem Konto teilen sich in Mittel, die im Rahmen einer Nebenkasse von der Sonderrechnung verwaltet werden und in Mittel, die über ein Verrechnungskonto der Stadt verwaltet werden, auf. Dieses Verrechnungskonto wird täglich dem Cashpool der Stadt zugeführt. Das Verrechnungskonto wird in den privatrechtlichen Forderungen abgebildet und hatte zum 31. Dezember 2019 einen Saldo von -468.083,93 Euro (Vorjahr -3.603.039,35 Euro). Dem Saldo stehen Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2017/2018 in Höhe von rd. 3.264.530,92 Euro und aus der noch zu erstellenden Betriebskostenabrechnung 2018/2019 in Höhe von rd. 4.050.000,00 Euro gegenüber.

Der Bargeldbestand betrug am 31.Dezember 2019 68,36 Euro (Vorjahr 139,36 Euro).

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung sind dies die Beamtenbesoldungen für Januar 2020, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird, sowie Wartungskosten für IT-Programme.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 11,3 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0	100,0	0	00
Jahresergebnis	0	0	2.275.097	100,0	2.275.097	>100,0
Nettoposition	0	0	0	0,0	0	0,0

Das Haushaltsjahr 2019 schließt unter Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400,00 Euro mit einem Ergebnis von 2.275.096,90 ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2018 wurde entsprechend den jeweiligen Ratsbeschlüssen vom 14. Juli 2020 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2018	Bestand 31.12.2019
	Euro	Euro
ordentliches Ergebnis	-578.315,36	
außerordentliches Ergebnis	578.315,36	
Gesamtergebnis	0,00	
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage ordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach der KomHKVO umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden (siehe nachfolgendes Schaubild) umfassen 21,1 % (Vorjahr 30,4 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um rd. 11 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies spiegelt sich auch in dem von der Sonderrechnung bearbeiteten Investitionsvolumen wieder, welches im Vergleich zum Vorjahr von rd. 51,6 Mio. Euro (2018) auf rd. 67,5 Mio. Euro (2019) gestiegen ist.

Für die noch nicht berechneten, aber ausgeführten Leistungen bei den städtischen Bauprojekten wurden Rückstellungen (siehe Pkt. 3.8) gebildet, da zum 31. Dezember 2019 noch keine Rechnungen vorlagen. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607	96,3	4.085.470	96,5	399.863	10,8
Sonstige Verbindlichkeiten	142.751	3,7	146.273	3,5	3.522	2,5
Schulden	**3.828.358**	**100,0**	**4.231.743**	**100,0**	**403.385**	**10,5**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt Braunschweig ausgeführt werden und von der Stadt Braunschweig erstattet werden (siehe dazu Pkt. 3.3 Finanzvermögen).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 67,6 % (Vorjahr 69,6 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	2.555.587	29,2	2.711.041	19,9	155.454	6,1
Andere Rückstellungen	6.200.477	70,8	10.879.690	80,1	4.679.213	75,5
Rückstellungen	**8.756.064**	**100,0**	**13.590.731**	**100,0**	**4.834.667**	**55,2**

Die Rückstellung für Pensionen, Altersteilzeit und ähnliche Rückstellungen werden von der Stadt Braunschweig gebildet. Die Sonderrechnung beteiligt sich an diesen Rückstellungen. Dieser Betrag wird abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen und Gehältern an den Versorgungsbezügen ermittelt.

Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung beinhaltet Maßnahmen der Instandhaltung, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollen. Grundlage für die Bildung dieser Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

In den anderen Rückstellungen sind überwiegend Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt Braunschweig enthalten. Weiterhin sind hier auch die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung enthalten. Grundlage für die Berechnung der Urlaubstage und Überstunden ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Höhe der Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung wird aufgrund der Höhe der Lohnkosten ermittelt. Die Sozialabgaben wurden entsprechend bei den Rückstellungen berücksichtigt.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO zu geben, wenn sich Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ergeben, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 374.000 Euro übertragen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Einführung von neuen EDV-Programmen stehen, deren Einführung nicht in 2019 fortgeführt werden konnten.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung gilt § 2 KomHKVO entsprechend.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich nach einem Zuschuss in Höhe von 5.227.400 Euro durch die Stadt Braunschweig (Vorjahr: Verlustausgleich 2.080.066,83 Euro) ein Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 Euro (Vorjahr: ausgeglichenes Ergebnis mit 0,00 Euro).

5.2. Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich unter Berücksichtigung des Verlustausgleiches in Höhe von 5.227.400 Euro durch die Stadt Braunschweig für das ordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 1.810.676,09 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag 578.315,36 Euro), der mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet wird (siehe Pkt. 5.3).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 464.420,81 Euro (Vorjahr: Überschuss 578.315,36 Euro, s. auch Punkt 5.6), der im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungsbeträgen resultiert, da die Rückstellungsbeträge vor 3 Jahren gebildet wurden und nicht mehr vorgetragen werden dürfen oder der Grund für die Rückstellung entfallen ist. Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 471 T€ in 2019 (Vorjahr rd. 535 TEuro) aufgelöst wurden.

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.227.400	6,4	5.227.400	6,2	0,0	0,0
privatrechtliche Entgelte	35.583.400	43,9	35.900.823	42,4	317.423	0,9
Kostenerstattungen und Umlagen	40.278.200	49,7	42.749.862	50,6	2.471.662	6,1
Bestandsveränderungen	0	0,0	-188.979	-0,2	-188.979	>100
sonstige ordentliche Erträge	15.000	0,0	821.345	1,0	806.345	>100
Ordentliche Erträge	**81.104.000**	**100,0**	**84.510.452**	**100,0**	**3.406.452**	**4,2**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400 Euro ausgewiesen. Die privatrechtlichen Entgelte sind im Wesentlichen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung der Gebäude (rd. 35.889.367 Euro). Im Rahmen der Gründung der Sonderrechnung wurde festgelegt, dass die nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig eine marktübliche Miete an die Sonderrechnung zu zahlen haben. Die Miete wurde bei der Gründung der Sonderrechnung von FB 61 ermittelt und bei jedem neuen, zusätzlichen Objekt wird vom FB 61 eine entsprechend durch die nutzende städtische Organisationseinheit zu zahlende Miete festgelegt. Die Sonderrechnung ist berechtigt die Miete anzupassen, wenn bei dem aktuellen Verbraucherindex eine Abweichung von mehr als 10 % gegenüber dem Basiswert von 2004 vorliegt. Diese Anpassung erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanungen in Abstimmung mit FB 20 und erfolgte das letzte Mal in 2008 mit einer durch FB 20 genehmigten Erhöhung um 2,8%. Für das Jahr 2020 ist eine Erhöhung der Mieten um durchschnittlich 20% im Vergleich zu 2019 umgesetzt.

Die Kostenerstattungen und Umlagen beinhalten größtenteils die Betriebskosten (rd. 34.732.992 Euro) der durch die nutzenden Organisationseinheiten gemieteten Gebäude und Flächen. Ebenso sind die Erstattungen für Einzelaufträge der verschiedenen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 2.898.597 Euro und die Verwaltergebühr in Höhe von rd. 895.806 Euro in den Kostenerstattungen und Umlagen enthalten. Weiterhin sind die von der Sonderrechnung berechneten Architektenhonorare (rd. 3.303.278 Euro) für die im Auftrag der Stadt Braunschweig durchgeführten Neu- und Umbauten sowie Sanierungen in den Kostenerstattungen und Umlagen abgebildet. Die Abweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus der höheren Erstattung für Betriebskosten (rd. 3.689.292 Euro), der Abrechnung von Architektenhonoraren (rd. -342.222 Euro), sowie der geringeren Erstattung für Einzelaufträge für andere Organisationseinheiten (rd. -905.403 Euro). Die Restlichen Kostenerstattungen in Höhe von rd. 919.189 Euro erfolgten u.a. für Leistungen des Betriebshandwerklicher Dienst (rd. 589.098 Euro) und sonstige Service Leistungen für die Stadt Braunschweig (rd. 330.091 Euro).

Die Bestandsveränderungen sind die Veränderung der teilfertigen Leistungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten, die von der Sonderrechnung ausgeführt werden. Eine Abrechnung zur Kostenerstattung an den Auftraggeber ist noch nicht erfolgt. Die nicht abgerechneten teilfertigen Leistungen (rd. 659.710 Euro) haben sich im Vergleich zum Vorjahr (rd. 859.700 Euro) verringert.

Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden in den Vorjahren auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Nach Abschluss der Maßnahmen sind bei geringeren tatsächlichen Kosten die verbleibenden Beträge im Abschluss gemäß § 45 Abs. 5 KomHKVO herabzusetzen und sind seit 2019 im ordentlichen Ergebnis auszuweisen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 712 T€ in 2019 herabgesetzt wurden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.080.067	2,7	5.227.400	6,2	3.147.333	>100,0
privatrechtliche Entgelte	35.204.993	45,3	35.900.823	42,5	695.830	2,0
Kostenerstattungen und Umlagen	39.949.553	51,4	42.749.862	50,6	2.800.309	7,0
Bestandsveränderungen	454.857	0,6	-188.979	-0,2	-643.836	>100,0
sonstige ordentliche Erträge	17.090	0,0	821.345	0,9	804.256	>100,0
Ordentliche Erträge	**77.706.560**	**100,0**	**84.510.452**	**100,0**	**6.803.892**	**8,8**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400 Euro als Ertrag ausgewiesen. Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 6.803.893,09 Euro gestiegen. Die Steigerung der privatrechtlichen Entgelte ist im Wesentlichen auf gestiegene Mieterträge (rd. 695.830 Euro) zurückzuführen. Die gestiegenen Kostenerstattungen sind im Wesentlichen auf höhere Betriebskostenerstattungen (rd. 2.457.775 Euro) und höheren Honorarerlöse der Sonderrechnung (rd. 1.182.915 Euro) zurückzuführen. Dem entgegen stehen geringere Erlöse für Aufträge anderer Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig (rd. 767.749 Euro) und dem Wegfall des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (150.000 Euro).

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	16.906.900	20,8	15.303.484	18,5	-1.603.416	-9,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.712.300	77,3	65.781.958	79,5	3.069.658	4,9
Abschreibungen	167.600	0,2	169.031	0,2	1.431	0,9
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.317.200	1,7	1.445.303	1,8	128.103	9,7
Ordentliche Aufwendungen	**81.104.000**	**100,0**	**82.699.776**	**100,0**	**1.595.776**	**2,0**

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um 1.595.776 Euro über dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. In der 2018 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass zusätzliches Personal zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Bei der Planung für 2019 wurde angenommen, dass bis Ende 2019 alle zusätzlich geschaffenen Planstellen besetzt sind. Trotz großer Anstrengungen bei den Stellenausschreibungen, konnte nur rund die Hälfte der freien Stellen besetzt werden (siehe vorstehende Tabelle, in der Pos. Aufwendungen für aktives Personal enthalten).

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 3.137.300 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltungsaufwendungen für eigene Gebäude rd. 1.448.900 Euro
- Mehraufwendungen Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 191.700 Euro
- Mehraufwendungen für Stellenanzeigen rd. 156.300 Euro,
- Minderaufwendungen für die Aufträge anderer Organisationseinheiten rd. 1.098.000 Euro,
- Minderaufwendungen für Material und Fremddienstleistungen rd. 432.400 Euro,
- Minderaufwendungen für EDV-Lizenzen rd. 81.100 Euro
- Minderaufwendungen in den restlichen Aufwandspositionen rd. 253.000 Euro

Aufgrund der Verschiebung des Einsatzes des neuen CAFM-Programmes und einer verschobenen Vergabemaßnahme für ein CAD-Verfahren werden Haushaltsreste für Fremd-dienstleistungen in Höhe von 325.800 Euro gebildet. Weiterhin werden Haushaltsreste in Höhe von 48.200 Euro für verschobene Fortbildungsmaßnahmen, Umzugsmaßnahmen und Reparaturmaßnahmen gebildet (siehe dazu auch Pkt. 4 und Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichtes).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben (Ist-Vergleich)

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	14.101.143	17,3	15.303.484	18,5	1.202.341	8,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.643.601	80,8	65.781.958	79,5	3.138.357	5,0
Abschreibungen	227.389	0,1	169.031	0,2	58.359	-25,7
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.312.742	1,8	1.445.303	1,8	132.561	10,1
Ordentliche Aufwendungen	**78.284.875**	**100,0**	**82.699.776**	**100,0**	**-4.414.901**	**5,6**

Die Aufwendungen lagen insgesamt um 4.414.901 Euro über dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. Die größeren Abweichungen zwischen „Ist 2018" und „Ist 2019" sind dabei:

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 2.457.100 Euro,
- Mehraufwendungen für Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 582.600 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltung rd. 547.500 Euro,
- Mehraufwendungen für Pacht rd. 163.400 Euro,
- Mehraufwendungen für Material und Fremddienstleistungen rd. 120.000 Euro
- Mehraufwendungen in den restlichen Aufwandspositionen rd. 334.000 Euro,
- Minderaufwendungen für die Aufträge anderer Organisationseinheiten rd. 1.066.200 Euro.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (siehe dazu auch Pkt. 5.3).

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Im Jahr 2019 sind Aufwendungen in Höhe von 19.338,28 Euro für in 2018 durchgeführte Dienstleistungen angefallen.

Im Ergebnishaushalt der Sonderrechnung sollen die Aufwendungen grundsätzlich durch entsprechende Erträge abgedeckt sein. Für den Fall, dass dennoch Fehlbeträge entstehen, sind diese durch Entnahmen aus der Nettoposition auszugleichen.

6. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2019 verminderte sich der Finanzmittelbestand auf 68,36 Euro. Die Sonderrechnung führt eine Nebenzahlstelle, deren Finanzmittelbestand auf 200 Euro begrenzt ist.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 81.908.774,60 Euro stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 78.807.731,14 Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo von 3.101.043,46 Euro.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.227.400	6,4	7.307.467	8,9	2.080.067	39,8
privatrechtliche Entgelte	35.583.400	43,9	35.824.218	43,7	240.818	0,7
Kostenerstattungen und Umlagen	40.278.200	49,7	38.639.463	47,2	-1.638.737	-4,1
sonstige haushaltswirk-samen Einzahlungen	15.000	0,0	137.626	0,2	122.626	>100
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**81.104.000**	**100,0**	**81.908.775**	**100,0**	**804.775**	**1,0**

Die Differenz zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Bestandsveränderungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen. Die Veränderungen bei den Kostenerstattungen und Umlagen beruhen im Wesentlichen darauf, dass Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2017 und 2018 nicht gezahlt wurden.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	15.630.400	19,8	14.916.887	18,9	-913.513	-5,8
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	64.029.500	80,2	63.890.844	81,1	-138.656	-0,2
sonstige ordentliche Auszahlungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**79.859.900**	**100,0**	**78.807.731**	**100,0**	**-1.052.169**	**-1,3**

Die Differenz zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (Ziffer 5.5) ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Der Differenzbetrag bei der Position „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen" ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 gebildete Rückstellungen erst in 2020 oder später zahlungswirksam werden. Diese zeitliche Verschiebung stand zum Zeitpunkt der Aufstellung der Planung noch nicht fest.

6.3 Investitionstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von immateriellen und beweglichem Sachvermögen	379.851	100,0	146.873	100,0	-232.978	-61,3
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**379.851**	**100,0**	**146.873**	**100,0**	**-232.978**	**-61,3**

Bei dem Erwerb von beweglichem Sachvermögen handelt es sich im Wesentlichen um ein Kraftfahrzeug sowie um geringwertige Wirtschaftsgüter, Maschinen und Werkzeuge für den Betriebshandwerklichen Dienst. Eine geplante Softwareanschaffung und die Anschaffung einer Absauganlage konnten aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsreste werden gebildet (siehe dazu Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichts).

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2019 sind keine Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Bei dem sich ergebenden Betrag in Höhe von 2.954.241,36 Euro handelt es sich um einen Betrag, der dem Cashpool der Stadt Braunschweig zugeführt wurde.

7. Saldo aus Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Für 2019 wurde ein Haushaltsplan gem. NKomVG aufgestellt, bei dem sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen gegenseitig deckungsfähig sind. Somit war die Beantragung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht erforderlich.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der Durchführung der Bauprojekte wird im Rahmen des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig dargestellt. Die Sonderrechnung hat keine eigenen Verpflichtungsermächtigungen.

Braunschweig, den 25. September 2020

- gez. Eckermann -
stellv. Fachbereichsleiter Sonderrechnung
Fachbereich 65 Hochbau
und Gebäudemanagement

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Anlagenübersicht
2. Forderungsübersicht
3. Schuldenübersicht
4. Rückstellungsübersicht

1. Anlagenübersicht

ANLAGENÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2018 - Euro-	Zugänge - Euro-	Abgänge - Euro-	Umbuchungen - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2018 - Euro-	Abschreibungen - Euro -	Abgänge - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2018 - Euro-
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	296.512,00	0,00	0,00	0,00	296.512,00	127.016,18	29.924,00	0,00	0,00	156.939,18	139.572,82	169.496,82
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	889.955,36	146.873,10	55.255,79	0,00	981.572,67	597.466,59	106.737,42	55.150,22	0,00	649.053,79	332.518,88	292.488,77
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	1.186.467,36	146.873,10	55.255,79	0,00	1.278.084,67	724.481,77	136.661,42	55.150,22	0,00	805.992,97	472.091,70	461.985,59

931 von 1437 in Zusammenstellung

TOP 23

2. Forderungsübersicht

FORDERUNGSÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	18.742.549,67	18.742.549,67	0,00	0,00	11.130.257,69	7.612.291,98
Summe aller Forderungen	18.742.549,67	18.742.549,67	0,00	0,00	11.130.257,69	7.612.291,98

933 von 1437 in Zusammenstellung

TOP 23

3. Schuldenübersicht

SCHULDENÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.085.469,87	4.085.469,87	0,00	0,00	3.685.607,41	399.862,46
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	146.272,63	146.272,63	0,00	0,00	142.750,28	3.522,35
Schulden insgesamt	4.231.742,50	4.231.742,50	0,00	0,00	3.828.357,69	403.384,81

935 von 1437 in Zusammenstellung

4. Rückstellungsübersicht

RÜCKSTELLUNGSÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme - Euro -	Auflösungen - Euro -	Herabsetzung - Euro -	Gesamtbetrag 31.12.2018 - Euro -	mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.711.040,56	1.934.188,00	662.046,00	404.696,19	712.001,98	2.555.586,71	155.453,85
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	10.879.689,95	9.737.392,31	4.950.047,48	66.504,04	41.627,85	6.200.477,31	4.679.212,64
Rückstellungen insgesamt	13.590.730,51	11.671.580,31	5.612.093,48	471.200,23	753.629,81	8.756.064,02	4.834.666,49

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
Braunschweig

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Ziffer 3.) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (siehe Ziffer 2.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (siehe Ziffer 3.), sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde im Wesentlichen das Finanzwesenverfahren SAP angewandt.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 20.097.569,91 Euro im Jahresabschluss 2019 beträgt die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition 2.275.096,90 Euro. Dies führt im Verhältnis zur Bilanzsumme zu einer Nettopositionsquote von 11,3 gegenüber 0,00 % vom Vorjahr.

Als Jahresergebnis wird ein Ergebnis in Höhe von 2.275.096,90 Euro ausgewiesen. Bei diesem Ergebnis ist bereits ein Zuschuss durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400,00 Euro berücksichtigt. Gegenüber dem für 2019 geplanten ausgeglichenen Haushalt wurde eine Verbesserung von 2.275.096,90 Euro erreicht.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird insbesondere durch das Zahlungsverhalten der Stadt Braunschweig für die Erstattung der von der Sonderrechnung verauslagten Betriebskosten und Bauprojektrechnungen beeinflusst. Die Sonderrechnung hat in 2019 und dem davorliegenden Zeitraum keine Liquiditätskredite benötigt.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch die Vergütung der Leistung der Sonderrechnung für andere Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig und die Mieteinnahmen finanziert.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2019 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 84.510 TEuro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 82.700 TEuro einen Überschuss bei dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.810.676,09 Euro auf. Der Überschuss im ordentlichen Ergebnis ist im Wesentlichen auf den Zuschuss der Stadt Braunschweig zurückzuführen.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde ein Überschuss in Höhe von 464.420,81 Euro erzielt. Dieser Betrag ist im Wesentlichen auf die Auflösung von gebildeten Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Rückstellungsbildung erfolgt auf Basis des Vorsichtsprinzips.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt ein Ergebnis in Höhe von 2.275.096,90 Euro aus. Weiterhin sind hier auf 2020 zu übertragene Reste in Höhe von 374.000 Euro zu berücksichtigen.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss in Höhe von 3.101.043,46 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 4.143.383,88 Euro). Die Differenz zur Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus Bestandsveränderungen und Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen) nicht zahlungswirksam sind. Zudem kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Saldo in Höhe von -146.873,10 Euro (Vorjahr: -205.712,80 Euro).

Aus den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen ergab sich ein Saldo der Einzahlungen in Höhe von 2.954.170,36 Euro (Vorjahr: Überhang der Auszahlungen 4.349.189,01 Euro). In den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen werden die Ein- und Auszahlungen für die im Auftrage der Stadt Braunschweig umgesetzten Neu-, Umbauten und Erweiterungsbaumaßnahmen abgebildet.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 68,36 Euro (Vorjahr: 139,36 Euro).

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Sonderrechnung hat keine Geldschulden und Kredite aufgenommen.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich von 139,36 Euro auf 68,36 Euro vermindert. Der Zahlungsverkehr wird über die Stadtkasse der Stadt Braunschweig abgewickelt. Die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement verfügt lediglich über eine Geldannahmestelle.

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 wurden entsprechend des städtischen Haushaltes einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen des Vorjahres verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes (RdErl. D. MI v. 13.12.2017 – 33.1-10300/3-) hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Die Kennzahlen zur Abschreibungsintensität und Reinvestitionsquote spielen aufgrund des geringen Anlagevermögens nur eine untergeordnete Rolle. Da das Kassengeschäft komplett über die Stadt Braunschweig abgewickelt wird, haben die Kennzahlen zur Zinslastquote (0 %), Liquiditätsquote (0 %) und Verschuldungsgrad (0 %) keine Aussagekraft, und es wurde deshalb auf eine Darstellung verzichtet.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen zusammengestellt:

Kennzahlen der Bilanz

A. Kapitalstruktur – Nettopositionsquote

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Nettoposition	0,0 Mio. €	0,0 Mio. €	2,3 Mio. €
Bilanzsumme	13,6 Mio. €	12,6 Mio. €	20.1 Mio. €
Nettopositionsquote	0,0%	0,0%	11,3%

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Sonderrechnung zur Durchführung der Hochbaumaßnahmen der Stadt Braunschweig gegründet wurde und die Betreuung der stadteigenen Gebäude übernimmt. Aus diesem Grunde ist auch das Anlagevermögen sehr gering. Die Höhe der Bilanzsumme ist abhängig von der Entwicklung des umzusetzenden Bauvolumens. Im Rahmen des Jahresabschlusses werden u.a. die nichtberechneten Leistungen bei den Hochbaumaßnahmen bewertet. Der ermittelte Betrag wird sowohl bei den Forderungen gegenüber der Stadt Braunschweig sowie bei den Rückstellungen ausgewiesen. In 2019 betrug dieser Wert rd. 9,6 Mio. Euro (Vorjahr rd. 5,0 Mio. Euro). Dies wirkt sich über die Höhe der Forderungen und der Rückstellungen unmittelbar auf die Bilanzsumme aus.

B. Finanzstruktur

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto führt und die liquiden Mittel täglich im Rahmen des Cashpools verwaltet werden, können hier keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden. Die Sonderrechnung hat keine Kredite.

C. Kennzahlen der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.002,044,85 €	0,00 €	2.275.096,90 €

Nähere Erläuterungen zum Vorjahresvergleich sind ausführlich im Anhang dargestellt.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	0,00	+1.810.676,09	+1.810.676,09
Außerordentliches Ergebnis	0,00	+464.420,81	+464.420,81
Gesamtergebnis	0,00	+ 2.275.096,90	+2.275.096,90

Bei dem Ergebnis ist bereits der Zuschuss in Höhe von 5.227.400,00 Euro durch die Stadt Braunschweig berücksichtigt. Ohne diesen Zuschuss würde das ordentliche Ergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von 3.416.723,91 Euro betragen. Der erhebliche Instandhaltungsbedarf für die Gebäude der Stadt ist maßgeblich an dem negativen ordentlichen Ergebnis beteiligt. Die Stadt hat dem hohen Instandhaltungsbedarf bereits mit zusätzlichen Mitteln Rechnung getragen. Das außerordentliche Ergebnis beruht im Wesentlichen darauf, dass gebildete Rückstellungen für Instandhaltung aufzulösen waren. Entweder war der Abarbeitungszeitraum von 3 Jahren überschritten oder gebildete Rückstellungen wurden nicht in dem gebildeten Umfang benötigt. Nicht benötigte Rückstellungsbeträge sind gem. KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis darzustellen und dürfen nicht mit den entstandenen Aufwendungen saldiert werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung
	2018	2019	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	- 578.315,36	+1.810.676,09	+2.388.991,45
Außerordentliches Ergebnis	+578.315,36	+464.420,81	-113.895,55
Gesamtergebnis	0,00	+2.275.096,90	+2.275.096,90

Bei der Ergebnisbetrachtung ist die Entwicklung ohne die Berücksichtigung des Zuschussbedarfes sinnvoll. Bereinigt um den Zuschuss der Stadt Braunschweig ist der Fehlbedarf von rd. 2.658 TEuro in 2018 auf rd. 3.417 TEuro gestiegen. Dies liegt zum einen an den gestiegenen Personalkosten und zum anderen an dem immer noch steigenden Instandhaltungsbedarf der Immobilien.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.244.100,00	3.101.043,46	+1.856.943,46
Saldo aus Investitionstätigkeit	-334.000,00	-146.873,10	+187.126,90
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-910.100,00	-2.954.241,36	-2.044.141,36
Endbestand an Zahlungsmitteln	200,00	68,36	-131,64

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto besitzt und der Zahlungsverkehr über die Stadtkasse abgewickelt wird, ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2019 in Höhe von 68,36 Euro in der von der Sonderrechnung verwalteten Nebenzahlstelle.

Die Veränderung gegenüber dem Planansatz beruht im Wesentlichen darauf, dass für 2018 geplante Einzahlungen (Erstattung von Betriebskosten für den Zeitraum 2017/2018) in 2019 durch die Kernverwaltung nicht vorgenommen wurden und die Auszahlungen für Betriebskosten höher als geplant waren.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung
	2018	2019	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.143.383,88	3.101.043,46	+7.244.427,34
Saldo aus Investitionstätigkeit	-205.712,80	-146.873,10	+58.839,72
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	4.349.189,01	-2.954.241,36	-7.303.430,37
Endbestand an Zahlungsmitteln	136,36	68,36	-68,00

Das Ergebnis der Entwicklung der Finanzrechnung ist stark geprägt durch das Zahlungsverhalten der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig. Die Sonderrechnung stellt der Stadt Braunschweig für separat beauftragte Leistungen und die Betriebskostenabrechnungen separate Rechnungen. Die Zahlungen der Rechnungen erfolgen in Abhängigkeit der Prüfungsdauer und Zahlungsfreigabe durch die beauftragenden Organisationseinheiten.

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Im Jahr 2019 stand der Sonderrechnung für die Umsetzung von Projekten des Haushalts der Stadt ein Investitionsvolumen von rd. 63.435 TEuro zur Verfügung. Darüber hinaus standen Haushaltsreste der Stadt Braunschweig im Umfang von 38.399 TEuro aus dem Vorjahr zur Verfügung. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte ein Betrag von rd. 64.509 TEuro bearbeitet werden (kassenwirksame Mittel: 37.695 TEuro; Rückstellungen: 8.571 TEuro; Obligo: 21.234 TEuro). Für einen Betrag von 51.663 TEuro (Obligo: 21.234 TEuro; ungebundene, aber benötigte Mittel: 30.429 TEuro) wurde bei der Stadt Braunschweig die Übertragung auf das Jahr 2019 beantragt. Darüber hinaus hat die Sonderrechnung Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten mit einem Volumen von ca. 2.899 TEuro abgewickelt.

Als besondere Ereignisse sind für das Jahr 2019 folgende Punkte zu nennen:

- Fortführung der Umsetzung der Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft in Braunschweig
- Weiterhin Umsetzung des Schulsanierungsprogrammes (z.B. GS/HS Rüningen, Gymnasium HvF mit Neubau der Umkleideräume, IGS Franzsches Feld, RS J.-F.-Kennedy Platz,)
- Beginn von Schulerweiterungsbauten für die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb (GS Waggum, GS Lamme, GS Isoldestraße, GS Edith Stein, GS Comeniusstraße)
- Fertigstellung der Neubauarbeiten für die Kita Schwedenheim und Erweiterung der Kita Schölkestraße
- Fortführung der Brandschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas
- Fortführung der Ausschreibungen und Arbeiten für den Neubau der Einsatzleitstelle der Berufsfeuerwehr
- Fertigstellung und Einweihung des Ersatzbaus der Sporthalle Lehndorf

Weitere kleinere Maßnahmen wurden vorwiegend in den Schulen und Kindergärten umgesetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des PPP-Vertrages sind die von HOCHTIEF garantierten Verbräuche der Medien Wasser / Abwasser, Strom und Wärme. Für das Jahr 2019 wurden die vereinbarten Medienverbräuche Wärme, Wasser und Strom nach den vorläufigen Zahlen nicht nur eingehalten, sondern unterschritten. Nach den vertraglichen Regelungen verbleiben 50 % der Einsparung aus der Unterschreitung der Medienverbräuche bei der Stadt Braunschweig, die anderen 50 % der Unterschreitung sind an Hochtief als Bonus auszuzahlen. Für 2019 bedeutet dies nach einer ersten Berechnung, dass an Hochtief ein Bonus in Höhe rd. 6 TEuro auszuzahlen ist.

Weiterhin ist Aufragnehmer nach der Musterkalkulation des PPP-Projektvertrages (Anlage 57.4 ii) berechtigt, auf eigene Rechnung und nach vorheriger Abstimmung mit der Stadt und dem jeweiligen Energieversorgungsunternehmen, in Verbindung mit durchgeführten Auftragnehmer eigenen energetischen Sanierungsmaßnahmen, die Anschlusswerte für fernwärmeversorgte Objekte anzupassen. Ergibt sich aus der Verringerung der Anschlusswerte ein niedriger Grundpreis für die Fernwärmeversorgung, ohne dass dies gleichzeitig zu einer Erhöhung des Abnahme- bzw. Arbeitspreises für die Fernwärmeversorgung führt, so stehen die sich daraus nachweislich ergebenden Minderkosten dem Auftragnehmer zu. Aufgrund von im Rahmen der laufenden Sanierung durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen, die über das vereinbarte Vertragssoll (Zielhorizonte) hinausgingen, konnten als Ergebnis dieser energetischen Sanierungen die Fernwärmeanschlussleistungen reduziert werden. Für das Jahr 2019 belaufen sich die in diesem Zusammenhang zu erstattenden Kosten auf rd. 113 TEuro. Unter Berücksichtigung des Bonus aus den Medienverbräuchen in Höhe von rd. 6 TEuro wären somit, auf der Basis der vorläufigen Zahlen des Jahres 2019, rd. 119 TEuro an Hochtief aus dem Haushalt der Kernverwaltung zu erstatten

Die wesentlichen Anteile der Aufwendungen entfallen auf die Betriebskosten, die an die Stadt zu leistenden Pachtzahlungen und die Personalkosten. Die in 2017 durchgeführte Organisationsuntersuchung hat den Bedarf von 44,7 zusätzlichen Stellen zur Aufgabenerledigung der Sonderrechnung ermittelt. Mit der Besetzung dieser Stellen wurde in 2018 begonnen. Allerdings konnten trotz vielen Stellenausschreibungen und den damit verbundenen Stellenanzeigen bislang noch nicht alle Stellen besetzt werden.

Im Aufwandsbereich ist die Höhe der gemäß Pachtvertrag durchzuführenden Instandhaltungsaufwendungen maßgebend. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Instandhaltungsbedarf für die vom FB 65 im Auftrag der Stadt verwalteten Flächen stark angestiegen ist. Im Rahmen der durchgeführten Organisationsuntersuchung wurde ein erheblicher Instandhaltungsbedarf festgestellt. Dies wird in den nächsten Jahren zu einem höheren Zuschussbedarf durch die Kernverwaltung führen.

3.4 Haushaltsreste

Gem. §20 KomHKVO können Ermächtigungen für Aufwendungen und für Investitionen auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 374.000 Euro übertragen. Weiterhin werden Haushaltsreste für Auszahlungen für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen in Höhe von 227.378,40 Euro übertragen. Gem. §55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

In 2019 betrugen die Vorräte 714 TEuro (Vorjahr: 905 TEuro) Die teilfertigen Leistungen werden in der Bilanz unter den Vorräten als Teil des Anlagevermögens abgebildet und betrugen 671 TEuro (Vorjahr: 860 TEuro). Die teilfertigen Leistungen betreffen Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten, die zum Jahresabschluss ausgeführt, aber noch nicht berechnet wurden. Die Buchwerte zum 31.12.2019 für das übrige Anlagevermögen betragen rund 472 TEuro und teilen sich auf Dienstfahrzeuge, Lagerbestände, Software-Lizenzen sowie Büro- und Geschäftsausstattung auf.

Zum 31.12.2019 ist der Ausweis der Forderungen gegen die Stadt Braunschweig im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die ausstehenden Eingangsrechnungen aus dem Baubereich wurden als Rückstellungen bei der Sonderrechnung erfasst und gegenüber der Stadt Braunschweig in gleicher Höhe als Forderung ausgewiesen. Insgesamt sind die Forderungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 7,6 Mio. Euro gestiegen.

Die Forderungen aus den Betriebskosten sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,0 Mio. Euro auf rd. 4 Mio. Euro gestiegen. Bestehende Rückstellungen für die Gebäudeinstandhaltung wurden abgebaut, herabgesetzt bzw. aufgelöst. Insgesamt wurden rd. 1,8 Mio. Euro an vorhandenen Rückstellungen abgearbeitet und es wurden für rd. 1,9 Mio. Euro neue Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet. Grundlage für die Bildung dieser Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die Sonderrechnung ist im Auftrage der Kernverwaltung für die Umsetzung von Hochbaumaßnahmen zuständig. Die Erstattung der tatsächlichen Kosten erfolgt durch den städtischen Haushalt.

Darüber hinaus ist die Sonderrechnung mit der Bewirtschaftung der Gebäude der Stadt beauftragt. Die in diesem Zusammenhang anfallenden Betriebskosten werden von den nutzenden Organisationseinheiten erstattet. Die daneben anfallenden Instandhaltungsaufwendungen zur Aufrechterhaltung der Betriebs- und Verkehrssicherheit der Gebäude sind jedoch aus Mitteln der Sonderrechnung zu bestreiten, insbesondere aus der Differenz zwischen Pachtaufwand und Mieterlösen.

Der Ausgleich von Fehlbeträgen aus dem ordentlichen Ergebnis kann gem. § 24 Abs. 1 KomHKVO mit Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses erfolgen. Ein verbleibender Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses kann mit einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses oder durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gedeckt werden. In 2019 wurde vor Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.417 TEuro im ordentlichen Ergebnis realisiert. Im außerordentlichen Ergebnisses wurde ein positives Ergebnis in Höhe von 464 TEuro erreicht wird. Nach Berücksichtigung des von der Stadt ‚Braunschweig gezahlten Zuschusses in Höhe von 5.202 TEuro, wird ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 2.275 TEuro ausgewiesen.

Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

1. Rechtliche Grundlagen

Vorjahresabschlüsse

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde vom Rat der Stadt Braunschweig am 17. Oktober 2019 beschlossen.

Grundlagen der Sonderrechnung

Grundlage für die Sonderrechnung ist neben den Vorschriften des NKomVG die KomEinrVO sowie die KomHKVO.

Firma, Sitz

Stadt Braunschweig, Sonderrechnung Fachbereich 65, Hochbau und Gebäudemanagement, Braunschweig.

Organisatorische Eingliederung

Die Sonderrechnung wird als optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung geführt und ist vollständig in die Organisation der allgemeinen Verwaltung der Stadt Braunschweig integriert. Sie ist formalrechtlich kein Sondervermögen im Sinne des § 130 NKomVG der Stadt, wird aber auf Grund der wirtschaftlichen Verselbstständigung i.S.d. § 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 NKomVG als solches behandelt.

Satzung

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für das. Haushaltsjahr 2019 vom 18. Dezember 2018.

Gegenstand der Sonderrechnung

Gegenstand der Sonderrechnung ist die Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften der Stadt Braunschweig und der Neu-, Um- und Ausbau sowie die Unterhaltung von Gebäuden.

Die Sonderrechnung verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

Leitung der Sonderrechnung

Die fachliche Leitung der Sonderrechnung erfolgt stellvertretend durch Herrn Wilhelm Eckermann, Braunschweig.

2. Steuerliche Verhältnisse

Die Sonderrechnung gehört nicht zu den Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des Körperschaftssteuergesetzes (§ 4 Abs. 1 bis 3 i. V. m. Abs. 5 KStG), zu den Gewerbebetrieben im Sinne des Gewerbesteuergesetzes (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GewStG i. V. m. § 2 Abs. 2 GewStDV und § 15 Abs. 2 EStG) und ist auch nicht gewerblich oder beruflich tätig im Sinne des Umsatzsteuergesetzes (§ 2 Abs. 3 Satz 1 UStG). Es besteht daher keine Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuerpflicht.

3. Wirtschaftliche Grundlagen

Wichtige Verträge

Pachtvertrag zwischen der Stadt Braunschweig (Verpächterin) und dem Fachbereich 65 vom 04. August 2006. Nach diesem Vertrag pachtet der Fachbereich 65 den gesamten Gebäude- und Liegenschaftsbestand der Stadt Braunschweig. Der Vertrag beginnt mit dem 01. Januar 2005 und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Der Pachtzins beträgt zum Zeitpunkt der Übertragung Mio. € 18 p.a. und ändert sich gemäß § 6 Abs. 3 durch Veränderungen der Pachtobjekte. Die Pächterin vermietet ihrerseits die Gebäude an die jeweilig nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig.

Die Auftraggeber beauftragen die Stadt Braunschweig mit der Verwaltung und der Organisation der Bauunterhaltung von Gebäuden und den dazugehörigen Grundstücken. Die Wahrnehmung der nach Maßgabe dieses Vertrages übertragenen Aufgaben erfolgt durch den Fachbereich 65 der Stadt Braunschweig.

Die Gebäude und die dazugehörigen Grundstücke, mit deren Verwaltung die Stadt beauftragt wird (Verwaltungsobjekte), ergeben sich aus einer **Anlage zum Vertrag**, die Bestandteil des Vertrages ist.

Die Stadt verpflichtet sich, die Verwaltungsobjekte mit der Sorgfalt eines ordentlichen Verwalters zu verwalten und im Interesse des Auftraggebers die kaufmännische und technische Verwaltung, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie darüber hinausgehende Verwaltungsaufgaben und Baumaßnahmen nach Maßgabe dieses Vertrags wahrzunehmen.

Jahresabschluss

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019
der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 16. 7. 20

Geiger
Erster Stadtrat

Jahresabschluss Sonderrechnung Stadtentwässerung
Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Bilanz	
1.	Komprimierte Darstellung Bilanz	
2.	Bilanz	
3.	Vermerke unterhalb der Bilanz	
II.	Gesamt-Ergebnisrechnung	
III.	Gesamt-Finanzrechnung	
IV.	Anhang	
1.	Allgemeine Erläuterungen	1
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	2
3.	Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	3
4.	Weitere Erläuterungen zur Bilanz	8
5.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	8
6.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung	12
7.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	14
8.	Verpflichtungsermächtigungen	14
V.	Anlagen zum Anhang	
1.	Anlagenübersicht	
2.	Forderungsübersicht	
3.	Schuldenübersicht	
4.	Rückstellungsübersicht	
VI.	Rechenschaftsbericht	
1.	Vorbemerkungen	1
2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung	1
3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft	4
4.	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	11
5.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung	12
6.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung	12

Hinweis: In den Tabellen des Anhangs und des Rechenschaftsberichts werden überwiegend gerundete Zahlen verwendet. Es kommt daher innerhalb der Tabellen in einzelnen Fällen zu Rundungsdifferenzen bei den Beträgen und den Prozentangaben.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

I. Bilanz

Sonderrechnung Stadtentwässerung

1. **Komprimierte Darstellung Bilanz**
2. **Bilanz**
3. **Vermerke unterhalb der Bilanz**

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	584.518,70	597.578,28	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	36.269.736,55	36.125.700,14
2. Sachvermögen	189.029.363,86	183.099.360,30	1.2 Rücklagen	22.461.633,76	21.776.208,62
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	-2.903.394,95	359.255,93
3. Finanzvermögen	6.438.339,13	6.338.951,23			
			1.4 Sonderposten	25.269.946,29	22.829.774,08
4. Liquide Mittel	18.229.581,18	17.572.098,57		81.097.921,65	81.090.938,77
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.403.220,28	3.203.312,47	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	693.809,13	1.040.829,86
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	149.273,38	260.359,16
				843.082,51	1.301.189,02
			3. Rückstellungen	1.731.586,59	2.037.162,72
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	134.012.432,40	126.382.010,34
Bilanzsumme	217.685.023,15	210.811.300,85		217.685.023,15	210.811.300,85

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 169.774,45 €; 2019 = 299.491,35 €

Braunschweig, den 15.7.2020

i.A.

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

2. Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	0,00	0,00	1.1.1 Reinvermögen	36.269.736,55	36.125.700,14
1.3 Ähnliche Rechte	584.518,70	597.578,28	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		36.269.736,55	36.125.700,14
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	584.518,70	597.578,28	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare		
2. Sachvermögen			Vermögensgegenstände	39.410,00	39.410,00
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	8,00	1,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	22.422.223,76	21.736.798,62
2.3 Infrastrukturvermögen	189.027.014,44	183.097.610,88		22.461.633,76	21.776.208,62
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3,00	1,00	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	1.553,00	962,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages	-2.903.394,95	359.255,93
2.8 Vorräte	0,00	0,00	der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	785,42	785,42		-2.903.394,95	359.255,93
	189.029.363,86	183.099.360,30			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	4.783.510,00	4.679.636,18
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	13.090.048,31	10.872.078,50
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	1.848.905,49	261.679,09	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	7.396.387,98	7.278.059,40
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.183.298,05	3.905.098,53		25.269.946,29	22.829.774,08
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	445.711,60	333.280,67		81.097.921,65	81.090.938,77
3.9 Durchlaufende Posten und	960.423,99	1.838.892,94			
sonstige Vermögensgegenstände			2. Schulden		
	6.438.339,13	6.338.951,23	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	18.229.581,18	17.572.098,57	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.403.220,28	3.203.312,47	2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				0,00	0,00

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 169.774,45 €; 2019 = 299.491,35 €

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	693.809,13	1.040.829,86
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
			für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	8.539,35	4.911,95
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	0,00	0,00
				8.539,35	4.911,95
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	140.734,03	255.447,21
				149.273,38	260.359,16
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	21.500,00	20.300,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	0,00	0,00
			geschlossener Abfalldeponien		
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und	0,00	0,00
			von Steuerschuldverhältnissen		
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus	6.348,00	4.232,00
			Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren		
			3.8 Andere Rückstellungen	1.703.738,59	2.012.630,72
				1.731.586,59	2.037.162,72
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	134.012.432,40	126.382.010,34
Bilanzsumme	217.685.023,15	210.811.300,85		217.685.023,15	210.811.300,85

Braunschweig, den 15.7.2020

i.A.
Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

3. Vermerke unterhalb der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig bestehen folgende Vorbelastungen:

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	in Euro
Haushaltsreste aus dem Vorjahr	0,00
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0,00
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	0,00
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus	21.945,34
Summe der Vorbelastungen	**21.945,34**

Sonstige langjährige Verpflichtungen/Auslagerung operativer Tätigkeiten:

Die operativen Aufgaben der Stadtentwässerung werden überwiegend durch Dritte wahrgenommen (s. a. Nr. 1.1 des Anhangs). Die vorliegenden Verträge sind zu marktüblichen Bedingungen im Ausschreibungsverfahren zustande gekommen. Die notwendigen Ratsbeschlüsse und Genehmigungen liegen vor. Im Einzelnen ergeben sich folgende Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Betriebsentgeltes und eines jährlichen Kapitalkostenentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Stadtentwässerung an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages (Vertrag bis zum 31. Dezember 2035):

2019	24.749.905,43 €
Plan 2020	26.708.900,00 €
Prognose 2020 - 2024	117,7 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 358 Mio. €. Dabei ergibt sich für das zu zahlende Betriebskostenentgelt ein Anteil von rd. 247 Mio. € und für das zu zahlende Kapitalkostenentgelt ein Anteil von rd. 111 Mio. €. Bei der Prognose für die kommenden 5 Jahre bzw. bis Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen, Zinsanpassungen und Investitionen nicht berücksichtigt.

  Die Unterhaltung der bestehenden Kanäle sowie die Erhaltung und Erweiterung des Kanalnetzes wird durch den zwischen der Stadtentwässerung Braunschweig (SE|BS) und der Stadt Braunschweig abgeschlossenen Abwasserentsorgungsvertrag sichergestellt. Die regelmäßige Fortschreibung der Betriebsentgelte ist mit der allgemeinen Preisentwicklung gekoppelt. Die für die von der SE|BS vorgenommenen Investitionen zu zahlenden Entgelte bemessen sich allein nach den Abschreibungen und Zinsen für das geschaffene Vermögen. Diese Vereinbarungen tragen zu einer Stabilität der Entwässerungsgebühren bei.

Am Ende der Vertragslaufzeit ist eine Rückübertragung des von der SE|BS angeschafften und dort aktivierten Anlagevermögens zu dem dann noch vorhandenen Restwert vorgesehen. Der Rückübertragungswert am Ende der Vertragslaufzeit, der sich aus den bis 2019 getätigten Investitionen ergibt, beträgt 147.943.056,56 € brutto (rd. 124,3 Mio. € netto). Der hierfür erforderlichen Finanzierung steht dann das Anlagevermögen in entsprechender Höhe gegenüber.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Reinigung des Abwassers (2019: 19.088.570,67 € /Ansatz 2020: 21.480.300 €). Die Mitgliedschaft ist unbegrenzt, es ist für die Dauer der Mitgliedschaft mit jährlichen Aufwendungen in entsprechender Höhe unter Berücksichtigung der jährlichen Preissteigerungen zu rechnen.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Kanalnetznutzung (Vertrag bis zum 31. Dezember 2035):

2019	11.976.684,84 €
Plan 2020	11.781.300,00 €
Prognose 2020 – 2024	57,1 Mio. €

Für die Zeit bis zum Vertragsende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 161 Mio. €. Hierbei wurden die Auswirkungen zukünftiger Zinsanpassungen nicht berücksichtigt.

Der Abwasserverband Braunschweig (AVB) hat mit dem Kanalnetznutzungsvertrag die Nutzungsrechte an dem öffentlichen Kanalnetz der Stadt Braunschweig erworben. Der AVB hat damit sichergestellt, dass ihm das für den Betrieb seines Klärwerkes erforderliche Abwasser langfristig zugeleitet wird. Der Kaufpreis ist zur Konsolidierung von Haushalt und Sonderrechnung verwandt worden. Die günstigen Finanzierungskonditionen, die der AVB erreichen konnte und deren Vorteile der AVB an die Stadt weitergibt, unterstützen die Konsolidierung der Sonderrechnung und tragen ebenfalls zur Stabilität der Entwässerungsgebühren bei.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	103.874,07	103.873,82	103.700,00	173,82	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.655.652,28	49.477.589,20	52.346.600,00	-2.869.010,80	
6	Privatrechtliche Entgelte	7.637.842,63	7.660.191,44	7.695.400,00	-35.208,56	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.306.075,45	7.809.202,25	7.838.100,00	-28.897,75	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.547,46	3.216,22	6.900,00	-3.683,78	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	133.538,45	192.392,14	127.500,00	64.892,14	
12	**Summe ordentliche Erträge**	61.843.530,34	65.246.465,07	68.118.200,00	-2.871.734,93	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	415.825,67	432.829,12	460.400,00	-27.570,88	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.980,35	52.337,92	504.100,00	-451.762,08	0,00
16	Abschreibungen	6.075.692,95	5.783.983,68	6.252.800,00	-468.816,32	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.830.365,97	58.589.425,10	61.521.900,00	-2.932.474,90	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	64.449.864,94	64.858.575,82	68.739.200,00	-3.880.624,18	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	-2.606.334,60	387.889,25	-621.000,00	1.008.889,25	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	67.808,99	3.290,16	0,00	3.290,16	
23	Außerordentliche Aufwendungen	364.869,34	31.923,48	0,00	31.923,48	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-297.060,35	-28.633,32	0,00	-28.633,32	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-2.903.394,95	359.255,93	-621.000,00	980.255,93	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2019 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	103.874,07	103.700,00				103.700,00	103.873,82	173,82
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.655.652,28	52.346.600,00				52.346.600,00	49.477.589,20	-2.869.010,80
6	Privatrechtliche Entgelte	7.637.842,63	7.695.400,00				7.695.400,00	7.660.191,44	-35.208,56
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.306.075,45	7.838.100,00				7.838.100,00	7.809.202,25	-28.897,75
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.547,46	6.900,00				6.900,00	3.216,22	-3.683,78
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	133.538,45	127.500,00				127.500,00	192.392,14	64.892,14
12	**Summe ordentliche Erträge**	61.843.530,34	68.118.200,00	0,00	0,00	0,00	68.118.200,00	65.246.465,07	-2.871.734,93
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	415.825,67	460.400,00				460.400,00	432.829,12	-27.570,88
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.980,35	504.100,00				504.100,00	52.337,92	-451.762,08
16	Abschreibungen	6.075.692,95	6.252.800,00				6.252.800,00	5.783.983,68	-468.816,32
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.830.365,97	61.521.900,00			169.774,75	61.691.674,75	58.589.425,10	-3.102.249,65
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	64.449.864,94	68.739.200,00	0,00	0,00	169.774,75	68.908.974,75	64.858.575,82	-4.050.398,93
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	-2.606.334,60	-621.000,00	0,00	0,00	-169.774,75	-790.774,75	387.889,25	1.178.664,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	67.808,99	0,00				0,00	3.290,16	3.290,16
23	Außerordentliche Aufwendungen	364.869,34	0,00				0,00	31.923,48	31.923,48
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-297.060,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-28.633,32	-28.633,32
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-2.903.394,95	-621.000,00	0,00	0,00	-169.774,75	-790.774,75	359.255,93	1.150.030,68

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Plan-Ist-Vergleich Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.314.989,81	48.893.034,94	48.258.300	634.734,94	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	93.941,20	36.504,44	81.800	-45.295,56	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	6.960.697,07	7.912.625,93	7.838.100	74.525,93	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.966,58	7.096,95	6.900	196,95	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2.718,88	4.919,22	3.000	1.919,22	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	53.375.313,54	56.854.181,48	56.188.100	666.081,48	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen	398.256,32	393.751,14	460.400	-66.648,86	0
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	128.730,47	33.215,05	504.100	-470.884,95	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	54.904.903,04	58.656.051,49	61.321.900	-2.665.848,51	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	55.431.889,83	59.083.017,68	62.286.400	-3.203.382,32	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	-2.056.576,29	-2.228.836,20	-6.098.300	3.869.463,80	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	87.226,40	1.587.226,40	1.587.200	26,40	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	87.226,40	1.587.226,40	1.587.200	26,40	0

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Plan-Ist-Vergleich Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	1.216.000	-1.216.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	78.371,11	15.872,81	159.000	-143.127,19	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	1.500.000,00	0,00	2.000.000	-2.000.000,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	1.578.371,11	15.872,81	3.375.000	-3.359.127,19	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-1.491.144,71	1.571.353,59	-1.787.800	3.359.153,59	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-3.547.721,00	-657.482,61	-7.886.100	7.228.617,39	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0	0,00	0
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-3.547.721,00	-657.482,61	-7.886.100	7.228.617,39	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	21.777.302,18	18.229.581,18	18.229.581		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	18.229.581,18	17.572.098,57	10.343.481	7.228.617,39	0

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018	Ansätze 2019	Veränderung durch Nachtrag	Sonstige Ermächtigungen [4]	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)	Gesamt-ermächtigungen 2019	Ergebnis 2019	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.314.989,81	48.258.300,00				48.258.300,00	48.893.034,94	634.734,94
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	93.941,20	81.800,00				81.800,00	36.504,44	-45.295,56
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	6.960.697,07	7.838.100,00				7.838.100,00	7.912.625,93	74.525,93
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.966,58	6.900,00				6.900,00	7.096,95	196,95
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2.718,88	3.000,00				3.000,00	4.919,22	1.919,22
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	53.375.313,54	56.188.100,00	0,00	0,00	0,00	56.188.100,00	56.854.181,48	666.081,48
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	398.256,32	460.400,00				460.400,00	393.751,14	-66.648,86
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	128.730,47	504.100,00				504.100,00	33.215,05	-470.884,95
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	54.904.903,04	61.321.900,00			169.774,75	61.491.674,75	58.656.051,49	-2.835.623,26
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	55.431.889,83	62.286.400,00	0,00	0,00	169.774,75	62.456.174,75	59.083.017,68	-3.373.157,07
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	-2.056.576,29	-6.098.300,00	0,00	0,00	-169.774,75	-6.268.074,75	-2.228.836,20	4.039.238,55
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	87.226,40	1.587.200,00				1.587.200,00	1.587.226,40	26,40
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	87.226,40	1.587.200,00	0,00	0,00	0,00	1.587.200,00	1.587.226,40	26,40

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018	Ansätze 2019	Veränderung durch Nachtrag	Sonstige Ermächtigungen [4]	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)	Gesamt-ermächtigungen 2019	Ergebnis 2019	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	1.216.000,00				1.216.000,00	0,00	-1.216.000,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	78.371,11	159.000,00				159.000,00	15.872,81	-143.127,19
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	1.500.000,00	2.000.000,00				2.000.000,00	0,00	-2.000.000,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	1.578.371,11	3.375.000,00	0,00	0,00	0,00	3.375.000,00	15.872,81	-3.359.127,19
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-1.491.144,71	-1.787.800,00	0,00	0,00	0,00	-1.787.800,00	1.571.353,59	3.359.153,59
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-3.547.721,00	-7.886.100,00	0,00	0,00	-169.774,75	-8.055.874,75	-657.482,61	7.398.392,14
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-3.547.721,00	-7.886.100,00	0,00	0,00	-169.774,75	-8.055.874,75	-657.482,61	7.398.392,14
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00				0,00	0,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	21.777.302,18	18.229.581,18				18.229.581,18	18.229.581,18	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	18.229.581,18	10.343.481,18				10.173.706,43	17.572.098,57	7.398.392,14

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

IV. Anhang

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Anhang

Erläuterung des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2019

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe der Stadtentwässerung

Die Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Absatz 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG).

Hauptaufgabe im Bereich der Stadtentwässerung ist die schadlose Ableitung und Behandlung von Abwässern bis hin zur landwirtschaftlichen Verwertung durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) einschließlich der Klärschlammbehandlung und -beseitigung. Daneben obliegen der Stadtentwässerung weitere Entsorgungsaufgaben: Inhalte aus abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Leichtflüssigkeitsabscheidern sind aufzunehmen und schadlos zu beseitigen. Für die Stadt werden zusätzlich die Aufgabenbereiche Sinkkastenreinigung, Tierkadaverannahmestelle, Gewässerdienst und wasserrechtliche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach Wasserhaushaltsgesetz und Nds. Wassergesetz gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden weitestgehend durch Dritte wahrgenommen:

1. Die Stadt ist Mitglied im Abwasserverband Braunschweig (AVB). Dieser ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und das Labor. Die Aufgaben des AVB sowie Regelungen zur Erhebung der Mitgliedsbeiträge sind in dessen Satzung enthalten.
2. Die Betriebsführung für das Klärwerk Steinhof, das dem AVB gehört, obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Die für die Betriebsführung des Klärwerks entstehenden Aufwendungen werden vom AVB erstattet, der sich wiederum über die Mitgliedsbeiträge refinanziert.
3. Die operativen Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS wahrgenommen. Die Leistungen der SE|BS werden mit den vertraglich festgelegten Betriebsentgelten und Kapitalkostenentgelten abgegolten.
4. Für einige Ortsteile wird das Schmutzwasserkanalnetz durch den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) betrieben. Hierfür entrichtet die Stadt einen Verbandsbeitrag.
5. Der Gebühreneinzug wird durch BS|ENERGY, den WWL und die SE|BS durchgeführt. Hierfür wird ein Entgelt entrichtet bzw. beim WWL eine Kostenerstattung vorgenommen.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserbeseitigung (Gebührenkalkulation, Satzungsvollzug sowie Teilaufgaben der Grundstücksentwässerung), die strategische Ausrichtung der Stadtentwässerung und das Vertragscontrolling verblieben.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Stadtentwässerung sind zum 1. Januar 2006 mit den bei der Stadt verbliebenen Aufgaben (vgl. 1.1) auf die Fachbereiche „Finanzen“ (FB 20) und „Tiefbau und Verkehr“ (FB 66) aufgeteilt worden.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Stadtentwässerung betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abwassersatzung, Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung).

2019 waren für die Sonderrechnung Stadtentwässerung 1 Beamter in Vollzeit und 4 Beschäftigte TVöD in Vollzeit tätig.

1.3 Serviceaufgaben

Die Servicebereiche der Stadtverwaltung übernehmen Querschnittsaufgaben für die Stadtentwässerung:

Fachbereich „Zentrale Dienste“:	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Lohn-/ Gehaltsabrechnung für die bei der Stadt verbliebenen Mitarbeiter, IT-Betreuung einschließlich E-Mail und Internet
Referat „Pressestelle“:	Zusammenarbeit mit der Presse
Fachbereich „Finanzen“:	Kreditwesen, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten, An- und Vermietung
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Baureferat:	Koordinierung von Baumaßnahmen
Fachbereich „Tiefbau und Verkehr“:	Ausschreibung und Vergabe von koordinierten Baumaßnahmen

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird nach den Regelungen der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht damit aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung richtet sich nach den Regelungen der §§ 50 ff. der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i.V.m. 44 ff. KomHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2019 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten abzüglich Rabatte und Skonti angesetzt. Das bereits in der, auf Grundlage der für die Sonderrechnung bis 2010 angewandten Einrichtungsverordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom), erstellten Bilanz zum 31. Dezember 2010

ausgewiesene Vermögen ist mit den darin enthaltenen Werten und Nutzungsdauern übernommen und fortgeschrieben worden.

Das Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben.

Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2019 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 5 KomHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert unter 1.000 € netto haben, als Aufwand zu buchen. Aufgrund der Übergangsregelung in § 63 Abs. 1 KomHKVO wird jedoch für die Sonderrechnung noch die alte Regelung des § 47 Abs. 2 der GemHKVO angewandt, wonach Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen sind, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Eine Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten erfolgte 2019 nicht.

3. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,3 % (Vorjahr 0,3 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielles Vermögen	584.519	100,0	597.578	100,0	13.060	2,2

Das immaterielle Vermögen besteht zu nahezu 100 % aus Leitungsrechten. Die Bewertung erfolgt zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht in erster Linie auf der Aktivierung von weiteren Leitungsrechten (Zugang 15.329,58 €).

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 86,9 % (Vorjahr 86,8 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	8	0,0	1	0,0	-7	-87,5
Infrastrukturvermögen	189.027.014	100,0	183.097.611	100,0	-5.929.404	-3,1
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3	0,0	1	0,0	-2	-66,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.553	0,0	962	0,0	-591	-38,1
Anlagen im Bau	785	0,0	785	0,0	0	0,0
Sachvermögen	189.029.364	100,0	183.099.360	100,0	-5.930.004	-3,1

Der wesentliche Teil des Anlagevermögens besteht aus den Anlagegütern des Kanalvermögens, die dem Infrastrukturvermögen (nahezu 100 % des Sachvermögens, davon nahezu 100 % Kanalvermögen) zugeordnet sind. Das Anlagevermögen wird im

Anlagennachweis mit dem zum 1. Januar 1998 übernommenen Wiederbeschaffungszeitwert (steuerlicher Teilwert), den Abschreibungen und Restbuchwerten ausgewiesen. Dieser Wert gilt damit als bilanzieller Anschaffungswert. Eine Indexierung erfolgt ab diesem Zeitpunkt nicht mehr, dies ergibt sich aus dem Ratsbeschluss vom 16. Dezember 1997 zur Einführung einer Sonderrechnung im Stadtentwässerungsamt (s. Vorlage des Amtes 20.2 vom 14. November 1997, Drucks. 299/97, Begründung, lfd. Nr. 6a).

Die Bewertung der Zugänge nach dem 1. Januar 1998 erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen. Dabei sind für einzelne Anlagegüter auch erhöhte Abschreibungen aufgrund einer Verkürzung der Nutzungsdauer berücksichtigt. Zudem waren im Wirtschaftsjahr 2019 Korrekturen am Anschaffungswert des Kanalnetzes insbesondere aufgrund von Ausbuchungen, Nacherfassungen und nachträglichen Baujahrsänderungen erforderlich, dies führte zu einer Restbuchwertminderung von 144.036,41 € (nachträgliche Korrektur der Eröffnungsbilanz gem. § 62 KomHKVO; s. auch 3.6).

Im Jahr 2019 sind beim Sachvermögen Zugänge in Höhe von 9.734,60 € erfolgt.

Das in der Bilanz der Sonderrechnung ausgewiesene Anlagevermögen beinhaltet in erster Linie das bis 2005 angeschaffte Kanalvermögen. Aufgrund des Abwasserentsorgungs-vertrages werden die ab 2006 von der SE|BS angeschafften Anlagegüter im Zusammenhang mit dem öffentlichen Abwasserentsorgungsnetz bei der SE|BS aktiviert. Es erfolgt daher keine Bilanzierung im Anlagevermögen der Sonderrechnung. Dementsprechend erfolgt in der Bilanz der Sonderrechnung auch keine Darstellung der Finanzierung dieses Anlagevermögens.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 3,0 % (Vorjahr 3,0 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Ausleihungen	1.848.905	28,7	261.679	4,1	-1.587.226	-85,8
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.183.298	49,4	3.905.099	61,6	721.800	22,7
Privatrechtliche Forderungen	445.712	6,9	333.281	5,3	-112.431	-25,2
Sonstige Vermögensgegenstände	960.424	14,9	1.838.893	29,0	878.469	91,5
Finanzvermögen	6.438.339	100,0	6.338.951	100,0	-99.388	-1,5

Aufgrund der Marktsituation bei der Verzinsung vorhandener liquider Mittel wurde 2017 ein Betrag in Höhe von rd. 480.000 € an den städtischen Haushalt der Stadt Braunschweig ausgeliehen. Die Rückzahlung der Beträge erfolgt halbjährlich mit festen Tilgungsraten bis zum Jahr 2022. Zudem wurde 2018 ein Betrag in Höhe von 1.500.000 € an die Nibelungen Wohnbau GmbH ausgeliehen, der 2019 in einer Summe zurückgezahlt wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominal-wert eingestellt worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden vorgenommen und von den Forderungen abgezogen, so dass in der Bilanz nur der sich daraus ergebende Saldo dargestellt ist. Debitorische Kreditoren und kreditorische Debitoren wurden als sonstige Vermögensgegenstände bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Anstieg bei den sonstigen Vermögensgegenständen beruht auf einer höheren Rückerstattungsforderung an den AVB (debitorischer Kreditor, s. a. Punkt 5.5).

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 8,3 % (Vorjahr 8,4 %) der Bilanzsumme.

Die liquiden Mittel werden zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.
Die Position könnte auch als Forderung gegenüber der Stadt Braunschweig ausgewiesen werden, da die Finanzmittel der Sonderrechnung über den Cash-Pool der Stadt mit verwaltet werden.

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. Im Jahr 2006 wurde der Betrag von 6,0 Mio. €, den der Abwasserverband Braunschweig im Rahmen des Kanalnetznutzungsvertrages erhalten hat, um Kredite abzulösen oder Investitionen zu finanzieren, der aktiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird entsprechend der Vertragslaufzeit (30 Jahre) aufgelöst. Hinzu kommt die Beamtenbesoldung für Januar, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 38,5 % (Vorjahr 37,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Reinvermögen	36.269.737	44,7	36.125.700	44,5	-144.036	-0,4
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0,0	0	0,0	0	0
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0,0	0	0,0	0	0
Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	39.410	0,1	39.410	0,1	0	
Sonstige Rücklagen	22.422.224	27,6	21.736.799	26,8	-685.425	-3,1
Jahresergebnis	-2.903.395	-3,6	359.256	0,4	3.262.651	>100,0
Sonderposten	25.269.946	31,2	22.829.774	28,2	-2.440.172	-9,7
Nettoposition	81.097.922	100,0	81.090.939	100,0	-6.983	0,0

Die Position „Reinvermögen“ beinhaltet die vor Einführung des Neuen kommunalen Rechnungswesens gesondert ausgewiesenen Positionen Stammkapital (255.645,94 €) und „nicht verzinsliches Eigenkapital“ (35.870.054,20 €). Der Ansatz für das „nicht verzinsliche Eigenkapital“ ergibt sich aus der durch Preissteigerung resultierenden Wertdifferenz der Buchwerte des Anlagevermögens auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte und der Buchwerte auf Basis der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungswerte.

Die Veränderung des nicht verzinslichen Eigenkapitals 2019 ist auf die Wahrnehmung der Änderungsmöglichkeit nach § 62 KomHKVO zurückzuführen. Sie beruht auf der Restbuchwertminderung des Kanalvermögens aufgrund von Korrekturen in Höhe von 144.036,41 €. Die Verfahrensweise kann bis zum zehnten Jahr nach Erstellung der Eröffnungsbilanz angewendet werden. Die Wesentlichkeit der Anpassung resultiert daraus, dass die Korrekturen am Kanalvermögen als ein gesamter Vorgang anzusehen sind, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt und in den einzelnen Jahren identisch behandelt werden soll.

Ein Teil des ursprünglichen „nicht verzinslichen Eigenkapitals“ wurde im Rahmen der Umstellung auf NKR und unter Berücksichtigung der Anpassungsregelungen der KomHKVO

der Sonstigen Rücklage zugeordnet. Mit dieser Rücklage sollen die Risiken der Sonderrechnung bis zum Ende des Privatisierungszeitraumes vollständig abgedeckt werden. Sie wird zum Ausgleich aller entstehenden Verluste verwendet werden, die sich nicht aus den Ergebnisrücklagen abdecken lassen.

Aufgrund der Regelungen in § 44 Abs. 5 KomHKVO wird zudem eine Rücklage aus Investitionszuweisungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände in Höhe von 39.410,00 € ausgewiesen.

Das Haushaltsjahr 2019 schließt mit einem Überschuss von 359.255,93 € ab, der auf einem Überschuss beim ordentlichen Ergebnis (387.889,25 €) und einem Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis (28.633,32 €) beruht.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2018 wurde entsprechend dem Ratsbeschluss vom 14. Juli 2020 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2018	Bestand 31.12.2019
Ordentliches Ergebnis	-2.606.334,60 €	
Außerordentliches Ergebnis	-297.060,35 €	
Gesamtergebnis	-2.903.394,95 €	
Zuführung (+)/Entnahme(-) Rücklage ordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €
Zuführung (+)/Entnahme(-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) sonstige Rücklage	-685.425,14 €	21.736.798,62 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Sonderposten Gebührenausgleich	-2.217.969,81 €	10.872.078,50 €

In dem Jahresergebnis 2019 sind Verluste in Höhe von 485.570,99 € enthalten, die nach entsprechendem Ratsbeschluss aus der sonstigen Rücklage abgedeckt werden sollen.

Die Sonderposten setzen sich wie folgt zusammen:

Investitionszuweisungen und -zuschüsse	4.679.636,18 €
Sonstige Sonderposten	7.278.059,40 €
Sonderposten Gebührenausgleich	10.872.078,50 €
Summe	22.829.774,08 €

Die Sonderposten beinhalten Investitionszuschüsse, die im Wesentlichen für Kanalbaumaßnahmen von der öffentlichen Hand und Dritten gewährt wurden. In den Fällen, in denen Kanäle von Dritten gebaut und der Stadt übertragen wurden, erfolgt dabei ein Ausweis unter der Position „Sonstige Sonderposten“. Die bisherigen Sonderposten für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände wurden einer hierfür geschaffenen Rücklage zugeordnet (s.o.).
Im Jahr 2019 ist eine planmäßige Auflösung der Sonderposten erfolgt. Die ertragswirksame Vereinnahmung erfolgt über die Nutzungsdauer der betreffenden Vermögensgegenstände.

Der Sonderposten Gebührenausgleich beinhaltet die Gebührenvorträge, die entsprechend der Regelungen des Nds. Kommunalabgabenrechtes wieder in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden müssen. Die Zuordnung zu dem Sonderposten wird erst mit dem Beschluss über die Ergebnisverwendung vorgenommen. Die Veränderung des Sonderpostens beruht somit auf der Auflösung und Zuführung, die sich aus den durch Beschluss festgestellten Jahresabschlussdaten des Jahres 2018 ergeben hat. Insgesamt

ergibt sich dabei eine Auflösung in Höhe von 2.217.969,81 €. Aufgrund der Daten der Betriebsabrechnung 2019 ergibt sich in der Summe eine Zuführung in Höhe von 844.826,92 €, die nach dem entsprechenden Beschluss über die Ergebnisverwendung vorzunehmen ist.

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach dem NKomVG umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden umfassen 0,6 % (Vorjahr 0,4 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	693.809	82,3	1.040.830	80,0	347.021	50,0
Durchlaufende Posten	8.539	1,0	4.912	0,4	-3.627	-42,5
Sonstige Verbindlichkeiten	140.734	16,7	255.447	19,6	114.713	81,5
Schulden	843.083	100,0	1.301.189	100,0	458.107	54,3

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ beinhalten die kreditorischen Debitoren (Debitoren, gegenüber denen die Sonderrechnung eine Verbindlichkeit hat).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 1,0 % (Vorjahr 0,8 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	21.500	1,2	20.300	1,0	-1.200	5,6
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährl. u. anh. Gerichtsverfahren	6.348	0,4	4.232	0,2	-2.116	-33,3
Andere Rückstellungen	1.703.739	98,4	2.012.631	98,8	355.892	18,1
Rückstellungen	1.731.587	100,0	2.037.163	100,0	352.576	17,6

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht gebildet, da die Stadt Braunschweig die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten sicherstellt und die Sonderrechnung Stadtentwässerung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt.

In der Rückstellung für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen sind die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und Überstunden berücksichtigt. Grundlage für die Berechnung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Sozialabgaben wurden entsprechend berücksichtigt.

In den „Anderen Rückstellungen“ sind als wesentliche Position die Rückstellungen für Erstattungen von Schmutzwassergebühren enthalten, die erst im Folgejahr abgerechnet werden (480.000 €). Ein weiterer wesentlicher Punkt sind Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Leistungen der SE|BS in Höhe von rd. 1,45 Mio. €. Hinzu kommen weitere Rückstellungen, u.a. für Dienstjubiläen, leistungsorientierte Bezahlung, Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, ausstehende Rechnungen und Prüfung des Jahresabschlusses. Bei der Rückstellung für Dienstjubiläen wurden die bisherige Beschäftigungszeit und die derzeit gültigen Zuwendungen bei einem Dienstjubiläum berücksichtigt.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Rückstellungen nach Restlaufzeiten auf:

	Bestand 31.12.2019	davon mit Restlaufzeit		
	Euro	bis 1 Jahr Euro	1-5 Jahre Euro	über 5 Jahre Euro
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	20.300	20.300	0	0
Rückstellung unterlassene Instandhaltung	0	0	0	0
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährl. u. anh. Gerichtsverfahren	4.232	4.232	0	0
Andere Rückstellungen	2.012.631	2.011.731	79	821
Rückstellungen	2.037.163	2.036.263	79	821

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO ausgewiesen. Der Kaufpreis für das Kanalnetznutzungsrecht in Höhe von 228,3 Mio. € wurde zum Jahresabschluss 2005 der passiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird über die Laufzeit des Kanalnetznutzungsvertrages aufgelöst. Der jährliche Auflösungsbetrag entspricht den dem Kanalnetznutzungsvertrag zugrunde liegenden Abschreibungen (2018: 7.535.000 €; 2019: 7.602.000 €).

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind in den Vermerken unter der Bilanz gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO enthalten. Die Übersicht enthält insbesondere die Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind. Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne bestehen nicht.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 359.255,93 € (Vorjahr: Fehlbetrag 2.903.394,95 €). Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 485.570,99 € zusammen.

5.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 387.889,25 € (Vorjahr: Fehlbetrag 2.606.334,60 €).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 28.633,32 € (Vorjahr: Fehlbetrag 297.060,35 €).

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	103.700	0,2	103.874	0,2	174	0,2
Öffentlich-rechtliche Entgelte	52.346.600	76,8	49.477.589	75,8	-2.869.011	-5,5
Privatrechtliche Entgelte	7.695.400	11,3	7.660.191	11,7	-35.209	-0,5
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.838.100	11,5	7.809.202	12,0	-28.898	-0,4
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.900	0,0	3.216	0,0	-3.684	-53,4
Sonstige ordentliche Erträge	127.500	0,2	192.392	0,3	64.892	50,9
Ordentliche Erträge	68.118.200	100,0	65.246.465	100,0	-2.871.735	-4,2

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte teilen sich wie folgt auf:

Schmutzwasserbeseitigung	35.281.005,19 €
Niederschlagswasserbeseitigung	13.684.857,51 €
Sonstige Abwasserbeseitigung und Leistungen	511.726,50 €
Summe	49.477.589,20 €

Der Planansatz für die öffentlich-rechtlichen Entgelte wird insgesamt um rd. 2,9 Mio. € unterschritten. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die Auflösung aus dem Sonderposten Gebührenausgleich in Höhe von 4.089.300 €, die in den Planansätzen enthalten war, aufgrund der Vorgaben des Landes im Ergebnis nicht mit berücksichtigt wurde. Bei den Gebühreneinnahmen kam es zu höheren Erträgen als erwartet. Die Schmutzwasserbeseitigungsgebühren liegen um rd. 1.231.700 € über dem Planansatz. Bei den Niederschlagswasserbeseitigungsgebühren gab es um rd. 1.100 € höhere Erträge. Dies Ergebnis beruht auf der tatsächlichen Mengenentwicklung und der periodengerechten Abgrenzung der von BS|ENERGY eingezogenen Schmutz- und Niederschlagswasser-gebühren. Die Abgrenzung beruht auf Daten von BS|ENERGY zu den zu erwartenden Einnahmen und hinsichtlich der abgegebenen Frischwassermenge sowie einer Abschätzung anhand der Einnahmeentwicklung der Vorjahre. In dem Ergebnis sind rd. 1.007.400 € Erträge aus Schmutzwassergebühren und rd. 25.100 € Erträge aus Niederschlagswasser-gebühren für die Vorjahre enthalten, da die tatsächlichen Mengen 2018 von den im Jahresabschluss 2018 angenommenen Mengen abgewichen sind und zudem noch Korrekturen für weitere Vorjahre zu berücksichtigen waren. Die Gebühreneinnahmen für die anderen Gebührenbereiche lagen um rd. 21.000 € über dem Plan. Die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren und Erstattungen für Hausanschlüsse liegen insgesamt um rd. 35.200 € unter den Planansätzen.

Der höhere Ertrag bei den sonstigen ordentlichen Erträgen beruht insbesondere auf der Herabsetzung von Rückstellungen. Aufgrund der neuen Regelung in § 45 KomHKVO i. V. m.

§ 60 KomHKVO wird die Herabsetzung von Rückstellungen den sonstigen ordentlichen Erträgen und nicht mehr den außerordentlichen Erträgen zugeordnet, während die Auflösung von Rückstellungen bei den außerordentlichen Erträgen verbleibt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	103.874	0,2	103.874	0,2	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	46.655.652	75,4	49.477.589	75,8	2.821.937	6,0
Privatrechtliche Entgelte	7.637.843	12,4	7.660.191	11,7	22.349	0,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.306.075	11,8	7.809.202	12,0	503.127	6,9
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.547	0,0	3.216	0,0	-3.331	-50,9
Sonstige ordentliche Erträge	133.538	0,2	192.392	0,3	58.854	44,1
Ordentliche Erträge	61.843.530	100,0	65.246.465	100,0	3.402.935	5,5

Die Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung stiegen zum 1. Januar 2019 um 0,07 €/m³ auf 2,64 €/m³ (2,7 %) und die für die Niederschlagswasserbeseitigung um 0,22 € /10 m² auf 6,03 €/10 m² (3,8 %).

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,4 Mio. € gestiegen. Dabei ist es zu folgenden wesentlichen Veränderungen in den Einzelpositionen gekommen:

- Die Gebühreneinnahmen (Pos. Öffentlich-rechtliche Entgelte) haben sich aufgrund der Gebührensteigerungen und höherer Mengen um rd. 2.966.200 € erhöht.
- Der Ertrag aus der Erstattung von Zweckverbänden (Pos. Kostenerstattungen und Kostenumlagen) hat sich um rd. 435.900 € erhöht. Dies beruht insbesondere auf höheren Aufwendungen für die Betriebsführung AVB, die an den AVB weiterberechnet wurden.
- Die Erstattungen für Hausanschlüsse (Pos. Öffentlich-rechtliche Entgelte) haben sich um rd. 144.200 € verringert.

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	460.400	0,7	432.829	0,7	-27.571	-6,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	504.100	0,7	52.338	0,1	-451.762	-89,6
Abschreibungen	6.252.800	9,1	5.783.984	8,9	-468.816	-7,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	0,00	0,0	0	0,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	61.521.900	89,5	58.589.425	90,3	-2.932.475	-4,8
davon:						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*319.700*		*327.202*		*7.502*	*2,3*
Erstattungen an Zweckverbände (hier insb. Mitgliedsbeitrag AVB,WWL)	*34.329.300*		*32.625.292*		*-1.704.008*	*-5,0*
Entgelte SEBS	*25.688.500*		*24.759.735*		*-928.765*	*-3,6*
Sonstige Positionen	*1.184.400*		*877.196*		*-307.204*	*-25,9*
Ordentliche Aufwendungen	68.739.200	100,0	64.858.576	100,0	-3.880.624	-5,6

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 3,9 Mio. € unter dem Planansatz. Dabei gab es folgende wesentliche Veränderungen in den Einzelpositionen:

- Geringere Aufwendungen für die insbesondere an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeiträge (1.704.008 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen). Der AVB hat

insbesondere wegen geringerer Abschreibungen und Zinsen auf das Anlagevermögen und geringerer Instandhaltungskosten einen geminderten Mitgliedsbeitrag abgerechnet.
- Geringere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt für die Neuinvestitionen 2006 bis 2019 (907.261 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringere Aufwendungen für Abschreibungen (468.816 €). Es wurde für weniger Anlagegüter als geplant aufgrund vorzeitig zu erwartender Anlagenabgänge eine Verkürzung der Nutzungsdauer vorgenommen.
- Geringere Aufwendungen für Prüfungs- und Beratungskosten (299.491 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringere Aufwendungen für Instandhaltung (251.548 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen)

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	415.826	0,6	432.829	0,7	17.000	4,1
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.981	0,2	52.338	0,1	-75.642	-59,1
Abschreibungen	6.075.693	9,4	5.783.984	8,9	-291.709	-4,8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.830.366	89,7	58.589.425	90,3	759.059	1,3
davon						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*285.047*		*327.202*		*42.155*	*14,8*
Erstattungen an Zweckverbände (hier insb. Mitgliedsbeitrag AVB,WWL)	*32.327.246*		*32.625.292*		*298.045*	*0,9*
Entgelte SEBS	*24.297.392*		*24.759.735*		*462.344*	*1,9*
Sonstige Positionen	*920.681*		*877.196*		*-43.485*	*-4,7*
Ordentliche Aufwendungen	64.449.865	100,0	64.858.576	100,0	408.711	0,6

Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber 2018 um rd. 0,4 Mio. € gestiegen. Dies beruht insbesondere auf geringeren Abschreibungen und höheren Aufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Dies stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Höherer Aufwand für die an die SE|BS zu zahlenden Betriebskostenentgelte (663.589 €) insbesondere aufgrund höherer Leistungen im Bereich der Betriebsführung AVB und der vertraglich vereinbarten Indexanpassung.
- Höhere Aufwendungen für die Erstattung an Zweckverbände, hier insbesondere an den AVB (298.045 €)
- Geringerer Aufwand für Abschreibungen (291.709 €), da es im Vorjahr in größerem Umfang zu außerplanmäßigen Abschreibungen gekommen ist.
- Geringere Aufwendungen für an die SE|BS zu zahlende Kostenerstattungen für Hausanschlüsse aufgrund einer geringeren Zahl an Maßnahmen (150.397 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt für das Neusachanlagevermögen (50.848 €). Das Kapitalkostenentgelt orientiert sich an den Abschreibungen und der Verzinsung für das von der SE|BS geschaffene Anlagevermögen und erhöht sich in der Regel kontinuierlich aufgrund der jedes Jahr erfolgenden Investitionen. Aufgrund der Zinsanpassung für die Investitionen aus dem Jahr 2008 hat sich der Aufwand 2019 allerdings verringert.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge beruhen auf der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten.

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren insbesondere aus dem Abgang von Anlagegütern des Kanalvermögens. Aufgrund der Verfahrensweise bei absehbaren vorzeitigen Anlagenabgängen die Nutzungsdauer zu verkürzen, ergeben sich höhere Abschreibungen und nur geringere Aufwendungen aus Anlagenabgängen (s. 5.5). Die konkrete Höhe der Verluste aus Anlageabgängen beim Kanalvermögen richtet sich danach, inwieweit im Rahmen von Kanalerneuerungen alte Kanäle ersetzt werden, die noch nicht vollständig abgeschrieben sind.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2019 hat sich der Finanzmittelbestand um 657.482,61 € verringert.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 56.854.181,48 € stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 59.083.017,68 € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von -2.228.836,20 €.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Entgelte	48.258.300	85,9	48.893.034	86,0	634.734	1,3
Privatrechtliche Entgelte	81.800	0,1	36.504	0,1	-45.296	-55,4
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.838.100	13,9	7.912.626	13,9	74.526	1,0
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.900	0,0	7.097	0,0	197	2,9
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	3.000	0,0	4.919	0,0	1.919	64,0
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.188.100	100,0	56.854.181	100,0	666.081	1,2

Die Differenz zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten). Zudem ergeben

sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	460.400	0,7	393.751	0,7	-66.649	-14,5
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	504.100	0,8	33.215	0,1	-470.885	-93,4
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	61.321.900	98,5	58.656.051	99,3	-2.665.849	-4,3
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	62.286.400	100,0	59.083.018	100,0	-3.203.382	-5,1

Die Differenz zu Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Die geringeren Aufwendungen für die an die SE|BS zu zahlenden Entgelte sowie für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag führen zudem auch zu geringeren Auszahlungen.

6.3 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.571.353,59 € beruht in erster Linie auf der Rückzahlung der Ausleihung an die Nibelungen Wohnbau GmbH in Höhe von 1.500.000,00 €. Bei den weiteren Einzahlungen aus Sonstiger Investitionstätigkeit handelt es sich um zwei Tilgungsraten der Ausleihung an den städtischen Haushalt in Höhe von 87.226,40 €.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit teilen sich wie folgt auf:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Baumaßnahmen	1.216.000	36,0	0	0,0	-1.216.000	-100,0
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	159.000	4,7	15.873	100,0	-143.127	-90,0
Sonstige Investitionstätigkeit	2.000.000	59,3	0	0 ,0	-2.000.000	-100,0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.375.000	100,0	15.873	100,0	-3.359.127	-99,5

Die Investitionen beinhalten nur Leitungsrechte. Die zudem geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Modernisierung der Wohnungen im Bereich des Rieselgutes Steinhof wurden aufgrund der Vereinbarung eines Erbbaurechts zugunsten des AVB von der Stadt nicht mehr umgesetzt. Die weiteren geplanten Investitionen in die Nachaktivierung von Kanalvermögen wurden 2019 ebenfalls nicht umgesetzt. Zudem ist es auch nicht zu weiteren Ausleihungen gekommen.

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2019 sind keine Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Im Jahr 2019 haben sich keine entsprechenden Ein- und Auszahlungen ergeben.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen mussten nicht beantragt werden.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen waren nicht vorgesehen.

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Stadtentwässerung

1. **Anlagenübersicht**
2. **Forderungsübersicht**
3. **Schuldenübersicht**
4. **Rückstellungsübersicht**

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte							Entwicklung der Abschreibungen							Buchwerte	
	Stand 31.12.2018 - Euro -	Zugänge - Euro -	Abgänge - Euro -	Zugänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Abgänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -	Stand 31.12.2018 - Euro -	Abschreibungen - Euro -	Auflösungen[1] - Euro -	Zugänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Abgänge Neubew. Kanalverm. - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -	Stand 31.12.2018 - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -
		+	-	+	-	+/-			+	-	+	-	-			
1	2	3	4	4a	4b	5	6	7	8	9	9a	9b	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	611.758,70	15.329,58	0,00	0,00	0,00	0,00	627.088,28	27.240,00	2.270,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.510,00	584.518,70	597.578,28
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	485.286.966,15	9.734,60	4.162.089,79	42.843,30	68.998,00	0,00	481.108.456,26	296.257.602,29	5.772.550,98	4.138.939,02	152.376,24	34.494,53	0,00	298.009.095,96	189.029.363,86	183.099.360,30
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	1.848.905,49	0,00	1.587.226,40	0,00	0,00	0,00	261.679,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.848.905,49	261.679,09
Insgesamt	487.747.630,34	25.064,18	5.749.316,19	42.843,30	68.998,00	0,00	481.997.223,63	296.284.842,29	5.774.820,98	4.138.939,02	152.376,24	34.494,53	0,00	298.038.605,96	191.462.788,05	183.958.617,67

[1] Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.905.098,53	3.905.098,53	0,00	0,00	3.183.298,05	721.800,48
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	333.280,67	333.280,67	0,00	0,00	445.711,60	-112.430,93
Summe aller Forderungen	4.238.379,20	4.238.379,20	0,00	0,00	3.629.009,65	609.369,55

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2019	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.040.829,86	1.040.829,86	0,00	0,00	693.809,13	347.020,73
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	260.359,16	207.921,07	10.199,45	42.238,64	149.273,38	111.085,78
Schulden insgesamt	1.301.189,02	1.248.750,93	10.199,45	42.238,64	843.082,51	458.106,51

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellung	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme und Herabsetzung[1] - Euro -	Auflösung[2] - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Gesamtbetrag 31.12.2018 - Euro -	mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon							
1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	20.300,00	14.200,00	15.400,00	0,00	0,00	21.500,00	-1.200,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	4.232,00	0,00	2.116,00	0,00	0,00	6.348,00	-2.116,00
8. Andere Rückstellungen *	2.012.630,72	966.156,90	657.264,77	0,00	0,00	1.703.738,59	308.892,13
Summe aller Rückstellungen	2.037.162,72	980.356,90	674.780,77	0,00	0,00	1.731.586,59	305.576,13

* davon 480.000 € für Gebührenerstattungen im Bereich Schmutzwasser, weitere Erläuterungen s. Punkt 3.8 des Anhangs

[1] Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.
[2] Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Rechenschaftsbericht

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (s. Ziffer 3) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (s. Ziffer 2) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (s. Ziffer 4).

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (s. Ziffer 5) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind (s. Ziffer 6). Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen (s. Ziffer 3.5) im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 210.811.301 € im Jahresabschluss 2019 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 81,1 Mio. €. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von 38,5 % (Vorjahr 37,3 %).

Der Jahresüberschuss in Höhe von rd. 359.300 € ist Teil der Nettoposition. Gegenüber dem für 2019 geplanten Ergebnis war damit eine Verbesserung um rd. 980.300 € zu verzeichnen. Das Ergebnis teilt sich auf in einen Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von rd. 844.900 € und einen Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von rd. 485.600 €. Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Auflösung und Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich aufgrund der Vorgaben des Landes nur in der Planung und nicht mehr im Ergebnis berücksichtigt werden. Der Planfehlbetrag in Höhe von 621.000 € ist somit nur mit dem neutralen Ergebnis direkt vergleichbar. Hier hat sich eine Verbesserung um rd. 235.400 € ergeben. Die Fehlbeträge im neutralen Bereich führen zu einer Abnahme der Rücklagen der Sonderrechnung.

Der Bestand an Finanzmitteln hat sich in der Summe um 657.482,61 € verringert.

Die Geldverschuldung der Sonderrechnung ist wie im Vorjahr Null.

Bei einer Gesamtbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Kennzahlen, der ordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie der liquiden Mittel eine stabile Entwicklung ohne besondere Auffälligkeiten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Bestand an liquiden Mitteln auch darauf beruht, dass derzeit umfangreiche Gebührenvorträge in der Sonderrechnung vorhanden sind, die den Gebührenzahlern in den kommenden Jahren gutgeschrieben werden müssen.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch kostendeckende Gebühren finanziert. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassungen mit der SE|BS, der von der SE|BS durchgeführten Investitionen und der Wirtschaftsplandaten des AVB und des WWL

ergaben sich die Gebührensätze im Jahr 2019, die inzwischen für 2020 um 2,7 % (Schmutzwassergebühr) bzw. 3,8 % (Niederschlagswassergebühr) gegenüber 2019 angehoben wurden.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2019 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 65,2 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 64,9 Mio. € einen Überschuss beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 387.889,25 € aus. Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss in Höhe von 844.826,92 € aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag in Höhe von 456.937,67 € aus dem neutralen Bereich zusammen. Aufgrund der Regelungen des Landes wird der Überschuss aus dem Gebührenbereich im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Der Fehlbetrag aus dem neutralen Bereich wird dann aus der Sonstigen Rücklage abgedeckt, die im Jahr 2017 auf Basis von § 62 KomHKVO auf die aus der Privatisierung noch vorhandenen Mittel zur Abdeckung von Risiken in der Sonderrechnung aufgestockt wurde, da keine Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen oder des außerordentlichen Ergebnisses in der Sonderrechnung mehr vorhanden waren.

Abgesehen davon ist es 2019 zu außerordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 3.300 € sowie außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 31.900 € gekommen. Daraus ergibt sich ein Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 28.633,32 €. Die außerordentlichen Aufwendungen bestehen in erster Linie aus Abgängen im Bereich des Kanalvermögens, die im Rahmen von Kanalsanierungsmaßnahmen ausgetauscht wurden und bei denen die Nutzungsdauer noch nicht abgelaufen war. Der Fehlbetrag wird ebenfalls im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss aus der Sonstigen Rücklage abgedeckt.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 359.255,93 € aus.

Im Jahr 2019 wurden die im Haushaltsplan festgelegten Bewirtschaftungsregeln insbesondere dahingehend in Anspruch genommen, dass Minderaufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen für Mehraufwendungen beim Personal, bei den Abschreibungen und bei den außerordentlichen Aufwendungen verwandt wurden. Unter Berücksichtigung des Haushaltsrestes in Höhe von 169.774,75 € aus dem Vorjahr erhöht sich bei der Betrachtung einschließlich der Plananpassungen die Planabweichung von 980.255,93 € auf 1.150.030,68 €.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Fehlbetrag (Saldo) in Höhe von rd. 2.228.800 €. Die Differenz zum Fehlbetrag der Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten) und bestimmte Aufwendungen der Ergebnisrechnung (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen und Sonderposten) nicht zahlungswirksam sind.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Überschuss (Saldo) aus Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von rd. 1.571.400 €, der insbesondere auf der Rückzahlung einer Ausleihung beruht.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Fehlbetrag in Höhe von 657.482,61 €.

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben, wie im Vorjahr, einen Bestand von 0,00 €.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich im Jahr 2019 um rd. 657.482,61 € verringert.

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses wurden einige Kennzahlen gebildet und, soweit vorhanden, mit den Kennzahlen der beiden Vorjahre verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Stadtentwässerung erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Auf eine Darstellung der Personalaufwandsquote (rd. 0,5 %), der Zinslastquote (0 %), der Abschreibungsintensität und der Reinvestitionsquote wurde verzichtet, da diese aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäftes keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen bzw. ohne die ausgelagerten Bereiche nicht aussagekräftig sind.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen dargestellt. Danach folgen weitere Erläuterungen zu den einzelnen Kennzahlen, wobei die Nummerierung aus der Tabelle zur Orientierung mit übernommen wurde.

	Kennzahlen Bilanz	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
A	Kapitalstruktur			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	37,0 %	37,3 %	38,5 %
A.2	Geldverschuldungsgrad	0,0 %	0,0 %	0,0 %
B	Finanzstruktur (Liquidität)			
B.1	Liquidität	21.777.302 €	18.229.581 €	17.572.099 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
C	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1,7 Mio. €	-2,9 Mio. €	0,4 Mio. €

Die aufgelisteten Kennzahlen wurden wie folgt ermittelt:

Kennzahlen Bilanz

A. Kapitalstruktur

A.1 Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P1	Nettoposition	84,3 Mio. €	81,1 Mio. €	81,1 Mio. €
Passiva	Bilanzsumme	227,8 Mio. €	217,7 Mio. €	210,8 Mio. €
	Nettopositionsquote	37,0 %	37,3 %	38,5 %

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Bei der Beurteilung des Wertes sind allerdings die Besonderheiten der Sonderrechnung zu berücksichtigen. Aufgrund des dem AVB eingeräumten Kanalnetznutzungsrechtes besteht die Passivseite in der Sonderrechnung größtenteils aus einem passiven Rechnungsabgrenzungsposten und nicht aus Kreditverbindlichkeiten. Der Abwasserentsorgungsvertrag mit der SE|BS führt dazu, dass in die Sonderrechnung derzeit kein fremdfinanziertes neues Anlagevermögen aufgenommen wird.

A.2 Geldverschuldungsgrad

Alle Kredite der Sonderrechnung wurden in den vergangenen Jahren abgelöst. Es bestehen somit keine Geldschulden.

B. Finanzstruktur (Liquidität)

B.1 Liquidität

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
A4	Liquide Mittel	21.777.302 €	18.229.581 €	17.572.099 €

In der Kennzahlenübersicht ist die in der Bilanz ausgewiesene Liquidität der Sonderrechnung dargestellt. Die Höhe der in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesenen Liquidität beruht in erster Linie auf den Einzahlungen im Rahmen der Privatisierung des Stadtentwässerungsbetriebes und den in der Sonderrechnung vorhandenen Gebührenüberschüssen, die den Gebührenzahlern im Rahmen der Gebührenkalkulationen der Folgejahre gutgeschrieben werden müssen. Die liquiden Mittel reichen auch in den kommenden Jahren dazu aus, die finanziellen Verpflichtungen der Sonderrechnung abzudecken.

Kennzahlen Ergebnisrechnung

C. Jahresüberschuss / -fehlbetrag

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-1.694.286 €	-2.903.395 €	359.256 €

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag resultiert neben den gebührenrelevanten auch aus den nicht gebührenrelevanten Bereichen der Sonderrechnung. Diese sind neben den Aufgaben, die die Sonderrechnung für den städtischen Haushalt abwickelt (z. B. Gewässerdienst, Sinkkastenreinigung) insbesondere die Abwicklung des Kanalnetznutzungsvertrages mit dem AVB, die nicht durch Gebühreneinnahmen abgedeckten Aufwendungen für Abflusslose Gruben, Kleinkläranlagen und Sonstiges Wasser und die Zinserträge aus Mitteln, die der Sonderrechnung im Rahmen der Privatisierung zugeflossen sind. Dabei ergeben sich regelmäßig Verluste in der Sonderrechnung, die aus den im Rahmen der Privatisierung in der Sonderrechnung einbehaltenen Mitteln abgedeckt werden sollen. Der aus diesen Mitteln noch zur Verfügung stehende Betrag dient zur Abdeckung von bestimmten Risiken (z.B. nicht gebührenfähige Entgelte, Verluste aus Anlagenabgängen) während der Vertragslaufzeit bis 2035. Die noch vorhandenen Mittel, die inzwischen vollständig der Sonstigen Rücklage zugeordnet wurden, reichen auch in den kommenden Jahren dazu aus, die Risiken abzudecken und Verluste zu vermeiden, die ansonsten durch den Kernhaushalt auszugleichen wären.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-621.000	387.889	1.008.889	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	0	-28.633	-28.633	
Gesamtergebnis	-621.000	359.255	980.255	>100,0

Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einer Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Planansatz ab. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich in das Ergebnis einfließt. Die neu entstandene Überdeckung im Gebührenbereich ist höher als die planmäßige Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich. Insgesamt führt dies zu einer Ergebnisverbesserung, obwohl die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich nur in der Planung berücksichtigt wird.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung	
	2018	2019	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-2.606.335	387.889	2.994.224	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	-297.060	-28.633	268.427	90,4
Gesamtergebnis	-2.903.395	359.255	3.262.650	>100,0

Das Gesamtergebnis liegt insbesondere aufgrund der gegenüber der Planung höheren Gebühreneinnahmen und der höheren Rückerstattung durch den AVB über dem Vorjahr.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.098.300	-2.228.836	3.869.464	63,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.787.800	1.571.354	3.359.154	>100,0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
Gesamtergebnis	-7.886.100	-657.483	7.228.617	91,7

Die Finanzrechnung schließt mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Planansatz ab. Dies beruht insbesondere auf höheren Gebühreneinnahmen und geringeren Auszahlungen für Aufwendungen und Investitionen. Zudem wurden keine weiteren Ausleihungen getätigt.

Das Gesamtergebnis und der Saldo der haushaltsunwirksamen Vorgänge führt für das Haushaltsjahr 2019 zu einer Finanzmittelveränderung in Höhe von -657.482,61 €. Zum 31. Dezember 2019 ergibt sich damit ein Gesamtbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 17.572.098,57 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung	
	2018	2019	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.056.576	-2.228.836	-172.260	-8,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.491.145	1.571.354	3.062.499	>100,0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Gesamtergebnis	-3.547.721	-657.483	2.890.238	81,5

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

3.3.1 Abwasserableitung

Das operative Geschäft hinsichtlich der Abwasserableitung wird im Wesentlichen von der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) durchgeführt. Hierfür werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages Betriebs- und Kapitalkostenentgelte gezahlt. Zu den Tätigkeiten der SE|BS gehört insbesondere die Erneuerung und Erweiterung des Kanalnetzes. Dazu gibt es detaillierte Vorgaben aus dem Abwasserentsorgungsvertrag.

Gemäß Abwasserentsorgungsvertrag kann die SE|BS die kumulierte Summe des in Anlage 4.4 des Abwasserentsorgungsvertrages aufgenommenen Planbudgets investieren. Unter Berücksichtigung der Anpassungsklausel stand der SE|BS dafür von 2006 bis 2019 ein Planbudget in Höhe von rd. 149,1 Mio. € zur Verfügung. Aus diesem Planbudget wurden Kanalbaumaßnahmen in Höhe von rd. 133,5 Mio. € bereits umgesetzt sowie rd. 10,3 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen und in den an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelten berücksichtigt. Darüber hinaus wurden bis einschließlich 2018 weitere Maßnahmen in Höhe von rd. 4,5 Mio. € abgestimmt, die aber erst in den Folgejahren fertiggestellt werden. Das Planbudget wurde im Jahr 2019 damit nicht überschritten.

Der tatsächliche Zeitpunkt der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen in dem jeweiligen Jahr hängt stark von der städtischen Baukoordinierung sowie den beteiligten Bauträgern ab. Es konnten von den für das Jahr 2019 vorgesehenen Maßnahmen in geschätzter Höhe von rd. 10,8 Mio. € lediglich rd. 7,2 Mio. € fertiggestellt werden. Die Abweichung resultiert aus den bereits beschriebenen Verschiebungen aus dem Bauprogramm sowie aus größeren Projekten, die sich über zwei oder mehrere Jahre erstrecken. Die Fertigstellung dieser Maßnahmen erfolgt dann erst in den Folgejahren. Die Forfaitierungssumme 2019 für die Kanalbaumaßnahmen beträgt rd. 15,3 Mio. €. Hierin sind rd. 8,1 Mio. € von abgestimmten Maßnahmen der Vorjahre und Korrekturen enthalten.

Größere Maßnahmen innerhalb des Planbudgets, die im Jahr 2019 fertiggestellt wurden, sind: Rebenring West mit rd. 3,6 Mio. €, Hasenwinkel 1. BA mit rd. 2,4 Mio. €, St. Ingbert Str. mit rd. 1,6 Mio. €, Körnerstraße mit rd. 1,1 Mio. €, Bortfelder Stieg mit rd. 0,8 Mio. €, Gabelsberger Str. mit rd. 0,6 Mio. €.

Des Weiteren sind bisher im Rahmen von Besonderen Maßnahmen gemäß Abwasserentsorgungsvertrag in den Jahren 2006 bis 2019 Investitionsmaßnahmen in Höhe von rd. 54,2 Mio. €

abgeschlossen worden. Besondere Investitionen sind, gemäß Vertrag mit der SE|BS, Netzerweiterungen sowie die zum Vertragsbeginn von der SE|BS übernommenen Anlagen im Bau. Der exakte Umsetzungszeitpunkt dieser Maßnahmen hängt dabei von vielen Faktoren wie z. B. der politischen Entscheidungsfindung und den Investoren der Bau- und Gewerbegebiete ab. Von den bis einschließlich dem Jahr 2019 bekannten, mit der SE|BS abgestimmten und zunächst noch nicht abgeschlossenen „Besonderen Investitionen“ in Höhe von rd. 22,0 Mio. € wurden in 2019 Maßnahmen in einem Umfang von rd. 2,4 Mio. € abgeschlossen. Die Umsetzung der restlichen derzeit bekannten und mit Kosten kalkulierten Maßnahmen in Höhe von rd. 19,6 Mio. € erfolgt in den kommenden Jahren. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für weitere vorgesehene „Besonderen Investitionen“ aufgrund des sehr frühen Planungsstadiums noch keine Kosten kalkuliert werden konnten.

Aufgrund der „Besonderen Investitionen“, die nicht auf das Planbudget anzurechnen sind, ergibt sich insgesamt ein höherer Investitionsbetrag als bei der Privatisierung geplant war. Dies wird sich auf die an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte sowie auf die zukünftige Gebührenentwicklung entsprechend auswirken.

Bedeutende Besondere Investitionen, die im Jahr 2019 fertiggestellt wurden, sind:
Stöckheim Süd mit rd. 2,0 Mio. € und eine Pumpwerkserweiterung mit rd. 0,2 Mio. €

Insgesamt sind zum 31.12.2019 für die Jahre 2020 ff. bereits Maßnahmen in Höhe von 24,1 Mio. € abgestimmt und noch nicht abgeschlossen:

➢ Kanalbaumaßnahmen aus dem Planbudget	4,5 Mio. €
➢ Besondere Investitionen	19,6 Mio. €
Gesamtsumme	24,1 Mio. €

Von der Gesamtsumme sind nach Angaben der SE|BS rd. 7,0 Mio. € bereits angefallen oder bereits beauftragt, aber noch nicht abgerechnet.

Der Restbuchwert des bei der Stadt verbliebenen Anlagevermögens verringert sich abschreibungsbedingt und aufgrund von Anlagenzu- und -abgängen um ca. 5,9 Mio. € von 189,6 Mio. € auf 183,7 Mio. €. Der Reduzierung des Altanlagevermögens steht das bei der SE|BS in 2019 aktivierte Neu-Anlagevermögen mit einem Restbuch- bzw. Rückübertragungswert von 22,0 Mio. € inkl. Mehrwertsteuer gegenüber. Zum Zeitpunkt der Privatisierung (31.12.2005) betrug der Restbuchwert des bei der Stadt verbliebenen Anlagevermögens 287,2 Mio. € (ohne die an die SE|BS übergebenen Anlagen im Bau). Der Wert des Alt-Anlagevermögens hat sich bis Ende 2019 um 103,5 Mio. € auf 183,7 Mio. € reduziert. Dem gegenüber steht das bei der SE|BS von 2006 bis 2019 aktivierte Anlagevermögen mit einem Restbuch- bzw. Rückübertragungswert von 200,5 Mio. € inkl. Mehrwertsteuer. Das gesamte Anlagevermögen (Alt- und Neu-Anlagevermögen) hat sich damit vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2019 um rd. 97,0 Mio. € erhöht. Es beträgt zum Stichtag 31.12.2019 ca. 384,2 Mio. €. Die Steigerung des Wertes des Anlagevermögens ergibt sich daraus, dass die Anschaffungskosten der neuen Kanäle höher sind als die entfallenden Werte der alten Kanäle und es zudem zu Netzerweiterungen gekommen ist.

Die für die Schmutzwassergebühr relevanten Frischwassermengen sind seit dem Jahr 2004 von rd. 13,6 Mio. m³ auf rd. 12,9 Mio. m³ im Jahr 2008 zurückgegangen und seitdem relativ konstant geblieben. Für das Jahr 2019 ergeben sich nach der Einschätzung für den Jahresabschluss rd. 13 Mio. m³. Aufgrund der Neubaugebiete ist tendenziell wieder mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Allerdings nimmt die Einwohnerzahl trotz der umfangreichen Erschließungstätigkeit nicht im gleichen Verhältnis wie die Netzlänge und die damit erforderliche Investitionstätigkeit zu. Die Erschließung neuer Gebiete ist auch weiterhin durch ungünstige Baugrund- und Gefälleverhältnisse oftmals kostenintensiv.

Für die Reinvestitionen in das vorhandene Kanalnetz steht, gemäß Anlage 4.4 „Planbudget Stadt zur Umsetzung des Investitionskonzeptes“ zum Abwasserentsorgungsvertrag, ein jährliches Budget zur Verfügung. Im Jahr 2019 hat sich eine Anpassung um 6,36 % aufgrund der Steigerung des Baupreisindex ergeben. Für 2020 ergibt sich aufgrund der Indexentwicklung ebenfalls eine Erhöhung des Planbudgets.

Zur Überprüfung der Erfüllung des Abwasserentsorgungsvertrages und damit auch der Investitionsverpflichtungen der SE|BS ist die Stadt berechtigt alle fünf Jahre eine gutachterliche Stellungnahme durch einen unabhängigen Gutachter zu verlangen (Vertragserfüllungsgutachten). Die Ergebnisse des letzten Vertragserfüllungsgutachtens lagen im Jahr 2016 endgültig vor und bestätigen der SE|BS eine weitgehende Erfüllung des Vertrages. Die Sanierungsrate für das Kanalnetz ist in dem Betrachtungszeitraum des letzten Vertragserfüllungsgutachtens bis 2013 nicht vollständig erreicht worden und in den Folgejahren nach dem Betrachtungszeitraum weiter zurückgegangen. Es ist abzusehen, dass die über die Vertragslaufzeit vereinbarte Sanierungsrate von der SE|BS nicht erreicht werden wird. Dies beruht darauf, dass die Baupreise zur Herstellung der Kanäle aufgrund von zusätzlichen Anforderungen (z. B. Kampfmittelbeseitigung) und aufgrund der aktuellen Baukonjunktur erheblich gestiegen sind. Der mittlere Preis für die Sanierung eines Kanalmeters liegt derzeit mehr als dreimal so hoch wie bei Vertragsbeginn. Dies wird durch die vertraglich vorgesehene Indexanpassung des Budgets jedoch nicht entsprechend abgebildet, so dass nicht genug Planbudget zur Verfügung steht, was bei Vertragsbeginn nicht absehbar war. Abgesehen davon ist zu berücksichtigen, dass mit dem Planbudget auch noch Investitionen in Anlagegüter erfolgen, die nicht kennzahlenrelevant sind (z. B. Pumpwerke).

Zur Lösung dieser Situation und zur Klarstellung weiterer vertraglicher Themen wurden Gespräche zur Abstimmung mit der SE|BS aufgenommen. Auslöser der weiteren Themen sind die sich während der bisherigen Vertragslaufzeit geänderten Gegebenheiten und Änderungen rechtlicher Anforderungen. Wesentliche Punkte sind dabei neben der Einhaltung der geforderten Sanierungsrate Fragestellungen im Zusammenhang mit der Verzinsung bei der Forfaitierung, mögliche Ansprüche der SE|BS im Zusammenhang mit einer Rechtsänderung bei der Ermittlung der Gewerbesteuer und Auswirkungen der Urteile des OVG Lüneburg zu den Abwassergebühren.

Das von der Verwaltung beauftragte Beratungsbüro KPMG als Vertragsersteller unterstützt die Stadt dabei insbesondere bei der Thematik Sanierungsrate und Investitionsbudget. Es wurde bereits ein Weg aufgezeigt, wie eine vertragskonforme Lösung aussehen könnte, mit der die zur Erreichung der Vertragsziele notwendigen Investitionen in den kommenden Jahren umgesetzt werden können. In Bezug auf die Sanierungsrate ist auf dieser Basis angedacht, das hierfür zur Verfügung stehende Planbudget für Investitionen in das Abwasserentsorgungsnetz von derzeit rd. 11. Mio. € pro Jahr auf rd. 24 Mio. € pro Jahr zu erhöhen. Derzeit wird noch untersucht, ob die Finanzierung dieser zusätzlichen Investitionen wie bisher über eine Forfaitierung oder direkt durch die Sonderrechnung Stadtentwässerung erfolgen kann. In diesem Falle müssten die Anlagegüter auch in der Sonderrechnung aktiviert werden. Diese Verfahrensweise würde dazu führen, dass eine Erhöhung des Rückübertragungswertes zum Vertragsende, den die Stadt zu diesem Zeitpunkt vertragsgemäß erstatten müsste, vermieden werden könnte und dass die derzeit günstigen Zinskonditionen über das Vertragsende hinaus festgeschrieben werden könnten. Im Hinblick darauf wurden in die Haushaltsplanung 2020 bereits entsprechende Ansätze mit aufgenommen. Insgesamt ist beabsichtigt, zu dem zukünftigen Investitionsbudget und den mit der SE|BS abgestimmten Lösungen zu den anderen Vertragsthemen im Jahr 2020 einen Gremienbeschluss herbeizuführen und eine Vereinbarung abzuschließen. Anschließend ist die Beauftragung des nächsten Vertragserfüllungsgutachtens geplant.

3.3.2 Abwasserreinigung

Die Aufgaben der Abwasserreinigung werden durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) wahrgenommen. Die Stadt ist Mitglied im AVB und verfügt seit dem 9. April 2008 grundsätzlich über die Mehrheit der Stimmen im Vorstand und im Verbandsausschuss des AVB. Für die Leistungen des AVB werden Mitgliedsbeiträge gezahlt, die auf Basis der Wirtschaftsplanung des AVB festgesetzt werden.

Die zu reinigende Abwassermenge für Braunschweig lag 2019 bei rd. 16,9 Mio. m³ (2018: 18,3 Mio. m³). Der Rückgang ist in erster Linie auf witterungsbedingte Einflüsse zurückzuführen.

Die Betriebsführung des Klärwerkes obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat wiederum die SE|BS mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Der ursprünglich aus dem Jahr 1979 stammende Betriebsführungsvertrag wurde inzwischen neu gefasst und gilt zunächst bis 2035.

Zur ergänzenden Kontrolle der vertraglichen Erfüllung der übertragenen Aufgaben durch die SE|BS wurde auch für den Bereich des Betriebes des Klärwerkes Steinhof ein Gutachten beauftragt. Dieses Gutachten wurde 2014 abgeschlossen. Dabei wird der SE|BS bei der Betriebsführung ein einwandfreies Vorgehen bestätigt. Das Gutachten wurde zusammen mit den Gutachten zum Kanalnetz in ein umfassendes Querschnittsgutachten einbezogen (s. 3.3.1). Auch dieser Bereich wird in dem nächsten Vertragserfüllungsgutachten erneut betrachtet werden.

3.4 Vergleich Ergebnisrechnung/Betriebsabrechnung

Für die Sonderrechnung wird neben dem Jahresabschluss noch eine Betriebsabrechnung erstellt. Damit wird die Forderung des Kommunalabgabenrechts erfüllt, im Wege einer Nachkalkulation (Betriebsabrechnung) festzustellen, ob und ggf. welche Kostenüber- oder -unterdeckungen nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstanden sind. Zudem wird damit ermittelt, in welcher Höhe die haushaltsrechtlich im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorgesehene Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich erfolgen muss. Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung von dem Ergebnis der Betriebsabrechnung zu dem Ergebnis der Ergebnisrechnung dar.

Betriebsergebnis 2019	864.821,39 €
Aufwand Mitgliedsbeitrag Kapitalkosten	-11.976.684,84 €
Ertrag Auflösung Kanalnetznutzungsrecht	7.602.000,00 €
Ertrag kalkulatorische Zinsen	4.346.748,58 €
Kreditzinsen	0,00 €
Zinsen Privatisierungserlös	3.212,22 €
Periodenfremde Aufwendungen	-9.470,74 €
Periodenfremde Erträge	0,00 €
Auflösung von Rückstellungen	0,00 €
Auflösung Rechnungsabgrenzung AVB	-200.000,00 €
Erträge aus Anlagenabgang	0,00 €
Verluste aus Anlagenabgang	-6.009,37 €
Verluste aus außerplanmäßiger Abschreibung	0,00 €
Erträge aus Nachaktivierung und Zuschreibung	0,00 €
Erträge aus der Auflösung von Zuschüssen	1.826,32 €
Korrektur nicht gebührenfähiger Mehrwertsteuer	-267.187,63 €
Ergebnis Ergebnisrechnung	359.255,93 €

Die Abweichungen zwischen der Betriebsabrechnung und der Ergebnisrechnung beruhen darauf, dass einige Positionen entweder nur im Jahresabschluss oder nur in der Betriebsabrechnung zu berücksichtigen sind.

So sind im Jahresabschluss die haushaltsrechtlichen Abschreibungen und der Zinsaufwand zu berücksichtigen, während in der Betriebsabrechnung die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen verwendet werden. Da in der Stadtentwässerung die haushaltsrechtlichen und die kalkulatorischen Abschreibungen grundsätzlich identisch sind, werden diese hier nicht dargestellt. Zudem sind die Erträge und Verluste aus Anlagenabgang und aus außerplanmäßigen Abschreibungen sowie die Erträge aus Nachaktivierung und aus der Auflösung von Zuschüssen nur haushaltsrechtlich zu berücksichtigen, sofern sie nicht nach den neuen Regelungen des Nds. Kommunalabgabengesetzes gebührenfähig sind. Dazu sind nicht in der Betriebsabrechnung darzustellende periodenfremde Aufwendungen und Erträge nur haushaltsrechtlich zu berücksichtigen.

Des Weiteren ergeben sich im Bereich der Stadtentwässerung aufgrund der im Rahmen der Privatisierung getroffenen Vereinbarungen einige weitere Positionen, die zu Abweichungen zwischen der Betriebsabrechnung und der Ergebnisrechnung führen. So sind der Aufwand für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag für das Kanalnetznutzungsrecht sowie der Ertrag für die Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens, der sich aus der Zahlung für das Kanalnetznutzungsrecht im Rahmen der Privatisierung ergeben hat, nur in der Ergebnisrechnung zu berücksichtigen. Die liquiden Mittel zur Finanzierung des an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrages für das Kanalnetznutzungsrecht resultieren aus den Gebühreneinnahmen für die in der Kalkulation und Betriebsabrechnung berücksichtigten kalkulatorischen Kosten. Im Zusammenhang mit dem Kanalnetznutzungsrecht wurde zudem festgelegt, dass der AVB einen Betrag in Höhe von 6 Mio. € behalten und zur Senkung der Beiträge verwenden soll. Hierfür wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der gleichmäßig über die Vertragslaufzeit aufgelöst wird. Diese Position wird ebenfalls nur in der Ergebnisrechnung berücksichtigt. Abgesehen davon wurde im Rahmen der Privatisierung noch festgelegt, dass die zu dem Zeitpunkt absehbare Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zu Lasten des Gebührenzahlers gehen soll, soweit es sich um Entgeltbestandteile handelt, die ohne Privatisierung nicht mehrwertsteuerpflichtig gewesen wären. Daher wird in der Betriebsabrechnung die entsprechende Mehrwertsteuerkorrektur berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorzunehmenden Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich sowie der weiteren Vorträge in der Betriebsabrechnung ergibt sich ein Vortrag auf die Folgejahre in Höhe von 5.490.224,00 €. Die insgesamt zu viel eingenommenen Gebühren, die dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeordnet werden, müssen entsprechend der Regelungen in § 5 NKAG in der Kalkulation gebührenmindernd berücksichtigt werden. Insgesamt ergibt sich hinsichtlich der Vorträge aus der Betriebsabrechnung folgende Entwicklung:

Vorträge aus der Betriebsabrechnung	**Stand 31.12.2018**	**Vortrag in 2019 aus Vorjahren**	**Vortrag von 2019 auf Nachjahre**	**Stand 31.12.2019**
Gebührenvorträge (Sonderposten Gebührenausgleich)	10.872.078,50 €	4.089.393,75 €	4.934.220,67 €	11.716.905,42 €
Vorträge der nicht gebührenfähigen Kostenstellen	536.009,16 €	536.009,16 €	556.003,33 €	556.003,33 €
Summe	**11.408.087,66 €**	**4.625.402,91 €**	**5.490.224,00 €**	**12.272.908,75 €**

Der sich zum 31. Dezember 2019 ergebende Gesamtbetrag in Höhe von 12.272.908,75 € steht der Sonderrechnung nicht auf Dauer zur Verfügung und kann nicht zur Abdeckung von haushaltsrechtlichen Verlusten verwendet werden. Die Anpassung des Sonderpostens

Gebührenausgleich wird mit dem Beschluss über den Jahresabschluss vorgenommen. Die hier dargestellten Zahlen gelten vorbehaltlich der noch endgültig fertigzustellenden Betriebsabrechnung.

3.5 Haushaltsreste

In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen gebildet. Dabei handelt es sich um folgende Position:

	nicht verbraucht	Haushaltsrest
Prüfungs- und Beratungskosten	299.491,35 €	299.491,35 €

Die Übertragung bei den Prüfungs- und Beratungskosten ist erforderlich, da ein Teil der für 2019 vorgesehenen Beratungskosten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung offener Vertragsthemen mit der SE|BS erst im Jahr 2020 benötigt wird, hierfür jedoch keine ausreichenden Mittel eingeplant wurden.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist in jedem Einzelfall kritisch geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsausgabereste notwendigerweise gebildet werden mussten. Soweit die Fortführung bereits begonnener Investitionsvorhaben im Haushaltsjahr 2020 sichergestellt ist, wurde von der Übertragung von Haushaltsmitteln aus 2019 abgesehen bzw. Haushaltsausgabereste in wesentlich geringerem Umfang gebildet als dies nach § 20 Abs. 2 KomHKVO möglich gewesen wäre. Nicht gebildete Haushaltsreste wurden bei Bedarf in den Folgejahren im Investitionsprogramm neu veranschlagt.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Investitionen in das Kanalvermögen nicht im Investitionsprogramm der Sonderrechnung dargestellt werden. Die Investitionen werden von der SE|BS vorgenommen. Der Umfang der noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen und die finanziellen Folgerungen daraus sind in Nr. 3.3.1 des Rechenschaftsberichtes beschrieben.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage der Sonderrechnung bestimmt sich insbesondere durch das Anlagevermögen im Bereich des Kanalnetzes. Genauere Ausführungen hierzu finden sich unter Nr. 3.2 des Anhangs. Aufgrund der Tatsache, dass die Investitionen in das Kanalnetz ab 2006 weitgehend bei der SE|BS aktiviert werden, beinhaltet das Anlagevermögen in erster Linie die vor dem Jahr 2006 angeschafften Bestandteile des Kanalnetzes. Abgesehen davon ist aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäfts nur in geringem Umfang Anlagevermögen vorhanden.

Die Finanzlage der Sonderrechnung ist insbesondere durch die Gebühreneinnahmen und die damit finanzierten Aufgaben gekennzeichnet. Hinzu kommen weitere Aufgaben, die durch Erstattungen aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Es ist auch in den kommenden Jahren eine ausreichende Liquidität vorhanden.

Die Ertragslage der Sonderrechnung wird weitgehend durch die Gebühreneinnahmen aus den einzelnen Gebührenbereichen bestimmt und ist als stabil anzusehen. Aufgrund der geringen Zinserträge und der nicht durch Gebühren abgedeckten Aufwendungen in den Bereichen Abflusslose Gruben, Kleinkläranlagen und Sonstiges Wasser ergeben sich in dem nicht gebührenfähigen Bereich Verluste, die auch in den kommenden Jahren aus den Rücklagen der Sonderrechnung abgedeckt werden können. Aufgrund einer 2017 erfolgten Gesetzesänderung können die Verluste aus vorzeitigen Anlagenabgängen dagegen inzwischen über Gebühren refinanziert werden. Gleichzeitig muss jedoch auch die Auflösung

der Sonderposten in der Gebühr berücksichtigt werden. Die Anpassungen am Kanalvermögen können aufgrund der Gesetzesänderung in den Jahren 2017 bis 2020 wieder erfolgsneutral gebucht werden.

5. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, haben sich nicht ergeben. Es sind bislang auch keine konkreten Auswirkungen aus der aktuellen pandemiebedingten Krisensituation erkennbar, die einen wesentlichen Einfluss auf die Sonderrechnung haben. Die weitere Entwicklung muss beobachtet werden.

6. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die in der Sonderrechnung dargestellten Bereiche Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie die Entsorgung aus Leichtflüssigkeitsabscheidern sind gebührenfinanziert. In diesen Bereichen auftretende Über- und Unterdeckungen werden entsprechend der kommunalabgabenrechtlichen Regelungen ausgeglichen. Für die von der Sonderrechnung für den städtischen Haushalt durchgeführten Aufgaben (z. B. Gewässerunterhaltung, Sinkkastenreinigung) erfolgt eine Erstattung der tatsächlichen Kosten durch den städtischen Haushalt.

Aufgrund der Urteile des OVG Lüneburg aus dem Jahr 2013 wurde eine gesonderte Gebühr für die Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben eingeführt, die nur zu 50% kostendeckend ist. Die Menge, die aus abflusslosen Sammelgruben abgefahren wird, wird sich durch den Anschluss von weiteren betroffenen Grundstücken an die öffentlichen Abwasseranlagen verringern. Zudem können die Aufwendungen für die Einleitung von sonstigem Wasser (z. B. aus Baumaßnahmen und Grundwassersanierungen) nicht mehr in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren eingerechnet werden. Hierdurch ergeben sich derzeit Verluste in Höhe von rd. 100.000 € bis 150.000 € pro Jahr, die aus der Sonderrechnung getragen werden müssen.

Die, abgesehen davon, in der Sonderrechnung planmäßig auftretenden Verluste werden durch die in der Vergangenheit hierfür gebildeten Rücklagen aus der Privatisierung der Stadtentwässerung abgedeckt. Inwieweit langfristig betrachtet hieraus ein Risiko für die Sonderrechnung resultiert, richtet sich nach der tatsächlichen Höhe der Verluste. Für diese ist unter anderem die Differenz in der Entwicklung der in der Gebührenkalkulation anzusetzenden kalkulatorischen Zinsen zu den von der Sonderrechnung wirtschaftlich zu tragenden und zumindest bis zum Ende der Zinsbindungsfrist 2020 höheren Kosten der langfristigen Finanzierung des Kanalvermögens verantwortlich.

Aus dem Geschäftsverlauf (s. Punkt 3.3) ist erkennbar, dass sich die Schmutzwassermengen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren scheinen. Die Kosten der Abwasserbeseitigung werden sich aufgrund steigender gesetzlicher Anforderungen sowohl an die Schmutz- bzw. Niederschlagswasserableitung als auch an die Abwasser- und Klärschlammbehandlung tendenziell erhöhen.

Zum Erhalt des Kanalnetzes sind Investitionen in die Substanz erforderlich. Sie fließen für den Kanalbereich aufgrund des langen Abschreibungszeitraumes über einen langen Zeitraum verteilt in die Gebührenkalkulation ein (in einem Jahr 1/80 des Anschaffungswertes zuzüglich kalkulatorischer Zinsen).

Um für die von der SE|BS vorgenommenen Investitionen möglichst günstige Finanzierungskonditionen zu erhalten, erfolgt eine Forfaitierung der an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte. Damit verbunden ist eine Einredeverzichtserklärung der Stadt Braunschweig gegenüber den Banken hinsichtlich der aus den Entgelten resultierenden Forderungen der SE|BS.

Eine Darstellung des Vertrages mit der SE|BS und der Mitgliedschaft beim AVB sowie der daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen findet sich in den Vermerken unterhalb der Bilanz.

Jahresabschluss

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019
der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 16. 7. 20

Geiger
Erster Stadtrat

Jahresabschluss Sonderrechnung Abfallwirtschaft
Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Bilanz	
1.	Komprimierte Darstellung der Bilanz	
2.	Bilanz	
3.	Vermerke unterhalb der Bilanz	
II.	Gesamt-Ergebnisrechnung	
III.	Gesamt-Finanzrechnung	
IV.	Anhang	
1.	Allgemeine Erläuterungen	1
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	2
3.	Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	3
4.	Weitere Erläuterungen zur Bilanz	8
5.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	8
6.	Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung	12
7.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	13
8.	Verpflichtungsermächtigungen	13
V.	Anlagen zum Anhang	
1.	Anlagenübersicht	
2.	Forderungsübersicht	
3.	Schuldenübersicht	
4.	Rückstellungsübersicht	
VI.	Rechenschaftsbericht	
1.	Vorbemerkungen	1
2.	Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung	1
3.	Verlauf der Haushaltswirtschaft	5
4.	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
5.	Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung	12
6.	Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung	12

Hinweis: In den Tabellen des Anhangs und des Rechenschaftsberichts werden überwiegend gerundete Zahlen verwendet. Es kommt daher innerhalb der Tabellen in einzelnen Fällen zu Rundungsdifferenzen bei den Beträgen und den Prozentangaben.

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

I. Bilanz

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

1. **Komprimierte Darstellung Bilanz**
2. **Bilanz**
3. **Vermerke unterhalb der Bilanz**

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	46.900,00	44.100,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
2. Sachvermögen	14.228.079,00	14.227.538,13	1.2 Rücklagen	8.859.257,40	8.746.597,92
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	1.272.484,16	-412.909,50
3. Finanzvermögen	10.195.182,22	7.839.947,82			
			1.4 Sonderposten	4.250.265,77	5.635.409,41
4. Liquide Mittel	19.187.787,76	15.618.816,00		17.366.165,62	16.953.256,12
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.704,19	13.608,56	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	675.548,00	624.180,00
				675.548,00	624.180,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	748.389,84	893.051,99
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	15.270,40	15.455,13
				763.660,24	908.507,12
			3. Rückstellungen	24.865.279,31	19.258.067,27
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	43.670.653,17	37.744.010,51		43.670.653,17	37.744.010,51

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 67.596,39 €; 2019 = 0,00 €

Braunschweig, den 17.7.2020

i.A.

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

2. Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	0,00	0,00	1.1.1 Reinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		2.984.158,29	2.984.158,29
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	46.900,00	44.100,00	1.2 Rücklagen		
	46.900,00	44.100,00	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	124.002,61	0,00
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	258.247,36	269.590,49
			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. Sachvermögen					
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	41.865,00	31.817,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	8.477.007,43	8.477.007,43
2.3 Infrastrukturvermögen	14.182.975,00	13.688.060,00		8.859.257,40	8.746.597,92
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1,00	1,00	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	3.238,00	3.143,00	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	1.272.484,16	-412.909,50
2.8 Vorräte	0,00	0,00			
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	504.517,13		1.272.484,16	-412.909,50
	14.228.079,00	14.227.538,13			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	4.250.265,77	5.635.409,41
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	8.950.000,00	6.778.500,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.051.541,25	488.152,01		4.250.265,77	5.635.409,41
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	49.568,18	89.151,93		17.366.165,62	16.953.256,12
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	144.072,79	484.143,88			
			2. Schulden		
	10.195.182,22	7.839.947,82	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	19.187.787,76	15.618.816,00	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	675.548,00	624.180,00
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.704,19	13.608,56	2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				675.548,00	624.180,00

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 67.596,39 €; 2019 = 0,00 €

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	748.389,84	893.051,99
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
			für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	5.201,85	6.094,35
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	0,00	0,00
				5.201,85	6.094,35
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	10.068,55	9.360,78
				15.270,40	15.455,13
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	38.800,00	28.200,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	24.258.349,72	18.884.975,92
			geschlossener Abfalldeponien		
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und	0,00	0,00
			von Steuerschuldverhältnissen		
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus	11.638,00	12.696,00
			Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren		
			3.8 Andere Rückstellungen	556.491,59	332.195,35
				24.865.279,31	19.258.067,27
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	43.670.653,17	37.744.010,51		43.670.653,17	37.744.010,51

Braunschweig, den 15.7.2020

i.A.

Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

3. Vermerke unterhalb der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig bestehen folgende Vorbelastungen:

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	in Euro
Haushaltsreste aus dem Vorjahr	395.482,87
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0,00
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaftsübernahmen	0,00
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00
Stundungen über das Ende des Haushaltsjahres hinaus	0,00
Summe der Vorbelastungen	**395.482,87**

Sonstige langjährige Verpflichtungen:

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Wahrnehmung der Aufgaben Abfallbeseitigung und Straßenreinigung an die ALBA Braunschweig GmbH auf Basis der abgeschlossenen Leistungsverträge (Vertrag bis zum 31. Dezember 2025).

2019	29.374.169,81 €
Plan 2020	30.680.400,00 €
Prognose 2020 - 2024	141 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2025 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 168 Mio. €. Bei den Daten ist auch der gesonderte Vertrag hinsichtlich der Einsammlung und Verwertung der stoffgleichen Nichtverpackungen berücksichtigt. Bei der Prognose für die Zeit bis 2024 bzw. bis zum Vertragsende wurden die Auswirkungen zukünftiger Index- und Mengenanpassungen nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die thermische Behandlung des Restabfalls an die Firma REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Nord (Vertrag bis zum 31. Januar 2022).

2019	5.715.458,56 €
Plan 2020	5.642.100,00 €
Prognose 2020 - 2022	11,6 Mio. €

  Für die Zeit bis zum Vertragsende 2022 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 11,6 Mio. €. Die Auswirkungen zukünftiger Mengenanpassungen wurden nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Leistungsentgeltes für die Deponiebewirtschaftung und die Einlagerung von Straßenbauabfällen auf der Deponie an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (Vertrag bis 31. Dezember 2035).

2019	629.079,29 €
Plan 2020	670.000,00 €
Prognose 2020 - 2024	1,7 Mio. €

  Für die Zeit bis Ende 2035 ergäbe sich aus derzeitiger Sicht eine Belastung in Höhe von rd. 5,6 Mio. €. Bei der Prognose bis 2024 bzw. bis zum Vertragsende 2035 wurden die Auswirkungen zukünftiger Indexanpassungen nicht berücksichtigt.

- Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages an den Abwasserverband Braunschweig für die Reinigung des Deponiesickerwassers (2019: 764.739,68 € /Ansatz 2020: 775.600 €). Die Mitgliedschaft ist unbegrenzt, es ist für die Dauer der Mitgliedschaft mit jährlichen Aufwendungen in entsprechender Höhe unter Berücksichtigung der jährlichen Preissteigerungen zu rechnen.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	44.490.077,83	40.244.703,81	41.720.700,00	-1.475.996,19	
6	Privatrechtliche Entgelte	28.163,12	23.304,12	15.300,00	8.004,12	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141.000,00	146.000,00	143.500,00	2.500,00	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	73.545,33	18.444,39	11.600,00	6.844,39	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	3.609,00	13.846,84	0,00	13.846,84	
12	**Summe ordentliche Erträge**	44.736.395,28	40.446.299,16	41.891.100,00	-1.444.800,84	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	523.625,89	519.269,79	610.500,00	-91.230,21	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.615.379,93	1.927.391,44	2.462.400,00	-535.008,56	0,00
16	Abschreibungen	516.356,86	509.213,28	529.000,00	-19.786,72	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.311,36	29.951,09	30.000,00	-48,91	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.802.106,22	38.075.229,99	38.570.500,00	-495.270,01	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	43.489.780,26	41.061.055,59	42.202.400,00	-1.141.344,41	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20)** **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	1.246.615,02	-614.756,43	-311.300,00	-303.456,43	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	25.874,14	201.847,93	0,00	201.847,93	
23	Außerordentliche Aufwendungen	5,00	1,00	0,00	1,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	25.869,14	201.846,93	0,00	201.846,93	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)** **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	1.272.484,16	-412.909,50	-311.300,00	-101.609,50	0,00

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019

Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	**Ansätze 2019** - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	**Gesamt-ermächtigungen 2019** - Euro -	**Ergebnis 2019** - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	44.490.077,83	41.720.700,00	0,00	0,00	0,00	41.720.700,00	40.244.703,81	-1.475.996,19
6	Privatrechtliche Entgelte	28.163,12	15.300,00	0,00	0,00	0,00	15.300,00	23.304,12	8.004,12
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141.000,00	143.500,00	0,00	0,00	0,00	143.500,00	146.000,00	2.500,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	73.545,33	11.600,00	0,00	0,00	0,00	11.600,00	18.444,39	6.844,39
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	3.609,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.846,84	13.846,84
12	**Summe ordentliche Erträge**	44.736.395,28	41.891.100,00	0,00	0,00	0,00	41.891.100,00	40.446.299,16	-1.444.800,84
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	523.625,89	610.500,00	0,00	0,00	0,00	610.500,00	519.269,79	-91.230,21
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.615.379,93	2.462.400,00	0,00	0,00	0,00	2.462.400,00	1.927.391,44	-535.008,56
16	Abschreibungen	516.356,86	529.000,00	0,00	0,00	0,00	529.000,00	509.213,28	-19.786,72
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.311,36	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	29.951,09	-48,91
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.802.106,22	38.570.500,00	0,00	0,00	67.596,39	38.638.096,39	38.075.229,99	-562.866,40
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	43.489.780,26	42.202.400,00	0,00	0,00	67.596,39	42.269.996,39	41.061.055,59	-1.208.940,80
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	1.246.615,02	-311.300,00	0,00	0,00	-67.596,39	-378.896,39	-614.756,43	-235.860,04
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	25.874,14	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	201.847,93	201.747,93
23	Außerordentliche Aufwendungen	5,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	1,00	-99,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	25.869,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	201.846,93	201.846,93
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	1.272.484,16	-311.300,00	0,00	0,00	-67.596,39	-378.896,39	-412.909,50	-34.013,11

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	43.762.009,54	40.798.593,05	40.479.900	318.693,05	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	20.143,08	33.852,05	15.300	18.552,05	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.000,00	146.000,00	143.500	2.500,00	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	77.274,50	7.582,64	11.600	-4.017,36	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2,50	5,00	0	5,00	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	44.000.429,62	40.986.032,74	40.650.300	335.732,74	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen	522.480,46	572.729,46	610.500	-37.770,54	0
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	1.368.616,97	7.427.791,12	5.418.900	2.008.891,12	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	33.019,12	30.658,86	30.000	658,86	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	37.623.704,57	38.137.577,67	38.570.500	-432.922,33	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	39.547.821,12	46.168.757,11	44.629.900	1.538.857,11	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	4.452.608,50	-5.182.724,37	-3.979.600	-1.203.124,37	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	9.610.000,00	8.950.000,00	8.950.000	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	9.610.000,00	8.950.000,00	8.950.000	0,00	0

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	0,00	504.517,13	920.000	-415.482,87	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	714,38	1.862,26	8.000	-6.137,74	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	8.950.000,00	6.778.500,00	10.000.000	-3.221.500,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	8.950.714,38	7.284.879,39	10.928.000	-3.643.120,61	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	659.285,62	1.665.120,61	-1.978.000	3.643.120,61	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	5.111.894,12	-3.517.603,76	-5.957.600	2.439.996,24	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	51.368,00	51.368,00	51.400	-32,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-51.368,00	-51.368,00	-51.400	32,00	0
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	5.060.526,12	-3.568.971,76	-6.009.000	2.440.028,24	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00		0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen		0,00		0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	14.127.261,64	19.187.787,76	19.187.788		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	19.187.787,76	15.618.816,00	13.178.788	2.440.028,24	0

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [4] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2019 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 9) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	43.762.009,54	40.479.900,00	0,00	0,00	0,00	40.479.900,00	40.798.593,05	318.693,05
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	20.143,08	15.300,00	0,00	0,00	0,00	15.300,00	33.852,05	18.552,05
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.000,00	143.500,00	0,00	0,00	0,00	143.500,00	146.000,00	2.500,00
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	77.274,50	11.600,00	0,00	0,00	0,00	11.600,00	7.582,64	-4.017,36
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	5,00
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	44.000.429,62	40.650.300,00	0,00	0,00	0,00	40.650.300,00	40.986.032,74	335.732,74
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	522.480,46	610.500,00	0,00	0,00	0,00	610.500,00	572.729,46	-37.770,54
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.368.616,97	5.418.900,00	0,00	0,00	3.000.000,00	8.418.900,00	7.427.791,12	-991.108,88
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	33.019,12	30.000,00	0,00	700,00	0,00	30.700,00	30.658,86	-41,14
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	37.623.704,57	38.570.500,00	0,00	-700,00	67.596,39	38.637.396,39	38.137.577,67	-499.818,72
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	39.547.821,12	44.629.900,00	0,00	0,00	3.067.596,39	47.697.496,39	46.168.757,11	-1.528.739,28
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	4.452.608,50	-3.979.600,00	0,00	0,00	-3.067.596,39	-7.047.196,39	-5.182.724,37	1.864.472,02
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	9.610.000,00	8.950.000,00	0,00	0,00	0,00	8.950.000,00	8.950.000,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	9.610.000,00	8.950.000,00	0,00	0,00	0,00	8.950.000,00	8.950.000,00	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018	Ansätze 2019	Veränderung durch Nachtrag	Sonstige Ermächtigungen [4]	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste)	Gesamt-ermächtigungen 2019	Ergebnis 2019	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 9)
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	920.000,00	0,00	0,00	0,00	920.000,00	504.517,13	-415.482,87
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	714,38	8.000,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	1.862,26	-6.137,74
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	8.950.000,00	10.000.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000.000,00	6.778.500,00	-3.221.500,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	8.950.714,38	10.928.000,00	0,00	0,00	0,00	10.928.000,00	7.284.879,39	-3.643.120,61
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	659.285,62	-1.978.000,00	0,00	0,00	0,00	-1.978.000,00	1.665.120,61	3.643.120,61
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	5.111.894,12	-5.957.600,00	0,00	0,00	-3.067.596,39	-9.025.196,39	-3.517.603,76	5.507.592,63
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	51.368,00	51.400,00	0,00	0,00	0,00	51.400,00	51.368,00	-32,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-51.368,00	-51.400,00	0,00	0,00	0,00	-51.400,00	-51.368,00	32,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	5.060.526,12	-6.009.000,00	0,00	0,00	-3.067.596,39	-9.076.596,39	-3.568.971,76	5.507.624,63
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	14.127.261,64	19.187.787,76				19.187.787,76	19.187.787,76	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	19.187.787,76	13.178.787,76				10.111.191,37	15.618.816,00	5.507.624,63

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

IV. Anhang

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Anhang

Erläuterung des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2019

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe der Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Absatz 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG).

Die operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft sind zum 1. Januar 2001 weitestgehend der damaligen Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) übertragen worden, die sich zum 1. Januar 2005 in ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) umbenannt hat. Die Beziehungen zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS sind in den Leistungsverträgen, Klarstellungsvereinbarungen „Straßenreinigung“ und „Abfall“ und in den Ergänzungsvereinbarungen zu den Leistungsverträgen geregelt. Die Leistungen von ALBA-BS werden mit verschiedenen Leistungsentgelten abgegolten.

Die Verwertung und Entsorgung der Abfälle erfolgt ebenfalls durch beauftragte Dritte. Bei den Restabfällen erfolgt die thermische Behandlung seit dem 1. Februar 2007 bei der REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Nord (REMONDIS). Der Bio- und Grünabfall wird bei der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ehem. Braunschweiger Kompost GmbH) verwertet.

Des Weiteren werden Aufgaben der Deponiebewirtschaftung ab dem 1. Januar 2006 durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SEBS) ausgeführt. Zudem führt die SEBS seit 2009 auch den Einlagerungsbetrieb auf Schüttfeld III durch. Die Sickerwasserkläranlage gehört dem Abwasserverband Braunschweig (AVB) und wird im Rahmen des Betriebsführungsvertrages und des Abwasserentsorgungsvertrages ebenfalls von der SEBS betrieben.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abfallbeseitigung (Gebührenkalkulation und Satzungsvollzug) verblieben. Daneben sind dem Regiebetrieb der Deponiebetrieb sowie das Vertragscontrolling und die strategische Ausrichtung der Abfallwirtschaft übertragen worden. Hinzu kommt die Durchführung des Projektes „Unser sauberes Braunschweig“.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben des Regiebetriebes "Abfallwirtschaft" werden seit dem 1. Januar 2006 von den Fachbereichen „Finanzen“ (FB 20) und „Tiefbau und Verkehr“ (FB 66) wahrgenommen.
Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Abfallwirtschaft betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abfallentsorgungssatzung, die Abfallentsorgungsgebührensatzung, die Straßenreinigungsverordnung, die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsgebührensatzung).

2019 waren für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft 3 Beamte in Vollzeit, 2 Beamte in Teilzeit und 3 Beschäftigte TVöD in Vollzeit tätig.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der Dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet der Regiebetrieb "Abfallwirtschaft" über fast alle zu erledigenden Teilaufgaben in der Querschnittsverwaltung. Die Aufgabenwahrnehmung selbst erfolgt in der Regel durch die Servicebereiche; dies sind insbesondere:

Fachbereich „Zentrale Dienste“:	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse
Fachbereich „Finanzen“:	Kreditwesen, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten, An- und Vermietung, Gebühreneinzug
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit“:	Einstellungsuntersuchungen, Arbeitssicherheit

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird nach den Regelungen der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht damit aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung richtet sich nach den Regelungen der §§ 50 ff. der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i.V.m. 44 ff. KomHKVO.

Die Zugänge werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten abzüglich Rabatte und Skonti angesetzt. Das bereits in der auf Grundlage der Einrichtungsverordnung (EinrVO-Kom) erstellten Bilanz zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Vermögen ist mit den darin enthaltenen Werten übernommen worden.

Das Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben.
Für die Ermittlung der Abschreibungen wird grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 5 KomHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert unter 1.000 € netto haben, als Aufwand zu buchen. Aufgrund der Übergangsregelung in § 63 Abs. 1 KomHKVO wird jedoch für die Sonderrechnung noch die alte Regelung des § 47 Abs. 2 der GemHKVO angewandt, wonach Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen sind, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Eine Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten erfolgte 2019 nicht.

3. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,1 % (Vorjahr 0,1 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielles Vermögen	46.900	100,0	44.100	100,0	-2.800	-6,0

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um ein Nutzungsrecht für ein mobiles Feuerlöschsystem. Die Bewertung erfolgt zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 37,7 % (Vorjahr 32,6 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	41.865	0,3	31.817	0,2	-10.048	-24,0
Infrastrukturvermögen	14.182.975	99,7	13.688.060	96,2	-494.915	-3,5
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1	0,0	1	0,0	0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.238	0,0	3.143	0,0	-95	-2,9
Anlagen im Bau	0	0,0	504.517	3,5	504.517	
Sachvermögen	14.228.079	100,0	14.227.538	100,0	-541	0,0

Der wesentliche Teil des Anlagevermögens besteht aus den Anlagegütern der Deponie in Watenbüttel. Die Bewertung der Anlagegüter erfolgt hinsichtlich der zum 1. Januar 2003 neu bewerteten Anlagegüter aus der Zeit vor dem 1. Januar 2001 mit den zum 1. Januar 2003 übernommenen historischen Wiederbeschaffungszeitwerten, den kumulierten und jährlichen Abschreibungen und den Restbuchwerten. Dieser Wert gilt damit als bilanzieller Anschaffungswert.

Die Bewertung der Zugänge nach dem 1. Januar 2001 erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Position „unbebaute Grundstücke“ beinhaltet eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme, die abgeschrieben wird.

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen. Zudem gab es einige Zu- und Abgänge im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.2.1 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen teilt sich auf folgende Positionen auf:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	2.513.441	17,7	2.513.441	18,4	0,00	0,0
Straßen, Wege, Plätze	495.153	3,5	447.789	3,3	-47.364	-9,6
Sonstige Bauten (Deponie)	11.174.381	78,8	10.726.830	78,4	-447.551	-4,0
Infrastrukturvermögen	14.182.975	100,0	13.688.060	100,0	-494.915	-3,5

3.2.2 Anlagen im Bau

Die Anlagen im Bau beinhalten die noch nicht abgeschlossene Maßnahme zur Erneuerung der temporären Oberflächenabdichtung auf dem Schüttfeld III der Deponie (504.517 €).

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 20,8 % (Vorjahr 23,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Ausleihungen	8.950.000	87,8	6.778.500	86,5	-2.171.500	-24,3
Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.051.541	10,3	488.152	6,2	-563.389	-53,6
Privatrechtliche Forderungen	49.568	0,5	89.152	1,1	39.584	79,9
Sonstige Vermögensgegenstände	144.073	1,4	484.144	6,2	340.071	>100,0
Finanzvermögen	10.195.182	100,0	7.839.948	100,0	-2.355.234	-23,1

Aufgrund der Marktsituation bei der Verzinsung vorhandener liquider Mittel wurde 2018 ein Betrag in Höhe von 8,95 Mio. € innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH ausgeliehen. Die Rückzahlung des Betrages aus 2018 ist im Jahr 2019 erfolgt. Im Jahr 2019 wurde dann ein Betrag in Höhe von rd. 6,78 Mio. € an die Stadtbad Braunschweig GmbH ausgeliehen, der im Jahr 2020 zurückgezahlt werden soll.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden vorgenommen und von den Forderungen abgezogen, so dass in der Bilanz nur der sich daraus ergebende Saldo dargestellt ist. Debitorische Kreditoren und kreditorische Debitoren wurden als sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Rückgang der öffentlich-rechtlichen Forderungen beruht insbesondere auf geringeren offenen Forderungen aus der Einlagerung auf Schüttfeld III.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen haben sich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 742,64 € ergeben (Vorjahr 742,64 €). Zudem wurde hinsichtlich der Forderungen aus Gebühren für die Abfallbehälter und die Straßenreinigung eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigung wurde davon ausgegangen, dass 10 % der am 31. Dezember 2019 bestehenden offenen Forderungen aus dem Jahr 2019 nicht einbringbar sind. Hinsichtlich der Vorjahre wurde davon ausgegangen, dass 30 % der offenen Forderungen nicht mehr einbringbar sind. Die Einschätzung erfolgte auf Basis

der Entwicklung der offenen Forderungen der Vorjahre. Eine Einzelwertberichtigung ist bei den offenen Forderungen aus den von der Stadt veranlagten Gebühren mit einem vertretbaren Aufwand nicht möglich.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 41,4 % (Vorjahr 43,9 %) der Bilanzsumme.

Die liquiden Mittel werden zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Die Finanzmittel werden über den Cash-Pool der Stadt verwaltet. Das Konto läuft rechtsformbedingt auf den Namen der Stadt.

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung ist dies die Beamtenbesoldung für Januar, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 44,9 % (Vorjahr 39,8 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Reinvermögen	2.984.158	17,2	2.984.158	17,6	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	124.003	0,7	0	0,0	-124.003	-100,0
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	258.247	1,5	269.590	1,6	11.343	4,4
Sonstige Rücklagen	8.477.007	48,8	8.477.007	50,0	0	0,0
Jahresergebnis	1.272.484	7,3	-412.910	-2,4	-1.685.394	<-100,0
Sonderposten Gebührenausgleich	4.250.266	24,5	5.635.409	33,2	1.385.144	32,6
Nettoposition	17.366.166	100,0	16.953.256	100,0	-412.910	-2,4

Das Haushaltsjahr 2019 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 412.909,50 € ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2018 wurde entsprechend dem Ratsbeschluss vom 14. Juli 2020 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2018	Bestand 31.12.2019
Ordentliches Ergebnis	1.246.615,02 €	
Außerordentliches Ergebnis	25.869,14 €	
Gesamtergebnis	1.272.484,16 €	
Zuführung (+)/Entnahme(-) Rücklage ordentliches Ergebnis	-124.002,61 €	0,00 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	11.343,13 €	269.590,49 €
Zuführung (+)/Entnahme (-) Sonderposten Gebührenausgleich	1.385.143,64 €	5.635.409,41 €

Abgesehen davon wird der verbleibende Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 14.526,01 € aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses abgedeckt.

Die „Sonstigen Rücklagen“ betragen 8.477.007,43 € (Vorjahr 8.477.007,43 €) und dienen dem Ausgleich von zu erwartenden nicht gebührenfähigen Verlusten zukünftiger Jahre.

Der Sonderposten Gebührenausgleich beinhaltet die Gebührenvorträge, die entsprechend den Regelungen des Nds. Kommunalabgabenrechtes wieder in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden müssen. Die Zuordnung zu dem Sonderposten wird erst mit dem Beschluss über die Ergebnisverwendung vorgenommen. Die Veränderung des Sonderpostens beruht somit auf der Auflösung und Zuführung, die sich aus den durch Beschluss festgestellten Jahresabschlussdaten des Jahres 2018 ergeben haben. Insgesamt ergibt sich dabei eine Zuführung in Höhe von 1.385.143,64 €. Aufgrund der Daten der Betriebsabrechnung 2019 ergibt sich in der Summe eine Auflösung in Höhe von 30.621,46 €, die nach dem entsprechenden Beschluss über die Ergebnisverwendung vorzunehmen ist. Der Betrag setzt sich zusammen aus der planmäßigen Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 1.493.896,22 € und der sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 1.463.274,76 €.

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach dem NKomVG umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden umfassen 4,1 % (Vorjahr 3,2 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	675.548	46,9	624.180	40,7	-51.368	-7,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	748.390	52,0	893.052	58,7	144.662	19,3
Durchlaufende Posten	5.202	0,4	6.094	0,4	893	17,2
Sonstige Verbindlichkeiten	10.069	0,7	9.361	0,6	-708	-7,0
Schulden	1.439.208	100,0	1.532.687	100,0	93.479	6,5

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen werden durch den städtischen Haushalt verwaltet. Der Anstieg bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beruht insbesondere auf höheren Verbindlichkeiten für Abrechnungen im Rahmen der Deponierekultivierung.

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 51,0 % (Vorjahr 56,9 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	38.800	0,2	28.200	0,1	-10.600	-27,3
Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	24.258.350	97,6	18.884.976	98,1	-5.373.374	-22,2
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährl. u. anh. Gerichtsverfahren	11.638	0,0	12.696	0,1	1.058	9,1
Andere Rückstellungen	556.492	2,2	332.195	1,7	-224.296	-40,3
Rückstellungen	24.865.279	100,0	19.258.067	100,0	-5.607.212	-22,6

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht gebildet, da die Stadt Braunschweig die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten sicherstellt und die Sonderrechnung Abfallwirtschaft sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt.

In der Rückstellung für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen sind die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und Überstunden berücksichtigt. Grundlage für die Berechnung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Sozialabgaben wurden entsprechend berücksichtigt.

Die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien wurde fortgeschrieben. Aufgrund der im Jahr 2019 verwendeten Mittel für den dritten Bauabschnitt der Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa (rd. 7,2 Mio. €) sowie der im Jahr 2019 erfolgten Zuführungen (rd. 1,8 Mio. €) ergibt sich zum 31. Dezember 2019 ein Bestand der Rückstellung in Höhe von 18.884.975,92 €. Die Zuführungen setzen sich zusammen aus der geplanten Aufstockung der Rückstellung in Höhe von 1,5 Mio. € aus den Abfallgebühren sowie in Höhe von rd. 18.400 € aus den mit den vorhandenen Mitteln erwirtschafteten Zinseinnahmen (Plan 11.600 €). Zudem wurden weitere rd. 264.600 € zugeführt, die aus den Gebühreneinnahmen für die Einlagerung auf Schüttfeld III finanziert werden (Plan 531.900 €). Hierbei ist eine Zuführung entsprechend der Menge vorgesehen, die geringer war als bei der Haushaltsplanung angenommen.

Die notwendige Höhe der Rückstellung ergibt sich aus der aktuellen Kosten- und Maßnahmenplanung. Diese beruht auf dem Planfeststellungsbeschluss zur Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa der Deponie aus dem Jahr 2012 und wurde anhand der Kostenentwicklung fortgeschrieben und durch die aktuelle Kostenschätzung des Ingenieurbüros ergänzt. Der gesamte Finanzbedarf beträgt rd. 37,8 Mio. € für die Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa sowie rd. 20,8 Mio. € für das Schüttfeld III (Preisstand 2019). Hinzu kommt der Bedarf für die Nachsorgephase von mindestens 30 Jahren nach dem Abschluss der Rekultivierungsmaßnahmen.

Die noch fehlenden Mittel sollen bis zum Beginn der Rekultivierung des Schüttfeldes III (voraussichtlich im Jahr 2053) kontinuierlich angesammelt werden, um den Gebührenzahler möglichst gleichmäßig zu belasten. Dabei wird die bisherige Bewertungspraxis fortgeführt. Auf diese Art und Weise ist sichergestellt, dass die Mittel zum Rekultivierungszeitpunkt zur Verfügung stehen und alljährlich über Gebühreneinnahmen refinanziert werden können.

Die Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren beinhaltet Aufwendungen für Klagen gegen die Abfall- und Straßenreinigungsgebühren, die noch nicht abgerechnet wurden.

In den „Anderen Rückstellungen“ sind als wesentliche Position die Rückstellungen für Ersatzmaßnahmen enthalten. Die nach den in 2019 durchgeführten Maßnahmen noch vorhandenen Mittel werden voraussichtlich in 2020 benötigt. Die Notwendigkeit der Maßnahmen ergibt sich aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Schüttfeld III der Deponie. Die Maßnahme wurde bereits weitgehend umgesetzt, es sind jedoch noch Restarbeiten und Nachbesserungen erforderlich.

Hinzu kommen weitere Rückstellungen, u.a. für Dienstjubiläen, leistungsorientierte Bezahlung, ausstehende Rechnungen und Prüfung des Jahresabschlusses. Bei der Rückstellung für Dienstjubiläen wurden die bisherige Beschäftigungszeit und die derzeit gültigen Zuwendungen bei einem Dienstjubiläum berücksichtigt.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Rückstellungen nach Restlaufzeiten auf:

	Bestand 31.12.2019	davon mit Restlaufzeit		
	Euro	bis 1 Jahr Euro	1-5 Jahre Euro	über 5 Jahre Euro
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	28.200	28.200	0	0
Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	18.884.976	7.800.000	8.300.000	2.784.976
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährl. u. anh. Gerichtsverfahren	12.696	12.696	0	0
Andere Rückstellungen	332.195	330.595	818	782
Rückstellungen	19.258.067	8.171.491	8.300.818	2.785.758

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind in den Vermerken unter der Bilanz gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO enthalten. Die Übersicht enthält insbesondere die Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind. Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne bestehen nicht.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 412.909,50 € (Vorjahr: Überschuss 1.272.484,16 €). Der Fehlbetrag setzt sich aus einem Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 382.288,04 € zusammen. Dieser Fehlbetrag ergibt sich weitgehend dadurch, dass die haushaltsrechtlich anzusetzenden Aufwendungen für Abschreibungen und Zinsen höher sind als die, die nach dem Abgabenrecht in die Gebührenkalkulation einbezogen werden dürfen.

5.2 Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich für das ordentliche Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 614.756,43 € (Vorjahr: Überschuss 1.246.615,02 €).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 201.846,93 € (Vorjahr: Überschuss 25.869,14 €; s. auch 5.6).

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	41.720.700	99,6	40.244.704	99,5	-1.475.996	-3,5
Privatrechtliche Entgelte	15.300	0,0	23.304	0,1	8.004	52,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	143.500	0,3	146.000	0,4	2.500	1,7
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	11.600	0,0	18.444	0,0	6.844	59,0
Sonstige ordentliche Erträge	0	0,0	13.847	0,0	13.847	
Ordentliche Erträge	41.891.100	100,0	40.446.299	100,0	-1.444.801	-3,4

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte teilen sich wie folgt auf:

Abfallbeseitigung	30.783.295,69 €
Straßenreinigung	9.461.408,12 €

Der Planansatz für die öffentlich-rechtlichen Entgelte wird insgesamt um ca. 1,5 Mio. € unterschritten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dieser Position zugeordnete Auflösung aus dem Sonderposten Gebührenausgleich in Höhe von rd. 1.493.800 €, die weitgehend in den Planansätzen enthalten war (Plan 1.240.800 €), aufgrund der Vorgaben des Landes im Ergebnis nicht mit berücksichtigt wurde. Bei den hier ebenfalls zugeordneten Gebühreneinnahmen kam es zu geringeren Erträgen als erwartet (rd. 105.600 €). Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass die bei der Haushaltsplanung erwarteten höheren Mengen bei der Einlagerung auf Schüttfeld III schon 2018 angeliefert wurden. Abgesehen davon haben sich bei den anderen Gebührenbereichen gegenüber den bei der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Daten insbesondere Mehreinnahmen bei den Direktanlieferungen aufgrund höherer Mengen und bei den Rest- und Bioabfallbehältern aufgrund eines höheren Behältervolumens ergeben. Die Erträge für den öffentlichen Anteil an der Straßenreinigung waren um rd. 119.700 € geringer, da ein Teil der in den Vorjahren zu viel eingenommene Beträge an den städtischen Haushalt zurückerstattet wurde.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen handelt es sich in erster Linie um Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen. Aufgrund der neuen Regelung in § 45 KomHKVO wird die Herabsetzung von Rückstellungen den sonstigen ordentlichen Erträgen und nicht mehr den außerordentlichen Erträgen zugeordnet, während die Auflösung von Rückstellungen bei den außerordentlichen Erträgen verbleibt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	44.490.078	99,4	40.244.704	99,5	-4.245.374	-9,5
Privatrechtliche Entgelte	28.163	0,1	23.304	0,1	-4.859	-17,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141.000	0,3	146.000	0,4	5.000	3,5
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	73.545	0,2	18.444	0,0	-55.101	-74,9
Sonstige ordentliche Erträge	3.609	0,0	13.847	0,0	10.238	>100,0
Ordentliche Erträge	44.736.395	100,0	40.446.299	100,0	-4.290.096	-9,6

Die Gebühren für die Rest- und Bioabfallbehälter sind im Jahr 2019 um 3,5 % gesunken. Bei der Straßenreinigung wurde eine Senkung um 3,0 % vorgeommen.

Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,3 Mio. € (9,6 %) gesunken. Dies beruht insbesondere auf geringeren Gebühreneinnahmen aufgrund von geringeren Einlagerungsmengen auf Schüttfeld III. Hinzu kommen die Gebührenanpassungen bei der Abfallbeseitigung und der Straßenreinigung sowie geringere Einnahmen für den öffentlichen Anteil an der Straßenreinigung.

Die Zinserträge sind aufgrund der ungünstigen Zinskonditionen und der begrenzten Zeit bei den Ausleihungen um rd. 55.100 € gesunken.

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	610.500	1,4	519.270	1,3	-91.230	-14,9
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.462.400	5,8	1.927.391	4,7	-535.009	-21,7
Abschreibungen	529.000	1,3	509.213	1,2	-19.787	-3,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.000	0,1	29.951	0,1	-49	-0,2
Sonstige ordentliche Aufwendungen	38.570.500	91,4	38.075.230	92,7	-495.270	-1,3
davon:						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*1.491.300*		*1.286.951*		*-204.349*	*-13,7*
Erstattungen an Zweckverbände (hier Mitgliedsbeitrag AVB)	*802.900*		*764.740*		*-38.160*	*-4,8*
Entgelte ALBA	*29.522.300*		*29.391.943*		*-130.357*	*-0,4*
Verbrennungsentgelt REMONDIS	*5.566.500*		*5.715.459*		*148.959*	*2,7*
Entgelte SEBS	*735.000*		*635.117*		*-99.883*	*-13,6*
Sonstige Positionen	*452.500*		*281.020*		*-171.480*	*-37,9*
Ordentliche Aufwendungen	42.202.400	100,0	41.061.056	100,0	-1.141.344	-2,7

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 1,1 Mio. € unter dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten, die größeren Positionen sind dabei:

- Geringerer Aufwand für die Zuführung zu der Rückstellung Deponierekultivierung (260.443 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) aufgrund der geringeren Einlagerungsmengen auf Schüttfeld III
- Geringerer Aufwand für die Unterhaltung von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen (210.000 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) aufgrund der geringeren Einlagerungsmengen auf Schüttfeld III
- Geringere Erstattungen an die Stadt Braunschweig (204.349 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) insbesondere aufgrund von geringeren Aufwendungen für das Projekt „Unser sauberes Braunschweig“
- Höhere Aufwendungen für die thermische Restabfallbehandlung (148.959 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund der höheren Restabfallmenge
- Geringere Aufwendungen für die an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelte (139.930 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen) aufgrund der geringeren Indexanpassung sowie geringerer Aufwendungen für den Bahntransport

- Geringere Aufwendungen für aktives Personal, da nicht alle Stellen vollständig besetzt waren (91.230 €)
- Geringere Aufwendungen für Prüfungs- und Beratungskosten (81.058 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	523.626	1,2	519.270	1,3	-4.356	-0,8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.615.380	10,6	1.927.391	4,7	-2.687.988	-58,2
Abschreibungen	516.357	1,2	509.213	1,2	-7.144	-1,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.311	0,1	29.951	0,1	-2.360	-7,3
Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.802.106	86,9	38.075.230	92,7	273.123	0,7
davon						
Erstattungen an die Stadt Braunschweig	*1.264.831*		*1.286.951*		*22.120*	*1,7*
Erstattungen an Zweckverbände (hier Mitgliedsbeitrag AVB)	*864.118*		*764.740*		*-99.378*	*-11,5*
Entgelte ALBA	*28.637.891*		*29.391.943*		*754.052*	*2,6*
Verbrennungsentgelt REMONDIS	*6.079.517*		*5.715.459*		*-364.059*	*-6,0*
Entgelte SEBS	*636.322*		*635.117*		*-1.205*	*-0,2*
Sonstige Positionen	*319.427*		*281.020*		*-38.406*	*-12,0*
Ordentliche Aufwendungen	43.489.780	100,0	41.061.056	100,0	-2.428.725	-5,6

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um rd. 2,4 Mio. € unter dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten, die größeren Positionen sind dabei:

- Geringerer Aufwand für die Zuführung zur Rückstellung Deponierekultivierung (2.367.098 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) aufgrund der geringeren Einlagerungsmenge auf Schüttfeld III und der zusätzlichen Zuführung im Vorjahr
- Höhere Aufwendungen für die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassung und aufgrund von Mengenänderungen (751.765 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für die thermische Restabfallbehandlung aufgrund der mit Remondis vereinbarten Preisanpassung (364.059 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)
- Geringerer Aufwand für die Unterhaltung von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen (328.523 €; Pos. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen) aufgrund der geringeren Einlagerungsmenge auf Schüttfeld III
- Geringere Aufwendungen für den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrag für die Sickerwasserreinigung (99.378 €; Pos. Sonst. ord. Aufwendungen)

Weitere Erläuterungen zu den Abweichungen finden sich in der Betriebsabrechnung 2019.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen und aus Schadensersatzleistungen.

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus Anlageabgängen.

6. Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2019 hat sich der Finanzmittelbestand um 3.568.971,76 € verringert.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 40.986.032,74 € stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 38.137.577,67 € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von -5.182.724,37 €.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Öffentlich-rechtliche Entgelte	40.479.900	99,6	40.798.593	99,5	318.693	0,8
Privatrechtliche Entgelte	15.300	0,0	33.852	0,1	18.552	>100,0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	143.500	0,4	146.000	0,4	2.500	1,7
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	11.600	0,0	7.583	0,0	-4.017	-34,6
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0	0,0	5	0,0	5	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40.650.300	100,0	40.986.033	100,0	335.733	0,8

Die Differenz zu Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	610.500	1,4	572.729	1,2	-37.771	-6,2
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.418.900	12,1	7.427.791	16,1	2.008.891	37,1
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	30.000	0,1	30.659	0,1	659	2,2
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	38.570.500	86,4	38.137.578	82,6	-432.922	-1,1
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	44.629.900	100,0	46.168.757	100,0	1.538.857	3,4

Die Differenz zu Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen waren höher als geplant, da bei den Maßnahmen zur Deponierekultivierung (7,2 Mio. €; Plan: 5,0 Mio. €) ein Teil der für 2018 geplanten Auszahlungen erst 2019 erfolgt ist. Hierfür wurde 2018 ein Haushaltsrest gebildet. Zudem führten bei den Sonstigen haushaltswirksamen Auszahlungen die geringeren Aufwendungen zu geringeren Auszahlungen.

6.3 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.665.120,61 € beruht insbesondere auf den Ein- und Auszahlungen für die Ausleihungen an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH (Rückzahlung 8,95 Mio. €) und an die Stadtbad Braunschweig GmbH (Auszahlung rd. 6,78 Mio. €). Darüber hinaus ist es zu Auszahlungen in Höhe 504.517,13 € für die Erneuerung der temporären Oberflächenabdichtung auf dem Schüttfeld III der Deponie (s. hierzu auch Punkt 3.3.2 des Rechenschaftsberichtes) und in Höhe von 1.862,26 € für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung gekommen.

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Abweichung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0,0	0	0,0	0	0
Baumaßnahmen	920.000	8,4	504.517	6,9	-415.483	-45,2
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.000	0,1	1.862	0,0	-6.138	-76,7
Sonstige Investitionstätigkeit	10.000.000	91,5	6.778.500	93,0	-3.221.500	-32,2
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.928.000	100,0	7.284.879	100,0	-3.643.121	-33,3

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit beruht auf den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit und beträgt 51.368,00 €. Dabei handelt es sich um die planmäßige Tilgung noch bestehender Kredite. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind 2019 plangemäß nicht erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Im Jahr 2019 haben sich keine entsprechenden Ein- und Auszahlungen ergeben.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen mussten nicht beantragt werden.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht in Anspruch genommen.

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

1. **Anlagenübersicht**
2. **Forderungsübersicht**
3. **Schuldenübersicht**
4. **Rückstellungsübersicht**

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2018 - Euro -	Zugänge - Euro -	Abgänge - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -	Stand 31.12.2018 - Euro -	Abschreibungen - Euro -	Auflösungen[1] - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -	Stand 31.12.2018 - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro -
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00	23.100,00	2.800,00	0,00	0,00	25.900,00	46.900,00	44.100,00
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	34.113.259,70	505.873,41	768.426,25	0,00	33.850.706,86	19.885.180,70	506.413,28	768.425,25	0,00	19.623.168,73	14.228.079,00	14.227.538,13
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	8.950.000,00	6.778.500,00	8.950.000,00	0,00	6.778.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.950.000,00	6.778.500,00
Insgesamt	43.133.259,70	7.284.373,41	9.718.426,25	0,00	40.699.206,86	19.908.280,70	509.213,28	768.425,25	0,00	19.649.068,73	23.224.979,00	21.050.138,13

[1] Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	488.152,01	488.152,01	0,00	0,00	1.051.541,25	-563.389,24
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	89.151,93	89.151,13	0,00	0,00	49.568,18	39.583,75
Summe aller Forderungen	577.303,94	577.303,14	0,00	0,00	1.101.109,43	-523.805,49

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2019	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	624.180,00	51.368,00	205.472,00	367.340,00	675.548,00	-51.368,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	893.051,99	893.051,99	0,00	0,00	748.389,84	144.662,15
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	15.455,13	15.455,13	0,00	0,00	15.270,40	184,73
Schulden insgesamt	1.532.687,12	959.875,12	205.472,00	367.340,00	1.439.208,24	93.478,88

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellung	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme und Herabsetzung[1] - Euro -	Auflösung[2] - Euro -	Umbuchungen	Gesamtbetrag 31.12.2018 - Euro -	mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5		6	7
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon							
1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	28.200,00	23.100,00	33.700,00	0,00	0,00	38.800,00	-10.600,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	18.884.975,92	1.783.057,10	7.156.430,90	0,00	0,00	24.258.349,72	-5.373.373,80
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleitungen und anhängigen Gerichtsverfahren	12.696,00	1.058,00	0,00	0,00	0,00	11.638,00	1.058,00
8. Andere Rückstellungen	332.195,35	112.721,34	135.717,58	201.300,00	0,00	556.491,59	-224.296,24
Summe aller Rückstellungen	19.258.067,27	1.919.936,44	7.325.848,48	201.300,00	0,00	24.865.279,31	-5.607.212,04

[1] Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.
[2] Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Rechenschaftsbericht

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (s. Ziffer 3) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (s. Ziffer 2) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (s. Ziffer 4).

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (s. Ziffer 5) sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung (s. Ziffer 6) sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen (s. Ziffer 3.5) im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde das Finanzwesenverfahren SAP angewendet.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 37.744.010,51 € im Jahresabschluss 2019 beläuft sich die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition auf rd. 17,0 Mio. €. Dies führt zu einer Nettopositionsquote von 44,9 % (Vorjahr 39,8 %).

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 412.910 € ist Teil der Nettoposition. Gegenüber dem für 2019 geplanten Ergebnis ergab sich eine Verschlechterung um rd. 100.000 €. Das Ergebnis teilt sich auf in einen Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € und einen Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 382.288,04 €. Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich aufgrund der Vorgaben des Landes nur in der Planung und nicht im Ergebnis berücksichtigt wird. Der Planfehlbetrag in Höhe von 311.300 € ist somit nur mit dem neutralen Ergebnis direkt vergleichbar. Hier hat sich eine Verschlechterung um rd. 71.000 € ergeben. Dieser Fehlbetrag ergibt sich weitgehend dadurch, dass die haushaltsrechtlich anzusetzenden Aufwendungen für Abschreibungen und Zinsen höher sind als die, die nach dem Abgabenrecht in die Gebührenkalkulation einbezogen werden dürfen. In der Sonderrechnung ist deshalb eine Rücklage ausgewiesen, die zum Ausgleich dieser Fehlbeträge dient. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € resultiert aus der geplanten Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 1.493.896,22 € und der sich aus der Betriebsabrechnung ergebenden Zuführung in Höhe von 1.463.274,76 €. Das Ergebnis des Gebührenbereichs ist somit um den dem Sonderposten zuzuführenden Betrag besser als geplant.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird abgesehen von vorübergehenden Ausleihungen liquider Mittel an andere Unternehmen des Konzerns Stadt insbesondere durch die Maßnahmen zur Deponierekultivierung (s. Punkt 3.3.2) sowie durch die entstehenden und auszugleichenden Gebührenvorträge bestimmt. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen zur Deponierekultivierung ist in den Folgejahren mit einer sukzessiven Reduzierung des Finanzmittelbestandes zu rechnen. Die Liquidität der Sonderrechnung bleibt jedoch auch dann gesichert.

Die Geldverschuldung hat sich 2019 um die planmäßige Tilgung auf rd. 624.200 € verringert.

Bei einer Gesamtbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Kennzahlen, der ordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie der liquiden Mittel (unter Berücksichtigung der Ausleihungen und der Veränderung der Rückstellung für die Deponierekultivierung) eine stabile Entwicklung ohne besondere Auffälligkeiten.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch kostendeckende Gebühren finanziert. Die Gebühren für die Rest- und Bioabfallbehälter sind für das Jahr 2019 um 3,5 % gesunken. Im Bereich der Straßenreinigung ist es zu einer Senkung um 3,0 % gekommen. Dies beruhte insbesondere auf den Ergebnissen der Angemessenheitsprüfung der an ALBA-BS zu zahlenden Entgelte. Für das Jahr 2020 wurden die Gebühren bei den Rest- und Bioabfallbehältern und bei der Straßenreinigung um 0,5 % angehoben. Aufgrund der neuen vertraglichen Vereinbarungen mit ALBA wird es 2021 zu Gebührensenkungen kommen (s. 3.3.3). Abgesehen davon sind Gebührenerhöhungen im Bereich der Preissteigerungen zu erwarten. Wesentliche abfallwirtschaftliche Änderungen sind derzeit nicht abzusehen. Auswirkungen müssen ggf. zu gegebener Zeit konkret betrachtet werden. Für die Abdeckung der aufgrund von Vorgängen in der Vergangenheit auftretenden Verluste wurde die Sonderrechnung bereits in den Vorjahren mit ausreichenden Rücklagen ausgestattet.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2019 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 40,4 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 41,1 Mio. € einen Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 614.756,43 € aus. Der Fehlbetrag setzt sich aus einem Fehlbetrag in Höhe von 30.621,46 € aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag in Höhe von 584.134,97 € aus dem neutralen Bereich zusammen. Aufgrund der Regelungen des Landes wird der Fehlbetrag aus dem Gebührenbereich im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss aus dem Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich wird soweit wie möglich nach § 24 Abs. 1 KomHKVO aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses (201.846,93 €) ausgeglichen, der auf nicht geplanten außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen beruht. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 382.288,04 € wird soweit wie möglich nach § 24 Abs. 1 KomHKVO aus der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses (269.590,49 €) ausgeglichen. Der dann noch verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 112.697,55 € wird aus der hierfür gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 412.909,50 € aus.

Unter Berücksichtigung des Haushaltsrestes in Höhe von 67.596,39 € aus dem Vorjahr verringert sich bei der Betrachtung einschließlich der Plananpassungen die Planabweichung von 101.609,50 € auf 34.013,11 €.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Fehlbetrag (Saldo) in Höhe von 5.182.724,37 €. Die Differenz zum Fehlbetrag der Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen der Ergebnisrechnung (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen und Sonderposten) nicht zahlungswirksam sind. Zudem sind die Auszahlungen aus der Rückstellung für die Deponierekultivierung nicht ergebniswirksam. Des Weiteren kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Überschuss (Saldo) in Höhe von 1.665.120,61 €. Dieser beruht in erster Linie auf der Rückzahlung der Ausleihungen durch die Nibelungen Wohnbau GmbH in Höhe von rd. 8,9 Mio. €. Dem stehen neu gewährte Darlehen an die Stadtbad Braunschweig GmbH in Höhe von rd. 6,8 Mio. € gegenüber.

Die Finanzierungstätigkeit umfasst in der Sonderrechnung nur die Tilgung von Krediten in Höhe von 51.368,00 €. Eine Aufnahme von Krediten für Investitionen erfolgt derzeit, aufgrund der Liquiditätssituation der Sonderrechnung, nicht.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Fehlbetrag in Höhe von 3.568.971,76 €.

Die Planabweichung beträgt dabei 2.440.028,24 € und erhöht sich unter Berücksichtigung des Haushaltsrestes in Höhe von 3.067.596,39 € aus dem Vorjahr auf 5.507.624,63 €.

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben sich 2019 um die planmäßige Tilgung in Höhe von 51.368,00 € auf einen Bestand von 624.180,00 € verringert.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich im Jahr 2019 um 3.568.971,76 € verringert. Dies beruht in erster Linie auf den Auszahlungen für die Maßnahmen zur Deponierekultivierung. Die Maßnahmen zur Rekultivierung der Schüttfelder I, II und IIa der Deponie haben 2013 begonnen und wurden 2019 weiter fortgeführt (s. Punkt 3.3).

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses wurden einige Kennzahlen gebildet und, soweit vorhanden, mit den Kennzahlen der beiden Vorjahre verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Auf eine Darstellung der Personalaufwandsquote (rd. 1 %), der Zinslastquote (rd. 0,1 %), der Abschreibungsintensität und der Reinvestitionsquote wurde verzichtet, da diese aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäftes keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen bzw. ohne die ausgelagerten Bereiche nicht aussagekräftig sind.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen dargestellt. Danach folgen weitere Erläuterungen zu den einzelnen Kennzahlen, wobei die Nummerierung aus der Tabelle zur Orientierung mit übernommen wurde.

	Kennzahlen Bilanz	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
A	Kapitalstruktur			
A.1	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	41,2 %	39,8 %	44,9 %
A.2	Geldverschuldungsgrad	1,9 %	1,5 %	1,7 %
B	Finanzstruktur(Liquidität)			
B.1	Liquidität	14.127.262 €	19.187.788 €	15.618.816 €

	Kennzahlen Ergebnisrechnung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
C	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-0,7 Mio. €	1,3 Mio. €	-0,4 Mio. €

Die aufgelisteten Kennzahlen wurden wie folgt ermittelt:

Kennzahlen Bilanz

A. Kapitalstruktur

A.1 Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (inkl. Sonderposten) berücksichtigt.

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P1	Nettoposition	16.093.681 €	17.366.166 €	16.953.256 €
Passiva	Bilanzsumme	39.053.047 €	43.670.653 €	37.044.011 €
	Nettopositionsquote	41,2 %	39,8 %	44,9 %

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Bei der Beurteilung der Zahl ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Privatisierung, abgesehen von der Deponie und einigen wenigen Anlagegütern für das Projekt „Unser sauberes Braunschweig“, kein Anlagevermögen für die Durchführung der Aufgaben der Sonderrechnung in der Sonderrechnung bilanziert ist. Ein wesentlicher Bestandteil der Bilanzsumme beruht auf der Rückstellung für die Deponierekultivierung, für die liquide Mittel und innerhalb des Konzern ausgeliehene Mittel in nahezu vergleichbarer Größenordnung vorhanden sind (s. Kennzahl Liquidität).

A.2 Geldverschuldungsgrad

Berechnung: $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Geldschulden} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite (z. Zt. nicht vorhanden) sowie die Anleihen und die sonstige Geldschulden.

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
P2	Geldschulden	726.916 €	675.548 €	624.180 €
Passiva	Bilanzsumme	39.053.047 €	43.670.653 €	37.044.011 €
	Geldverschuldungsgrad	1,9 %	1,5 %	1,7 %

Den „Verbindlichkeiten aus Geldschulden“ liegen drei Kredite zugrunde, die regelmäßig mit einer Summe in Höhe von rd. 51.400 € jährlich getilgt werden. Aufgrund des geringen Investitionsbedarfs und der hohen Liquidität der Sonderrechnung ist in den nächsten Jahren nicht mit einer Aufnahme neuer Kredite zu rechnen. Die Geldverschuldung wird deshalb voraussichtlich weiter sinken.

B. Finanzstruktur (Liquidität)

B.1 Liquidität

Bilanzposition		31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
A4	Liquide Mittel	14.127.262 €	19.187.788 €	15.618.816 €

In der Kennzahlenübersicht ist die in der Bilanz ausgewiesene Liquidität der Sonderrechnung dargestellt. Die liquiden Mittel der Sonderrechnung beruhen in erster Linie auf den Mitteln, die in den vergangenen Jahren für die Deponierekultivierung zurückgestellt wurden und für die anstehenden Maßnahmen benötigt werden. Zudem sind in den liquiden Mitteln die Gebührenüberschüsse enthalten, die den Gebührenzahlern im Rahmen der Gebührenkalkulationen der Folgejahre gutgeschrieben werden müssen. Die vorhandenen liquiden Mittel reichen aus, um die in den nächsten Jahren anfallenden Auszahlungen, die die zu erwartenden Einzahlungen übersteigen, abzudecken. Die an die Stadtbad Braunschweig GmbH ausgeliehenen Mittel stehen der Sonderrechnung nach Ablauf des Ausleihungszeitraumes wieder vollständig zur Verfügung.

Kennzahlen Ergebnisrechnung

C. Jahresüberschuss / -fehlbetrag

Ergebnisrechnung	2017	2018	2019
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-651.825 €	1.272.484 €	-412.910 €

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag resultiert aus dem Ergebnis im Gebührenbereich und dem Ergebnis im neutralen Bereich. Im neutralen Bereich ist insbesondere der Unterschied zwischen den haushaltsrechtlich zu berücksichtigenden Abschreibungen und Zinsen und den in der Gebührenkalkulation zu berücksichtigenden kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen ergebnisrelevant. Hieraus entsteht regelmäßig ein Verlust, der aus den Rücklagen der Sonderrechnung abzudecken ist (s. a. Punkt 5.1 des Anhangs und Punkt 2 des Rechenschaftsberichtes).

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	-311.300	-614.756	-303.456	-97,4
Außerordentliches Ergebnis	0	201.847	201.847	
Gesamtergebnis	-311.300	-412.910	-101.910	-32,7

Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einer Ergebnisverschlechterung im Vergleich zum Planansatz ab. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass es geringere Erträge für den öffentlichen Anteil an der Straßenreinigung gab, da in den Vorjahren zu viel eingenommene Beträge in Höhe von 100.000 € zurückerstattet wurden. Es ist zu berücksichtigen, dass auch das Ergebnis aus dem Gebührenbereich in das Ergebnis einfließt. Die neu entstandene Überdeckung im Gebührenbereich ist jedoch fast so hoch wie die planmäßige Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich, so dass dies nur geringe Auswirkungen auf das

Ergebnis hat, obwohl die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich nur in der Planung berücksichtigt wird.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung	
	2018	2019	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Ordentliches Ergebnis	1.246.615	-614.756	-1.861.371	<-100,0
Außerordentliches Ergebnis	25.869	201.847	175.978	>100,0
Gesamtergebnis	1.272.484	-412.910	-1.685.394	<-100,0

Das Gesamtergebnis unter über dem Ergebnis des Vorjahres (s. hierzu Kennzahl Jahresüberschuss/-fehlbetrag unter Punkt 2.4).

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung	
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.979.600	-5.182.724	-1.203.124	-30,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.978.000	1.665.121	3.643.121	>100,0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-51.400	-51.368	32	0,1
Gesamtergebnis	-6.009.000	-3.568.972	2.440.028	40,6

Die Abweichung bei dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Auszahlungen für die Maßnahmen zur Deponierekultivierung um rd. 2,2 Mio. € höher waren als geplant, Ansonsten haben sich etwas höhere Einzahlungen aus Gebühreneinnahmen und etwas geringere Auszahlungen für Aufwendungen (z. B. für AVB, Deponieunterhaltung, SEBS und stadtinterne Leistungen; s. a. Pkt. 5.5 des Anhangs) ergeben.

Bei dem Saldo aus Investitionstätigkeit beruht die Abweichung darauf, dass die Ausleihungen nicht ganz so hoch waren wie geplant (rd. 3,2 Mio €) und die Auszahlungen für Investitionen geringer waren als geplant (rd. 0,4 Mio. €).

Das Gesamtergebnis und der Saldo der haushaltsunwirksamen Vorgänge führt für das Haushaltsjahr 2019 zu einer Finanzmittelveränderung in Höhe von -3.568.971,76 €. Zum 31. Dezember 2019 ergibt sich damit ein Gesamtbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 15.618.816,00 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung	
	2018	2019	+ mehr/- weniger	
	EUR		EUR	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.452.609	-5.182.724	-9.635.333	<-100,0
Saldo aus Investitionstätigkeit	659.286	1.665.121	1.005.835	>100,0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-51.368	-51.368	0	0,0
Gesamtergebnis	5.060.526	-3.568.972	-8.629.498	<-100,0

Das Ergebnis der Finanzrechnung wurde 2018 durch höhere Gebühreneinnahmen und geringere Auszahlungen für die an ALBA zu zahlenden Leistungsentgelte geprägt. Im Jahr 2019 haben sich insbesondere die Auszahlungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Deponierekultivierung bemerkbar gemacht.

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gebührenbereiche der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird im Bereich Abfall sowohl hinsichtlich der Umsatzerlöse als auch hinsichtlich der Aufwendungen beeinflusst durch das für die Abfallsammlung zur Verfügung gestellte Abfallbehältervolumen und durch die eingesammelte bzw. an den Wertstoffhöfen angenommene Abfallmenge.

Die Restabfallmenge ist im Jahr 2019 weitgehend konstant geblieben. Dabei hat es geringere Mengen aus dem Hausmüll und erhöhte Mengen aus Sperrmüll und Direktanlieferungen gegeben. Das Restabfallbehältervolumen ist leicht gestiegen. Bei der Wertstofftonne ergibt sich eine Stabilisierung auf dem Niveau der letzten Jahre. Aufgrund der Absenkung der Gebührensätze haben sich die Erlöse aus Gebühreneinnahmen entsprechend reduziert.

Auf Basis der 2016 beschlossenen Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wurden Maßnahmen zur besseren Erfassung von Bio- und Grünabfällen ergriffen. Es wurde eine Überprüfung der Eigenkompostierer durchgeführt mit dem Ziel, fälschlicherweise dokumentierte Eigenkompostierungen zu eliminieren und einen höheren Anschlussgrad an die Bioabfallbehälter zu erreichen. Zudem erfolgte eine Ausweitung der wöchentlichen Leerung der Bioabfallbehälter von drei auf sechs Monate ab 2017. Aufgrund der Maßnahmen ist das Behältervolumen bei den Bioabfallbehältern angestiegen. Die Ausweitung der wöchentlichen Leerung wurde von der Bevölkerung gut angenommen und hat 2017 insbesondere in den Monaten mit zusätzlicher wöchentlicher Leerung zu einem Mengenanstieg bei den erfassten Bioabfällen geführt. Im Jahr 2018 ist es jedoch vermutlich witterungsbedingt wieder zu einem Rückgang der erfassten Bioabfallmenge auf das Niveau der Vorjahre gekommen. Auch für 2019 konnte vermutlich witterungsbedingt das Niveau von 2017 noch nicht wieder erreicht werden. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass das Mengenniveau des Jahres 2017 wieder erreicht wird.

In der Folge des Beschlusses zum Abfallwirtschaftskonzept wurde 2017 zudem die Gebühr für private Anlieferungen von Restabfall bis 3 m³ von 10,00 € auf 15,00 € erhöht. Hierdurch konnte eine höhere Kostendeckung erreicht werden. Die Anzahl der Anlieferungen im Bereich Restabfall ist nach einem leichten Rückgang wieder etwas angestiegen.

Abgesehen davon beeinflussen insbesondere die Aufwendungen für die Deponie das wirtschaftliche Ergebnis. Im Bereich der Straßenreinigung ergeben sich nur geringe Schwankungen.

3.3.1 Leistungsentgelte

Die wesentlichen Positionen auf der Aufwandsseite ergeben sich aus der Höhe der für den beauftragten Leistungsumfang an die ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) für die Abfallsammlung, die Verwertung des Bio- und Grünabfalls und die Straßenreinigung sowie der an die Remondis GmbH & Co KG, Region Nord (REMONDIS), für die thermische Restabfallbehandlung zu zahlenden Entgelte.

Das Restabfallbehältervolumen als Bemessungsgrundlage für die Abfallgebühr wie auch für einen Teil des an die ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelts ist im Jahr 2019 nach einem Rückgang in den Vorjahren erstmals wieder leicht angestiegen. Dies dürfte auf die Fertigstellung von Neubaugebieten zurückzuführen sein. Nach dem stärkeren Rückgang aufgrund der Einführung der Wertstofftonne in den Jahren 2014 und 2015 war es in den Vorjahren nur noch zu einem geringen Rückgang gekommen. Abgesehen davon ist es seit der Einführung der Wertstofftonne zu einer höheren Anzahl an Leerungen nach Vereinbarung gekommen, da fehlbefüllte Wertstoffbehälter als Restmüll geleert werden. Zudem wurden ab 2017 auch verstärkt fehlbefüllte Bioabfallbehälter als Restabfall geleert, was die Zahl der Leerungen nach Vereinbarung weiter erhöht hat. Hier wird aktuell versucht, über verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Fehlbefüllungen zu reduzieren.

Die Gesamtrestabfallmenge ist gegenüber dem Jahr 2018 um rd. 72 t (0,2 %) gesunken. Die über die Wertstofftonne eingesammelte Wertstoffmenge ist um rd. 36 t (0,4 %) gesunken.

Die für 2019 an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte haben sich überwiegend aus den Ergebnissen der vertraglich vorgesehenen Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2018, der vereinbarten Indexanpassung und den tatsächlichen Mengen ergeben. Die mit ALBA-BS vereinbarten Leistungsentgelte sind nicht nur mengenabhängig, sondern unterliegen einer regelmäßigen Anpassung, bei der statistische Preisentwicklungen berücksichtigt werden. Maßgeblich für die Anpassungen sind die Entwicklungen bestimmter amtlicher Preisindizes im Laufe des vorangegangenen Jahres. Bei den an ALBA-BS zu zahlenden Entgelten hat sich von 2018 auf 2019 eine Indexsteigerung um rd. 2 % ergeben.

Der Vertrag mit REMONDIS zur thermischen Restabfallbehandlung wurde Anfang 2017, entsprechend der vertraglich vorgesehenen Verlängerungsoption, um 3 Jahre bis zum 31. Januar 2022 verlängert. Dabei wurde eine Preisreduzierung vereinbart, die am 1. Februar 2019 wirksam wurde.

3.3.2 Deponie Watenbüttel

2012 wurde für die Schüttfelder I, II und IIa der Deponie Watenbüttel vom Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig die Plangenehmigung für das Oberflächenabdichtungssystem Kunststoffdichtungsbahn mit Dichtungskontrollsystem erteilt. Die ersten beiden Bauabschnitte wurden in den Jahren 2013 bzw. 2015 ausgeschrieben und sind inzwischen abgeschlossen. Im Jahr 2018 ist die Ausschreibung des dritten Bauabschnittes erfolgt, mit dem im Herbst 2018 begonnen wurde. Danach ist noch ein vierter Bauabschnitt geplant.

Das beauftragte Ingenieurbüro hat auf Basis der bisherigen Ausschreibungsergebnisse deren Kostenschätzung für die Deponierekultivierung fortgeschrieben. Auf dieser Basis wurde eine Abschätzung der Aufwendungen für die Deponierekultivierung und -nachsorge für die gesamte Deponie (inkl. Schüttfeld III) vorgenommen. Diese ist Basis für die Ermittlung der in Zukunft notwendigen Gesamtrückstellungssumme und eine Planungsgrundlage für die

jährlichen Rückstellungsbeträge. Dabei wurde neben der aktuellen Entwicklung der Baupreisindizes auch eine geplante Erhöhung der Einlagerungskapazität auf dem Schüttfeld III berücksichtigt, die auch den Übergangsbereich zwischen den alten Schüttfeldern und dem Schüttfeld III betrifft. Ein Beschluss zu der nötigen Anpassung der Genehmigungssituation ist im Jahr 2017 erfolgt. Aufgrund der aktuellen Baukostenentwicklung und unter Berücksichtigung der konkreten Planung für die Erhöhung der Einlagerungskapazität hat sich bei der Kostenschätzung 2018 gegenüber dem Vorjahr eine merkliche Steigerung ergeben. Die Rückstellung wurde 2019 auf dieser Basis fortgeschrieben.

Nach Abschluss der Abdichtungsmaßnahme und der nachfolgenden Inertisierung wird von der Genehmigungsbehörde das Ende der Stilllegungsphase abschnittsweise festgestellt und die Deponie wird in die Nachsorge entlassen. Zur Nachsorge zählen die erforderlichen Behandlung des Deponiegases, die Aufbereitung des Sickerwassers sowie Betrieb und Überwachung der abgeschlossenen Schüttfelder der Deponie. Sind nachweisbar alle Emissionen abgeklungen, kann die angestrebte Entlassung aus der Nachsorge, verbunden mit der Einstellung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, bei der zuständigen Behörde beantragt werden. Derzeit werden für die Nachsorgephase wenigstens 30 Jahre angesetzt.

Das Schüttfeld III der Deponie wurde durch Ratsbeschluss vom 30. September 2008 für die Einlagerung von Straßenbauabfällen und Bodenaushub mit gefährlichen Inhaltsstoffen wieder geöffnet. Im Jahr 2019 wurden rd. 27.400 t angeliefert. Damit wurde die Planmenge für 2019 von 27.000 t knapp übertroffen. Zum Zeitpunkt der Kalkulation sind die Qualitäten der potentiell anfallenden Straßenbauabfälle noch nicht bekannt. Sobald das anfallende Material keine gefährlichen Inhaltsstoffe enthält, wird es woanders abgelagert und fällt als Einlagerungsmenge weg. Weiterhin ist zum Zeitpunkt der Kalkulation nicht absehbar, in welchem Umfang aus der Bautätigkeit Dritter entsprechendes Material angeliefert wird. Die mittlere Ablagerungsmenge der Jahre 2009 bis 2017 lag bei 34.000 t/Jahr und entspricht somit dem ursprünglich für die Entscheidung, den Einlagerungsbetrieb wieder aufzunehmen, relevanten Ansatz von 34.000 t/Jahr. Im Jahr 2018 hatte es aufgrund einer einzelnen Maßnahme eine sehr hohe Einlagerungsmenge von rd. 120.000 t gegeben. Für 2020 ist mit vergleichbaren Mengen wie für 2019 zu rechnen. Aufgrund des insgesamt knappen zur Verfügung stehenden Deponievolumens für abzulagernde Bodenmaterialien werden die noch vorhandenen und die durch die geplante Erhöhung zusätzlichen Einlagerungskapazitäten auf dem Schüttfeld III mittel- und langfristig benötigt, um eine fachgerechte und den aktuellen Anforderungen genügende Entsorgung sicherzustellen.

3.3.3 Prognosen

Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 basiert auf einem etwas höheren Behältervolumen im Bereich des Restabfalls aufgrund der nach und nach fertig werdenden Neubaugebiete in der Stadt. Im Bereich Bioabfall wird aufgrund der tatsächlichen eingetretenen Entwicklung der Vorjahre in der Kalkulation und der Neubaugebiete ebenfalls mit einem etwas höheren Behältervolumen gerechnet.

In der im März 2016 beschlossenen Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes sind Schwerpunktthemen die Vermeidung von Abfällen, die weitere Nutzung der Deponie, die Verbesserung der Bio- und Grünabfallerfassung und die Pauschalgebühren für Direktanlieferer. Wesentliche Punkte wurden bereits umgesetzt (s. 3.3 und 3.3.2). Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Bio- und Grünabfallerfassung liegt derzeit der Schwerpunkt auf den Themen Vermeidung von Lebensmittelabfällen und Vermeidung von Plastikabfällen in den Bioabfallbehältern. Damit sollen auch Fehlwürfe und die Leerung fehlbefüllter Bioabfallbehälter als Restabfall reduziert werden und die Voraussetzungen für ein qualitativ hochwertiges Verwertungsprodukt verbessert werden. Die

Überprüfung von Eigenkompostierern wird kontinuierlich fortgesetzt. Weitere Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Abfallvermeidung ist im Rahmen der jährlich stattfindenden Europäischen Woche der Abfallvermeidung geplant.

In den Folgejahren wäre bei gleichbleibenden Bedingungen zunächst von einem konstanten Restabfallbehältervolumen auszugehen. Gleiches gilt hinsichtlich der Abfallmengen. Dabei wird die im Vertrag mit REMONDIS festgelegte Mindestmenge weiterhin deutlich überschritten. Im Bereich Bioabfall wird aufgrund der Maßnahmen zur besseren Erfassung der Bio- und Grünabfälle eine weitere leichte Steigerung des Behältervolumens und der Mengen erhofft.

Die für 2019 an ALBA-BS zu zahlenden Entgelte haben sich auf Basis der aktuellen Entgeltvereinbarungen und der vertraglich vereinbarten Indexanpassung ergeben. Im April 2018 wurde vom Rat beschlossen, die Verträge im Jahr 2018 nicht zum 31. Dezember 2020 zu kündigen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen verlängern sich die Verträge daher bis zum 31. Dezember 2025. In diesem Zusammenhang wurde zudem eine zusätzliche Angemessenheitsprüfung für den Zeitraum 2021 bis 2025 vorgenommen. In diese Angemessenheitsprüfung wurde auch der zwischen ALBA-BS und der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH geschlossene Kompostierungsvertrag einbezogen, der sich entsprechend verlängert. Bei den Angemessenheitsprüfungen für die Jahre 2018 bis 2020 und 2021 bis 2025 konnten im Zusammenhang mit der längeren Vertragslaufzeit deutliche Kostenreduzierungen erreicht werden, so dass sich für die Jahre 2019 und 2021 merkliche Gebührenreduzierungen ergeben haben bzw. werden. Abgesehen davon ergeben sich die für die kommenden Jahre an ALBA-BS zu zahlenden Entgelte jeweils aus den vertraglich festgelegten Entgelten und den Entgeltanpassungen aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung. Nach den vom statistischen Bundesamt für das Jahr 2019 veröffentlichten Preisindizes werden diese für 2020 in der Größenordnung von rd. 2 % liegen.

Im Jahr 2019 ist eine Neuausschreibung der Leistungen für den kommunalen Anteil an der Wertstofftonne erfolgt. Der Auftrag wurde wieder an ALBA vergeben. Aufgrund der erhöhten gesetzlichen Anforderungen bei den Sortierqualitäten kommt es dabei zu etwas höheren Aufwendungen.

Im Jahr 2020 erfolgt eine Neuausschreibung der Restabfallbehandlung für den Zeitraum ab dem 1. Februar 2022. Zudem ist eine Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes geplant.

3.4 Vergleich Ergebnisrechnung/Betriebsabrechnung

Für die Sonderrechnung wird neben dem Jahresabschluss noch eine Betriebsabrechnung erstellt. Damit wird die Forderung des Kommunalabgabenrechts erfüllt, im Wege einer Nachkalkulation (Betriebsabrechnung) festzustellen, ob und ggf. welche Kostenüber- oder -unterdeckungen nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstanden sind. Zudem wird damit ermittelt, in welcher Höhe die haushaltsrechtlich im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorgesehene Zuführung zum Sonderposten Gebührenausgleich erfolgen muss. Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung von dem Ergebnis der Betriebsabrechnung zu dem Ergebnis der Ergebnisrechnung dar.

Betriebsergebnis 2019	-81.922,41 €
kalk. Abschreibung	136.843,28 €
kalk. Zinsen	71.334,00 €
haushaltsrechtliche Abschreibung	-509.213,28 €
Zinsaufwand	-29.951,09 €
Erträge aus Anlagenabgang	0,00 €
Verluste aus Anlagenabgang	0,00 €
Ergebnis Ergebnisrechnung	-412.909,50 €

Während im Jahresabschluss die haushaltsrechtlichen Abschreibungen und der Zinsaufwand zu berücksichtigen sind, werden in der Betriebsabrechnung die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen verwandt. Zudem sind die Erträge und Verluste aus Anlagenabgang nur haushaltsrechtlich zu berücksichtigen. Die sich ergebende Differenz (330.987,09 €) kann nicht aus Gebühreneinnahmen gedeckt werden.

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Verwendung des Jahresergebnisses vorzunehmenden Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich sowie der weiteren Vorträge in der Betriebsabrechnung ergibt sich ein Vortrag auf die Folgejahre in Höhe von 2.277.370,06 €. Die insgesamt zu viel eingenommenen Gebühren, die dem Sonderposten Gebührenausgleich zugeordnet werden, müssen gem. § 5 NKAG in der Kalkulation gebührenmindernd berücksichtigt werden. Insgesamt ergibt sich hinsichtlich der Vorträge aus der Betriebsabrechnung folgende Entwicklung:

Vorträge aus der Betriebsabrechnung	**Stand 31.12.2018**	**Vortrag in 2019 aus Vorjahren**	**Vortrag von 2019 auf Nachjahre**	**Stand 31.12.2019**
Gebührenvorträge (Sonderposten Gebührenausgleich)	5.635.409,41 €	1.493.896,22 €	1.463.274,76 €	5.604.787,95 €
Vorträge der nicht gebührenfähigen Kostenstellen	865.396,25 €	865.396,25 €	814.095,30 €	814.095,30 €
Summe	**6.500.805,66 €**	**2.359.292,47 €**	**2.277.370,06 €**	**6.418.883,25 €**

Der sich zum 31. Dezember 2019 ergebende Gesamtbetrag in Höhe von 6.418.883,25 € steht der Sonderrechnung nicht auf Dauer zur Verfügung.

3.5 Haushaltsreste

In der Sonderrechnung wird ein Haushaltsrest für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen gebildet. Dabei handelt es sich um die Maßnahmen zur Erneuerung der temporären Oberflächenabdichtung auf dem Schüttfeld III der Deponie Watenbüttel.

	nicht verbraucht	Haushaltsrest
Erneuerung temporäre Oberflächenabdichtung	395.482,87 €	395.482,87 €

Die Übertragung ist erforderlich, da die Maßnahme beauftragt, aber noch nicht vollständig abgewickelt wurde.

Im Hinblick auf den Jahresabschluss ist in jedem Einzelfall kritisch geprüft worden, ob und in welcher Höhe Haushaltsausgabereste notwendigerweise gebildet werden mussten. Soweit die Fortführung bereits begonnener Investitionsvorhaben im Haushaltsjahr 2020 sichergestellt ist, wurde von der Übertragung von Haushaltsmitteln aus 2019 abgesehen

bzw. Haushaltsausgabereste in wesentlich geringerem Umfang gebildet als dies nach § 20 Abs. 2 KomHKVO möglich gewesen wäre. Nicht gebildete Haushaltsreste wurden bei Bedarf in den Folgejahren im Investitionsprogramm neu veranschlagt.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage der Sonderrechnung bestimmt sich insbesondere durch das Anlagevermögen im Bereich der Deponie. Genauere Ausführungen hierzu finden sich unter Nr. 3.2 des Anhangs. Das Schüttfeld III der Deponie wird noch für die Einlagerung von Straßenbauabfällen genutzt. Für die gesamte Deponie besteht eine Rekultivierungsverpflichtung, für die bereits Mittel in einer Rückstellung angesammelt wurden. Abgesehen davon ist aufgrund der Ausgliederung des operativen Geschäfts nur in geringem Umfang Anlagevermögen vorhanden.

Die Finanzlage der Sonderrechnung ist insbesondere durch die Gebühreneinnahmen, die damit finanzierten Aufgaben sowie durch den Bestand der Rückstellung für die Deponierekultivierung gekennzeichnet. Es ist auch in den kommenden Jahren eine ausreichende Liquidität vorhanden.

Die Ertragslage der Sonderrechnung wird weitgehend durch die Gebühreneinnahmen aus den einzelnen Gebührenbereichen bestimmt und ist als stabil anzusehen.

5. Nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, haben sich nicht ergeben. Es sind bislang auch keine konkreten Auswirkungen aus der aktuellen pandemiebedingten Krisensituation erkennbar, die einen wesentlichen Einfluss auf die Sonderrechnung haben. Die weitere Entwicklung muss beobachtet werden.

6. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die in der Sonderrechnung dargestellten Bereiche Abfall und Straßenreinigung sind weitestgehend gebührenfinanziert. In den Gebührenbereichen auftretende Über- und Unterdeckungen werden entsprechend der kommunalabgabenrechtlichen Regelungen ausgeglichen.

Die abgesehen davon in der Sonderrechnung planmäßig auftretenden Verluste aufgrund der Differenz zwischen den haushaltsrechtlich zu berücksichtigenden Abschreibungen und Kreditzinsen und den gebührenrechtlich zu berücksichtigenden kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen werden durch die in der Vergangenheit hierfür gebildeten Rücklagen abgedeckt.

Die Finanzierung der Maßnahmen zur Deponierekultivierung erfolgt aus gebührenfinanzierten Rückstellungen. Die Kostenschätzungen beruhen auf der Fortschreibung eines Gutachtens des beauftragten Ingenieurbüros, die durch eine aktuelle Einschätzung ergänzt wurde. Die endgültige Kostenhöhe ergibt sich erst im Zusammenhang mit den anstehenden Ausschreibungen und der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen. Sowohl für die spätere Abdichtung des Schüttfeldes III als auch für die Nachsorgephase aller Schüttfelder müssen weiterhin Finanzmittel zurückgestellt werden.

Eine Darstellung der Verträge mit ALBA und REMONDIS und der Mitgliedschaft beim AVB sowie der daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen findet sich in den Vermerken unterhalb der Bilanz.

Stadt Braunschweig
Rechnungsprüfungsamt

Schlussbericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses
der Stadt Braunschweig zum

31. Dezember 2019

01 Inhaltsübersicht

Textziffer	Überschrift	Seite
02	Inhaltsverzeichnis	2
03	Abkürzungsverzeichnis	8
04	Erläuterungen zum Schlussbericht	11
05	Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft	12
06	Zusammenfassung der Bemerkungen „B“	14
07	Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“	17
1	Prüfungsauftrag	18
2	Vorjahresabschlüsse - Beschlussverfahren und Bekanntmachung	20
3	Vorläufige Haushaltsführung	21
4	Haushaltssatzung	22
5	Haushaltsplan	26
6	Haushaltsplanung	29
7	Haushaltswirtschaft	32
8	Plan-Ist-Vergleich	37
9	Kassenwesen	43
10	Jahresabschluss	52
11	FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung	80
12	FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft	90
13	FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	100
14	Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	109
15	Vergaben	115
16	Abgeschlossene Maßnahmen	127
17	Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	128
18	Informationstechnologie	140
19	Wirtschaftliche Betätigung	145
20	Zuwendungen	153
21	Sonderprüfungen	163
22	Sonstige Prüfungen	164
23	Prüfungsvermerk	165

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
03	Abkürzungsverzeichnis	8
04	Erläuterungen zum Schlussbericht	11
05	Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft	12
06	Zusammenfassung der Bemerkungen „B“	14
07	Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“	17
1	Prüfungsauftrag	18
2	Vorjahresabschlüsse - Beschlussverfahren und Bekanntmachung	20
3	Vorläufige Haushaltsführung	21
3.1	Vorbemerkungen	21
3.2	Feststellungen und Erläuterungen	21
3.2.1	Ergriffene Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung	21
3.2.2	Teilergebnishaushalte	21
3.2.3	Teilfinanzhaushalte	21
4	Haushaltssatzung	22
4.1	Vorbemerkungen	22
4.2	Feststellungen und Erläuterungen	25
5	Haushaltsplan	26
5.1	Vorbemerkungen	26
5.2	Feststellungen und Erläuterungen	26
5.2.1	Haushaltsplan - gesamt	26
5.2.2	Teilergebnishaushalte	27
5.2.3	Teilfinanzhaushalte	27
5.2.4	Stellenplan	28
6	Haushaltsplanung	29
6.1	Vorbemerkungen	29
6.2	Feststellungen und Erläuterungen	29
6.2.1	Haushaltsplan - gesamt	29
6.2.2	Teilergebnishaushalte	29
6.2.3	Teilfinanzhaushalte	30
7	Haushaltswirtschaft	32
7.1	Vorbemerkungen	32
7.2	Feststellungen und Erläuterungen	32
7.2.1	Ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsreste	32
7.2.2	Einhaltung der Deckungsregeln sowie Beachtung der Haushaltsvermerke	35
7.2.3	Ermächtigungen/Voraussetzungen für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen	36
7.2.4	Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännische Ausbuchungen	36
7.2.5	Berichtspflicht gemäß § 31 KomHKVO	36
7.2.6	Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 32 KomHKVO	36
8	Plan-Ist-Vergleich	37
8.1	Vorbemerkungen	37
8.2	Feststellungen und Erläuterungen	38
8.2.1	Produkte	38

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
8.2.2	Erfolgswirksame Projekte	38
8.2.3	Investive Projekte und Mischprojekte	38
8.2.4	Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung	38
8.2.5	Plan-Ist-Vergleiche Ergebnis- bzw. Finanzrechnung und Haushaltssatzung	39
8.2.6	Plan-Ist-Vergleich Jahresergebnisse Teilhaushalte	41
8.2.7	Plan-Ist-Vergleich Zahlungsmittelbestandsveränderungen Teilhaushalte	42
9	Kassenwesen	43
9.1	Prüfungsauftrag	43
9.2	Laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses	43
9.2.1	Vorbemerkungen	43
9.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	44
9.3	Dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe	46
9.3.1	Vorbemerkungen	46
9.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	46
9.4	Regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung	48
9.4.1	Vorbemerkungen	48
9.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	48
9.5	Externe Kassenprüfungen	50
9.5.1	Vorbemerkungen	50
9.5.2	Feststellungen und Erläuterungen	50
9.6	Kassenprüfungen im Rahmen der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung	51
10	Jahresabschluss	52
10.1	Vorbemerkungen	52
10.2	Feststellungen und Erläuterungen	54
10.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	54
10.2.2	Bilanz	56
10.2.2.1	Immaterielles Vermögen	56
10.2.2.2	Sachvermögen	57
10.2.2.3	Finanzvermögen	60
10.2.2.4	Liquide Mittel	62
10.2.2.5	Aktive Rechnungsabgrenzung	62
10.2.2.6	Nettoposition	62
10.2.2.7	Schulden	63
10.2.2.8	Rückstellungen	64
10.2.2.9	Passive Rechnungsabgrenzung	67
10.2.2.10	Vermerke unterhalb der Bilanz	67
10.2.3	Ergebnisrechnung	68
10.2.4	Finanzrechnung	69
10.2.5	Anhang	69
10.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	70
10.2.6.1	Vorbemerkungen	70
10.2.6.2	Rechenschaftsbericht	70
10.2.6.3	Anlagenübersicht	72

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
10.2.6.4	Schuldenübersicht	73
10.2.6.5	Rückstellungsübersicht	74
10.2.6.6	Forderungsübersicht	75
10.2.6.7	Übersicht Haushaltsermächtigungen	76
10.3	Prüfungsergebnis	76
10.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	77
10.4.1	Anlage 1 Bilanz	77
10.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	78
10.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	79
11	FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung	80
11.1	Vorbemerkungen	80
11.2	Feststellungen und Erläuterungen	81
11.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	81
11.2.2	Bilanz	81
11.2.3	Ergebnisrechnung	85
11.2.4	Finanzrechnung	86
11.2.5	Anhang	86
11.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	86
11.3	Prüfungsergebnis	86
11.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	87
11.4.1	Anlage 1 Bilanz	87
11.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	88
11.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	89
12	FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft	90
12.1	Vorbemerkungen	90
12.2	Feststellungen und Erläuterungen	91
12.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	91
12.2.2	Bilanz	91
12.2.3	Ergebnisrechnung	95
12.2.4	Finanzrechnung	95
12.2.5	Anhang	96
12.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	96
12.3	Prüfungsergebnis	96
12.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	97
12.4.1	Anlage 1 Bilanz	97
12.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	98
12.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	99
13	FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement	100
13.1	Vorbemerkungen	100
13.2	Feststellungen und Erläuterungen	101
13.2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	101
13.2.2	Bilanz	101
13.2.3	Ergebnisrechnung	103
13.2.4	Finanzrechnung	104
13.2.5	Anhang	104
13.2.6	Dem Anhang beizufügende Bestandteile	104
13.3	Prüfungsergebnis	105

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
13.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	106
13.4.1	Anlage 1 Bilanz	106
13.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	107
13.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	108
14	Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	109
14.1	Vorbemerkungen	109
14.2	Feststellungen und Erläuterungen	110
14.3	Prüfungsergebnis	111
14.4	Rechenwerke des Jahresabschlusses	112
14.4.1	Anlage 1 Bilanz	112
14.4.2	Anlage 2 Ergebnisrechnung	113
14.4.3	Anlage 3 Finanzrechnung	114
15	Vergaben	115
15.1	Vorbemerkungen	115
15.2	Feststellungen und Erläuterungen	119
15.2.1	Vergaben nach VOB	119
15.2.2	Vergaben nach VOL	121
15.2.3	Vergaben für freiberufliche Leistungen und Vergaben nach HOAI	122
15.2.4	Prüfung Freihändiger Vergaben zwischen 2.500,00 EUR bis 25.000,00 EUR	126
16	Abgeschlossene Maßnahmen	127
16.1	Prüfungsauftrag	127
16.2	Feststellungen und Erläuterungen	127
17	Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	128
17.1	Prüfungsauftrag	128
17.2	Prüfung von Verwendungsnachweisen	128
17.3	Prüfungen beim FB 20 Finanzen - Fehlende Gremienbeschlüsse	129
17.4	Prüfungen beim FB 40 Schule	129
17.4.1	Fehlende Entgeltvereinbarung sowie Zahlung ohne erbrachte Leistung	129
17.4.2	Mittagessenversorgung an Schulen	131
17.5	Prüfungen beim FB 50 Soziales und Gesundheit	132
17.5.1	Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, laufende und einmalige Leistungen, nach dem 3. Kapitel SGB XII	132
17.5.2	Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz	133
17.5.3	Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen und Freistellungen vom Erfordernis der Wohnberechtigungsscheine	133
17.6	Prüfungen beim FB 51 Kinder, Jugend und Familie	134
17.6.1	Beschaffung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten	134
17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)	134
17.6.3	Kinder- und Jugendschutz	137
17.6.4	Betreuung von Schulkindern (Schuki)	137
17.7	Korruptionsprävention	138

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
18	Informationstechnologie	140
18.1	Vorbemerkungen	140
18.2	Feststellungen und Erläuterungen	140
18.2.1	Verfahrensprüfungen	140
18.2.1.1	Finanzwesen	140
18.2.1.2	Personalwesen	141
18.2.1.3	Sozialwesen	142
18.2.1.4	Ordnungswidrigkeiten	142
18.2.2	Begleitende Prüfung/Beratung bei IT-Projekten	143
18.2.3	Prüfung von Auftragsvergaben im IT-Bereich	143
19	Wirtschaftliche Betätigung	145
19.1	Prüfungsauftrag	145
19.2	Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist	145
19.2.1	Vorbemerkungen	145
19.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	146
19.3	Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat	148
19.3.1	Vorbemerkungen	148
19.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	149
19.4	Führung von Betrieben gewerblicher Art	150
19.4.1	Vorbemerkungen	150
19.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	151
19.5	Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art	151
19.5.1	Vorbemerkungen	151
19.5.2	Feststellungen und Erläuterungen	151
19.6	Prüfung des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste	152
19.6.1	Vorbemerkungen	152
19.6.2	Feststellungen und Erläuterungen	152
20	Zuwendungen	153
20.1	Prüfungsauftrag	153
20.2	Erhaltene Zuwendungen	153
20.2.1	Vorbemerkungen	153
20.2.2	Feststellungen und Erläuterungen	155
20.2.2.1	Investive erhaltene Zuwendungen	155
20.2.2.2	Erfolgswirksame erhaltene Zuwendungen	155
20.3	Geleistete Zuwendungen	156
20.3.1	Vorbemerkungen	156
20.3.2	Feststellungen und Erläuterungen	158
20.3.2.1	Investive geleistete Zuwendungen	158
20.3.2.2	Erfolgswirksame geleistete Zuwendungen	158
20.4	Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen	160
20.4.1	Vorbemerkungen	160
20.4.2	Feststellungen und Erläuterungen	161

02 Inhaltsverzeichnis

Textziffer	Überschrift	Seite
21	Sonderprüfungen	163
21.1	Vorbemerkungen	163
21.2	Feststellungen und Erläuterungen	163
22	Sonstige Prüfungen	164
22.1	Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH	164
22.1.1	Vorbemerkungen	164
22.1.2	Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019	164
22.2	Jüdel-Stiftung in Braunschweig	164
23	Prüfungsvermerk	165

03 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Text
Abt.	Abteilung
abzgl.	abzüglich
ADA	Allgemeine Dienstanweisung
AG	Aktiengesellschaft
ALBA	ALBA Braunschweig GmbH
Alt.	Alternative
AnBest-Gk	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften
ANBest-P	Allgemeine Nebenstimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
AO	Abgabenordnung
AVB	Abwasserverband Braunschweig
B	Bemerkung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
B/St	Bemerkung mit der Bitte um Stellungnahme des OBM
BS|ENERGY	Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG
Co. KG	Compagnie Kommanditgesellschaft
DA	Dienstanweisung
Dez.	Dezernat
Dezko	Dezernentenkonferenz
EigBetrVO	Eigenbetriebsverordnung
EP	Einheitspreis
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
EUR	EURO
FB	Fachbereich
FBL	Fachbereichsleiter
FBWG	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
FPA	Finanz- und Personalausschuss
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoA	Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HA	Hauptauftrag
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HhPl	Haushaltsplan
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HRB	Handelsregister, Abteilung B

03 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Text
IDW PS	Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. Prüfungsstandard
i. H. v.	in Höhe von
IT	Informationstechnologie
i. V. m.	in Verbindung mit
Kita	Kindertagesstätte
KomEinrVO	Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
Klinikum	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
LSN	Landesamt für Statistik Niedersachsen mit beschränkter Haftung
mbH	mit beschränkter Haftung
MI	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Kommunalaufsichtsbehörde)
Nds.	Niedersächsisch
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Nds. MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt
NFAG	Niedersächsisches Gesetz über den Finanzausgleich
NKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
NFVG	Niedersächsisches Gesetz zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
NTVerG	Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz
NWertVO	Niedersächsische Wertgrenzenverordnung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
Pos.	Position
PPP	Public Private Partnership
PSP	Projektstrukturplan
REMONDIS	REMONDIS GmbH & Co. KG
RdErl.	Runderlass
Ref.	Referat
RGB	Regionalverband Großraum Braunschweig
RGB GmbH	Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig
SDA	Sammlung der Dienstanweisungen der Stadt Braunschweig
SE|BS	Stadtentwässerung Braunschweig GmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
städt.	städtisch
SFB	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
StSt.	Stabsstelle
TEUR	Tausend Euro
TH	Teilhaushalt
Tz.	Textziffer

03 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Text
üpl./apl.	überplanmäßig/außerplanmäßig
UStG	Umsatzsteuergesetz
VA	Verwaltungsausschuss
VE	Verpflichtungsermächtigung
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung)
VHS	Volkshochschule Braunschweig GmbH
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
WB/St	Wiederholte Bemerkung mit der Bitte um Stellungnahme des OBM
WWL	Wasserverband Weddel-Lehre
ZMB	Zahlungsmittelbestand

04 Erläuterungen zum Schlussbericht

Das RPA hat gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG seine Bemerkungen zur Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Gesamtabschlusses in jeweils einem Schlussbericht zusammenzufassen.

Nach diesen Vorgaben ist die Berichtspflicht mittels entsprechender Schlussberichte grundsätzlich auf die Bemerkungen aus den aus der Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Gesamtabschlusses gewonnenen Erkenntnissen auf Basis der Aufgaben im Sinne des § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 NKomVG sowie § 155 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG begrenzt.

Davon unbenommen fasst das RPA mit diesem Schlussbericht seine Bemerkungen aus den aus der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen auf Basis der ihm insgesamt obliegenden und übertragenen Aufgaben zusammen. Ausgenommen davon sind hier die Bemerkungen zur Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses, die in einem gesonderten Schlussbericht zusammengefasst werden.

Dieser Schlussbericht enthält somit wesentliche Bemerkungen und den Prüfungsvermerk aus der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 NKomVG, die bzw. der für den Rat eine Entscheidungsgrundlage für den Beschluss über den Jahresabschluss sowie für die entsprechende Entlastung des OBM sein sollen (§ 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG) sowie - unter Beachtung der zuvor genannten Einschränkung - wesentliche Bemerkungen aus Prüfungen aus den übrigen dem RPA obliegenden und übertragenen Aufgaben.

Grundlage einer Bemerkung können sein:

- Einwendungen des RPA aufgrund von Beanstandungen, die sich im Rahmen der Prüfungsdurchführung gegen abgrenzbare Prüfungsgegenstände ergeben und bis zur Beendigung der Prüfung vom Geprüften nicht behoben werden und/oder
- Prüfungshemmnisse gegenüber dem RPA, also besondere Umstände, aufgrund derer seitens des RPA Teile eines Prüfungsgegenstands nicht mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden können.

In diesem Rahmen klassifiziert das RPA den Begriff „Bemerkung“ wie folgt:

B Bemerkung aufgrund geringfügiger Beanstandungen, die seitens des RPA im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, ggf. ergänzt um Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln oder zur Verbesserung bestehender Prozesse, oder aufgrund geringfügiger Prüfungshemmnisse.

B/St Bemerkung aufgrund wesentlicher Beanstandungen, die seitens des RPA im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, oder aufgrund wesentlicher Prüfungshemmnisse mit der Bitte um Stellungnahme des OBM.

WB/St Wiederholte Bemerkung aufgrund geringfügiger oder wesentlicher Beanstandungen, die seitens des RPA in Vorjahren zu Einwendungen geführt haben und noch nicht erledigt sind, oder aufgrund geringfügiger oder wesentlicher Prüfungshemmnisse mit der Bitte um Stellungnahme des OBM.

Die Bemerkungen „B“ sind unter Tz. 06 und die Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“ sind in Tz. 07 des Schlussberichts aufgeführt.

05 Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft

Die Prüfungshandlungen zur vorläufigen Haushaltsführung (Tz. 3), zur Haushaltsplanung (Tz. 6), zur Haushaltswirtschaft (Tz. 7) und zum Plan-Ist-Vergleich (Tz. 8) entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 NKomVG erfolgten für die Teilhaushalte der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Grundgesamtheit für die Stichprobenauswahl umfasst 1.200 Planungselemente. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte - mit Ausnahme der Stichproben zur vorläufigen Haushaltsführung (Tz. 3) - zentral unter Berücksichtigung festgelegter Prüfungskriterien und einer festgelegten Höchstzahl von zu prüfenden Stichprobenelementen. Es handelt sich um Produkte (41 Stichprobenelemente) und um erfolgswirksame Projekte (19 Stichprobenelemente) in den Teilergebnishaushalten/-rechnungen sowie um investive Projekte und Mischprojekte (30 Stichprobenelemente) in den Teilfinanzhaushalten/-rechnungen. Die Dokumentation der Prüfungshandlungen erfolgte anhand von Prüfprogrammen zu den o. g. Textziffern. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der zu prüfenden Stichprobenelemente auf die Teilhaushalte.

			Teilergebnishaushalte/-rechnungen		Teilergebnishaushalte/-rechnungen		Teilfinanzhaushalte/-rechnungen	
			Produkte = 455		Erfolgswirksame Projekte = 248 Mischprojekte = 159 (nicht berücksichtigt!)		Investive Projekte = 497 Mischprojekte = 159 (berücksichtigt!)	
Nr.	SAP	FB/Ref.	Anzahl Produkte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Produkte	Anzahl erfolgswirksame Projekte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Projekte	Anzahl investive Projekte	Anzahl ausgewählte und zu prüfende Projekte
1	TH 01	Pol.Gr.	1	0	1	0	1	0
2	TH 02	Verw.Fü.	1	0	1	0	2	0
3	TH 09	FB 01	13	1	3	0	4	0
4	TH 81	Ref. 0120	5	1	1	0	4	0
5	TH 83	Ref. 0140	8	0	1	0	1	0
6	TH 84	Ref. 0150	1	0	1	0	1	0
7	TH 03	Pers.Vertr.	1	0	1	0	1	0
8	TH 10	FB 10	15	5	3	1	11	4
9	TH 20	FB 20/FB 65	37	3	75	7	149	8
10	TH 32	FB 32	30	4	3	0	3	0
11	TH 37	FB 37	10	2	8	1	23	3
12	TH 40	FB 40	28	0	26	3	14	1
13	TH 41	FB 41	51	4	8	1	12	3
14	TH 86	Ref. 0500	2	0	1	0	1	0
15	TH 50	FB 50	95	10	12	0	18	0
16	TH 51	FB 51	28	4	26	2	17	0
17	TH 87	Ref. 0600	7	0	2	0	3	0
18	TH 91	Ref. 0610	4	2	2	1	2	0
19	TH 60	FB 60	12	1	1	0	1	0
20	TH 61	FB 61	38	3	27	1	56	3
21	TH 66	FB 66	21	0	13	1	106	5
22	TH 67	FB 67/ Ref. 0670	44	0	31	1	63	3
23	TH 88	StSt. 0800	1	0	1	0	4	0
24	TH 04	Allgem.Fw.	2	1	0	0	0	0
Summe			455	41	248	19	497	30

Die TH 01, 02, 03 und 04 betreffen die Teilhaushalte Politische Gremien, Verwaltungsführung, Personalvertretung und Allgemeine Finanzwirtschaft.

05 Erläuterungen zur Prüfung der Haushaltswirtschaft

Die Stichprobenauswahl für die Prüfungshandlungen zur vorläufigen Haushaltsführung (Tz. 3) erfolgte für die einzelnen Teilhaushalte dezentral anhand sämtlicher Auszahlungsbuchungen größer 1.000,00 EUR innerhalb der sog. Interimsphase. Die Anzahl der zu prüfenden Stichprobenelemente wurde in den Prüfbereichen Verwaltung und Betriebswirtschaft eigenverantwortlich auf maximal 50 Buchungen und im Prüfbereich Technik auf maximal 25 Buchungen begrenzt.

Neben der Dokumentation der Stichprobenauswahl für die einzelnen Teilhaushalte erfolgte die Dokumentation der Prüfungshandlungen anhand des Prüfprogramms zur Tz. 3. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der zu prüfenden Stichprobenelemente auf die Teilhaushalte.

			Teilfinanzhaushalte/ -rechnungen		
			Auszahlungsanordnung		
Nr.	SAP	FB/Ref.	Anzahl der Buchungen	Anzahl der Buchungen > 1000,00 EUR	Anzahl der ausgewählten und geprüften Buchungen
1	TH 01	Pol. Gr.	834	86	1
2	TH 02	Verwf.	481	93	7
3	TH 09	FB 01	1.078	235	4
4	TH 81	Ref. 0120	251	88	2
5	TH 83	Ref. 0140	130	44	4
6	TH 84	Ref. 0150	113	12	0
7	TH 03	Persv.	164	44	0
8	TH 10	FB 10	6.451	938	50
9	TH 20	FB 20	3.995	848	0
		FB 65	2.720	1.062	25
10	TH 32	FB 32	2.787	729	11
11	TH 37	FB 37	3.926	794	30
12	TH 40	FB 40	9.113	3.762	50
13	TH 41	FB 41	3.587	741	11
14	TH 86	Ref. 0500	204	53	15
15	TH 50	FB 50	11.699	3.906	40
16	TH 51	FB 51	12.374	4.525	50
17	TH 87	Ref. 0600	196	37	2
18	TH 91	Ref. 0610	140	56	3
19	TH 60	FB 60	708	261	25
20	TH 61	FB 61	2.685	870	25
21	TH 66	FB 66	2.622	867	25
22	TH 67	FB 67/Ref. 0670	9.252	1.571	51
23	TH 88	StSt. 0800	90	43	7
24	TH 04	Allgem. F.	145	55	0
Summe			75.745	21.720	438

06 Zusammenfassung der Bemerkungen „B“

Textziffer	Bemerkung	Seite
2	Frist über die Beschlüsse nach § 129 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 und § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG	20
4.2	Haushaltssatzung, Frist nach § 114 Abs. 1 Satz 2 NKomVG	25
5.2.1	Angaben im Haushaltsplan zu Verpflichtungsermächtigungen für vergangene Jahre	27
6.2.2	Veranschlagung von Erträgen und Aufwendungen für Instandhaltungen der Höhe nach gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 KomHKVO seitens der FB 61, 65, 66 und 67	30
6.2.2	Ungenügender Bezug bei der Schätzung von Haushaltsansätzen gemäß § 10 Abs. 2 Satz 3 KomHKVO zwischen Kostenstellen und Produkten	30
6.2.3	Veranschlagung von Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen der Höhe nach gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 KomHKVO seitens der FB 65, 66 und 67	31
6.2.3	Keine Wirtschaftlichkeitsvergleiche nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO für Investitionen in den Teilhaushalten FB 61, 66 und 67	31
7.2.1	Planungsungenauigkeiten bei der Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen	34
9.4.2	Abrechnung des Kassenautomaten Quadriga-Besichtigung	49
9.4.2	Fehlende Entgeltvereinbarung sowie fehlerhafte Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit	49
10.2.1	Aufzeichnungen der Finanzvorfälle bis zu den originären Buchungsbelegen sind - in angemessener Zeit nachvollziehbar - zu dokumentieren	54
10.2.2.2	Korrekt erfolgende Inbetriebnahmen fertiggestellter Anlagen im Bau	59
10.2.2.3	Eliminierung von Abweichungen bei Forderungen und Verbindlichkeiten im Verbundbereich	61
10.2.2.8	Gewährleistung der Abstimmbarkeit der Erträge wegen Herabsetzung bzw. aus der Auflösung von Rückstellungen	66
10.2.2.8	Korrekter Ausweis von passiven Rechnungsabgrenzungen	67
10.2.2.8	Vorhalten der entsprechend der Jahresabschlussverfügung vorzuhaltenden Unterlagen in den meldenden FB bzw. Ref.	67
10.2.3	Buchhalterische Umsetzung der Differenzierung zwischen Herabsetzungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen	68
10.2.4	Ungeklärte Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung	69
10.2.5	Wiederholt fehlerhafte Zuordnung von Inhalten des Anhangs im Rechenschaftsbericht	69
10.2.5	Ausführungen zu üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen sowie zu Verpflichtungsermächtigungen erfolgen im Rechenschaftsbericht und nicht im Anhang	70
10.2.6.2	Inhaltliche Weiterentwicklung des Rechenschaftsberichts in Bezug auf Analysen und Bewertungen	71
14.3	Wiederholt fehlerhafte Zuordnung von Inhalten des Anhangs im Rechenschaftsbericht	111
15.2.1	Nachtragsleistungen nicht vorkalkulatorisch ermittelt	119
15.2.1	Nachtragsleistungen nach Ist-Kosten	119
15.2.1	Nachtragsvereinbarung im Rahmen von Rohbauarbeiten zum Neubau der Kita Lamme Ost II	119
15.2.1	Einsparung nach Aufhebung der Ausschreibung Büchnerstraße	119
15.2.1	Einsparung nach Aufhebung der Ausschreibung Radweg Rodedamm	120

06 Zusammenfassung der Bemerkungen „B“

Textziffer	Bemerkung	Seite
15.2.1	Einsparung nach Aufhebung der Ausschreibung Zimmerstraße-Ost	120
15.2.1	Nachtragsvereinbarung Bushaltestelle Ebertallee/Herzogin-Elisabeth-Straße	120
15.2.1	Ausschluss des Mindestbietenden bei der Ausschreibung Baumpflanzung nach Sturmschäden II	120
15.2.1	Ausschluss des Mindestbietenden bei der Ausschreibung Sanierung des Okerbegleitweges	120
15.2.1	Nachtragsvereinbarung im Rahmen von Baumpflanzungen	120
15.2.1	Nachtragsvereinbarung des Klinikums im Rahmen der Herstellung von Verkehrsanlagen	121
15.2.1	Nachtragsvereinbarung des Klinikums im Rahmen von Dachabdichtungsarbeiten am Standort Salzdahlumer Straße	121
15.2.2	Vergabeverfahren zur Beschaffung von Büromaterial	121
15.2.2	Vergabeverfahren zur Beschaffung von Einsatz- und Schutzkleidung	122
15.2.2	Vergabeverfahren zur zusätzlichen Schülerbeförderung	122
15.2.2	Vergabeverfahren zur Beauftragung von Bühnen-, Licht- und Tontechnik	122
15.2.3	Wiederholt unvollständige Nachtragsleistungen für Honorare	123
15.2.3	Einsparungen nach Vergleichsangeboten bei Ingenieurleistungen Detailerkundung einer Altlast	123
15.2.3	Beauftragung von zusätzlichen Ingenieurleistungen Weiterführung westliches Ringgleis entgegen der Stellungnahme	123
15.2.3	Vergabe Ingenieurleistungen für brandschutztechnische Leistungen Grundschule Lamme	123
15.2.3	Vergabe von Ingenieurleistungen technische Ausrüstung Grundschule Altmühlstraße	124
15.2.3	Vergabe des Klinikums von Ingenieurleistungen für die Erstellung von Leitungsbestandsplänen	125
16.2	Maßnahmenprüfung des Rahmenvertrag Dämmung Brandschutz 2019	127
17.3	Fehlende Gremienbeschlüsse im Zusammenhang mit dem Ausbau des Lilienthalplatzes sowie der Eigenkapitalerhöhung bei der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	129
17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Vollfinanzierung	135
17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Fehlende Vergabe	136
17.6.3	Belegprüfung Kinder- und Jugendschutz beim FB 51	137
17.6.4	Betreuung von Schulkindern (Schuki) - Unterlassene Beschaffung über die Zentrale Vergabestelle	137
17.6.4	Betreuung von Schulkindern (Schuki) - Freihändige Vergabe Getränke	138
17.6.4	Betreuung von Schulkindern (Schuki) - Unzulässige Teambuilding-Maßnahme	138
17.6.4	Betreuung von Schulkindern (Schuki) - Fehlende Dokumentation der Verwendung von Gutscheinen	138
19.6.2	Fehlerhafte Anwendung des Entgelttarifs für die Nutzung des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste	152
19.6.2	Fehlende sachlich/rechnerische Richtigzeichnung der Anordnungen des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste	152
20.3.2.2	Zuwendungen für den Bereich soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	159

06 Zusammenfassung der Bemerkungen „B“

Textziffer	Bemerkung	Seite
20.3.2.2	Zuwendung an einen Sportverein für die Teilnahme an einer Weltmeisterschaft	159
20.3.2.2	Projektförderung - Zuwendung an einen Sportverein für den Umbau eines Gebäudes	160
20.3.2.2	Prüfung einer an eine Sportgemeinschaft gewährten Zuwendung für den Betrieb eines Nachwuchsstützpunktes	160
20.4.2	Abweichungen bei Ertrags- und Einzahlungskonten	162

07 Zusammenfassung der Bemerkungen „B/St“ und „WB/St“

Textziffer	Bemerkung	Seite
9.2.2	Von den FB 61, 65, 66 und 67 zu entwickelnde und mit dem RPA abgestimmte Prüfkonzepte	46
9.4.2	Fehlende Belege einer Vorabauslage für die Schulsozialarbeit	49
9.4.2	Prüfung der Führung sog. Schulgirokonten	49
9.4.2	Rückforderung unzulässig verwendeter städtischer Mittel	50
10.2.2.2	Fehlende Überprüfung der Festwerte	59
10.2.2.8	Fehlende Instandhaltungspläne zur willkürfreien Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	66
15.2.3	Vergabe von Ingenieurleistungen für Tragwerksplanung Grundschule Lehndorf	124
15.2.3	Vergabe von Ingenieurleistungen für Tragwerksplanung für die mobilen Raumanlagen des Gymnasiums Neue Oberschule	124
15.2.3	Nachtragsleistungen des Klinikums für das Bauprojektmanagement	125
17.4.1	Feststellung der sachlichen Richtigkeit einer Rechnung der Volkshochschule Braunschweig GmbH	130
17.4.1	Fehlende schriftliche Ausgestaltung von Kooperationsvereinbarungen	131
17.4.2	Mittagessenversorgung an Schulen	131
17.6.1	Beschaffung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten	134
17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Fehlende Gremienbeschlüsse	135
17.6.2	Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) - Nicht genutzte freie Flächen	136
17.6.3	Prüfung einer Zuwendung des FB 51 an einen freien Träger für ein Fanprojekt	137
20.3.2.2	Vom FB 51 an Dritte geleistete Zuwendungen	159

1 Prüfungsauftrag

Für die Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung hat die Stadt entsprechend § 153 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 NKomVG das RPA eingerichtet. Die dem RPA zugewiesenen Aufgaben ergeben sich insbesondere aus § 155 Abs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 RPO sowie § 155 Abs. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 RPO und § 158 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG.

Nach § 155 Abs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 RPO umfasst die Rechnungsprüfung

1. die Prüfung des Jahresabschlusses einschließlich der Prüfung der Jahresabschlüsse der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG,

2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses,

3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und der Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,

4. die dauernde Überwachung der Kassen der Stadt sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht,

5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung einschließlich der Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG.

Der Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses ist in § 156 Abs. 1 NKomVG geregelt und der Umfang der Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses in § 156 Abs. 2 Satz 1 und 2 NKomVG.

Darüber hinaus hat der Rat dem RPA nach § 155 Abs. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 RPO folgende weitere Aufgaben übertragen:

1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,

2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,

3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen,

4. die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,

5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,

6. die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen.

Soweit bei den Aufgaben gemäß § 4 Abs. 2 Nrn. 3 bis 5 RPO regelmäßig Prüfungen durch andere Prüfungseinrichtungen (Wirtschaftsprüfung, Revisionsverband u. a.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des RPA auf die Auswertung der entsprechend vorliegenden Prüfungsberichte und auf nicht geprüfte Teilgebiete beschränken.

1 Prüfungsauftrag

Ergänzend zu diesen Aufgaben hat das RPA gemäß § 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG - bezogen auf die privatrechtlichen Unternehmen der Stadt - auch die Jahresabschlüsse der sog. kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB sowie der sog. Kleinstkapitalgesellschaften im Sinne des § 267a Abs. 1 Satz 1 HGB zu prüfen. Gemäß § 157 Satz 2 NKomVG kann das RPA mit der Durchführung dieser Jahresabschlussprüfungen eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder andere Dritte beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die entsprechende Gesellschaft erfolgt (vgl. auch § 4 Abs. 1 Nr. 6 RPO). Das RPA hat sich mit den örtlichen Leitungen der hiervon betroffenen privatrechtlichen Unternehmen der Stadt darauf verständigt, dass die Beauftragung zur Prüfung der Jahresabschlüsse im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die entsprechende Gesellschaft erfolgt.

Gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG hat das RPA seine Bemerkungen jeweils in einem Schlussbericht zusammenzufassen. Auf Tz. 04 Abs. 3 wird verwiesen.

Zweck der örtlichen Rechnungsprüfung in diesem Aufgabenspektrum ist insbesondere, bestimmte gegebene Sachverhalte festzustellen und deren normgerechte Durchführung zu beurteilen. Festgestellte Ist-Zustände werden mit Soll-Vorgaben verglichen. In diesem Rahmen orientiert sich das RPA zur Abgrenzung seiner Verantwortung aus dem Prüfungsauftrag an folgenden im Sprachgebrauch des Prüfungswesens verwendeten Begriffen:

- Überwachung umfasst Prüfung, Kontrolle und Aufsicht.

- Prüfung (Überwachungshandlung) erfolgt prozessunabhängig bzw. unabhängig vom Überwachungsobjekt, ist vergangenheitsorientiert und mündet auf Basis eines Soll-Ist-Vergleichs in einem Urteil. Die Urteilsabgabe steht im Vordergrund.

- Kontrolle (Überwachungsmaßnahme und Überwachungshandlung) erfolgt prozessunabhängig bzw. unabhängig vom Überwachungsobjekt, ist gegenwartsorientiert und dient der Fehlervermeidung, Fehleraufdeckung und Fehlerkorrektur. Die Systemregelung steht im Vordergrund.

- Aufsicht (Überwachungsmaßnahme) erfolgt prozessunabhängig bzw. unabhängig vom Überwachungsobjekt gemäß gesetzlicher Bestimmungen, erlassener Weisungen oder Ermessensentscheidungen durch Aufsichtsinstanzen.

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe nicht immer in dieser Differenzierung verwendet.

2 Vorjahresabschlüsse - Beschlussverfahren und Bekanntmachung

Der OBM hat am 6. März 2020 gemäß § 129 Abs. 1 Satz 2 NKomVG die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2018 der Stadt festgestellt und ihn zusammen mit den Jahresabschlüssen 2018 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung, Abfallwirtschaft und FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement und dem Schlussbericht 2018 des RPA vom 22. April 2020 dem Rat mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vorgelegt.

Der Rat hat am 14. Juli 2020 gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über die Abschlüsse sowie die entsprechenden Entlastungen des OBM beschlossen.

B Die Fristen nach § 129 Abs. 1 Satz 1 Halbs.1 NKomVG, wonach der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen ist, sowie nach § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG, wonach der Rat über die Abschlüsse und die entsprechenden Entlastungen des OBM bis spätestens zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres beschließt, wurden nicht eingehalten.

Die Beschlüsse über die Abschlüsse und die entsprechenden Entlastungen des OBM wurden dem MI unverzüglich mit Schreiben vom 3. August 2020 mitgeteilt und am 22. Juli 2020 in der Braunschweiger Zeitung öffentlich bekannt gemacht (§ 129 Abs. 2 Satz 1 NKomVG). Die Abschlüsse und der Schlussbericht des RPA wurden in der Zeit vom 23. Juli 2020 bis 31. Juli 2020 öffentlich ausgelegt (§ 129 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 1 NKomVG). In der Bekanntmachung wurde auf die Auslegung hingewiesen (§ 129 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 2 NKomVG).

3 Vorläufige Haushaltsführung

3.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist - soweit die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr verfügt wurde - auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung zu prüfen. Die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2019 wurde am 19. Dezember 2018 verfügt.

Gegenstand der Prüfung sind die seitens der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung 2019 sowie der Vollzug des Haushalts in der Interimsphase vom Beginn des Haushaltsjahres bis zum In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 am 22. Mai 2019. Geprüft wird die Einhaltung der für die vorläufige Haushaltsführung maßgebenden Vorschriften (§ 116 NKomVG) und sie ergänzende Bestimmungen. Die Prüfungshandlungen zur vorläufigen Haushaltsführung erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die Prüfungshandlungen zur vorläufigen Haushaltsführung erfolgte für den jeweiligen Teilhaushalt dezentral durch jede Prüferin/jeden Prüfer anhand der Auszahlungsbuchungen größer 1.000,00 EUR innerhalb der Interimsphase vom Beginn des Haushaltsjahres bis zum In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr. Zur Auswahl und zur Begrenzung der Anzahl der zu prüfenden Stichprobenelemente vgl. Tz. 05.

3.2 Feststellungen und Erläuterungen

3.2.1 Ergriffene Maßnahmen zur vorläufigen Haushaltsführung

Die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2019 wurde vom FB 20 am 19. Dezember 2018 auf Basis der Vorschriften des § 116 NKomVG verfügt. Die Beachtung dieser Verfügung und die Einhaltung der maßgebenden Vorschriften für die vorläufige Haushaltsführung oblag den einzelnen Teilhaushaltsverantwortlichen der Stadt.

3.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach § 116 NKomVG für die Teilergebnishaushalte der Stadt auf Basis der ausgewählten Stichproben (vgl. Tz. 05) hat seitens des RPA - bezogen auf die Aufwendungen - zu keinen Einwendungen geführt.

3.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach § 116 NKomVG für die Teilfinanzhaushalte der Stadt auf Basis der ausgewählten Stichproben (vgl. Tz. 05) hat seitens des RPA - bezogen auf die Auszahlungen - grundsätzlich keine Beanstandungen ergeben, die zu Einwendungen geführt haben.

4 Haushaltssatzung

4.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltssatzung zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung ist die vom Rat am 18. Dezember 2018 beschlossene und vom OBM mit gleichem Datum unterschriebene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019, die gemäß Schreiben des MI vom 6. Mai 2019 ohne Einschränkungen bestätigt wurde und gemäß Verfügung des FB 20 vom 21. Mai 2019 am 22. Mai 2019 wirksam geworden ist (§ 112 Abs. 3 Satz 1 Halbs. 1 NKomVG). Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde nicht beschlossen. Geprüft wurden insbesondere die Form (§ 178 Abs. 3 NKomVG i. V. m. dem Muster 1 des RdErl. d. MI vom 24. April 2017 - 33.12-10306/2), die formalen Anforderungen (§ 112 NKomVG), das Verfahren zur Aufstellung und der Erlass der Haushaltssatzung (§ 114 NKomVG). Außerdem wurde geprüft, ob für das Haushaltsjahr 2019 eine Nachtragshaushaltssatzung zu Recht nicht aufzustellen war (§ 115 NKomVG). Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf die o. g. Haushaltssatzung. Zur Prüfung bzw. Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt im Sinne des § 23 KomHKVO vgl. Tz. 4.2.

Zu den Festsetzungen für den Haushaltsplan des Berichtsjahres entsprechend § 1 und § 1a der Haushaltssatzung sowie zu den Festsetzungen für den Haushaltsplan des Vorjahres einschließlich der entsprechenden betragsmäßigen und prozentualen Veränderungen vgl. die Übersichten auf den folgenden Seiten.

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern sind gemäß § 5 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 für die Grundsteuer A (Grundsteuer für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) auf 320 v. H., für die Grundsteuer B (Grundsteuer für die Grundstücke) auf 500 v. H. und für die Gewerbesteuer auf 450 v. H. festgesetzt.

4 Haushaltssatzung

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Stadt entsprechend § 1 der Haushaltssatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

	Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1. Ergebnishaushalt				
1.1 Ordentliche Erträge	857.104.068	816.469.188	40.634.880	5,0
1.2 Ordentliche Aufwendungen	891.123.699	851.330.441	39.793.258	4,7
1.3 Außerordentliche Erträge	492.500	504.600	-12.100	-2,4
1.4 Außerordentliche Aufwendungen	567.000	467.000	100.000	21,4
Erträge Ergebnishaushalt	857.596.568	816.973.788	40.622.780	5,0
Aufwendungen Ergebnishaushalt	891.690.699	851.797.441	39.893.258	4,7
Ergebnis	-34.094.131	-34.823.653	729.522	-2,1
2. Finanzhaushalt				
2.1 Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	841.447.080	803.841.300	37.605.780	4,7
2.2 Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	830.428.857	789.063.522	41.365.335	5,2
2.3 Einzahlungen für Investitionstätigkeit	20.602.900	20.578.600	24.300	0,1
2.4 Auszahlungen für Investitionstätigkeit	93.459.200	118.226.100	-24.766.900	-20,9
2.5 Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	50.591.900	53.451.700	-2.859.800	-5,4
2.6 Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	5.917.400	4.801.700	1.115.700	23,2
Einzahlungen Finanzhaushalt	912.641.880	877.871.600	34.770.280	4,0
Auszahlungen Finanzhaushalt	929.805.457	912.091.322	17.714.135	1,9
Ergebnis	-17.163.577	-34.219.722	17.056.145	-49,8

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung FB 20 Stadtentwässerung entsprechend § 1a der Haushaltssatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

	Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1. Ergebnishaushalt				
1.1 Ordentliche Erträge	68.118.200	65.543.200	2.575.000	3,9
1.2 Ordentliche Aufwendungen	68.739.200	66.245.100	2.494.100	3,8
1.3 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0,0
1.4 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0,0
Erträge Ergebnishaushalt	68.118.200	65.543.200	2.575.000	3,9
Aufwendungen Ergebnishaushalt	68.739.200	66.245.100	2.494.100	3,8
Ergebnis	-621.000	-701.900	80.900	-11,5
2. Finanzhaushalt				
2.1 Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	56.188.100	54.255.200	1.932.900	3,6
2.2 Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	62.286.400	60.080.700	2.205.700	3,7
2.3 Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.587.200	87.200	1.500.000	>100,0
2.4 Auszahlungen für Investitionstätigkeit	3.375.000	2.478.500	896.500	36,2
2.5 Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
2.6 Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
Einzahlungen Finanzhaushalt	57.775.300	54.342.400	3.432.900	6,3
Auszahlungen Finanzhaushalt	65.661.400	62.559.200	3.102.200	5,0
Ergebnis	-7.886.100	-8.216.800	330.700	-4,0

4 Haushaltssatzung

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung FB 20 Abfallwirtschaft entsprechend § 1a der Haushaltssatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

		Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1.	Ergebnishaushalt				
1.1	Ordentliche Erträge	42.891.100	43.287.300	-396.200	-0,9
1.2	Ordentliche Aufwendungen	42.202.400	43.602.100	-1.399.700	-3,2
1.3	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0,0
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0,0
	Erträge Ergebnishaushalt	42.891.100	43.287.300	-396.200	-0,9
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	42.202.400	43.602.100	-1.399.700	-3,2
	Ergebnis	688.700	-314.800	1.003.500	>-100,0
2.	Finanzhaushalt				
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	40.650.300	41.939.500	-1.289.200	-3,1
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	44.629.900	46.223.800	-1.593.900	-3,4
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	8.950.000	9.610.000	-660.000	-6,9
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.928.000	9.478.000	1.450.000	15,3
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	51.400	51.400	0	0,0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	49.600.300	51.549.500	-1.949.200	-3,8
	Auszahlungen Finanzhaushalt	55.609.300	55.753.200	-143.900	-0,3
	Ergebnis	-6.009.000	-4.203.700	-1.805.300	42,9

In der folgenden Übersicht sind die Festsetzungen für den Haushaltsplan der Sonderrechnung FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement entsprechend § 1a der Haushaltssatzung für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

		Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR	Veränderungen EUR	%
1.	Ergebnishaushalt				
1.1	Ordentliche Erträge	75.876.600	73.662.800	2.213.800	3,0
1.2	Ordentliche Aufwendungen	81.104.000	75.852.300	5.251.700	6,9
1.3	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0,0
1.4	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0,0
	Erträge Ergebnishaushalt	75.876.600	73.662.800	2.213.800	3,0
	Aufwendungen Ergebnishaushalt	81.104.000	75.852.300	5.251.700	6,9
	Ergebnis	-5.227.400	-2.189.500	-3.037.900	>100,0
2.	Finanzhaushalt				
2.1	Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	75.876.600	73.662.800	2.213.800	3,0
2.2	Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	79.859.900	75.690.400	4.169.500	5,5
2.3	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0,0
2.4	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	334.000	259.000	75.000	29,0
2.5	Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
2.6	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0,0
	Einzahlungen Finanzhaushalt	75.876.600	73.662.800	2.213.800	3,0
	Auszahlungen Finanzhaushalt	80.193.900	75.949.400	4.244.500	5,6
	Ergebnis	-4.317.300	-2.286.600	-2.030.700	88,8

4 Haushaltssatzung

4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Form und der Inhalt der Haushaltssatzung entsprechen den Vorgaben des § 178 Abs. 3 NKomVG i. V. m. dem Muster 1 des RdErl. d. MI vom 24. April 2017 - 33.12-10306/2 bzw. des § 112 Abs. 2 NKomVG. In die Haushaltssatzung waren genehmigungspflichtige Teile nach § 119 Abs. 4 NKomVG und § 120 Abs. 2 NKomVG aufzunehmen. Dies betraf jeweils für den Kernhaushalt in § 2 den Gesamtbetrag der im Finanzhaushalt vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen i. H. v. 50.591.900,00 EUR und in § 3 den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 126.860.200,00 EUR.

Das Verfahren zur Aufstellung der Haushaltssatzung basierte materiell auf der Verfügung des FB 20 „Haushaltsplanaufstellung 2019“ (0200.11 - Verfügung vom 16. Februar 2018) und zeitlich auf der ergänzenden Verfügung des FB 20 „Terminplanung - Haushalt 2019“ (0200.11 - Verfügung vom 30. Januar 2018). Es sprechen aus Prüfungssicht keine Anzeichen dafür, dass diese getroffenen und umgesetzten organisatorischen Maßnahmen ein ordnungsmäßiges Verfahren zur Aufstellung der Haushaltssatzung 2019 nicht gewährleisten.

Der Rat hat am 18. Dezember 2018 die Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2019 beschlossen (Drucksachen 18-09723 und 18-09723-01). Sie wurde mit Schreiben des MI vom 6. Mai 2019 ohne Einschränkungen genehmigt. Es wurden von dort derzeit noch keine ernsthaften Anzeichen für eine Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt im Sinne des § 23 KomHKVO erkannt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte am 10. Mai 2019 im Amtsblatt der Stadt Braunschweig, 46. Jahrgang, Nr. 7. Die Haushaltssatzung lag mit dem Haushaltsplan in der Zeit vom 13. Mai 2019 bis 21. Mai 2019 zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Der gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG vorgeschriebene Haushaltsausgleich im Ergebnisbereich ist für den Ergebnishaushalt der Stadt und die Ergebnishaushalte der Sonderrechnungen FB 20 Stadtentwässerung, FB 20 Abfallwirtschaft und FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement in der Planung nicht direkt im Sinne des § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG gegeben, sondern nur über die Ausgleichsfiktion des § 110 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1 NKomVG (Verrechnung voraussichtlicher Fehlbeträge im ordentlichen und im außerordentlichen Ergebnis mit sog. Überschussrücklagen im Sinne des § 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG).

B Die Frist nach § 114 Abs. 1 Satz 2 NKomVG, wonach die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen des MI spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden soll, wurde nicht eingehalten.

Die Voraussetzungen des § 115 NKomVG für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung lagen im Haushaltsjahr nicht vor, sodass eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr zu Recht nicht aufzustellen war.

5 Haushaltsplan

5.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zum Haushaltsplan zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung ist der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019. Geprüft wurden in formeller Hinsicht insbesondere die Vollständigkeit des Haushaltsplans sowie die Einhaltung der im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Aufstellungsgrundsätze. Die Aufstellungsgrundsätze ergeben sich insbesondere aus den §§ 110 und 113 NKomVG und den §§ 1 bis 8 KomHKVO.

Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf den Haushaltsplan als Ganzes sowie auf den Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der FB 20, 41, 61 und Allgemeine Finanzwirtschaft.

Zu den Festsetzungen im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 sowie zum Umfang der Stellenbesetzungen zum 30. Juni des Haushaltsjahres und des Vorjahres vgl. Tz. 5.2.4.

Bez. der Beurteilung der Einhaltung des zentralen Haushaltsgrundsatzes nach § 110 Abs. 1 NKomVG zur Planung und Führung der Haushaltswirtschaft und zur dauernden Leistungsfähigkeit nach § 23 KomHKVO der Stadt wird auf den RdErl. d. MI vom 13. Dezember 2017 - 33.1-10300/3 - verwiesen, wonach die Kommunen den Aufsichtsbehörden zusammen mit der Haushaltssatzung eine Übersicht über die Daten ihrer Haushaltswirtschaft vorzulegen haben. Anhand dieser Daten erfolgt von dort eine Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune nach § 23 KomHKVO. Der o. g. RdErl. ist am 1. Januar 2018 in Kraft getreten.

Die Stadt hat dem MI die entsprechend geforderten Daten ihrer Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 vorgelegt. Das MI hat mit Schreiben vom 6. Mai 2019 festgestellt, dass von dort derzeit noch keine ernsthaften Anzeichen für eine Gefährdung der Leistungsfähigkeit der Stadt im Sinne des § 23 KomHKVO zu erkennen sind. Eine gesonderte Beurteilung durch das RPA erfolgt somit nicht. Auf Ziffer 4.1 Abs. 1 Satz 1 DA für das RPA wird verwiesen.

5.2 Feststellungen und Erläuterungen

5.2.1 Haushaltsplan - gesamt

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 ist bez. seiner Bestandteile und der zum Haushaltsplan gehörenden Anlagen formal vollständig (vgl. § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 KomHKVO). Die sich aus den §§ 110 und 113 NKomVG und den §§ 1 bis 6 KomHKVO ergebenden sonstigen Aufstellungsgrundsätze, Vorgaben und Hinweise wurden - soweit zutreffend - im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans beachtet. Die Einhaltung der §§ 7 (Haushaltsplan für zwei Jahre) und 8 KomHKVO (Nachtragshaushaltsplan) war nicht zu prüfen.

5 Haushaltsplan

Darüber hinaus wird folgendes angemerkt:

B Bei den Angaben im Haushaltsplan zu den Verpflichtungsermächtigungen für vergangene Jahre sind nur die Verpflichtungsermächtigungen einzutragen, die tatsächlich in Anspruch genommen wurden bzw. voraussichtlich noch gemäß § 119 Abs. 3 NKomVG in Anspruch genommen werden. Es muss erkennbar sein, ob und in welchem Umfang im Haushaltsplan veranschlagte investive Auszahlungen in zukünftigen Haushaltsjahren bereits durch die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen gebunden sind. Es ist hierbei das verbindliche Muster "Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen", Anlage 9 RdErl. d. MI vom 24. April 2017, zu verwenden.

5.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Teilergebnishaushalte der FB 20, 41, 61 und Allgemeine Finanzwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 sind bez. Umfang und Inhalt, d. h. hinsichtlich Art und Quellen der Ergebniskomponenten, formal vollständig (vgl. § 2 KomHKVO). Die entsprechenden Aufstellungsgrundsätze, insbesondere hinsichtlich der Gliederung des Haushalts in Teilhaushalte entsprechend der Verwaltungsgliederung, der Angaben zum Ansatz und Ausweis, der Gliederung der Rechenwerke und der Bildung von Budgets, wurden beachtet. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben.

5.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Teilfinanzhaushalte der FB 20, 41, 61 und Allgemeine Finanzwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 sind bez. Umfang und Inhalt, d. h. hinsichtlich Art und Quellen der Finanzkomponenten, formal vollständig (vgl. § 3 KomHKVO). Die entsprechenden Aufstellungsgrundsätze, insbesondere hinsichtlich der Gliederung des Haushalts in Teilhaushalte entsprechend der Verwaltungsgliederung, der Angaben zum Ansatz und Ausweis, der Gliederung der Rechenwerke und der Bildung von Budgets, wurden beachtet. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben.

5 Haushaltsplan

5.2.4 Stellenplan

Der Stellenplan ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 KomHKVO Bestandteil des Haushaltsplans. Dargestellt werden im Folgenden für die Kernverwaltung, die unten genannten Sonderrechnungen und die Summe aus Kernverwaltung und Sonderrechnungen getrennt für das Haushaltsjahr und das Vorjahr die Anzahl der Planstellen, die Anzahl der besetzten Stellen am 30. Juni sowie die Anzahl der entsprechenden Planabweichungen.

Kernverwaltung

	Haushaltsjahr			Vorjahr		
	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen
Beamtinnen/ Beamte	1.455,15	1.156,42	-298,73	1.428,70	1.187,67	-241,03
Beschäftigte	2.271,83	1.874,87	-396,96	2.190,57	1.809,55	-381,02
Gesamt	3.726,98	3.031,29	-695,69	3.619,27	2.997,22	-622,05

FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Haushaltsjahr			Vorjahr		
	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen
Beamtinnen/ Beamte	2,10	2,10	0,00	2,10	2,10	0,00
Beschäftigte	5,00	4,50	-0,50	4,50	4,50	0,00
Gesamt	7,10	6,60	-0,50	6,60	6,60	0,00

FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Haushaltsjahr			Vorjahr		
	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen
Beamtinnen/ Beamte	3,96	3,96	0,00	3,96	3,96	0,00
Beschäftigte	4,00	3,00	-1,00	3,00	3,00	0,00
Gesamt	7,96	6,96	-1,00	6,96	6,96	0,00

FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Haushaltsjahr			Vorjahr		
	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen
Beamtinnen/ Beamte	38,00	33,00	-5,00	29,20	23,41	-5,79
Beschäftigte	298,32	222,86	-75,46	290,10	212,68	-77,42
Gesamt	336,32	255,86	-80,46	319,30	236,09	-83,21

Summe Kernverwaltung und Sonderrechnungen

	Haushaltsjahr			Vorjahr		
	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen	Planstellen	besetzte Stellen am 30. Juni	Planab-weichungen
Beamtinnen/ Beamte	1.499,21	1.195,48	-303,73	1.463,96	1.217,14	-246,82
Beschäftigte	2.579,15	2.105,23	-473,92	2.488,17	2.029,73	-458,44
Gesamt	4.078,36	3.300,71	-777,65	3.952,13	3.246,87	-705,26

6 Haushaltsplanung

6.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltsplanung zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung sind die Haushaltsansätze (Veranschlagungen) im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019. Geprüft wurde die Einhaltung der im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtenden Haushalts- und Planungsgrundsätze und sie ergänzende Bestimmungen. Die Haushalts- und Planungsgrundsätze ergeben sich insbesondere aus den §§ 110, 113, 118 und 119 NKomVG sowie den §§ 9 bis 16 KomHKVO. Die Prüfungshandlungen bezogen sich auf den Haushaltsplan als Ganzes und erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Prüfungskriterien und einer festgelegten Höchstzahl von zu prüfenden Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05).

6.2 Feststellungen und Erläuterungen

6.2.1 Haushaltsplan - gesamt

Die Haushaltsplanung für das Berichtsjahr im Haushaltsplan - gesamt - wird insbesondere bez.

- der Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung,
- des Haushaltsausgleichs in der Planung im Ergebnisbereich,
- der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit sowie der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen,
- der Entwicklung der Überschussrücklagen,
- der Schuldendeckungsfähigkeit,
- der Berücksichtigung der vom MI bekannt gegebenen Orientierungsdaten bei der Aufstellung und Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung,
- des Ausgleichs der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die einzelnen Haushaltsjahre in Erträgen und Aufwendungen und
- der Erläuterungen im Vorbericht bzw. Haushaltsplan zu Ansatzabweichungen gegenüber dem Vorjahr sowie zu neuen und mehrjährigen Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen

grundsätzlich als ordnungsmäßig beurteilt. Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen und Prüfungshemmnissen, die im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, haben sich nicht ergeben.

6.2.2 Teilergebnishaushalte

Die Haushaltsplanung für das Berichtsjahr in den Teilergebnishaushalten wird insbesondere bez.

- einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung,
- der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich des in der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Investitionsprogramms,
- der Bruttoveranschlagung, unter Berücksichtigung zulässiger Ausnahmen,

6 Haushaltsplanung

- der Periodisierung der errechneten oder sorgfältig geschätzten Erträge und Aufwendungen,
- der Beachtung des Grundsatzes der Haushaltsklarheit für den Ansatz von Erträgen und Aufwendungen einschließlich ggf. notwendiger Erläuterungen,
- der Veranschlagung von Personal-, Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen auf Basis der Übersicht nach § 5 Abs. 1 Satz KomHKVO einschließlich entsprechender innerer Verrechnungen,
- der Ansätze für Aufwendungen zur Erfüllung von Verträgen, die die Stadt über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichtet und
- der wesentlichen zweckgebundenen Erträge

als im Wesentlichen ordnungsmäßig beurteilt. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln wurden den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt.

Darüber hinaus wird folgendes angemerkt:

B Im Rahmen der Prüfung der Stichprobenelemente auf Ordnungsmäßigkeit der Veranschlagung von Erträgen und Aufwendungen der Höhe nach gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 KomHKVO für das Haushaltsjahr, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, wurde festgestellt, dass in den Teilergebnishaushalten der FB 61, 65, 66 und 67 Ansätze in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft wurden. Bei der Veranschlagung für Instandhaltungen sind die Ansätze der Höhe nach zu pauschal, d. h. zu ungenau, hinsichtlich der voraussichtlichen eingehenden oder zu leistenden Beträge vorgenommen worden. Es wurden daher erhebliche Beträge gemäß § 20 Abs. 2 KomHKVO als Haushaltsreste in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

B Im Rahmen der Prüfung der Stichprobenelemente auf Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsplanung wurde u. a. festgestellt, dass in einigen Fällen hinsichtlich der Schätzung von Ansätzen gemäß § 10 Abs. 2 Satz 3 KomHKVO nur ein ungenügender Bezug zwischen den Haushaltsansätzen auf den Kostenstellen, auf denen die originären Planungen erfolgen, und den Haushaltsansätzen der entsprechenden Produkte hergestellt wird. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die Ansätze auf den Kostenstellen sorgfältig zu schätzen sind, sondern in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden Verteilungen auf den angebundenen Produkten zu plausibilisieren sind.

6.2.3 Teilfinanzhaushalte

Die Haushaltsplanung für das Berichtsjahr in den Teilfinanzhaushalten wird insbesondere bez.

- einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung,
- der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich des in der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Investitionsprogramms,
- der Bruttoveranschlagung unter Berücksichtigung zulässiger Ausnahmen,
- der Periodisierung der errechneten oder sorgfältig geschätzten Einzahlungen und Auszahlungen,
- der Beachtung des Grundsatzes der Haushaltsklarheit für den Ansatz von Einzahlungen und Auszahlungen einschließlich ggf. notwendiger Erläuterungen,

6 Haushaltsplanung

- der maßnahmenbezogenen Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen einschließlich der Angaben zur voraussichtlichen Verteilung der Belastungen auf die künftigen Haushaltsjahre,
- der Dokumentation zur Wirtschaftlichkeit bzw. von Folgekostenberechnungen von entsprechenden Investitionen unter Berücksichtigung ggf. begründeter notwendiger Ausnahmen hiervon,
- der Nichtberücksichtigung haushaltsunwirksamer Einzahlungen und Auszahlungen im Haushaltsplan (bez. Ergebnis vgl. § 42 Abs. 2 Satz 3 und § 53 Abs. 1 Nr. 3 KomHKVO),
- der Veranschlagung von Personal-, Versorgungs- und Beihilfeauszahlungen auf Basis der Übersicht nach § 5 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO einschließlich entsprechender innerer Verrechnungen,
- der Ansätze für Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die die Stadt über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichtet und
- der wesentlichen zweckgebundenen Einzahlungen

als im Wesentlichen ordnungsmäßig beurteilt. Entsprechende Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln wurden den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt.

Darüber hinaus wird folgendes angemerkt:

B Im Rahmen der Prüfung der Stichprobenelemente auf Ordnungsmäßigkeit der Veranschlagung von Einzahlungen und Auszahlungen der Höhe nach gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 KomHKVO für das Haushaltsjahr, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, wurde festgestellt, dass in den Teilfinanzhaushalten der FB 65, 66 und 67 Ansätze in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft wurden. Bei der Veranschlagung für Investitionen sind die Ansätze der Höhe nach zu pauschal, d. h. zu ungenau, hinsichtlich der voraussichtlichen eingehenden oder zu leistenden Beträge vorgenommen worden. Es wurden daher erhebliche Beträge gemäß § 20 Abs. 1 KomHKVO als Haushaltsreste in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

B Im Rahmen der Prüfung der Stichprobenelemente von Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung wurde anhand mehrerer Projekte festgestellt, dass in den von den FB 61, 66 und 67 geführten Teilfinanzhaushalten ein Wirtschaftlichkeitsvergleich unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO nicht durchgeführt wurde. Zudem wurden keine Pläne, Berechnungen und Erläuterungen gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 KomHKVO vorgelegt, aus denen zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen die Art der Ausführung, die Gesamtauszahlungen für die Baumaßnahme, der Grunderwerb und die Einrichtung sowie der voraussichtliche Jahresbedarf unter Angabe der finanziellen Beteiligung Dritter und ein Bauzeitenplan im Einzelnen ersichtlich sind. Den Unterlagen wurden auch keine Berechnungen der nach Fertigstellung der Maßnahmen entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen gemäß § 12 Abs. 2 Satz 2 KomHKVO beigefügt.

7 Haushaltswirtschaft

7.1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist auch die Einhaltung der kommunalrechtlichen Vorschriften zur Haushaltswirtschaft zu prüfen.

Gegenstand der Prüfung sind haushaltswirtschaftsrelevante Verwaltungsvorgänge des Haushaltsjahres 2019. Geprüft wurde die Einhaltung der für die Haushaltswirtschaft maßgebenden Vorschriften (insbesondere §§ 117 und 119 NKomVG sowie §§ 17 bis 20 und §§ 25 bis 35 KomHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen. Dies betrifft insbesondere die

(1) ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsreste,
(2) Einhaltung der Deckungsregeln sowie die Beachtung der Haushaltsvermerke,
(3) Ermächtigungen/Voraussetzungen für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen,
(4) Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännische Ausbuchungen,
(5) Berichtspflicht gemäß § 31 KomHKVO,
(6) Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 32 KomHKVO.

Die Prüfungshandlungen zu (1) und (2) erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Prüfungskriterien und einer festgelegten Höchstzahl von zu prüfenden Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05). Ausgenommen hiervon waren die auch zu (2) gehörenden Prüfungshandlungen zur Gesamtdeckung. Diese erfolgten für den Haushaltsplan als Ganzes. Die Prüfungshandlungen zu (3) erfolgten auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt beantragten und genehmigten üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen. Die Prüfungshandlungen zu (4) erfolgten auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt vorgenommenen Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännischen Ausbuchungen. Die Prüfungshandlungen zu (5) und (6) orientierten sich an entsprechenden verwaltungsintern zu bestimmenden volumenmäßigen Maßgaben.

7.2 Feststellungen und Erläuterungen

7.2.1 Ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsreste

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen (§ 25 KomHKVO), Aufwendungen und Auszahlungen (§ 27 KomHKVO), Verpflichtungsermächtigungen (§ 119 NKomVG i. V. m. § 11 und § 27 KomHKVO) und Haushaltsreste (§ 20 KomHKVO sowie § 60 Nr. 19 KomHKVO) hat auf Basis der für die Teilhaushalte der Stadt für die Prüfung ausgewählten Stichprobenelemente keine grundsätzlichen Beanstandungen ergeben. Zu den Prüffeldern im Einzelnen:

7 Haushaltswirtschaft

Bewirtschaftung der Erträge und Einzahlungen:

Bezogen auf die geprüften Stichprobenelemente haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Bewirtschaftung der Aufwendungen und Auszahlungen:

Bezogen auf die geprüften Stichprobenelemente haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Bewirtschaftung der Verpflichtungsermächtigungen:

Die Höhe der im Haushaltsplan für Folgejahre insgesamt und für das direkte Folgejahr veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sowie die Höhe der im direkten Folgejahr in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen stellen sich für das Berichtsjahr und das Vorjahr teilhaushaltsbezogen wie folgt dar:

			Verpflichtungsermächtigungen					
			Berichtsjahr			Vorjahr		
			im HhPl 2019 für 2020 - 2022 veranschlagte VE	im HhPl 2019 für 2020 veranschlagte VE	in 2020 in Anspruch genommene VE	im HhPl 2018 für 2019 -2021 veranschlagte VE	im HhPl 2018 für 2019 veranschlagte VE	im 2019 in Anspruch genommene VE
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	TH 01	Pol. Gr.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	TH 02	Verwf.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	TH 09	FB 01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	TH 81	Ref. 0120	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	TH 83	Ref. 0140	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	TH 84	Ref. 0150	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	TH 03	Persv.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	TH 10	FB 10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	TH 20	FB 20	1.150.000,00	1.150.000,00	0,00	1.150.000,00	1.150.000,00	0,00
	TH 20	FB 65	59.258.000,00	26.725.000,00	8.484.165,48	51.178.900,00	27.058.900,00	6.498.887,11
10	TH 32	FB 32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	TH 37	FB 37	3.955.000,00	1.835.000,00	185.152,10	5.310.000,00	1.440.000,00	0,00
12	TH 40	FB 40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	TH 41	FB 41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	TH 86	Ref. 0500	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	TH 50	FB 50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	TH 51	FB 51	60.500,00	60.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	TH 87	Ref. 0600	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	TH 91	Ref. 0610	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	TH 90	Ref. 0630	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	TH 61	FB 61	17.268.800,00	6.399.200,00	1.072.562,15	11.975.600,00	5.146.600,00	1.246.119,53
21	TH 66	FB 66	28.564.000,00	19.614.000,00	1.839.820,76	27.788.000,00	17.224.000,00	323.885,20
22	TH 67	FB 67	16.603.900,00	7.475.200,00	853.980,17	10.608.000,00	4.362.200,00	1.184.637,72
23	TH 88	StSt. 0800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	TH 04	Allgem. F.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			126.860.200,00	63.258.900,00	12.435.680,66	108.010.500,00	56.381.700,00	9.253.529,56

7 Haushaltswirtschaft

Darüberhinaus wurden bis Inkrafttreten des Haushaltes 2020 zwei Verpflichtungsermächtigungen für den FB 65 i. H. v. 2.596.925,63 EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2021 in Anspruch genommen.

Beanstandet werden folgende Sachverhalte:

B Von den im Haushaltsplan 2019 für Folgejahre veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 126.860 TEUR (Vorjahr: 108.011 TEUR) waren 63.259 TEUR (Vorjahr: 56.382 TEUR) für 2020 veranschlagt. In Anspruch genommen wurden davon nur rd. 12.436 TEUR (Vorjahr: 9.254 TEUR). Dies entspricht einer Quote von rd. 20 % (Vorjahr: rd. 16 %) der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen. Im Umkehrschluss ergaben sich damit bez. der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen entgegen der Vorgabe des § 113 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 NKomVG, wonach nur notwendige Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen sind, ausweislich Planungsungenauigkeiten i. H. v. rd. 80 % (Vorjahr: rd. 84 %). Ein ähnliches Verhältnis zeigte sich auch schon für davorliegende Haushaltsjahre.

Bewirtschaftung der Haushaltsreste:

Im Rahmen der zeitlichen Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen wurden auf Basis des § 20 KomHKVO und der Verfügung des FB 20 „Haushaltsvollzug und Jahresabschluss 2019; Übergang auf das Haushaltsjahr 2020“ vom 25. November 2019 (0200.11/20.4) für nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel entsprechende Haushaltsreste (§ 60 Nr. 19 KomHKVO) zur Übertragung in das folgende Haushaltsjahr gebildet. Die genannte Verfügung des FB 20 legt unter Ziffer 3.2 i. V. m. Ziffer 3.1.1 und unter Ziffer 4.1.2 fest, welche Sachverhalte von der Haushaltsrestebildung im Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt grundsätzlich betroffen sind und wie seitens der FB und Ref. auf dieser Basis Haushaltsreste entsprechend konkretisiert beantragt werden können, deren Freigabe der OBM über den FB 20 dann gesondert verfügt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt teilhaushaltsbezogen die beantragten und freigegebenen Haushaltsreste für das Berichtsjahr und das Vorjahr. Die Haushaltsreste des Investitionsmanagements sind aufgeteilt in die Bereiche Investitionen (vermögenswirksam) und Instandhaltungen von Vermögensgegenständen (erfolgswirksam). Die Spalte Ergebnishaushalt zeigt die erfolgswirksamen Haushaltsreste, die über die erfolgswirksamen Haushaltsreste für die Instandhaltungen von Vermögensgegenständen aus dem Investitionsmanagement hinausgehen.

7 Haushaltswirtschaft

			Haushaltsreste					
			Berichtsjahr			Vorjahr		
			Investitionsmanagement		Ergebnis-haushalt	Investitionsmanagement		Ergebnis-haushalt
			Investitionen	Instand-haltungen	Aufwendungen	Investitionen	Instand-haltungen	Aufwendungen
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	TH 01	Pol. Gr.	0,00	3.000,00	330.000,55	1.600,00	2.500,00	330.861,41
2	TH 02	Verwf.	1.397,15	5.600,00	1.000,00	1.500,00	2.530,75	3.800,00
3	TH 09	FB 01	11.968,50	6.441,25	2.847,50	4.630,00	5.210,00	0,00
4	TH 81	Ref. 0120	13.674,68	2.894,93	16.000,00	1.000,00	84.694,89	1.000,00
5	TH 83	Ref. 0140	825,04	3.000,00	2.800,00	207,00	1.552,00	3.211,00
6	TH 84	Ref. 0150	165,76	149,74	629,39	100,00	400,00	500,00
7	TH 03	Persv.	0,00	300,00	8.000,00	0,00	0,00	5.000,00
8	TH 10	FB 10	497.855,49	711.295,00	104.700,00	1.216.802,11	114.697,02	65.800,00
9	TH 20	FB 20	5.485.632,03	2.204.751,17	606.737,22	17.386.359,45	1.867.650,80	1.038.813,09
	TH 20	FB 65	29.077.540,32	22.376.211,19	0,00	22.319.953,86	15.368.422,23	0,00
10	TH 32	FB 32	0,00	0,00	0,00	14.470,62	34.264,41	19.408,44
11	TH 37	FB 37	4.047.280,97	0,00	0,00	2.260.626,87	217.286,54	0,00
12	TH 40	FB 40	1.145.012,61	3.052.550,04	427.902,67	1.240.473,23	3.230.491,52	502.738,24
13	TH 41	FB 41	503.336,40	218.272,16	501.791,20	2.252.230,90	278.985,29	556.057,16
14	TH 86	Ref. 0500	0,00	0,00	109.175,77	0,00	0,00	8.725,79
15	TH 50	FB 50	14.566,97	52.246,99	751.324,25	68.442,76	15.526,40	222.924,07
16	TH 51	FB 51	131.330,28	312.838,90	1.230.525,04	115.544,32	288.859,62	2.057.653,16
17	TH 87	Ref. 0600	29.410,71	896.358,94	5.000,00	19.849,50	860.200,00	24.700,00
18	TH 91	Ref. 0610	1.691,90	13.454,46	73.475,73	1.641,56	5.369,00	36.381,46
19	TH 90	Ref. 0630	5.932,16	74.319,05	25.291,35	5.144,23	26.808,84	62.200,53
20	TH 61	FB 61	5.091.115,01	1.930.154,76	1.059.841,96	3.825.065,16	2.415.461,52	891.439,55
21	TH 66	FB 66	16.970.006,29	2.441.770,53	572.000,00	13.604.594,34	1.612.600,33	82.000,00
22	TH 67	FB 67	10.459.384,77	1.960.662,33	548.736,01	5.811.158,02	2.147.141,84	689.761,85
23	TH 88	StSt. 0800	16,51	460.000,00	227.000,00	0,00	0,00	83.945,00
24	TH 04	Allgem. F.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			73.488.143,55	36.726.271,44	6.604.778,64	70.151.393,93	28.580.653,00	6.686.920,75
Gesamtsumme			116.819.193,63			105.418.967,68		

Wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

7.2.2 Einhaltung der Deckungsregeln sowie Beachtung der Haushaltsvermerke

Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über die ordnungsmäßige Bewirtschaftung umfasst auch die Beurteilung der Einhaltung der Deckungsregeln gemäß der §§ 17 bis 20 KomHKVO und der im Haushaltsplan ausgewiesenen Haushaltsvermerke.

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen und Prüfungshemmnissen, die im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, über die zu berichten wäre, haben sich grundsätzlich nicht ergeben.

7 Haushaltswirtschaft

7.2.3 Ermächtigungen/Voraussetzungen für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen

Üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG wurden i. H. v. 31,95 Mio. EUR (Vorjahr: 13,26 Mio. EUR) bewilligt. Davon betrafen 7,75 Mio. EUR (Vorjahr: 2,60 TEUR) die laufende Verwaltungstätigkeit und 24,20 Mio. EUR (Vorjahr: 10,66 Mio. EUR) das Investitionsmanagement.

Üpl./apl. Ausgaben gemäß § 117 Abs. 2 NKomVG (nur im Investitionsmanagement) wurden nicht beantragt (ebenso im Vorjahr).

Das RPA hat auf Basis der in den Teilhaushalten der Stadt beantragten und genehmigten üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen auch geprüft, ob im Rahmen der Haushaltswirtschaft die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 117 Abs. 1 und 2 NKomVG für üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen vorgelegen haben. Wesenttliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

7.2.4 Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännische Ausbuchungen

Der Auftrag zur Prüfung der Voraussetzungen für Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännische Ausbuchungen ergibt sich u. a. aus Ziffer 4.3.4 der DA für das RPA.

Die Prüfung der Voraussetzungen der seitens der FB und Ref. veranlassten Stundungen, Niederschlagungen, Erlasse und kaufmännischen Ausbuchungen auf Basis der maßgeblichen Vorschriften der AO, des § 34 KomHKVO sowie der SDA II 20/07 einschließlich der Anlagen 1 und 2 hat - soweit geboten - keine wesentlichen Beanstandungen ergeben. Bemerkungen aufgrund von unwesentlichen Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln sind den entsprechenden FB und Ref. mitgeteilt worden. Die betroffenen Organisationseinheiten wurden im Einzelfall schriftlich auf die Einhaltung der jeweils maßgeblichen Vorschriften hingewiesen.

7.2.5 Berichtspflicht gemäß § 31 KomHKVO

Im Berichtsjahr haben sich keine Erkenntnisse im Sinne des § 31 KomHKVO abgezeichnet, die eine unverzügliche Berichterstattung an den Rat erforderlich gemacht hätten.

7.2.6 Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 32 KomHKVO

Im Berichtsjahr haben sich keine Entwicklungen im Sinne des § 32 KomHKVO ergeben, die eine haushaltswirtschaftliche Sperre erforderlich gemacht hätten.

8 Plan-Ist-Vergleich

8.1 Vorbemerkungen

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG ist die Einhaltung des Haushaltsplans auch auf Basis eines Plan-Ist-Vergleichs von Erträgen und Aufwendungen sowie von Einzahlungen und Auszahlungen zu prüfen (§ 54 KomHKVO).

Gegenstand der Prüfung sind - hinsichtlich der von der Verwaltung festgelegten Planungsobjekte - Abweichungen zwischen den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen im „Ist“ von den entsprechenden Haushaltsansätzen (Veranschlagungen) des Haushaltsjahres 2019 (Plan-Ist-Vergleich). Geprüft wurde, ob die Verwaltung den vom Rat beschlossenen Haushaltsplan ausgeführt hat und sich die Haushaltswirtschaft damit innerhalb des vom Haushaltsplan gesetzten Rahmens bewegt hat (Beurteilung der Abweichungen).

Die Prüfungshandlungen erfolgten für jeden Teilhaushalt der Stadt auf Basis von Stichproben. Die Stichprobenauswahl für die zu prüfenden Stichprobenelemente erfolgte zentral unter Berücksichtigung festgelegter Prüfungskriterien und einer festgelegten Höchstzahl von zu prüfenden Stichprobenelementen je Planungsobjektart (vgl. Tz. 05). Ergänzend ist anzumerken, dass die Stichprobenauswahl im Rahmen der Prüfung der Haushaltsplanung sowie der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Haushaltsansätze in engem Zusammenhang zum Plan-Ist-Vergleich steht. Soweit sich als Ursache der Abweichung also ein Defizit in der Planung oder in der Bewirtschaftung darstellt, wird unter Tz. 6 und Tz. 7 darüber berichtet.

Darüber hinaus wird unter Tz. 8.2.4 zusätzlich zu den bereits o. g. Planungsobjekten speziell für die Aufwandsarten Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung auf Plan-Ist-Abweichungen eingegangen.

Unter Tz. 8.2.5 werden außerdem für die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung die Plan-Ist-Werte sowie die absoluten und relativen Abweichungen in zusammengefasster Form für das Berichtsjahr und das Vorjahr in TEUR und Prozent dargestellt.

Tz. 8.2.6 stellt für das Berichtsjahr und das Vorjahr für die einzelnen Teilhaushalte die Jahresergebnisse gemäß Jahresabschluss (Ist) und Haushaltsplan (Plan) sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent dar.

Tz. 8.2.7 stellt für das Berichtsjahr und das Vorjahr für die einzelnen Teilhaushalte die Zahlungsmittelbestandsveränderungen gemäß Jahresabschluss (Ist) und Haushaltsplan (Plan) sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent dar.

8 Plan-Ist-Vergleich

8.2 Feststellungen und Erläuterungen

8.2.1 Produkte

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen oder Prüfungshemmnissen, die im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, haben sich nicht ergeben.

8.2.2 Erfolgswirksame Projekte

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen oder Prüfungshemmnissen, die im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, haben sich nicht ergeben.

8.2.3 Investive Projekte und Mischprojekte

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen und Prüfungshemmnissen, die im Berichtsjahr zu Einwendungen geführt haben, haben sich nicht ergeben.

8.2.4 Aufwendungen für aktives Personal und Aufwendungen für Versorgung

Die Aufwendungen für aktives Personal betrugen:

	Aufwendungen für aktives Personal							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
103 Summe E	206.182	194.475	11.707	6,0	188.814	187.258	1.556	0,8

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen Beamtinnen/Beamte betrugen:

	Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen Beamtinnen/Beamte							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
103 #405110	23.731	18.250	5.481	30,0	15.663	17.607	-1.944	-11,0

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für Beihilfen betrugen:

	Zuführungen zu den Rückstellungen für Beihilfen							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
103 #406110	3.670	2.810	860	30,6	2.444	2.645	-201	-7,6

Die Ansatzplanung für die Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgt auf Basis einer Vorausberechnung im Rahmen des jährlich erstellten versicherungsmathematischen Gutachtens über Pensionsverpflichtungen der Stadt, die Ereignisse wie Beförderungen, vorzeitige Pensionierungen, Todesfälle und Neueinstellungen nur näherungsweise berücksichtigen kann.

8 Plan-Ist-Vergleich

Der Vorausberechnung für das Haushaltsjahr 2019 wurde eine Besoldungsanpassung i. H. v. pauschal 2 % zugrunde gelegt. Tatsächlich vereinbart wurde eine Besoldungserhöhung i. H. v. 3,16 %, sodass sich folglich im Ergebnis auch ein erheblicher Mehraufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen ergab.

Die Aufwendungen für Versorgung betrugen:

	Aufwendungen für Versorgung							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
104 Summe E	23.671	22.906	765	3,3	22.467	21.146	1.321	6,2

Die Abweichungen bei den Aufwendungen für Versorgung betragen rd. 765 TEUR (Vorjahr: rd. 1.321 TEUR). Sie entfallen im Einzelnen auf die Sachkonten „Versorgungsaufwendungen für Beamte“ i. H. v. rd. 424 TEUR (Vorjahr: rd. 525 TEUR), „Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte“ i. H. v. rd. -4 TEUR (Vorjahr: rd. -4 TEUR) sowie „Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Versorgungsempfänger“ i. H. v. rd. 345 TEUR (Vorjahr: rd. 800 TEUR). Die Haushaltsplanungen zu den Aufwendungen für Versorgung werden insgesamt als ordnungsmäßig beurteilt.

8.2.5 Plan-Ist-Vergleiche Ergebnis- bzw. Finanzrechnung und Haushaltssatzung

Für das Berichtsjahr und das Vorjahr stellen sich die Ist-Werte in der Ergebnisrechnung und die Plan-Werte in der Haushaltssatzung sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent wie folgt dar:

	Ergebnisrechnung/Haushaltsatzung							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
Ordentliche Erträge	835.359	857.104	-21.745	-2,5	787.503	816.469	-28.966	-3,5
Ordentliche Aufwendungen	853.555	891.124	-37.569	-4,2	798.002	851.330	-53.328	-6,3
Ordentliches Ergebnis	-18.196	-34.020	15.824	-------	-10.499	-34.861	24.362	-------
Außerordentliche Erträge	18.663	493	18.170	>100,0	8.508	504	8.004	>100,0
Außerordentliche Aufwendungen	1.424	567	857	>100,0	1.992	467	1.525	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	17.239	-74	17.313	-------	6.516	37	6.479	-------
Jahresergebnis	-957	-34.094	33.137	-------	-3.983	-34.824	30.841	-------

8 Plan-Ist-Vergleich

Für das Berichtsjahr und das Vorjahr stellen sich die Ist-Werte in der Finanzrechnung und die Plan-Werte in der Haushaltssatzung sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent wie folgt dar:

	Finanzrechnung/Haushaltsatzung							
	Berichtsjahr				Vorjahr			
	Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	814.165	841.447	-27.282	-3,2	778.510	803.841	-25.331	-3,2
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	775.991	830.429	-54.438	-6,6	742.726	789.064	-46.338	-5,9
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.174	11.018	27.156	-------	35.784	14.777	21.007	-------
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.707	20.603	104	0,5	14.251	20.579	-6.328	-30,7
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	79.657	93.459	-13.802	-14,8	101.562	118.226	-16.664	-14,1
Saldo aus Investitionstätigkeit	-58.950	-72.856	13.906	-------	-87.311	-97.647	10.336	-------
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	61.930	50.592	11.338	22,4	32.120	53.452	-21.332	-39,9
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.607	5.917	-1.310	-22,1	4.501	4.802	-301	-6,3
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	57.323	44.675	12.648	-------	27.619	48.650	-21.031	-------
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.274	0	3.274	100,0	1.463	0	1.463	100,0
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	30	0	30	100,0	6.908	0	6.908	100,0
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	3.244	0	3.244	-------	-5.445	0	-5.445	-------
Summe Zahlungsmittelbestandsveränderungen	39.791	-17.163	56.954	>-100,0	-29.353	-34.220	4.867	-14,2
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres	64.951	64.951	0	0,0	94.304	94.304	0	0,0
Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres	104.742	47.788	56.954	-------	64.951	60.084	4.867	-------
Summe Einzahlungen	900.076	912.642	-12.566	-1,4	826.344	877.872	-51.528	-5,9
Summe Auszahlungen	860.285	929.805	-69.520	-7,5	855.697	912.092	-56.395	-6,2
∑ ZMB-Veränderungen	39.791	-17.163	56.954	-------	-29.353	-34.220	4.867	-------

8 Plan-Ist-Vergleich

8.2.6 Plan-Ist-Vergleich Jahresergebnisse Teilhaushalte

Für das Berichtsjahr und das Vorjahr stellen sich für die einzelnen Teilhaushalte die Jahresergebnisse gemäß Jahresabschluss (Ist) und Haushaltsplan (Plan) sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent wie folgt dar:

			Jahresergebnisse Teilhaushalte gemäß Jahresabschluss und Haushaltsplan							
			Berichtsjahr				Vorjahr			
			Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
Nr.	SAP	FB/Ref.	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	TH 01	Pol. Gr.	-1.939	-2.347	408	-17,4	-1.893	-2.283	390	-17,1
2	TH 02	Verwf.	-1.973	-1.891	-82	4,3	-1.684	-1.774	90	-5,1
3	TH 09	FB 01	-4.450	-4.348	-102	2,3	-4.132	-4.182	50	-1,2
4	TH 81	Ref. 0120	-1.558	-1.861	303	-16,3	-1.327	-1.644	317	-19,3
5	TH 83	Ref. 0140	-1.894	-1.508	-386	25,6	-1.397	-1.453	56	-3,9
6	TH 84	Ref. 0150	-57	-269	212	-78,8	-206	-213	7	-3,3
7	TH 03	Persv.	-1.396	-1.324	-72	5,4	-1.332	-1.180	-152	12,9
8	TH 10	FB 10	-28.358	-28.132	-226	0,8	-25.318	-24.511	-807	3,3
9	TH 20	FB 20/FB 65	-53.052	-69.333	16.281	-23,5	-45.414	-65.373	19.959	-30,5
10	TH 32	FB 32	-11.297	-8.937	-2.360	26,4	-9.942	-9.416	-526	5,6
11	TH 37	FB 37	-36.080	-31.179	-4.901	15,7	-29.380	-28.151	-1.229	4,4
12	TH 40	FB 40	-56.424	-59.724	3.300	-5,5	-58.541	-57.498	-1.043	1,8
13	TH 41	FB 41	-29.793	-29.890	97	-0,3	-28.904	-28.624	-280	1,0
14	TH 86	Ref. 0500	-502	-567	65	-11,5	-299	-571	272	-47,6
15	TH 50	FB 50	-84.233	-86.172	1.939	-2,3	-78.973	-87.852	8.879	-10,1
16	TH 51	FB 51	-137.369	-141.501	4.132	-2,9	-119.577	-122.230	2.653	-2,2
17	TH 87	Ref. 0600	-1.038	-1.964	926	-47,1	-1.191	-1.897	706	-37,2
18	TH 91	Ref. 0610	-617	-640	23	-3,6	-585	-563	-22	3,9
19	TH 60	FB 60	-2.393	-2.425	32	-1,3	-1.397	-2.272	875	-38,5
20	TH 61	FB 61	-16.951	-20.677	3.726	-18,0	-15.844	-19.769	3.925	-19,9
21	TH 66	FB 66	-32.109	-34.503	2.394	-6,9	-28.235	-32.939	4.704	-14,3
22	TH 67	FB 67/Ref. 0670	-29.237	-28.867	-370	1,3	-24.784	-26.185	1.401	-5,4
23	TH 88	StSt. 0800	-628	-955	327	-34,2	-777	-820	43	-5,2
24	TH 04	Allgem. F.	532.391	524.920	7.471	1,4	477.149	486.576	-9.427	-1,9
Jahresergebnis			-957	-34.094	33.137	-------	-3.983	-34.824	30.841	-------

8 Plan-Ist-Vergleich

8.2.7 Plan-Ist-Vergleich Zahlungsmittelbestandsveränderungen Teilhaushalte

Für das Berichtsjahr und das Vorjahr stellen sich für die einzelnen Teilhaushalte die Zahlungsmittelbestandsveränderungen gemäß Jahresabschluss (Ist) und Haushaltsplan (Plan) sowie die absoluten und relativen Abweichungen hierzu in TEUR bzw. Prozent wie folgt dar:

			Zahlungsmittelbestandsveränderungen Teilhaushalte gemäß Jahresabschluss und Haushaltsplan							
			Berichtsjahr				Vorjahr			
			Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)		Ist	Plan	Abweichung mehr (+) / weniger (-)	
Nr.	SAP	FB/Ref.	TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	TH 01	Pol. Gr.	-1.946	-2.347	401	-17,1	-1.880	-2.283	403	-17,7
2	TH 02	Verwf.	-1.602	-1.610	8	-0,5	-1.473	-1.509	36	-2,4
3	TH 09	FB 01	-3.871	-3.920	49	-1,3	-3.754	-3.731	-23	0,6
4	TH 81	Ref. 0120	-1.386	1.974	-3.360	-170,2	-1.206	-35	-1.171	3.345,7
5	TH 83	Ref. 0140	-1.400	-1.327	-73	5,5	-1.273	-1.279	6	-0,5
6	TH 84	Ref. 0150	-257	-269	12	-4,5	-208	-213	5	-2,3
7	TH 03	Persv.	-1.294	-1.239	-55	4,4	-1.251	-1.120	-131	11,7
8	TH 10	FB 10	-30.480	-31.020	540	-1,7	-28.859	-26.664	-2.195	8,2
9	TH 20	FB 20/FB 65	-77.379	-97.599	20.220	-20,7	-90.535	-120.280	29.745	-24,7
10	TH 32	FB 32	-8.034	-6.490	-1.544	23,8	-7.384	-6.921	-463	6,7
11	TH 37	FB 37	-28.028	-26.180	-1.848	7,1	-22.395	-22.890	495	-2,2
12	TH 40	FB 40	-54.120	-58.734	4.614	-7,9	-57.541	-56.258	-1.283	2,3
13	TH 41	FB 41	-29.811	-29.258	-553	1,9	-27.488	-29.839	2.351	-7,9
14	TH 86	Ref. 0500	-613	-556	-57	10,3	-587	-561	-26	4,6
15	TH 50	FB 50	-80.778	-82.723	1.945	-2,4	-75.270	-81.382	6.112	-7,5
16	TH 51	FB 51	-127.998	-139.962	11.964	-8,5	-120.585	-120.694	109	-0,1
17	TH 87	Ref. 0600	-919	-1.828	909	-49,7	-1.017	-1.781	764	-42,9
18	TH 91	Ref. 0610	-510	-627	117	-18,7	-572	-551	-21	3,8
19	TH 60	FB 60	-2.159	-2.081	-78	3,7	-1.090	-1.937	847	-43,7
20	TH 61	FB 61	-15.790	-24.137	8.347	-34,6	-23.883	-21.140	-2.743	13,0
21	TH 66	FB 66	-34.186	-37.680	3.494	-9,3	-32.101	-32.802	701	-2,1
22	TH 67	FB 67/Ref. 0670	-25.810	-31.788	5.978	-18,8	-24.340	-26.497	2.157	-8,1
23	TH 88	StSt. 0800	-699	-911	212	-23,3	-540	-770	230	-29,9
24	TH 04	Allgem. F.	565.617	563.149	2.468	0,4	501.323	526.917	-25.594	-4,9
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag			36.547	-17.163	53.710	-------	-23.909	-34.220	10.311	-------
Hh-unwirksamer Saldo			3.244	0	3.244	-------	-5.444	0	-5.444	-------
∑ ZMB-Veränderungen			39.791	-17.163	56.954	-------	-29.353	-34.220	4.867	-------

9 Kassenwesen

9.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung des Kassenwesens bei der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 1 Nr. 3 und 4 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 3 und 4 sowie § 5 Abs. 4 Buchst. a Satz 1 RPO und bezieht sich auf die Bereiche

- laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,
- dauernde Überwachung der Kassen der Kommune einschließlich ihrer Zahlstellen und - soweit geboten - ihrer Eigenbetriebe,
- regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht.

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 3 RPO umfasst die Prüfung des haushaltswirksamen und haushaltsunwirksamen Zahlungsverkehrs, insbesondere der baren und unbaren Zahlungen, Erstattungen, internen Verrechnungen und Buchungen der Kassen der Kommune - d. h. der Stadtkasse einschließlich ihrer Zahlstellen und ihrer weiteren Teile sowie der Sonderkassen der Stadt - auf Ordnungsmäßigkeit. Dies betrifft die Bereiche Zahlungsanweisung gemäß § 42 Abs. 1 KomHKVO und Zahlungsabwicklung gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. Satz 2 und 3 KomHKVO. Sie ist auftragsgemäß laufend, d. h. fortwährend ohne größere Unterbrechung, durchzuführen.

Die dauernde Überwachung der Kassen der Kommune entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 1 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 1 RPO umfasst die funktionelle örtliche Überwachung des bei der Stadt eingerichteten Kassenwesens. Sie bezieht sich auf die Bereiche Stadtkasse, Zahlstellen, Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder, Gelderheberinnen und Gelderheber und sonstige damit im Zusammenhang stehende Stellen bzw. Sachverhalte sowie Sonderrechnungen. Seitens des RPA handelt es sich hier um eine Verfahrensprüfung auf Kassensicherheit der intern von der Kassenaufsicht und Stadtkasse eingerichteten gegenwartsorientierten Überwachungsmaßnahmen und Überwachungshandlungen, die auftragsgemäß dauernd, d. h. permanent (ohne Unterbrechung), sicherzustellen ist. Eigenbetriebe hat die Stadt nicht errichtet.

Die regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 2 NKomVG und § 4 Abs. 1 Nr. 4 Halbs. 2 sowie § 5 Abs. 4 Buchst. a Satz 1 RPO umfasst die Prüfung der Kassengeschäfte der Kassen der Kommune auf Ordnungsmäßigkeit, die wiederkehrend, d. h. in gleichen Zeitabständen, und unvermutet, d. h. ohne vorherige Ankündigung, erfolgen. Die Prüfungen sind unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht gemäß § 126 Abs. 5 NKomVG und der Prüfung nach § 42 Abs. 7 KomHKVO, die der Kassenaufsicht obliegt, durchzuführen.

9.2 Laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses

9.2.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung sind das mit dem haushaltswirksamen und haushaltsunwirksamen Zahlungsverkehr verbundene entsprechende Anordnungs-,

9 Kassenwesen

Abwicklungs- und Belegwesen für das Haushaltsjahr 2019. Geprüft wird insbesondere bez. der baren und unbaren Zahlungen, Erstattungen, internen Verrechnungen und Buchungen der Kassen der Kommune die Einhaltung der für das entsprechende Anordnungs-, Abwicklungs- und Belegwesen maßgebenden Vorschriften (§§ 33 sowie 36 bis 38 und 42 KomHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen (z. B. SDA II 20/01, SDA II 20/02 und SDA II 20/03). Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben.

9.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

Das Anordnungswesen ist in § 42 Abs. 1 KomHKVO geregelt. Danach gehören zum Vorgang der Zahlungsanweisung die Erstellung und die Erteilung der Kassenanordnungen und deren Dokumentation. Zur Sicherstellung der ordnungsmäßigen Erledigung der Aufgaben des Anordnungs-, Abwicklungs- und Belegwesens hat die Stadt u. a. die Dienstanweisung für das Anordnungswesen (SDA II 20/01) erlassen.

Bez. des Vorgangs der Zahlungsanweisung erfolgen die Erstellung einer Kassenanordnung generell und die Erteilung einer Kassenanordnung grundsätzlich in den FB und Ref. mittels Online-Eingabe in das Finanzwesenverfahren SAP. Den zur Zahlungsabwicklung an die Stadtkasse gegebenen Kassenanordnungen werden die zahlungsbegründenden Unterlagen beigefügt, sofern sie nicht - entsprechend geregelt - ausnahmsweise in den Organisationseinheiten aufbewahrt werden dürfen. Auf dieser Basis wurde insbesondere geprüft, ob

- die Auszahlungs- und Annahme-Anordnungen von den Anordnungsberechtigten ordnungsgemäß erteilt sind,
- die Feststellerin und der Feststeller der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit (Grund und Höhe) von dem Zahlungsvorgang nicht selbst betroffen waren,
- auf den Auszahlungs- und Annahme-Anordnungen und ggf. weiteren Anlagen und Unterlagen die entsprechend sachliche und rechnerische Richtigkeit durch Namensunterschrift bescheinigt wurde und ob vor Erteilung einer entsprechenden Bescheinigung eine entsprechende materielle oder rechnerische Kontrolle stattgefunden hat,
- die erstellten und erteilten Kassenanordnungen nicht in unzulässiger Weise nachträglich ergänzt oder geändert wurden.

Die zur Zahlungsabwicklung für die Stadtkasse erstellten und erteilten Kassenanordnungen werden regelmäßig verzugsfrei bearbeitet. Die Originale der Auszahlungsanordnungen werden von der Stadtkasse kontrolliert und nach Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit zur Zahlung freigegeben. Zum frühzeitigen Erkennen unerledigter oder auf dem Postweg verloren gegangener Kassenanordnungen wird von den Sachgebietsleitungen und Kontenverantwortlichen anhand einer SAP-Liste täglich ein Abgleich zwischen den in das Finanzwesenverfahren SAP eingegebenen und den bereits freigegebenen Kassenanordnungen vorgenommen.

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses hat grundsätzlich keine Beanstandungen ergeben.

9 Kassenwesen

Generell wird jedoch angemerkt, dass seit der Einführung der Doppik bei der Stadt mit der Ersten Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 auch im Rahmen des Vollzugs des Haushalts 2019 das Beleg- und Buchungswesen bez. der Ausgabeseite, soweit entdeckt, in sachlicher Hinsicht manuell immer noch erheblich fehlerbehaftet ist. Auf Basis einer von der Stadtkasse monatlich geführten Fehlerliste sind für das Haushaltsjahr 2019 summiert folgende Zahlen dokumentiert:

FB / Ref.	Sachk.	Co-Kont.	Belegdat.	Buchungsdatum	Fälligkeit	Skonto	Bank	Buchungstext	GP	Referenz	Betrag	Gesamt
100	1	2	15	74	51	1	0	14	0	2	4	164
120	0	0	2	1	1	0	0	0	0	0	0	4
130	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
140	0	0	1	14	1	0	0	3	0	2	0	21
150	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	2
300	0	0	0	0	6	0	0	4	0	0	0	10
500	1	0	4	24	10	0	0	6	0	6	0	51
800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	7	2	66	354	90	11	12	22	4	7	2	577
20.0/0200	2	1	21	105	30	5	2	9	0	2	2	179
20.2	3	6	39	232	76	5	0	34	3	31	3	432
20.3	0	0	0	2	0	0	0	0	1	1	0	4
32.0	3	2	32	103	66	3	0	4	0	2	4	219
32.1	1	2	18	57	53	13	1	5	2	3	0	155
32.2	4	3	6	24	12	3	0	5	1	0	0	58
32.3	2	0	7	13	7	1	0	3	0	2	0	35
32.4	3	1	18	141	23	2	0	10	1	14	0	213
32.5	0	0	7	13	6	0	0	0	0	0	0	26
32.6	0	0	0	22	11	0	1	3	0	0	0	37
37	9	2	29	105	24	4	17	18	2	3	1	214
40	7	2	91	271	144	4	7	26	2	20	2	576
412	1	0	9	74	18	4	14	11	1	5	0	137
413	12	5	14	55	64	2	6	8	1	9	1	177
414	2	0	4	37	22	2	0	4	1	1	1	74
41	13	3	37	239	106	10	10	33	5	14	1	471
50	22	10	91	727	231	14	13	133	5	24	17	1.287
51	22	4	148	829	526	21	57	120	16	57	7	1.807
61	9	1	7	181	25	0	3	20	0	1	2	249
630	0	0	0	4	6	1	1	2	0	0	1	15
66	11	5	5	44	53	7	3	16	2	1	3	150
67	20	4	7	101	57	3	5	17	2	5	0	221
Gesamt	**155**	**55**	**678**	**3.847**	**1.720**	**116**	**152**	**531**	**49**	**212**	**51**	**7.566**

Die Verwaltung ist gehalten, diese Fehlerproblematik für die Ausgabeseite in Abstimmung mit der Stadtkasse einheitlich für sämtliche Teilhaushalte technisch/elektronisch - ähnlich wie für die Einnahmeseite - so zu lösen, dass sichergestellt ist, dass Fehler dieser Art auf Erfassungsebene grundsätzlich ausgeschlossen werden.

9 Kassenwesen

Eine weitergehende Prüfung des Belegwesens erfolgte im Prüfungsjahr außerdem gemäß Ziffer 4.3.1.2 (2) der DA für das RPA für jedes nach Dienstverteilung zugewiesene Prüfungsgebiet. Einwendungen aufgrund von Beanstandungen haben sich zu folgenden Sachverhalten ergeben:

B/St Von den FB 61, 65, 66 und 67 sind gemäß SDA II 20/01 Ziffer 8.5.3 hinsichtlich von stichprobenhaften Prüfungen der von Dritten getroffenen Feststellungsvermerke zur sachlichen und rechnerischen Richtigkeit entsprechende Prüfkonzepte zu entwickeln und mit dem RPA abzustimmen. Dieser wesentliche Mangel wurde auch schon im Schlussbericht 2018 beanstandet.

Darüber hinaus erfolgte eine Prüfung von Belegen im Rahmen der rechnungslegungsbezogenen Prüfung des Jahresabschlusses. Über Bemerkungen, die sich in diesem Rahmen aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

9.3 Dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe

9.3.1 Vorbemerkungen

Der Auftrag dauernde Überwachung der Kassen der Kommune und ihrer Eigenbetriebe richtet sich auf die funktionelle örtliche Überwachung der für das Kassenwesen geregelten Verfahren auf Kassensicherheit. Das bei der Stadt eingerichtete Kassenwesen umfasst die Bereiche Stadtkasse, Zahlstellen, Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder, Gelderheberinnen und Gelderheber und sonstige damit im Zusammenhang stehende Stellen bzw. Sachverhalte sowie Sonderrechnungen. Geprüft wird die Einhaltung der gegenwartsorientierten Überwachungsmaßnahmen und Überwachungshandlungen, die die Kassensicherheit dauernd, d. h. permanent, gewährleisten sollen (§ 43 KomHKVO, sowie die unter Tz. 9.3.2 genannten SDA, Arbeitsanweisungen und Festsetzungen). Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben. Davon unbenommen liegen die Aufsicht und Kontrolle bez. der Kassensicherheit in der Verantwortung der Kassenaufsicht bzw. der örtlichen Leitungen der Organisationseinheiten.

9.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Verfahren auf Kassensicherheit für das bei der Stadt eingerichtete Kassenwesen werden in den nachfolgend angeführten für das Haushaltsjahr maßgeblichen Dienstanweisungen, Arbeitsanweisungen und Festsetzungen geregelt:

- Dienstanweisung für das Anordnungswesen (SDA II 20/01),
- Dienstanweisung für die Stadtkasse (SDA II 20/02),
- Dienstanweisung für Zahlstellen, Wechselgelder, Geldannahmestellen, Gelderheber/-innen (SDA II 20/03),
- Dienstanweisung über Verzugszinsen (SDA II 20/05),
- Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung, kaufmännische Ausbuchung und Erlass (SDA II 20/07),
- Dienstanweisung über die Behandlung von Kleinbeträgen (SDA II 20/08),
- Arbeitsanweisung zum Umgang mit geringfügigen Vorabauslagen bei der Stadt Braunschweig,

9 Kassenwesen

- Arbeitsanweisung zur Entleerung der Parkscheinautomaten bei der Stadt Braunschweig mit zugehöriger Bargeldentsorgung,
- Festsetzung von Höchstgrenzen für Bargeldbestände und Geldtransporte gemäß der Dienstanweisung für die Stadtkasse.

Das RPA ist gemäß § 7 Abs. 1 RPO zu grundsätzlichen Organisationsfragen begutachtend hinzuzuziehen. Diese Regelung verpflichtet die Organisationseinheiten bei Erlass, Änderung oder Überarbeitung von Dienst- und Arbeitsanweisungen und sonstigen Festsetzungen diese vor Inkrafttreten dem RPA zur Beurteilung vorzulegen. Die Stadtkasse ist dieser Verpflichtung bez. entsprechender Anweisungen - soweit es erforderlich war - nachgekommen.

Im Rahmen der jährlichen unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung, der Prüfung der Zahlstellen, der Belegprüfung sowie - soweit zutreffend - der Prüfung allgemeiner Verwaltungsabläufe waren keine Sachverhalte festzustellen, die auf eine Nichteinhaltung der geregelten Verfahren zur dauernden Gewährleistung der Kassensicherheit schließen lassen.

Die Stadt setzt zur Datenverarbeitung im Finanzwesen automatisierte Verfahren ein. Es dürfen gemäß § 37 Abs. 5 Nr. 1 KomHKVO nur Programme verwendet werden, die mit dem geltenden Recht übereinstimmen, die für die Stadt zugänglich dokumentiert und durch sie zur Anwendung freigegeben sind. In einer Dienstanweisung sind bei entsprechendem Einsatz automatisierter Verfahren gemäß § 43 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 2 KomHKVO Festlegungen über die Freigabe von Verfahren und Berechtigungen im Verfahren zu treffen.

Der Einsatz des Finanzwesenverfahrens im Bereich des Kassenwesens (Komponentenversion SAP ECC 6.0 mit dem im Jahr 2018 neu implementierten Enhancement Package 8, Basisrelease: 750 und dem Steuern- und Abgabenmodul DZ-KM StA 2017) erfolgt hinsichtlich Funktionalität, Übereinstimmung mit den rechtlichen Regelungen und den GoB auf Basis der o. g. Bestimmungen. Dieses gilt ebenso in Bezug auf die Bestimmungen der städtischen Dienstanweisungen (insbesondere SDA II 20/01 Ziffer 6 [automatisierte Verfahren] und SDA II 20/02 Ziffern 18 [Dokumentation der eingegebenen Daten und ihrer Veränderungen] und 19 [Freigabe von Verfahren und Vergabe von Berechtigungen]). Entsprechendes gilt für die aktuell eingesetzten Versionen der Electronic-Banking-Software S-Firm und dem eingesetzten Vollstreckungsverfahren COLLENDA Public Debt Manager (vor Umbennung des Anbieters und des Produkts „ABIT phinAVV“). Die Regelungen werden eingehalten, entsprechende Freigaben für die eingesetzten Versionsstände liegen vor. Die Berechtigungen für das Finanzwesenverfahren werden zentral durch den FB 20 vergeben. Die Kontrolle und Aufsicht für diese Bereiche erfolgt durch die Stadtkasse in der Stelle 20.41 (IT-Betreuung) bzw. zentral durch den FB 20 in der Abt. 20.0 (SAP-Systembetreuung).

Abschließend kann festgestellt werden, dass die für das Kassenwesen der Stadt geregelten Verfahren zur dauernden Gewährleistung der Kassensicherheit im Berichtsjahr den Erfordernissen genügten.

9 Kassenwesen

9.4 Regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung

9.4.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfung ist die Prüfung der Kassengeschäfte der Kassen der Kommune auf Ordnungsmäßigkeit. Geprüft wird die Einhaltung der für die Kassen maßgebenden Vorschriften (§ 42 KomHKVO) und sie ergänzende Bestimmungen (z. B. SDA II 20/01, SDA II 20/02, SDA II 20/03) durch die Kommune. Die Prüfungshandlungen erfolgen auf Basis von Stichproben im Rahmen der sog. jährlichen unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung in der Stadtkasse.

9.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Prüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung in der Stadtkasse wurde für das Haushaltsjahr 2019 vom RPA am 27. November 2019 durchgeführt und umfasste den Zeitraum vom 28. November 2018 (letzte Kassenprüfung) bis zum 27. November 2019.

Die Prüfung umfasste folgende Prüfungsfelder:

- Barer Zahlungsverkehr,
- unbarer Zahlungsverkehr, Bankbuchhaltung,
- Debitorenbuchhaltung, Kreditorenbuchhaltung,
- Offene-Posten-Verwaltung, Mahnwesen,
- Verwaltung der Zahlungsmittel,
- Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen,
- Liquiditätsplanung,
- Kassengeschäfte Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft,
- Kassengeschäfte RGB
- Kassengeschäfte Pensionsfonds der Stadt Braunschweig und Cash-Pool,
- Zahlungsverkehr und Kontenverwaltung Sonderrechnungen und Sonderkassen für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft
- Finanzwesenverfahren SAP,
- Vollstreckungsstelle,
- Einhaltung sonstiger Vorschriften.

Beanstandungen haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Neben der Prüfung in der Stadtkasse wurden im Berichtsjahr außerhalb der Stadtkasse 14 Zahlstellen unvermutet geprüft. Mit den Prüfungen war gleichzeitig eine Kassenbestandsaufnahme verbunden. Beanstandungen haben sich hierbei grundsätzlich nicht ergeben.

Die Prüfung und Überwachung der Kassengeschäfte der Vorabauslagen (Handvorschüsse u. ä.), Geldannahmestellen, Wechselgelder und Gelderheberinnen und Gelderheber obliegt den jeweiligen Fachbereichs- und Referatsleitungen. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sind dem RPA jeweils in einem Bericht mitzuteilen. Das RPA überwacht die diesbezügliche Prüfungs- und Berichtspflicht der FB und Ref. und behält sich vor, diese Kassengeschäfte stichprobenartig selbst zu prüfen. Die Prüfungs- und Berichtspflicht wurde von den FB und Ref. im Wesentlichen eingehalten. Die Auswertung der vorgelegten Berichte hat mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Sachverhalte zu

9 Kassenwesen

keinen wesentlichen Beanstandungen geführt.

B Im Rahmen der Prüfung der Zahlstelle Quadriga-Besichtigung im FB 41 wurden Mängel bei den Abrechnungen des Kassenautomaten festgestellt. Die ordnungsgemäße Abwicklung der Kassengeschäfte konnte nicht geprüft werden. Die aufgrund der technischen Probleme des Kassenautomaten entstandenen Abweichungen wurden lt. FB 41 zuvor nicht erkannt, da die Quadriga-Einnahmen als durchlaufender Posten nicht direkt im Haushalt des Dez. IV veranschlagt werden. Entsprechend des Schenkungsvertrags Quadriga sind die vereinnahmten Gelder der Richard-Borek-Stiftung in voller Höhe an die Stiftung Residenzschloss Braunschweig weiterzuleiten. FB 41 ermittelte zwischenzeitlich die Differenz zwischen Soll- und Ist-Einnahmen und beglich im Juli 2020 den sich ergeben den Fehlbetrag i. H. v. 506,00 EUR.

B Bei einer beim FB 51 durchgeführten Prüfung wurde festgestellt, dass die Abt. 51.4 auf Basis von zwei Rechnungen aber ohne eine entsprechende schriftliche Entgeltvereinbarung zugunsten der StSt. 0400 zwei Zahlungen i. H. v. rd. 183 TEUR aus den Haushaltsmitteln der Schulkindbetreuung an die Volkshochschule Braunschweig GmbH (VHS) geleistet hat, die haushaltsrechtlich größtenteils dem Teilhaushalt des FB 40 (StSt. 0400) zuzuordnen gewesen wären (siehe auch Tz 17.4.1). Die Rechnung der VHS vom 28. August 2019 wurde außerdem in unzulässiger Zuständigkeit als sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet. Die sachlich und rechnerisch richtig gezeichnete Rechnung der VHS vom 10. Dezember 2019 bezog sich darüber hinaus lt. Aussage der StSt. 0400 auf das gesamte Schuljahr 2019/2020. Sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet und bezahlt wurde somit ein Anteil bereits erbrachter Leistungen (für den Zeitraum August 2019 bis Dezember 2019) und im Voraus (für den Zeitraum Januar 2019 bis Juli 2020) ein Anteil für noch nicht erbrachte Leistungen (sog. „geplante voraussichtliche Leistungen“). Eine sachlich richtige Zeichnung darf gemäß SDA II 20/01 Ziffer 8.3.1.3 nur für den Anteil der vollständig ausgeführten Leistungen erfolgen.

B/St Bei einer vom FB 51 am 8. Juni 2020 in einer Grundschule durchgeführten Prüfung wurde für den Zeitraum vom 23. Oktober 2018 bis 28. Oktober 2019 die Belege einer Vorabauslage für die Schulsozialarbeit geprüft. Dabei wurden die entsprechenden Originalbelege mit den Eintragungen in der Anschreibeliste verglichen. Beanstandet wird, dass hierbei vom FB 51 der Kassenistbestand nicht mit dem Kassensollbestand auf Übereinstimmung verglichen wurde. Außerdem war es dem RPA nicht möglich, diesen Sachverhalt weitergehend zu prüfen, weil die für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 28. Oktober 2019 angeforderten Belege vom FB 51 nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Im Wiederholungfall ist der FB 20 gehalten, die entsprechende Vorabauslage aufzulösen.

WB/St Im Rahmen der Prüfung der Führung sog. Schulgirokonten wurde folgendes festgestellt:

Die städtischen Schulen erhalten gemäß § 111 Abs. 1 und § 113 Abs. 1 Nds. Schulgesetz aus dem Haushalt der Stadt jährlich Mittel zur eigenen Bewirtschaftung auf sog. Schulgirokonten. Diese Schulgirokonten sind vom FB 40 gemäß § 42 Abs. 7 KomHKVO mindestens einmal jährlich unvermutet, u. a. auf ordnungsmäßige Mittelverwendung, zu prüfen. Im Rahmen der für das Haushaltsjahr 2019 durchgeführten Prüfung stellte der FB 40 - wie auch schon für Vorjahre - u. a. fest, dass hinsichtlich der Mittelverwendung

9 Kassenwesen

- Geschenke bzw. Gutscheine, entsprechend der Beurteilung durch den FB 40, unzulässiger Weise aus städtischen Mitteln bezahlt wurden,
- unzulässigerweise Bewirtungsaufwendungen bei internen Fortbildungen, Netzwerktreffen, Dienstbesprechungen und im Rahmen einer Siegerehrung übernommen wurden.

WB/St Beanstandet wird, wie in Vorjahren, dass vom FB 40 nicht - wie konsequenterweise geboten - entsprechend unzulässig verwendete städtische Mittel von den Schulleitungen zurückgefordert werden. Mit den an die Schulen am 30. Mai 2018 versandten neuen „Richtlinien Schulgirokonten“ wurde vom FB 40 auf die Gesamtverantwortung der Schulleitung für die Einhaltung der Regelungen hingewiesen. Dem FB 40 wurde im April 2019 mitgeteilt, dass der Rückzahlungsanspruch für die Zeit ab dem 1. Januar 2019 einzufordern ist, da bei einem Verstoß gegen die Richtlinien der Stadt als Schulträger ein entsprechender Vermögensschaden entsteht und es eine Bagatellgrenze für Haushaltswidrigkeiten nicht gibt.

9.5 Externe Kassenprüfungen

9.5.1 Vorbemerkungen

Gemäß § 127 Abs. 1 Satz 1 NKomVG können die Kommunen u. a. bestimmte Kassengeschäfte ganz oder z. T. Dritten mit deren Einverständnis übertragen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung der Kassengeschäfte und deren Prüfung nach den für die Kommunen geltenden Vorschriften gewährleistet ist.

Die Stadt hat auf Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen entsprechende kommunalbezogene Kassengeschäfte auf die ALBA Braunschweig GmbH (im Folgenden: ALBA), die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (im Folgenden: BS|ENERGY) und den Wasserverband Weddel-Lehre (im Folgenden: WWL) übertragen.

Der Auftrag zur Prüfung dieser Kassengeschäfte durch das RPA ergibt sich aus § 155 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG i. V. m. § 127 Abs. 1 Satz 1 NKomVG. Gegenstand der Prüfung waren die von der Stadt auf die ALBA, die BS|ENERGY sowie den WWL übertragenen Kassengeschäfte. Dabei erstreckte sich die Prüfung entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG auf Fragen zu den Bereichen dauernde Überwachung der Kassen und regelmäßige und unvermutete Kassenprüfung.

9.5.2 Feststellungen und Erläuterungen

Im Rahmen der Prüfung der dauernden Überwachung der Kassen wurde die Einhaltung der für das Kassenwesen geregelten Verfahren und implementierten Vorkehrungen (internes Kontrollsystem), die die Kassensicherheit der übertragenen Kassengeschäfte durch die Geschäftsbesorger dauernd gewährleisten sollen, geprüft.

Hinsichtlich der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfung wurden die Kassen der Geschäftsbesorger - bezogen auf die übertragenen Kassengeschäfte - auf Ordnungsmäßigkeit geprüft.

Nach dem Ergebnis der externen Kassenprüfungen vor Ort haben sich hinsichtlich des Kassenwesens der auf die ALBA, die BS|ENERGY sowie den WWL übertragenen Kassengeschäfte für das Jahr 2019 keine Anhaltspunkte

9 Kassenwesen

für Beanstandungen ergeben.

In den Berichten über diese Prüfungen wurden dem WWL mit Datum vom 3. Dezember 2019, der ALBA am 12. Dezember 2019 und der BS|ENERGY am 8. Januar 2020 mitgeteilt, dass die jeweils extern durchgeführte Kassenprüfung zu keinen Einwendungen geführt hat.

9.6 Kassenprüfungen im Rahmen der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung

Über die Ergebnisse von Kassenprüfungen im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt wird - soweit geboten - unter Tz. 19 berichtet.

10 Jahresabschluss

10.1 Vorbemerkungen

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung sowie des Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt. Der Jahresabschluss ist unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der NKomVG bzw. der KomHKVO aufzustellen.

Aufgabe des RPA ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben. Dazu hat das RPA für das Berichtsjahr die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 der Stadt geprüft.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der GoB geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlichen Tatbeständen, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Das RPA hat die Prüfung nach §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 NKomVG und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die GoA vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat das RPA eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems erstellt.

Darauf aufbauend wurden prüffeldbezogene risikoorientierte Prüfungsprogramme entwickelt, die unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegen.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen der Verwaltung sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen. Die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl und/oder auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen wurden grundsätzlich unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

10 Jahresabschluss

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

Das RPA hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom MI nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007, S. 42 f.) angewandt werden. Im Bereich der Straßen wurde abweichend hierzu generell eine Nutzungsdauer von 50 Jahren unterstellt; die Begründung zur Abweichung wurde entsprechend der gesetzlichen Vorschriften im Anhang dokumentiert. Für nicht in der Abschreibungstabelle aufgeführte Vermögensgegenstände wurden Nutzungsdauern nach Erfahrungswerten zugrunde gelegt.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das RPA durch Einholung von Saldenbestätigungen oder alternativen Prüfungshandlungen in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien des Stichprobenverfahrens „Monetary Unit Sampling“. Es handelt sich um ein mathematisch-statistisches Verfahren mit wertproportionaler Auswahlwahrscheinlichkeit der einzelnen Stichprobenelemente.

Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden vollständig eingeholt.

Die Rückstellungen wurden insbesondere durch Befragung der Verwaltung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit sowie der Jubiläumsrückstellungen lagen dem RPA versicherungsmathematische Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 10. März 2020, vom 14. April 2020 bzw. vom 30. März 2020 vor. Aufgrund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich das RPA bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Das RPA ist der Auffassung, dass der beschriebene Prüfungsumfang eine geeignete Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 der Stadt einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen.

Das RPA hat gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 NKomVG den Jahresabschluss an dieser Stelle mit den entsprechenden Unterlagen dahingehend geprüft, ob die GoB eingehalten worden sind und ob sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt. Dabei hat das RPA gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung ggf. nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

10 Jahresabschluss

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung grundsätzlich erteilt. Der OBM hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Stadt für das Haushaltsjahr 2019 mit Unterschrift vom 22. Dezember 2020 festgestellt. Der vollständige Jahresabschluss wurde dem RPA am 28. Dezember 2020 vorgelegt.

10.2 Feststellungen und Erläuterungen

10.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Grundlage des geprüften Jahresabschlusses 2019 war der verbindliche Kontenrahmen für Niedersachsen gemäß Bekanntmachung des LSN vom 25. April 2017 (Nds. MBl. Nr. 19/2017, S. 569). Der erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan gewährleistet eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden im Wesentlichen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Buchungen wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig in das Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

B Nach § 37 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO muss die Buchführung so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Finanzvorfälle der Gemeinde vermittelt. Zudem müssen die Aufzeichnungen nach § 37 Abs. 2 Satz 1 KomHKVO u. a. auch nachprüfbar vorgenommen werden. Vereinzelte Finanzvorfälle waren nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung nachvollziehbar und nachprüfbar. Es ist zu gewährleisten, dass die Aufzeichnungen der Finanzvorfälle bis zu den originären Buchungsbelegen durchgängig in angemessener Zeit nachvollziehbar und nachprüfbar sind und insbesondere die Buchungsbelege alle zum Verständnis des Finanzvorfalls erforderlichen Informationen beinhalten.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet im Wesentlichen eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise für die Vermögensgegenstände, die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Wesentlichen erbracht.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten. Zudem wurde im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, (im Folgenden BDO) im Auftrag des RPA eine IT-Prüfung bei der Stadt durchgeführt, über die seitens der BDO mit Stellungnahme vom 28. August 2014 Bericht erstattet wurde. Demnach zeigte die nach IDW PS 330 ausgerichtete IT-Systemprüfung insgesamt eine angemessene Transparenz sowie Regelungen und Verfahren für die Steuerung im Bereich der IT. Im Rahmen der Prüfung seitens der BDO festgestellte Verbesserungsvorschläge sind dem obigen Bericht zu entnehmen.

10 Jahresabschluss

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des RPA im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung (s. Anlagen 1 bis 3 unter Tzn. 10.4.1 bis 10.4.3) sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert (zu den Teilrechnungen vgl. Tz. 5.2.2 und Tz. 5.2.3). Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettoposition und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den GoB angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen grundsätzlich in - nach vernünftiger Beurteilung - zur Erfüllung der Leistungsverpflichtung notwendigem Maße gebildet.

Der Anhang enthält grundsätzlich die gemäß § 56 KomHKVO notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie im Wesentlichen die sonstigen Pflichtangaben (vgl. hierzu Tz. 10.2.5).

Der dem Anhang beigefügte Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt grundsätzlich eine zutreffende Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergibt, mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt und im Wesentlichen die weiteren nach § 57 KomHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält (zu weiteren Bemerkungen s. Tz. 10.2.6.2).

Dem RPA sind keine weiteren - über die im Rechenschaftsbericht dargestellten Sachverhalte hinausgehende - nach dem Schluss des Haushaltsjahres bis zur Erstellung des Jahresabschlusses eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

Die Prüfung gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 NKomVG, ob

- die GoB eingehalten worden sind,
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt,

hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das RPA gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung ggf. nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, zu keinen - mit Ausnahme der unter den Tzn. 10.2.1 bis 10.2.6 mit B, B/St bzw. WB/St versehenen Sachverhalte - wesentlichen Einwendungen geführt.

10 Jahresabschluss

Das RPA kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

10.2.2 Bilanz

10.2.2.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Konzessionen	0	1	-1	-100,0
Lizenzen	1.506	1.014	492	48,5
Ähnliche Rechte	183	121	62	51,2
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	58.078	54.705	3.373	6,2
Sonstiges immaterielles Vermögen	111	113	-2	-1,8
Summe Immaterielles Vermögen	59.878	55.954	3.924	

Die Lizenzen wurden zum Anschaffungswert bewertet. Die ähnlichen Rechte beinhalten im Wesentlichen Wege-, Vorkaufs- und Kinderermäßigungsrechte. Die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse werden gemäß § 44 Abs. 4 KomHKVO seit dem 1. Januar 2008 als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Die Zugänge i. H. v. 6.601 TEUR sind im Wesentlichen durch die Krankenhausumlage 2019 i. H. v. 3.599 TEUR entstanden.

Zudem erhöht sich der Bilanzansatz durch Umbuchungen von Investitionszuschüssen für Anlagen im Bau i. H. v. rd. 1.811 TEUR im Zusammenhang mit Aktivierungen.

Die Abschreibungen i. H. v. 4.488 TEUR betreffen in voller Höhe planmäßige Abschreibungen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10 Jahresabschluss

10.2.2.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	231.738	230.150	1.588	0,7
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	639.205	636.410	2.795	0,4
Infrastrukturvermögen	421.853	422.223	-370	-0,1
Bauten auf fremden Grundstücken	20.430	18.820	1.610	8,6
Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	1.213	1.234	-21	-1,7
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	13.068	13.610	-542	-4,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	34.559	34.288	271	0,8
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	97.230	83.718	13.512	16,1
Summe Sachvermögen	1.459.296	1.440.453	18.843	

Mit Datum vom 19. Dezember 2017 wurde die Anwendung der Übergangsvorschriften des § 63 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO durch den Rat der Stadt beschlossen. Die Regelungen der §§ 45 Abs. 6 und 47 Abs. 2 GemHKVO im Zusammenhang mit beweglichen Vermögengegenständen finden somit für das Berichtsjahr weiter Anwendung.

Das Sachvermögen stellt mit rd. 72 % die größte Position auf der Aktivseite der Bilanz dar. Die wesentlichen Vermögenswerte des Sachvermögens werden im Folgenden dargestellt:

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte an unbebauten Grundstücken setzen sich aus Grünflächen (196.692 TEUR), Ackerland (22.910 TEUR), Wald und Forsten (4.402 TEUR) und sonstigen unbebauten Grundstücken (7.734 TEUR) zusammen.

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte an bebauten Grundstücken sind in Grundstücke mit Wohnbauten (20.354 TEUR), mit sozialen Einrichtungen (80.437 TEUR), mit Schulen (286.501 TEUR), mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen (146.271 TEUR) sowie mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden (105.642 TEUR) gegliedert.

Das Infrastrukturvermögen beinhaltet den Grund und Boden des Infrastrukturvermögens (129.412 TEUR), Brücken und Tunnel (40.538 TEUR), Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (8 TEUR), Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen (215.772 TEUR), Festwerte für Bäume sowie Beleuchtungsanlagen und Parkscheinautomaten (29.197 TEUR), Strom-, Gas- und Wasserleitungen (430 TEUR), wasserbauliche Anlagen (2.818 TEUR), Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen (3.613 TEUR) und sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens (65 TEUR).

10 Jahresabschluss

Die Zugänge und Nachaktivierungen i. H. v. 54.568 TEUR betreffen insbesondere die Anlagen im Bau i. H. v. 36.269 TEUR sowie die Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen i. H. v. 4.215 TEUR. Weitere wesentliche Zugänge sind bei den geringwertigen Vermögensgegenständen (3.119 TEUR), den Schulgebäuden (2.074 TEUR) sowie bei den Brücken und Tunneln (1.650 TEUR) zu verzeichnen. Zudem wurden Nachaktivierungen i. H. v. 118 TEUR erfasst.

Demgegenüber stehen Umbuchungen i. H. v. -1.811 TEUR sowie Abgänge i. H. v. 945 TEUR, die insbesondere aus der Veräußerung von Grundstücken resultieren.

Wertminderungen i. H. v. 32.969 TEUR sind im Wesentlichen durch planmäßige Abschreibungen entstanden.

Der Bestand der Anlagen im Bau hat sich - unter Berücksichtigung der o. g. Zugänge - nach Umbuchungen infolge von Aktivierungen i. H. v. 22.757 TEUR in die entsprechenden Anlageklassen um 13.512 TEUR erhöht. Dieses ist im Wesentlichen auf noch nicht fertiggestellte größere Bauprojekte für den Neubau des Führungs- und Lagezentrums der Feuerwehr, die Sanierung der Stadthalle sowie der Schulen zurückzuführen.

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Die Verwaltung hat folgende Festwerte gebildet:

- Einzelbäume,
- Straßenbeleuchtung,
- Parkscheinautomaten und Parkuhren,
- Verkehrsrechner,
- Großbeschilderung,
- Naturschutzgebiete,
- Landschaftsschutzgebiete,
- Ausstattung der Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Schulausstattungen (Mobiliar, Lehrmittel, Sportgeräte, Musikinstrumente),
- ausgesuchte Ausstattungen der Feuerwehr (Feuerwehrschläuche, Feuerklatschen, Funkgeräte in Reserve, Atemschutzmasken, Atemluftflaschen, Pressluftatmer, Überhosen, Überjacken, Feuerwehrhelme),
- Einrichtung der Bezirkssportanlagen/Städtischen Sportanlagen.

Gemäß § 48 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO ist bei Festwerten in der Regel innerhalb von fünf Jahren eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen.

Die Festwerte der Feuerwehr (Dienstkleidung und digitale Funkmeldeempfänger) wurden 2011 überprüft. Der Festwert digitale Funkmeldeempfänger wurde nach der Prüfung aufgelöst.

Der Festwert der Medien der Stadtbibliothek wurde nach Überprüfung im Vorjahr ebenfalls aufgelöst.

10 Jahresabschluss

Für die Festwerte Einzelbäume, Straßenbeleuchtung, Parkscheinautomaten und Parkuhren, Verkehrsrechner sowie die Großbeschilderung, werden die laufenden Bestandsveränderungen zurzeit in begleitenden Systemen geführt (permanente Inventur) und es erfolgt ein Abgleich mit den im Finanzwesenverfahren SAP (Modul FI-AA) geführten Beständen. Die Verwaltung wurde bereits schriftlich um die Überprüfung der Festwerte (vgl. hierzu auch Schlussberichte der Vorjahre) gebeten.

Analog zum Ergebnis der Vorjahre ist die Überprüfung bei einem großen Teil der gebildeten Festwerte bisher unverändert noch immer nicht erfolgt, obwohl seit der letzten Inventur weit über fünf Jahre vergangen sind. Die Verwaltung verweist auf nicht vorhandene personelle Kapazitäten. Grundsätzlich wird nach der erteilten Auskunft der gesetzlich geforderte Prüfintervall seitens der Verwaltung angestrebt.

WB/St Das RPA vertritt die Auffassung, dass eine Bewertungsvereinfachung für Festwerte nur in Anspruch genommen werden kann, wenn auch sichergestellt ist, dass eine regelmäßige körperliche Bestandsaufnahme dieser innerhalb der in § 48 Abs. 1 Satz 3 KomHKVO gesetzlich geregelten Frist erfolgt. Sofern dies nicht gewährleistet wird, ist im Umkehrschluss eine Einzelbewertung vorzunehmen. Die Verwaltung ist daher weiterhin gehalten, die Bestandsaufnahmen zu forcieren oder ggf. alternative Vorgehensweisen vorzulegen. Hierzu ist die Verwaltung im Austausch mit dem RPA. Ein gemeinsamer Termin hat im März 2020 stattgefunden. Infolge der Pandemie wurden bislang keine weiterführenden Gespräche terminiert.

B Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die Maßnahme „Sporthalle Lehndorf/Ersatzbau“ zum Bilanzstichtag weiterhin als Anlage im Bau i. H. v. 3.703 TEUR bilanziert wird, obwohl im August 2019 nachweislich die Inbetriebnahme erfolgt ist. Laut den erteilten Auskünften fehlte der zentralen Anlagenbuchhaltung im vorliegenden Fall die rechtzeitige Rückmeldung der bauausführenden Organisationseinheit über die Inbetriebnahme. Aufgrund der nicht erfolgten Aktivierung des Vermögensgegenstandes wurde im Berichtsjahr nicht mit der planmäßigen Abschreibung begonnen. Im Berichtsjahr wird der entsprechende Vermögensgegenstand mit einem zu hohen Bilanzansatz ausgewiesen und das Jahresergebnis fällt in Höhe der planmäßigen - nicht vorgenommenen - Abschreibungen zu hoch aus. Die Verwaltung hat künftig sicherzustellen, dass ein rechtzeitiger Informationsfluss über die Inbetriebnahmen von Anlagen im Bau von den jeweiligen bauausführenden Organisationseinheiten an die zentrale Anlagenbuchhaltung erfolgt.

Des Weiteren wurde im Rahmen der Prüfung festgestellt, dass insbesondere im Zusammenhang mit Schulsanierungen Anlagen im Bau über mehrere Jahre mit teilweisen hohen Beständen ausgewiesen werden - z. B. die Anlage im Bau „Sanierung Bau IGS Franzsches Feld“ i. H. v. 12.500 TEUR mit Zugängen seit 2014. Das RPA wird im Nachgang zur Jahresabschlussprüfung mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen und die Möglichkeiten der Teilaktivierung von Baumaßnahmen erörtern. Aus Prüfungssicht erscheint diese Vorgehensweise sinnvoll, um insbesondere bei Sanierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von mehreren Jahren eine periodengerechte Zuordnung der Abschreibungen zu gewährleisten. Durch die Vornahme von Teilaktivierungen können sich in der Folge auch Auswirkungen auf die korrespondierenden Sonderposten sowie deren Auflösungen ergeben.

10 Jahresabschluss

10.2.2.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Anteile an verbundenen Unternehmen	140.208	136.367	3.841	2,8
Beteiligungen	208	207	1	0,5
Sondervermögen mit Sonderrechnung	61.712	57.576	4.136	7,2
Ausleihungen	48.653	39.392	9.261	23,5
Wertpapiere	29	29	0	0,0
Öffentlich-rechtliche Forderungen	13.198	13.402	-204	-1,5
Forderungen aus Transferleistungen	12.780	19.244	-6.464	-33,6
Privatrechtliche Forderungen	65.082	17.878	47.204	>100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	164	281	-117	-41,6
Summe Finanzvermögen	342.034	284.376	57.658	

Die Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Beteiligungen am Klinikum i. H. v. 84.033 TEUR (Vorjahr: 84.033 TEUR), der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (im Folgenden: SBBG) i. H. v. 42.830 TEUR (Vorjahr: 41.830 TEUR) sowie der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (im Folgenden: NiWo) i. H. v. 10.955 TEUR (Vorjahr: 8.455 TEUR). Die Zugänge betreffen insbesondere die SBBG sowie die NiWo. Im Berichtsjahr wurde der SBBG für die Tilgung eines langfristigen Darlehens wie im Vorjahr ein Betrag i. H. v. 1.000 TEUR in die Kapitalrücklage eingezahlt. Bei der NiWo erfolgte eine Aufstockung der Kapitalrücklage als Bareinlage i. H. v. 2.500 TEUR im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Nördliches Ringgebiet“. Bei der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (im Folgenden: SFB) wurde im Berichtsjahr die Kapitalrücklage i. H. v. 321 TEUR erhöht. Die Kapitalerhöhung steht im Zusammenhang mit einer nicht werthaltigen Verbindlichkeit der SFB gegenüber der Stadt aus dem Projekt „Avionik Cluster“. Nach Endabrechnung mit der NBank stellte sich heraus, dass die gebildete Verbindlichkeit in der Bilanz der SFB gegenüber der Stadt aufgelöst werden kann. Eine entsprechende Forderung wurde bei der Stadt nicht ausgewiesen. Die Verbindlichkeit wurde bei der SFB im Berichtsjahr nicht ertragswirksam aufgelöst, sondern als Erhöhung der Kapitalrücklage gebucht (s. Vorlage 20-13405). Analog wurde bei der Stadt die Forderung eingebucht. Im Anschluss wurde diese Forderung für die Einlage in die Kapitalrücklage hingegeben, was zu einer entsprechenden Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes bei der Stadt führte. Da die Erhöhung der Kapitalrücklage vor dem Hintergrund zukünftig zu erwartender Verluste der SFB seitens der Verwaltung als nicht werthaltig beurteilt wird, erfolgte im Berichtsjahr eine anteilige außerplanmäßige Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes der SFB in gleicher Höhe.

Das Sondervermögen mit Sonderrechnung beinhaltet insbesondere den Pensionsfonds der Stadt i. H. v. 54.398 TEUR (Vorjahr: 49.541 TEUR).

Die Ausleihungen setzen sich aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen und an Sonderrechnungen i. H. v. 45.046 TEUR (Vorjahr: 33.841 TEUR) sowie sonstigen Ausleihungen i. H. v. 3.607 TEUR (Vorjahr: 5.551 TEUR) zusammen. Die Zugänge i. H. v. 11.854 TEUR betreffen insbesondere die Weitergabe von Darlehen an die städtischen Gesellschaften Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH (im Folgenden: Grundstücksgesellschaft) i. H. v. 6.150 TEUR und Klinikum i. H. v. 5.380 TEUR, die die Stadt im Rahmen der Experimentierklausel nach § 181 NKomVG aufgenommen hat. Bei den Ab-

10 Jahresabschluss

gängen des Berichtsjahres handelt es sich im Wesentlichen um Tilgungen sowie Ablösungen.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen i. H. v. 28.300 TEUR (Vorjahr: 28.788 TEUR) beinhalten insbesondere Steuerforderungen i. H. v. 9.821 TEUR (Vorjahr: 11.344 TEUR) und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen i. H. v. 18.479 TEUR (Vorjahr: 17.445 TEUR). Die Forderungen sind i. H. v. 6.773 TEUR (Vorjahr: 7.076 TEUR) einzelwertberichtigt sowie i. H. v. 8.329 TEUR (Vorjahr: 8.311 TEUR) pauschalwertberichtigt. Die Einzelwertberichtigungen betreffen insbesondere Gewerbesteuer- und Zinsforderungen aus Veranlagungen. Im Vorjahr wurden erstmalig Forderungen aus SGB II Leistungen i. H. v. 4.767 TEUR bilanziert. Diese Forderungen setzen sich zusammen aus überzahlten Leistungen, Darlehen, Kautionen usw., die durch das Jobcenter im Rechtskreis des SGB II gewährt wurden. Diese Forderungen werden seit dem Vorjahr in der Bilanz der Stadt ausgewiesen. Die Forderungen wurden im Vorjahr in voller Höhe pauschalwertberichtigt, sodass im Vorjahr die Verbuchung ergebnisneutral erfolgte. Im Berichtsjahr wurden die werthaltigen Veränderungen dieser Forderungen zum Bilanzstichtag i. H. v. 103 TEUR ergebniswirksam gebucht.

Die Forderungen aus Transferleistungen i. H. v. insgesamt 13.899 TEUR (Vorjahr: 20.393 TEUR) wurden um 1.119 TEUR (Vorjahr: 1.149 TEUR) pauschalwertberichtigt. Der Rückgang der Transferleistungen ist im Wesentlichen auf die zwischenzeitlich abgerechneten Forderungen im Rahmen eines Erstattungsanspruchs der Stadt für die angefallenen Betreuungskosten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zurückzuführen (s. Tz. 10.2.2.3. Schlussbericht 2018).

Die privatrechtlichen Forderungen i. H. v. 68.747 TEUR (Vorjahr: 21.422 TEUR) beinhalten insbesondere Forderungen gegen den Cash-Pool i. H. v. 57.481 TEUR (Vorjahr: 4.503 TEUR), Forderungen aus Dienstleistungen i. H. v. 7.913 TEUR (Vorjahr: 8.932 TEUR), die Kaufpreisforderung aus dem Verkauf eines Gebäudeanteils i. H. v. 1.600 TEUR (Vorjahr: 1.600 TEUR) sowie im Vorjahr eine Forderung aus überzahlten Verlustausgleichszahlungen an die SBBG i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 3.096 TEUR). Die privatrechtlichen Forderungen sind um 3.665 TEUR (Vorjahr: 3.544 TEUR) pauschalwertberichtigt.

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Privatrechtliche Forderungen („Mündelgelder“) der Stelle 51.23 werden - aufgrund fehlender Werthaltigkeit - i. H. v. rd. 542 TEUR (Vorjahr: rd. 721 TEUR) nicht bilanziert (s. auch Tz. 10.2.2.7). Die Verwaltung überwacht diese Forderungen regelmäßig.

B Bei der Prüfung der Saldenbestätigungen der verbundenen Aufgabenträger wurde weiterhin - jedoch mit weiteren Fortschritten im Vergleich zu den Vorjahren - festgestellt, dass es aufgrund von zeitlichen Buchungsunterschieden z. T. Abweichungen zwischen dem Ausweis bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen bei der Stadt und dem Ausweis der entsprechenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei den verbundenen Aufgabenträgern gibt. Dies gilt auch für den Ausweis der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei der Stadt und den Ausweis der entsprechenden Forderungen bei den verbundenen Aufgabenträgern (s. Tz. 10.2.2.7). Ziel der Verwaltung sollte es sein, diese Differenzen weiter zu minimieren. In Einzelfällen war die

10 Jahresabschluss

Klärung, inwieweit eine Forderung zwischen der Kernverwaltung und den verbundenen Aufgabenträgern dem Grunde bzw. der Höhe nach berechtigt ist, sehr langwierig und konnte nicht in allen Fällen bis zum Prüfungszeitpunkt abgeschlossen werden. Das RPA wird im Nachgang der Prüfung mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen, um den Prozess der Abstimmung zwischen der Kernverwaltung und den städtischen Gesellschaften und Sonderrechnungen - insbesondere mit den Aufgabenträgern, die in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen werden - zu analysieren.

10.2.2.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel betragen inklusive der Mittel des Cash-Pools 140.883 TEUR (Vorjahr: 158.930 TEUR) und sind im Wesentlichen auf Kontokorrentkonten i. H. v. 139.626 TEUR (Vorjahr: 138.116 TEUR) sowie auf Festgeld- und Tagesgeldkonten i. H. v. 1.100 TEUR (Vorjahr: 20.650 TEUR) angelegt. Der Bargeldbestand beträgt 157 TEUR (Vorjahr: 164 TEUR). Ohne die Finanzmittel des Cash-Pools (36.042 TEUR; Vorjahr: 93.893 TEUR) und Finanzmittel für Aufgaben, deren finanzielle Abwicklung die Stadt übernommen hat (99 TEUR; Vorjahr: 86 TEUR), betragen die liquiden Mittel 104.742 TEUR (Vorjahr: 64.951 TEUR) und entsprechen dem Endbestand an Zahlungsmitteln in der Finanzrechnung (s. Tz. 10.2.4).

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Auf der Aktivseite der Bilanz sind als Rechnungsabgrenzungsposten Ausgaben vor dem Abschlusstag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Abgegrenzt wurden im Berichtsjahr Ausgaben i. H. v. 23.570 TEUR (Vorjahr: 22.968 TEUR). Diese entfallen insbesondere auf Beamten- und Versorgungsbezüge i. H. v. 3.999 TEUR (Vorjahr: 3.936 TEUR) sowie auf die übrigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 19.571 TEUR (Vorjahr: 19.032 TEUR), bei denen es sich im Wesentlichen um zum Ende des Jahres 2019 abgewickelte Zahlläufe für Kreditoren handelt, die Aufwand des Jahres 2020 darstellen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.6 Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Basis-Reinvermögen	494.471	494.471	0	0,0
Rücklagen	239.642	240.542	-900	-0,4
Jahresergebnis	-957	-3.983	3.026	76,0
Sonderposten	309.379	319.106	-9.727	-3,0
Summe Nettoposition	1.042.535	1.050.136	-7.601	

Die Rücklagen resultieren aus in den Vorjahren erwirtschafteten Ergebnissen.

10 Jahresabschluss

Sie gliedern sich in einen Überschuss des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 130.638 TEUR (Vorjahr: 141.138 TEUR) und einen Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses i. H. v. 105.920 TEUR (Vorjahr: 99.404 TEUR). Der Rückgang der Rücklagen resultiert aus einer Entnahme aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sowie einer Zuführung zu den Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages aus dem Vorjahr. Zudem wird im Berichtsjahr erstmalig eine Bewertungsrücklage i. H. v. 3.084 TEUR für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände ausgewiesen. Diese Rücklage beinhaltet Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, die der Stadt für ein Projekt der Altlastensanierung zur Verfügung gestellt wurden.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2019 weist die Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 957 TEUR aus (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 3.983 TEUR).

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.7 Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Geldschulden	141.011	83.688	57.323	68,5
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	76.839	80.268	-3.429	-4,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.165	9.456	-291	-3,1
Transferverbindlichkeiten	3	2	1	50,0
Sonstige Verbindlichkeiten	132.096	131.805	291	0,2
Summe Schulden	359.114	305.219	53.895	

Die Geldschulden betreffen in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionsmaßnahmen. Der Anstieg der Geldschulden ist auf die Aufnahme von Investitionskrediten i. H. v. 64.949 TEUR, von denen im Rahmen der Experimentierklausel nach § 181 NKomVG Kredite i. H. v. 11.530 TEUR als Ausleihungen an verbundene Unternehmen (Grundstücksgesellschaft und Klinikum) weitergegeben wurden (s. auch Tz. 10.2.2.3), zurückzuführen.

Von den Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entfallen 74.375 TEUR (Vorjahr: 77.454 TEUR) auf Verpflichtungen der Stadt aus dem PPP-Projekt zur Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Cash-Pool i. H. v. 93.055 TEUR (Vorjahr: 94.793 TEUR). Unter dem Posten werden zudem u. a. Verbindlichkeiten aus Mündelgeldern i. H. v. 7.139 TEUR (Vorjahr: 7.905 TEUR) sowie empfangene Anzahlungen i. H. v. 3.719 TEUR (Vorjahr: 3.577 TEUR) und Verbindlichkeiten aus Akonto-Zahlungen i. H. v. 1.312 TEUR (Vorjahr: 6.717 TEUR) ausgewiesen. Der Rückgang der Akonto-Zahlungen ist u. a. auf die zwischenzeitlich abschließend erfolgte Abrechnung der geleisteten Einzahlungen des Landes im Rahmen der Erstattungen für Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für die Jahre 2017 bis 2018 zurückzuführen.

10 Jahresabschluss

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

Bei der Prüfung der Saldenbestätigungen der verbundenen Aufgabenträger wurde - unverändert mit erkennbaren Fortschritten im Vergleich zu den Vorjahren - festgestellt, dass es aufgrund von zeitlichen Buchungsunterschieden z. T. Abweichungen zwischen dem Ausweis der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei der Stadt und dem entsprechenden Ausweis der Forderungen bei den verbundenen Aufgabenträgern (s. auch Tz. 10.2.2.3) gibt. Bez. der Mündelgelder werden Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 542 TEUR (Vorjahr: 721 TEUR) korrespondierend zu entsprechenden privatrechtlichen Forderungen („Mündelgelder“) der Stelle 51.23 nicht bilanziert (s. Tz. 10.2.2.3).

Der auf dem Sachkonto 272960 „Verrechnungskonto Mündelgelder“ ausgewiesene Bestand i. H. v. 7.139 TEUR (Vorjahr: 7.905 TEUR) weicht von dem ausgewiesenen Bestand in der von der Verwaltung vorgelegten Liste nach Fälligkeitsjahren um rd. 22 TEUR ab. Es handelt sich hierbei um Abweichungen, die darin begründet sind, dass die Ende Dezember geleisteten Unterhaltszahlungen des Zahlungspflichtigen erst mit den ersten Auszahlungen der Stadt im Januar des Folgejahres an den Zahlungsempfänger weitergeleitet werden können, sodass die Differenz im Januar des Folgejahres ausgeglichen wird.

In den Schlussberichten der Vorjahre (s. hierzu Schlussberichte 2016 und 2017) wurden jeweils der fehlende Nachweis für den Saldo des Sachkontos 272120 „Verrechnung Umsatzsteuer“ beanstandet. Die Verwaltung hat zwischenzeitlich den Saldo aus Differenzen von Umsatzsteuererklärungen im Wesentlichen bereinigt und aufgearbeitet. Die Zuständigkeiten und die Prozesse zur Erstellung und Buchung der Umsatzsteuervoranmeldungen sollen im Rahmen eines Tax Compliance Management Systems (im Folgenden: TCMS) geregelt werden. Zum Prüfungszeitpunkt ist die Einführung eines TCMS für die Stadt noch nicht abgeschlossen, eine Prozessbeschreibung zu diesem Sachverhalt liegt dem RPA folglich noch nicht vor.

10.2.2.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	528.734	501.345	27.389	5,5
Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Verpflichtungen	8.609	7.609	1.000	13,1
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.313	2.335	-22	-0,9
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	1.634	1.738	-104	-6,0
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	39.745	42.764	-3.019	-7,1
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren	227	182	45	24,7
Andere Rückstellungen	38.046	45.069	-7.023	-15,6
Summe Rückstellungen	619.308	601.042	18.266	

10 Jahresabschluss

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen betreffen die Pensionsverpflichtungen der aktiven und passiven Beamtinnen und Beamten i. H. v. 468.385 TEUR (Vorjahr: 444.663 TEUR) sowie die zukünftigen Verpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zur Zahlung von Beihilfen nach Eintritt des Versorgungsfalls und gegenüber den derzeitigen Versorgungsempfängerinnen und -empfängern und Hinterbliebenen i. H. v. 60.349 TEUR (Vorjahr: 56.682 TEUR). Die Pensionsverpflichtungen wurden mit ihrem nach dem Teilwertverfahren ermittelten Barwert angesetzt. Dabei wurde ein Rechnungszins i. H. v. 5 % zugrunde gelegt. Es lag ein versicherungsmathematisches Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 10. März 2020 vor. Die Ermittlung der Beihilferückstellungen erfolgte nach dem - durch die vom Land Niedersachsen eingesetzte Arbeitsgemeinschaft Umsetzung Doppik empfohlenen - vereinfachten Verfahren.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen beinhalten die Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen gegenüber insgesamt 42 (Vorjahr: 29) bei der Stadt Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten i. H. v. 1.339 TEUR (Vorjahr: 943 TEUR). Die Bewertung der Rückstellungen basierte auf einem versicherungsmathematischen Gutachten der HEUBECK AG, Köln, vom 14. April 2020. Darüber hinaus wurde den Ansprüchen der Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten für ausstehenden Urlaub durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung (4.836 TEUR; Vorjahr: 4.594 TEUR) sowie geleisteter Mehrarbeit im Rahmen der Rückstellung für geleistete Überstunden (2.434 TEUR; Vorjahr: 2.072 TEUR) Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen beinhalten grundsätzlich Instandhaltungsmaßnahmen, deren Aufwand im abgelaufenen Haushaltsjahr wirtschaftlich entstanden oder verursacht worden ist, die aber im abgelaufenen Haushaltsjahr unterlassen worden sind und innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre nachgeholt werden sollen.

Die Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten berücksichtigen einen Sachverhalt aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung.

Die Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen betreffen im Berichtsjahr im Wesentlichen i. H. v. 37.634 TEUR (Vorjahr: 41.716 TEUR) erwartete Rückerstattungsansprüche von Gewerbesteuer einschließlich darauf entfallender Verzinsung. Der Rückgang ergibt sich insbesondere aufgrund der Auflösung einer Gewerbesteuerrückstellung aus dem Vorjahr, deren Grund für ihre Bildung entfallen und somit aufzulösen war.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen insbesondere ausstehende Rechnungen und erwartete Rückzahlungsverpflichtungen (18.266 TEUR; Vorjahr: 15.683 TEUR), Verpflichtungen zur Behebung von Baumängeln bei Turnhallen-Unterdecken (8.850 TEUR; Vorjahr: 10.378 TEUR), Verpflichtungen zur Behebung von Brandschutzmängeln bei städtischen Liegenschaften (5.581 TEUR; Vorjahr: 7.908 TEUR), Leistungsorientierte Bezahlung (2.936 TEUR; Vorjahr: 2.828 TEUR) sowie im Vorjahr Verpflichtungen für nach der Energieeinsparverordnung vorzunehmende Dämmmaßnahmen an städtischen Gebäuden (0 TEUR; Vorjahr: 4.098 TEUR).

10 Jahresabschluss

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Im Berichtsjahr waren die Erträge wegen Herabsetzung bzw. aus der Auflösung von Rückstellungen innerhalb der Ergebnisrechnung nicht mit dem Rückstellungsspiegel abstimmbar, da die jeweiligen Sachverhalte nicht vollständig korrekt auf den entsprechenden Sachkonten gebucht sowie auf diesen Sachkonten - wie in den Vorjahren - andere Sachverhalte gebucht wurden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, zukünftig eine Abstimmung durch geeignete Kontrollen zu gewährleisten.

WB/St Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den zurückliegenden Jahren - hierbei insbesondere die vom Jahresergebnis abhängige Ausprägung zur Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen - ist das RPA unverändert der Auffassung, dass eine Standardisierung der Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen notwendig ist. Entgegen den Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung zur Beanstandung im Schlussbericht 2018 ist aus Sicht des RPA die Erstellung des Investitionsprogramms (IP) hierfür nicht ausreichend. Das RPA ist der Auffassung, dass der Umfang des IP keine geeignete Basis für die Beurteilung des Erhalts der Werthaltigkeit des Anlagevermögens darstellt. Die Mittel, die im IP abgebildet werden, orientieren sich an den jeweilig vorhandenen Haushaltsansätzen. Des Weiteren wird das IP maßgeblich genutzt, um die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Haushaltsmittel zu gewährleisten. So werden innerhalb des IP auch Budgetverschiebungen vorgenommen. Die Inanspruchnahme eines im IP abgebildeten Budgets beinhaltet folglich nicht zwangsläufig die Mittelinanspruchnahme für die ursprünglich geplante Instandsetzung des jeweiligen Vermögensgegenstandes. Im Berichtsjahr konnten nicht alle geplanten Projekte des IP umgesetzt werden. So wurden im Berichtsjahr für veranschlagte Mittel im Aufwandsbereich des IP Haushaltsreste i. H. v. 36.726 TEUR zur Übertragung beantragt. Im Vergleich hierzu wurde den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung hingegen lediglich ein Betrag i. H. v. 1.877 TEUR zugeführt. Anhand dieser Diskrepanz wird aus Prüfungssicht deutlich, dass das IP für sich nicht hinreichend die Grundlage für eine sachgerechte Ermittlung von Instandhaltungsrückstellungen darstellen kann. Das IP beinhaltet die Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen. Der Umfang dieser Maßnahmen ist aus Sicht des RPA jedoch nicht zwangsläufig mit dem Umfang an Maßnahmen gleichzusetzen, der erforderlich ist, um die Werthaltigkeit der zugrundeliegenden Vermögensgegenstände sicherzustellen. Insofern ergibt sich aus Prüfungssicht die Notwendigkeit eines Instandhaltungsplans, der einen Überblick über die Maßnahmen gibt, die vor dem Hintergrund des Werterhalts der entsprechenden Vermögensgegenstände - bezogen auf den Bilanzansatz - erforderlich sind. Nur auf dieser Basis ist abschließend zu beurteilen, ob die gebildeten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen den erforderlichen Umfang im Hinblick auf den Werterhalt umfassen. Derzeit ist ein ausreichender Nachweis des Erhalts der Werthaltigkeit der Vermögensgegenstände durch die Verwaltung aus Prüfungssicht nicht gewährleistet. Die periodengerechte Ermittlung der notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen durch die Bildung von entsprechenden Instandhaltungsrückstellungen bzw. bei nicht durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen notwendigen außerplanmäßigen Abschreibungen setzt nachprüfbare Maßnahmen- und Instandhaltungspläne voraus (vgl. hierzu auch die Schlussberichte 2016 ff.).

10 Jahresabschluss

Unter Berücksichtigung von Risikogesichtspunkten ist es geboten, die gegen die Stadt bzw. von der Stadt geführten anhängigen Gerichtsverfahren in einer zentralen Prozessdatenbank zu erfassen sowie ein zentrales Vertragsmanagement einzurichten. Im vergangenen Jahr fanden hierzu erste Gespräche zwischen der Verwaltung und dem RPA über den Umfang und die Gestaltung eines zentralen Vertragsmanagements bzw. einer zentralen Prozessdatenbank statt.

B Im Bereich der anderen Rückstellungen wurden vereinzelt Sachverhalte, die aus Prüfungssicht Sachverhalte einer passiven Rechnungsabgrenzung darstellen, als sonstige Rückstellungen bilanziert. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Sachverhalte zukünftig ordnungsgemäß als passive Rechnungsabgrenzungen auszuweisen sind.

B Im Rahmen der zurückliegenden Jahresabschlussprüfungen waren bei der erstmaligen Anforderung von Prüfungsunterlagen bzw. einer Anforderung von ergänzenden Unterlagen zu Rückstellungssachverhalten z. T. erhebliche Rücklaufzeiten zu verzeichnen. Es wird unverändert explizit auf die seitens der meldenden FB bzw. Ref. entsprechend der Jahresabschlussverfügung vorzuhaltenden Unterlagen hingewiesen.

10.2.2.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Der Posten Passive Rechnungsabgrenzung berücksichtigt Einnahmen i. H. v. 4.705 TEUR (Vorjahr: 6.284 TEUR), die vor dem 31. Dezember 2019 eingegangen sind, aber Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Davon sind 4.705 TEUR (Vorjahr: 6.284 TEUR) zweckgebunden.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben.

10.2.2.10 Vermerke unterhalb der Bilanz

Gemäß § 55 Abs. 4 KomHKVO sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre unter der Bilanz zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Insbesondere sind Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge aufzuführen.

Ab dem Folgejahr werden die Haushaltsreste aus Kreditermächtigungen mit in den Vermerken unter der Bilanz aufgeführt. Für weitere Erläuterungen zu den Haushaltsresten aus Kreditermächtigungen wird auf den Jahresabschluss 2019, Ziffer 3.8.4 des Rechenschaftsberichts - Finanzhaushalt (ohne Investitionsmanagement) - verwiesen.

Es haben sich im Rahmen der Prüfung keine Anhaltspunkte für Bemerkungen ergeben.

10 Jahresabschluss

10.2.3 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 957 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag i. H. v. 3.983 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt -18.196 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 835.359 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 853.555 TEUR). Die ordentlichen Erträge liegen um 21.745 TEUR unter den Planansätzen des Haushalts 2019. Die Abweichung resultiert insbesondere aus niedrigeren Erträgen aus Steuern i. H. v. 17.093 TEUR sowie aus niedrigeren Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. 6.226 TEUR. Des Weiteren waren Mindererträge aus öffentlich-rechtlichen Entgelten i. H. v. 5.228 TEUR, aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. 3.973 TEUR sowie aus Zinsen und ähnlichen Finanzerträgen i. H. v. 1.698 TEUR zu verzeichnen. Die Mindererträge werden teilweise insbesondere durch höhere sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 7.330 TEUR sowie höhere sonstige Transfererträge i. H. v. 4.148 TEUR kompensiert. Die ordentlichen Aufwendungen liegen 37.569 TEUR unter den Planansätzen des Haushalts 2019. Die Abweichung ist insbesondere i. H. v. 26.294 TEUR auf die Aufwendungen aus Sach- und Dienstleistungen, i. H. v. 18.975 TEUR auf die Transferaufwendungen, i. H. v. 2.585 TEUR auf die sonstigen ordentlichen Aufwendungen und i. H. v. 2.121 TEUR auf die Abschreibungen zurückzuführen. Gegenläufig entwickelten sich die Aufwendungen für aktives Personal, die i. H. v. 11.706 TEUR über dem Planansatz liegen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 17.239 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 18.663 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 1.424 TEUR). Die außerordentlichen Erträge weichen um 18.170 TEUR von den Planansätzen des Haushalts 2019 ab, was im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und auf Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden zurückzuführen ist. Die außerordentlichen Aufwendungen weichen um 857 TEUR von den Planansätzen des Haushalts 2019 ab.

B Im Berichtsjahr wurden in Einzelfällen anstatt Herabsetzungen von Rückstellungen i. H. v. 139 TEUR, die als ordentliche Erträge auszuweisen sind, Auflösungen von Rückstellungen als außerordentliche Erträge gebucht. Dies führt im Ergebnis in der Ergebnisrechnung zu einer Verschiebung zwischen dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis in gleicher Höhe.

Die Ergebnisrechnung wurde unmittelbar aus der Buchführung abgeleitet. Hinsichtlich der anzuwendenden Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der KomHKVO ergaben sich, bis auf die aufgeführten, keine weiteren wesentlichen Bemerkungen.

Im Haushaltsjahr 2019 wurde ein Jahresfehlbetrag i. H. v. 957 TEUR (Jahresfehlbetrag i. H. v. 18.196 TEUR des ordentlichen Ergebnisses und Jahresüberschuss i. H. v. 17.239 TEUR des außerordentlichen Ergebnisses) erwirtschaftet, dieser ist gemäß § 110 Abs. 6 Satz 2 NKomVG i. V. m. § 123 Abs. 1 NKomVG durch Beschluss über den Jahresabschluss durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses bzw. durch eine Zuführung zu der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auszugleichen.

10 Jahresabschluss

10.2.4 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 einen Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. 104.742 TEUR (Vorjahr: 64.951 TEUR) aus. Dieser hat sich - insbesondere in Folge einer Neuaufnahme von Investitionskrediten - um 39.791 TEUR erhöht (Vorjahr: -29.352 TEUR).

Diese Zahlungsmittelbestandsveränderung resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. 38.174 TEUR (Vorjahr: 35.784 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -58.950 TEUR (Vorjahr: -87.311 TEUR), dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 57.323 TEUR (Vorjahr: 27.619 TEUR) und dem Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 3.244 TEUR (Vorjahr: -5.444 TEUR).

Auf der Aktivseite der Bilanz werden liquide Mittel i. H. v. 140.883 TEUR (Vorjahr: 158.930 TEUR) ausgewiesen. Davon entfallen auf die Stadt 104.742 TEUR (Vorjahr: 64.951 TEUR), auf den Cash-Pool des Konzernverbunds „Stadt Braunschweig“ ein Saldo i. H. v. 36.042 TEUR (Vorjahr: 93.893 TEUR) und auf bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat, ein Saldo i. H. v. 99 TEUR (Vorjahr: 86 TEUR). Im Berichtsjahr werden Cash-Pool-Forderungen i. H. v. 57.013 TEUR (Vorjahr: 900 TEUR) auf der Aktivseite der Bilanz bilanziert. Dazu werden auf der Passivseite der Bilanz Cash-Pool-Verbindlichkeiten i. H. v. 93.055 TEUR (Vorjahr: 94.793 TEUR) sowie Verbindlichkeiten für bestimmte Aufgaben, für die die Stadt die finanzielle Abwicklung übernommen hat, i. H. v. 99 TEUR (Vorjahr: 86 TEUR) ausgewiesen.

Die Finanzrechnung wurde unmittelbar aus der Buchführung abgeleitet. Hinsichtlich der anzuwendenden Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der KomHKVO haben sich im Rahmen der Prüfung bis auf folgende Einwendungen keine Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Wie in den Vorjahren bestehen z. T. geringfügige Probleme bei den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, bestimmte ausgewiesene Zahlungsmittelflüsse auf den Finanzmittelkonten automatisiert entsprechenden Finanzrechnungskonten zuzuordnen. Dies erfordert eine manuelle Nacharbeit einzelner Buchungsvorgänge. Die betroffenen Sachverhalte, die für 2019 im Saldo ungeklärte Ein- und Auszahlungen i. H. v. 12 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR) umfassen, sind nach Auskunft der Verwaltung auf stichtagsbezogene Sachverhalte im Rahmen von einzelnen Vorgängen zurückzuführen.

10.2.5 Anhang

In den Anhang, der ebenso wie die Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz Bestandteil des Jahresabschlusses ist, sind die in § 56 KomHKVO genannten Pflichtangaben aufzunehmen.

Bis auf die folgenden Bemerkungen haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Obwohl in den Schlussberichten der Vorjahre darauf hingewiesen bzw. beanstandet wurde, werden abweichend von § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen

10 Jahresabschluss

der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen unverändert nicht im Anhang, sondern im Rechenschaftsbericht (insbesondere unter den Punkten 3.2 und 3.4) erläutert. Entsprechend der Ausführungen der Stellungnahme zum Schlussbericht 2011 der Verwaltung vom 2. Januar 2013 verbleiben - basierend auf der Interpretation der Verwaltung sowie eines Abgleichs mit anderen nds. Kommunen - diese Erläuterungen weiterhin im Rechenschaftsbericht. Das RPA vertritt unverändert die Auffassung, dass die bereits in den Vorjahren aufgezeigte Umgliederung dieser Textteile in den Anhang zu erfolgen hat, da es sich hier um eine in § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO geregelte gesetzliche Vorgabe handelt.

B Die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG (Punkt 3.5 des Rechenschaftsberichts) sowie den Verpflichtungsermächtigungen (Punkt 3.9 des Rechenschaftsberichts) stellen Angaben dar, die zum Verständnis des Jahresabschlusses durch sachverständige Dritte notwendig sind. Im Rahmen der Stellungnahme zum Schlussbericht 2010 vom 9. Januar 2012 stellte die Verwaltung dies zunächst zustimmend fest. In der Konsequenz haben diese Angaben entsprechend § 56 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO im Anhang zu erfolgen. Darüber hinaus erscheint es geboten, dass die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG zudem als Bestandteil der Erläuterungen zu erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen nach § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO ebenfalls im Anhang erfolgen. Grundsätzlich sollte der Rechenschaftsbericht keine Vielzahl von Einzelsachverhalten, wie z. B. obige Angaben, beinhalten, da dies die Aufgabe des Anhangs ist (zu weiteren Ausführungen hinsichtlich der grundsätzlichen Aufgaben des Rechenschaftsberichts s. Tz. 10.2.6.2). Im Rahmen der Stellungnahme zum Schlussbericht 2011 vom 2. Januar 2013 vertrat die Verwaltung die Auffassung, dass der Jahresabschluss in der Gesamtheit aller Bestandteile alle erforderlichen Daten und Erläuterungen enthalte und die Zuordnung der zuvor genannten Ausführungen zum Rechenschaftsbericht bestehen bleibt. Das RPA vertritt unverändert die Auffassung, dass die zuvor genannten Ausführungen entsprechend § 56 Abs. 1 Satz 1 bzw. Satz 2 KomHKVO innerhalb des Jahresabschlusses nicht im Rechenschaftsbericht, sondern im Anhang zu erfolgen haben.

10.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

10.2.6.1 Vorbemerkungen

Dem Anhang beigefügt sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG vorgeschriebenen Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht, Forderungsübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen).

10.2.6.2 Rechenschaftsbericht

Im Rechenschaftsbericht sind gemäß § 57 KomHKVO, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. § 57 KomHKVO legt auch fest, dass in diesem Bericht Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung dargestellt werden sollen.

10 Jahresabschluss

Der Rechenschaftsbericht der Stadt erfüllt grundsätzlich diese Vorgaben. Im Rahmen der Prüfung ergaben sich dennoch grundsätzliche Bemerkungen, die im Folgenden dargestellt werden:

Infolge der Bemerkungen in den Schlussberichten der Vergangenheit wurde innerhalb der zurückliegenden Jahre seitens der Verwaltung die Darstellung der den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden finanzwirtschaftlichen Lage substanziell nur geringfügig erweitert. Im Rahmen der Darstellung werden Bewertungen der ermittelten Kennzahlen vorgenommen und analysiert. Dabei werden im Rahmen der Analyse kurze Informationen zum Verständnis vermittelt. Im Rahmen der Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage erfolgen abschließend lediglich kurze Bewertungen der Jahresabschlussrechnungen, wie sie gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO gefordert sind. In der Beurteilung der wesentlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung werden einige Aussagen mit Prognosen einer möglichen finanziellen Auswirkung für einen Zeitraum bis 2024 ergänzt.

B Entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zum Schlussbericht 2014 vertritt das RPA weiterhin die Auffassung, dass die im Rechenschaftsbericht über das Zahlenwerk hinausgehenden Analysen und Informationen auszubauen sind. Die Bewertung der Jahresabschlussrechnungen, d. h. eine weitergehende Beurteilung der Sachverhalte beispielsweise mit Hilfe von Kennzahlen, Soll/Ist-Vergleichen, Zeitreihenvergleichen usw., ist inhaltlich weiterzuentwickeln. In das Gesamturteil des Jahresabschlussverantwortlichen sind die Erkenntnisse der Analysen sowie eine Einschätzung der Auswirkungen der analysierten Entwicklungen auf den Verlauf der Haushaltswirtschaft zu ergänzen. Die sich aus dieser Einschätzung ergebenden Konsequenzen für das künftige Verwaltungshandeln sind darzustellen.

Die Erläuterungen zu den wichtigsten Ergebnissen des Jahresabschlusses und erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen sind nicht im Rechenschaftsbericht, sondern entsprechend § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO im Anhang vorzunehmen. Zu weiteren Ausführungen wird auf Tz. 10.2.5 sowie die Schlussberichte der Vorjahre verwiesen.

Die Ausführungen zu den üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 NKomVG sowie den Verpflichtungsermächtigungen sollten zukünftig im Rahmen des Jahresabschlusses ebenso nicht im Rechenschaftsbericht, sondern im Anhang erfolgen. Zu weiteren Ausführungen wird auf Tz. 10.2.5 sowie die Schlussberichte der Vorjahre verwiesen.

10 Jahresabschluss

10.2.6.3 Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gemäß § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31. Dez. 2018	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez. 2019	Stand am 31. Dez. 2018	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen [1]	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dez. 2019	Stand am 31. Dez. 2019	Stand am 31. Dez. 2018
	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro-	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro-	- Euro-	- Euro-
1	2	+ 3	- 4	+/- 5	6	7	+ 8	- 9	- 10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	84.788.011,65	6.601.892,77	0,00	1.811.018,85	93.200.923,27	28.834.777,56	4.488.086,14	0,00	0,00	33.322.863,70	59.878.059,57	55.953.234,09
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.954.661.430,17	51.449.616,10	6.282.393,77	-1.811.018,85	1.998.017.633,65	519.197.315,74	30.553.808,67	5.339.740,42	0,00	544.411.383,99	1.453.606.249,66	1.435.464.114,43
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	235.070.994,97	21.473.133,80	3.913.635,51	0,00	252.630.493,26	1.500.000,00	320.784,20	0,00	0,00	1.820.784,20	250.809.709,06	233.570.994,97
Insgesamt	2.274.520.436,79	79.524.642,67	10.196.029,28	0,00	2.343.849.050,18	549.532.093,30	35.362.679,01	5.339.740,42	0,00	579.555.031,89	1.764.294.018,29	1.724.988.343,49

[1] Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

10 Jahresabschluss

10.2.6.4 Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gemäß § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2019	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
1	2	3	4	5	6	7
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1. Geldschulden	141.010.473,97	5.751.584,41	23.714.038,33	111.544.851,23	83.687.828,11	57.322.645,86
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	141.010.473,97	5.751.584,41	23.714.038,33	111.544.851,23	83.687.828,11	57.322.645,86
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	76.838.572,76	3.454.355,09	14.925.175,10	58.459.042,57	80.267.622,04	-3.429.049,28
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.165.405,51	9.165.405,51	0,00	0,00	9.456.364,61	-290.959,10
4. Transferverbindlichkeiten	3.251,70	3.251,70	0,00	0,00	1.569,85	1.681,85
5. Sonstige Verbindlichkeiten	132.095.967,73	132.095.967,73	0,00	0,00	131.805.381,55	290.586,18
Schulden insgesamt	359.113.671,67	150.470.564,44	38.639.213,43	170.003.893,80	305.218.766,16	53.894.905,51

10 Jahresabschluss

10.2.6.5 Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

gemäß § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

	Art der Rückstellung	Bestand am 31. Dezember 2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme und Herabsetzung [1] - Euro -	Auflösung [2] - Euro -	Umbuchungen - Euro -	Bestand am 31. Dezember 2018 - Euro -	Mehr (+)/ weniger (-) (Sp 2-6) - Euro -
	1	2	3	4	5	6	7	8
1.	**Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen**	528.734.400,09	27.389.534,09	0,00	0,00	0,00	501.344.866,00	27.389.534,09
	davon							
	1.1 Pensionsrückstellungen	468.385.052,00	23.722.161,00	0,00	0,00	0,00	444.662.891,00	23.722.161,00
	1.2 Beihilferückstellungen	60.349.348,09	3.667.373,09	0,00	0,00	0,00	56.681.975,00	3.667.373,09
2.	**Rückstellungen für Altersteilszeit und ähnlichen Maßnahmen**	8.608.637,70	7.665.305,70	6.665.602,67	0,00	0,00	7.608.934,67	999.703,03
3.	**Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung**	2.312.705,84	1.876.577,49	1.859.704,62	39.486,03	0,00	2.335.319,00	-22.613,16
4.	**Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	1.633.741,18	0,00	104.216,24	0,00	0,00	1.737.957,42	-104.216,24
6.	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	39.744.814,95	16.648.666,04	11.968.332,64	7.700.000,00	0,00	42.764.481,55	-3.019.666,60
7.	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	226.810,58	83.400,00	28.617,47	9.900,00	0,00	181.928,05	44.882,53
8.	**andere Rückstellungen**	38.046.420,33	19.570.447,28	23.867.090,37	2.721.002,21	-4.521,54	45.068.587,17	-7.022.166,84
Summe aller Rückstellungen		**619.307.530,67**	**73.233.930,60**	**44.493.564,01**	**10.470.388,24**	**-4.521,54**	**601.042.073,86**	**18.265.456,81**

[1] Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.

[2] Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

10 Jahresabschluss

10.2.6.6 Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gemäß § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31. Dezember 2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31. Dezember 2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	13.198.375,63	13.198.263,13	52,50	60,00	13.401.806,37	-203.430,74
2. Forderungen aus Transferleistungen	12.779.589,08	12.779.229,08	360,00	0,00	19.243.939,92	-6.464.350,84
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	65.082.688,12	63.479.228,53	243.459,59	1.360.000,00	17.878.659,82	47.204.028,30
Summe aller Forderungen	91.060.652,83	89.456.720,74	243.872,09	1.360.060,00	50.524.406,11	40.536.246,72

10 Jahresabschluss

10.2.6.7 Übersicht Haushaltsermächtigungen

Es wird auf Kapitel IX. des Jahresabschlusses 2019 - Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen - verwiesen.

10.3 Prüfungsergebnis

Der Jahresabschluss der Stadt zum 31. Dezember 2019 entspricht aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse insgesamt den gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der KomHKVO sowie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen unter Einhaltung der GoB. Insbesondere enthält der Jahresabschluss sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen und stellt die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt dar (zu postenbezogenen Beanstandungen vgl. Tz. 10.2.2).

Der Anhang enthält grundsätzlich die gemäß § 56 KomHKVO notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie im Wesentlichen die sonstigen Pflichtangaben (vgl. hierzu Tz. 10.2.5).

Dem Anhang beigefügt sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG vorgeschriebenen Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht, Forderungsübersicht, Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen).

Im Rechenschaftsbericht werden grundsätzlich gemäß § 57 KomHKVO, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde dargestellt und eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen (vgl. hierzu Tz. 10.2.6.2). Zudem werden im Rechenschaftsbericht der Stadt Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung dargestellt.

10 Jahresabschluss

10.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

10.4.1 Anlage 1 Bilanz

Stadt Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva		31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva			31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1.	Immaterielles Vermögen	55.953.234,09	59.878.059,57	1.	Nettoposition			
				1.1	Basisreinvermögen		494.471.446,02	494.471.446,02
2.	Sachvermögen	1.440.453.256,43	1.459.296.111,66	1.2	Rücklagen		240.541.445,94	239.642.326,10
				1.3	Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)		-3.983.383,86	-957.369,96
3.	Finanzvermögen	284.376.354,95	342.034.085,78	1.4	Sonderposten		319.106.187,02	309.379.017,29
							1.050.135.695,12	1.042.535.419,45
4.	Liquide Mittel	158.930.326,10	140.883.484,08	2.	Schulden			
				2.1	Geldschulden			
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	22.967.868,33	23.569.572,13		davon			
				2.1.1	Liquiditätskredite		0,00	0,00
				2.1.2	Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)		83.687.828,11	141.010.473,97
							83.687.828,11	141.010.473,97
				2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		80.267.622,04	76.838.572,76
				2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		9.456.364,61	9.165.405,51
				2.4	Transferverbindlichkeiten		1.569,85	3.251,70
				2.5	Sonstige Verbindlichkeiten		131.805.381,55	132.095.967,73
							305.218.766,16	359.113.671,67
				3.	Rückstellungen		601.042.073,86	619.307.530,67
				4.	Passive Rechnungsabgrenzung		6.284.504,76	4.704.691,43
Bilanzsumme		**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**	**Bilanzsumme**			**1.962.681.039,90**	**2.025.661.313,22**

*) Davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 35.267.555,77 €; 2019 = 43.331.050,08 €.

Braunschweig, 23.10.2020

Oberbürgermeister

10 Jahresabschluss

10.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 [3] - Euro -	mehr (+) / weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
	1	2	3	4	5	6
	Ordentliche Erträge					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	378.918.491,94	391.060.940,30	408.154.200,00	-17.093.259,70	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	160.535.091,01	188.945.479,59	192.918.380,00	-3.972.900,41	-
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	15.189.878,39	15.192.422,06	14.710.752,58	+481.669,48	-
4	Sonstige Transfererträge	15.195.313,97	15.188.540,43	11.040.300,00	+4.148.240,43	-
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.171.800,42	34.748.279,19	39.976.000,00	-5.227.720,81	-
6	Privatrechtliche Entgelte	10.404.037,62	10.416.187,35	10.050.200,00	+365.987,35	-
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	142.010.230,14	147.436.781,28	153.662.500,00	-6.225.718,72	-
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.847.195,67	2.619.449,93	4.317.600,00	-1.698.150,07	-
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	1.399.794,65	2.060.365,83	1.914.035,42	+146.330,41	-
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	-
11	Sonstige ordentliche Erträge	21.830.996,14	27.690.230,58	20.360.100,00	+7.330.130,58	-
12	**Summe ordentliche Erträge**	**787.502.829,95**	**835.358.676,54**	**857.104.068,00**	**-21.745.391,46**	**-**
	Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	188.813.668,03	206.181.570,95	194.475.321,00	+11.706.249,95	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	22.466.525,98	23.671.122,25	22.905.500,00	+765.622,25	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	50.477.572,47	54.617.712,19	80.911.810,00	-26.294.097,81	0,00
16	Abschreibungen	43.423.819,90	39.490.691,92	41.611.871,53	-2.121.179,61	-
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.656.043,35	10.086.037,46	10.151.300,00	-65.262,54	0,00
18	Transferaufwendungen	304.375.869,07	326.542.405,26	345.517.893,00	-18.975.487,74	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	178.788.534,90	192.965.375,20	195.550.003,84	-2.584.628,64	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**798.002.033,70**	**853.554.915,23**	**891.123.699,37**	**-37.568.784,14**	**0,00**
21	**Ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	**-10.499.203,75**	**-18.196.238,69**	**-34.019.631,37**	**+15.823.392,68**	**-**
	Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	8.508.357,67	18.662.533,16	492.500,00	+18.170.033,16	-
23	Außerordentliche Aufwendungen	1.992.537,78	1.423.664,43	567.000,00	+856.664,43	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis** (Zeilen 22 - 23)	**6.515.819,89**	**17.238.868,73**	**-74.500,00**	**+17.313.368,73**	**-**
	Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**-3.983.383,86**	**-957.369,96**	**-34.094.131,37**	**+33.136.761,41**	**-**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] Zusätzlich zum Ansatz wurde in 2019 ein Haushaltsresteabbau von 3.850.000 EUR geplant; damit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag nach Haushaltsresteabbau in Höhe von 37.944.131,37 EUR.

10 Jahresabschluss

10.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	**Ergebnis 2018** - Euro -	**Ergebnis 2019** **- Euro -**	**Ansätze 2019** [4] - Euro -	**mehr (+) / weniger (-)** (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	**bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen** (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	386.608.609,18	393.618.414,39	408.154.200,00	-14.535.785,61	-
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	158.210.352,75	189.533.040,52	192.918.380,00	-3.385.339,48	-
3	Sonstige Transfereinzahlungen	12.572.676,65	13.369.810,17	11.040.300,00	+2.329.510,17	-
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	39.021.430,23	34.400.942,37	39.976.000,00	-5.575.057,63	-
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	10.697.061,39	10.880.718,91	10.187.200,00	+693.518,91	-
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.353.747,68	154.219.337,15	153.662.500,00	+556.837,15	-
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.789.282,00	2.551.956,84	4.317.600,00	-1.765.643,16	-
8	Einz. aus Veräuß. geringwert. Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	-
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	27.257.220,16	15.591.133,03	21.190.900,00	-5.599.766,97	-
10	**Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**778.510.380,04**	**814.165.353,38**	**841.447.080,00**	**-27.281.726,62**	**-**
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11	Personalauszahlungen	169.083.843,36	179.101.868,13	173.150.050,00	+5.951.818,13	-
12	Versorgungsauszahlungen	22.756.780,98	23.768.471,56	22.905.500,00	+862.971,56	-
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	54.236.568,87	56.778.230,24	82.111.810,00	-25.333.579,76	-
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.494.760,70	7.130.928,57	10.151.300,00	-3.020.371,43	-
15	Transferauszahlungen [3]	304.621.333,18	319.204.500,84	345.517.893,00	-26.313.392,16	-
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	184.532.439,81	190.007.449,71	196.592.303,84	-6.584.854,13	-
17	**Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**742.725.726,90**	**775.991.449,05**	**830.428.856,84**	**-54.437.407,79**	**0,00**
18	**Saldo aus lfd. Verwaltungstät.** (Zeile 10 - Zeile 17)	**35.784.653,14**	**38.173.904,33**	**11.018.223,16**	**+27.155.681,17**	**-**
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.297.046,21	6.708.849,11	10.457.700,00	-3.748.850,89	-
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.689.395,63	1.890.617,04	5.601.600,00	-3.710.982,96	-
21	Veräußerung von Sachvermögen	5.446.979,74	7.407.713,34	1.741.000,00	+5.666.713,34	-
22	Finanzvermögensanlagen	1.515.351,71	2.107.609,84	1.200.000,00	+907.609,84	-
23	Sonstige Investitionstätigkeit	302.156,09	2.592.348,99	1.602.600,00	+989.748,99	-
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**14.250.929,38**	**20.707.138,32**	**20.602.900,00**	**+104.238,32**	**-**
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	714.829,53	1.448.616,42	3.664.400,00	-2.215.783,58	0,00
26	Baumaßnahmen	48.231.882,06	43.421.558,05	68.179.900,00	-24.758.341,95	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.501.438,77	7.929.345,07	8.850.900,00	-921.554,93	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	9.133.158,86	9.686.552,68	6.928.000,00	+2.758.552,68	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	4.537.088,80	5.316.768,59	5.512.000,00	-195.231,41	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	32.443.960,16	11.853.960,16	324.000,00	+11.529.960,16	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**101.562.358,18**	**79.656.800,97**	**93.459.200,00**	**-13.802.399,03**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit** (Zeile 24 - Zeile 31)	**-87.311.428,80**	**-58.949.662,65**	**-72.856.300,00**	**+13.906.637,35**	**-**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag** (Zeile 18 + 32)	**-51.526.775,66**	**-20.775.758,32**	**-61.838.076,84**	**+41.062.318,52**	**-**
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstät.	32.120.000,00	61.930.000,00	50.591.900,00	+11.338.100,00	-
35	Auszahlungen aus Finanzierungstät.; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstät.	4.501.263,57	4.607.354,14	5.917.400,00	-1.310.045,86	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo Zeilen 34 und 35)	**27.618.736,43**	**57.322.645,86**	**44.674.500,00**	**+12.648.145,86**	**-**
37	**Finanzmittelveränderung** (Saldo Zeilen 33 und 36)	**-23.908.039,23**	**36.546.887,54**	**-17.163.576,84**	**+53.710.464,38**	**-**
	Haushaltsunwirksame Ein- u. Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)					
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	1.462.787,13	3.274.547,36	0,00	+3.274.547,36	-
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	6.907.149,48	30.116,37	0,00	+30.116,37	-
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Saldo Zeilen 38 und 39)	**-5.444.362,35**	**3.244.430,99**	**0,00**		
	Zahlungsmittelbestand (Liquide Mittel)					
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**94.303.434,90**	**64.951.033,32**	**64.951.033,32**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**64.951.033,32**	**104.742.351,85**	**47.787.456,48**		

[1] nicht für Investitionstätigkeit [2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit [3] außer für Investitionstätigkeit

[4] Zusätzlich zum Ansatz wurde für 2019 ein Haushaltsresteabbau in Höhe von 13.160.000,00 EUR geplant: damit ergibt sich ein voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende von 2019 in Höhe von 34.627.456,48 EUR.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb Stadtentwässerung (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt hat für das RPA die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Mazars GmbH & Co. KG (im Folgenden: Abschlussprüfer) mit Datum vom 20. Januar 2020 mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung beauftragt. Über das Ergebnis der Prüfung hat der Abschlussprüfer mit Datum vom 16. Juli 2020 einen Bericht vorgelegt.

Gegenstand der Prüfung des Abschlussprüfers waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der GoA. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Besondere Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr folgende Prüffelder:

- Bewertung des Sachvermögens,
- Realisierung der Forderungen/Erträge aus der Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser,
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten/Aufwendungen aus dem Kanalnetznutzungsvertrag mit dem Abwasserverband Braunschweig (AVB) sowie dem Abwasserentsorgungsvertrag mit der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS),
- Korrekte Abbildung der Privatisierungsverträge im externen Rechnungswesen.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen und erfolgten auf Basis des sog. risikoorientierten Prüfungsansatzes.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Ersten Stadtrat mit Unterschrift vom 16. Juli 2020 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden durch den FBL 20 am 15. Juli 2020 unterschrieben. Der Jahresabschluss wurde dem RPA am 8. September 2020 vorgelegt.

11.2 Feststellungen und Erläuterungen

11.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 14. Juli 2020 den Jahresabschluss 2018 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2018 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Der Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2019 führt aus, dass die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der GoB entspricht.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die nach § 56 KomHKVO vorgeschriebenen Angaben.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften, steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Die nach § 57 Abs. 1 KomHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

11.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen umfasst insbesondere Leitungsrechte. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	0	0	0	0,0
Infrastrukturvermögen	183.097	189.027	-5.930	-3,1
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0	0	0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	0	0,0
Anlagen im Bau	1	1	0	0,0
Summe	183.099	189.029	-5.930	

Das Infrastrukturvermögen umfasst insbesondere Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen i. H. v. 183.097 TEUR (Vorjahr: 187.889 TEUR).

Im Haushaltsjahr 2019 waren Korrekturen am Wiederbeschaffungswert des Kanalnetzes insbesondere aufgrund von Ausbuchungen, Nacherfassungen und nachträglichen Baujahresänderungen erforderlich. Dieses führte zu einer Restbuchwertminderung i. H. v. 144 TEUR (Vorjahr: 25 TEUR). Im Berichtsjahr als auch im Vorjahr erfolgte eine nachträgliche Korrektur der Eröffnungsbilanz gemäß § 62 Abs.1 KomHKVO.

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten. Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Ausleihungen	262	1.849	-1.587	-85,8
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.905	3.183	722	22,7
Privatrechtliche Forderungen	333	446	-113	-25,3
Sonstige Vermögensgegenstände	1.839	960	879	91,6
Summe	6.339	6.438	-99	

In 2017 wurde aufgrund der Marktsituation bei der Verzinsung vorhandener liquider Mittel ein Betrag i. H. v. rd. 480 TEUR an den städtischen Haushalt ausgeliehen. Die Rückzahlung der Beträge erfolgt halbjährlich mit festen Tilgungsraten bis zum Jahr 2022. Zudem wurde 2018 ein Betrag i. H. v. 1.500 TEUR an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig ausgeliehen, der im Berichtsjahr in einer Summe zurückgezahlt wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bewertet worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

wurden von den entsprechenden Forderungen abgezogen, sodass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt wird.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden Einzelwertberichtigungen i. H. v. 69 TEUR (Vorjahr: 71 TEUR) und Pauschalwertberichtigungen i. H. v. 42 TEUR (Vorjahr: 37 TEUR) sowie bei den sonstigen Vermögensgegenständen Einzelwertberichtigungen i. H. v. 85 TEUR (Vorjahr: 85 TEUR) vorgenommen.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen 17.572 TEUR (Vorjahr: 18.230 TEUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten Aktive Rechnungsabgrenzung i. H. v. 3.203 TEUR (Vorjahr: 3.403 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2019 geleistet wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung wurde der aktiven Rechnungsabgrenzung im Jahr 2006 ein Betrag i. H. v. 6.000 TEUR zugeführt, den der AVB im Rahmen des Kanalnetznutzungsvertrages für die Tilgung von Krediten oder die Finanzierung von Investitionen erhalten hat. Dieser Betrag aus dem Jahr 2006 reduziert periodisch Beitragszahlungen der Sonderrechnung für die Dauer der Laufzeit des Kanalnetznutzungsvertrages bis zum 31. Dezember 2035 und beträgt zum 31. Dezember 2019 3.200 TEUR (Vorjahr: 3.400 TEUR).

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Reinvermögen	36.126	36.270	-144	-0,4
Sonstige Rücklagen	21.776	22.461	-685	-3,0
Jahresergebnis	359	-2.903	3.262	>100,0
Sonderposten	22.830	25.270	-2.440	-9,7
Summe	81.091	81.098	-7	

Das Reinvermögen - nach den ab dem 1. Januar 2011 angewandten Rechtsnormen des NKomVG, der KomHKVO (vormals: GemHKVO) und der KomEinrVO - ist aus dem Stammkapital (256 TEUR; Vorjahr: 256 TEUR) und dem nicht verzinslichen Eigenkapital hervorgegangen. Das nicht verzinsliche Eigenkapital i. H. v. 35.870 TEUR (Vorjahr: 36.014 TEUR) hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 144 TEUR der erfolgsneutralen Korrektur am Anschaffungswert des Kanalnetzes nach § 62 KomHKVO verringert.

Ein Teil des ursprünglichen nicht verzinslichen Eigenkapitals wurde im Rahmen der Umstellung auf NKR und unter Berücksichtigung der Anpassungsregelungen der KomHKVO der sonstigen Rücklage zugeordnet. Mit dieser Rücklage sollen die Risiken der Sonderrechnung bis zum Ende des Privatisierungszeitraumes vollständig abgedeckt werden. Sie wird zum Ausgleich aller

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

entstehenden Verluste verwendet werden, die sich nicht aus den Ergebnisrücklagen abdecken lassen.

Aufgrund der Regelungen in § 44 Abs. 5 KomHKVO wird zudem eine Rücklage aus Investitionszuweisungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände i. H. v. 39 TEUR ausgewiesen.

Das Ergebnis des Jahres 2018 wird entsprechend des Ratsbeschlusses vom 14. Juli 2020 in der Form übernommen, dass der nicht ausgeglichene Vorjahresfehlbetrag des neutralen Bereiches i. H. v. 685 TEUR aus der sonstigen Rücklage entnommen wurde.

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. 359 TEUR (Vorjahr: -2.903 TEUR) aus.

Die Sonderposten veränderten sich um -2.440 TEUR (Vorjahr: -1.173 TEUR). Sie umfassen Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse i. H. v. 4.680 TEUR (Vorjahr: 4.784 TEUR), Sonderposten Gebührenausgleich i. H. v. 10.872 TEUR (Vorjahr: 13.090 TEUR) und sonstige Sonderposten i. H. v. 7.278 TEUR (Vorjahr: 7.396 TEUR).

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.041	694	347	50,0
Sonstige Verbindlichkeiten	260	149	111	74,5
Summe	1.301	843	458	

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO mit ihrem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	20	22	-2	-9,1
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren	4	6	-2	-33,3
Andere Rückstellungen	2.013	1.704	309	18,1
Summe	2.037	1.732	305	

Da die Stadt die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten der Sonderrechnung sicherstellt und die Sonderrechnung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt, sind durch die Sonderrechnung keine Pensionsrückstellungen im Haushaltsjahr gebildet worden.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen insbesondere die Erstattungen von Schmutzwassergebühren, die erst im Folgejahr abgerechnet werden. Ein

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

weiterer wesentlicher Punkt sind Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Leistungen der SE|BS. Zusätzlich werden hier u. a. auch Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses und für ausstehende Rechnungen ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Posten Passive Rechnungsabgrenzung i. H. v. 126.382 TEUR (Vorjahr: 134.012 TEUR) berücksichtigt Einnahmen, die vor dem 31. Dezember 2019 eingegangen sind, aber Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dies im Wesentlichen das Kanalnetznutzungsrecht. Der Kaufpreis für das Kanalnetznutzungsrecht i. H. v. rd. 228.300 TEUR wurde zum Jahresabschluss 2005 der passiven Rechnungsabgrenzung zugeführt und wird über die Laufzeit des Kanalnetznutzungsvertrages (30 Jahre) aufgelöst.

Der jährliche Auflösungsbetrag entspricht den dem Kanalnetznutzungsvertrag zugrunde liegenden Abschreibungen i. H. v. 7.602 TEUR (Vorjahr: 7.535 TEUR), sodass sich der Bilanzansatz des Kanalnetznutzungsrechts auf einen Betrag i. H. v. 126.195 TEUR (Vorjahr: 133.797 TEUR) verringert.

11.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. 359 TEUR (Vorjahr: -2.903 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt 388 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 65.246 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 64.858 TEUR). Dieser Überschuss setzt sich aus einem Überschuss i. H. v. 885 TEUR aus dem Gebührenbereich sowie einem Fehlbetrag aus dem neutralen Bereich i. H. v. 457 TEUR zusammen. Da die Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses sowie die Rücklagen des außerordentlichen Ergebnisses vollständig aufgezehrt sind und der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses für den neutralen Bereich nicht aus dem außerordentlichen Ergebnis (-29 TEUR) gedeckt werden kann, soll dieser Fehlbetrag i. H. v. 457 TEUR durch eine Entnahme aus der sonstigen Rücklage abgedeckt werden.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt -29 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 3 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 32 TEUR). Dieser Fehlbetrag soll ebenfalls durch eine Entnahme aus der sonstigen Rücklage abgedeckt werden.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. 17.572 TEUR (Vorjahr: 18.230 TEUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. -2.229 TEUR (Vorjahr: -2.056 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. 1.571 TEUR (Vorjahr: -1.491 TEUR), dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR).

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

11.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 56 KomHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

11.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen) beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Er enthält die nach § 57 KomHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

11.3 Prüfungsergebnis

Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss der Sonderrechnung zum 31. Dezember 2019 geprüft und mit Datum vom 16. Juli 2020 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB erteilt.

Die ergänzende Durchsicht wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht hat seitens des RPA keinen Anlass für Einwendungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hält das RPA nicht für erforderlich.

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

11.4.1 Anlage 1 Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Stadtentwässerung - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	584.518,70	597.578,28	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	36.269.736,55	36.125.700,14
2. Sachvermögen	189.029.363,86	183.099.360,30	1.2 Rücklagen	22.461.633,76	21.776.208,62
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	-2.903.394,95	359.255,93
3. Finanzvermögen	6.438.339,13	6.338.951,23			
			1.4 Sonderposten	25.269.946,29	22.829.774,08
4. Liquide Mittel	18.229.581,18	17.572.098,57		81.097.921,65	81.090.938,77
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.403.220,28	3.203.312,47	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	693.809,13	1.040.829,86
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	149.273,38	260.359,16
				843.082,51	1.301.189,02
			3. Rückstellungen	1.731.586,59	2.037.162,72
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	134.012.432,40	126.382.010,34
Bilanzsumme	217.685.023,15	210.811.300,85		217.685.023,15	210.811.300,85

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 169.774,45 €; 2019 = 299.491,35 €

Braunschweig, den 15.7.2020

gez. Schlimme
Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	103.874,07	103.873,82	103.700,00	173,82	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.655.652,28	49.477.589,20	52.346.600,00	-2.869.010,80	
6	Privatrechtliche Entgelte	7.637.842,63	7.660.191,44	7.695.400,00	-35.208,56	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.306.075,45	7.809.202,25	7.838.100,00	-28.897,75	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	6.547,46	3.216,22	6.900,00	-3.683,78	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	133.538,45	192.392,14	127.500,00	64.892,14	
12	**Summe ordentliche Erträge**	61.843.530,34	65.246.465,07	68.118.200,00	-2.871.734,93	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	415.825,67	432.829,12	460.400,00	-27.570,88	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.980,35	52.337,92	504.100,00	-451.762,08	0,00
16	Abschreibungen	6.075.692,95	5.783.983,68	6.252.800,00	-468.816,32	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.830.365,97	58.589.425,10	61.521.900,00	-2.932.474,90	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	64.449.864,94	64.858.575,82	68.739.200,00	-3.880.624,18	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20)** **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	-2.606.334,60	387.889,25	-621.000,00	1.008.889,25	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	67.808,99	3.290,16	0,00	3.290,16	
23	Außerordentliche Aufwendungen	364.869,34	31.923,48	0,00	31.923,48	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	-297.060,35	-28.633,32	0,00	-28.633,32	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)** **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	-2.903.394,95	359.255,93	-621.000,00	980.255,93	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

11 FB 20 Sonderrechnung Stadtentwässerung

11.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung Plan-Ist-Vergleich Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	46.314.989,81	48.893.034,94	48.258.300	634.734,94	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	93.941,20	36.504,44	81.800	-45.295,56	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	6.960.697,07	7.912.625,93	7.838.100	74.525,93	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.966,58	7.096,95	6.900	196,95	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2.718,88	4.919,22	3.000	1.919,22	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	53.375.313,54	56.854.181,48	56.188.100	666.081,48	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen	398.256,32	393.751,14	460.400	-66.648,86	0
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	128.730,47	33.215,05	504.100	-470.884,95	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	54.904.903,04	58.656.051,49	61.321.900	-2.665.848,51	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	55.431.889,83	59.083.017,68	62.286.400	-3.203.382,32	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	-2.056.576,29	-2.228.836,20	-6.098.300	3.869.463,80	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	87.226,40	1.587.226,40	1.587.200	26,40	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	87.226,40	1.587.226,40	1.587.200	26,40	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	1.216.000	-1.216.000,00	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	78.371,11	15.872,81	159.000	-143.127,19	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	1.500.000,00	0,00	2.000.000	-2.000.000,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	1.578.371,11	15.872,81	3.375.000	-3.359.127,19	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-1.491.144,71	1.571.353,59	-1.787.800	3.359.153,59	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-3.547.721,00	-657.482,61	-7.886.100	7.228.617,39	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0	0,00	0
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-3.547.721,00	-657.482,61	-7.886.100	7.228.617,39	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	21.777.302,18	18.229.581,18	18.229.581		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	18.229.581,18	17.572.098,57	10.343.481	7.228.617,39	0

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] außer für Investitionstätigkeit

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb Abfallwirtschaft (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt hat für das RPA die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Mazars GmbH & Co. KG (im Folgenden: Abschlussprüfer) mit Datum vom 20. Januar 2020 mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 beauftragt. Über das Ergebnis hat der Abschlussprüfer mit Datum vom 16. Juli 2020 einen Bericht vorgelegt.

Gegenstand der Prüfung des Abschlussprüfers waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der GoA. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Besondere Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr folgende Prüffelder:

- Bewertung des Sachvermögens,
- Realisierung der Forderungen/Erträge aus der Abfallgebührenabrechnung,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen, insbesondere der Rückstellung für die Deponierekultivierung,
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten/Aufwendungen aus dem Vertrag zur thermischen Behandlung der Abfälle mit REMONDIS, den Leistungsverträgen und den dazugehörigen Klarstellungsvereinbarungen und Ergänzungsvereinbarungen mit ALBA sowie dem Betrieb der Sickerwasserkläranlage durch den AVB.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen und erfolgten auf Basis des sog. risikoorientierten Prüfungsansatzes.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Ersten Stadtrat mit Unterschrift vom 16. Juli 2020 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden vom FBL 20 am 15. Juli 2020 unterschrieben. Der Jahresabschluss wurde dem RPA am 1. September 2020 vorgelegt.

12.2 Feststellungen und Erläuterungen

12.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 14. Juli 2020 den Jahresabschluss 2018 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2018 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Der Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2019 führt aus, dass die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der GoB entspricht.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die nach § 56 KomHKVO vorgeschriebenen Angaben.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften, steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Die nach § 57 Abs. 1 KomHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

12.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen beinhaltet ein Nutzungsrecht für ein mobiles Feuerlöschsystem. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	32	42	-10	-23,8
Infrastrukturvermögen	13.688	14.183	-495	-3,5
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0	0	0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	3	0	0,0
Anlagen im Bau	505		505	>100
Summe	14.228	14.228	0	

Das Infrastrukturvermögen umfasst insbesondere die Anlagegüter der Deponie in Watenbüttel i. H. v. 10.727 TEUR (Vorjahr: 11.174 TEUR) und den Grund und Boden des Infrastrukturvermögens i. H. v. 2.513 TEUR (Vorjahr: 2.513 TEUR).

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten. Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f.) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Ausleihungen	6.779	8.950	-2.171	-24,3
Öffentlich-rechtliche Forderungen	488	1.051	-563	-53,6
Privatrechtliche Forderungen	89	50	39	78,0
Sonstige Vermögensgegenstände	484	144	340	>100,0
Summe	7.840	10.195	-2.355	

Wie im Vorjahr wurde aufgrund der Marktsituation bei der Verzinsung vorhandener liquider Mittel ein Betrag i. H. v. 6.780 TEUR innerhalb des Konzerns Stadt an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (im Folgenden: NiWo) ausgeliehen. Die Rückzahlung ist für das Jahr 2020 vorgesehen. Die Rückzahlung der Ausleihung aus dem Vorjahr ist im Berichtsjahr in voller Höhe erfolgt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bewertet worden. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Forderungen abgezogen, sodass in der Bilanz nur der Nettowert dargestellt wird.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden Einzelwertberichtigungen i. H. v. 1 TEUR (Vorjahr: 1 TEUR) und Pauschalwertberichtigungen i. H. v. 6 TEUR (Vorjahr: 5 TEUR) vorgenommen.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen 15.619 TEUR (Vorjahr: 19.188 TEUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der aktiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 14 TEUR (Vorjahr: 13 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2019 geleistet wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dies die Beamtenbesoldung für Januar 2020, die bereits im Dezember 2019 ausgezahlt wurde.

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Reinvermögen	2.984	2.984	0	0,0
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	124	-124	-100,0
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	270	258	12	4,7
Sonstige Rücklagen	8.477	8.477	0	0,0
Jahresergebnis	-413	1.272	-1.685	>-100,0
Sonderposten	5.635	4.250	1.385	32,6
Summe	16.953	17.365	-412	

Das aufgrund der ab dem 1. Januar 2011 angewandten Rechtsnormen des NKomVG, der KomHKVO (vormals: GemHKVO) und der KomEinrVO aus dem Stammkapital und dem nicht verzinslichen Eigenkapital hervorgegangene und fortgeführte Reinvermögen i. H. v. 2.984 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses veränderten sich im Berichtsjahr auf Basis des Ratsbeschlusses vom 14. Juli 2020 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2018 um -124 TEUR (Vorjahr: -401 TEUR) und sind damit vollständig aufgezehrt.

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. -412 TEUR (Vorjahr: 1.272 TEUR) aus.

Der Sonderposten umfasst Vorträge für den Gebührenausgleich aus Kostenüberdeckungen, die gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 NKAG (periodenbezogen) innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen sind und veränderte sich im Berichtsjahr auf Basis des Ratsbeschlusses vom 14. Juli 2020 zur Verwendung des Jahresergebnisses 2018 um 31 TEUR (Vorjahr: 1.385 TEUR).

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Krediten und Investitionen	624	676	-52	-7,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	893	748	145	19,4
Durchlaufende Posten	6	5	1	20,0
Sonstige Verbindlichkeiten	9	10	-1	-10,0
Summe	1.532	1.439	93	

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO mit ihrem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	28	39	-11	-28,2
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	18.885	24.258	-5.373	-22,1
Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren	13	12	1	8,3
Andere Rückstellungen	332	556	-224	-40,3
Summe	19.258	24.865	-5.607	

Da die Stadt die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten der Sonderrechnung sicherstellt und die Sonderrechnung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt, sind durch die Sonderrechnung keine Pensionsrückstellungen im Haushaltsjahr gebildet worden.

Die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien wurde im Haushaltsjahr fortgeschrieben. Aufgrund der im Jahr 2019 verwendeten Mittel für den dritten Bauabschnitt der Rekultivierung der Schüttfelder I, II und II a (7.156 TEUR) sowie der im Jahr 2019 erfolgten Zuführungen (1.783 TEUR) ergibt sich zum 31. Dezember 2019 ein Bestand der Rückstellung i. H. v. 18.885 TEUR. Die notwendige Höhe dieser Rückstellungen ergibt sich aus der aktuellen Kosten- und Maßnahmenplanung. Zugeführt wurden rd. 1.500 TEUR aus den Abfallgebühren, rd. 18 TEUR aus den erwirtschafteten Zinseinnahmen und rd. 265 TEUR aus den Gebühreneinnahmen für die Einlagerung auf dem Schüttfeld III.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen insbesondere die Rückstellungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen i. H. v. 161 TEUR (Vorjahr: 239 TEUR) sowie die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen i. H. v. 118 TEUR (Vorjahr: 272 TEUR). Die Notwendigkeit der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Schüttfeld III der Deponie.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. -413 TEUR (Vorjahr: 1.272 TEUR) aus.

Das ordentliche Ergebnis beträgt -615 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 40.446 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 41.061 TEUR). Dieser vorgenannte Fehlbetrag setzt sich aus einem Fehlbetrag i. H. v. rd. 31 TEUR aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag i. H. v. rd. 584 TEUR aus dem neutralen Bereich zusammen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 202 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 202 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 0 TEUR).

12.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. 15.619 TEUR (Vorjahr: 19.188 TEUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes i. H. v. rd. 3.569 TEUR (Vorjahr: 5.061 TEUR) resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. -5.183 TEUR (Vorjahr: 4.453 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. 1.665 TEUR (Vorjahr: 659 TEUR) und dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -51 TEUR (Vorjahr: -51 TEUR).

Der Saldo aus der Investitionstätigkeit beinhaltet insbesondere die Auszahlung der Ausleihung an die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH i. H. v. 6.778 TEUR, Ausgaben für die Erneuerung der temporären Oberflächenabdichtung auf dem Schüttfeld III i. H. v. 505 TEUR, Ausgaben für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung i. H. v. 2 TEUR sowie der Rückzahlung der Ausleihung durch die NiWo i. H. v. 8.950 TEUR.

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 56 KomHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

12.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen) beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Er enthält die nach § 57 KomHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

12.3 Prüfungsergebnis

Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss der Sonderrechnung zum 31. Dezember 2019 geprüft und mit Datum vom 16. Juli 2020 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB erteilt.

Die ergänzende Durchsicht wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht hat seitens des RPA keinen Anlass für Einwendungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hält das RPA nicht für erforderlich.

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

12.4.1 Anlage 1 Bilanz

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Abfallwirtschaft - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	46.900,00	44.100,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	2.984.158,29	2.984.158,29
2. Sachvermögen	14.228.079,00	14.227.538,13	1.2 Rücklagen	8.859.257,40	8.746.597,92
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufw endungen *)	1.272.484,16	-412.909,50
3. Finanzvermögen	10.195.182,22	7.839.947,82	1.4 Sonderposten	4.250.265,77	5.635.409,41
				17.366.165,62	16.953.256,12
4. Liquide Mittel	19.187.787,76	15.618.816,00			
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.704,19	13.608,56	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	675.548,00	624.180,00
				675.548,00	624.180,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	748.389,84	893.051,99
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	15.270,40	15.455,13
				763.660,24	908.507,12
			3. Rückstellungen	24.865.279,31	19.258.067,27
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	43.670.653,17	37.744.010,51		43.670.653,17	37.744.010,51

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 67.596,39 €; 2019 = 0,00 €

Braunschweig, den 15.7.2020

gez. Schlimme
Schlimme (Fachbereichsleiter Finanzen)

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	44.490.077,83	40.244.703,81	41.720.700,00	-1.475.996,19	
6	Privatrechtliche Entgelte	28.163,12	23.304,12	15.300,00	8.004,12	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141.000,00	146.000,00	143.500,00	2.500,00	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	73.545,33	18.444,39	11.600,00	6.844,39	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
10	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	3.609,00	13.846,84	0,00	13.846,84	
12	**Summe ordentliche Erträge**	44.736.395,28	40.446.299,16	41.891.100,00	-1.444.800,84	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	523.625,89	519.269,79	610.500,00	-91.230,21	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.615.379,93	1.927.391,44	2.462.400,00	-535.008,56	0,00
16	Abschreibungen	516.356,86	509.213,28	529.000,00	-19.786,72	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.311,36	29.951,09	30.000,00	-48,91	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.802.106,22	38.075.229,99	38.570.500,00	-495.270,01	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	43.489.780,26	41.061.055,59	42.202.400,00	-1.141.344,41	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	1.246.615,02	-614.756,43	-311.300,00	-303.456,43	0,00
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	25.874,14	201.847,93	0,00	201.847,93	
23	Außerordentliche Aufwendungen	5,00	1,00	0,00	1,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	25.869,14	201.846,93	0,00	201.846,93	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	1.272.484,16	-412.909,50	-311.300,00	-101.609,50	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

12 FB 20 Sonderrechnung Abfallwirtschaft

12.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich Sonderrechnung Abfallwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0	0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0,00	0	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0	0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	43.762.009,54	40.798.593,05	40.479.900	318.693,05	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	20.143,08	33.852,05	15.300	18.552,05	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	141.000,00	146.000,00	143.500	2.500,00	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	77.274,50	7.582,64	11.600	-4.017,36	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0	0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2,50	5,00	0	5,00	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	44.000.429,62	40.986.032,74	40.650.300	335.732,74	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen	522.480,46	572.729,46	610.500	-37.770,54	0
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0	0,00	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	1.368.616,97	7.427.791,12	5.418.900	2.008.891,12	0
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	33.019,12	30.658,86	30.000	658,86	0
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	37.623.704,57	38.137.577,67	38.570.500	-432.922,33	0
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	39.547.821,12	46.168.757,11	44.629.900	1.538.857,11	0
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	4.452.608,50	-5.182.724,37	-3.979.600	-1.203.124,37	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0	0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	9.610.000,00	8.950.000,00	8.950.000	0,00	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	9.610.000,00	8.950.000,00	8.950.000	0,00	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0	0,00	0
26	Baumaßnahmen	0,00	504.517,13	920.000	-415.482,87	0
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	714,38	1.862,26	8.000	-6.137,74	0
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0	0,00	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0	0,00	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	8.950.000,00	6.778.500,00	10.000.000	-3.221.500,00	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	8.950.714,38	7.284.879,39	10.928.000	-3.643.120,61	0
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	659.285,62	1.665.120,61	-1.978.000	3.643.120,61	0
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	5.111.894,12	-3.517.603,76	-5.957.600	2.439.996,24	0
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0	0,00	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	51.368,00	51.368,00	51.400	-32,00	0
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-51.368,00	-51.368,00	-51.400	32,00	0
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	5.060.526,12	-3.568.971,76	-6.009.000	2.440.028,24	0
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	0,00		0,00	0
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen		0,00		0,00	0
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	0,00	0,00	0	0,00	0
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	14.127.261,64	19.187.787,76	19.187.788		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	19.187.787,76	15.618.816,00	13.178.788	2.440.028,24	0

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] außer für Investitionstätigkeit

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.1 Vorbemerkungen

Der optimierte Regiebetrieb FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement (im Folgenden: Sonderrechnung) ist ein Sondervermögen der Stadt im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG, dessen Wirtschaftsführung nach § 139 Abs. 1 NKomVG selbstständig erfolgt und für den entsprechend der KomEinrVO eine Sonderrechnung nach den Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Kommunen geführt wird.

Für die Sonderrechnung ist unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zur Rechnungslegung des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO ein Jahresabschluss aufzustellen, der gesonderter Teil des Jahresabschlusses der Stadt ist.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG bzw. § 4 Abs. 1 Nr. 1 RPO obliegt dem RPA die Prüfung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung nach Maßgabe des § 156 Abs. 1 NKomVG.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt hat für das RPA die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Friedrichs & Partner mbB (im Folgenden: Abschlussprüfer) mit Datum vom 1. April 2020 mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 beauftragt. Über das Ergebnis hat der Abschlussprüfer mit Datum vom 25. September 2020 einen Bericht vorgelegt.

Gegenstand der Prüfung des Abschlussprüfers waren die Buchführung und der aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang bestehende Jahresabschluss 2019 der Sonderrechnung, einschließlich der Bestandteile, die dem Anhang beizufügen sind. Die Prüfung erfolgte unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung unter Beachtung der GoA. Die Prüfung hat sich darauf erstreckt, ob die GoB und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

Ausgangspunkt der Prüfung war der Jahresabschluss der Sonderrechnung des vorhergehenden Haushaltsjahres.

Besondere Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr folgende Prüffelder:

- Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt,
- Rückstellungen,
- Vorräte,
- Wesentliche Aufwandsposten der Ergebnisrechnung.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten substanzielle analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen und erfolgten auf Basis des sog. risikoorientierten Prüfungsansatzes.

Erbetene Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig erbracht. Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses der Sonderrechnung wurde durch den Dezernenten VIII mit Unterschrift vom 25. September 2020 festgestellt.

Die komprimierte Darstellung der Bilanz und die Bilanz wurden durch den stellv. FBL 65 am 25. September 2020 unterschrieben. Der Prüfbericht wurde dem RPA am 20. November 2020 vorgelegt.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.2 Feststellungen und Erläuterungen

13.2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt hat am 14. Juli 2020 den Jahresabschluss 2018 der Sonderrechnung mit dem Jahresabschluss 2018 der Stadt beschlossen und dem OBM Entlastung erteilt.

Der Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2019 führt aus, dass die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der GoB entspricht.

Die Jahresabschlussrechnungen wurden nach den entsprechenden Vorschriften der KomEinrVO i. V. m. § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Sonderrechnung entwickelt.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 56 KomHKVO genannten Angaben.

Der Rechenschaftsbericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Die nach § 57 Abs. 1 KomHKVO zu erwartenden möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken für die Aufgabenerfüllung der Sonderrechnung von besonderer Bedeutung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

13.2.2 Bilanz

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielles Vermögen

Das sonstige immaterielle Vermögen umfasst EDV-Lizenzen. Die Bewertung des immateriellen Vermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungswerten.

Sachvermögen

Das Sachvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	171	169	2	1,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	162	124	38	30,6
Vorräte	714	904	-190	-21,0
Summe	1.047	1.197	-150	

Die Bewertung der Zugänge angeschaffter oder hergestellter Anlagegüter erfolgt entsprechend der Rechtsnormen des NKomVG, der KomHKVO und der KomEinrVO auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungswerten.

Die nach § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgeschriebene Abschreibungstabelle mit den Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen (Anlage 19 des RdErl. vom 4. Dezember 2006, Nds. MBl. Nr. 2/2007 S. 42 f) wird für die Abschreibungen zugrunde gelegt.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Die teilfertigen Leistungen der Sonderrechnung werden unter der Position Vorräte abgebildet.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Privatrechtliche Forderungen	18.740	11.114	7.626	68,6
Sonstige Vermögensgegenstände	3	16	-13	-81,3
Summe	18.743	11.130	7.613	

Das Finanzvermögen umfasst insbesondere privatrechtliche Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber diversen Liegenschaftsnutzern der Stadt sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt von der Sonderrechnung ausgeführt wurden. Die privatrechtlichen Forderungen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, da insbesondere noch ausstehende Rechnungen und Honorare zum Bilanzstichtag nicht in voller Forderungshöhe durch die Stadt beglichen wurden. Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bewertet worden und haben Restlaufzeiten von jeweils bis zu einem Jahr. Bei den Forderungen wurden Wertberichtigungen i. H. v. 32 TEUR (Vorjahr: 102 TEUR) vorgenommen.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Sonderrechnung betragen rd. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR). Der Bestand der liquiden Mittel auf den Finanzmittelkonten stimmt mit dem ausgewiesenen Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung überein.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Posten der aktiven Rechnungsabgrenzung i. H. v. 169 TEUR (Vorjahr: 87 TEUR) berücksichtigt Ausgaben, die vor dem 31. Dezember 2019 geleistet wurden, aber Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Sonderrechnung betrifft dieses insbesondere die Beamtenbesoldung für Januar 2020, die bereits im Dezember 2019 ausgezahlt wurde.

Nettoposition

Die Nettoposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0	0,0
Jahresergebnis	2.275	0	2.275	>100,0
Summe	2.275	0	2.275	

Die Bilanz weist betragsgleich mit der Ergebnisrechnung für 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. 2.275 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Schulden

Die Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.086	3.685	401	10,9
Sonstige Verbindlichkeiten	146	143	3	2,1
Summe	4.232	3.828	404	

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt von der Sonderrechnung ausgeführt wurden (vgl. hierzu Ausführungen unter Finanzvermögen).

Die Schulden der Sonderrechnung werden gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen und haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderungen TEUR	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	2.711	2.556	155	6,1
Andere Rückstellungen	10.880	6.200	4.680	75,5
Summe	13.591	8.756	4.835	

Da die Stadt die rechtzeitige Bezahlung aller Beamten der Sonderrechnung sicherstellt und die Sonderrechnung sich abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen an den Versorgungsbezügen beteiligt, sind durch die Sonderrechnung keine Pensionsrückstellungen im Haushaltsjahr gebildet worden.

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung beinhalten Maßnahmen zur Instandhaltung, die in den folgenden drei Haushaltsjahren nachgeholt werden sollen.

Die anderen Rückstellungen betreffen insbesondere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt i. H. v. 9.557 TEUR (Vorjahr: 4.986 TEUR) sowie für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung.

13.2.3 Ergebnisrechnung

Der Haushalt soll gemäß § 110 Abs. 4 Satz 1 NKomVG in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist gemäß § 110 Abs. 4 Satz 2 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2019 ein Jahresergebnis i. H. v. 2.275 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

Das ordentliche Ergebnis beträgt 1.811 TEUR (ordentliche Erträge i. H. v. 84.511 TEUR abzgl. ordentliche Aufwendungen i. H. v. 82.700 TEUR). Das außerordentliche Ergebnis beträgt 464 TEUR (außerordentliche Erträge i. H. v. 483 TEUR abzgl. außerordentliche Aufwendungen i. H. v. 19 TEUR).

13.2.4 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gemäß § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Finanzrechnung weist für das Haushaltsjahr einen Zahlungsmittelbestand i. H. v. rd. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) aus. Dieser stimmt mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln überein.

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes resultiert ausweislich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. 3.101 TEUR (Vorjahr: -4.143 TEUR), dem Saldo aus der Investitionstätigkeit i. H. v. -147 TEUR (Vorjahr: -206 TEUR), dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und dem Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. -2.954 TEUR (Vorjahr: 4.349 TEUR).

Die Liquidität der Sonderrechnung sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen waren im Berichtsjahr sichergestellt (§ 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG).

13.2.5 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung sowie die sonstigen in § 56 KomHKVO genannten Pflichtangaben. Die von der Sonderrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind erläutert.

13.2.6 Dem Anhang beizufügende Bestandteile

Dem Anhang sind die in § 128 Abs. 3 NKomVG genannten Bestandteile (Rechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht, Schuldenübersicht, Rückstellungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen) beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sonderrechnung. Er enthält die nach § 57 KomHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, bekannt geworden.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.3 Prüfungsergebnis

Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss der Sonderrechnung zum 31. Dezember 2019 geprüft und mit Datum vom 25. September 2020 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB erteilt.

Die ergänzende Durchsicht wesentlicher Positionen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Aussagen im Anhang und im Rechenschaftsbericht hat seitens des RPA keinen Anlass für Einwendungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hält das RPA nicht für erforderlich.

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

13.4.1 Anlage 1 Bilanz

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2019

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	**Passiva**	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	169.496,82	139.572,82	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	1.197.272,77	1.046.702,01	1.2 Rücklagen	0,00	0,00
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	0,00	2.275.096,90
3. Finanzvermögen	11.130.257,69	18.742.549,67	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				0,00	2.275.096,90
4. Liquide Mittel	139,36	68,36			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	87.255,07	168.677,05	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607,41	4.085.469,87
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	142.750,28	146.272,63
				3.828.357,69	4.231.742,50
			3. Rückstellungen	8.756.064,02	13.590.730,51
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**12.584.421,71**	**20.097.569,91**	**Bilanzsumme**	**12.584.421,71**	**20.097.569,91**

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €; 2019 = 374.000,00

Braunschweig, 25.09.2020

gez. Eckermann

Eckermann (Stellv. Fachbereichsleiter Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan/Ist Vergleich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	mehr (+) weniger (-) (Sp.3 - Sp.4) -Euro-	bisher nicht bewilligte über-/ außerplan-mäßige Aufwendugen (aus Sp. 5) -Euro-
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	35.204.992,95	35.900.823,08	35.583.400,00	317.423,08	0,00
7	Kostenerstattungen und Umlagen	39.949.553,50	42.749.862,42	40.278.200,00	2.471.662,42	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	454.856,97	-188.978,54	0,00	-188.978,54	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	17.089,87	821.345,25	15.000,00	806.345,25	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**77.706.560,12**	**84.510.452,21**	**81.104.000,00**	**3.406.452,21**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	14.101.143,42	15.303.483,98	16.906.900,00	-1.603.416,02	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	62.643.600,98	65.781.958,35	62.712.300,00	3.069.658,35	0,00
16	Abschreibungen	227.389,43	169.030,82	167.600,00	1.430,82	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.312.741,65	1.445.302,97	1.317.200,00	128.102,97	
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**78.284.875,48**	**82.699.776,12**	**81.104.000,00**	**1.595.776,12**	**0,00**
21	**ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**-578.315,36**	**1.810.676,09**	**0,00**	**1.810.676,09**	**0,00**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	605.521,76	483.759,09	0,00	483.759,09	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	27.206,40	19.338,28	0,00	19.338,28	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	**578.315,36**	**464.420,81**	**0,00**	**464.420,81**	**0,00**
25	**Jahresergebnis Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**

nachrichtlich:

	1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	**0,00**	0,00
	2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) vor Verlust-übernahme durch die Stadt Braunschweig Stadt Braunschweig	**-2.080.066,83**	**-2.952.303,10**	**-5.227.400,00**	**2.275.096,90**	0,00

13 FB 65 Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

13.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Stadt Braunschweig
Gesamt - Finanzrechung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamt-ermächtigungen 2019 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.9) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1]	936.108,61	5.227.400,00	0,00	0,00	0,00	5.227.400,00	7.307.466,83	2.080.066,83
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	34.837.631,40	35.583.400,00	0,00	0,00	0,00	35.583.400,00	35.824.218,45	240.818,45
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3]	36.640.518,07	40.278.200,00	0,00	0,00	0,00	40.278.200,00	38.639.462,99	-1.638.737,01
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.036,15	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	137.626,33	122.626,33
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	72.415.294,23	81.104.000,00	0,00	0,00	0,00	81.104.000,00	81.908.774,60	804.774,60
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	14.719.073,56	15.830.400,00	0,00	0,00	0,00	15.830.400,00	14.916.887,09	-913.512,91
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.839.604,55	64.029.500,00	0,00	0,00	0,00	64.029.500,00	63.890.844,05	-138.655,95
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	76.558.678,11	79.859.900,00	0,00	0,00	0,00	79.859.900,00	78.807.731,14	-1.052.168,86
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 - 17)**	-4.143.383,88	1.244.100,00	0,00	0,00	0,00	1.244.100,00	3.101.043,46	1.856.943,46
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-205.712,80	-334.000,00	0,00	0,00	-45.851,20	-379.851,20	-146.873,10	232.978,10
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungent; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	34.113.861,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.303.706,47	31.303.706,47
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	29.764.672,01	910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.257.947,83	33.347.847,83
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeile 38 und Zeile 39)	4.349.189,01	-910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.954.241,36	-2.044.141,36
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	47,03	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	139,36	-60,64
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	139,36	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68,36	-131,64

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt w erden

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.1 Vorbemerkungen

Aufgrund des § 1 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ vom 5. Oktober 1999 ist bei der Stadt der rechtlich unselbstständige Pensionsfonds der Stadt Braunschweig (im Folgenden: Pensionsfonds) als Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG zur Finanzierung künftiger Versorgungslasten ihrer Beamtinnen und Beamten errichtet worden.

Da für den Pensionsfonds ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt und eine entsprechende Sonderrechnung geführt werden, sind die Vorschriften der Haushaltswirtschaft des NKomVG anzuwenden (vgl. § 130 Abs. 4 NKomVG). Dementsprechend hat die Stadt für den Pensionsfonds für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds nach den für Nds. Kommunen geltenden Vorschriften liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds seitens des RPA erfolgte entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 und § 156 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 130 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 NKomVG.

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 des Pensionsfonds.

Die Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses des Pensionsfonds erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der KomHKVO eingehalten worden sind.

Die Prüfung umfasst - soweit zutreffend - insgesamt die Beurteilung der angewandten Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis-, Gliederungs-, Angabe- und Berichtsgrundsätze.

Die Prüfung wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und in Anlehnung an die GoA durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss des Pensionsfonds frei von wesentlichen Mängeln sind. Die Zielsetzung der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 3 NKomVG erfordert regelmäßig keine lückenlose Prüfung, d. h. Nachweise für die Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss des Pensionsfonds werden im Wesentlichen auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die für die Prüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind vollständig erbracht worden. Der Dezernent II hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Pensionsfonds für das Haushaltsjahr 2019 mit Unterschrift vom 30. März 2021 festgestellt.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.2 Feststellungen und Erläuterungen

Der Rat der Stadt hat am 14. Juli 2020 den Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 beschlossen.

Der Leiter des Pensionsfonds hat mit Schreiben vom 30. März 2021 den mit Datum vom 30. März 2021 aufgestellten Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 zur Prüfung vorgelegt (Eingang beim RPA: 31. März 2021).

Die wesentliche Grundlage der Prüfung des Jahresabschlusses war die Buchführung des Pensionsfonds. Die Buchführung des Pensionsfonds wird mit der Finanzwesensoftware SAP ERP 6.08 geführt und entspricht nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB.

Der Jahresabschluss des Pensionsfonds wurde ordnungsgemäß unmittelbar aus der Buchführung des Pensionsfonds abgeleitet. Die entsprechend anzuwendenden gesetzlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der KomHKVO wurden bis auf die Beanstandung unter Tz. 14.3 beachtet. Der Jahresabschluss enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung befinden sich im Rechenschaftsbericht.

Der Pensionsfonds erhielt im Berichtsjahr Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. 5.087 TEUR (Vorjahr: 5.087 TEUR). Darüber hinaus wurden Zinserträge und ähnliche Finanzerträge i. H. v. 190 TEUR (Vorjahr: 232 TEUR) sowie sonstige ordentliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag i. H. v. 369 TEUR (Vorjahr: 917 TEUR) erzielt. Die Summe der ordentlichen Erträge betrug 5.646 TEUR (Vorjahr: 6.236 TEUR). Der Minderertrag i. H. v. 103 TEUR gegenüber dem Ansatz i. H. v. 5.749 TEUR ergibt sich im Wesentlichen aus um 131 TEUR niedrigeren Erträgen im Zusammenhang mit Abfindungszahlungen für 11 aufgenommene Beamtinnen und Beamte nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 600 TEUR (Vorjahr: 1.187 TEUR). Diese sind bei den sonstigen Personalaufwendungen entstanden. Für neun Beamtinnen und Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, hat die Stadt pauschale Abfindungen für 2019 leisten müssen. Nach § 3 Abs. 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds sind diese Mittel dem Sondervermögen zu entnehmen.

Das Jahresergebnis beläuft sich damit auf 5.047 TEUR (Vorjahr: 5.049 TEUR).

Aufgrund der erzielten Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, der Zinserträge und ähnlichen Finanzerträge sowie der sonstigen ordentlichen Erträge ergab sich zum 31. Dezember 2019 ein Bestand an liquiden Mitteln i. H. v. 1.348 TEUR (Vorjahr: 15.902 TEUR) und ein Finanzvermögen i. H. v. 55.782 TEUR (Vorjahr: 36.969 TEUR).

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Der Zuwachs im Finanzvermögen ergibt sich im Wesentlichen durch die Weitergabe von Finanzmitteln an die Kernverwaltung im Rahmen des Cash-Pools i. H. v. 21.000 TEUR.

In der Summe ergibt sich ein Gesamtvermögen i. H. v. 57.130 TEUR (Vorjahr: 52.871 TEUR), das im Wesentlichen durch die Nettoposition i. H. v. 57.030 TEUR (Vorjahr: 51.983 TEUR) finanziert ist.

14.3 Prüfungsergebnis

Bis auf die folgenden Bemerkung haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Entgegen den Bestimmungen des § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO werden die wichtigsten Ergebnisse der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie erhebliche Abweichungen des Jahresergebnisses von den Haushaltsansätzen - analog zum Jahresabschluss der Stadt - im Rechenschaftsbericht (insbesondere die Punkte 5 und 6) erläutert. Das RPA vertritt die Auffassung, dass diese Textteile in den Anhang umzugliedern sind, da es sich hier um eine geregelte gesetzliche Vorgabe handelt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung trifft das RPA als zuständige örtliche Prüfungseinrichtung des Pensionsfonds im Sinne des NKomVG für die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 in der dem RPA vorgelegten Fassung folgende Prüfungsaussage:

Nach Überzeugung des RPA vermittelt der Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 unter Beachtung der GoB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Pensionsfonds.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4 Rechenwerke des Jahresabschlusses

14.4.1 Anlage 1 Bilanz

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	6.113.675,51	6.113.675,51
2. Sachvermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen	40.820.911,91	45.869.765,24
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	5.048.853,33	5.046.769,10
3. Finanzvermögen	36.968.539,76	55.782.238,05			
			1.4 Sonderposten	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	15.902.210,83	1.347.451,41		51.983.440,75	57.030.209,85
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	887.309,84	0,00
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	99.479,61
				887.309,84	99.479,61
			3. Rückstellungen	0,00	0,00
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.870.750,59	57.129.689,46		52.870.750,59	57.129.689,46

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 0; 2019 = 0

Braunschweig, den 30/03/20

Dr. Kornblum (Stadtrat)

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.2 Anlage 2 Ergebnisrechnung

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
	1	2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben				0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	5.087.000,00	5.087.000,00	5.087.000,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten				0,00	
4	Sonstige Transfererträge				0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]				0,00	
6	Privatrechtliche Entgelte				0,00	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				0,00	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	231.813,87	189.982,84	162.300,00	27.682,84	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen				0,00	
10	Bestandsveränderungen				0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	917.377,99	369.288,00	500.000,00	-130.712,00	
12	**Summe ordentliche Erträge**	**6.236.191,86**	**5.646.270,84**	**5.749.300,00**	**-103.029,16**	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen				0,00	
14	Versorgungsaufwendungen				0,00	
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				0,00	
16	Abschreibungen				0,00	
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				0,00	
18	Transferaufwendungen				0,00	
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.187.338,53	599.501,74	500.100,00	99.401,74	
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.187.338,53**	**599.501,74**	**500.100,00**	**99.401,74**	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.046.769,10**	**5.249.200,00**	**-202.430,90**	**0,00**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge				0,00	
23	Außerordentliche Aufwendungen				0,00	
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.046.769,10**	**5.249.200,00**	**-202.430,90**	**0,00**

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.4.3 Anlage 3 Finanzrechnung

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben				0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	6.952.857,73	5.087.000,00	5.087.000,00	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen				0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]				0,00	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]				0,00	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]				0,00	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	169.806,03	190.471,10	162.300,00	28.171,10	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände				0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	739.023,32	757.451,48	500.000,00	257.451,48	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.861.687,08**	**6.034.922,58**	**5.749.300,00**	**285.622,58**	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen				0,00	0,00
12	Versorgungsauszahlungen				0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände				0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen				0,00	0,00
15	Transferaufwendungen				0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	795.080,40	1.387.331,97	500.100,00	887.231,97	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**795.080,40**	**1.387.331,97**	**500.100,00**	**887.231,97**	0,00
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	**7.066.606,68**	**4.647.590,61**	**5.249.200,00**	**-601.609,39**	0,00
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit				0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen				0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	1.331.616,25	1.797.649,97	1.336.400,00	461.249,97	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.331.616,25**	**1.797.649,97**	**1.336.400,00**	**461.249,97**	
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				0,00	0,00
26	Baumaßnahmen				0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen				0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	4.612.000,00			0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.612.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	0,00
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	**-3.280.383,75**	**1.797.649,97**	**1.336.400,00**	**461.249,97**	0,00
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	**3.786.222,93**	**6.445.240,58**	**6.585.600,00**	**-140.359,42**	0,00
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit				0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit				0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	**3.786.222,93**	**6.445.240,58**	**6.585.600,00**	**-140.359,42**	0,00
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen				0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	21.000.000,00	0,00	21.000.000,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**-21.000.000,00**	**0,00**	**-21.000.000,00**	0,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**12.115.987,90**	**15.902.210,83**	**17.427.888,00**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**15.902.210,83**	**1.347.451,41**	**24.013.488,00**		0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit

15 Vergaben

15.1 Vorbemerkungen

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG und § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 RPO obliegt dem RPA auch die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung, einschließlich der Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung der Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG.

Darüber hinaus ist mit Vereinbarung vom 1. Juli 2015 zwischen dem RPA und dem Klinikum geregelt worden, dass auch Vergaben des Klinikums oberhalb bestimmter Wertgrenzen vom RPA geprüft werden. Diese Wertgrenzen betragen für Vergaben im Bereich der VOB und der VOL gemäß dem gültigen EU-Schwellenwert (netto) für Liefer- und Dienstleistungen 221 TEUR, für Nachtragsangebote 30 TEUR und für Verträge mit freiberuflich Tätigen 50 TEUR.

Gegenstand der Prüfung sind die seitens der Verwaltung gemäß SDA II 10/06 (Dienstanweisung für das Beschaffungs- und Vergabewesen) Ziffer 4.1 und des Klinikums vorzulegenden Vergaben. Geprüft wird die Einhaltung der für die Vergabe von Aufträgen und den Abschluss von Verträgen maßgebenden Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen. Dazu wird auf die SDA II 10/06 Ziffer 2.1 verwiesen.

Wesentliche Prüfkriterien sind insbesondere die Einhaltung

- der Haushaltsgrundsätze im Sinne des § 110 Abs. 2 NKomVG (sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung),
- der Prinzipien des Vergaberechts (Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, d. h. Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot, Wettbewerbsgrundsatz und Transparenzgebot sowie Diskriminierungsverbot bzw. Gleichbehandlungsgrundsatz, Gebot der Förderung mittelständischer Interessen, d. h. Pflicht zur Losaufteilung, Vergabe an fachkundige, leistungsfähige, zuverlässige und gesetzestreue Unternehmen) und
- der Vorgaben für die ordnungsmäßige Abwicklung der Vergabeverfahren (Verfahrensgrundsätze und Verfahrensablauf).

Entsprechend dieser Vorgaben sehen die vergaberechtlichen Vorschriften die öffentliche Ausschreibung als Regelfall vor, wenn nicht die Eigenart der Leistung, die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme hiervon rechtfertigen. Der Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung und die Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung bzw. Freihändigen Vergabe darf danach nur ausnahmsweise und bei Vorliegen der entsprechenden tatbestandlichen Voraussetzungen der VOB, VOL und NWertVO in Betracht kommen.

Die nachfolgenden Übersichten verdeutlichen, inwieweit diesen Vorgaben nachgekommen wird. Dargestellt werden der Anteil der einzelnen Vergabearten zur Summe der Vergaben der Anzahl und dem Wert nach für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die entsprechenden absoluten und relativen Veränderungen.

15 Vergaben

Vergaben der Anzahl nach:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentliche Ausschreibung	335	32,2	256	28,1	79	30,9
Beschränkte Ausschreibung	352	33,9	308	33,8	44	14,3
Freihändige Vergaben	352	33,9	347	38,1	5	1,4
Summe	1.039	100,0	911	100,0	128	

Vergaben dem Wert nach:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Öffentliche Ausschreibung	75.135	42,7	118.519	47,0	-43.384	-36,6
Beschränkte Ausschreibung	23.390	13,3	31.248	12,4	-7.858	-25,1
Freihändige Vergaben	77.379	44,0	102.246	40,6	-24.867	-24,3
Summe	175.904	100,0	252.013	100,0	-76.109	

Im Ergebnis zeigen die Übersichten, dass der Anteil der Öffentlichen Ausschreibungen der Anzahl nach bei 32,2 % (Vorjahr: 28,1 %) und dem Wert nach bei 42,7 % (Vorjahr: 47,0 %) liegt. Die Verwaltung ist der vergabe- bzw. haushaltsrechtlichen Verpflichtung entsprechend gehalten, Aufträge möglichst öffentlich auszuschreiben. Die hohe Anzahl von Freihändigen Vergaben resultiert daraus, dass „Vergaben nach HOAI“ und „sonstige Vergaben“ i. d. R. nach dieser Vergabeart erfolgen. Es wurden 140 (Vorjahr: 142) Vergaben nach HOAI mit einem Auftragsvolumen i. H. v. 63.966 TEUR (Vorjahr: 37.556 TEUR) und 111 (Vorjahr: 93) sonstige Vergaben mit einem Auftragsvolumen i. H. v. 3.257 TEUR (Vorjahr: 8.119 TEUR) zur Prüfung vorgelegt.

Für das Berichtsjahr sind für Vergaben die nach dem NTVerG vom 31. Oktober 2013 (Nds. GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Haushaltsbegleitgesetztes 2017 vom 15. Dezember 2017 (Nds. GVBI. S. 301), i. V. m. der NWertVO vom 19. Februar 2014 (Nds. GVBl. S. 64), geändert durch das Gesetz vom 8. Juni 2016 (Nds. GVBI. S. 103), und die nach den Verdingungsordnungen geregelten Wertgrenzen maßgebend. Die Wertgrenzen betragen netto:

Vergabeart	Norm	Gegenstand	EUR
Freihändige Vergaben	VOL		25.000,00
	VOB		25.000,00
Beschränkte Ausschreibungen	VOL		50.000,00
	VOB	Ausbaugewerke	50.000,00
	VOB	Tief-, Verkehrswege und Ingenieurbau	150.000,00
	VOB	übrige Gewerke	100.000,00

In dem hier insgesamt beschriebenen Rahmen hat allein der Prüfbereich Technik zu den 925 (Vorjahr: 802) zur Prüfung vorgelegten Vergaben gegenüber den Vergabe- bzw. Bedarfsstellen insgesamt 499 (Vorjahr: 406) Hinweise bzw. Stellungnahmen mit Beanstandungen zur Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit grundsätzlicher Art abgegeben. Dies betraf rd. 53,9 % (Vorjahr: rd. 50,6 %) der hier vorgelegten Vergaben. Dabei wurden gegenüber den Bedarfs- bzw. Vergabestellen Einsparpotentiale i. H. v. rd. 621 TEUR (Vorjahr: rd. 3.094 TEUR) aufgezeigt.

15 Vergaben

In der folgenden Übersicht sind zu den dem RPA zur Prüfung vorgelegten Vergaben für die Bereiche „allgemeine Verwaltung“, „Bauverwaltung“, „Klinikum“ und „sonstige Bedarfsstellen“ nach den Vergabearten „Öffentliche Ausschreibung“, „Beschränkte Ausschreibung“ und „Freihändige Vergaben“ die Anzahl und das Volumen in TEUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in TEUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt. Daran schließen sich je Vergabeart die summierten Werte an.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	Anzahl	TEUR	Anzahl	TEUR	TEUR	%
allgemeine Verwaltung						
Öffentliche Ausschreibung	32	8.879	29	15.969	-7.090	-44,4
Beschränkte Ausschreibung	33	1.572	22	1.199	373	31,1
Freihändige Vergaben	42	3.787	42	12.511	-8.724	-69,7
Summe	107	14.238	93	29.679	-15.441	
Bauverwaltung						
Öffentliche Ausschreibung	269	41.918	193	88.178	-46.260	-52,5
Beschränkte Ausschreibung	316	21.646	278	25.897	-4.251	-16,4
Freihändige Vergaben	297	17.471	275	16.216	1.255	7,7
Summe	882	81.035	746	130.291	-49.256	
Klinikum						
Öffentliche Ausschreibung	27	16.467	26	13.510	2.957	21,9
Beschränkte Ausschreibung	1	37	2	3.201	-3.164	-98,8
Freihändige Vergaben	8	56.007	23	73.355	-17.348	-23,6
Summe	36	72.511	51	90.066	-17.555	
Sonstige Bedarfsstellen						
Öffentliche Ausschreibung	7	7.871	8	862	7.009	813,1
Beschränkte Ausschreibung	2	135	6	951	-816	-85,8
Freihändige Vergaben	5	114	7	164	-50	-30,5
Summe	14	8.120	21	1.977	6.143	
Summierte Werte						
Öffentliche Ausschreibung	335	75.135	256	118.519	-43.384	-36,6
Beschränkte Ausschreibung	352	23.390	308	31.248	-7.858	-25,1
Freihändige Vergaben	352	77.379	347	102.246	-24.867	-24,3
Summe	1.039	175.904	911	252.013	-76.109	

15 Vergaben

In der folgenden Übersicht sind zu den dem RPA zur Prüfung vorgelegten Vergaben für die Bereiche „Vergaben nach VOB“, „Vergaben nach VOL“, „Vergaben nach HOAI“ und „sonstige Vergaben“ nach den Vergabearten „Öffentliche Ausschreibung“, „Beschränkte Ausschreibung“ und „Freihändige Vergabe“ die Anzahl und das Volumen in TEUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in TEUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt. Daran schließen sich die summierten Werte und die „Davon-Werte“ der „Vergaben nach EU-Recht“ an.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	Anzahl	TEUR	Anzahl	TEUR	TEUR	%
Vergaben nach VOB						
Öffentliche Ausschreibung	257	48.360	188	61.714	-13.354	-21,6
Beschränkte Ausschreibung	275	20.350	260	25.528	-5.178	-20,3
Freihändige Vergaben	49	5.119	46	3.036	2.083	68,6
Summe	581	73.829	494	90.278	-16.449	
Vergaben nach VOL						
Öffentliche Ausschreibung	77	26.742	63	56.251	-29.509	-52,5
Beschränkte Ausschreibung	77	3.040	46	5.676	-2.636	-46,4
Freihändige Vergaben	52	5.037	66	53.535	-48.498	-90,6
Summe	206	34.819	175	115.462	-80.643	
Vergaben nach HOAI						
Öffentliche Ausschreibung	0	0	0	0	0	0,0
Beschränkte Ausschreibung	0	0	0	0	0	0,0
Freihändige Vergaben	140	63.966	142	37.556	26.410	70,3
Summe	140	63.966	142	37.556	26.410	
Sonstige Vergaben						
Öffentliche Ausschreibung	1	33	5	554	-521	-94,0
Beschränkte Ausschreibung	0	0	2	44	-44	-100,0
Freihändige Vergaben	111	3.257	93	8.119	-4.862	-59,9
Summe	112	3.290	100	8.717	-5.427	
Summierte Werte						
Öffentliche Ausschreibung	335	75.135	256	118.519	-43.384	-36,6
Beschränkte Ausschreibung	352	23.390	308	31.248	-7.858	-25,1
Freihändige Vergaben	352	77.379	347	102.246	-24.867	-24,3
Summe	1.039	175.904	911	252.013	-76.109	
Davon Vergaben nach EU-Recht						
Öffentliche Ausschreibung = Offene Verfahren	87	32.016	69	81.907	-49.891	-60,9
Beschränkte Ausschreibung = Nichtoffene Verfahren	2	701	2	3.847	-3.146	-81,8
Freihändige Vergaben = Verhandlungsverfahren	32	60.267	43	77.881	-17.614	-22,6
Summe	121	92.984	114	163.635	-70.651	

15 Vergaben

15.2 Feststellungen und Erläuterungen

15.2.1 Vergaben nach VOB

Die Prüfung von Vergaben nach VOB bezog sich im Wesentlichen auf

- eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibungen,
- die ordnungsmäßige Wertung der Angebote sowie die Objektivität der Vergabeentscheidungen durch die Vergabestellen,
- die grundsätzliche Eignung des vorgeschlagenen Bieters,
- die Unterlassung von wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen,
- besondere Preisabweichungen im Preisspiegel im Hinblick auf mögliche Angebotsmanipulationen,
- mögliche sonstige Auffälligkeiten.

Vor diesem Hintergrund entsprechen die dem RPA zur Prüfung vorgelegten Vergaben nach VOB grundsätzlich den Haushaltsgrundsätzen und den Prinzipien des Vergaberechts. Ebenso werden die Vergabeverfahren in der Regel ordnungsmäßig abgewickelt. Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen ergaben sich u. a. zu folgenden Sachverhalten:

B Anhand von zur Prüfung vorgelegten Nachträgen für laufende Aufträge, die beispielsweise aus geänderten oder zusätzlichen Leistungen seitens der FB resultieren, ist wiederholt festgestellt worden, dass die entsprechenden Nachtragsbearbeitungen häufig zu ungenau und nicht vorschriftsmäßig erfolgen. Nachtragsleistungen sind stets auf der Grundlage des jeweiligen Hauptangebotes vorkalkulatorisch zu ermitteln. Teilweise werden Leistungen jedoch erst nachträglich unter Berücksichtigung des tatsächlichen Zeitaufwands kalkuliert. Enthaltene Stoffkosten oder Nachunternehmerleistungen werden zwar meistens durch Angebote oder Rechnungen der entsprechenden Lieferanten oder Nachunternehmer sowie durch allgemeine Preislisten belegt. Wirtschaftliche Vergleiche mit den ursprünglich kalkulierten Ansätzen aus dem jeweiligen Hauptangebot (Urkalkulation) erfolgt dagegen - wie geboten - in der Regel nicht.

B Der FB 65 legte dem RPA zu diversen Baumaßnahmen geänderte oder zusätzliche Leistungen und bei zahlreichen Stundenlohnarbeiten erhebliche Massenmehrungen zur Prüfung vor. Umfangreiche beschreibbare Leistungen wurden nicht vorkalkulatorisch ermittelt und damit entsprechend zu Einheitspreisen (EP) angeboten, sondern zu Ist-Kosten der erbrachten Leistung kalkuliert und als Stundenlohnarbeiten mit Materialkosten angegeben. Die entsprechend vertraglich vereinbarten Kalkulationen aus dem jeweiligen Hauptauftrag wurde nicht - wie geboten - fortgeschrieben.

B Der FB 65 legte dem RPA für Rohbauarbeiten zum Neubau der Kita Lamme Ost II mehrere Nachtragsvereinbarungen (HA - Öffentliche Ausschreibung) mehrfach zur Prüfung vor. Hierdurch konnten nach diversen Stellungnahmen des RPA die Nachtragsangebote aufgrund niedrigerer EP und nichtanerkannter Leistungen um 8.843,34 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA eine Auftragsvergabe (Öffentliche Ausschreibung) über die Sanierung der Büchnerstraße i. H. v. 649.525,47 EUR zur Prüfung vor. Vor dem Hintergrund einer Kostenüberschreitung von mehr als 50 % hat das RPA die Wirtschaftlichkeit und die Notwendigkeit einer Realisierung im

15 Vergaben

Jahr 2019 infrage gestellt. Die Ausschreibung wurde aufgehoben. Infolge einer neuen Ausschreibung mit geänderten Bauzeiten und der Vergabe der Leistungen an eine andere Firma konnte die Auftragssumme um 56.526,55 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA eine Auftragsvergabe (Öffentliche Ausschreibung) über die Herstellung des Radweges Rodedamm i. H. v. 198.763,44 EUR zur Prüfung vor. Vor dem Hintergrund einer Kostenüberschreitung von mehr als 80 % gegenüber der eigenen Kostenschätzung hat das RPA die Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Bauzeit der Maßnahme infrage gestellt. Die Ausschreibung wurde dementsprechend aufgehoben. Infolge einer neuen Ausschreibung und der Vergabe der Leistungen an eine andere Firma konnte die Auftragssumme (städt. Anteil) um 54.961,69 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA in 2018 eine Auftragsvergabe (Öffentliche Ausschreibung) über die Sanierung der Zimmerstraße-Ost i. H. v. 539.918,02 EUR zur Prüfung vor. Vor dem Hintergrund einer Kostenüberschreitung von mehr als 57 % gegenüber der eigenen Kostenschätzung hat das RPA die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme infrage gestellt. Darüber hinaus wurde ein Verstoß gegen das Gebot der produktneutralen Ausschreibung gemäß § 7 Abs. 2 VOB/A festgestellt. Die Ausschreibung wurde aufgehoben. Infolge einer neuen Ausschreibung in 2019 und der Vergabe der Leistungen an eine andere Firma konnte die Auftragssumme (städt. Anteil) um 71.114,44 EUR reduziert werden.

B Der FB 66 legte dem RPA im Rahmen der Herstellung der Bushaltestellen „Ebertallee/Herzogin-Elisabeth-Straße“ mehrere Nachtragsvereinbarungen (HA - Öffentliche Ausschreibung), die mit einer Firma für Straßenbauarbeiten geschlossen werden sollten, mehrfach zur Prüfung vor. Hierbei konnten nach Prüfung und diversen Stellungnahmen durch das RPA die Nachtragsangebote aufgrund niedrigerer EP und nicht anerkannter Leistungen um rd. 21.000 EUR reduziert werden.

B Der FB 67 legte dem RPA eine Auftragsvergabe (Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb) über die Baumpflanzung nach Sturmschäden II i. H. v. 217.486,71 EUR zur Prüfung vor. Das wirtschaftlichste Angebot des Mindestbieters sollte aus formalen Gründen ausgeschlossen werden. Nach Prüfung und Beanstandung durch das RPA wurde das wirtschaftlichste Angebot gewertet und der Auftrag i. H. v. 198.730,50 EUR an den Erstbieter erteilt. Durch die Vergabe der Leistungen an eine andere Firma konnte die Auftragssumme um 18.756,21 EUR reduziert werden.

B Der FB 67 legte dem RPA eine Auftragsvergabe (Beschränkte Ausschreibung) über die Sanierung des Okerbegleitweges i. H. v. 133.119,14 EUR zur Prüfung vor. Das wirtschaftlichste Angebot des Erstbieters sollte aus formalen Gründen ausgeschlossen werden. Nach Prüfung und Beanstandung durch das RPA wurde das wirtschaftlichste Angebot gewertet und der Auftrag i. H. v. 117.640,56 EUR an den Erstbieter erteilt. Durch die Vergabe konnte die Auftragssumme um 15.478,58 EUR reduziert werden.

B Der FB 67 legte dem RPA für bestimmte Baumpflanzungen Nachtragsvereinbarungen, die mit Firmen für Landschaftsbauarbeiten geschlossen werden sollten, zur Prüfung vor. Die Nachtragssummen waren fehlerhaft und konnten nach Prüfung durch das RPA um rd. 10.000 EUR reduziert werden.

15 Vergaben

B Das Klinikum legte dem RPA für die Herstellung bestimmter Verkehrsanlagen zum „2 Standorte-Konzept“ mehrere Nachtragsvereinbarungen (HA - Öffentliche Ausschreibung), die mit einer Firma für Straßen- und Kanalbauarbeiten geschlossen werden sollten, teilweise mehrfach zur Prüfung vor. Insgesamt betrugen die Nachtragsleistungen rd. 850.000 EUR. Das RPA hat hierbei wesentliche Nachtragsleistungen beanstandet. Bisher konnten nach Prüfung und diversen Stellungnahmen durch das RPA die Nachtragsangebote aufgrund niedrigerer EP und nicht anerkannter Leistungen um rd. 16.700 EUR reduziert werden. Weitere Preisreduzierungen sind aus prüfungsseitiger Sicht möglich und erforderlich. Die Prüfung wird fortgesetzt.

B Das Klinikum legte im Oktober 2019 dem RPA den 15. Nachtrag für Dachabdichtungsarbeiten am Neubaukörper A + B Standort Salzdahlumer Straße i. H. v. 350.126,93 EUR zur Prüfung vor. Nach Prüfung durch das RPA war die Pos. 2 nicht zu vergüten, da es sich nach VOB/C um Nebenleistungen handelte, die nicht gesondert zu vergüten sind. Zur Ermittlung des EP der Pos. 6 wurde eine nichtzutreffende Vergleichsposition des Hauptangebotes herangezogen. Auf Basis von vergleichbaren Leistungen des Hauptangebots kürzte das RPA den EP von 15,20 EUR/m² auf 10,15 EUR/m². Dadurch ergab sich eine Einsparung von insgesamt 16.454,38 EUR. Bei Prüfung des darauffolgenden Nachtrags für Dachabdichtungsarbeiten stellt das RPA allerdings fest, dass das Klinikum den 15. Nachtrag nur um 9.324,31 EUR gekürzt hatte, ohne das RPA weiter an der Nachtragsprüfung zu beteiligen. Eine Begründung für die geringere Reduzierung wurde nicht mitgeteilt und nicht dokumentiert.

15.2.2 Vergaben nach VOL

Die Prüfung von Vergaben nach VOL bezog sich im Wesentlichen auf

- eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibungen,
- die ordnungsmäßige Wertung der Angebote sowie die Objektivität der Vergabeentscheidungen durch die Vergabestelle,
- die grundsätzliche Eignung des vorgeschlagenen Bieters,
- die Unterlassung von wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen,
- mögliche sonstige Auffälligkeiten.

Vor diesem Hintergrund entsprechen die dem RPA zur Prüfung vorgelegten Vergaben nach VOL grundsätzlich den Haushaltsgrundsätzen und den Prinzipien des Vergaberechts. Ebenso werden die Vergabeverfahren in der Regel ordnungsmäßig abgewickelt. Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen ergaben sich u. a. zu folgenden Sachverhalten:

B Eine vom FB 10 vorgelegte Vergabe zur Beschaffung von Büromaterial erfolgte kurzfristig zwei Tage vor Ablauf der Bindefrist. Zur Gewährleistung einer sachgerechten und angemessenen Prüfung hat die Vorlage des Vergabevorgangs entsprechend der RPO rechtzeitig vor Auftragserteilung zu erfolgen. Die Vorlage zwei Tage vor Ablauf der Bindefrist kann nicht als rechtzeitig angesehen werden. Darüber hinaus hat die Vorlage mit den vollständigen Bearbeitungsunterlagen zu erfolgen. Zu diesen Unterlagen gehören auch die Bedarfsermittlung und die Schätzung des Auftragswertes, die in dem Vergabevorgang fehlten. Zukünftig sind diese beizufügen. Im Rahmen der Prüfung wurde auch festgestellt, dass bei der vorhergehenden Ausschreibung für den Zeitraum 2017/2018 von einem Auftragswert i. H. v. 45.454,60 EUR ausge-

15 Vergaben

gangen wurde, tatsächlich aber Zahlungen i. H. v. 109.006,36 EUR geleistet wurden. Zukünftig ist durch eine regelmäßige Kontrolle sicherzustellen, dass es nicht mehr zu derart hohen Auftragsüberschreitungen kommen kann.

B Bei einem vom FB 37 durchgeführten Vergabeverfahren zur Beschaffung von Einsatz- und Schutzkleidung für die Feuerwehr Braunschweig sind in der Leistungsbeschreibung zum einen eine Vielzahl von Ausschlusskriterien ohne ausreichende Begründung festgelegt worden, zum anderen wurde durch besonders detailliert vorgegebene Zusammensetzung der Oberstoffe möglicherweise der Wettbewerb unverhältnismäßig eingeengt. Solche Forderungen sind ausführlich und nachvollziehbar zu begründen oder so zu formulieren, dass der angestrebte Zweck auch mit einem alternativen Materialmix erreicht werden kann. Auch wenn etliche der Ausschlusskriterien nachvollziehbar sind, sollte eine Überprüfung der Notwendigkeit vor Ausschreibung stattfinden, da andernfalls der gesetzliche vorgeschriebene Wettbewerb umgangen werden könnte.

B Der FB 40 hat eine Vergabe zur zusätzlichen Schülerbeförderung im Schuljahr 2019/2020 als Freihändige Vergabe durchgeführt und die Vergabeart mit besonderer Dringlichkeit nach § 3 Abs. 5 lit. g VOL/A begründet. Die Begründung war weder schlüssig noch nachvollziehbar und wurde daher beanstandet. Die Feststellung des Bedarfs zur Schülerbeförderung wäre aufgrund der Anmeldefristen der jeweiligen Schulformen ohne weiteres vor dem Beginn der Sommerferien möglich gewesen, sodass ein ordnungsgemäßes Vergabeverfahren hätte durchgeführt werden können.

B Vom FB 41 wurde eine Vergabe zur Beauftragung von Bühnen-, Licht- und Tontechnik für das 5. Regionale Musikfest in Peine durchgeführt, ohne dass ausreichende Haushaltsmittel eingeplant waren. Die abgegebenen Angebote überstiegen die geplante Auftragssumme erheblich, so dass eine Teilaufhebung des Verfahrens bei gleichzeitiger Reduzierung des Auftragsumfanges vorgenommen wurde. Zudem stand zum Zeitpunkt der Ausschreibung die Finanzierung nicht im Einzelnen fest. Mit einem Vergabeverfahren darf jedoch erst begonnen werden, wenn der Bedarfsumfang feststeht und die Finanzierung der Maßnahme gesichert ist.

15.2.3 Vergaben für freiberufliche Leistungen und Vergaben nach HOAI

Die Prüfung von Vergaben für sonstige freiberufliche Leistungen, für Architekten- bzw. Ingenieurleistungen nach HOAI und Gutachten bezog sich insbesondere auf

- die Beachtung und Anwendung allgemeiner Vertragsmuster und Vertragsbedingungen,
- die korrekte und sachgemäße Anwendung der HOAI einschließlich der Berechnung von Honoraren nach gültiger Honorartafel,
- die freie Honorarvereinbarung oder die Honorierung außerhalb des Anwendungsbereichs der HOAI,
- die Beachtung und Einhaltung des GWB und der VgV,
- die Festlegung der sog. Grundleistungen und sog. Besonderen Leistungen,
- den Umfang und die Bewertung von Leistungen,
- die Vereinbarung von Honorarzonen,

15 Vergaben

- die Festlegung von Umbau- bzw. Instandsetzungszuschläge und Zeithonoraren,
- die wirtschaftliche Honorierung von sonstigen freiberuflichen Leistungen.

B Hierbei wurde - wie bereits in den Vorjahren - festgestellt, dass den Vergabeunterlagen wiederholt keine eingehenden Begründungen für Nachtragshonorierungen, für nach Zeitaufwand abgerechnete Mehraufwendungen, für die Bemessung der Höhe von Umbauzuschlägen oder für die Festlegung von Honorarzonen beigefügt waren. Ebenso wurden im Falle von freien Honorarvereinbarungen oftmals keine Vergleichsangebote zur Prüfung vorgelegt.

Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen ergaben sich u. a. auch zu folgenden Sachverhalten:

B Der FB 61 reichte eine Direktvergabe zur Detailerkundung einer Altlast mit der Begründung ein, dass das betreffende Ingenieurbüro bereits die Sanierung einer Altlast im Umfeld der neuen Sekundärquelle durchgeführt habe und durch die Vorkenntnisse ein geringerer Einarbeitungsaufwand anfalle. Da über das vorliegende Angebot i. H. v. 37.698,01 EUR hinaus noch von weiteren Leistungen für zukünftige Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen auszugehen war, forderte das RPA den FB 61 auf, zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit und zur Umsetzung des Wettbewerbsprinzips Vergleichsangebote einzuholen. Durch die Anfrage bei drei qualifizierten Gutachterbüros konnten 6.077,33 EUR eingespart werden.

B Ende 2017 legte der FB 61 zur Weiterführung des südlichen Ringgleises den 1. Nachtrag für Planungs- und Ingenieurleistungen i. H. v. 24.693,69 EUR zur Prüfung vor. Das RPA stellte fest, dass die Nachtragsleistungen mit um 56 % höheren Stundensätzen kalkuliert waren als der Hauptauftrag. Auf die Stellungnahme des RPA antwortete der FB 61, dass es sich um andere Leistungen handelt und die Stundensätze angemessen seien. Dies ist nach Auffassung des RPA nicht zutreffend, da die Untersuchung weiterer Varianten und die Kostenermittlung für die Unterhaltung schon Gegenstand des Hauptauftrags waren. Dementsprechend hätte der Nachtrag auf Grundlage der Kalkulation des Hauptauftrags berechnet werden müssen, ggf. unter Berücksichtigung einer angemessenen Indexsteigerung. Die mögliche Einsparung i. H. v. rd. 8.000 EUR wurde nicht erzielt, da FB 61 den Nachtrag trotz der Einwände des RPA mit 24.693,69 EUR beauftragt hat.

B Der FB 65 legte im Mai 2019 dem RPA Nachträge für brandschutztechnische Leistungen für den Erweiterungsbau der Grundschule Lamme i. H. v. 10.864,40 EUR zur Prüfung vor. Zuvor waren schon im Februar und Dezember 2017 zwei Kleinaufträge i. H. v. 4.641,00 EUR und 2.500,00 EUR zur Beratung in brandschutztechnischen Fragen auf Basis von Zeithonoraren jeweils unterhalb der Vorlagegrenze erteilt worden. Kleinaufträge sind nicht zur Vergabe freiberuflicher Leistungen vorgesehen. Diese sind auf Grundlage der vorliegenden Muster für Ingenieurverträge zu schließen. Damals sind statt eines vollständigen Leistungsbildes nur Teilleistungen angefragt und beauftragt worden. Durch die Direktbeauftragungen ist einerseits der Wettbewerbsgrundsatz verletzt und andererseits wurde durch die Splittung der Aufträge die entsprechende Vorlagepflicht beim RPA umgangen. Weitere brandschutztechnische Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 8 sollten in der Folge an das vorbefasste Ingenieurbüro direkt vergeben werden. Dieses Vorgehen wurde im Jahr 2019 mehrfach auch bei anderen Bauvorhaben beanstandet. Durch einen weiteren Nachtrag im September 2019 erhöhte sich die Auftragssumme

15 Vergaben

auf insgesamt 27.987,70 EUR, ohne dass die Wirtschaftlichkeit durch Vergleichsangebote nachgewiesen wurde.

B/St Im April 2018 erteilte der FB 65 auf das Angebot eines Tragwerkplaners für die Einrichtung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehndorf einen mündlichen Auftrag. Mit der Erteilung eines Kleinauftrags über 4.000,00 EUR wurde die Vorlage beim RPA umgangen, weitere 10.000,00 EUR wurden im August 2018 ohne Beteiligung des RPA beauftragt. Über die beauftragten 14.000,00 EUR hinaus wurden rd. 17.000 EUR gezahlt, ohne dass ein schriftlicher Ingenieurvertrag geschlossen worden ist. Ein geändertes Honorarangebot des Auftragnehmers vom August 2019 legte der FB 65 erst im Juni 2020, als die Leistungen im Wesentlichen erbracht sind, als „Nachtrag Minderkosten“ dem RPA zur Vergabeprüfung vor. Das RPA beanstandet, dass:

- kein schriftlicher Ingenieurvertrag gemäß SDA II 10/06 Ziff. 3.2.5 geschlossen wurde,
- für die Angebotserstellung widersprüchliche und nichtzutreffende Vorgaben gestellt wurden,
- durch die Splittung in Teilbeauftragungen die Vorlage beim RPA umgangen wurde,
- ein Auftrag oberhalb der Wertgrenze von 5.000,00 EUR nicht beim RPA zur Prüfung vorgelegt wurde,
- das RPA erst kurz vor Beendigung der Baumaßnahme beteiligt wurde,
- Rechnungen des Auftragnehmers nicht zeitnah geprüft und erst mit einer Verspätung von einem halben bis zu einem ganzen Jahr gezahlt wurden und
- „Minderkosten“ als Nachtrag zu einem Ingenieurvertrag, der nie schriftlich erteilt wurde, zur Prüfung vorgelegt wurden.

Da bei einer De facto-Vergabe nach Erbringung der Leistungen kein Raum mehr für eine Vergabeprüfung durch das RPA besteht, wurde die Vergabeprüfung abgelehnt.

B Für die Brandschutzsanierung der Grundschule Altmühlstraße sollte ein Direktauftrag für die Planung der technischen Ausrüstung an ein Ingenieurbüro erteilt werden. Neben preisgebundenen Grundleistungen nach HOAI enthielt die Vergabe in erheblichem Umfang sog. frei vereinbare besondere Leistungen. Nach Auffassung des RPA war somit der Ausnahmetatbestand für eine Direktvergabe von Grundleistungen nach der Honorartafel der HOAI ohne Vergleichsangebote nicht mehr gegeben. Auf die Aufforderung an den FB 65, Vergleichsangebote einzuholen, wurde mitgeteilt, dass diese besonderen Leistungen wegen Dringlichkeit dem Grunde nach bereits beauftragt sind. Die Wirtschaftlichkeit der Vergabe war somit nicht mehr überprüfbar.

B/St Im November 2018 reichte der FB 65 die Vergabe einer Tragwerksplanung für die mobilen Raumanlagen des Gymnasiums Neuen Oberschule Beethovenstraße beim RPA zur Prüfung ein. Gemäß der Stellungnahme des RPA war die Vergabevorlage zu überarbeiten und erneut zur Prüfung einzureichen. Trotz mehrfacher schriftlicher Nachfragen mit Fristsetzung, zuletzt im Oktober 2019, konnte die Vergabeprüfung mangels Rückantwort des FB 65 nicht abgeschlossen werden. Im März 2021 wurde ein Nachtrag i. H. v. 18.628,80 EUR zur Prüfung vorlegt. Bei der Nachtragsprüfung stellte das RPA

15 Vergaben

anhand der Buchführung fest, dass der Auftrag für die Tragwerksplanung i. H. v. 18.955,95 EUR bereits am 19. Juli 2019 gebucht wurde. Darüber hinaus wurde am gleichen Tag ein weiterer Auftrag, der dem RPA nicht zur Vergabeprüfung vorgelegt worden war, für den Brandschutznachweis und die Örtliche Bauüberwachung mit Erstellung der Konformitätsbescheinigung i. H. v. 6.069,00 EUR an dasselbe Ingenieurbüro erteilt. Dies verstößt gegen die SDA II 10/06 Ziffer 4.1 Abs. 1. Bei Berücksichtigung der Hinweise des RPA wären Einsparungen i. H. v. ca. 4.800,00 EUR möglich gewesen. Der Vorlage für den Nachtrag liegt der vom Ingenieurbüro am 26. November 2018 (noch vor der Stellungnahme des RPA vom 27. November 2018!) unterschriebene Vertrag bei, der von Auftraggeberseite nicht unterschrieben wurde, da die Vergabeprüfung nie beendet wurde. Somit liegt, nachdem das Ingenieurbüro seine Leistungen erbracht und die entsprechende Schlussrechnung erstellt hat, immer noch kein gültiger schriftlicher Ingenieurvertrag vor.

B/St Zwischen dem Klinikum und dem Auftragnehmer für das Bauprojektmanagement, der Turner & Townsend GmbH, wurde die 3. Nachtragsvereinbarung i. H. v. 449.187,66 EUR am 4. März 2019/11. März 2019 schriftlich geschlossen, bevor die Vergabe zur Prüfung beim RPA einging. Die mündliche Beauftragung der Objekt- und Fachplanungsleistungen zur baulichen Sicherung und Fertigstellung der Hülle des Rohbaus am Standort Salzdahlumer Straße erfolgte bereits im August 2017. Das RPA stellt fest, dass es sich bei den zu erbringenden Leistungen nicht um Bauprojektmanagementleistungen handelt, sondern um Grundleistungen der Objekt- und Fachplanung nach HOAI, deren Auftragswert den Schwellenwert nach § 106 GWB überschreitet. Daher hätte ein VgV-Verfahren durchgeführt werden müssen. Die Beauftragung erfolgte als Direktauftrag ohne Vergleichsangebote zu Konditionen, die erheblich über den ortsüblichen Konditionen liegen. Bei einer Vergabe unter Wettbewerbsbedingungen wäre nach Einschätzung des RPA eine Einsparung i. H. v. mindestens 100.000,00 EUR erzielbar gewesen. Aus diesem Grund erhob das RPA erhebliche Bedenken wegen der Wirtschaftlichkeit.

B Im Oktober 2018 legte das Klinikum dem RPA die Vergabe für die Erstellung eines Leitungsbestandsplans, die Koordinierung der Kanal- und Leitungsträger während der Planungsphase und die fortlaufende Aktualisierung der Leitungsbestandspläne am Standort Salzdahlumer Straße zur Prüfung vor. Der Auftragswert lag knapp unter dem im Jahr 2018 gültigen Schwellenwert i. H. v. 221.000,00 EUR netto. Aufgrund der langen Vertragslaufzeit bis 2030 sollte eine Preisgleitklausel vereinbart werden. Das RPA forderte das Klinikum auf, den Auftragswert unter Berücksichtigung der zu erwartenden Indexsteigerungen zu schätzen und diese Berechnung zu dokumentieren. Bei Überschreitung des Schwellenwertes hätte ein VgV-Verfahren durchgeführt werden müssen. Gleichzeitig wies das RPA darauf hin, dass mangels Vergleichsangeboten die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen sei. Daraufhin wurde eine neue Vergabe über dieselben Leistungen, jedoch mit einem Nettowert von nur noch rd. 175.000 EUR zur Prüfung vorgelegt. Bei dieser Vergabe war, bei unveränderten Leistungen, nur die Stundenanzahl gegenüber dem Erstangebot (bei Abrechnung nach Aufwand) verringert worden. Die eigene Schätzung des Auftragswerts wurde nicht vorgelegt. Da es sich bei den Leistungen nicht um preisgebundene Leistungen nach HOAI handelte, hätten zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit Vergleichsangebote eingeholt werden müssen.

15 Vergaben

15.2.4 Prüfung Freihändiger Vergaben zwischen 2.500,00 EUR bis 25.000,00 EUR

Im Berichtsjahr wurden auf Basis von Stichproben gemäß § 5 Abs. 2 und 5 Satz 2 RPO i. V. m. SDA II 10/06 Ziffer 4.1 Abs. 3 auch die nicht vorlagepflichtigen Freihändigen Vergaben mit einem Auftragswert zwischen 2.500,00 EUR bis 25.000,00 EUR aus dem Haushaltsjahr auf die Einhaltung der Vergabebestimmungen gemäß § 3 Abs. 5 der VOB/A bzw. der VOL/A geprüft (vgl. Ziffer 4.2.3 Abs. 2 DA für das RPA). Entsprechende Bemerkungen aufgrund von Beanstandungen und Hinweise zur Behebung von Fehlern und Mängeln sind den betreffenden FB und Ref. mitgeteilt worden.

16 Abgeschlossene Maßnahmen

16.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen (abgeschlossene Maßnahmen) ergibt sich aus § 4 Abs. 2 Nr. 6 RPO. Geprüft wird im Wesentlichen die leistungsverzeichnisbezogene bzw. vertragliche und haushaltswirtschaftsrechtliche sachliche und rechnerische Richtigkeit der abgeschlossenen Maßnahmen.

16.2 Feststellungen und Erläuterungen

Zu jeder durchgeführten Prüfung einer abgeschlossenen Maßnahme wird ein Bericht gefertigt. Die einzelnen Feststellungen werden jeweils als Bemerkungen kenntlich gemacht. Daneben werden allgemeine Hinweise für eine ordnungsmäßige Abwicklung von Vergabeverfahren und von Abrechnungen an die jeweils zuständigen Organisationseinheiten gegeben.

Auf dieser Basis werden in der Regel entsprechende Bemerkungen ausgeräumt, sodass das RPA diese als erledigt beurteilt. Bei festgestellten Überzahlungen wirkt das RPA auf entsprechende Rückforderungen seitens der Verwaltung hin.

Beanstandungen, die nicht oder nur teilweise ausgeräumt werden, werden vom RPA weiter verfolgt. Für das Berichtsjahr wird folgendes beanstandet:

B Gegenstand der Prüfung ist der bewusst ausgewählte Zeitvertrag des FB 65 über „Dämmung Brandschutz 2019“, der in zwei Losen an zwei Firmen vergeben wurde. Der vorliegende Zeitvertrag mit diesen zwei Firmen dient als Grundlage für die Durchführung von Dämmarbeiten an diversen Bauteilen in unterschiedlichen Liegenschaften der Stadt. Jeder der Zeitverträge ist räumlich als Vertragsgebiet bestimmten Stadtbezirken zugeordnet. Der Auftragswert betrug für das Los 1 159.424,30 EUR und für das Los 2 133.744,10 EUR.

Festgestellt wurde, dass mit dem Auftragnehmer, der mit dem Los 1 beauftragt wurde, bisher keine Aufträge umgesetzt wurden. Der Auftragnehmer, der mit dem Los 2 beauftragt wurde, führte in 2019 Aufträge mit einen Auftragswert von rd. 160.000,00 EUR aus. Festgestellt wurde, dass der Auftragnehmer des Loses 2 auch Aufträge im Geltungsbereich des Loses 1 ausgeführt hat. Die Begründung für die losweise Vergabe an zwei Auftragnehmer erscheint aufgrund des festgestellten Sachverhaltes nicht plausibel.

In 2020 wurden vom Auftragnehmer des Loses 2 weitere Aufträge ausgeführt. Gemäß den Vertragsbedingungen bestand die Möglichkeit, den Vertrag mit dem Auftragnehmer um ein Jahr zu verlängern. Diese vom FB 65 vereinbarte Vertragsverlängerung wurde dem RPA jedoch nicht zur Prüfung vorgelegt. Die erforderliche Beteiligung des Bauausschusses ist ebenfalls nicht erfolgt.

Ebenso sind den Rechnungen zum Teil keine entsprechenden Aufmaße beigefügt. Eine Zuordnung der Rechnungen zu den entsprechenden vertraglichen Grundlagen ist anhand der Auftrags-/Belegnummer bzw. des Auftragstextes ebenfalls nicht möglich.

Der FB 65 wurde daher aufgefordert, ein Konzept zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen vertraglichen Anwendung für alle Rahmenverträge aufzustellen und zur Prüfung vorzulegen.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

17.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO. Zu beurteilen ist, ob die Verwaltung in ihrem Aufbau und Handeln nach an den genannten Grundsätzen ausgerichtet ist. Bei der Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit geht es um die Beurteilung der grundsätzlichen Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns, bei der Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit um die Beurteilung, ob die Entscheidungen der Verwaltung auch erfolgsdienlich und sachgerecht sind, und bei der Prüfung der Verwaltung auf Wirtschaftlichkeit um die Beurteilung des Verhältnisses von Mitteleinsatz und dem zugehörigen Ergebnis (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dem Kriterium Wirtschaftlichkeit untergeordnet ist das Gebot der Sparsamkeit (vgl. § 110 Abs. 2 NKomVG, Minimalprinzip). Zum Umfang der Prüfungshandlungen wird auf § 155 Abs. 3 NKomVG verwiesen. Angesichts der Vielfältigkeit dieser Aufgabe insgesamt beschränkt sich die Berichterstattung für das Berichtsjahr hier auf die Bereiche

- Prüfung von Verwendungsnachweisen,
- Prüfungen beim FB 20 Finanzen,
- Prüfungen beim FB 40 Schule,
- Prüfungen beim FB 50 Soziales und Gesundheit,
- Prüfungen beim FB 51 Kinder, Jugend und Familie,
- Korruptionsprävention.

17.2 Prüfung von Verwendungsnachweisen

In der folgenden Übersicht sind für die Prüfbereiche Verwaltung, Betriebswirtschaft und Technik die Anzahl und das Volumen der dem RPA vorgelegten und geprüften Verwendungsnachweise in EUR für das Berichtsjahr und das Vorjahr sowie die absoluten und relativen Veränderungen des Volumens in EUR und Prozent zum Vorjahr dargestellt.

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
Prüfbereich	An-zahl	EUR	An-zahl	EUR	EUR	%
0140.10 Verwaltung	10	960.731,72	11	600.217,79	360.513,93	60,1
0140.20 Betriebswirtschaft	1	7.350,00	0	0,00	7.350,00	100,0
0140.30 Technik	13	10.426.671,91	8	6.683.911,14	3.742.760,77	56,0
Summe	24	11.394.753,63	19	7.284.128,93	4.110.624,70	

Auf die in der oben stehenden Tabelle angegebenen Werte entfallen jeweils folgende Zuschussbeträge:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
Prüfbereich	EUR	EUR	EUR	%
0140.10 Verwaltung	325.911,55	208.403,71	117.507,84	56,4
0140.20 Betriebswirtschaft	7.350,00	0,00	7.350,00	100,0
0140.30 Technik	4.787.355,99	2.770.525,11	2.016.830,88	72,8
Summe	5.120.617,54	2.978.928,82	2.141.688,72	

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Die Prüfung der Verwendungsnachweise hat grundsätzlich keine wesentlichen Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen geführt haben. Unwesentliche Hinweise sind den Geprüften mitgeteilt oder mit den Geprüften erörtert worden.

17.3 Prüfungen beim FB 20 Finanzen - Fehlende Gremienbeschlüsse

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde für zwei Sachverhalte festgestellt, dass das hierfür zuständige Gremium nicht zeitgerecht in die entsprechenden Entscheidungen eingebunden wurde.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Lilienthalplatzes ging die Stadt im Rahmen der Aufsichtsratssitzung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (FBWG) am 20. November 2019 gegenüber der Gesellschaft die rechtliche Verpflichtung ein, für das Geschäftsjahr 2019 überplanmäßig einen Sonderzuschusses i. H. v. 400 TEUR zu leisten. Dementsprechend weist die FBWG bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 ordnungsgemäß eine entsprechende Forderung gegen die Stadt aus. Durch den Rat wurde der entsprechende Sonderzuschuss an die FBWG erst im Nachgang am 24. März 2020 als überplanmäßiger Aufwand bewilligt.

Zudem wurde bei der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 eine Eigenkapitalerhöhung i. H. v. 321 TEUR durch Einlage einer Forderung der Stadt in die Kapitalrücklage vorgenommen. Dieser Vorgang gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB erfordert eine entsprechende Willensbekundung der Stadt als der Gesellschafterin. Der Jahresabschluss der SFB zum 31. Dezember 2019 wurde am 14. April 2020 testiert. Der VA wurde durch die Vorlage 20-13405 vom 16. Juni 2020 im Rahmen der Ausführungen zum Jahresabschluss der SFB hinsichtlich der vorgenommenen Kapitalerhöhung erst im Nachgang eingebunden.

B Im Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung gegenüber der FBWG bzw. der Einlage in die Kapitalrücklage bei der SFB lagen die jeweils erforderlichen Beschlussfassungen des zuständigen Gremiums nicht vor. Bei den dargelegten Sachverhalten handelte es sich weder um ein Geschäft der laufenden Verwaltung entsprechend § 4 der Hauptsatzung der Stadt noch lagen die Voraussetzungen für eine Eilentscheidung entsprechend § 89 NKomVG vor.

Die Verwaltung hat sicherzustellen, dass bei Geschäften, die nicht unter Geschäfte der laufenden Verwaltung gemäß § 4 der Hauptsatzung fallen bzw. für die nicht die Voraussetzungen einer Eilentscheidung gemäß § 89 NKomVG erfüllt sind, die rechtzeitige Einbindung der zuständigen Gremien erfolgt.

17.4 Prüfungen beim FB 40 Schule

17.4.1 Fehlende Entgeltvereinbarung sowie Zahlung ohne erbrachte Leistung

Vom Rat der Stadt wurde am 6. November 2018 (18-09303) beschlossen, dass beim Bildungsbüro der Stadt (StSt. 0400) eine sog. Schulbildungsberatung eingeführt werden soll. Zur dauerhaften Fortführung dieser Schulbildungsberatung sowie zu Art und Umfang einer entsprechend weiteren Aufgabenerledigung soll ein gesonderter Ratsbeschluss gefasst werden. In der Folge wurde vom FB 40 eine Kooperationsvereinbarung mit der Volkshochschule Braunschweig GmbH (VHS), datiert vom 31. Januar 2019, für den Zeitraum vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geschlossen. Eine entspre-

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

chende zweite Vereinbarung wurde am 3. Dezember 2019 für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen. Gegenstand der Kooperationsvereinbarungen waren Sprachstandserhebungen sowie zwei Vorbereitungsklassen für neu zugezogene schulpflichtige Kinder und Jugendliche.

In diesem Rahmen wurden seitens der Stadt zwei Zahlungen an die VHS in Höhe von zusammen rd. 182.800 EUR geleistet (Rechnungen vom 28. August 2019 und 10. Dezember 2019). Gebucht wurden diese unter dem PSP-Element 1.36.3650.03.08 des Teilhaushaltes 51. Die Finanzierung übernimmt lt. den mit der VHS getroffenen Vereinbarungen vom 31. Januar 2019 und 3. Dezember 2019 der FB 51. Der o. g. Ratsbeschluss vom 6. November 2018 (18-09303) sieht dagegen unter Ziffer 5 vor, dass nur die (anteiligen) Kosten des Kompetenzfeststellungsverfahrens im ersten Jahr innerhalb des Dez. V durch den FB 51 sichergestellt werden. Ebenfalls sieht der Ratsbeschluss vom 17. September 2019 (19-11632) vor, dass lediglich die Durchführung des Kompetenzfeststellungsverfahrens wie in 2019 gleichermaßen für 2020 durch den FB 51 sicherzustellen ist.

Die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen i. H. v. rd. 182.800 EUR, abzüglich der Aufwendungen für das Kompetenzfeststellungsverfahren i. H. v. rd. 50.000 EUR, hätten jedoch, weil Auftraggeber das Bildungsbüro war, im Teilhaushalt des FB 40 abgebildet werden müssen.

Ferner wurde festgestellt, dass für die Finanzierung der Maßnahmen ein aus dem Teilhaushalt des FB 51 zuvor schon gebildeter Haushaltsrest für die Schulkindbetreuung (PSP-Element 1.36.3650.03.08) i. H. v. 290.000,00 EUR verwendet wurde, somit für eine Aufgabe, die zum Großteil aus dem Teilhaushalt des FB 40 hätte finanziert werden müssen. Entsprechend § 20 Abs. 5 Satz 1 KomHKVO dürfen Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nur in der erforderlichen Höhe übertragen werden. Erforderlich für den Teilhaushalt des FB 51 waren den obigen Ausführungen folgend lediglich rd. 50.000 EUR für die Kompetenzagentur der Abteilung 51.4. Die Schulbildungsberatung mit den Vorkursen für den Spracherwerb ist im Bildungsbüro und somit im Teilhaushalt des FB 40 angesiedelt, sodass deren Deckung aus dem Budget des Teilhaushalts des FB 40 - ggf. durch einen Antrag auf über- oder außerplanmäßige Aufwendungen - zu erfolgen hatte.

Des Weiteren wurde die Rechnung der VHS vom 10. Dezember 2019, die sich auf das Schuljahr 2019/2020 bezog, am 18. Dezember 2019 sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet und dementsprechend bezahlt. Die Rechnung und die entsprechende Zahlung umfasst damit anteilig bereits erbrachte Leistungen (Zeitraum August 2019 bis Dezember 2019) und anteilig noch nicht erbrachte Leistungen (Zeitraum Januar 2020 bis Juli 2020).

B/St Mit Feststellung der entsprechenden sachlichen Richtigkeit für den Zeitraum vom 9. Dezember 2019 bis Juli 2020 liegt ein Verstoß gegen § 27 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO vor, wonach Haushaltsansätze erst dann in Anspruch genommen werden dürfen, wenn die Erfüllung der Aufgaben es erfordern. Außerdem liegt ein Verstoß gegen die SDA II 20/01 Ziffer 8.3.1.3 Nr. 4 vor, wonach der Feststeller der sachlichen Richtigkeit mit der Unterzeichnung die Verantwortung dafür übernimmt, dass eine Lieferung oder Leistung entsprechend der zugrundeliegenden Vereinbarung oder Bestellung sachgemäß und vollständig ausgeführt worden ist.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

B/St Bei der Prüfung des Vorgangs wurde außerdem festgestellt, dass vom FB 40 bisher für die beiden Kooperationsvereinbarungen keine schriftliche Ausgestaltung der zu übernehmenden Kosten vorgenommen wurde. Die Vereinbarungen geben gemäß Ziffer 8 vor, dass Nebenabreden oder Änderungen der Schriftform bedürfen. Eine schriftliche Entgeltvereinbarung wurde nicht getroffen. Für die Kostenabsprache wurde von der StSt. 0400 auf eine mündliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Vertragsparteien verwiesen. Über Besprechungen, Ferngespräche, Feststellungen und sonstige aus den Akten nicht unmittelbar ersichtliche Vorgänge, die für die Bearbeitung bedeutsam sein können, sind Vermerke anzufertigen (siehe ADA Ziffer 4.3.6 Abs. 2). Über die mündlich vereinbarten „Leistungs- und Zahlungsgrundlagen“ wurde kein Vermerk erstellt.

Gemäß weiterer Beschlüsse des Rates hierzu (19-11632 und 19-11719 vom 17. September 2019) sollte zu Art und Umfang der gesamten Aufgabenerledigung ein gesonderter Ratsbeschluss im Jahr 2020 erfolgen. Die Gremien bzw. der Rat wurde mit der Mitteilung 20-13446 vom 9. Juni 2020 über den Stand und die Ergebnisse der Schulbildungsberatung in Kenntnis gesetzt. Ein weiterer Ratsbeschluss wurde bislang indes nicht gefasst.

17.4.2 Mittagessenversorgung an Schulen

WB/St Wie schon in den Schlussberichten 2017 und 2018 ausgeführt, bestehen hinsichtlich der Mittagessenversorgung an Schulen seitens der Stadt als Schulträger weiterhin Forderungen gegenüber Eltern für nicht bezahltes Mittagessen (Stand: 11. März 2021 rd. 114.000 EUR). Das Ref. 0300 wies den FB 40 in dieser Sache bereits im August 2016 darauf hin, dass bei dem bisherigen Verfahren der Mittagessenversorgung an Schulen gegen geltendes Recht verstoßen wird. Daher hat das Ref. 0300 bereits im August 2016 mit dem FB 40 vereinbart, dass das Abrechnungssystem bei der Essenausgabe an Schüler auf ein Guthabenverfahren umgestellt werden soll. Hierbei ist zwingend zu berücksichtigen, dass die Abrechnung der Essengelder durch den beauftragten Caterer vorzunehmen ist und dass dieser auch das wirtschaftliche Risiko zu tragen hat. Bei den bisher bestehenden abgeschlossenen Dienstleistungskonzessionsverträgen trägt das wirtschaftliche Risiko und die entsprechenden Kosten nach Auffassung des Ref. 0300 unzulässigerweise die Stadt. Ein rechtlich einwandfreies Vergabeverfahren für die Mittagessenversorgung an Schulen wurde vom FB 40 wie geboten seit August 2016 trotzdem nicht durchgeführt. Mit dem Ratsbeschluss 17-04825 vom 20. Juni 2017 wurde die Verwaltung gebeten, bis spätestens Anfang 2018 die vom FB 40 angekündigte Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Ganztagsschulen zur Beratung dem Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Finanz- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat vorzulegen. Bei dieser Neukonzeption soll das Vergabeverfahren für Cateringleistungen zentral mit dem Ziel durchgeführt werden, eine gleichermaßen qualitativ gute und ausgewogene Mittagessenversorgung für alle beteiligten Braunschweiger Schulen zu gewährleisten. Darüber hinaus sind in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht entsprechend des sog. „Handlungskonzepts Kinderarmut (Ratsbeschluss 15622/12 vom 18. Dezember 2012)“ die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder stets mit Mittagessen zu versorgen sind, auch wenn Eltern nicht zahlungsfähig oder zahlungswillig sind. Bis zur Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Ganztagsschulen sollte lt. dem obigen Ratsbeschluss ebenso versucht werden, kein Kind vom Schulessen auszuschließen. Die anvisierte Umstellung des Verfahrens (Neukonzeption und Ausschreibung) verzögerte sich jedoch und wurde lt. der Stellungnahme

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

der Verwaltung 18-07278-01 vom 23. Februar 2018 im Schulausschuss nunmehr zum 1. August 2019 angestrebt. Dies ist bisher jedoch ebenfalls nicht geschehen (Stand: April 2021). Im Ergebnis hat es der FB 40 seit August 2016 versäumt, eine entsprechende Neukonzeption zu erstellen.

Der Verweis des FB 40 (Stellungnahme der Verwaltung 17-04554-01 vom 23. Mai 2017 an den Rat) auf den im o. g. „Handlungskonzept Kinderarmut“ genannten „Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche“, bei dem Schulen einen Defizitausgleich beim Mittagessen beantragen können, heilt zum einen nicht die Gesamtproblematik der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Schulen. Zum anderen auch nicht die Problematik des Defizitausgleich beim Mittagessen über den Fonds, weil dieser die aufgelaufenen Defizite bei beauftragten Caterern, die das städtische Abrechnungssystem nutzen, nicht ausgleicht. Dieser Ausgleich fällt wieder der Stadt zu.

Trotz des Hinweises im Schlussbericht 2018, dass seitens der Verwaltung eine Beurteilung vorgenommen werden sollte, ob der Stadt durch das Unterlassen der obigen Umsetzung ein regressfähiger Schaden entstanden ist, liegt dem RPA dazu bisher keine Stellungnahme vor.

17.5 Prüfungen beim FB 50 Soziales und Gesundheit

17.5.1 Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, laufende und einmalige Leistungen, nach dem 3. Kapitel SGB XII

Die Prüfung gewährter Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII erfolgte in 2019 für das Haushaltsjahr 2018 in Form von Aktenprüfungen. Es wurden 76 Fälle mit laufenden Leistungen (20 %) aus insgesamt 378 Fällen sowie alle vier Fälle, in denen ausschließlich einmalige Leistungen gewährt wurden, ausgewählt und geprüft.

Von den 76 geprüften Akten wurden 13 Akten mit einer Beanstandung oder mehreren Beanstandungen an den FB 50 zurückgegeben. Dies entspricht rein quantitativ einer Fehlerquote von 17,1 %. Zum Vergleich dazu betrugen die Fehlerquoten in 2015 25,2 % und in 2017 30,4 %.

Neben den in der Regel nur den jeweiligen Einzelfall betreffenden Beanstandungen wurde bei den geprüften Fällen mit laufenden Leistungen festgestellt, dass

- in einem Fall, in dem mehrere monatliche Gehaltszahlungen in einer Summe an die Leistungsberechtigte ausgezahlt wurden, der Absetzungsbetrag von Aufwendungen für Arbeitsmittel nur einmal anstatt für jeden betroffenen Monat berücksichtigt wurde. In diesem Fall erfolgte eine Beanstandung grundsätzlicher Art, die mit dem FB 50 abschließend erörtert wurde.

- zur Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft weiterhin die Tabellenwerte des § 12 Wohngeldgesetzes zuzüglich eines Sicherheitszuschlags von 10 % herangezogen werden. Es liegt noch immer kein schlüssiges Konzept zur Bestimmung der angemessenen Kosten der Unterkunft vor. Prüfungsseitig wird bei Festlegung von angemessenen Unterkunftskosten durch ein schlüssiges Konzept ein nicht unerhebliches Einsparpotential gesehen.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Die Prüfung der einmaligen gewährten Leistungen ergab keine Beanstandungen.

17.5.2 Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz

Die Prüfung der gewährten Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz erfolgte in 2019 für das Haushaltsjahr 2018 sowie für Januar bis April 2019 in Form einer Aktenprüfung.

Aus insgesamt 2.258 Zahlfällen bzw. Leistungsbewilligungen im Prüfungszeitraum wurden 110 Zahlfälle für eine Prüfung ausgewählt (5 %). Da entsprechend der gesetzlichen Regelungen insgesamt bis zu sieben verschiedene Leistungen nebeneinander gewährt werden können, lagen den 110 Zahlfällen in der Summe 758 Leistungsbewilligungen für 235 Kinder bzw. Schüler zugrunde, die vollständig geprüft wurden. Die ausgewählten Fälle beinhalteten zudem neun Ablehnungen, die ebenfalls geprüft wurden.

Die 110 Zahlfälle betrafen 99 Akten. Hiervon wurden 20 Fallakten bezüglich ihrer Ordnungsmäßigkeit beanstandet. Dies entspricht rein quantitativ einer Fehlerquote von 20,2 %. Damit hat sich die Anzahl der Beanstandungen gegenüber dem Prüfungsjahr 2015 (13,7 %) deutlich erhöht.

Neben einigen Beanstandungen, die nur den jeweiligen Einzelfall betrafen, wurden folgende Prüfungsfeststellungen getroffen, aber bereits abschließend erörtert:

- In mehreren Fällen wurde das Mittagessen für einzelne Monate doppelt gezahlt.
- Der Schulbedarf wurde in einigen Fällen nicht korrekt gezahlt.
- Aufwendungen für die Schülerbeförderung wurden über das laufende Schuljahr hinaus entsprechend dem Bewilligungszeitraum des zugrundeliegenden Wohngeldbescheides bewilligt, obwohl eine Schulbescheinigung für das kommende Schuljahr noch nicht vorlag. Hierzu wurde inzwischen die anzuwendende Fachbereichsverfügung entsprechend ergänzt.
- In einigen Fällen wurden Teilhabeleistungen fehlerhaft geleistet.

17.5.3 Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen und Freistellungen vom Erfordernis der Wohnberechtigungsscheine

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit erfolgte in Form einer Aktenprüfung. Von insgesamt 191 erteilten Wohnberechtigungsscheinen im Haushaltsjahr 2018 wurden 19 Fälle (9,9 %) geprüft sowie sechs Fälle (19,4 %) von insgesamt 31 Freistellungen. Es ergaben sich zwei Beanstandungen, die nur den jeweiligen Einzelfall betrafen. Einwendungen aufgrund von Beanstandungen von grundsätzlicher Art ergaben sich nicht.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

17.6 Prüfungen beim FB 51 Kinder, Jugend und Familie

17.6.1 Beschaffung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kindertagesstätten

WB/St Nach der Vergabe des Auftrags Tiefkühlkost für die städtischen Kita (Beschluss des VA 19-09895 vom 5. Februar 2019) ist lt. dem Schreiben des FB 51 vom 30. Oktober 2019 die Abt. 51.3 seit Juli 2019 damit befasst, in Abstimmung mit der Zentralen Vergabestelle den Beschaffungsumfang für die entsprechende Ausschreibung von Trocken- und Frischkost für die städtischen Kita abzustimmen.

Lt. Auskunft der Zentralen Vergabestelle wurde das entsprechende Vergabeverfahren vom FB 51 bisher (Stand: Dezember 2020) nicht eingeleitet. Nach einem vom FB 51 im Juli 2019 angestrebten Verzicht auf eine Ausschreibung hat die Zentrale Vergabestelle mit Schreiben vom 12. September 2019 klargestellt, dass ein pauschaler Verzicht auf eine entsprechende Ausschreibung nicht begründet werden kann. Zum finanziellen Rahmen und zum Umfang bzw. zur Häufigkeit der betreffenden Beschaffungen wurden vom FB 51 gegenüber der Zentralen Vergabestelle keine Aussagen getroffen.

Nach Aussage der Zentralen Vergabestelle (Stand: 24. Februar 2021) soll vom FB 51 ein entsprechender Bedarf ermittelt werden. Eine Ausschreibung oder anderweitige Rückmeldung liegt der Zentralen Vergabestelle bisher nicht vor.

17.6.2 Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)

Entsprechend des Beschlusses des VA 15-01202 vom 21. Dezember 2015 hat der FB 51 für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Braunschweig eine Liegenschaft mit einer Raumfläche von rd. 1.367 qm zunächst für einen Zeitraum von 12 Jahren, vom 1. August 2016 bis zum 31. Juli 2028 angemietet. Bis zum 31. Dezember 2018 wurde diese Liegenschaft von der Abt. 51.2 für Wohngruppen für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) genutzt. Für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2019 bzw. ab dem 1. Februar 2019 hat der FB 51 mit einem freien Träger eine einjährige Vereinbarung über die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschlossen, die die Inobhutnahmegruppe umF und die Clearinggruppe umF umfasst. Gemäß dieser Vereinbarung mit Datum vom 13. Dezember 2018 hat die Stadt dem freien Träger für 14 Betreuungsplätze monatlich ein Betreuungsentgelt von rd. 6.800 EUR pro Betreuungsplatz zu zahlen, unabhängig davon, ob eine entsprechende Betreuung seitens des freien Trägers tatsächlich erfolgt oder nicht. Sofern ein Betreuungsplatz in einem gesamten Kalendermonat unbelegt bleibt, reduziert sich das monatliche Entgelt pro Betreuungsplatz auf rd. 6.500 EUR. Dies ergibt für den angegebenen Zeitraum unabhängig von der tatsächlichen Belegung einen Auftrags- bzw. Vertragswert von rd. 1.090.000 EUR. Mit einer Sondervereinbarung zwischen dem FB 51 und dem freien Träger vom 13. Februar 2019 wurde das vorgehaltene Angebot ab dem 1. Februar 2019 auf eine Gruppe mit sieben Plätzen reduziert. Dies ergibt bei einer 100 % Belegungsgarantie und einem Betreuungsentgelt von rd. 7.000 EUR monatlich pro Platz einen Vertragswert von rd. 540.000 EUR. Die monatlichen Mietkosten und Mietnebenkosten für die Liegenschaft i. H v. rd. 23.500 EUR werden von der Stadt zusätzlich übernommen.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Folgende Sachverhalte werden beanstandet:

Gremienbeschlüsse

B/St Bei einem zugesagten Auftrags- bzw. Vertragswert von rd. 1.090.000 EUR bzw. mit der Sondervereinbarung von rd. 540.000 EUR handelt es sich in diesen konkreten Einzelfällen gemäß SDA II 10/01 nicht um Geschäft der laufenden Verwaltung.

Unabhängig von einer vom FB 51 angeführten Entscheidung aus der Dezernentenkonferenz am 11. Oktober 2018 sind für nachfolgende Vereinbarungen bez. der Finanzierung sämtlicher Betreuungsplätze (auch bei Nicht-Belegung) aufgrund der o. a. Vertragswerte Beschlüsse des Rates oder ggf. des VA notwendig. Der Verweis des FB 51 auf das sog. jugendhilferechtliche Dreiecksverhältnis und die damit verbundene Entscheidungshoheit der Verwaltung greift hier nicht. Zu den Eigenheiten des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses gehört es, dass der Leistungserbringer allein durch den Abschluss der Leistungsvereinbarung keinen Anspruch auf Gegenleistung gegen den Leistungsträger erwirbt. Das Ref. 0300 wurde um eine Prüfung des Sachverhalts gebeten. Eine Stellungnahme des Ref. 0300 steht noch aus.

Vollfinanzierung

B Der freie Träger erhielt aufgrund der Vereinbarung ab 1. Januar 2019 rd. 6.800 EUR pro Platz und Monat bzw. aufgrund der Sondervereinbarung ab 1. Februar 2019 rd. 7.000 EUR unabhängig von der tatsächlichen Belegung. Sofern ein Platz im gesamten Kalendermonat unbelegt blieb, reduzierte sich das monatliche Entgelt auf rd. 6.500 EUR bzw. ab 1. Februar 2019 auf rd. 6.800 EUR.

Für die Monate Januar 2019 bis Juni 2019 errechnete sich eine durchschnittliche Belegung von rd. 33 Prozent. Die Belegungszahlen für die einzelnen Monate Juli 2019 bis Dezember 2019 wurden am 14. Januar 2020 angefordert. Eine Stellungnahme dazu ist nicht erfolgt.

Grundsätzlich werden bei der Stadt für tatsächlich betreute Kinder Entgelte nach den Empfehlungen und Vorgaben des Rahmenvertrages für Niedersachsen nach § 78 f SGB VIII an einen betreuenden Träger wie vereinbart gezahlt. In diesem Fall wurde das zu zahlende Entgelt an den freien Träger anhand von Pauschalen berechnet. Diese Pauschalen beinhalteten neben den Pauschalen für die Personalkosten u. a. auch Sachkosten für die Körperpflege, den medizinischen Bedarf, Fahrgelder mit dem ÖPNV, Geburtstage und Dolmetscherleistungen. Zusätzlich werden sog. Sonderaufwendungen wie z. B. für Familienheimfahrten, Erstausstattungen und Bekleidung berücksichtigt. Bestandet wird, dass in diesem Fall zum finanziellen Nachteil der Stadt Entgeltzahlungen an den freien Träger geleistet wurden, unabhängig davon, ob die vorhandenen Betreuungsplätze belegt waren oder nicht. Auch wenn der FB 51 als örtlicher Träger der Jugendhilfe mit Standort der Landesaufnahmebehörde verpflichtet war, eine entsprechende Infrastruktur vorzuhalten, und der freie Träger hier gesetzliche Pflichtaufgaben für die Stadt erbracht hat, und dieser lt. Aussage des FB 51 deshalb auch nicht das wirtschaftliche Risiko tragen sollte, hätte der FB 51 aus Prüfungssicht zumindest eine Trennung zwischen fixen Kosten und variablen Kosten vornehmen müssen.

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Fehlende Vergabe

B Grundlage für den Auftrag an einen freien Träger durch den FB 51 war der Dezernentenkonferenz-Beschluss 18-08690 vom 11. Oktober 2018. Auf dieser Basis wurde vom FB 51 für eine entsprechende Vergabe ein sog. Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Dies deshalb, weil der FB 51 in diesem Rahmen von einer reinen Aufgabenübertragung innerhalb der Landschaft der Wohlfahrtsverbände und Freien Träger ausgegangen ist. Konkret war eine Aufgabenübertragung von der Abt. 51.2 auf einen freien Träger vorgesehen, unter Nutzung einer bestimmte Liegenschaft und den Aufgaben Inobhutnahmegruppe und Clearinggruppe.

Bei einem kinder- und jugendhilferechtlichen Dreiecksverhältnis ist der Beschaffungscharakter regelmäßig zu verneinen, da ein Hilfeberechtigter nach Bestätigung seines Anspruchs durch den Leistungs- und Kostenträger einen Dienstleister aussuchen darf. Die Unanwendbarkeit des Vergaberechts gilt für alle Fallgruppen, bei denen nicht selektiv ein öffentlicher Auftrag vergeben wird. Aus Prüfungssicht war das Vergaberecht in diesem Einzelfall anzuwenden, da hier bei der Vereinbarung mit dem freien Träger und der „Belegungsgarantie“ ein öffentlicher Auftrag vorliegt. Nicht der Einzelabruf der Leistung durch den Hilfebedürftigen ist hier das auslösende Moment für die Entgeltzahlung, sondern der freie Träger erhält eine Vergütung auch ohne eine tatsächliche Inanspruchnahme seiner Einrichtung im Einzelfall.

Nach Auffassung und Wertung des Sachverhalts durch die Zentrale Vergabestelle erbringt der freie Träger hier faktisch eine Dienstleistung, die als soziale Dienstleistung nach den Regelungen der §§ 64 ff VgV zu vergeben gewesen wäre. Insoweit hat die Zentrale Vergabestelle der Auffassung des RPA zugestimmt, dass die alleinige Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens oberhalb eines Auftragswertes von 750.000,00 EUR vergaberechtlich bedenklich ist. Mit den Vereinbarungen vom 13. Dezember 2018 mit einem Auftragswert von rd. 1.090.000 EUR war der zu berücksichtigende Schwellenwert von 750.000,00 EUR überschritten. Aus Prüfungssicht wird beanstandet, dass statt des gebotenen europaweiten Vergabeverfahrens nur ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt wurde.

Nicht genutzte freie Flächen

B/St Die vom FB 51 angemietete Liegenschaft hat - wie bereits angegeben - eine Raumfläche von rd. 1.367 qm. Nach Auskunft des FB 51 wurden hiervon nur rd. 227 qm von der sog. Verselbständigungsgruppe und rd. 158 qm von der Inobhutnahmegruppe benutzt. Demnach war für die Zeit der Nutzung der Liegenschaft durch den freien Träger bei einer Gesamtmiete von jährlich rd. 238.000 EUR (siehe VA-Beschluss 15-01202 vom 21. Dezember 2015) eine Fläche von rd. 982 qm ungenutzt. Die Nutzung der angemieteten Liegenschaft durch den freien Träger endete nach Auskunft des FB 65 am 23. April 2020.

Weil eine Nachnutzung der Liegenschaft (siehe VA-Beschluss 15-01213 vom 21. Dezember 2015) nach Auffassung des FB 51 nur eingeschränkt möglich war, wurde die Liegenschaft vom FB 51 an den FB 50 übergeben. In diesem Rahmen vermietet der FB 50 seit April 2020 nun rd. 122 qm Liegenschaft an einen anderen freien Träger. Nach Auskunft des FB 50 vom 2. November 2020 wird bei weiter laufenden Mietzahlungen seit April 2020 für die ver-

bleibende Fläche von rd. 1.250 qm dezernatsübergreifend nach Lösungen für eine mögliche Nachnutzung gesucht.

17.6.3 Kinder- und Jugendschutz

Entsprechend § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO führte das RPA bei den FB und Ref. auch sog. Belegprüfungen durch. Dabei wurden zu den Vorgängen Zahlungsanweisung und Zahlungsabwicklung die entsprechenden Anordnungen und die dazugehörigen Belege auf förmliche und rechnerische Richtigkeit geprüft und beurteilt, ob die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet wurden.

B Im Rahmen einer solchen Belegprüfung wurde beim FB 51 u. a. auch das PSP-Element 1.36.3630.05 Kinder- und Jugendschutz geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass für zwei Aufträge i. H. v. rd. 2.200 EUR bzw. rd. 3.000 EUR nicht wie vorgeschrieben mindestens drei Angebote zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eingeholt wurden. Nach Auskunft des FB 51 handelte es sich bei den Auftragnehmern um langjährige Partner des FB 51, die außerdem auch einen Rabatt eingeräumt hätten bzw. ein vergünstigtes Angebot abgegeben haben. Die Wirtschaftlichkeit dieser Angebote ist jedoch aufgrund fehlender Preisvergleiche nicht wie geboten dargelegt. Der Auftrag über rd. 3000 EUR hätte außerdem, weil er den Wert von 2.500,00 EUR brutto übersteigt, der Zentralen Vergabestelle zur Abwicklung vorgelegt werden müssen.

B/St Im Rahmen der Prüfung einer Zuwendung des FB 51 an einen freien Träger für ein Fanprojekt wurde festgestellt, dass der FB 51 für die von dem freien Träger angesetzten Personalkosten keine Vergleichsberechnung mit entsprechenden Personalkosten städtischer Bediensteter - wie von der städtischen Zuwendungsrichtlinie gefordert - durchgeführt hat. Ebenso hat der FB 51 bez. der Personalkostenansätze auch Urlaubsrückstellungen als zuwendungsfähig anerkannt, die der freie Träger für einen Bediensteten gebildet hat, obwohl es sich hier lt. Zuwendungsbescheid um eine Projektförderung handelt. Die Anerkennung von Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Rahmen von Zuwendungen ist nach § 9 Abs. 1 der städtischen Zuwendungsrichtlinie nur bei institutionellen Förderungen möglich.

Lt. Zuwendungsbescheid war bei dieser Zuwendung vom Zuwendungsempfänger nur ein einfacher Verwendungsnachweis vorzulegen. Belege zum Nachweis der entsprechenden Angaben mussten dem FB 51 danach nicht, vorgelegt werden. Prüfungsseitig wird aber darauf hingewiesen, dass es bei regelmäßig wiederkehrenden Zuwendungen, bei denen nur ein einfacher Verwendungsnachweis vorzulegen ist, aus Kontrollgründen geboten ist, periodisch entsprechende Belegprüfungen durchzuführen. Dies ist lt. Auskunft des FB 51 bisher nicht erfolgt.

17.6.4 Betreuung von Schulkindern (Schuki)

Die Prüfung des Sachgebiets Betreuung von Schulkindern (Schuki) erfolgte in 2020 für das Haushaltsjahr 2019. Folgende Feststellungen wurden u. a. getroffen.

<u>Unterlassene Beschaffung über die Zentrale Vergabestelle</u>

B Büro- und Reinigungsbedarf ist von den Bedarfsstellen gemäß SDA II 10/06 über die Zentrale Vergabestelle zu beschaffen. Es wurde festgestellt, dass der

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

FB 51 im Rahmen der Schulkindbetreuung Büro- und Reinigungsbedarf unter Umgehung der Zentralen Vergabestelle eigenständig beschafft hat.

Freihändige Vergabe Getränke

B Im Schlussbericht 2018 wurde unter Tz. 17.6.5 für das Sachgebiet Ferien in Braunschweig (FiBS) bereits beanstandet, dass sich in den geprüften Unterlagen für die vom FB 51 beauftragte Dienstleistung „Getränke-Bringdienst“ im Wert von rd. 3.400 EUR keine entsprechend dokumentierenden Vergabebelege befanden. Ebenso hat der FB 51 zu diesem Auftrag keine Preisermittlung durch Einholung mindestens dreier Angebote durchgeführt. Aus den geprüften Belegen zur Schulkindbetreuung ist außerdem ersichtlich geworden, dass im Rahmen von freihändigen Vergaben zahlreiche Getränkelieferungen an den FB 51 erfolgt sind. Vom FB 51 ist zu beurteilen, ob der Getränkebedarf der Abt. 51.4 (FiBS und Schulkindbetreuung u. a.) nicht durch den Abschluss eines Rahmenvertrages mit einem Anbieter zur Erzielung wirtschaftlicherer Preise gebündelt werden kann.

Unzulässige Teambuilding-Maßnahme

B Im Rahmen einer Belegprüfung wurde der FB 51 (Abt. 51.4) schriftlich um Erläuterungen zu einer durchgeführten Teambuilding-Maßnahme in einem „escape room“ gebeten. Es stellte sich heraus, dass nach Beurteilung des FB 10 für die gewählte Maßnahme die verwendeten städtischen Haushaltsmittel zurückzufordern waren. Für die betreffende Teambuilding-Maßnahme wurde das Rundschreiben des FB 10 vom 16. Januar 2019 zu den Anforderungen an die Verwendung von städtischen Haushaltsmitteln bei Veranstaltungen und Anschaffungen mit Gemeinschaftsbezug nicht beachtet. Außerdem entsprach die Art der gewählten Maßnahme nicht den vom FB 10 für erforderlich gehaltenen Kriterien.

Fehlende Dokumentation der Verwendung von Gutscheinen

B In 2019 hat der FB 51 aus städtischen Mitteln verschiedene Gutscheine erworben. Die Verwendung dieser Gutscheine war in den Belegen der Abt. 51.4 nicht dokumentiert. Auf Nachfrage hat die Abt. 51.4 die entsprechenden Verwendungen erläutert. Festgestellt wurde, dass die Abt. 51.4 mit den Gutscheinen u. a. auf der Homepage eines Internetanbieters eingekauft hat, weil ein Rechnungskauf auskunftsgemäß nicht möglich war. Die Vorgehensweise der Abt. 51.4 verstieß somit gegen die Anforderungen an die Haushalts- und Buchführung gemäß § 37 Abs. 2 KomHKVO.

17.7 Korruptionsprävention

Im Rahmen der Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechend § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO wird seitens des RPA auch das Aufgabenfeld der Korruptionsprävention wahrgenommen.

Von Bedeutung ist hierbei die Beratung der Organisationseinheiten der Stadt hinsichtlich eigenständiger Analysen besonders korruptionsgefährdeter Arbeitsgebiete in ihren Dienststellen. Weiterer Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung ist, wie schon in den Vorjahren, die Beratung der Zentralen Vergabestellen hinsichtlich der Umsetzung rechtssicherer Vergabeverfahren entsprechend der individuellen Anforderungen aus den jeweiligen Bedarfsstellen,

17 Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

ohne dass es zu wirtschaftlichen Nachteilen für die Stadt kommt.

Korruptionspräventive Maßnahmen sind generell wichtige Instrumente zur Förderung von Integrität und zur Verhinderung von Korruption in städtischen Organisationseinheiten. Der generellen Forderung des RPA folgend und aufgrund der zurzeit bestehenden unübersichtlichen Strukturierung des Vergabewesens bei der Stadt hat der OBM am 7. September 2018 die Bildung einer Projektgruppe „Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle“ verfügt, „… mit der Aufgabe, die Entscheidung über die Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle, in der sämtliche Vergaben gebündelt werden, vorzubereiten.“ Die Projektgruppe hat die Arbeit abgeschlossen und die Ergebnisse wurden in die Verfügung zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle eingearbeitet. Die Zentrale Vergabestelle hat mit Datum vom 1. Februar 2020 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Für die regelmäßige Sensibilisierung des Personals der Stadt hat der FB 10 im Berichtsjahr - wie bisher auch - Seminare zum Thema Korruptionsvorbeugung angeboten, die seitens der Belegschaft der Stadt auch genutzt wurden. Es wird als sinnvoll beurteilt, derartige Schulungen weiterhin regelmäßig zentral anzubieten und durchzuführen. Die Notwendigkeit entsprechender Schulungen und die damit zusammenhängende Sensibilisierung der Belegschaft der Stadt zeigt sich u. a. daran, dass bez. korruptionsgefährdender Sachverhalte bereits Auffälligkeiten erkannt wurden, die in mehreren Fällen zu Kontakten mit Ermittlungsbehörden geführt haben. Positiv zu werten ist, dass die Belegschaft der Stadt das Thema Korruptionsprävention ernst nimmt und sich die Sensibilität hierfür deutlich erhöht hat.

Zusätzlich zu den Aktivitäten in der Verwaltung ist das RPA zusammen mit anderen Kommunen in der Region Braunschweig in ein interkommunales Netzwerk zur Korruptionsprävention eingebunden. Es wird hier das Ziel verfolgt, durch einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch unter Korruptionsgesichtspunkten bestehenden Schwachstellen und Risiken in der Verwaltung präventiv zu begegnen und neue korruptionsgefährdete Arbeits- und Aufgabenbereiche zu identifizieren und diesen entgegenzuwirken.

18 Informationstechnologie

18.1 Vorbemerkungen

Der Auftrag zur Prüfung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologie in der Verwaltung ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO.

Die IT-Prüfung beinhaltet unmittelbare Prüfungen des ordnungsmäßigen Betriebs von IT-Verfahren und begleitende Prüfungen des ordnungsmäßigen Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie in allen Bereichen der Verwaltung. Dazu erfolgt bei Bedarf eine Beteiligung an diesbezüglichen Projektgruppen und Arbeitskreisen.

Durch eine frühzeitige Mitwirkung des RPA bei Beschaffungsvorgängen für Hard- und Software sowie bei Verfahrenseinführungen und grundlegenden den IT-Einsatz betreffenden Entscheidungen sollen vor allem wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Diese erstrecken sich über Fragen der am Bedarf orientierten Funktionalität des Verfahrens bis hin zur späteren Vertragsgestaltung. Im Vordergrund steht dabei, Anwendungsverfahren möglichst wirtschaftlich - zu am Markt erzielbaren Konditionen - zu beschaffen.

18.2 Feststellungen und Erläuterungen

18.2.1 Verfahrensprüfungen

Die bei der Stadt eingesetzten Verfahren werden hinsichtlich ihrer organisatorischen, fachlichen, rechtlichen und datenschutzrechtlichen Anforderungen ganzheitlich kritisch betrachtet. Eine weitergehende Begutachtung erfolgt anlassbezogen oder bei ausgesuchten wesentlichen Verfahren.

Im Haushaltsjahr 2019 wurde durch das RPA der Einsatz der folgenden IT-Verfahren besonders geprüft:

18.2.1.1 Finanzwesen

Seit dem Haushaltsjahr 2008 führt die Stadt die Rechnungslegung vollständig nach den für Niedersachsen geltenden Vorschriften des NKR und damit unter Anwendung des doppischen Buchungssystems durch. Führendes Finanzwesenverfahren ist eine angepasste Ausführung der auf SAP R/3 basierenden Branchenlösung SAP PS (Public Sector).

Die Bereitstellung und Systembetreuung des Finanzwesenverfahrens SAP erfolgt durch die ITEBS GmbH, einem Unternehmen der ITEBO Unternehmensgruppe. Der Betrieb erfolgt auf Datenverarbeitungssystemen der ITEBO in deren Rechenzentrum in Osnabrück. Eingesetzt wurde die Komponentenversion SAP ECC 6.0 mit dem im Berichtsjahr neu implementierten Enhancement Package 8, Basisrelease: 750. Die Freigabe gemäß §§ 37 und 43 KomHKVO für den eingesetzten Gesamtsystemstand des IT-Verfahrens „Neues Kommunales Rechnungswesen der Stadt Braunschweig“ (einschließlich aller zugehörigen Schnittstellen) wurde am 2. November 2018 durch den hierfür verantwortlichen FB 20 erklärt.

18 Informationstechnologie

In 2013/2014 ist eine umfassende IT-Systemprüfung durchgeführt worden. Zusammenfassend sind eine insgesamt angemessene Transparenz sowie transparente Regelungen und Verfahren für die Steuerung im Bereich der IT bescheinigt worden. Dabei wurden besonders auch Analysen der IT-Geschäftsprozesse und Funktionen im Zusammenhang mit dem Finanzwesenverfahren einbezogen. Soweit in diesem Zusammenhang Handlungsempfehlungen abgegeben worden sind, wurden bzw. werden diese sukzessive umgesetzt.

Im Berichtsjahr wurden unter anderem die Umstellung der Jahresabschlussberichte aufgrund von Rechtsänderungen bei Einführung der KomHKVO abgeschlossen, die Annahme von E-Rechnungen auf Basis der gesetzlichen Mindestvorgaben vorbereitet sowie die Beschaffung von zusätzlichen Geschäftspartner- und Userlizenzen und die Implementierung der Vergnügungssteuer in das SAP-Modul KM STA (Kommunalmaster Steuern und Abgaben) vorgenommen. Import- und Exportschnittstellen sowie die Einführung neuer Verfahren oder Verfahrensanpassungen führten zu keinen wesentlichen Verarbeitungsfehlern, geringfügige Mängel wurden in der Regel zeitnah behoben.

Aktuelle Vorarbeiten betrafen insbesondere den notwendigen Releasewechsel in 2020 für das Berichtswesen-Modul SAP BI (Business Intelligence) und den SAP Support Backbone (erforderlich für den technischen Kundensupport), Anpassungen an Änderungen im Umsatzsteuerrecht, die Umsetzung der DSGVO im SAP-Verfahren, die Einführung der E-Steuerakte und eines Dokumentenmanagements in der Finanzverwaltung sowie die Umstellung des aktuellen Finanzwesensystems auf den ITEOS-Kommunalmaster (vorgesehen für 2024).

18.2.1.2 Personalwesen

Das bei der Stadt seit Januar 2005 von der ITEBS GmbH angebotene Personalabrechnungsverfahren myIPAV HR® wurde zum 1. Januar 2019 durch eine fortentwickelte SAP-Anwendung, den Kommunal-Master Personal abgelöst.

Die Freigabe des Verfahrens und der jeweils aktuellen Versionen durch den FB 10 erfolgten zeitnah; für die zuletzt im Berichtsjahr genutzte Version (Support Package EHP7 Renewall 2.0 Release 6.0) am 27. November 2019.

Die Umstellung auf das neue Fachverfahren erfolgte ohne wesentliche Schwierigkeiten. Im Ergebnis werden die Personalabrechnungen bei der Stadt ebenso zuverlässig vorgenommen wie zuvor. Vereinzelte Fehlermeldungen, die bei der ITEBS GmbH auftaten bezogen sich nur auf ungewöhnliche Fallkonstellationen, die bei der Stadt bisher nicht vorkamen. Sie beinhalteten keine Berechnungsfehler.

Daneben wurden Rechtsänderungen oder Anpassungen z. B. im Bereich der Kindergeldzahlungen und der Kindergeldstatistik eingepflegt oder auch Hinweise und Vorgaben für die Sachbearbeitung übermittelt, wie das Fachverfahren in bestimmten Bereichen anzuwenden ist. Eine der Anpassungen erfolgte auf Initiative der Stadt, indem angeregt wurde, eine aus dem myIPAV HR® bekannte Handhabung zu übernehmen.

18 Informationstechnologie

18.2.1.3 Sozialwesen

Bei der Stadt wird seit Januar 2008 das Verfahren LÄMMkom der Firma Lämmerzahl für die Berechnung und Auszahlung von Leistungen nach dem SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Kriegsopferfürsorge genutzt.

Die Freigabeerklärungen für das IT-Verfahren in den jeweils eingesetzten Versionen erfolgten in der Regel zeitnah durch den FB 50. Im Berichtsjahr wurden die Versionen 10.1.16.1 und 2 des bisherigen Verfahrens sowie auch die Versionen 10.02.17.1 und 2 der Weiterentwicklung LÄMMkom LISSA eingesetzt und freigegeben.

Anpassungen und Korrekturen betrafen wie schon im Vorjahr vorrangig das Rechtsgebiet des Bundesteilhabegesetzes, mit dem das Behindertenrecht seit 2017 schrittweise bis ins Jahr 2023 reformiert wird.

Die regelmäßig wiederkehrende Umsetzung von gesetzlichen Änderungen, Kundenanforderungen sowie das Beheben von Fehlern hat neben der laufenden Anpassung des Verfahrens LÄMMkom zur Entwicklung der neuen Version LÄMMkom LISSA geführt. Das Programm mit umfangreichen Funktionserweiterungen gegenüber LÄMMkom befand sich bei der Stadt seit März 2014 in der Einführungsphase.

Die Konsolidierung der Personendaten wie auch der anschließende Import in LÄMMkom LISSA konnte Ende 2019 abgeschlossen werden, so dass mit dem Hauptlauf im Dezember 2019 die Anträge für den Januar-2020-Zahllauf in LÄMMkom LISSA bearbeitet wurden. Die Versionsumstellung erfolgte ohne wesentliche Probleme.

18.2.1.4 Ordnungswidrigkeiten

Bei der Stadt wird seit Juli 2001 das Verfahren public marius OWI (pmOWI) für die Bearbeitung sämtlicher Ordnungswidrigkeiten eingesetzt.

Die Freigabeerklärungen für das IT-Verfahren in den jeweils eingesetzten Versionen erfolgten durch den FB 32. Die Version 2.8 wurde am 8. November 2019 von der Version 2.9 abgelöst, deren Freigabe am 18. Juni 2020 erfolgte. Der Versionswechsel im Berichtsjahr führte zu keinerlei Problemen.

Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der gesamtstädtischen Migration auf Windows 10 in Bezug auf die Anpassungen des Zusatzmoduls enaio® adhoc export und die Kompatibilitätsprobleme des Mentana Zertifikationsmanagers behinderten bis Ende des Berichtsjahres eine erfolgreiche Umstellung von Windows 7 auf Windows 10 in den Bereichen, die Signaturkarten einsetzen.

Die OPTIMAL SYSTEMS GmbH konnte gemeinsam mit der Mentana Claimsoft GmbH eine Lösung erarbeiten, so dass auch die ab Mai 2019 neu ausgestellten Signaturkarten nun ohne Probleme genutzt werden können.

18 Informationstechnologie

18.2.2 Begleitende Prüfung/Beratung bei IT-Projekten

Ein erheblicher Teil der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der IT- und Programmprüfung besteht in frühzeitigen begleitenden Prüfungen und Beratungen im Vorfeld von IT-Projekten. Schwerpunkte der prüferischen Begleitungen sind dabei die Auswahl einsatzfähiger Hard- und Software und nach Konkretisierung des Bedarfs die Durchführung der Beschaffung, die vertragliche Ausgestaltung des Einsatzes sowie die Einführung des ausgewählten Verfahrens.

Im Rahmen von Gesprächen, insbesondere mit dem FB 10, stehen grundsätzliche Fragen zu Beschaffungen, zur Planung und Durchführung von IT-Projekten sowie zur Einführung und Anpassung von internen Vorschriften im Vordergrund.

Im Berichtsjahr waren von besonderer Bedeutung:

- Grundsatzfragen zu Beschaffungen durch die Abt. 10.4,
- Überwachung von Freigabeerklärungen der OE gemäß SDA II 10/13,
- Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in der Stadt,
- Nutzung der elektronischen Steuererklärung (Elster) bei Erstellung der Umsatzsteuer- und Vorsteuererklärung,
- Anwendung der Neuregelungen der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts durch § 2 UStG,
- Vorbereitung des Releasewechsels für das Modul SAP BI und Aufbau eines aktuellen SAP Support Backbones (ab 2020 erforderlich),
- Umsetzung der DSGVO in SAP und anderen automatisierten Verfahren.

18.2.3 Prüfung von Auftragsvergaben im IT-Bereich

Im Berichtsjahr wurden für den Bereich IT gegliedert nach Bedarfsstellen folgende wesentlichen Vergaben und Inhousegeschäfte vor Auftragserteilung zur Prüfung vorgelegt:

FB 10
- Lieferung von 100 Apple iPhone 6S und 150 Apple iPhone 7 unlocked,
- Rahmenvereinbarung zum Abruf von Netzwerktechnik (Switche) für die Jahre 2019 bis 2021,
- Einführung eines Bewerbermanagementsystems,
- Responsiver Relaunch Intranet/Extranet (Überarbeitung zu einer Seite für alle Geräte),
- Ersatzbeschaffung von 3 HPE Exchange-Servern.

Ref. 0100
- Leasing von 70 iPads für die mobile Ratsarbeit.

FB 20
- Lieferung von 20.000 SAP-Geschäftspartnerlizenzen,
- Implementierung der Vergnügungssteuer im Kommunalmaster Steuern und Abgaben,
- Beschaffung von zusätzlichen SAP-Lizenzen (User und Geschäftspartner) inklusive Wartung.

18 Informationstechnologie

FB 32
- Einführung einer serverbasierten Signaturprüfung.

FB 37
- Teilerneuerung des Digitalen Alarmierungssystems beim FB 37,
- Weiternutzung des IServ Portalserver Komplettpakets im Bereich Freiwillige Feuerwehren,
- Ersatzbeschaffung für 155 digitale Meldeempfänger mit Zubehör für die Freiwilligen Feuerwehren,
- Einführung einer Digitalen Datenerfassung im Rettungsdienst Braunschweig.

FB 40
- Beschaffung von fünf digitalen Whiteboards incl. Projektor und Mini-PC für die Helene-Engelbrecht-Schule Berufsbildende Schulen Braunschweig,
- Ersatzbeschaffungen zum Austausch von insgesamt 26 defekten digitalen Whiteboards inklusive Projektor und Mini-PC,
- Beschaffung von 50 Projektoren für diverse städtische Schulen,
- Beschaffung von 62 Apple iPad für verschiedene städtische Schulen.

FB 51
- Schnittstellen Kita-Planer 2 zur Anbindung an vier verschiedene freie Träger mit insgesamt 42 Einrichtungen.

FB 61
- Bereitstellung von 360° Straßenpanoramabildern und einer gehosteten Webanwendung.

FB 65
- Umstellung des Vertragsmodells auf Mietlizenzen für die Autocad Building Design-Suite.

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nrn. 2, 4 und 5 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nrn. 2, 4 und 5 RPO. Bei der Stadt wurden hierzu im Berichtsjahr die Bereiche

- Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist,
- Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat,
- Führung von Betrieben gewerblicher Art,
- Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art und
- Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste

geprüft.

Die Stadt hat in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen der Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, dem RPA die Prüfungsrechte nach § 155 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 RPO und/oder die Befugnisse nach § 54 HGrG eingeräumt.

19.2 Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist

19.2.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts mit unmittelbarer oder mittelbarer Beteiligung ist, ob die Stadt die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften zur wirtschaftlichen Betätigung beachtet und ob die Stadt die Einhaltung der für die Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen im Wesentlichen überwacht.

Die Prüfung der Beachtung der maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften seitens der Stadt umfasst insbesondere die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung (§ 136 NKomVG), die Maßgaben für die Führung von bzw. Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts (§ 137 NKomVG), die Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen (§ 138 NKomVG) sowie die Berichtspflichten nach § 151 NKomVG.

Die Prüfung der Überwachung der maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen seitens der Stadt umfasst die Auswertung der Vorlagen an den FPA und den VA, der Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen und die Gesellschafterversammlungen sowie des Beteiligungsberichts nach § 151 NKomVG.

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

Die Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, bezog sich im Berichtsjahr auf die städtischen Gesellschaften Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH, Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und Struktur-Förderung Braunschweig GmbH.

Es haben sich bei dieser Prüfung keine wesentlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Stadt die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften nicht beachtet hat.

Im Rahmen der Prüfung sind keine Tatsachen bekannt geworden, dass die Stadt die Einhaltung der für die Gesellschaften, die sie führt oder an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen nicht in geeigneter Form überwacht hat.

Die Auswertung des von der Stadt gemäß § 151 NKomVG zu erstellenden Beteiligungsberichts (im Berichtsjahr der XXII. Beteiligungsbericht für die städtischen Gesellschaften, der dem Haushaltsplan 2019 der Stadt beigefügt ist und im Wesentlichen das Haushaltsjahr 2017 betrachtet) auf die Einhaltung der Berichtspflichten nach § 151 NKomVG hat keine Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Die Auswertung der Vorlagen an den FPA und den VA sowie der vorliegenden Protokolle über die Gremiensitzungen hat ergeben, dass die von der Stadt in die Gesellschaften entsandten Vertreter ihre Tätigkeiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen und gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen wahrgenommen haben. Sie haben sich regelmäßig von der Geschäftsführung der Gesellschaften über den Geschäftsverlauf informiert und veranlasst, dass die in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse seitens der Geschäftsführung in den Gesellschaften umgesetzt werden.

Die Beschlussverfahren über die Wirtschaftspläne und zu den Auftragsvergaben zur Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der Gesellschaften haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Das gleiche gilt für die Verfahren zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und die Entlastung der Geschäftsführungen und der Aufsichtsräte.

19 Wirtschaftliche Betätigung

In der folgenden Übersicht sind für die Gesellschaften, die die Stadt führt oder an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, die Ergebnisse nach Steuern (ab Jahresabschluss 2016) bzw. die Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (bis Jahresabschluss 2015) des Berichtsjahres und der vier vorhergehenden Geschäftsjahre in TEUR dargestellt. Die Ergebnisse sind insofern nur eingeschränkt vergleichbar.

Gesellschaft	2019 TEUR	2018 TEUR	2017 TEUR	2016 TEUR	2015 TEUR
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	-1.596	-1.493	-1.511	-1.195	-1.315
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-25.047	-21.656	-19.467	-18.555	-19.045
Braunschweig Zukunft GmbH	-1.555	-1.401	-1.154	-1.256	-1.398
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	4	-1.100	-740	1.400	-450
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	1.865	-404	-433	210	1.647
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	521	677	547	305	442
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	5.603	5.547	6.434	6.674	5.846
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	-33.984	-25.922	-24.865	-27.704	-25.515
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-7.632	-7.811	-7.888	-8.297	-8.402
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-4.540	-4.391	-4.609	-4.104	-4.382
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	-14.668	-4.521	1.282	1.190	1.793
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	97	-36	-39	-48	-25
Volkshochschule Braunschweig GmbH	-1.061	-962	-809	-821	-784

Das Ergebnis nach Steuern entsprechend § 275 HGB beinhaltet im Gegensatz zum Jahresergebnis nicht die sonstigen Steuern sowie eventuelle Verlustausgleichszahlungen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit entsprechend § 275 HGB alter Fassung beinhaltet im Gegensatz zum Jahresergebnis nicht das außerordentliche Ergebnis, die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und die sonstigen Steuern sowie eventuelle Verlustausgleichszahlungen.

Das Ergebnis nach Steuern bzw. das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH beinhaltet die Vereinnahmung der Beteiligungserträge bzw. Verlustübernahmen der folgenden Beteiligungen auf Basis der jeweiligen Jahresergebnisse:

Gesellschaft	2019 TEUR	2018 TEUR	2017 TEUR	2016 TEUR	2015 TEUR
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	5.808	5.598	5.419	2.594	7.100
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	1.592	2.111	2.227	1.710	0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-25.139	-21.747	-19.559	-18.647	-19.148
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-7.254	-7.420	-7.568	-7.876	-7.974
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-4.449	-4.144	-4.396	-3.965	-4.007
Übrige	401	447	521	157	160

19 Wirtschaftliche Betätigung

Folgende Gesellschaften erhielten im Berichtsjahr von der Stadt Betriebsmittelzuschüsse:

- Allianz für die Region GmbH 180 TEUR,
- Braunschweig Zukunft GmbH 1.555 TEUR,
- Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH 2.421 TEUR,
- Haus der Familie GmbH 205 TEUR,
- Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH 50 TEUR,
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 34.013 TEUR,
- Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 390 TEUR,
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH 255 TEUR,
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH 42 TEUR,
- Volkshochschule Braunschweig GmbH 1.061 TEUR,
- VHS Arbeit und Beruf GmbH 2.401 TEUR.

Bei den folgenden Gesellschaften wurden im Berichtsjahr seitens der Stadt Einlagen in die Kapitalrücklagen geleistet:

- Braunschweig Stadtmarketing GmbH 1.707 TEUR,
- Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig 2.500 TEUR,
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 1.000 TEUR,
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH 144 TEUR,
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH 430 TEUR,
- Volkshochschule Braunschweig GmbH 88 TEUR.

19.3 Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung vorbehalten hat

19.3.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Kassenprüfung sind die Kassen, die Kassenführung und die Kassenberichte der zu prüfenden Gesellschaften. Geprüft wird, ob das Kassenwesen rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist.

Gegenstand der Buchprüfung bei einer zu prüfenden Gesellschaft ist deren Buchführung für das Berichtsjahr. Die Prüfung beschränkt sich grundsätzlich entsprechend § 4 Abs. 2 Satz 2 RPO auf die Auswertung des Berichts des externen Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Im Vordergrund stehen der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht, die Aussagen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und bei kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zusätzlich die Aussagen zur wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft (§ 30 Satz 1 Nrn. 3 und 4 EigBetrVO). Daneben werden wesentliche Positionen der Bilanz und der GuV ausgewertet sowie Erläuterungen und Aussagen im Anhang und Lagebericht auf Plausibilität geprüft.

Betriebsprüfungen bei den Gesellschaften erfolgen aus gegebenem Anlass oder soweit Aufträge dazu erteilt werden. Im Berichtsjahr erfolgten keine Betriebsprüfungen.

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

Im Berichtsjahr wurden bei folgenden städtischen Eigengesellschaften und Beteiligungen gemäß § 5 Abs. 4 Buchst. b RPO Kassenprüfungen vorgenommen:

- Braunschweig Stadtmarketing GmbH,
- Braunschweig Zukunft GmbH,
- Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH,
- Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH,
- Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig,
- Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH,
- Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH,
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH,
- Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH,
- Struktur-Förderung Braunschweig GmbH,
- Volkshochschule Braunschweig GmbH.

Im Rahmen der Kassenprüfungen wurde festgestellt, dass das Kassenwesen der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist. Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die im Rahmen der Buchprüfung durchgeführte generelle Auswertung der Berichte der externen Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 und des Lageberichts 2019 der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften hat keine Tatbestände für wesentliche Beanstandungen ergeben. Ergänzende Feststellungen hat das RPA nicht getroffen.

Entsprechend der seit dem 1. Januar 2005 geltenden Rechtslage obliegen dem RPA unter den Voraussetzungen des § 158 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 NKomVG i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG grundsätzlich auch die Prüfungen der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB sowie der sog. Kleinstkapitalgesellschaften im Sinne des § 267a Abs. 1 Satz 1 HGB, an denen die Stadt in dem in § 53 HGrG bezeichneten Umfang beteiligt ist. Es kann mit der Durchführung der Prüfung auch einen Dritten beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung mit dem Einvernehmen des RPA unmittelbar durch die Gesellschaft erfolgt.

Vereinbarungsgemäß erfolgten die entsprechenden Beauftragungen für das Geschäftsjahr 2019 an externe Abschlussprüfer im Einvernehmen mit dem RPA unmittelbar durch die Gesellschaften.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2019 und der Lageberichte 2019 der kleinen Kapitalgesellschaften sowie der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaften hat seitens der Abschlussprüfer in keinem Fall zu Einwendungen geführt. Sie haben uneingeschränkte Prüfungsvermerke nach § 322 HGB erteilt. Das RPA hat nach Auswertung der Prüfungsberichte der Abschlussprüfer in keinem Fall ergänzende Feststellungen für erforderlich gehalten und entsprechende Abschlussvermerke erteilt (§ 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO).

19 Wirtschaftliche Betätigung

Die Prüfung der Beschlussverfahren über die Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und über die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte gab zu Beanstandungen ebenfalls keinen Anlass.

Die Vorschriften zur Bekanntmachung der Ergebnisse der Prüfung und zur öffentlichen Auslegung der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2019 und der Lageberichte 2019 der kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB wurden für die unmittelbaren Tochtergesellschaften der Stadt beachtet (§ 36 EigBetrVO).

19.4 Führung von Betrieben gewerblicher Art

19.4.1 Vorbemerkungen

Die Prüfung der bei der Stadt geführten BgA erfolgt je nach den individuellen Gegebenheiten eines BgA.

Bei den BgA, denen ein Miet- oder Pachtvertrag zugrunde liegt, wurde geprüft, ob die Zahlung der Mieten bzw. Pachten sowie ggf. die Erstellung der Jahresabrechnung vertragsgemäß erfolgte und die Buchungen der vom Vertragspartner geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP ordnungsgemäß vorgenommen wurden.

Bei den BgA, die Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen erbringen und/oder Rechnungen stellen, waren die Einhaltung der Geschäftsbesorgungsverträge sowie die erstellten Rechnungen für die gegenüber dem Vertragspartner erbrachten Leistungen Prüfungsgegenstand. Geprüft wurden die rechnerische und sachliche Richtigkeit der Rechnungen sowie die ordnungsmäßige Verbuchung der vom Vertragspartner geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP.

Bez. der Miet- und Pachtverträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Rechnungen sowie der Betriebsabrechnung wurden die nachfolgend aufgeführten BgA der Stadt für das Berichtsjahr geprüft:

Miet- und Pachtverträge:

- B201 Stadion Verpachtung,
- B202 Tiefgaragen Verpachtung,
- B203 Großmarkt Verpachtung,
- B204 Gewandhauskeller Verpachtung,
- B207 Schäfers Ruh Verpachtung,
- B209 Stadthalle Verpachtung.

Geschäftsbesorgungsverträge und Rechnungen:

- B101 Personalserviceleistungen,
- B102 IT-Service für private Unternehmen im Konzern,
- B103 Personalzuweisungen,
- B200 Reisemobilstellplatz Nutzung,
- B322 Feinstaubplaketten,
- B372 Feuerwehr-Servicezentrum,
- B411 Kulturnacht,

19 Wirtschaftliche Betätigung

- B414 Sponsoring Kulturprojekte,
- B514 Sponsoring Kinder- und Jugendprojekte,
- B611 Geoinformation
- B671 Grünpflege Städtische Gesellschaften,
- FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement.

Betriebsabrechnung:

- B321 Märkte.

19.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Wesentliche Prüfungsfeststellungen haben sich bei der Prüfung der o. g. BgA der Stadt im Einzelfall nicht ergeben.

Fehlerhafte Zuordnungen bei den Kostenstellen, PSP-Elementen und Sachkonten wurden - sofern noch möglich - für den jeweiligen Prüfungszeitraum mit den entsprechenden Umbuchungen im Finanzwesenverfahren SAP korrigiert.

Bei den BgA, denen Miet- oder Pachtverträge zugrunde liegen, wurden den zuständigen Organisationseinheiten für den Fall anstehender Vertragsänderungen entsprechend der Prüfungsfeststellungen Aktualisierungen und Anpassungen empfohlen.

19.5 Steuererklärungen von Betrieben gewerblicher Art

19.5.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung waren die für die nachfolgend aufgeführten BgA der Stadt seitens des Ref. 0200 erstellten Steuererklärungen.

Die Anfertigung der Steuererklärungen erfolgte im Vorfeld teilweise durch beauftragte externe Prüfungseinrichtungen.

Die Prüfung des RPA erfolgte anhand der vom Ref. 0200 vorgelegten Unterlagen und der entsprechenden Steuerbescheide des Finanzamtes. In Klammern wird jeweils das Jahr genannt, für das die Prüfung erfolgt ist:

- B101 Personalserviceleistungen (2018 und 2019),
- B102 IT-Service für private Unternehmen im Konzern (2018 und 2019),
- B203 Großmarkt Verpachtung (2018 und 2019),
- B209 Gaststätten (2017 und 2018),
- B321 Märkte (2017 und 2018),
- B611 Geoinformation (2017, 2018 und 2019).

19.5.2 Feststellungen und Erläuterungen

Wesentliche Prüfungsfeststellungen haben sich bei der Prüfung der o. g. Steuerklärungen der BgA der Stadt im Einzelfall nicht ergeben.

19 Wirtschaftliche Betätigung

19.6 Prüfung des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste

19.6.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Prüfung im Bereich der Erträge des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste sind die geschlossenen Verträge mit den Nutzern. Geprüft wurden für das Haushaltsjahr 2019 die rechnerische Richtigkeit der vorgelegten Abrechnungen, die vertragsgemäßen Einzahlungen sowie die ordnungsgemäße Verbuchung der von den Vertragspartnern geleisteten Zahlungen im Finanzwesenverfahren SAP.

Die bei dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste im Haushaltsjahr 2019 gebuchten Aufwendungen wurden anhand der vorgelegten Belege auf die rechnerische Richtigkeit sowie die ordnungsgemäße Verbuchung im Finanzwesenverfahren SAP geprüft.

19.6.2 Feststellungen und Erläuterungen

B Bei der Rechnungslegung über die Entgelte für die Nutzung des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste wurde in sieben Fällen ein falscher Entgelttarif angewandt. Bei den Differenzen zwischen den in diesen Fällen angewandten Entgelttarifen und dem korrekten Entgelttarif handelt es sich um unwesentliche Beträge (0,25 EUR/pro Person pro Nacht - 5,00 EUR/pro Person pro Nacht). Dennoch sind der Stadt infolgedessen Erträge i. H. v. rd. 382 EUR entgangen. Zu Ungunsten der Vertragspartner, also zum ungerechtfertigten Vorteil der Stadt, wurden Beträge i. H. v. rd. 22 EUR mehr vereinnahmt. Im Vergleich zu den Vorjahren ist erneut eine Verbesserung bei der Rechnungslegung festzustellen.

B Auf den vorgelegten Unterlagen fehlte in wenigen Fällen im Feld „Sachlich/rechnerisch richtig“ bzw. im Feld „Angeordnet durch“ die Unterschriften auf den Anordnungen. Auf die vollständige Unterzeichnung ist verstärkt zu achten. Im Vergleich zu den Vorjahren ist auch hier eine Verbesserung bei der Rechnungsbearbeitung festzustellen.

Bez. der Prüfung des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste für das Jahr 2019 werden keine weiteren Einwendungen erhoben.

20 Zuwendungen

20.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung von Zuwendungen ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 2 RPO und bezieht sich hier auf

- erhaltene und geleistete Zuwendungen und
- Schenkungen, Spenden u. ä. Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 Satz 1 NKomVG.

Erhaltene und geleistete Zuwendungen sind Finanzhilfen eines Zuwendungsgebers an einen Zuwendungsnehmer zur Erfüllung von Aufgaben seitens des Empfängers, die für laufende Zwecke, für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, als Schuldendiensthilfen o. ä. geleistet werden können, und umfassen Zuweisungen und Zuschüsse. Zuweisungen sind Übertragungen innerhalb des öffentlichen Sektors und Zuschüsse sind Übertragungen vom öffentlichen Sektor an den privaten Sektor und umgekehrt.

Eine Schenkung ist eine freiwillige Zuwendung einer Person, durch die jemand aus seinem Vermögen einen anderen bereichert und beide Teile darüber einig sind, dass die Zuwendung ohne Gegenleistung, d. h. unentgeltlich, erfolgt (vgl. § 516 Abs. 1 BGB).

Eine Spende ist eine freiwillige Zuwendung einer Person an einen Empfänger ohne unmittelbare Gegenleistung seitens des Empfängers für einen bestimmten Zweck und kann u. a. in einer Geld- oder Sachleistung bestehen. Sie ist bürgerlich-rechtlich eine Schenkung im Sinne des § 516 Abs. 1 BGB und wird unter bestimmten Voraussetzungen steuerrechtlich zu einer Sonderausgabe und damit eine Spende im Sinne des Einkommensteuerrechts.

Unter ähnliche Zuwendungen fallen z. B. das Sponsoring und der Erwerb von Todes wegen. Sponsoring ist eine Zuwendung einer Person mit wirtschaftlichen Interessen an einen Empfänger und basiert grundsätzlich auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung und kann in einer Geld-, Sach- oder Dienstleistung bestehen. Art und Umfang des Erwerbs von Todes wegen sind in § 3 ErbStG geregelt.

20.2 Erhaltene Zuwendungen

20.2.1 Vorbemerkungen

Die Stadt erhielt im Berichtsjahr investive und erfolgswirksame Zuwendungen.

Die Einzahlungen für investive erhaltene Zuwendungen (Investitionszuweisungen und -zuschüsse) betrugen laut Finanzrechnung 6.709 TEUR (Vorjahr: 3.297 TEUR).

20 Zuwendungen

Die bilanziell ausgewiesenen Investitionszuweisungen und -zuschüsse entwickelten sich ausweislich der entsprechenden Sachkonten buchwertmäßig wie folgt:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
Investitionszuweisungen und -zuschüsse	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anfangsbestand 1. Januar	214.142	222.649	-8.507	-3,8
Zugänge	6.929	3.126	3.803	>100,0
Umbuchungen	-3.089	943	-4.032	>-100,0
Abgänge	293	9	284	>100,0
Auflösungen	12.521	12.567	-46	-0,4
Endbestand 31. Dezember	205.168	214.142	-8.974	

Die bilanzielle Prüfung der unter den Sonderposten „Investitionszuweisungen und -zuschüsse“ ausgewiesenen investiven erhaltenen Zuwendungen erfolgt im Rahmen der rechnungslegungsbezogenen Jahresabschlussprüfung (vgl. Tz. 10). Für den Ausweis gilt § 44 Abs. 5 Satz 1 KomHKVO, wonach empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst werden.

Die erfolgswirksamen erhaltenen Zuwendungen (ertragswirksam) umfassen:

		Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
311	Schlüsselzuweisungen	136.097	108.393	27.704	25,6
313	sonstige allgemeine Zuweisungen	13.285	12.982	303	2,3
314	Zuweisungen für lfd. Zwecke u. a.	19.994	18.659	1.335	7,2
319	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	19.569	20.501	-932	-4,5
	Summe	188.945	160.535	28.410	

Die korrespondierenden Zahlungen betragen:

		Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
611	Schlüsselzuweisungen	136.097	104.071	32.026	30,8
613	sonstige allgemeine Zuweisungen	13.285	12.846	439	3,4
614	Zuweisungen für lfd. Zwecke u. a.	20.277	19.473	804	4,1
619	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	19.874	21.820	-1.946	-8,9
	Summe	189.533	158.210	31.323	

Geprüft wurde die Einhaltung der für erhaltene Zuwendungen maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen.

Für die Schlüsselzuweisungen und die sonstigen allgemeinen Zuweisungen sind dies

- das NFAG vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. 2007 S. 466), Stand: 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. Nr. 18/2018 S. 317; Haushaltbegleitgesetz 2019 Art. 1, Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich) und

20 Zuwendungen

- das NFVG in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. 2007 S. 461), Stand: 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. Nr. 6/2018 S. 98; Gesetz zur Änderung des Nds. Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und anderer Vorschriften Art. 3).

Für die Zuweisungen für lfd. Zwecke und die aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen sind dies u. a. die ANBest-P sowie die ANBest-Gk.

20.2.2 Feststellungen und Erläuterungen

20.2.2.1 Investive erhaltene Zuwendungen

Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

20.2.2.2 Ertragswirksame erhaltene Zuwendungen

Die Schlüsselzuweisungen (311/611) und sonstigen allgemeinen Zuweisungen (313/613) des Landes für das Berichtsjahr wurden seitens der Stadt vom FB 20 geprüft. Sie entsprachen der Höhe nach dem sog. Finanzausgleichbescheid 2019 (Bescheid vom 3. April 2019 des LSN) und formal den o. g. Vorschriften.

Mit Schreiben vom 6. Februar 2019 wurde der OBM vom Ref. 0120 darüber unterrichtet, dass von dort eine stetig steigende Differenz zwischen der städtischen Melderegisterzahl und der amtlichen Einwohnerzahl festzustellen ist. Das Ref. 0120 versucht die Ursachen für diese Abweichungen zusammen mit dem LSN zu ermitteln. Da die amtliche Einwohnerzahl maßgeblich für die Höhe der Zahlungen im Rahmen des Nds. Finanzausgleiches ist (siehe auch Schlussberichte 2014 bis 2018 Tz. 20.2.2.2) und mit kurzfristigen Erkenntnissen seitens des LSN nicht zu rechnen sei, hat das Ref. 0200 mit Schreiben vom 12. April 2019 dem OBM empfohlen, gegen den Finanzausgleichbescheid 2019 Widerspruch einzulegen. Der entsprechende Widerspruch wurde seitens der Stadt mit Schreiben vom 24. April 2019 gegenüber dem LSN mit der Begründung erhoben, dass der Stadt höhere Finanzausgleichszahlungen für das Jahr 2019 zustehen, sofern ihr eine höhere Einwohnerzahl zuzurechnen ist. In der Eingangsbestätigung vom 6. Mai 2019 teilte das LSN mit, dass interne Prüfungen stattfinden, nach deren Abschluss das Ergebnis mit der Stadt besprochen und eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird. Bis dahin wird das Widerspruchverfahren ruhend gestellt. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung lagen seitens des LSN weder ein Ergebnis noch eine Lösung vor.

Die für 2019 erhaltenen Schlüsselzuweisungen (311/611) und sonstigen allgemeinen Zuweisungen (313/613) des Landes fielen im Berichtsjahr 27.704 TEUR bzw. 303 TEUR höher aus als im Vorjahr. Für die Verteilung der Finanzmasse für Schlüsselzuweisungen sind die jeweilige Steuerkraft, die zu erbringenden Sozialleistungen sowie die Einwohnerzahl der einzelnen Kommunen im zugrundeliegenden Zeitraum maßgeblich. Mit der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (sonstige allgemeine Zuweisungen) werden 75 % der nicht durch Einnahmen gedeckten Kosten dieser Aufgaben pauschal erstattet. Hier ergab sich die Erhöhung hauptsächlich durch die Berücksichtigung des Anstieges des Personalaufwands (tarifliche Steigerungen). Hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen ergab sich eine positive

20 Zuwendungen

Steuerverbundabrechnung für das Jahr 2018, die den Kommunen über die Finanzausgleichsleistungen 2019 zugutekam. Die Gewerbesteuerkraft der Stadt ist im zugrunde zu legenden Zeitraum aufgrund sinkender Gewerbesteuerzahlungen deutlich hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Zum anderen gab es bei den niedersächsischen Kommunen insgesamt eine positivere Entwicklung der Gewerbesteuerzahlungen. Der Rückgang bei der Stadt gegenüber dem Vorjahr wurde über höhere Schlüsselzuweisungen zu einem erheblichen Teil ausgeglichen.

Die erhaltenen Zuweisungen für lfd. Zwecke u. a. (314/614) betreffen im Berichtsjahr Zuweisungen vom Bund i. H. v. 1.705 TEUR (Vorjahr: 1.483 TEUR) und Land i. H. v. 15.664 TEUR (Vorjahr: 15.345 TEUR) sowie weitere Zuweisungen insbesondere von sonstigen öffentlichen Bereichen. Die entsprechenden Zuweisungen wurden vom RPA nur in den Fällen geprüft, in denen vom Zuwendungsgeber eine Bestätigung der ordnungsmäßigen Verwendung entsprechender Zuwendungen gefordert wurde. In den geprüften Fällen wurde vom RPA die ordnungsmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel im Wesentlichen bestätigt.

Die aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen (319/619) betreffen vom Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie geleistete Zuschüsse für Arbeitsuchende für Unterkunft und Heizung. Die Höhe der verpflichtend zu leistenden Zuschüsse wird regelmäßig durch die Stelle 50.02 auf Ordnungsmäßigkeit geprüft. Beanstandungen haben sich grundsätzlich nicht ergeben.

20.3 Geleistete Zuwendungen

20.3.1 Vorbemerkungen

Die Stadt leistete im Berichtsjahr investive und erfolgswirksame Zuwendungen.

Die Auszahlungen für investive geleistete Zuwendungen (Investitionszuweisungen und -zuschüsse) betrugen 5.317 TEUR (Vorjahr: 4.537 TEUR) und stellen sich ausweislich der entsprechenden Sachkonten wie folgt dar:

		Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
7811	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an das Land	3.599	3.576	23	0,6
7815	Investitionszuschüsse an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	0	117	-117	-100,0
7817	Investitionszuschüsse an private Bereiche	0	-146	146	100,0
7818	Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	1.718	990	728	73,5
	Summe	5.317	4.537	780	

Sie betrafen insbesondere die Krankenhausumlage, das Projekt soziale Stadt im Bereich des westlichen Ringgebietes für bestimmte Modernisierungsmaßnahmen und Gebäudeerweiterungen. Weiterhin von Bedeutung waren auch Zuwendungen an freie Träger im Kulturbereich und Zuwendungen für den Sport. Aktiviert werden diese Zuwendungen auf dem Sachkonto 004100 „Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen“. Die korrespondierenden Abschreibungen erfolgen über das Sachkonto 471101 „AfA

20 Zuwendungen

immaterielle Vermögensgegenstände Investitionszuweisungen“. Die bilanzielle Prüfung erfolgt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung (vgl. Tz. 10). Für den Ausweis gilt § 44 Abs. 4 KomHKVO.

Die erfolgswirksamen geleisteten Zuwendungen (aufwandswirksam) umfassen:

		Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
4311	Zuweisungen an das Land	11.149	10.803	346	3,2
4312	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	5	-5	-100,0
4313	Zuweisungen an Zweckverbände	2.344	2.702	-358	-13,2
4314	Zuweisung an den sonstigen öffentlichen Bereich	0	0	0	0,0
4315	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	51.416	39.648	11.768	29,7
4317	Zuschuss an private Unternehmen	46	346	-300	-86,7
4318	Zuschuss an übrige Bereiche	67.620	64.735	2.885	4,5
4321	Schuldendiensthilfen an das Land	0	2	-2	-100,0
4371	Entschuldungsumlage gemäß NFAG	1.299	1.317	-18	-1,4
4373	Allgemeine Umlage an Zweckverbände	48	0	48	100,0
	Summe	133.922	119.558	14.364	

Darüber hinaus umfassen die Aufwendungen für Sozial- und Jugendhilfeleistungen und sonstige soziale Leistungen (433) im Berichtsjahr 170.774 TEUR (Vorjahr: 161.160 TEUR) und die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage (434) 21.847 TEUR (Vorjahr: 23.658 TEUR). Die Transferaufwendungen betragen im Berichtsjahr somit 326.543 TEUR (Vorjahr: 304.376 TEUR).

Die korrespondierenden Zahlungen betragen:

		Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
7311	Zuweisungen an das Land	11.149	10.803	346	3,2
7312	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	5	-5	-100,0
7313	Zuweisungen an Zweckverbände	2.344	2.311	33	1,4
7314	Zuweisung an den sonstigen öffentlichen Bereich	0	0	0	0,0
7315	Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	46.622	37.505	9.117	24,3
7317	Zuschuss an private Unternehmen	55	327	-272	-83,2
7318	Zuschuss an übrige Bereiche	67.530	64.773	2.757	4,3
7321	Schuldendiensthilfen an das Land	0	2	-2	-100,0
7371	Entschuldungsumlage gemäß NFAG	1.299	1.317	-18	-1,4
7373	Allgemeine Umlage an Zweckverbände	35	0	35	100,0
	Summe	129.034	117.043	11.991	

Die korrespondierenden Zahlungen für Sozial- und Jugendhilfeleistungen und sonstige soziale Leistungen (733) betragen im Berichtsjahr 169.485 TEUR

20 Zuwendungen

(Vorjahr: 161.390 TEUR) und die Auszahlungen für die Gewerbesteuerumlage (734) 20.685 TEUR (Vorjahr: 26.188 TEUR). Die Transferauszahlungen betragen im Berichtsjahr somit 319.204 TEUR (Vorjahr: 304.621 TEUR).

Geprüft wurde die Einhaltung der für geleistete Zuwendungen maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen. Dies sind u. a.:

- der Staatstheatervertrag vom 1. September 1955 bzw. 19. März 1956 und die ergänzende Klarstellungsvereinbarung vom 3. Februar 2011 (Land) bzw. 10. Februar 2011 (Stadt),
- die städtischen Zuwendungsrichtlinien in der Fassung vom 14. Juli 1998,
- die Sportförderrichtlinien in der Fassung vom 2. April 2014,
- die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig Teil 1 bis 3, Stand: 1. Januar 2018,
- die Richtlinie der Stadt Braunschweig zur Förderung von Investitionen in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU Richtlinie) vom 23. September 2009,
- die Richtlinie der Stadt Braunschweig für die Gewährung von Zuschüssen an Existenzgründer in Braunschweig vom 1. Oktober 2012,
- die Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig für den FB Kultur in der Fassung vom 1. Januar 2008,
- das Nds. Gesetz zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Nds. Krankenhausgesetz) in der Fassung vom 19. Januar 2012 (Nds. GVBl. 2012 S. 2), Stand: 24. Oktober 2018 (Nds. GVBl. 14/2018 S. 214; Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes und weiterer Vorschriften),
- die Bekanntmachung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 9. Oktober 2018 bez. der für 2019 aufzubringenden Krankenhausumlage.

20.3.2 Feststellungen und Erläuterungen

20.3.2.1 Investive geleistete Zuwendungen

Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, wird - soweit zutreffend - unter Tz. 10 berichtet.

20.3.2.2 Erfolgswirksame geleistete Zuwendungen

Mit Inkrafttreten der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14. Juli 1998 (städtische Zuwendungsrichtlinien) entfiel ab 1. Januar 1999 für die FB und Ref. die generelle Pflicht, dem RPA eine Übersicht über die gewährten Zuwendungen zu übersenden. Unter Hinweis auf § 5 Abs. 2 RPO wurde daraufhin mit Beginn des Haushaltsjahres 1999 mittels Verfügung des RPA vom 21. Dezember 1998 (für die FB und Ref.) eine Berichtspflicht für Zuwendungen, die (umgerechnet) mindestens 1.000,00 EUR betragen, eingeführt. Die Einhaltung dieser Berichtspflicht für Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt an Dritte und die Einhaltung der städtischen Zuwendungsrichtlinien wurde für die einzelnen FB und Ref. geprüft. Beanstandungen, die sich dabei ggf. ergeben, werden der jeweiligen Organisationseinheit mitgeteilt. Bemerkungen aufgrund

20 Zuwendungen

von Beanstandungen ergaben sich u. a. bez. der folgenden Sachverhalte:

B Zu den vom FB 50 in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 an verschiedene Empfänger geleisteten Zuwendungen für den Bereich soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurde u. a. festgestellt, dass

- für die Zuwendungen des Jahres 2016 die gemäß § 6 der städtischen Zuwendungsrichtlinien erforderlichen Vermerke über die Prüfung der Anträge fehlten,
- Betriebsmittelrücklagen nicht immer in der im Vorjahr festgestellten Höhe übernommen wurden,
- Einstellungen in Rücklagen bei der Berechnung der maximalen Betriebsmittelrücklage anerkannt wurden. Diese sind keine zuwendungsrelevanten Ausgaben und können daher nicht bei der Berechnung der maximalen Betriebsmittelrücklage berücksichtigt werden.

WB/St Zu den vom FB 51 im Haushaltsjahr 2018 und 2019 an Dritte geleisteten Zuwendungen wurde u. a. festgestellt, dass

- bei Zuwendungen an Einrichtungen der Jugendarbeit (freier Träger), die als Betriebskostenzuschüsse gewährt wurden, bei 18 eingegangenen Verwendungsnachweisen bis Ende 2020 keine einzige Belegprüfung stattgefunden hat, die bei regelmäßig jährlich bewilligten Zuwendungen periodisch geboten ist,
- weiterhin - trotz Beanstandung im Schlussbericht 2018 (Tz. 20.3.2.2) - bei bestimmten Zuwendungen an einen Sportverein für ein Projekt und für entsprechende Betriebsausgaben trotz mehrfacher Aufforderung des RPA vom FB 51 keine entsprechend geprüften Verwendungsnachweise für die Zuwendungen des Jahres 2018 vorgelegt wurden. Gleiches gilt für eine weitere Zuwendung an den Sportverein für das Jahr 2019 sowie eine Zuwendung an einen freien Träger. Es bestehen hier für das RPA Prüfungshemmnisse,
- der FB 51 bei im Haushaltsjahr 2018 geleisteten Zuwendungen an eine Organisation (siehe Schlussbericht 2018, Tz. 20.3.2.2) weiterhin keine abschließende Belegprüfung durchgeführt hat bzw. durchführen konnte, da nach Angaben des FB 51 (Stand: 3. Februar 2021) die Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft liegen.

Aufgrund auch anderweitiger jährlich wiederkehrender Beanstandungen des RPA bei der Gewährung von Zuwendungen an Dritte besteht bei den betroffenen FB und Ref. aus Prüfungssicht ein dringender Handlungs- und Kontrollbedarf zur Sicherstellung der Einhaltung der für Zuwendungen maßgeblichen Rechtsvorschriften.

B Bei der Prüfung der vom Ref. 0670 für das Haushaltsjahr 2019 gewährten Zuwendung für einen Sportverein für die Teilnahme an einer Weltmeisterschaft wurde festgestellt, dass vom Ref. 0670 eine falsche Teilnehmerzahl berechnet wurde und statt für 31 Personen inkl. Betreuer nur ein Zuschuss für 27 Personen möglich war. Es wurden 728,00 EUR zu viel bewilligt. Es erfolgte eine Rückforderung.

20 Zuwendungen

Bei zwei weiteren im Haushaltsjahr 2018 gewährten Zuwendungen des Ref. 0670, die im Schlussbericht 2018 beanstandet wurden, ergab sich zum Berichtszeitpunkt folgender Sachstand:

B Die mit Bescheid vom 2. Mai 2018 an einen Sportverein im Rahmen einer Projektförderung gewährte Zuwendung für den Umbau eines Gebäudes i. H. v. 44.750,00 EUR konnte nicht abschließend geprüft werden. In dem zugrundeliegenden Antrag vom 19. September 2017 gab der Sportverein an, für das Vorhaben nicht zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 UStG berechtigt zu sein. Im April 2019 teilte der Verein dem Ref. 0670 Gegenteiliges mit, er sei seit dem Jahr 2013 zum Vorsteuerabzug für Vorleistungen berechtigt. Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Klärung der steuerrechtlichen Fragen (Stand: 11. Dezember 2020) wurde die betreffende Zuwendung noch nicht abgerechnet und rückwirkend für die gewährten Zuwendungen für die Jahre 2013 bis 2017 bisher keine Neuberechnungen durchgeführt.

B Bei der Prüfung einer an eine Sportgemeinschaft gewährten Zuwendung i. H. v. 10.000,00 EUR für den Betrieb eines Nachwuchsstützpunktes wurde festgestellt, dass die betreffende Sportgemeinschaft bereits zum Dezember 2018 wieder aufgelöst wurde. Gemäß zugrundeliegendem Zuwendungsbescheid vom 2. Mai 2018 wäre von der Sportgemeinschaft bis zum 30. Juni 2019 ein entsprechender Verwendungsnachweis vorzulegen gewesen. Am 30. Juni 2020 wurde nunmehr ein entsprechender Verwendungsnachweis vorgelegt. Bei der Prüfung des Verwendungsnachweises ergaben sich seitens des Ref. 0670 weitere Fragen an die Sportgemeinschaft. Die Prüfung wird fortgesetzt.

Die Entschuldungsumlage gemäß NFAG (4371/7371) für 2019 i. H. v. 1.299 TEUR (Vorjahr: 1.317 TEUR) wurde vom FB 20 überprüft. Sie entsprach der Höhe nach dem Festsetzungsbescheid und den maßgeblichen Vorschriften.

20.4 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen

20.4.1 Vorbemerkungen

Die Stadt darf gemäß § 111 Abs. 7 Satz 1 NKomVG zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von (kommunalen) Aufgaben beteiligen. Über die entsprechende Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen im obigen Sinne entscheidet entsprechend § 111 Abs. 7 NKomVG und § 26 KomHKVO bei der Stadt zurzeit

- bis 100,00 EUR der OBM,
- über 100,00 EUR bis 2.000,00 EUR der VA und
- über 2.000,00 EUR der Rat.

Bei sog. Kettenzuwendungen, die mehrere Einzelzuwendungen eines Zuwendungsgebers umfassen, entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung einer Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwerts der Zuwendung zuständige Organ über die entsprechende Annahme oder Vermittlung einer Zuwendung (§ 26 Abs. 3 KomHKVO).

Zu prüfen ist die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften und sie ergänzen-

20 Zuwendungen

de Bestimmungen über eine ggf. gebotene Bilanzierung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen sowie das Verfahren zur Einwerbung und zur Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen entsprechend § 111 Abs. 7 NKomVG und § 26 KomHKVO.

20.4.2 Feststellungen und Erläuterungen

Soweit die Bilanzierung von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen - die auch den Erwerb von Todes wegen im Sinne des § 3 ErbStG umfassen - geboten ist, werden diese nach Meldung durch die Organisationseinheiten zentral vom FB 20 in die Anlagenbuchhaltung übernommen. In Höhe des Werts einer aktivierungspflichtigen Spende, Schenkung u. ä. Zuwendung wird korrespondierend - soweit geboten - ein entsprechender Sonderposten gebildet. Die Bewertung ist an § 47 Abs. 2 i. V. m. § 49 KomHKVO anzulehnen und für den Ausweis gilt § 44 Abs. 5 KomHKVO. Über Bemerkungen, die sich im Rahmen der bilanziellen Prüfung aufgrund von Beanstandungen ergeben, die seitens des RPA zu Einwendungen führen, unter Tz. 10 berichtet.

Zu den maßgeblichen Vorschriften hinsichtlich Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen und den zu beachtenden Vorschriften zur Rechnungslegung hat die Verwaltung die SDA II 20/10 (DA Zuwendungen) erlassen. Die DA ist Ende November 2018 in Kraft getreten.

Die Stadt hat gemäß § 111 Abs. 7 Satz 4 NKomVG jährlich einen Bericht zu erstellen, in dem die Zuwendungsgeber, die Zuwendungen und die Zuwendungszwecke anzugeben sind, und ihn an die Kommunalaufsichtsbehörde zu übersenden. Auf Basis einer dafür vom FB 20 eingerichteten Datenbank ergeben sich für eingeworbene und angenommene oder vermittelte Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen zusammengefasst für das Berichtsjahr folgende Ergebnisse:

	Summe		davon x ≤ 100,00		davon 100,00 < x ≤ 2.000,00		davon x > 2.000,00		davon Sachspenden	
FB 10	38	3.019,70	29	1.333,50	9	1.686,20	0	0,00	6	1.044,70
FB 20	1	1.256,89	0	0,00	1	1.256,89	0	0,00	0	0,00
FB 37	203	64.744,81	118	7.508,84	81	26.937,97	4	30.298,00	13	27.778,42
FB 40	352	261.344,34	92	5.403,08	237	103.465,14	23	152.476,12	160	87.939,94
Ref. 0412	2	3.300,00	0	0,00	2	3.300,00	0	0,00	0	0,00
Ref. 0413	11	25.717,95	0	0,00	7	3.217,95	4	22.500,00	10	24.717,95
Ref. 0414	4	480,00	3	280,00	1	200,00	0	0,00	0	0,00
Ref. 0500	35	123.887,23	0	0,00	24	20.496,69	11	103.390,54	0	0,00
FB 41	48	118.360,41	3	300,00	32	20.153,76	13	97.906,65	26	41.777,41
FB 50	9	10.650,00	1	100,00	5	1.100,00	3	9.450,00	0	0,00
FB 51	77	132.401,55	11	682,36	57	37.156,17	9	94.563,02	21	14.803,57
Ref. 0600	1	125,00	0	0,00	1	125,00	0	0,00	0	0,00
Ref. 0610	1	33.300,00	0	0,00	0	0,00	1	33.300,00	0	0,00
FB 66	24	26.640,00	3	250,00	19	10.634,00	2	15.756,00	21	12.784,00
FB 67	20	27.914,50	1	80,00	18	4.094,00	1	23.740,50	2	23.820,50
Summe	826	833.142,38	261	15.937,78	494	233.823,77	71	583.380,83	259	234.666,49

20 Zuwendungen

Die in der obigen Tabelle in der Zeile „Summe“ aufgeführten Werte teilen sich bez. der eingeworbenen und angenommenen Zuwendungen an die Stadt und vermittelte Zuwendungen an Dritte wie folgt auf:

	Summe		davon x ≤ 100,00		davon 100,00 < x ≤ 2.000,00		davon x > 2.000,00		davon Sachspenden	
Stadt	711	577.780,10	242	14.670,40	415	188.315,41	54	374.794,29	203	202.354,79
Dritte	115	255.362,28	19	1.267,38	79	45.508,36	17	208.586,54	56	32.311,70
Summe	826	833.142,38	261	15.937,78	494	233.823,77	71	583.380,83	259	234.666,49

Die in der obigen Tabelle in der Zeile „Stadt“ aufgeführten Werte teilen sich bez. Geld- und Sachspenden wie folgt auf:

	Summe		davon x ≤ 100,00		davon 100,00 < x ≤ 2.000,00		davon x > 2.000,00	
Geld-spenden	508	375.425,31	193	11.898,78	285	129.195,08	30	234.331,45
Sach-spenden	203	202.354,79	49	2.771,62	130	59.120,33	24	140.462,84
Summe Stadt	711	577.780,10	242	14.670,40	415	188.315,41	54	374.794,29

Für die Buchung von erhaltenen Geldspenden und anderweitig erhaltenen Zuschüssen sind seitens des FB 20 die unten aufgeführten Ertrags- und Einzahlungskonten vorgesehen, die zum Ende des Berichtsjahres folgende Salden ausweisen:

Konto	Kontenbezeichnung	Saldo
314710	Zuschüsse von privaten Unternehmen	58.461,28
314810	Zuschüsse von übrigen Bereichen	274.574,55
614710	Zuschüsse von privaten Unternehmen	79.267,51
614810	Zuschüsse von übrigen Bereichen	452.629,00

B Die jeweils korrespondierenden Ertrags- und Einzahlungskonten müssen grundsätzlich, d. h. abgesehen von zeitlichen bzw. von periodenbezogenen Abweichungen, nach Abschluss eines Haushaltsjahres in etwa die gleichen Salden ausweisen. Außerdem war ein vollständiger Abgleich bzw. eine Prüfung zwischen den Daten in der vom FB 20 eingerichteten Datenbank und den Buchungen auf den vom FB 20 für Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen vorgesehenen Konten für das Berichtsjahr nicht möglich. Die in der o. g. DA zusätzlich geforderten Buchungshinweise in der Zuwendungsdatenbank wurden für 2019 von einigen Organisationseinheiten nicht oder nur teilweise eingetragen. Die Organisationseinheiten wurden vom Ref. 0200 mit Schreiben vom 6. Juli 2020 gebeten, alle Buchungshinweise künftig vollständig anzugeben.

21 Sonderprüfungen

21.1 Vorbemerkungen

Unter Sonderprüfungen fallen Aufträge zur Prüfung der Verwaltung entsprechend § 154 Abs. 1 Satz 2 NKomVG sowie Prüfungen, die einmalig aus gebotenem Anlass erfolgen und sich insoweit nicht wiederholen.

21.2 Feststellungen und Erläuterungen

Unregelmäßigkeiten bei Beschaffungen durch den FB 37

Im Zeitraum der Vertretung eines Mitarbeiters des FB 37 der Stadt sind im Rahmen der Rechnungssachbearbeitung Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Beschaffungen und der Erteilung von Aufträgen seitens des FB 37 aufgetreten. Zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts wurde das RPA informiert und um Unterstützung gebeten.

Recherchen des RPA betrafen insbesondere die durch den Mitarbeiter bearbeiteten Rechnungen und den Verbleib der dadurch beschafften Vermögensgegenstände unter Zuhilfenahme von Bestandslisten und Inventurverzeichnissen des FB 37.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass in einer Reihe von Fällen Bestellungen durch den betreffenden Mitarbeiter veranlasst worden sind, die bestellten Gegenstände jedoch nicht dem Dienstbetrieb zugeführt, sondern privat verwendet bzw. verkauft worden sind.

Strafrechtliche Ermittlungen durch die zuständigen Behörden wurden eingeleitet und führten am 20. Oktober 2020 zur Anklage auf Basis der nachweisbaren Straftaten, bei denen der Mitarbeiter gewerbsmäßig handelte und seine Befugnisse als Amtsträger zum Nachteil der Stadt missbrauchte. Eine rechtswirksame Kündigung seitens der Stadt wurde ausgesprochen. Der durch bisher eingeräumte Verfehlungen entstandene Schaden i. H. v. rd. 3.000 EUR wurde bereits ersetzt, weitere Regressforderungen i. H. v. rd. 30.000 EUR sind bis zum Abschluss des Strafverfahrens ausgesetzt.

Die Organisationsabläufe in der betreffenden Stelle - insbesondere die Regelungen zur Rechnungssachbearbeitung und Inventarisierung - wurden zwischenzeitlich aufgrund der Feststellungen geändert.

22 Sonstige Prüfungen

22.1 Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH

22.1.1 Vorbemerkungen

Die Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH (RGB GmbH) ist handelsrechtlich am 16. April 2012 durch Eintragung in das Handelsregister (Amtsgericht Braunschweig, HRB 203530) gegründet worden. Alleiniger Gesellschafter der RGB GmbH ist der RGB.

Die RGB GmbH erfüllt im Berichtsjahr die in § 267 Abs. 1 HGB i. V. m. § 267 Abs. 4 HGB festgelegten Merkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft. Der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht der RGB GmbH sind somit nicht nach § 316 Abs. 1 Satz 1 HGB prüfungspflichtig. Im Berichtsjahr wurden seitens der Gesellschaft erstmalig die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft entsprechend § 267 Abs. 2 HGB überschritten. Sofern diese Größenmerkmale auch im Folgejahr überschritten werden, ergibt sich gemäß § 267 Abs. 2 HGB i. V. m. § 267 Abs. 4 HGB die Rechtsfolge einer handelsrechtlichen Prüfungspflicht entsprechend § 316 Abs. 1 Satz 1 HGB.

Eine Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses der RGB GmbH, die in die Zuständigkeit des RPA der Stadt fällt, ergibt sich aus § 8 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. Satz 1 des Gesellschaftsvertrags sowie § 158 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 157 NKomVG. Danach ist die Jahresabschlussprüfung bei der RGB GmbH nach den Vorschriften über die Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben durchzuführen.

22.1.2 Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019

Die Jahresabschlussprüfung 2019 entsprechend § 30 EigBetrVO erfolgte in Anwendung der in den §§ 18 bis 26 EigBetrVO genannten handelsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzenden Bestimmungen.

Nach dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2019 hat das RPA gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, die wirtschaftliche Führung und die wirtschaftlichen Verhältnisse für das am 31. Dezember 2019 endende Geschäftsjahr keine Einwendungen erhoben.

Mit Bericht vom 12. Juni 2020 hat das RPA einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk entsprechend § 33 Abs. 2 EigBetrVO in Anlehnung an § 322 HGB erteilt.

22.2 Jüdel-Stiftung in Braunschweig

Entsprechend § 11 Abs. 3 Satz 2 der Satzung der Jüdel-Stiftung vom 1. Februar 1995 hat das RPA die Jahresrechnung 2019 der Jüdel-Stiftung geprüft.

Beanstandungen haben sich bei der Prüfung der Jahresrechnung 2019 der Jüdel-Stiftung nicht ergeben.

Mit Bericht vom 25. Februar 2020 hat das RPA die Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2019 der Jüdel-Stiftung bestätigt.

23 Prüfungsvermerk

Entsprechend § 156 Abs. 3 NKomVG fasst das RPA die Ergebnisse der Prüfungen des Jahresabschlusses 2019 wie folgt zusammen:

Prüfungsvermerk zum Jahresabschluss 2019:

„Der seitens der Stadt im Sinne des § 128 Abs. 1 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufgestellte Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz und Anhang sowie die dem Anhang gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG beigefügten Bestandteile, entspricht nach den bei der zuvor dargelegten pflichtgemäßen Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den geltenden kommunalrechtlichen haushalts- und rechnungslegungsbezogenen Vorschriften (NKomVG und KomHKVO) und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Es bestehen keine Bedenken, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss beschließt und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt.“

Braunschweig, 7. Mai 2021

Stadt Braunschweig
-Rechnungsprüfungsamt-

Ehlert

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16162
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über den Jahresabschluss 2019 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	24.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Dr. Kornblum als Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG sowie aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2019 wird der Jahresabschluss 2019 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2019 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **5.046.769,10 EUR** wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Sachverhalt:
1.
Allgemeines

1.1 Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbstständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Durch den „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ sollte die dauerhafte Finanzierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie deren Hinterbliebenen (soweit das Beamtenverhältnis auf Probe nach dem 31. Dezember 1999 begründet worden ist) sichergestellt werden.

Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG. Für das Sondermögen wird ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt (Abschnitt XIII des Haushaltsplanes 2019). Es sind daher die Vorschriften der Haushaltswirtschaft anzuwenden (§ 130 Abs. 4 NKomVG). Für jedes Haushaltsjahr ist ein Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus einer Bilanz, einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung und einem Anhang. Dem Anhang

sind ein Rechenschaftsbericht sowie eine Anlagen-, eine Schulden-, eine Rückstellungs- und eine Forderungsübersicht beigefügt. Die entsprechenden Unterlagen sind in der Anlage 1 dieser Vorlage dargestellt.

Unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 6. Februar 2018 (17-05794) erfolgte für das Jahr 2019 eine pauschale Zuführung gemäß dem geltenden Investitionsprogramm in Höhe von 5.087.000 EUR. Darüber hinaus wurden dem Sondervermögen satzungsgemäß Abfindungsleistungen aus der Versorgungslastenteilung in Höhe von rd. 369.300 EUR für insgesamt elf aufgenommene Beamtinnen und Beamte zugeführt. Im Gegenzug waren für neun Personen, die aufgrund von Dienstherrenwechseln aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, Abfindungszahlungen in Höhe von rd. 599.500 EUR zu leisten. Diese wurden dem Sondervermögen entnommen und dem Kernhaushalt zugeführt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 weist eine Bilanzsumme von rund 57,130 Mio. EUR aus. Die Nettoposition beträgt rund 57,030 Mio. EUR.

1.2 Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wurde vom Rechnungsprüfungsamt im Sinne der §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 130 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 NKomVG geprüft. Die Bemerkungen sind im Schlussbericht vom 7. Mai 2021 (Auszug siehe Anlage 2) zusammengefasst. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Es wird bestätigt, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Pensionsfonds vermittelt.

2. Ergebnis des Jahresabschlusses 2019

2.1 Ergebnisrechnung

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	nach dem Ansatz	nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	-in Prozent-
Ordentliche Erträge	5.749.300,00	5.646.270,84	103.029,16	1,79
Ordentliche Aufwendungen	500.100,00	599.501,74	99.401,74	19,88
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	**5.249.200,00**	**5.046.769,10**	**-202.430,90**	**-3,86**
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**5.249.200,00**	**5.046.769,10**	**-202.430,90**	**-3,86**

Nach der Ergebnisrechnung 2019 des Sondervermögens ergibt sich durch Mindererträge in Höhe von 103.029,16 EUR sowie Mehraufwendungen in Höhe von 99.401,74 EUR insgesamt ein niedrigeres Jahresergebnis gegenüber dem Planwert in Höhe von 202.430,90 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 5.046.769,10 EUR ist auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorzutragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der Überschussrücklage zuzuführen.

Das gegenüber dem Planwert insgesamt niedrigere Jahresergebnis in Höhe von -3,86 % begründet sich insbesondere durch niedrigere Zuführungen sowie höhere Entnahmen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (vgl. Nr. 1.1). Die Anzahl der Dienstherrenwechsel sowie die Höhe der damit verbundenen individuellen Abfindungsleistungen sind im

Vorfeld nicht kalkulierbar und können daher nur geschätzt werden. So betrug beispielsweise im Jahr 2019 die höchste zu leistende Abfindungszahlung rd. 339.300 EUR. Der höchste Ertrag für eine neu aufgenommene Beamtin lag hingegen lediglich bei rd. 97.600 EUR.

2.2 Finanzrechnung

	Nach dem / der		Abweichungen	
	Finanzhaushalt	Finanzrechnung	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	-in Prozent-
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.249.200,00	4.647.590,61	-601.609,39	-11,46
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.336.400,00	1.797.649,97	461.249,97	34,51
Finanzmittelveränderung	**6.585.600,00**	**6.445.240,58**	**-140.359,42**	**-2,13**
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0,00	-21.000.000,00	-21.000.000,00	über 100
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres	17.427.888,00	15.902.210,83	-1.525.677,17	-8,75
Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres	**24.013.488,00**	**1.347.451,41**	**-22.666.036,59**	**-94,39**

Im Finanzhaushalt 2019 des Sondervermögens war eine Finanzmittelveränderung, (eine Erhöhung des Bestandes an Zahlungsmitteln) in Höhe von 6.585.600,00 EUR geplant.

Tatsächlich hat sich ein Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 4.647.590,61 EUR ergeben. Die Abweichung in Höhe von 601.609,39 EUR begründet sich insbesondere durch die erst im Jahr 2019 erfolgte Spitzabrechnung 2018 für Versorgungslastenteilung. Der sich hieraus ergebende Betrag für die nachträgliche Entnahme war deutlich höher als der Betrag für die nachträgliche Zuführung in das Sondervermögen.

Die Abweichung beim Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 461.249,97 EUR resultiert aus dem Tilgungsrückfluss des erst zum Jahresende 2018 vergebenen Konzerndarlehens an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) in Höhe von 4.612.000,00 EUR. Der hierfür erforderlichen außerplanmäßigen Auszahlung hat der Rat in seiner Sitzung am 12. Februar 2019 zugestimmt. Die Kreditvergabe erfolgte kurzfristig in Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht bekannt.

Aus den beiden Salden (laufende Verwaltungstätigkeit/Investitionstätigkeit) ergibt sich insgesamt eine Finanzmittelveränderung in Höhe von 6.445.240,58 EUR.

Unter Berücksichtigung einer haushaltsunwirksamen Umbuchung in Höhe von insgesamt 21.000.000,00 EUR in den städtischen Cashpool hat sich zum Stichtag 31. Dezember 2019 ein Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von 1.347.451,41 EUR ergeben.

Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 wurden durch den Leiter des Sondervermögens festgestellt (Anlage 3).

Dr. Kornblum

Anlage/n:
Pensionsfonds Jahresabschluss 2019
Auszug Schlussbericht 2019 RPA
Feststellung Jahresabschluss 2019 durch den Leiter

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Jahresabschluss Sondervermögen Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Inhaltsverzeichnis Jahresabschluss

I Bilanz

1. Komprimierte Darstellung Bilanz
2. Bilanz

II Gesamt-Ergebnisrechnung

III Gesamt-Finanzrechnung

IV Anhang

1. Erläuterungen
2. Rechenschaftsbericht
3. Anlagenübersicht
4. Schuldenübersicht
5. Rückstellungsübersicht
6. Forderungsübersicht

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

I Bilanz (§ 55 KomHKVO)

1. Komprimierte Darstellung Bilanz
2. Bilanz

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	6.113.675,51	6.113.675,51
2. Sachvermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen	40.820.911,91	45.869.765,24
			1.3 Jahresergebnis mit der Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	5.048.853,33	5.046.769,10
3. Finanzvermögen	36.968.539,76	55.782.238,05			
			1.4 Sonderposten	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	15.902.210,83	1.347.451,41		51.983.440,75	57.030.209,85
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2. Schulden		
			2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	887.309,84	0,00
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	99.479,61
				887.309,84	99.479,61
			3. Rückstellungen	0,00	0,00
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.870.750,59	57.129.689,46		52.870.750,59	57.129.689,46

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 0; 2019 = 0

Braunschweig, den 30/03/20

Dr. Kornblum (Stadtrat)

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen			1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen			1.1.1 Reinvermögen	6.113.675,51	6.113.675,51
1.3 Ähnliche Rechte			1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)		
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse				6.113.675,51	6.113.675,51
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand					
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen			1.2 Rücklagen		
	0,00	0,00	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	40.820.911,91	45.869.765,24
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		
2. Sachvermögen			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände		
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen		
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.2.5 Sonstige Rücklagen		
2.3 Infrastrukturvermögen				40.820.911,91	45.869.765,24
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken					
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler			1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge			1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren		
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere			1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	5.048.853,33	5.046.769,10
2.8 Vorräte					
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau				5.048.853,33	5.046.769,10
	0,00	0,00			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse		
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen			1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte		
3.2 Beteiligungen			1.4.3 Gebührenausgleich		
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung			1.4.4 Bewertungsausgleich		
3.4 Ausleihungen	36.289.153,93	34.491.503,96	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten		
3.5 Wertpapiere			1.4.6 Sonstige Sonderposten		
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	617.377,99	229.214,51		0,00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen					
3.8 Privatrechtliche Forderungen				51.983.440,75	57.030.209,85
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	62.007,84	21.061.519,58	2. Schulden		
	36.968.539,76	55.782.238,05	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Anleihen		
4. Liquide Mittel	15.902.210,83	1.347.451,41	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
			2.1.3 Liquiditätskredite		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	2.1.4 Sonstige Geldschulden		
				0,00	0,00

*) davon Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018 = 0; 2019 = 0

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Schlussbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	887.309,84	
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten		
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke		
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen		
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten		
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen		
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten		
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten		
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer		
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer		
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten		
				0,00	0,00
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer		
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen		
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten		99.479,61
				0,00	99.479,61
				887.309,84	99.479,61
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen		
			3.1.2 Beihilferückstellungen		
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen		
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung		
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien		
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen		
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren		
			3.8 Andere Rückstellungen		
				0,00	0,00
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.870.750,59	57.129.689,46		52.870.750,59	57.129.689,46

Braunschweig, den

30.3.21

Dr. Kornblum (Stadtrat)

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

II Gesamt-Ergebnisrechnung

1. Plan-/Ist-Vergleich

2. Plan-/Ist-Vergleich (einschließlich Plananpassungen)

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben				0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	5.087.000,00	5.087.000,00	5.087.000,00	0,00	
3	Auflösungserträge aus Sonderposten				0,00	
4	Sonstige Transfererträge				0,00	
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]				0,00	
6	Privatrechtliche Entgelte				0,00	
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				0,00	
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	231.813,87	189.982,84	162.300,00	27.682,84	
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen				0,00	
10	Bestandsveränderungen				0,00	
11	Sonstige ordentliche Erträge	917.377,99	369.288,00	500.000,00	-130.712,00	
12	**Summe ordentliche Erträge**	**6.236.191,86**	**5.646.270,84**	**5.749.300,00**	**-103.029,16**	
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen				0,00	
14	Versorgungsaufwendungen				0,00	
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				0,00	
16	Abschreibungen				0,00	
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				0,00	
18	Transferaufwendungen				0,00	
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.187.338,53	599.501,74	500.100,00	99.401,74	
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.187.338,53**	**599.501,74**	**500.100,00**	**99.401,74**	0,00
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.046.769,10**	**5.249.200,00**	**-202.430,90**	**0,00**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge				0,00	
23	Außerordentliche Aufwendungen				0,00	
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.046.769,10**	**5.249.200,00**	**-202.430,90**	**0,00**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan-/Ist-Vergleich (einschließlich Plananpassungen)

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2019 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben						0,00		0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	5.087.000,00	5.087.000,00				5.087.000,00	5.087.000,00	0,00
3	Auflösungserträge aus Sonderposten						0,00		0,00
4	Sonstige Transfererträge						0,00		0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]						0,00		0,00
6	Privatrechtliche Entgelte						0,00		0,00
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen						0,00		0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	231.813,87	162.300,00				162.300,00	189.982,84	27.682,84
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen						0,00		0,00
10	Bestandsveränderungen						0,00		0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	917.377,99	500.000,00				500.000,00	369.288,00	-130.712,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**6.236.191,86**	**5.749.300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**5.749.300,00**	**5.646.270,84**	**-103.029,16**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen						0,00		0,00
14	Versorgungsaufwendungen						0,00		0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen						0,00		0,00
16	Abschreibungen						0,00		0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						0,00		0,00
18	Transferaufwendungen						0,00		0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.187.338,53	500.100,00		99.479,61		599.579,61	599.501,74	-77,87
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.187.338,53**	**500.100,00**	**0,00**	**99.479,61**	**0,00**	**599.579,61**	**599.501,74**	**-77,87**
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.249.200,00**	**0,00**	**-99.479,61**	**0,00**	**5.149.720,39**	**5.046.769,10**	**-102.951,29**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge						0,00		0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen						0,00		0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**5.048.853,33**	**5.249.200,00**	**0,00**	**-99.479,61**	**0,00**	**5.149.720,39**	**5.046.769,10**	**-102.951,29**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

III Gesamt-Finanzrechnung

1. Plan-/Ist-Vergleich

2. Plan-/Ist-Vergleich (einschließlich Plananpassungen)

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1	Steuern und ähnliche Abgaben				0,00	
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	6.952.857,73	5.087.000,00	5.087.000,00	0,00	
3	Sonstige Transfereinzahlungen				0,00	
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]				0,00	
5	Privatrechtliche Entgelte [3]				0,00	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]				0,00	
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	169.806,03	190.471,10	162.300,00	28.171,10	
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände				0,00	
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	739.023,32	757.451,48	500.000,00	257.451,48	
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.861.687,08**	**6.034.922,58**	**5.749.300,00**	**285.622,58**	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11	Personalauszahlungen				0,00	0,00
12	Versorgungsauszahlungen				0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände				0,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen				0,00	0,00
15	Transferaufwendungen				0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	795.080,40	1.387.331,97	500.100,00	887.231,97	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**795.080,40**	**1.387.331,97**	**500.100,00**	**887.231,97**	0,00
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	**7.066.606,68**	**4.647.590,61**	**5.249.200,00**	**-601.609,39**	0,00
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				0,00	
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit				0,00	
21	Veräußerung von Sachvermögen				0,00	
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				0,00	
23	Sonstige Investitionstätigkeit	1.331.616,25	1.797.649,97	1.336.400,00	461.249,97	
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.331.616,25**	**1.797.649,97**	**1.336.400,00**	**461.249,97**	

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 3 - Sp. 4) - Euro -	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Auszahlungen (aus Sp. 5) - Euro -
1		2	3	4	5	6
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				0,00	0,00
26	Baumaßnahmen				0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				0,00	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen				0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	4.612.000,00			0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.612.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	0,00
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	**-3.280.383,75**	**1.797.649,97**	**1.336.400,00**	**461.249,97**	0,00
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	**3.786.222,93**	**6.445.240,58**	**6.585.600,00**	**-140.359,42**	0,00
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit				0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit				0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	**3.786.222,93**	**6.445.240,58**	**6.585.600,00**	**-140.359,42**	0,00
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)						
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen				0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	21.000.000,00	0,00	21.000.000,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeilen 38 und 39)	**0,00**	**-21.000.000,00**	**0,00**	**-21.000.000,00**	0,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)						
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**12.115.987,90**	**15.902.210,83**	**17.427.888,00**		
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	**15.902.210,83**	**1.347.451,41**	**24.013.488,00**		0,00

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich (einschließlich Plananpassungen)

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [4] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2019 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 9) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben						0,00		0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	6.952.857,73	5.087.000,00				5.087.000,00	5.087.000,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen						0,00		0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]						0,00		0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3]						0,00		0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]						0,00		0,00
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	169.806,03	162.300,00				162.300,00	190.471,10	28.171,10
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände						0,00		0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	739.023,32	500.000,00				500.000,00	757.451,48	257.451,48
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.861.687,08**	**5.749.300,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**5.749.300,00**	**6.034.922,58**	**285.622,58**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen						0,00		0,00
12	Versorgungsauszahlungen						0,00		0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen						0,00		0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen						0,00		0,00
15	Transferaufwendungen						0,00		0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	795.080,40	500.100,00		99.479,61		599.579,61	1.387.331,97	787.752,36
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**795.080,40**	**500.100,00**	**0,00**	**99.479,61**	**0,00**	**599.579,61**	**1.387.331,97**	**787.752,36**
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	**7.066.606,68**	**5.249.200,00**	**0,00**	**-99.479,61**	**0,00**	**5.149.720,39**	**4.647.590,61**	**-502.129,78**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit						0,00		0,00
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit						0,00		0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen						0,00		0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen						0,00		0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	1.331.616,25	1.336.400,00				1.336.400,00	1.797.649,97	461.249,97
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.331.616,25**	**1.336.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.336.400,00**	**1.797.649,97**	**461.249,97**

[1] nicht für Investitionstätigkeit

[2] ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

[3] außer für Investitionstätigkeit

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechnung - Plan-/Ist-Vergleich (einschließlich Plananpassungen)

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 - Euro -	Ansätze 2019 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [4] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2019 - Euro -	Ergebnis 2019 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 9) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						0,00		0,00
26	Baumaßnahmen						0,00		0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen						0,00		0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen						0,00		0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen						0,00		0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	4.612.000,00					0,00		0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.612.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	**-3.280.383,75**	**1.336.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.336.400,00**	**1.797.649,97**	**461.249,97**
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	**3.786.222,93**	**6.585.600,00**	**0,00**	**-99.479,61**	**0,00**	**6.486.120,39**	**6.445.240,58**	**-40.879,81**
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit						0,00		0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit						0,00		0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	**3.786.222,93**	**6.585.600,00**	**0,00**	**-99.479,61**	**0,00**	**6.486.120,39**	**6.445.240,58**	**-40.879,81**
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen						0,00		0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21.000.000,00	21.000.000,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeilen 38 und 39)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-21.000.000,00	-21.000.000,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	**12.115.987,90**	**17.427.888,00**				**17.427.888,00**	**15.902.210,83**	
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres (Summe Zeilen 37, 40 und 41)**	**15.902.210,83**	**24.013.488,00**				**23.914.008,39**	**1.347.451,41**	

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen und gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2019

Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

IV Anhang

1. Erläuterungen
2. Rechenschaftsbericht
3. Anlagenübersicht
4. Schuldenübersicht
5. Rückstellungsübersicht
6. Forderungsübersicht

ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Erläuterungen

Beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig handelt es sich um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), für welches gemäß § 130 Abs. 4 Satz 1 NKomVG ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt wird. Nach § 130 Abs. 4 Satz 2 NKomVG sind in diesem Fall die Vorschriften des Achten Teils des NKomVG (Kommunalwirtschaft), Erster Abschnitt (§§ 110 bis 129 Haushaltswirtschaft), anzuwenden. Gemäß § 128 NKomVG ist für jedes Haushaltsjahr ein Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht sowie eine Anlagen-, eine Schulden-, eine Rückstellungs- und eine Forderungsübersicht beigefügt.

Aufgrund fehlender Sachverhalte wurde keine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen erstellt.

Für den Jahresabschluss des Pensionsfonds wurden die gemäß § 178 Abs. 3 NKomVG verbindlich vorgegebenen Muster verwendet.

2. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Schlussbilanz erfolgte unter Verwendung der verbindlichen Muster nach den in § 55 Abs. 2 und 3 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) vorgeschriebenen Gliederungsschemata.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung des Vermögens erfolgte gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. §§ 44 ff. KomHKVO.

4. Erläuterung der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4.1 Finanzvermögen

Die Ausweisung der aus dem Zahlungsmittelbestand des Pensionsfonds konzernintern gewährten Darlehen an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) sowie die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) in Höhe von 34.492 TEUR ist als 3.4 „Ausleihungen“ unter dem Finanzvermögen erfolgt.

Die im Rahmen der Gesamtabrechnung 2019 erst im Jahr 2020 vorgenommene Zuführung nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag in Höhe von 229 TEUR wurde als 3.6 „Öffentlich-rechtliche Forderungen“ unter dem Finanzvermögen ausgewiesen.

Die im Jahr 2020 erhaltenen und dem Jahr 2019 zuzurechnenden Zinsen in Höhe von 62 TEUR für die konzernintern vergebenen Darlehen wurden abgegrenzt. Die Ausweisung erfolgt ebenso wie die Forderung des Pensionsfonds gegenüber dem Cashpool der Kernverwaltung in Höhe von 21.000 TEUR als 3.9 „Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände" unter dem Finanzvermögen.

4.2 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 2,4 Prozent der Bilanzsumme des Pensionsfonds.

Ansatz und Bewertung erfolgten zum Nominalwert (Buch- bzw. Zählbestand).

Die bestehende Liquidität des Pensionsfonds zum Stichtag der Schlussbilanz betrug 1.348 TEUR.

4.3 Nettoposition

Mit 57.030 TEUR umfasst die Nettoposition 99,8 Prozent der Bilanzsumme des Pensionsfonds.

4.4 Schulden

Die im Rahmen der Gesamtabrechnung 2019 erst im Jahr 2020 erfolgte Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag in Höhe von 99 TEUR wurde als 2.5.4 „Andere sonstige Verbindlichkeiten" unter den Schulden ausgewiesen.

5. Weitere Erläuterungen

Haftungsverhältnisse im bilanzrechtlichen Sinne sind Verpflichtungen aufgrund von Rechtsverhältnissen, aus denen der Pensionsfonds nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt nicht gerechnet wird, in Anspruch genommen werden kann. Beim Pensionsfonds bestehen keine derartigen Haftungsverhältnisse.

RECHENSCHAFTSBERICHT

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung 1

2. Zuführung der Mittel 1

3. Zuführung und Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag 1

4. Ergebnisrechnung 2

5. Finanzrechnung 2

6. Bestand an Zahlungsmitteln für die Haushaltsjahre 2000 bis 2019 3

7. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken in der Zukunft 4

1. Vorbemerkung

Nach § 128 NKomVG besteht der aufzustellende Jahresabschluss u. a. aus einem Anhang. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gemäß § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Nummern 2 bis 4) und die finanzwirtschaftliche Lage des Sondervermögens (siehe Nummern 5 und 6) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen. Der Rechenschaftsbericht soll zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, darstellen (siehe Nummer 7).

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde das Finanzwesen-Verfahren SAP angewendet.

2. Zuführung der Mittel

Aufgrund der vom Rat am 6. Februar 2018 beschlossenen Satzungsänderung bestimmt sich die Höhe der jährlichen Zuführung seit dem Jahr 2018 pauschal nach der in der geltenden Investitionsplanung der Stadt Braunschweig vorgesehenen Jahresrate. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" wurden dem Sondervermögen am 15. August 2019 Haushaltsmittel in Höhe von 5.087.000,00 EUR zugeführt.

3. Zuführung und Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind gemäß § 3 Abs. 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig", die Auswirkungen des Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für Beamte zu berücksichtigen. Nach diesem Staatsvertrag sind für erworbene Versorgungsanwartschaften bei einem Dienstherrenwechsel von den abgebenden Dienstherren individuelle Abfindungen zu zahlen, die bei der Stadt Braunschweig dem Pensionsfonds zugeführt bzw. entnommen werden. Bei den Planungen zum Haushaltsjahr 2019 wurden für diese zusätzliche Zuführung bzw. Entnahme jeweils 500.000,00 EUR berücksichtigt.

Die Stadt Braunschweig hat für elf aufgenommene Beamtinnen und Beamte insgesamt 369.288,00 EUR als Abfindungsleistungen erhalten. Am 15. August 2019 wurde dem Sondervermögen zunächst eine Abschlagszahlung in Höhe von 140.073,49 EUR zugeführt. Im Rahmen der Gesamtabrechnung erfolgte am 23. Januar 2020 eine weitere Zuführung in Höhe von 229.214,51 EUR.

Für neun Beamtinnen und Beamte, die aufgrund von Dienstherrenwechseln aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, waren von der Stadt Braunschweig insgesamt 599.479,61 EUR an Abfindungszahlungen zu leisten. Hierbei wurden dem Sondervermögen im Jahr 2019 zunächst abschlagsweise 500.000,00 EUR entnommen und dem Kernhaushalt zugeführt. Der den Haushaltsansatz übersteigende überplanmäßigen Entnahme in Höhe von 99.479,61 EUR hat das Dezernat VII am 10. März 2020 mit verwaltungsinterner Entscheidung zugestimmt.

4. Ergebnisrechnung

	Ergebnisrechnung		Abweichungen	
	Nach dem Ansatz	Nach dem Ergebnis	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in %
Summe ordentliche Erträge	5.749.300,00	5.646.270,84	103.029,16	1,79
Summe ordentliche Aufwendungen	500.100,00	599.501,74	99.401,74	19,88
Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	**5.249.200,00**	**5.046.769,10**	**-202.430,90**	**-3,86**
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**5.249.200,00**	**5.046.769,10**	**-202.430,90**	**-3,86**

Nach der Ergebnisrechnung 2019 ergibt sich durch Mindererträge in Höhe von 103.029,16 EUR sowie Mehraufwendungen in Höhe von 99.401,74 EUR insgesamt ein niedrigeres Jahresergebnis gegenüber dem Planwert in Höhe von 202.430,90 EUR (3,86 %).

Neben der haushaltsplanmäßigen Zuführung sowie der Zuführung für Versorgungslastenteilung wurden bei den ordentlichen Erträgen Zinsen in Höhe von 189.982,84 EUR vereinnahmt (Ansatz 162.300,00 EUR).

Ordentliche Aufwendungen sind - neben der Entnahme nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag - für Kontoführungsgebühren in Höhe von 22,13 EUR entstanden.

Unter Berücksichtigung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen beträgt das Jahresergebnis 2019 insgesamt 5.046.769,10 EUR (Ansatz 5.249.200,00 EUR). Dem Rat wird im Rahmen der Vorlage zum Jahresabschluss 2019 vorgeschlagen, dass dieser Jahresüberschuss auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und anschließend der Überschussrücklage gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG zugeführt wird.

5. Finanzrechnung

	Nach dem / der		Abweichungen	
	Finanzhaushalt	Finanzrechnung	absolut	relativ
	-in Euro-	-in Euro-	-in Euro-	in %
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.249.200,00	4.647.590,61	-601.609,39	-11,46
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.336.400,00	1.797.649,97	461.249,97	34,51
Finanzmittelveränderung	**6.585.600,00**	6.445.240,58	-140.359,42	**-2,13**
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0,00	-21.000.000,00	-21.000.000,00	über 100
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres	17.427.888,00	15.902.210,83	-1.525.677,17	-8,75
Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres	**24.013.488,00**	**1.347.451,41**	**-22.666.036,59**	**-94,39**

Im Finanzhaushalt 2019 des Sondervermögens war eine Finanzmittelveränderung (eine Erhöhung des Bestandes an Zahlungsmitteln) in Höhe von 6.585.600,00 EUR geplant.

Einschließlich der erst im Jahr 2019 erfolgten Zuführung aus der Spitzabrechnung 2018 haben sich höhere Einzahlungen für Versorgungslastenteilung (257.451,48 EUR) ergeben. Durch höhere Zinseinzahlungen (28.171,10 EUR) kam es somit insgesamt zu Mehreinzahlungen in Höhe von 285.622,58 EUR. Demgegenüber standen geringere Kontoführungsgebühren in Höhe von 77,87 EUR sowie höhere Entnahmen für Versorgungslastenteilung (aus der Spitzabrechnung 2018) in Höhe von 887.309,84 EUR. Hierdurch begründet sich insgesamt die Abweichung beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 601.609,39 EUR.

Die Abweichung beim Saldo aus Investitionstätigkeit (461.249,97 EUR) resultiert aus dem Tilgungsrückfluss des erst zum Jahresende 2018 vergebenen Konzerndarlehens an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) in Höhe von 4.612.000,00 EUR. Die Kreditvergabe erfolgte kurzfristig in Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht bekannt. Der hierfür erforderlichen außerplanmäßigen Auszahlung hat der Rat erst in seiner Sitzung am 12. Februar 2019 zugestimmt.

Insgesamt ergibt sich hierdurch eine Finanzmittelveränderung in Höhe von 6.445.240,58 EUR.

Um das Vorhandensein ungenutzter Liquidität innerhalb des Konzerns zu vermeiden sowie zur Verhinderung einer Zahlung von Verwahrgebühren (Negativzinsen) erfolgte im Jahr 2019 eine Umbuchung in Höhe von insgesamt 21.000.000,00 EUR vom Bestandskonto des Pensionsfonds in den städtischen Cashpool. Es handelt sich hierbei um eine durchlaufende Zahlung (haushaltsunwirksamer Vorgang), die im Haushalt nicht zu veranschlagen ist.

6. Bestand an Zahlungsmitteln für die Haushaltsjahre 2000 bis 2019

Die Entwicklung des Bestandes an Zahlungsmitteln (für 2000 und 2001 umgerechnet in €) stellt sich wie folgt dar:

Haushaltsjahr	Einzahlungen	Zinseinzahlungen	Auszahlungen	Bestand
2000	69.024,40 €	1.216,56 €	0,00 €	70.240,96 €
2001	325.208,51 €	8.443,79 €	-1,33 €	403.891,93 €
2002	479.000,00 €	21.182,35 €	-22,10 €	904.052,18 €
2003	825.000,00 €	29.608,79 €	-44,24 €	1.758.616,73 €
2004	928.670,68 €	52.810,85 €	-40,33 €	2.740.057,93 €
2005	829.928,85 €	74.485,61 €	-42,25 €	3.644.430,14 €
2006	946.157,65 €	102.746,05 €	-47,70 €	4.693.286,14 €
2007	1.203.750,00 €	205.701,28 €	-75,80 €	6.102.661,62 €
2008	3.446.800,00 €	321.374,79 €	-57,90 €	9.870.778,51 €
2009	2.625.300,00 €	404.671,51 €	-39,30 €	12.900.710,72 €
2010	2.736.000,00 €	136.982,33 €	-69,90 €	15.773.623,15 €
2011	2.840.000,00 €	238.510,89 €	-70,00 €	18.852.064,04 €
2012	3.824.400,00 €	359.034,80 €	-419.265,11 €	22.616.233,73 €
2013	3.530.000,00 €	229.392,44 €	-82.051,19 €	26.293.574,98 €
2014	4.303.477,39 €	104.114,69 €	-215.016,96 €	30.486.150,10 €
2015	5.247.071,54 €	142.323,94 €	-89.040,74 €	35.786.504,84 €
2016	3.980.000,00 €	108.121,71 €	-24.210.057,48 €	15.664.569,07 €
2017	5.646.037,47 €	166.332,78 €	-9.360.951,42 €	12.115.987,90 €
2018	9.023.497,30 €	169.806,03 €	-5.407.080,40 €	15.902.210,83 €
2019	7.642.101,45 €	190.471,10 €	-22.387.331,97 €	1.347.451,41 €

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren folgende Darlehen konzernintern verliehen:

24.000.000,00 EUR an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)
(Laufzeit bis zum 8. Januar 2021/Zinssatz 0,52 % p. a.)

4.398.770,18 EUR an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)
(Laufzeit bis zum 15. November 2022/Zinssatz 0,49 % p. a.)

4.610.000,00 EUR an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)
(Laufzeit bis zum 30. Dezember 2027/Zinssatz 0,53 % p. a.)

4.612.000,00 EUR an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)
(Laufzeit bis zum 28. Dezember 2028/Zinssatz 0,62 % p. a.)

Ein Betrag in Höhe von 1.347.451,41 EUR wurde am 31. Dezember 2019 auf dem Bestands-Bankkonto des Pensionsfonds bei der Braunschweigischen Landessparkasse geführt. Darüber hinaus befanden sich zum gleichen Zeitpunkt 21.000.0000,00 EUR auf dem Konto des Pensionsfonds im städtischen Cashpool, die aus der SAP-Finanzrechnung nicht ersichtlich sind.

7. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken in der Zukunft

Der Rat hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2018 (siehe Nr. 2) eine Abkehr von der bis zum Jahr 2017 praktizierten personenbezogenen Zuführung in Prämienform beschlossen. Das ursprüngliche Ziel des Sondervermögens, die dauerhafte Finanzierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie deren Hinterbliebenen, soweit das Beamtenverhältnis bei der Stadt Braunschweig nach dem 31. Dezember 1999 begründet worden ist, durch eine vollständige Vorausfinanzierung während der aktiven Dienstzeit sicherzustellen, hätte bedingt durch vermehrt eingetretene Fluktuationen im Beamtenbereich sowie das weiterhin bestehende Niedrigzinsniveau letztendlich zu einer Überforderung des städtischen Haushalts geführt. Der Pensionsfonds war nicht mehr in der Lage, die für den permanent steigenden Personenbestand benötigten Anlagezinsen zu erwirtschaften.

Aufgrund der bestehenden Zinssituation können auf dem Kapitalmarkt weiterhin keine Guthabenzinsen erwirtschaftet werden. Für entsprechende Geldanlagen werden von den Banken ggf. sogar Verwahrgebühren gefordert. Vor diesem Hintergrund hat der Pensionsfonds zum Stichtag 31. Dezember 2019 rund 34.492 TEUR an Konzerngesellschaften zu Prozentsätzen zwischen 0,49 und 0,62 verliehen, um überhaupt Guthabenzinsen zu erzielen. In Anbetracht einer nicht absehbaren Änderung dieser Situation wurde die Netto-Zuführung in das Sondervermögen ab dem Jahr 2020 vorerst ausgesetzt. Eine weitere Zuführung stellt derzeit keinen wirtschaftlichen Nutzen dar. Gleichzeitig verbessert sich hierdurch insgesamt die städtische Liquidität. Lediglich die Auswirkungen des Staatsvertrages über die Verteilung der Versorgungslasten bei Dienstherrenwechseln von Beamtinnen und Beamten finden vorerst weiterhin Berücksichtigung im Haushalt des Pensionsfonds. Sofern es aus konzernstrategischen Gründen wirtschaftlich erscheint, werden weitere Darlehen an städtische Gesellschaften vergeben.

Der Pensionsfonds als solcher sollte aus Sicht der Verwaltung unabhängig von der derzeitigen Situation jedoch erhalten bleiben, da es aufgrund der Generationengerechtigkeit geboten ist, entsprechende finanzielle Vorkehrungen zu treffen. Unter Berücksichtigung der Haushaltssituation auf der einen und dem bestehenden Zinsniveau auf der anderen Seite, wird die Verwaltung in regelmäßigen Abständen die Situation prüfen und dem Rat Netto-Zuführungen zum Pensionsfonds vorschlagen, sobald dies aus Sicht der Verwaltung wirtschaftlich geboten ist.

Anlagenübersicht

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2018	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018	Abschreibungen	Auflösungen[1]	Zuschreibungen	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	36.289.153,93	0,00	1.797.649,97	0,00	34.491.503,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.289.153,93	34.491.503,96
Insgesamt	36.289.153,93	0,00	1.797.649,97	0,00	34.491.503,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.289.153,93	34.491.503,96

[1] Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

Schuldenübersicht

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2019	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	0,00				0,00	0,00
1.1 Anleihen	0,00				0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00				0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00				0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00				0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00				0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00				887.309,84	-887.309,84
4. Transferverbindlichkeiten	0,00				0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	99.479,61	99.479,61			0,00	99.479,61
Schulden insgesamt	99.479,61	99.479,61	0,00	0,00	887.309,84	-787.830,23

Rückstellungsübersicht

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellung	Gesamtbetrag 31.12.2019	Zuführung	Inanspruchnahme und Herabsetzung[1]	Auflösung[2]	Umbuchungen	Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5		6	7
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon							
1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohgende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleitungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe aller Rückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

[1] Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.
[2] Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

Forderungsübersicht

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	229.214,51	229.214,51			617.377,99	-388.163,48
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00				0,00	0,00
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	0,00				0,00	0,00
Summe aller Forderungen	229.214,51	229.214,51	0,00	0,00	617.377,99	-388.163,48

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.1 Vorbemerkungen

Aufgrund des § 1 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ vom 5. Oktober 1999 ist bei der Stadt der rechtlich unselbstständige Pensionsfonds der Stadt Braunschweig (im Folgenden: Pensionsfonds) als Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG zur Finanzierung künftiger Versorgungslasten ihrer Beamtinnen und Beamten errichtet worden.

Da für den Pensionsfonds ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt und eine entsprechende Sonderrechnung geführt werden, sind die Vorschriften der Haushaltswirtschaft des NKomVG anzuwenden (vgl. § 130 Abs. 4 NKomVG). Dementsprechend hat die Stadt für den Pensionsfonds für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss im Sinne des § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds nach den für Nds. Kommunen geltenden Vorschriften liegen in der Verantwortung des OBM der Stadt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses des Pensionsfonds seitens des RPA erfolgte entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 1 und § 156 Abs. 1 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 130 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 NKomVG.

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 des Pensionsfonds.

Die Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses des Pensionsfonds erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften des NKomVG und der KomHKVO eingehalten worden sind.

Die Prüfung umfasst - soweit zutreffend - insgesamt die Beurteilung der angewandten Ansatz-, Bewertungs-, Ausweis-, Gliederungs-, Angabe- und Berichtsgrundsätze.

Die Prüfung wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und in Anlehnung an die GoA durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss des Pensionsfonds frei von wesentlichen Mängeln sind. Die Zielsetzung der Prüfung entsprechend § 155 Abs. 3 NKomVG erfordert regelmäßig keine lückenlose Prüfung, d. h. Nachweise für die Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss des Pensionsfonds werden im Wesentlichen auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die für die Prüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind vollständig erbracht worden. Der Dezernent II hat die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Pensionsfonds für das Haushaltsjahr 2019 mit Unterschrift vom 30. März 2021 festgestellt.

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

14.2 Feststellungen und Erläuterungen

Der Rat der Stadt hat am 14. Juli 2020 den Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 beschlossen.

Der Leiter des Pensionsfonds hat mit Schreiben vom 30. März 2021 den mit Datum vom 30. März 2021 aufgestellten Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 zur Prüfung vorgelegt (Eingang beim RPA: 31. März 2021).

Die wesentliche Grundlage der Prüfung des Jahresabschlusses war die Buchführung des Pensionsfonds. Die Buchführung des Pensionsfonds wird mit der Finanzwesensoftware SAP ERP 6.08 geführt und entspricht nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den GoB.

Der Jahresabschluss des Pensionsfonds wurde ordnungsgemäß unmittelbar aus der Buchführung des Pensionsfonds abgeleitet. Die entsprechend anzuwendenden gesetzlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften des NKomVG und der KomHKVO wurden bis auf die Beanstandung unter Tz. 14.3 beachtet. Der Jahresabschluss enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung befinden sich im Rechenschaftsbericht.

Der Pensionsfonds erhielt im Berichtsjahr Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. 5.087 TEUR (Vorjahr: 5.087 TEUR). Darüber hinaus wurden Zinserträge und ähnliche Finanzerträge i. H. v. 190 TEUR (Vorjahr: 232 TEUR) sowie sonstige ordentliche Erträge nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag i. H. v. 369 TEUR (Vorjahr: 917 TEUR) erzielt. Die Summe der ordentlichen Erträge betrug 5.646 TEUR (Vorjahr: 6.236 TEUR). Der Minderertrag i. H. v. 103 TEUR gegenüber dem Ansatz i. H. v. 5.749 TEUR ergibt sich im Wesentlichen aus um 131 TEUR niedrigeren Erträgen im Zusammenhang mit Abfindungszahlungen für 11 aufgenommene Beamtinnen und Beamte nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 600 TEUR (Vorjahr: 1.187 TEUR). Diese sind bei den sonstigen Personalaufwendungen entstanden. Für neun Beamtinnen und Beamte, die aus dem Pensionsfonds ausgeschieden sind, hat die Stadt pauschale Abfindungen für 2019 leisten müssen. Nach § 3 Abs. 3 der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds sind diese Mittel dem Sondervermögen zu entnehmen.

Das Jahresergebnis beläuft sich damit auf 5.047 TEUR (Vorjahr: 5.049 TEUR).

Aufgrund der erzielten Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, der Zinserträge und ähnlichen Finanzerträge sowie der sonstigen ordentlichen Erträge ergab sich zum 31. Dezember 2019 ein Bestand an liquiden Mitteln i. H. v. 1.348 TEUR (Vorjahr: 15.902 TEUR) und ein Finanzvermögen i. H. v. 55.782 TEUR (Vorjahr: 36.969 TEUR).

14 Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Der Zuwachs im Finanzvermögen ergibt sich im Wesentlichen durch die Weitergabe von Finanzmitteln an die Kernverwaltung im Rahmen des Cash-Pools i. H. v. 21.000 TEUR.

In der Summe ergibt sich ein Gesamtvermögen i. H. v. 57.130 TEUR (Vorjahr: 52.871 TEUR), das im Wesentlichen durch die Nettoposition i. H. v. 57.030 TEUR (Vorjahr: 51.983 TEUR) finanziert ist.

14.3 Prüfungsergebnis

Bis auf die folgenden Bemerkung haben sich im Rahmen der Prüfung keine weiteren Anhaltspunkte für wesentliche Bemerkungen ergeben:

B Entgegen den Bestimmungen des § 56 Abs. 1 Satz 2 KomHKVO werden die wichtigsten Ergebnisse der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie erhebliche Abweichungen des Jahresergebnisses von den Haushaltsansätzen - analog zum Jahresabschluss der Stadt - im Rechenschaftsbericht (insbesondere die Punkte 5 und 6) erläutert. Das RPA vertritt die Auffassung, dass diese Textteile in den Anhang umzugliedern sind, da es sich hier um eine geregelte gesetzliche Vorgabe handelt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung trifft das RPA als zuständige örtliche Prüfungseinrichtung des Pensionsfonds im Sinne des NKomVG für die Buchführung und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 in der dem RPA vorgelegten Fassung folgende Prüfungsaussage:

Nach Überzeugung des RPA vermittelt der Jahresabschluss des Pensionsfonds zum 31. Dezember 2019 unter Beachtung der GoB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Pensionsfonds.

Feststellung des Jahresabschlusses des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ für das Haushaltjahr 2019 durch den Personal-, Digitalisierungs-, Rechts- und Ordnungsdezernenten als Leiter des Pensionsfonds nach § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019 wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 30.3.2021

Dr. Kornblum
(Stadtrat)

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16287
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	16.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss und die Entlastung des Oberbürgermeisters bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Durch die Eingleisigkeit und die damit verbundene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters im Rat der Stadt ist im Hinblick auf die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG für den Oberbürgermeister von einem Mitwirkungsverbot im Sinne des § 41 Abs. 1 NKomVG auszugehen. Dies hat zur Folge, dass die Beratung und die Beschlussfassung über den Jahresabschluss nach § 128 NKomVG von derjenigen über die Entlastung inhaltlich und zeitlich zu trennen ist, indem beide Gegenstände nacheinander und in zwei gesonderten Tagesordnungspunkten abgehandelt werden.

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 in seinem Prüfungsvermerk (vgl. Seite 165 des Schlussberichtes 2019) erklärt, dass keine Bedenken bestehen, dass der Rat der Stadt gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss beschließt und dem Oberbürgermeister Entlastung erteilt. Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird in diesem Zusammenhang auch auf die Vorlagen Nr. 21-16288 „Beschluss über den Jahresabschluss 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)“ und Nr. 21-16162 „Beschluss über den Jahresabschluss 2019 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gemäß §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)“ verwiesen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16318
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Billigung des Konzernabschlusses 2020

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	22.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

1. den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von 404.073.420,06 € sowie einem Jahresfehlbetrag von 11.875.740,48 € festzustellen und

2. den Jahresfehlbetrag 2020 von 11.875.740,48 € auf neue Rechnung vorzutragen und

3. den Konzernabschluss 2020 mit einer Konzernbilanzsumme von 397.518.862,95 € sowie einem Konzernfehlbetrag von 10.511.291,87 € zu billigen.“

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss ist gem. § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (Klinikum) von der Geschäftsführung des Klinikums aufzustellen. Die Feststellung des Abschlusses obliegt gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des Klinikums herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat dem Jahresabschluss 2020 in der vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 5. Mai 2021 zugestimmt.

Im Wirtschaftsplan 2020 war ursprünglich ein negatives Ergebnis von 11.865.700 € prognostiziert worden. In Folge der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie wurde diese Prognose im Herbst 2020 angepasst und ein Nachtragswirtschaftsplan 2020 mit einem Fehlbetrag von 47.809.000 € beschlossen (s. DS 20-14763). Tatsächlich schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2020 mit einem Fehlbetrag von 11.875.740,48 € ab und damit in etwa so wie im Herbst 2019 geplant. Möglich ist dies deshalb, weil die Stadt Braunschweig im Dezember 2020 einen Zuschuss in Höhe der bis dahin prognostizierten coronabedingten Auswirkungen in 2020 von 35.943.300 € an das Klinikum gezahlt hat, gedeckt durch eine vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossene außerplanmäßige Ausgabe (s. DS 20-14490-01).

Im Übrigen ist in Anbetracht der aktuell immer noch anhaltenden Situation eine weitere Zahlung seitens der Stadt Braunschweig in Höhe des Fehlbetrages von 11,9 Mio. € vorgesehen. Der Betrag ist in dem vom Rat beschlossenen städtischen Haushalt berücksichtigt (s. DS 21-15506) und kann nach Inkrafttreten des Haushalts ausgezahlt werden.

Ferner berücksichtigt der Jahresabschluss Corona-Ausgleichszahlungen von Bund und Land in Höhe von rd. 44,4 Mio. €.

Unter Berücksichtigung dieser besonderen Situation hat sich das negative Vorjahresergebnis somit um rd. 4 Mio. € verbessert.

In dem Ergebnis sind wie bereits im Jahresabschluss 2019 Auswirkungen des in 2019 entwickelten Performance-Programms enthalten. Für 2020 war einschließlich wiederkehrender Effekte eine Summe von 11,2 Mio. € eingeplant, tatsächlich realisiert wurden nach derzeitigem Kenntnisstand Verbesserungen im Umfang von 9,6 Mio. €, davon 3,5 Mio. € als wiederkehrende Effekte aus 2019. Somit konnten im Jahr 2020 neue Effekte in Höhe von 6,1 Mio. € erreicht werden, davon wiederum wiederkehrend 5,3 Mio. €. Im Jahr 2023 soll mit Hilfe dieses Performance-Programms wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden.

Die Vergleichszahlen 2019 bis 2021 stellen sich wie folgt dar:

	In Mio. €	Ist 2019	Plan 2020	Nachtrag 2020	Ist 2020	Plan 2021
1a	Umsatzerlöse (GUV 1.-4.)	+333,8	+357,4	+328,5	**+347,1**	+366,9
1b	Umsatzerlöse nach § 277 HGB	+17,3	+15,7	+15,4	**+16,1**	+17,9
	%-Vergleich zum Vorjahr/Plan		+ 6,3 %	- 2,1/- 7,8 %	**+ 3,4/+ 5,6 %**	+ 11,9 %
2	Betriebliche Erträge (GUV 5.-8.)	+7,2	+4,0	+6,7	**+42,4**	+6,7
3	**Gesamtleistung** (Summe 1-2)	**+358,3**	**+377,1**	**+350,6**	**+405,6**	**+391,5**
4	Materialaufwand	-97,7	-100,6	-102,2	**-106,0**	-96,7
5	Personalaufwand	-228,3	-235,4	-233,5	**-239,7**	-237,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-41,6	-46,7	-54,2	**-63,7**	-57,4
7	**EBITDA** (Summe 3 bis 6)	**-9,3**	**-5,6**	**-39,3**	**-3,8**	**+0,4**
8	Erträge und Aufwendungen nach KHG und KHBV (Saldo)	+8,3	+7,6	+7,6	**+8,7**	+8,2
9	Abschreibungen	-13,7	-12,8	-14,3	**-15,4**	-14,9
10	**Betriebsergebnis/EBIT** (Summe 7 bis 9)	**-14,7**	**- 0,8**	**-46,0**	**-10,5**	**-6,3**
11	Zins-/Finanzergebnis	-0,3	-0,8	-0,8	**-0,5**	-1,7
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,9	-0,2	-0,9	**-0,9**	-0,9
13	**Ergebnis nach Steuern** (Summe 10 bis 12)	**-15,9**	**-11,8**	**-47,7**	**-11,9**	**-8,9**
14	Sonstige Steuern	0,0	-0,1	-0,1	**0,0**	-0,1
15	**Jahresergebnis/EAT** (Summe 13+14)	**-15,9**	**-11,9**	**-47,8**	**-11,9**	**-9,0**
	Konzernergebnis (konsolidiert)	**-16,5**	**-11,5**	**-47,4**	**-10,5**	**-8,4**

Der gesamte Jahresabschluss steht unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. So ist zwar bei der ersten Position, den Umsatzerlösen, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung festzustellen, dies aber ganz wesentlich resultierend aus hier gebuchten Corona-Ausgleichsleistungen von insgesamt rd. 32,0 Mio. € nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG). Die Fallzahlen sind um 9.864 gesunken, da über lange Zeiträume Elektivfälle nicht behandelt werden durften. Der Landesbasisfallwert ist um 3,8 % auf 3.662,97 € erhöht worden, deckt aber weiterhin nicht vollumfänglich die Personal- und Sachkosten. Erlösmindernd wirkt sich allerdings auch eine Zuführung zur Rückstellung MDK-Prüfungen (Medizinischer Dienst der Krankenversicherung) in Höhe von 4,5 Mio. € aus.

Die Umsatzerlöse nach § 277 HGB beinhalten im Wesentlichen die Erträge der Apotheke aus der Belieferung von Fremdhäusern sowie Personal- und Sachgestellungen an verbundene Unternehmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (GUV-Positionen 5 bis 8) resultiert die Abweichung zum Vorjahr aus dem bereits erwähnten Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 35,9 Mio. €.

In der Gesamtsumme sind die Erlöse unter Berücksichtigung der Ausgleichsleistungen höher als im Vergleichsjahr 2019.

Die Materialaufwendungen sind um rd. 8,3 Mio. € (8,5 %) gestiegen, ganz wesentlich wegen der durch die Pandemie begründeten Mehraufwendungen für Verbrauchsmaterial und für Fremdpersonal insbesondere zur Überwachung von Corona-Auflagen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 11,4 Mio. € (5,0 %) höher, obwohl die Zahl der Vollkräfte um 26 auf 3.106 reduziert worden ist. Enthalten sind tarifliche Änderungen sowie coronabedingte Sonderzahlungen. Diese Sonderzahlungen wurden in Höhe von 0,5 Mio. € refinanziert („Pflegebonus“ nach KHG). Enthalten ist ebenfalls eine neu gebildete Rückstellung für Strukturmaßnahmen im Personalbereich von 4,6 Mio. €.

Die Abschreibungen sind um rd. 1,7 Mio. € gestiegen. Dabei ist die Inbetriebnahme des Regiegebäudes im Jahr 2020 berücksichtigt, nicht aber die weiteren aktuellen Bauprojekte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes. Diese werden als Anlagen im Bau noch nicht abgeschrieben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 22,1 Mio. € (53,1 %) auf 63,7 Mio. € gestiegen. An dieser Steigerung hat allein die Position Instandhaltung einen Anteil in Höhe von 5,3 Mio. € einschließlich einer Rückstellung für Brandschutzauflagen von 2,3 Mio. €. Die Rechts- und Beratungskosten sind um rd. 5,9 Mio. € gesteigert worden, die periodenfremden Aufwendungen um 4,8 Mio. €. Im Übrigen schlagen hier die neuen Rückstellungsbildungen für die Archivierung von Patientenakten und Beitreibungskosten von insgesamt 2,3 Mio. € zu Buche.

Bei dem Zins- und Finanzergebnis sind Zinsaufwendungen von rd. 0,4 Mio. € für ein Bankdarlehen von 33,9 Mio. € und Gesellschafterdarlehen von insgesamt 58,1 Mio. € enthalten.

Die Steuern beziehen sich auf die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Die Bilanzsumme ist um rd. 30,8 Mio. € gestiegen, ganz wesentlich verursacht durch die Fertigstellung des Regiegebäudes. Auch hier zeigen sich allerdings Auswirkungen der Pandemie, konkret bei der Bewertung des Umlaufvermögens durch die Bevorratung von Schutzausrüstung.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote ist infolge des Jahresfehlbetrages und der gestiegenen Anlagen im Bau von 25,9 % auf nun 21,0 % gesunken. Das Anlagevermögen ist durch die Aufnahme von Fremdmitteln im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr vollständig, sondern nur noch zu 86,7 % durch Eigenkapital und Fördermittel finanziert.

Die Aufstockung der Rückstellungen um insgesamt 16,8 Mio. € prägt maßgeblich das Jahresergebnis und ist größtenteils unter den einzelnen GUV-Positionen bereits erwähnt worden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zeigen die Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel von 58,1 Mio. €. Der Cashpool ist zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen worden.

Im Anlagennachweis werden Anlagenzugänge in Höhe von rd. 53 Mio. € ausgewiesen, geplant waren rd. 83 Mio. €. Die Differenz resultiert zum einen aus Verzögerungen in der Vergabe von Dienstleistungen für die Zentralklinik aufgrund der Pandemie. Zudem kam es zu Verzögerungen beim Projekt Regiegebäude aufgrund fehlender Rechnungen sowie beim Programm zur Lebensverlängerung, da die erforderlichen Betriebsorganisationen noch nicht vorgelegen haben.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Hannover hat zu keinen Einwendungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Tochtergesellschaften, Konzernabschluss

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hält bei allen fünf Tochtergesellschaften Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH, Bistro Klinikum Braunschweig GmbH sowie skbs.digital GmbH jeweils 100 % der Gesellschaftsanteile. Die skbs.digital GmbH hat in 2020 gemeinsam mit der Evangelischen Stiftung Neuerkerode die Babybauch GmbH gegründet und hält 50 % der Anteile.

Die Tochtergesellschaften haben bis auf die Bistro GmbH positive Ergebnisse erzielt. Die jeweiligen Überschüsse sowie der Fehlbetrag sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden, im Einzelnen bei der Klinikdienste GmbH (172.438,38 €), der Textilservice GmbH (5.143,07 €), der Bistro GmbH (-137.899,63 €), der MVZ GmbH (311.881,53 €) sowie der skbs.digital GmbH (16.683,50 €).

Bei der Bistro GmbH konnten die negativen finanziellen Auswirkungen der coronabedingten Schließungen nicht aufgefangen werden. Als Corona-Soforthilfe für kleine Unternehmen hat die Gesellschaft im Jahr 2020 18.000 € aus Landesmitteln erhalten. Ferner sind mit Bescheiden vom 21. und 28. Mai 2021 Billigkeitsleistungen des Bundes für November und Dezember 2020 in Höhe von 34.373,16 € und 28.950,21 € gewährt worden („November- und Dezemberhilfe“). Die November- und Dezemberhilfen werden allerdings erst im Jahresergebnis 2021 abgebildet.

Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften sind ebenfalls von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Hannover geprüft und ohne Beanstandungen mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hat mit Beschlussfassung vom 5. Mai 2021 die Geschäftsführung der gGmbH beauftragt, den Abschlüssen und Ergebnisverwendungen in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen zuzustimmen.

Der Konzernabschluss ist aufgrund der Größenverhältnisse der Tochtergesellschaften entscheidend von der Muttergesellschaft geprägt. Die Konzernbilanzsumme beträgt 397.518.862,95 € (Vorjahr: 365.919.398,53 €), der Konzernjahresfehlbetrag 2020 beläuft sich auf 10.511.291,87 € (Vorjahr: 16.509.691,83 €).

Auch für den Konzernabschluss wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Ergebnisübersicht der einzelnen Gesellschaften sowie des Konzerns ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

	IST 2020 **In Mio. €**	**Klinikum gGmbH**	**Klinik-dienste GmbH**	**Textil-service GmbH**	**MVZ GmbH**	**Bistro GmbH**	**skbs. digital GmbH**	**Konzern-abschluss**
1	Umsatzerlöse	+347,06	+16,09	+4,40	+6,53	+0,73	+2,16	+353,38
1a	Umsatzerlöse § 277 HGB	+16,08	0	0	0	0	0	+19,45
2	Betriebliche Erträge	+42,44	+0,09	0	+0,05	+0,02	+0,01	+43,40
2a	Erträge und Aufwendungen nach KHG und KHBV (Saldo)	+8,79	0	0	0	0	0	+8,79
3	Materialaufwand	-105,97	-0,54	-1,98	-1,40	-0,32	-0,97	-91,87
4	Personalaufwand	-239,73	-14,95	-2,22	-3,43	-0,48	-0,50	-261,33
5	Abschreibungen	-15,42	-0,07	0	-0,37	-0,01	-0,01	-15,88
6	Sonst. betriebliche Aufwendungen	-63,74	-0,41	-0,19	-1,07	-0,09	-0,66	-65,01
7	**Betriebsergebnis**	**-10,49**	**+0,21**	**+0,01**	**+0,31**	**-0,15**	**+0,03**	**-9,07**
8	Zins-/ Finanzergebnis	-0,47	0	0	0	0	0	-0,47
9	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,89	-0,04	-0,01	0	+0,01	-0,01	-0,95
10	**Ergebnis nach Steuern**	**-11,85**	**+0,17**	**0**	**+0,31**	**-0,14**	**+0,02**	**-10,49**
10	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0
11	Sonst. Steuern	-0,02	0	0	0	0	0	-0,02
12	**Jahresergebnis** (Summe 9+10+11)	**-11,87**	**+0,17**	**0**	**+0,31**	**-0,14**	**+0,02**	**-10,51**

Als Anlagen sind jeweils der Lagebericht (soweit gesetzlich vorgeschrieben) sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, des Konzerns und der einzelnen Tochtergesellschaften beigefügt.

Geiger

Anlage/n:
Lageberichte, Gewinn- und Verlustrechnungen, Bilanzen

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Konzern und Tochtergesellschaften

Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2020

- Lagebericht und Konzernlagebericht
- Bilanzen zum 31. Dezember 2020
- Gewinn- und Verlustrechnungen für das Geschäftsjahr 2020
- Lagebericht für die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2020

Vorbemerkung

Bei dem Lagebericht handelt es sich um eine Zusammensetzung von Lagebericht und Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 5 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB. Die Angaben im zusammengefassten Konzernlagebericht beziehen sich – soweit nicht ausdrücklich anders dargestellt – sowohl auf das Mutterunternehmen als das den Konzern maßgeblich prägende Unternehmen, aber auch auf den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt vom Verlauf der COVID-19-Pandemie, die seit dem Frühjahr 2020 grassiert und seitdem das Geschehen bestimmt.

Wie in den Vorjahren wirkte sich die seit Jahren bestehende Schere zwischen der Tarifentwicklung und der Budgetentwicklung belastend auf die Ergebnissituation aus. Wenngleich zwar der Landesbasisfallwert, also die Vergütung für einen Casemixpunkt, von 3.528,55 € in Niedersachsen auf 3.662,97 € um 134 € oder 3,8 % stieg, reicht auch diese Änderung nicht aus, die Mehrkosten im Personal- und Sachkostenbereich abzudecken.

Im Berichtsjahr verfügte das Klinikum Braunschweig über 1.475 stationäre sowie 24 teilstationäre Planbetten und nahm damit weiterhin die Aufgabe eines Maximalversorgers für stationäre Krankenhausleistungen wahr. In 2020 wurden 53.425 vollstationäre Casemixpunkte aus der Behandlung von 51.258 Fällen erbracht. Pandemiebedingt konnte das Leistungsniveau des Vorjahres nicht gehalten werden. Gleichzeitig bilden sich bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses und den anderen Erträgen im Vorjahresvergleich stabile Entwicklungen ab.

Zur Kompensation der aus der Pandemie resultierenden Belastungen hat die Alleingesellschafterin des Mutterunternehmens einen Ertragszuschuss von 35,9 Mio. € geleistet. Trotzdem weist die Muttergesellschaft für 2020 einen Fehlbetrag von 11,9 Mio. € aus. Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Aufsichtsrats soll der Verlust auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wettbewerbspolitisch hat sich die Situation für die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH im Berichtsjahr nicht wesentlich verändert. Mehrere Krankenhäuser in der Region wurden bereits an private Klinikketten veräußert.

Hinzuweisen ist auf die Schließung des St. Vinzenz Krankenhauses in Braunschweig Ende 2016. Hieraus hat sich zusätzliche Nachfrage für das Klinikum ergeben. Dementsprechend hat das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Planbettenbescheid für 2017 die Planbetten in der Inneren Medizin um 45 Betten erhöht und diesen Bescheid in den Folgejahren bestätigt.

Außergewöhnliche Rechtsstreitigkeiten gegenüber dem Klinikum sind nicht zu beobachten. Die auch im vergangenen Jahr von einigen Krankenkassen erhobenen Beanstandungsverfahren für stationäre Leistungsabrechnungen konnten zum Großteil durch Einigung auf Einzelfallebene bzw. durch außergerichtliche Vergleiche abgeschlossen werden. Für sich aktuell neu ergebende Klageverfahren wurde angemessene Risikovorsorge getroffen.

Hinzuweisen ist noch darauf, dass die Baumaßnahmen für den 1. Bauabschnitt am Standort Celler Straße bereits in 2016 abgeschlossen werden konnten. Mit dem Umzug der Fachabteilung für Psychosomatik der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik in ihre neuen Räume sind dort die Baumaßnahmen für das Zwei-Standorte-Konzept des Klinikums vorerst abgeschlossen. Wesentliche Meilensteine in der Celler Straße waren bisher die Fertigstellung des Anbaus für die Erweiterung und Sanierung der Medizinischen Klinik III sowie der Eröffnung der neuen Frauenklinik mit Kinderintensivstation und OP-Zentrum und auch der anschließende Umbau des ehemaligen Gebäudes der Frauenklinik zur Nutzung durch die Geriatrische Klinik. Im Rahmen dieser Baumaßnahme konnte in 2016 auch die Erweiterung und Sanierung der Klinik für Radioonkologie und Strahlentherapie nach 10-jähriger Bauzeit abgeschlossen werden. Daneben wurden im Rahmen des 1. Bauabschnitts am Standort Salzdahlumer Straße, neben der Einrichtung einer Zentralsterilisation und eines neuen Hubschrauberlandeplatzes auch eine neue Zentrale Notaufnahme und eine neue Intensivstation für die Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie in Betrieb genommen.

Im Herbst 2020 konnte das neu errichtete Regiegebäude am Standort Salzdahlumer Straße in Betrieb genommen werden. Untergebracht sind hier die Medizinische Klinik VII (Pneumologie und Beatmungsmedizin) sowie die Klinik für Kinder und Jugendmedizin.

Mit dem Ziel der Fortführung der Baumaßnahmen zur Realisierung der Zwei-Standorte-Planung wurden seit 2016 diverse Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt und die Fortschreibung des Förderantrags beantragt. Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA“ wurden einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 14. Januar 2019 Fördermittel in Höhe von 82,4 Mio. € bewilligt. Laut Mitteilung des Ministeriums vom 20. August 2019 ist als Festbetragsförderung gem. § 6 Abs. 2 NKHG für die Gesamtmaßnahme ein Betrag von 178 Mio. € vorgesehen. Diese Zusage schließt die bereits bewilligten 82,4 Mio. € ein und wurde mit Schreiben des Ministeriums vom 23. November 2020 nochmals bestätigt.

Das Jahresergebnis des Mutterunternehmens (-11,9 Mio. €) ist durch Sondereinflüsse und Einmaleffekte beeinflusst. Zusätzlichen Belastungen ergaben sich insbesondere aus der COVID-19-Pandemie. Nach ersten Analysen haben sich aus einer ungünstigen Leistungsentwicklung und aus zusätzlichen Personal- und Sachaufwendungen Belastungen in einer Größenordnung von ca. 36,0 Mio. € ergeben. Denen steht der von der Alleingesellschafterin gewährte Ertragszuschuss von ca. 35,9 Mio. € gegenüber, so dass der für 2020 ursprünglich geplante Jahresfehlbetrag von ca. -12 Mio. € letztlich erreicht werden konnte.

Ursächlich für die Ergebnisentwicklung sind der Leistungsrückgang um 9.864 vollstationäre DRG-Fälle und der überproportionale Anstieg bei den Personal- und Sachaufwendungen. Da die Budgetverhandlungen für 2020 pandemiebedingt nicht abgeschlossen werden konnten, wurde auch keine Vereinbarung über das Pflegebudget getroffen.

Das Klinikum wurde 2018 erfolgreich nach DIN ISO 9001:2015 zertifiziert. Das Überwachungsaudit in 2019 erfolgte ebenfalls positiv – es sind keine Abweichungen formuliert worden. Im März 2020 stand die Rezertifizierung des Klinikums an, welche aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt werden musste. Um dennoch ein gültiges Zertifikat nachweisen zu können, wurde am 14. und 15. Mai 2020 ein Remote-/ Dokumentenaudit erfolgreich durchgeführt. Die ursprünglich für März 2020 geplante Rezertifizierung wurde dann im Dezember 2020 ebenso erfolgreich nachgeholt. Es wurden keine Abweichungen festgestellt.

Neben der Gesamthauszertifizierung haben verschiedene fachspezifische (Re-) Zertifizierungen stattgefunden, u. a. wurde das Klinikum als Heart Failure Unit Schwerpunktklinik erstzertifiziert und die Stroke Unit rezertifiziert sowie die ZSVA neuzertifiziert.

Im Bereich des Klinischen Risikomanagements sind 93 CIRS-Meldungen getätigt worden, zu welchen insgesamt 89 Maßnahmen abgeleitet worden sind. Eine weitere wichtige Säule innerhalb der Stabsstelle QM ist die Dokumentation innerhalb der gesetzlichen Qualitätssicherung sowie die Koordination, das Monitoring und die Überwachung der verschiedenen Leistungsmodule.

In 2020 hat das Klinikum wiederum an mehreren Benchmarking-Projekten teilgenommen. Die hier analysierten Kennzahlen decken weite Bereiche der Bilanz, GuV sowie Vergleiche der einzelnen Kliniken und Institute vor allem hinsichtlich der Produktivität ab. Das Klinikum schneidet in diesen Vergleichen überwiegend positiv ab.

Außerdem kann auch auf die Mitarbeit des Klinikums in der Allianz kommunaler Großkrankenhäuser (AKG) hingewiesen werden. Auch die Kennzahlen im Benchmarking dieses Arbeitskreises, dem 24 Akutkrankenhäuser mit in der Regel mehr als 1.000 Planbetten angehören, zeigen für das Klinikum zufriedenstellende Ergebnisse.

1.2. Entwicklung der Tochterunternehmen

In den Konzernabschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden im Berichtsjahr wieder die Tochtergesellschaften: Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH (MVZ) sowie die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH und die skbs.digital GmbH einbezogen.

Die Klinikdienste GmbH weist mit ca. 172.400 € (2019: ca. 23.600 €) gegenüber dem Vorjahr einen deutlich höheren Jahresüberschuss aus. Bei einem um ca. 0,3 Mio. € gestiegenen Umsatz von nun ca. 16,1 Mio. € konnte eine Steigerung der Produktivität und damit Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erreicht werden. Darüber hinaus ergeben sich in dieser Gesellschaft im Vergleich mit dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen.

Die Bistro GmbH weist zum Ende des Geschäftsjahres 2020 ein negatives Jahresergebnis von ca. 137.900 € (2019: Überschuss ca. 26.000 €) aus. Dieser Verlust ist auf die Corona-Pandemie und die damit verbundene Schließung der Bistros von Mitte März bis Anfang Juni 2020 und ab Anfang November 2020 bis heute zurückzuführen. Somit hat sich der Umsatz der Bistro GmbH in 2020 halbiert. Es wird davon ausgegangen, dass nach Ende der Pandemie wieder die üblichen Umsätze und ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden können.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH weist ein positives Jahresergebnis von ca. 311.800 € (2019: ca. 356.100 €) auf. Die Verringerung des Ergebnisses resultiert aus einem zu den Erträgen überproportionalen Anstieg der Aufwendungen. Darüber hinaus sind auch in dieser Gesellschaft keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

Die Textilservice GmbH weist plangemäß ein positives Jahresergebnis von ca. 5.100 € (2019: ca. 3.800 €) aus. Der Geschäftsverlauf ist unauffällig und stabil im Vergleich zum Vorjahr.

Die skbs.digital GmbH weist einen Überschuss von ca. 16.700 € (2019: ca. 15.300 €) aus. Das Ergebnis entspricht der Wirtschaftsplanung.

1.3. Umweltschutz/Arbeitnehmerbelange

Gesundheit und Sicherheit sind im Klinikum sehr präsente Themen. Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit aller Beschäftigten im SKBS dauerhaft zu erhalten. Neben umfassenden arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Leistungen gibt es für unsere Beschäftigten Maßnahmen und Angebote im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Sozialberatung.

Die Corona-Pandemie hat in 2020 erhebliche Auswirkungen auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Als Schlagworte seien genannt: Quarantäneregelungen, Verfügbarkeit von Schutzausrüstung und ausreichende Desinfektionsmittel, Lock bzw. Shut Down im Frühjahr und seit November 2020, Home Office, Einsatz von Risikogruppen. Dazu kommt der bestmögliche Schutz der Beschäftigten vor einer Infektion aus individuellen Gründen und auch zur Sicherung und Aufrechterhaltung einer adäquaten Patientenversorgung.

In unserem Hause spielen neben dem Arbeitsschutz auch die Hygienevorschriften eine besondere Rolle. Die hygienischen Kernmaßnahmen sind in unserem Hygienekonzept beschrieben. Besondere Arbeitsschutzmaßnahmen ergeben sich aus den Vorgaben des Bundes und des Landes Niedersachsen. Zu nennen sind die SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel und der SARS-CoV-2 Arbeitsschutzstandard. Im Klinikum gibt es regelmäßige Begehungen durch das Team der Arbeitssicherheit und die hauseigene Hygieneabteilung.

Hingewiesen werden kann auch auf den arbeitsaufwändigen Aufbau von funktionsfähigen Corona-Impfzentren.

Im beruflichen Alltag stoßen unsere Beschäftigten immer wieder auf Patienten und Angehörige, die aus unterschiedlichen Gründen ein aggressives oder gewalttätiges Verhalten zeigen. Mit zwei speziell ausgebildeten Personen bietet das Klinikum Deeskalationstraining zum professionellen Umgang mit Gewalt und Aggression an.

Der Umweltschutz ist im Klinikum Braunschweig gleichrangig mit anderen Unternehmenszielen. Regelmäßig werden die Mitarbeiter über die umweltrelevanten Auswirkungen zu beispielsweise Abfällen bei ihren Tätigkeiten durch Schulungen und das Dokumentenmanagementsystem informiert. Die Umweltrelevanz der Arbeitsabläufe wird berücksichtigt und umweltbelastende Emissionen nach den gesetzlichen Vorgaben überwacht und dokumentiert. Die verschiedenen Beauftragten (z.B. Abfallbeauftragter, Gefahrgutbeauftragter), welche für das Klinikum benannt sind, achten auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Im Klinikum wird ein elektronisches Verzeichnis der gefährlichen Stoffe, deren Lagerung und deren Entsorgung geführt und ständig aktualisiert.

1.4 Leistungsindikation der Muttergesellschaft

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2020 404,1 Mio. € (Vorjahr: 373,3 Mio. €), Anlagevermögen ist in Höhe von 275,9 Mio. € (Vorjahr 241,0 Mio. €) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 21,0 % (Vorjahr: 25,9 %) und unter Einbezug der Sonderposten 59,2 % (Vorjahr: 63,8 %). Das Anlagevermögen ist zu 86,7 % (Vorjahr: 98,8 %) durch Eigenkapital und Fördermittel und vollständig durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Gesellschaft weist einen Jahresfehlbetrag von 11,9 Mio. € (Vorjahr: 15,9 Mio. €) aus.

Der Umsatz des Geschäftsjahres beträgt 363,1 Mio. € (Vorjahr: 351,2 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von -3,3 % (Vorjahr: -4,5 %). Die Personalaufwandquote beträgt 66,0 % (Vorjahr: 65,0 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 29,2 % (Vorjahr: 27,8 %).

1.5 Ertragslage der Muttergesellschaft

Der Abschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH weist einen Jahresfehlbetrag von 11.875.740,48 € aus. Im Vorjahr betrug der Fehlbetrag 15.927.144,78 €. Damit liegt das Ergebnis um ca. 4,0 Mio. € über dem des Vorjahres.

Wesentlich für dieses, trotz der Pandemie „bessere" Ergebnis ist ein von der Stadt Braunschweig als Alleingesellschafterin des Städtischen Klinikums gewährter Ertragszuschuss von ca. 35,9 Mio. €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „8. Sonstige betriebliche Erträge" ausgewiesen wird. Dieser im Dezember 2020 ausgezahlte Zuschuss soll die pandemiebedingten Erlösverluste und Mehraufwendungen ausgleichen und wirkt sich in diesem Umfang auf das Jahresergebnis aus.

Bereits auf der Basis des Zwischenabschlusses zum 30. Juni 2020 wurden diese Belastungen abgebildet und das Jahresergebnis entsprechend prognostiziert. Die Entwicklung im zweiten Halbjahr 2020 kam damit nicht unerwartet.

Der Anstieg der Erlöse aus stationären Krankenhausleistungen um ca. 10,7 Mio. € oder 3,4 % auf 323,3 Mio. € ergibt sich trotz des Leistungsrückgangs um 9.864 stationäre DRG-Fälle im Wesentlichen aus dem Anstieg des Basisfallwerts sowie aus den Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser nach § 21 Abs. 2a KHG im Umfang von 29,6 Mio. €.

Pandemiebedingt konnten für 2020 keine Budgetverhandlungen geführt werden. Die Abrechnungen erfolgten nach dem neuen DRG-Katalog unter Ansatz des angepassten Landesbasisfallwerts.

Die übrigen Erlöspositionen liegen insgesamt leicht über dem Niveau des Vorjahres. Zugenommen haben die Erlöse aus Wahlleistungen (ca. +0,2 Mio. €), aus ambulanten Leistungen (ca. +0,2 Mio. €), die Nutzungsentgelte der Ärzte (ca. +2,1 Mio. €) und die erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand (ca. +0,5 Mio. €). Rückläufig waren die Umsatzerlöse nach § 277 HGB (ca. -1.2 Mio. €), bei denen es sich um Umsätze außerhalb der stationären und ambulanten Versorgung handelt.

Insgesamt sind die betrieblichen Erträge mit einem Volumen von rund 405,6 Mio. € um 47,3 Mio. € oder 13,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, ursächlich hierfür ist vor allem der Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin von fast 36 Mio. €.

Mit ca. 239,7 Mio. € stellt der Personalaufwand die größte Aufwandsposition dar. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um ca. 11,4 Mio. € oder 5,0 % zu verzeichnen. Dabei hat sich die Zahl der Vollkräfte um ca. 26 auf 3.106 reduziert. Der Personalabbau betraf im Wesentlichen den Medizintechnischen Dienst und den Funktionsdienst, während es in den anderen Dienstarten nur geringe Veränderungen gab.

Der trotz Personalabbaus festzustellende Personalkostenanstieg ist auf die Tarifmaßnahmen des Berichtsjahres, auf pandemiebedingte Sonderzahlungen und auf vorgenommene Risikovorsorge für geplante Strukturmaßnahmen zurückzuführen.

Der Umsatz je Vollkraft hat bei gestiegenem Umsatz und rückläufiger Beschäftigung von ca. 112.100 € auf ca. 116.900 € im Berichtsjahr zugenommen. Auf die Darstellung der Kennziffer „Casemixpunkte je Vollkraft" wird nach Umstellungen im DRG-System zum 1. Januar 2020 (Herausnahme der „Pflege am Bett" aus den DRGs) verzichtet. Die Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz beträgt 66,0 % und ist im Vergleich mit Vorjahr um einen Prozentpunkt gestiegen.

Die Materialaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 8,3 Mio. € oder 8,5 % gestiegen und weisen nun ein Volumen von rund 106,0 Mio. € auf. Hinzuweisen ist vor allem auf die Kostenentwicklung beim Medizinischen Bedarf, wo es Mehraufwendungen von 6,8 Mio. € gab. Angestiegen sind pandemiebedingt die Kosten für Verbrauchsmaterial (ca. 6,8 Mio. €) und für den Einsatz von Zytostatika (ca. 1,1 Mio. €). Die Aufwendungen für ärztliches und pflegerisches Fremdpersonal hingegen unterschreiten das Vorjahr um ca. 2 Mio. €.

Die Aufwendungen für Wasser und Energie sind im Berichtsjahr um ca. 1,3 Mio. € oder 18,7 % auf ca. 8,4 Mio. € gestiegen. Vom Mehraufwand entfallen ca. 0,8 Mio. € auf Fernwärme, der Rest im Wesentlichen auf Strom. Die Abweichungen sind sowohl verbrauchs- als auch preisabhängig.

Angestiegen auf 22,5 Mio. €, wenngleich mit ca. 0,6 Mio. € oder 2,7 % weniger stark, ist auch der Wirtschaftsbedarf. Der Aufwand für die von der Textilservice GmbH bzw. der Klinikdienste GmbH erbrachten Waschleistungen bzw. Reinigungsleistungen ist annähernd stabil geblieben. Angestiegen ist hingegen der Aufwand für den Einsatz von Fremdpersonal, insbesondere zur Überwachung der Einhaltung pandemiebedingter Auflagen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um ca. 22,1 Mio. € oder 53,1 % auf 63,7 Mio. € gestiegen. Die Mehraufwendungen entfallen vor allem auf Instandhaltungen (+5,3 Mio. €) und den Verwaltungsbedarf (+9,7 Mio. €) und ergeben sich zum Teil aus Sondereinflüssen (Pandemie, Dotierung von Rückstellungen).

Gestiegen sind auch die periodenfremden Aufwendungen auf nun ca. 11,4 Mio. € gegenüber 6,8 Mio. € im Vorjahr. Hierbei handelte es sich zum großen Teil um Ausbuchungen und um periodenfremde Rechnungskürzungen.

Die übrigen Einzelpositionen unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gleichen sich insgesamt im Wesentlichen aus.

Das Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsaufwendungen (EBITDA) beträgt -4,3 Mio. € gegenüber -9,8 Mio. € im Vorjahr.

Die Abschreibungen betragen ca. 15,4 Mio. € und sind zum Vorjahr um 1,8 Mio. € gestiegen. Aufgrund der Auflösung von Sonderposten werden davon lediglich 6,2 Mio. € ergebniswirksam (im Vorjahr: 4,9 Mio. €). Der Anstieg ist zum Teil auf die Inbetriebnahme des eigenfinanzierten Regiegebäudes im Herbst 2020 zurückzuführen.

Belastungen im Umfang von ca. 0,5 Mio. € ergaben sich aus der Nutzung geförderter Anlagegüter für ambulante Zwecke.

Zinserträge sind auch im Berichtsjahr nur in zu vernachlässigender Höhe angefallen. Hierin spiegelt sich das allgemeine Zinsniveau für Geldanlagen wider. Die Zinsaufwendungen betragen insgesamt ca. 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €), wovon 0,4 Mio. € auf Zinsen für Bank- und Gesellschafterdarlehen und die restlichen 0,1 Mio. € auf die Aufzinsungen langfristiger Rückstellungen entfallen. Die höheren Zinsaufwendungen entsprechen der höhen Verschuldung.

Der Steueraufwand ist mit ca. 920.000 € fast unverändert im Vorjahresvergleich. Die Steuerlast ergibt sich aus der Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe des Klinikums.

Insgesamt spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung auch in den Rentabilitätskennzahlen wider: die Umsatzrentabilität beträgt ca. -3,3 % (Vorjahr -4,5 %). Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität liegt bei rund -14,0 % gegenüber -16,5 % im Vorjahr.

Der Vergleich mit dem ursprünglichen Wirtschaftsplan 2020 zeigt beim Umsatz eine Unterschreitung um ca. 10,0 Mio. €. Demgegenüber liegt die Summe der betrieblichen Erlöse aufgrund des Ertragszuschusses des Gesellschafters um ca. 28,5 Mio. € über der Planung für 2020. Bei den Personalaufwendungen wird die Planung um ca. 4,3 Mio. € überschritten. Die Überschreitung der geplanten Materialaufwendungen beträgt ca. 5,4 Mio. € und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ca. 17,0 Mio. €. Diese drei Aufwandsposten ergeben insgesamt eine Planüberschreitung von 26,8 Mio. €. Da dies im Wesentlichen der Planüberschreitung bei den betrieblichen Erträgen entspricht, ergeben sich zwischen dem Planergebnis 2020 und dem entstandenen Jahresfehlbetrag keine relevanten Abweichungen.

1.6 Finanzlage der Muttergesellschaft

Die Finanzlage des Klinikums kann trotz der neuerlichen Verluste auch im Berichtsjahr als gesichert bezeichnet werden. Unter den Liquiden Mitteln werden zum 31. Dezember 2020 ca. 10,9 Mio. € ausgewiesen, die allerdings nicht in vollem Umfang zur freien Verfügung der Gesellschaft stehen. Hinzu kommen im Cashpool bei der Alleingesellschafterin angelegte Finanzmittel im Umfang von ca. 29,6 Mio. €. Aufgrund der mit der Stadt Braunschweig fortgeschriebenen vertraglichen Vereinbarung über die Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln können darüber hinaus bei Bedarf liquide Mittel – zunächst befristet bis zum 31. Juli 2021 – bis zum Höchstbetrag von 13,0 Mio. € abgerufen werden.

Zur Finanzierung der lfd. Baumaßnahmen hat die Gesellschafterin langfristige Darlehen mit einem Restbestand zum 31. Dezember 2020 von 58,1 Mio. € gewährt, hinzu kommt ein Bankdarlehen über 33,9 Mio. €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit ca. 46,5 Mio. € im Vorjahresvergleich um ca. 24,5 Mio. € gesunken. Der Forderungsabbau ist auf eine verbesserte Ablauforganisation bei der Abrechnung der stationären Fälle und aufgrund geänderten Zahlungsverhaltens der Kostenträger zurückzuführen. Bis Ende März 2021 konnten die Forderungen zum 31. Dezember 2020 auf ca. 15,6 Mio. € durch die Realisierung von Zahlungseingängen reduziert werden.

1.7 Vermögenslage der Muttergesellschaft

Die Bilanzsumme des Klinikums ist in 2020 um ca. 30,8 Mio. € auf 404,1 Mio. € gestiegen. Die Veränderung lässt sich im Wesentlichen durch die im Berichtsjahr getätigten Investitionen in das Anlagevermögen von 53,5 Mio. erklären (Fertigstellung des Regiegebäudes und Fortschreiten der weiteren Baumaßnahmen zur Umsetzung des 2-Standorte-Konzepts). Die Abschreibungen von ca. 15,4 Mio. € wirken gegenläufig. Da das Umlaufvermögen um lediglich ca. 4,1 Mio. € abgenommen hat, ergibt sich im Saldo der Anstieg der Bilanzsumme.

Die Position Forderungen an den Gesellschafter (29,6 Mio. €) bildet im Wesentlichen die bei der Stadt Braunschweig angelegte freie Liquidität ab.

Um ca. 4,5 Mio. € ist das Vorratsvermögen gestiegen. Diese Veränderung betrifft fast ausschließlich Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe und ergab sich aus der Bevorratung von Schutzausrüstung und Masken wegen der COVID-19-Pandemie.

Hinsichtlich der Veränderungen der Forderungen und der Flüssigen Mittel wird auf die Ausführungen zur Finanzlage verwiesen. Die übrigen Positionen der Aktivseite weisen nur unwesentliche Veränderungen auf.

Insgesamt weist das Klinikum Eigenkapital im Umfang von 84,7 Mio. € aus. Die bilanzielle Eigenkapitalquote bezogen auf die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich von 25,9 % auf 21,0 % gesunken. Der Rückgang ergibt sich aus dem Jahresfehlbetrag und dem Anstieg der Bilanzsumme. Zu bemerken ist, dass Gewinne seit Bestehen der Gesellschaft dem Eigenkapital zugeführt werden. So betragen die Gewinnrücklagen ca. 28,5 Mio. €. Diese sind allerdings durch den Verlustvortrag und den Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres fast vollständig aufgebraucht.

Das Anlagevermögen ist zu ca. 86,7 % durch Eigenkapital und Fördermittel und vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Rückstellungen betragen insgesamt ca. 38,5 Mio. € und sind im Vorjahresvergleich um 16,8 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg entfällt zu etwa einem Drittel auf Personalkosten und im Übrigen auf verschiedene kurzfristige Sachkostenrisiken.

1.8 Investitionen

Das Anlagevermögen des Klinikums weist Zugänge im Umfang von 53,5 Mio. € auf. Hiervon entfallen ca. 38,5 Mio. € auf Baumaßnahmen, insbesondere Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße. Ca. 13,6 Mio. betreffen das Regiegebäude. Nach dessen Fertigstellung und Inbetriebnahme wurden darüber hinaus die bis zum 31. Dezember 2019 angefallenen Herstellungskosten aus der Position Anlagen im Bau in die Position Grundstücke mit Betriebsbauten umgebucht.

Die Anschaffungskosten für das bewegliche Anlagevermögen, insbesondere für die Beschaffung medizinischer Geräte, betrugen 12,3 Mio. €. Des Weiteren wurde für den Bereich IT immaterielles Anlagevermögen im Umfang von ca. 2,7 Mio. € beschafft.

Das Zwei-Standorte-Konzept stellt für das Klinikum das größte Investitionsvorhaben der vergangenen Jahre dar. Der erste Spatenstich fand 2006 am Standort Celler Straße statt. Im Jahr 2016 wurden dort die letzten Arbeiten des 1. Bauabschnitts abgeschlossen. Finanziert wurde dieser 1. Bauabschnitt durch das Land Niedersachsen mit einem Festbetrag in Höhe von 43 Mio. €. Das Klinikum Braunschweig steuerte Eigenmittel in Höhe von rund 41,5 Mio. € bei. Der Finanzierungsbedarf konnte durch Refinanzierungsmittel aus Vorjahren bereitgestellt werden.

Mit dem 2. Bauabschnitt wurde 2014 begonnen. Hier stehen primär Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße und die Zusammenlegung der Kliniken auf 2 Standorte im Vordergrund. Ein weiterer Fokus liegt auf der Bildung von Medizinischen Zentren, wie Kopf-, Bauch- und Herzzentrum und die Erweiterung der Intensiv-/IMC-Bettenkapazitäten. Der hierfür notwendig Rohbau ist derzeit im Wesentlichen fertiggestellt, so dass nun der Innenausbau erfolgt. Detailplanungen zur Optimierung der Baustrukturen werden fortgeschrieben und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierzu hat das Klinikum entsprechende Fördermittelanträge beim Ministerium eingereicht. Zur Fortschreibung des Fördermittelantrags 2 ist der Fördermittelantrag 3 für weitergehende Maßnahmen hinzugekommen.

Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA" wurden einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 14.01.2019 Fördermittel in Höhe von 82,4 Mio. € bewilligt. Zum 31.12.2020 waren ca. 80,0 Mio. € für diesen Bauabschnitt verwendet.

Daneben wurden in 2020 pauschale Fördermittel des Landes Niedersachsen nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von ca. 5,7 Mio. € für Beschaffungen von medizintechnischen Geräten und 3,5 Mio. € aus dem Gesundheitsfonds zur Erweiterung der Kapazitäten in der Intensivmedizin zur Verfügung gestellt.

1.9 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

Die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Mutterunternehmens gelten entsprechend auch für den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Unterschiede ergeben sich insbesondere aus der Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften der KHBV im Einzelabschluss des Mutterunternehmens und der HGB-Vorschriften für den Konzernabschluss. Anders als im Einzelabschluss des Mutterunternehmens wird in dem nach HGB aufgestellten Konzernabschluss der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung nach KHBV in Höhe von 11,8 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €) mit dem Eigenkapital verrechnet.

Für den Konzernabschluss ergeben sich somit folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Der Konzern weist einen Fehlbetrag von 10,5 Mio. € (Vorjahr 16,5 Mio. €) aus.

Die Konzernbilanzsumme zum Stichtag beträgt 397,5 Mio. € (Vorjahr: 365,9 Mio. €), Anlagevermögen ist in Höhe von 276,9 Mio. € (Vorjahr: 241,9 Mio. €) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt 19,4 % (Vorjahr: 24,0 %).

Das Anlagevermögen ist zu 83,7 % durch Eigenkapital und Fördermittel und in voller Höhe durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert.

Der Konzernumsatz des Geschäftsjahres beträgt 372,8 Mio. € (Vorjahr: 360,2 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität des Konzerns von -2,8 % (Vorjahr: -4,6 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 70,1 % (Vorjahr: 69,3 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 24,6 %, gegenüber 23,9 % im Vorjahr.

Hinsichtlich der Entwicklung und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Vorjahresvergleich gelten die Ausführungen zum Mutterunternehmen entsprechend.

2. Chancen- und Risikobericht

Die bestehenden Chancen und Risiken für den Konzern ergeben sich im Wesentlichen aus den Chancen und Risiken der Muttergesellschaft.

Bestimmenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2020 hatte die COVID-19-Pandemie. So sanken die abgerechneten stationären DRG-Fälle um 9.864 auf 51.258 Fälle. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf das Freihalten von intensivmedizinischen Kapazitäten für COVID-19-Patienten zurückzuführen, wobei die gewährten Ausgleichszahlungen nach § 21 Abs. 2a KHG die durch die Pandemie verursachten Belastungen nicht ausgleichen konnten.

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hat sich auf den als Pandemie eingestuften Ausbruch des Coronavirus (Covid-19) von Beginn an gut eingestellt. Basierend auf den Informationen des Robert Koch Institutes wurde rechtzeitig eine Koordinationsgruppe (KoCo19) unter Beteiligung der Betriebsleitung, der Stabsstelle Krankenhausalarm und Einsatzplanung sowie des Leiters der Krankenhaushygiene gebildet. Die operative Prozessorganisation wurde mit einer Krisenstabsstruktur an die Erfordernisse angepasst. Damit war in 2020 jederzeit eine zuverlässige Steuerung des Betriebsgeschehens möglich. Über das bereits in 2019 neu eingerichtetes Mitarbeiterportal myskbs erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich und ohne Zeitverzug aktuelle Informationen zu diesem Thema. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen zudem stets aktuelle Handlungsrichtlinien zur Verfügung, auch werden diverse Schulungen durchgeführt.

Die zusätzlichen Kosten der Pandemie wurden auf neu eingerichteten Kostenstellen separat erfasst und dokumentiert. Dadurch können die wirtschaftlichen Belastungen der Pandemie systematisch analysiert werden. Insgesamt ergaben sich Belastungen von ca. 36,0 Mio. €. Dieser Betrag entspricht dem von der Alleingesellschafterin der Muttergesellschaft gewährten Ertragszuschuss.

Nach wie vor kommt der Entwicklung des stationären Budgets des Klinikums im Leistungsbereich des KHEntgG, die maßgeblich vom Landesbasisfallwert abhängt, besondere Bedeutung zu. Der Landesbasisfallwert ist in 2020 von 3.528,55 € auf 3.662,97 € um 134 € oder ca. 3,8 % gestiegen.

Pandemiebedingt konnten keine Budgetverhandlungen für 2020 geführt und deshalb kein neues Budget vereinbart werden. Aufgrund des fehlenden Budgetabschlusses liegt auch kein Pflegebudget für das Kalenderjahr 2020 vor. Mögliche Ausgleichsansprüche aufgrund höherer Ist-Kosten für die „Pflege am Bett" waren deshalb bei Aufstellung der Bilanz nicht hinreichend sicher abschätzbar und konnten nicht bilanziert werden.

Da seit Jahren Kostensteigerungen, insbesondere durch tarifliche Veränderungen im Personalbereich, nicht über entsprechende Anhebungen der Vergütungen ausgeglichen werden konnten, hatte sich bereits in der Vergangenheit eine sogenannte „Tarif-Erlösschere" aufgebaut. Durch die Anhebung des Landesbasisfallwertes in 2019 um ca. 2,5 % und in 2020 um ca. 3,8 % konnte der bestehenden Unterfinanzierung nur unzureichend entgegengewirkt werden.

Deshalb sind auch für 2021 Leistungssteigerungen geplant und notwendig. Daneben müssen die Kosten reduziert werden. Zur Detailierung wurde das skbs.performance Programm entwickelt. Es enthält 19 Projekte und Sofortmaßnahmen mit einem kalkulierten Ergebnisverbesserungspotenzial von fast 42 Mio. €, die kumulativ bis Ende 2024 erreicht werden sollen. Dieser Katalog wird laufend fortgeschrieben und dauerhaft hinsichtlich seiner Zielerreichung überprüft. In diesem Zusammenhang wurde das Projektmanagement im Klinikum grundlegend angepasst und neu strukturiert. Letztlich werden Kostenreduzierungen sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachaufwendungen notwendig sein, um die

wirtschaftliche Situation in 2021 und den Folgejahren zu verbessern. Daneben sollen diverse Projekte, wie Spezialisierungen, Zentren-Bildungen, Ausweitung des Angebots und Kooperationen zur Steigerung der Erlöse umgesetzt werden.

Bei der Stellenbesetzung mit Fachpersonal, insbesondere im ärztlichen Bereich, ergeben sich keine wesentlichen Probleme. Punktuell gestaltet sich die Stellenbesetzung in der Fachpflege schwierig. Bislang konnten jedoch alle freien Stellen adäquat besetzt werden.

Im Zuge der Durchführung der weiteren Baumaßnahme des 2. BA am Standort Salzdahlumer Straße hat sich bereits in 2016 herausgestellt, dass die etwa 10 Jahre alte Bauplanung nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen des Klinikums entspricht. So haben sich organisatorische, konzeptionelle und wirtschaftliche Mängel ergeben, die eine neue Konzeption erforderlich machte. Da die notwendigen Planungsänderungen nicht im laufenden Betrieb erfolgen konnten, wurde in 2016 eine Unterbrechung der Baumaßnahme beschlossen, um die noch verbleibenden Möglichkeiten für eine konzeptionelle Aktualisierung zu nutzen. Ein grundsätzliches Konzept für eine zukunftsorientierte Planung wurde aufgestellt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Bereits im Jahr 2019 konnte mit der Fortführung der Baumaßnahmen begonnen werden.

Parallel dazu erfolgen die Abstimmungen hinsichtlich der Fortschreibung der Fördermittel. Inzwischen liegen Förderbescheide im Umfang von 82,4 Mio. € vor. Mit Schreiben vom 23. November 2020 hat das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung seine Absicht, die Investitionsvorhaben „Neubau Ost“ und „Neubau Süd“ am Standort Salzdahlumer Straße mit 178,0 Mio. € unter Anrechnung der bereits bewilligten EUR 82,4 Mio. zu fördern, bekräftigt. Weitere Fördermittel sind in Aussicht gestellt.

In Bezug auf die am Standort Salzdahlumer Straße vorgesehene Errichtung einer Hochgarage wurden im Berichtsjahr ein Bau- und Betriebsvertrag, ein Erbbaurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 40 Jahren und ein Bewirtschaftungsvertrag über die bereits vorhandenen Parkflächen des Klinkums geschlossen.

Bedeutsam für die wirtschaftliche Lage des Mutterunternehmens und des Konzerns sind die noch nicht abgeschlossene Budgetverhandlung, der fehlende Budgetabschluss für 2020 und die ausstehenden Verhandlungen über das Budget 2021.

Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente sowie Preisänderungs- und Ausfallrisiken sind aufgrund der im Wesentlichen in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kostenträger und der ausschließlichen Fakturierung in Euro überschaubar.

Risiken ergeben sich grundsätzlich aus der weiteren Entwicklung der Personal- und Sachkosten aber auch aus der Erfüllung des Versorgungsauftrages als Maximalversorger und den strukturellen Problemen aufgrund der baulichen Situation.

Zur Deckung sich ergebender eventueller Liquiditätsengpässe wurde mit der Stadt Braunschweig als Träger des Klinikums eine Verlängerung des gemeinsamen Cashpools vereinbart. Daneben wurden in 2020 langfristige Investitionsdarlehen mit einem Volumen von ca. 92 Mio. € aufgenommen, die die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr sichergestellt haben.

3. Prognosebericht

Die Wirtschaftsplanung für die Gesellschaft geht für 2021 von einem negativen Jahresergebnis von ca. -9,0 Mio. € aus. Wegen des negativen Ergebnisses in 2020 von ca. -11,9 Mio. € bedarf das Erreichen dieses Zieles großer Anstrengungen.

Der Wirtschaftsplan unterstellt für das Klinikum einen Umsatz von ca. 384,9 Mio. €, der um ca. 21,8 Mio. € über dem in 2020 erreichten Umsatz liegt. Unter Einbeziehung des Pflegebudgets (bisherige Zählweise) liegt der Erlösplanung ein Leistungsbudget von 61.547 voll- und teilstationären Casemixpunkten zugrunde. Dieser Wert orientiert sich an der für das Jahr 2019 geschlossenen Budgetvereinbarung.

Die geplante Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz liegt bei 61,6 %, die entsprechende Materialaufwandsquote beträgt 25,1 %. Die geplante Personalaufwandsquote liegt damit um ca. 4,4 Prozentpunkte unter dem Istwert 2020, die geplante Materialaufwandsquote unterschreitet den Vorjahreswert um 4,1 %, weil während der Planaufstellung im Herbst 2020 davon ausgegangen wurde, dass die Pandemie in 2021 im Wesentlichen überwunden ist und damit die in 2019 erzielten Leistungen wieder erbracht werden können.

Die Planung für 2021 unterstellt ein Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsen (EBITDA) von ca. 0,4 Mio. €. Dieser Wert liegt um ca. 4,3 Mio. € über dem im Berichtsjahr erreichten Ansatz.

Die Wirtschaftsplanung 2021 für den Konzern weist ein negatives Jahresergebnis von ca. -8,4 Mio. € aus. Für die Tochterunternehmen werden positive Jahresergebnisse erwartet, die den Vorjahresergebnissen in etwa entsprechen. Eine Ausnahme stellt die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH dar. Weil hier in 2020 ein Jahresfehlbetrag erzielt wurde, geht der Plan 2021 von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Für die übrigen Gesellschaften werden moderate Umsatzanstiege eingeplant, die die entsprechenden Kostenentwicklungen ausgleichen und zu stabilen Ergebnissen führen sollen.

Die Wirtschaftsplanung für das Klinikum berücksichtigt die wesentlichen zum Planungszeitpunkt im Herbst des vergangenen Jahres erwarteten Veränderungen. Auch die bis zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 2021 bekannten ordnungspolitischen Vorgaben für das Planjahr wurden berücksichtigt. Hinsichtlich des Landesbasisfallwertes wurde für das Geschäftsjahr ein Betrag von 3.745,39 € planerisch berücksichtigt. Ab Februar 2021 wird ein Zahlbasisfallwert von 3.747,28 € abgerechnet, der den Planwert geringfügig überschreitet.

Die aktuell vorliegenden Daten zur wirtschaftlichen Lage zeigen für 2021 hinsichtlich der Leistungs-, Ertrags- und Aufwandsentwicklung im Vergleich zur Planung keine ungewöhnlichen Abweichungen. Die Auslastung der Intensivstationen war unauffällig. Bei den Erlösen werden pandemiebedingte Leistungsrückgänge im Wesentlichen durch Ausgleichszahlungen nach § 21 Abs. 2a KHG kompensiert.

Die Sachaufwendungen entwickeln sich bislang unauffällig im Vergleich mit den Planvorgaben, welche kalkulierte Steigerungssätze zwischen 1,5 und 2,5 % beinhalten. Der Medizinische Sachbedarf als größte Position des Materialaufwands liegt in den ersten Monaten 2021 in etwa auf dem Niveau der Planung. Die Planung enthält bei den Personalkosten Tarifsteigerungen von 2,5 %, dies entspricht auch der aktuellen Einschätzung.

Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass es bei ungünstigem weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie zu einem deutlichen Rückgang der elektiven Behandlungsfälle kommen wird. Somit steht zu befürchten, dass die Zielvorgaben des Wirtschaftsplans 2021 nicht erreicht werden. Zur Gegensteuerung werden deshalb aktuell die Aufwandsbudgets angepasst.

Prognosen hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Budgetverhandlungen sind nicht seriös möglich. Aufgrund der fehlenden Budgetabschlüsse kann sich ein erheblicher zusätzlicher Liquiditätsbedarf ergeben.

Ergänzend zu den durch den Gesetzgeber eingeleiteten unterstützenden Maßnahmen wird die Stadt Braunschweig als Träger des Klinikums gegebenenfalls die notwendige Liquidität im Rahmen des gemeinsamen Cashpools zur Verfügung stellen.

Der Niedersächsische Krankenhausplan weist seit dem 1. Januar 2017 für das Klinikum Braunschweig 1.475 vollstationäre und 24 teilstationäre Betten aus. Ein Bescheid für 2021 mit entsprechender Planbettenfortschreibung wird erwartet.

Mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnitts konnten deutliche Verbesserungen der baulichen Situation mit Vorteilen für die Ablauforganisation und die Erschließung von Synergien erreicht werden. Nun wird die Fortführung des begonnenen 2. Bauabschnitts am Standort Salzdahlumer Straße eine wichtige Aufgabe in 2021 und in den Folgejahren sein.

Für 2021 wird für die Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße ein Finanzmittelbedarf von ca. 89 Mio. € erwartet. Hinzukommen ca. 21 Mio. € für lebensdauerverlängernde Maßnahmen an den Bestandsbauten. Die kalkulierten Gesamtkosten für das 2-Standorte-Konzept mit ergänzenden Infrastrukturmaßnahmen und Changemanagement-Projekten belaufen sich nach aktuellem Stand auf ca. 800 Mio. €, wovon bis zum 31. Dezember 2020 bereits 144,4 Mio. € angefallen waren.

Zur Finanzierung der Baumaßnahmen sollen weitere Finanzmarktdarlehen aufgenommen werden.

Der Umzug des Standortes Holwedestraße an den Standort Salzdahlumer Straße ist ab dem Jahr 2023 geplant.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Entwicklung von unseren Erwartungen abweichen kann.

Braunschweig, 27. April 2021

Dr. med. Andreas Goepfert
Geschäftsführer

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

KONZERNABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2020

K O N Z E R N B I L A N Z

Aktiva

	31.12.2020 EUR	EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.793.380,36		4.724.737,69
2. Geschäfts- oder Firmenwert	560.117,00		595.117,00
3. Geleistete Anzahlungen	1.130.832,87		998.133,14
		6.484.330,23	6.317.987,83
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	126.696.293,21		94.755.887,54
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	273.316,19		273.316,19
3. Grundstücke ohne Bauten	57.999,18		57.999,18
4. Technische Anlagen	6.019.832,27		6.519.930,76
5. Einrichtungen und Ausstattungen	27.555.682,68		23.552.098,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	109.610.782,72		110.277.276,26
		270.213.906,25	235.436.508,11
III. Finanzanlagen			
Beteiligungen		182.500,00	170.000,00
		276.880.736,48	241.924.495,94
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.768.913,02		6.379.995,81
2. Unfertige Leistungen	5.854.229,84		5.775.386,01
3. Waren	31.463,52		36.111,75
		16.654.606,38	12.191.493,57
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	47.862.283,92		72.133.934,69
2. Forderungen an Gesellschafter	29.676.163,78		88.613,46
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.374.158,17		3.234.943,77
- davon nach der BPflV/KHEntgG: EUR 1.375.658,27 (Vorjahr: EUR 1.375.658,27) -			
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.610,80		0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	4.765.018,47		3.236.706,38
		88.699.235,14	78.694.198,30
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		14.535.395,16	32.037.530,22
		119.889.236,68	122.923.222,09
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Andere Rechnungsabgrenzungsposten		748.889,79	1.071.680,50
		397.518.862,95	365.919.398,53

Passiva

	31.12.2020 EUR	EUR	31.12.2019 EUR
A. Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	18.450.000,00		18.450.000,00
2. Kapitalrücklagen	54.152.266,40		54.152.266,40
3. Gewinnrücklagen	30.619.550,40		30.619.550,40
4. Konzernbilanzverlust	-25.958.842,04		-15.447.550,17
- davon Verlustvortrag: EUR -15.447.550,17 (Vorjahr: EUR 1.064.441,66) -			
		77.262.974,76	87.774.266,63
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	154.069.113,24		141.011.860,93
2. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	466.111,84		512.212,77
		154.535.225,08	141.524.073,70
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	646.964,00		661.385,00
2. Steuerrückstellungen	1.397.997,60		726.257,60
3. Sonstige Rückstellungen	37.325.223,79		21.117.300,70
		39.370.185,39	22.504.943,30
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.900.000,00		0,00
1. Erhaltene Anzahlungen	6.355,00		34.200,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.955.495,34		9.157.044,86
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	58.070.530,81		71.323.839,53
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	9.286.303,98		22.413.145,24
- davon nach der BPflV/KHEntgG: EUR 1.125.660,10 (Vorjahr: EUR 1.125.660,10) -			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	11.007.057,70		10.635.344,70
- davon aus Steuern: EUR 4.055.721,66 (Vorjahr: EUR 3.852.584,16) -			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 477.529,07 (Vorjahr: EUR 444.338,29) -			
		126.225.742,83	113.563.574,33
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		46.368,01	70.660,71
F. Rechnungsabgrenzungsposten		78.366,88	481.879,86
		397.518.862,95	365.919.398,53

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

KONZERNABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2020

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2020		2019
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	323.330.764,04		312.619.000,11
2. Erlöse aus Wahlleistungen	7.380.329,90		7.213.816,53
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	14.770.000,12		14.173.262,08
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.898.840,39		5.805.815,76
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs, soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	19.445.545,04		20.371.177,08
5. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	78.843,83		405.053,68
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	967.801,91		941.559,65
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand soweit nicht unter Nr. 11	1.425.169,31		841.443,02
8. Sonstige betriebliche Erträge	40.932.049,41		1.487.696,48
		416.229.343,95	363.858.824,39
9. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	213.008.243,36		201.824.556,56
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	48.321.320,50		47.697.547,07
- davon für Altersversorgung: EUR 11.137.208,79 (Vorjahr: EUR 11.910.129,57) -			
		261.329.563,86	249.522.103,63
10. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	82.137.841,15		73.181.407,46
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.731.970,31		12.862.410,71
		91.869.811,46	86.043.818,17
Zwischenergebnis		63.029.968,63	28.292.902,59
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	9.197.569,00		25.700.066,91
- davon Fördermittel nach dem KHG: EUR 5.697.569,00 (Vorjahr: EUR 25.700.066,91) -			
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.297.145,76		8.809.094,55
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	24.292,70		32.687,81
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.181.455,88		25.746.129,26
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	544.572,41		510.072,86
		8.792.979,17	8.285.647,15
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.882.473,22		14.120.076,32
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	65.010.966,19		37.641.015,64
		80.893.439,41	51.761.091,96
Zwischenergebnis		-9.070.491,61	-15.182.542,22
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.221,76		9.960,82
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	472.518,09		337.832,57
- davon aus Aufzinsung: EUR 64.871,43 (Vorjahr: EUR 78.916,52) -			
		-466.296,33	-327.871,75
20. Steuern		974.503,93	999.277,86
- davon vom Einkommen und vom Ertrag: EUR 946.741,82 (Vorjahr: EUR 974.702,32) -			
21. Konzernjahresfehlbetrag		-10.511.291,87	-16.509.691,83
22. Konzernverlustvortrag		-15.447.550,17	-3.830.857,96
23. Entnahme/Einstellung in die Gewinnrücklagen		0,00	4.892.999,62
24. Konzernbilanzverlust		-25.958.842,04	-15.447.550,17

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Software	4.767.785,36	5.162.781,45
2. Geleistete Anzahlungen	1.130.832,87	998.133,14
	5.898.618,23	6.160.914,59
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	126.696.293,21	94.755.887,54
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	273.316,19	273.316,19
3. Grundstücke ohne Bauten	57.999,18	57.999,18
4. Technische Anlagen	5.783.986,27	6.255.460,76
5. Einrichtungen und Ausstattungen	26.815.214,68	22.439.259,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	109.610.782,72	110.277.276,26
	269.237.592,25	234.059.199,11
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	572.324,56	572.324,56
2. Beteiligungen	170.000,00	170.000,00
	742.324,56	742.324,56
	275.878.535,04	240.962.438,26
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.737.620,07	6.352.037,06
2. Unfertige Leistungen	5.854.229,84	5.775.386,01
	16.591.849,91	12.127.423,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46.521.184,07	71.011.898,00
2. Forderungen an Gesellschafter	29.676.163,78	88.613,46
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.374.158,17	3.234.943,77
- davon nach der BPflV/KHEntgG EUR 1.375.658,27 (Vorjahr: EUR 1.375.658,27)		
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	874.887,81	1.214.298,39
5. Sonstige Vermögensgegenstände	4.650.317,00	3.098.413,17
	88.096.710,83	78.648.166,79
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.935.054,02	28.643.132,33
	115.623.614,76	119.418.722,19
C. Ausgleichsposten nach dem KHG		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	11.828.933,88	11.828.933,88
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Andere Abgrenzungsposten	742.336,38	1.070.527,82
	404.073.420,06	373.280.622,15

PASSIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Eigenkapital		
1. Gezeichnetes Kapital	18.450.000,00	18.450.000,00
2. Kapitalrücklagen	65.582.547,87	65.582.547,87
3. Gewinnrücklagen	28.502.444,67	28.502.444,67
4. Verlustvortrag	-15.927.144,78	0,00
5. Jahresfehlbetrag	-11.875.740,48	-15.927.144,78
	84.732.107,28	96.607.847,76
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	154.069.113,24	141.011.860,93
2. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	466.111,84	512.212,77
	154.535.225,08	141.524.073,70
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	646.964,00	661.385,00
2. Steuerrückstellungen	1.345.000,00	720.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	36.527.245,12	20.322.696,74
	38.519.209,12	21.704.081,74
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.900.000,00	0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
2. Erhaltene Anzahlungen	6.355,00	34.200,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 6.355,00 (Vorjahr: EUR 34.200,00)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.389.946,60	8.610.580,53
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 13.389.946,60 (Vorjahr: EUR 8.610.580,53)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	58.070.530,81	71.323.839,53
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.098.286,88 (Vorjahr: EUR 53.379.552,19)		
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	9.286.303,98	22.413.145,24
- davon nach dem KHEntgG/ BPflV EUR 1.125.660,10 (Vorjahr: EUR 1.125.660,10)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 9.286.303,98 (Vorjahr: EUR 22.413.145,24)		
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.846.501,78	1.004.205,97
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.846.501,78 (Vorjahr: EUR 1.004.205,97)		
7. Sonstige Verbindlichkeiten	9.662.505,52	9.506.107,11
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 8.289.662,70 (Vorjahr: EUR 9.506.107,11)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 432.951,23 (Vorjahr: EUR 406.093,79)		
- davon aus Steuern: EUR 3.771.001,45 (Vorjahr: EUR 3.716.970,75)		
	126.162.143,69	112.892.078,38
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	46.368,01	70.660,71
F. Rechnungsabgrenzungsposten	78.366,88	481.879,86
	404.073.420,06	373.280.622,15

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020 EUR	2019 EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	323.330.764,04	312.619.000,11
2. Erlöse aus Wahlleistungen	7.380.329,90	7.213.816,53
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8.541.650,52	8.294.328,61
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.810.745,92	5.722.726,45
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	16.076.898,47	17.309.778,79
5. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	78.843,83	405.053,68
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	967.801,91	941.559,65
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht in Nummer 11 enthalten	1.402.494,97	872.399,20
8. Sonstige betriebliche Erträge	39.987.244,71	4.961.785,41
	405.576.774,27	358.340.448,43
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	194.806.983,47	183.969.654,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	44.925.296,16	44.334.618,41
- davon für Altersversorgung: EUR 11.782.021,31 (Vorjahr: EUR 11.856.062,04) -		
	239.732.279,63	228.304.273,06
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	81.401.391,57	71.681.389,85
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	24.568.515,01	26.027.651,06
	105.969.906,58	97.709.040,91
Zwischenergebnis	59.874.588,06	32.327.134,46
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	9.197.569,00	25.700.066,91
- davon Fördermittel nach dem KHG: EUR 5.697.569,00 (Vorjahr: EUR 25.700.066,91) -		
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.297.145,76	8.809.094,55
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	24.292,70	32.687,81
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.181.455,88	25.746.129,26
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	544.572,41	510.072,86
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.417.266,82	13.658.403,86
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	63.741.072,94	41.622.833,47
Zwischenergebnis	-10.490.772,53	-14.668.455,72
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.571,44	4.862,62
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.920,81 (Vorjahr: EUR 160,00) -		
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	472.339,84	337.711,30
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 305.946,66 (Vorjahr: EUR 254.345,55) -		
- davon aus Aufzinsung: EUR 64.693,18 (Vorjahr: EUR 78.707,72) -		
	-465.768,40	-332.848,68
	-10.956.540,93	-15.001.304,40
20. Steuern	919.199,55	925.840,38
- davon vom Einkommen und vom Ertrag: EUR 894.561,44 (Vorjahr: EUR 903.967,84) -		
21. Jahresfehlbetrag	-11.875.740,48	-15.927.144,78

Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Braunschweig
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020
Registergericht: Amtsgericht Braunschweig, Registernummer: HRB 9926

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen	3,00	3,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.579,04	20.941,08
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	347.331,02	315.770,41
- davon gegen Gesellschafter: EUR 340.793,69 (Vorjahr: EUR 309.233,08) -		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.926,50	97.037,92
	400.836,56	433.749,41
II. Guthaben bei Kreditinstituten	279.497,92	129.112,91
	680.334,48	562.862,32
	680.337,48	562.865,32

PASSIVA	31.12.2020 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Gewinnvortrag	123.485,48	119.668,91
III. Jahresüberschuss	5.143,07	3.816,57
	154.628,55	149.485,48
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	357,60	357,60
2. Sonstige Rückstellungen	71.080,00	53.280,00
	71.437,60	53.637,60
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	294.645,62	229.506,45
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	34.707,69	1.888,58
- davon gegenüber Gesellschaftern: EUR 34.707,69 (Vorjahr: EUR 1.888,58) -		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	124.918,02	128.347,21
- davon aus Steuern: EUR 13.513,96 (Vorjahr: EUR 14.111,72) -		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 4.475,44 (Vorjahr: EUR 3.717,97) -		
	454.271,33	359.742,24
	680.337,48	562.865,32

Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	4.407.960,88	4.336.269,31
2. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	581.808,48	539.429,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.398.893,83	1.417.802,61
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.856.691,10	1.824.016,05
b) Soziale Abgaben	367.695,94	371.234,93
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	190.180,59	171.080,52
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.219,13	5.258,20
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.767,00	14.147,60
7. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	5.143,07	3.816,57

Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020
Registergericht: Amtsgericht Braunschweig, Registernummer: HRB 200488

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	PASSIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	300.000,00	300.000,00
1. Konzessionen, Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.258,00	7.516,00	II. Gewinnvortrag	3.129.779,94	2.773.683,89
2. Geschäfts- oder Firmenwert	560.117,00	595.117,00	III. Jahresüberschuss	311.881,53	356.096,05
	566.375,00	602.633,00		3.741.661,47	3.429.779,94
II. Sachanlagen			B. Rückstellungen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	235.750,00	263.760,00	Sonstige Rückstellungen	361.792,55	508.264,30
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	478.791,00	783.469,00			
	714.541,00	1.047.229,00	C. Verbindlichkeiten		
	1.280.916,00	1.649.862,00			
B. Umlaufvermögen			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	49.068,11	9.940,36
I. Vorräte			2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	320.697,33	993.347,16
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	520.000,00	3. Sonstige Verbindlichkeiten	276.001,60	50.538,77
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			- davon aus Steuern: EUR 174.855,57 (Vorjahr: EUR 41.758,59)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	770.353,75	586.591,85	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 4.320,77 (Vorjahr: EUR 2.372,04)		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	529.490,00	10.956,50		645.767,04	1.053.826,29
3. Sonstige Vermögensgegenstände	3.852,32	4.732,09			
	1.303.696,07	602.280,44			
III. Guthaben bei Kreditinstituten	2.162.619,16	2.218.982,85			
	3.466.315,23	3.341.263,29			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.989,83	745,24			
	4.749.221,06	4.991.870,53		4.749.221,06	4.991.870,53

1290 von 1437 in Zusammenstellung

TOP 26

Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	2019
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.537.770,01	6.104.083,18
2. Sonstige betriebliche Erträge	54.301,73	148.105,77
	6.592.071,74	6.252.188,95
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	569.067,77	543.633,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	835.486,49	805.879,08
	1.404.554,26	1.349.513,04
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.005.414,97	2.858.977,50
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorung und für Unterstützung	426.345,47	396.613,07
- davon für Altersversorgung: EUR 51.468,66 (Vorjahr: EUR 54.067,53)		
	3.431.760,44	3.255.590,57
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	375.725,41	371.770,85
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.068.042,08	919.091,88
	1.443.767,49	1.290.862,73
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	108,02	126,56
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- davon aus Aufzinsung: EUR 108,02 (Vorjahr: EUR 126,56)		
8. Jahresüberschuss	311.881,53	356.096,05

skbs.digital GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020
Registergericht: Amtsgericht Braunschweig, Registernummer: HRB 207346

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	PASSIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
			II. Gewinnvortrag	23.356,60	8.096,32
Entgeltlich erworbene Software	19.337,00	30.642,00	III. Jahresüberschuss	16.683,50	15.260,28
				65.040,10	48.356,60
II. Sachanlagen					
			B. Rückstellungen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	692,00	911,00			
			1. Steuerrückstellungen	11.140,00	5.900,00
III. Finanzanlagen			2. Sonstige Rückstellungen	8.261,00	5.910,00
				19.401,00	11.810,00
Beteiligungen	12.500,00	0,00			
	32.529,00	31.553,00	C. Verbindlichkeiten		
B. Umlaufvermögen			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	206.805,55	260.944,51
			2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	227.355,62	14.808,10
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Sonstige Verbindlichkeiten	6.831,63	2.433,08
			- davon aus Steuern: EUR 5.959,75 (Vorjahr: EUR 1.589,10)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.336,00	41.739,25	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	378.990,63	175.628,62	EUR 871,88 (Vorjahr: EUR 843,98)		
3. Forderungen gegen Unternehmen,				440.992,80	278.185,69
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.610,80	0,00			
	436.937,43	217.367,87			
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	54.336,61	89.023,98			
	491.274,04	306.391,85			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
Andere Abgrenzungsposten	1.630,86	407,44			
	525.433,90	338.352,29		525.433,90	338.352,29

skbs.digital GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020 EUR	2019 EUR
1. Umsatzerlöse	2.167.094,94	1.838.174,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	7.442,00	495,62
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	968.720,22	1.008.853,70
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	418.027,02	237.437,72
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	86.260,31	51.040,63
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11.524,00	3.455,30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	658.632,55	517.461,99
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.920,81	160,00
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.768,53	5.000,00
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	16.683,50	15.260,28

Bistro Klinikum Braunschweig GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020
Registergericht: Amtsgericht Braunschweig, Registernummer: HRB 204484

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	PASSIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
Sachanlagen			I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.564,00	36.216,00	II. Gewinnvortrag	248.255,62	222.253,77
			III. Jahresergebnis	-137.899,63	26.001,85
				135.355,99	273.255,62
B. Umlaufvermögen			B. Rückstellungen		
I. Vorräte					
Waren	31.463,52	36.111,75	Sonstige Rückstellungen	7.547,66	10.341,38
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			C. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	375,00	16.607,02			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.204,55	10.077,75	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.210,56	22.834,75
3. Forderungen gegen Gesellschafter	1.460,98	2.439,39	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.675,78	18.257,08
4. Sonstige Vermögensgegenstände	65.399,41	1.317,95	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.640,51	29.003,37
	71.439,94	30.442,11	4. Sonstige Verbindlichkeiten	26.717,91	37.827,11
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	51.570,28	288.749,45	- davon aus Steuern: EUR 2.004,95 (Vorjahr: EUR 5.399,78)		
	154.473,74	355.303,31	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.267,22 (Vorjahr: EUR 0,00)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				43.244,76	107.922,31
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	110,67	0,00			
	186.148,41	391.519,31		186.148,41	391.519,31

Bistro Klinikum Braunschweig GmbH
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	2019
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	729.908,20	1.473.792,99
2. Sonstige betriebliche Erträge	24.710,00	19.130,36
	754.618,20	1.492.923,35
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	303.588,70	579.577,54
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.831,19	33.077,72
	324.419,89	612.655,26
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	396.981,51	577.545,12
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorung und für Unterstützung	84.022,19	121.762,59
- davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	481.003,70	699.307,71
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.392,97	10.848,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	87.263,25	126.726,75
	95.656,22	137.574,75
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16,25	18,98
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- davon aus Aufzinsung: EUR 16,25 (Vorjahr: EUR 18,98)		
	-16,25	-18,98
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.768,23	-17.176,80
9. Ergebnis nach Steuern	-137.709,63	26.189,85
10. Sonstige Steuern	190,00	188,00
11. Jahresüberschuss	-137.899,63	26.001,85

Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020
Registergericht: Amtsgericht Braunschweig, Registernummer: HRB 4358

Bilanz

AKTIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	96,00	710,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	229.418,00	292.240,00
	229.514,00	292.950,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe	31.292,95	27.958,75
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	492.456,06	456.289,99
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.675,78	18.257,08
3. Forderungen gegen Gesellschafter	595.766,48	505.948,38
4. Sonstige Vermögensgegenstände	33.523,24	35.072,75
	1.133.421,56	1.015.568,20
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.052.317,17	668.528,70
	2.217.031,68	1.712.055,65
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
Andere Abgrenzungsposten	2.822,05	0,00
	2.449.367,73	2.005.005,65

PASSIVA	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.650,00	25.650,00
II. Gewinnvortrag	648.468,12	624.871,47
III. Jahresüberschuss	172.438,38	23.596,65
	846.556,50	674.118,12
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	41.500,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	349.297,46	216.808,28
	390.797,46	216.808,28
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.818,90	23.238,26
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.741,88	16.615,08
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	290.486,66	175.251,18
4. Sonstige Verbindlichkeiten	898.966,33	898.974,73
- davon aus Steuern: EUR 88.385,38 (Vorjahr: EUR 86.865,94)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 32.642,53 (Vorjahr: EUR 35.028,48)		
	1.212.013,77	1.114.079,25
	2.449.367,73	2.005.005,65

Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	2019
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	16.094.027,45	15.806.763,75
2. Sonstige betriebliche Erträge	98.278,39	118.109,89
	16.192.305,84	15.924.873,64
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	403.661,69	397.213,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	135.949,21	139.444,33
	539.610,90	536.657,49
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	12.494.225,29	12.326.565,52
b) Soziale Abgaben	2.461.620,43	2.452.637,44
	14.955.845,72	14.779.202,96
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	69.564,02	75.598,31
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	412.797,76	472.829,89
	482.361,78	548.428,20
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	352,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53,98	63,26
- davon aus der Aufzinsung: EUR 53,98 (Vorjahr: EUR 63,26)		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	39.413,08	34.410,08
10. Ergebnis nach Steuern	175.372,38	26.111,65
11. Sonstige Steuern	2.934,00	2.515,00
12. Jahresüberschuss	172.438,38	23.596,65

Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig

L A G E B E R I C H T

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2020

Vorbemerkung

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und wird als solche in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft einbezogen. Aufgrund der Größenkriterien des § 267 HGB handelt es sich bei der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft, für die ein separater Lagebericht aufzustellen ist.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Als Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH erbringt die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH diverse Dienstleistungen für das Mutterunternehmen. Hierzu zählen neben allgemeinen Unterhaltsreinigungen auch Glasreinigungen, Transportdienste sowie der Haus- und Hofdienst. Daneben werden Mitarbeiter/-innen der Klinikdienste GmbH in den Informationen des Klinikums, den Spülküchen sowie als Menüassistenten/-innen auf den Stationen eingesetzt. Dienstleistungen für Konzernfremde nehmen seit 2014 einen kontinuierlich steigenden Anteil ein, da nach und nach Reinigungsleistungen für Verwaltungsgebäude, Schulen der Stadt Braunschweig und auch für die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH erbracht werden.

Die Nachfrage nach Dienstleistungen mit dem Schwerpunkt der Unterhaltsreinigung entwickelt sich seit Jahren mit stabilen Zuwächsen. An der Wettbewerbssituation und der Marktstellung des Unternehmens hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr nichts Wesentliches geändert.

Durch Gründung der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH zum 01. Januar 2014 wurde der Betrieb der Bistros und Kioske an den Standorten des Städtischen Klinikums Braunschweig von der Klinikdienste GmbH in diese neue Gesellschaft übertragen.

Das Unternehmen war in der Vergangenheit durch einen Wachstumsprozess gekennzeichnet mit nahezu stetiger Ausweitung der für die Muttergesellschaft und für die Stadt Braunschweig zu erbringenden Leistungen. Infolge der im Frühjahr 2020 beginnenden COVID-19-Pandemie mussten allerdings leichte Rückgänge beim beauftragten Leistungsvolumen hingenommen werden.

Dass dennoch um ca. 290.000 € bzw. 1,8 % höhere Umsatzerlöse erzielt wurden, ist auf Preisanhebungen zurückzuführen.

Das geringere Leistungsvolumen hat sich auf die Beschäftigung ausgewirkt. Während im Vorjahr noch durchschnittlich 509 Vollkräfte beschäftigt waren, sank diese Zahl in 2020 auf 492 Vollkräfte.

1.2 Leistungsindikation

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2020 2.449 T€ (Vorjahr: 2.005 T€), Anlagevermögen ist in Höhe von 230 T€ (Vorjahr: 293 T€) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 34,6 % (Vorjahr: 33,6 %). Das Anlagevermögen ist unverändert vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss 172 T€ (Vorjahr: 24 T€) aus.

Der Umsatz des Geschäftsjahres beträgt 16,1 Mio. € (Vorjahr: 15,8 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von 1,07 % (Vorjahr: 0,15 %). Die Personalaufwandquote beträgt 92,9 % (Vorjahr: 93,5 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 3,4 % (Vorjahr: 3,4 %).

1.3 Ertragslage

Der Abschluss der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH weist einen Jahresüberschuss von 172.438,38 € aus. Damit liegt das Ergebnis um fast 150.000 € über dem des Vorjahres und überschreitet den Ansatz der Wirtschaftsplanung für 2020 von 18.821 € deutlich.

Das bereits dargestellte Umsatzplus (+1,8 %) war von einem unterproportionalen Anstieg der Personal- und Materialkosten um 1,2 % bzw. 0,4 % und rückläufigen Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-12,5 %) begleitet. Einsparungen gab es bei den Aufwendungen für Fortbildungen (-35.000 €), Instandhaltungen (-12.000 €) und Versicherungen (-11.000 €).

Hingewiesen werden kann noch darauf, dass die Personalaufwandsquote geringfügig von 92,8 % auf 92,4 % gesunken ist.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich trotz ungünstiger Rahmenbedingungen im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

1.4 Finanzlage

Auch die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich durch die Zunahme der liquiden Mittel um mehr als 380.000 € günstiger als zum Vorjahresstichtag dar. Maßgeblich hierfür waren der Jahresüberschuss, verdiente Abschreibungen und höhere Rückstellungen.

Die seitens der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingeräumte Kreditlinie von 300.000 € wurde zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

1.5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist im Berichtsjahr um ca. 444.000 € auf 2.449.367,73 € gestiegen.

Die Veränderung resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Anstieg des Bankguthabens und aus höheren Forderungen gegenüber der Gesellschafterin.

Die Bilanzverlängerung auf der Passivseite wird durch den Jahresüberschuss, höhere Rückstellungen, insbesondere für Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft und für Steuern sowie durch angestiegene Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin erklärt.

Bedingt durch den Jahresüberschuss hat sich die Eigenkapitalquote bei gleichzeitigem Anstieg der Bilanzsumme von 33,6 % auf 34,6 % verbessert.

1.6 Investitionen

Im Berichtsjahr wurden keine wesentlichen Investitionen vorgenommen.

2. Chancen- und Risikomanagement

Neben dem allgemeinen Geschäftsrisiko und den sich aus der COVID-19-Pandemie ergebenden Risiken sind derzeit keine weiteren Risiken von wesentlicher Bedeutung zu erkennen.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH hat die COVID-19-Pandemie bislang durch konsequent angewendete Steuerungsmaßnahmen ohne wirtschaftlichen Schaden bewältigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in die bei der Muttergesellschaft gebildeten Koordinationsgruppe integriert. Die aktuellen Handlungsrichtlinien des Klinikums stehen ihnen somit zur Verfügung. Dies gilt auch für die Teilnahme an Schulungsmaßnahmen.

Die wirtschaftlichen Folgen der andauernden Pandemie lassen sich derzeit nicht verlässlich abschätzen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen an die Hygiene ist nicht mit einem Rückgang des Auftragsvolumens für die Muttergesellschaft zu rechnen. Anders verhält es sich mit den für die Stadt Braunschweig zu erbringenden Leistungen, also die Unterhaltsreinigung von Kindergärten und städtischen Bädern sowie der Stadthalle und der Volkswagen Halle. Hier dürfte es bei andauerndem Lockdown zu Leistungs- und Umsatzeinbußen kommen. Das infolge dessen nicht ausgelastete Personal soll nach entsprechender Einarbeitung in der Unterhaltsreinigung für die Muttergesellschaft eingesetzt werden.

Ausfallrisiken bei den Forderungen bestehen nicht, da wirtschaftlich relevante Geschäftsbeziehungen nur mit der Muttergesellschaft und der Stadt Braunschweig bestehen.

Die zum Januar 2021 vereinbarten Tarifmaßnamen mit einer Steigerung von durchschnittlich 2,87 % werden zu einem Anstieg der Personalkosten führen, die durch Preisanhebungen aufgefangen werden sollen. Bei der Nachbesetzung freier Stellen zeichnen sich noch keine wesentlichen Probleme ab, gleichwohl wird es zunehmend schwieriger, geeignetes Personal zu finden.

Die Sachaufwendungen spielen eine eher untergeordnete Rolle. Hier konnten in den vergangenen Jahren Einsparungen realisiert werden, sodass in diesem Bereich keine besonderen Risiken zu erkennen sind.

Die Auftragslage wird auch weiterhin von der Nachfrage nach Dienstleistungen durch die Muttergesellschaft und die Stadt Braunschweig bestimmt. Die Übernahme weiterer Leistungen für die Stadt Braunschweig und ihrer Tochtergesellschaften ist nicht unwahrscheinlich. Auch ergeben sich bei der Muttergesellschaft, bedingt durch den Baufortschritt, immer wieder neue Aufgaben mit entsprechenden Entwicklungspotenzialen. Nach Abschluss der Pandemie rechnen wir deshalb mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Geschäftstätigkeit.

3. Prognosebericht

Insgesamt geht die Wirtschaftsplanung für 2021 von einem positiven Jahresergebnis von 15.000 € aus. Es wird vorsichtig, den Steuerungsmaßnahmen in der Muttergesellschaft entsprechend, von einer Konsolidierung ausgegangen. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen werden Umsatzerlöse von 16,2 Mio. € und Personal- und Sachaufwendungen von knapp 15,1 Mio. € bzw. 1,1 Mio.€ erwartet.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung wird davon ausgegangen, dass das für 2021 im Wirtschaftsplan ausgewiesene Ergebnis erreicht wird.

4. Sonstige Informationen

Erklärung nach § 289f Abs. 4 HGB.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig, hält an dem Ziel fest, jeweils 50 Prozent der Führungskräfte der zweiten und dritten Ebene mit Frauen zu besetzen. Der aktuelle Status Ende 2020 beträgt 100 % für die zweite Ebene und 82,5 % Frauenanteil für die dritte Ebene und liegt damit über dem Ende 2014 erreichten Niveau (50 Prozent für die zweite Ebene und 80 Prozent für die dritte Ebene). Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht unverändert aus zwei männlichen Personen. Hier gilt unser Bestreben der Kontinuität, so dass unverändert keine Ziele für einen Frauenanteil definiert sind. Für den Aufsichtsrat wurden keine Zielfestlegungen vorgenommen, da kein Aufsichtsrat besteht.

Braunschweig, 27. April 2021

Frank Hähner
Geschäftsführer

Thorsten Keune
Geschäftsführer

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16319
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Jahresabschluss 2020 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	22.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen."

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2020 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH verwiesen.

Die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH der Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des Klinikums herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Schlimme

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16018
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und des Konzernabschlusses 2020

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	14.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2020 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 32.055.071,58 € und weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,00 € aus.

2. Der Konzernabschluss 2020 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 32.055.071,58 € und weist einen Konzernbilanzgewinn in Höhe von 4.286.631,16 € aus.

II. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2020 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 369,44 € und weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,00 € aus.“

Sachverhalt:

<u>Zu I. Jahresabschluss und Konzernabschluss der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)</u>

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der SBBG. Gemäß § 12 Ziffer 1 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der SBBG obliegt die Feststellung des Jahres- und des Konzernabschlusses der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Zuvor bedürfen der Jahresabschluss und dessen Prüfung sowie der Konzernabschluss und dessen Prüfung gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der SBBG der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der SBBG hat den Jahresabschluss 2020 sowie den Konzernabschluss 2020 in einer Videokonferenz am 19. Mai 2021 beraten und der Gesellschafterversammlung mit anschließendem Umlaufbeschluss die Feststellung empfohlen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses 2020 erfolgte durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG, Dortmund. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 1. April 2021 erteilt.

1. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Die SBBG schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Verlust in Höhe von 32.055 T€ ab, der von der Gesellschafterin Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde. Gegenüber der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 ergibt sich ein um 2.837 T€ erhöhter Verlustausgleichsbedarf. Im Vergleich zur Nachtragswirtschaftsplanung 2020, die die erwarteten Corona-bedingten Auswirkungen von -3.019 T€ ausweist, ergibt sich eine Unterschreitung von 182 T€. Die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie belaufen sich auf -3.402 T€. Anderweitige Effekte führen insgesamt zu einer Verbesserung von 565 T€.

Folgende Tabelle zeigt die Ergebnisentwicklung der Jahre 2019 und 2020 sowie die Planzahlen 2021:

	Ist 2019 - in T€ -	Plan 2020 - in T€ -	Nachtrags-plan 2020 - in T€ -	Ist 2020 - in T€ -	Plan 2021 - in T€ -
Betriebsergebnis SBBG *	**99**	**-315**	**-315**	**-78**	**-407**
Erträge aus Beteiligungen					
Brg. Versorgungs-AG & Co. KG	5.808	7.493	7.128	4.658	5.924
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Brg.**	1.592	1.825	1.825	1.660	1.299
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH	341	330	330	541	336
Kraftverkehr Mundstock GmbH	60	78	-799	-925	104
Aufwendungen aus Verlustübernahmen					
Brg. Bus- u. Bahnbetriebsgesellschaft mbH	0	0	0	0	0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-25.139	-24.884	-26.172	-24.716	-26.589
Stadthalle Brg. Betriebsgesellschaft mbH	-4.449	-5.068	-5.384	-5.054	-5.319
Stadtbad Brg. Sport und Freizeit GmbH	-7.254	-7.660	-8.068	-7.172	-8.660
Beteiligungsergebnis	**-29.041**	**-27.886**	**-31.140**	**-31.008**	**-32.905**
Zins/Finanzergebnis	**-4.823**	**-722**	**-722**	**-724**	**-814**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-219	-235	0	-200	-229
Ergebnis nach Steuern	-33.984	-29.158	-32.177	-32.010	-34.355
Sonstige Steuern	-29	-60	-60	-45	-52
Jahresergebnis	**-34.013**	**-29.218**	**-32.237**	**-32.055**	**-34.407**
Erträge aus Verlustübernahme	34.013	29.218	32.237	32.055	34.407
Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

* ohne sonstige Steuern

** Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht.

Die Entwicklung im Jahr 2020 war im hohen Maße durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Im operativen Geschäft der SBBG selbst sowie bei der Nibelungen-Wohnbau GmbH Braunschweig (Niwo) und der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) sind keine bzw. nur unwesentliche Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verzeichnen. Bei den anderen Beteiligungsgesellschaften wurde die wirtschaftliche Entwicklung aber durch die Pandemie teilweise erheblich beeinflusst. Insofern ist auch das Ergebnis der SBBG beeinflusst worden.

Das Jahresergebnis der SBBG setzt sich aus dem eigenen Betriebsergebnis, dem Beteiligungsergebnis, in dem die auf die SBBG entfallenden Ergebnisbestandteile ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften enthalten sind, dem Zins-/Finanzergebnis sowie den Steuern zusammen.

Das eigene operative Ergebnis der SBBG verbessert sich gegenüber der Planung um 237 T€. Die Verbesserung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Budget für Instandhaltungen nicht vollständig ausgeschöpft wurde.

Das Beteiligungsergebnis beläuft sich auf -31.008 T€ und fällt damit um 3.122 T€ schlechter aus als ursprünglich geplant. Eine höhere Gewinnabführung der HBG in Höhe von 211 T€ und die geringeren Verlustausgleichsbedarfe der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) in Höhe von 168 T€, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthallen GmbH) in Höhe von 14 T€ und der Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) in Höhe von 488 T€ können die verringerte Gewinnausschüttung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) in Höhe von 2.835 T€, die um 165 T€ geringere Dividende der Niwo auf Basis der bestehenden Vereinbarung über die Ergebnisverwendung und die statt der geplanten Gewinnabführung erforderlich gewordene Verlustübernahme der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) in Höhe von 925 T€ nicht kompensieren.

Hinsichtlich der Ergebnisentwicklungen der Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen in den jeweiligen Beschlussvorlagen zur Feststellung der Jahresabschlüsse verwiesen. Die entsprechenden Beschlüsse zur Stimmbindung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SBBG zur Feststellung der Jahresabschlüsse der BVAG (Drucksache 21-15737), der Niwo (Drucksache 21-15694), der HBG (Drucksache 21-15716), der KVM (Drucksache 21-15645), der BSVG (Drucksache 21-15643), der Stadthallen GmbH (Drucksache 21-15543) und der Stadtbad GmbH (Drucksache 21-15641) wurden bereits vom FPA in seiner Sitzung am 29. April 2021 gefasst.

Das Zins-/Finanzergebnis beläuft sich auf -724 T€ und liegt damit auf Planniveau.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag fallen mit 200 T€ etwas geringer aus als geplant. Dabei kompensieren sich zu erwartende Steuerrückerstattungen für die Vorjahre mit erhöhten Steuerzahlungen aus dem verbesserten Immobilienergebnis des laufenden Jahres.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 45 T€ beinhalten im Wesentlichen Grundsteuern.

Die Bilanzsumme der SBBG zum 31. Dezember 2020 beträgt 121,8 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (101,0 Mio. €) um 20,8 Mio. € erhöht.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 0,4 Mio. € auf 79,0 Mio. € gestiegen. Der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens sind dabei mit 0,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Die Finanzanlagen haben um 0,5 Mio. € zugenommen. Die Einstellung in die Kapitalrücklage der Stadtbad GmbH und die damit verbundene Erhöhung des Beteiligungswertes übersteigen dabei die planmäßige Tilgung von Ausleihungen. Das Umlaufvermögen hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Nach einem Anstieg um 20,4 Mio. € weist es nun einen Wert 42,8 Mio. € auf. Dies ist vor allem auf eine deutliche Erhöhung der Forderungen gegen die Gesellschafterin

zurückzuführen, da erheblich mehr Mittel als im Vorjahr im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt werden konnten.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital auf insgesamt 45,0 Mio. € erhöht. Hier hat die Stadt Braunschweig auch im Jahr 2020 eine Einstellung in die Kapitalrücklage in Höhe von 1,0 Mio. € vorgenommen. Die entsprechend zugeflossenen Mittel dienen zur Tilgung eines langfristigen Darlehens. Weiterhin ist eine zweite Einstellung in die Kapitalrücklage in Höhe von 0,9 Mio. € erfolgt, die für eine Einstellung in die Kapitalrücklage der Stadtbad GmbH im Rahmen des bestehenden Anreizsystems verwendet worden ist. Weiterhin ergab sich ein leichter Anstieg der Rückstellungen um 0,4 Mio. €. Die Verbindlichkeiten sind um 18,5 Mio.€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf eine erhöhte Anlage von Liquidität der BSVG im Cashpool der SBBG zurückzuführen.

2. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH - Konzern

Neben dem Jahresabschluss der SBBG ist auch ein Konzernabschluss aufzustellen. In dem Konzernabschluss 2020 sind die SBBG, die BSVG, die Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG), die Stadtbad GmbH, die Stadthallen GmbH, die KVM, die Mundstock Reisen GmbH (MR), die Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) sowie die HBG als verbundene Unternehmen vollkonsolidiert. Als assoziierte Unternehmen wurden die BVAG und die Niwo einbezogen. Wegen untergeordneter Bedeutung wurden die Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH (MNS) sowie die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG (BVVAG) nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Umsatzerlöse im Konzern betragen 66,7 Mio. € (Vorjahr 80,1 Mio. €). Der Materialaufwand liegt mit 29,8 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 33,7 Mio. €. Der Personalaufwand beträgt 54,1 Mio. € (Vorjahr 55,3 Mio. €). Die Abschreibungen liegen mit einem Betrag von 15,9 Mio. € leicht über dem Wert des Vorjahres von 15,7 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 11,5 Mio. € (Vorjahr 11,9 Mio. €). Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen weisen einen Wert von 6,9 Mio. € (Vorjahr 9,2 Mio. €) auf. Der Zinsaufwand ist mit einem Betrag von 4,5 Mio. € (Vorjahr 5,0 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Der Konzernjahresfehlbetrag 2020 vor Verlustübernahme beträgt 31,8 Mio. € (Vorjahr 28,9 Mio. €). Unter Berücksichtigung des im Jahr 2020 erfolgten Verlustausgleichs der Stadt Braunschweig für die SBBG in Höhe von 32,1 Mio. € ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. €. Unter Berücksichtigung des bestehenden Konzerngewinnvortrages von 3,4 Mio. € und der Verlustausgleichszahlungen anderer Gesellschafter – hier der Stadt Braunschweig für die gehaltenen Gesellschaftsanteile an der Stadthallen GmbH und der Stadtbad GmbH – in Höhe von 0,7 Mio. € ergibt sich ein Konzernbilanzgewinn in Höhe von 4,3 Mio. €.

Die Konzernbilanzsumme zum 31. Dezember 2020 beträgt 330,0 Mio. € und ist somit gegenüber dem Vorjahr (300,7 Mio. €) gestiegen. Weitere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus Textziffer 2.5.2 des beigefügten Lageberichts.

Zu II. Jahresabschluss der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG)

Die BBBG weist für das Jahr 2020 einen Fehlbetrag in Höhe von 369,44 € aus, der entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der SBBG ausgeglichen wurde. Die Gesellschaft hat ihre aktive Tätigkeit eingestellt und beschäftigt kein eigenes Personal.

Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 11 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der BBBG der Gesellschafterversammlung.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in Gesellschafter- und Hauptversammlungen anderer Unternehmen, an denen die Gesellschaft

mit mehr als 25 % beteiligt ist, der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG zur Anweisung an die Geschäftsführung für die Ausübung der Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Als Anlagen sind die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen der SBBG und der BBBG für das Geschäftsjahr 2020 beigefügt, weiterhin die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020 sowie der Lagebericht 2020 für die Gesellschaft und den Konzern.

Geiger

Anlage/n:

SBBG Bilanz
SBBG Gewinn- und Verlustrechnung
SBBG Konzernbilanz
SBBG Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
SBBG Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern
BBBG Bilanz
BBBG Gewinn- und Verlustrechnung

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva

	31.12.2020 €	31.12.2019 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
- Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	281,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	582.387,20	608.441,20
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.979,00	15.203,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.411,76	29.411,76
	627.777,96	653.055,96
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	24.775.776,45	23.845.486,11
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	1.170.479,84	1.620.213,76
3. Beteiligungen	52.437.472,77	52.437.472,77
4. Sonstige Ausleihungen	10.843,77	28.096,13
	78.394.572,83	77.931.268,77
	79.022.350,79	78.584.605,73
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.499.526,32	794.453,63
2. Forderungen gegen Gesellschafter	28.732.534,93	13.161.929,21
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.631.788,47	5.760.908,31
4. Sonstige Vermögensgegenstände	3.908.986,43	2.139.960,77
	38.772.836,15	21.857.251,92
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.021.103,49	563.339,77
	42.793.939,64	22.420.591,69
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.561,61	19.784,59
	121.837.852,04	101.024.982,01

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Passiva

		31.12.2020 €	31.12.2019 €
A.	**Eigenkapital**		
I.	**Gezeichnetes Kapital**	32.724.000,00	32.724.000,00
II.	**Kapitalrücklagen**	11.287.813,82	9.357.523,48
III.	**Gewinnrücklagen**	949.059,99	949.059,99
		44.960.873,81	43.030.583,47
B.	**Rückstellungen**		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.554.342,00	4.431.761,00
2.	Steuerrückstellungen	750.998,00	550.998,00
3.	Sonstige Rückstellungen	250.285,00	192.578,00
		5.555.625,00	5.175.337,00
C.	**Verbindlichkeiten**		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.664.902,75	19.110.703,63
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.691,05	33.676,22
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	28.532.471,45	6.875.130,17
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	186.428,42	0,00
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	720,46	77,13
6.	Sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern: 31.12.2020: € 32.639,35 31.12.2019: € 31.184,78	25.869.555,30	26.765.890,59
		71.287.769,43	52.785.477,74
D.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	33.583,80	33.583,80
		121.837.852,04	101.024.982,01

Braunschweig, den 31. März 2021

Andreas Ruhe

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020

	2020 €		2019 €
1. Umsatzerlöse		1.794.545,24	1.917.320,52
2. Sonstige betriebliche Erträge		77.939,82	208.253,67
		1.872.485,06	2.125.574,19
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe	-111.765,70		-128.996,54
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-187.729,55		-260.751,77
		-299.495,25	-389.748,31
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-695.040,71		-655.670,83
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorugng und für Unterstüzung	-348.126,12		-426.724,00
- davon für Altersversorgung:			
2020: € -183.258,12			
2019: € -269.335,85			
		-1.043.166,83	-1.082.394,83
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-43.921,68	-43.885,99
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-563.724,33	-511.021,35
		-77.823,03	98.523,71
7. Erträge aus Beteiligungen	6.318.642,34		7.400.438,54
8. Erträge aus Gewinnabführung	541.591,84		400.921,82
9. Erträge aus anderen Wertpapieren aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16.301,75		30.032,04
- davon aus verbundenen Unternehmen:			
2020: € 14.615,34			
2019: € 27.359,37			
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119,19		0,00
- davon aus verbundenen Unternehmen:			
2020: € 119,19			
2019: € 0,00			
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-37.867.825,15		-36.842.174,18
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00		-4.000.000,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-740.578,27		-852.829,17
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen:			
2020: € -315.625,00			
2019: € -368.463,00			
		-31.731.748,30	-33.863.610,95
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-200.000,00	-218.999,00
15. Ergebnis nach Steuern		-32.009.571,33	-33.984.086,24
16. Sonstige Steuern		-45.500,25	-29.300,96
17. Erträge aus Verlustübernahme		32.055.071,58	34.013.387,20
18. Jahresfehlbetrag		0,00	0,00

Braunschweig, den 31. März 2021

Andreas Ruhe

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020

		31.12.2020 €	31.12.2019 €
A.	**Anlagevermögen**		
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	215.214,12	300.581,65
2.	Geleistete Anzahlungen	157.272,19	0,00
		372.486,31	300.581,65
II.	**Sachanlagen**		
1.	Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	68.114.904,88	65.155.418,13
2.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	54.915.579,66	56.271.125,00
3.	Fahrzeuge für den Personenverkehr	47.892.597,00	42.862.367,00
4.	Maschinen und maschinelle Anlagen	5.816.540,48	5.824.084,60
5.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.649.247,98	8.362.636,50
6.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.039.083,65	17.709.513,12
		206.427.953,65	196.185.144,35
III.	**Finanzanlagen**		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	111.291,53	111.291,53
2.	Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	63.244.907,82	62.635.911,97
3.	Sonstige Beteiligungen	425.321,92	436.016,73
4.	Sonstige Ausleihungen	10.843,77	28.096,13
		63.792.365,04	63.211.316,36
		270.592.805,00	259.697.042,36
B.	**Umlaufvermögen**		
I.	**Vorräte**		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.571.624,92	2.624.051,22
2.	Unfertige Leistungen	12.000,00	6.500,00
3.	Waren	145.795,61	152.215,66
4.	Geleistete Anzahlungen	7.084,84	0,00
		2.736.505,37	2.782.766,88
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.439.535,70	6.693.474,61
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.491,67	8.769,98
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	29.126.649,17	13.591.307,18
4.	Forderungen gegen assoziierte Unternehmen	4.631.788,47	5.760.908,31
5.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.640,90	43.519,26
6.	Sonstige Vermögensgegenstände	7.230.829,57	3.617.555,88
		46.433.935,48	29.715.535,22
III.	**Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**	10.039.270,90	8.273.569,57
		59.209.711,75	40.771.871,67
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	172.156,31	228.999,15
		329.974.673,06	300.697.913,18

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020

Passiva

		31.12.2020 €	31.12.2019 €
A.	**Eigenkapital**		
I.	**Gezeichnetes Kapital**	32.724.000,00	32.724.000,00
II.	**Kapitalrücklagen**	11.287.813,82	9.357.523,48
III.	**Gewinnrücklagen**	17.374.958,10	17.269.721,55
IV.	**Konzernbilanzgewinn/-verlust**	4.286.631,16	3.375.919,62
V.	**Nicht beherrschende Anteile**	509.280,68	453.475,18
		66.182.683,76	63.180.639,83
B.	**Sonderposten für Zuwendungen**	4.861.949,92	5.436.490,66
C.	**Rückstellungen**		
	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.874.023,00	5.725.818,00
	2. Steuerrückstellungen	914.704,89	667.009,34
	3. Sonstige Rückstellungen	7.941.149,39	7.092.159,58
		14.729.877,28	13.484.986,92
D.	**Verbindlichkeiten**		
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	162.738.584,54	150.707.257,36
	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	21,00	242,80
	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.852.374,85	13.589.818,56
	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.395,67	927,18
	5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	13.472.580,82	7.462.751,11
	6. Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	720,46	0,00
	7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	77,13
	8. Sonstige Verbindlichkeiten	52.256.465,47	45.067.430,35
	- davon aus Steuern:		
	31.12.2020: € 381.442,50		
	31.12.2019: € 686.834,71		
	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
	31.12.2020: € 28.074,18		
	31.12.2019: € 79.020,34		
		242.329.142,81	216.828.504,49
D.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	1.871.019,29	1.767.291,28

Braunschweig, den 31. März 2021

Andreas Ruhe

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020

	2020 €		2019 €
1. Umsatzerlöse		66.652.779,86	80.072.198,66
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		5.500,00	3.410,70
3. Andere aktivierte Eigenleistung		1.136.834,33	991.369,17
4. Sonstige betriebliche Erträge		9.938.982,33	3.035.506,31
		77.734.096,52	84.102.484,84
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe	-11.636.848,29		-12.424.445,15
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18.185.159,55		-21.244.800,43
		-29.822.007,84	-33.669.245,58
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-42.232.197,21		-43.392.144,31
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorugng und für Unterstüzung	-11.830.986,86		-11.953.011,57
- davon für Altersversorgung: 2020: € -2.810.967,67 2019: € -2.913.400,60			
		-54.063.184,07	-55.345.155,88
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-15.873.419,08	-15.676.500,96
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-11.460.663,00	-11.923.805,59
		-33.485.177,47	-32.512.223,17
9. Erträge aus Beteiligungen	52.520,33		59.603,51
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	6.927.638,19		9.150.496,67
11. Erträge aus anderen Wertpapieren aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.686,41		2.725,75
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	696,63		1.063,85
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-10.694,81		0,00
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.500.268,18		-4.955.651,99
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 2020: € -410.041,00 2019: € -479.381,00			
		2.471.578,57	4.258.237,79
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-355.015,82	-183.190,88
16. Ergebnis nach Steuern		-31.368.614,72	-28.437.176,26
17. Sonstige Steuern		-433.839,52	-480.155,41
18. Erträge aus Verlustübernahme		32.055.071,58	34.013.387,20
19. Konzernjahresüberschuss		252.617,34	5.096.055,53
20. Konzerngewinnvortrag/-verlustvortrag		3.375.919,62	-2.381.236,44
21. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		658.094,20	661.100,53
22. Konzernbilanzgewinn		4.286.631,16	3.375.919,62

Braunschweig, den 31. März 2021

Andreas Ruhe

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Braunschweig
Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2020

1. Grundlagen des Konzerns

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ist eine hundertprozentige Tochter der Stadt Braunschweig. Gleichzeitig ist sie Obergesellschaft eines Konzerns. Zum Konzernkreis gehören die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, die Kraftverkehr Mundstock GmbH und die Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH, an denen jeweils hundertprozentige Beteiligungen bestehen, sowie die Tochtergesellschaften der Kraftverkehr Mundstock GmbH. Weiterhin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH mit jeweils knapp 95 % an der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, an der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH und an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH beteiligt. Wesentliche Beteiligungen bestehen darüber hinaus an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (25,1 %) und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (49 %).

Ein Aufgabenschwerpunkt der Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2020 das Beteiligungsmanagement. Die entsprechenden Aufgabenfelder wurden wie in den Vorjahren in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig wahrgenommen.

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH leistete darüber hinaus projektbezogene Unterstützung bei anderen Konzerneinheiten und erbrachte im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen laufend Dienstleistungen, vor allem im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, für andere Konzerngesellschaften.

Im Eigentum der Gesellschaft befinden sich auch Immobilien. Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH besitzt neben einigen unbebauten Grundstücken aktuell noch die Gewerbeimmobilien an den Standorten Taubenstraße 7, Wilhelmstraße 62 - 71 und Neue Knochenhauerstraße 5.

Im Konzern Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden zahlreiche weitere Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wahrgenommen. Dazu gehören insbesondere die Durchführung des ÖPNV in Braunschweig, der Betrieb eines Hafens, die Bereitstellung von Veranstaltungshallen und einem Stadion sowie die Bereitstellung von Frei- und Hallenbädern.

2. Wirtschaftsbericht

Im Folgenden werden zunächst die in der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH sowie die im Konzern Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH existierenden finanziellen und nicht-finanziellen Steuerungsgrößen genannt. Im Punkt 2.2 werden die Steuerungsgrößen für das Jahr 2020 den für diesen Zeitraum geplanten Werten gegenübergestellt; dabei wird erst auf den Einzelabschluss und dann auf den Konzernabschluss eingegangen. Unter Punkt 2.3 wird dann die Ertragslage, unter Punkt 2.4 die Finanzlage und unter Punkt 2.5 die Vermögens- und Kapitallage erläutert; dabei wird ebenfalls jeweils erst auf den Einzelabschluss und

dann auf den Konzernabschluss eingegangen. In diesen Kapiteln werden auch die Steuerungsgrößen für das Jahr 2020 den Vorjahreswerten gegenübergestellt. Die wesentlichen Abweichungen werden jeweils erläutert.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird zusammenfassend wie folgt beschrieben:

Die Entwicklung im Jahr 2020 war im hohen Maße durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Im operativen Geschäft der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH selbst sowie bei der Nibelungen-Wohnbau GmbH und der Hafenbetriebsgesellschaft mbH Braunschweig sind keine bzw. nur unwesentliche Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verzeichnen; bei den anderen Gesellschaften wurde die wirtschaftliche Entwicklung aber durch die Pandemie teilweise erheblich beeinflusst. Insofern ist auch das Ergebnis der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH beeinflusst worden und fällt schlechter aus als geplant. Es ist aber gelungen, die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie teilweise zu kompensieren. Trotzdem werden die nicht durch die Corona-Pandemie verursachten Ergebnisverbesserungen an zahlreichen Stellen damit überkompensiert.

2.1 Steuerungsgrößen

Die wesentliche finanzielle Steuerungsgröße bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ist der Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Verlustübernahme. Dabei werden neben dem Gesamtergebnis die einzelnen Komponenten - das Betriebsergebnis, das Finanzergebnis und das Beteiligungsergebnis - betrachtet. Das Beteiligungsergebnis wird wiederum in seine einzelnen Bestandteile - die auf die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH entfallenden Ergebnisanteile der einzelnen Tochtergesellschaften - aufgegliedert. Im Konzern ist die wesentliche finanzielle Steuerungsgröße der Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag vor Verlustübernahme. Im Konzern werden darüber hinaus für die Mehrheitsbeteiligungen noch die getätigten Investitionen als finanzielle Steuerungsgröße herangezogen.

Die wesentliche nicht-finanzielle Steuerungsgröße für die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH selbst ist die Mitarbeiterzahl.

2.2 Soll-Ist-Vergleich der Steuerungsgrößen

2.2.1 Einzelabschluss

Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2020 bei 32,1 Mio. Euro. Geplant war ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 29,2 Mio. Euro. Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2020 den entstandenen Verlust vollständig übernommen. Es entsteht insofern wie geplant ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag in Höhe von null.

Das im Geschäftsjahr 2020 erzielte Betriebsergebnis inklusive Steuern vom Einkommen und Ertrag weist einen Wert von -323 T Euro auf und ist somit deutlich besser ausgefallen als der geplante Betrag von -610 T Euro. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen auf dem Niveau des geplanten Wertes; dabei kompensieren sich zu erwartende Steuerrückerstattungen für die Vorjahre mit erhöhten

Steuerzahlungen aus dem verbesserten Immobilienergebnis des laufenden Jahres. Der positive Effekt stammt somit aus dem Betriebsergebnis; hier konnten insbesondere im Instandhaltungsbereich deutliche Reduzierungen gegenüber den geplanten Werten erreicht werden.

Das Finanzergebnis liegt mit -724 T Euro fast exakt auf Höhe des geplanten Wertes von -722 T Euro.

Das Beteiligungsergebnis weist im Geschäftsjahr 2020 einen Betrag von -31,0 Mio. Euro auf und ist damit deutlich schlechter als der geplante Wert von -27,9 Mio. Euro. Die Verschlechterungen sind fast ausschließlich auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Unabhängig von der Corona-Pandemie erzielte Verbesserungen in mehreren Gesellschaften wurden dadurch überkompensiert.

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH hat am Ende des Geschäftsjahres 2020 wie geplant elf Mitarbeiter beschäftigt.

2.2.2 Konzernabschluss

Der Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2020 bei 31,8 Mio. Euro. Geplant war ein Wert von 29,6 Mio. Euro. Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2020 den Verlust der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe von 32,1 Mio. Euro übernommen. Unter Berücksichtigung des übernommenen Verlustanteils ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. Euro. Der Konzernbilanzgewinn beträgt 4,3 Mio. Euro.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen im Konzern betrugen im Geschäftsjahr 2020 ohne Berücksichtigung von erhaltenen Zuschüssen 39,4 Mio. Euro; geplant war ein Betrag von 58,0 Mio. Euro. Die größten Abweichungen sind bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH entstanden.

2.3 Ertragslage

2.3.1 Einzelabschluss

Das Betriebsergebnis inklusive Steuern vom Einkommen und Ertrag fällt mit einem Wert von -323 T Euro (Vorjahr -150 T Euro) etwas schlechter aus als im Jahr 2019. Dies ist insbesondere auf einen im Vorjahr aufgetretenen einmaligen Ergebniseffekt im Zusammenhang mit Anlagenverkäufen zurückzuführen. Vor allem wegen dieses Sachverhaltes sind auch die Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Der Materialaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert werden. Der Personalaufwand liegt leicht unter dem Wert des Vorjahres. Die Abschreibungen haben exakt das Niveau des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich aufgrund erhöhter Beraterkosten leicht angestiegen. Die

sonstigen Steuern haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht; der Wert des Vorjahres war aber aufgrund einer einmaligen Erstattung besonders niedrig.

Das Finanzergebnis beträgt -724 T Euro (Vorjahr -4,8 Mio. Euro). Das Vorjahr war dabei aber durch eine Wertberichtigung in Höhe von 4 Mio. Euro außerordentlich belastet. In dieser Höhe wurde der Buchwert der von der Gesellschaft gehaltenen Anteile an der Kraftverkehr Mundstock GmbH abgeschrieben. Um den Sondereffekt der Wertberichtigung bereinigt fällt das Finanzergebnis etwas besser aus als im Vorjahr.

Vor Übernahme der Ergebnisse der Tochtergesellschaften ist somit bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2020 ein Fehlbetrag von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) entstanden.

Wesentlich geprägt wird das Ergebnis der Gesellschaft aber - wie auch in der Vergangenheit - durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

Im Beteiligungsergebnis sind die auf die Gesellschaft entfallenen Ergebnisanteile der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebs-Gesellschaft mbH, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung sowie der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH desselben Jahres zusammengefasst. Zusätzlich ist noch die auf die Gesellschaft entfallende Ausschüttung aus dem Vorjahresergebnis der Nibelungen-Wohnbau-GmbH enthalten. Das Beteiligungsergebnis der Gesellschaft hat insofern im Geschäftsjahr 2020 einen Wert von -31,0 Mio. Euro (Vorjahr -29,0 Mio. Euro).

Der auf die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH entfallende Anteil am Ergebnis der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG liegt dabei im Geschäftsjahr 2020 mit einem Betrag von rd. 4,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert (5,8 Mio. Euro).

Von der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH wurde im Jahr 2020 ein Ergebnis von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro) übernommen. Hierin spiegeln sich der trotz der Corona-Pandemie erfolgreiche Geschäftsverlauf der Gesellschaft sowie die angepasste Rücklagenpolitik wider.

Das Ergebnis der Nibelungen-Wohnbau-GmbH, an der die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH mit 49 % beteiligt ist, ist weiterhin positiv. Es wurde eine Dividende aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2019 in Höhe von 1,7 Mio. Euro vereinnahmt (Vorjahr 1,6 Mio. Euro). Die Aufteilung des Jahresüberschusses in einen auszuschüttenden und einen zu thesaurierenden Teil erfolgt auf Basis der zwischen der Stadt Braunschweig, der Nibelungen-Wohnbau-GmbH und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH abgeschlossenen Vereinbarung über die Ergebnisverwendung.

Von der Kraftverkehr Mundstock GmbH wurde ein Verlust in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr Gewinn 0,1 Mio. Euro) übernommen. Das Ergebnis dieser Gesellschaft wird dabei stark von der Übernahme des Ergebnisses ihrer Tochtergesellschaft Mundstock-Reisen GmbH geprägt, das sich auf Grund der Corona-Pandemie stark negativ entwickelt hat. Von der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH

wurde ein Verlust von 0,4 T Euro (Vorjahr 0,3 T Euro) übernommen. Bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH ist ein Verlust in Höhe von 24,7 Mio. Euro (Vorjahr 25,1 Mio. Euro) entstanden; er liegt somit leicht unter dem Vorjahreswert.

Der Verlustanteil der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr 4,4 Mio. Euro) ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Verlustanteil der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH konnte ggü. dem Vorjahr nochmals leicht reduziert werden und beträgt nun 7,2 Mio. Euro (Vorjahr 7,3 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2020 ist damit vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag in Höhe 32,1 Mio. Euro (Vorjahr 34,0 Mio. Euro) entstanden. Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2020 den entstandenen Verlust vollständig übernommen. Bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ist ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag in Höhe von null (Vorjahr null) entstanden.

2.3.2 Konzernabschluss

Die Umsatzerlöse im Konzern betragen 66,7 Mio. Euro (Vorjahr 80,1 Mio. Euro); der Rückgang ist überwiegend auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Der Materialaufwand liegt mit 29,8 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert (Vorjahr 33,7 Mio. Euro). Der Personalaufwand beträgt 54,1 Mio. Euro (Vorjahr 55,3 Mio. Euro). Die Abschreibungen liegen mit einem Betrag von 15,9 Mio. Euro leicht über dem Wert des Vorjahres von 15,7 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 11,5 Mio. Euro (Vorjahr 11,9 Mio. Euro).

Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen weisen einen Wert von 6,9 Mio. Euro (Vorjahr 9,2 Mio. Euro) auf. Der Zinsaufwand ist mit einem Betrag von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) ggü. dem Vorjahr gesunken.

Der Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2020 bei 31,8 Mio. Euro (Vorjahr 28,9 Mio. Euro). Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2020 den Verlust der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe von 32,1 Mio. Euro übernommen. Unter Berücksichtigung des übernommenen Verlustanteils ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 5,1 Mio. Euro). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 4,3 Mio. Euro (Vorjahr 3,4 Mio. Euro).

2.4 Finanzlage

2.4.1 Einzelabschluss

Es besteht ein Liquiditätsverbund zwischen der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und der Braunschweiger Verkehrs-GmbH. Liquiditätsfehlbeträge dieser Gesellschaft werden durch die Obergesellschaft verzinslich ausgeglichen; Liquiditätsüberschüsse werden bei der Obergesellschaft verzinslich angelegt. Im Jahr 2020 wurde ein Vertrag über die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln mit der Kraftverkehr Mundstock GmbH geschlossen; damit wurde sichergestellt, dass auch bei dieser Gesellschaft ein durch die Corona-Pandemie entstehender Liquiditätsbedarf

durch die verzinsliche Bereitstellung von Mitteln gedeckt wird und somit keine Zahlungsschwierigkeiten entstehen können. Wie bereits in den Vorjahren werden von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH vertraglich geregelte Vorauszahlungen auf den geplanten Jahresverlust der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH geleistet, um die Liquidität dieser Gesellschaften sicherzustellen. Entsprechende Vorauszahlungen auf den voraussichtlichen Jahresverlust sind im Jahr 2020 auch an die Kraftverkehr Mundstock GmbH geflossen, die - entgegen der urspürglichen Planungen - im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie einen Verlust erwirtschaftet.

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH verfügt über eine Kontokorrentlinie bei Kreditinstituten in Höhe von 1 Mio. Euro. Diese ist im Geschäftsjahr 2020 nicht in Anspruch genommen worden. Mit der Stadt Braunschweig besteht eine Vereinbarung über die Inanspruchnahme des bei der Stadt existierenden Cashpools. Auftretende Liquiditätsfehlbeträge können dabei aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt werden. Die Obergrenze der Inanspruchnahme wird jährlich auf Basis der aktuellen Situation neu festgelegt; im Jahr 2020 erfolgte aufgrund des durch die Corona-Pandemie erwarteten steigenden Liquiditätsbedarfs eine entsprechende Erhöhung. Unabhängig davon wurden Verlustausgleichszahlungen in Höhe des geplanten Jahresverlustes durch die Stadt Braunschweig geleistet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war insofern im Jahr 2020 jederzeit gesichert; dies ist auch künftig gewährleistet.

Die Cashflow-Rechnung zeigt folgende Werte (alle in Mio. Euro):

	2020	2019
Mittelveränderung aus		
- laufender Geschäftstätigkeit	- 34,7	- 28,4
- Investitionstätigkeit	- 0,5	1,0
- Finanzierungstätigkeit	33,8	24,5
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	5,4	8,3
Finanzmittelfonds am Jahresende	4,0	5,4

2.4.2 Konzernabschluss

Die Gesellschaften des Konzerns finanzieren langfristige Investitionen grundsätzlich durch die Aufnahme langfristiger Darlehen am Kapitalmarkt; ggf. erfolgt für einen begrenzten Zeitraum eine kurzfristige Zwischenfinanzierung, z. B. über den Cashpool der Stadt Braunschweig. Darüber hinaus ist zurzeit auch eine langfristige Fremdkapitalaufnahme über die sogenannte Experimentierklausel bei der Stadt Braunschweig möglich. Die laufende Liquidität wird unabhängig davon entweder aus dem Cashflow der Gesellschaften sichergestellt, oder es erfolgen Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter. Die Zahlungsfähigkeit im Konzern ist insofern zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Die Cashflow-Rechnung für den Konzern zeigt folgende Werte (alle in Mio. Euro):

	2020	2019
Mittelveränderung aus		
- laufender Geschäftstätigkeit	- 8,9	- 13,6
- Investitionstätigkeit	- 41,3	- 17,9
- Finanzierungstätigkeit	71,1	21,7
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	17,7	27,5
Finanzmittelfonds am Jahresende	38,6	17,7

2.5 Vermögens- und Kapitallage

2.5.1 Einzelabschluss

Die Bilanzsumme der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 beträgt 121,8 Mio. Euro (Vorjahr 101,0 Mio. Euro) und ist somit gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 0,4 Mio. Euro auf 79,0 Mio. Euro gestiegen. Der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens sind dabei mit 0,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Planmäßige Abschreibungen und getätigte Investitionen in Höhe von 19 T Euro (Vorjahr 17 T Euro) gleichen sich weitgehend aus. Die Finanzanlagen haben um 0,5 Mio. Euro zugenommen. Die Einstellung in die Kapitalrücklage einer Tochtergesellschaft und die damit verbundene Erhöhung des Beteiligungswertes übersteigen dabei die planmäßige Tilgung von Ausleihungen.

Das Umlaufvermögen hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Nach einem Anstieg um 20,4 Mio. Euro weist es nun einen Wert 42,8 Mio. Euro auf. Dies ist vor allem auf eine deutliche Erhöhung der Forderungen gegen Gesellschafter zurückzuführen, da erheblich mehr Mittel als im Vorjahr im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt werden konnten.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital auf 45,0 Mio. Euro (Vorjahr 43,0 Mio. Euro) gestiegen. Hier hat die Stadt Braunschweig auch im Jahr 2020 eine Einstellung in die Kapitalrücklage in Höhe von 1,0 Mio. Euro vorgenommen; die entsprechend zugeflossenen Mittel dienen zur Tilgung eines langfristigen Darlehens. Weiterhin ist eine zweite Einstellung in die Kapitalrücklage erfolgt; die entsprechend zugeflossenen Mittel sind für eine Einstellung in die Kapitalrücklage einer Tochtergesellschaft verwendet worden.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 36,9 % (Vorjahr 42,6 %). Er ist somit trotz der absoluten Erhöhung des Eigenkapitals zurückgegangen, da sich die Bilanzsumme verhältnismäßig stärker erhöht hat als das Eigenkapital.

Die Rückstellungen sind leicht gestiegen. Die Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen und betragen nun 71,3 Mio. Euro. Dies ist vor allem auf einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

zurückzuführen; dabei hat die Braunschweiger Verkehrs-GmbH mehr freie Liquidität im Cashpool der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH angelegt. Durch diesen Anstieg wurden die gegenläufig erfolgten Reduzierungen bei den anderen Positionen überkompensiert.

Zum Ende des Geschäftsjahres beträgt der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme 64,9 % (Vorjahr 77,8 %). Das Anlagevermögen ist mit 56,9 % (Vorjahr 54,8 %) aus Eigenkapital bzw. mit 82,8 % (Vorjahr 114,4 %) aus Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert.

2.5.2 Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme zum 31. Dezember 2020 beträgt 330,0 Mio. Euro (Vorjahr 300,7 Mio. Euro) und ist somit gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Anlagevermögen liegt dabei mit einem Betrag von 270,6 Mio. Euro (Vorjahr 259,7 Mio. Euro) über dem Vorjahreswert. Dies liegt vor allem am Anstieg des Sachanlagevermögens, das nun 206,4 Mio. Euro beträgt (Vorjahr 196,2 Mio. Euro). Hier spiegelt sich die Investitionstätigkeit der Gesellschaften wider, deren Betrag die Abschreibungen deutlich überstiegt. Das Finanzanlagevermögen liegt mit einem Betrag von 63,8 Mio. Euro (Vorjahr 63,2 Mio. Euro) etwas über dem Wert des Vorjahres. Das Umlaufvermögen ist mit einem Wert von 59,2 Mio. Euro (Vorjahr 40,8 Mio. Euro) ggü. dem Vorjahr ebenfalls angestiegen; dabei hat sich insbesondere eine Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter ausgewirkt.

Auf der Passivseite ist das Konzerneigenkapital mit einem Wert von 66,2 Mio. Euro (Vorjahr 63,2 Mio. Euro) gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies ist vor allem bedingt durch die bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH erfolgte Einstellungen in die Kapitalrücklage. Der Anteil des Konzerneigenkapitals an der Konzernbilanzsumme beträgt 20,1 % (Vorjahr 21,0 %). Er ist etwas gesunken, da das Konzerneigenkapital nicht in dem Maße gestiegen ist wie die Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten sind mit 242,3 Mio. Euro (Vorjahr 216,8 Mio. Euro) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist insbesondere auf einen Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Im Konzern wurden im Geschäftsjahr 2020 - ohne Berücksichtigung von erhaltenen Zuschüssen - insgesamt rd. 37,1 Mio. Euro (Vorjahr 19,7 Mio. Euro) an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen getätigt. Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH hat 0,1 Mio. Euro investiert, vor allem in technische Anlagen. Bei der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Mundstock Reisen GmbH und der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH wurden Investitionen von insgesamt 2,1 Mio. Euro getätigt, zum großen Teil für neue Fahrzeuge. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat 26,5 Mio. Euro investiert, vor allem für Gleisanlagen und neue Fahrzeuge. Bei der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung beträgt die Investitionssumme 1,3 Mio. Euro; sie umfasst vor allem die Namensrechte Eintracht Braunschweig sowie Veranstaltungstechnik. Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH hat 7,1 Mio. Euro. investiert, vor allem in das Heidbergbad.

Zum Ende des Geschäftsjahres beträgt der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme 82,0 % (Vorjahr 86,4 %). Das Anlagevermögen ist mit 24,5 % (Vorjahr 24,3 %) aus Eigenkapital bzw. mit 93,2 % (Vorjahr 98,0 %) aus Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert.

3. Chancen- und Risikenbericht

Bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und in fast allen Konzerngesellschaften sind Risikomanagementsysteme installiert, die regelmäßig überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei werden formale Aspekte sowie die spezifischen Anforderungen aller Gesellschaften berücksichtigt. Die Steuerung erfolgt dabei auf qualitativer Ebene; insofern erfolgt im Folgenden auch keine Quantifizierung der einzelnen Positionen.

3.1 Einzelabschluss

Im Wesentlichen existieren folgende Chancen und Risiken:

Entwicklung und Ergebnisse der Tochtergesellschaften: Grundsätzlich werden die Chancen und Risiken bei den Gesellschaften im Rahmen des jeweiligen Risikomanagements der Gesellschaften überwacht. Weiterhin sind die Gesellschaften durch ein fest etabliertes Beteiligungs-Controlling eng in den Konzern Stadt Braunschweig und den Teilkonzern Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH eingebunden. So gibt es u. a. ein periodisches Berichtswesen und regelmäßige Gespräche über die Entwicklungen in den Gesellschaften. Weiterhin erfolgt projektbezogen eine enge Zusammenarbeit mit den Gesellschaften.

Dabei können auch eventuelle vom Plan abweichende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden, und die Initiierung von Gegensteuerungsmaßnahmen wird möglich. Besondere Risiken werden für die Obergesellschaft zurzeit nicht gesehen. Durch diese Instrumente werden auch die bei einigen Tochtergesellschaften bestehenden durch die Corona-Pandemie verursachten Risiken (siehe auch die Darstellung unter 3.3) erfasst.

Zusammenarbeit mit Dienstleistern: Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH arbeitet in einigen Bereichen mit externen Dienstleistern zusammen, die betrieblich benötigte Funktionen für sie wahrnehmen. Es besteht somit ein gewisser Grad von Abhängigkeit, so dass kurzfristige Veränderungen der Leistungsbeziehungen nur schwer abgefangen werden können. Allerdings ergeben sich durch diese Konstruktion auch künftig Chancen, dass die Aufgaben durch den hohen Spezialisierungsgrad der Dienstleister qualitativ hochwertig und wirtschaftlich wahrgenommen werden. Aktuell steht ein Wechsel des DV-Dienstleisters an, da der bisherige Dienstleister die Leistungen aus verschiedenen Gründen heraus nicht mehr im bisherigen Umfang erbringen kann. Da der Wechsel aber erst zum Ende November 2022 erfolgen soll, steht genügend Zeit für den Such- und Auswahlprozess eines neuen Dienstleisters sowie für die notwendigen Umstellungsarbeiten zur Verfügung. Ein erhöhtes Risiko wird hier deshalb nicht gesehen.

Immobilien: Die vorhandenen Gebäude sind zurzeit vermietet; die Immobilien bzw. die Standorte werden zudem als attraktiv beurteilt. Gleichwohl kann mittelfristig das Risiko eines zeitlich befristeten Leerstandes nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Gegenläufig können Chancen durch eine mittelfristig vorstellbare veränderte Nutzung der Gebäude bzw. Flächen an den Standorten Wilhelmstraße 62 - 71 und Neue Knochenhauerstraße 5 entstehen.

Finanzbereich: Es existieren rollierende Planungsrechnungen auf Tages-, Monats- und Jahresbasis, Liquiditätsfehlbeträge und Liquiditätsüberschüsse können so frühzeitig erkannt werden. Liquiditätsfehlbeträge werden durch den Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt; für langfristige Fehlbeträge können auch Fremdkapitalaufnahmen erfolgen. Ein Risiko, dass Darlehen nicht gewährt werden könnten, wird momentan nicht gesehen. Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken, die in hohem Maße auf das Ergebnis der Gesellschaft einwirken können, dürfen grundsätzlich Finanzderivate in eingeschränktem Umfang eingesetzt werden.

Steuern und Beihilfen: Bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird eine ertragsteuerliche Verrechnung der Gewinne und Verluste zwischen dem Verkehrs-, dem Versorgungs- und dem Hafenbereich realisiert. Die bestehende Situation wurde bisher als ertragsteuerlich stabil bewertet. Gleichzeitig besteht hier ein latentes Risiko. So wurde vor rd. einem Jahr bekannt, dass der BFH dem Europäischen Gerichtshof die Frage vorgelegt hat, ob die Steuervergünstigungen für dauerdefizitäre Tätigkeiten kommunaler Eigengesellschaften gegen die Beihilferegelung des Unionsrechts verstoßen. Der BFH hat dabei die Meinung vertreten, dass ein solcher Verstoß vorliegt. Sollte sich der EuGH der Meinung des BFH anschließen, wären für dauerdefizitäre Tätigkeiten die Rechtsfolgen einer verdeckten Gewinnausschüttung zu ziehen. Ob und welche Auswirkungen dies dann auf die bestehende ertragsteuerliche Organschaft hätte, ist nach wie vor offen. Zwischenzeitlich wurde die der Anfrage zugrunde liegende Klage zurückgezogen; es bleibt gleichwohl abzuwarten, ob dieser Punkt weiter aufgegriffen wird.

Unabhängig davon besteht auch im Steuerbereich grundsätzlich ein Risiko, dass bestehende Regeln nicht eingehalten werden. Um dieses Risiko zu minimieren, hat die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft ein Tax Compliance Management System entwickelt und installiert. Es wird zusätzlich darauf hingewirkt, dass solche Systeme auch in allen Tochtergesellschaften realisiert werden.

Die beihilferechtliche Situation der Gesellschaft ist stabil. Das Geschäft der Gesellschaft ist von lokaler Bedeutung und somit nicht geeignet, den EU-weiten Wettbewerb zu beeinträchtigen; beihilferechtliche Risiken bestehen nicht. Auch bei den meistern ihrer Tochtergesellschaften bestehen keine beihilferechtlichen Risiken. Einzig bei ihrer Enkelgesellschaft Mundstock Reisen GmbH ist eine zukünftige Risiko-Situation nicht auszuschließen (siehe die Darstellung unter 3.2)

Bilanzierung und Bewertung: Die Vermögensgegenstände der Gesellschaft werden im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses auf Werthaltigkeit geprüft. Unterjährig erfolgen Werthaltigkeitsüberprüfungen, falls Indizien vorliegen, dass die Werthaltigkeit nicht gegeben sein könnte. Nach der im Geschäftsjahr 2019 erfolgten Wertberichtigung auf den Buchwert der Kraftverkehr Mundstock GmbH werden aktuell keine Werthaltigkeitsrisiken gesehen.

Die bestehenden Risiken sind begrenzt und gefährden nicht den Bestand der Gesellschaft.

3.2 Konzernabschluss

Die o. a. Chancen und Risiken bestehen auch auf Konzernebene. Im Bereich der Finanzderivate bestehen bei den im Konzernabschluss vollkonsolidierten Unternehmen insgesamt sieben Zinssicherungsgeschäfte. Sie dienen alle in Verbindung mit dem jeweiligen Grundgeschäft der Absicherung des Zinsaufwandes für die gesamte jeweilige Darlehenslaufzeit. Die meisten Gesellschaften haben zudem bereits Tax Compliance Management Systeme installiert bzw. bereiten die Einführung eines solchen Systems vor. Weitere Chancen und Risiken liegen naturgemäß im jeweiligen operativen Geschäft der Gesellschaften. Folgende Aspekte sind dabei besonders hervorzuheben:

Für die Nibelungen-Wohnbau-GmbH ergeben sich Chancen und Risiken aus den Tätigkeiten in den Bereichen Neubau, Grundstücksbeschaffung und Vermietung. Vermietungs- und Vermarktungsprobleme von Objekten nach Fertigstellung sowie die Steigerung von Bau- sowie Grundstücksbeschaffungskosten können allgemein sowie im Hinblick auf die städtebaulich vereinbarte Errichtung einer weiteren Kindertagesstätte zu negativen Ergebnis- und Liquiditätseffekten führen. Weitere Risiken können sich in der aktuellen Situation durch Mietausfälle sowie durch Verzögerungen von Instandhaltungs-, Modernisierungs- oder Baumaßnahmen ergeben. Chancen werden aufgrund von niedrigen Leerständen und diverser Neubaumaßnahmen insbesondere im Vermietungsgeschäft gesehen.

Bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH besteht das Risiko witterungsbedingter Sperrungen der Verkehrswege sowie Behinderungen dieser durch Baumaßnahmen in den kommenden Jahren. Chancen werden insbesondere in der strategisch günstigen Lage im Ost-West-Korridor und in einer zu erwartenden Steigerung im Seegüterumschlag gesehen.

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH sieht ihr Hauptrisiko in der weiteren Entwicklung bzw. Beibehaltung der Auftragnehmerstruktur zur Verkehrs-GmbH sowie in der weiteren Optimierung der aktuellen Unternehmensstruktur. Bezogen auf den Linienverkehr sind als Risiko der Fortgang der Corona-Pandemie, witterungsbedingte Einnahmeausfälle sowie die Entwicklung der Schülerzahlen im Landkreis Peine zu verzeichnen. Bei ihrer Tochtergesellschaft Peiner Verkehrsgesellschaft mbH wird zudem eine reformierte Finanzierung benötigt, um die Verkehrserbringung unter den Rahmenbedingungen des Nahverkehrsplans auch weiterhin dauerhaft und finanziell ausgeglichen erfüllen zu können. Als Chance wird der neue Einnahmeaufteilungsvertrag sowie die reformierte Allgemeine Vorschrift des Regionalverbands Großraum Braunschweig gesehen, die für die Gesellschaft eine nachhaltig verbesserte Finanzierung bedeutet. Unabhängig davon wurde für die gesamte KVM-Gruppe eine Machbarkeitsstudie beauftragt, in der die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung herausgearbeitet werden sollen. In Abhängigkeit der Ergebnisse und dem dann zu entscheidenden Umgang mit den Ergebnissen können sich Auswirkungen in der Gesellschaft selbst sowie im Konzern ergeben.

In Ihrer Tochtergesellschaft Mundstock Reisen GmbH bestehen neben allgemeinen Marktrisiken, die insbesondere mit dem Kundenverhalten korrelieren, vor allem Risiken im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, deren langfristige Folgen für die Gesellschaft derzeit nicht klar absehbar sind. Als Chance wird eine nach der Corona-Krise bereinigte Marktlandschaft zugunsten der Gesellschaft gesehen. Unabhängig davon könnte bei dieser Gesellschaft ein beihilferechtliches Risiko entstehen, wenn auch künftig Verluste erwirtschaftet werden. Die ggf. auch zukünftig entstehenden Verluste würden zunächst über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag von der Muttergesellschaft Kraftverkehr Mundstock GmbH ausgeglichen, deren Verlust wiederum von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft übernommen wird. Dieser Verlustausgleich könnte beihilferechtlich künftig kritisch beurteilt werden.

Bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH werden im Zusammenhang mit dem geplanten Infrastruktur-Großprojekt der Stadtbahnerweiterung Chancen durch eine positive Marktentwicklung, aber auch prozessuale und finanzielle Risiken gesehen. Negative Auswirkungen werden, trotz Rettungsschirmen und entsprechenden Gegenmaßnahmen, im Bereich Fahrgastzahlen und Umsatz durch die Corona-Pandemie erwartet. Das neu abgeschlossene Einnahme-Aufteilungs-Verfahren im Verkehrsverbund wird für die Gesellschaft zu Einnahmeverlusten führen, die in ihrer genauen Höhe noch nicht exakt messbar sind. Chancen bestehen im Bereich der in Zukunft verbesserten Fördermöglichkeiten für Investitionsvorhaben, der Entwicklung eines neuen, modernen Vertriebskonzeptes, neuer, innovativer Ticketarten sowie durch Maßnahmen zur strukturellen und qualitativen Aufwertung des ÖPNV-Angebotes, von denen man eine positive Fahrgastentwicklung erwartet.

Aufgrund der Corona-Pandemie, von der die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung besonders betroffen ist, sieht sich die Gesellschaft aktuell in einer Ausnahmesituation. Zusätzlich steht noch die Sanierung der Betriebsstätte Stadthalle an. Es werden insbesondere in den unabsehbaren Langzeitfolgen der Pandemie, u.a. in einer beschleunigten Digitalisierung von Veranstaltungen, und eingeschränkten Besucherkapazitäten, Risiken gesehen. Wie sich die Kultur- und Veranstaltungsbranche in Post-Corona-Zeiten entwickelt, ist nicht abzusehen.

Das Geschäft der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH wird ebenfalls stark von der Pandemie-Situation sowie den aktuellen Baumaßnahmen für den Neubau des Sportbads Heidberg beeinflusst. Durch eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen sowie Gewährung von Kurzarbeitergeld konnten die negativen Auswirkungen bisher aber kompensiert werden. Chancen und Risiken ergeben sich darüber hinaus vor allem durch die Entwicklung der Besucherzahlen sowie der Nachfrage und dementsprechender Anpassung von Kurs- und anderen Freizeitangeboten.

Bei allen Gesellschaften sind die bestehenden Risiken begrenzt und gefährden aus aktueller Sicht nicht den Bestand.

3.3. Risiko durch die Corona-Pandemie

Die o. a. Risiken im Einzel- und Konzernabschluss werden nach wie vor durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie überlagert. So sind im Jahr 2020 in den Gesellschaften des Konzerns Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zum Teil

erhebliche negative Auswirkungen auf die Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung entstanden. Auch für die Zukunft sind Auswirkungen auf die Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung nicht auszuschließen.

Das operative Geschäft der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH selbst ist aber nicht betroffen. Bei der Nibelungen-Wohnbau-GmbH und deren Tochterunternehmen wird das Geschäft ebenfalls nicht wesentlich beeinträchtigt. Gleiches gilt für die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH.

Bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH und der Peiner Verkehrsgesellschaft hat sich die Leistungserbringung im Jahr 2020 deutlich reduziert; darüber hinaus wurden die angebotenen Fahrleistungen von der Bevölkerung nur noch in geringerem Umfang in Anspruch genommen. Bei der Mundstock Reisen GmbH ruht der Geschäftsbetrieb weitestgehend. In der Magdeburg Nutzfahrzeuge Service GmbH haben sich keine wesentlichen Beeinträchtigungen gezeigt.

Bei der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH finden zurzeit fast keine Veranstaltungen mehr statt. Die Einrichtungen der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH sind zurzeit erneut komplett geschlossen.

Bei allen Gesellschaften wurde und wird vor diesem Hintergrund auch daran gearbeitet, durch geeignete Maßnahmen die negativen Entwicklungen zumindest teilweise zu kompensieren. Darüber hinaus können an einzelnen Stellen Mittel aus Hilfstöpfen zur Kompensation der Ergebnisrückgänge eingesetzt werden.

Im Konzern Stadt Braunschweig wurde durch eine Reihe von Maßnahmen sichergestellt, dass die Gesellschaften jederzeit zahlungsfähig bleiben, dass dort keine Überschuldung eintritt und dass die Existenz grundsätzlich gesichert bleibt. Diese Zielsetzung wird auch davon getragen, dass die in den Gesellschaften wahrzunehmenden Aufgaben der Daseinsvorsorge auch künftig erbracht werden können.

4. Prognosebericht

4.1 Einzelabschluss

Eine wichtige Aufgabe der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH bleibt auch im Jahr 2021 die Wahrnehmung ihrer Rolle als Finanz- und Beteiligungsholding der Stadt Braunschweig. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2021 einen Umsatz von 2,0 Mio. Euro und ein Betriebsergebnis inklusive Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von -0,7 Mio. Euro. Das Zinsergebnis wird bei einem Wert von -0,8 Mio. Euro erwartet.

Für die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG ist eine Gewinnabführung von 5,9 Mio. Euro vorgesehen. Für die Nibelungen-Wohnbau-GmbH ist im Geschäftsjahr 2021 eine Dividendenzahlung an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Höhe von 1,3 Mio. Euro planerisch berücksichtigt. Für die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH ist im Jahr 2021 eine Gewinnabführung von 0,3 Mio. Euro eingeplant. Die Kraftverkehr Mundstock GmbH sieht eine Gewinnabführung von 0,1 Mio. Euro vor. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH erwartet einen Verlust in Höhe von 26,6 Mio. Euro. Weiterhin werden anteilige Verluste für die Stadthalle

Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Höhe von 5,3 Mio. Euro und für die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH in Höhe von 8,7 Mio. Euro geplant.

Bei der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird insofern für das Geschäftsjahr 2021 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von -32,9 Mio. Euro geplant.

Nach Übernahme der Ergebnisse der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wird für das Geschäftsjahr 2021 somit ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 34,4 Mio. Euro entstehen. Ein Verlustausgleich durch die Stadt Braunschweig in identischer Höhe ist vorgesehen und im Haushalt der Stadt Braunschweig berücksichtigt. Somit wird ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag von null geplant.

Die Plandaten haben den Stand vom Oktober 2020 und berücksichtigen insofern die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Erwartung zur weiteren Entwicklung und zu den künftigen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Es besteht insofern nach wie vor ein gewisses Maß an Unsicherheit, wie sich die durch die Corona-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen im Jahresverlauf 2021 auf die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und ihre Tochtergesellschaften darstellen werden.

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH plant für das Jahr 2021 eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 11. Investitionen sind in Höhe von 0,9 Mio. Euro vorgesehen; davon entfallen 151 T Euro auf Sach- und 752 T Euro auf Finanzanlagen.

4.2 Konzernabschluss

Die oben genannten Erwartungen schlagen sich entsprechend auch im Konzern nieder. Für das Geschäftsjahr 2021 werden ein Konzernumsatz von 77,1 Mio. Euro und ein Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 33,6 Mio. Euro erwartet.

Im Konzern werden für das Geschäftsjahr 2021 - ohne Berücksichtigung von zu erhaltenden Zuschüssen - insgesamt Investitionen von 50,5 Mio. Euro geplant.

Bei den Investitionen in Sachanlagen hat die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH einen Betrag von 151 T Euro vorgesehen, der zum großen Teil den Immobilienbereich betrifft. Weiterhin sind Finanzinvestitionen von 0,8 Mio. Euro geplant.

Bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH sind Investitionen in Höhe von 4,4 Mio. Euro geplant, u. a. für die Erweiterung des Containerterminals und die Überdachung einer Umschlagsanlage.

Bei der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Mundstock Reisen GmbH und der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH sollen insgesamt 1,3 Mio. Euro investiert werden, zum großen Teil für neue Fahrzeuge. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH will 41,4 Mio. Euro investieren; ein großer Teil dieses Betrages entfällt auf die Anschaffung neuer Busse, auf den Betriebshof Lindenberg sowie auf Aktivitäten zur Umsetzung des

Stadtbahnausbaukonzeptes. Darüber hinaus sollen zahlreiche Streckensanierungen durchgeführt werden.

Die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung plant Investitionen von 1,3 Mio. Euro, vor allem für die weitere Verbesserung der Veranstaltungstechnik und der Infrastruktur. Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH will 1,2 Mio. Euro investieren, vor allem in die Gebäudetechnik und Infrastruktur sowie für die Sanierung des Heidbergbades.

5. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH hat sich Ziele im Zusammenhang mit der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen gesetzt. Sie trägt dabei den Anforderungen des Gesetzes über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Rechnung und berücksichtigt dabei die in diesem Zusammenhang bestehenden gesellschaftlichen Anforderungen.

Hierzu wurden entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung gefasst. Dabei wurde für den Aufsichtsrat ein Frauenanteil von 30 % als Zielgröße festgelegt; er beträgt aktuell 33 % und erfüllt damit die Zielgröße. Für die Geschäftsführung wurde ein Frauenanteil von 50 % als Zielgröße festgelegt; dieses Ziel ist zu einer Zeit formuliert worden, als die Geschäftsführung von zwei Personen wahrgenommen wurde. Inzwischen wird die Geschäftsführung nur noch von einer Person wahrgenommen; der Frauenanteil beträgt aktuell 0 %.

Weiterhin hat die Geschäftsführung für die Ebene der Teamleitungen einen Frauenanteil von 50 % als Zielgröße festgelegt; der Anteil beträgt aktuell 50 %.

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Braunschweig, den 31. März 2021

Andreas Ruhe

Bilanz der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH zum 31. Dezember 2020

AKTIVA	EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen			
1. Sonstige Ausleihungen		0,00	0,00
		0,00	**0,00**
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafter	375,26		341,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	375,26	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		31.093,88	31.127,58
		31.469,14	**31.469,14**
		31.469,14	**31.469,14**

PASSIVA	EUR	31.12.2020 EUR	EUR	31.12.2019 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		26.000,00		26.000,00
II. Gewinnrücklagen				
1. Andere Gewinnrücklagen		5.325,14		5.325,14
III. Jahresfehlbetrag		0		0
		31.325,14		**31.325,14**
B. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen		**144,00**		**144,00**
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00		0,00	
2. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
		31.469,14		**31.469,14**

Jäke / 31. 3. 2021

Gewinn- und Verlustrechnung
der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	2020 EUR	2019 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00
2. Materialaufwand	0,00	0,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	369,44	384,62
4. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	49,43
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
6. Zinsaufwendungen	0,00	0,00
7. Ergebnis nach Steuern	**-369,44**	**-335,19**
8. Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-369,44**	**-335,19**
9. Erträge aus der Verlustübernahme	-369,44	-335,19
10. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Lücke / 31.3.2021

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16024
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	14.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

II. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.“

Sachverhalt:

Zu I. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG)

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2020 der SBBG Bezug genommen (siehe Drucksache 21-16018).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer obliegt gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der SBBG der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung der Geschäftsführer gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der SBBG der Beratung im Aufsichtsrat.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der SBBG hat sich in einer Videokonferenz am 19. Mai 2021 beraten und mit anschließendem Umlaufbeschluss die Entlastung des Geschäftsführers empfohlen.

Zu II. Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG)

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2020 der BBBG Bezug genommen (siehe Drucksache 21-16018).

Sämtliche Geschäftsanteile der BBBG werden von der SBBG gehalten.

Die Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer obliegt gemäß § 11 Ziffer 2 des Gesellschaftsvertrages der BBBG der Gesellschafterversammlung.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in Gesellschafter- und Hauptversammlungen anderer Unternehmen, an denen die Gesellschaft mit mehr als 25 % beteiligt ist, der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG zur Anweisung an die Geschäftsführung für die Ausübung der Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Die entsprechenden Beschlüsse zur Ausübung der Stimmabgabe in den Gesellschafterversammlungen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH zur Entlastung der Aufsichtsräte und Geschäftsführungen der Gesellschaften wurden bereits vom Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 29. April 2021 gefasst.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-15709
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung von Gesellschaftsverträgen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	26.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen,
- der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
- der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH werden angewiesen,
- der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen,
- der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen,
- der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

II. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen,
- der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen,
- der Braunschweig Zukunft GmbH wird angewiesen,
- der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen,

III. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, ihre Geschäftsführung zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung

- der Braunschweiger Verkehrs-GmbH
- der Kraftverkehr Mundstock GmbH
- der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
- der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
- der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

die Änderung des jeweiligen Gesellschaftsvertrages gemäß des in der Vorlage benannten Wortlauts zu beschließen.“

Sachverhalt:

Die Entscheidung über die Änderung der Gesellschaftsverträge obliegt gemäß § 53 Abs. 1 GmbHG der jeweiligen Gesellschafterversammlung.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) unterliegt die Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen von Unternehmen, an denen die SBBG mit mehr als 25 % beteiligt ist, der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der jeweiligen Gesellschafterversammlung herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Es sind folgende Änderungen der Gesellschaftsverträge vorgesehen:

<u>Beschlussfassung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung</u>

In der Corona-Pandemie sollen aus Infektionsschutzgründen Zusammentreffen von vielen Menschen insbesondere in engen, geschlossenen Räumen möglichst vermieden werden. Vor diesem Hintergrund wurde überwiegend auf die Durchführung von Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften in Präsenz verzichtet. Vielfach wurde auf das Instrument der Videokonferenz zurückgegriffen. Nach den bestehenden gesellschaftsvertraglichen Regelungen ist jedoch eine rechtssichere Beschlussfassung per Videokonferenz überwiegend nicht möglich, sodass die Beschlüsse bisher in einem anschließenden Umlaufverfahren rechtssicher getroffen werden müssen.

Um zukünftig und auch für vergleichbare Krisenlagen rechtssichere Beschlussfassungen der Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen in Videokonferenzen zu ermöglichen, werden folgende einheitliche Regelungen für die städtischen Gesellschaften vorgeschlagen:

a) Aufsichtsrat

„Beschlüsse des Aufsichtsrates werden grundsätzlich in Sitzungen gefasst. Hierzu zählen Präsenzsitzungen und Videokonferenzen. Wenn die Sitzung nicht als Präsenzsitzung stattfindet, ist sicherzustellen, dass die Bild- und Tonübertragung während der gesamten Sitzung erfolgt und die Beratung und Stimmrechtsausübung aller Aufsichtsratsmitglieder über elektronische Kommunikation möglich ist.

Der Vorsitzende kann die Beschlussfassung des Aufsichtsrates an Stelle von Sitzungen durch Einholung schriftlicher Stimmabgabe oder in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Weg (Umlaufverfahren) oder durch fernmündliche Stimmabgabe herbeiführen. Eine Zustimmung der Aufsichtsratsmitglieder zu diesem Verfahren ist nicht erforderlich. Erfolgt seitens der Aufsichtsratsmitglieder innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist keine Rückmeldung zum Beschlussgegenstand, so wird dies mit Ablauf der Frist als Nicht-Teilnahme an der Abstimmung gewertet. Die Geschäftsführung wird alle Aufsichtsratsmitglieder und alle Gesellschafter über die gefassten Beschlüsse zeitnah informieren.“

b) Gesellschafterversammlung

„Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich in Sitzungen gefasst. Hierzu zählen Präsenzsitzungen und Videokonferenzen. Für den Fall, dass ein Beschlussgegenstand beurkundungsbedürftig ist, wird eine Präsenzsitzung durchgeführt. Wenn die Sitzung nicht als Präsenzsitzung stattfindet, ist sicherzustellen, dass die Bild- und Tonübertragung während der gesamten Sitzung erfolgt und die Beratung und Stimmrechtsausübung aller Gesellschafter über elektronische Kommunikation möglich ist.

Anstelle von Sitzungen kann die Beschlussfassung auch durch Einholung der Stimmabgabe in schriftlicher Form oder in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Weg (Umlaufverfahren) herbeigeführt werden. Eine Zustimmung der Gesellschafter zu diesem Verfahren ist nicht erforderlich. Erfolgt die Rückmeldung mindestens eines stimmberechtigten Vertreters innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist, so gilt der Beschluss als gefasst. Die Geschäftsführung wird den Aufsichtsratsvorsitzenden und alle Gesellschafter über die gefassten Beschlüsse zeitnah informieren."

Damit wird klargestellt, dass auch Videokonferenzen als Sitzungen anerkannt werden, sofern die Bild- und Tonübertragung während der gesamten Sitzung erfolgt. Damit ist das Medium dazu geeignet, intensiv miteinander zu kommunizieren und Meinungen zu den Tagesordnungspunkten qualifiziert auszutauschen. Im Unterschied zu Telefonkonferenzen besteht hierbei nicht nur eine Beschränkung auf den Wortbeitrag, sondern auch die Möglichkeit Mimik und Körpersprache der anderen Mitglieder zu beobachten. Videokonferenzen ermöglichen überdies auch die einfache Visualisierung von Gedankenbeiträgen und die Präsentation von Unterlagen. Aus diesem Grund sind Telefonkonferenzen sowie Mischformen aus Präsenz-, Video- und Telefonkonferenzen nicht vorgesehen.

Neben Präsenzsitzungen und Videokonferenzen sind weiterhin Beschlussfassungen in schriftlicher oder elektronischer Form sowie für den Aufsichtsrat auch durch fernmündliche Stimmabgabe zulässig.

Die weiteren Regelungen dienen insbesondere der Klarstellung zur Bewertung der Beschlussfassungen, sofern Rückmeldungen der Mitglieder nicht oder nicht zeitnah eingehen.

<u>Einladung zu Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen</u>

In den Gesellschaftsverträgen, die bislang keine Einladungen zu Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen mittels Telekommunikationseinrichtungen vorsehen, soll in der jeweils einschlägigen Bestimmung eine entsprechende Anpassung erfolgen.

<u>Angleichung von Ladungsfristen für die Gesellschafterversammlung</u>

Innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig existieren insbesondere hinsichtlich der Gesellschafterversammlungen unterschiedliche Ladungsfristen von 10 Tagen bis zu 4 Wochen. Es ist in den jeweils einschlägigen Regelungen eine Vereinheitlichung der Ladungsfristen auf 14 Tage vorgesehen.

<u>Beschlussfassung mehrerer städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung</u>

Sofern mehrere städtische Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt werden und eine entsprechende Regelung bislang nicht existiert, soll zur Klarstellung folgende Regelung in die Gesellschaftsverträge aufgenommen werden:

„Sie üben die Stimmrechte gemäß den ihnen gegebenen Weisungen gemeinsam und einheitlich aus. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn mindestens ein Vertreter jedes Gesellschafters mit Stimmrecht anwesend ist.“

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16280
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH
Finanzielle und organisatorische Neuaufstellung der Gesellschaft

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

„1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH der neuen Version des Gesellschaftsvertrags gemäß anliegendem Entwurf vom 25. Juni 2021 zuzustimmen.

2. Der Finanzierungsvereinbarung mit Stand des Entwurfs vom 25. Juni 2021, beinhaltend die wesentlichen Punkte:

- Vereinbarung einer Laufzeit ab 1. Januar 2022 in fünfjährigen Zyklen mit Kündigunsfristen von jeweils einem Jahr vor Ablauf eines Zyklus, somit erstmals zum 31. Dezember 2026, sowie

- Zahlung eines jährlichen Gesamt-Gesellschafterbeitrags von insgesamt 210.000 €, bestehend aus einem Gesellschafterbeitrag von 160.000,- € und einem Sonderbeitrag als namensgebende Stadt von 50.000,- €

wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Finanzierungsvereinbarung mit Stand des Entwurfs vom 25. Juni 2021 zu unterzeichnen.“

Sachverhalt:

Auf Wunsch des Aufsichtsrats der Metropolregion Hannover Braunschweig Wolfsburg Göttingen GmbH (MR GmbH), dessen Vorsitz Herr Oberbürgermeister Markurth innehat, hat sich vor sechs Monaten ein Arbeitskreis (Gesellschafterausschuss) konstituiert, der die Weiterentwicklung und in Teilen die Neupositionierung der Gesellschaft erarbeitet und abgestimmt hat.

Neben Entsandten aus den Büros der Oberbürgermeister der vier namensgebenden Städte haben auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem „Verein Kommunen“, dem „Verein Wissenschaft“, dem „Verein Wirtschaft“ in der Metropolregion sowie aus dem Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie dem Niedersächsischen Finanzministerium an den Sitzungen des Gesellschafterausschusses teilgenommen.

In mehreren Sitzungen und Workshops sowie stets in enger Abstimmung mit den Beteiligungsreferaten des Landes Niedersachsen und der Städte aus dem Gesellschafterkreis ist der Entwurf für einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ entstanden. Ebenfalls Ergebnis der Arbeitssitzungen sind eine „Finanzierungsvereinbarung“ sowie eine „Compliance-Richtlinie“.

Die Metropolregion GmbH bittet ihre Gesellschafter um Zustimmung zu den erzielten Ergebnissen und Vereinbarungen, durch die die Metropolregion GmbH neue Gestaltungskraft und Wirkung im metropolitanen Verbund erhalten wird. Gerade in den Handlungsfeldern „Mobilität“, „Gesundheitswirtschaft“ sowie dem „internationalen Standort-Marketing“ könnten dadurch in Zukunft bessere Ergebnisse für den gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum der Metropolregion erzielt werden.
Die von der Gesellschaft vorgelegte Zeitplanung sieht vor, dass nach Befassung der zuständigen Gremien der einzelnen Gesellschafter in den Monaten Juni und Juli 2021 im Anschluss die Gesellschafterversammlung der Metropolregion GmbH die notwendigen Beschlüsse fassen kann.

Die Namensgebung der Gesellschaft wird zwischen den Gesellschaftern aktuell noch abschließend verhandelt. Um den neuen Gesellschaftsvertrag, wie beabsichtigt, im 3. Quartal 2021 verabschieden zu können, sollen die Beschlüsse seitens der Gesellschafter bereits jetzt gefasst werden.

Die Gesellschaft führt hierzu aus:

„Im Zuge der Verhandlungen zur Namensgebung ist von den politischen Verhandlungsführern angestrebt, dass die Höhe der zugesagten Gesellschafterbeiträge (inklusive von Sonderbeiträgen) erhalten bleiben kann.

Sollte eine überarbeitete Namensgebung der Gesellschaft erfolgen, ändert sich der Name der Gesellschaft bei allen weiteren Nennungen im Vertragswerk (Gesellschaftervertrag, Finanzierungsvereinbarung und Compliance-Richtlinie) entsprechend.“

<u>Zu Beschlusspunkt 1:</u>

Die wesentlichen inhaltlichen Aspekte, zu denen eine konsensuale Weiterentwicklung und Formulierung in einem Entwurf für einen neuen Gesellschaftervertrag vereinbart werden konnte, betreffen:

- Neue Rollen und Aufgabenbeschreibungen der MR GmbH zur Stärkung der GmbH als zentrale und richtungsweisende Einheit für die metropolregionale Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaftern
- Unterzeichnung einer Finanzierungsvereinbarung für mindestens 5 Jahre
- Verschlankung der Gesellschafterversammlung
- Abschaffung des Parlamentarischen Beirats
- Verständigung auf eine/n direktangestellte/n Geschäftsführer/in in der MR GmbH
- Öffnung der Stellvertretung im Aufsichtsrat
- Einrichtung eines Gesellschafterausschusses als neues Gremium zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zur strategischen Ausrichtung und operativen Umsetzung des Arbeitsprogramms

Zu Beschlusspunkt 2:

Die ursprünglich vom Rat der Stadt Braunschweig im Jahr 2009 - im Zuge der Gründung der MR GmbH - ratifizierte Kooperationsvereinbarung zur Finanzierung der Gesellschaft wurde aufgrund von diversen zu klärenden Sachverhalten nicht unterzeichnet.

Da die Finanzierung der Gesellschaft dringend sicherzustellen ist, soll dies in Form der jetzt vorgelegten Finanzierungsvereinbarung (Entwurfsstand 25. Juni 2021) erfolgen.

Die Stadt Braunschweig erhöht hierbei ihren jährlichen Gesellschafterbeitrag von zurzeit 50.000,- € auf 210.000,- € ab 1. Januar 2022 für mindestens 5 Jahre.

Die jährliche Mehrbelastung des städtischen Haushalts von 160.0000,- ab dem Jahr 2022 ist bislang in der Mittelfristplanung nicht verankert.

Diese Mittel sind im Rahmen der Mittelanmeldungen zum städtischen Haushalt 2022 zusätzlich bereitzustellen.

Auf Vorschlag der Gesellschafterin Landeshauptstadt Hannover sollen künftig für die Gesellschaft zusätzlich Compliance-Regeln Anwendung finden. Diese sind ergänzend dieser Vorlage (Fassung vom 14. Juni 2021) ebenfalls beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

1. Gesellschaftsvertrag
2. Finanzierungsvereinbarung
3. Compliance Richtlinie

Gesellschaftsvertrag der Metropolregion

Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH*

FINALER ENTWURF

Stand 25.06.21

* Die Namensgebung der Gesellschaft wird zwischen den Gesellschaftern aktuell noch abschließend und konsensual abgestimmt. Sollte eine überarbeitete Namensgebung der Gesellschaft erfolgen, ändert sich der Name Gesellschaft bei allen weiteren Nennungen im Vertragswerk entsprechend.

Inhalt

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft 3
§ 2 Gegenstand des Unternehmens 3
§ 3 Stammkapital, Stammeinlagen 3
§ 4 Finanzierung der Gesellschaft 4
§ 5 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr 4
§ 6 Organe der Gesellschaft 4
§ 7 Gesellschafterversammlung 5
§ 8 Aufgaben der Gesellschafterversammlung 6
§ 9 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft 7
§ 10 Aufsichtsrat 8
§ 11 Aufgaben des Aufsichtsrats 10
§ 12 Gesellschafterausschuss 12
§ 13 Wirtschaftsplan, Ergebnis –und Finanzplanung 13
§ 14 Jahresabschluss, Ergebnisverwendung, Lagebericht 13
§ 15 Prüfungsrechte 14
§ 16 Verfügung über Geschäftsanteile 14
§ 17 Einziehung von Geschäftsanteilen, Ausschluss von Gesellschaftern 14
§ 18 Kündigung der Gesellschaft 15
§ 19 Auflösung der Gesellschaft 15
§ 20 Abfindung 16
§ 21 Veröffentlichung 16
§ 22 Salvatorische Klausel 16
§ 23 Schriftform 16
§ 24 Gerichtsstand 16
§ 25 Richtlinien zur Compliance 16

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft

(1) Die Firma der Gesellschaft lautet: Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH.

(2) Sitz der Gesellschaft ist Hannover.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Entwicklung der Metropolregion und ihrer Teilräume zu einer metropolregionalen Einheit von europäischer Bedeutung. Die Etablierung der Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.

(2) Die Aktivitäten der Gesellschaft sollen eine Aufwertung sowohl für die Metropolregion als Ganzes als auch für die einzelnen Teilräume erzeugen und die Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität stützen.

(3) Die Arbeit der Gesellschaft soll die Einbindung des Gebietes der Metropolregion in nationale und europäische Entwicklungsstrategien erleichtern.

(4) Die Gesellschaft ist die zentrale, richtungsweisende Einheit zur Koordinierung und Steuerung der metropolregionalen Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaftern und ihren Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Land Niedersachsen. Aufgaben der Gesellschaft sind die Initiierung, Entwicklung und Steuerung sowie Durchführung von Kooperationsprojekten, die Akquise von Fördermitteln, die Entwicklung und Etablierung belastbarer Netzwerke sowie die gesamte Kommunikation. Die Gesellschaft arbeitet mit allen relevanten Partnern zusammen. Die Gesellschaft kann eigene Förderprojekte entwickeln, beantragen und umsetzen, die dem Gegenstand der Metropolregion GmbH, ihren Gesellschaftern sowie der Kooperation zwischen ihnen dienlich sind.

§ 3 Stammkapital, Stammeinlagen

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € (in Worten: EURO Fünfundzwanzigtausend). Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

(2) Gesellschafter mit folgenden Geschäftsanteilen sind:

a) Verein Kommunen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V. mit einem Geschäftsanteil von 5.900,00 € und einem Geschäftsanteil von 500,00 €;

b) die Landeshauptstadt Hannover mit einem Geschäftsanteil von 1.300,00 €;

c) die Stadt Braunschweig mit einem Geschäftsanteil von 1.300 €;

d) die Stadt Wolfsburg mit einem Geschäftsanteil von 1.300 €;

e) die Stadt Göttingen mit einem Geschäftsanteil von 1.300 €;

f) Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V. mit einem Geschäftsanteil von 5.750,00 €;

g) Verein Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V. mit einem Geschäftsanteil von 5.750 €;

h) das Land Niedersachsen mit einem Geschäftsanteil von 1.900 €

§ 4 Finanzierung der Gesellschaft

(1) Die Gesellschafter leisten einen jährlichen Beitrag gemäß Finanzierungsvereinbarung. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Geschäftsführung, Förder- und Drittmittel zur Erreichung des Gesellschaftszweckes zu akquirieren.

(2) Kündigt ein Gesellschafter gem. § 18 dieses Vertrages sind die gegebenenfalls seinen Gesellschaftsanteil erwerbenden Gesellschafter dazu verpflichtet, seinen jährlichen Gesellschaftsbeitrag zu leisten.

(3) Überträgt ein kündigender Gesellschafter gem. § 18 dieses Vertrags seinen Gesellschaftsanteil an einen Dritten, so ist dieser zur Leistung des bisherigen Gesellschafterbeitrags an die Gesellschaft verpflichtet.

(4) Ein kündigender Gesellschafter hat weder im Fall einer ordentlichen noch im Fall einer außerordentlichen Kündigung das Recht, seinen Gesellschafterbeitrag zurückzufordern.

§ 5 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

(1) Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

1. Gesellschafterversammlung,
2. Geschäftsführer-/in nachfolgend Geschäftsführung genannt,
3. Aufsichtsrat,
4. Gesellschafterausschuss.

§ 7 Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafterversammlung beschließt in den nach dem Gesetz und den in diesem Gesellschaftsvertrag ihr zugewiesenen Angelegenheiten, soweit nicht nach diesem Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs begründet ist.

(2) Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach § 47 Abs. 1, 3 und 4 GmbHG.

(3) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet mindestens einmal jährlich spätestens bis zum Ende des 8. Monats nach Abschluss des Geschäftsjahres statt. Gesellschafterversammlungen sind von der Geschäftsführung nach Maßgabe des § 49 Abs. 2 GmbHG außer in den ausdrücklich bestimmten Fällen zu berufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen können auch durch den/die Aufsichtsratsvorsitzende/n oder einen Gesellschafter und mit einer Frist von mindestens einer Woche unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen werden, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint.

Die Gesellschafterversammlung findet in der Regel am Sitz der Gesellschaft statt.

Die Kosten der Gesellschafterversammlungen trägt die Gesellschaft.

(4) Gesellschafterversammlungen werden mit einer Frist von mindestens drei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung sowie der Beschlussvorschläge nebst Erläuterungen durch Brief oder elektronisch in Textform nach § 126b BGB von der Geschäftsführung einberufen. Mitteilungen über Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung müssen mindestens eine Woche vor der Versammlung bei den Gesellschaftern eingegangen sein.

(5) Die Gesellschafter haben in der Gesellschafterversammlung jeweils eine Stimme, welche grundsätzlich durch von den jeweiligen Gesellschaftern benannte Vertreter/innen oder Stellvertreter/innen abgegeben wird:

a) der Verein Kommunen,

b) die Stadt Hannover,

c) die Stadt Braunschweig,

d) die Stadt Göttingen,

e) die Stadt Wolfsburg,

f) der Verein Wirtschaft,

g) der Verein Wissenschaft,

h) das Land Niedersachsen.

(6) Die Leitung der Gesellschafterversammlung obliegt dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Er/Sie kann durch ein Mitglied der Gesellschafterversammlung vertreten werden.

(7) Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung ohne Stimmrecht teil.

(8) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschaftervertreter/innen in der Sitzung physisch, telefonisch oder mittels

Videokonferenz vertreten sind bzw. sich in dieser vertreten lassen. Kommt eine beschlussfähige Versammlung nicht zustande, so ist eine neue Gesellschafterversammlung bei Wahrung einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche mit derselben Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe der Anzahl der Gesellschaftervertreter/innen beschlussfähig ist. Hierauf ist in den Einladungen hinzuweisen.

(9) Gesellschafterbeschlüsse werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Dazu zählen Präsenzsitzungen, Telefon- oder Videokonferenzen sowie Mischformen daraus. Für den Fall, dass ein Beschlussgegenstand beurkundungsbedürftig ist, wird eine Präsenzsitzung durchgeführt. Wenn die Sitzung nicht als Präsenzsitzung stattfindet, ist sicherzustellen, dass die Bild- und / oder Tonübertragung während der gesamten Sitzung erfolgt und die Stimmrechtsausübung aller Gesellschafter über elektronische Kommunikation möglich ist.

(10) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, sofern nicht das Gesetz oder dieser Vertrag etwas Abweichendes vorschreiben, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenenthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 8 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

(1) Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen folgende Geschäfte:

a) Änderung des Gesellschaftsvertrages;

b) Veräußerungen des Gesellschaftsvermögens als Ganzes oder zu einem wesentlichen Teil;

c) Eingehung stiller Gesellschaften und sonstiger Verträge, die Dritten ein Recht auf Beteiligung am Vermögen oder Gewinn oder den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft gewähren;

d) Auflösung der Gesellschaft;

e) Jede Maßnahme, die die rechtliche Struktur der Gesellschaft ändert, einschließlich der Umwandlungen im Sinne von § 1 UmwG (Umwandlungsgesetz);

f) Wahl der Abschlussprüferin bzw. des Abschlussprüfers;

g) Feststellung des Jahresabschlusses, Genehmigung des Lageberichts und Entscheidung über die Verwendung eines etwaigen Jahresüberschusses oder Bilanzgewinns;

h) Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder;

i) Erwerb und Veräußerung von Anteilen oder Mitgliedschaften an Unternehmen oder Verbände;

j) Zustimmung zur Verfügung über Geschäftsanteile oder Teile davon mit Ausnahme von Verfügungen an Mitgesellschafter;

k) Aufnahme anderer als der in § 3 Abs. 2 genannten Gesellschafter nach vorheriger Beratung mit dem Aufsichtsrat;

l) Abschluss von Unternehmensverträgen im Sinne der § 291 ff. AktG;

m) Gründung neuer Unternehmen;

n) alle sonstigen Angelegenheiten, die der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorlegt.

(2) Gesellschafterbeschlüsse können nach Maßgabe des § 48 Abs. 2 GmbHG auch schriftlich oder in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Wege ohne Sitzung gefasst werden, wobei die/der Aufsichtsratsvorsitzende über die Beschlüsse von der Geschäftsführung unverzüglich zu informieren ist. Die Information hat unverzüglich in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Wege zu erfolgen. Das Ergebnis der Beschlussfassung ist den Gesellschaftern unverzüglich in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Wege mitzuteilen.

(3) Klagen gegen Beschlüsse von Gesellschafterversammlungen können nur innerhalb einer Frist von 1 Monat nach Zugang der Niederschrift beim Landgericht Hannover erhoben werden.

(4) Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung haben keinen Anspruch auf Vergütung oder Erstattung ihrer Auslagen.

(5) Über Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist, soweit nicht gerichtliche oder notarielle Beurkundung erfolgen muss, innerhalb von vier Wochen eine Niederschrift anzufertigen. Die Kopien der Niederschriften sind in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Wege an die Gesellschafter zu versenden.

(6) Einsprüche oder Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift müssen innerhalb eines Monats nach Empfang der Niederschrift bei der Gesellschaft geltend gemacht werden. Über die Einsprüche und Einwendungen entscheidet die nächste Gesellschafterversammlung.

§ 9 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft wird durch eine/n Geschäftsführer/in vertreten. Die Geschäftsführer/in wird vom Aufsichtsrat berufen oder abberufen.

(2) Bei Verhinderung der Geschäftsführung wird die Gesellschaft durch eine durch Prokura ermächtigte Person vertreten.

(3) Prokura kann als Einzelprokura erteilt werden. Es ist ein Vieraugenprinzip innerhalb der Gesellschaft sicherzustellen.

(4) Der/die Geschäftsführer/in ist verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag sowie den Beschlüssen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung zu führen. Der Aufsichtsrat gibt der Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, in welcher insbesondere Rechtsgeschäfte und Maßnahmen der Geschäftsführung aufgeführt sind, die der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen und wonach bestimmte Informationen zu erteilen sind.

(5) Die Anstellung erfolgt im Fall der Erstbestellung in der Regel auf drei Jahre. Wiederholte Anstellungen mit einer Dauer von jeweils fünf Jahren sind zulässig.

(6) Der Geschäftsführung gegenüber vertritt die/der Vorsitzende des Aufsichtsrats die Gesellschaft und im Fall ihrer/seiner Verhinderung die Vertreterin bzw. der Vertreter.

(7) Eine Geschäftsführerin bzw. ein Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss allgemein oder für den Einzelfall ganz oder teilweise von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.

(8) Vorstehende Regelungen nach § 9 gelten im Fall der Liquidation auch für die Liquidatoren.

(9) Die Geschäftsführung berichtet dem Aufsichtsrat entsprechend § 90 AktG, falls in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung nichts anderes festgelegt ist regelmäßig und mindestens zu den Sitzungen des Aufsichtsrats schriftlich über den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz, die Lage der Gesellschaft und künftige Erwartungen. Bei wichtigem Anlass hat die Geschäftsführung die/den Aufsichtsratsvorsitzende/n, im Falle ihrer/seiner Verhinderung die Stellvertretung unverzüglich schriftlich oder mündlich zu unterrichten. Die Berichte sind zeitgleich den Gesellschaftern in Textform nach § 126b BGB auf elektronischem Wege zu übermitteln.

(10) Der/die Geschäftsführer/in kann vom Aufsichtsrat mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder

- jederzeit abberufen werden,
- vorläufig aus wichtigem Grund seines/ihres Amtes enthoben werden.

Die Fortführung der Geschäfte hat der Aufsichtsrat sicherzustellen und die Gesellschafterversammlung unverzüglich zu informieren.

§ 10 Aufsichtsrat

(1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 18 Mitgliedern besteht.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern entsprechend dem folgenden Verhältnis entsandt:

a) der Verein Kommunen: 4 Vertreter/innen,

b) die Stadt Hannover: 1 Vertreter/in,

c) die Stadt Braunschweig: 1 Vertreter/in,

d) die Stadt Göttingen: 1 Vertreter/in,

e) die Stadt Wolfsburg: 1 Vertreter/in,

f) der Verein Wirtschaft: 4 Vertreter/innen,

g) der Verein Wissenschaft: 4 Vertreter/innen,

h) das Land Niedersachsen: 1 Vertreter/in.

Ein/e Vertreter/in im Aufsichtsrat wird vorgesehen für die in dem Raum der Metropolregion agierenden Industrie- und Handelskammern (Hannover, Braunschweig, Lüneburg-Wolfsburg). Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung für einen Zeitraum von drei Jahren, wobei § 10 Abs. 4 dieses Vertrages hiervon unberührt

bleibt. Dem Wahlvorschlag geht ein gemeinsamer Vorschlag der Präsidenten/innen dieser Industrie- und Handelskammern gegenüber der Geschäftsführung der Gesellschaft voraus.

(3) Die Gesellschafterstädte entsenden jeweils ihre/n Oberbürgermeister/in. Jeder Gesellschafter kann den/die von ihm entsandte/n Vertreter/in ohne Angabe von Gründen jederzeit abberufen und durch eine andere Person ersetzen.

(4) Die Amtszeit eines Aufsichtsratsmitglieds beginnt mit seiner Entsendung und endet mit dem Widerruf der Entsendung. Die Aufsichtsratsmitgliedschaft eines von einem öffentlichen Rechtsträger oder vom Verein Kommunen entsandten Aufsichtsratsmitglieds endet auch mit dem Verlust dessen/deren öffentlichen Amtes (z.B. Mandatsverlust, Beendigung des Dienstverhältnisses, Eintritt in den Ruhestand etc.) oder - im Fall der Kopplung seiner Amtszeit an die Kommunalwahlperiode - mit Ablauf der jeweiligen Kommunalwahlperiode in Niedersachsen, nicht jedoch vor Entsendung eines ihn/sie ersetzenden Aufsichtsratsmitglieds.

Scheidet ein entsandtes Mitglied des Aufsichtsrates vorzeitig aus, so entsendet der jeweilige Entsendungsberechtigte eine/n Nachfolger/in für den Rest der Amtszeit der/des Ausgeschiedenen. Das gleiche gilt, wenn ein gewähltes Aufsichtsratsmitglied das ihm angetragene Mandat ablehnt.

(5) Der Vorsitz des Aufsichtsrates wird jeweils für 2 Jahre im Wechsel durch den Oberbürgermeister/ die Oberbürgermeisterin der Stadt Hannover und durch den Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin der Stadt Braunschweig wahrgenommen. Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreis der Mitglieder für den gleichen Zeitraum eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

(6) Es finden jährlich mindestens zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

(7) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind oder per Videoübertragung oder Telefon teilnehmen, darunter die/der Aufsichtsratsvorsitzende oder die Stellvertretung.

(8) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Dazu zählen Präsenzsitzungen sowie Telefon- oder Videokonferenzen bzw. Mischformen daraus.

(9) Ein Mitglied des Aufsichtsrats soll an der Beratung und Beschlussfassung eines Tagesordnungspunktes nicht teilnehmen, wenn anzunehmen ist, dass dieses Mitglied durch einen zu fassenden Beschluss des Aufsichtsrats einen persönlichen Vorteil erlangen könnte.

(10) Jeweils ein/e Mitarbeiter/in des Beteiligungsmanagements der Gesellschafter/innen kann als sachverständiger Gast an den Aufsichtsratssitzungen teilnehmen. Ein/e weitere/r Vertreter/in der Verwaltung der Gesellschafter/innen kann an den Sitzungen des Aufsichtsrates zu Informationszwecken widerruflich teilnehmen.

(11) Der Aufsichtsrat beschließt in den ihm nach diesem Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben.

§ 11 Aufgaben des Aufsichtsrats

(1) Rechte und Pflichten ergeben sich aus den gesetzlichen Vorschriften und diesem Gesellschaftsvertrag. Die Bestimmungen des Aktiengesetzes über den Aufsichtsrat finden in dem in § 52 GmbHG geregelten Umfang entsprechende Anwendung, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag keine anderen Regelungen getroffen sind.

(2) Die Aufgaben des Aufsichtsrats sind:

a) die Bestellung des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin und dessen/deren Abberufung;

b) der Abschluss, die Änderung und Beendigung von Dienstverträgen (einschl. Versorgungszusagen) mit dem Geschäftsführer/ der Geschäftsführerin;

c) Erlass und Änderung einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung;

d) die Erteilung und den Widerruf von Prokuren;

e) Entscheidung über die Grundsätze der Geschäftspolitik und der Unternehmensstrategie (Ziele, Planung);

f) Empfehlungen über Art und Umfang der Finanzierungshilfen aus dem Förderfonds des Landes zur Stärkung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg;

g) die Genehmigung des Wirtschaftsplans und der fünfjährigen Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 13 dieses Vertrages;

h) die Abgabe einer Beschlussempfehlung zum von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht an die Gesellschafterversammlung;

i) die Abgabe einer Beschlussempfehlung zur Wahl des Abschlussprüfers/der Abschlussprüferin an die Gesellschafterversammlung;

j) die Führung von Rechtsstreitigkeiten gegen den/die Geschäftsführer/in und Prokuristen/Prokuristin der Gesellschaft,

k) Entlastung der Mitglieder der Geschäftsführung

(3) Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen:

a) Soweit vom genehmigten Wirtschaftsplan gemäß § 13 Abs. 1 dieses Vertrages abgewichen wird oder eine Maßnahme nicht ausdrücklich im Wirtschaftsplan beschrieben ist;

b) der Erwerb und die Gründung neuer Unternehmen, der Abschluss, die Aufhebung und wesentliche Änderung von Unternehmensverträgen, die Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Gesellschaftsvertrages oder die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsgebiete, die strategische Unternehmensplanung sowie sämtliche Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft.

c) der Abschluss und die wesentliche Änderung sowie Beendigung von Verträgen über Leistungen und Lieferungen, die erkennbar und wesentlich über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen.

d) der Abschluss von Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr sowie der Abschluss oder die Beendigung von sonstigen wichtigen Verträgen, die erkennbar und wesentlich über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen.

e) der Erwerb, die Belastung oder die Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten und jegliche auf derartige Maßnahmen gerichtete Verpflichtungsgeschäfte, sofern eine vom Aufsichtsrat bzw. in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgesetzte Grenze überschritten wird.

f) der Abschluss von Verträgen mit den Gesellschaftern oder mit den Gesellschaftern verbundenen Körperschaften und wesentliche Geschäfte der Gesellschaft mit Mitgliedern der Geschäftsführung sowie diesen persönlich nahe stehenden Personen, Unternehmen oder Vereinigungen, soweit die Gesellschaft in diesen Fällen nicht ohnehin durch den Aufsichtsrat vertreten wird;

g) Übernahme von Pensionsverpflichtungen und Versorgungszusagen sowie die Abfindungen bei Dienstbeendigung, sofern diese drei Bruttomonatsgehälter übersteigen, und der Abschluss, die Änderung und Beendigung von Dienstverträgen (einschl. Versorgungszusagen) mit Geschäftsführern/innen,

h) Maßnahmen der Tarifbindung oder Tarifgestaltung sowie allgemeine Vergütungs- und Sozialregelungen, insbesondere Bildung von Unterstützungsfonds für regelmäßig wiederkehrende Leistungen, auch in Form von Versicherungsabschlüssen, außerordentliche Zuwendungen jeder Art an die Belegschaft, Gratifikationen, außerdem die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütungen, von Trennungsgeld und für die Benutzung von Kraftfahrzeugen

i) die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen sowie der Erlass von Forderungen, sofern der durch Vergleich gewährte Nachlass oder der Nennwert erlassener Forderungen einen vom Aufsichtsrat bzw. in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Betrag übersteigt;

j) alle sonstigen Rechtsgeschäfte, die erkennbar und wesentlich über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen oder bei denen sich der Aufsichtsrat im Einzelfall die Zustimmung ausdrücklich vorbehalten hat.

(4) Die Zustimmung des Aufsichtsrates ist entbehrlich, wenn eine gemäß § 11 Abs. 2 c) dieses Vertrages erlassene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung Wertgrenzen/ Zeitdauer festlegt und diese nicht überschritten werden.

(5) Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben keinen Anspruch auf Vergütung oder Erstattung ihrer Auslagen.

(6) Klagen gegen Beschlüsse des Aufsichtsrates können nur innerhalb einer Frist von 1 Monat nach Zugang der Niederschrift beim Landgericht Hannover erhoben werden.

(7) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 12 Gesellschafterausschuss

(1) Der Gesellschafterausschuss berät die/den Geschäftsführer/in und den Aufsichtsrat zur strategischen Ausrichtung und operativen Umsetzung, insbesondere im Hinblick auf

a) die Erarbeitung und Fortschreibung des Arbeitsprogrammes für die Metropolregion GmbH,

b) die Aufstellung des Wirtschaftsplans und die fünfjährige Finanzplanung,

c) die Einsetzung, Auflösung oder Veränderung von Facharbeitsgruppen.

Der Gesellschafterausschuss nimmt in Bezug auf die Gewährung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Stärkung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg“ des Landes nach förderrechtlicher Prüfung durch die Bewilligungsstelle eine Bewertung der Förderanträge vor und spricht eine Empfehlung an den Aufsichtsrat aus.

(2) Dem Gesellschafterausschuss gehören stimmberechtigt an:

a) je ein/e Vertreter/in der Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg,

b) je zwei Vertreter/innen der Vereine „Wirtschaft in der Metropolregion e. V.“, „Kommunen in der Metropolregion e. V.“, „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion e. V.“ welche je Verein ein gemeinsames Stimmrecht ausüben,

c) ein/e Vertreter/in des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Die Gesellschafter teilen ihre Vertreter/in (und ggf. eine/n Abwesenheitsvertreter/in) der Gesellschaft schriftlich mit.

(3) Der Vorsitz des Gesellschafterausschusses korrespondiert mit der jeweiligen Institution des/r Vorsitzenden im Aufsichtsrat.

(4) Der/die Geschäftsführer/in der Metropolregion GmbH sowie ein Vertreter/eine Vertreterin der Bewilligungsstelle (Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (Arl LW)) nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Vertreter/innen weiterer Ministerien oder Städte nehmen, sofern ihre fachlichen Belange betroffen sind, als Gäste teil.

Weiterhin gibt es ein Teilnahmerecht von Vertreter/innen der Beteiligungsmanagements der Gesellschafterstädte.

Über die Teilnahme weiterer Gäste und Sachverständige entscheidet der Gesellschafterausschuss durch Beschluss.

(5) Der Gesellschafterausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Der Gesellschafterausschuss tritt in der Regel dreimal jährlich zu Sitzungen zusammen.

(7) Beschlüsse des Gesellschafterausschusses kommen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder zustande, sofern nicht durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag etwas Anderes bestimmt ist.

(8) Die Mitglieder des Gesellschafterausschusses haben keinen Anspruch auf Vergütung oder Erstattung ihrer Auslagen.

§ 13 Wirtschaftsplan, Ergebnis –und Finanzplanung

(1) Die Geschäftsführung stellt für jedes Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan (Erfolgs-, Investitions- und Finanzplan) auf. Dem Wirtschaftsplan ist ein Personalplan beizufügen.

(2) Der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr ist spätestens am 31. Oktober eines jeden Jahres dem Aufsichtsrat vorzulegen, § 11 Abs. 2 g). Eventuelle Nachträge sind zur Beratung, Beschlussempfehlung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat rechtzeitig vorzulegen.

(3) Neben dem Wirtschaftsplan ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu erstellen und dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorzulegen, § 11 Abs. 2 g). Sie ist Grundlage der Wirtschaftsplanung.

§ 14 Jahresabschluss, Ergebnisverwendung, Lagebericht

(1) Die Geschäftsführung hat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) sowie den Lagebericht aufzustellen (§ 264 HGB) und unverzüglich dem/der gewählten Abschlussprüfer/in zur Prüfung vorzulegen. Der geprüfte Jahresabschluss ist spätestens bis zum Ende des achten Monatsnach Abschluss des Geschäftsjahres durch die Gesellschafterversammlung festzustellen und der Lagebericht zu genehmigen; die Empfehlungen des Aufsichtsrats sind einzubeziehen. Eine Abschrift des geprüften Jahresabschlusses ist von der Geschäftsführung zusammen mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung der Gesellschafterversammlung zu übersenden.

(2) Über die Verwendung des Jahresergebnisses entscheidet die Gesellschafterversammlung durch Beschluss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

(3) Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen (§§ 108, 136 Abs. 1 NKomVG).

(4) Die Gesellschafter sind berechtigt, sich jederzeit entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Geschäftsführung über die Gesellschaft zu unterrichten. Satz 1 gilt auch für Unterbeteiligungen, an denen die Gesellschaft mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist.

(5) Im Jahresabschluss werden die Gesamtvergütungen jedes Mitglieds der Geschäftsführung vorbehaltlich ihrer Zustimmung individualisiert und aufgegliedert nach den einzelnen Bestandteilen ausgewiesen.

§ 15 Prüfungsrechte

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind unabhängig von der Größe der Gesellschaft die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB für große Kapitalgesellschaften anzuwenden.

Im Rahmen der Abschlussprüfung ist auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 Abs. 1 Nr. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG)) zu prüfen und der Bericht gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG zu ergänzen.

Den kommunalen Gesellschaftern müssen zur Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses nach § 128 Abs. 4 und Abs. 6 NKomVG und § 129 NKomVG alle erforderlichen Unterlagen und Belege des Unternehmens so rechtzeitig vorgelegt werden, dass der konsolidierte Gesamtabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufgestellt werden kann.

Der Niedersächsische Landesrechnungshof hat die Befugnisse des § 54 HGrG.

Den für die kommunalen Gesellschafter zuständigen Rechnungsprüfungsämtern werden die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

§ 16 Verfügung über Geschäftsanteile

Verfügungen über Geschäftsanteile oder über Teile hiervon, insbesondere die Übernahme, Abtretung, Verpfändung, Teilung oder Vereinigung von Geschäftsanteilen und die Einräumung von Unterbeteiligungen, sind nur mit schriftlicher Einwilligung der Gesellschaft zulässig. Die Einwilligung darf nur auf der Grundlage eines vorherigen, einstimmig zustimmenden Gesellschafterbeschlusses von der Geschäftsführung erteilt werden; der Verfügende hat dabei kein Stimmrecht. Übertragungen von Geschäftsanteilen an Mitgesellschafter unterliegen nicht diesem Genehmigungserfordernis; ebenso wenig Übertragungen von Geschäftsanteilen oder von Teilen davon an die in § 3 Abs. 2 dieses Vertrages genannten Körperschaften.

§ 17 Einziehung von Geschäftsanteilen, Ausschluss von Gesellschaftern

(1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters möglich, wenn in der Person des betroffenen Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn:

a) die Zwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil betrieben wird und diese nicht innerhalb von drei Monaten abgewandt wird;

b) er eine Vermögensauskunft nach den §§ 802c, 807 ZPO abgibt;

c) er seine Pflichten und Obliegenheiten aus dem Gesellschaftsvertrag in besonders schwerem Maße verletzt.

(2) Die Einziehung geschieht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung mit dreiviertel der Stimmen.

Der betroffene Gesellschafter darf nicht mitstimmen. Der Einziehungsbeschluss wird mit dessen Zugang beim betroffenen Gesellschafter wirksam. Ab dann ruhen die Mitgliedschaftsrechte, insbesondere das Stimmrecht des betroffenen Gesellschafters.

(3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend auch für den Ausschluss eines Gesellschafters, der bei Vorliegen eines wichtigen Grundes gestattet ist.

(4) Für die Bemessung der Abfindung des ausgeschiedenen Gesellschafters gilt § 20 des Gesellschaftsvertrages.

§ 18 Kündigung der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft kann von jedem Gesellschafter mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres eines jeweils fünfjährigen Zyklus, frühestens zum 31.12.2026 gekündigt werden. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grunde bleibt unberührt.

(2) Durch die Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst. Der kündigende Gesellschafter ist verpflichtet, seinen Geschäftsanteil auf die übrigen Gesellschafter zu übertragen. Jeder Mitgesellschafter hat das Recht, gegen Leistung des entsprechenden Abfindungsbetrages einen seiner bisherigen Beteiligung am Stammkapital entsprechenden Teil des Geschäftsanteils zu erwerben. Machen mehrere Gesellschafter von ihrem Erwerbsrecht gleichzeitig Gebrauch, so ist ein ggf. verbleibender Spitzenbetrag unter ihnen aufzuteilen. Der Geschäftsführer/die Geschäftsführerin fordert nach Empfang der Kündigung die Gesellschafter zur Ausübung ihres Erwerbsrechts auf. Das Erwerbsrecht kann nur binnen dreier Monate nach Empfang der Aufforderung ausgeübt werden. Macht keiner von den Mitgesellschaftern von seinem Erwerbsrecht Gebrauch, so können die Mitgesellschafter die Einziehung des Geschäftsanteils beschließen oder beschließen, dass der kündigende Gesellschafter seinen Geschäftsanteil auf die Gesellschaft oder einen oder mehrere Dritte zu übertragen hat. Der kündigende Gesellschafter hat kein Stimmrecht; seine Stimme zählt nicht mehr. Der Erwerb durch die Gesellschaft ist nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften möglich.

(3) Die Gegenleistung für den kündigenden Gesellschafter ergibt sich aus den Bestimmungen des § 20 dieses Vertrages.

§ 19 Auflösung der Gesellschaft

(1) Die Auflösung der Gesellschaft bedarf eines Gesellschafterbeschlusses mit dreiviertel der abgegebenen Stimmen. Im Falle der Auflösung erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführung, sofern nicht die Gesellschafterversammlung etwas Anderes beschließt.

(2) Bei Auflösung der Gesellschaft und bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das nach Abwicklung der Verbindlichkeiten verbleibende Gesellschaftsvermögen an die Gesellschafter. Es wird nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile verteilt.

(3) Bei Auflösung der Gesellschaft ist das Gesellschaftsvermögen nach Tilgung oder Sicherstellung der Schulden und nach Ablauf des Sperrjahres (§ 73 Abs. 1 GmbHG) nur unter der Voraussetzung an die Gesellschafter zurückzuzahlen, dass diese es für die in § 2 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Zwecke verwenden. Eine andere Verwendung als zu diesen Zwecken darf erst nach Einwilligung des für die Gesellschaft zuständigen

§ 20 Abfindung

(1) Scheidet ein Gesellschafter, gleich aus welchem Rechtsgrund, aus der Gesellschaft aus, erhält er eine Abfindung.

(2) Maßgebend für die Ermittlung der Höhe der Abfindung ist der Nominalbetrag des betreffenden Geschäftsanteils.

§ 21 Veröffentlichung

Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 22 Salvatorische Klausel

(1) Soweit dieser Gesellschaftsvertrag nichts Anderes bestimmt, gelten die gesetzlichen Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung. Die Zustellung von Schriftstücken wird jeweils an die letzte seitens der Gesellschaft angegebene Adresse der Gesellschafter vorgenommen.

(2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dasselbe gilt, soweit dieser Vertrag eine Lücke aufweist. Die Gesellschafter verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Lücke eine angemessene Regelung zu treffen, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem Sinn und Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt.

§ 23 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern oder zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes eine notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

§ 24 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist Hannover.

§ 25 Richtlinien zur Compliance

Richtlinien zur Compliance für die Gesellschafter der Metropolregion sind in einer gesonderten Richtlinie verfasst.

Finanzierungsvereinbarung

zwischen den Gesellschaftern der

Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH*

FINALER ENTWURF

Stand 25.06.21

* Die Namensgebung der Gesellschaft wird zwischen den Gesellschaftern aktuell noch abschließend und konsensual abgestimmt. Sollte eine überarbeitete Namensgebung der Gesellschaft erfolgen, ändert sich der Name Gesellschaft bei allen weiteren Nennungen im Vertragswerk entsprechend.

Finanzierungsvereinbarung

zwischen

dem Land Niedersachsen
vertreten durch Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
- nachfolgend „**Land Niedersachen**“ genannt -

der Landeshauptstadt Hannover
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**LHH**“ genannt -

der Stadt Braunschweig
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Braunschweig**“ genannt –

der Stadt Göttingen
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Göttingen**“ genannt -

der Stadt Wolfsburg
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Wolfsburg**“ genannt -

dem Verein Kommunen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Kommunen**“ genannt -

dem Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Wirtschaft**“ genannt -

dem Verein Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Wissenschaft“** genannt -

- nachfolgend gemeinsam oder mehrere von ihnen „**Kooperationspartner**“ genannt-

Inhalt

Präambel 4
§ 1 Beteiligung an der Metropolregion GmbH 4
§ 2 Leistung von Beiträgen 4
§ 4 Inkrafttreten, Geltung 5
§ 5 Kündigung 5
§ 6 Neuverhandlung der Finanzierungsbeiträge 6
§ 7 Schlussbestimmungen 6

Präambel

Die Kooperationspartner sind Gesellschafter der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH (im Folgenden: „Metropolregion GmbH“). Die Kooperationspartner haben sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Region als Metropolregion von europäischer Bedeutung zu unterstützen.

Auf dieser Grundlage vereinbaren die Kooperationspartner, der Metropolregion GmbH zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen Kapital zur Verfügung zu stellen.

§ 1 Beteiligung an der Metropolregion GmbH

Die Kooperationspartner sind Gesellschafter der Metropolregion GmbH.

§ 2 Leistung von Beiträgen

(1) Folgende Kooperationspartner leisten bis auf Weiteres jeweils folgende Jahresbeiträge an die Metropolregion GmbH:

LHH	Gesellschafterbeitrag	140.000 €
	Sonderbeitrag namensgebende Stadt	70.000 €
Stadt Braunschweig	Gesellschafterbeitrag	160.000 €
	Sonderbeitrag namensgebende Stadt	50.000 €
Stadt Göttingen	Gesellschafterbeitrag	50.000 €
	Sonderbeitrag namensgebende Stadt	50.000 €
Stadt Wolfsburg	Gesellschafterbeitrag	50.000 €
	Sonderbeitrag namensgebende Stadt	50.000 €
Land Niedersachsen	Gesellschafterbeitrag	101.000 €
Verein Kommunen	Gesellschafterbeitrag	51.000 €
Verein Wirtschaft	Gesellschafterbeitrag	30.000 €
	wird aufgestockt für 2-3 Jahre auf	50.000 €[1]
Verein Wissenschaft	Gesellschafterbeitrag	36.600 €

[1] Je nach Entwicklung der Mitgliederzahl kann die Aufstockung beibehalten werden.

(2) In den genannten Gesellschafterbeiträgen sind Kosten für z.T. bestehende Personalgestellungen einberechnet. Spätestens mit der Bestellung des neuen Geschäftsführers/ der neuen Geschäftsführerin der Gesellschaft werden noch bestehende Personalgestellungen durch die Zahlung eines äquivalenten monetären Betrags abgelöst.

(3) Das Land Niedersachen stellt Mittel zur Förderung von Projekten der Metropolregion GmbH jährlich in Höhe von bis zu € 210.000 zur Verfügung. Die Mittelbereitstellung erfolgt nach Vorlage förderfähiger Vorhaben.

(4) Die Jahresbeiträge werden erstmals zum 01.01.2022 und in den nachfolgenden Jahren jeweils zum 01.01. für das dann laufende Geschäftsjahr fällig und sind auf das den Kooperationspartnern bekannte Konto der Metropolregion GmbH zu überweisen.

(5) Das Ausscheiden eines Gesellschafters aus der Metropolregion GmbH vor Jahresende begründet keinen Anspruch auf teilweise Rückerstattung des Jahresbeitrags.

(6) Die Einlagen werden handelsrechtlich bei der Metropolregion GmbH als Ertragszuschuss behandelt. Steuerlich erfolgen die Einlagen in die Kapitalrücklage / in das steuerliche Einlagekonto.

(7) Weitere Städte oder Organisation in der Metropolregion können mit einmaligen oder regelmäßigen Zahlungen die GmbH und ihre Projekte fördern.

§ 4 Inkrafttreten, Geltung

Diese Finanzierungsvereinbarung tritt nur und erst in Kraft, wenn alle im Rubrum genannten Kooperationspartner sie unterzeichnet haben.

§ 5 Kündigung

(1) Die Kündigung kann schriftlich gegenüber der Metropolregion GmbH mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres eines jeweils fünfjährigen Zyklus, frühestens zum 31.12.2026 ausgesprochen werden. Durch die Kündigung eines Kooperationspartners wird der Bestand dieses Vertrags im Übrigen nicht berührt.

(2) Eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund ist jederzeit möglich.

(3) Eine Kündigung nach (1) oder (2) wird nur wirksam, wenn der kündigende Kooperationspartner zum Wirksamwerden seiner Kündigung auch seine Gesellschafterstellung in der Metropolregion GmbH aufgibt. Dies kann nach Wahl der Metropolregion GmbH durch Zustimmung zur Einziehung seines Geschäftsanteils, durch Veräußerung an die Metropolregion GmbH oder an einen anderen Gesellschafter erfolgen.

§ 6 Neuverhandlung der Finanzierungsbeiträge

(1) Zwei Jahre vor Ablauf eines Fünfjahreszyklus, erstmals Anfang 2025, wird über die Höhe der Zahlungen der Gesellschafter neu verhandelt, so dass spätestens ein Jahr vor Ablauf eines Fünfjahreszyklus, erstmals Ende 2025, die Finanzierungsvereinbarung ggfs. angepasst werden kann.

(2) Jeder Gesellschafter kann seinen Finanzierungsbeitrag bis Ende Juni eines Kalenderjahres für das Folgejahr aus wichtigem Grund (bspw. Namensänderung der GmbH) in Art und Umfang anpassen.

§ 7 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform.

(2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dasselbe gilt, soweit dieser Vertrag eine Lücke aufweist. Die Gesellschafter verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Lücke eine angemessene Regelung zu treffen, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem Sinn und Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt.

(Ort, Datum)

Landeshauptstadt Hannover
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Braunschweig
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Göttingen
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Wolfsburg
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Verein Kommunen
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Verein Wirtschaft
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Verein Wissenschaft
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Land Niedersachsen
vertreten durch Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Richtlinien zur Compliance

zwischen den Gesellschaftern der

Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH*

FINALER ENTWURF

Stand 14.06.21

* Die Namensgebung der Gesellschaft wird zwischen den Gesellschaftern aktuell noch abschließend und konsensual abgestimmt. Sollte eine überarbeitete Namensgebung der Gesellschaft erfolgen, ändert sich der Name Gesellschaft bei allen weiteren Nennungen im Vertragswerk entsprechend.

Richtlinien zur Compliance

zwischen

dem Land Niedersachsen
vertreten durch Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
- nachfolgend „**Land Niedersachen**“ genannt -

der Landeshauptstadt Hannover
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**LHH**“ genannt -

der Stadt Braunschweig
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Braunschweig**“ genannt –

der Stadt Göttingen
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Göttingen**“ genannt -

der Stadt Wolfsburg
vertreten durch den Oberbürgermeister
- nachfolgend „**Stadt Wolfsburg**“ genannt -

dem Verein Kommunen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Kommunen**“ genannt -

dem Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Wirtschaft**“ genannt -

dem Verein Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.
vertreten durch Vorstandsvorsitzenden
- nachfolgend „**Verein Wissenschaft“** genannt -

- nachfolgend gemeinsam oder mehrere von ihnen „**Kooperationspartner**“ genannt -

Inhalt

Präambel 4
§ 1 Allgemeine Pflichten der Organe und Zustimmungsbedingungen 4
§ 2 Spenden und Sponsoring 6
§ 3 Regelungen zur Auftragsvergabe 6
§ 4 Unternehmensbezogenes Compliance-Management-System 7
§ 5 Inkrafttreten, Geltung 7

Präambel

Die Kooperationspartner sind Gesellschafter der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH (im Folgenden: „Metropolregion GmbH“). Die Kooperationspartner haben sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Region als Metropolregion von europäischer Bedeutung zu unterstützen.

Auf dieser Grundlage vereinbaren die Kooperationspartner, der Metropolregion GmbH zur Erfüllung ihrer Aufgaben nachfolgende Regelungen zur Compliance.

§ 1 Allgemeine Pflichten der Organe und Zustimmungsbedingungen

(1) Die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrates sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Sie dürfen bei ihren Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen für sich nutzen, die dem Unternehmen zustehen.

(2) Die Geschäftsführung unterliegt während ihrer Tätigkeit einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

(3) Die Geschäftsführung darf im Geschäftszweig der Gesellschaft weder für eigene noch für fremde Rechnung Geschäfte tätigen, es sein denn, es liegt eine Genehmigung des Aufsichtsrates vor.

(4) Die Geschäftsführung darf sich nicht an einem Unternehmen beteiligen, das mit der Gesellschaft oder einem mit ihr verbunden Unternehmen in Wettbewerb steht oder in wesentlichen Umfang Geschäftsbeziehungen mit ihr unterhält, sofern nicht der Aufsichtsrat die entsprechende Beteiligung gebilligt hat. Anteilsbesitz, der keinen Einfluss auf die Organe des betreffenden Unternehmens ermöglicht, gilt nicht als Beteiligung.

(5) Die Geschäftsführung darf Nebentätigkeiten grundsätzlich nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übernehmen.

(6) Die Geschäftsführung soll Interessenskonflikte unverzüglich dem Aufsichtsrat offenlegen.

(7) Jedes Aufsichtsratsmitglied soll Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offenlegen.

(8) Die Mitglieder des Aufsichtsrates sollen keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben.

(9) Dem Aufsichtsrat sollen ehemalige Geschäftsführer*innen erst zwei Jahre nach dem Ende ihrer Geschäftsführungstätigkeit angehören.

(10) Die Geschäftsleitung soll angemessene Regelungen zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken für Beschäftigte erlassen.

(11) Complianceregelungen Aufsichtsrat

Zustimmungserfordernis durch den Aufsichtsrat

Verträge zwischen der Gesellschaft oder deren beherrschten Tochter-/ Enkelgesellschaften und

- einem amtierenden Aufsichtsratsmitglied,
- dem Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährigen Kind eines Aufsichtsratsmitgliedes
- oder einer Gesellschaft, zu deren gesetzlicher Vertretung das Aufsichtsratsmitglied berechtigt oder an der es als Gesellschafter/in beteiligt ist,

bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Der Kreis der von der Geschäftsführung zu beachtenden zustimmungspflichtigen Geschäfte wird hierdurch erweitert. Ausgenommen von diesem Zustimmungserfordernis sind Arbeitsverträge sowie

Verträge über von der Gesellschaft oder deren beherrschten Tochter-/ Enkelgesellschaften am Markt zu allgemeingültigen Preisen und Bedingungen angebotene Leistungen.

(12) Erweiterte Complianceregelungen Aufsichtsrat und Geschäftsleitungen

Anzeigepflicht und Beratung durch den Aufsichtsrat

Amtierende Organmitglieder (Geschäftsführung und Aufsichtsratsmitglieder) haben – soweit Kenntnis besteht – alle entgeltlichen und unentgeltlichen Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft oder deren beherrschten Tochter-/Enkelgesellschaften und alle sonstigen diesbezüglichen geschäftlichen Beziehungen der ihnen nahestehenden Personen oder nahestehenden Gesellschaften unverzüglich dem Aufsichtsrat anzuzeigen.

Die Gesellschaft führt weiterhin ergänzend eine jährliche Abfrage bei den amtierenden Organmitgliedern zur vorstehenden Sachverhaltenen durch, über deren Ergebnis im Aufsichtsrat berichtet wird.

Als *nahestehende Personen* im Rahmen dieses Absatzes werden definiert:

- Verlobte, Ehegatten, Lebenspartner,
- Verwandte und Verschwägerte gerader Linie,
- Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten und Lebenspartner der Geschwister,
- Geschwister der Ehegatten und Lebenspartner, Geschwister der Eltern sowie Pflegeeltern und Pflegekinder,
- abhängige Angehörige sowie abhängige Angehörige des Ehegatten oder Lebenspartners,
- Personen, die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse haben, dass ihre Unparteilichkeit und Unabhängigkeit beeinträchtigen könnte, z.B. Partner im Rahmen nichtehelicher Lebensgemeinschaft oder Geschäftspartner.

Als *nahestehende Gesellschaften* im Rahmen dieses Absatzes werden definiert:

- Gesellschaften zu deren gesetzlicher Vertretung Organmitglieder oder diesen nahestehende Personen berechtigt sind oder
- an denen Organmitglieder oder diesen nahestehende Personen als Gesellschafter*in mit nicht nur unmaßgeblichen Stimmrechten oder nicht nur sehr

marginalen Kapitalanteilen beteiligt sind.

Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind Verträge über von der Gesellschaft bzw. deren beherrschten Tochter-/Enkelgesellschaften am Markt zu allgemeingültigen Preisen und Bedingungen angebotene Leistungen sowie Aufwandsentschädigungen an Aufsichtsratsmitglieder gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung.

(13) Complianceregelungen ehemalige Aufsichtsratsmitglieder

Compliance-Prüfung durch das Unternehmen

Die Geschäftsführung soll zur Vermeidung von Interessenkonflikten sicherstellen, dass eine Compliance-Prüfung in Bezug auf den Abschluss von Rechtsgeschäften zwischen dem Unternehmen oder deren beherrschten Tochter-/Enkelgesellschaften und *ehemaligen Aufsichtsratsmitgliedern* bis zwei Jahre nach deren Ausscheiden oder den ihnen nahestehenden Personen oder Gesellschaften – soweit Kenntnis besteht – vorgenommen wird.

Die Definition zu nahestehenden Personen und Gesellschaften sowie ausgenommenen Verträgen aus Absatz 12 gilt entsprechend.

(14) Complianceregelungen Beschäftigte

Anzeigepflicht und Compliance-Prüfung durch das Unternehmen

Die Geschäftsführung soll weiterhin zur Vermeidung von Interessenkonflikten sicherstellen, dass Beschäftigte des Unternehmens -soweit Kenntnis besteht- künftig alle ihre Rechtsgeschäfte mit dem sie beschäftigenden Unternehmen und alle sonstigen diesbezüglichen geschäftlichen Beziehungen der ihnen nahestehenden Personen oder Gesellschaften unverzüglich der Geschäftsführung vor Eingehung der Geschäftsbeziehung *anzuzeigen haben*. Für jeden Einzelfall soll eine Compliance-Prüfung durch das Unternehmen durchgeführt werden. Die Definition zu nahestehenden Personen und Gesellschaften sowie ausgenommenen Verträgen aus Absatz 12 mit ergänzender Ausnahme von Arbeitsverträgen gilt entsprechend.

§ 2 Spenden und Sponsoring

Spenden und Sponsoring sind nur nach vorheriger Zustimmung durch den Aufsichtsrat zulässig.

§ 3 Regelungen zur Auftragsvergabe

Im Interesse einer angemessenen und transparenten Preisbildung sowie einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Ausführung der Investitionen sollen Aufträge nach vergaberechtlichen Regelungen (VOB, UVgO, VgV, GWB) ausgeschrieben und vergeben werden, soweit diese einschlägig sind. Für Fälle, in denen vergaberechtliche Regelungen nicht einzuhalten sind, hat die Geschäftsführung Regeln aufzustellen, die je nach wirtschaftlicher Bedeutung Anforderungen an die Transparenz, Compliance und die Funktionstrennung von Ausschreibenden und mit der Abwicklung im Unternehmen Betrauten stellen. Es ist grundsätzlich das Vier-Augen-Prinzip einzuhalten.

§ 4 Unternehmensbezogenes Compliance-Management-System

Die Geschäftsführung soll sicherstellen, dass ein Compliance-Management-System (CMS) eingeführt bzw. fortentwickelt wird, das als Mindestanforderung folgende Teile des CMS entwickelt, regelt und dokumentiert:

- *Compliance-Kultur und allgemeine Verhaltensgrundsätze,*
- personelle und organisatorische *Zuständigkeiten für das CMS,*
- unternehmensinterne Berichtspflichten *an die Geschäftsführung und ggf. den Aufsichtsrat,*
- die Art und Weise der Dokumentation *von Compliance-relevanten Vorgängen.*

§ 5 Inkrafttreten, Geltung

Die „Richtlinien zur Compliance“ treten nur und erst in Kraft, wenn alle im Rubrum genannten Kooperationspartner sie - in Verbindung mit dem Gesellschaftervertrag - unterzeichnet haben.

(Ort, Datum)

Landeshauptstadt Hannover
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Braunschweig
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Göttingen
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Stadt Wolfsburg
vertreten durch den Oberbürgermeister

(Ort, Datum)

Verein Kommunen
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Verein Wirtschaft
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Verein Wissenschaft
vertreten durch den Vorsitzenden

(Ort, Datum)

Land Niedersachsen
vertreten durch Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16257
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Umgang mit bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	23.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) wird angewiesen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Geschäftsführung der GGB zu veranlassen, die Rückforderung von bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten bis auf Weiteres auszusetzen."

Sachverhalt:

Die Verwaltung schließt regelmäßig städtebauliche Verträge mit der GGB bzw. privaten Investoren über die Realisierung von neuen Baugebieten, nach denen der Vertragspartner der Stadt eine Reihe von Folgekosten tragen muss. Ein Teil der Kostenregelung war bisher auch die Verpflichtung der GGB bzw. des Investors gegenüber der Stadt zur Erstattung der kapitalisierten Kosten für 20 Jahre Erhaltungspflege der neuen Ausgleichs- und öffentlichen Grünflächen. Im Juni 2020 hat das OVG Lüneburg diese Kostenregelung für unwirksam erklärt (Normenkontrolleilverfahren, Az.: 1 MN 116/19). Daraufhin passte die Verwaltung ihre Praxis an und legte die neue Vorgehensweise in der Mitteilung 20-14008 dar.

Im Anschluss teilte die Verwaltung der GGB mit, dass sie auf die Zahlung der noch nicht geleisteten kapitalisierten Pflegekosten verzichte. Die Rückzahlung bereits gezahlter Beträge werde im Hinblick auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts abgelehnt (BVerwG, Urteil vom 29.01.2009, Az.: 4 C 15/07), weil die zu leistenden Erstattungsbeträge in die Bemessung der Grundstückskaufpreise für die verkauften Bauflächen eingeflossen seien. Eine Rückforderung gegenüber der Stadt würde zu einem ungerechtfertigten Vorteil der GGB führen, wenn dort kein Vermögensnachteil (mehr) besteht.

Die GGB beauftragte nach Abstimmung mit der Stadt eine fachanwaltliche Prüfung des Sachverhalts. Das vorgelegte Gutachten stellt einen Rückforderungsanspruch der GGB gegen die Stadt in Höhe der sicher nicht verjährten, von der GGB gezahlten Beträge von insgesamt 84.779,50 € fest. Dabei geht das Gutachten davon aus, dass die kapitalisierten Pflegekosten nicht auf die Grundstückskäufer abgewälzt wurden.

Die Verwaltung hält aus den o.g. Gründen an ihrer Rechtsauffassung fest und lehnt eine Rückzahlung der bereits gezahlten kapitalisierten Pflegekosten an die GGB weiterhin ab. Für das weitere Vorgehen sollte berücksichtigt werden, dass derzeit bereits ein Klageverfahren eines privaten Investors anhängig ist. Der Ausgang dieses Verfahrens sollte durch eine Rü-

ckzahlung zugunsten der GGB nicht zum Nachteil der Stadt beeinflusst werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung der GGB und des klageführenden Investors soll der Sachverhalt neu bewertet und die endgültige Höhe des etwaigen Rückforderungsanspruchs der GGB ermittelt werden, sobald das anhängige Klageverfahren abgeschlossen ist.

Um allen Beteiligten einen rechtssicheren Umgang zu ermöglichen, soll die Geschäftsführung der GGB daher mindestens bis zum Ausgang des o.g. Klageverfahrens gegenüber der Stadt die Rückforderung der bereits gezahlten kapitalisierten Pflegekosten aussetzen.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der GGB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Hierüber entscheidet der Verwaltungsausschuss im Rahmen seiner Lückenkompetenz gemäß § 76 Abs. 2 NKomVG, da Anweisungsbeschlüsse in Einzelfällen von der Beschlusskompetenz des Finanz- und Personalausschusses nach § 6 Nrn. 1 lit. a) der Hauptsatzung nicht umfasst sind.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16091
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	17.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	24.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe wird beschlossen.

Sachverhalt:

Mit Wirkung vom 1. Januar 2018 wurde die in der laufenden Förderung nach dem Pauscha-lierten Aufwandsmodell (PAM) enthaltene Instandhaltungspauschale von 4.912 € auf 8.550 € pro Gruppe erhöht (DS 17-05890), um die Träger von Kindertagesstätten in eigenen Einrich- tungen in die Lage zu versetzen, den zukünftigen Sanierungsbedarf aus diesen Mitteln zu decken.

Die Träger machten im Rahmen der Verhandlungen geltend, dass die bis dahin nicht auskömmlich gestaltete Instandhaltungspauschale in den vorhandenen Einrichtungen zu einem erheblichen Sanierungsstau geführt habe. Mehrere Anläufe, mit den Trägern eine einvernehmliche Lösung zur Behebung des Sanierungsstaus zu finden, blieben erfolglos.

Über den finanziellen Gesamtbedarf des Sanierungsstaus hatte die Verwaltung seinerzeit lediglich Kostenschätzungen seites der freien Träger der Jugendhilfe benannt bekommen.
2017 wurde daher von einem geschätzten Aufwand von insgesamt 4,3 Mio. € ausgegangen. Unter Berücksichtigung des Eigenanteils der Träger von 1/3, wie er auch bei den Zuwendungen zur Sanierung bis 2017 gefordert war, ist die Verwaltung von einem Zuwendungsbedarf von 2,86 Mio. € ausgegangen, der über einen Zeitraum von 10 Jahren an die Träger verteilt werden sollte. Die entsprechenden Haushaltsanmeldungen über 286.000 € jährlich sind seit 2018 ohne Mittelabruf erfolgt, da sich bislang auf kein abgestimmtes Verfahren geeinigt werden konnte, insbesondere da die Träger mit der Eigenanteilsregelung nicht einverstanden waren.

In seiner Sitzung am 4. März 2021 hat der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragt, eine Förderrichtlinie für die Sanierungskostenzuschüsse für nicht angemietete Kindertagesstätten der freien Träger zu erarbeiten.

Die Richtlinie soll dabei folgende Kriterien berücksichtigen:

1. Bei der Zuwendung besteht eine Zweckbindung von max. 15 Jahren. Innerhalb dieses Zeitraumes können die bewilligten Mittel bei Zweckentfremdung in Höhe des Restwertes zurückgefordert werden.
2. Die erforderlichen Eigenanteile der jeweiligen Träger werden analog zu den im pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) für die Betriebskosten definierten Eigenanteile auf derzeit 5 % und 10 % festgelegt.
3. Bei Zuwendungen unter 1 Mio. € erfolgt die Überprüfung der Kosten durch das städtische Gebäudemanagement durch eine Plausibilitätsprüfung der Antragsunterlagen. Bei Baumaßnahmen ist eine Kostenkalkulation nach DIN 276 vorzulegen.

Mit der zu beschließenden Richtlinie werden diese Vorgaben erfüllt.

Die Richtlinie gilt nur für Einrichtungen, die am 1. Januar 2018 bereits seit mindestens 20 Jahren an dem gleichen Standort betrieben werden. Seit 1. Januar 2018 erhalten die freien Träger der Kindertagesstätten wie bereits einleitend angeführt, eine deutlich erhöhte Instandhaltungspauschale. Diese deckt auch den Sanierungsbedarf ab diesem Zeitpunkt. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass Einrichtungsstandorte bis zu einem Alter von 20 Jahren keinen nennenswerten Sanierungsbedarf haben sollten.

Um möglichst viele Einrichtungen bezuschussen zu können, wird die maximale Zuwendungshöhe auf 143.000 € je Maßnahme begrenzt. Damit können wenigstens zwei größere Maßnahmen je Haushaltsjahr bewilligt werden, im Jahr 2021 sogar vier, da die Mittel des Jahres 2020 zur Übertragung auf das Haushaltsjahr 2021 angemeldet wurden.
Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Über Anträge entscheidet die Stadt Braunschweig nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Zur Beschleunigung des Antragsverfahren ist ein straffer Ablauf unumgänglich. Maßnahmen über 5.000 € müssen in Anlehnung an die bestehenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln durch das städtische Gebäudemanagement auf Plausibilität geprüft werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bereits seit 2018 sind jährlich 286.000 € für Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsstaus im städtischen Haushalt eingeplant. Wenn die Haushaltsmittel erstmalig 2021 (incl. der übertragenen Haushaltsmittel des Jahres 2020) zur Auszahlung kommen, ist eine Verschiebung des 10-Jahres-Zeitraums erforderlich. Das Programm endet dann 2029 und nicht, wie ursprünglich geplant, 2027.

In 2028 erfolgt eine Überprüfung, ob der Sanierungsstau weitestgehend abgebaut wurde. Ggfs. wäre eine Verlängerung der Richtlinie anzustreben.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

Entwurf Richtlinie Sanierungsstau

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe

Zuwendungszweck, Zuwendungsempfänger, Zuwendungsvoraussetzungen

Die Stadt Braunschweig gewährt Zuwendungen für bauliche Maßnahmen zum Abbau des entstandenen Sanierungsstaus in nicht angemieteten Kindertagesstätten. Maßnahmen zur Sanierung des Außenspielgeländes sind nicht zuwendungsfähig.

Zuwendungsempfänger sind die freien Träger der Jugendhilfe, die Kindertagesstätten betreiben, die nach dem Pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gefördert werden. Die Kindertagesstätten müssen am 1. Januar 2018 seit wenigstens 20 Jahren am gleichen Standort betrieben werden.

Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Über Anträge entscheidet die Stadt Braunschweig nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung gewährt. Für das Jahr 2021 stehen 572.000 € zur Verfügung, für die Jahre 2022 bis 2029 sind jährlich 286.000 € vorgesehen.

Für die Einrichtungen der ev.-luth. Kirche und der katholischen Kirche/des Caritasverbandes beträgt der Eigenanteil 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Für die Einrichtungen der übrigen Träger beträgt der Eigenanteil 5 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Die Obergrenze für die gewährten Zuwendungen beläuft sich auf 143.000 € je Maßnahme.

Wird mit der Sanierungsmaßnahme nicht ausschließlich der Zuwendungszweck verfolgt (z. B. gleichzeitige Modernisierungsmaßnahmen, die nicht dem Erhalt der Betreuungsplätze dienen), ist nur der Ausgabenanteil zuwendungsfähig, der auf die Sanierungsmaßnahme entfällt.

Zuwendungsfähig sind nur die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erforderlichen Investitionsausgaben nach Maßgabe der DIN 276 (Stand Dezember 2018) und zwar
Kostengruppe 300 (Bauwerk – Baukonstruktion)
Kostengruppe 400 (Bauwerk – Technische Anlagen)
Kostengruppe 500 (Außenanlagen und Freiflächen), sofern diese Ausgaben mit der Baumaßnahme im direkten Zusammenhang stehen
Kostengruppe 700 (Baunebenkosten), jedoch ohne Kostengruppe 710 (Bauherrenaufgaben), 750 (Kunst) und 760 (Finanzierung).

Antragsverfahren

Anträge sind formlos schriftlich beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Abteilung 51.0 zu stellen. Dem Antrag sind ein Sachbericht über die geplante Maßnahme, eine Kostenermittlung nach DIN 276 auf dritter Ebene sowie ein Finanzierungsplan beizufügen.

Anträge für das Jahr 2021 sind spätestens bis zum 30. September 2021 vorzulegen. Für die Jahre 2022 bis 2029 müssen die Anträge bis spätestens 31. Mai des jeweiligen Jahres gestellt werden. Gehen zum Stichtag eines Jahres mehr Anträge ein als in dem Jahr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, entscheidet die bewilligende Stelle nach pflichtgemäßem Ermessen. Dabei wird sowohl die Dringlichkeit eines Antrags als auch die vorhandene Trägervielfalt berücksichtigt.

Es werden nur solche Maßnahmen bewilligt, die noch nicht begonnen wurden. Bei Baumaßnahmen gilt die Planung nicht als Maßnahmebeginn. Mit der Bestätigung des Eingangs des Zuwendungsantrags bei der bewilligenden Stelle gilt der vorzeitige Maßnahmebeginn als erteilt. Ein Anspruch auf Bewilligung kann daraus nicht hergeleitet werden.

Die Kostenermittlung nach DIN 276 für baulichen Maßnahmen ab einer Zuwendungshöhe von 5.000 € wird durch das städtische Gebäudemanagement auf Plausibilität geprüft.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Zweckbindung der geförderten Maßnahmen beträgt 15 Jahre. Innerhalb dieses Zeitraumes ist eine Rückforderung in Höhe des Restwertes bei Zweckentfremdung (z.B. Einstellen des Kindertagesstättenbetriebs) durch die Stadt Braunschweig möglich.

Ergänzende Zuwendungsbestimmungen können in den Zuwendungsbescheid aufgenommen werden.

Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist spätestens 6 Monate nach Abschluss der Maßnahme der bewilligenden Stelle vorzulegen. Auf eine erneute baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises wird verzichtet.

Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderung von Zuwendungen

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie als Folge hiervon die Rückforderung der Zuwendungen incl. der zu entrichtenden Zinsen richten sich nach den Vorschriften des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) oder anderen Rechtsvorschriften sowie den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen werden. Die erforderlichen Verwaltungsakte sind unter Angabe der Rechtslage schriftlich zu begründen.

In-Kraft-Treten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend am 1. Januar 2021 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft. Anträge, die seit 1. Dezember 2020 gestellt wurden, finden in dieser Richtlinie Berücksichtigung.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-15992
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Anpassung der Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	14.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	24.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

1. Die in Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 21. Juli 2015 (DS 15-00240) beschlossenen Pauschalen zur Abdeckung des erhöhten Vertretungsaufwands für Vertretungszeiten in Kindertagesstätten werden durch die in der Anlage 1 aufgeführten jährlichen Pauschalen (Basiswerte 2020) ersetzt.

   Die Pauschale wird in Abhängigkeit von Betreuungsart und Betreuungszeit gewährt.

   Die Pauschalen werden analog der Regelung im Pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) um den Prozentsatz, um den sich die Vergütungen im Erziehungsdienst nach dem TVöD SuE verändern, dynamisiert.

2. Die Änderung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft. Die Auszahlung erfolgt anteilig monatlich im Rahmen der Abschlagszahlungen für die laufende Förderung.

Sachverhalt:

Mit Ratsbeschluss DS 15-00240 wurde mit Wirkung vom 1. August 2015 die Zahlung einer von der Betreuungsart und Betreuungszeit abhängigen Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten in Kindertagesstätten und in Einrichtungen der Schulkindbetreuung freier Träger beschlossen, um die gesetzlichen Vorgaben zur Personalausstattung zu erfüllen.

Für den Bereich der freien Träger von Kindertagesstätten hat die AGW (Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände) in den letzten Monaten vermehrt darauf hingewiesen, dass die damals beschlossenen Pauschalen mittlerweile den tatsächlichen Vertretungsbedarf nicht mehr ausfinanzieren und daher eine Erhöhung der Pauschalen erforderlich ist, um den Anforderungen nachkommen zu können.

Die Träger machten deutlich, dass es sich nicht um ein rein coronabedingtes Problem handelt, die Pandemie aber natürlich zu weiteren Engpässen führt und die Situation so verschärft.

Außerdem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es in Krippengruppen noch einen zusätzlichen Vertretungsbedarf für die vom Land geförderte Drittkraft gibt. Auch hierfür wurde um Übernahme der Vertretungskosten gebeten.

Die Prüfung der Angemessenheit der Forderungen hat folgendes ergeben:

1. Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten

   In der Bruttoförderung, die den freien Trägern im Rahmen des Pauschalierten Aufwandsmodells (PAM) gewährt wird, sind Vertretungsanteile enthalten, die jedoch, wie bereits im Jahr 2015 festgestellt wurde, nicht ausreichen, um die gesetzlichen Vorgaben zur Personalausstattung zu erfüllen. Da zum damaligen Zeitpunkt von einer anstehenden Novellierung des KiTaGs und dadurch weiteren anstehenden Änderungsbedarfen ausgegangen wurde, erfolgte keine Anpassung der Bruttoförderung, stattdessen wurde nur eine Aufstockung der Fördermittel im Rahmen einer Nettopauschale beschlossen.

   In den damals für die Berechnung der Vertretungspauschale zu Grunde liegenden Personalbedarfsberechnungen für die Einrichtungen freier Träger waren 17 Krankheitstage berücksichtigt. Mittlerweile haben sich die durchschnittlichen Krankheitstage auf 19 erhöht (Basis: Gesundheitsreport der TK aus 2020 für Sozial- und Erziehungsberufe – Frauen). Während im städtischen Bereich die Krankheitstage regelmäßig für die Berechnung der Personalausfallreserve angepasst warden, gibt es bei der Förderpauschale keinen Automatismus. Die Forderung der Träger lässt sich auch im Vergleich mit der Berücksichtigung von Ausfalltagen für städtische Einrichtungen ohne weiteres nachvollziehen.

   Einen weiteren Anpassungsbedarf gibt es in Bezug auf die unterschiedlichen Förderhöhen für Krippengruppen im Vergleich zu Kindergartengruppen. Dieser resultiert aus der früheren Systematik zur Berechnung der Vertretungspauschale. So wurde ein durchschnittlicher Trägereigenanteil und eine anteilige Landesfinanzhilfe (LFH) bei der Ermittlung der Nettopauschalen berücksichtigt. Tatsächlich zahlt das Land Niedersachsen für Vertretungsanteile jedoch überhaupt keine Finanzhilfe. Da mittlerweile die LFH-Sätze für Kindergarten und Krippe ähnlich hoch sind, wird zugunsten der Träger die Höhe der Pauschalen für Krippengruppen auf die der stundenmäßig korrespondierenden Kindergartengruppen angehoben.

   Auf Basis der dynamisierten Werte Stand 2020 ergibt sich damit für die wesentlichen Betreuungsformen exemplarisch folgende Veränderung. Für die Umsetzung ab 1. Januar 2021 erfolgt die Dynamisierung auf diesen Basiswerten entsprechend der Tarifveränderungen im Erziehungsdienst nach dem TVöD SuE.

	Vertretungspauschale bisher (17 Krankentage)	Vertretungspauschale neu (19 Krankentage)
	2020	2020 neu
Mittel 1 Regelgruppe	3.483 €	4.136 €
Mittel 1 EKG	3.069 €	3.737 €
Mittel 2 Regelgruppe	3.775 €	4.530 €
Mittel 2 Krippe	2.478 €	4.530 €
Mittel 2 Integrative Gruppe	5.722 €	6.802 €
Ganztags Regelgruppe	3.952 €	4.913 €
Ganztags kleine Gruppe	2.066 €	2.501 €
Ganztags Krippe	2.537 €	4.913 €
Ganztags Integrative Gruppe	6.137 €	7.537 €
Langzeit EKG	3.304 €	4.076 €

Die vorgesehene Neuregelung wurde den Vertretern der AGW im Vorfeld der Beschlussfassung erläutert. Grundsätzliche Bedenken haben sich nicht ergeben.

1. Vertretungszeiten für Krippengruppen mit Drittkräften

   Die dritte Fachkraft in den Krippengruppen sollte ursprünglich ab dem 01.08.2020 mit regelmäßiger Tätigkeit verpflichtend vorgehalten werden. Diese Verpflichtung wurde jetzt auf 2025 verschoben, teilweise erfolgt jedoch bereits eine Beschäftigung von Drittkräften.

   Das Land finanziert die Personalkosten für die Drittkräfte seit dem 01.01.2015 (zunächst mit maximal 20 Stunden, mittlerweile auch im vollen Betreuungsumfang) zu 100 %, deckt dabei jedoch nicht die Vertretungszeiten ab. Insoweit besteht ein zusätzlicher Finanzbedarf beim freien Träger.

   Eine Förderung für Ausfallzeiten von nicht verpflichtend vorzuhaltendem Personal ist durch die Stadt aktuell nicht vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Anpassung der Vertretungspauschalen für die derzeit geförderten 321 Gruppen ergibt sich ein Mehraufwand von **rd. 443.000 €** jährlich. Diese Kosten können im Jahr 2021 einmalig aus Haushaltsresten des Jahres 2020 des Fachbereichs gedeckt werden. Für 2022 und Folgejahre werden die Mittel ggf. ergebnisbelastend im Haushalt eingeplant.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

Pauschalen zur Abdeckung des erhöhten Vertretungsaufwands für Vertretungszeiten in Kindertagesstätten ab 1. Januar 2021

Anlage

Pauschalen zur Abdeckung des erhöhten Vertretungsaufwands für Vertretungszeiten in Kindertagesstätten ab 1. Januar 2021

Jährliche Pauschalen / Basiswerte 2020
Dynamisierung für 2021 und Folgejahre entsprechend der Tarifveränderungen im Erziehungsdienst nach dem TVöD SuE

	Vertretungspauschale neu (19 Krankentage)
	2020
Vormittags Regelgruppe	3.598 €
Kurzzeit EKG	3.480 €
Vormittags kleine Gruppe	2.073 €
Kurzzeit kleine Gruppe	2.073 €
Mittel 1 Regelgruppe	4.136 €
Mittel 1 kl. Gruppe	2.034 €
Mittel 1 EKG	3.737 €
Mittel 1 kleine Gruppe EKG	2.355 €
Mittel 2 Regelgruppe	4.530 €
Mittel 2 kl. Gruppe	2.406 €
Mittel 2 EKG	3.813 €
Mittel 2 Krippe	4.530 €
Mittel 2 Krippe EKG	4.530 €
Mittel 2 Integrative Gruppe	6.802 €
Ganztags Regelgruppe	4.913 €
Ganztags kleine Gruppe	2.501 €
Ganztags Krippe	4.913 €
Ganztags Integrative Gruppe	7.537 €
Ganztags Familiengruppe (Auslaufmodell)	2.110 €
Langzeit Krippe EKG	4.076 €
Langzeit EKG	4.076 €
Langzeit kleine Gruppe	2.501 €
Schulkindbetr. erg. zur VGS	3.275 €
Schulkindbetr. erg. zur VGS kl. Gr.	2.160 €
Regelgruppe 15 Kdr Vorm. / 10 Kdr M2	3.914 €
Regelgruppe 15 Kdr M1 /10 Kdr M2	4.083 €
Regelgruppe 15 Kdr M1 /10 Kdr Ganztags	4.290 €
Regelgruppe 15 Kdr M2 /10 Kdr Ganztags	4.597 €

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-15292
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit
Stufenplan zur Etablierung der Kommunalen Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen in kommunaler Trägerschaft

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	17.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	24.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Schulausschuss (Vorberatung)	02.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

1. Um die jugendhilflich ausgerichtete Kommunale Schulsozialarbeit entsprechend des „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ an allen weiterführenden Schulen zu etablieren, werden die Personalkapazitäten um 13 Schulsozialarbeiterinnen oder Schulsozialarbeiter bis 2025 aufgestockt. Jährlich werden mindestens zwei Voll- zeitstellen geschaffen und in Abhängigkeit der tatsächlichen Bedarfe unter Berücksichtigung der im Rahmenkonzept festgelegten Parameter den Schulen zugewiesen.

2. Entsprechend der bereits vorhandenen Struktur in der Schulsozialarbeit wird ein zweites Sachgebiet mit einer zusätzlichen Sachgebietsleitung gebildet, wenn weitere vier Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt worden sind. Zur verwaltungsmäßigen Betreuung und Abwicklung der finanztechnischen Vorgänge werden gleichzeitig zusätzliche 20 Stunden im Verwaltungsbereich geschaffen.

3. Erforderliche Sachkosten werden im Jahr der jeweiligen Stellenschaffung im Haushalt aufgenommen.

4. Für die Einrichtung pädagogischer Räumlichkeiten werden entsprechende Haushaltsmittel in den jeweiligen Haushaltsjahren eingestellt. Soweit zusätzliche Raum- mieten entstehen, werden diese nach Ermittlung ebenfalls in den Haushalt eingestellt.

Sachverhalt:

Gemäß dem Antrag zum Haushalt 2021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 21-15142, 1.4, Nr. 208) soll zur Etablierung der Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen ein Ausbauplan für den Zeitraum 2021 bis 2025 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ungeachtet des politischen Antrags stellt sich die Lage folgendermaßen dar. Die Corona- Pandemie hat immense Auswirkungen auf das Leben der Kinder und Jugendlichen. Dies betrifft nicht nur die schulische Leistung, sondern auch die sozial emotionale Entwicklung. Die Schulsozialarbeit stellt eine wichtige Säule dar, um Kinder und Jugendliche im sozialen Bereich zu unterstützen und für die Zukunft zu stärken. Sie schafft zunächst soziale Stabilität, damit Kinder und Jugendliche wieder über Ressourcen für erfolgreiches Lernen verfügen können. Auch das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundes hat daher u. a. die Schulsozialarbeit im Fokus.

Derzeit sind 30 grundsätzlich infrage kommende weiterführende Schulen in kommunaler Trägerschaft in Braunschweig verortet. Kommunale Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind seit der Realisierung des bisherigen Ausbaus bereits an 15 Schulen eingesetzt. Ein entsprechendes Sachgebiet inkl. einer Stelle für die Sachgebietsleitung wurde bereits gegründet. Für das Jahr 2021 sind zwei weitere Stellen Schulsozialarbeit durch den Rat beschlossen worden.

Der Ausbau der kommunalen Schulsozialarbeit erfolgt bis zum Jahr 2025. Die Stellen der Schulsozialarbeit werden mit S11[1] bewertet und jährlich mit je 5000 Euro Sachkosten versehen.

Die Zuweisung an die Schulen erfolgt nach ermittelten Bedarfen. Hierbei soll an das Ursprungsverfahren zur Zuordnung der Schulsozialarbeiterstellen angeknüpft werden. Die kriterienbasierte Zuordnung umfasst auch die Gewichtung und Zuordnung von Stellenanteilen. Je nach Gewichtung berechnet sich der Stellenanteil je Schule.

Stellenplanmäßige Auswirkungen

Für den Ausbau der Schulsozialarbeit sind die oben dargestellten zusätzlichen Stellenbedarfe in die Stellenpläne der jeweiligen Jahre unter der Berücksichtigung der Ergebnisse des Monitorings, der CTC Ergebnisse und der aktuellen Prioritäten mit aufzunehmen.

Entsprechend der ersten abgeschlossenen Ausbaustufe wird für den weiteren Ausbau eine zweite Sachgebietsleitung (S15) eingerichtet, die die Dienst- und Fachaufsicht über bis zu 15 kommunale Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter übernimmt, Kooperationsgespräche mit den Schulen führt, die Bedarfsermittlungen fortschreibt und evaluiert.

Das zweite Sachgebiet „Kommunale Schulsozialarbeit“ soll in die Stelle 51.44 „Jugendsozialarbeit“ integriert werden, um eine fachliche Zusammenarbeit mit den dort geführten Fach- stellen „Kompetenzagentur“, „Pro-Aktiv-Center“, „Koordinierungsstelle Schulverweigerung“, „Kompetenzagentur PLUS“ und den „Praxisklassen“ zu gewährleisten.

Dem durch seit 2018 insgesamt um rund 30 aufgestockten Stellen entsprechend gestiegenen Verwaltungsaufwand in der Binnenorganisation sowie in der Zusammenarbeit Jugendhilfe-Schule wird durch die Berücksichtigung von Verwaltungsstellenanteilen (A8, T20) in Abhängigkeit der Ausbaustufen entsprochen. Organisatorisch werden diese Anteile der Stelle 51.40 zugeordnet.

Die Effizienz von Schulsozialarbeit wird durch ein jährlich zu veröffentlichendes Monitoring fachlich bewertet. Daraus abgeleitet können sich Veränderungen der Stellenzuordnungen an den konkreten Schulen ergeben. Die Verteilung der Personalanteile ist vor dem Hintergrund der sich perspektivisch verändernden Schullandschaften jeweils anzupassen. Die Ergebnisse der CTC-Befragung werden in das Monitoring einbezogen.

[1] ca. 70.000 Euro Personalkosten p.a.

Finanzielle Auswirkungen

Zur Unterstützung und Begleitung der beratenden Tätigkeiten sind Sachmittel in Höhe von 5.000 € jährlich pro Schulsozialarbeitsstelle notwendig. Entsprechende Mittel stehen auch den bereits bestehenden Stellen zur Verfügung.

Mit Zuweisung an die jeweiligen Schulen entstehen einmalige Aufwandskosten für die pädagogische Ausstattung in Höhe von ca. 500 € pro Stelle[2]. Die Schaffung eines vertrauensbildenden Umfeldes beeinflusst den Erfolg der Schulsozialarbeit maßgeblich.

Die Refinanzierung durch das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundes soll selbstverständlich im größtmöglichen Umfang zur Ausbaufinanzierung mit genutzt werden und während der Förderphase des Aktionsprogramms zur Kostendeckung beitragen. Je nach Ausgestaltung der gegenwärtig noch nicht vorliegenden Förderrichtlinien könnte dies sogar im besten Fall zur Beschleunigung des vorgelegten Ausbauplans beitragen, wenn dadurch z.B. umfangreichere Finanzierungsmittel des Bundes aufgerufen werden könnten.

Trotz einer Befristung des Förderprogramms des Bundes, sollen die einzurichtenden Stellen auf Dauer geschaffen werden, u.a. auch um im Zuge des Fachkräftemangels und einer zu erwartenden konkurrierenden Situation mit anderen Städten, den Kreis der Bewerberinnen und Bewerber möglichst attraktiv für Braunschweig zu gestalten.

Weiterführende Informationen

Zur Erarbeitung des kommunalen Rahmen-Handlungskonzeptes für die Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit fand 2016 ein Workshop von Jugendhilfeaus- schuss, Schulausschuss, Schul- und Landesvertretern statt. Das dort erarbeitete Rahmen- konzept wurde 2017 vom Rat der Stadt einstimmig beschlossen. Das Rahmen-Handlungs- konzept hat weiterhin Gültigkeit und ist in der Anlage beigefügt.

Schulsozialarbeit ist aus einem funktionierenden Schulbetrieb nicht mehr wegzudenken. Landesbedienstete, die als pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich „Soziale Arbeit an Schule“ eingesetzt werden, sichern vorrangig den ordnungsgemäßen Schulbetrieb ab. Die durch die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistete jugendhilflich und kommunal ausgerichtete Einzelfallarbeit mit Schülerinnen und Schülern unter Einbindung der Familien, Peer-Groups etc. verbleibt in der Verantwortung des SGB VIII.

Aufgabenfelder kommunaler Schulsozialarbeit gemäß Ratsbeschluss sind die

- Verringerung von Schulverweigerung
- Hilfe für von Armut betroffene Schüler*innen
- Vermeidung von Abschulung
- Hilfe für Schüler*innen alleinerziehender Eltern
- Bildungs- und Sprachförderung für Schüler*innen mit Migrationshintergrund
- Übergangsoptimierung in die Berufswelt
- Nutzbarmachung individueller jugendhilflicher Angebote
- Optimierung der Zusammenarbeit mit Landespersonal

Keine Schülerin und kein Schüler soll durch häusliche oder familiäre Gegebenheiten daran scheitern, den ihnen kognitiv höchstmöglichen Schulabschluss zu erreichen.

[2] somit insgesamt bis zu 7.500 € Aufwandskosten bis 2025

Von solchen einschränkenden Gegebenheiten sind überdurchschnittlich oft beispielsweise Kinder in Armut lebender Erziehungsberechtigter, Kinder mit Migrationserfahrung und Kinder, die mit alleinerziehenden Elternteilen leben, betroffen. „Fehltage“, „Armut“ und „Abschulung“ gelten beispielsweise als erhebliche Risikofaktoren, die oft im Anschluss an die Regelschulen zur Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führen. Dabei gehen die heute betroffenen Schülerinnen und Schüler später keiner oder nur einer eingeschränkt versicherungspflichtigen Tätigkeit nach, obwohl zeitgleich Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze unbesetzt bleiben. An dieser Stelle kann kommunale Schulsozialarbeit effektiv Prävention betreiben und zur langfristigen Kostenreduzierung beitragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten eng mit den auf fünf Bezirke aufgeteilten Stellen der Abteilung Allgemeine Erziehungshilfe („Bezirkssozialarbeit“) zusammen, ebenso u. a. mit den fünf Mitarbeiterinnen der Kompetenzagentur („Übergang in die Berufswelt“) und der Koordinierungsstelle Schulverweigerung – Die 2. Chance („Sicherstellung von Schulabschlüssen“).

Dr. Arbogast

Anlage/n:

Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit

Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit

Braunschweig
Jugendförderung

Stand: 2021

Ansprechpartner:
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Abtl. Jugendförderung
51.44, Jugendsozialarbeit
Thomas Mallon
thomas.mallon@braunschweig.de

Inhalt

1 Aufträge an Kommunale Schulsozialarbeit 3
1.1 Verringerung von Schulverweigerung 4
1.2 Vermeidung von Abschulung 5
1.3 Hilfe für von Armut betroffene Schüler*innen 5
1.4 Hilfe für Schüler*innen alleinerziehender Eltern 5
1.5 Bildungs- und Sprachförderung für Schüler*innen mit Migrationshintergrund 5
1.6 Übergangsoptimierung in die Berufswelt 6
1.7 Individuelle jugendhilfliche Angebote nutzbar machen 6
1.8 Optimierung der Zusammenarbeit mit Landespersonal 7
2 Verortung 7
3 Auswahl der Standorte 7
3.1 Parameter der Jugendhilfe 7
3.2 Kooperationsgespräche 8
4 Ausstattung 8
4.1 Personal 8
4.2 Finanzen 8
4.3 Räumlich 9
5 Weitere Planung 9

Die veränderte Landesfinanzierung der Schulsozialarbeit unterstreicht die Trennung der Zuständigkeiten von Land und Kommune. Bis dahin wirkte Jugendhilfe über Schule weit in Familien hinein und verhinderte allein aufgrund dieses Zugangs Nachfolgekosten sehr kostenintensiver Hilfen zur Erziehung sowie soziale Verwerfungen. Diese jugendhilflichen Zugänge sind nicht mehr gegeben. Das Land betont den Ausschluss jeder jugendhilflichen Tätigkeit seiner Mitarbeiter*innen.

Das Land Niedersachsen richtet seit Ende 2016 sein sozialpädagogisches Engagement an Schulen neu aus: Zukünftig sollen Inhalte landesweit einheitlich umgesetzt werden, die soziale Arbeit an Schulen soll einem dafür zuständigen Referat zugeordnet werden. Um den Bedarf an Schulen festzustellen, legt das Land ausdrücklich nur die schulischen Bedarfe zu Grunde und schließt damit die Berücksichtigung kommunaler, jugendhilflicher Bedarfe aus.

Die bis dato so genannte Schulsozialarbeit des Landes war bislang an jeder davon profitierenden Schule konzeptionell ausschließlich am Bedarf der jeweiligen Schule ausgerichtet.

Als neuer, alle Schulen betreffender konzeptioneller Eckpunkt wird vom Land das Ausschließen aller jugendhilflichen Tätigkeiten durch die zukünftige soziale Arbeit an Schule formuliert. Signalisiert wird die vom Schul- und Jugendhilfegesetz ohnehin vorausgesetzte Bereitschaft, im Rahmen von Netzwerkarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe zusammenzuarbeiten.

Zur Erarbeitung des hier vorliegenden kommunalen Rahmen-Handlungskonzeptes für die zukünftige Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit an weiterführenden Schulen fand am 26. November 2016 ein gemeinsamer Workshop von Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss der Stadt Braunschweig statt. Dessen Ergebnisse sind Grundlage dieser Konzeption.

Es bestand im o. g. Workshop auch vor dem Hintergrund des Landesengagements einhelliger Konsens darüber, dass es zukünftig für jugendhilflich ausgerichtete kommunale Schulsozialarbeit einen dringenden Bedarf gibt. Kommunale Schulsozialarbeit bedient andere Bedarfe, als es die Soziale Arbeit an Schulen in Landesverantwortung tut. Insofern stehen sich die verschiedenen Anstellungsträger der Sozialarbeit an Schulen nicht entgegen, sondern ergänzen sich in ihren unterschiedlichen Profilen.

Die Rahmenkonzeption orientiert sich zusätzlich an den langjährigen Erfahrungen erfolgreicher kommunaler Schulsozialarbeit in Braunschweig, dem Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, dem Diskussionspapier des Deutschen Vereins sowie den Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit in Niedersachsen.

1 Aufträge an Kommunale Schulsozialarbeit

Schule und Jugendhilfe haben in der Praxis viele Schnittmengen. Der Beschluss des Landes, sein Tätigkeitsfeld inhaltlich zu reduzieren, zieht einen Bruch der in Braunschweig bewährten Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule nach sich. Zukünftig wird sich die Kommunale Schulsozialarbeit daher vor allem auf jugendhilflich relevante Arbeitsfelder fokussieren müssen, um eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit Fachdiensten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu gewährleisten. Ohne dieses kommunale Engagement besteht eine deutliche Gefahr, dass beide Rechtskreise nebeneinander her arbeiten, ohne die Ressourcen des jeweils anderen nutzen zu können.

Analog dem eng umrissenen Aufgabenfeld der sozialen Arbeit an Schulen des Landes wird daher ein eng umrissenes, der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit zuarbeitendes Aufgabenfeld formuliert, um den kommunalen Bedürfnissen an Schulen und den jugendhilflichen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler sowie deren Familien zu entsprechen. Mit Hilfe dieser Ausrichtung soll die Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe der jungen Menschen in den Vordergrund des kommunalen Engagements gestellt werden.

Als typische Benachteiligungs- und Risikofaktoren für einen späteren selbstbestimmten Lebensweg ohne staatliche Transferleistungen gelten Armut, Migrationshintergrund, Geschlecht, Bildungshintergrund der Eltern, Aufwachsen mit nur einem Elternteil, fehlende Bildungsabschlüsse und innerfamiliäre Schwierigkeiten.

Von kommunaler Seite soll die Schulsozialarbeit daher eine Brücke zu den dafür vorhandenen Fachdiensten schlagen und diese für Schülerinnen und Schüler sowie Familien zugänglich machen.

Kommunale Schulsozialarbeit und die Folgen der Corona-Pandemie

Die lange Schließung der Schulen und organisierter Freizeit- und Sportmöglichkeiten in Vereinen, verknüpft mit der Unmöglichkeit persönlicher, informeller Treffen, hat zentrale Konstanten im Leben von Schülerinnen und Schülern wegbrechen lassen. Den Familien der aufgeführten Zielgruppen mit Benachteiligungs- und Risikofaktoren fällt das Kompensieren damit verbundener sozialer, kognitiver und emotionaler Folgen umso schwerer, je stärker Armut, Alltagsorganisation und fehlende Bildung auf Elternhäuser und Kinder wirken. Die auf eine soziale Herkunft beruhenden Bildungsverschiedenheiten werden sich ohne Kommunale Schulsozialarbeit mittel- und langfristig vertiefen. Die Kompensation zu erwartender Qualifizierungsdefizite und insbesondere drohende Abschulungen und verringerte Chancen auf Ausbildung und Arbeit werden durch die grundsätzlichen Arbeitsschwerpunkte dieses Rahmenkonzeptes abgedeckt.

Kommunikation und Interaktion

Die langen Phasen des Homeschoolings und der Kontaktbeschränkungen haben jedoch nicht nur Folgen für die schulischen Qualifizierungen: Auch als Ort der sozialen Begegnung, als Möglichkeit des Einübens interaktivem Handelns und Kommunikation standen Schulgemeinschaften, Freundeskreise und Vereine nicht mehr zur Verfügung. Damit einhergehend sind Beschränkungen der Reife- und Entwicklungsprozesse der jungen Menschen zu erwarten.

Um diese möglichst auszugleichen, fördert die Kommunale Schulsozialarbeit im Rahmen ihrer Einzelfallorientierung die Stärkung von Kommunikationskompetenzen und interaktivem Handeln.

Neben der Aufarbeitung der Coronafolgen hat die kommunale Schulsozialarbeit Schwerpunkte bei folgenden Themen:

1.1 Verringerung von Schulverweigerung

Auch von Braunschweiger Schulen geht eine nennenswerte Anzahl Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss ab. Damit sind sie nahezu chancenlos beim angestrebten Eintritt in die Arbeitswelt. Oftmals geht dem fehlenden Schulabschluss eine schulverweigernde Haltung voraus. Mitunter benötigen zu deren Behebung Eltern und Schule Unterstützung durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie.

Daher soll die Kommunale Schulsozialarbeit gemeinsam mit Schule sicherstellen, dass allen Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern entsprechende Hilfen, vor allem die der Koordinierungsstelle Schulverweigerung - Die 2. Chance, gemäß der Absprachen im Arbeitskreis Schulverweigerung und Schulschwänzen zugänglich gemacht werden.

1.2 Vermeidung von Abschulung

Auch in Braunschweig generiert ein Teil der Hauptschulen den Großteil ihrer Schülerinnen und Schüler dadurch, dass diese von anderen Schulen abgeschult werden. Der teilweise jahrelange Abschulungsprozess – mitunter vom Gymnasium über eine Realschule zur Hauptschule – ist nicht nur wirtschaftlich bedenklich, er hinterlässt vor allem bei Schülerinnen und Schülern deutliche Spuren im Selbstwertgefühl und der Einschätzung der Selbstwirksamkeit. Oftmals ist eine Abschulung oder die Abmeldung durch die Eltern der Einstieg in die Schulverweigerung und einen später fehlenden Schulabschluss.

Daher soll sich Kommunale Schulsozialarbeit in enger Zusammenarbeit mit Schule um von Abschulung bedrohte Schülerinnen und Schüler sowie ihre Familien kümmern. Abschulungen sollen möglichst verhindert werden.

1.3 Hilfe für von Armut betroffene Schüler*innen

Das Aufwachsen in Armut ist eines der größten bestehenden Eingliederungshemmnisse. Die Kommunale Schulsozialarbeit soll sich daher in enger Zusammenarbeit vor allem mit dem U-18-Team des Jobcenters darum bemühen, dass allen leistungsberechtigten Schülerinnen und Schülern die Leistungen zugutekommen, auf die dem Grunde nach eine Berechtigung besteht. Ergänzend soll Kommunale Schulsozialarbeit zur Behebung des Eingliederungshemmnisses einzelfallbezogen mit Stiftungen und dem Beirat gegen Kinder- und Jugendarmut zusammenarbeiten.

1.4 Hilfe für Schüler*innen alleinerziehender Eltern

Ein früher Verlust eines Elternteils kann deutliche Auswirkungen auf den individuellen Bildungsverlauf einer Schülerin/eines Schülers haben. Dabei sind Scheidungskinder ähnlich negativ betroffen wie Halbwaisen. Zum einen sind unmittelbare Auswirkungen auf die schulischen Leistungen von langfristiger Bedeutung. Zum anderen sind schlechtere ökonomische Rahmenbedingungen Einflussgrößen hinsichtlich der späteren Entscheidung für oder gegen längere Ausbildungsgänge oder Schulkarrieren zum Erwerb höherer Abschlüsse.

Die Kommunale Schulsozialarbeit soll sich daher verstärkt um Schülerinnen und Schüler dieser Zielgruppe kümmern. Auch diesen Schülerinnen und Schülern gilt es, ein selbstbewusstes und selbstständiges Aufwachsen zu ermöglichen. Sollte für die Lebensphase nach der Schulzeit ein Unterstützungsbedarf erkennbar sein, sollen die kommunalen Schulsozialarbeiter*innen nachhaltige Begleitungen und Hilfen über diese Zeit hinaus zugänglich machen: Sie stellen sicher, dass Hilfen der Kompetenzagentur und des Pro-Aktiv-Center oder Allgemeine Erziehungshilfen wahrgenommen werden.

1.5 Bildungs- und Sprachförderung für Schüler*innen mit Migrationshintergrund

Sowohl die Schulabgänger*innenbefragung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie als auch Schulleistungsstudien zeigen große Unterschiede hinsichtlich des Schulerfolges von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Verschiedene Schnittstellen im Schulsystem mit Diskriminierungsmöglichkeiten haben zur Folge, einer großen Bevölkerungsgruppe nur geringe Bildungschancen zu bieten. In der Folge leben besonders viele Menschen

von ihnen später von staatlichen Transferleistungen. Zudem bleiben sie in ihren Lebensentwüfen und der gesellschaftlichen Einbindung unter ihren eigentlichen Möglichkeiten.

Die Kommunale Schulsozialarbeit soll sich daher besonders um diejenigen unter den Schülerinnen und Schülern kümmern, die einen Migrationshintergrund aufweisen. Ziel soll es sein, diese wenn möglich so weit zu fördern, dass sie die ihnen eigentlich möglichen Schulerfolge erzielen. Die Schulsozialarbeit macht den Schülerinnen und Schülern dazu vor allem Angebote der Sprachförderung und spezielle Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zugänglich. Sie arbeitet eng mit dem Büro für Migrationsfragen zusammen.

1.6 Übergangsoptimierung in die Berufswelt

Derzeit sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz von Schülerinnen und Schülern so gut wie lange nicht mehr. Eine kurze Zeit wurde sogar davon ausgegangen, dass jede/jeder Jugendliche eine Ausbildung oder ein Studium erfolgreich abschließen und so gut ausgebildet in die Arbeitswelt münden würde. Hier gibt es jedoch unterschiedliche Tendenzen: Zum einen sinkt auch in Braunschweig die Anzahl der Schulabgänger*innen, zum anderen sinkt unter den weniger werdenden Abgängern*innen auch der Wunsch nach einer beruflichen Ausbildung. Viele Ausbildungsplätze bleiben daher unbesetzt. Dazu gesellt sich ein weiteres Phänomen: Trotz der offenen Ausbildungsstellen erfüllt sich der Wunsch der weniger werdenden Ausbildungsplatzsucher*innen nicht immer. Vor allem schulisch schlecht vorgebildete männliche Schulabgänger münden nach der Schule in Bildungsprogrammen des Übergangsbereichs statt in einer Berufsausbildung. Dazu kommen eine steigende Anzahl vorzeitig beendeter Ausbildungsverhältnisse sowie abgebrochener Studiengänge.

Die soziale Arbeit des Landes wird die Berufsorientierung und die Übergänge zukünftig nur noch nachrangig, ggf. im Rahmen schulischer Konzepte unterstützen.

Nicht zuletzt, um die an Schulen geleistete Arbeit der Berufsberatung und das mit Mitteln der Stadt unterstützte Modell der Braunschweiger Berufsorientierung („BoBS“) nachhaltig wirken zu lassen, soll die Kommunale Schulsozialarbeit weitergehende, über die Schulzeit hinaus wirksame Hilfen zugänglich machen. So soll sichergestellt werden, dass die schulischen Angebote tatsächlich zu einem Übergang in die Berufswelt führen. Bei den Hilfen wird es vor allem um die Analyse- und Case-Management-Produkte der Kompetenzagentur gehen, für ältere Schulabgänger*innen auch um die Begleitung durch das Pro-Aktiv-Center des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie. Dabei soll insbesondere die Risikogruppe unter den Schülerinnen und Schülern angesprochen werden.

1.7 Individuelle jugendhilfliche Angebote nutzbar machen

Schülerinnen und Schüler durchleben mitunter große persönliche oder familiäre Krisen sowie schwere Lebensphasen. Oft helfen dann Einzelgespräche mit den Betroffenen und deren Familien. Sehr häufig werden dabei bedeutende, weitreichende Problemlagen von Kindern und Jugendlichen aufgedeckt, die ein spezielles, über Schulsozialarbeit hinausgehendes Handeln erfordern.

Zugleich sind nahezu alle von der Allgemeinen Erziehungshilfe des Fachbereichs betreuten Kinder und Jugendlichen Schülerinnen und Schüler Braunschweiger Schulen.

Nicht immer gelingt es den Allgemeinen Erziehungshilfen, selbst bei bekanntem Hilfebedarf, tragfähige Kontakte zu Eltern, Schülerinnen und Schülern aufzubauen. Auf der anderen Seite entwickelt sich zwischen den vor Ort tätigen Kommunalen Schulsozialarbeitern*innen und Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern ein enges Vertrauensverhältnis. Auf Grundlage

dieses Vertrauens kann die Kommunale Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit Eltern und Schule sicherstellen, dass die umfangreichen Hilfen zugänglich gemacht werden. Ergänzend dazu soll, wenn notwendig, der Übergang zu anderen Angeboten, beispielsweise Drogenberatung, Schuldnerberatung, schulpsychologischer Dienst, sichergestellt werden.

Die Kommunale Schulsozialarbeit soll als Türöffner für jugendhilfliche Angebote fungieren und so in das Elternhaus oder die Familie der Schülerinnen und Schüler entlastend wirken.

1.8 Optimierung der Zusammenarbeit mit Landespersonal

Bei Schülerinnen und Schülern finden sich mitunter sowohl schulische, als auch jugendhilfliche Bedarfe in einer Person. Daher verbietet sich das Nebeneinanderherarbeiten von kommunalen Mitarbeiter*innen und Landesmitarbeitern*innen. Bei aller Schwerpunktsetzung auf jugendhilflich-kommunale Belange ist es daher in der Verantwortung Kommunaler Schulsozialarbeiter*innen, eine sich ergänzende Zusammenarbeit mit vorhandenen Landesmitarbeitern*innen der sozialen Arbeit an Schule zu forcieren.

2 Verortung

Die in Braunschweig gemachten Erfahrungen bestätigen die gängige Fachmeinung, Schulsozialarbeit bei dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu verorten. Auf diese Weise kann die Unabhängigkeit von unterrichtsbezogenen Verpflichtungen und Weisungsbefugnissen in der Schule sichergestellt werden.

Zudem verläuft eine Kooperation von Schule und Jugendhilfe leichter und konfliktloser bei einer Einbindung der Schulsozialarbeit in die Struktur einer qualifizierten Kinder- und Jugendhilfe.

Eine Verortung im Bereich der Jugendsozialarbeit entspricht zudem wesentlichen Arbeitsinhalten der Kommunalen Schulsozialarbeit und gewährleistet die notwendige Nähe sowie die unkomplizierte Nutzung der Fachdienste des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie.

3 Auswahl der Standorte

Das Rahmenkonzept der Kommunalen Schulsozialarbeit soll sowohl auf allgemeinbildende Schulen als auch auf Berufsbildende Schulen angewendet werden. Die Aufträge an die Kommunale Schulsozialarbeit werden dann zwar vor allem im Bereich des Berufsübergangs unterschiedlich tariert, bleiben aber insgesamt bestehen.

Zum einen wird allgemein für jede Schule ein jugendhilflicher Bedarf angenommen. Zum anderen unterscheidet sich dessen Intensität jedoch - zumindest im Rahmen einer ersten Betrachtung - von Schule zu Schule deutlich. Während einer Aufbauphase der Kommunalen Schulsozialarbeit sollen daher diejenigen Schulen mit den größten Bedarfen einen Vorzug erhalten. Die Auswahl der in Frage kommenden Schulen wird von der Auswertung jugendhilflicher Parameter sowie den Ergebnissen sich anschließender Kooperationsgespräche zwischen Schule und Jugendhilfe abhängen.

3.1 Parameter der Jugendhilfe

Zur Standortauswahl werden Parameter der Jugendhilfe herangezogen. Durch deren Auswertung wird ein Bild entstehen, auf dem Schulen mit erhöhtem jugendhilflichen Bedarf erkannt werden, wie Schulen mit geringerem jugendhilflichen Bedarf. Als Bewertungsergebnis kann sich

durchaus eine Übereinstimmung mit der schulischen Bedarfsfeststellung ergeben. Genauso gut kann es passieren, dass jugendhilfliche Bedarfe für Schulen erkannt werden, an denen das Land keine schulischen Bedarfe feststellen konnte.

Parameter der Jugendhilfe sind z. B.

- die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die durch die Allgemeine Erziehungshilfe betreut werden
- die Ergebnisse des Bildungsmonitorings des Fachbereichs Schule
- die Anzahl der inklusiv zu beschulenden Schülerinnen und Schüler
- die Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit mehr als fünf unentschuldigten Fehltagen im Schuljahr
- die Anzahl von aufgenommenen Quereinsteigern bzw. abgeschulten Schülerinnen und Schülern
- die Anzahl der abgehenden Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss
- die Intensität der Inanspruchnahme von Beratungslehrern*innen
- die Anzahl von Armut betroffenen Schülerinnen und Schülern (u. a. Empfänger von Leistungen nach dem SGB II)
- die Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
- die Anzahl der von der Jugendgerichtshilfe unterstützten Schülerinnen und Schüler

3.2 Kooperationsgespräche

Im Rahmen der Gespräche haben Schule und Jugendhilfe Gelegenheit, ihre Interessen zu verdeutlichen. Im Zuge dessen kann ebenfalls geklärt werden, inwiefern Schule bereit ist, die Standards des Fachbereichs zur Kommunalen Schulsozialarbeit umzusetzen und die Kommunale Schulsozialarbeit in ihr Schulkonzept zu integrieren. Die getroffenen Absprachen münden in einen Vertrag zwischen Jugendhilfe und Schule.

4 Ausstattung

Schulsozialarbeit gelingt nur bei gesicherten und geeigneten Rahmenbedingungen. Nur dann kann ein vertrauensvoller Beziehungsaufbau zu Schülerinnen und Schülern gelingen, ein tragfähiges Netzwerk zu anderen Fachdiensten aufgebaut werden und die Zusammenarbeit mit Schule auf Augenhöhe erreicht werden. Die insgesamt notwendigen Rahmenbedingungen sind in den Braunschweiger Standards zur Schulsozialarbeit aufgeführt.

4.1 Personal

Die Anzahl der insgesamt benötigten kommunalen Schulsozialarbeiter*innen hängt jedoch von der Bewertung der jugendhilflichen Parameter sowie dem Schulinteresse ab.

4.2 Finanzen

Zu den Bedingungen erfolgreicher Arbeit an Schule zählen erfahrungsgemäß zur Verfügung stehende Sachmittel. Dazu müssen Möglichkeiten der regelmäßigen Supervision bestehen, für die ebenfalls finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

4.3 Räumlich

Dem Gelingen von Schulsozialarbeit liegt die Möglichkeit vertraulicher Gesprächsführung in angemessener Gesprächsumgebung zu Grunde. Dem Schulsozialarbeiter/der Schulsozialarbeiterin ist ein eigenes Büro am Ort seiner/ihrer Schule zur Verfügung zu stellen.

5 Weitere Planung

Der Bedarf an Vollzeitstellen ist sowohl von der Auswahl als auch der Gewichtung der jugendhilflichen Parameter abhängig. Die Einrichtung von Stellen für kommunale Schulsozialarbeit wird auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops und vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Abdeckung jugendhilflicher Bedarfe an Schulen aus fachlicher Sicht als perspektivisch sehr wichtiger Baustein der Jugendhilfe angesehen.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16398
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Photovoltaikanlagen auf (städtischen) Dächern
Weiteres Vorgehen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	25.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Bauausschuss (Vorberatung)	29.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, in Umsetzung und Erweiterung der Ratsbeschlüsse vom 17. Dezember 2019 (DS 19-12423) und vom 17. November 2020 (Ds 20-14506), die Projektierung und Umsetzung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf kommunalen und nicht-kommunalen Dächern voranzutreiben sowie Beteiligungsmöglichkeiten institutioneller und privater Investoren zu ermöglichen. Im Zuge der weiteren Umsetzung gilt es, die Gründung und Beteiligung an einem Genossenschaftsmodell zu erarbeiten und praktisch umzusetzen."

Sachverhalt:

1. Sachverhalt
Die Mitteilung 21-15880 „Photovoltaikanlagen auf (städtischen) Dächern" wurde im April 2021 außerhalb von Sitzungen im Bauausschuss zirkuliert und im Bauausschuss am 1. Juni 2021 diskutiert. Kernpunkt der Vorlage ist die Handlungsempfehlung für die Gründung einer Genossenschaft mit der Zielstellung, ein gesellschaftsrechtliches Konzept zu schaffen, das sich wirtschaftlich trägt, im Kern aber den schnellen und konkreten Ausbau regenerativer Energien, vorrangig Photovoltaikanlagen, verfolgt.
Zielstellung ist dabei nicht eine gewinnmaximierende Gesellschaft, sondern ein auf Beteiligungsmöglichkeit gerichtetes Werkzeug zur Erreichung der umweltpolitischen Ziele. Dieser Ansatz fußt auf den Ratsbeschlüssen vom 17. Dezember 2019 (DS 19-12423) und vom 17. November 2020 (DS 20-14506).

2. Gesellschaftsform
Die Beteiligung (Aufnahme von Gesellschaftern) von externen Partnern zur Stützung der Akzeptanz und Identifikation mit dem Klimaschutz ist bei einer Auswahl der Gesellschaftsform möglichst breit aufzustellen. Gerade mit Hinblick auf die zukünftige Entwicklung über das Programm der PV-Anlagen hinaus (z. B. Windkraftanlagen) können so flexibel zusätzliche Partner gewonnen werden, die ihr Know-How teilen. Zudem erhalten Bürger die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung und Mitwirkung am Umweltschutz. Mittelfristig ist bei diesem Konzept eine breite bürgerschaftliche Beteiligung erwünscht.

Vor diesem Hintergrund ist die Rechtsform der Genossenschaft ausgewählt worden, da diese der Ausrichtung der Gesellschaft am besten gerecht wird. Sie weist gegenüber anderen Rechtsformen die größte Flexibilität im Hinblick auf eine große Anzahl von Gesellschaftern/Mitgliedern auf.
An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass eine Aussteuerung der Stimmenmehrheit in einer Genossenschaft nicht in jedem Falle gegeben ist. Der basisdemokratische Grundgedanke einer Genossenschaft strebt im Grundsatz nach Stimmengleichheit unabhängig der Einlagenhöhe.

3. Betreiberkonzept
Gemäß dem Grundgedanken handelt es sich bei der Gesellschaft/Genossenschaft um eine Investitionsgesellschaft, die PV-Anlagen projektiert und anfallende Investitionskosten finanziert. Die PV-Anlagen werden an den jeweiligen Gebäudeeigentümer verpachtet, der wiederum für die Betriebsführung zuständig ist. Damit wird die Personenidentität zwischen Anlagenbetreiber und Nutzer sichergestellt. Die Pacht ist je Anlage separat zu ermitteln und steht in Abhängigkeit zur Anlagengröße, Stromeigenverbrauch und Einspeisevergütung. Der Pachtbetrag wird für jede Immobilie auf eine wirtschaftlich neutrale Ergebnisstellung ausgerichtet. Es ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des gewonnenen Stroms in das Netz der öffentlichen Versorgung eingespeist und an einen Netzbetreiber verkauft wird. Für die Nutzer ist vorgesehen, einen Strompreis zu generieren, der nach Abzug der Anlagenpacht unter dem aktuellen Preis liegt. Die EEG-Umlage ist hierbei bereits berücksichtigt, fällt aber nur zu 40 % an, da Personenidentität zwischen Anlagenbetreiber und Stromabnehmer herrscht. Der Anreiz der Dachflächeninhaber liegt demnach – neben dem ökologischen Anreiz - in einem Strompreisbezug, der unter dem Marktniveau liegt (vgl. Anlage 1).
Die notwendigen Dachflächen werden seitens des Immobilieneigentümers der Genossenschaft überlassen und ggf. an diese verpachtet, sofern dies notwendig ist.

Die Finanzierung der Anlagen soll zu 100 % aus Fremdkapital erfolgen, was bei PV-Anlagen nicht unüblich ist. Die Rückzahlung erfolgt über die Pachteinnahmen der Anlagen. Ein erstes Bankengespräch hat stattgefunden und konnte den Ansatz dem Grunde nach bestätigen. Somit wird, bis auf die jährlichen Pachtzahlungen für die PV-Anlagen und Gründungskosten, die Belastung des Haushaltes vermieden. Die für den Anteilserwerb und die Gründung seitens der Stadt erforderlichen Mittel werden im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten zur Haushaltsbewirtschaftung zu einem späteren Zeitpunkt bzw. im Rahmen der Lesung zum Haushalt 2022 bereitgestellt.

4. Organe der Genossenschaft, personelle Besetzung und Willensbildung
Für Struktur und Organisation einer Genossenschaft gilt das Genossenschaftsgesetz.
Die Organe einer Genossenschaft setzen sich aus Aufsichtsrat, Vorstand und der Generalversammlung zusammen. Die Besetzung des Aufsichtsrates sollte neben Vertretern aus dem Rat der Stadt durch externe Partner mit Schlüsselkompetenz ausgestaltet werden. Zudem soll bereits jetzt die Integration von Partnern vorangetrieben werden, die umweltpolitische Ziele verfolgen. Auf diese Weise soll eine Berücksichtigung dieser wichtigen Akteure innerhalb der Genossenschaft sichergestellt werden.
Entsprechend ist geplant, den Aufsichtsrat aus nachstehenden Interessengruppen zusammenzusetzen:

- Stadt Braunschweig (Bereitstellung von Dachflächen und technischem Umsetzungs-Know-how)
- Energieversorger (Direktvermarktung bei PV-Anlagen von mehr als 100 kWp Energie; Bereitstellung von betriebs- und marktbezogenem Wissen)
- Wohnungsbaugesellschaften (Bereitstellung von Dachflächen)
- Finanzinstitut (Bereitstellung von Fremdkapital)
- Umweltpolitischer Verein/ Verband (Interessenvertretung; Umsetzungs-Know-How)

Der Vorstand soll aus zwei hauptamtlichen Mitgliedern bestehen. Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder sollten mit einem Vertreter der Stadt und einem Vertreter des Energieversorgers besetzt werden und vom Aufsichtsrat für die Dauer von drei Jahren bestellt und abberufen werden. Seitens der Stadt wird der Vorstand unterstützt durch Zuweisung einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, vorbehaltlich einer arbeitsrechtlichen Prüfung, aber ohne faktische Personalübernahme. In einer späteren Phase und wachsender Geschäftstätigkeit ist ein eigener Personalaufbau möglich.
Die Generalversammlung setzt sich aus den stimmberechtigten und rein investierenden Mitgliedern zusammen. Das Stimmrecht der investierenden Mitglieder wird per Satzung ausgeschlossen. Bei den nicht investierenden Mitgliedern handelt es sich anfangs ausschließlich um die Gründungsmitglieder. Diese wählen den Aufsichtsrat. Über die Aufnahme weiterer Mitglieder mit Stimmrecht entscheidet der Vorstand. Dies kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn Mitglieder der Genossenschaft Dachflächen zur Verfügung stellen. Um den Einfluss der Stadt in der Anfangsphase angemessen zu sichern, können in der Satzung (begrenzte) Mehrstimmrechte für bestimmte Mitglieder festgelegt werden. Voraussetzung dafür ist ein objektives Kriterium, das in einer Sondereinlage in Höhe von 40.000 EUR bestehen soll. Durch das Mehrstimmrecht sind bis zu drei Stimmen je Mitglied möglich. Analog zur Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Vorstand über die Aufnahme einer Sondereinlage und der damit verbundenen zusätzlichen Stimmen. Auf diese Weise bleibt die Stimmenmehrheit bis zu einer bestimmten Mitgliederzahl erhalten. Die Stadt Braunschweig wird einen Vertreter für die Generalversammlung benennen, ebenso wie die restlichen Gründungsmitglieder. Die genossenschaftsrechtlichen Möglichkeiten der Struktur und Organisation werden mit dem Niedersächsischen Genossenschaftsverband abgestimmt.

5. Wirtschaftliche Betätigung einer Kommune nach NKomVG
Die Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Betätigung einer Kommune richtet sich insbesondere nach §§ 136, 137 NKomVG:
So dürfen Kommunen sich an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligen, wenn die Voraussetzungen der § 136 Abs. 1 und im Weiteren
§ 137 Abs. 1 Ziffer 1 bis 6 und 8 erfüllt sind.
Allerdings sieht die NKomVG für wirtschaftliche Betätigung zum Zweck der Energieversorgung (§ 136 Abs. 1 S. 3 und 4 NKomVG) und insbesondere zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (§ 136 Abs. 1 S. 7 NKomVG) schon umfassende Erleichterungen vor. Für diese Betätigungen muss weder ein (besonderer) öffentlicher Zweck nachgewiesen werden noch kann entgegenstehen, dass ein privater Dritter den Zweck besser erfüllen kann. Der üblicherweise notwendige öffentliche Zweck ergibt sich schon aus dem EEG selbst (im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen).

6. Vergaberechtliche Rahmenbedingungen
Auf der Basis des vorgesehenen Betreiberkonzeptes sind die vergaberechtlichen Grundlagen geprüft worden. Danach unterliegt zum einen die Vermietung bzw. Verpachtung von Dachflächen der Stadt als solche nicht dem Vergaberecht, weil es sich nicht um einen Beschaffungsvorgang handelt.
Zum anderen könnte für die PV-Anlagen hingegen ein ausschreibungspflichtiger Bauvertrag gemäß § 103 Abs. 3 S. 2 GWB vorliegen, wenn ein Dritter eine Bauleistung gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen erbringt, die Bauleistung dem Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugutekommt und dieser einen entscheidenden Einfluss auf Art und Planung der Bauleistung hat.
Danach dürfte die Installation der Photovoltaikanlage als ausschreibungspflichtiger Bauvertrag eingeordnet werden, wenn dies durch die Stadt veranlasst würde.
In welchem Rahmen eine Vergabepflicht auch bei Einschaltung der Genossenschaft gegeben ist, muss im weiteren Verfahren mit externer Unterstützung konkretisiert werden, wenn das Konzept abschließend abgestimmt ist.

7. Weiteres Vorgehen
Das Konzept einer eigenen Gesellschaft zur Projektierung, Finanzierung und zum Betrieb von PV-Anlagen auf Dächern zu gründen, wurde in der Vorlage 21-15880 außerhalb von Sitzungen vorgestellt. Die Beantwortung wichtiger rechtlicher Fragestellungen, Gesprächen mit potenziellen Partnern und ergänzenden Informationen, wie in dieser Vorlage aufgezeigt, verdichten das vorgestellte Konzept.
Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag erhält die Verwaltung das grundsätzliche Mandat, die Gründungsaktivitäten unter Einbeziehung von weiteren Beteiligten (s. Punkt 4) in die Wege zu leiten.

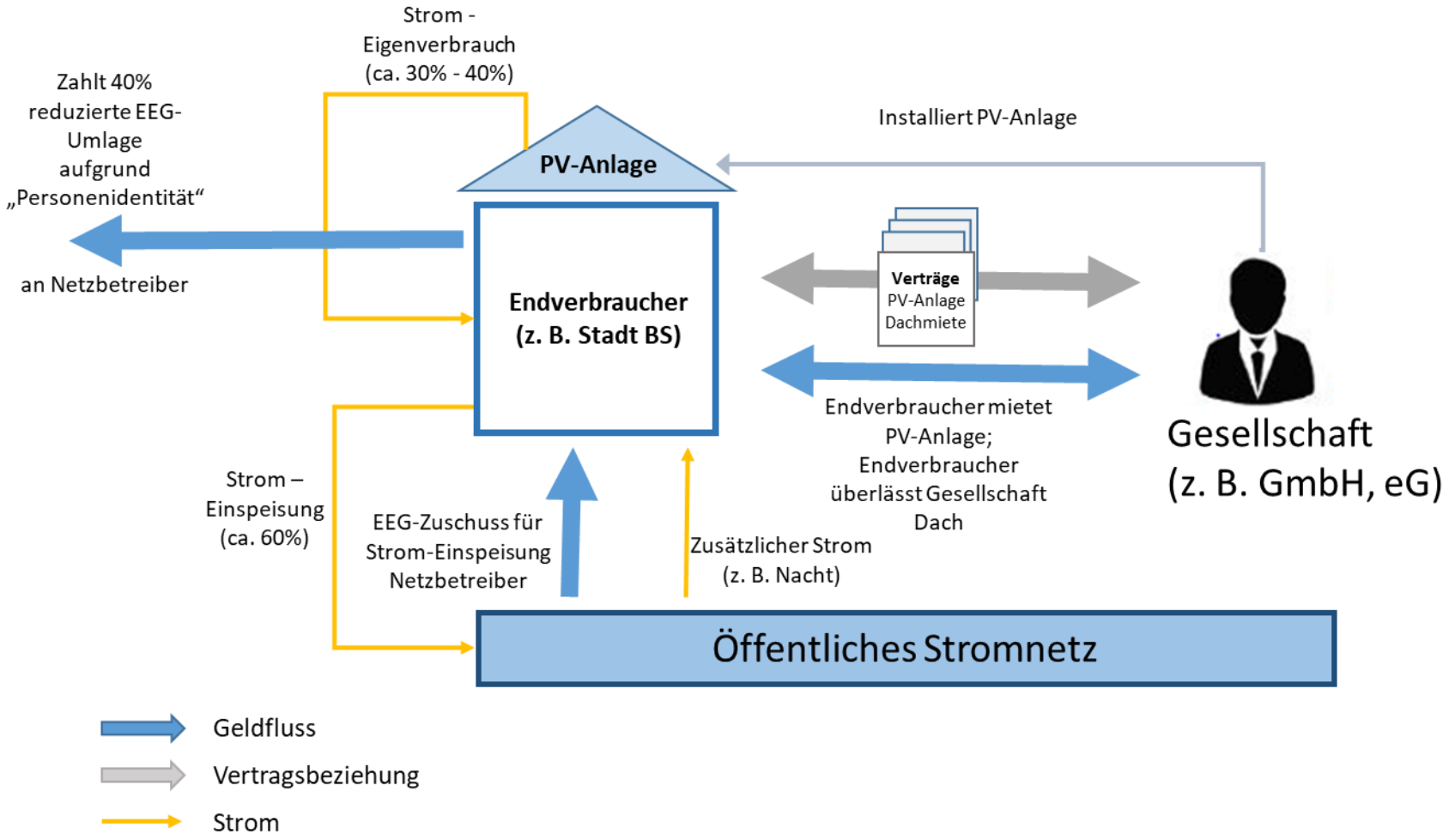
Zeitgleich gilt es, die an der Gründung beteiligten Partner mittels Absichtserklärung zu binden und Vertragsmuster der Anlagenmiete unter Einbeziehung von externen Beratern rechtlich zu bestätigen. Zur Vorprüfung wird die Satzung der Genossenschaft – sobald diese erarbeitet ist - dem Niedersächsischen Genossenschaftsverband übermittelt.
Weiter gilt es, steuerliche Auswirkungen aufzuzeigen, die sich aus der Beteiligung der Stadt ergeben.
Die konkrete Gesellschaftsgründung ist nach Ratsentscheidung der Kommunalaufsicht anzuzeigen (§ 152 Abs. 1 Nr. 1 und 2 NKomVG). Zudem unterliegt die wirtschaftliche Betätigung zur Erzeugung von Strom nach dem EEG der Kommunalaufsicht,
§ 136 Abs. 5 NKomVG.

Die Gesellschaftsgründung sowie die Genossenschaftssatzung werden dem Rat zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Beschlussfassung in 2021 vorgelegt.

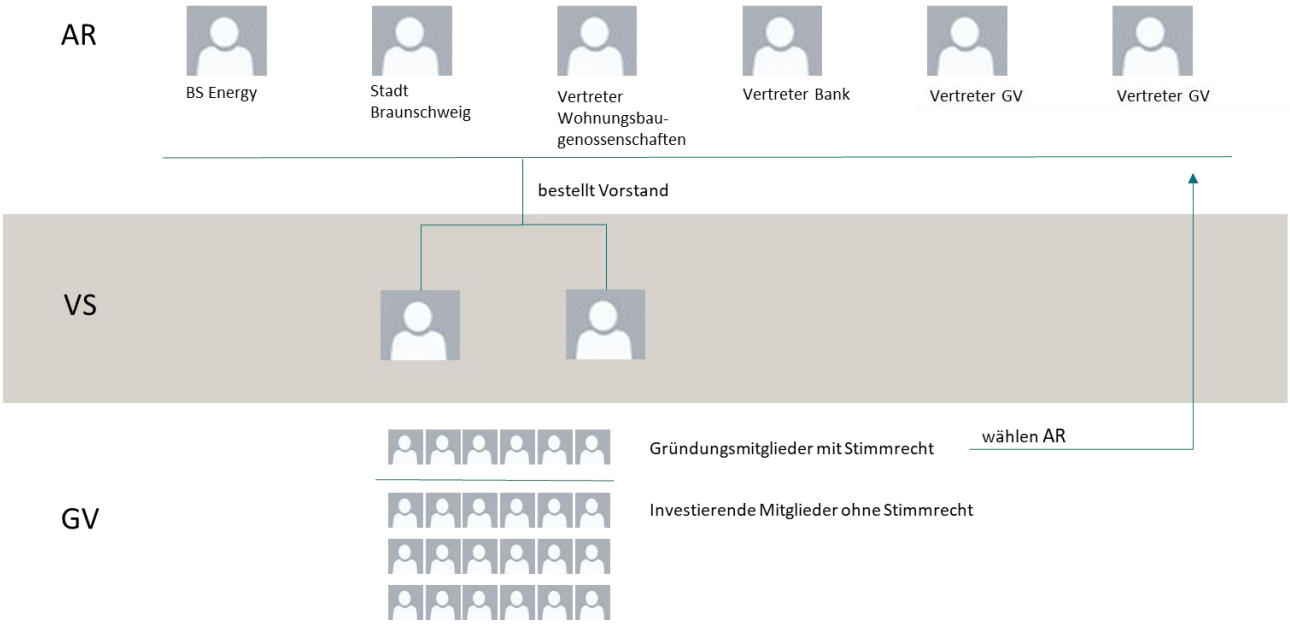
Herlitschke

Anlagen:
Anlage 1: Modelltheoretische Darstellung Zahlungsströme und Vertragsbeziehungen
Anlage 2: Strukturbaum (Vorschlag)

Anlage 1: Modelltheoretische Darstellung Zahlungsströme und Vertragsbeziehungen



Anlage 2: Gremienbesetzung (Vorschlag)



AR = Aufsichtsrat; VS = Vorstand; GV = Generalversammlung

- Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen
- Den Vorsitzenden des Vorstands und dessen Stellvertreter wählt die Generalversammlung/der Aufsichtsrat/der Vorstand aus seiner Mitte
- Stimmenberechtigte Vertreter in der Generalversammlung wählen AR
- Investierende Mitglieder haben keine Stimme

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16260
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Zustimmung zur Anmietung von Flächen im Gebäude Langer Hof 6, 1. OG, für die Abteilung Stadtplanung und Geoinformation (Verwaltung)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	28.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

„Einer Anmietung der Fläche Langer Hof 6, 1. OG, für einen festen Zeitraum von 15 Jahren, mit zweimaliger Option um jeweils weitere fünf Jahre zu verlängern, wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Ausgangslage:
Die Stadt hat ein starkes Interesse an der Anmietung der Fläche Langer Hof 6, 1. OG, aufgrund von akutem Raumbedarf am Standort Rathaus (Rathaus Altbau/Rathaus Neubau). Weiterhin können durch die Anmietung der Fläche Synergien für die anderen Verwaltungseinheiten am Standort Langer Hof 6 - 8 geschaffen werden. Es ist geplant, einen Durchbruch zu der Mietfläche Langer Hof 8, 1. OG (Ref. 0610 - Denkmalschutz) zu schaffen, um die innenliegende Teeküche der vorgenannten Verwaltungseinheit in einen Raum mit Tageslicht und Aufenthaltsqualität im Langen Hof 6, 1. OG, zu wandeln. Auch das behindertengerechte WC im Langen Hof 6, 1. OG, kann aufgrund des Durchbruchs vom Langen Hof 8, 1. OG, mitbenutzt werden.

Sachverhalt:
Die ehemalige Zahnarztpraxis im Langen Hof 6, 1. OG, wurde der Stadt zur Anmietung angeboten. Aufgrund der Rathausnähe und dem aktuellen Raumbedarf am Standort Rathaus ist diese Fläche für die Verwaltungseinheiten der Stadt ideal geeignet. Der Eigentümer plant, die Zahnarztpraxis bedarfsgerecht zu Büroräumen umzubauen. Die Umbauzeit umfasst ca. 4 Monate.

Der Mietbereich im 1. Obergeschoss umfasst eine Mietfläche von ca. 275 m². Das Mietobjekt soll für eine feste Mietdauer von 15 Jahren voraussichtlich ab dem 01.01.2022 angemietet werden. Im Anschluss an diese Festlaufzeit werden der Stadt Braunschweig zwei einseitige Optionsrechte eingeräumt, um jeweils weitere fünf Jahre zu verlängern. Diese Absicht muss der Vermieterin 12 Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragsdauer schriftlich mitgeteilt werden.
Die IT-Anbindung an das städtische Daten- und Telefonnetz ist bereits generell durch die langjährige Nutzung der übrigen Etagen im Gebäude vorhanden. Das 1. Obergeschoss muss aber hieran noch angebunden werden.

Die Miethöhe ist nach Lage und Gebäudezustand angemessen.

Herlitschke

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16458
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Verlängerung des Mietverhältnisses Langer Hof 8, 1. OG, für das Referat 0610 (Stadtbild und Denkmalpflege)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	24.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

Der Verlängerung des bestehenden Mietvertrages für die Fläche Langer Hof 8, 1. OG, für einen festen Zeitraum von 10 Jahren - mit zweimaliger Option zur Verlängerung um jeweils weitere fünf Jahre - wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Die Stadt hat im Langer Hof 8, 1. OG, bereits seit rd. 7 Jahren 330,62 m² als Bürofläche für das Referat 0610 (Stadtbild und Denkmalpflege) angemietet. Der Mietvertrag läuft nach der Festlaufzeit zum 31.08.2022 aus.

Im Zusammenhang mit der zurzeit verhandelten Anmietung der Fläche Langer Hof 6, 1. OG, voraussichtlich zum 01.01.2022 ist sowohl seitens des Vermieters als auch von der Stadt aus Synergiegründen eine vorzeitige Verlängerung des Vertrages gewünscht. Es ist geplant, einen Durchbruch zu der Mietfläche Langer Hof 6, 1. OG, zu schaffen, um die innenliegende Teeküche der vorgenannten Verwaltungseinheit in einen Raum mit Tageslicht und Aufenthaltsqualität im Langen Hof 6, 1. OG zu wandeln. Auch das behindertengerechte WC im Langer Hof 6, 1. OG, kann aufgrund des Durchbruchs vom Langen Hof 8, 1. OG, mitbenutzt werden.

Das Mietobjekt soll für eine feste Mietdauer von 10 Jahren ab dem 01.01.2022 weiterhin angemietet werden. Die Stadt Braunschweig hat das Optionsrecht, den Vertrag im Anschluss an diese Festlaufzeit zweimal um jeweils fünf Jahre zu verlängern. Diese Absicht muss der Vermieterin 12 Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragsdauer schriftlich mitgeteilt werden.

Die IT-Anbindung an das städtische Daten- und Telefonnetz ist bereits vorhanden.

Die Miethöhe ist nach Lage und Gebäudezustand angemessen.

Herlitschke

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-15322
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbebauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und Verkauf an die Nibelungen Wohnbau-GmbH

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	01.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	22.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	01.07.2021	Ö

Beschluss:

Der Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbebauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und einem Verkauf an die städtische Nibelungen Wohnbau-GmbH zum Zwecke der Schaffung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Das unbebaute Grundstück Gemarkung Broitzem, Flur 2, Flurstück 808 mit 727 m² wurde erstmals im Oktober 2015 zur Bebauung mit einem Einfamilienhaus, Doppelhaus oder Mehrfamilienhaus mit bis zu vier Wohneinheiten öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben. Die Planungsverwaltung hatte hierzu sechs Bebauungsvorschläge erarbeitet. Durch einen Bauvorbescheid wurde die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit bestätigt.

Ein Verkauf des Grundstücks an den Höchstbietenden wurde im Januar 2016 durch den Finanz- und Personalausschuss abgelehnt (Drucksachen-Nr. 15-01301) Es wurde angeregt, aufgrund des Bedarfs an Wohnungen ausschließlich eine Mehrfamilienhaus-Bebauung vorzusehen. Entsprechend erfolgte eine zweite Ausschreibung im Februar 2016 zur Bebauung des Grundstücks mit einem Mehrfamilienhaus mit vier Wohnungen gegen Höchstgebot. Das Mindestgebot betrug 120.000 € und lag damit in der Höhe des Verkehrswertes.

Es gingen 31 Gebote ein. Der Finanz- und Personalausschuss beschloss im April 2016, das Grundstück an den Höchstbietenden zu verkaufen und wenn der Verkauf nicht zustandekommen sollte, an den jeweils nachfolgend Höchstbietenden (Drucksachen-Nr. 16-01806).

Das Objekt wurde nacheinander den sechs jeweils Höchstbietenden zum Kauf angeboten. Ein Verkauf kam in keinem Fall zustande.

Es zeigte sich, dass die Bieter mit der Planung und / oder Finanzierung einer Mehrfamilienhausbebauung Probleme hatten und eher eine von den Vorgaben abweichende Bebauung vornehmen wollten. Darüber hinaus benötigten die Bieter überwiegend monatelange Planungszeiträume.

Anfang 2020 erreichte der 7. Höchstbietende mit seinem Gebot den 2020 aktuellen Verkehrswert für das Grundstück nicht mehr.

In Braunschweig im Allgemeinen und auch im Stadtbezirk Broitzem besteht Bedarf an der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Aus diesem Grund wurde vor der Herbeiführung einer Entscheidung über die Aufhebung der Ausschreibung vom Februar 2016 und der Entscheidung über eine neue, aktualisierte Ausschreibung die Nibelungen Wohnbau-GmbH mit der Fragestellung einbezogen, ob sie eine Bebauung nach den Vorgaben der Ausschreibung, unter Umständen auch mit Schaffung von einer oder mehreren Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, realisieren könne.

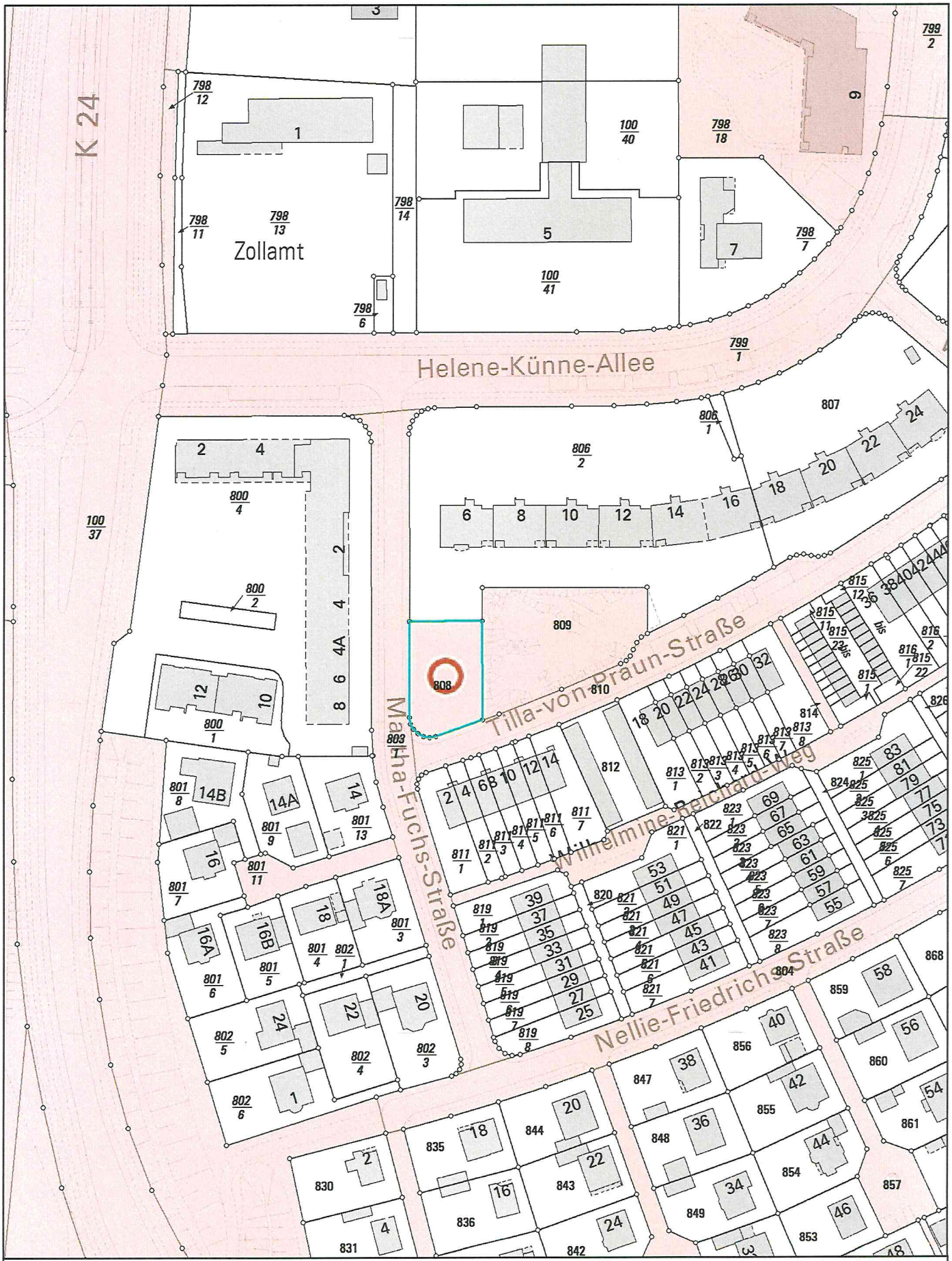
Daraufhin legte die Nibelungen Wohnbau-GmbH ein grob geplantes Konzept zur Erstellung eines Gebäudes mit vier bis (ausnahmsweise genehmigungsfähigen) fünf Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus vor.

Der Bedarf an Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus ist in Broitzem gegeben und die Nibelungen Wohnbau-GmbH verfügt über die Erfahrung und die Bereitschaft, bei der Vermietung auf eine sozial verträgliche Anpassung an das Umfeld zu achten.

Vor dem Hintergrund der bisher gescheiterten Bemühungen einer Vermarktung des Grundstücks zur Mehrfamilienhausbebauung auf dem privaten Markt empfiehlt die Verwaltung, die Ausschreibung vom Februar 2016 aufzuheben und das Grundstück an die Nibelungen Wohnbau-GmbH zum Zwecke der Bebauung mit einem Mehrfamilienhaus mit bis zu fünf Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus zu verkaufen.

Geiger

Anlage/n:
Lageplan



FRISBI
Nur für den Dienstgebrauch

Ausgabe FRISBI

Angefertigt: 12.02.2021

Maßstab: 1:1 500 Erstellt für Maßstab

0 5 10 20 30 Meter

Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

N

Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation, Abteilung Geoinformation

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16278
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	17.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210357 - Wohnungslosenunterkunft An der Horst / Umbau
Sachkonto	421110 Grundstücke und bauliche Anlagen / Instandhaltungen

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **718.500,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2021	0,00 €
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**718.500,00 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	718.500,00 €

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 27.04.2021 dem Umbau und der Sanierung des Gebäudes 1 der Wohnungslosenunterkunft An der Horst zugestimmt und die Gesamtkosten mit 1.048.500 € festgestellt - vgl. Vorlage 21-15665-.

Im Haushaltsjahr 2020 standen auf dem Projekt 4E.210357 Wohnungslosenunterkunft An der Horst / Umbau 330.000 € zur Verfügung. Die fehlenden Mittel i. H. v. 718.500 € sollen überplanmäßig bereitgestellt werden, damit die Maßnahme so schnell wie möglich durchgeführt werden kann.

Am 02.07.2020 hatte sich im Haus 1 der Wohnungslosenunterkunft „An der Horst“ ein Feuer ereignet. Für die vor dem Brand dort untergebrachten 16 Personen wurden wegen der durch

das Ereignis verursachten Kontamination externe Räumlichkeiten angemietet; das Gebäude steht seitdem leer.

Die Öffentliche Versicherung übernimmt die Kosten der Schadensbeseitigung i. H. v. 178.000 €.

Seitens der Sozialverbände und der Politik besteht konstant die Forderung, die Gemeinschaftsunterkunft „An der Horst“ zu verbessern, daher sollen in diesem Gebäude einzelne kleine Wohneinheiten mit eigenen Sanitärbereich und einer kleinen Pantryküche entstehen.

Nach der bereits durchgeführten, von der Öffentlichen Versicherung veranlassten, Brandschadensanierung, also Entsorgung und Dekontamination von betroffenen Bauteilen, sind Schäden an der Bausubstanz sichtbar geworden, die in dieser Maßnahme ebenfalls behoben werden müssen. Weiterhin sind Forderungen der Bauordnung und Feuerwehr umzusetzen. Hierzu gehören z. B. größere Fenster zur leichteren Personenrettung, T-30 Türen und ein Rauchabzug im Treppenhaus.

Durch die Verbesserung der Gemeinschaftsunterkunft ist eine Minimierung der Schadenfälle zu erwarten. Zudem wird die Bedrohungssituation für die Mitarbeiter vor Ort reduziert. Auch fixe Kosten wie z.B. Miete können eingespart werden, je eher die Arbeiten realisiert werden.

Zur Deckung können u. a. Haushaltsmittel der Projekte GS Altmühlstraße / Fassadensanierung und Johannes-Selenka-Schule / Fassadensanierung herangezogen werden. Beide Maßnahmen sollen jeweils mit weiteren notwendigen Sanierungen an den genannten Schulen gebündelt und neu konzipiert werden. Die Deckungsmittel sollen 2022 nachveranschlagt werden. Dies wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2022 haushaltsneutral erfolgen.

Weiterhin werden als Deckung Mittel des Projektes GY MK (Echternstr.) / Fenstersanierung angeboten. Hierbei handelt es sich um ersparte Haushaltsmittel.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag**
Minderaufwendungen	4E.210250.00.505 / 421110	GS Altmühlstraße / Fassadensanierung	116.900
Minderaufwendungen	4E.210272.00.505 / 421110	BBS Johannes-Selenka Schule / Fassadensanierung	542.400
Minderaufwendungen	4E.210353.00.505 / 421110	GY MK (Echternstr.) / Fenstersanierung	59.200

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16278-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	30.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210367 - GHS Rüningen/Kellerwandsanierung
Sachkonto	421110 Grundstücke und bauliche Anlagen / Instandhaltungen

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **769.500,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2021	0,00 €
außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**769.500,00 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	769.500,00 €

Im Rahmen der Sanierung der GS/HS Rüningen (Beschluss DS 17343/14 vom 15.01.2015) mit den Schwerpunkten Inklusion, Brandschutz und Haustechnik hat sich herausgestellt, dass eine umfängliche Sanierung der Kellerwände notwendig ist, bevor in einem weiteren Schritt die gesamten Grundleitungen mit Schulhof zu sanieren sind.

Das Schulgebäude besitzt Klassenräume im Kellergeschoss, die bis zur Fensterbank im Erdreich eingelassen sind. Eindringende Feuchtigkeit führt zu massiven Putzschäden in den Klassenräumen und Flurbereichen und führt an den Außenwänden der Unterrichtsräume zu einer Schimmelbildung, die eine Gesundheitsgefährdung für Schüler und Lehrpersonal darstellt. Mithin liegen die sachliche Notwendigkeit und die zeitliche Unabweisbarkeit vor, die eine umgehende Umsetzung der Mittel und Abwendung der Gefahr erforderlich machen.

Es wird mit Gesamtkosten für die Kellerwandsanierung i.H.v. 1.002.300 EUR gerechnet. Der Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss soll in einer der nächsten Bauausschusssitzungen eingeholt werden. Aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme wurde bereits mit ersten Arbeiten begonnen. Für das Haushaltsjahr 2021 werden zur Fortführung 769.500 € benötigt, die außerplanmäßig bereitzustellen sind, sofern der Bauausschuss dem Vorhaben zugestimmt hat.

Im Haushaltsplan 2021 sind bei dem Projekt „GS/HS Rüningen/Sanierung (4E.210130)“ kassenwirksame Haushaltsmittel i.H.v. 900.000 € veranschlagt. Aus Transparenzgründen wurde für die Kellerwandsanierung ein eigenes Projekt GHS Rüningen/Kellerwandsanierung (4E.210367) eingerichtet. Daher sind die im Jahr 2021 benötigten Mittel außerplanmäßig auf das neue Projekt umzusetzen.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag**
Minderaufwendungen	4E.210130.00.505 / 421110	GS/HS Rüningen/Sanierung	769.500 €

3. Teilhaushalt Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	5E.660157 - Altstadtmarkt/Umbau Haltestellen
Sachkonto	787210 - Tiefbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **130.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2021	390.000,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlung:	**130.000,00 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	520.000,00 €

Im Rahmen der Maßnahme sollen die Bushaltestellen am Altstadtmarkt barrierefrei umgestaltet und mit einem Wetterschutz versehen werden.

Für diese Maßnahmen liegt jetzt das Submissionsergebnis vor. Die Angebotssumme des Erstbieters liegt deutlich über der Kostenschätzung.Die Gesamtkosten erhöhen sich von 330.000 € (aufgrund des PlUA-Beschlusses 21-15040 für erledigt erklärte Beschlussvorlage 21-15052 vom 27.01.2021) um 220.000 € auf 550.000 €. Es besteht eine Deckungslücke in Höhe von 130.000 €. Um die Maßnahme in 2021 umsetzen zu können, sind entsprechende Haushaltsmittel überplanmäßig bereitzustellen.

Die Maßnahme ist sachlich unabweisbar, da die Verkehrsanlagen gemäß dem Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG) und dem Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) barrierefrei zu gestalten sind. Da die Maßnahme Teil der Baumaßnahmenkette der Kanalsanierung der SEBS ist (Kanalsanierung in der Sonnenstraße / Altstadtmarkt, dann Bau der Bushaltestellen und dann Bau der Kanalbaumaßahme in der Breiten Straße durch die SEBS), liegt auch die zeitliche Unabweisbarkeit vor.

Die Maßnahme wird grundsätzlich gefördert. Zur Zeit finden Prüfungen statt, ob weitere Fördergelder aufgrund der Kostensteigerungen eingebracht werden können.

Deckungsmittel für die überplanmäßige Mittelbereitstellung stehen auf den u. g. Projekten i. H. v. insgesamt 130.000 € zur Verfügung. Die Planungsmittel i. H. v. 100.000 € für die Straßenerneuerung Alte Frankfurter Straße werden nicht benötigt, da die Maßnahme aktuell nicht weiter verfolgt wird. Weitere Deckungsmittel in Höhe von 30.000 € stehen in dem Projekt Stadtbahnbau / Folgemaßnahmen zur Verfügung, die nach derzeitigem Stand ebenfalls nicht benötigt werden.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag - € -**
Minderauszahlungen	5E.660075.00.500.663 / 787210	Alte Frankfurter Straße / Straßenerneuerung	100.000
Minderauszahlungen	5S.660017.00.500.663 / 787210	Stadtbahnbau / Folgemaßnahmen	30.000

4. Teilhaushalt Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	5E.660136 - Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneubau
Sachkonto	787210 - Tiefbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **250.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2021	0,00 €
Haushaltsrest 2020	497.654,65 €
überplanmäßig beantragte Auszahlung:	**250.000,00 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	747.654,65 €

Der Neubau der Brücke Rühme-Kralenriede „Im Alten Dorfe“ ist im Rahmen der Renaturierung der Schunter im Bereich Butterberg Teil des Planfeststellungsbeschlusses vom 27.01.2021.

Die Schunterrenaturierung und somit auch die Brücke werden von der NBank gefördert. Der Wasserverband Mittlere Oker ist Auftraggeber aller Arbeiten und Ingenieurleistungen die im Zusammenhang mit der Schunterrenaturierung stehen, also auch der Brücke Rühme-Kralenride „Im Alten Dorfe“. Mit der Verwaltung wurde die Maßnahme planerisch abgestimmt, da nach Abschluss der Baumaßnahme das Brückenbauwerk in die Unterhaltungsplicht der Stadt übergeht.

Das Projekt „Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneubau“ wird vom Wasserverband Mittlere Oker (WVMO) realisiert. Die Kosten werden aus dem Teilhaushalt 66 getragen.

Bisher ist die Verwaltung von Gesamtkosten von rd. 520 T€ ausgegangen. Nach den neuesten Erkenntnissen erhöhen sich die Gesamtkosten (Bau-und Ingenieurkosten) auf rd. 770 T€.

Als Gründe für die Kostensteigerungen benennt der WVMO insbesondere die folgenden Punkte:

- Die immer noch anhaltende sehr gute Auftragslage im Bausektor verbunden mit der durch die Pandemie entstandenen Materialknappheit auf den Rohstoffmärkten.

- Für die Baustraße müssen zwei Verrohrungen, einmal über den Graben des Pumpwerks der SE-BS und ein weiters Mal über die Schunter für die Ausführung der Arbeiten auf der westlichen Schunterseite hergestellt werden.

- Da die Kosten der Ingenieurleistungen abhängig von den Baukosten sind, erhöhen sich auch die Kosten für die Ingenieurleistungen.

- Das Ingenieurbüro wurde darüber hinaus mit der Duchführung der Veröffentlichung und der Submission für die Vergabe diese Projektes beauftragt, was ursprünglich nicht geplant war.

- Weiter wurde der Einsatz einer ökologischen Bauüberwachung für die Brückenbauarbeiten nicht berücksichtigt, da dies erst Auflage im Planungsprozess wurde.

Die Umsetzung der Maßnahme muss noch in diesem Jahr erfolgen, um die Förderbedingungen zu erfüllen. Ein Verschieben der Maßnahme würde die Förderung gefährden und damit die städtischen Kosten für dieses Bauwerk deutlich erhöhen.

Deckungsmittel stehen in den nachfolgenden Projekten „Brückenerneuerungen (4S.660018)“ und „Sidonienbrücke/ Ersatzneubau (5E.660110)“ zur Verfügung.

Die in dem Projekt „Brückenerneuerungen (4S.660018)“ ursprünglich geplante Maßnahme des Lageraustauschs an der Brücke Helmstedter Straße muss verschoben werden und wird zu einem späteren Zeitpunkt haushaltsneutral wieder neu veranschlagt.

Die Deckungsmittel im Projekt „Sidonienbrücke / Ersatzneubau (5E.660110)“ sind erspart und können deshalb angeboten werden.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag - € -**
Minderaufwand	4S.660018.02.505.663 / 421210	Brückenerneuerungen	200.000
Minderauszahlungen	5E.660110.00.500.663 / 787210	Sidonienbrücke / Ersatzneubau	50.000

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16278-02
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	01.07.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

5. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4S.neu – Mobile Endgeräte Lehrkräfte
Sachkonto	427193 IM Sonstige Sachaufwendungen

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **1.564.758,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2021	0,00 €
außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**1.564.758,00 €**
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	1.564.758,00 €

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Programms „Leihgeräte für Lehrkräfte“ des Bundes und der Länder für digital gestützten Unterricht (Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024) ist mit RdErl. D. MK v. 04.06.2021 am 23.06.2021 veröffentlicht worden. Ziel dieser Fördermaßnahme ist der Einsatz schulgebundener digitaler Endgeräte durch Lehrkräfte. Hiermit soll kurzfristig ermöglicht werden, mobile Endgeräte als Teil der im Rahmen des DigitalPakts geförderten schulischen Infrastruktur flexibel für die Unterrichtsvorbereitung und die Durchführung digitaler Unterrichtsformen zu nutzen, unabhängig davon, ob dieser Unterricht in der Schule oder als Distanzlernen stattfindet.

Für die Stadt Braunschweig sind Fördermittel i. H. v. 1.564.758 € vorgesehen. Förderfähig ist die Beschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten (Tablets, Laptops und Notebooks, keine Smartphones) einschließlich der Inbetriebnahme (z.B. Software für

Geräteverwaltung -Mobile Device Management-) sowie des für den Einsatz erforderlichen Zubehörs.

Die Wartung, der Betrieb der anzuschaffenden Fördergegenstände sowie Ersatzbeschaffungen und Reparaturkosten sind nicht förderfähig.

Der Förderantrag muss bis spätestens 30.09.2021 beim Regionalen Landesamt für Schule und Bildung eingegangen sein. Die Umsetzung der Mittel und die Abrechnung gegenüber dem Land müssen bis 31.12.2021 erfolgt sein.

Da es sich um eine Beschaffung von persönlichen Endgeräten für Lehrkräfte handelt, und für diese Beschaffung bisher keine Ansätze im Haushalt vorhanden sind, muss eine außerplanmäßige Ausgabe und Einnahme für 2021 beantragt werden. Diese Ermächtigung ist vor der Beschaffung der Geräte erforderlich. Die Vergabe- und die Lieferzeiten bei dem geplanten Volumen ist in diesem Zeitraum kaum realisierbar. Eine Fristverlängerung bis 31.03.2022 ist in begründeten Ausnahmefällen möglich und würde hier beantragt werden.

Um jedoch bei den zu erwartenden Lieferzeiten so schnell wie möglich eine Vergabe bzw. Bestellung der Geräte auslösen zu können, ist die Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabeermächtigung umgehend erforderlich. Ob ein Ratsentscheid im Oktober 2021 für eine zeitgerechte Lieferung der Geräte und Abrechnung der Verwendungsnachweise ausreichen würde, erscheint nach den Erfahrungen aus dem Sofortausstattungsprogramm für die Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler fraglich. Die Umsetzungsfrist musste von Ende 2020 auf den 31.03.2021 und dann erneut auf den 30.06.2021 verlängert werden.

Der Verwendungsnachweis für das Förderprogramm „Leihgeräte für Lehrkräfte“ ist einschließlich möglicher Fristverlängerung bis spätestens 31.03.2022 beim Land (bereits geprüft durch das RPA) vorzulegen. Bei dem Förderprogramm „Leihgeräte für Lehrkräfte“ ist nach Aussage des NST eine weitere Verlängerungsoption unwahrscheinlich.

Aus den Handlungsempfehlungen für die Schulen ist ersichtlich, dass die Schulträger verpflichtet sind, die Administration der Geräte und Einbindung in die Infrastruktur zu gewährleisten. Sie sind nicht verpflichtet, darüberhinausgehenden Support oder die Reparatur der Geräte zu gewährleisten.

Es liegt noch kein rechtsverbindlicher Förderbescheid vor, so dass die in Aussicht gestellten Fördergelder noch nicht zur Deckung der hier außerplanmäßig beantragten Haushaltsmittel herangezogen werden können. Wenn der Förderbescheid vorliegt, wird nachträglich auf diese Erträge als Deckung zurückgegriffen. In dieser Übergangszeit kann bei der Deckung nur auf die Überschussrücklage verwiesen werden.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag**
Minder-aufwendungen	Überschussrücklage		1.564.758 €

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16159
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	09.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € wird auf die ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgelegte Ratsvorlage verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:
Anlage 1 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2020)
Anlage 2 (VA) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2020)
Anlage 3 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - (2021)
Anlage 4 (VA) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - (2021)
Anlage 5 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2021)

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 1
(VA)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2020)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Hands on Technology e.V.	Sachspende 423,00 €	Drei "First LEGO-League-Challenge"-Spielfelder zur Teilnahme am Regionalwettbewerb für das Wilhelm-Gymnasium
2	Maximilian-Garzmann-Stiftung	Sachspende 855,69 €	10 Gerätewagen und 60 Messgeräte für den Experimentalunterricht am Wilhelm-Gymnasium
3	Maximilian-Garzmann-Stiftung	Sachspende 69,95 €	Ein Thesaurus Latein-Ergänzungsband für die Fachgruppe Alte Sprachen **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 2
(VA)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2020)

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Elli-Hofmann-Eckensberger-Stiftung	500,00 €	Körperlich und geistig behinderte Menschen	Hilfe für behinderte Menschen

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 3
(VA)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2021)

Fachbereich 37

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Freiwillige Feuerwehr Watenbüttel	497,10 €	Ortsfeuerwehr Watenbüttel
2	Koppenhagen GmbH	Sachspende 700,00 €	Feuerwehr Braunschweig Wärmebildkamera FLIR K1 incl. Ladegerät
3	Ortsfeuerwehr Watenbüttel	1.875,72 €	Ortsfeuerwehr Watenbüttel
4	Erbengemeinschaft Sven und Erik Zakel	1.500,00 €	Feuerwehr Bienrode, Jugendabteilung

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	VGH-Stiftung	600,00 €	Zuwendung an das Raabe-Haus für Veranstaltung eines digitalen Lesekreises.

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Alexander von Falkenhausen	Sachspende 500,00 €	10-teiliges Mappenwerk: "Zehn helle Fontänen für Braunschweig" - Alexander von Falkenhausen.

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Claus-Rudolf Behme	500,00 €	Baumspende SB 1956-290
2	Carsten Boeker	500,00 €	Baumspende SB Lüderitzstraße 9G
3	Manfred Dobberphul	500,00 €	Spende für eine Kindt Stammbank mit Rückenlehne für die Ereignisbaumfläche im Westpark
4	Manfred Dobberphul	1.000,00 €	Baumspende Ereignisbaum 4b.4

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
5	Engelina Edema	250,00 €	Baumspende SB 1627-10
6	Paul Eldag	250,00 €	Baumspende SB 2284-610
7	Irmgard Friederici	250,00 €	Baumspende SB 1709-990
8	Dr. Martin Ganßloser	500,00 €	Baumspende SB 1066-800
9	Torsten Hindemith	240,00 €	Spende für eine Bank Am Großen Schafkamp, Mascherode
10	Petra Jaitner	250,00 €	Baumspende Ereignisbaum 6.3
11	Florian Kalsen	350,00 €	Baumspende Ereignisbaum 7b.2
12	KGV Mittelriede e.V.	2.000,00 €	Räumung Parzelle 22 KGV Mittelriede e.V.
13	Prof. Dr. Joachim Klein	500,00 €	Spende für die Grabstelle Rasch in Schapen
14	Ingrid Köcher	250,00 €	Baumspende SB 318-110
15	Nina Kruschewski	250,00 €	Baumspende Ereignisbaum 7a.1 Westpark
16	Nina Kruschewski	250,00 €	Baumspende Ereignisbaum 7b.1 Westpark
17	Claudia Neubert	250,00 €	Baumspende SB 1940-10
18	Marcel Renz	300,00 €	Baumspende SB 1827-40
19	Familie Scheffer	1.800,00 €	Baumspende SB 1959-10
20	Niels Schirmer	300,00 €	Baumspende SB 1659-230
21	Joachim Stephan	500,00 €	Baumspende SB 1943-360
22	Sylvia Thiele	500,00 €	Baumspende SB 3220-20
23	Angela Thiele-Acksen	250,00 €	Baumspende SB 2288-70
24	Ronja Wikert	250,00 €	Baumspende SB 1943-30
25	Andrea Willenborg	240,00 €	Spende für eine Bank Am Großen Schafkamp, Mascherode
26	Thomas Willke	1.800,00 €	Baumspende SB 2286-250
27	Marianne und Claus Zimmermann	500,00 €	Baumspende SB 2310-390

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 4
(VA)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2021)

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Horst-Udo Ahlers	300,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
2	Joan und Ulf Matthiesen	300,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfen, Projektförderung

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 5
(VA)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2021)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein der GS Gliesmarode	170,00 €	Teilnahmegebühr für den Mathematikwettbewerb "Mathe-Känguru"
2	Maximilian-Garzmann-Stiftung	400,00 €	Honorarentgelt für zwei Vorträge der Fachgruppe Latein des Wilhelm-Gymnasiums

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Frau Sciuto	Sachspende 900,00 €	Sachspende einer ehemaligen Mitarbeiterin der Kita Madamenweg im Rahmen ihrer Verabschiedung; Sofa, Bücher, Wandspielzeug und Bilderbuchkarten

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16160
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	09.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:
Anlage 1 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2020)
Anlage 2 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2020)
Anlage 3 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - (2021)
Anlage 4 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - (2021)
Anlage 5 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2021)
Anlage 6 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2021)

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 1
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2020)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Ehemalige Wilhelm-Gymnasiasten e. V.	232,00 €	Honorarentgelt für die Durchführung eines Seminars zur Berufs- und Studienwahl **Kettenzuwendung**
2	Ehemalige Wilhelm-Gymnasiasten e. V.	Sachspende 982,13 €	Sechs Apple-TV **Kettenzuwendung**
3	Ehemalige Wilhelm-Gymnasiasten e. V.	Sachspende 6.580,20 €	10 Apple i-Pads, 20 Networx Smartcases, 30 Apple Pencils
4	Förderverein der GS Bebelhof e.V.	Sachspende 3.420,00 €	Sechs höhenverstellbare Tische für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf
5	Förderverein der GS Isoldestraße	Sachspende 1.292,00 €	Ein Billardtisch mit Abdeckplatte **Kettenzuwendung**
6	Förderverein der GS Isoldestraße	Sachspende 285,66 €	Ein Boxsack **Kettenzuwendung**
7	Förderverein der GS Isoldestraße	Sachspende 2.078,28 €	Zwei Kickertische mit Zubehör
8	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 128,00 €	Domain "raabeschule-revival.de" **Kettenzuwendung**
9	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 579,90 €	Ein Glasboard zur Förderung des Erdkundeunterrichts **Kettenzuwendung**
10	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	47,35 €	Zuschuss zu Teilnahmegebühren von Wettbewerben **Kettenzuwendung**
11	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	420,18 €	Zuschuss für die Beschaffung von Materialien für den "First LEGO-League"-Wettbewerb **Kettenzuwendung**
12	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 6.385,76 €	Langlauf-Skischuhe und Bindungen in verschiedenen Größen für die SKI-AG

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
13	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 146,82 €	Verbrauchsmaterial für den Kunstunterricht **Kettenzuwendung**
14	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	221,50 €	Unterstützung des AG-Angebots "Gutscheine retten Läden" **Kettenzuwendung**
15	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.258,19 €	Ein CASSY-Sensor zur Förderung des Physikunterrichts **Kettenzuwendung**
16	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 469,80 €	Zwei Lautsprecher von Bang&Olufsen für das Hauptgebäude und die Außenstelle **Kettenzuwendung**
17	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	173,95 €	Finanzielle Beteiligung am MINT-Praktikum "Nachhaltig kochen" **Kettenzuwendung**
18	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.237,73 €	Mehrere Webcams, Lautsprecher, Mikrofone und andere Ausstattungsteile zur Förderung des Digitalunterrichts **Kettenzuwendung**
19	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 45,85 €	Ein Buch "Stolpersteine" **Kettenzuwendung**
20	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 956,96 €	Gartengeräte, ein Schuppen, Bauholz, Werkzeuge und Verbrauchsmaterial für den Schulgarten **Kettenzuwendung**
21	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 285,59 €	Eine Kabeltrommel, Komposter, Farbe, ein Grill sowie Verbrauchsmaterial und Werkzeuge für den Schulgarten **Kettenzuwendung**
22	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 4.041,11 €	Sechs Werkstatttische und Werkzeug für die Repair-AG
23	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 580,00 €	Schülerwörterbücher: 20 Stück lateinisch-deutsch, 10 Stück griechisch-deutsch **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 2
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2020)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 100,55 €	Teilnehmende der Einschulungsfeier	Getränke für die Einschulungsfeier des 5. Jahrgangs **Kettenzuwendung**
2	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	45,00 €	Ein Schüler	Gutschein zum Kauf von Toner **Kettenzuwendung**
3	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	128,40 €	Schülerinnen und Schüler	Übernahme der Fahrtkosten zu einem externen Wettbewerb der Schach-AG **Kettenzuwendung**
4	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 40,00 €	Schüler	Ein Buch als Geschenk für die Teilnahme am Lesewettbewerb **Kettenzuwendung**
5	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 70,00 €	Schülerlotsen	Aufmerksamkeiten (Kugelschreiber) zum Tag der offenen Tür **Kettenzuwendung**
6	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	31,00 €	Schülerinnen und Schüler	Übernahme von Fahrtkosten zum externen Wettbewerb "Jugend debattiert" **Kettenzuwendung**
7	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	100,00 €	Ein Schüler	Übernahme der Fahrtkosten zum Ski-Ausflug **Kettenzuwendung**
8	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 89,95 €	Ein Schüler	Ein Taschenrechner **Kettenzuwendung**

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Diederichs´sche und Braunschweig-Hamburger Stiftung	3.000,00 €	Alleinerziehende Frauen	Hilfen für alleinerziehende Frauen

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
2	Jüdel-Stiftung	60.000,00 €	Bedürftige Familien	Finanzielle Unterstützung von Familien als Unterstützung zur Weihnachtszeit

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 3
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2021)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	600,00 €	Zuschuss zur Beschaffung neuer Bücher für die Schulbücherei der Grundschule Diesterwegstraße im Rahmen des Projekts "Auf dem Weg zum Buch" **Kettenzuwendung**
2	Elternhilfe Neue Oberschule	10.000,00 €	Anteilige Übernahme der Kosten für ein Klettergerüst auf dem Gelände des Gymnasiums Neue Oberschule
3	Feldmark Realverband	10.000,00 €	Anteilige Übernahme der Kosten für ein Klettergerüst auf dem Gelände des Gymnasiums Neue Oberschule
4	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 15.000,00 €	Erwerb und Errichtung eines Spielgerätes "Activetrail" für das Außengelände der Schule zur Förderung des pädagogischen Konzepts "Bewegte Pause"
5	Schenk mir eine Stunde	Sachspende 8.000,00 €	Aufbringung einer permanenten Bodenmarkierung (Radfahr-Übungsweg und Straßenspiele) auf dem Pausenhof der Grundschule Bebelhof
6	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	Sachspende 401,30 €	Hand-, Volley- und Basketballbälle für die pandemiebedingte Verlegung des Sportunterrichts in den Außenbereich **Kettenzuwendung**
7	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	1.592,46 €	Anschaffung von Hard- und Software für das Projekt "Game-based learning" **Kettenzuwendung**
8	Verein der Ehemaligen der Gaußschule, Gym. Am Löwenwall	400,00 €	Finanzierung der Schullizenz der "ANTON"-App für ein Jahr-Einsatz im Distanzlernen und für den Förderunterricht **Kettenzuwendung**

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Stiftung - Unsere Kinder in Braunschweig c/o VW Financial Services	21.625,00 €	Projekt "Wir machen die Musik!" in Grundschulen und Kindertagesstätten 2021/2022 (Musikschule).

Fachbereich 51

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Braunschweigische Sparkassenstiftung	1.500,00 €	Spende für Südstadt Open Air 2021 des Kinder- und Jugendzentrum Roxy **Kettenzuwendung**
2	Bürgerstiftung Braunschweig	3.550,00 €	Leseförderung "Auf dem Weg zum Buch" für 13 Kitas mit verschiedenen Einzelbeträgen von 150 € bis 350 €.
3	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Leseförderung "Auf dem Weg zum Buch" für Kita Schwedenheim **Kettenzuwendung**

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2363-120 **Kettenzuwendung**
2	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-470 **Kettenzuwendung**
3	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-40 **Kettenzuwendung**
4	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2084-10 **Kettenzuwendung**
5	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-20 **Kettenzuwendung**
6	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-230 **Kettenzuwendung**
7	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2290-230 **Kettenzuwendung**
8	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 1496-180 **Kettenzuwendung**
9	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2310-410 **Kettenzuwendung**
10	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 1066-260 **Kettenzuwendung**
11	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 1066-270 **Kettenzuwendung**

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
12	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-80 **Kettenzuwendung**
13	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2286-330 **Kettenzuwendung**
14	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-60 **Kettenzuwendung**
15	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-190 **Kettenzuwendung**
16	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-170 **Kettenzuwendung**
17	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-150 **Kettenzuwendung**
18	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-120 **Kettenzuwendung**
19	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-100 **Kettenzuwendung**
20	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-210 **Kettenzuwendung**
21	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2288-280 **Kettenzuwendung**
22	Hans-Karl Köhler	1.800,00 €	Baumspende SB 6.2 **Kettenzuwendung**
23	Hans-Karl Köhler	450,00 €	Spende für eine Kindt Stammbank mit Rückenlehne für die Ereignisbaumfläche im Westpark **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 4
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2021)

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	1.590,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung **Kettenzuwendung**

Fachbereich 50

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	5.000,00 €	Kinder und Jugendliche an den Wohnstandorten für Geflüchtete	Integration von Flüchtlingen

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 5
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2021)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderkreis der IGS Franzsches Feld	Sachspende 659,40 €	200 Tabletschutzhüllen **Kettenzuwendung**
2	Förderkreis der IGS Franzsches Feld	Sachspende 3.870,25 €	Zehn Tischwagen für Desktop-Roboter
3	Förderverein BBS V e.V.	Sachspende 4.100,24 €	Eine Holzbank und ein Holztisch
4	Förderverein BBS V e.V.	Sachspende 1.404,80 €	Zehn CO2-Ampeln für den Einsatz in den Klassenräumen **Kettenzuwendung**
5	Förderverein der GS Isoldestraße	Sachspende 11.198,40 €	24 Apple i-Pads für den Einsatz im Unterricht
6	Förderverein der GS Isoldestraße	Sachspende 2.919,80 €	Zwei Aufbewahrungskoffer für die gespendeten i-Pads.
7	Förderverein der GS Völkenrode/Watenbüttel	2.570,40 €	Übernahme der Kosten für das Projekt "Gewaltfrei lernen"
8	Förderverein der GS Völkenrode/Watenbüttel	82,00 €	Teilnahmekosten für den Mathematikwettbewerb "Mathe-Känguru" **Kettenzuwendung**
9	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 194,51 €	Noten für die Chorklassen **Kettenzuwendung**
10	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 2.177,59 €	Ein CO2-Messgerät für die LabQuest Station zur Förderung des Biologieunterrichts
11	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 942,00 €	Eine Violine und ein Sopran-Xylophon zur Förderung des Musikunterrichts **Kettenzuwendung**
12	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 200,84 €	Fünf Bücher und einmal "GEO Epoche" zur Förderung des Geschichtsunterrichts **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
13	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 570,58 €	12 Kopfhörer zur Förderung des Musikunterrichts **Kettenzuwendung**
14	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.278,00 €	Ein i-Pad zur Förderung des Musikunterrichts **Kettenzuwendung**
15	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.976,04 €	10 Apple-TV sowie Zubehör zur Förderung der Digitalisierung **Kettenzuwendung**
16	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 217,50 €	Werkzeuge und Verbrauchsmaterialien für die Repair-AG **Kettenzuwendung**
17	Stiftung - Unsere Kinder in Braunschweig c/o VW Financial Services	Sachspende 255,72 €	Bücher von Erich Kästner für die Schulbücherei der Grundschule Diesterwegstraße im Rahmen des Projekts "Erich Kästner" **Kettenzuwendung**
18	Stiftung NiedersachsenMetall	5.000,00 €	Auszeichnung mit dem Projektpreis der Stiftung für das Projekt "Mensch, Gesundheit, Science Slam" des Gymnasiums Gaußschule

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-30 **Kettenzuwendung**
2	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-50 **Kettenzuwendung**
3	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-70 **Kettenzuwendung**
4	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-90 **Kettenzuwendung**
5	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-110 **Kettenzuwendung**
6	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-130 **Kettenzuwendung**
7	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-140 **Kettenzuwendung**

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
8	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-160 **Kettenzuwendung**
9	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-180 **Kettenzuwendung**
10	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-200 **Kettenzuwendung**
11	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-220 **Kettenzuwendung**
12	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-240 **Kettenzuwendung**
13	Martin Kahmann	250,00 €	Baumspende SB 2287-10 **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
0200.12

Anlage 6
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2021)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Merifond GmbH	Sachspende 3.150,00 €	Schülerinnen und Schüler der GS Stöckheim	21 gebrauchte Tablets

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

21-16460
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.06.2021

Beratungsfolge:		*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Der Presse war zu entnehmen, dass man in Hamburg auf Holz-Rodungen in Namibia setzt. Ähnlich wie in Braunschweig soll die Kohleverbrennung durch Holz ersetzt werden. Die Hamburger wollen als Brennstoff allerdings nicht Altholz benutzen, sondern Akazien-Frischholz aus Namibia importieren. In Namibia sollen Buschflächen in Weideland für Rinder verwandelt werden. Hierzu sei auf folgende Darstellung verwiesen:

https://www.regenwald.org/petitionen/1238/bitte-keine-buesche-und-baeume-in-kraftwerken-verfeuern?t=507-374-472-1&fbclid=IwAR0sUWD7fTWO7clTzmCSnjZ3tDZ8K16355hpZ1w4fgiX6WOGAiC4qo60wkA

Dazu fragen wir:

Können die Stadt Braunschweig und BS-Energy verbindlich erklären, dass bei zunehmender Altholz-Knappheit auch in Braunschweig auf Holz-Importe, wie z.B. Buschholz aus Namibia, verzichtet wird?

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

21-16460-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	29.06.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	01.07.2021	Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der BIBS-Fraktion vom 19. Juni 2021 (DS 21-16460) wurde BS|Energy mit der Bitte um Stellungnahme übersandt, welche hierzu wie folgt mitteilt:

BS|Energy baut eine Biomasseanlage für Altholz und sieht derzeit, auf Basis des aktuellen Ausschreibungsverfahrens, keine Lieferengpässe für diesen Energieträger. Wenn es Marktsituationen geben würde, die zu einem Engpass führen, dann würde BS|Energy Wärme mit ihren alternativen Anlagen erzeugen.

Geiger

Anlage/n:

Keine